

Hansjörg Buss

## Wissenschaft – Ausbildung – Politik

Die Göttinger Theologische Fakultät  
in der Weimarer Republik,  
dem Nationalsozialismus und  
der Nachkriegszeit



Universitätsverlag Göttingen



Hansjörg Buss  
Wissenschaft – Ausbildung – Politik

Dieses Werk ist lizenziert unter einer  
[Creative Commons  
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen  
4.0 International Lizenz.](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)



erschienen im Universitätsverlag Göttingen 2021

---

Hansjörg Buss

Wissenschaft – Ausbildung –  
Politik

Die Göttinger Theologische  
Fakultät in der Weimarer Republik,  
dem Nationalsozialismus und der  
Nachkriegszeit



Universitätsverlag Göttingen  
2021

## Bibliografische Information

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die Veröffentlichung dieses Werks wurde durch die Theologische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) unterstützt.

EVANGELISCH-LUTHERISCHE  
LANDESKIRCHE HANNOVERS 

Vereinigte  
Evangelisch-Lutherische  
Kirche Deutschlands  **VELKD**

### *Autorenkontakt*

Dr. Hansjörg Buss

E-Mail: [hansjoerg.buss@theologie.uni-goettingen.de](mailto:hansjoerg.buss@theologie.uni-goettingen.de)

Dieses Buch ist auch als freie Onlineversion über die Homepage des Verlags sowie über den Göttinger Universitätskatalog (GUK) bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (<https://www.sub.uni-goettingen.de>) erreichbar. Es gelten die Lizenzbestimmungen der Onlineversion.

Satz und Layout: Alice von Berg  
Umschlaggestaltung: Jutta Pabst

© 2021 Universitätsverlag Göttingen  
<https://univerlag.uni-goettingen.de>  
ISBN: 978-3-86395-527-4  
DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2021-1821>

## Geleitwort

Die Geschichte von Institutionen in der Zeit des Nationalsozialismus ist in jüngerer Zeit verstärkt zum Gegenstand der Forschung geworden – seien es Bundesministerien, Wissenschaftsorganisationen, Verlage oder Industriekonzerne, um nur einige Beispiele zu nennen. Wie individuelle und strukturelle Handlungsspielräume verfasst waren und genutzt wurden, wie die Beteiligten auf allen Ebenen während der Zeit des „Dritten Reiches“ agierten, ob von der Zusammenarbeit mit dem Regime profitiert oder ob die Erfüllung der eigenen Ziele und Zwecke behindert wurde, welche Kontinuitätslinien zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik Deutschland bzw. zur DDR bestanden: Das sind Fragen, die zu stellen auf der Hand liegt, seit sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass es zwischen 1933 und 1945 nicht deutlich abgegrenzte Gruppen von „Tätern“ und „Opfern“, „Mitläufern“ und „Widerständlern“ gab, sondern dass in der geschichtlichen Realität vielfache Formen von Partizipation und von deren Verweigerung bestanden. Das galt für Individuen, aber noch mehr für Institutionen. Die „Machtergreifung“ erfolgte ja auf der Grundlage demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren, auch wenn diese bald korrumpiert wurden. Wie sich die Beharrungskraft von Institutionen und Organisationen zur Dynamik der „nationalen Erhebung“ verhielt, gestaltete sich im Einzelfall unterschiedlich und in aller Regel auch innerhalb einer Gruppe von Institutionen nicht einheitlich.

Universitäten im Allgemeinen und Theologische Fakultäten im Besonderen machen hierbei keine Ausnahme, auch darin nicht, dass ihr Eigeninteresse an der Erforschung ihrer Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus sich erst allmählich entwickelt hat. Monographien zu Theologischen Fakultäten und zu einzelnen ihrer Protagonisten haben – grob gesagt – seit den 1990er Jahren Konjunktur. Die Göttinger Theologische Fakultät hat sogar schon früher, in den 1980er Jahren, Interesse auf sich gezogen, insbesondere aufgrund des theologischen und wissenschaftspolitischen Agierens des *decanus perpetuus* der 30er Jahre, Emanuel Hirsch. Zu einer umfassenden Aufarbeitung der schwierigen Konstellation in Göttingen in jener Zeit, der inneren Konflikte an der Fakultät, aber auch des in, mit und unter den politischen Entwicklungen laufenden akademischen Alltags kam es aber bis in jüngere Vergangenheit nicht. Die durchaus zahlreichen kleineren Untersuchungen zur Geschichte der Fakultät und zu den Professoren jener Zeit wurden bislang nicht zu einem Gesamtbild zusammengesetzt.

Um diesem Zustand, ja Missstand abzuhelpfen, wurde 2015 ein Stipendium ausgeschrieben, das dazu dienen sollte, die in groben Zügen bekannte Entwicklung in Göttingen „auf einem breiten Quellenfundament in institutionengeschichtlicher Perspektive und unter Einbeziehung aller Tätigkeitsaspekte der Theologischen Fakultät in Forschung, Lehre, Verwaltung und Publizistik zu analysieren“, wie seinerzeit die Ausschreibung formulierte. Inhaber des Stipendiums wurde der durch zeit- und kirchengeschichtliche Studien ausgewiesene Historiker Dr. Hansjörg Buss. Die Fakultät verband mit der Ausschreibung und Verleihung dieses Stipendiums das Interesse, ein klareres, synthetisches Bild der eigenen Geschichte zu erhalten, das kritische Beobachtungen nicht scheuen, aber auch die in der Literatur verbreitete Fixierung auf Hirsch vermeiden sollte. Nicht zuletzt ging es um die breit angelegte Aufarbeitung der Archiv- und Quellenbestände, um für anschließende Forschungen eine Basis zu schaffen.

Mit dem vorliegenden Buch legt Dr. Buss die Ergebnisse seiner Nachforschungen in Archiven und der Sichtung der zeitgenössischen Publikationen sowie der darauf bezogenen Forschungsliteratur vor. Den Anspruch, ein vollständiges Gesamtbild zu zeichnen, erhebt er bewusst nicht. Wohl aber verknüpft er die sich um Hirsch rankende ‚Chronique scandaleuse‘ mit dem weniger bekannten, aber für die Fakultät nicht weniger wichtigen Agieren von dessen Kollegen, rückt die institutionelle Kontinuität neben Konflikte um Personalien (auch mit der hannoverschen Landeskirche), wirft die Frage auf, wie sich die Zäsuren von 1918 und 1945 zu der von 1933 verhalten, und untersucht erstmals die Lage der Studierendenschaft in nationalsozialistischer Zeit. Dabei werden sowohl die Besonderheiten der Situation in Göttingen, aber auch die mit anderen Fakultäten vergleichbaren Herausforderungen und Reaktionsmuster in der Phase des „Kirchenkampfes“ aufgezeigt. Dabei verfolgt Buss nicht eine Exkulpierungsstrategie, sondern zeigt nüchtern auf, welche Wege in der Verhältnisbestimmung zum NS-Regime an der Göttinger Fakultät



verfolgt wurden und, soweit erkennbar, warum den Zeitgenossen dies plausibel, in manchen Fällen aber auch schon damals fraglich schien.

Herrn Dr. Buss danke ich namens der Fakultät, dass er sich dieser Aufgabe gestellt, sie ebenso zügig wie akribisch erfüllt und seine Ergebnisse zur Publikationsreife geführt hat. Mag dieses Buch im Vergleich zu manchen Darstellungen anderer Fakultäten ein Spätling sein, so kommt es doch zur rechten Zeit, nämlich zur hundertsten Wiederkehr der 1921 erfolgten Berufung von Emanuel Hirsch – und Karl Barth. Schon diese Koinzidenz macht deutlich, dass es über die Zwischenkriegszeit in Göttingen mehr zu sagen gibt als simple Schwarz-Weiß-Malerei. Die Göttinger Theologische Fakultät begrüßt diesen monographischen Beitrag zur kritischen Wahrnehmung ihrer eigenen Geschichte ausdrücklich – weitere mögen folgen!

Prof. Dr. Peter Gemeinhardt  
Dekan der Theologischen Fakultät



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Lesehinweise .....	3
Problemaufriss, leitende Fragestellungen und methodisches Vorgehen.....	5
Archiv- und Quellenlage .....	9
Forschungsübersicht.....	11
Prolog: Vom ‚Ruhrkampf‘ zum ‚Universitätsskandal‘. Weihnachtsgrüße aus Frankreich und der ‚Fall Piper‘ (1923).....	19
<b>Kapitel 1: Die Zeit der Weimarer Republik.....</b>	<b>27</b>
Rahmungen: Die Stadt Göttingen und ihre Universität .....	31
„Provinznest mit Doktorhut“: die Stadt Göttingen.....	31
„Welthauptstadt der Naturwissenschaften“: die Georg-August-Universität....	35
Vorbehalte gegen die Republik: die Professorenschaft.....	38
Soziale Deklassierung und politische Radikalisierung: die Studentenschaft.....	43

Offen gegen die Republik: der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) .....	51
Die Göttinger Theologische Fakultät .....	55
Grundzüge der Fakultätsentwicklung .....	55
Rechtliche Voraussetzungen.....	59
Theologische Wissenschaft in der Zeit der ungeliebten Republik: der Lehrkörper.....	61
Das Göttinger Personaltableau der Jahre 1918 bis 1933 .....	61
Mentale Disposition und politische Einstellungen .....	64
Deutschlands Schicksal: Emanuel Hirsch .....	73
Die Kirchen und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen: Johannes Hempel und Hermann Dörries.....	85
Positionierungen: gegen die Republik.....	89
Sinnsuche und politische Radikalisierung: die Studenten der Theologie .....	91
Theologiestudium „im Herzen Deutschlands“: Übersicht und studentische Kommunikationsräume.....	91
Das Theologische Stift.....	95
Burschenschaft Germania zu Göttingen.....	98
Der Göttinger Wingolf.....	100
Akademisch-Theologische Verbindung Thuringia.....	106
Im Widerspruch? Korporationen zwischen christlichem und nationalem Prinzip .....	108
Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV).....	109
Deutsche Christliche Vereinigung studierender Frauen (DCVSF)/ Deutsche Christliche Studentinnenbewegung (DCSB).....	115
Freie Evangelische Fachschaft (FETH)/Deutsche Evangelische Theologenschaft (DETh) .....	116
Eine Neuerung mit weitreichenden Folgen: das Studentenpfarramt .....	118
Evangelischer Studentendienst/Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft .....	121
Zwischenbilanz: die Studenten der Theologie und das Ende der Republik...124	
Hugo Rönck und der NSDStB .....	125
„Unter dem Jubel der jungen Theologen“: die Theologische Fakultät am Vorabend des ‚Dritten Reiches‘ .....	131

<b>Kapitel 2: Die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur</b> .....	137
„So wird aus der Volksgemeinschaft Glaubensgemeinschaft.“ Drei Schlaglichter auf das Jahr 1933 .....	141
„dass dem Göttinger Kurs [...] die Zukunft gehört“: der <i>Studentenkampfbund Deutsche Christen</i> .....	145
In kirchenpolitischer Mission: die Skandinavienreise Göttinger Professoren im September 1933 .....	150
„Denn was bedeutet Worms?“ Hermann Dörries und der <i>Deutsche Luthertag 1933</i> in Göttingen .....	155
Die Neuordnung der Theologischen Fakultät.....	161
Der universitäre Rahmen: die Georgia Augusta im ‚Führerstaat‘ .....	161
Die Umgestaltung der Theologischen Fakultät.....	168
Zwischen Bestandssicherung und Neuaufstellung: die Entwicklung des Lehrkörpers .....	171
Göttingen als Zentrum für deutsche Theologie?.....	172
Ohne formale Qualifikation: die Berufung von Otto Weber (1934).....	173
Der Wegfall der persönlichen Professur von Alfred Rahlfs (1935).....	174
Professorenrevirement (Mai 1935): die Berufungen von Joachim Jeremias (NT), Friedrich Gogarten (ST) und Walter Birnbaum (PT) .....	175
Trotz Nähe zur Bekennenden Kirche: die Berufung von Joachim Jeremias.....	175
Um neues theologisches Denken zu gestalten: die Berufung von Friedrich Gogarten .....	177
„Im Großkampf mit der Kirche“: Die folgenschwere Berufung von Walter Birnbaum.....	178
Gescheiterte Neuordnungsversuche (1936/37): Hirschs Wechsel auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie und die Besetzung des Lehrstuhls für Kirchengeschichte .....	183
Das Scheitern der Neubesetzung des Lehrstuhls für Praktische Theologie .....	183
Der Wechsel Hirschs auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie.....	184
Der Kompromisskandidat: die Berufung von Martin Gerhardt .....	185
Die Berufung von Baumgärtel auf den Lehrstuhl für Altes Testament (1937) .....	188

Im „Zustand der Unvollständigkeit“: der Verlust der AT-Professur (1941) .....	190
Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten: Personalentscheidungen unter staatlichem Vorbehalt .....	190
Exkurs: Politische und kirchenpolitische Entscheidungen .....	193
Theologische Nachwuchsförderung unter sich verschlechternden Rahmenbedingungen .....	197
Die Theologische Fakultät in den Jahren 1933 bis 1939 .....	207
Decanus perpetuus: zur Bedeutung Emanuel Hirschs für die Fakultätsentwicklung .....	207
„Geistreicher Häretiker“: Hirschs politische-theologische Radikalisierung und sein kirchenpolitisches Scheitern (1933/34) .....	209
„... dann werden Lehrer und Schüler alle den braunen Rock tragen.“ Praktische Interventionen .....	215
Ein Angriff auf Hirschs Integrität: Gerüchte über seine ‚nichtarische‘ Abstammung .....	220
„eine geschlossene nationale Haltung“: Äußerungen aus den Reihen der Fakultät während der Euphoriephase 1933/34 .....	221
Keine einheitliche Position: die Fakultät und der ‚Arierparagraf‘ .....	223
Die Fakultät und der ‚Kirchenkampf‘ .....	229
Im Großkonflikt mit der Landeskirche (1935–1938) .....	232
Das Ende der Fakultätsvertretung im Landeskirchentag (1935) .....	233
Ein Nebenkriegsschauplatz: der Titel des Abts von Bursfelde (1935/37) .....	233
Über die Einsetzung und Einführung des Universitätspredigers (1935/38) .....	235
Der „Kampf um den theologischen Nachwuchs“ .....	236
Ersatzvorlesungen der Bekennenden Kirche (1935–1936) .....	237
Konflikt um die Aufnahme in die landeskirchliche Prüfungskommission (1935–1938) .....	240
Die Verdrängung des Studentenpfarramtes .....	246
Nationalsozialistische Erziehungsarbeit: zwei Einrichtungen der Theologischen Fakultät .....	251
Das Göttinger Waisenhaus .....	251
Das Göttinger Sprachenkonvikt .....	253

Theologiestudium unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur: Ausgrenzung und Selbstfindung.....	259
Allmähliches Ausbluten: Rückgang der Studierendenfrequenz.....	259
Das Ende des christlichen Verbindungswesens.....	262
Die Burschenschaft Germania.....	262
Der Göttinger Wingolf .....	265
Die Erfassung der Theologiestudenten in der DSt und anderen NS-Organisationen.....	267
Begrenzte Bindungskraft: die Theologische Fachschaft.....	268
Die Wohnkameradschaft der DCSV und das Sprachenkonvikt als nationalsozialistische Erziehungsagenturen.....	272
Zwischen Kontinuität und Anpassung: das Theologische Stift .....	274
Abseits des Mainstreams: das Reformierte Studienhaus.....	275
Sonderfall: die Deutschchristliche Studentenvereinigung .....	280
Ruf zur Entscheidung: Theologiestudium und ‚Kirchenkampf‘ .....	282
Das deutschchristliche Kräftefeld .....	282
Marginalisiert: die Göttinger DC-Studentengruppe .....	282
Teilnahme am ‚Reichsberufswettkampf‘ der deutschen Studenten .....	283
„Stätte geistiger Kultur in der Universität“: das Bremer Studienhaus.....	287
Neue Wege: die Studenten der <i>Bekennenden Kirche</i> im ‚Kirchenkampf‘.....	289
Selbstorganisation: die studentische Bekenntnisgemeinschaft .....	289
Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute (1935).....	293
Bekenntnisstudentische Annäherung an die Landeskirche .....	297
Ausstoßung „christlich bestimmter deutscher Geistigkeit aus dem deutschen geistigen Lebensraum“: Diskriminierung und Ausgrenzung .....	304
Ausgrenzung aus den NS-Organisationen.....	305
Einstellung der Studienförderung .....	307
Erntedienst im ‚deutschen Osten‘ .....	308
Auf dem Weg zur studentischen Gemeinde.....	310
Das Verbot von DCSV/DCSB (1937/38) .....	310
Studentenpfarramt und Gemeindebildung .....	311

Bewahrung, Aufbruch und Neuausrichtung: Lehre und Forschung 1933–1945.....	315
Wissenschaftliche Kontinuität und Politisierung der wissenschaftlichen Ausbildung .....	315
Universitätstheologie im totalitären Weltanschauungsstaat: Göttinger Profile .....	321
Altes Testament: Alfred Rahlfs, Johannes Hempel, Kurt Möhlenbrink, Friedrich Baumgärtel .....	324
Neues Testament: Walter Bauer, Johannes Behm, Joachim Jeremias .....	333
Kirchengeschichte: Hermann Dörries und Martin Gerhardt .....	339
Systematische Theologie: Carl Stange, Georg Wobbermin, Friedrich Gogarten, Emanuel Hirsch.....	351
Praktische Theologie: Johannes Meyer und Walter Birnbaum.....	389
Reformierte Theologie: „Ich glaube, dass ich als Christ sehr wohl politischer Nationalsozialist sein kann.“ Otto Weber (1934–1966).....	391
Die Theologische Fakultät während des Zweiten Weltkriegs (1939–1945).....	397
Im „institutionellen Überlebenskampf“ .....	397
Das Kriegsdekanat Otto Webers (1939–1945).....	400
„daß unsere Göttinger Gemeinde weiter zusammenhält, hört, betet, singt, arbeitet und wächst“: Studium, studentische Gemeinde und Wischmann- Briefe .....	403
Im ‚Schwebezustand‘: Möglichkeiten und Grenzen des Fakultätshandelns in der nationalsozialistischen Weltanschauungsdiktatur .....	408
<b>Kapitel 3: Die Nachkriegszeit</b> .....	415
Nach dem Zusammenbruch: die Theologische Fakultät in den Jahren 1945 bis 1950.....	419
Die Wiedereröffnung der Universität .....	420
Die Entnazifizierung der Göttinger Universität.....	421
Verunsichert in die Übergangsgesellschaft: die Studentenschaft.....	423
Eine „Kernfrage unserer Existenz“: Zur universitären Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus .....	427
Stuttgarter ‚Schuldbekennnis‘ (Oktober 1945).....	432
Eine entglittene Chance der Kirche?	
Der Vortrag von Martin Niemöller (Januar 1946).....	434



Der AstA und der 20. Juli: Axel von dem Bussche .....	437
„Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage“ .....	439
„Göttingen ist derweil unbestritten zur ersten Fakultät Deutschlands geworden.“ Personelle Neuaufstellung und theologischer Bruch.....	441
Personeller Umbruch: Entlassungen und Neubesetzungen.....	443
Aus dem Dienst entfernt .....	445
Der unauflöslche tiefe Schmerz des Emanuel Hirsch .....	445
Walter Birnbaum: „Von hieraus erhält der Streitfall in der Theologischen Fakultät, weit hinaus über das menschliche Versagen, die Dignität eines Problems der Gesamtuniversität.“ .....	447
Martin Gerhardt: „Er ist ein ehrlicher Christ, ein anständiger Deutscher, ein gewissenhafter Gelehrter.“ .....	452
Die im Amt Gebliebenen .....	454
Hermann Dörries: „Er war das Vorbild eines vornehmen, aber entschiedenen Gegners des Nationalsozialismus.“ .....	455
Trotz Formalbelastung unbeanstandet: Otto Weber .....	457
Kontinuität und behutsame Erneuerung: weitere Personalentscheidungen.....	459
Zur Auseinandersetzung der Fakultät mit der Zeit des Nationalsozialismus .....	460
Frühe Äußerungen Einzelner: Otto Weber und Friedrich Gogarten.....	461
Entnazifizierung: „Vergangenes vergangen sein [zu] lassen“ .....	465
Vom ‚Kirchenkampf‘ zum ‚Darmstädter Wort‘ .....	467
Zwischenbilanz: Scharnierjahre einer Fakultät.....	478
Nachhall: Der ‚Fall‘ Karl Georg Kuhn.....	482
Gemeindebildung und gesellschaftlicher Aufbruch: die Theologiestudentenschaft.....	491
Übersicht: die Studentinnen und Studenten der Theologie .....	491
Langfristiger Wandel: der Weg zur ESG.....	493
Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) .....	493
Neugründung und Bedeutungsverlust: der Göttinger Wingolf.....	498
Die studentischen Wohnheime: Das Bremer Studienhaus .....	499
Selbstverortung und Positionsbestimmung in einem säkularen Umfeld .....	502
Zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe .....	502

---

Rückkehr zur Welt. Einstellungswandel unter ökumenischen Vorzeichen .....	505
Vorboten eines Aufbruchs: der Weg in die beginnende Zivilgesellschaft .....	507
Epilog: Johannes Hempel .....	513
<b>Bilanz: Zeiten des Umbruchs</b> .....	519
Die Theologische Fakultät in den Jahren 1918 bis Ende der 1940er Jahre .....	521
<b>Verzeichnisse</b> .....	539
Biografischer Anhang .....	541
Quellenverzeichnis .....	567
Literaturverzeichnis .....	583
Abkürzungsverzeichnis .....	637
Zitatnachweisungen .....	641
Register .....	643

## Vorwort

Am 15. Februar 2015 stellte das Dekanat der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen fest:

*Es ist allgemein bekannt, dass die Göttinger Theologische Fakultät in der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ in einigen ihrer exponierten Vertreter eine gegenüber dem Nationalsozialismus in Kirche und Staat begünstigende und den Umbau der zeitgenössischen Gesellschaft im Sinne der völkisch-rassistischen Ideologie bejahende Rolle gespielt hat. Bisher ist es allerdings unterblieben, diese Entwicklung auf einem breiten Quellenfundament in institutionengeschichtlicher Perspektive und unter Einbeziehung aller Tätigkeitsaspekte der Theologischen Fakultät in Forschung, Lehre, Verwaltung und Publizistik zu analysieren.<sup>1</sup>*

Um diese Lücke zu schließen, lobte die Theologische Fakultät ein Forschungsstipendium aus, mit dem zum 1. Juni 2015 der Autor der vorliegenden Arbeit betraut wurde. Für das Vertrauen, das mir die Theologische Fakultät entgegengebracht hat, möchte ich mich an dieser Stelle bedanken, namentlich bei Herrn Prof. Dr. Kaufmann, der trotz großer zeitlicher Inanspruchnahme meine Forschungstätigkeit konstruktiv begleitet hat, und Herrn Dekan Prof. Dr. Peter Gemeinhardt.

---

<sup>1</sup> Ausschreibungstext, Dekanat der Theologischen Fakultät Göttingen am 15.2.2015.

Dank gilt auch dem früheren Stiftsinspektor Heiko Wojtkowiak, der mir während meiner Aufenthalte in Göttingen mit großer Selbstverständlichkeit das Gästezimmer des Theologischen Stifts zur Verfügung stellte. Bedanken möchte ich mich bei Kolleginnen und Kollegen, bei Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern sowie bei den Archivarinnen und Archivaren, die meine vielen Fragen und Anfragen geduldig beantwortet haben, sowie bei all den Einrichtungen, die Fotografien zur Verfügung gestellt haben. Frau Alice von Berg danke ich für Satz und Layout sowie die mitdenkende Durchsicht des Manuskripts, dem Universitätsverlag Göttingen für die Aufnahme in sein Verlagsprogramm und die Drucklegung. Diese wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Theologischen Fakultät, des Landeskirchenamts der *Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers* und der *Verinigten Evangelisch Lutherischen Kirche Deutschlands* (VELKD) nicht möglich gewesen. Auch dafür herzlichen Dank.

Die nationalsozialistische Barbarei endete vor bald einem Dreivierteljahrhundert. Dennoch berührt die vorliegende Arbeit noch immer ein schwieriges, sensibles, moralisch hochaufgeladenes und in mancherlei Hinsicht ‚belastetes‘ Themenfeld. Möge sie in einer Zeit, in der antidemokratische Ressentiments und autoritäres Denken, ökonomische, soziale und rassistische Ausgrenzung nicht nur in Deutschland längst erneut auf dem Vormarsch sind, zu einer lebendigen und fruchtbaren Debatte beitragen. Die Verantwortung für Fehler, Irrtümer und Fehleinschätzungen liegt allein bei mir.

## Lesehinweise

In der vorliegenden Arbeit wurde auf die durchgängige Verwendung der weiblichen Form verzichtet. Inhaltlich liegt dies in der Männerdominanz begründet, die für die deutschen Hochschulen und besonders die Theologischen Fakultäten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geradezu ein Strukturmerkmal war. Mit Ausnahme der promovierten Studienrätin Ingeborg Schrader, die von März bis Oktober 1944 aufgrund der kriegsbedingten personellen Notlage kurzfristig eingestellt werden ‚musste‘, beschäftigte die Göttinger Fakultät im gewählten Untersuchungszeitraum in ihrem wissenschaftlichen Bereich keine Frau. Auch war die Anzahl der Theologiestudentinnen bis zur Wiedereröffnung der Universität im September 1945 durchgängig gering. Der bis dahin erreichte Höchststand lag bei 21 Studentinnen zum WS 1933/34, vom SoSe 1937 bis zum SoSe 1938 war an der Göttinger Fakultät keine einzige Frau immatrikuliert. Die stereotype Verwendung des Begriffspaares ‚Studentinnen und Studenten‘ würde gerade für die Jahre der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur vielerorts die tatsächlichen Verhältnisse verzeichnen und falsch wiedergeben. Das Selbstverständnis der Studienjahrgänge 1918 bis 1945 war sowohl in der Dozenten- als auch der Theologiestudentenschaft weithin von soldatischen, kämpferischen Männlichkeitsidealen und patriarchalen Rollenbildern bestimmt. Insofern wurden Studentinnen nur dann benannt, wenn dies inhaltlich begründet schien.

Der Begriff des ‚Kirchenkampfes‘ bündelt ein zentrales Narrativ der Geschichts- und Kirchengeschichtsschreibung zur Rolle der Kirchen in den Jahren 1933 bis 1945. Von den Kirchen gefördert und geradezu inszeniert, wurde er zu einem Epochenbegriff, der insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine kaum zu unterschätzende und durchaus intendierte apologetische Wirkung entfaltete. Ausdruck hierfür ist auf evangelischer Seite die Gründung der *Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit* im Jahr 1955 auf Initiative des Rates der EKD. Zugleich entsprach der Begriff der lebensweltlichen Selbstdeutung vieler unmittelbar beteiligter Theologen und setzte sich im kulturellen Gedächtnis der Kirche als Leiterzählung fest. Begleitet von einem doppelten generationellen Wechsel setzte sich erst mit der stärkeren Berücksichtigung sozialhistorischer Ansätze und neuen Fragestellungen der Übergang von der Geschichte des ‚Kirchenkampfes‘ zur Geschichte der ‚Kirche im Nationalsozialismus‘ endgültig durch.<sup>2</sup> 2014 plädierte der katholische Historiker und Wehler-Schüler Olaf Blaschke für eine strenge Historisierung des ‚Kirchenkampf-Begriffs‘ und, Manfred Gailus folgend, für eine inhaltliche Begrenzung auf den sogenannten „Bruderkampf im protestantischen Haus“. Aufgrund seiner missbräuchlichen Mehr- und Uneindeutigkeit forderte er, den Begriff des ‚Kirchenkampfes‘ konsequent in Anführungszeichen zu setzen. Dieser überzeugend vorgetragenen, freilich vor wenigen Jahren noch undenkbar scheinenden Forderung schließe ich mich im Folgenden an.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Kuller/Mittmann: ‚Kirchenkampf‘. Stellvertretend sei hier auf die Auseinandersetzungen um einst hochangesehene Leit- und Führungsfiguren der *Bekennenden Kirche* wie z.B. Landesbischöfe Hans Meiser (Bayern), August Marahrens (Hannover) und Wilhelm Halßmann (Schleswig-Holstein) verwiesen. Es handelt sich um kirchengeschichtspolitische und erinnerungskulturelle Debatten, in der unterschiedliche Generationen exemplarisch das eigene Selbstverständnis verhandeln und aktualisieren. Konkrete Schritte wie z.B. die Umbenennung von Straßen oder kirchlichen Gebäuden erklären die hohe Emotionalität sowie das vergleichsweise starke öffentliche Interesse. Die von Männern dominierte Aufarbeitungsgeschichte des ‚Kirchenkampfes‘ trug erheblich zur bis heute nachwirkenden Ausblendung des weiblichen Anteils am ‚Kirchenkampf‘ bei.

<sup>3</sup> Vgl. Blaschke: Kirchen, S. 135–144.

## Problemaufriss, leitende Fragestellungen und methodisches Vorgehen

Im universitären Gesamtgefüge nehmen die Theologischen Fakultäten eine Sonderstellung ein: Einerseits sind sie in das staatliche Hochschulwesen integrierte Wissenschaftsorte, andererseits konfessionell bestimmte Ausbildungsstätten für die Kirche. In den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur stellte diese Janusköpfigkeit die Fakultäten vor eine doppelte Herausforderung. Selbstverständlich fielen auch sie unter die Kuratel der nationalsozialistischen Hochschulpolitik, die nach ihrem Wesenskern auf die organisatorisch-personelle ‚Gleichschaltung‘ der deutschen Hochschulen und ihre harmonische Einordnung in den NS-Staat abzielte.<sup>4</sup> Die verfassungsrechtlich und kirchenvertraglich abgesicherten Bestandsgarantien der Republikzeit stellten ihr Weiterbestehen zwar vorerst sicher, mit der Konsolidierung und dem Ausbau der NS-Diktatur mehrten sich aber Vorstöße, die sich gegen die Theologischen Fakultäten an sich richteten und ihre Existenz als Bestandteil der staatlichen Hochschule in Frage stellten. An ihrer Aufrechterhaltung hatte der NS-Staat kein originäres Interesse. Sie galten als Rückzugsorte, Rückhalt, Gralshüter und Stichwortgeber einer unerwünschten weltanschaulichen Konkurrenz, die es auf lange Sicht auszuschalten galt. Inhaltlich-weltanschaulich wie in ihrer konkret-praktischen Ausrichtung als wissenschaftlicher Ausbildungs-

---

<sup>4</sup> Vgl. Grüttner: Wissenschaft.

ort für den zukünftigen Theologennachwuchs grundsätzlich angefochten, waren die Theologischen Fakultäten so einem hohen Legitimationsdruck ausgesetzt. Ihre Abhängigkeit von dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch und einer amorphen, von zahlreichen Widersprüchen und unterschiedlichen Interessen geleiteten nationalsozialistischen Kirchen- und Religionspolitik konnten sie zu keiner Zeit aufheben. Sie wurden zur „Dispositionsmasse rivalisierender Apparate“, der Spielraum der deutschen Universitätstheologen war begrenzt.<sup>5</sup>

Konfliktverschärfend auf die ohnehin prekäre und latent gefährdete Stellung der Theologischen Fakultäten wirkte sich die unausweichliche Involvierung in die Auseinandersetzungen des ‚Kirchenkampfes‘ aus. Die protestantische Standortbestimmung berührte ein eng verwobenes Konglomerat aus theologischen, kirchenpolitischen und kirchenrechtlichen Fragen und weitete sich zu einem Fundamentalkonflikt über das Wesen und die Aufgabe der Kirche und ihre zukünftige Rolle im rassistisch bestimmten ‚Volksstaat‘ aus. Gleichwohl innerkirchlich motiviert, strahlte der ‚Kirchenkampf‘ unmittelbar auf die kirchliche Stellung zum und im NS-Staat aus und musste zwangsläufig zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche führen. Die daraus resultierenden Loyalitätskonflikte trafen die Fakultätsmitglieder umso mehr, da sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis von der staatlichen Hochschulverwaltung befanden und Entscheidungen über wissenschaftliche Laufbahnen, wirtschaftliche Existenzen, letztendlich über die berufliche Zukunft jedes Einzelnen unter dem Vorbehalt politischer und weltanschaulicher Zuverlässigkeit standen.

Diese Problemlage bestimmte auch die Entwicklung der Göttinger Theologischen Fakultät. In der vorliegenden Arbeit werden vier Themenbereiche untersucht: 1) die institutionelle und personelle Entwicklung der Fakultät in den Jahren 1933 bis 1945, 2) die unmittelbaren Folgen des politischen Umschwungs und des ‚Kirchenkampfes‘ anhand ausgewählter Konfliktfelder, 3) deren Auswirkungen auf Forschung und Lehre sowie 4) die fundamentalen Veränderungen für die Studentinnen und Studenten der Theologie. Leitmotivisch steht dabei die Frage im Vordergrund, in welchem Umfang sich nationalsozialistische Politisierung und weltanschauliche Übergriffigkeit abbildeten. Wie und aufgrund welcher Motive und Interessen verhielten sich die handelnden Akteure? Welche äußeren Einflussfaktoren (Universität, Landeskirche, NS-Staat, NSDAP) beeinflussten die Fakultätsentwicklung? Mit dem Ansatz, die Theologische Fakultät als eine gesellschaftswirksame Institution zu sehen, soll dabei die Fokussierung auf den ‚Kirchenkampf‘ aufgebrochen werden, ohne dessen handlungsleitenden Charakter zu negieren. Für Göttingen erstmals in den Blick genommen werden die Studentinnen und Studenten der Theologie. Auch sie waren – unabhängig von der jeweiligen politischen und kirchenpolitischen Entscheidung – allein aufgrund ihrer aus staatlicher Sicht unerwünschten Studienwahl bald repressiven und ausgrenzenden Maßnahmen

---

<sup>5</sup> Alwast: Fakultät, S. 120. Vgl. Wolgast: Hochschulpolitik; Nowak: Kirchen.



ausgesetzt. Zugleich stellte der Entscheidungscharakter des ‚Kirchenkampfes‘ die angehenden Theologen und Pfarrer vor existentielle Herausforderungen. Eine konsequente Entscheidung für die *Bekennende Kirche* barg die Gefahr erheblicher dauerhafter finanzieller und beruflicher Nachteile. Gefragt wird nach den unterschiedlichen studentischen Reaktionen und Antworten auf die Herausforderung durch NS-Staat und ‚Kirchenkampf‘.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich entlang der politischen Zäsuren der Jahre 1918, 1933 und 1945. Ausgehend von der Kriegsniederlage und dem Ende der Hohenzollernmonarchie wird im ersten Abschnitt untersucht, wie sich die Theologische Fakultät – sowohl die Professoren als auch die unterschiedlichen Studentengenerationen – zur krisenbehafteten Weimarer Republik stellte und mit welchen Angeboten sie sich einbrachte. Behandelt werden ausgewählte professorale Voten, auf studentischer Seite anhand einer Untersuchung ihrer sozialen und kommunikativen Räume bestehende Vergemeinschaftungs- und politische Radikalisierungsprozesse. Der Umgang mit der nationalsozialistischen Herausforderung, konkret die politischen und kirchlich-kirchenpolitischen Grundentscheidungen der insgesamt 15 Göttinger Theologieprofessoren der Jahre 1933 bis 1945 steht im Zentrum des zweiten Abschnitts. Dabei wird, ohne die Fakultätsgeschichte auf eine einzige Person reduzieren zu wollen, ein besonderes Gewicht auf Emanuel Hirsch gelegt, der die Fakultät als ‚decanus perpetuus‘, Nationalsozialist, *Deutscher Christ* und zeitweise einflussreicher theologischer Berater von Reichsbischof Ludwig Müller in den Konfliktjahren 1933 bis 1939 nachhaltig prägen und gleichsam zu ihrem Gesicht werden sollte. An den kirchenpolitisch bedingten Großkonflikten mit der lutherischen Landeskirche und dem bekenntnisgebundenen Teil der Theologiestudentenschaft hatte er entscheidenden Anteil. Gezeigt wird, dass ohne die freilich die Außenwahrnehmung bestimmenden Auseinandersetzungen mit der Landeskirche – zu nennen sind hier zuvorderst die Berufung des Praktischen Theologen Walter Birnbaum und für die Jahre 1936 bis 1938 die Nichtberücksichtigung der Göttinger Theologen in der landeskirchlichen Prüfungskommission – die Fakultät in ihren Kernaufgaben unangetastet blieb. Unter Wahrung strikter Loyalität gegenüber dem NS-Staat blieb sie trotz schwieriger werdenden Rahmenbedingungen Ort theologischer Wissenschaft und der Nachwuchsausbildung. Bezüglich der Studentinnen und Studenten der Theologie wird gezeigt, dass sich im Zuge der nationalsozialistischen Erfassung und politischen Indoktrination der Studentenschaft ihre kommunikativen und sozialen Räume gravierend veränderten. Zur entscheidenden Zäsur wurde – analog zur Entwicklung des ‚Kirchenkampfes‘ – nicht das Jahr 1933, sondern die erste Jahreshälfte 1934. Erst jetzt kam es zur vorsichtigen Ausbildung unabhängiger Strukturen, die letztendlich in einer studentischen Organisation entlang kirchenpolitischer Entscheidungen mündete. Die bekenntnisstudentische Annäherung an die Landeskirche, Verkirchlichungstendenzen und die allmähliche Ausbildung einer selbständigen evangelischen Studentengemeinde waren wegweisende Richtungsentscheidungen für die Zukunft.

Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf den Umgang mit der nationalsozialistischen ‚Vergangenheit‘. Untersucht wird, welche organisatorischen, personellen, praktischen und inhaltlichen Konsequenzen die Theologische Fakultät aus dem militärischen-politischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches zog und wie sie sich zu dem politischen Neuanfang stellte. Dabei wird gezeigt, dass die personelle Neuaufstellung mit einer weitreichenden theologischen Neuausrichtung verbunden war und insofern das Jahr 1945 eine Zäsur für die Theologische Fakultät bedeutete. Die Kriegsniederlage und der totale Kollaps des Reiches, die Verwerfungen der Zusammenbruchgesellschaft, die ‚Schuldfrage‘ und die geistige Leere, die der NS-Weltanschauungsstaat hinterlassen hatte, bestimmten auch Sein und Bewusstsein der steigenden Anzahl der Studentinnen und Studenten der Theologie. Dargestellt werden Rolle und Bedeutung der *Evangelischen Studentengemeinde*, die sich als bleibendes Erbe der NS-Zeit nun offiziell konstituierte und zu einem entscheidenden Diskursraum für die konfliktreich ausgetragene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde.

## Archiv- und Quellenlage

Die Quellenlage zur Göttinger Theologischen Fakultät ist vergleichsweise günstig.<sup>6</sup> Ihre Unterlagen – sowohl Personal- als auch die Sachakten – sind im Universitätsarchiv umfangreich überliefert, wenn auch mit ungeklärten Lücken. Ergänzt werden sie durch die Überlieferung des Rektorats, des Sekretariats und des Kuratoriums. Die Akten des bis 1934 für die Göttinger Universität zuständigen preußischen Kultusministeriums sind im *Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz* überliefert, die des *Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* sowie, weit weniger gewichtig, des *Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten* im Bundesarchiv. Auch die staatliche Parallelüberlieferung ist offenbar unvollständig.<sup>7</sup> Zu einzelnen Aspekten konnten zudem kirchliche Archive herangezogen werden. Zu

---

<sup>6</sup> Neben den im Text genannten wurden Unterlagen in folgenden Archiven eingesehen: Archiv der Diakonie, Politisches Archiv des Außenministeriums, Universitätsarchiv der Humboldt-Universität (alle Berlin), Dekanat der Theologischen Fakultät, Stadtarchiv, Theologisches Stift (alle Göttingen), Wingolfsarchiv (Hannover), Landeskirchenarchiv der Nordkirche (Kiel). Korrespondenzarchive waren u.a.: Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (Düsseldorf), Landeskirchenarchiv Thüringen (Eisenach), Universitätsarchiv Erlangen, Universitätsarchiv Greifswald, Landeskirchliches Archiv Baden (Karlsruhe): Universitätsarchiv Mainz, Literaturarchiv Marbach, Universitätsarchiv Münster, Landeskirchenarchiv Bayern (Nürnberg), Universitätsarchiv Tübingen, Landeskirchliches Archiv Braunschweig (Wolfenbüttel).

<sup>7</sup> Nicht überliefert sind die die Handakten des zeitweise für die Theologischen Fakultäten zuständigen Ministerialreferenten Eugen Mattiat, die vermutlich die offenen Fragen im Zusammenhang mit der Besetzung der theologischen Lehrstühle sowie zur Göttinger Fakultätspolitik beantworten könnten.

nennen sind das *Evangelische Zentralarchiv Berlin*, das *Landeskirchenarchiv Hannover*, in dem sich der Teilnachlass des Göttinger Studentenpfarrers der Jahre 1936 bis 1948, Adolf Wischmann, und die Unterlagen zum Sprachenkonvikt der Fakultät als besonders ertragreich erwiesen, das *Landeskirchenarchiv Bremen* mit seinem Bestand zum Bremer Studienhaus und das *Kirchenkreisarchiv Göttingen* mit seinen umfangreichen und bisher wenig beachteten Materialien zur Göttinger *Deutschechristlichen Studentenvereinigung* (DCSV). Die Entnazifizierungsunterlagen der Göttinger Professoren finden sich im *Niedersächsischen Landesarchiv* (Hannover). Nicht oder nur auszugsweise konnten aus arbeitsökonomischen Gründen die Nachlässe verschiedener Göttinger Professoren herangezogen werden.<sup>8</sup>

An öffentlichen Quellen sind an erster Stelle die gängigen Dokumentensammlungen zur Geschichte der evangelischen Kirche im ‚Dritten Reich‘ zu nennen, die fast allesamt Hinweise zur Lage der Theologischen Fakultäten enthalten. Subjektive Eindrücke vermitteln die Lebenserinnerungen der Theologen Hanns Lilje und Walter Birnbaum (beide 1973), Wolfgang Trillhaas (1976), Walter von Loewenich (1979), Eduard Lohse, Hans-Heinrich Harms und Adolf Wischmann (alle 1987) und Hans von Campenhausen (2005), die zu unterschiedlichen Zeiten in Göttingen studiert und/oder gelehrt bzw. gearbeitet haben. Hervorzuheben ist die Apologie *Zeuge meiner Zeit* von Walter Birnbaum, der ob seiner nationalsozialistisch-deutschchristlichen Gesinnung und seiner theologischen Inkompetenz zu den wohl umstrittensten Theologen Göttingens im 20. Jahrhundert zählt. Nicht minder subjektiv sind die im Rahmen einer bis heute 54 Bände umfassenden Gesamtausgabe veröffentlichten Rund- und Privatbriefe von Karl Barth, die aus der Sicht eines theologischen und ‚landfremden‘ Außenseiters einen authentischen, stimmungsvollen und lebendigen Eindruck der Göttinger Theologischen Fakultät geben. Für die Jahre 1921 bis 1925 handelt es sich um unverzichtbare Zeitdokumente.

---

<sup>8</sup> Die Nachlässe von Arthur Titius und Carl Stange befinden sich im EZA, die von Walter Bauer, Friedrich Gogarten und Wolfgang Trillhaas in der Handschriftenabteilung der *Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen*. Der Nachlass von Otto Piper befindet sich in den Beständen des *Princeton Theological Seminary* (USA). Im Bundesarchiv in Koblenz sind die umfangreichen Nachlässe von Hermann Dörries, in der vorliegenden Arbeit teilweise berücksichtigt, und von Ernst Wolf überliefert. Die Vorlesungsmanuskripte und Kolleghefte Georg Wobbermins befinden sich, bisher nicht erschlossen, im Universitätsarchiv der Berliner *Humboldt-Universität*. Der Nachlass Emanuel Hirschs, der auch eine tausendseitige Autobiografie über die Jahre 1933 bis 1945 enthalten soll, befindet sich im familiären Besitz und ist nicht zugänglich. Im *Literaturarchiv Marbach* überliefert sind seine rund 600 Briefe umfassende und aussagekräftige Korrespondenz mit Wilhelm Stapel, deren wissenschaftliche Auswertung jedoch restriktiv gehandhabt wird. Der Nachlass von Otto Weber befindet sich im Privatbesitz und wurde von Vicco von Bülow umfangreich ausgewertet. Dem Biografen Martin Gerhardts, Volker Herrmann, wurde 2003 Einblick in dessen Unterlagen gewährt, die sich seinerzeit noch in Familienbesitz befanden. Gerhardts wissenschaftlicher Nachlass zur Diakoniegeschichte befindet sich im Archiv der Diakonie (Berlin), der zur skandinavischen Geschichte im Universitätsarchiv Göttingen.

## Forschungsübersicht

In der Nachkriegszeit blieb eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Hochschulen zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur weitgehend aus. Der „Ambivalenz von Verschweigen und Bekennen“ der ersten Nachkriegssemester folgte in den 1950er Jahren entlang des gesamtgesellschaftlichen Umgangs mit der jüngsten ‚Vergangenheit‘ eine Phase der Verdrängung und Dethematisierung. Der Blick richtete sich nach ‚vorne‘, die Zeit der „dunklen Jahre“ wurde mit universitätsfremden Eingriffen von außen, „Verirrungen“ und der „Verführung des Geistes“ erklärt.<sup>9</sup> In ihrer Selbstwahrnehmung hatten die deutschen Hochschulen die 12 Jahre des selbsternannten ‚Dritten Reichs‘ trotz Anfechtungen weitgehend intakt und moralisch unbeschadet überstanden. Ein prägnantes Beispiel bietet die anlässlich der Millenniumsfeier der Stadt Göttingen (1953) gehaltene Universitätsrede des ersten Nachkriegsrektors Rudolf Smend. Der deutschnationale Jurist war 1935 aus politischen Gründen nach Göttingen ‚versetzt‘ worden, gehörte nach Kriegsende bis 1955 dem *Rat der Evangelischen Kirche* an und war im Oktober 1945 einer der Unterzeichner der *Stuttgarter Schulderklärung*. Smend räumte in seiner Festrede ein, dass die Universitäten den gebotenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus versäumt hätten, reproduzierte aber das Bild der von außen zwangsweise gleichgeschalteten Universität: „Aber gegenüber mancher Kritik darf

---

<sup>9</sup> Vgl. Prah: Last, hier S. 204f.; Wolgast: Wahrnehmung, S. 285–328.

doch gesagt werden, daß hier der Rückzug auf die eigentliche Aufgabe, die sachliche Arbeit, auch eine gebotene und wirkungsvolle Art zu widerstehen war.<sup>10</sup> Zu seiner Geschichtsrelativierung trug bei, dass Smend ein noch immer andauerndes Kontinuum staatlicher Eingriffe suggerierte. Die „politische Gleichschaltung“ der Jahre 1933 bis 1945 stellte er in eine Reihe mit der vermeintlich „geistigen Gleichschaltung“ in der Ägide des sozialdemokratischen preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker in den 1920er Jahren und der „gesellschaftlichen Gleichschaltung“, die Smend in den Hochschulreformplänen der frühen Nachkriegszeit zu erkennen glaubte. Höhepunkt einer rein apologetischen Deutung der NS-Zeit ist die 1977 erschienene Universitätsgeschichte des Historikers Günther Meinhardt, der die einseitig-äußere und angeblich gescheiterte Vereinnahmung der Göttinger Universität tradierte. Sein kurzer Abriss über die NS-Zeit steht bezeichnenderweise unter der Überschrift *In den Jahren der geistigen Unfreiheit*.<sup>11</sup> Bedeutende Ereignisse wie der Prozess gegen Adolf Eichmann (1961) oder die Frankfurter Auschwitzprozesse (1963–1968), schließlich der gesellschaftliche Auf- und Umbbruch der späten 1960er Jahre führten zur Ablösung der Phase einer „differenzierten Kontinuität“. Die verstärkte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und deren Folgen für die bundesrepublikanische Gesellschaft war ein zentraler Ankerpunkt jenes Aufbegehrens, das heute in dem Begriff ‚1968‘ gebündelt wird. In Göttingen war es die Studentenzeitschrift *Politikon*, die 1965 mit dem Themenheft *Georgia Augusta: Universität im Dritten Reich* eine Debatte anzustoßen suchte. Das Universitätshandeln wurde in die gesellschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge des NS-Staates eingebettet, mit zahlreichen Zitaten aus öffentlich zugänglichen Quellen wurde der Legende der angeblich unpolitischen Universität widersprochen. Gefragt wurde nach den institutionellen Voraussetzungen für ihre nationalsozialistische Durchdringung und nach der bleibenden Bedeutung für die Nachkriegsuniversität und -gesellschaft.<sup>12</sup> Der studentische Anspruch auf Selbsthinterfragung und eine kritische Auseinandersetzung konnte indes kaum eingelöst werden. Zu einer prozesshaften Zäsur kam es erst in den 1980er Jahren. Der strukturelle Generationenwechsel und die finale Ablösung unmittelbar Beteiligter und deren Schüler ermöglichten eine von politischen Impulsen getragene, keinesfalls konfliktfreie Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sowie erste Versuche einer Historisierung. Vielerorts, so auch in Göttingen, gaben Universitätsjubiläen den Anstoß für eine kritische Diskussion und teilweise Neubewertung der eigenen Alma Mater. Der 1987 zur 250-Jahrfeier erschienene Sammelband *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus* und die großen Übersichtsbeiträge von Hans-Joachim Dahms und Cordula Tollmien im dritten Band der *Göttinger Stadtgeschichte* sind unverzichtbare Standardwerke zur Universitätsgeschichte im 20. Jahrhun-

<sup>10</sup> Smend: Umwelt, S. 17f. Das folgende Zitat ebenda.

<sup>11</sup> Vgl. Meinhardt: Universität, S. 106–112.

<sup>12</sup> Vgl. *Politikon* 9 (1965).

dert.<sup>13</sup> Seitdem hat sich der Forschungsstand kontinuierlich verbessert. Dabei spielen der erheblich verbesserte Zugang zu bisher nicht zugänglichen archivalischen Quellen, zunehmend ausdifferenzierte methodische und inhaltliche Fragestellungen sowie die Konjunktur des Themas ‚Nationalsozialismus‘ bei jüngeren Forscherinnen und Forschern ebenso eine Rolle wie die Möglichkeiten, die der technische und digitale Fortschritt mittlerweile bereithalten.<sup>14</sup> Ein Meilenstein in der Verantwortungshaltung der Universität gegenüber ihrer ‚eigenen‘ Geschichte ist das Internetportal *Die Georg-August-Universität im Nationalsozialismus*, das seit 2104 online ist.<sup>15</sup> Entstanden ist eine professionelle und mit entsprechenden Mitteln ausgestattete zentrale Plattform, die sowohl wissenschaftliche Forschungsergebnisse präsentiert als auch aktuelle Projekte und Initiativen zum Gedenken an die NS-Zeit bündelt und aufgreift.

Bezüglich der Theologischen Fakultät standen 1945/46 die organisatorische und personelle Neuaufstellung und die Bewältigung der Alltagsherausforderungen der Zusammenbruchgesellschaft im Vordergrund. Die Auseinandersetzung mit der jüngsten ‚Vergangenheit‘ erfolgte aus dem Blickwinkel aktueller Erfordernisse. Besonders deutlich trat dies in den Entnazifizierungsverfahren hervor, in denen die Fakultätsgeschichte und die Beurteilung des individuellen Verhaltens ihrer Mitglieder während der NS-Zeit mitverhandelt und rechtlich festgeschrieben wurden – mit teils gravierenden Folgen für die berufliche Existenz der Überprüften. Dazu traten die Dominanz des ‚Kirchenkampfes‘ als absolut gesetzte und zentrale protestantische Deutungsfolie für die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur als auch die bruchlose Weiterbeschäftigung der Professoren Dörries, Gogarten, Jeremias und Weber, die erst Mitte der 1950er Jahre bzw. Ende der 1960er Jahre emeritiert wurden und bei allen theologischen Unterschieden einen prägenden Einfluss auf die Nachkriegsfakultät ausübten.<sup>16</sup> Eine historisch-kritische Annäherung an die Fakultätsgeschichte war aufgrund der zeitlichen und personellen Nähe we-

<sup>13</sup> Vgl. Becker/Dahms/Wegeler (Hg.): Universität; Tollmien: Universität; Dahms: Universität.

<sup>14</sup> Vgl. die von Kerstin Thieler zusammengestellte Literaturliste *Die Universität Göttingen und der Nationalsozialismus* [Stand: März 2015], online abrufbar <http://www.ns-zeit.uni-goettingen.de/>.

<sup>15</sup> <http://www.ns-zeit.uni-goettingen.de> [zuletzt abgerufen am 12.11.2019]. Die Redaktion besteht aus Prof. Dirk Schumann, Prof. Dr. Petra Terhoeven und Jan Renken, unterstützt wird das Projekt vom Präsidium der Georg-August-Universität, der Philosophischen Fakultät und dem Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte.

<sup>16</sup> Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgte in Verlängerung der theologischen, kirchlichen und kirchenpolitischen Debatten seit den 1920er Jahren. Erwähnt sei das 1959 veröffentlichte Sondervotum von Friedrich Baumgärtel, Göttinger Ordinarius der 1937 bis 1941. Baumgärtel verwies auf die anhaltende kirchenpolitische Dimension. Gegen die Meinungsführerschaft Wilhelm Niemöllers gerichtet, erinnerte er ausführlich an die nationalistische Grundhaltung führender Vertreter der *Bekennenden Kirche* und deren zeitweise Nähe zum Nationalsozialismus. Bezüglich der Theologischen Fakultäten sah er die deutschchristlichen Einbrüche durchaus, verwehrt sich aber gegen eine vereinfachende Gegenüberstellung von *Bekennender Kirche* (= Barth'sche Theologie) gegen die (vermeintliche) Nichtkirchlichkeit der anderen Hochschullehrer. Vgl. Baumgärtel: *Kirchenkampfleger*, hier S. 16.

der möglich noch gewollt.<sup>17</sup> Die wenigen Beiträge weisen eine starke Interessenleitung auf. 1964 ging Eberhard Klügel in seinem Standardwerk zur hannoverschen Landeskirche und Landesbischof August Marahrens auf die Konflikte mit der Theologischen Fakultät in den 1930er Jahren ein, die er – Klügel war von Amts wegen Konfliktbeteiligter – freilich aus landeskirchlicher Sicht interpretierte. Seine Deutung entsprach der zeittypischen Verengung auf den ‚Kirchenkampf‘.<sup>18</sup> Die genannte Universitätsgeschichte von Meinhardt ist bezüglich der Theologischen Fakultät sachlich falsch und in ihrer Interpretation unhaltbar:

*Dabei gewann die theologische Fakultät mit den Professoren Jeremias und Friedrich Gogarten im Jahre 1935 zwei vorzügliche Hochschullehrer, durch deren Tätigkeit die Bedeutung der Religionswissenschaften an der Georgia Augusta so gesteigert wurde, daß sie wieder die Höhe, die sie einst unter Ritschl gehabt hatte, erreichen konnte. Die theologische Fakultät hielt sich während der nationalsozialistischen Herrschaft zur bekennenden Kirche und bat ihre traditionelle Forschungsaufgabe nie im Stich gelassen.*<sup>19</sup>

Wesentliche Impulse für eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung kamen von außen. 1985 erschien die vielbeachtete Studie *Theologians under Hitler. Gerbard Kittel, Paul Althaus, and Emanuel Hirsch* [deutsch 1986: *Theologen unter Hitler: Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus*] des amerikanischen Historikers Robert P. Ericksen, der sich intensiv mit dem schriftstellerischen und politischen Wirken des langjährigen Dekans Hirsch beschäftigte und ihn theologisch-weltanschaulich einordnete.<sup>20</sup> Entscheidende Wegmarke war schließlich das Jubiläumsjahr 1987, als Studentinnen und Studenten der Theologie

---

<sup>17</sup> Dies zeigt nicht zuletzt der Umgang mit Emanuel Hirsch, der bis zu seinem Tod (1972) in Göttingen lebte. Es gab eine scharfe Trennung zwischen dem nationalsozialistischen Dekan Hirsch und dem weiterhin anerkannten Theologen Hirsch. Während ihm offizielle Kontakte zur Fakultät verwehrt blieben, bestanden diese mit einzelnen Mitgliedern der Fakultät durchaus. Während weder die Universität noch die Fakultät offizielle Vertreter zur Beerdigung Hirschs entsandten, nahmen einzelne Professoren privatim teil. Zu Hirschs 100. Geburtstag fand am 26.10.1988 eine Fakultätsveranstaltung mit einem Vortrag des früheren Professor Hans-Walter Schütte über *Christliche Rechenschaft und Gegenwartsdeutung. Zum Werk Emanuel Hirschs* statt. Zudem gab es auf Anregung der *Theologischen Fachschaft* eine Veranstaltung *Theologie und Politik bei Emanuel Hirsch* mit anschließender Podiumsdiskussion. Studentische Vorwürfe, dass die Institutsleitung den Hirsch-Geburtstag „zuerst im großen Rahmen“ hätte feiern wollen, wurden am 6.7.1988 durch den Dekan zurückgewiesen. Im *Göttinger Tageblatt* vom 25.6.1988 erklärte ein Pfarrer und Bultmann-Schüler, dass es weder eine Feier noch eine Ehrung für Hirsch gebe, verteidigte aber sein wissenschaftliches Werk. Vgl. die Unterlagen des Dekanats 189-15.

<sup>18</sup> Vgl. Klügel: Landeskirche, S. 324–330. Seine Schrift widmete Klügel für die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät.

<sup>19</sup> Meinhardt: Universität, S. 109.

<sup>20</sup> Vgl. Ericksen: Theologen, S. 167–268. Das 1979 in der Reihe AKZG erschienene Buch von Jens Holger Schjørring *Theologische Geschichtsethik und politische Wirklichkeit* über die Beziehung Hirschs zu dem dänischen Theologen Eduard Geismar strahlte auf die Theologische Fakultät nicht in dem Maße aus, obwohl zahlreiche Punkte, die Ericksen sechs Jahre später aufgriff, dort vorweg genommen sind.



eine öffentliche Diskussion der Fakultätsgeschichte offensiv einforderten. Ihr Anliegen führte zu einem vom *Fachbereich Theologie* beschlossenen ‚Tag der offenen Tür‘ zum Thema *Theologie und Politik an der Theologischen Fakultät Göttingen in der Zeit 1933–1945* und zu einer Podiumsdiskussion.<sup>21</sup> Dabei entpuppte sich die Fakultätsgeschichte noch immer als umkämpftes Terrain. Grob vereinfacht standen auf der einen Seite eher konservativ-retardierende professorale Kräfte – ein namentlich nicht genannter Professor soll die eingeforderte Debatte als „Kasperletheater“ bezeichnet haben,<sup>22</sup> – auf der anderen diejenigen, die sich der Fakultätsgeschichte politisch und aktualitätsbezogen stellen wollten. Vier Veröffentlichungen aus dem Jubiläumsjahr 1987 zeigen die Bandbreite an Haltungen und Auseinandersetzungsbereitschaft. Unter Ausblendung der „düstere[n] Periode des Dritten Reiches“ erschien ein von Bernd Moeller herausgegebener Sammelband mit den Beiträgen einer Vorlesungsreihe, die im Vorfeld des Jubiläums stattgefunden hatte. Die Nichtbeachtung der NS-Zeit wurde damit begründet, dass „ein unmittelbarer Zeitzeuge nicht zur Verfügung“ gestanden habe.<sup>23</sup> Diese Lücke schloss Robert P. Ericksen mit einem Grundlagenbeitrag in dem angeführten Standardwerk zur Universitätsgeschichte, wobei er zahlreiche neue Dokumente einführte. Ericksen fokussierte erneut auf die zentrale Stellung Hirschs im Fakultätsgefüge. Dabei verortete er die entscheidenden Konfliktlinien entlang des ‚Kirchenkampfes‘, was trotz dessen unbestrittener Bedeutung in seiner Absolutheit zu kurz greift.<sup>24</sup> Der (erweiterte) historisch-theologische Einleitungsbeitrag zum ‚Tag der offenen Tür‘ *Göttinger Theologie im Hitler-Staat* des Kirchengeschichtlers Hans Walter Krumwiede sowie das einleitende Referat *Theologische Fakultät und Landeskirche* von Inge Mager

<sup>21</sup> Krumwiede: *Theologie*, S. 145. Seminargruppen befassten sich zudem mit den Themen *Zur Geschichte der Theologischen Fakultät 1933–1945*, *Theologie und politische Entscheidung*, *Theologie und Zeitdeutung*, *Theologie und Lebensgeschichte* und *Theologische Fakultät und Landeskirche*. Vgl. die Dokumentation und Interpretation ausgewählter Beiträge des ‚Tages der offenen Tür‘ am 19.5.1987 in der Fachschaftsbrochüre GTZ, S. 269–283. Keine Rolle spielte die Fakultät im Rahmen der Jubiläumsausstellung. Vgl. Beuermann u.a. (Hg.): 250 Jahre.

<sup>22</sup> Stark belastete Theologen, in: EZ vom 31.5.1987. In einem Nachruf für Hans-Joachim Kraus heißt es zur „böse[n] theologische [n] Tradition“ gegen das Alte Testament (aktualisiert durch Schleiermacher und Adolf von Harnack): „Kraus ist dieser verhängnisvollen Tradition besonders in der Gestalt und Tradition eines E. Hirsch und dessen Verteidigern an der Theologischen Fakultät Göttingen begegnet, zuletzt aus Anlass des 250-jährigen Universitäts-Jubiläums in Göttingen und eines Studententages [...], wo er auf einer von Studierenden organisierten Alternativ-Veranstaltung mit einigen Göttinger Kollegen, darunter E. Busch, über den DC-Theologen Emanuel Hirsch kritisch referierte. ‚Und erlöse uns von diesem Bösen des antisemitischen Ungeistes!‘“. Klappert: Reich, S. 225.

<sup>23</sup> Bernd Moeller, Vorwort, in: ders. (Hg.): *Theologie*. Da sich schon der erste Beitrag mit dem Kirchenhistoriker und Kanzler der Universität Johann Lorenz von Mosheim (1693–1755) beschäftigte, wirkt diese Begründung ungewollt komisch. Enthalten ist ein Beitrag des ehemaligen Landesbischofs Eduard Lohse, in den Jahren 1979 bis 1985 Ratsvorsitzender der EKD, zu seinem Studium in der Nachkriegszeit. Sein Urteil bezüglich der NS-Zeit fällt moderat aus („Bedrückung“, „Selbsttäuschung“), auch die Professorenschaft behandelt er insgesamt wohlwollend. Lohse: *Theologiestudent*, S. 382f.

<sup>24</sup> Vgl. Ericksen: *Fakultät*, S. 77. Vgl. ders.: *Widerstand*.

sind im *Jahrbuch der Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte* dokumentiert.<sup>25</sup> Insbesondere Krumwiede warb für eine Interpretation aus der Zeit heraus und wandte sich in konservativer, teils apologetischer Diktion gegen eine vermeintlich und tatsächlich allein moralisierende Annäherung an die NS-Zeit.<sup>26</sup> Dagegen stellte der *Fachschaftratsrat* in einer fast 300 Seiten starken Broschüre *Göttinger Theologenzeitung. Theologie im Nationalsozialismus. Fallbeispiele aus der Theologischen Fakultät* bewusst Gegenwartsbezüge her. Im Zentrum standen die Professoren Gogarten, Hirsch und Weber, aus deren Werken umfangreich zitiert wurde. Kritisiert wurde ein anhaltend unkritischer und aus seinen historischen Kontexten gerissener Umgang mit ihrem theologischen Erbe. Dieser harschen studentischen Einschätzung entsprach die Forderung nach weitreichenden Konsequenzen für die aktuelle Forschung und Lehre.<sup>27</sup>

In den Folgejahren erschienen vor allem aus Reihen (ehemaliger) Göttinger Theologinnen bzw. Theologen einige wenige Beiträge mit Übersichtscharakter bzw. zu einzelnen Teilaspekten. Im Zentrum standen zum einen die ‚Verstrickung‘ der Fakultät in den NS-Staat als auch die Möglichkeiten und Grenzen von nicht-konformem und widerständischem Verhalten, zum anderen die Frage, inwieweit sich die theologische Wissenschaft unter den feindlichen Bedingungen des NS-Staates überhaupt behaupten konnte. Dazu traten ab Ende der 1990er Jahre bisher kaum beachtete Randbereiche wie das Göttinger Waisenhaus, das seit seiner Gründung (1747) bis zu seiner Auflösung im Jahr 1938 von der Theologischen Fakultät verwaltet wurde, das 1932 gegründete Göttinger Sprachenkonvikt (ab 1952 Gerhard-Uhlhorn-Konvikt), das Reformierte Studienhaus oder das Theologische Stift.<sup>28</sup> Als besonders ergiebig und aussagekräftig erweisen sich biografische

<sup>25</sup> Vgl. Krumwiede: *Theologie*; Mager: *Verhältnis*.

<sup>26</sup> Ohne diejenigen zu entschuldigen, die „durch zurechenbares Handeln anderen Menschen Unrecht getan haben“ sah Krumwiede in dem angeblichen Versuch, „vom Ende des Hitler-Reiches aus den Idealtyp eines guten, christlichen, rechtsstaatlich handelnden und demokratisch gesinnten, eines hellseherischen und handlungsvollmächtigen, darüber hinaus mutigen und zum Märtyrertode bereitenden deutschen Menschen zu konstruieren, ein „sinnloses Unternehmen“. Krumwiede: *Theologie*, S. 178.

<sup>27</sup> Gefordert wurde, „eigene Aussagen, Traditionen und Methoden“ ideologiekritisch und auf ihre „Entstehungs- und Wertungskriterien“ zu hinterfragen. Im Ergebnis sprach man sich gegen die Mehrheit der Göttinger Dozenten für eine stärkere Einbeziehung von allgemeiner Politik, Kirchenpolitik sowie des gegenwärtigen Verhältnisses von Kirche und Staat einschließlich der gesellschaftlichen Rolle der Kirche in Forschung und Lehre aus. Ebenda, S. 265–268, hier S. 267. In der Zweitauflage wurde auch das Jubiläum kommentiert und kritisiert. Vgl. in diesem Zusammenhang die von Günther Irlé vorgelegte Marburger Dissertation *Theologie als Wissenschaft bei Georg Wobbermin* (1978), die auf jede biografische und zeithistorische Einordnung verzichtet.

<sup>28</sup> Vgl. Krumwiede: *Landeskirche*, S. 411–416; S. 552–562; Mager: *Promotionen*; Smend: *Fakultät*; Meumann: *Universität*; Ohlemacher: *Konvikt*; Freudenberg: *Chronik*, ders.: *Leben*; Schröder/Wojtkowiak (Hg.): *Stiftsgeschichte(n)*. Weitere Aspekte erschließen sich aus Arbeiten zu anderen Themen. Dies gilt z.B. für die Teilnahme Hirschs an der Bremer Bibelschule um den dortigen Landesbischof – und einstigen Göttinger Stiftsinspektor – Heinz Weidemann. Vgl. Heinonen: *Anpassung*, S. 209–231. Die vorliegenden Arbeiten profitierten erheblich von einem insgesamt verbesser-

Arbeiten zu einzelnen Professoren, in denen auch ihre Göttinger Zeit behandelt wurde. Neben einschlägigen Lexikonartikeln liegen mittlerweile umfangreiche Arbeiten zu dem Alttestamentler Johannes Hempel, dem Kirchengeschichtler Martin Gerhardt sowie den Systematikern Georg Wobbermin und Friedrich Gogarten vor, ebenso zu dem reformierten Theologen Otto Weber.<sup>29</sup> Aufmerksamkeit in unterschiedlicher Intensität erfuhren auch Emanuel Hirsch, der Kirchengeschichtler Hermann Dörries und der Lehrstuhlinhaber für Praktische Theologie Walter Birnbaum, wobei gerade für die beiden Erstgenannten umfassende Biografien als Desiderate anzusprechen sind.<sup>30</sup> Noch mehr gilt dies für den einflussreichen und in seiner Bedeutung für die Göttinger Fakultät wohl unterschätzten Systematiker Carl Stange, den Praktischen Theologen Johannes Meyer und die beiden Neutestamentler Walter Bauer und Joachim Jeremias.<sup>31</sup> Eine anhaltende Leerstelle besteht bezüglich der Göttinger Theologiestudentinnen und -studenten sowie des seit 1926 bestehenden Studentenpfarramts. Außerhalb von Erinnerungsberichten und biografischen Studien wurden diese bisher wissenschaftlich nicht in den Blick genommen und fanden nur in themenübergreifenden Werken kursorische Beachtung.<sup>32</sup> Erhebliche Forschungslücken bestehen auch für die Zeit der Weimarer Republik bzw. die unmittelbare Nachkriegszeit der Jahre 1945/49.<sup>33</sup>

ten Forschungsstand. Besonders hervorzuheben sind der Sammelband *Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus* (1993 herausgegeben von Leonore Siegele-Wenschkewitz und Carsten Nicolaisen) und Kurt Meiers 1996 erschienene Darstellung *Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich*. Ein Forschungsüberblick bis Ende der 1980er Jahre bietet Meisiek: *Theologiestudium*, S. 16–26.

<sup>29</sup> Vgl. Weber: *Testament*; Herrmann: *Gerhardt*, *Wolfes: Theologie*, S. 251–403; Goering: *Gogarten*; Bülow: *Weber*. Untersuchungen zu Person und Werk einschließlich der Briefwechsel liegen auch zu Theologen vor, die ihre ‚volle‘ Wirkung erst nach ihrer Göttinger Zeit entfalteten. Zu Wolfgang Beyer vgl. Garbe: *Theologe*; Pöpping: *Gott*; zu Erik Peterson vgl. Nichtweiß: *Peterson*; zu Rudolf Hermann vgl. Wiebel: *Hermann*; zu Kurt Dietrich Schmidt vgl. Oelke: *Schmidt*; Dietzel: *Schmidt*.

<sup>30</sup> Hermann Dörries wird in einem laufenden Promotionsverfahren von Aneke Dornbusch (Lehrstuhl Prof. Peter Gemeinhardt) behandelt. Die Ergebnisse der digitalen (Göttinger) Tagung *Hermann Dörries. Ein Kirchenhistoriker im Wandel der Zeiten* (25./26. Juni 2021) konnten in der vorliegenden Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden. Vgl. Trillhaas: *Einbruch*; ders.: *Hirsch*; Schjørring: *Gewissensethik*, S. 52–78, S. 119–203; Erickson: *Theologen*, S. 167–268; Reimer: *Hirsch*; Alwast: *Theologie*; Assel: *Aufbruch*, S. 164–304; Wiegmann: *Dörries*; Gemeinhardt: *Kirche*; Schümann: *Birnbaum*. Von der auf 48 Bände angelegten Sammlung von Hirschs Gesamtwerk sind seit 1998 46 erschienen. Assel konstatiert bezüglich der NS-Zeit große Lücken. Den Herausgebern wirft er vor: „Im stupenden Gelehrten, dem Luther-, Fichte- und Kierkegaard-Forscher und im scharfsinnigen subjektivitäts-theologischen Denker soll der völkisch-politische Theologe, der rassistische Antisemit und der Ideologe des Vernichtungskriegs invisibel werden.“ Assel: *Hirsch*, S. 46.

<sup>31</sup> Eine Biografie Friedrich Baumgärtels wäre bezüglich seiner Göttinger Zeit vermutlich wenig ergiebig.

<sup>32</sup> Vgl. Oelke: *Lilje*; Meisiek: *Theologiestudium*; Hong: *DCSV*, Grüttner: *Studenten*, S. 431–445. Vgl. exemplarisch auch den mehr als tausendseitigen Bericht über die Erfahrungen eines bekenntnisorientierten Theologiestudenten, Vikars und jungen Theologen von Scherffig: *Theologen*.

<sup>33</sup> Die Auseinandersetzung mit der frühen Weimarer Republik hebt vor allem auf die Reibung der beiden Antipoden Hirsch und Barth ab. Wie gezeigt wird, spielten die beiden theologischen Schwergewichte als Repräsentanten neuer theologischer Ansätze und als akademische Lehrer eine hervorgehobene Rolle. Die Bedeutung, die ihren persönlichen und theologischen Gegensätzen später

Beide wurden, wenn überhaupt, im Rahmen meist biografischer Untersuchungen oder anhand herausragender Ereignisse en passant behandelt. Selbst, um nur drei Beispiele zu nennen, die im Prolog dargestellte Affäre um Otto Piper, die studentische ‚Machtergreifung‘ im Mai 1931 unter Führung des Theologiestudenten Hugo Rönck oder die bedeutende Göttinger Rede Martin Niemöllers im Januar 1946 wurden bisher nicht im Zusammenhang mit der Fakultätsgeschichte behandelt. Geradezu unbekannt ist die kurzfristige – an sich unbedeutende – Lehrbeauftragung (Gastdozentur) Kurt Emmerichs im Fachbereich Altes Testament in den Jahren 1947 bis 1949. Emmerich war der erste Christ jüdischer Herkunft, der je in Göttingen evangelische Theologie lehrte.

---

zugemessen wurde, spiegelt dennoch vor allem eine retrospektive Sichtweise und die Tatsache, dass der Jahrhunderttheologe Karl Barth seine akademische Karriere in Göttingen begann. Systematisch-übergreifende Untersuchungen zur Theologischen Fakultät in der Nachkriegszeit fehlen. Der Entnazifizierungsschwerpunkt erfolgte vor allem im Rahmen biografischer Kontexte.

**Prolog:  
Vom ‚Ruhrkampf‘ zum ‚Universitätsskandal‘.  
Weihnachtsgrüße aus Frankreich und der  
‚Fall Piper‘ (1923)**

Im Dezember 1922 erreichte die Göttinger Theologische Fakultät ein Weihnachtsgruß von 18 Studenten der evangelischen Theologischen Fakultät von Paris, die „ihren deutschen Kameraden ihre Gefühle brüderlicher und christlicher Zuneigung“ ausdrücken wollten.<sup>34</sup> Vier Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und unmittelbar nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen Mitte Januar 1923, die im Deutschen Reich parteiübergreifend mit großer Empörung und einer breiten nationalistischen Mobilisierung aufgenommen worden war, geriet die Frage, wie bzw. ob überhaupt das Schreiben der französischen Kommilitonen zu beantworten sei, zu einem Politikum. Auf einer eigens einberufenen Fakultätsversammlung folgte die große Mehrheit der Studenten den professoralen Voten von Walter Bauer, Emanuel Hirsch und Carl Stange, die sich gegen eine Antwort aussprachen. Karl Barth, der auf Wunsch einiger Stu-

---

<sup>34</sup> Text in: CW 1/2 vom 11.1.1923, Sp. 29. Vgl. Trillhaas: Einbruch, S. 377. Der Weihnachtsgruß ging an insgesamt 19 deutsche Universitäten. Im Universitätsarchiv ist der Vorgang nicht überliefert. Vgl. den während der Drucklegung des vorliegenden Bandes erschienenen Aufsatz von Hendrik Niether über den ‚Fall Otto Piper‘ während der Ruhrbesetzung.

dentem an der Versammlung teilnahm und für eine angemessene Antwort warb, erklärte Stange im Nachhinein zu einem „gänzlichen Unchristen“:

*Die deutschen Professoren sind wirklich wahre Meister darin, Brutalitäten geistreich, sittlich und christlich zu begründen. [...] Auch Hirsch war schlimm, redete von der una sancta (des deutschen Volkes) und natürlich wieder einmal vom ‚Gewissen‘ (ein Wort, das ihm dann hoffentlich durch Gogarten gründlich verleidet wird!) und von ‚Herz‘, drohte aber handkehrum, mit keinem Studenten, der unterschreibe, fernerhin ‚Gemeinschaft‘ haben zu wollen.<sup>35</sup>*

Barth teilte die Kritik an dem Vorgehen der französischen Regierung, sah sich angesichts der chauvinistischen Empörung aber in seiner Abneigung gegen den deutschen Nationalismus bestätigt. Emanuel Hirsch beschimpfte ihn nach der Versammlung als „Schweizer, Ausländer, Hetzer“ und „Friedensstörer“. Schließlich, so Barth, setzte die Androhung eines Disziplinarverfahrens den Bemühungen um eine angemessene Antwort ein Ende.<sup>36</sup>

Sechs Monate später kam es zu einer aufsehenerregenden Fortsetzung. Am 18. Juli beherbergte der Göttinger Privatdozent Otto Piper, überzeugter Demokrat, SPD-Mitglied und engagiertes Mitglied des pazifistischen *Internationalen Versöhnungsbundes*, zwei der Unterzeichner des Weihnachtsgrußes, die sich auf dem Weg zu einer Tagung nach Kopenhagen befanden.<sup>37</sup> Mit einem gültigen Durchreisevisum ausgestattet, hatten sie am Tag zuvor in Marburg Station gemacht und vor der *Akademischen Vereinigung* einen Vortrag gehalten, anschließend waren sie vom

<sup>35</sup> Rundbrief Barths vom 23.1.1923. Abgedruckt in: KBG V. Briefe, Bd. 2, S. 129–136, hier S. 131. Hervorhebung im Original. Barth fasste das Ziel der Versammlung wie folgt zusammen: „Antworten? Nicht-Antworten? Grob Antworten? Gemessen Antworten?“ An Martin Rade schrieb er: „Ich werde hingehen und natürlich mein Möglichstes tun, damit eine anständige Antwort und im Notfall eine Minderheitenantwort dieser Art kommt.“ Dieser beklagte sich drei Tage später, dass „Eure Göttinger“ nicht in der Lage seien, die Weihnachtsgrüße „sachlich-christlich mit Frieden hinzunehmen“. Barth an Rade am 18.1.1923; Rade an Barth am 23.1.1923. Abgedruckt in: Schwöbel (Hg.): Barth, S. 184–186, hier S. 185f. Bis zum 8.1.1923 antworteten nur die Theologenschafte aus Bonn, Heidelberg, Marburg und Tübingen. CW 3/4 vom 25.1.1923, Sp. 59f.

<sup>36</sup> „Was sind diese *Franzosen* doch für Halunken. Ich stehe angesichts dieser Sache ernstlich in Gefahr, national und Kriegstheologe zu werden.“ Barth an Rade am 18.1.1923. Abgedruckt in: Schwöbel (Hg.): Barth, S. 184–185, hier S. 185. Ausweislich zweier Schreiben soll es doch eine – nicht überlieferte – Antwort gegeben haben. Ob diese offiziell oder auf eine private Initiative erfolgte, ist nicht bekannt. Vgl. Rechtsanwalt Proskauer an das LG Hildesheim am 22.7.1923 sowie MdL Barfeld an den preußischen Innenminister am 29.7.1923. StA Göttingen, Pol. Dir., F 159, Nr. 4. Pipers Anwalt Dr. Proskauer war Sozialdemokrat, Anwalt der *Roten Hilfe* und später Vorsitzender des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* in Göttingen. Er setzte sich für die rechtliche Gleichstellung von Juden ein und verteidigte später von Nationalsozialisten bedrohte und angegriffene Antifaschisten. 1933 musste er Göttingen verlassen, 1943 wurde er in Auschwitz ermordet. Vgl. Schneider/Schwarz/Schwarz: Rechtsanwältin, S. 235f.

<sup>37</sup> Vgl. den Vorgang in: UAG, Sekr., Nr. 310.19; UAM, Best. 10, Nr. 11559, Bd. 2. Die umfangreiche Presseberichterstattung ist auch in den Akten der Göttinger Polizeidirektion überliefert. Vgl. Schwöbel (Hg.): Barth, S. 190–192. Zum *Internationalen Versöhnungsbund* vgl. Grotefeld: Siegmund-Schultze, S. 82–86. Zu Piper vgl. Heidemann: Fühlung; Graf: Neurealismus; Hofheinz/Oorschot: Krieg.

Marburger Oberbürgermeister und Martin Rade, dem Dekan der dortigen Theologischen Fakultät, empfangen worden.<sup>38</sup> Piper wollte seine Gäste, die sich ausdrücklich gegen die Deutschlandpolitik ihrer Regierung aussprachen, mit Studenten ins Gespräch bringen und Fragen der christlichen Versöhnungsarbeit und der Einheit des Gottesdienstes diskutieren. Zu der Zusammenkunft in seinen Privaträumen fanden sich 14 Interessierte ein.<sup>39</sup>

Angesichts der ungelösten und mit großer Härte geführten politischen Krise um das noch immer besetzte Ruhrgebiet – am 26. Mai war Albert Leo Schlageter hingerichtet worden, der als „Integrationsfigur des krisengeschüttelten Deutschlands“ rasch zu einem „nationalen Märtyrer“ stilisiert wurde –,<sup>40</sup> führte der Göttingen-Besuch der beiden französischen Studenten zu harschen studentischen Reaktionen. In der Innenstadt wurden Plakate *Franzosen in Göttingen* ausgehängt, auf denen mit der Aufforderung „Ihr werdet wissen, was ihr zu tun habt!“ die Zusammenkunft bei Piper bekanntgemacht wurde.<sup>41</sup> Der *Hochschulring Deutsche Art* (HDA), die führende Gruppierung der Göttinger Studentenschaft, beauftragte drei Vertreter, Piper seine Missbilligung auszusprechen, nachdem er von einem Bewohner des Theologischen Stifts wahrheitswidrig informiert worden war, dass die französischen Studenten „über die deutschen Kriegsgreuel und Kriegszerstörungen in Frankreich“ sprechen wollten.<sup>42</sup> Parallel dazu drangen Dutzende Studenten aus dem Umfeld des *Jungdeutschen Ordens* und, so das sozialdemokratische *Göttinger Volksblatt*, der „Göttinger Gesellschaft adliger Studenten“ in Pipers Garten ein und erzwangen unter beleidigenden Schmähparolen die vorzeitige Abreise ihrer französischen Kommilitonen.<sup>43</sup> Während des ‚begleiteten‘ Aufbruchs riefen sie Parolen wie „Wir sind keine Christen, sondern Deutsche!“, „Denkt an Schlageter. Der ist von französischen Christen erschossen worden!“ und „Schlagt die Schweine tot!“. Zuletzt zwangen sie die Gäste Pipers ihre Hüte abzulegen und nötigten sie, Tickets für die 2. Klasse zu lösen, aber in der 4. Klasse Platz zu neh-

<sup>38</sup> Proskauer an das Landgericht am 22.7.1923. StA Göttingen, Pol. Dir., F 159, Nr. 4. Aus dem Schreiben geht hervor, dass die beiden Franzosen am Tage zuvor bei Barth genächtigt hatten. Vgl. Rade an die Göttinger Universität am 22.7.1923. UAG, Sekr., Nr. 310.19.

<sup>39</sup> Aussage des Stiftbewohners Wilhelm Mahner am 26.7.1923 vor dem Universitätsrichter Otto Wolff. UAG, Sekr., Nr. 310.19. Nach Aussage Pipers vom 27.7.1923 war der Kontakt erst am 16.7.1923 hergestellt und einen Tag später fixiert worden. Ebenda.

<sup>40</sup> Zum Schlageter-Kult während der Weimarer Republik vgl. Zwicker: Märtyrer, S. 87–121, hier S. 70 und S. 87. Zur Besetzung des Ruhrgebiets vgl. Krumeich/Schröder (Hg.): Schatten.

<sup>41</sup> Aushang in der Buchhandlung Kronbauer (Abschrift). UAG, Sekr., Nr. 310.19.

<sup>42</sup> Aussage der Studenten Heinrich Lingemann, Drückhammer und Alfred Nechuta am 26.7.1923. UAG, Sekr., Nr. 310.19. Es handelte sich um Angehörige der Burschenschaften Holzminde und Hannovera.

<sup>43</sup> Franzosen in Göttingen. Eine Heldenaktion des ‚Jungdo‘, in: GVB vom 21.7.1923. Erklärung Pipers vor dem Universitätsrichter vom 25.7.1923. UAG, Sekr., 310.19. Beteiligt waren auch einige Arbeiter. Die Polizei gab die Anzahl der Teilnehmer mit 80 bis 90 an. Bedrohungen und körperliche Angriffe habe es nicht gegeben. Polizeidirektion Göttingen an das Regierungspräsidium Hildesheim am 4.8.1923 (Abschrift).

men.<sup>44</sup> Zu der angekündigten Sprengung einer Vorlesung Pipers am folgenden Tag kam es dagegen nicht.

Über den Vorgang berichteten alle Göttinger Tageszeitungen. Das *Volksblatt* bezeichnete die „Heldenaktion des ‚Jungdo‘“ als „nationalistisches Spektakelstück“, kritisierte die Studentenschaft und erhob zugleich schwere Vorwürfe gegen die Polizei, die nicht eingeschritten sei.<sup>45</sup> Dagegen stellte sich das extrem rechte *Göttinger Tageblatt* hinter das studentische Vorgehen und druckte eine Erklärung des HDA ab, der den Zwischenhalt der französischen Studenten zu einem „Akt nationaler Würdelosigkeit“ erklärte: „An die Göttinger Bürgerschaft aber richtet sich die Frage: wie lange will sie es dulden, daß ein Mann derartiger Gesinnung an der Georgia Augusta als Lehrer und Erzieher der akademischen Jugend tätig ist?“<sup>46</sup> Mit der Verhaftung Pipers am 21. Juli wegen angeblicher Beherbergung von Spionen entwickelte der Vorgang kurz darauf eine starke Eigendynamik, die über den universitären und auch den Göttinger Rahmen hinausging. Verhandelt wurden Grundfragen der politischen Kultur. Die liberale *Göttinger Zeitung* sprach von „Dummheit und Blamage“, das *Volksblatt* skandalisierte die Verhaftung Pipers als „Freiheitsberaubung eines deutschen Hochschulprofessors“. Daraufhin verwehrt sich das *Tageblatt* gegen die „beiden hiesigen Judenblätter“.<sup>47</sup> Am 29. Juli – Piper war mittlerweile entlassen worden – kam es unter Beteiligung von SPD und den Gewerkschaften zu einer Großkundgebung gegen den Terror des *Jungdeutschen Ordens* sowie für die Verteidigung der akademischen Lehrfreiheit. Nicht vertreten war die Universität. Auch Piper, der eine weitere Politisierung der Angelegenheit vermeiden wollte, nahm nicht teil.<sup>48</sup>

---

<sup>44</sup> Piper gab zudem an, dass die Protestierenden bewaffnet gewesen seien. Proskauer an das Landgericht am 22.7.1923. StA Göttingen, Pol. Dir., F 159, Nr. 4. Der HDA bestritt seine Beteiligung. Verschiedene Theologiestudenten erklärten vor dem Universitätsrichter ihre Anwesenheit, verneinten aber eine aktive Teilnahme an dem Protestzug und „undiszipliniertes Verhalten“. Vgl. die Unterlagen in: UAG, Sekr., 310.19.

<sup>45</sup> Franzosen in Göttingen. Eine Heldenaktion des ‚Jungdo‘, in: GVB vom 21.7.1923.

<sup>46</sup> Franzosen in Göttingen. Ein Akt nationaler Würdelosigkeit, in: GT vom 21.7.1923.

<sup>47</sup> Dummheit und Blamage, in: GZ vom 24.7.1923, Privatdozent Dr. Pieper [sic!] verhaftet. Gipfel des Skandals, in: GVB vom 24.7.1923; Der Fall Pieper [sic!] und die Göttinger Zeitung, in: GT vom 25.7.1923. Die Denunziation der GZ als „Judenblatt“ war gängige Praxis. Tornau: Sammlungsbewegung, S. 122. Auch überregionale Medien wie die *Frankfurter Zeitung*, die *Vossische Zeitung* oder der *Vorwärts* griffen die Ereignisse auf.

<sup>48</sup> Aufruf ‚An alle Republikaner und Freiheitsfreunde Göttingens!‘ in: GVB vom 28.7.1923. Als einziger Ordinarius sprach der Philosoph Leonhard Nelson. Vgl. Horster: Nelson; Erklärung Pipers vor dem Universitätsrichter vom 25.7.1923. UAG, Sekr., 310.19; Massenkundgebung der Göttinger Arbeiterschaft zum Universitätskandal, in: GVB vom 31.7.1923. Zwei Universitätsvertreter sagten kurzfristig ab, ebenso die Demokraten und die DVP, die an der Planung noch beteiligt waren. Vertreten war dagegen die sozialistisch-kommunistische Studentengruppe der Göttinger Universität. Der Fall Piper. Ein vorläufiges Schlußwort, in: GZ vom 5.8.1923. Piper verzichtete zudem auf Strafanzeigen wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch. Erklärung Pipers vor dem Universitätsrichter vom 25. und 27.7.1923; Proskauer an das Landgericht am 22.7.1923. StA Göttingen, Pol. Dir., F 159, Nr. 4.



Dennoch war auch die Universität von den Ereignissen erfasst. Am 23. Juli bekundeten etwa hundert Studierende, unter ihnen viele Studentinnen, ihre Solidarität mit Piper. Den „Völkerhass“ empfinde er als Not. Ausdrücklich wiesen sie auf die ablehnende Haltung der Ruhrbesetzung durch die eingeladenen Franzosen hin: „Es handelte sich um eine Fühlungnahme zu gemeinsamer Erörterung von Fragen christlichen Lebens, wobei alle politischen Zwecke, geschweige denn solche staatsgefährlicher Art fern liegen.“<sup>49</sup> Etwa ein Viertel der Unterzeichnenden studierte evangelische Theologie. Unterstützung bekamen sie durch einen im *Göttinger Anzeiger* veröffentlichten offenen Brief Martin Rades. Der Marburger Dekan stellte unmissverständlich klar, dass es sich bei den beiden französischen Studenten um „radikale Verständigungsleute“ aus christlicher Gesinnung handele:

*Ich weiß nicht wobin vor Scham über die Behandlung, die sie und ihr Gastfreund in Göttingen erfahren haben, und vor Ärger über die Torheit, mit der wir unsere besten, entschlossensten Freunde aus dem feindlichen Volk mißhandeln.*<sup>50</sup>

Ähnlich argumentierten weitere, nicht im HDA organisierte studentische Gruppen in einer gemeinsamen Erklärung. Man teile die Kritik an der französischen Regierung, wende sich aber gegen deren politischen Missbrauch sowie die Austragung weltanschaulicher Gegensätze auf der Straße.<sup>51</sup> Die sozialistisch-kommunistische Studentengruppe thematisierte die politische Dimension. Die „begangene Gewalttat“ sei ein Verbrechen und außenpolitisch schädlich. Zudem kritisierte sie das einseitige Vorgehen der Staatsanwaltschaft.<sup>52</sup> Zu keiner einmütigen Stellungnahme kam die *Theologische Fachschaft*. 36 namentlich zeichnende Theologiestudenten missbilligten die Einladung. Piper habe seine Autorität als Universitätslehrer missbraucht, um eine die „deutsche Einheit und Abwehr zerstörende und gefährdende Propaganda“ zu treiben. Den Senat und die Professoren der Theologie forderten sie auf, dieser Gefahr zu begegnen. Im *Tageblatt* wurde die Erklärung mit der Ergänzung abgedruckt, dass man sich gegen eine parteipolitische Aufladung verwahre, es sich aber um eine „rein deutsche Angelegenheit“ handele. „Im Rücken der Ruhrfront Franzosen zu sich zu laden, sie zu bewirten“ und deutsche Studenten zu einem „gemütlichen Zusammensein“ einzuladen, schwäche die innere Einheit:

<sup>49</sup> Erklärung in der Angelegenheit des Herrn Privatdozenten Piper vom 23.7.1923. UAG, Sekr., 310.19.

<sup>50</sup> Abgedruckt in: GA vom 24.7.1923.

<sup>51</sup> Erklärung vom 24.7.1923. UAG, Sekr., 310.19. Die Erklärung war von vier Studenten, darunter zwei der Theologie, unterzeichnet. Abgedruckt in: Der Fall Piper, in: GZ vom 25.7.1923. Noch schärfer formuliert war eine Erklärung des Kongresses pazifistischer Studenten, der Ende Juli 1923 in Dresden stattfand. Gefordert wurde ein scharfes Vorgehen des Rektors gegen alle Protestbeteiligten: „Die Sympathien im Ausland, auf die wir als ein kulturell hochstehendes Volk Wert legen, werden durch solche nationalistischen Handlungen nicht verstärkt.“ Erklärung vom 2.8.1923. Ebenda.

<sup>52</sup> Nachklänge, in: GVB vom 28.7.1923.

*Unser Nächster, der unter die Räuber gefallen ist, ist der Bruder an der Ruhr.  
Wir sind geboren, deutsch zu fühlen, sind ganz auf deutsches Wesen eingestellt.  
Erst unser Volk und dann die anderen vielen.  
Erst die Heimat, dann die Welt.<sup>53</sup>*

Am 27. Juli erklärten der Rektor und der Kleine Senat nach einer studentischen Vollversammlung die Angelegenheit für beendet. Im Ergebnis gab es ein Disziplinarverfahren gegen den Verfasser des als beleidigend angesehenen HDA-Berichts im *Tageblatt* und, da sie sich nicht ausreichend informiert hatten, Verwarnungen gegen die Überbringer der Protestnote. Für ein weiteres Vorgehen gegen den HDA sah man keine rechtliche Handhabe. Die Teilnehmer des Protestzuges konnten nicht belangt werden. Gegen Piper wurde der Vorwurf erhoben, die Universitätsverwaltung nicht im Vorfeld informiert zu haben. Bilanzierend hieß es:

*An der Lauterkeit der Gesinnung Lic. Pipers hegen wir keinen Zweifel. Der gute Glaube, in berechtigter Abwehr zu handeln, muß aber auch den demonstrierenden Studenten unbedingt zuerkannt werden. Die Art, wie sie dabei vorgegangen sind, wird von den akademischen Behörden entschieden verurteilt.<sup>54</sup>*

Ausdrücklich verwahrte man sich gegen den Vorwurf, für die Verhaftung Pipers mitverantwortlich zu sein.<sup>55</sup> Mit der Senatserklärung und der Großkundgebung flaute „das Skandalchen“, so der Pressesprecher des HDA, ab. Am 5. August stellte auch das Leipziger Reichsgericht seine Ermittlungen gegen Piper ein.<sup>56</sup>

Der Konflikt um die Ruhrbesetzung gilt als „Höhepunkt und Abschluss einer Politik, der die kriegerische Auseinandersetzung des Ersten Weltkriegs mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln fortsetzte“.<sup>57</sup> Dies erklärt die hohe Emotionalität und Mobilisierungsfähigkeit in der Causa Piper. Als ein Pfarrer einer Göttinger Stadtgemeinde den Fall in einem Gottesdienst kritisch ansprach, kam es im Anschluss zu einem handfesten Streit, der schließlich zu einer kriminalpolizeilichen

<sup>53</sup> Unterschriftenliste vom 25.7.1923. UAG, Theol. PA, Nr. 24; Eine Erklärung hiesiger Studenten der Theologie, gezeichnet vom Studenten Seebandt. Abgedruckt in: GT vom 27.7.1923.

<sup>54</sup> Erklärung des Rektors und des Kleinen Senats vom 28.7.1923. UAG, Sekr., Nr. 310.19. Die Erklärung wurde in den Göttinger Zeitungen veröffentlicht.

<sup>55</sup> Dieser Vorwurf stand im Raum. Der Rektor war am 18.7.1923 von drei Studierenden informiert worden, die Kontaktaufnahme mit der Polizei erfolgte ohne Rücksprache mit Piper. Die Göttinger Polizei führte ihr Vorgehen auf entsprechende Mitteilungen des Rektors bzw. des Universitätsrichters zurück, wobei der Hinweis, Piper ggf. zu verhaften, von der Staatsanwaltschaft gekommen sei. Polizeidirektion Göttingen an das Regierungspräsidium Hildesheim am 4.8.1923 (Abschrift); dies. an das Innenministerium am 31.12.1923. Vgl. MdL Barfeld an den preußischen Innenminister am 29.7.1923. StA Göttingen, Pol. Dir., F 159, Nr. 4. Auch die GZ kritisierte das Krisenmanagement des Rektors als konfliktverschärfend. Information, in: GZ vom 5.8.1923.

<sup>56</sup> Student und Politik, in: GT vom 3.8.1923. Der HDA-Pressesprecher gestand eigene Fehler ein. Zwar zieh er Piper anhaltend der „weltentrückten Schwärmerei“, erklärte aber, dass an seiner Gesinnung keinerlei Zweifel bestanden habe.

<sup>57</sup> Michalka: Außenpolitik, S. 313.

Vernehmung des Kirchdieners und eines Kirchenvorstehers führte.<sup>58</sup> Insofern war der Gesamtvorgang ein symbolischer Aushandlungsort von Grundkonflikten der Zeit. Festzuhalten bleibt, dass die studentischen Aktionen gegen Piper in bürgerlich-nationalen Kreisen auf Zustimmung stießen und lediglich die Form kritisiert wurde. Bezüglich der Theologischen Fakultät ergibt sich folgendes Stimmungsbild: In recht aggressiven Wendungen sprach sich über ein Viertel der derzeit 136 Theologiestudenten aktiv gegen das Vorgehen Pipers aus und forderte den Senat und die Fakultät zu disziplinerenden Maßnahmen auf.<sup>59</sup> Die Zahl der Unterstützer Pipers war etwas geringer und belief sich in etwa auf ein Fünftel. Demgegenüber bleibt das Nichtverhalten der Göttinger Theologenschaft auffallend. Am 25. Juli stand der Vorgang nach einem Antrag Hirschs auf der Tagesordnung einer regulären Fakultätssitzung, blieb aber ohne sichtbares Ergebnis.<sup>60</sup> Am 9. August äußerte sich Martin Rade in der *Christlichen Welt* ein letztes Mal zu der Angelegenheit: „Der Göttinger Zwischenfall hat sich nun wohl glücklich erledigt. Aber die große Schwüle nicht, die über uns brütet. Was für ein Gewitter wird sie noch ausbrüten.“<sup>61</sup>

Die „große Schwüle“ entlud sich 10 Jahre später und betraf auch Otto Piper. Als Privatdozent lehrte er zuerst weiterhin an der Fakultät. 1929 wurde er in einem langwierigen und von Vorbehalten getragenen *Procedere* nach neunjähriger Privatdozentenschaft zum außerplanmäßigen Professor ernannt, im Februar 1930 verlieh ihm die Evangelische Fakultät von Paris die Ehrendoktorwürde. Zwei Monate später erhielt er einen Ruf nach Münster.<sup>62</sup> Im Oktober 1933 wurde Piper nach §4 BGG aus politischen Gründen entlassen, da er nicht die Gewähr biete, jederzeit für den nationalen Staat einzutreten. Emanuel Hirsch, mittlerweile Dekan der Göttinger Fakultät, lehnte es ab, sich für Piper einzusetzen: Die Franzosengeschichte, seine Identifizierung mit Günther Dehn und seine ‚jüdische‘ Ehefrau

<sup>58</sup> Auch ein Nachspiel zum Fall Piper, in: GVB vom 28.7.1923.

<sup>59</sup> Eine weitere, namentlich nicht genannte Studentengruppe hatte in diesem Tenor einen Schweizer Kommilitonen denunziert, der im Theologischen Stift wohne und sich mit „größten Redensarten“ für seine französischen Freunde einsetze. Franzosen in Göttingen. Ein Akt nationaler Würdelosigkeit, in: GT vom 21.7.1923.

<sup>60</sup> Fakultätssitzung vom 25.7.1923. UAG, Theol. SA, Nr. 198.

<sup>61</sup> In: CW 31/32 vom 9.8.1923, Sp. 494.

<sup>62</sup> Piper an seine Kollegen am 30.4.1930. UAG, Theol. PA, Nr. 54; Preußisches Kultusministerium an Piper am 12.4.1930. UAG, Kurator, Nr. 4329. Die Ernennung zum außerordentlichen Professor zog sich fast drei Jahre, da insbesondere Hempel, Hirsch und Wobbermin wiederholt Bedenken anmeldeten. Piper war der einzige deutsche Theologe der Zwischenkriegszeit, der von einer französischen Universität die Ehrendoktorwürde erhielt. Wilhelm Niesel kommentierte gegenüber Barth am 22.3.1930: „Nun ist also Piper ernannt! Offenbar der Kandidat keiner Partei und ein Werk des sozialistischen Ministers. Wie wird sich Emanuel [Hirsch] ärgern, besonders auch über den Pariser Doktorhut, der ausgerechnet in Göttingen landen mußte.“ Abgedruckt in: Freudenberg/Ulrichs (Hg.): Barth, S. 82–83, hier S. 83.

hätten ihm den Hals gebrochen.<sup>63</sup> 1938 emigrierte Piper nach Zwischenstationen in England und Wales endgültig in die USA, 1941 erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft.<sup>64</sup>

In die Fakultätsgeschichte fanden die Vorgänge des Jahres 1923 und die Verhaftung eines ihrer akademischen Lehrer keinen Eingang bzw. waren eine Randnotiz. Bis heute sind sie nahezu unbekannt. Dies betrifft auch Otto Piper selbst. Im kulturellen und akademischen Gedächtnis der Fakultät sind seine Person, sein Wirken und seine Theologie nicht verankert.<sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Hirsch an Hans Grimm am 1.11.1933. Assel: Aufbruch, S. 25. Piper war seit April 1920 mit Elisabeth Salinger, der Tochter eines jüdischen Münchner Kaufmanns verheiratet. Heidemann: Fühlung, S. 111.

<sup>64</sup> Vgl. Pipers Tagebuchaufzeichnungen (1933–1937) in: Heidemann: Fühlung, S. 117–151. Sein Sohn Gero fiel 1944 als US-Soldat während der Ardennen-Offensive.

<sup>65</sup> 1970 wurde Piper seine Goldene Promotionsurkunde verliehen. Seine Emigration war demnach bekannt, auch wenn man davon ausging, dass er Deutschland „wegen seiner nichtarischen Gattin“ verlassen habe. Vgl. den Vorgang in: UAG, Kurator, Nr. 4329.

**Kapitel 1:**  
**Die Zeit der Weimarer Republik**



*Aber nie kann ich auch die Allerstraße hinuntergeben, ohne jenes Abends zu gedenken, als unser Göttinger Regiment mit klingendem Spiel zum Bahnhof und in den Krieg hinausgezogen ist.*

Emanuel Hirsch, Eintrag ins Stiftbuch, August 1930

*In Berlin liest man Toller, in Göttingen Dietrich Schäfer.<sup>66</sup>*

Kurt Tucholsky, Eindrücke einer Reise, 1919

*Und nun geht es also zurück nach Göttingen, zu den Deutschnationalen, Jugendbewegten, u.a. wilden Männern jenes fernen Landes.*

Karl Bart an Eduard Thurneysen am 24. September 1924

*Als wir [der NSDStB] im Sommersemester 1931 bei den Wahlen die absolute Mehrheit in der Kammer errangen [...], war eigentlich in Göttingen die Hochschule für den Nationalsozialismus erobert.*

Landesjugendpfarrer Hugo Rönck, 1931 stud. theol. und NSDStB-  
Hochschulgruppenführer Göttingen,  
Wir eroberten der Bewegung die Hochschule, 1937

*Wie lange sind die Nationalsozialisten mit brutaler Gewalt niedergehalten, verfolgt, geschmäht, verspottet, von Mord bedroht!*

Hermann Dörries, Die Kirchen und das Dritte Reich, 1932

---

<sup>66</sup> Der expressionische Dichter Ernst Toller engagierte sich im April 1919 für die Münchner Räterepublik; der Treitschke-Schüler Dietrich Schäfer, 1872 in Göttingen promoviert, wirkte als einflussreicher alldeutscher Historiker an der Berliner Universität. Seine zweibändige *Deutsche Geschichte* (1904) galt lange Zeit als Standardwerk.





## **Rahmungen: Die Stadt Göttingen und ihre Universität**

### **„Provinznest mit Doktorhut“: die Stadt Göttingen**

Staatsrechtlich war Göttingen von 1866 bis 1946 Teil der neupreußischen Provinz Hannover, seit 1885 als eigener Stadtkreis im Regierungsbezirk Hildesheim.<sup>67</sup> Kennzeichen der städtischen Entwicklung in der preußischen Epoche war ein rasantes Bevölkerungswachstum. Zwischen 1871 (ca. 17.000) und Mai 1939 (ca. 51.000) verdreifachte sich die Einwohnerschaft. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925 lebten zum Stichtag knapp über 41.000 Menschen in Göttingen. Gestiegen war auch die Anzahl der nichtständigen Bevölkerung. 1919 machten allein die aus dem Krieg zurückströmenden Studenten rund ein Zehntel der Stadtbevölkerung aus. Bezüglich seiner Sozialstruktur unterschied sich Göttingen deutlich von vergleichbaren norddeutschen Groß- und Mittelstädten. Vor Ort hatte die Industrialisierung erst zur Jahrhundertwende durchgeschlagen, der Anteil der Industrie an der städtischen Wirtschaftsleistung blieb relativ gering. Deutlich unterrepräsentiert war demnach die Arbeiterschaft, überrepräsentiert dagegen Handel, Dienstleistungssektor und öffentlicher Dienst. Überdurchschnittlich hoch war auch der Anteil der Berufslosen mit über 28 Prozent, zum einen

---

<sup>67</sup> Zur Göttinger Stadtgeschichte ab 1866 vgl. Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen.

aufgrund der relativ hohen Zahl an Rentnern und Pensionären, die der Stadt den Ruf eines ‚Pensionopolis‘ einbrachten, zum anderen, weil dieser Kategorie auch die Göttinger Studentenschaft zugeordnet war.<sup>68</sup> In der sozialen Zusammensetzung der Einwohnerschaft bildete sich nicht zuletzt die entscheidende Prägung Göttingens durch die 1737 gegründete Georg-August-Universität ab. Ihre symbiotische Beziehung erstreckte sich auf fast sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens.<sup>69</sup>

Seitdem sich die Reformation 1529/30 durchgesetzt hatte, war Göttingen eine protestantische Stadt. Die Anzahl der Evangelischen lag 1925 einschließlich der Reformierten mit fast 37.000 Gläubigen bei einem Bevölkerungsanteil von fast 89 Prozent. Die 3.473 Katholiken (8,4%) und die 535 Juden (1,3%) stellten eine Minderheit.<sup>70</sup>

Der Übergang zur Republik war in Göttingen ohne revolutionäres Aufbegehren verlaufen. Der Geschichtsstudent Georg Schnath notierte in seinem Tagebuch, die Novemberrevolution habe sich „ohne die geringste Störung der öffentlichen Ordnung“ vollzogen, bei dem berühmten studentischen ‚Bierkrawall‘ (1881) sei es bedeutend lebhafter zugegangen.<sup>71</sup> Erzielten SPD und die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP) bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 noch fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen, ging diese Mehrheit bereits bei den Bürgervorsteherwahlen im März verloren. Fortan dominierten die Konservativen und die Parteien der nationalen Rechten die Stadtpolitik. Zum Tragen kamen dabei auch erhebliche Sympathien für völkisches Gedankengut und Antisemitismus, die schon in der Spätphase des Wilhelminischen Kaiserreiches ein Merkmal der politischen Kultur in Göttingen gewesen waren.<sup>72</sup> Mit der Kriegsniederlage und dem Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie transformierten sich die Dominanz nationalliberaler Einstellungen und die auffällige Anfälligkeit gegen-

<sup>68</sup> Vgl. Tornau: *Gegenrevolution*, S. 45–51. Vgl. ebenda, S. 183, die statistische Aufstellung über die Erwerbstätigen und Berufszugehörigkeiten in Göttingen (1925).

<sup>69</sup> Die enge Verflechtung von Stadt und Universität betrifft die Stadtentwicklung sowie das geistige und kulturelle Leben bis heute. Die Universität war (und ist) ein bedeutender Arbeitgeber. Im späten Kaiserreich gründeten sich aufgrund universitärer Forschungsleistungen u.a. feinmechanische, optische und elektroindustrielle Betriebe; auch das Baugewerbe, das Verlagswesen, Druckereien, Buchhändler und -binder und nicht zuletzt das Gaststättengewerbe profitier(ten) von dem universitären Umfeld. In zahlreichen Feldern bestehen noch heute ausgeprägte Kooperationen, beispielsweise im Klinik- und Bildungswesen. In der Weimarer Republik zählten dazu auch das städtische Waisenhaus und die Strafgefangenenseelsorge. Vgl. Smend: *Umwelt*.

<sup>70</sup> Ergebnisse der Volkszählung vom 25.6.1925. Reichsamt (Hg.): *Volkszählung*, Bd. 1, S. 364.

<sup>71</sup> Schnath: *Tagebuch*, S. 179. Vgl. Popplow: *Göttingen*; Hasselhorn: *Göttingen*, S. 63–126; Tornau: *Gegenrevolution*, S. 117–123.

<sup>72</sup> Bereits bei den Reichstagswahlen 1893 erzielte die antisemitische *Deutsche Reformpartei* in Göttingen einen Stimmenanteil von 13 Prozent (Provinz Hannover: 2 Prozent). Dieses Potential kam später der 1907 gegründeten, mittelständisch orientierten *Wirtschaftlichen Vereinigung* zugute, die zwar auf harsche antisemitische Töne verzichtete, jedoch einen ‚gemäßigten‘ Antisemitismus salonfähig machte. Vgl. Saldern: *Göttingen*, S. 36ff; Tornau: *Gegenrevolution*, S. 60f.

über antisemitischen Bestrebungen zu antidemokratischen, völkisch-rassistischen und extrem rechten Vorstellungen.<sup>73</sup>

Unter federführender Beteiligung Göttinger Studenten gründeten sich in der Nachkriegszeit verschiedene nationalistische und antisemitische Organisationen. Schon am 7. Dezember 1918 formierte sich der studentische *Bund zur Hebung des nationalen Gedankens*, der schnell zur bedeutendsten Organisation der bürgerlich-gegenrevolutionären Sammlungsbewegung(en) avancierte. Allein am ersten Tag traten ihm 250 Mitglieder bei, im April 1919 waren es rund 900, im Frühjahr 1920 an die 1.200.<sup>74</sup> Eine starke Verankerung hatte der *Hehebund* in den Göttinger Verbindungen, die ihm teils korporativ beitraten bzw. den Besuch seiner Veranstaltungen für obligatorisch erklärten. Programmatisch trat er für die Erweckung und Stärkung des nationalen Gedankens ein und rief zu ‚rassischem Bewusstsein‘ und zur Reinigung des ‚deutschen Volkskörpers‘ von ‚fremden‘ [d.h. jüdischen] Einflüssen auf: Parteipolitik, Klassenherrschaft und Internationalismus erteilte der Bund zugunsten der ‚Volksgemeinschaft‘ eine Absage.<sup>75</sup> Bis zum 2. Dezember 1920 zählte Joachim Tornau rund 45 öffentliche Veranstaltungen mit teils prominenten Rednern wie Gustav Stresemann. Des Weiteren traten Aktivisten der antidemokratischen und völkischen Rechten wie der Freikorpsführer Gerhard Hoßbach oder der völkische Publizist Ernst Wulle auf, ebenso Göttinger Professoren – unter ihnen der Theologe Carl Mirbt – und einflussreiche Protagonisten aus nationalkonservativ-evangelischen Kreisen wie der völkisch-protestantische Publizist Wilhelm Stapel oder das frühere Vorstandsmitglied der *Deutschen Vaterlandspartei* Pfarrer Gottfried Traub, seit 1919 Vertreter der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP) im Reichstag.<sup>76</sup> Ende 1920 fusionierte der *Hehebund* mit der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Studenten*, die bei den Kammerwahlen 1919/20 eine klare Mehrheit erzielt hatte, zum Göttinger *Hochschulring Deutscher Art* (HDA).

Daneben existierten weitere völkische Gruppierungen wie der *Reichshammerbund* oder der *Bund zur Befreiung vom Judenjoch*, maßgeblich initiiert von dem Lehrer und Honorarprofessor für Alte Geschichte Hugo Willrich.<sup>77</sup> Am bedeutsamsten

---

<sup>73</sup> Als wirkungsmächtiges antisemitisches Sprachrohr erwies sich die auflagenstärkste Göttinger Zeitung, das *Göttinger Tageblatt*, das eine Auflage von bis zu 17.000 Exemplaren erreichte. Manthey/Tollmien: *Juden 1918–1933*, S. 693–703, hier S. 695. Vgl. Kühn: *Bewegung*, S. 38–39.

<sup>74</sup> Vgl. Tornau: *Gegenrevolution*, S. 124–138, hier 127.

<sup>75</sup> Trotz der starken Verankerung in den Göttinger Korporationen und Überschneidungen zum DVSTB trat der *Hehebund* selbst nie antisemitisch auf. Tornau: *Gegenrevolution*, S. 146. Satzung in: UAG, Sekr., Nr. 693.28.

<sup>76</sup> Auflistung bei Tornau: *Gegenrevolution*, S. 198–202. Vgl. Lönnecker: *Grundrauschen*. Mirbt sprach am 2.2.1919 auf einer Mitgliederversammlung über *Die Trennung von Kirche und Staat* und am 13.6.1920 über *Das Deutschtum im Ausland*, Stapel am 29.1.1920 im Audimax über *Volkstum und Jugend*, Traub am 5.2.1920 über *Was erwarten wir von der Zukunft?*

<sup>77</sup> Dieser zählte im Juli 1919 170 Mitglieder. Marshall: *Einfluss*, S. 280. Willrich gehörte der DNVP an. Während einer DDP-Wahlveranstaltung sorgte er für einen Eklat, als er die Versammlungsleiterin als „Rose von Jericho“ bezeichnete. Standesbewusst wehrte er sich gegen die Leitung akademischen Versammlung durch eine Frau jüdischer Herkunft. Wegeler: *Gelehrtenrepublik*, S. 70. Vgl.

war der *Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund* (DVSTB), der in Göttingen bald nach seiner Gründung rund 500 Mitglieder zählte, bis er in Folge des antisemitischen Mordattentats auf Außenminister Walther Rathenau im Juni 1923 verboten wurde.<sup>78</sup> Der DVSTB war zugleich die Keimzelle der Göttinger NSDAP, die am 7. Februar 1922 unter Federführung des Medizinstudenten Ludwig Haase gegründet worden war, die Verbotszeit (in Preußen ab dem 17. November 1922) unter dem Deckmantel verschiedener Tarnorganisationen überdauerte und im Februar 1925 wiederbegründet wurde. Zu diesem Zeitpunkt soll die Partei erneut etwa 500 Mitglieder umfasst haben.<sup>79</sup> In vorliegendem Zusammenhang ist von Interesse, dass Studenten für die lokale Parteientwicklung eine wichtige Rolle spielten, aufgrund der Spezifika des Studentenlebens – längere Ortsabwesenheiten sowie eine relativ hohe Fluktuation – sich ein studentischer Einfluss aber nicht verstetigen konnte. Politisch radikalisiert stellten sie den Kern der lokalen SA und der im Juli 1929 gegründeten Göttinger SS sowie einige HJ-Führer. Auch bei den ‚sozialen‘ Tätigkeiten der Partei spielten Studenten eine hervorgehobene Rolle: bei den Sammlungen für das Winterhilfswerk und bei der Errichtung der Arbeitslager für den ‚Freiwilligen Arbeitsdienst‘.<sup>80</sup>

Die hier knapp skizzierten politischen Präferenzen bildeten sich auch bei den Wahlen ab. In den 1920er Jahren kamen die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition – SPD und DDP, das katholische Zentrum war in Göttingen kein relevanter Faktor – nicht mehr über die 40-Prozentmarke. Dagegen erhielten die Parteien der nationalen Rechten überproportional hohe Wahlergebnisse. Die *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) erzielte bei den Dezemberwahlen 1924 einen Stimmenanteil von rund 30 Prozent, die *Deutsche Volkspartei* (DVP) rund 15 Prozent; auch die Listenverbindung *Nationalsozialistische Freiheitsbewegung* (NSFB) erhielt 6,7 Prozent, während sie auf Reichsebene bei lediglich 3 Prozent lag.<sup>81</sup> Bei sämtlichen Wahlentscheidungen der Republikzeit lagen die Ergebnisse der bürgerlichen Rechten bzw. der NSDAP deutlich höher als auf Reichs-, Landes- und Provinzebene. So erzielte die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 bereits rund 10 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den ‚historischen‘ Septemberwahlen 1930, die ihr auf Reichsebene einen Zuwachs von 15,7 Prozent bescherte und sie mit 18,3 Pro-

---

Ericksen: Kontinuitäten, S. 237–240. Vgl. Dahms: Universität, S. 397–410, hier S. 398; Lohalm: Radikalismus, S. 162–170 und S. 324.

<sup>78</sup> Im Oktober 1920 zählte der Bund reichsweit über 100.000 Mitglieder. Lohalm: Radikalismus, S. 89. Vgl. Lohalm/Ulmer: Roth.

<sup>79</sup> Zahl nach einem Bericht Haases, ausgewertet von Kühn: Bewegung, S. 18. Vgl. Hasselhorn: Göttingen, S. 89–90; Noakes: Party; Marshall, Einfluss, S. 282–297; Thiel: ‚Volksgemeinschaft‘, S. 56–73.

<sup>80</sup> Der studentische Einfluss beschränkte sich auf außerparlamentarische Aktivitäten, da Studenten für Wahlen in der Regel nicht zur Verfügung standen. Vgl. Reichsleitung an Rönck am 6.11.1929. BArch, NS 38, Nr. 3269.

<sup>81</sup> Vgl. Hasselhorn/Weinreis: Weg, S. 47; Hasselhorn: Göttingen. Bei den Reichstagswahlen 1920 hatten Antisemitismus und die Einwanderung ostjüdischer Einwanderer eine große Rolle gespielt.

zent quasi über Nacht von einer völkischen Splitterpartei zu einem bestimmenden Faktor der deutschen Politik machte, erreichte die NSDAP in Göttingen mit fast zehntausend Stimmen einen Anteil von 37,8 Prozent. Am 10. April 1932 erhielt Adolf Hitler in Göttingen im entscheidenden Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl eine Mehrheit, kaum vier Monate später, bei den Juli-Wahlen zum Reichstag, erreichte die NSDAP zulasten der anderen Rechtsparteien mit 51 Prozent die absolute Mehrheit. Auf kommunaler Ebene war der Durchbruch der NSDAP bei den Wahlen im November 1929 erfolgt, die der Hitler-Partei 22 Prozentpunkte, acht der 33 Bürgervorsteheritze und zwei der sechs ehrenamtlichen Senatorenposten einbrachten.

Die lokale Durchsetzung nationalsozialistischer Politik erfolgte dem bewährten Muster, das Hans-Ulrich Thamer in der Formulierung ‚Verführung und Gewalt‘ griffig bündelte, d.h. Propaganda und Terror gegen vermeintlich und tatsächliche politische Gegner. Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe gegen Juden bzw. deren Repräsentanten verstärkten sich.<sup>82</sup> Höhepunkt der nationalsozialistischen Propaganda war eine Großveranstaltung mit Adolf Hitler am 21. Juli 1932 – ein Tag nach dem als ‚Preußenschlag‘ verharmlosten Staatsstreich gegen die preußische Regierung von Ministerpräsident Otto Braun (SPD) – im städtischen Kaiser-Wilhelm-Park, die laut *Göttinger Tageblatt* von 30.000 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht wurde.<sup>83</sup> Die zunehmenden Krisenerscheinungen, die Verschlechterung der städtischen Haushaltslage, der Wirtschaftseinbruch und das drastische Anwachsen der Arbeitslosenzahlen führten schließlich zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung, die politisch letztendlich den Nationalsozialisten zugutekam.

## „Welthauptstadt der Naturwissenschaften“: die Georg-August-Universität

Für die Geschichte der 1737 inaugurierten Universität, benannt nach ihrem Gründer Georg August, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg und als Georg II. zugleich König von Großbritannien und Irland, war die preußische Annexion des Königreichs Hannover im Jahr 1866 eine entscheidende Zäsur.<sup>84</sup> Aufgrund der großzügigen Staatsförderung des preußischen Kultusministeriums veränderte sich ihr Gesicht innerhalb weniger Jahre grundlegend.<sup>85</sup> Insbesondere Friedrich Althoff, Leiter der Hochschulabteilung im Berliner Kultusministerium, legte mit einer aktiven Personalpolitik den Grundstock für einen Modernisierungsschub, der sich

---

<sup>82</sup> Thamer: *Verführung*; Wildt: *Geschichte*, S. 40–71; Wilhelm: *Synagogengemeinde*, S. 37–40.

<sup>83</sup> Vgl. Kühne: *Bewegung*, S. 32–35; Smid: *Juden*, S. 21–23.

<sup>84</sup> Vgl. Meinhardt: *Geschichte*; Tollmien: *Universität*, Smend: *Göttingen*; Geyken: *Geschichte*, S. 74–96.

<sup>85</sup> Vgl. Härtel: *Architektur*, S. 763–766.

vor allem für die naturwissenschaftlichen Fächer positiv auswirkte. Als ‚mathematischer Nabel der Welt‘ (Smend) erlangte Göttingen in den ‚glücklichen‘ 1920er Jahren Weltruhm: Die Göttinger Professoren Otto Wallach (1910), James Franck (1925), Richard Zsigmondy (1926), Adolf Windaus (1928), Max Born (1954 für eine Göttinger Arbeit von 1924) erhielten Nobelpreise in Chemie, Mathematik und Physik.

Politisch trug die planvolle Aufwertung Göttingens ihren Teil dazu bei, dass die Integration der einstigen Ausbildungsstätte Bismarcks in den preußischen Gesamtstaat und das Deutsche Reich trotz welfischer Restbestände und antipreußischer Minderheitenattitüde rückblickend recht reibungslos verlief.<sup>86</sup> Der deutsch-französische Krieg 1870/1871 und die Proklamation des Kaiserreiches wurden auch in der Göttinger Professoren- und Studentenschaft lebhaft begrüßt; eine deutsch-nationale Haltung, in Teilen auch ein illiberaler Nationalchauvinismus, setzte sich als selbstverständlicher Bestandteil einer preußisch-protestantischen Leitkultur mehr und mehr durch und wurde auch nach außen kommuniziert.<sup>87</sup> Dem 1907 gegründeten *Nationalliberalen Wahlverein*, dem alsbald 300 Mitglieder angehörten, darunter etwa ein Fünftel Akademiker, stand der Historiker Karl Brandi vor, in den Vorständen der nationalistischen Agitationsvereine (Kolonialgesellschaft, Flottenverein, Ostmarkenverein, Verein für das Deutschtum im Ausland) waren mit Ausnahme des *Alldeutschen Verbandes* Universitätsprofessoren vertreten.<sup>88</sup> Ihren Höhepunkt erfuhr die nationale Grundhaltung mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Beispielhaft sei hier auf den Eintrag Emanuel Hirschs in das Inspektorenbuch des Theologischen Stiftes aus dem Jahr 1930 verwiesen:

*Am 3. August 1914 habe ich mit einer großen Anzahl meiner Stiffter zusammen auf dem Kasernenhof in Göttingen gestanden und mich als Kriegsfreiwilliger gemeldet [...]. Aber nie kann ich auch die Allerstraße hinuntergeben, ohne jenes Abends zu gedenken, als unser Göttinger Regiment mit klingendem Spiel zum Bahnhof und in den Krieg hinausgezogen ist.<sup>89</sup>*

In diesem Verständnis schlossen sich die Vertreter der Göttinger Universität den zumeist nationalen Resolutionen der deutschen Universitäten an.<sup>90</sup> So zeichneten 113 Göttinger Hochschullehrer, in etwa zwei Drittel des Lehrkörpers, die am 16. Oktober 1914 publizierte *Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches*:

<sup>86</sup> Vgl. Heinemann: Stadt.

<sup>87</sup> Vgl. Tollmien: Universität, S. 357–363; S. 386–393.

<sup>88</sup> Vgl. Tornau: Gegenrevolution, S. 60–61. Zu Karl Brandi vgl. Reitemeier: Brandi.

<sup>89</sup> Eintrag Hirsch, 1930. Zitiert nach Wilke: Hirsch, S. 189 und S. 194.

<sup>90</sup> Vgl. Tollmien: Krieg; Wegeler: Gelehrtenrepublik, S. 64–71; Busse: Engagement, S. 205–272, insb. S. 237–243.

*Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einmütigen freien deutschen Volkes.<sup>91</sup>*

Mit fortschreitender Kriegsdauer und der damit verbundenen Politisierung, die eng an die Debatte über die Kriegsziele des Deutschen Reiches gekoppelt war, weichte die vermeintliche Einigkeit kurzfristig auf. 1915 unterstützten nur acht Göttinger Professoren die sogenannte Seeberg-Adresse für einen Annexions- und Kolonialfrieden, während die Gegenpetition des Berliner Historikers Hans Delbrück, die am 27. Juli 1915 Reichskanzler Theodor von Bethmann Hollweg übersandt wurde, von 15 Göttingern unterschrieben wurde.<sup>92</sup> Dagegen unterstützten im Oktober 1917 mit der professoralen *Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit*, die reichsweit elfhundert und in Göttingen 77 Hochschullehrer – unter ihnen 41 Ordinarien – unterzeichneten, erneut zahlreiche Göttinger Dozenten annexionistische Kriegsziele und sprachen dem Reichstag zugleich die „fehlende Qualifikation für die politische Führung des deutschen Volkes“ ab.<sup>93</sup>

Wie vielerorts waren auch die Göttinger Studenten von Kriegsbegeisterung erfasst, die Mehrzahl meldete sich freiwillig.<sup>94</sup> Noch im Januar 1918 stellte sie sich die Studentenschaft mehrheitlich gegen 50 Kommilitoninnen und Kommilitonen, die eine von Ernst Toller entworfene Resolution gegen die *Deutsche Vaterlandspartei* unterschrieben hatten, und bekräftigte ihre ungebrochene Treue zu Kaiser, Reich und Vaterland, zu Hindenburg und Ludendorff.<sup>95</sup> Nur wenige Monate später hatten sich sämtliche Hoffnungen auf einen siegreichen Kriegsausgang in Luft aufgelöst. 726 Göttinger Studenten waren gefallen, nahezu 30 Prozent der Studentenschaft, zudem elf Dozenten, zehn Assistenten und ein Bibliotheksdiener. Der

<sup>91</sup> Zitiert nach Tollmien: Krieg, S. 144.

<sup>92</sup> Anzeichen für Streit bzw. einen schärferen Disput in dieser Frage gibt es dennoch nicht. Busse: Engagement, S. 240. Vgl. Wortmann: Geschichte. Der Name geht auf Reinhold Seeberg, Professor für evangelische Theologie an der Berliner Universität zurück, der die Eingabe maßgeblich initiiert hatte. Sie stieß insbesondere im Umfeld des *Alldeutschen Verbandes* auf große Zustimmung. Vgl. Dietzel: Theologie.

<sup>93</sup> Vgl. Tollmien: Krieg, S. 160–170. Die Erklärung führte zu einem öffentlich Disput, der sich aber an dem Verfahren und nur indirekt an dem Inhalt entzündete. Der amtierende Rektor Hermann Simon hatte den Vordruck auf dem Amtswege an alle Universitätsdozenten verschickt, was zu dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs führte. Zu seiner Einstellung vgl. seine Rektoratsrede *Leben und Wissenschaft. Wissenschaft und Leben* vom 26.6.1918. Abgedruckt in: Mitteilungen des Universitätsbundes 1918, S. 32–67, insbesondere S. 62–67.

<sup>94</sup> Vgl. Verhey: Geist.

<sup>95</sup> Vgl. Tollmien: Universität, S. 386–393, hier S. 390. Bereits im Februar 1913 hatten Göttinger Korporationen gegen eine Veranstaltung mit dem englischen Publizisten Norman Angell protestiert. 1.300 Studenten und Professoren verabschiedeten eine Resolution gegen den Pazifisten und Gegner des Imperialismus. Zugleich wandten sie sich gegen das Abhalten eines Vortrages in englischer Sprache, die Einmischung in „deutschnationale Fragen“, generell gegen die Gleichberechtigung von Ausländern an der Hochschule. Vgl. Tornau: Sammlungsbewegung, S. 63. Angell war Vordenker des Völkerbundgedankens, trat ab 1919 für eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten des Deutschen Reiches ein. 1933 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Zusammenbruch des Kaiserreiches, die gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen und die gravierenden ökonomischen und sozialen, aber auch die mentalen Folgen der Kriegsjahre und der unerwarteten Kriegsniederlage, wirkten sich auch auf die Universität unmittelbar aus und bestimmten ihre Entwicklung während der Weimarer Republik.

## Vorbehalte gegen die Republik: die Professorenschaft

Der Weimarer Republik stand die Mehrheit der deutschen Hochschullehrer skeptisch bis ablehnend gegenüber. Viele waren Vernunftrepublikaner, die sich mit den neuen politischen und gesellschaftlichen Realitäten abfanden und wussten, dass es kein Zurück gab, dennoch aber kein positives Verhältnis zur neuen, liberal und pluralistisch verfassten Republik entwickeln konnten.<sup>96</sup> Parteipolitisch tendierte die Professorenmehrheit zu den Parteien der nationalen Rechten, d.h. zu der als konterrevolutionäre Sammlungsbewegung ins Leben gerufenen DNVP bzw. der DVP, während die Anhänger der republikanisch-liberalen DDP oder der SPD in der Minderheit waren, ganz zu schweigen von der KPD. Das offene Bekenntnis zur NSDAP war vor 1933 selten, auch, weil es – so in Preußen von 1930 bis zum Sturz der Regierung Braun im Juni 1932 – Beamten verboten war, einer Partei beizutreten, die den „gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstrebe“.<sup>97</sup>

Auswertungen von Barbara Marshall bestätigen diesen Befund für Göttingen. 1920 waren 36 Prozent der 98 Professoren nachweisbar „in irgendeiner Form“ politisch aktiv, „sei es durch Parteizugehörigkeit, Auftreten als Redner oder sonstwie“. Die Aktivitäten verteilten sich dabei auf die DNVP (42%), DVP (31%), DDP (25%) und die KPD (eine Person).<sup>98</sup> In den folgenden Jahren erhöhten sich sowohl der Politisierungsgrad als auch die Unterstützung der Rechtsparteien. 1927 engagierten sich 42 Prozent aller Professoren öffentlich, 54 Prozent davon zugunsten der DNVP, 23 Prozent zugunsten der DVP und nur noch 13 Prozent für die DDP. Eine offene Unterstützung der NSDAP lässt sich nicht nachweisen. Erst einen Tag vor dem entscheidenden Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 1932 sprach sich mit Emanuel Hirsch erstmals ein aktiver Ordinarius für die Wahl

<sup>96</sup> Vgl. Abendroth: Professoren; Faust: Professoren; Grüttner: Studenten, S. 43–50, hier S. 43; Dahms: Einleitung, S. 33–36.

<sup>97</sup> Erlass des preußischen Staatsministeriums vom 30.6.1930. Zitiert nach Heiber: Universität, Bd. 1, S. 391ff.

<sup>98</sup> Marshall: Einfluss, S. 271. Politische und gesellschaftliche Vorstellungen wie sie der Philosoph Leonard Nelson vertrat, waren minoritär. Nelson favorisierte einen ethisch begründeten Sozialismus und gründete 1917 einen *Internationalen Jugend-Bund* (IJB). Nachdem die SPD 1925 einen Unvereinbarkeitsbeschluss zum IJB fasste, begründete Nelson den *Internationalen Sozialistischen Kampfbund* (ISK).



Hitlers aus.<sup>99</sup> Nach einer undatierten Aufstellung des *Nationalsozialistischen Studentenbundes* (NSDStB), mutmaßlich vom Mai 1932, gehörten jedoch acht Dozenten der NSDAP an, darunter zwei Professoren und ein Privatdozent. Zudem führt der Bericht fünf Sympathisanten, unter ihnen die beiden Theologen Hirsch und Johannes Behm.<sup>100</sup>

Zwischen 1918 und 1933 war die universitäre Stellung zur Republik wiederholt Gegenstand von symbolischen Aushandlungsprozessen. Ausgehend von einer studentischen Initiative beging auch die Göttinger Universität seit 1921 den 18. Januar, also den Tag der Reichsgründung im Jahre 1871, regelmäßig mit einem Festakt, wobei die Anwesenheit des Rektors, der Senatoren und der Professoren diesem einen demonstrativen Charakter verlieh. Dagegen beteiligte sich die Universität an den Feiern zum Verfassungstag der Republik am 11. August erst seit 1927, allerdings nicht mit eigenen Veranstaltungen. Noch 1928 flaggte die Universität bei internen Feierlichkeiten in den Reichsfarben anstatt Schwarz-Rot-Gold.<sup>101</sup> Als Ministerpräsident Braun 1929 zum 10. Jahrestag der Reichsverfassung schließlich einen Anlauf unternahm, die alljährlichen Reichsgründungsfeiern an den preußischen Universitäten verbieten zu lassen, schlug dies so hohe Wellen, dass sich sogar eine außeramtliche Rektorenkonferenz dieser Frage widmete – im württembergischen ‚Ausland‘. Ein Kompromissvorschlag sah vor, nun auch den Weimarer Verfassungstag würdig zu begehen.<sup>102</sup> In Göttingen folgte der Senat einem Vorschlag Hirschs: Wie bei anderen akademisch-patriotischen Feiern sollte über ein allgemeines Forschungsthema gesprochen werden, d.h. ohne inhaltlichen Bezug zur Verfassung, bevor die Veranstaltung mit einem ‚Hoch‘ auf das Deutsche Reich enden sollte.<sup>103</sup> Die Aufstellung einer Büste des universitären Ehrenbürgers Paul von Hindenburg, die im Juli 1921 in Anwesenheit des pensionierten Generalfeldmarschalls mit einem akademischen Festakt begangen wurde, ist ebenso wie die Ehrendokorate für den Schriftsteller Hans Grimm (1927) oder den Apologeten des Ersten Weltkriegs Bernhard Schwertfeger (1928) in diesem Kontext zu sehen.<sup>104</sup> Hindenburg war 1924 auch bei der Einweihung des Ehrenmals zum Gedenken an die 726 studentischen Weltkriegsgefallenen anwesend.

---

<sup>99</sup> Hirschs öffentliche Erklärung im GT vom 8./9.4.1932 ist abgedruckt in Trillhaas: Hirsch, S. 48. Mutmaßlich votierte noch eine Mehrheit der Professoren pro Hindenburg. 36 von 150 Unterzeichnern eines lokalen Wahlaufrufs für Hindenburg waren Professoren. Marshall: Einfluss, S. 287.

<sup>100</sup> Korrespondenz der NSDStB-Kreisleitung Nord mit der Hochschulgruppe Göttingen, undatiert [aus dem Zusammenhang: Mitte Mai 1932]. BArch, NS 38, Nr. 3680.

<sup>101</sup> Marshall: Einfluss, S. 287 bzw. S. 294.

<sup>102</sup> Der Göttinger Vorschlag, den 18. Januar zur Verfassungsfeier umzugestalten, setzte sich nicht durch. Heiber: Universität, Teil II/1, S. 12.

<sup>103</sup> Auszug aus dem Protokollbuch des Senats vom 15.5.1930. UAG, Sekr., Nr. 61.30.

<sup>104</sup> Vgl. die Unterlagen in: UAG, Sekr., Nr. 61.22. Die Göttinger Professorenschaft beteiligte sich mit überdurchschnittlichen 2.000 RM an der sogenannten Hindenburgspende zu dessen 80. Geburtstag. Vgl. Heiber: Universität 2/1, S. 12; Marshall, Einfluss, S. 275; Dahms: Universität, S. 402. Zu Hindenburg vgl. Pyta: Hindenburg.

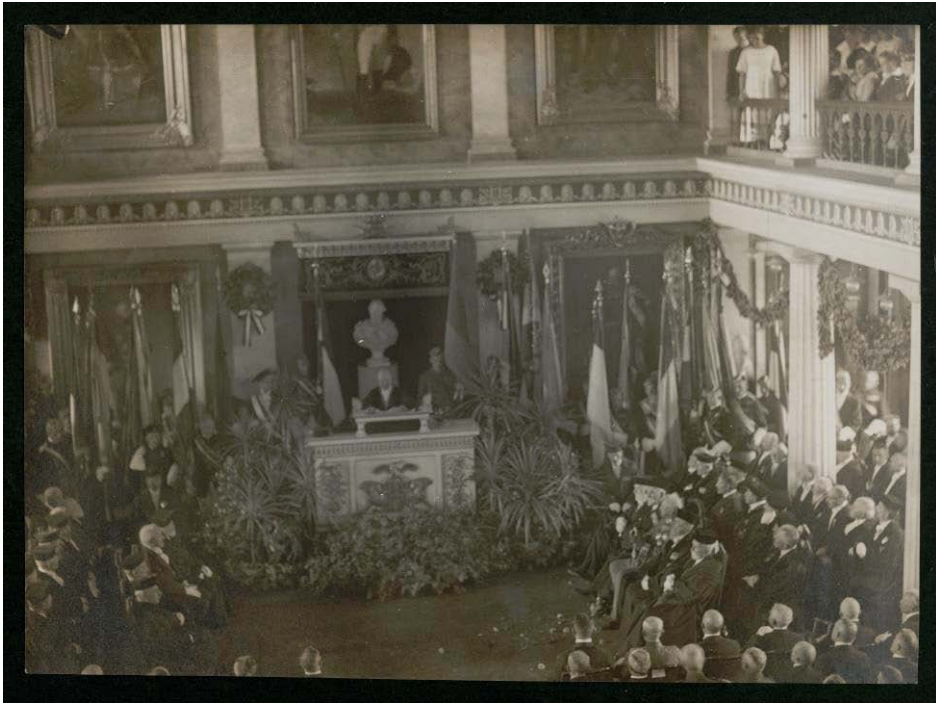


Abb. 1: Festakt am 6. Juli 1921 mit der Enthüllung der Hindenburg-Büste in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls (Universitätsarchiv Göttingen, Sekretariat, 61.22)

Ein Jahr später, Hindenburg war inzwischen Reichspräsident, blickte der deutsche nationale Rektor Julius Binder auf dieses Ereignis zurück:

*Die begeisterten Huldigungen, die dem greisen Heerführer dargebracht wurden, die Worte und Lieder, die den Gefallenen ertönten, die zahllosen Kränze, die sich an den Stufen des Denkmals häuften, sie bedeuteten ein Bekenntnis zu Deutschlands früherer Größe, zu dem Heldenmut deutscher Jugend und zu des Vaterlands Zukunft und Freiheit.<sup>105</sup>*

Dieselbe Feier beschrieb Karl Barth aus anderer Perspektive:

*Es war mir doch recht wertvoll, das wilhelminische bzw. das deutsch-national-völkische Deutschland einmal so beieinander zu sehen und in ungetrübtem Unisono sich selbst verkünden zu hören: Rektor Binder (der Rechtsphilosoph, scharf national), Studenten vom ‚Hochschulring Deutscher Art‘ (eine ganz gemeingefährliche Blase, kommt mir vor!), Kurator, Bürgermeister, Reichswehrhauptling, Kriegervereinspräsident u.A. Alle, alle hielten ihre Reden. Quintessenz in Stichworten: Junge Helden ... August 1914 ... Deutschland im Herzen und auf den Lippen ... die Einzelnen müssten sterben, damit der Staat lebe – eingegangen in Walhalla – leben ewig: in unsern Herzen – Schandfriebe*

<sup>105</sup> Binder: Staatsauffassung, S. 11.

*von Versailles (sprich: Ferssaaai) – Novembermänner von 1918 – Treue um Treue – bessere Zeiten – wenn der nächste Krieg kommt – Gut und Blut [...]. Meine gänzliche und unheilbare Fremdheit in dieser Welt ist mir schon lange nicht mehr so bitter und zornig bewußt geworden.*<sup>106</sup>



Abb. 2: Hindenburg am 23. November 1924: Einweihung des Gefallenen Ehrenmals vor dem alten Auditorium (Städtisches Museum Göttingen)

Die Amtsführung Binders, neben seinem Engagement für die DNVP auch Vorsitzender des *Jungdeutschen Ordens* in Göttingen, war von verschiedenen Skandalen begleitet. Sein Glückwunschtelegramm zur Wahl Hindenburgs, in dem er allein die DNVP und DVP als staatstragende Parteien bezeichnete, wurde sogar im preußischen Landtag verhandelt.<sup>107</sup> Für Aufsehen sorgte weiterhin sein Vorgehen gegen zwei Studenten, die im Februar 1925 den Kommunisten und Künstler der Künstlerkolonie Worpsswede Heinrich Vogeler zu einem Vortrag *Neue Kunst, neue Schulen in Rußland* an die Universität geladen hatten. Nach einem monatelangen Tauziehen

<sup>106</sup> Rundbrief vom 26./28.11.1924, in: KBG V., Bd. 2, S. 285–293, hier S. 286f. Gleichwohl soll Barth von Hindenburg beeindruckt gewesen sein: „Und daß er so einfach von Gott gesprochen hat“. Zitiert nach Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 96.

<sup>107</sup> Beanstandung der Universitätsverwaltung vom 30.06.1925 eines Glückwunschschriftens von Rektor Binder an Hindenburg. GSTA PK, IV. HA, NL Becker, Nr. 7036. Bekannte Beispiele für ein politisch reaktionäres Klima sind u.a. die Berufungen des deutschnationalen Althistorikers Ulrich Kahrstedt (1921), die vor allem aus politischen Gründen erfolgte, und, ein Jahr später, des Schäfer- und Marcks-Schülers Arnold Oskar Meyer. Die Ausgrenzung und letztendliche Dienstentfernung des jüdischen Wirtschafts- und Missionshistorikers Paul Darmstädter war hingegen ein früher antisemitischer Akt. Vgl. Wegeler: *Gelehrtenrepublik*, S. 89–98.

war es schließlich das Kultusministerium, das Mitte Oktober 1925 letztinstanzlich die Entscheidung des Rechtspflegeausschusses der Göttinger Universität im Gnadenwege abmilderte. Die Verweise wurden wohl vor allem aus taktischen Erwägungen aufrechterhalten, um die universitären Gremien nicht vollständig zu desavouieren, obwohl der Kultusminister das Verhalten des Juristen Binder rechtlich für untragbar hielt. Auch in der Stadt hatte der Fall Wellen geschlagen. So thematisierte das *Göttinger Volksblatt* die antirepublikanische Gesinnung Binders.<sup>108</sup>

Ab Ende der 1920er Jahre manifestierte sich diese Grundhaltung in noch stärkerem Maße öffentlich.<sup>109</sup> In seiner Rektoratsrede zählte der Neutestamentler Johannes Behm neben dem Festakt der Theologischen Fakultät zur 400-Jahrfeier der *Confessio Augustana* die Langemarck-Feier vor dem Denkmal der studentischen Gefallenen und den universitären Festakt zum 60. Jahrestag der Reichsgründung zu den großen Ereignissen seiner Amtszeit. Zudem verwies er auf die im Februar 1931 erstmals durchgeführte Ostmarkhochschulwoche, die bei einer kaum verhohlenen revanchistischen Zielsetzung das neuerwachte studentische Interesse am ‚Volkstum‘ aufgriff und die Bedeutung der östlichen Abtretungsgebiete für ‚Volk und Reich‘ zur Geltung bringen sollte, sowie die Neuschaffung eines Ostmark-Stipendiums.<sup>110</sup> Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise, von der der Lehrkörper mit der Herabsetzung von Planstellen und der Kürzung von Beamtgehältern direkt betroffen war, befeuerte die politische Distanz zur Republik zusätzlich. So unterstellte der Ägyptologe Hermann Kees, seit 1919 Mitglied der DNVP, im November 1931 der Reichsregierung öffentlich, Deutschland in eine Strafkolonie zu verwandeln. Am 4. Januar 1932 protestierte die Universität öffentlich gegen die ‚Gefährdung des deutschen Geisteslebens‘, deutschnationale Kräfte wandten sich kurz darauf gegen einen vermeintlich grassierenden ‚Kulturbolschewismus‘.<sup>111</sup> Spätestens Anfang der 1930er Jahre war das jeher schwach ausgeprägte demokratische Potential restlos aufgebraucht. In ihrer Majorität stand die Göttinger Professorenschaft latent bis offen in Gegnerschaft zur Republik.<sup>112</sup>

<sup>108</sup> GStA PK, I. HA, Rep. 76, Va, Nr. 10154; GStA PK, IV. HA, NL Becker, Nr. 7037. Der Göttinger Universitätsskandal, in: GVB vom 25.4.1925.

<sup>109</sup> Vgl. Heiber: Universität I, S. 32–34.

<sup>110</sup> Vgl. Behm: Religion. Die Göttinger Universität war die erste überhaupt, die eine derartige Veranstaltung durchführte. Zur absoluten Mehrheit des NSDStB bei den Kammerwahlen 1931 verlor Behm kein Wort. Vgl. Fransecky: Langemarck-Mythos.

<sup>111</sup> Marshall: Einfluss, S. 287. So leitete der 18. *Deutsche Historikertag*, der im August 1932 in Göttingen stattfand, eine forschungspolitische Wende ein und öffnete die Geschichtswissenschaft für radikal völkische Ansätze. Vgl. Reitemeier: Historiker.

<sup>112</sup> Vgl. Thieler: ‚Volksgemeinschaft‘, S. 358–359.

## Soziale Deklassierung und politische Radikalisierung: die Studentenschaft

Zum SoSe 1919 waren in Göttingen 3.573 Studentinnen (433) und Studenten (3.140) immatrikuliert. Ihre Anzahl erhöhte sich bis zum SoSe 1929 auf fast vier-tausend Männer (3.431) und Frauen (508), ein Jahr später erreichte die Studienfre-quenz mit 4.225 Studentinnen und Studenten einen Rekordwert. Im Vorsommer des ‚Dritten Reiches‘ umfasste die Studentenschaft 3.662 Kommilitoninnen und Kommilitonen.<sup>113</sup> Die konfessionelle Verteilung entsprach in etwa dem städti-schen Umfeld. Im SoSe 1930 waren 86,3 Prozent der Immatrikulierten evange-lisch, 10,3 Prozent katholisch; rund ein Prozent bekannte sich zum Judentum.<sup>114</sup>

Bestimmende Faktoren waren die Instabilität der Republik mit ihren politi-schen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Die meisten Studentinnen und Studenten lebten am bzw. unter dem Existenzminimum und waren auf Zuwen-dungen angewiesen, viele litten Hunger und waren auf Dauer unterernährt. In keiner anderen Bevölkerungsgruppe war die Suizidrate höher. Neue Formen so-zialer Selbstorganisation wie z.B. die studentischen Hilfsvereine – Vorläufer des Studentenwerks – konnten die angespannte Grundsituation bestenfalls abmildern. Die kurzfristige Stabilisierung der Republik Mitte der 1920er Jahre mit ihrem be-scheidenen wirtschaftlichen Aufschwung verschärfte die Lage zusätzlich. Das Werkstudententum, seit 1918 Folge der prekären Gesamtsituation, erlitt durch die wachsenden Beschäftigungszahlen und die Umwandlung zeitlich begrenzter Be-schäftigungsverhältnisse in reguläre Stellen einen Einbruch: ‚Einfache‘ Gele-genheitsarbeiten fielen weg, die ‚studentische Arbeitslosigkeit‘ stieg an und trug ihren Teil zur politischen Radikalisierung der Studentenschaft bei. Kurzum: Das Erle-ben der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung bestand aus studentischer Sicht in Armut, Hunger, ungesicherten Perspektiven und, fasst man die Studentenschaft als einen ‚sozialen Stand‘, damit verbunden dem Verlust studentischer Privilegien. Prägefaktoren dieser Studentengeneration waren Prekarisierung, die Angst vor sozialem Abstieg, Krisenerfahrungen, existentielle Ängste und Sinnsuche.<sup>115</sup> Bio-grafische Schlüsselerebnisse waren der Erste Weltkrieg, die Kriegsniederlage und der politische Zusammenbruch des Kaiserreiches. Bis in etwa Mitte der 1920er Jahre dominierte die ‚junge Frontgeneration‘, also die zwischen 1890 und 1900 geborenen aktiven Weltkriegsteilnehmer, die 1918 ihre universitäre Ausbildung fortsetzten oder ein Studium aufnahmen. Sie wurde abgelöst durch die ‚Kriegsju-gendgeneration‘. Die Jahrgänge 1900 bis 1910 hatten mehrheitlich keine eigenen

---

<sup>113</sup> Lorenz, Hochschulstatistik. Vgl. Maerker: Zahlen, hier S. 154.

<sup>114</sup> Tabelle 24: Religionszugehörigkeit der Studenten an den Universitäten und Technischen Hoch-schulen, Sommersemester 1930, in: Grüttner: Studenten, S. 495. Auf Reichsebene lag der Anteil der Evangelischen bei 56,8 Prozent.

<sup>115</sup> Vgl. allgemein Nipperdey: Studentenschaft; Leisen: Ausbildung; Bleuel/Klinnert: Studenten; Schwarz: Studenten; Jarausch: Studenten, S. 117–164; Kater: Studentenschaft; ders.: Studenten; Herbert: Sachlichkeit.

Kriegserlebnisse, dennoch war der Krieg mit all seinen Folgen – angefangen mit dem ‚Geist von 1914‘ bis hin zur Not und Entbehrung der letzten Kriegsjahre – ein zentrales Ereignis ihrer Sozialisation. Für sie ging das Kriegsende einher mit dem „Bankrott jener ganzen Welt der alten Generation.“<sup>116</sup>

Unter dem Einfluss der gezeichneten und verunsicherten Kriegsteilnehmer etablierte sich auch in Göttingen eine nationale Hegemonialhaltung. Auf die führende studentische Rolle bei der Ausbildung gegenrevolutionärer Vereine und Organisationen wie dem *Hehebund*, dem *Bund zur Abwehr des Judenjochs*, dem DVSTB oder dem *Jungdeutschen Orden*, aber auch der frühen NSDAP wurde bereits hingewiesen. Insbesondere Verbindungsstudenten engagierten sich zudem in der *Technischen Nothilfe* und stellten im März 1920 fast 40 Prozent der während des Semesters bis zu 2.364 Mitglieder starken bewaffneten Göttinger Bürgerwehr.<sup>117</sup> Akut wurde dieses Engagement während des Kapp-Lüttwitz-Putschs, als Bürgerwehr und Reichswehr mit Beginn des Generalstreiks eingesetzt wurden, die ‚Ordnung‘ wiederherzustellen. Bei Auseinandersetzungen mit studentischen Zeitfreiwilligen kamen zwei Arbeiter zu Tode.<sup>118</sup> Dieser ‚Sicherungseinsatz‘ ist nicht als Zustimmung zur Republik zu verstehen. Auch wenn der Rechtsputsch Kapps keine aktive Unterstützung fand, wurde dessen Zielsetzung mehrheitlich geteilt, insbesondere bei den Göttinger Corps.<sup>119</sup> So musste Rektor Karl Brandt am 16. März Gerüchten widersprechen, dass die Studentenschaft bewaffnet sei und sich am Putsch beteilige, vielmehr seien einige den Bitten der Reichsregierung, der Stadtverwaltung und auch der Universität gefolgt, für Ruhe und öffentliche Sicherheit zu sorgen. Nur eine Woche später, nachdem der Kapp-Lüttwitz-Putsch in sich zusammengefallen war, kritisierten einige Professoren den Senat scharf. Mehrheitlich habe dieser keinen Einspruch dagegen erhoben, dass Göttinger Stu-

<sup>116</sup> Günther Gründel: Die Sendung der jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, München 1932, S. 23. Zitiert nach Herbert: Generation, S. 16. Vgl. ebenda insb. S. 116–118.

<sup>117</sup> Es folgten Handwerker (rund 18 Prozent) und Kaufleute (15 Prozent). Marshall, Einfluss, S. 269. Vgl. Bieber: Bürgertum, S. 246–252. Vgl. die literarische Bearbeitung des völkischen Schriftstellers Hugo von Waldeyer-Hartz, die zugleich einen Einblick seiner Sicht auf das studentische Leben in einem ‚Gödinger‘ Corps in den frühen 1920er Jahre bietet. Waldeyer-Hartz: Werkstudent, insb. S. 100–129.

<sup>118</sup> Marshall: Einfluss, S. 279. Im März 1920 stieß der Kapp-Lüttwitz-Putsch bei den rechtsnationalen Kreisen Göttingens auf Zustimmung, ohne dass sie bzw. die in Göttingen stationierten Einheiten der Reichswehr sich dem Putsch aktiv anschlossen. Vgl. Hasselhorn: Göttingen, S. 79–85; Tornau: Sammlungsbewegung, S. 154–157, Könnemann/Schulze (Hg.): Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Das Göttinger Zeitfreiwilligen-Bataillon wurde auch in Heiligenstadt eingesetzt, wo streikende Arbeiter die Bürgerwehr entwaffnet und Waffen akquiriert hatten. Bei der Erstürmung des Rathauses kam es zu einer Schießerei, Handgranaten wurden eingesetzt. Dabei gab es einen Toten. Vgl. Degenhardt: Räterepublik.

<sup>119</sup> Vgl. die Corps-Berichte in Kater: Zeitfreiwilligen-Studenten-Bataillon. Diese Darstellung bestätigt sich u.a. in: Altherrenverband (Hg.): Chronik; Schumacher (Hg.): Burschenschaft. Der Wingolfist Manfred Blänkner kam in seinem Vortrag *Der Wingolf und der Kapp-Putsch* (20.1.2016) zu einer ähnlichen Einschätzung.

denen sich zu Kapp bekannt hätten bzw. nach Berlin gereist seien, um den Putsch aktiv zu unterstützen, sondern vielmehr anerkannt, dass es die „Ehre“ habe gebieten können, dies zu tun.<sup>120</sup> Im *Freikorps Maerker*, benannt nach seinem Kommandeur Generalmajor Georg Ludwig Maerker, waren Göttinger Studenten auch an den Kämpfen gegen die Rote Ruhrarmee sowie an der Niederschlagung des sog. mitteldeutschen Aufstandes („Märzaktion“) beteiligt, einige schlossen sich zudem dem *Selbstschutz Schlesien* an und kämpften im Mai 1921 bei dem sogenannten „Sturm auf den Annaberg“. Es ist anzunehmen, dass auch danach paramilitärische Übungen abgehalten und Waffen gehortet wurden, polizeiliche Durchsuchungen in Verbindungshäusern blieben jedoch ohne Ergebnis. Am 9. November 1923 sollen in Göttingen rund 200 Aktivisten bereitgestanden haben, um den sogenannten Hitler-Putsch in München zu unterstützen. Sie kamen aber wegen des desaströsen Verlaufs des „Marschs auf die Feldherrnhalle“ nicht zum Einsatz.<sup>122</sup>

An der Universität formierte sich 1920 mit dem *Hochschulring Deutscher Art* die wichtigste studentische Hochschulgruppe der kommenden Jahre.<sup>123</sup> Bis Anfang der 1930er Jahre erhielt er bei den Kammerwahlen durchgängig eine klare Mehrheit von bis zu vier Fünftel der Sitze.<sup>124</sup> Überregional gehörte der HDA dem *Deutschen Hochschulring* (DHR) an, eine völkisch-großdeutsch orientierte studentische Sammlungsbewegung, die für den Gedanken der ‚Volksgemeinschaft‘ und Antisemitismus stand und den politischen, ökonomischen und militärischen Wiederaufstieg des Deutschen Reiches verfolgte.<sup>125</sup> Eine starke Verankerung hatte er in den Korporationen – rund 65 Prozent aller Studenten gehörten einer Verbindung

---

<sup>120</sup> Erklärung vom 16.3.1920; Schreiben der Professoren Friedrich Göppert, Wolfgang Heubner, Paul Jensen, Rudolf Stich (alle Medizin), David Hilpert (Mathematik), Franz Lehmann (Agrar), Carl Runge (Mathematik), Fritz Schulz (Jura), Arthur Titius (Theologie) und Adolf Windaus (Chemie) an den Rektor am 23.3.1920. UAG, Sekr., Nr. 39.3.

<sup>121</sup> Vgl. Meinhardt: Universität, 93. Der Einsatz gegen die sog. ‚Rote-Ruhrarmee‘ forderte an die 2.500 Tote, darunter um die zweitausend Arbeiter. Viele wurden erst nach den Kämpfen ermordet. Vgl. Lucas: Märzrevolution, insbesondere S. 83; S. 96. Vgl. Ernst Sierig: Cheruskias Erlebnisse während der Unruhen in Göttingen und während des Aufstandes im Ruhrgebiet, in: Altherrenschaft (Hg.): Chronik, S. 222–227.

<sup>122</sup> Marshall: Einfluss, S. 280; Hasselhorn: Göttingen, S. 89–90. Nach Harold Gordon behauptete ein nicht genannter Nationalsozialist, dass es in Göttingen bereits 1923 „tausende“ von studentischen Hitler-Anhängern gegeben habe. Nicht zuletzt aufgrund der Gesamtzahl der eingeschriebenen Studenten scheint diese Zahl zu hoch angesetzt. Gordon: Hitlerputsch, S. 344.

<sup>123</sup> Tornau: Gegenrevolution, S. 136. Zur frühen Auseinandersetzung in Göttingen vgl. Melcher: Coleur. Die Burschenschaft Germania notierte im April 1919 noch vier Richtungen: a) Arbeitsgemeinschaft deutscher Studenten, b) Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, c) christliche oder Mittelpartei, d) Vereinigung jüdischer Studenten. Bericht der Burschenschaft Germania über das Zwischensemester 1919, S. 6. StA Göttingen, Kleine Erwerbungen, Nr. 50.

<sup>124</sup> Die NSDStB nach Korporationszugehörigkeit, in: Faust: Studentenbund, Bd. 2, S. 146.

<sup>125</sup> Vgl. Herbert: Generation; Kater: Studentenschaft, S. 19–24; Stickler: Reich. Der *Deutsche Hochschulring*, eine Zusammenfassung von 19 örtlichen Hochschulringen und Gruppen, wurde am 22.7.1920 auf der 2. Tagung der *Deutschen Studentenschaft* in Göttingen gegründet.

an –, mit Ausnahme der jüdischen Verbindungen; auf Reichsebene umfasste er an die zwei Drittel aller Studenten. Damit übte der DHR auch entscheidenden Einfluss auf die *Deutsche Studentenschaft* (DSt) aus, die sich im Juli 1919 als Dachverband der einzelnen Studentenschaften konstituiert hatte. Als legitime studentische Gesamtvertretung wurde die DSt in Preußen 1920 als eine Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt und durfte Beiträge erheben.

1927 kam es zwischen der DSt und dem preußischen Kultusministerium zu einem Großkonflikt, der das studentische Verhältnis zum Staat entscheidend prägen sollte.<sup>126</sup> Bereits auf ihrer Würzburger Gründungsversammlung hatte sich die DSt am deutschen Sprachraum orientiert. Umstritten war vor allem die großdeutsche Regelung, da in Österreich nationale Minderheiten, d.h. vor allem Tschechen und Juden, per se nicht in die dortigen Studentenschaften aufgenommen wurden. Die studentische Anerkennung der dortigen ‚Abstammungsklausel‘ und die gleichzeitige Aufnahme der (deutsch-)österreichischen Studentenschaften in die DSt waren jedoch verfassungswidrig. Nach ergebnislosen Verhandlungen und gestützt auf einen Landtagsbeschluss stellte der parteilose preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker schließlich auf dem Verordnungsweg an allen Universitäten einen eigenen Satzungsentwurf zur Abstimmung.<sup>127</sup> Dabei ging es um Grundsätzliches: So sahen die akademischen Verbände in einer gemeinsamen Erklärung zum ‚Verfassungskampf‘ allein parteipolitische Motive und „eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens“ durch die sozialdemokratische Unterrichtsverwaltung. Zustimmend zur Haltung der DSt hieß es:

*Die dem deutschen Volkstum im Grenz- und Auslande drohenden Gefahren, verlangen eine unbedingte Reinerhaltung der Hochschulen und Studentenschaften von volksfremden Elementen, um die Lebensfähigkeit des Deutschtums in diesen Gebieten zu wahren.*<sup>128</sup>

Im November 1927 wurde der Becker-Entwurf preußenweit mit über 77 Prozent aller Stimmen abgelehnt. Ihr zweitbestes Ergebnis erzielten seine Gegner in Göttingen, wo bei hoher Wahlbeteiligung (70 Prozent) 1.866 Studenten (86 Prozent) gegen den Entwurf und nur 291 mit Ja stimmten.<sup>129</sup> In der Kammer war das Verhältnis ebenso eindeutig. Auf seiner Sitzung am 15. November 1927 sprach sich das Göttinger Studentenparlament mit 19 von 20 Stimmen gegen den Entwurf aus.<sup>130</sup> Folgerichtig entzog Becker der DSt die staatliche Anerkennung: Die preußischen Studentinnen und Studenten mussten sich fortan nach Privatrecht organi-

<sup>126</sup> Vgl. Leisen: *Ausbreitung*, S. 126–151; Faust: *Studentenbund*; Bd. 1, S. 52–55; Jarausch: *Studenten*, S. 141–152; Grüttner: *Studenten*, S. 25–27.

<sup>127</sup> Verordnung über die Bildung von Studentenschaften. GStA PK, VI. HA, NL Becker, Nr. 1041.

<sup>128</sup> Gemeinsame Erklärung, in: WB 11 (Februar 1927), S. 138.

<sup>129</sup> Ergebnis der Abstimmung über das preußische Studentenrecht, in: Leisen: *Ausbreitung*, S. 146. Nur in Marburg fiel das Ergebnis an einer Universität noch klarer aus.

<sup>130</sup> Sitzung vom 15.11.1927. UAG, Sekr., Nr. 699.5a.



sieren.<sup>131</sup> Freilich leistete die staatliche Aufhebung der verfassten Studentenschaft Radikalisierungstendenzen erheblichen Vorschub und reduzierte staatliche Eingriffsmöglichkeiten. Spätestens 1931, als es dem NSDStB auf dem Grazer Studententag gelang, die Vorherrschaft im DSt zu gewinnen und er zugleich die Mehrheit in den meisten lokalen Studentenschaften errang, stellten sich die Studentenvertretungen offen gegen den demokratischen Staat.<sup>132</sup> Die Einschätzung des liberalen Rektors Wolfgang Heubner vom Januar 1928, dass „die Hochflut des Radikalismus“ vorbei sei und wieder Nüchternheit einziehe, erwies sich im Nachhinein als zu optimistisch.<sup>133</sup> Bereits ein Jahr zuvor hatte die Göttinger Studentenschaft im *Universitätstaschenbuch*, dem offiziellen studentischen Wegweiser, ihrer Selbsteutung folgend formuliert, dass sie „um der akademischen Freiheit willen“ auf ihre staatliche Anerkennung verzichtet habe:

*Die Deutsche Studentenschaft ist der Zusammenschluß der deutschen Studenten auf großdeutscher Grundlage und umfaßt als solche auch die deutschen Studenten in Deutsch-Österreich, Danzig und die Sudetendeutschen. Sie betreibt eine aktive Volkstumspolitik und erfüllt damit eine nationale Aufgabe. Die Deutsche Studentenschaft arbeitet mit an den Aufgaben der Deutschen Hochschule gegenüber dem deutschen Volk. Sie ist parteipolitisch und konfessionell völlig neutral. Sie ist die größte Organisation der akademischen Jugend und deshalb die gegebene Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Studenten.*<sup>134</sup>

Letztlich bildete die Ablehnung der Becker-Verordnung vor allem die verbreitete antirepublikanische und extrem rechte Mehrheitsstimmung ab. So hatte Universitätskurator Theodor Valentiner bereits 1925 im erwähnten ‚Skandal‘ um den Vortrag des Kommunisten Heinrich Vogeler erklärt, dass angesichts der „Zusammensetzung der hiesigen Studentenschaft“ die Befürchtung vor Zusammenstoßen durchaus gegeben sei.<sup>135</sup> Von weitaus größerer Tragweite waren die studentischen Anfeindungen gegen den an der TH Hannover lehrenden Philosophieprofessor Theodor Lessing, an denen sich – keine drei Jahre nach den Attacken auf Otto Piper – auch Göttinger Studenten beteiligten. Lessing war, nachdem er im Vorfeld der Reichspräsidentenwahlen 1925 die politische Eignung und vor allem die geistige Leistungsfähigkeit des damals 78jährigen Generalfeldmarschalls und universitären Ehrenbürgers Paul von Hindenburg für das Reichspräsidentenamt öffentlich in Frage gestellt hatte, Demonstrationen sowie antisemitischen Gewalt- und Pöbelattacken ausgesetzt. Am 11. Juni 1926 – wenige Tage zuvor hatten an die tausend

---

<sup>131</sup> Mitteilung und Erlass des Ministeriums an die Rektoren der Universitäten vom 6.12.1927. GStA PK, VI. HA, NL Becker, Nr. 1042.

<sup>132</sup> Vgl. Manthey/Tollmien: Juden 1918–1933, S. 695. Vgl. Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 21–32, Ströle-Bühler, Antisemitismus, S. 139–140.

<sup>133</sup> Heubner an Becker am 2.1.1928. UAG, Sekr., Nr. 699.6.

<sup>134</sup> Universitätstaschenbuch 1930, S. 113f.

<sup>135</sup> Kurator Valentiner an das preußische Kultusministerium am 19.3.1925. GStA PK, I. HA, Rep. 76, Va, Nr. 10154.

Hannoveraner Studenten mit ihrer Abwanderung an die TU Braunschweig gedroht – demonstrierten auch vor dem Göttinger Rathaus mehrere hundert Studenten. Der HDA legte folgende Entschließung vor:

*Die zu einer machtvollen Kundgebung versammelten Studenten der Hannoverschen Landesuniversität Göttingen stellen sich der Studentenschaft Hannovers in ihrem Kampf an die Seite. Dieser Kampf richtet sich nicht gegen die akademische Lehrfreiheit und Staatsautorität: Er gilt einem Lehrer, der nie und nimmer ein Erzieher deutscher Jugend sein kann. Im Verein mit allen nationalen Studenten verlangen wir von jedem akademischen Lehrer, dass er uns vorlebt in unbedingter Reinheit des Denkens, Ehrfurcht vor der deutschen Geschichte und den Männern, die diese am wichtigsten vertreten. Wir grüßen die Hannoverschen Kommilitonen und rufen Ihnen zu: ‚Haltet aus in diesem Kampf um die Freiheit der DSt, in diesem unserem Kampf um unsere heiligsten Werte und unsere deutsche Würde.‘<sup>136</sup>*



Abb. 3: Protestveranstaltung des Göttinger Hochschulbunds Deutscher Art gegen Professor Theodor Lessing am 11. Juni 1926 (Universitätsarchiv Göttingen, Sekretariat, 39,6.)

<sup>136</sup> Vgl. die Unterlagen in: UAG, Sekr., Nr. 39.6. Die Göttinger Kundgebung fand durchaus Beachtung. Der nationalsozialistische *Niedersächsische Beobachter* titelte am 12.6.1926 pointiert: „Hochschuljuden“. Vgl. auch den *Hannoveraner Kurier* vom 12.6.1926. Zumindest indirekt beteiligte sich auch der Senat an den Protesten. Lessing soll Göttinger Dozenten vorgeworfen haben, sich anlässlich „patriotischer Feiern“ betrunken und der Völlerei hingegeben zu haben. Der Senat bat daraufhin das Kultusministerium, Lessing zur Rechenschaft zu ziehen. Senat an Kurator am 21.6.1926. GStA PK, VI. HA, NL Becker, Nr. 7041. Nach einer Zusammenfassung der Göttinger Studentenschaft vom 4.6.1926 stellte Lessing diese Behauptung am 26.2.1926 in Dresden auf und kontrastierte sie mit der Situation der aktuell zwei Millionen Arbeitslosen. Vgl. Faust: *Studentenbund*, Bd.1, S. 50–52. Vgl. Marshall: *Einfluss*, S. 275; Marwedel: *Lessing*, S. 253–308; Oelke: *Lilje*, S. 105.

Lessing wurde noch im selben Monat bei reduzierten Bezügen von seiner Vorlesungstätigkeit für immer entbunden, durfte seine *Venia Legendi* jedoch behalten.<sup>137</sup> 1929 war es, begleitet von den Pariser Verhandlungen über die Regelung der ausstehenden Reparationszahlungen, der 10. Jahrestag von ‚Versailles‘, an dem sich scharfe Proteste entzündeten. 400 bis 500 Studenten nahmen an einer teils gewalttätigen Versammlung des DSt teil und wandten sich gegen einen Ministerialerlass, der universitäre Kundgebungen zu dem Jahrestag untersagte. Als die Universitätsfeier dennoch abgesagt werden musste, nahmen zahlreiche Universitätsangehörige und Studenten an einer Feier in der Stadt mit rund sechstausend Teilnehmern teil.<sup>138</sup> Wenige Monate zuvor hatte es auf der Langemarck-Feier der Studentenschaft geheißen:

*Wenn man am 9. November daran geht, die zehnjährige Wirkung der Revolution des Egoismus, die aus der dunkelsten Tiefen menschlicher Verwirrung und Menschlosigkeit heraufgeschwollen ist, zu feiern, sollte die Deutsche Studentenschaft die Revolution der Selbstvergessenheit und Treue der Kommilitonen von 1914 erneuern. Der Verberrlichung jener Zersetzung und Haltlosigkeit will sie die Pflicht entgegensetzen, die von den Termokülen [sic!] bis Langemarck nicht heldenmütiger und größer erfüllt wurde.<sup>139</sup>*

Folgerichtig verweigerten die Korporationen 1930 mit demonstrativem Gestus die Teilnahme an den universitären Verfassungsfeiern.<sup>140</sup> Die *Arbeitsgemeinschaft Göttinger Verbindungen* lehnte eine eigene Stellungnahme ab, gab aber bekannt, dass es einer großen Mehrheit der Korporationen „aus Gründen der Einstellung zum heutigen System“ nicht möglich sei, zu chargieren; auch die anderen Korporationen würden darauf verzichten.<sup>141</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte sich auch im Zuge

<sup>137</sup> Am 31.8.1933 erlag Lessing im tschechoslowakischen Exil den Folgen eines nationalsozialistischen Mordattentats. Die vom AstA vorgeschlagene Umbenennung der Universität Hannover in *Theodor-Lessing-Universität* wurde bei einer studentischen Urabstimmung im Januar 2006 abgelehnt.

<sup>138</sup> Als Redner der Stadtfeier wurde der Rektor eingeladen. UAG, Sekr., Nr. 39.4. Der Termin kollidierte ursprünglich mit einer Veranstaltung des HDA mit Wilhelm Stapel. Diese wurde schließlich vorverlegt. HDA an das Rektorat am 7.6.1929.

<sup>139</sup> Redebeitrag vom 9.11.1929. UAG, Sekr., Nr. 39.4.

<sup>140</sup> Vgl. die Unterlagen in: UAG, Sekr., Nr. 61.30. Vgl. die Rundfrage der Rektorenkonferenz am 20.3.1931: 1. Hat die Studentenschaft chargiert bei a) Reichsgründungsfeier, b) Rektorenwechsel, c) Verfassungsfeier, 2. Wer? 3. Gründe, 4. Verfassungsfeier 1931 zu erwarten? Göttingen antwortete am 25.3.1931 knapp: 1a) Ja, 1b) Nein. Das sei in Göttingen nicht üblich, 1c) Nein. 2. Arbeitsgemeinschaft Göttinger Verbindungen, 3. Fehlanzeige, 4. Ungewiss. UAG, Sekr., Nr. 699.7.

<sup>141</sup> AGV an das Rektorat am 17.7.1930. UAG, Sekr., Nr. 61.30. Die Absage wurde in den Göttinger Tageszeitungen abgedruckt. 1931 zeigte allein die katholische *Unitas* Bereitschaft, an der Feier teilzunehmen, beugte sich aber dem Mehrheitswillen. AGV an das Rektorat am 11.7.1931. 1932 bat der designierte Festredner, der Astronom Hans Kienle, die Feierlichkeit nicht auf den Abend des letzten Semestertages zu legen: „Bei der Einstellung eines großen Teils der Studentenschaft, denen sich eine Reihe von Kollegen anschließen, gegenüber dieser den Universitäten ‚aufgezwungenen‘ Feiern [...]“ Kienle an das Rektorat am 13.7.1932. Beispielhaft sei darauf verwiesen, dass die *Landsmannschaft Markaria* am 28.7.1932 dem Rektorat mitteilte, dass sie aus „prinzipiellen Gründen“ nicht an der Feier teilnehme.

eines generationellen Wechsels die mehrheitliche Ablehnung der Republik in eine offene Gegnerschaft verwandelt. Bereits Ende der 1920er Jahre, mit dem verstärkten Auftreten des NSDStB, hatten sich die Proteste radikalisiert. Es gab erste Boykottaufrufe und handgreifliche Auseinandersetzungen. Der Auftritt des in Kreisen der extremen Rechten verhassten DDP-Reichstagsabgeordneten und Chefredakteur der liberalen *Vossischen Zeitung* Georg Bernhard führte zu einem der größten Göttinger Polizeieinsätze der Republikzeit. Die Veranstaltung wurde mittels Stinkbomben und Feuerwerkskörpern massiv gestört.<sup>142</sup> Auf Wahlebene löste der NSDStB bei einer Wahlbeteiligung von 51 Prozent mit 1.164 Stimmen die HDA als stärkste hochschulpolitische Kraft ab und stellte nach den Kammerwahlen 1931 die absolute Mehrheit.<sup>143</sup>

Tab. 1: Ergebnisse der Kammerwahlen 1929–1932

	1929	1930	1931	1932
NSDStB	2	6	11	13
Arbeitsgemeinschaft Göttinger Verbindungen	17	13	5	3
Stahlhelm und nationale Liste	-	-	4	4
Freistudenten	1	1	-	-

Vorbehalte gegen Juden und Antisemitismus lassen sich für die gesamte Republikzeit als Grundzug festhalten.<sup>144</sup> So beschwerte sich im Juni 1922 der *Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens* auf 14 Seiten beim preußischen Kultusminister über immer schärfere Formen antisemitische Anfeindungen sowie den fehlenden Rückhalt durch die Hochschulbehörden. Entsprechende Beschwerden würden parteiisch und dilatorisch behandelt werden. Als Beispiel wurden auch Vorgänge in Göttingen benannt. Bei dem Festzug anlässlich der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1921 hielt ein Corps deutlichen Abstand zu der vor ihr gehenden jüdischen Verbindung *Visurgja*, zudem soll es zu Beleidigungen gekommen sein. Hier handelte es sich um eine bewusste Form der ‚ehrabschneiden-

<sup>142</sup> Die Polizei ermittelte gegen Angehörige der *Freischar Schill*. Beschlagnahmt wurden auch Militärwaffen. Politische Polizei in Göttingen, in: GZ vom 26.2.1930. Die NSDAP hatte zum Boykott aufgerufen. 1937 stellte der damalige Göttinger NSDStB-Führer Hugo Rönck den Vorgang um den „Pressejuden“ Bernhard anders dar. Demnach habe er selbst im Vorfeld Behälter mit Tränengas verteilt, auch sei er, als er im Chaos der Veranstaltung eine Rede halten wollte, in Gewahrsam genommen worden. Rönck: *Bewegung*, S. 28–31, hier: S. 30. Vgl. Marshall: *Einfluss*, S. 288.

<sup>143</sup> Die neue Studentenkammer, in: GHZ 12 vom 11.12.1931. 1930 hatte die Wahlbeteiligung noch bei 33 Prozent gelegen. Die Verbindungsliste erhielt 569, der Stahlhelm 408 Stimmen, demokratisch und sozialistische Gruppen waren nicht angetreten. 1929: 204 Stimmen, 13,3%, 2 Sitze; 1930: 386 Stimmen, 29%, 6 Sitze. Polizeidirektion Göttingen an das Regierungspräsidium Hildesheim. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 2, Bd. 1. Vgl. die Wahlergebnisse auch in UAG, Sekr., Nr. 699.7.

<sup>144</sup> Vgl. Fritz/Rossoliński-Liebe/Starek (Hg.): *Alma Mater*.

den‘ Ab- und Ausgrenzung, die auch in anderen Universitätsstädten praktiziert wurde.<sup>145</sup> Später erlangte vor allem das *Archiv für berufsständische Rassenstatistik* Bedeutung, das ab 1933 zu einer wichtigen Grundlage für die Umsetzung des staatlichen ‚Arierparagrafen‘ wurde. Erstellt wurde die Kartei mit rund 400.000 Einträgen über Juden bzw. Politiker, Wissenschaftler, Juristen usw. jüdischer Herkunft von dem Göttinger Chemiestudenten Achim Gercke, NSDAP-Mitglied seit 1926.<sup>146</sup>

Bilanziert man die studentische Stellung zum Staat für die frühen 1930er Jahre, ist festzuhalten, dass keine andere gesellschaftliche Gruppe in derart großer Geschlossenheit für den Nationalsozialismus optierte. Im studentischen Milieu fiel die nationalsozialistische Radikalisierung früher und nachhaltiger aus als im Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>147</sup> Eine nennenswerte innerstudentische Opposition bestand faktisch nicht mehr. Der akademische Nachwuchs hatte mit dem demokratisch verfassten, liberalen und rechtlich gebundenen Verfassungsstaat gebrochen und trat für andere Werte ein: die Volks- und Tatgemeinschaft und einen Führerstaat.<sup>148</sup>

### Offen gegen die Republik: der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB)

Der NSDStB wurde 1926 als eine direkte Gliederung der NSDAP gegründet.<sup>149</sup> Unter maßgeblicher Beteiligung von Studenten der Erlanger Burschenschaft Bubenruthia erfolgte die Gründung der Göttinger Ortsgruppe im WS 1926/27, bereits im folgenden Sommersemester zählte sie 40 Mitglieder.<sup>150</sup> In der 1928 verabschiedeten Satzung war als Ziel festgelegt: „Der N.S.D.St.B vertritt unter der akademischen Jugend die Ideen der nationalsozialistischen Bewegung. Es ist seine Aufgabe, diese Weltanschauung zu vertiefen und zu verbreiten.“<sup>151</sup>

---

<sup>145</sup> Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens an das Kultusministerium am 29.6.1922. GStA PK, I. HA, Rep. 76, Va, Sekt. I, Tit. XII, Nr. 25, Bd. IV., Bl. 222–236. Die *Visurgia* konstituierte sich am 2.11.1919 als Verbindung und bestand mutmaßlich bis 1933. Rürup: Ehrensache, S. 480. Im Göttinger Universitätsarchiv sind entsprechende Unterlagen nicht überliefert. Die antisemitische Grundstimmung wurde am 8.2.1923 mit einigen Abschwächungen vor dem Landtag bestätigt. Vgl. Leisen: Ausbreitung, S. 203–211, hier S. 206f; Schmelzer/Rürup: Studentenverbindungen.

<sup>146</sup> Vgl. Wegeler: Gelehrtenrepublik, S. 72–83.

<sup>147</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 62–76, hier S. 76.

<sup>148</sup> Auch die Halbmonatszeitschrift *Göttinger Hochschulzeitung*, verantwortet von der DSt, stand für einen völkischen Nationalismus, revanchistischen Militarismus und latenten Antisemitismus.

<sup>149</sup> Vgl. Faust: Studentenbund; Kater: NS-Studentenbund; ders.: Studentenschaft, S. 111–197; Jarausch: Studenten, S. 153–164; Grüttner: Studenten, S. 19–61.

<sup>150</sup> Auf Reichsebene lag die Anzahl der in 20 bis 25 Hochschulgruppen organisierten nationalsozialistischen Studenten zu diesem Zeitpunkt zwischen 300 und maximal 500. Faust: Studentenbund, Bd. 1, S. 34 bzw. 73. Vgl. Noakes: Party, S. 197–200.

<sup>151</sup> Satzung NSDStB Göttingen, undatiert [1928]. BArch, NS 38, Nr. 3269.

Hochschulbehördlich war die Göttinger Gruppe anerkannt, erhielt aber keine Genehmigung für das *Schwarze Brett*. Ihr Organisationsgrad blieb gering. Noch im SoSe 1932 gehörten der Göttinger Hochschulgruppe lediglich 64 Mitglieder an. Den größten Anteil stellten mit 25 Prozent Angehörige der Theologischen Fakultät, knapp gefolgt von der Naturwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät mit 23 bzw. knapp über 20 Prozent.<sup>152</sup> Mit lediglich einem Drittel deutlich unter dem Durchschnitt lag der Anteil der Korporierten. Dabei war die Verteilung wie folgt: *Deutsche Burschenschaft* (1), *Verbindungsartell der Turnerschaften* (2), *Akademi-scher Turnerbund* (3), *Verein Deutscher Studenten* (3), *Sonderhäuser-Verband Deutscher Sängerschaften* (5), *Wingolf* (1) und *Schwarzburgbund* (5).<sup>153</sup>

Bis 1928 lag der Schwerpunkt des NSDStB im Wesentlichen außerhalb der Universität. Im Zentrum standen Vorträge, Schulungen und die Mitarbeit in SA und NSDAP.<sup>154</sup> Eine verstärkte Betätigung an der Universität lässt sich erst ab dem SoSe 1929 nachweisen, als der NSDStB mit drei Veranstaltungen, darunter ein Vortrag mit dem neuen Reichsführer Baldur von Schirach, an die Öffentlichkeit trat und erstmals zu den Kammerwahlen antrat. Der Bund erhielt 204 Stimmen und damit 2 Sitze. Im Juli 1929 übernahm der Theologiestudent Hugo Rönck den Vorsitz.<sup>155</sup> Wie unten gezeigt wird, war dieser Wechsel mit einer Ausweitung der Aktivitäten und der Radikalisierung der Aktionsformen verbunden. Katalysierend wirkten dabei die studentischen Debatten über den sogenannten Young-Plan. Am Volkstrauertag 1929 beteiligte sich der NSDStB zusammen mit dem *Jungstahlhelm*, der *Freischar Schill* und Angehörigen der Göttinger Korporationen an einem nicht genehmigten Aufmarsch, der vom Hainberg in die Stadt führte, wo jeweils ein Exemplar des Versailler Vertrages, des Young-Planes und des Abkommens mit Polen verbrannt wurde.<sup>156</sup> Zugleich schlossen sich unter Federfüh-

<sup>152</sup> Die NSDStB-Mitglieder nach Fakultäten, in: Faust, *Studentenbund*, Bd. 2, S. 146. Zahlen für die Medizinische Fakultät liegen nicht vor, so dass die genaue Verteilung nicht bekannt ist.

<sup>153</sup> Die NSDStB-Mitgliedschaft nach Korporationsverbänden, in: Faust, *Studentenbund*, Bd. 2, S. 146 bzw. S. 149. Vgl. Grüttner: *Studenten*, S. 34. Ein NSDStB-Flugblatt zu den Kammerwahlen 1931 zeichneten fünf Freistudenten, dazu Korporierte der *Gildenschaft*, des *Studentischen Gesangvereins*, der *Turnerschaft Ghibellina*, der *Deutschen Burschenschaft*, der *Turnerschaft Gottingia*, des *Wingolfs* und der *Hildeso-Guestfalia*. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 166.

<sup>154</sup> NSDStB Göttingen an Baldur von Schirach am 28.11.1928. BArch, NS 38, Nr. 3269. Die Postadresse war in der *Deutschen Buchhandlung* in der Paulinerstraße 11. So referierte am 23.11.1928 ein Parteigenosse über *Nationalrevolutionäre Studentenschaft*. Eine Großveranstaltung mit rund 350 Teilnehmern im *Frankfurter Hof* am 13.5.1928 mit dem notorischen Antisemiten und früheren Pfarrer von Borkum, Ludwig Münchmeyer, wurde von einem Studenten eröffnet. Stenografische Mitschrift, in: StA Göttingen, Kleiner Erwerbungen, Nr. 176. Vgl. den entsprechenden Bericht einschließlich einer stenografischen Mitschrift ebenda, Pol. Dir., Fach 156, Nr. 2, Bd. 2, Bl. 377–413. Am 18.10.1929 sprach Münchmeyer im Göttingen Stadtpark über *Der Youngplan, der Schlußstein unseres Zuchthauses*. Am 31.3.1931 forderte das Regierungspräsidium Hildesheim die Polizeibehörden vertraulich auf, Auftritte von Geistlichen auf NSDAP-Veranstaltungen zu melden. Ebenda, Nr. 2, Bd. 1.

<sup>155</sup> Vorschlag des bisherigen Ortsgruppenführers Kleen am 22.7.1929; Bestätigung durch die Reichsleitung am 6.11.1929. BArch, NS 38, Nr. 3269.

<sup>156</sup> Bericht ‚Deutsche Jugend protestiert gegen die Annahme des Youngplanes‘. Ebenda.

zung des NSDStB die *Freischar Schill*, der *Stahlhelm*, der *Jungnationale Bund*, der *Ring nationaler Studentinnen*, die *Deutsche Hochschulgilde Niblung* sowie *Adler und Falken* im *Widerstandsblock deutscher Studenten* zusammen. Pathetisch erklärte der *Widerstandsblock*, dass „nur höchste Kampfbereitschaft der gesamten deutschen Studentenschaft gegenüber allen widerstrebenden Mächten die deutsche akademische Jugend davor bewahren kann, bei der Bestimmung des Schicksals der Nation ausgeschaltet zu werden“.<sup>157</sup> Dazu kündigte er Ausspracheabende, Schulungswochen, Behandlung hochschul- und weltpolitischer Fragen sowie Ferienlager an.

Der Durchbruch des NSDStB erfolgte wie auf Reichsebene im SoSe 1931. Bei den Kammerwahlen erreichte er über 55 Prozent der Wahlstimmen und stellte mit elf der 20 Sitze die absolute Mehrheit. Damit lag er fast 10 Prozentpunkte über dem reichsweiten Durchschnitt und erzielte den fünfthöchsten Wert an einer deutschen Hochschule.<sup>158</sup> Der Erfolg war das Ergebnis einer massiven Wahlkampagne mit mehreren Großveranstaltungen. Inhaltlich punktete der NSDStB dabei nicht mit hochschulpolitischen Forderungen, sondern durch seine Selbstdarstellung als Stoßtrupp des „erwachenden Deutschlands“ gegen den „volksfremden Marxismus“ wie gegen die „nationalen Realpolitiker“:

*Wir gehören nicht zu den Patrioten und Vereinspolitikern, die in stetem Rückschauen auf vergangene Zeiten die Zukunft vergessen, und die Politik zu treiben glauben, wenn sie papierne Proteste und Erklärungen in die Welt schicken.*<sup>159</sup>

Seine Forderungen lauten dementsprechend:

*Säuberung der Hochschule von allen zersetzenden, volksfremden Elementen!  
Gegen verflachenden Liberalismus und kulturelle Laxheit!  
Für die Betonung einer deutschen Kultur auf deutschen Hochschulen!  
Mit uns zu kämpfen ruft auf der Nationalsozialistische Studentenbund Göttingen.*

Ein Jahr später, 1932, erhielt der NSDStB mit 66 Prozent bereits zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen. Innerhalb von nur knapp zwei Jahren waren die Verhält-

<sup>157</sup> Flugblatt, undatiert [Sommer 1929]. Ebenda. Die Gründung war mit der Reichsleitung nicht abgestimmt. Die Hochschulgruppe bat um eine nachträgliche Bestätigung des „eigenmächtigen Vorgehens“, wobei sie betonte, dass die Belange des NSDStB gewahrt seien und sie den Vorsitzenden stellten. NSDStB Göttingen an die Reichsleitung am 18.7.1929. Die Gründung erfolgte gegen die nationalen, aber insgesamt als unpolitisch wahrgenommenen Göttinger Verbindungen. Vgl. Marshall: Einfluss, S. 289.

<sup>158</sup> Tabelle 24: Stimmenanteil der Nationalsozialisten bei den AStA-Wahlen an den einzelnen Hochschulen, 1928 bis 1933, in: Grüttner: Studenten, S. 496.

<sup>159</sup> NSDStB-Flugblatt zu den Kammerwahlen am 18.–20.5.1931. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 166. Das folgende Zitat ebenda. Der NSDStB beschränkte sich im Wesentlichen auf drei hochschulpolitische Forderungen: 1) Primat der ‚Interessen des Volkes‘ in Bezug auf die wissenschaftliche Forschung, 2. Einrichtung weltanschaulicher Lehrstühle wie z.B. Rassenkunde oder Wehrwissenschaft, 3. Einführung eines Numerus Clausus für jüdische Studenten. Grüttner: Studenten, S. 22.

nisse gekippt. Die „Einflüsse der alten akademischen Kräfte“ waren, wie Rönck 1937 bemerkte, „nunmehr endgültig ausgeschaltet“.<sup>160</sup>

Nachdem einige Professoren den universitären Reichsgründungskommers 1930 wegen der Teilnahme des NSDStB in Uniform unter Protest verlassen hatten, wurde kurz darauf ein Uniformverbot für die Universität erlassen.<sup>161</sup> Nur wenige Monate später war von einer Beschränkung keine Rede mehr. Ein Ausdruck war das *Universitätstaschenbuch* der Studentenschaft, in dem unverhohlen zur aktiven politischen Mitgestaltung der „neuen Zeit“ aufgerufen wurde. Als neue studentische Aufgabenfelder galten: a) Sozialstudentische Arbeit, b) Hochschulreform, c) Göttinger Arbeitslager, d) Erwerbslose, e) Göttinger Ostprogramm, f) Göttinger Wehrsport.<sup>162</sup> Zum Ende der Weimarer Republik unterhielt die Universität bereits vier Wehrlager, seit Dezember 1931 gab es ein offizielles akademisches Wehramt, das mit Billigung des Reichswehrministeriums (vor-)militärische Übungen abhielt.<sup>163</sup> Auch das Verhältnis zu den Universitätsbehörden besserte sich. Am 24. November 1931 schrieb der Theologe Behm der Studentenschaft kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Rektorenamt:

*In einer Zeit, in welcher Auseinanderstrebungen auch natürlich zusammengehöriger Volksgruppen an der Tagesordnung sind, erscheint der durch die Willensäußerung der Studentenschaft bekundete Gehorsamsgedanke ganz besonders begrüßenswert. Ich entbiete der Deutschen Studentenschaft Göttingens unter nochmaligem Ausdruck herzlichsten Dankes Heil und Gruß mit der Versicherung, dass ich mich für das Wohl der Göttinger Studenten mit all meinen Kräften überall und stets einsetzen werde.*<sup>164</sup>

<sup>160</sup> Rönck: *Bewegung*, S. 30. Vgl. seinen Kommentar in der GHZ 12 vom 11.12.1931.

<sup>161</sup> Notiz, in: GT vom 23.1.1930. Die Rektoren der deutschen Universitäten hielten die entsprechenden Verbote für sinnvoll und sprachen sich bei Störungen für ein disziplinarisches Vorgehen aus, ggf. auch den Abbruch einer Veranstaltung, aber gegen einen Einsatz der Polizei. Niederschrift der außeramtlichen deutschen Rektorenkonferenz am 29.10.1930 in Würzburg. UAG, Sekr., Nr. 61.30.

<sup>162</sup> Vgl. *Universitätstaschenbuch 1932/1933*, S. 13–33.

<sup>163</sup> Marshall: *Einfluss*, S. 291. In dieser Frage gab es zwischen NSDStB und den Korporationsverbänden keinen Dissens. Vgl. Grüttner: *Studenten*, S. 38–39.

<sup>164</sup> Behm an die Göttinger Studentenschaft am 24.11.1931. UAG, Sekr., Nr. 699.7. Noakes notierte hierzu: “by the end of 1931 even the rector shielded them.“ Noakes: *Party*, S. 199.



# Die Göttinger Theologische Fakultät

## Grundzüge der Fakultätsentwicklung

Die Göttinger Theologische Fakultät besteht seit Universitätsgründung im Jahr 1737.<sup>165</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Albrecht Ritschl, seit 1864 Ordinarius für Dogmatik sowie Kirchen- und Dogmengeschichte, der bedeutendste und theologisch wie kirchenpolitisch einflussreichste Göttinger Theologe. Ritschl wirkte schulbildend und zählte bedeutende Theologen wie Adolf von Harnack, Wilhelm Herrmann und Martin Rade zu seinen Schülern.<sup>166</sup> Das Auseinanderfallen der Ritschel'schen Schule und die Implementierung neuer theologischer Ansätze in den späten 1880er Jahre markierten, so der Fakultätschronist Johannes Meyer, eine Zäsur.<sup>167</sup> Um den Alttestamentler Hermann Gunkel etablierte sich ein Kreis jüngerer Theologen, die unter Einbeziehung philologischer und archäologisch-altertumswissenschaftlicher Gesichtspunkte für eine Hinwendung zum Historismus in der theologischen Forschung plädierten. Die Bibel und andere Zeugnisse des Urchristentums seien stärker in ihr philosophie-, geistes- und kulturgeschichtliches Umfeld einzubetten, wobei auch jüdische, babylonische, persische,

---

<sup>165</sup> Vgl. Meyer: Geschichte; Wittram: Universität; Smend: Göttingen; ders.: Geschichte; Moeller (Hg.): Theologie.

<sup>166</sup> Kienzler: Ritschl; Graf: Ritschl.

<sup>167</sup> Meyer: Geschichte, S. 9.

hellenistische und römische Einflüsse stärkere Beachtung finden sollten. In diesem Umfeld, später unter dem Begriff der *Religionsgeschichtlichen Schule* zusammengefasst, wurde auch der Begriff der ‚Religionswissenschaft‘ geprägt.<sup>168</sup>

Der Orientalist Paul de Lagarde, der von 1869 bis zu seinem Tod 1891 in Göttingen lehrte, gehörte formal nicht zur Theologischen Fakultät. Er wird hier aus zwei Gründen erwähnt. Lagarde gab entscheidende Anstöße für die Septuaginta-Forschung, eine Arbeit, die später von seinem Meisterschüler Alfred Rahlfs fortgesetzt wurde. Vor allem aber galt Lagarde als „Deutschlands Prophet“. Er war Vordenker einer ‚deutschen Nationalreligion‘ und stand politisch für einen rabiaten Antisemitismus, Grenzlandkolonialismus und die Ablehnung der Frauenemanzipation.<sup>169</sup> 1887 schrieb er:

*Es gehört ein Herz von der Härte der Krokodilhaut dazu, um mit den armen ausgezogenen Deutschen nicht Mitleid zu empfinden und – was dasselbe ist – um die Juden nicht zu hassen, um diejenigen nicht zu hassen und zu verachten, die – aus Humanität! – diesen Juden das Wort reden oder die zu feige sind, dies Ungeziefer zu zertreten. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet.<sup>170</sup>*

Uwe Puschner zählt den Göttinger Professor neben Houston Stewart Chamberlain zu den wichtigsten Wegbereitern der völkischen Weltanschauung.<sup>171</sup> Als besonders wirkungsmächtig erwies sich seine ideell und religiös überformte Konstruktion eines ‚deutschen Wesens‘, wobei seine Religionsvorstellung nicht auf Glaubensinhalten, sondern auf dem Gefühl, letztendlich auf einer säkularisierten nationalen Heilserwartung beruhte.<sup>172</sup> Lagarde, dessen literarisches Werk einen starken kulturpessimistischen Zug aufweist, wurde breit rezipiert und erlebte in den 1920er Jahren eine Renaissance. Die Wertschätzung, die ihm die Göttinger Universität anhaltend entgegenbrachte, zeigt ein Ehrendoktorat, das 1927 anlässlich seines 100. Geburtstages verliehen wurde: an den völkischen Schriftsteller Hans Grimm, den Verfasser des auflagenstarken Romans *Volk ohne Raum*.<sup>173</sup> Zehn Jahre später notierte Johannes Meyer in seiner Fakultätsgeschichte:

<sup>168</sup> Vgl. Lüdemann/Schröder: Schule. Die Institutionalisierung des Faches in Deutschland erfolgte 1912 mit der Gründung des Religionswissenschaftlichen Instituts in Leipzig.

<sup>169</sup> Vgl. Hanhart: Lagarde; Sieg: Prophet.

<sup>170</sup> Paul de Lagarde: Juden und Indogermanen, Göttingen 1887. Zitiert nach Sieg: Prophet, S. 249.

<sup>171</sup> Puschner: Bewegung, S. 280.

<sup>172</sup> Vgl. Salzen: Deutschtum, S. 31–36; Sieg: Sakralisierung.

<sup>173</sup> Sieg: Prophet, S. 334. Vgl. zur Rezeptionsgeschichte ebenda S. 326–353. Alfred Rosenberg benutzte den Namen ‚Lagarde‘ geradezu als eine Chiffre für völkische Erneuerung, Anstreichungen in Lagardes *Deutschen Schriften* belegen eine intensive Auseinandersetzung Hitlers mit dessen Werk, insbesondere der von Lagarde betonten Nähe des Protestantismus zum Judentum. Vgl. Theldow: Holz. Die erste, auf sein wissenschaftliches Werk fokussierte Biografie Lagardes stammt von Alfred Rahlfs (1928). 1987 benennen Gerd Lüdemann und Martin Schröder Lagarde unter Auslassung seines ‚politischen‘ Schriftwerks als einen der „geistigen Väter“ der *Religionsgeschichtlichen Schule*. Lü-

*Auf die Gegenwart hat er [Lagarde] noch in einer ganz anderen Beziehung stark eingewirkt, nämlich als Prophet einer deutschen Religion, wobei er aber das Deutschtum mehr als das Ergebnis der Volkskultur ansah, denn als Produkt der Rasse.<sup>174</sup>*

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war die Göttinger Theologische Fakultät ohne spezifische Ausrichtung und ohne ein markantes Profil.<sup>175</sup> Nicht sonderlich exponiert verfügte sie dennoch über einen guten Ruf und versprach eine solide wissenschaftliche Ausbildung. Der spätere Göttinger Ordinarius Wolfgang Trillhaas, der Anfang der 1920er Jahre in Göttingen studierte, schrieb rückblickend: „Diese Fakultät war doch ohne Strahlungskraft für Studenten, und selbst die hannoversche Landeskirche bezog ihr Salz – sofern davon überhaupt die Rede sein konnte – aus weiter entfernten Quellen.“<sup>176</sup> Prägend waren vor allem der konfessionsbewusste Lutheraner Carl Stange, der auf die hannoverschen Studenten einen starken Einfluss ausübte, und, seit 1921, der agile Emanuel Hirsch sowie, extra facultatem, Karl Barth. Auf die beiden Letztgenannten bezogen sprach Trillhaas von einem Einbruch, da beide nicht der Göttinger Tradition entstammten und ihre Berufung nicht nur begrüßt wurde. Freilich waren es diese beiden Shooting-Stars, die als aufstrebende Vertreter neuer und radikaler theologischer Ansätze – der Holl-Schüler Hirsch als eigenwilliger Repräsentant einer neuen lutherischen Theologie, Barth als Wortführer der Dialektischen Theologie – in der ersten Hälfte der 1920er Jahre die Attraktivität des Studienstandorts Göttingen steigerten.<sup>177</sup>

Auf dem Gebiet der lutherischen Landeskirche Hannovers war die Göttinger Theologische Fakultät die einzige universitäre Ausbildungsstätte für den theologischen Nachwuchs. Seit 1878 wurden die fünf klassischen Fächer gelehrt, wobei die alttestamentliche Exegese dem Fachbereich Orientalistik und damit der Philosophischen Fakultät zugeordnet war. 1914 wurde der alttestamentliche Zweig geteilt. Der Lehrstuhl Julius Wellhausens wurde mit einem Orientalisten besetzt,

---

demann/Schröder: Dokumentation, S. 25f. Die Umbenennung eines nach Lagarde benannten Platzes in Göttingen erfolgte erst 1972. Wettig: Spurensuche, S. 217–226, hier S. 226.

<sup>174</sup> Meyer: Geschichte, S. 72. Ein Festakt zum 50. Todestag von Lagarde, der am 21.12.1941 auf Veranlassung der *Dienststelle Rosenberg* stattfand, blieb ohne Beteiligung der Theologischen Fakultät. Ein Grußwort der Universität sprach Rektor Hans Plitschke, den Festvortrag *Paul de Lagarde, Wegbereiter und Kämpfer* hielt der Göttinger Historiker Erich Botzenhart, Gründungsmitglied des *Reichsinstituts für die Geschichte des Neuen Deutschlands*. Vgl. die Unterlagen in StA Göttingen, Sammlungen, Nr. 4.

<sup>175</sup> Eine Untersuchung zur Göttinger Theologischen Fakultät in der Republikzeit ist ein Desiderat. In einem knappen Beitrag betont Krumwiede als Leitlinien die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegen kirchlich-orthodoxe Herrschaftsansprüche und eine bewusste Distanz zur kirchlichen Überlieferung im Dienste kritischer Forschung. Als einschneidend erwiesen sich die Personalentscheidungen des Jahres 1921. Vgl. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 411–416.

<sup>176</sup> Trillhaas: Einbruch, S. 364. Friedrich Wilhelm Graf stellt Göttingen für diese Zeit auf eine Stufe mit Marburg, die aber beide nicht an die großen Fakultäten in Berlin, Halle, Leipzig und Tübingen heranreichten.

<sup>177</sup> Trillhaas: Einbruch, S. 365. Vgl. Loewenich: Theologie, S. 47–57, Trillhaas: Vergangenheit, S. 92–101; Oelke: Lilje, S. 46–57; Freudenberg: Barth, S. 58. Vgl. Lessing: Geschichte, S. 21–105, insb. 36–42 und 56–63; Graf: Einleitung; Busch: Anfänge.

der Nachfolger des älteren Rudolf Smend dagegen erhielt einen Lehrstuhl für Altes Testament und vergleichende Religionsgeschichte an der Theologischen Fakultät. Die lutherische Ausrichtung der Fakultät war am 4. Februar 1849 bekräftigt worden. In §1 der Fakultätssatzung hieß es: „Der Eintritt in die Fakultät setzt voraus, daß die Verpflichtung eingegangen ist, die theologischen Wissenschaften in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der evangelischen Kirche vorzutragen.“<sup>178</sup> Durch eine Fakultätsingabe an das preußische Kultusministerium am 15. Januar 1878 wurde diese Festlegung beschränkt, indem festgelegt wurde, dass damit nur „die Fundamentalsätze der älteren Symbole (unter Ausschluss der Konkordienformel)“ umfasst seien, „dergestalt, daß auch aus anderen evangelischen Kirchen kommende Dozenten, sofern sie sich in die evangelisch-lutherische Kirche Hannovers einzufügen bereit sind, die Übernahme der Verpflichtung mit ihren Überzeugungen vereinbaren können“.<sup>179</sup> Gestaltete sich das Verhältnis zur Landeskirche bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend kooperativ, traten mit der Entwicklung der Theologie hin zu einer historisch-kritischen Wissenschaft Spannungen auf, in deren Zentrum die lutherische Ausrichtung der Fakultät stand. Die Landeskirche trat 1882 gegen die liberale Theologie Albrechts Ritschls und 1905 angesichts der „Gefährdung der Kirche“ durch die *Religionsgeschichtliche Schule* offensiv für „Glauben und Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche“ ein.<sup>180</sup> In den 1920er Jahren, im Zusammenhang mit der Errichtung eines reformierten Lehrstuhles und den Verhandlungen eines Staatskirchenvertrages mit Preußen, war es wiederum die Fakultät, die das lutherische Moment betonte. 1929 erklärte Emanuel Hirsch es gar zu einer „Existenzfrage für die Fakultät, daß ihr lutherischer Charakter auch in Zukunft in einer mit dem Kirchentum ihres Gebietes zweifelsfrei die innere Verbindung gewährleistenden Weise zum Ausdruck“ komme.<sup>181</sup>

Organisatorisch gliederte sich die Theologische Fakultät zurzeit der Weimarer Republik in eine theoretische und eine praktische Abteilung.<sup>182</sup> Zudem beaufsichtigte sie seit 1747 das Göttinger Waisenhaus und seit 1857 das Theologische Stift. 1930 begründete sie zudem als Reaktion auf die Ausdifferenzierung der deutschen Schullandschaft – bis zum WS 1932/33 war die Anzahl derjenigen, die eine humanistische Schulbildung mit Latein- und Griechischunterricht erhalten hatten, stark zurückgegangen – ein Sprachenkonvikt, das im April 1932 seine Pforten öffnete. Von Amts wegen ging aus den Fakultätsreihen auch der Universitätsprediger hervor. Als der ältere Paul Althaus 1912 einen Ruf nach Leipzig annahm, trat Carl Stange dieses Amt an und führte es bis 1936. Als zweiter Universitätspre-

<sup>178</sup> Zitiert nach Meyer: Geschichte, S. 57 f.

<sup>179</sup> Fakultätssatzungen, in: ThBl. 3 (1932), Sp. 78.

<sup>180</sup> Vgl. Mager: Verhältnis, S. 179–180, hier S. 180.

<sup>181</sup> Hirsch: Denkschrift über den lutherischen Charakter der Göttinger theologischen Fakultät vom 24.6.1929. UAG, Theol. SA, Nr. 134.

<sup>182</sup> Zur theoretischen Abteilung gehörte ab dem SoSe 1932 das von Wobbermin geleitete *Religionspsychologische Arbeitsgebiet*.

diger amtierte in den Jahren 1911 bis 1935 Johannes Meyer.<sup>183</sup> Predigtort war die Nikolaikirche. Die Räumlichkeiten des Theologischen Seminars lagen seit 1912 im ‚Hofauditorium‘ Nikolausberger Weg 13/15. 1937 zog es in das Eckhaus Friedländer Weg/Herzberger Landstraße.<sup>184</sup>

## Rechtliche Voraussetzungen

Der Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands und der Sturz des Summepiskopats wirkten sich auf die theologischen Fakultäten nicht aus.<sup>185</sup> Bei den Beratungen der in Weimar tagenden Nationalversammlung zeichnete sich bereits ab Mitte Juni 1919 ihre verfassungsrechtliche Bestandsgarantie ab. Zur entscheidenden Norm der Endfassung vom 11. August wurde Artikel 149, Absatz 3 WRV: „Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“<sup>186</sup> Diese Festschreibung des Status Quo entsprach den Interessen der Kirche, ebenso hatten sich die Fakultätsvertreter unisono für einen Verbleib an der Universität ausgesprochen. Im Staatskirchenvertrag zwischen Preußen und dem auf seinem Territorium befindlichen Landeskirchen vom 11. Mai 1931 wurde diese Regelung konkretisiert. Der Staat garantierte den Erhalt aller bestehenden theologischen Fakultäten an seinen Universitäten, dafür verpflichteten sich die Kirchen auf eine mindestens dreijährige wissenschaftliche Ausbildung ihrer Geistlichen an einer staatlich anerkannten deutschen Hochschule.<sup>187</sup>

Das rechtliche Verhältnis der Göttinger Fakultät zur lutherischen Landeskirche war im Wesentlichen von drei Regelungen bestimmt. Die Kirchenverfassung vom 20. Dezember 1920 räumte der Fakultät in Artikel 49 Abs. 5 das Recht ein, ein von ihr gewähltes Mitglied in die Synode zu entsenden. Zweitens regelte das *Kirchengesetz über die Vorbildung von Geistlichen* vom 31. Oktober 1928 die akademische Mitwirkung der Göttinger Professoren beim Ersten Theologischen Examen.<sup>188</sup> Demnach habe der Landesbischof alle ordentlichen Professoren der Göttinger Fakultät, die bereit seien, „das Prüfungsrecht im Sinne und zum Wohle der Landeskirche auszuüben“, in den zu bildenden Prüfungsausschuss aufzunehmen. Eine dritte Bestimmung ergab sich aus dem Staatskirchenvertrag mit Preußen. Dem Landeskirchenamt wurde bei der Berufung von ordentlichen bzw. außerplanmäßigen Professoren das Recht einer gutachterlichen Äußerung zugestanden,

---

<sup>183</sup> Ebel: *Catalogus*, S. 31.

<sup>184</sup> Oberdiek: *Universitätsbauten*, S. 104–106, S. 128–129.

<sup>185</sup> Vgl. Meier: *Fakultäten*, S. 1–12; Ruppel: *Kirchenvertragsrecht*, S. 288–305; Campenhausen: *Staatskirchenrecht*, S. 248–254.

<sup>186</sup> Die Verfassung des Deutschen Reichs, in: *RGB 152* (1919), Berlin 1919, Sp. 1383–1418, hier Sp. 1412.

<sup>187</sup> Die Anerkennung von an der Theologischen Hochschule in Bethel erbrachten Leistungen war in der Republikzeit umstritten.

<sup>188</sup> *Kirchengesetz über die Vorbildung von Geistlichen*. Abgedruckt in: *KABl. Hannover 1928*, S. 79. Vgl. Mager: *Verhältnis*, S. 181–182.

zudem durfte die Landeskirche bei der Ernennung und der Einführung des Universitätspredigers mitwirken. Vor allem die Mitwirkung bei der Besetzung der Professorenstellen, festgelegt in Artikel 10, Nr. 2, war Gegenstand längerer Auseinandersetzungen, da in dieser Frage die Rechtslage in den altpreußischen – hier galt die Kabinettsorder vom 5. Februar 1855 – und neupreußischen Fakultäten unterschiedlich war. Insbesondere die Marburger Fakultät sah in der landeskirchlichen Beurteilung während des Berufungsverfahrens eine Beeinträchtigung der akademischen Lehrfreiheit. In diesem Sinne, allerdings weniger vehement, argumentierte 1929 auch Emanuel Hirsch, der sich ebenfalls für die Stärkung der Fakultätsautonomie gegenüber der Landeskirche stark machte.<sup>189</sup> Alle drei Regelungen wurden in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur auf die Probe gestellt und boten Anlass für grundlegende Konflikte.

---

<sup>189</sup> Abgedruckt in: KAbI. 1931, S. 111. Vgl. Rittberg: Kirchenvertrag, S. 174–204; Ruppel: Kirchenvertragsrecht, S. 293–303. Campenhausen widerspricht der Auffassung einer ‚unverbindlichen‘ gutachterlichen Äußerung und weist vielmehr einen rechtlich bindenden Charakter zu: „Die Anstellung eines hauptamtlichen Hochschullehrers bedarf demnach der Zustimmung der zuständigen Landeskirche.“ Campenhausen: Staatskirchenrecht, S. 251–254, hier S. 253.

# Theologische Wissenschaft in der Zeit der ungeliebten Republik: der Lehrkörper

## Das Göttinger Personaltableau der Jahre 1918 bis 1933

Während der Weimarer Republik wurde der theologische Fächerkanon wie folgt vertreten:<sup>190</sup> Das *Alte Testament* und vergleichende Religionsgeschichte vertrat seit 1914 der Schweizer Alfred Bertholet. 1928 wechselte er nach Berlin. Ihm folgte der aus Halle kommende Johannes Hempel. Ausgestattet mit einer persönlichen Professur stand ihnen Alfred Rahlfs (1919–1935) zur Seite, der als Privatdozent, außerordentlicher Professor und Honorarprofessor seit 1891 an der Fakultät wirkte. Zwischen 1920 und 1934 lehrte als außerordentlicher Professor zudem Hans Duhm. Eine relative Kontinuität wies das *Neue Testament* auf. 1916 wurde Walter Bauer – nach Rudolf Smend „der wahre Doyen der Fakultät“ – nach Göttingen berufen. Er wurde 1946 ordnungsgemäß emeritiert.<sup>191</sup> Nach dem kriegsbedingten Verlust seines Straßburger Lehrstuhls lehrte als Übergangslösung von 1919 bis 1921 Friedrich Spitta in Göttingen. Ihm folgte Johannes Behm (1923–1935) aus

---

<sup>190</sup> Vgl. Ebel: *Catalogus*; Meyer: *Geschichte*, S. 78–86; Auswertung der *Kirchlichen Jahrbücher* der Jahre 1914 bis 1933. Vgl. die Unterlagen in: GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V und Bd. VI.

<sup>191</sup> Smend: *Geschichte*, S. 52; ders.: *Göttingen*, S. 562.

Königsberg.<sup>192</sup> Die *Kirchengeschichte* vertraten mit dem Schwerpunkt Missionswissenschaften Gottlieb Nathanael Bonwetsch (1891–1920) und Carl Theodor Mirbt (1912–1928). Auf den Lehrstuhl von Bonwetsch folgte gegen das Mehrheitsvotum der Fakultät der Bonner Privatdozent Emanuel Hirsch (1921–1945).<sup>193</sup> Als Nachfolger Mirbts kam 1929 Hermann Dörries, der seinem Göttinger Lehrstuhl trotz auswärtiger Angebote bis 1963 die Treue hielt. Als Privatdozenten wirkten seit 1920 Erik Peterson, der 1924 einen Ruf aus Bonn annahm, bis zu seiner Berufung nach Kiel Kurt Dietrich Schmidt (1924–1929), der Lietzmann-Schüler Hermann Beyer (1925–1926), der im Alter von 28 Jahren nach Greifswald berufen wurde, und Hans Erich Freiherr von Campenhausen (1930–1937).<sup>194</sup> Doppelt besetzt war auch die *Systematische Theologie*. Diese vertraten Arthur Titius (1906–1921) und Carl Stange (1912–1935). Auf Titius, der 1921 nach Berlin wechselte, folgte Georg Wobbermin (1921–1935). Als Privatdozenten wirkten Rudolf Hermann (1916–1919), Otto Piper (1920–1929) und Theodor Hoppe (1928–1932). Hoppe verzichtete 1932 auf eine Weiterbeschäftigung und wurde Studiendirektor des landeskirchlichen Predigerseminars in Erichsburg.<sup>195</sup> Die *Praktische Theologie* wurde 24 Jahre von Johannes Meyer (1911–1935) vertreten. Er galt als hochgelehrt, war aber im Urteil vieler als akademischer Lehrer ungeeignet. Dieser Mangel wurde, so Wolfgang Trillhaas, auch innerhalb der Fakultät „mitempfunden“, so dass man ihm nach dem endgültigen Ausscheiden von Karl Knoke (1882–1920) den Systematiker Carl Stange an die Seite stellte.<sup>196</sup>

Die Einrichtung eines Ordinariats für *Reformierte Theologie* beschäftigte die Fakultät über anderthalb Jahrzehnte und kam erst 1934 mit der Berufung Otto We-

---

<sup>192</sup> Erich Klostermann, Ordinarius in Münster, der vom preußischen Kultusministerium als Nachfolger Spittas favorisiert wurde, lehnten sämtliche Fakultätsmitglieder am 17.8.1921 aus sachlichen Gründen ab. Notiz Ministerialrat Prof. Dr. Richter vom 11.10.1921 über ein Gespräch mit Bertholet in Berlin. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V; Notiz im Protokollbuch der Fakultät, in: UAG, Theol. SA, Nr. 198.

<sup>193</sup> Fakultätsvorschlag zur Neubesetzung des Lehrstuhls für Neues Testament vom 5.3.1921. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V. Ein Separatvotum pro Hirsch gab es von Carl Stange und Johannes Meyer. Hirsch lehnte auswärtige Berufungen nach Leipzig (1927) und zur Enttäuschung zahlreicher Fachkollegen in Tübingen (1931) ab. Beyer an Lietzmann am 20.11.1930; Hirsch an Lietzmann am 7.12 und am 12.12.1930; Lietzmann an Kittel am 10.2.1931. Die Göttinger Studenten dankten Hirsch dagegen mit einem Fackelzug. Lietzmann an Hirsch am 28.3.1931. Alle abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 615f, 619–621; 636f.; S. 648.

<sup>194</sup> Schmidt und von Campenhausen waren Inspektoren des Theologischen Stifts und profitierten von der Aufhebung des Lehr- und Habilitationsverbot im Jahr 1924. Vgl. Meyer: Geschichte, S. 73. Die Bemühungen Hirschs, den Fachbereich auszuweiten und den nach dem Ausscheiden Mirbts vernachlässigten Bereich der Missionswissenschaften mit dem Hildesheimer Pfarrer und einstigen Stiftsinspektor Ernst Strasser zu besetzen, scheiterten. Hirsch an das Kultusministerium am 7.2.1933. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. VI. Vgl. die Folgekorrespondenz ebenda.

<sup>195</sup> Mitteilung Hirschs an den Kurator am 11.11.1932 zum Verzicht Hoppes auf seine Dozentur. UAG, Kur., Nr. 4328.

<sup>196</sup> Trillhaas: Vergangenheit, S. 89.



bers zu einem Abschluss.<sup>197</sup> Nachdem äußere Umstände – vor allem die angespannte Finanzlage in der Nachkriegszeit – die Schaffung einer Honorarprofessur, gegen die es seitens der Fakultät keine entscheidenden Einwände mehr gab, verzögert hatten, nahm am 8. November 1921 der Schweizer Pfarrer Karl Barth auf Basis des Erlanger Modells seine Lehrtätigkeit in Göttingen auf: extra facultatem und mit einer inhaltlichen Begrenzung auf die Geschichte der Reformierten sowie des reformierten Bekenntnisses und Gemeindelebens.<sup>198</sup> Als Barth 1925 nach Münster wechselte, kam in die Angelegenheit erneut Bewegung, da sich die Fakultät nunmehr aus konfessionellen Erwägungen lediglich für einen beauftragten Dozenten aussprach. Erst nach massivem Druck – zwischenzeitlich war sogar die Zuordnung zur Philosophischen Fakultät im Gespräch, was diese aber ablehnte – stimmte sie einer Verlängerung des Status Quo zu.<sup>199</sup> Mit dem habilitierten Alttestamentler Hans Duhm, für den eine nichtverbeamtete außerordentliche Professur geschaffen wurde, fand man eine interne Lösung. Nachdem die Frage eines ordentlichen Ordinariats ab 1932 erneut auf der Tagesordnung stand, stimmte die Fakultät diesem schließlich am 28. Juli 1933 zu. Unter Wahrung der konfessionellen Zuständigkeit wurde sie intra facultatem angesiedelt. Neuberufungen sollten gemeinsam erfolgen, im Berufungsverfahren anstelle des hannoverschen Landeskirchenamts der reformierte Kirchenrat in Aurich gehört werden.<sup>200</sup>

Am 1. August 1924 ernannte das preußische Kultusministerium gegen den Mehrheitswillen der Fakultät Hermann Schuster zum Honorarprofessor und erteilte ihm einen Lehrauftrag für Religionspädagogik. Diese hatte grundsätzliche und sachliche Bedenken geltend gemacht, im Raum stand zudem der Vorwurf, dass mit seiner Ernennung auch Schusters mehrjährige Landtagstätigkeit für die DVP honoriert werde. Das Ministerium wies dies mit Verweis auf Schusters nachgewiesene wissenschaftliche Befähigung und die von der Fakultät selbst verliehene Ehrendoktorwürde scharf zurück.<sup>201</sup> Auch außerhalb der Fakultät rief die Ernennung Schusters harsche Proteste hervor. Der *Lutherische Landesschulverein* hielt ihn für ungeeignet, junge Theologen und Lehrer auszubilden, eine „weitgehende Beunruhigung“ konstatierte auch die *Lutherische Vereinigung*, die sich im Dezember 1924 der Kritik anschloss. Mehr als tausend Mitglieder der Landeskir-

---

<sup>197</sup> Vgl. Freudenberg: Protestantismus, S. 276–295; Bülow: Weber, S. 70–73. Vgl. den Vorgang in GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV. sowie in Bd. V.

<sup>198</sup> Das Amtliche Namensverzeichnis der Universität führte ihn als Honorarprofessor für *Reform. Glaubenslehre*. Vgl. Freudenberg: Barth, S. 17–37; Tietz: Barth, S. 113–125.

<sup>199</sup> Philosophische Fakultät an das Kultusministerium am 22.2.1926. GStA PK, I. HA, Va, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV; Mirbt an das Kultusministerium am 19.11.1926. Ebenda, Bl. 142.

<sup>200</sup> Vorschlag der Fakultät vom 28.7.1933. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV, Bl. 344–346.

<sup>201</sup> Kultusministerium an Schuster am 1.8.1924. Neben dem Fakultätsgutachten hatten Dekan Meyer und die Professoren Bertholet und Wobbermin ein Sondervotum angefertigt. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V, Bl. 21. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. PA, Nr. 136.

che – in der entsprechenden Akte liegen an die 30 unterschriebene Blätter einer Unterschriftenliste vor – lehnten Schuster ab, weil er

*einer kirchlichen Richtung angehört, die die Fundamentalsätze unseres luth. Bekenntnisses z.B. Christi Gottheit, Sühnetod, leibhaftige Auferstehung, Himmelfahrt und Wiederkunft bestreitet oder umdeutet, und einen ganz anderen Christus lehrt als den Christus der Heiligen Schrift.*<sup>202</sup>

In seiner Ernennung sahen sie eine „tief bedauerliche Rücksichtslosigkeit“ gegen die Landeskirche und eine Gefahr für den Bekenntnisstand. Sämtliche Einwände gegen Schuster blieben folgenlos.

Den unterentwickelten Bereich der Kirchenmusik deckte als Lehrbeauftragter seit 1930 der ausgewiesene Musikwissenschaftler Christhard Mahrenholz ab, der Anfang der 1920er Jahre in Göttingen Theologie studiert hatte und dem *Wingolf* angehörte.<sup>203</sup> Seine Beauftragung intensivierte zugleich die Verbindung zur Landeskirche. Mahrenholz war seit 1930 Schlossprediger in Hannover und Mitarbeiter im Landeskirchenamt, ab 1933 im Range eines Oberlandeskirchenrats. Des Weiteren wirkten seit 1922 folgende Assistenten an der Fakultät: Adolf Riege (ST, 1922–1925), Theodor Hoppe (NT, 1924–1927), Erich Fascher (NT, 1925–1926), Paul Rohde (NT, 1925–1930), Helmuth Kittel (NT, 1926–1930), Heinrich Seesemann (NT, 1930–1935) und Walter Zimmerli (AT, 1930–1933).<sup>204</sup>

## Mentale Disposition und politische Einstellungen

Ein plastisches, freilich subjektives Bild über die Fakultät in den frühen 1920er Jahren zeichnete Karl Barth. An Freunde berichtete er immer wieder ausführlich über bestehende Konflikte, die ‚Zylinderbesuche‘ und wissenschaftliche Ausspracheabende. Jenseits des Fachaustauschs stellte er das geistige Klima in den Vordergrund, das in seiner Sicht von elitärem Standesdünkel und einer nationalchauvinistischen Grundhaltung bestimmt war.<sup>205</sup> Sein Bild war nicht zuletzt davon bestimmt, dass er als ‚landfremder‘, reformierter und außerhalb der Fakultät ste-

<sup>202</sup> Ev.-Luth. Landesschulverein an das Kultusministerium am 19.8.1924; Lutherische Vereinigung an das Kultusministerium am 20.12.1924; Vordruck, in: GStA PK, I. HA, Rep 76, VA, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V., Bl. 33, 65 bzw. Bl. 35.

<sup>203</sup> Die Beauftragung erfolgte am 23.4.1930. Am 23.2.1930 hatte der Kurator die Fakultät zu entsprechendem Handeln aufgefordert, nachdem Gerüchte aufgekommen waren, die Theologische Fakultät in Erlangen bemühe sich um Mahrenholz. Vgl. die Korrespondenz in UAG, Theol. PA, Nr. 122.

<sup>204</sup> Handschriftliche Übersicht über alle Assistenten. UAG, Theol. SA, Nr. 160, Bd. 3. Vgl. ebenda den Bericht zur Entwicklung des Assistentenwesens an der Fakultät seit 1922. Hirsch an den Rektor am 11.12.1934.

<sup>205</sup> Ein Beispiel hierfür war das ‚Stange-Kränzchen‘, ein sonntäglicher Diskussionsnachmittag mit Aussprache zu historisch-systematischen Fragen. Die Treffen wurden bereits im Mai 1922 eingestellt. Mit dem einladenden Carl Stange war Barth in persönlich wie theologisch begründeter Abneigung verbunden.

hender Professor wiederholt kränkende Zurücksetzungen hinnehmen musste. So wurde ihm verwehrt, gleichberechtigt anzukündigen, bei akademischen Feiern soll die Anrede „Magnifizienz, Spektabilitäten, Herren Professoren – Herr Pfarrer“ üblich gewesen sein.<sup>206</sup> Sein Verhältnis zu seinen Kollegen bezeichnete er mit Ausnahme von Erik Peterson, neben Hirsch der einzige Theologe, der ihn als solchen interessierte, als eine „Art Waffenstillstand“.<sup>207</sup> Im Februar 1924 beklagte er,

*daß die Fakultät ihre eigene lutherische Bekenntnisverpflichtung als eine in der Mitte zwischen einem Pietätsakt und einer bloßen Formalität liegende Unbeträchtlichkeit auffaßt, mich aber aufgrund meines Lehrauftrages konfessionell festnageln will. Das bestätigte mich in einer gewissen kalten Verachtung, die ich nachgerade gegen diese Gesellschaft empfinde: Schnöder Indifferentismus, wenn es sich um das Geistige, Buchstabenklauberei, wenn es sich um das Zunftinteresse handelt, pfui Teufel. Und alle, alle, Hirsch inbegriffen, tanzen diesen Eiertanz mit, nur natürlich jeder nach deutscher Professoren Art mit einer andern hochprinzipiellen Begründung.<sup>208</sup>*

Wiederholt kam Barth auch auf den ausgeprägten Nationalismus seiner Kollegen zu sprechen. Bereits 1923 urteilte er: „Mit den Göttinger Nationalen (Stange, Hirsch, Mirbt, Duhm) ist nichts zu wollen.“<sup>209</sup> Bezüglich Hirsch, mit dem er sich in seiner Anfangszeit trotz der bekannten Gegensätze bezüglich ihrer theologischen Deutung gesellschaftlicher und politischer Zeitereignisse zu regelmäßigen Gesprächsabenden traf, konstatierte er im Mai 1923 „abgebrochene[n] diplomatische[n] Beziehungen“ und sprach von einem „gänzlich ans Preußentum verratenen Christentum, von einer theologischen Paraphrase zu Ludendorffs Kriegserinnerungen“.<sup>210</sup> Zwei Jahre später bezeichnete er seine mittlerweile ehemaligen Kollegen schlicht als „Göttinger Giftspritzer“.<sup>211</sup>

Eindeutig positionierte sich der deutschnationale Missionswissenschaftler und Kolonialpropagandist Carl Mirbt. Bereits im September 1917 hatten sich unter seinem Vorsitz mehr als tausend Unterstützerinnen und Unterstützer im Göttin-

---

<sup>206</sup> Busch: Anfänge, S. 9. Im Mai 1922 berichtete Barth, er sollte keine lutherischen Studenten unterrichten, die in großer Anzahl zu ihm kamen. Dabei zitierte er Stange: „Gehen Sie doch zu den Juristen oder Medizinern ... Wenn die lutherischen Studenten bei mir Predigtübungen hörten, so sei das eine Schädigung des Unterrichts der Fakultät ... Die reformierte Kirche bedeute in Hannover nicht mehr als eine Millennium-Sekte!“ Rundbrief vom 17.5.1922, in: KBG V., Bd. 2, S. 76–78, hier S. 77. Ende 1923 musste er seine Dogmatikvorlesungen als „reformierte“ Dogmatik ankündigen. Barth an Thurneysen am 27.12.1923, in: KBG V., S. 213–215, hier S. 213. Vgl. Trillhaas: Barth; Freudenberg: Barth, S. 58–71; Tietz: Barth, S. 126–132.

<sup>207</sup> Barth an Bultmann am 23.5.1923, in: KBG V., Bd. 2, S. 171–174, hier S. 172.

<sup>208</sup> Rundbrief Barths vom 5.2.1924, in: KBG V., Bd. 2, S. 221–227, hier S. 222.

<sup>209</sup> Barth an Rade am 1.3.1923. Abgedruckt in: Schwöbel (Hg.): Barth, S. 187–188, hier S. 188.

<sup>210</sup> Vgl. Rundbrief vom 18.5.1923, in: KBG V., Bd. 2, S. 160–171, hier S. 163. Unabhängig von bestehenden Differenzen war Barth von der Belesenheit und der ‚Geschtheit‘ Hirschs beeindruckt. Vgl. beispielhaft Rundbrief (Nachtrag) vom 12.12.1921, in: KBG V., Bd. 2, S. 22–24.

<sup>211</sup> Barth an Thurneysen am 11.8.1925, in: KBG V., Bd. 2, S. 364–365, hier S. 365.

ger Ableger der *Deutschen Vaterlandspartei* gesammelt.<sup>212</sup> Das eigentliche Ziel des 14-Punkteplans des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilsons sei, so Mirbt im Januar 1918, die Vernichtung Deutschlands.<sup>213</sup> In diesem Verständnis trat er auch nach dem Krieg öffentlich auf. So nahm er am 18. Januar 1921 als Rektor an der universitären Feier zum 50. Jahrestag der Reichsgründung teil und gedachte in seinem Festvortrag *Unser Bekenntnis zum Volkstum* Kaiser Wilhelms II., der als „Opfer des Krieges [...], den abzuwenden seine höchste Lebensaufgabe war“, im Exil weile.<sup>214</sup> Mit ähnlicher Intention hatte Johannes Meyer, laut Wolfgang Trillhaas eines der konservativsten Mitglieder der Fakultät, Anfang 1918 für einen „nationale[n] Ton der Zukunfts predigt“ plädiert. Indem man in der Predigt ein „heldenhaftes und nationales Christentum“ pflege, trage man dazu bei, dass „alle wertvollen Keime und Triebe der heldenhaften und völkischen Kriegsfrömmigkeit dem christlichen Leben eingegliedert werden“.<sup>215</sup>

Für die unmittelbare Nachkriegszeit ist als markanter Gegenpol der Systematiker und Kriegsrektor (1915/16) Arthur Titius zu nennen.<sup>216</sup> Ursprünglich Kriegsbefürworter hatte er diese Auffassung angesichts des Kriegsverlaufs mit seinen nie gekannten Verwerfungen geändert und eine radikale Kritik am Bestehenden entwickelt. Diese kulminierte in dem vielbeachteten Vortrag *Die gegenwärtige Krise von Kultur und Christentum* vom April 1917, gehalten auf dem 26. Evangelisch-sozialen Kongress in Berlin. Mit Blick auf die unüberschaubaren Folgen für die zukünftige Gesellschaft und auch die Kirche brach Titius mit der legitimierenden religiösen Überhöhung der deutschen Kriegsziele.<sup>217</sup> Dieses Engagement hielt auch nach Kriegsende an. Bedeutung erlangte Titius vor allem mit dem *Bund für evangelisches Leben*, den er am 18. November 1918 in Göttingen mitbegründete. Im April 1919 wurde er zum Vorsitzenden des *Deutschen Volkskirchenbundes* gewählt, der mehr als eine halbe Million evangelischer Christinnen und Christen repräsentierte.<sup>218</sup> Die

<sup>212</sup> Tornau: *Gegenrevolution*, S. 63. Vgl. Ludwig: Mirbt.

<sup>213</sup> Zitiert nach Tollmien: *Universität*, S. 390. Vgl. ebenda, S. 386–393;

<sup>214</sup> Dahms: *Einleitung*, S. 33. Nach Krumwiede zeigte sich indes nach dem Krieg der Zerfall seines „patriotischen Enthusiasmus“. Krumwiede: *Kirchengeschichte*, S. 411.

<sup>215</sup> Trillhaas: *Einbruch*, S. 364; Meyer: *Predigt*, S. 119, S. 122. Meyer hielt Krieg nur im Verteidigungsfall zulässig. 1914 hatte er Facetten der deutschen Kriegsfrömmigkeit skeptisch betrachtet und diese als deutsch-völkisch und in der Tradition von Fichte, der Romantik, Ernst Moritz Arndt und Paul de Lagarde stehend gekennzeichnet. Es könne nur eine Entscheidung zwischen einer ‚deutschen Religion‘ als Selbstvergottung des Volkes und dem Evangelium geben. Meyer: *Deutscher Glaube und christliches Bekenntnis*, 1914. Nach Krumwiede: *Kirchengeschichte*, S. 403–404. Diese Unterscheidung hielt er bei. Das Evangelium sei eine nicht relativierbare geschichtliche Offenbarung und setze falschem Chauvinismus Grenzen.

<sup>216</sup> Vgl. Henning: *Titius*, S. 74–173. Mehrere Kriegsvorträge und -predigten sind in Heft 17/18 (1915) der Reihe *Religionsgeschichtliche Volksbücher* veröffentlicht.

<sup>217</sup> Titius hatte die am 9. Juli 1915 veröffentlichte ‚Gegenadresse‘ von Hans Delbrück gezeichnet, die sich gegen den Annexionismus der erwähnten ‚Seeburg-Adresse‘ wandte. Gleichwohl unterstützte er 1917 die professorale Protestkundgebung gegen die Friedensresolution des Reichstags.

<sup>218</sup> An der Versammlung reformierter und lutherischer Kirchenvorstände nahmen ca. 1.200 Menschen teil. Henning: *Titius*, S. 114. Unter dem Schlagwort der ‚Volkskirche‘ waren die Mobilisierung

herausragende Rolle, die Titius in der kirchlichen Um- und Aufbruchsphase 1918/19 spielte, schlug sich u.a. in seiner Einflussnahme auf die Diskussion der ‚Kirchenartikel‘ durch die verfassunggebende Weimarer Nationalversammlung nieder.<sup>219</sup> Für einen innerkirchlichen Eklat sorgte Anfang September 1919 seine Rede *Evangelisches Kirchentum als Kulturfaktor* auf dem ersten Kirchentag in Dresden. Titius sprach sich für Abrüstung, internationale Versöhnung und den deutschen Beitritt zum Völkerbund aus und positionierte sich gegen die ‚Mobilmachung‘ konservativ-kirchlicher Kräfte.<sup>220</sup> 1921 nahm er einen Ruf nach Berlin an. Insofern blieb sein Einfluss auf die Entwicklung der Göttinger Fakultät in der Zwischenkriegszeit gering.

Geradezu ein Hort der nationalen Rechten war die *Kirchengeschichte*. Abgestuft gilt dies für alle vier Ordinarien der Republikzeit.<sup>221</sup> Emanuel Hirsch gehörte bis 1933 der DNVP an, Hermann Dörries seit 1930 dem *Stahlhelm*. Bereits im März 1914, im Alter von 18 Jahren, war Letztgenannter dem antisemitischen *Reichshammerbund* (Mitgliedsnummer 579) um den einflussreichen völkischen Verleger Theodor Fritsch beigetreten.<sup>222</sup> Im Frühjahr/Sommer 1932 zeigten beide öffentliche

---

evangelischer Christen und ihre Immunisierung gegen kirchenfeindliche Stimmungen vorrangige Ziele. Zugleich handelte es sich um eine – auch gegen die Amtskirche gerichtete – Erneuerungsbewegung, die auf eine verstärkte Laienpartizipation und innerkirchliche Demokratisierung abzielte. In Göttingen traten noch beim Auftaktabend tausend Personen dem Bund bei, seinen Höhepunkt erreichte er im Sommer 1919 mit 14.000 Mitgliedern. Otte: *Geschichte*, S. 608. Zu den Vorstellungen von Titius vgl. sein Schreiben an Voigts am 19.11.1918. Teilweise zitiert in Henning: Titius, S. 114. Vgl. auch seinen Beitrag *Was erwarten wir von der kirchlichen Rechten?* in dem von Ernst Rolffs und Johannes Meyer herausgegebenen Sammelband *Die Zukunftsaufgaben der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen*.

<sup>219</sup> Titius war am 3.1.1919 Teilnehmer einer Tagung in Elbersfeld zur Neugestaltung der kirchlichen Verhältnisse. Ziel war ein Kirchentag „zur Klärung der Vorstellungen über die Zukunft der Kirche“. Vgl. Bormuth: *Kirchentage*, S. 105–116.

<sup>220</sup> Vgl. Nowak: *Kirche*, S. 68–71; Bormuth: *Kirchentage*, S. 131–132; Henning: Titius, S. 148–162. 1919 war Titius einer der acht Göttinger Professoren von insgesamt 617 Unterzeichnern eines Manifests *Für die Unabhängigkeit des Geistes*, mit denen französische und deutsche Wissenschaftler für die Wiederherstellung der internationalen Gelehrtenrepublik warben. Vgl. Tollmien: *Universität*, S. 386–393. In überregionalen Gremien blieb Titius präsent. U.a. war er Mitglied im *Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss*.

<sup>221</sup> Der 1848 geborene Nathanael Bonwetsch war u.a. Vorstandsmitglied im Göttinger Ableger des *Vereins für das Deutschtum im Ausland*, Mirbt, der 1929 verstarb, wie erwähnt zeitweise Vorsitzender der *Deutschen Vaterlandspartei*. Zu den allgemeinen generationsspezifischen Bedingungen und Dispositionen der deutschen Kirchenhistoriker in den 1920er und 1930er Jahren vgl. Kaufmann: *Anmerkungen*, insb. S. 37–44.

<sup>222</sup> Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 124–125; Professorenkartei, in: BArch, 49.01, Dörries; Beitrittskarte vom 11.3.1914. BArch, NL 1721, Nr. 18: „Der Reichs-Hammer-Bund sucht den Zusammenschluß deutschbewusster Männer herbeizuführen zum Zwecke der Erhaltung und Förderung einer gesunden deutschen Eigenart. Allen fremden, insbesondere den jüdischen Einflüssen, die die Entwicklung des Deutschtums beeinträchtigen, will der Bund ein starkes völkisches Selbstbewußtsein entgegenzusetzen.“ Über sein tatsächliches Engagement und die Dauer seiner Mitgliedschaft ist nichts bekannt. Der Reichshammerbund zerfiel ab 1919, führende Mitglieder stellten den Kern des DVSTB. Zu seiner Bedeutung vgl. Puschner: *Bewegung*.

Sympathien für den Nationalsozialismus. Als Nationalkonservative sind die beiden Privatdozenten Hans von Campenhausen und Kurt Dietrich Schmidt anzusprechen. Campenhausen hielt zu den Deutschnationalen, ohne sich der Partei anzuschließen. Sein Ideal war ein autoritärer, ggf. berufsständisch gegliederter Rechtsstaat. Folgerichtig begrüßte er das Ende der Republik, ohne Sympathien für die Nationalsozialisten zu entwickeln.<sup>223</sup> Der Mirbt-Schüler Schmidt engagierte sich seit 1929 beim *Christlich Sozialen Volksdienst* (CSVD), 1933 übernahm er kurzfristig den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein („Nordmark“). Er hob sich von seinem Umfeld insofern ab, als er seine lutherisch bestimmte Obrigkeitsloyalität auch gegenüber der Weimarer Republik geltend machte und diese trotz eigener Vorbehalte aktiv mitgestalten wollte.<sup>224</sup> Hermann Beyer wirkte nur kurz in Göttingen. 1928 trat er der DNVP bei. Über seine Göttinger Zeit hinaus pflegte er ein freundschaftliches Verhältnis zu Hirsch, das in seinen ersten Jahren Züge eines Mentorenverhältnisses in sich trug. Zusammen engagierten sie sich Anfang der 1930er Jahre im Umfeld der *Christlich-deutschen Bewegung* (CdB).<sup>225</sup> Beyer zählte zum Umfeld der sogenannten ‚Konservativen Revolution‘ und sprach sich offensiv für die Überwindung der Weimarer Demokratie aus.

Diesem Muster entzog sich allein der an sich unpolitische Erik Peterson, der seine entscheidende Prägung in der *Deutschen Christlichen Studentenvereinigung* (DCSV) erfahren hatte.<sup>226</sup> Im Krieg sah er eine „Krisis“ des Protestantismus, den deutschen Professoren warf er vor, wie Fichte und Schleiermacher anno 1813 zu reden: „Sonntags betet man um die christliche Schonung der Feinde und wochentags freut man sich über Ludendorffs robustes Auftreten.“<sup>227</sup> 1919 urteilte er über den konservativen Pfarrer und Publizisten Joseph Gauger, später einflussreicher Herausgeber der *Gotthard-Briefe*:

*Alle seine Urteile sind schief, weil sie nicht im Lichte des Evangeliums, sondern einer sogenannten christlich-sozialen Partei gefällt werden. Sein Mangel an Reflexion bindert ihn*

<sup>223</sup> Campenhausen: ‚Murren‘, S. 19–21; S. 144.

<sup>224</sup> Vgl. Oelke: Kirchengeschichte, insb. S. 337–339; Dietzel: Schmidt. Schmidt war später eine Führungsfigur der schleswig-holsteinischen *Bekennnisgemeinschaft* und wurde zu einem der wichtigsten Historiographen des ‚Kirchenkampfes‘. Im Dezember 1935 verlor er seinen Kieler Lehrstuhl aufgrund ‚politischer Unzuverlässigkeit‘.

<sup>225</sup> Vgl. Garbe: Theologie, S. 307–313, S. 430–447; Pöpping: Gott, S. 262–266; Weiling: Bewegung. Konfessionspolitisch stand Beyer dem *Gustav-Adolf-Verein* nahe, dessen Historiograph er wurde, und war Mitglied im Präsidium des *Evangelischen Bundes*.

<sup>226</sup> Nichtweiß: Theologie, S. XXXIII. Vgl. die zahlreichen Beiträge von Barbara Nichtweiß; Feldmeier: Peterson.

<sup>227</sup> Peterson an Theodor Haecker am 16.8.1918. Abgedruckt in: Nichtweiß (Hg.): Theologie, S. 65–67, hier S. 67. Vgl. ebenda, S. 72–74, sein Schreiben an Haecker vom 28.7.1918. Der Brief wurde abgedruckt in der Zeitschrift der *Evangelischen Gesellschaft*: Licht und Leben 30 (1918) vom 6.1.1919, Sp. 589–591.

*nicht daran, in demselben Augenblick gegen die Juden zu betzen, wo Konservative und Alldutsche dasselbe tun, und dann doch zu behaupten, er gehöre keiner Partei an.*<sup>228</sup>

Ausdrücklich kritisierte er in diesem Zusammenhang die antisemitischen Ausfälle gegen das *Berliner Tageblatt* und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger. Innerhalb der Fakultät war sein Standing gering, da er sich außerfachlich kaum positionierte. Peterson war als Denker geschätzt, galt aber als exzentrischer Sonderling.<sup>229</sup>

Der Alttestamentler Alfred Rahlfs versagte sich einem parteipolitischen Engagement, ebenso der Schweizer Alfred Bertholet. Sein Nachfolger Johannes Hempel engagierte sich ab 1930 im CSVD, u.a. als Mitglied der Landesleitung Hannover bzw. als Landesvorsitzender.<sup>230</sup> Hans Duhm zählte sich nach Eigenangaben seit 1927 zur ‚nationalen Rechten‘ und gehörte ab 1928 dem *Stahlhelm* an.<sup>231</sup> Für den Mai 1932 ist eine revanchistisch angelegte Festrede auf einem *Vaterländischen Abend* im Stadtpark anlässlich des 100. Jahrestages der Immatrikulation Bismarcks belegt.<sup>232</sup>

Der Neutestamentler Walter Bauer schloss sich 1918 der DVP an, ohne sich besonders zu exponieren. Im auffälligen Kontrast zu den chauvinistischen kirchlichen Verlautbarungen zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages (1929) verzichtete er allerdings bei seiner Rede zur universitären Reichsgründungsfeier 1930 auf aktuelle Zuspitzungen.<sup>233</sup> Johannes Behm dagegen ist dem rechten Flügel der DNVP zuzurechnen. Noch bei den März-Wahlen 1933 unterstützte er die *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot*, eine Listenverbindung aus DNVP, DVP und Stahlhelm und stellte sich faktisch gegen die NSDAP. Auf einer internen Liste des NSDStB wurde er dagegen bereits im Mai 1932 als ‚Sympathisant‘ geführt.<sup>234</sup>

<sup>228</sup> Tagebucheintrag vom 13.9.1919. Abgedruckt in: Nichtweiß (Hg.): *Theologie*, S. 123–125, hier S. 123.

<sup>229</sup> Noch zu Kriegszeiten schrieb er: „Man ist in Göttingen sehr freundlich zu mir, verfolgt aber nebenbei die Absicht, mich in das politische oder kirchenpolitische Lager mit hineinzuziehen. Ich aber ziehe meine Unabhängigkeit und meine Einsamkeit diesem Getue vor.“ Peterson an Haecker am 16.8.1918. Abgedruckt in: Nichtweiß (Hg.): *Theologie*, S. 151–152, hier S. 152. Peterson konvertierte 1930 zur römisch-katholischen Kirche, was im deutschen Protestantismus für großes Aufsehen sorgte. Sein Verhältnis zu Karl Barth war innig, freilich kompliziert. Dessen Einschätzung des Nationalsozialismus stimmte er 1963 zu. Hitler sei kein Betriebsunfall gewesen, sondern das „normale Resultat“ der deutschen Tradition seit Friedrich dem Großen. Peterson aber fügte hinzu: „K. Barth hat allerdings den vergessen, der mir am Anfang dieser Linie zu stehen scheint: Luther.“ Zitiert nach: Oscar Cullmann an Franco Bolgiani am 17.7.1963. Abgedruckt in: Nichtweiß (Hg.): *Theologie*, S. 490–494, hier S. 491.

<sup>230</sup> Vgl. Weber: *Wissenschaft*, S. 125–129. Hirsch bezeichnete ihn 1934 als den „führenden Mann“ des CSVD. Hirsch an den Rektor am 28.2.1934. UAG, *Theol. PA*, Nr. 114.

<sup>231</sup> BArch, R 49.01, Professorenkartei, Duhm.

<sup>232</sup> Bismarckfeier der Kriegervereine, in: *GZ* vom 9.5.1932; Göttingen im Zeichen der Bismarcktage, in: *GT* vom 9.5.1932.

<sup>233</sup> Vgl. Bauer: *Obrigkeit*.

<sup>234</sup> Korrespondenz der NSDStB-Kreisleitung Nord mit der Hochschulgruppe Göttingen, undatiert [aus dem Zusammenhang: Mitte Mai 1932]. BArch, NS 38, Nr. 3680.



Abb. 4: Rektor vom WS 1930/31 bis zum SoSe 1931: der Theologe Johannes Behm (Foto: Arno Stanke. Göttinger Universitäts-geschichte: Porträts. Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen)

Ein extremer Nationalist und Antisemit war Georg Wobbermin. Bereits 1919 hatte er sich dem *Bund der Aufrechten* angeschlossen, der dem rechtsnationalen Flügel der

DNVP nahestand. Der Bund verband sich 1929 mit weiteren völkischen bzw. extrem rechten Organisationen, wurde verboten und firmierte nach der Verbotsaufhebung im Zuge des preußischen Staatsstreichs vom 20. Juli 1932 unter dem Namen *Kampfring der monarchischen Bewegung Deutschlands – Bund der Aufrechten*. Seit 1930 wählte Wobbermin NSDAP. Schon 1922 notierte Karl Barth:

*Am Tag nach dem Rathenau-Mord waren wir bei Walter Bauer eingeladen mit lauter alten Corpsstudenten und ihren Frauen und hörten Wobbermin die ungemeinsten nationalen Worte ausstoßen. [...]. Was soll man auch sagen, wenn einer unter Faustschlag auf den Tisch verkündet, ein Jude sei immer vaterlandslos und gehöre nun einmal nicht in eine deutsche Regierung?, besonders wenn man noch Schweizer und also selbst so etwas wie ein Jude ist.<sup>235</sup>*

<sup>235</sup> Rundbrief vom 22.6.1922, in: KBG V, Bd. 2, S. 85–89, hier S. 88. Vgl. Wolfes: Theologie, S. 294–297.



Carl Stange gehörte der DNVP an. Ein Sonderfall war, wie dargestellt, Otto Piper. Der Privatdozent war 1919/20 kurzfristig Mitglied der USPD und trat 1922 der SPD bei, zudem gehörte er dem *Weimarer Kreis verfassungstreuer Hochschullehrer* an und engagierte sich im *Internationalen Versöhnungsbund*.<sup>236</sup>

Ein weiterer Sonderfall war Karl Barth. Als Pfarrer in Safenwil war er Anfang 1915 der Schweizer SPD beigetreten und hatte dort eine radikale Anti-Kriegsposition im Sinne des *Zimmerwalder Manifests* vertreten. Außerhalb seiner Lehrverpflichtungen bot er offene Gesprächsabende zu ausgewählten Biografien so unterschiedlicher Akteure wie Wilhelm II., Erich Ludendorff und Alfred von Tirpitz, den Reichskanzlern Theobald von Bethmann Hollweg und Georg Michaelis, Ernst Dryander, Matthias Erzberger und Karl Liebnecht an.<sup>237</sup> Diese waren, so Wolfgang Trillhaas, der als Student an diesen Gesprächsabenden teilnahm, von einem „werbenden Tenor“ getragen, wobei die Nähe zur Demokratie und eine dem deutschen Nationalismus entgegenstehende Friedenspolitik „weniger begründet als stimmungsmäßig vorausgesetzt“ wurde.<sup>238</sup> Da der Fokus Barths auf seiner Theologie lag, wird seine Wirkungsgeschichte bis heute kritisch diskutiert. 1986 urteilte Friedrich Wilhelm Graf:

*Ich behaupte nicht, daß Barths politische Stellung zur parlamentarischen Demokratie von Weimar tatsächlich ambivalent gewesen ist [...] Aber man darf [...] nicht davon schweigen, daß Barths Theologie faktisch demokratierelativierend gewirkt hat.*<sup>239</sup>

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende Oktober 1929 setzte der Phase der wirtschaftlichen Scheinblüte und trügerischen Ruhe seit 1924 ein jähes Ende und führte innerhalb kurzer Zeit zur Auflösung und Zerstörung der Weimarer Demokratie. Das Ende der Koalitionsregierung unter Hermann Müller (SPD) im März 1930 markierte den Übergang von der parlamentarischen Demokratie zu den Präsidialkabinetten Brüning, Papen und Schleicher, bei den Reichstagswahlen am 14. September versiebenfachte die NSDAP ihren Stimmenanteil auf 18,3 Prozent und stellte die zweitstärkste Reichstagsfraktion. Ihr Aufstieg zur Massenpartei endete im Januar 1933 mit der Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers. Zu dieser Zeit lehrte an der Theologischen Fakultät bis auf Walter Bauer kein Ordinarius bzw. Privatdozent, der sich zur Weimarer Republik bekannte. Auch die Bemühungen,

---

<sup>236</sup> Vgl. Graf: Neurealismus.

<sup>237</sup> Rundbrief Barths vom 18.5.1924. KBG V., Bd. 2, S. 250–256, hier S. 252.

<sup>238</sup> Trillhaas: Vergangenheit, S. 96. Graf widersprach der späteren Deutung Barths als *homo politicus*. Seine stimmungsmäßige Reaktion habe nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland entsprochen, den italienischen Faschismus habe er nicht wahrgenommen. Vgl. Graf: Einleitung, S. 21–23.

<sup>239</sup> Graf: Götze, S. 444. Ähnlich die Feststellung Kurt Nowaks, dass „einige Repräsentanten der mit Absolutheitsansprüchen ausgestatteten theologischen Aufbruchsgeneration [...] in der Überbietungsdynamik ihrer Theologie jedoch teils gewollt, teils ungewollt, einer antidemokratischen Obstruktion dienen“. Nowak: Protestantismus, S. 231. Vgl. die Debatte zur Historisierung der Theologie Barths in Holtmann: Barth, S. 259–330.

den früheren Pfarrer und Superintendenten Hans von Lüpke für einen Lehrauftrag zu gewinnen, geben Aufschluss über die vorherrschende Einstellung. Diese hatten bereits 1930 eingesetzt:

*Es wäre schade, wenn sich die Theologische Fakultät in Göttingen diesen Fachmann auf dem für die Gegenwart bedeutsamen Gebiete, der dazu noch in Göttingen wohnt, durch eine außerpreussische Fakultät entziehen lasse.<sup>240</sup>*

Die „für die Gegenwart bedeutsamen Gebiete“ waren Lüpkes Einsatz zur Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Volkstum. Er war die zentrale Führungsfigur der sogenannten Dorfkirchenbewegung und gab seit 1907 auf Anraten und Vermittlung des völkischen Schriftstellers Heinrich Sohnrey *Die Dorfkirche*, seit 1926 auch die Zeitschrift *Die Neue Saat. Vierteljahrsschrift für Volksbildung und Heimvolkshochschule* heraus.<sup>241</sup> Als erklärter Republikgegner hatte er in den 1920er Jahren große Sympathien für die Völkischen entwickelt, deren Vorstellungen er andererseits beeinflusste. Politisch bekannte er sich 1932 offen zur nationalsozialistischen ‚Volks- und Freiheitsbewegung‘, ohne sich deren ‚Rassenideologie‘ zu eigen zu machen.<sup>242</sup> Zum SoSe 1933 erhielt Lüpke einen Lehrauftrag für *Die Fragen des deutschen evangelischen Volkskirchentums*.

---

<sup>240</sup> Fakultät an Universitätskurator Valentiner am 25.7.1930. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV, Bl. 225. Am 28.4.1931 setzte sich Dekan Wobbermin erneut für eine Beauftragung ein. Vor 1933 blieben diese Bemühungen erfolglos. Kurator Valentiner an das Ministerium am 3.6.1933. Ebenda, Blatt 258–260. Dass Lüpke seit 1928 Lehrbeauftragungen für den Fachbereich *Praktische Theologie* erhielt, ließ sich nicht verifizieren. Treiber: Volkskunde, S. 393.

<sup>241</sup> Zu Lüpke vgl. Ahlheim: Missionare. Lüpke war 1917 von der Marburger Universität die Ehrendoktorwürde verliehen worden, 1925 gab er zugunsten seiner publizistischen Tätigkeit sein Pfarramt auf. Zu Sohnrey, Träger der Ehrendoktorwürde der Göttinger Universität (1934) vgl. Stöcker: Agrarideologie; Möbus: Sohnrey; Schumann/Freitag: Abschlussbericht.

<sup>242</sup> 1932 skizzierte Lüpke das „geheiligte Volkstum“ als entscheidende Grundlagen für ‚Volksgemeinschaft‘ und Staatsform. Die Kirche müsse sich über den leidenschaftlichen Ernst freuen, „mit denen der Kampf gegen Unwürdige, Selbstische, Auflösende, das Volkstum Überfremdende in Kunst, Schule und Schrifttum geführt“ werde. Unterschiedlicher Interessen negierte er. Wenn die Kirche dem deutschen ‚Volkstum‘ keine Heimat sein wolle, dann sei „ein dämonisches Aufbäumen und Suchen und Schaffen selbstgemachter und doch fremder Götter und weiterer Verfall und Verkümmern in dem eigenen Selbst statt freier Entfaltung an Gottes Luft und Sonne“ die Folge. Vgl. Hans von Lüpke, in: Klotz (Hg.): Kirche I, S. 72–76, hier S. 74 und S. 76.

## Deutschlands Schicksal: Emanuel Hirsch

Emanuel Hirsch zählt mancherorts noch heute zu den gelehrtesten deutschen Theologen des 20. Jahrhunderts. Er war, so das Urteil Wolfgang Trillhaas, der „letzte Fürst“ der evangelischen Theologie.<sup>243</sup> Hirschs erste Berührung mit Göttingen erfolgte 1912, als er für zwei Jahre, bis September 1914, die Stelle des Stiftsinspektors innehatte. Da das Inspektorenamt zu dieser Zeit noch mit einem Habilitationsverbot belegt war, wechselte



Hirsch nach Bonn. 1917 wurde er in Schopfheim ordiniert, verzichtete aber auf eine Verwendung im badischen Kirchendienst. Im Mai 1921 erhielt er gegen das Votum der Fakultätsmehrheit einen Ruf nach Göttingen. Seinen wissenschaftlichen Ruf erlangte Hirsch vor allem als führender Vertreter der internationalen Lutherrenaissance, als profunder Kenner des deutschen Idealismus und als Kierkegaard-Forscher.<sup>244</sup>

Abb. 5: Emanuel Hirsch [mutmaßlich 1922] (Karl-Barth-Archiv, Basel)

<sup>243</sup> Trillhaas: Repräsentant, S. 603. Alwast bezeichnete die Hirschrezeption nach 1945 als ein „Kapitel verdrängter Theologiegeschichte“, dagegen äußerte Ulrich Barth anlässlich des 125. Geburtstages von Hirsch: „So irritierend die Zeitgebundenheiten des Hirschschen Denkens fraglos sind, so wenig vermögen sie, dessen gedankliches Niveau ernsthaft zu relativieren. Was die sachliche Direktheit und problemgeschichtliche Reflektiertheit anbelangt, hat die Theologie Hirschs bis heute kaum an Faszinationskraft eingebüßt.“ Alwast: *Theologie*, S. 219–222; das Barth-Zitat findet sich in einem DLF-Beitrag von Alexander Grau: *Theoretiker*. Vgl. Trillhaas: *Hirsch; Schjørring: Gewissensethik*, S. 52–78, S. 119–203; Ericksen: *Theologen*, S. 167–268; Reimer: *Hirsch*; Assel: *Aufbruch*, S. 164–304; ders.: *Hirsch*.

<sup>244</sup> Forschungsschwerpunkte waren die deutsche und europäische Theologiegeschichte, Religions-, Geschichts- und Staatsphilosophie, das frühe Christentum und die historische Jesus-Forschung. Lobe bezeichnet Hirsch „als *den* Repräsentanten der Traditionen des deutschen Protestantismus und der klassischen Phase des deutschen Neuprotestantismus“. Lobe: *Prinzipien*, S. 5. Assel dagegen grenzt Hirschs theologische Wirksamkeit auf die akademischen und bürgerlichen Milieus der deutschen und dänischen Lutherrenaissance, die Holl-Schule und den norddeutschen Nationalprotestantismus um Wilhelm Stapels *Deutsches Volkstum* ein. Assel: *Hirsch*, S. 43.

Auch wissenschaftspolitisch agierte Hirsch ambitioniert, so als einflussreicher Herausgeber der angesehenen *Theologischen Literaturzeitung* (1921–1930). Er war ein beliebter, erfolgreicher und prägender Lehrer, der mit seinem „jungen, nationalen Luthertum“ auf viele jüngere hannoversche Pastoren großen Einfluss ausübte.<sup>245</sup>

Als Christ, Wissenschaftler und Nationalist bemühte sich Hirsch zeitlebens, so Robert Ericksen, seine spirituellen, intellektuellen und politischen Interessen in einer im Christentum wurzelnden Ethik zu bündeln.<sup>246</sup> Bereits Hirschs 1914 erschienene Dissertation über die Religionsphilosophie Fichtes verknüpfte dessen philosophische Bestimmung der ‚Sittlichkeit‘ mit dem von ihm erkannten praktischen Ethos in den sogenannten antinapoleonischen Befreiungskriegen.<sup>247</sup> Wie für so viele seiner Generation wurden der Erste Weltkrieg und das ‚Augusterlebnis 1914‘ zu einem biografischen Fixpunkt. Seiner Überzeugung von der Notwendigkeit und der Richtigkeit des Krieges lag dabei keine Romantisierung zugrunde. Ausdrücklich verwarf er die Rede von einem „frischen, fröhlichen Krieg“, dessen Schrecken und Leid ihm wohl bewusst waren. Im Sinne der quasi omnipräsenten protestantischen Kriegstheologie sah Hirsch in ihm vielmehr eine „Frage an Gott“ und ein „Gottesurteil“.<sup>248</sup> Krieg sei eine Heimsuchung, auch der „gerechte Krieg“, dennoch sei er „ein Staatsdienst und ein Liebesdienst am Nächsten und damit die Erfüllung einer heiligen Pflicht“.<sup>249</sup> Diese religiöse Aufwertung des Krieges ging mit seiner unbedingten Unterstützung der kaiserlichen Kriegspolitik einher. Mit der umstrittenen Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs im Februar 1917 propagierte Hirsch einen Sieg- und Annexionsfrieden. In dieser Zeit wandelte er sich, nach eigenen Angaben schon immer „stramm schwarz-weiß gesonnen“, von einem neo-fichteanischen Konservativen zu einem extremen Nationalisten.<sup>250</sup> Ein prägnantes Beispiel für seinen Gesinnungsmilitarismus ist seine rückblickende Selbstdeutung als Soldat – der er trotz Freiwilligenmeldung aufgrund körperlicher Ungeeignetheit nie war –, der mit der Schreibmaschine anstatt dem Maschinengewehr gekämpft habe.<sup>251</sup> Die Kriegsniederlage und den Zusammenbruch des Kaiserreiches erlebte Hirsch als eine persönliche Katastro-

<sup>245</sup> Klügel: Landeskirche, S. 11.

<sup>246</sup> Ericksen: Theologen, S. 171.

<sup>247</sup> Vgl. Hirsch: Religionsphilosophie. Vgl. Reimers: Hirsch, S. 13–16.

<sup>248</sup> Hirsch: Unsere Frage an Gott, Sp. 272. Zitiert nach Schjörning: Gewissensethik, S. 57. In der „heiligen Begegnung mit Gott“ sah Hirsch keinen Widerspruch zum lutherischen Sittlichkeitsprinzip, solange ein Krieg der Verteidigung der nationalen Sache diene. Vgl. Ohst: Weltkrieg; Reimer: Hirsch; S. 166–183; Pressel: Kriegspredigt; Hammer: Kriegstheologie.

<sup>249</sup> Hirsch: Luthers Gedanken über Staat und Krieg, in: WB 46 (1917), Sp. 175–179.

<sup>250</sup> Zitiert nach Wilke: Hirsch, S. 189; Assel: Hirsch, S. 43.

<sup>251</sup> Hirsch: Christliche Freiheit und politische Bindung. Ein Brief an Wilhelm Stapel, Hamburg 1935. S. 5. Zitiert nach Ericksen, Fakultät, S. 76. 1918 setzte sich Hirsch grundsätzlich mit pazifistischen Bestrebungen auseinander, die er nicht nur als politische Utopie ablehnte, sondern aus christlicher Überzeugung. Eine Gerechtigkeitsethik könne und dürfe man nicht mit dem Christentum begründen. Hirsch: Der Pazifismus, in: WB 1 (1918), Sp. 1–8; WB 2 (1918), Sp. 33–37.

phe.<sup>252</sup> Er begegnete der in der Niederlage geborenen Weimarer Demokratie mit einer „massive[n] destruktive[n] Polemik“, mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags verwarf er endgültig jede Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit. Diese Entscheidung war trotz einiger Modulationen seiner Staatsethik grundsätzlich. Hirschs spätidealistic Begriff des Gewissens – Hirschs Dreh- und Angelpunkt für seine Sicht auf die menschliche Persönlichkeit –, seine Überhöhung des Gemeinschaftsgedanken, ein irrationales Geschichtsverständnis und seine romantisierende ordnungstheologisch hergeleitete Volkstumsideologie bestritten die liberale Demokratie und ihre philosophischen und anthropologischen Grundlagen an sich.<sup>253</sup> Noch in den 1960er Jahren erklärte er den Grundkonflikt der Weimarer Republik mit dem Gegensatz von Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold.<sup>254</sup>

In den 1920er Jahren trat Hirsch wiederholt mit Gesellschaftsdeutungen an die Öffentlichkeit. In einer einzigartigen Verbindung von deutschem Idealismus und lutherischer Theologie entwickelte er eine konservative politische Ethik, die nach ihrem Wesenskern in einer autoritär gefassten nationalen Erneuerung münden sollte.<sup>255</sup> Erhebliche Bedeutung erlangte vor allem seine 1920 erschienene Abhandlung *Deutschlands Schicksal. Staat, Volk und Menschheit im Lichte einer ethischen Geschichtsansicht*, die auf eine Rede vor Studenten zurückging.<sup>256</sup> Ausgehend von einer theistisch gebundenen geschichtsphilosophischen Betrachtung und einer deutschnationalen Zeitdeutung benannte er als entscheidende Faktoren für eine Wiedergeburt Deutschlands Wille, Einheit, Disziplin, gemeinsame Ziele und Opferbereitschaft. Vor allem gelte es, den „deutschen Geist“ zu bewahren und wiederzubeleben, zu dessen Essenz Hirsch den Glauben zählte. In Anlehnung an Ernst Moritz Arndt schrieb er:

*Der Gottesglaube schafft Männer, Männer von unerschütterlichem Freiheitssinn und wahrhaftiger Treue, deren Willen kein Mensch entzwei brechen kann. Und Männer mit warmen Herzen, die einer ganzen und starken Liebe zu ihrem Volke fähig sind, auch wenn sie nichts anderes bei dieser Liebe gewinnen, auch wenn dies Volk sich so wild und töricht benimmt.*<sup>257</sup>

<sup>252</sup> Vgl. Kuhleemann: Traumatisierungen.

<sup>253</sup> Nowak: Kirche, S. 232–236, hier S. 232; Reimers: Hirsch, S. 32f.

<sup>254</sup> Trillhaas: Vergangenheit, S. 52.

<sup>255</sup> Vgl. Reimers: Hirsch, S. 33f. Hirschs Argumentation war gegen die britisch-calvinistische (für Hirsch bestimmt von einer utilitaristischen Moral im Dienste des Weltimperialismus) und die französisch-sozialistische (für Hirsch die utopische Vision einer universalen Bruderschaft und eines säkularen Gottesreiches) Traditionen gerichtet.

<sup>256</sup> Vgl. zusammenfassend Ericksen: Theologen, S. 172–194. Bereits 1922 erschien die dritte Auflage.

<sup>257</sup> Hirsch: Schicksal, S. 153. In seiner Deutung war Deutschland eine gedemütigte „Ententekolonie mit stark beschränkter Selbstverwaltung“, die durch „eine formlose Masse von Arbeitern im Dienst fremder Interessen“ von Vernichtung bedroht sei. Ebenda, S. 140f.

Die Erziehung zum ‚deutschen Geist‘ wog dann auch schwerer als die Staatsform. Dennoch forderte Hirsch nicht die Rückkehr zur Monarchie. Unter Beachtung der von ihm genannten Prämissen könne der Wiederaufbau Deutschlands auch über eine Stärkung und Entwicklung der republikanischen Institutionen erfolgen. In den *Wingolfsblättern* behandelte Hirsch ein Jahr später die Frage der ‚rechtmäßigen Obrigkeit‘. Dabei sprach er der parlamentarischen Demokratie allein eine „Scheinrechtmäßigkeit“ zu, rechtens sei nur jene Obrigkeit, die sich in „Gemeinsamkeit des Geistes und der Gesinnung mit dem von ihr geleiteten Volke innerlich verbunden ist und verbunden weiß“. Zwar erkannte er die amtierende Regierung als Übergangsregime an, seine Hoffnung aber legte er in die Zukunft:

*Daran, daß sich bald die Männer finden, die genug Kraft und Klarheit und Entschlossenheit [...] haben, daran hängt des deutschen Volkes Schicksal. Dies, daß sie aus solchen tüchtigen Männern bestehe, erweist letztlich die Rechtmäßigkeit einer Regierung in Deutschland. Den gegenwärtigen Zustand als rechtmäßig anzuerkennen, heißt die Hoffnung haben, daß es innerhalb seiner [sic!], durch organische Fortbildung, möglich sein wird, solche Männer in größerem Umfang als bisher zu Einfluß zu bringen. Solche Hoffnung zu haben, ist aber gegenwärtig unsere christliche Pflicht und Schuldigkeit.<sup>258</sup>*

Die Bindung seiner politischen wie ethisch-theologischen Auffassung des Staates als eine Verkörperung der im Ideal des ‚August 1914‘ verkörperten ‚Volksgemeinschaft‘ ist in diesen Frühschriften bereits ausgebildet. Das Volk bzw. das von seinen Feinden umstellte bedrohte deutsche Volk blieb als Teil der göttlichen Schöpfungsordnung eine entscheidende Referenz in Hirschs Denken. Es war bestimmt, so Hirsch 1924, von biologisch-rassischen, kulturellen, ethnischen, sprachlichen und religiösen Gemeinsamkeiten, in die der Einzelne hineingeboren werde, sowie der Erfahrung einer gemeinsamen Geschichte:

*Ein Volk ist mehr als mehr oder weniger gut gebaute Maschine, die man mit Zahlen und Maßen aufschreiben kann aufs Papier. Es ist ein lebendiger Gedanke Gottes. Gott gab ihm seine Kraft und Eigenheit, Gott gibt ihm die Verhältnisse, die Schicksale, in denen es sich bewähren soll.<sup>259</sup>*

Allein die im Volk wurzelnde Nation könne Partikularinteressen aufheben und im Irdischen eine klassenlose Gemeinschaft schaffen. Herren und Knechte lebten in der gleichen „Ehre“.<sup>260</sup> Konkret bezog Hirsch in den gängigen Topoi der rechten Feinde der Republik immer wieder Stellung gegen die Sozialdemokratie und den Pazifismus, denen er die Hauptverantwortung an der Kriegsniederlage zuwies. Sie hätten, so der Propagandist der ‚Dolchstoßlegende‘, die ‚Volksgemeinschaft‘ ge-

<sup>258</sup> Hirsch: Rechtmäßige Obrigkeit, in: WB vom 2.2.1921, Sp. 115–119. Vgl. Zocher: Wingolfsbund, S. 41–52.

<sup>259</sup> Hirsch: Jeremia in der Töpferwerkstatt. Predigt am 14.1.1923 anlässlich des Landestrauertages. Abgedruckt in: Hirsch: Wille, S. 123–138, hier S. 133. Vgl. Hirsch: Liebe, insbesondere S. 12.

<sup>260</sup> Vgl. Hirsch: Liebe, S. 11.

spalten, von innen zersetzt und seien dem ‚unbesiegteten deutschen Heer‘ in den Rücken gefallen. Im Sommer 1921 sprach er, so die Überlieferung Karl Barths, in einem Streit mit der demokratisch eingestellten Frau des Alttestamentlers Bertholet von der vermeintlichen „Ausmordung des deutschen Volkes“; vier Tage nach dem antisemitisch motivierten Mordattentat auf Außenminister Walter Rathenau soll Hirsch „eine grosse nächtliche Schutzrede für die Mörder von Erzberger“ gehalten und die rechtsterroristischen Aktivitäten der frühen Republik mindestens indirekt verteidigt haben.<sup>261</sup> Unter dem Eindruck des französisch-belgischen Einmarschs ins Ruhrgebiet beklagte er am 14. Januar 1923 in einer in der Göttinger Universitätskirche gehaltenen Bußpredigt Untreue, fehlende Einigkeit und Glaubenszuversicht: „Wir haben mit dem Kriege und mit dem Vernichtungsfrieden uns tändelnd abgefunden, wir hatten es ganz vergessen, daß wir den Kampf um unsere Freiheit heilig genannt hatten.“<sup>262</sup> Walter von Loewenich, später Ordinarius in Erlangen, der ab dem WS 1924/25 in Göttingen studierte, schrieb rückblickend, es sei bekannt gewesen, dass Hirsch nicht „nach frischem Wasser, sondern nach Blut“ schreie.<sup>263</sup>

Wiederholt bezog Hirsch in den *Wingolfsblättern* – er gehörte dem Wingolfsbund an – und in den *Mitteilungsblättern* des DCSV zu aktuellen Debatten Stellung. Bedeutung erlangten seine 30 Thesen, die er während der ‚Ruhrkrise‘ veröffentlichte, sowie sein Vortrag *Die Liebe zum Vaterland* im Januar 1924, in dem Hirsch seine Vorstellung einer ‚Volksgemeinschaft‘ präziserte. Die folgende Veröffentlichung in Heftform soll regen Absatz gefunden haben.<sup>264</sup> Nachhaltigen Einfluss nahm Hirsch auch in einem verbandsinternen Grundsatzkonflikt des Wingolfs.<sup>265</sup> Auslöser war der Beitrag *Nationale Erhebung* eines Amtsgerichtsrats, dem der Marburger Privatdozent Paul Tillich – seit 1907 ein sehr enger Freund Hirschs – energisch widersprach. Tillich erinnerte daran, dass der „Wingolf nicht den Wahlspruch ‚dia dionin panta‘ (durch alles zwei), sondern DI HENOS PANTA“ habe:

*Nicht auf deutschem Glauben und deutscher Sitte, sondern auf christlichem Glauben und christlicher Sittlichkeit ist der Wingolf begründet und hat infolgedessen da, wo deutsche Sitte mit christlicher in Konflikt kam, die deutsche Sitte von sich gestoßen.*<sup>266</sup>

---

<sup>261</sup> Barth an Thurneysen am 6.11.1921, in: KBG V., Bd. 2, S. 4–6, hier S. 5; Rundbrief Barths vom 22.6.1922, in: ebenda, S. 85–89, hier S. 88.

<sup>262</sup> Hirsch: Jeremia in der Töpferwerkstatt. Predigt am 14.1.1923 anlässlich des Landestrauertages. Abgedruckt in Hirsch: Wille, S. 123–138, hier S. 136.

<sup>263</sup> Loewenich: Theologie, S. 47.

<sup>264</sup> Vgl. Hirsch: Liebe, insbesondere S. 12; Ohst: Weltkrieg, S. 84.

<sup>265</sup> Hirsch: 30 Thesen, in: Mitteilungen 289 vom 15.3.1923, S. 82–84. Seine Thesen führten zum Bruch mit Karl Barth, der Hirsch „überschäumenden Nationalismus“ vorwarf. Dieser habe die persönliche und theologische Gemeinschaft zerstört. Barth an Thurneysen am 31.3.1923, in: KBG V., Bd. 2, S. 157–158, hier S. 158. Vgl. Freudenberg: Barth, S. 67. Vgl. ebenso die scharfe Replik von Friedrich Sigmund-Schultze in: Mitteilungen 292 vom 15.5.1923, S. 34–35.

<sup>266</sup> Paul Tillich: Erwiderung, in: WB 2 (1924), Sp. 27. Nach Amtsgerichtsrat Otto Heppe hatte unter dem Deckmantel der Demokratie „die zersetzende, auflösende westeuropäische Kultur die Herr-

Innerhalb des Verbandes wurde Tillichs Position mehrheitlich verworfen. Auch Hirsch bezog öffentlich gegen ihn Stellung. Das von ihm angemahnte Heraustreten aus der „nationalen Sitte“ übersetzte Hirsch als Untreue gegenüber der Nation:

*Wollte der Wingolf sein Verwurzelte in deutscher Art aufgeben und kosmopolitisch werden, so verurteilte er sich zum Tode. Wollte er aber seine Aufgabe preisgeben, an der Läuterung und Heiligung der nationalen Sitte mitzuarbeiten und darum, wo es not tut, auch kritisch zu werden gegen nationale Mißbräuche, so hörte er auf, ein lebendiges Salz zu sein und ginge den Weg alles Fleisches.<sup>267</sup>*

Hirschs Einwände hatten Gewicht. Mit seinen Zeitdeutungen war er als Theologe, akademischer Lehrer, Erzieher und deutschnationaler Stichwortgeber präsent und wirkte meinungsformend, auch innerhalb der Studentenschaft.<sup>268</sup>

Nach Heinrich Assel deutete sich in „fortlaufende[r] Kritik und Korrektur“ seiner Geschichtsphilosophie und seiner Staatstheorie seit 1929 ein Paradigmenwechsel an, den Hirsch im Frühjahr 1932 mit einer Wende vom extremen, aber etatistischen Nationalismus zum Nationalsozialismus beschloss.<sup>269</sup> Es handelte sich um einen Radikalisierungsprozess, in dem sich Hirschs Gegenwartserleben und neue geistig-theologische Erkenntnisse unter den immer stärker zutage tretenden neuen Bedingungen einer „massenmedial-propagandistischen Formung“

---

schaft an sich gerissen“. Heppe konstatierte zudem die Überfremdung und Entdeuschung des staatlichen Lebens und wandte sich gegen pazifistische Bestrebungen und den Sozialismus, der ihm per se als ‚undeutsch‘ galt: „Zu ihm muss der nationale, der völkische Mensch, der in überindividueller Ganzheit verwurzelt ist, dessen Weltanschauung die heroische, die ideale ist, vielmehr im schärfsten Gegensatz treten.“ Otto Heppe: Nationale Erneuerung, in: WB 1 (1924), Sp. 5–6. Tillich spitzte seine Position in einem weiteren Beitrag zu: „Ein Wingolf, an dem das Kreuz nicht mehr sichtbar ist, und damit das Gericht über alles Wirkliche, sei es national, sei es nationalistisch, ist kein Wingolf mehr und sein Erbe wird von andern übernommen.“ Tillich: Christentum, Sozialismus und Nationalismus, in: WB 4 (1924), Sp. 78–80, hier Sp. 80. Vgl. Zocher: Wingolfsbund, S. 63–64.

<sup>267</sup> Hirsch: Deutsche und Christliche Sitte, in: WB 4 (1924), Sp. 81; Hirsch: Wingolf und politischer Sozialismus, in: WB 5 (1924), Sp. 107. Hirsch hatte Tillich 1907 bei einem Wingolfstreffen in Berlin kennengelernt. Beide verband eine enge persönliche-intellektuelle Freundschaft, die aufgrund theologischer Differenzen und fundamental unterschiedlicher Lebensentscheidungen, insbesondere in den Jahren ab 1933, starken Belastungen ausgesetzt war. Vgl. Reimer: Hirsch, S. 27–64, S. 155–163.

<sup>268</sup> Beispielsweise brachte Hirsch sich 1930 fünf Tage an einer Nachsemesterfreizeit für Theologiestudenten aktiv ein. Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Anlage 10, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

<sup>269</sup> Assel: Hirsch, S. 43; S. 49f. Im Juli 1929 referierte Hirsch auf dem *Deutsch-dänischen Kursus für Theologie und Weltanschauung* in Göttingen über *Staat und Kirche im 19. Jahrhundert*. Da der emanzipierte Staat Sittlichkeit nicht mehr garantieren könne, sei die christliche Ethik in Frage gestellt. Hirsch forderte eine „christliche Ehre“, die sich „von der ethisch leer gewordenen allgemeinen Menschenehre“ unterscheide. Die Kirche müsse für Schulfreiheit sorgen und die Erziehung selbst in die Hand nehmen. „Dazu müssen wir aber selbst gläubige Menschen werden, die nicht vom Zeitgeist beeinflusst sind.“ Vgl. Meyer: Kursus; Sp. 253.



des nationalen Aufbruchs gegenseitig beeinflussten.<sup>270</sup> Die äußeren Zäsuren dieser Entwicklung waren der Volksentscheid gegen die Neufestlegung der Reparationszahlungen (*Young-Plan*) am 22. Dezember 1929 und die Septemberwahlen 1930, entscheidend für sein öffentliches Eintreten für Hitler und die „junge[n] deutsche[n] Freiheitsbewegung“ die Wochen zwischen den beiden Wahlgängen um das Reichspräsidentenamt im März/April 1932. In dieser Phase des fundamentalen politischen Umbruchs positionierte sich Hirsch noch stärker öffentlich und erfuhr im völkisch-nationalkonservativ orientierten protestantischen Milieu große Aufmerksamkeit. So schrieb er für die vom mecklenburgischen Landesbischof Heinrich Rendtorff ins Leben gerufene Zeitschrift *Glaube und Volk* und engagierte sich im Umfeld der *Christlichen Deutschen Bewegung*, die sich 1930 als „evangelisch-kirchlicher Ableger“ der *Harzburger Front* gebildet hatte, Kirchenpolitik, Volksmission, Jugendwerbung und den „deutschen Freiheitskampf“ in den Mittelpunkt stellte und – ohne parteipolitische Bindung – für die Auflösung der Weimarer Republik in einem autoritär geführten Staat warb.<sup>271</sup>

Bedeutsamer aber waren zwei öffentliche Stellungnahmen, mit denen Hirsch Anfang der 1930er Jahre aktiv in gesellschaftliche Debatten eingriff bzw. diese im ersten Fall initiierte. Anfang Juni 1931 fand in Hamburg eine Tagung der deutschen Sektion des *Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit* statt, an der auch das internationale Exekutivkomitee teilnahm. Zusammen mit Paul Althaus veröffentlichte Hirsch zu der Tagung den Artikel *Evangelische Kirche und Völkerverständigung*.<sup>272</sup> Es handelte sich um einen Frontalangriff auf jegliche Bestrebungen, die deutschen Christen und die Kirche für internationale Aussöhnung und Zusammenarbeit zu gewinnen. Deutschland, so die beiden Professoren, sei in einem aufgezwungenen Krieg niedergerungen worden und werde noch immer „durch

---

<sup>270</sup> Assel: Aufbruch, S. 50; Reimer: Hirsch, S. 31. Bei Hirsch setzte sich Ende der 1920er Jahre die Erkenntnis durch, dass die traditionellen ‚Erziehungsagenturen‘ wie der Staat und die Universitäten im Massenzeitalter mit seinen neuen Kommunikationsmitteln gegenüber der nationalsozialistischen Weltanschauungspropaganda ins Hintertreffen geraten und letztendlich verloren waren.

<sup>271</sup> Vgl. Garbe: Theologe, S. 447–356. Vgl. Kundgebung eines evangelischen Landesbischofs über den Nationalsozialismus, in: ThBl. 5 (1931), S. 137–138. Hirsch führte diese auf die Aktivitäten Rendtorffs und auf den Hirsch/Althaus-Brief vom Juni 1931 zurück. Hirsch an Lietzmann am 9.12.1931. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 687f. Zu Hirschs Beziehung zu *Glaube und Volk* vgl. Weiling: Bewegung, S. 195–199. Sowohl Hirsch als auch Althaus beschränkten sich auf publizistische Beiträge, ein größeres Engagement innerhalb des CdB gab es nicht, auch wenn beide am 21./22.9.1932 an dem *Potsdamer Religionsgespräch* zum Thema *Unsere Botschaft des Evangeliums in der Zeit des deutschen Freiheitskampfes* teilnahmen. Ebenda, S. 241–247.

<sup>272</sup> Abgedruckt in: ThBl. 6 (1931), Sp. 177–178; Aland (Hg.): Glanz, S. 670f. Die Erklärung erschien zeitgleich in der AELKZ und anderen Kirchenzeitungen sowie in einigen größeren Tageszeitungen. Vgl. Ericksen: Theologen, S. 194–197; Weiling: Bewegung, S. 203–207; Garbe: Theologe, S. 426–430. Treibende Kraft hinter der Veröffentlichung war wohl Hirsch, der Althaus mitgezogen haben soll. Vgl. Jasper: Althaus, S. 201–207, hier S. 203; Fischer: Zeugnis, insb. S. 539–598. An den ökumenischen Bestrebungen der 1920er Jahre hatte Hirsch kein Interesse, im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen war er mit Ausnahme von Dänemark und Schweden niemals im Ausland. Trillhaas: Repräsentant, S. 602.

Kriegstributionen unter dem lügenerischen Namen der Wiedergutmachung bis zum Weißbluten“ ausgesaugt. Eine Verständigung mit den Feinden Deutschlands sei nicht möglich, da sie unter dem Deckmantel des Friedens den Krieg gegen das deutsche Volk seit 12 Jahren fortführten. Deshalb müsse man durch „allen künstlichen Schein der Gemeinschaft hindurchstoßen und rückhaltlos bekennen, daß eine christliche und kirchliche Verständigung und Zusammenarbeit in den Fragen der Annäherung der Völker unmöglich“ sei, solange „die Anderen eine für unser Volk mörderische Politik“ betrieben. Gegenüber Hans Lietzmann spitzte Hirsch diese Entweder-Oder-Haltung zu und ordnete alle, die zuerst den Weltfrieden und die ökumenisch-christliche Gemeinschaft im Blick hätten, dem ‚Lager der Feinde‘ zu.<sup>273</sup> In dem Beitrag konkretisierten die beiden Autoren einen Gedanken, den Hirsch bereits 1923 vor der Göttinger DCSV referiert hatte. Damals hatte er eine Entscheidung über mögliche Kontakte zwischen „Angehörigen streitender Völker“ unter Vorbehalt gestellt:

*a) daß diese Fortsetzung unmöglich ist, solange Lüge den Streit vergiftet, b) daß die Zugehörigkeit zum Volke die ernstere und heilige Pflicht ist und daß niemand das Recht hat, in solchem Falle etwas zu tun, was dem Volke den Lebenswillen schwächt.*<sup>274</sup>

Acht Jahre später sah er diese Möglichkeit als widerlegt an. Die „Mobilisierungskunde der ‚Konservativen Revolution‘“ (Garbe) wurde im evangelischen Deutschland stark rezipiert und trug zu einer weiteren Polarisierung bei. Erwartungsgemäß begrüßt und vollinhaltlich geteilt wurde sie vom Gesamtvorstand des *Evangelischen Bundes*, Vertreter der ökumenischen Bewegung wie z.B. der Neutestamentler Adolf Deißmann wiesen sie dagegen zurück.<sup>275</sup>

<sup>273</sup> Hirsch an Lietzmann am 31.5.1931 und am 30.6.1931. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 669f. und 778–682.

<sup>274</sup> These 30, in: Hirsch: 30 Leitsätze zu Nation, Staat und Christentum, in: Mitteilungen 289 vom 15.3.1923, Sp. 82–84.

<sup>275</sup> Vgl. Karl Ludwig Schmidt: Zur Erklärung *Evangelische Kirche und Völkerverständigung* in: ThBl. 7 (1931), Sp. 214. Vgl. ebenda 8 (1931), Sp. 230–232; Hermann Sasse: Ökumenische Organisationen, in: KJB 1931, S. 478–483. Vgl. Schjorring: Gewissensethik, S. 164–169. Ist der materiell-politische Gehalt der Erklärung, die in ihrem Wesenskern einem deutschnationalen Wertungs- und Urteilshorizont entspricht und durch das Fehlen von jeglicher Empathie gegenüber Dritten gezeichnet ist, unbestritten, sieht Martin Ohst in ihr dennoch einen Versuch, „unter neuzeitlichen Bedingungen schöpferische reformatorische Grundansichten zu den Themen Kirchen und Reich Gottes neu auszusagen“. In diesem Verständnis zielten Althaus und Hirsch auch darauf ab, „den christlichen Glauben vor der Umschmelzung in ein Aggregat diesseitsorientierter Zielvorstellungen und moralischer Maximen zu bewahren, vor einer Umformung, die den christlichen Glauben zu einem unselbständigen Propagandamedium andersartiger Ideologien und Zielprojektionen machen würde“. Ohst: Weltkrieg, S. 88–100, hier S. 100. Diese konservativ-wohlwollende Interpretation, die einschließt, dass auch Hirsch ökumenische und internationale Kontakte prinzipiell für möglich hielt, übersieht dabei sowohl, dass seine Vorbedingungen diese faktisch negierten, als auch den Befund, dass Hirschs eigene Entwürfe (und auch die des *Deutschen Evangelischen Kirchenbundes*) zeit- und diesseitsgebunden waren. Gerade in Bezug auf die internationale Ökumene ist eine hohe Übereinstimmung

Noch größere Aufmerksamkeit erfuhr die Gemeinschaftsstellungnahme von Hirsch und seinem Göttinger Kollegen Hermann Dörries zum ‚Fall Dehn‘. 1930 hatte eine gezielte politische Kampagne gegen den Theologen Günther Dehn zur Rücknahme eines einstimmig erfolgten Rufes an die Universität Heidelberg geführt. Daraufhin erhielt er im Februar 1931 mit persönlicher Unterstützung des preußischen Kultusministers Adolf Grimme einen Ruf nach Halle, wo er bald starken Anfeindungen der dortigen nationalsozialistischen Studentenschaft sowie einem Vorlesungsboykott ausgesetzt war. Hintergrund war ein Vortrag Dehns, den er zweieinhalb Jahre zuvor, im November 1928, in Magdeburg gehalten hatte und der vor allem in nationalistisch-protestantischen Kreisen auf starke Ablehnung gestoßen war. Zum 10. Jahrestag des Kriegsendes hatte er sich kritisch mit der noch immer verbreiteten kirchlichen Kriegsverherrlichung auseinandergesetzt und sich für das individuelle Recht auf Kriegsdienstverweigerung und gegen die Aufstellung von Gedenktafeln für Gefallene in kirchlichen Räumen ausgesprochen. Wie die Auseinandersetzungen um Otto Baumgarten in Kiel (1930) und Erich Fascher (1931) – Fascher war in den Jahren 1922 bis 1926 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Neutestamentlichen Seminar in Göttingen und 1926 habilitiert worden – war der Haller Universitätskonflikt nicht zuletzt ein Gradmesser für das politische Klima an den deutschen Universitäten. Er markierte, so Friedemann Stengel, das „gesellschaftliche und auch kirchlich-theologische Scheitern der Demokratie im akademischen Deutschland“.<sup>276</sup>

In der deutschen Professorenschaft fand Dehn parteiübergreifende Unterstützung, wobei die akademische Lehrfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft im Mittelpunkt standen.<sup>277</sup> Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt (beide Bonn), Otto Piper (Münster), Martin Dibelius (Heidelberg) und Georg Wünsch (Marburg) erklärten sich darüber hinaus sachlich und persönlich mit Dehn solidarisch.<sup>278</sup> Verständnis für die studentischen Proteste äußerten dagegen Hirsch und Dörries, die in diesem Fall das Recht auf akademische Freiheit aussetzten. Für einen „Lehrer der deutschen Jugend“ gelte als Mindestvoraussetzung,

*zunächst die Erkenntnis, daß die Nation und ihre Freiheit bei aller Fragwürdigkeit des kreatürlichen Lebens auch für den Christen von Gott geheiligte Güter sind, die eine ganze Hingabe des Herzens und des Lebens fordern und aus dieser Erkenntnis folgend*

---

zwischen dem kirchlichen Handeln und der deutschen Revisionspolitik zu konstatieren. Vgl. Wright: Parteien; Nowak: Kirche, S. 197–204.

<sup>276</sup> Stengel: Universität, S. 294. Vgl. Meier: Fakultäten, S. 12–26; Faust: Studentenbund, Bd. 2, 62–73; Reimer: Hirsch, S. 86–88; Buss: Fakultät, S. 101–102.

<sup>277</sup> Abgedruckt in: ThBl. 11 (1931), Sp. 333. Vgl. den Kommentar von Wünsch in ThBl. 12 (1931), Sp. 360–361; ThBl. 3 (1932), Sp. 93–94.

<sup>278</sup> Abgedruckt in: ThBl. 11 (1931), Sp. 332. Vgl. Kapitel 20 „An den Rektor der Universität. Prof. Dr. Gustav Aubin, Halle, in: KBG, Bd. 35, S. 158–164. Vgl. Tietz: Barth, S. 216–221.

*dann das Bekenntnis zu dem leidenschaftlichen Freiheitswillen unseres Volkes, das von macht- und habgierigen Feinden geknechtet und geschändet wird.*<sup>279</sup>

Dies erfüllte Dehn im Urteil der beiden Göttinger Theologen nicht. Auch diese Stellungnahme, die faktisch nichts weniger war als ein preisgebendes Votum zugunsten eines unliebsamen Universitätskollegen, erregte großes Aufsehen und führte erneut zu scharfem Widerspruch.<sup>280</sup>

Die Frontstellung gegenüber Liberalismus, Sozialismus, Bolschewismus, Pazifismus und Internationalismus, die akute soziale und politische Zuspitzung und auch der starke Zuspruch für den Nationalsozialismus in der Studentenschaft brachten Hirsch spätestens Anfang der 1930er Jahre in eine verstärkte Auseinandersetzung mit der aufstrebenden NS-Bewegung. Sie verlief keinesfalls geradlinig und war von Ambivalenzen gekennzeichnet. 1931 schrieb er:

*Da ist zum Beispiel das Geisthafte an der sehr erdhaften Erscheinung des heutigen deutschen Lebens, der nationalsozialistischen Sturmabteilung; auch wer den in ihr waltenden Willen in vielem fragwürdig findet, muß sehen, daß in ihr Dienst und Gehorsam gehalten sind in der Tiefe eines auch im Leben und Warten bewährenden Opferwillens.*<sup>281</sup>

Noch als Hirsch einen Tag vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang für das Reichspräsidentenamt im Göttinger *Tageblatt* zur Wahl Hitlers aufrief, war sein Werben keinesfalls enthusiastisch. Er habe durchaus Bedenken gegenüber der NSDAP:

*Aber ich komme nicht um die Tatsache herum, daß in der ohne mein Zutun entstandenen Lage sich mir Hitler als einziger Repräsentant eines Willens zum Bruche mit den Fehlern des Jahrzehnts 1919–1931 und zu einem neuen deutschen Anfang bietet. [...]*

<sup>279</sup> Zum halleischen Universitätskonflikt, in: Glaube und Volk 1 (1932), S. 47. Zitiert nach Schjørring: *Gewissensethik*, S. 171. Der Beitrag wurde auch in anderen Zeitungen abgedruckt, z.B. in der *Preussischen Kirchenzeitung*.

<sup>280</sup> An dem folgenden öffentlichen Schlagabtausch zwischen Barth und Hirsch lassen sich ein weiteres Mal exemplarisch ihre theologischen Grunddifferenzen aufzeigen. Ihr Verhältnis war fortan irreparabel zerrüttet. Vgl. Kapitel 21–22, in: KBG, Bd. 35, S. 158–164. Zu einer ebenso erbitterten Kontroverse mit dem Bonner Neutestamentler und Schriftleiter der *Theologischen Blätter* Karl Ludwig Schmidt führte die ergänzende Erklärung von Dörries, dass er nicht als Theologe, sondern als ehemaliger Frontsoldat und aus nationalem und kirchlichem Verantwortungsgefühl gesprochen habe. Als „das schlechthin Unerträgliche im Vorgehen Dehns und seiner Richtung“ erkannte Dörries, dass er der ihres Rechts bewusste, aber auch schwankenden und unsicheren jungen „Freiheitsbewegung“ ihr gutes Gewissen rauben wolle. Dörries, in: Die Wartburg. Deutsch-evangelische Wochenschrift 2 (1932), S. 47–56, hier S. 55. Vgl. Schmidt, Zum Fall Dehn, in: ThBl. 3 (1932), Sp. 93–94. Insbesondere Schmidts Hinweis, dass Hirsch kein Kriegsteilnehmer gewesen war, bot Anlass für weitere Stellungnahmen. Vgl. ThBl. 6 (1932), Sp. 187–188; ThBl. 9 (1932), Sp. 285–286. 1962 schrieb Dehn in seinen Lebenserinnerungen: „Im Ganzen ist der Aufsatz von Dörries sympathischer als der von [Karl] Eger, weil er mit völlig offenem Visier kämpft, gewiß als mein grimmiger Feind, bisweilen grob, aber mir Ernst, Verantwortungsgefühl und Überzeugungstreue zubilligend.“ Dehn: *Zeit*, S. 282. Hirsch erwähnt er nicht.

<sup>281</sup> Hirsch: *Schöpfung*, S. 5.

*An der Zahl der für Hitler abgegeben Stimmen werden sie im Ausland die Stärke und die alle inneren Gegensätze in ihr dem Gemeinsamen aufopfernde innere Geschlossenheit der jungen deutschen Freiheitsbewegung einschätzen. [...] Ich wähle Adolf Hitler nicht leichten Herzens. Aber ich halte es in der Lage des 10. Aprils für meine Pflicht.*<sup>282</sup>

Noch deutlicher wurde er gegenüber Hans Grimm, mit dem er die Erklärung im Vorfeld abgestimmt hatte. Die öffentliche Wahlempfehlung pro Hitler sei ein Opfer, das ihm nicht leicht falle, letztendlich aber rufe die Stunde gebieterisch zum Wagnis.<sup>283</sup> Einen Monat später adressierte er an die *Göttinger Zeitung*, dass er „um des persönlichen Vertrauens willen“ noch immer zu Hugenberg's Deutschnationalen halte, er parteipolitisch aber nicht eingeeengt sein wolle. Ihm gehe es allein um die „Liebe zu meinem Volk“ und das Sprengen der Ketten von Versailles. Er sei überparteilich und erziehe in diesem Sinne junge Theologen, alles andere sei „haltlose Fama“.<sup>284</sup> Noch im Oktober bekräftigte er gegenüber Hans Lietzmann seine Mitgliedschaft in der DNVP und sparte nicht mit Kritik an den Nationalsozialisten, die „all die heilige Begeisterung“ ihrer Anhänger missbrauchten. Eine Reichskanzlerschaft Franz von Papens war für ihn aber keine Alternative, vielmehr sah er sie in einer Katastrophe enden.<sup>285</sup>

Dass es sich dennoch um eine Fundamentalwende handelte, legte Hirsch in seiner 1931 erschienenen Schrift *Schöpfung und Sünde in der natürlich-geschichtlichen Wirklichkeit des einzelnen Menschen. Versuch einer Grundlegung christlicher Lebensweisung* und vor allem in seiner Lehre *Vom verborgenen Souverän* dar, die Ende 1932 im Wesentlichen abgeschlossen war. Als der wahre Souverän – Hirsch verwendete das eingedeutschte Wort *Suverän* – galten ihm nun die nicht zu manipulierende „Schöpfungsgröße“ und „geistige Einheit“ der „Volkheit“, nicht mehr die staatliche Obrigkeit; als Leitbild diente ihm der organische Staat, in dem sich völkisch-nationale Eigenart ihre bestmögliche Gestalt geben könne:

*Jedes Glied des Volkes ist durch sein bestimmtes Sicheingliedern in das Volk gerufen an seiner Stelle und mit der ihm gegebenen Vollmacht, Deuter und Vollstrecker des Willens dieses verborgenen Souveräns zu sein und damit rechte Staatlichkeit mit zu erfüllen und zu gestalten. Jede wirkliche und beanspruchte Gewalt im Staate muß nach dem Maßstabe des, das nach dem Willen des verborgenen Souverän recht ist, geprüft und geurteilt wer-*

<sup>282</sup> „Ich werde Hitler wählen“, in: GT vom 9./10.1932. Die Erklärung ist abgedruckt in Trillhaas: Hirsch, S. 48. Vgl. Dahms: Universität, S. 397–410, hier S. 408.

<sup>283</sup> Beilage zum Brief Hirschs an Hans Grimm vom 3.4.1932. Assel: Hirsch, S. 48.

<sup>284</sup> Hirsch, in: Zwei Erklärungen, in: GZ vom 11.5.1932. Hirsch gab seine Mitgliedschaft in der DNVP erst im April 1933 auf. Nach einer Aussage von Walter Buff (1980) war Hirsch der DNVP frühestens Ende der 1920er Jahre beigetreten. Vgl. Reimers: Hirsch, S. 36. Gegenüber Heinz-Dietrich Wendland soll Hirsch Ende April 1932 wörtlich gesagt haben: „Ihre Kritik an unserem nationalen Bewußtsein und vor allem am Nationalsozialismus ist völlig gegenstandslos und überflüssig. Denn Adolf Hitler ist der von Gott gesandte Führer und Retter des deutschen Volkes.“ Diese Wortwahl passt für diese Zeit nicht zu Hirsch und trägt m.E. nachträgliche und apologetische Züge. Wendland: Wege, S. 135.

<sup>285</sup> Hirsch an Lietzmann am 22.10.1932. Aland (Hg.): Glanz, S. 717f.

*den in eigenem Gewissensentscheid, der sich selbst nach dem Maße seiner Vollmacht durch Gott begrenzen läßt, und danach muß dann im Ja des Vertrauens oder Nein des Abwehr behandelt werden.*<sup>286</sup>

Dabei bejahte er ein Recht auf Revolution und stellte jede staatliche Autorität und Legalität unter einen permanenten Vorbehalt des verbindlichen Gehorsams gegenüber der ‚Volksgemeinschaft‘. Seine Souveränitätslehre war entgegen seiner Feststellung einer fortgeführten Kontinuität ein radikaler Bruch mit der reformatorischen Haltung zur Obrigkeit und dem evangelischen Staatsbegriff des 19. Jahrhunderts.<sup>287</sup>

Zusammen mit Paul Althaus, Friedrich Gogarten und Wilhelm Stapel, dem einflussreichen Herausgeber der Monatsschrift *Deutsches Volkstum*, zählt Hirsch zu den exponiertesten Vertretern und Vordenkern einer Volkstheologie: Der ethische Bezugspunkt ihrer Theologie verlagerte sich vom Individuum auf die ‚Volksgemeinschaft‘.<sup>288</sup> Diese Verschiebung war eminent politisch. Ohne Zweifel trugen die vier Genannten dazu bei, die in den protestantischen Milieus ohnehin gering ausgeprägte Identifikation mit der Republik zusätzlich zu unterminieren und diese auf eine neue Staatsordnung vorzubereiten, hinter der sich eine noch gestaltlose, dennoch in autoritäre Form gekleidete Verwirklichung einer wie auch immer bestimmten ‚Volksgemeinschaft‘ verbarg. Vor allem Hirsch knüpfte an den idealisierten nationalen Ethos der Kriegsjahre an. Anfang der 1930er Jahre war seine Antwort auf die tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Krisenerfahrungen, die er freilich umfassend in die von ihm erkannte „Krise der Moderne“ einband, der entschlossene Wille zu einem radikalen Neubeginn. Hirschs Hoffnungen richteten sich dabei nicht zwangsläufig auf ‚den‘ Nationalsozialismus, über dessen Indifferenz in religiösen Fragen mit seinen partiell kirchen- und christentumsfeindlichen Zügen er sich ebenso bewusst war wie über die Unvereinbarkeit mit der nationalsozialistischen Bluts- und Rassenbindung. Faktisch aber waren es die Nationalsozialisten, die nach der Bildung der Regierung Hitler sowohl über die politische Macht als auch über den notwendigen Gestaltungswillen verfügten, den Wiederaufstieg Deutschlands einzuleiten und umzusetzen. Diese von ihm lange herbeigesehnte Möglichkeit führte Hirsch im Frühjahr 1933 endgültig ins nationalsozialistische Lager.

<sup>286</sup> Hirsch: *Suverän*, S. 7.

<sup>287</sup> Zum evangelischen Staatsdenken im Umkreis des neueren Konservatismus vgl. Nowak: *Kirche*, S. 227–244. Vgl. Inacker: *Transzendenz*, S. 35–101.

<sup>288</sup> Scholder: *Kirche I*, S. 127 und S. 130.

## Die Kirchen und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen: Johannes Hempel und Hermann Dörries.

1932 erschien die zweibändige Sammlung *Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen*. Herausgeber war der protestantisch-liberale Verleger und Synodale Leopold Klotz. Er hatte verschiedene Theologen und evangelische Christinnen befragt, „ob und wie weit die große Freiheitsbewegung, die durch unser Volk geht, vor dem evangelischen Glauben bestehen“ könne.<sup>289</sup> Die Bandbreite der Beiträge war groß. Vertreten waren Religiöse Sozialisten, Kulturprotestanten und liberale Demokraten, nationalkonservative Lutheraner, christlich orientierte Völkische und Deutschkirchler sowie führende Mitglieder der noch jungen nationalsozialistischen *Glaubensbewegung Deutsche Christen*.<sup>290</sup> Beiträge lieferten auch zwei aktive Göttinger Ordinarien: Johannes Hempel und Hermann Dörries.

Hempels Beitrag entstand Ende 1931 oder Anfang 1932. Er legt nahe, dass Hempel selbst verschiedene NSDAP-Veranstaltungen besucht hatte. Ausgangspunkt war sein Befund, dass große Teile der Wählerschaft der NSDAP christlich gesonnen seien und die „Privatmeinung“ Rosenbergs und seiner Anhänger nicht teilten. Die NSDAP habe darauf Rücksicht zu nehmen, denn anders als 1924 sei heute durch eine antikirchliche bzw. antichristliche Haltung politisch nichts zu gewinnen. Gleichwohl sah er den „Inhalt des Christentums, das in der Partei lebendig“ sei, von „einer starken Blässe und Verschwommenheit“ bestimmt.<sup>291</sup> Die Bedeutung der „Rassenfrage“ habe zugenommen, bezüglich ihrer Stellung zur Bibel aber konstatierte Hempel eine Wesensverwandtschaft zu den liberalaufgeklärten Vorstellungen der Vorkriegszeit. Es gehe um „die Überordnung eines fremden Prinzips als Maßstab für die Geltung und Verpflichtungskraft der Schrift für den Einzelnen wie für die Volksgemeinschaft“.<sup>292</sup> Deshalb, so Hempel, liege in dem „Zorn wider die Pharisäer und die Reinigung des Tempels“, so seine Beschreibung der neugewonnenen Attraktivität des Christentums, in dem „Jesus als

---

<sup>289</sup> Klotz (Hg.): Kirche I, Vorwort des Herausgebers.

<sup>290</sup> Beiträge lieferten in Bd.1: Ernst Bizer, Alfred Depuhl, Karl Eger, Paul Fiebig, Emil Fuchs, Friedrich Heiler, Johannes Hempel, Otto Henneberger, Ferdinand Kattenbusch, Walther Künneth, Hans v. Lüpke, Reinhard Mumm, Friedrich Niebergall, Friedrich Peter, Otto Piper, Martin Rade, Karl Ritter, Gotthilf Schenkel, Wilhelm Schubring, Hermann Strathmann, Paul Tillich, Heinrich Weinel, Joseph Wittig; in Bd. 2: Johannes Bruns, Ernst Bublitz, Walther Classen, Theodor Devaranne, Hermann Dörries, Andreas Duhm, Herbert Grabert, Ina Schlössl, Gerhard Heinzelmann, Gertrud Herrmann, Hermann Mulert, Siegfried Nobiling, Naphtali Rudnitzky, Friedrich Rump, Carl Schabau, Walter Schmidt, Horst Stephan, Arthur Titius, Friedrich Wieneke, Lilly Zarncke.

<sup>291</sup> Hempel: Kirche, S. 44f. Dieser Zusammenhang stößt bis heute auf wenig Beachtung. Voraussetzung des politischen Siegeszugs der Nationalsozialisten in den frühen 1930er Jahren war, dass es gelang, die NSDAP aus dem „politischen Ghetto der bloßen Radau- und Putschpartei; aus dem landsmannschaftlichen Ghetto einer bayrisch-österreichischen Sondergruppierung und dem religiösen Ghetto einer völkischen Sekte“ herauszuführen. Scholder: Kirche, Bd. 1, S. 123.

<sup>292</sup> Hempel: Kirche, S. 45.

männliche[r] Vorkämpfer wider heuchlerische Pseudoreligiosität“ dargestellt werde, eine große Gefahr, nämlich die Möglichkeit der „Übermalung des Bildes Jesu mit Zügen Adolf Hitlers“. Die „unstillbare Sehnsucht nach dem kommenden Erlöser, der aller Not eine Ende“ mache, könnte den politischen Führer an die Stelle des christlichen Heilands treten lassen.<sup>293</sup>

Dennoch mache „die Bewegung in ihrem starken Siegeszuge das schärfste Gericht über die Kirche“ sichtbar. Die breite „Durchsetzung des sozialen Gedankens“ zeige die tradierte Bindung der Kirche an die „besitzwahrenden Kreise“ und offenbare das Versagen der Kirche – trotz Wichern und Stoecker, trotz der „Betheler Botschaft“. Ebenso habe es die Kirche in den Jahrhunderten des Volkskirchentums nicht verstanden, „eine christliche Lehre vom Volkstum vom ersten Artikel her zu schaffen und dadurch eine christlich begründete Stellung auch zu Wehrhaftigkeit und Rassenhygiene im Volksbewusstsein durchzusetzen“.<sup>294</sup> Es bestehe die Gefahr, so Hempel, dass die Kirche in einen Kampf mit dem Staat gezwungen werde, der ob seiner Totalität wesensbestimmt intolerant sein müsse. Deshalb, und weil es die Kirche über Jahrhunderte nicht verstanden habe, eine „wehrhafte evangelische Staatsauffassung“ auszubilden, müsse sie nun im säkularisierten Staat für den weltanschaulich toleranten Staat eintreten und Gewissensfreiheit einfordern. Trotz seiner insgesamt skeptischen Einschätzung sah Hempel auch eine „große Zukunftsmöglichkeit“ für die Kirche. Im sozialen Gedanken, der nun praktisch werde, versteckten sich zwar auch romantische und marxistische Vorstellungen, die letzte Wurzel aber könne nur die christliche Bruderliebe sein: Nur auf dieser Grundlage könne er langfristig wirken:

*Diesen Dienst der Läuterung und Stärkung der sozialen Gesinnung und Forderung aber kann der nationalsozialistischen Bewegung wie unserem Volke überhaupt nur die Kirche leisten, indem sie das Bild Jesu als letztendlich zur sozialen Gesinnung und zur sozialen Hilfsstat verpflichtende Kraft lebendig gestaltet.*<sup>295</sup>

Dazu leiste die Kirche auch mit der „inneren Überwindung des Neuheidentums“ einen wichtigen Beitrag. Denn, so Hempel, wenn man selbst nicht glaube, könne man dem Volk auch seine Religion nicht erhalten und würde es an die Gottlosenbewegung verlieren. Insofern entscheide sich am Schicksal der NSDAP auch das Schicksal Deutschlands. Denn ein „freies Deutschland“ könne nur möglich sein, wenn es sozial, d.h. christlich sei, ansonsten ver falle es dem Bolschewismus. In der Auseinandersetzung mit „dem Osten“ komme der Kirche so eine entscheidende Stellung zu. Bewahre die Kirche die NSDAP vor dem Neuheidentum, so werde

---

<sup>293</sup> Hempel: Kirche, S. 46.

<sup>294</sup> Hempel: Kirche, S. 49.

<sup>295</sup> Hempel: Kirche, S. 49.



„sie zugleich zur Retterin der ungeheuren deutschen Kulturwerte, die mit dem Christentum in Deutschland versinken und die Welt verarmen lassen würden“:<sup>296</sup>

*Nur der ‚Nationalismus‘ wird eine Zukunft haben, der sein Volkstum nimmt als eine Schöpfergabe Gottes, die als solche unter dem Willen Gottes steht, und es wäre das Ende eines deutschen Nationalismus, wenn er sich in eine Vergötzung des ‚deutschen Wesens‘ als einer naturhaften Größe hineinverlieren wolle.*<sup>297</sup>

Eine konkrete Antwort auf die nationalsozialistische Herausforderung gab Hempel nicht. Das Fortbestehen der Republik kam in seinem Beitrag nicht einmal mehr als Gedankenspiel vor. Auch wenn er anerkannte, dass der „aktuelle religiöse Stand des Nationalsozialismus“ der Kirche ihre Versäumnisse aufzeige, stand er dem totalitären und intoleranten Charakter des NS-Staates illusionslos gegenüber. Seine Forderung, durch eine „religiös-christliche Erneuerung Retterin unseres Volkes in seiner ärgsten Not zu sein“, wirkte bemüht, auch wenn er die Kirche eindringlich davor warnte, sich mit der NS-Bewegung zu identifizieren. Ihre Aufgabe sei es, allen „Gliedern des Volkes“ das Evangelium zu predigen.<sup>298</sup>

Hermann Dörries stellte seinen Beitrag unter die Überschrift *An die Kritiker des Nationalsozialismus: ein Schutzwort statt einer Kritik*. Auch sein Beitrag lässt vermuten, dass er bereits nationalsozialistische Parteiveranstaltungen besucht hatte. Ausdrücklich begrüßte Dörries den Kampf gegen die „Unfreiheit und Not unseres Volkes“, der für ihn auf dem Gewissen beruhte, und sah diejenigen, die diesen Angriff führten, in „Gottes Dienst“ stehend. Die Kirche könne nur ein grundlegendes Ziel anerkennen, wer aber den Auftrag habe, dieses zu erreichen, könne sie nicht wissen. Deshalb habe sie nicht das Recht, diese Entwicklung zu hemmen, ansonsten falle sie Gott selbst in den Arm. Sie müsse vielmehr unterstützend eingreifen und erklären, dass es „ein schöner und wohlgefälliger Dienst“ sei und dass derjenige, der in Zuversicht kämpfe und erliege, ein Märtyrer sei und vor Gott und den Menschen in höchsten Ehren gehalten werde: „Dann ist der Tod der höchste Dienst, den der Gefallene seinem Volke leistet.“<sup>299</sup> Das „Blut der Märtyrer“ tilge auch durchaus vorhandene Schuld und Makel. Mit einem Verweis auf Luther rief er schließlich dazu auf, sich an diesem Kampf zu beteiligen: „So ist es ein jeder, der ehrlichen Herzens zu der Überzeugung gekommen ist, hier öffne sich ein Weg

---

<sup>296</sup> Hempel: Kirche, S. 51. Hempel zog Parallelen zur SPD, bei der die Kirche das Durchsetzen des „materialistischen Denkens“ nicht habe verhindern können. In Göttingen gab es seit 1931 regelmäßige Werbeveranstaltungen des *Tannenbergbundes*. Otte: Geschichte, S. 620.

<sup>297</sup> Hempel: Kirche, S. 52.

<sup>298</sup> Hempel: Kirche, S. 52. Krumwiede gesteht Hempel dagegen ein eindeutiges Urteil über den Nationalsozialismus zu: 1. Die Stellung zum Christentum (positives Christentum?), 2. Überordnung des Rassengedankens über die Bibel, 3. Intoleranz des totalen Staates, 4. Ersetzung des Heilands durch einen politischen Führer, 5. Vergötzung des ‚deutschen Wesens‘. Dabei lässt er Hempels Argumentation und seine Schlüsse außer Acht. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 554.

<sup>299</sup> Dörries: Kirche, S. 38. Vgl. Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus, S. 27–35.

zur Rettung unseres Volkes, gehalten, mitzutun, und ihm ist es nicht erlaubt, beiseite zu stehen.<sup>300</sup> Vor allem aber zielt seine polemische Fundamentalkritik auf eine Politik, die seiner Meinung nach allein auf Völkerverständigung und nationale Selbstaufgabe ausgerichtet sei:

*Ein Staatsmann, der zugunsten der erträumten gesellschaftlichen Umgestaltung Europas auf die Machtmittel der staatlichen Selbstbehauptung verzichtet, handelt nicht weitsichtig, sondern gewissenlos, und eine Kirche, die ihn dazu ermutigte, überschritte in frevelhaftem Übermut ihre Pflicht.<sup>301</sup>*

Ostpreußen und die anderen im Versailler Vertragswerk abgetrennten Landesteile galten ihm dabei nicht als Güter, sondern als „göttliche Lehnen“, die man keiner internationalen Verständigung opfern dürfe. Die Kirche habe zwar nicht Krieg, sondern den Frieden zu predigen, aber „um einer besseren Gerechtigkeit willen dem Staat, der zur Grenzwehr fordert, den Dienst zu verweigern, ist Verrat am Christentum wie am Volk.“<sup>302</sup>

Entscheidend in der Haltung zur NSDAP war für Dörries die „religiöse Stellung der Bewegung“, die er freilich für unproblematisch hielt. Er sah in der christlichen Bindung des Nationalsozialismus bzw. deren Führer keine Notwendigkeit. Der Versuch, an „die Stelle des politischen Hakenkreuzzeichens das Kreuz aufpflanzen zu wollen“ sei vielmehr eine „schauerliche Vermischung“ der beiden Reiche, der „so sicher der göttlichen Strafe ausgesetzt“ sei, wie es bisher jedem Versuch in der Geschichte ergangen sei, der ein Gottesreich auf Erden zu errichten versuchte.<sup>303</sup> In dem klug gewählten Begriff des ‚Positiven Christentums‘ erkenne er aber die Bereitwilligkeit, der christlichen Verkündigung keine Hindernisse in den Weg zu legen. Dies halte er für ausreichend, denn der Staat dürfe keine Gewissensgrenzen setzen. Folgerichtig plädierte Dörries für einen starken Staat – alles andere habe schon im Ersten Weltkrieg zur Niederlage geführt – und erteilte allen Bemühungen eine Absage, Kirche und Politik zu vermischen oder gar eine evangelische Partei zu gründen. Stattdessen müsse die Kirche erkennen, dass Tat und Erfolg Gabe seien und dass auch „das Deutschtum nichts Naturgegebenes, sondern eine durch Anlage und Geschichte bestimmte Aufgabe“ sei.<sup>304</sup> Für Dörries schloss dies eine offene und ehrliche Kritik aus christlicher Sicht ein, die aber niemals politisch und eigennützig sein dürfe. Im Sommer 1932 war aus seiner Sicht noch nicht ausgemacht, ob der Nationalsozialismus den „göttlichen Auftrag

<sup>300</sup> Dörries: Kirche, S. 39. Dörries bleibt in dieser Passage unkonkret. Der Gesamtzusammenhang erlaubt selbst die Deutung, dass Dörries sich positiv auf den gewalttätig ausgetragenen ‚Kampf um die Straße‘ bezieht.

<sup>301</sup> Dörries: Kirche, S. 40.

<sup>302</sup> Dörries: Kirche, S. 41. Dörries sah im Nationalsozialismus ‚Volksgemeinschaft‘, die Aufhebung von Klassenschranken und eine tiefe Verbundenheit gegen einen „seelenzerstörerischen Klassenkampf“.

<sup>303</sup> Dörries: Kirche, S. 42.

<sup>304</sup> Dörries: Kirche, S. 44.

zur befreienden Tat“ habe und sich letztendlich durchsetzen werde. Wie viele andere aber glaubte er daran. Die Theologen sollten, so Dörries, für die Nationalsozialisten eintreten, denen offenkundig Unrecht geschehe:

*Wie lange sind die Nationalsozialisten mit brutaler Gewalt niedergehalten, verfolgt, geschmäht, verspottet, von Meuchelmord bedroht! [...] Noch steht die Mehrheit des Volkes im Gegenlager. Noch macht der Theologe, der das werdende gegen das Missratene in Schutz nimmt, sich nicht der siegreichen Gewalt untertan, kämpft vielmehr gegen den immer mächtigen Zeitgeist an. Noch braucht er sich nicht zu sichern gegen den Vorwurf des schwächlichen Gutheißen des Bestehenden.<sup>305</sup>*

Und die Aufgabe der Kirche? Aktuell habe man es mit einer Bewegung zu tun, nicht mit dem Staat. Eine Hoffnung sei, dass dieser die großen politischen Aufgaben löse. Gleichwohl erkannte auch Dörries in der „sehr verschiedene weltanschauliche und religiöse Gruppen umfassenden nationalsozialistischen Bewegung Kräfte, die mehr als eine neue Staatsform schaffen“ wollten: „Zeichen des religiösen Suchens und Verlangens sind vielfach zu bemerken.“ Die Kirche dürfe ihre Türen angesichts dieses Strebens nicht zuschlagen:

*Sie muss die Verpflichtung recht begreifen, die mit diesem so lange vermissten Wunsch und Anspruch der jungen Generation ihr zugewachsen ist. Es ist zugleich eine Pflicht zum geistigen Kampf mit den anderen Religionen und Weltanschauungen, die nach der Seele des deutschen Volkes greifen und gerade das noch Ungeformte und nach Gestalt Drängende der Jugend zu gewinnen suchen.<sup>306</sup>*

## Positionierungen: gegen die Republik

Im Umbruchsjahr 1932 lehrten an der Göttinger Theologischen Fakultät zehn Ordinarien. Sieben von ihnen gehörten der DNVP oder standen ihr inhaltlich nahe: Behm, Dörries, Duhm, Hirsch, Meyer, Stange und Wobbermin. Dennoch optierten mindestens fünf von ihnen (Behm, Dörries, Hirsch, Meyer und Wobbermin) bereits für die NSDAP bzw. standen dem Nationalsozialismus offen gegenüber.<sup>307</sup> Der CSVD-Landesvorsitzende Johannes Hempel formulierte zwar Bedenken gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und sah den totalitären Charakter der NSDAP mit großem Unbehagen, erkannte aber zugleich eine „große Zukunftsmöglichkeit“, die der Nationalsozialismus den Kirchen bieten könne.

<sup>305</sup> Dörries: Kirche, S. 45. Die folgenden Zitate ebenda.

<sup>306</sup> Dörries: Kirche, S. 45.

<sup>307</sup> Über Rahlfs lassen sich keine belastbaren Aussagen treffen. In ihren Entnazifizierungsverfahren gaben Dörries, Meyer und Stange an, bei den Novemberwahlen 1932 DNVP gewählt zu haben. Meyer wählte im März 1933 NSDAP. Vgl. die entsprechenden Unterlagen in: NLA HA, Nds. 171 Hildesheim. 1932 ergriffen im Reich 87 Professoren offen Partei für die NSDAP (1,2 Prozent). Faust: Professoren, S. 42. Auch hier lag die Anzahl derjenigen, die sich im Sinne einer ‚Revolution von rechts‘ engagierten, deutlich höher.

Mit der Republik hatte er abgeschlossen. Lediglich für Walter Bauer und den innerhalb der Fakultät einflusslosen, kaum mehr als geduldeten Honorarprofessor Hermann Schuster ist eine anhaltend vernunftrepublikanische Einstellung anzunehmen, ohne dass sie sich für die Republik einsetzten. Als Verteidigerin der Demokratie fiel die Fakultät in ihrer Gesamtheit aus.

## **Sinnsuche und politische Radikalisierung: die Studenten der Theologie**

### **Theologiestudium „im Herzen Deutschlands“: Übersicht und studentische Kommunikationsräume**

Die Göttinger Theologische Fakultät zählte zu den mittelgroßen des Deutschen Reiches. Betrug die Anzahl der Theologiestudenten zum SoSe 1919 noch 314, sank sie kontinuierlich ab und erreichte zum SoSe 1923 mit 136 ihren Tiefpunkt. Innerhalb von nur vier Jahren bedeutete dies einen Rückgang von über 50 Prozent. Ab dem SoSe 1927 verzeichnete die Fakultät einen leichten Anstieg, der sich dynamisch entwickelte. Nachdem zum SoSe 1930 erneut die 300er-Marke überschritten war, erreichte man im SoSe 1932 mit 384 Studenten einen neuen Höchststand. Der Gipfel des ‚Theologenberges‘ war erreicht. Dieser Andrang ist auch darauf zurückzuführen, dass ab Mitte der 1920er Jahre das Studium der Theologie trotz der angespannten Haushaltslage in den evangelischen Landeskirchen und den ungesicherten Aussichten auf eine Festanstellung oftmals als Verlegenheitsstudium aufgenommen wurde, um der allgemeinen akademischen Berufskrise zu entkommen.<sup>308</sup> Mit leichten Abweichungen ordnet sich dieser Verlauf in den

---

<sup>308</sup> Vgl. Kater: Studentenschaft, S. 70–71, 124. Ein Kennzeichen der Entwicklung an den Universitäten war das kontinuierliche Ansteigen der Anzahl der Theologiestudenten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Immatrikulierten. Der Tiefstwert lag im WS 1923/24 bei 2,7 Prozent, im WS 1932/33

allgemeinen Zuspruch zum Theologiestudium an deutschen Hochschulen ein.<sup>309</sup> Die Anzahl der Studentinnen – als eines der letzten Länder des Deutschen Reiches hatte Preußen im August 1908 das Frauenstudium ermöglicht – war in Göttingen gering.<sup>310</sup> An der Theologischen Fakultät erreichte ihre Anzahl erst zum SoSe 1929 einen zweistelligen Bereich. Der Hauptgrund lag in den fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Theologinnen, denen das Pfarramt versagt war.<sup>311</sup> Gemäß der lutherischen Ausrichtung der Fakultät, der starken Frequentierung durch Landeskinder sowie der verzögerten Einrichtung eines Ordinariats für *Reformierte Theologie* dominierten lutherische Studenten. 1921 studierten in Göttingen lediglich zehn Studenten reformierten Bekenntnisses.<sup>312</sup> Über die Theologiestudenten schrieb Karl Barth im November 1921:

*Unter meinen Zuhörern sind viele alte Kriegersleute, ein Kompaniekommandant, ein Batteriechef (!), ein österreichischer Kaiserschützenleutnant (der hier täglich einige Stunden pflästert – mitten auf der Straße! – um Geld zu verdienen), die Söhne von Pfarrer Schlunck-Melsungen (von denen einer frisch aus dem Oberschlesischen Freicorps kommt). Der Batteriechef hat sich in Mazedonien zum Studium der Theologie entschlossen, als er einem Soldaten des Nachts auf der Wache keine befriedigende Antwort auf religiöse Fragen geben konnte. Neben diesen Geprüften dann freilich auch allerlei grüne Büblein, Wandervögel, Beamten söhne (die rasch fertig werden möchten), schüchterne Begeisterte usf. Die üblichen Wingolfiten-Bänder mit entsprechenden Gesichtern darüber fehlen auch nicht, und mehrere Hornbrillen, die mich starr betrachten, sind ebenfalls vorhanden. Kurz, ich bin ganz und gar im Herzen Deutschlands.<sup>313</sup>*

Ihre soziale Lage unterschied sich nicht von denen ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen: Es herrschten Hunger, schlechte Wohnverhältnisse, Mangel am

---

lag er bereits bei 7,4 Prozent. Tabelle 4: Studienrichtung an reichsdeutschen Hochschulen 1913–1933. Kater: Studentenschaft, S. 210–211. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 46–51.

<sup>309</sup> Vgl. Maerker: Zahlen.

<sup>310</sup> Vgl. Costas: Anfänge.

<sup>311</sup> Die Landeskirche war erst 1920 bereit, Frauen das Theologische Examen abzulegen. *Das Kirchengesetz über Vorbildung und Anstellung der Pfarramtshelferin* vom 17.5.1930 sah bis zum Ersten Examen eine gleiche Ausbildung wie bei Studenten vor, dann eine zweijährige Weiterbildung in der Gemeindeführung, der Inneren Mission, der Wohlfahrtspflege und der Religionspädagogik. Die Ordination war nicht vorgesehen, stattdessen die Einsegnung durch einen Superintendenten. Pfarramtliche Tätigkeit im Gemeindedienst und die öffentliche Verwaltung der Sakramente waren ausgeschlossen. Vgl. Köhler: Entwicklung, S. 114–115, S. 122–125. Vgl. Tollmien: Universität, S. 377–386, hier S. 381.

<sup>312</sup> Der Anteil der nichtpreussischen Studenten lag in den Jahren 1918 bis 1922 unter 25 Prozent. Freudenberg: Barth, S. 58. Ab dem WS 1923/24 studierte u.a. Wilhelm Niesel in Göttingen, der während des ‚Kirchenkampfes‘ und im deutschen Nachkriegsprotestantismus eine bedeutende Rolle spielte. Niesel war Barths erster Doktorand und blieb zeitlebens freundschaftlich mit ihm verbunden. Vgl. Freudenberg/Ulrichs (Hg.): Barth.

<sup>313</sup> Barth an Thurneysen am 18.11.1921, in: KBG V., Bd. 2, S. 8–12, hier S. 9f.

Nötigsten.<sup>314</sup> Die Aufzeichnungen des Studentenpfarrers Hans Wiesenfeldt für die Jahre 1926 bis 1932 enden mit den Worten: „Anschwellen der Arbeitslosenzahl. Politisches Durcheinander. Menschen hungern und frieren. Viele Studenten stehen vor ungewisser Zukunft. Selbstmorde. Eine schreckliche Zeit!“<sup>315</sup>

Anfang der 1930er Jahre nahmen an eigens eingerichteten studentischen Gottesdiensten zwischen 400 und 600 Studenten teil, in etwa 10 bis 15 Prozent aller Immatrikulierten.<sup>316</sup> Das studentische Verhältnis zu Religion und Kirche war uneinheitlich und ambivalent: einerseits eine massive Abwendung von der Kirche, andererseits ein starkes religiöses Interesse. Wiesenfeldt erkannte zum WS 1930/31 „in nicht wenigen studentischen Kreisen bei ehrlicher Kritik an der bestehenden Kirche“ einen ernsten religiösen Willen und „ernstes Bemühen um neue gottesdienstliche Formen“.<sup>317</sup> Öffentlich kritisierte er andererseits den studentischen Individualismus und ihre Entfremdung von der Kirche, ihre Lebensferne sowie ihre Bindung an Staat, Kapitalismus und eine bürgerliche Lebenswelt.<sup>318</sup> Für die sozialen Kontakte und die Vergemeinschaftung von theologischen, gesellschaftlichen und politischen Debatten jenseits des Studiums waren gesonderte studentische Räume von zentraler Bedeutung. Diese sind zum einen wörtlich zu nehmen. Aufgrund beengter Wohnverhältnisse, um zu musizieren oder schlicht um Heizkosten zu sparen, wurden die vorhandenen gemeinschaftlichen Räume rege genutzt.<sup>319</sup> Zum anderen waren sie zentrale Orte der studentischen Kommunikation. Dabei lassen sich vier unterschiedliche Typen ausmachen:

*Gemeinsames Wohnen:* Zuvorderst ist hier das Theologische Stift zu nehmen, in dem für eine begrenzte Zeit zwischen 16 und 30 Studenten in gemeinsamer Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft lebten.<sup>320</sup> Das Stift zeichnete sich durch ein reges und gegenseitig verpflichtetes Gemeinschaftsleben aus, das über Veranstaltungen und gemeinschaftliche Aktivitäten den Alltag des Einzelnen (mit)bestimmte.<sup>321</sup>

---

<sup>314</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 62–76. Für Göttingen vgl. Lilje: Memorabilia, S. 13–16. Zum Göttinger Wingolf vgl. Wilhelm Pauck: Semesterbericht, in: WB 14 (1922), Sp. 321; Jantzen, Semesterbericht, in: WB 5 (1924), Sp. 14/15.

<sup>315</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, hier Anlage 1, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

<sup>316</sup> Ebenda, Kapitel „Die Träger der Arbeit“.

<sup>317</sup> Ebenda, hier Anlage 1. Die Distanz zur Kirche war nach seinem Dafürhalten Ergebnis der Kritik am Staatskirchentum, formalen und ‚langweiligen‘ Predigten und eigenen Zweifeln.

<sup>318</sup> Wiesenfeldt: Student und Politik, in: GHZ 4 vom 17.12.1930; ders.: Student und Kirche, in: ebenda 10 vom 17.4.1931.

<sup>319</sup> Beispielsweise bot das DDCSV-Haus ein Klavier und eine Tischtennisplatte. Bericht WS 1929/30 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV.

<sup>320</sup> Universitätstaschenbuch 1922, S. 44.

<sup>321</sup> Ähnlich angelegt war das seit 1932 ebenfalls bei der Fakultät angesiedelte Göttinger Konvikt, das 42 Plätze bot. Im Zuge der Diskussion um eine reformierte Professur entstand 1921 auch ein reformiertes Studienhaus, das 1928 neugegründet werden musste. Das Haus befand sich im Besitz der Göttinger reformierten Gemeinde, getragen wurde es vom *Bund der evangelisch-reformierten Gemeinden*

*Korporationen:* Für korporierte Studenten war ihre Verbindung der zentrale Bezugspunkt. Ihre Grundprinzipien waren satzungsmäßig fixiert. Der Korporationsgedanke mit seinem Lebensbundprinzip und die Zugehörigkeit in einen überregionalen Gesamtzusammenhang wirkten in hohem Maße identitätsstiftend. Neben dem gemeinschaftlichen Leben auf dem Verbindungshaus gab es eine Fülle von verpflichtenden Gemeinschaftsaktivitäten, die teils streng reglementiert waren.<sup>322</sup> Die bedeutendsten christlichen Verbindungen in Göttingen – die katholischen Studentenverbindungen finden hier keine Berücksichtigung – waren der *Wingolf*, die im Schwarzburgbund organisierte *Burschenschaft Germania* sowie die Verbindung *Thuringia Coburgia*. Der akademische *Ev.-Luth. Studentenverein Philadelphia* erklärte sich erst im April 1933 zur Verbindung.<sup>323</sup> Sonderfälle waren die *Deutsche Christliche Studentenvereinigung* (DCSV) und die eng mit ihm verbundene *Deutsche Christliche Vereinigung studierender Frauen* (DCVSF). Es handelte sich um studentische Verbände, die sich aber bewusst interkorporativ verstanden.

*Studentische Selbstorganisation:* Als studentische Interessenvertretungen sind vor allem die *Freie Evangelische Fachschaft* (FETH) und die unabhängige *Deutsche Evangelische Theologenschaft* (DETh) zu nennen. Der 1925 gegründete *Verband evangelischer Theologinnen Deutschlands* spielte in Göttingen keine Rolle.

*Studentenpfarramt:* Ab 1926 bestellte die Landeskirche einen hauptamtlichen Studentenpfarrer, dessen Stelle sie zu 100 Prozent finanzierte. Sein Aufgabenfeld umfasste Beratung, Seelsorge und die Durchführung von Veranstaltungen. Das Studentenpfarramt entwickelte sich zusehends zu einer zentralen kommunikativen Schnittstelle. Fakultätsübergreifend, freilich von Theologinnen und Theologen geprägt, entstand in seinem Umfeld der *Evangelische Studentendienst*, der 1928 in den *Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft* überging.

Die hier vorgenommene Kategorisierung soll nicht den Eindruck von abgegrenzten Subsystemen erwecken. Vielmehr gab es unabhängig von Einzelinteressen, zumal bei den Beitrittsorganisationen, immer wieder Aktivitäten, die auf eine Bündelung der evangelischen Kräfte an der Universität und eine gemeinsame Interessenvertretung abzielten. In der Umbruchphase 1918/19 schlossen sich 99 Theologiestudenten, also rund ein Drittel, dem *Studentischen Volkskirchenbund* an, der sich als Teil der von Arthur Titius ins Leben gerufenen Volkskirchenbünde für den Erhalt einer evangelischen Volkskirche und die Beibehaltung angemessener Staatsleistungen einsetzte.<sup>324</sup> Anfang der 1920er Jahre bestanden eine *Christliche Liste*, die mit einem Sitz in der Göttinger Kammer vertreten war, und der *Studenti-*

---

*Deutschlands.* Das Studienhaus stand nicht nur Theologen offen. Für die Zeit der Weimarer Republik ist es bisher nicht erforscht.

<sup>322</sup> Vgl. z.B. den Kommentar des Göttinger Wingolfs (1927).

<sup>323</sup> Zur Bedeutung vgl. Dahms: Verbindungen, S. 41. Vgl. die Kurzdarstellungen der Verbindungen und Vereine im Göttinger Universitätstaschenbuch.

<sup>324</sup> Dem Bund gehörten im SoSe 1919 172 Mitglieder an. Mitgliedsliste. UAG, Rekt., Nr. 26.



sehe *Bund zur Besprechung religiöser Lebensfragen*.<sup>325</sup> Letztgenannter war als Zusammenschluss der christlichen Verbindungen von der *Burschenschaft Germania* initiiert worden, um über öffentliche Missionsabende und Vorträge das Christentum zu fördern und zu vertiefen.<sup>326</sup> Im Juli 1920 gehörten ihm 84 Mitglieder an. Nach zwei Vortragsveranstaltungen mit Carl Stange und dem Marburger Religionswissenschaftler Friedrich Heiler stellte der Bund seine Aktivitäten ein. Er dokumentiert freilich das Interesse, sich aus einer bewusst christlichen Perspektive in hochschulöffentliche Debatten einzubringen.<sup>327</sup>

## Das Theologische Stift

Das Theologische Stift geht auf das 1765 gegründete *collegium theologicum repentium* zurück und zählt zu den ältesten Einrichtungen der Universität. Seit 1859 residierte das Stift in einem Wohnhaus Am Stumpfbiel 2. Seine in den Grundzügen bis heute beibehaltene Struktur bekam das Repetentencollegium mit dem *Reglement für das theologische Stift bei der königlichen Universität zu Göttingen* vom 8. Juni 1878. Mit der Bezeichnung Ephorus stand nunmehr ein Professor der Theologischen Fakultät dem Stift vor, an die Stelle der Repetenten trat der Stiftsinspektor. Neben der wissenschaftlichen Förderung der Bewohner – Studentinnen wurden erst 1969 zugelassen – war dieser auch für „Anstand und Ordnung im Hause [...] und die sittliche Haltung der einzelnen im Stift befindlichen Studierenden“ verantwortlich.<sup>328</sup>

<sup>325</sup> Theologiestudenten waren wiederholt in der Kammer vertreten, 1920 und 1931 stellten sie sogar deren Vorsitzenden. 1921 war u.a. der spätere Honorarprofessor Christhard Mahrenholz Kammermitglied. Bericht des VdST Göttingen, in: AB 7/8 (1921); Bericht SoSe 1919; Bericht WS 1929/30 in der Kladder Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV. 1919 war die Burschenschaft Germania der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Studenten* beigetreten. Für die eigenständige Organisation der „christlichen oder Mittelpartei“, die vor allem von der DCSV getragen wurde, fehlte ihr das rechte Verständnis. Bericht der Burschenschaft Germania über das Zwischensemester 1919, S. 6. StA Göttingen, Kleine Erwerbungen, Nr. 50. S. 6.

<sup>326</sup> Vorstand an das Rektorat am 20.7.1920. Die Bundessatzung ist beigelegt. UAG, Sekr., Nr. 693.148. Dem Bund gehörten an: Die *Burschenschaft Germania*, der *Wingolf*, die Verbindung *Concordia*, der *Ev.-luth. Studentenverein Philadelphia* sowie DCSV und DCVSF. Den Vorsitz führte ein Germane.

<sup>327</sup> Dietrich Juhle: Semesterbericht, in: Mitteilungen 266/267 vom 15.10.1921, S. 15–16. Vgl. Nie-meier, Germania, S. 49ff.

<sup>328</sup> *Reglement für das theologische Stift bei der königlichen Universität zu Göttingen* vom 8.6.1878. Zitiert nach Wojtkowiak: *Leben*, S. 21. Der Stiftsinspektor hatte sich jeder sonstigen Lehrtätigkeit zu enthalten, nach professoralen Protesten wurde ihm zwei Jahre später ein Habilitationsverbot auferlegt. Diese Regelung galt bis 1924. Vgl. Meyer: *Geschichte*, S. 73. Stiftsinspektoren der Jahre 1914 bis 1933 waren: Emanuel Hirsch (1912–1914), Carl Sachsse (1914–1915/1919–1920), Erik Peterson (1916–1919), Ernst Strasser (1920–1922), Heinz Weidemann (1922–1925), Kurt Dietrich Schmidt (1925–1929), Rudolf Heyken (1929–1930) und Hans Freiherr von Campenhausen (1930–1935). Repetenten, Inspektorinnen und Inspektoren sowie Ephoren des Theologischen Stifts, in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): *Stiftsgeschichte(n)*, S. 391–394.



Abb. 6: Das Theologische Stift, Am Stumpfebiel 2, ca. 1920 (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotosammlung: D111\_F\_0202)



Abb. 7: Theateraufführung zum „Dies Stifcticus“ im WS 1920/21, u.a. mit Hanns Lilje und Christhard Mahrenholz (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotosammlung: D111\_F\_0203)



Abb. 8: Bewohner des Theologischen Stifts, auch ‚Stiller Ochse‘ genannt, im SoSe 1925 (Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Cod. Ms. Wolfgang Trillhaas, J 45)

In der Zeit der Weimarer Republik wohnten zwischen 16 und bis zu 30 Studenten im Stift.<sup>329</sup> Angesichts der prekären Gesamtsituation lagen die Vorteile auf der Hand. Die Unterkunft war landeskirchlich alimentiert und entlastete das studentische Budget erheblich, zudem gab es Privilegien wie eine hauseigene Bibliothek und tägliche Übungen. Wie an anderen Orten gab es eine verbindliche Reglementierung mit festen Aufstehzeiten, gemeinsamen Mahlzeiten und hausinternen Veranstaltungen. Inwieweit sich darüber hinaus eine eigene Stiftidentität ausbildete, ist angesichts der Quellenlage offen.<sup>330</sup> Das frühe Interesse am Nationalsozialismus ist belegt. Im Januar 1931 wurde dem Stift mitgeteilt, dass eine weitere kostenlose Belieferung mit dem *Völkischen Beobachter* und dem *Illustrierten Beobachter* nicht mehr möglich sei.<sup>331</sup>

<sup>329</sup> Universitätstaschenbuch 1922, S. 64; Dietzel: Schmidt, S. 210.

<sup>330</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 77; Wojtkowiak: Leben; Campenhausen: ‚Murren‘, S. 121–156. Stiftsinspektor Weidemann berichtete von einem Abend, bei dem zu einer Säbelforderung kam. Eintrag im Inspektorenbuch vom 16.10.1931. Archiv des Theologischen Stifts.

<sup>331</sup> Verlag an das Theologische Stift am 9.1.1931. Archiv des Theologischen Stifts, Karton 1.

## Burschenschaft Germania zu Göttingen

Die am 9. August 1851 gestiftete Burschenschaft Germania ist die älteste Studentenverbindung Göttingens. Mit Bezugnahme auf die urburschenschaftliche Tradition und der Farbentrias Schwarz-Rot-Gold bekannte sie sich zum Ziel der „Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu einem Träger christlichen Sinnes“ und zur „Herstellung der deutschen Kirche, des deutschen Reiches, deutscher Wissenschaft und Kunst durch den christlichen Geist“.<sup>332</sup> 1893 trat die Germania dem wenige Jahre zuvor gegründeten nichtschlagenden und christlich orientierten *Schwarzburgbund* bei.<sup>333</sup> Unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs war sie in Göttingen die mitgliederstärkste Studentenverbindung. 1919 zählte die Aktivitas 23 Mitglieder, darunter acht Studenten der Theologie.<sup>334</sup> Mitglieder der Germania waren u.a. der 1920 verstorbene Systematiker Karl Knoke und Hermann Schuster.<sup>335</sup> Mit Ende seiner Rektoratszeit wurde Johannes Behm am 25. Juli 1931 zum Ehrenphilister ernannt.<sup>336</sup>

Das Christliche gehörte zum Kernbestand der Germania. In §2 der Satzung aus dem Jahre 1902 hieß es: „Die Burschenschaft setzt bei ihren Mitgliedern voraus eine spezifisch christlich-deutsche Grundbestimmtheit des ganzen geistigen Lebens.“<sup>337</sup> In einer Neufassung (1919) wurden für die Mitglieder folgende Ziele benannt:

- a) Streben nach der Ethik, die sich im deutschen Volk durch das Christentum entfaltet hat, b) Bekenntnis zu Vaterlandgedanken, c) Soziales Empfinden und Betätigung, d) Beschäftigung mit allen ernsten Fragen der Gegenwart.*<sup>338</sup>

Fünf Jahre später definierte sich die Germania als ein „Freundschaftsbund christlich-deutscher Studenten zur vollen Lebensgemeinschaft für Gegenwart und Zukunft“ und griff die Formulierung der „spezifisch christlich-deutsche[n] Grundbestimmtheit des ganzen geistigen Lebens“ der Altsatzung (1902) auf. Die Burschenschaft habe die Aufgabe (§4): „Darstellung und Beförderung christlich-deutschen Lebens innerhalb des Studententums mit möglichster Wahrung seiner

<sup>332</sup> Zitiert nach: [http://www.germania-goettingen.de/unsere\\_geschichte/Geschichte.html](http://www.germania-goettingen.de/unsere_geschichte/Geschichte.html) [zuletzt aufgerufen am 15.1.2016]. Der Wahlspruch lautet: *Gott, Freiheit, Vaterland*. Die Stifter standen in Kontakt zu Friedrich Ehrenfeuchter, Professor für Praktische Theologie und Vorsitzender des Vereins für Innere Mission. Zahlreiche Vereinsmitglieder traten der Germania bei. Vgl. Philisterium (Hg.): *Geschichte*.

<sup>333</sup> Vgl. Pohl (Hg.): *Schwarzburgbund*; Zwanzig/Sievers: *Geschichte*.

<sup>334</sup> Mitgliederliste. UAG, Rekt., Nr. 25. Nach Niemeier betrug die Anzahl der Aktivitas im SoSe 1919 39, darunter elf Fühse. Niemeier, *Germania*, S. 44. Im Ersten Weltkrieg hatte die Germania 49 Gefallene zu beklagen. Philisterium (Hg.): *Geschichte*, S. 80–81.

<sup>335</sup> Aus dem Göttinger Lehrkörper der Theologischen Fakultät der Republikzeit gehörten auch Paul Althaus, Hans Duhm, Rudolf Hermann und Carl Stange einer Schwarzburgverbindung an.

<sup>336</sup> Wigger: *Mitgliederverzeichnis*, S. 2.

<sup>337</sup> Zitiert nach Hupe: *Verbindungsgeschichte*, S. 10.

<sup>338</sup> Zitiert nach: Niemeier, *Germania*, S. 49.

gegebenen Formen für die Gegenwart und innerhalb des öffentlichen Lebens.“<sup>339</sup> Diesen Anspruch löste die Germania durch eine aktive Mitarbeit in studentischen Vereinigungen und Gremien ein. 1928 war sie im Vorstand des HDA vertreten, im WS 1930/31 leitete ein Germane das Amt für Hochschulpolitik, zudem war der Nationalsozialist Paul Fehsenfeld im Vorstand der *Theologischen Fachschaft*.<sup>340</sup>

Neben dem christlichen Prinzip war der nationale Gedanke das zweite Strukturmerkmal der Burschenschaft. Verbindungsangehörige schlossen sich 1919/20 den studentischen Zeitfreiwilligen-Korps an, während des Kapp-Lüttwitz-Putsches engagierten sie sich in der städtischen Bürgerwehr und der *Technischen Nothilfe*. Die große Mehrheit verortete sich politisch auf Seiten der nationalen Rechten, wobei man sich 1920 in einer verbandsintern geführten Debatte mit Hinweis auf den ‚deutsch-christlichen Gedanken‘ gegen rassistischen Antisemitismus aussprach.<sup>341</sup> 1926 beantragte die Germania, dass „in Anbetracht der heutigen politischen Lage Mitglieder des Reichsbanners und von Organisationen, die in internationalem Geiste wirken, dem aktiven SB [Schwarzburgbund] nicht angehören können“.<sup>342</sup> Spätestens ab Anfang der 1930er Jahre drang nationalsozialistisches Gedankengut in das Verbindungsleben ein:

*Fast täglich saßen die Aktiven im Lesezimmer, vertieft in Zeitungslektüre; hier wurde oft mit heißen Köpfen über die politischen Tagesfragen oder – man darf das wohl sagen – über die Schicksalsfragen unseres Volkes und unser selbst diskutiert. Hier pflegten die politischen Gegensätze ausgekämpft zu werden.*<sup>343</sup>

Dazu gehörten auch eklatante Fehleinschätzungen. So sprach der Theologiestudent Helmut Bergmann, aufgenommen am 22. Februar 1932, der NSDAP eine nur kurze Lebensdauer zu. Für den zukünftigen Staat sei dann der „bündische Mensch“ verantwortlich. Dazu forderte er die „weitere Ausbildung der Jugendbünde zu einer einsatzbereiten, einsatzfähigen, schlagfertigen Truppe in Bezug auf militärisch-technische wie in Bezug auf politische Dinge“.<sup>344</sup> Ab dem SoSe 1930 wiesen immer mehr Vorträge der *Wissenschaftlichen Abende* einen mehr oder weniger direkten Bezug zum Nationalsozialismus auf, im SoSe 1932 gehörten fünf Germanen dem NSDStB an und stellten somit fast acht Prozent von dessen Mitglie-

<sup>339</sup> Satzung 1924 in: UAG, Sekr., Nr. 693.67.

<sup>340</sup> Semesterbericht SoSe 1928, in: SB 9 (1928), S. 381; Semesterbericht WS 1930/31, in: SB 5 (1931), S. 168. Fehsenfeld war der Germania am 14.6.1929 beigetreten.

<sup>341</sup> Vgl. Niemeier: Germania, S. 54f. So erklärte ein Germane: „Wir wollen echte Deutsche sein, deutsch und christlich! Aber kein Fanatismus, kein Rassen- und Klassenhaß! [...]. National bis auf die Knochen, aber Feindschaft allem Rassenantisemitismus und Nationalismus!“ Zitiert nach Kohler: Schwarzburgbund, S. 35. Andererseits begrüßte man die Bemühungen zur Umwandlung des Göttinger Studentinnenvereins in Richtung *Schwarzburgbund*, die darauf beruhte, „die arische Hälfte von der semitischen zu sondern“. Bericht der Burschenschaft Germania über das Zwischensemester 1919, S. 6, in: StA Göttingen, Kleinere Erwerbungen, Nr. 50.

<sup>342</sup> Ohne weitere Angaben. Zitiert nach Kohler: Schwarzburgbund S. 43.

<sup>343</sup> Fehsenfeld: Semesterbericht SoSe 1931, in: SB 10 (1931), S. 368.

<sup>344</sup> Zitiert nach Kohler: S. 55.

dern.<sup>345</sup> Im selben Jahr bemerkte der Theologiestudent Alexander Cohrs in der Bundeszeitschrift: „Im Gegensatz zu früheren Semestern gibt es kaum noch parteipolitische Debatten. Man ist sich im Allgemeinen einig: ernstzunehmende Gegner des Nationalsozialismus gibt es nicht mehr.“<sup>346</sup>

Dieser Umschwung wirkte sich auch auf die Themen Kirche und Religion aus. Gemeinsam wurden die Vorträge *Christentum und Tannenbergbund* des Direktors der Hamburger Stadtmission Karl Witte (SoSe 1932) und *Staat und Kirche* des Publizisten Wilhelm Stapel (WS 1932/33) besucht.<sup>347</sup> Beide Referenten waren Teil der völkischen Netzwerke der Weimarer Republik, in der Erwachsenenbildung tätig und sind dem Umfeld der sogenannten ‚Konservativen Revolution‘ zuzuordnen. Auch intern befassten sich verschiedene Vorträge mit religiösen und kirchlichen Fragestellungen. Dabei sollen unterschiedliche Meinungen aufeinander geprallt sein. So schlossen sich dem Vortrag *Evangelium, Christentum, Volkstum* eine bewegte Debatte über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Christentum an.<sup>348</sup>

## Der Göttinger Wingolf

Der Wingolfsbund wurde zu Pfingsten 1844 auf dem Konzil zu Schleiz als christlicher, überkonfessioneller, farbentragender und nichtschlagender Verband gegründet. Er war der erste Verband, der aus christlicher Überzeugung die Mensur ablehnte.<sup>349</sup> Sein Wahlspruch stammt aus den Paulusbriefen: *Di benos panta* (Phil. 4,13). Obwohl der Bund allen Konfessionen offenstand, trugen ihn vor allem evangelische Studenten. Erst 1911 fasste er an einer Universität ohne evangelische Fakultät Fuß. 1932 gehörten dem Wingolfsbund 517 Angehörige einer Theologischen Fakultät an, d.h. über 7,3 Prozentpunkte aller Theologiestudenten an deutschen Universitäten. Diese stellten wiederum fast 40 Prozent aller 1.348 Wingolften.<sup>350</sup>

<sup>345</sup> Die NSDStB-Mitgliedschaft nach Korporationsverbänden, in: Faust: Studentenbund, Bd. 2, S. 149. Die Fakultätszugehörigkeit ist nicht bekannt.

<sup>346</sup> Cohrs: Semesterbericht SoSe 1932, in: SB 11 (1932), S. 35.

<sup>347</sup> Niemeier: *Germania*, S. 101–102. Vgl. Hering: Witte; Vollnhals: Theologie; Mohler/Weißmann: *Revolution*, S. 465–467.

<sup>348</sup> SoSe 1930: *Christentum und Rasse* (Zeising); *Kirche und Arbeiter* (Wiesenfeldt); *Gott, Freiheit, Vaterland* (Kauffeld); WS 1930/31: *Die Stellung des Akademikers gegen Staat und Kirche* (Auhagen); *Bolschewismus und Christentum* (Zeising); *Die Zerstörung des Familienlebens in Sowjet-Rußland* (Lohmann); SoSe 1931: *Deutschkirche* (Fehsenfeld); WS 1931/32: *Evangelium, Christentum, Volkstum* (Ubbelohde); SoSe 1932: *Der Tannenbergbund* (Zwitters); *Heidentum in der modernen Zeit* (Cohrs); *Kirche und Nationalsozialismus* (Wiesenfeldt); WS 1932/33: *Was versteht man unter Deutsch-Christentum?* (Zwitters), *Christwerdung der Germanen* (Hoffmann). Aufstellung in: Niemeier, *Germania*, S. 99–102.

<sup>349</sup> Vgl. VAW (Hg.): *Geschichte*; Zocher: *Wingolfsbund*.

<sup>350</sup> Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 51f.

Der Göttinger Wingolf ging am 19. Juli 1867 aus der christlichen Studentenverbindung *Arminia* hervor.<sup>351</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg stellte Göttingen hinter Tübingen, Marburg und Erlangen die viertstärkste Wingolfsverbindung. Im SoSe 1919 waren 19 der 47 aktiven Wingolfiten Studenten der Theologie.<sup>352</sup> Vergleichszahlen belegen eine solide Verankerung an der Theologischen Fakultät. 1919 lag der Anteil der Wingolfiten bei sechs Prozent, 1925 und 1926 mit seinen allerdings schwachen Jahrgängen gehörte rund ein Sechstel aller Theologiestudenten dem Wingolf an.<sup>353</sup> Auch war er in den wichtigsten studentischen Gremien und Vereinigungen aktiv vertreten. Wingolfiten gehörten regelmäßig dem 20-köpfigen Studentenparlament an, ebenso dem Vorstand des HDA und der *Theologischen Fachschaft*. Im SoSe 1925 stellte der Wingolf in beiden Gremien den Vorsitz. Eine aktive Mitarbeit gab es zudem im DCSV und im *Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft*.<sup>354</sup> Aus der Professorenschaft gehörten Nathanael Bonwetsch, Carl Mirbt, Emanuel Hirsch und Christhard Mahrenholz dem Wingolfsbund an.<sup>355</sup>

Auch für den Wingolf markierte der Erste Weltkrieg einen tiefen Einschnitt. Dem ‚Geist von 1914‘ verpflichtet, zogen die Wingolfsverbindungen begeistert in den Krieg: 428 Wingolfiten fielen.<sup>356</sup> Ein bleibendes Erbe, insbesondere der Berliner Kriegstagung (1917), waren die Nationalisierung des Verbindungslebens und die „zielbewusste Einführung der Mitglieder in das national-politische und allgemein geistige Leben der deutschen Gegenwart“.<sup>357</sup> Christentum und nationales Bekenntnis standen nun gleichberechtigt nebeneinander. Zu seinem Amtsantritt als Generalsekretär im Oktober 1919 schrieb Robert Rodenhauer: „Wir wollen heraustreten und werben, nicht um eigener Verherrlichung, sondern um des Vaterlands willen. Wir gehören nicht mehr uns, sondern unserm Volk. Es braucht uns. Vorwärts Wingolf!“<sup>358</sup>

<sup>351</sup> Die *Arminia* war am 19.2.1867 gegründet worden. Vorläufer war der am 18.11.1965 gegründete *Christliche Verein*. Universitätstaschenbuch 1930, S. 170. Eine eigene Philister-Organisation wurde in Göttingen erst 1906 gegründet.

<sup>352</sup> Mitgliederliste vom 22.6.1919. UAG, Rekt., Nr. 25. Zocher: Wingolfsbund, S. 9. Insgesamt gab es 1.029 Wingolfiten, die auf 27 Standorte verteilt waren. Im WS 1920/21 gehörten dem Göttinger Wingolf 61 Korporierte an, 43 Aktive und 18 Inaktive. Nach Semesterzahlen verteilten sich diese wie folgt: 1: 3; 2: 9; 3: 4; 4: 6; 5, 4; 6: 3; 7: 3; 8 und höher: 11. Unter ihnen waren 25 Angehörige der Theologischen Fakultät; 14 waren Philistersöhne, 3 Philisterenkel.

<sup>353</sup> 1926 waren 25 der 144 Theologiestudenten Wingolfiten, was einem Anteil von 17,4 Prozent entspricht. Statistik in: Beilage WB 7 (1926), S. 16. Vgl. die Zahlen für 1925 in: Beilage WB 6 (1925), S. 16.

<sup>354</sup> Karl Koch, Semesterbericht, in: WB 4 (1930), Sp. 154.

<sup>355</sup> Die Emeritierung des Ehrenphilisters Mirbt wurde mit einem Fackelzug begangen. Bei der Trauerfeier für den 1925 verstorbenen Bonwetsch hielten der Göttinger Wingolf und die Verbindung Concordia die Ehrenwache und stellten die Sargträger. WB 9 (1925), Sp. 345 und WB 11 (1925), Sp. 349.

<sup>356</sup> Zocher: Wingolfsbund, S. 33. Vgl. Tiebel: Geschichte 1914, S. 145–160.

<sup>357</sup> Zocher: Wingolfsbund, S. 57. Vgl. Schwarz: Studenten, S. 140–145.

<sup>358</sup> Rodenhauer: Vorwärts Wingolf!, in: WB 1/2 (1919) S. 1.

Bis 1925 fixierten gut zwei Drittel aller Wingolfsverbindungen das Wort ‚deutsch‘ in ihrer Satzung, zum Teil über die Festschreibung als „Verbindung deutscher Studenten“, zum Teil über das „unbedingte Eintreten für völkisch-deutsche Bestrebungen“ oder der Forderung nach einem „Eintreten gegen den Feind des Vaterlandes“.<sup>359</sup> Hatte sich der Göttinger Wingolf 1912 noch als eine „christliche Studentenverbindung“ definiert, galt 1928: „Der Göttinger Wingolf ist eine Verbindung deutscher Studenten, die sich und ihr Gemeinschaftsleben auf Christus gründen wollen.“<sup>360</sup> Festgeschrieben war nun auch die ‚deutsche Gesinnung‘ und die strikte Bereitschaft, „für Freiheit und Ehre des Vaterlandes auch mit den Waffen einzutreten“, wobei es als wünschenswert galt, sich entsprechend ausbilden zu lassen. Aufgenommen wurde jeder eingeschriebene ‚deutschstämmige‘ Student.

Wie dargestellt, wurde die Frage nach der Bedeutung des Nationalen 1924 verbandsintern in der Heppe-Tillich-Kontroverse ausgetragen. Dabei fanden weder der aggressive völkische Vorstoß Heppes noch Tillichs Rückbesinnung auf das Prinzip der Christlichkeit mehrheitlich Zustimmung. Für den Marburger Wingolf hatte diese „völlig fernstehende Frage keine praktische Bedeutung“: „Wir haben niemals daran gedacht und werden auch niemals daran denken, deutsche Sitte aus einem Konflikt zwischen christlicher und deutscher Sitte heraus von uns zu stoßen, weil wir diesen Konflikt einfach nicht kennen.“<sup>361</sup> Dieser Haltung schloss sich auch der Göttinger Wingolf an. Dabei steht außer Frage, dass eine nationalistische Grundhaltung das alltägliche Verbindungsleben zunehmend bestimmte. Einzelne Beiträge in der Verbandszeitung zeigen zwar Bemühungen, sich konstruktiv in die Nachkriegsgesellschaft einzufinden, zugleich aber machen sie deutlich, dass man zur Republik keinen Zugang fand. Über die vorherrschende Stimmung heißt es in einem Beitrag drastisch:

*Und hört man heute den politischen Gesprächen zu, die auf den Kneipen gepflogen werden, so ist das Rasonieren auf Juden und Judengenossen, auf Demokraten und Sozialdemokraten, auf das Elend der Revolution und die jetzige miserable Regierung meist das A und O. [...]. Die politischen Ideale liegen nicht vor, sondern hinter uns. Demokratie, Parlamentarismus sind Krankheitserscheinungen der Gegenwart. Jeder treudeutsche Student und Wingolfit kann sein Heil allein in der entschlossenen Rückkehr zu der großen Vergangenheit finden.<sup>362</sup>*

<sup>359</sup> Tiebel: Geschichte 1914, S. 178.

<sup>360</sup> Satzung des Wingolfs 1912. UAG, Sekr., 693.117; Prinzip und Satzung, beschlossen am 31.7.1928. Das folgende Zitat ebenda.

<sup>361</sup> Wingolf Marburg: Nationale Erneuerung, in: 3 (1924), Sp. 47. Die Schriftleitung vermerkte, dass ihr eine große Anzahl an Zuschriften zu der Erwiderung Tillichs zugegangen sei, die nicht alle abgedruckt werden konnten.

<sup>362</sup> Th. Bronisch: Soll der Wingolf weiterhin eine konservative Studentenverbindung bleiben?, in: WB 15/16 (1920), Sp. 307–310, hier Sp. 308.



1925 gründete der Wingolfsbund ein sogenanntes Grenzlandamt und organisierte mit dem Ziel der ‚Volkstumpflege‘ Studien und Grenzlandfahrten.<sup>363</sup> Im Verfassungsstreit der DSt mit dem preußischen Kultusminister unterstützte der Bund das studentische Anliegen: Das „außerdeutsche Völkergemisch, das in Österreich als österreichischer Staatsbürger studiert“ sei aus der DSt auszuschließen.<sup>364</sup> Ab Ende der 1920er Jahre zeigte sich schließlich auch in den *Wingolfsblättern* vermehrt nationalsozialistisches Gedankengut, wobei – das war nicht ungewöhnlich – der Nationalsozialismus nicht unter dem Aspekt einer politischen Partei verhandelt wurde, sondern als eine umfassende, überpolitische Bewegung bzw. Richtung. Dennoch handelte es sich nicht um eine politische Vorentscheidung. Vielmehr trat der Wingolfsbund im März 1932, nachdem der NSDStB auf dem Grazer Studententag 1931 die Führung der DSt übernommen hatte, zusammen mit anderen Verbänden aus der DSt-Leitung aus, da mehr und mehr Parteiinteressen in den Mittelpunkt rückten.<sup>365</sup> Auch gab es, ebenfalls 1932, vor dem Wartburgfest einen Verbandsbeschluss, der das Tragen von Parteiabzeichen verbot. Eine darüberhin- ausgehende Auseinandersetzung gab es freilich nicht. Längst war der Nationalsozialismus in der Mitte des Bundeslebens angekommen. Als Verband stand man im antidemokratischen Lager der rechten Republikgegner.<sup>366</sup>

Auch die Themen Religion und Kirche waren in den Verbandsblättern regelmäßig vertreten. Neben Grundsätzlichem wurden aktuelle Geschehnisse aufgegriffen und kommentiert.<sup>367</sup> In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurden die beiden Weltkirchenkonferenzen in Stockholm (1925) und Lausanne (1927), der ‚vaterländische‘ Königsberger Kirchentag (1927), aber auch die entstehende Berneuchner Bewegung – Karl Ritter und Wilhelm Stählin waren Wingolfiten – mit Interesse verfolgt. Insgesamt war die Diskussion religiöser, theologischer und kirchlicher Fragen auf der Höhe der Zeit und spiegelte eine Zeit lang eine große Bandbreite wider, bis hin zu Beiträgen von Anhängern der Religiösen Sozialisten.<sup>368</sup> Ab etwa 1930 verlagerten sich die Debatten auf die Verhältnisbestimmung

---

<sup>363</sup> Die erste Ausgabe der *Wingolfsblätter* 1925 war eine Sondernummer zum Thema *Grenz- und Auslandsdeutschtum* WB 1 (1925), Sp. 1. 1919 beteiligte sich der Erlanger Wingolf im Freikorps Epp an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, der Marburger Wingolf 1920 an Kämpfen in Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet, der Greifswalder 1921 in Oberschlesien.

<sup>364</sup> Rodenhauser, zitiert nach Tiebel: *Geschichte* 1914, S. 182.

<sup>365</sup> Ähnlich hatte in Graz der scheidende DSt-Vorsitzende Hans-Heinrich Schulz, Mitglied des Göttinger *Corps Hildeso-Guestphalia* argumentiert: „In dem Augenblick, in dem eine politische Partei der Deutschen Studentenschaft ausschließlich ihren Stempel aufdrückt, wird man von einer Deutschen Studentenschaft nicht mehr sprechen können.“

<sup>366</sup> Die Grußworte und Reden anlässlich der Einweihung des um die Gefallenen von 1914/18 erweiterten Wingolfdenkmals in Eisenach im Mai 1932 belegen einen gesinnungsmilitaristischen Nationalismus. Vgl. Tiebel: *Geschichte*, S. 176, 181–182. Vgl. Lütkekmann: Rede zur Weihe des Gefallenen- denkmals in Eisenach am 20. Mai 1932, in: WB 6 (1932), Sp. 256–259.

<sup>367</sup> Die Bedeutung des christlichen Prinzips für den Wingolf wurde ebenso angeschnitten wie allgemeine Diskussionen über Rationalismus und Materialismus.

<sup>368</sup> Vgl. Zocher: *Wingolfsbund*, S. 54, S. 64–69.

von Christentum und Nationalsozialismus.<sup>369</sup> Ausgehend von unterschiedlichen Referenzpunkten – von Wilhelm Stapels *Der christliche Staatsmann* bis hin zu Artikel 24 des NSDAP-Parteiprogramms – war den meisten Beiträgen die Anerkennung des Nationalsozialismus als Bestandteil einer religiös konnotierten Lebens- und Weltanschauung gemein: „Schließlich lebt doch im Nationalsozialismus eine tiefe Sehnsucht nach Frömmigkeit und religiöser Erkenntnis – ja vielleicht nach männlichem Christentum.“<sup>370</sup> Differenzen bestanden, und dies weist ins Jahr 1933 und darüber hinaus, in der Begrenzung des Nationalsozialismus. Ein Beiträger sah eine Grenze überschritten, sobald die Nation selbst vergottet werde, andere dagegen verteidigten den Nationalsozialismus vorbehaltlos, bis hin zu dessen Sichtweise auf die Judenfrage, die als „völkische Verantwortung vor Gott“ gerechtfertigt wurde.<sup>371</sup> Kritische Töne gerieten in die Minderheit. Focko Lüpßen, der nach dem Krieg in Göttingen Theologie studiert hatte und 1933 zum Chefredakteur des *Evangelischen Pressedienstes* aufstieg, äußerte bereits in seinem Rückblick auf das Jahr 1931 seine Angst vor einer unbestimmten „germanischen Religion“, die unweigerlich zu einer „Kirche im Nationalsozialismus“ führen müsse.<sup>372</sup>

Die skizzierten Grundtendenzen lassen sich auch in Göttingen beobachten.<sup>373</sup> Mit großer Selbstverständlichkeit gedachte man 1921 der verstorbenen Kaiserin Auguste Victoria, der Universitätsbesuch Paul von Hindenburgs am 6. Juli 1921 galt als das herausragende Ereignis des Jahres.<sup>374</sup> Ebenso beteiligte sich der Wingolf an den Aktionen der Studentenschaft und den ‚deutschen Tagen‘ des HDA, an dessen Gründung ein Wingolfit nach Eigenangaben federführend beteiligt war. Der Reichsgründungskommers war im Komment verankert.<sup>375</sup> Zu diesem äußerte sich auch Karl Barth:

<sup>369</sup> Vgl. Zocher: Wingolfsbund, S. 73–83.

<sup>370</sup> Heinrich Hüffmeier: Nationalsozialismus und Evangelium, in: WB 12 (1931), Sp. 542.

<sup>371</sup> Langenbucher: Christentum und Nationalsozialismus, in: WB 11 (1931); Sp. 516–518, hier Sp. 518; Heinrich Hüffmeier: Nationalsozialismus und Evangelium, in: WB 12 (1931), Sp. 540–550, hier Sp. 542.

<sup>372</sup> Focko Lüpßen: Der deutsche Protestantismus im Jahresspiegel, in: WB 2 (1932); Sp. 61. Zu Lüpßen vgl. Hafenbrack: Geschichte.

<sup>373</sup> Die korporativen Elemente finden hier keine Berücksichtigung. Für den Wingolf als nichtschlagende Verbindung von Bedeutung war das auf dem Erlanger Studententag 1921 unterzeichnete Ehrenabkommen, das die Klärung von Ehrenhändelangelegenheiten durch Ehrengerichte erlaubte. Mit der prinzipiellen Anerkennung des wingolfitischen Prinzips war eine Aufwertung des Wingolfs verbunden. – Dem Zeitgeist entsprechend gab es durchgängig eine starke Betonung der körperlichen Ertüchtigung, die zunehmend in Wehrtüchtigung überging. 1930 waren vier Stunden Sport pro Woche verpflichtend festgeschrieben.

<sup>374</sup> Oskar Meyer: Semesterbericht in WB 12 (1921), Sp. 278.

<sup>375</sup> §92, in: Komment, S. 27; Bericht, in: WB 1 1920 Sp. 21; Semesterbericht, in: WB 9 (1925), Sp. 274. Im WS 1929/30 galt der Reichsgründungskommers als Semesterhöhepunkt, zudem chargierte der Wingolf bei der universitären Reichsgründungsfeier. Karl Koch: Semesterbericht, in: WB 4 (1930), Sp. 154.

*Das tertium comparationis zu einem Laupenkommers oder dergleichen Akten (um von Matthäi in Marburg nicht zu reden!) besteht nur darin, daß es sich da um Studenten und Biertrinken handelt. Sonst ist alles anders: entsetzlich steif, geordnet, brav, fix und fertig, stramm-national. Alles die Illusion Störende wird peinlich ferngehalten. Rauchen darf man vor lauter Feierlichkeit erst von 10 Uhr an! Dafür dann Gesänge wie ‚Der Gott, der Eisen wachsen ließ ...‘; in denen der Verguß von ‚Franzosenblut‘ neuerdings ausdrücklich in Aussicht genommen wird. Und zum Schluß ein langwieriger Kultakt: der Landesvater mit endlosem Schlägerklirren, durchstochenen Mützen, und 150maligem Absingen derselben Worte nach derselben Melodie. Was man sich da vormacht, ist ganz unglänzlich. Aber das gibt nachher Holz für den Evangelischen Bund und dergleichen, wo es im höheren Chor ebenso weitergeht.<sup>376</sup>*

Wurde die Diskussion politischer Fragen bereits 1925 als erwähnenswert empfunden, verstärkte sich dieser Trend Ende der 1920er Jahre. Wie im Gesamtverband gewannen Fragen zum Auslands- und Grenzlanddeutschtum an Einfluss, zum WS 1927/28 gründete sich eine Grenzlandarbeitsgemeinschaft, zudem wurde ein Grenzlandbeauftragter ernannt.<sup>377</sup> Ab dem SoSe 1930 gab es vor jedem Konvent eine ‚politische Wochenschau‘, im Folgesemester wurde eine offizielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit nationalen und nationalsozialistischen Themen auseinandersetzte. Ein Jahr später hieß es: „Unsere Unterhaltungsabende standen ausschließlich im Rahmen der Zeit, d.h. es wurde über die politische Lage, über die Parteien und ihre weltanschaulichen Grundlagen gesprochen.“<sup>378</sup> Einzelne Verbindungsstudenten traten nun offen für die NSDAP bzw. den NSDStB auf.<sup>379</sup> Auch die Verbindungsvorträge weisen auf eine nationalsozialistische Politisierung hin.<sup>380</sup> Zum Thema *Nationalsozialismus* sprach im WS 1931/32 Eugen Mattiat, einst Göttinger Student und Hirsch-Schüler, Pastor in Kerstlingerode und Wingolfphilister.<sup>381</sup> Mattiat, der 1934 ins Reichserziehungsministerium wechselte und dort

<sup>376</sup> Rundbrief Barths vom 15.2.1925, in: KBW V., Bd. 2, S. 301–210, hier S. 304. Der Laupenkommers war eine Festlichkeit der Berner Verbindung *Zofingia* zur Erinnerung an die siegreichen Schlacht der Berner bei Laupen gegen Frankreich, das *Matthäi* eine Kneipe in Marburg.

<sup>377</sup> Semesterbericht, in: WB 9 (1925), Sp. 274; Semesterbericht, in: WB 6 (1926), Sp. 173; Semesterbericht, in: WB 4 (1928), Sp. 146.

<sup>378</sup> Kellermann: Semesterbericht, in: WB 4 (1932), S. 163; Semesterbericht, in: WB 10 (1930), Sp. 401; Semesterbericht, in: WB 4 (1931), Sp. 166.

<sup>379</sup> Wahlauftritt des NSDStB zur Kammerwahl 1931. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 166.

<sup>380</sup> WS 1927/28: *Religion und Kultur* (Brunstäd); WS 1929/30: *Die Probleme des Klassenkampfes* (Piper), *Das Konkordat* (Wiesenfeldt), *Wingolf in Not* (Rodenhauser); SoSe 1930: *Neue Möglichkeiten zur Unterstützung des Deutschtums in Böhmen* (Beyer), *CSVd* (Wiesenfeldt); WS 1930/31: *Luther und Staat* (Wiesenfeldt), *Die soziale Stellung von den Studenten* (Hempel); WS 1931/32: *Kommunismus* (Wiesenfeldt), *Nationalsozialismus* (Mattiat), *Fichte und die Nation* (Hirsch); SoSe 1932. Auswertung der Semesterberichte in den WB.

<sup>381</sup> Kellermann: Semesterbericht, in: WB 4 (1932), Sp. 163. Der Vortrag, den Mattiat mehrfach hielt – nach eigenen Angaben auch vor einem evangelischen Männerverein – wurde 1932 veröffentlicht als *Kennst du überhaupt den Nationalsozialismus? Kannst du als Christ Nationalsozialist sein?* Bozsa: Mattiat, S. 40.

bezüglich der Theologischen Fakultäten zeitweise eine wichtige Rolle spielte, war der NSDAP 1931 beigetreten und Kolumnist des *Göttinger Tageblatts*. Dass der Wingolf ihn 1931 auf seiner Weihnachtsfeier sprechen ließ, zeigt, dass es keine Abgrenzung zum Nationalsozialismus mehr gab.<sup>382</sup>

### Akademisch-Theologische Verbindung Thuringia

Die *Akademisch-theologische Verbindung Thuringia* wurde am 18. Januar 1878, am siebten Jahrestag der Reichsgründung, als ‚schwarzer‘ theologischer Verein gegründet und sah sich in der Tradition Albrecht Ritschls.<sup>383</sup> Im SoSe 1919 gehörten ihr 26 Mitglieder an, 16 von ihnen studierten an der Theologischen Fakultät.<sup>384</sup> Nachdem die korporative Ausrichtung bereits im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts an Gewicht gewonnen hatte, trat die *Thuringia* im selben Jahr auch dem *Allgemeinen Deutschen Burschenbund* (ADB) bei.<sup>385</sup> Im Kaiserreich hatte der ADB den verbreiteten studentischen Antisemitismus zuerst abgelehnt und Juden die Mitgliedschaft gestattet. Dies änderte sich nach Kriegsende. 1919 verfügte er, keine Juden mehr aufzunehmen, im Juni 1924 weitete er das Verbot auf Deutsche jüdischer Herkunft bis in die Großelterngeneration aus. Der ADB verstand sich dabei nicht als antisemitisch, sondern als asemitisch. 1927 stellte der Verband die staatsbürgerliche Erziehung in den Mittelpunkt. Er bekannte sich zu einer „positiven Staatsauffassung“ – ohne zur Staatsform Stellung zu nehmen –, zum „großdeutschen Volkstum“, zur „deutschen Volksgemeinschaft“ und zu den Grundsätzen christlicher Ethik sowie zur „ernste[n] christliche[n] Lebensauffassung“ seiner Mitglieder.<sup>386</sup> In der Verbandszeitschrift *Burschenschaftliche Wege* dominierte eine nationalistische, teils völkische Grundhaltung, vor allem das Grenz- und Auslandsdeutschtum fand starke Beachtung. Eine nationale Haltung und Bestrebungen im Sinne des *Vereins zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland* (VdA) waren satzungsmäßig fixiert. Dabei legte man Wert auf eine selbständige Weltanschauung, die „innerlich im schärfsten Gegensatz zu allen parteipolitischen und konfessionellen Verbindungen und Vereinen in den deutschen Hochschulen“ stand.<sup>387</sup> Theologische und kirchliche Themen wurden nicht verhandelt.

<sup>382</sup> Bereits am 9.11.1931 hielt Mattiat vor tausend Teilnehmern eine Gedenkrede für die nationalsozialistischen ‚Blutzeugen‘ beim sogenannten ‚Hitler-Putsch‘. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 166.

<sup>383</sup> Vgl. Kühnhold: Geschichte.

<sup>384</sup> Vgl. UAG, Rekt., Nr. 25; Universitätstaschenbuch 1930, S. 171.

<sup>385</sup> Dieser hatte sich 1883 als liberale Gegengründung zum zwei Jahre zuvor gebildeten *Allgemeinen Deputierten Convent* konstituiert, der späteren *Deutschen Burschenschaft* (DB). Vgl. Kraussmüller/Anger: Geschichte. Die richtungweisende ‚Tivoli-Rede‘ von Konrad Küster (1883) ist ebenda, S. S. 31–43, abgedruckt.

<sup>386</sup> Kraussmüller/Anger: Geschichte, S. 74. In der Selbstdarstellung der *Thuringia* im Universitätstaschenbuch 1930 heißt es pointiert: „Semiten nimmt der ADB nicht auf.“ Universitätstaschenbuch 1930, S. 171.

<sup>387</sup> §29, in: BW 6 (November 1930), S. 59.

Über das Verbindungsleben der *Thuringia* ist kaum etwas bekannt. Die wenigen Hinweise lassen den Schluss zu, dass der Verbandskurs im Wesentlichen geteilt wurde. Einige Mitglieder nahmen 1927 an einer Sternfahrt des HDA nach Wien teil und demonstrierten so ihre Verbundenheit mit ihren (deutsch-)österreichischen Kommilitonen.<sup>388</sup> Mit Rekurs auf Lagarde sprach sich Philister Heinrich Kühnhold, Pfarrer und Chronist seiner Verbindung, 1928 für eine neue Form der ‚Ostkolonisation‘ aus, nachdem er für einige ostdeutsche Gebiete einen „Raum ohne Volk“ konstatiert hatte.<sup>389</sup> Im selben Monat predigte der Lübecker Hauptpastor Paul Denker, dort einer der profiliertesten kirchlichen Gegner der Republik, anlässlich des 50. Stiftungsfestes in der Universitätskirche. Er hob vor allem auf die ‚deutsche Sittlichkeit‘, die ‚deutschen Tugenden‘ und den ‚Volksgemeinschaftsgedanken‘ ab. Jeder, so Denker, solle „helfen, jeder an seinem Platz, jeder nach dem Maße seiner Kraft, daß wieder ein neuer, besserer, reinerer, stärkerer Geist Gewalt über die Seele unseres Volkes gewinne“.<sup>390</sup> Kühnhold fasste den Zustand in seiner Verbindungsgeschichte wie folgt zusammen:

*Was ists denn, Freunde, das unseren Kreis und unseren Bund im Innersten bewegen soll. Sinds hier auch nicht Ideen, von denen wir uns regieren lassen möchten? Steht nicht am Anfang der Geschichte unserer Thuringia der für ihre ersten Mitglieder so bedeutsame Gedanke vom Reich Gottes, vor allem als ethische Größe? Hat der Göttinger theologische Lehrer Albrecht Ritschl diesen Gedanken für unsere Zeit nicht geradezu neu entdeckt?*

*Was steht aber am Ende ihrer Geschichte bei der Fünfzigjahrfeier über dem Torbogen, durch den wir zu diesem Feste einzuziehen hoffen? Ists nicht der deutsche Gedanke, wie ihn die besten Deutschen gedacht, und wie wir ihn uns in den Lebensworten Fichtes und der beiden Göttinger Stein und Lagarde vor die Seele gestellt haben? Ist es aber nicht bei diesen dreien wie bei allen wirklich großen Deutschen, der in das lichte Gewand der Religion und Ethik eingehüllte deutsche Gedanke? Und leuchtet uns nicht auch hier ein Bild, ein göttliches, vor, das in den drei Farben erstrahlt, wenn wirs nun deutsch und echt ausdrücken wollen: Frömmigkeit, Sittlichkeit, Vaterland? Gebört uns nun nicht auch das Vaterland zu den ethischen Mächten, von denen wir uns führen lassen möchten?<sup>391</sup>*

---

<sup>388</sup> Kühnhold: Geschichte, S. 25.

<sup>389</sup> Kühnhold: Der ADB als Ideengemeinschaft, in: BW 4 (Juli 1928), S. 49.

<sup>390</sup> Denker: Predigt beim Festgottesdienst in der Universitätskirche zu Göttingen, aus Anlass des 50. Stiftungsfestes der Burschenschaft im ADB ‚Thuringia‘ am 30. Juli 1928, in: BW 9 (Oktober 1928), S. 104–108, hier S. 108. Zu Denker vgl. Buss: Landeskirche, S. 113–116.

<sup>391</sup> Kühnhold: Geschichte, S. 29.

Ein Jahr später gab die Aktivitas der *Thuringia* das evangelisch-konfessionelle Prinzip auf.<sup>392</sup> Ihre Stellung zum Nationalsozialismus lässt sich nicht eindeutig bestimmen.<sup>393</sup> Die Kneipe der *Thuringia* war jedoch der *Deutsche Garten* in der Rheinhäuser Straße, Treffpunkt zahlreicher Göttinger Korporationen und der Völkischen, und um 1929/30 auch Ort eines SA-Heims. Nachdem bereits ab dem WS 1926/27 einige wissenschaftliche Referate politisch konnotiert waren, legen spätere Beiträge wie *Die Rassen des deutschen Volkes und ihre seelische Eigenschaften* oder der Vortrag *Von der Anthropologie und Günthers Rassenlehre* nahe, dass in den frühen 1930er Jahren nationalsozialistisches Gedankengut auch in der *Thuringia* auf Akzeptanz und Zustimmung stieß.<sup>394</sup>

### Im Widerspruch? Korporationen zwischen christlichem und nationalem Prinzip

Für den Wingolf bilanzierte ihr Chronist Martin Tiebel, dass

*seit dem Ersten Weltkrieg neben und zum Teil über dem christlichen Prinzip das nationale stand. Die Glorifizierung von Krieg und Kriegserlebnis, die Kritik an der Revolution und auch eine weitverbreitete Skepsis gegenüber der aus dem Westen stammenden parlamentarischen Demokratie führten zu einer Verfestigung der überkommenen konservativen Haltung, wodurch es erschwert wurde, der veränderten Zeit mit ihren neuen Fragen in politisch-gesellschaftlicher Hinsicht aufgeschlossen gegenüberzutreten.*<sup>395</sup>

Mit Schattierungen lässt sich dieses Urteil auf die beiden anderen angeführten studentischen Verbindungen übertragen. Bestärkt durch den generationellen Wechsel und die endgültige Ablösung der Frontgeneration durch die Kriegsjugendgeneration transformierte sich die Skepsis gegenüber der liberalen Demokratie ab Ende der 1920er Jahre in eine offene Opposition gegenüber dem Weimarer ‚System‘. In der Aktivitas ging dieser fundamentale Wandel mit der politischen Option für den Nationalsozialismus einher. Die *Burschenschaft Germania* und der *Wingolf*, beide traditionell gut vernetzt und Aktivposten innerhalb der Studentenschaft, wirkten in diesem Sinne sowohl ins politisch-aktivistische Lager der nationalen Rechten als auch in die kommunikativen Räume der Göttinger Theologiestudenten. Die Entwicklung anderer bewusst christlichen Korporationen verlief,

<sup>392</sup> <http://www.wartburg-coburgia.de/>. In diesem Zusammenhang kam es zum Zusammenschluss der Altherrenverbände der *Thuringia* und der *Coburgia*.

<sup>393</sup> Im Herbst 1927 gab es wegen Ruhestörung und schlechten Benehmens, insbesondere bei den Semesteranfangs- und Schlusskneipen, verschiedene Rektoratsbeschwerden des jüdischen Kaufmanns Jacobsohn. Ein antisemitischer Unterton ist nicht feststellbar. Vgl. den Vorgang in: UAG, Sekr., 693.98.

<sup>394</sup> Kühnhold: *Geschichte*, S. 28; *Wissenschaftlichen Abende im SoSe 1932: Soziale Fragen der Gegenwart* (Bbr. Schultze), *Das Auslandsdeutschtum* (Bbr. Franke), *Von der Anthropologie und Günthers Rassenlehre* (Bbr. Von der Ohe), *Gegenwartsprobleme des deutschen Protestantismus* (Bbr. Fornatschon). In: BW 4/5 1932, o.S.

<sup>395</sup> Tiebel: *Geschichte 1914*, S. 181. Vgl. Zocher: *Wingolfsbund*, S. 54.

soweit nachvollziehbar, gemäßigter, ohne dass sie sich entscheidend vom Zeitgeist abkoppelten oder andere Schlussfolgerungen zogen. Ihrem Selbstverständnis nach war die *Theologische Studentenverbindung Coburgia* „eine Vereinigung lutherischer Studenten der Theologie“ mit dem Ziel gegenseitiger Förderung, Pflege der Geselligkeit und Vorbereitung auf das künftige Amt. Ausweislich einer Festschrift zum 50jährigen Bestehen verzichtete sie auf übermäßiges Politisieren und vertrat einen ‚gemäßigten‘ Nationalismus.<sup>396</sup> Im *Lutherischen Studentenverein Philadelphia*, 1913 von 13 Studenten der Theologischen Fakultät gegründet und 1929 als farbentragende Verbindung wiederbegründet, sammelten sich kirchennahe Studenten. Eine „bewusste“ Kirchenmitgliedschaft wurde vorausgesetzt, in der Außendarstellung der konfessionelle Aspekt stark gemacht:

*Sie will im Rahmen akademischer Sitten ihre Mitglieder in gemeinsamem Bemühen um das Verständnis des Luthertums sammeln und zu einer tieferen Erfassung des Wesens der ev-luth. Kirche anleiten, ohne dabei eine abgeschlossene Stellungnahme zu den einzelnen kirchlichen Fragen zu fordern.*<sup>397</sup>

Auch in diesen beiden Verbindungen war eine nationale Haltung a priori gesetzt und galt als selbstverständlich. Insgesamt scheinen religiöse, kirchliche und theologische Themen eine größere Rolle gespielt zu haben als bei den Germanen oder beim Wingolf, die zudem weniger utopisch und sinnsuchend behandelt wurden. Öffentlich waren sie freilich weniger präsent und weniger einflussreich.

### Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV)

Die DCSV war bis zu ihrem Verbot im Jahr 1938 die bedeutendste evangelische Gemeinschaft im deutschen akademischen Leben und beeinflusste aufgrund ihrer publizistischen Wirksamkeit und der sie tragenden Personen – Studenten und Akademiker, viele von ihnen später in Multiplikatorenberufen tätig – den deutschen Gesamtprotestantismus nachhaltig.<sup>398</sup> Ihre Wurzeln lagen in der pietistisch-erwecklich geprägten Gemeinschaftsbewegung, deren Vorstellungen im 19. Jahrhundert nachhaltig auf Schülerbibelkreise und den CVJM wirkten. Im Gegensatz zu kulturprotestantischen Vorstellungen sollte der gesellschaftliche Einfluss des

---

<sup>396</sup> Vgl. die Satzungen der Jahre 1897/1927, in: UAG, Sekr. 693.98. Die *Theologische Studentenverbindung Coburgia* ging auf den 1880 gegründeten *Theologischen Studentenverein Concordia* zurück. Die Umbenennung erfolgte 1929. Vgl. Universitätstaschenbuch 1930, S. 172; Pastor Nöldeke: Die Notwendigkeit akademischer Gustav-Adolf-Vereinsarbeit, in: Krohn (Hg.): Festschrift, S. 81–83; Dietrich Speckmann: Volkstümlichkeit im Buch, in: ebenda, S. 84–87. So gedachte man der 16 Weltkriegstoten in ehrendem Gedenken, aber ohne nationalistische Verzeichnungen. Mitglieder waren neben einigen Pastoren auch die Professoren Bonwetsch und Johannes Meyer. Heute firmiert sie als AEV WARTBURG-COBURGIA.

<sup>397</sup> Universitätstaschenbuch 1930, S. 174. Im SoSe 1919 gehörten dem Studentenverein sieben angehende Theologen an, den Vorsitz führte Stiftsinspektor (1920–1922) Ernst Strasser. Vgl. die Unterlagen in: UAG, Sekr., Nr. 693.117.

<sup>398</sup> Vgl. Hong: DCSV; Kupisch: Bibel.

Christentums nicht über die kulturelle und politische Einwirkung gewahrt werden, sondern durch die Bekehrung des Einzelnen. Im Göttinger Universitätstaschenbuch 1930 heißt es:

*Die DCSV sieht ihre Aufgabe in gemeinsamer Arbeit für ein rechtes Verständnis der Bibel und vereinigt ihre Glieder im Ringen um ein persönliches Christentum. Von dort her sucht sie ihr studentisches Leben in seiner ganzen Mannigfaltigkeit zu gestalten.<sup>399</sup>*



Abb. 9: Mitglieder der Göttinger DCSV im SoSe 1919 (Kirchenkreisarchiv Göttingen, Bestand DCSV)

Die DCSV ging aus der Sammlung christlicher Studenten im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hervor, formal erfolgte ihre Gründung 1897. Bereits zwei Jahre später war sie an 21 deutschen Universitäten vertreten, in den Jahren 1913 bis 1933 gehörten ihr auf Reichsebene kontinuierlich zwischen neun- und elfhundert Mitglieder an. Erst zum WS 1934/35 wurde die 900er-Marke unterboten.<sup>400</sup> Der Göttinger DCSV-Ableger, gegründet 1898, nahm einen oberen Mittelfeldplatz ein. Zählte „Deutschlands studierende Jugend für Jesus“ am letzten Abend des WS 1918/19 nur „14 Mann“, waren es im Zwischensemester 1919 bereits mehr als 50. Während der Weimarer Republik hatte die DCSV in Göttingen durchgängig über

<sup>399</sup> Universitätstaschenbuch 1930, S. 177.

<sup>400</sup> Vgl. die Mitgliederzahlen bei Hong: DCSV, S. 39 und S. 46f.



40 Mitglieder, der Höchststand lag zum WS 1928/29 bei 51.<sup>401</sup> Zum WS 1929/30 gehörten ihr 47 Theologiestudenten an, was einem Fakultätsanteil von rund 16 Prozent entspricht.<sup>402</sup>

Für die evangelische Studentenschaft war die DCSV mit ihrem umfangreichen Angebot ein zentraler Ort. Zur Mitarbeit standen u.a. die Professoren Hirsch, Mirbt, Spitta, Stange und, bis zu seinem Wechsel nach Rostock, auch Paul Althaus bereit. Im WS 1923/24 referierten Karl Barth (*Christus und unsere Alltagsnot/ unsere Sorgen*), Stange (*Christus und unser idealistisches Streben*), Wobbermin (*Christus, unser Herr*) und Emeritus Bonwetsch (*Christus und unsere Sünde*).<sup>403</sup> In der Regel waren derartige Veranstaltungen gut besucht. An den Bibelstunden des Jahres 1925 nahmen zwischen 25 und 37 Studentinnen und Studenten teil, wurden sie von Barth oder Hirsch angeleitet bis zu 70.<sup>404</sup> Zudem trat die DCSV mit einem umfangreichen Semesterprogramm an die Hochschulöffentlichkeit. Es gab regelmäßige Bibel- und Gebetsstunden, Abendandachten, wöchentliche Unterhaltungsabende, Evangelisationsveranstaltungen und Freizeitvergnügungen wie z.B. Wochenendwanderungen. Seit der Adventszeit 1920 gab es montagsmorgens und samstagsabends gut besuchte Andachten in der Universitätskirche.<sup>405</sup> Daneben bestanden Arbeitsgemeinschaften wie der Bibel- und der Missionskreis sowie hochschulpolitische, literarische und philosophischen Kreise.<sup>406</sup> Nicht zuletzt ging man verschiedentlich über den universitären Rahmen hinaus. Offensiv wurde zeitweise Soldaten-, Abiturienten- und auch Arbeiterarbeit betrieben, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Besser verliefen die „Ausländerabende“, die von Studenten aus bis zu 19 Staaten besucht wurden.<sup>407</sup> Die Frage, wie man andere

---

<sup>401</sup> 1913: 38; 1925: 46; WS 1933/34: 28; WS 1934/35: 44; SS 1935: 37; WS 1935/36: 37. Zahlen nach den Tabellen bei Hong: DCSV, S. 39 und S. 46f; Karl Vespermann (theol): Semesterbericht, in: Mitteilungen 218 vom 1.3.1919, S. 165; Hans Bruns: Semesterbericht, in: Mitteilungen 220 vom 1.5.1919, S. 60–61. Nach Oelke erreichte die DCSV nach Kriegsende eine Zahl von 75. Oelke: Lilje, S. 56. Die Differenz ließ sich nicht aufklären. Intern wurden für das SoSe 1919 mit Freunden 70 Mitglieder, für das WS 1928/29 61 genannt. Bericht SoSe 1919; Bericht WS 1929/30 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV.

<sup>402</sup> Theologen stellten traditionell den höchsten Anteil. Im WS 1921/22 lag dieser bei 37,5 Prozent. Hong: DCSV, S. 130; Semesterbericht, in: Mitteilungen 278 vom 22.4.1922.

<sup>403</sup> Bericht WS 1923/24 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV. 1919 besuchten die DCSV-Vorträge bis zu 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. U.a. sprach Stange über *Christentum und Politik* und *Christentum und Philosophie*. Der Althaus-Vortrag (*Christ und Pazifismus*) musste wegen seiner Wegberufung abgesagt werden. Bericht SoSe 1919 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV.

<sup>404</sup> Semesterbericht, in: Mitteilungen 312 vom 15.10.1925, S. 18.

<sup>405</sup> Hans Wiesenfeldt: Semesterbericht, in: Mitteilungen 250 vom 1.2.1921, S. 134–135. Vgl. die Übersicht (Kladde) über die Abendandachten vom WS 1926/27 bis zum SoSe 1929. KKAG, Bestand DCSV.

<sup>406</sup> Beispielsweise wurden 1929 die Bergpredigt und das Lukas-Evangelium auf Griechisch gelesen, 1930 wurde ein Lektürekurs mit Hirsch angeboten. Kreisbericht, in: Mitteilungen 352 vom 15.12.1929, S. 65; Kreisbericht, in: Mitteilungen 355 vom 15.4.1930, S. 170.

<sup>407</sup> Bericht WS 1929/30 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV. Studenten aus Göttingen beteiligten sich auch an internationalen Begegnungen. Vgl. Hans Bruns: Die

erreichen könne, stand immer wieder auf der Tagesordnung und wurde durchaus unterschiedlich beantwortet: Mitarbeit im AStA, Kindergottesdienste, Engagement im Kampf gegen ‚Schundliteratur‘, Mitternachtsmission, Mitarbeit an der Hochschulzeitung und Teilnahme an öffentlichen Diskussionen.<sup>408</sup> Trotz der wiederholten Klagen über mangelnde Mitarbeit und fehlende Verlässlichkeit belegt nicht zuletzt der hohe zeitliche Aufwand die Ernsthaftigkeit, mit der die Sache der DCSV betrieben wurde. Im Semester waren zwei bis drei Termine pro Woche keine Seltenheit.<sup>409</sup>



Abb. 10: Bebildertes Buch über das Leben des DCSV, 1926 (Kirchenkreisarchiv Göttingen, Bestand DCSV)

Im Zentrum stand das Christliche. Die Bibelabende waren oftmals besser besucht als die Unterhaltungsabende, in einem Bericht für das Jahr 1919 bezeichnete der Autor den gemeinsamen Kirchgang mit Abendmahl als einen Semesterhöhepunkt.<sup>410</sup> Ab Mitte der 1920er Jahre war die DCSV auch ein wichtiger Diskussi-

deutschchristliche Studentenkonferenz in Nyborg (13.–19. Juli 1921), in: Mitteilungen 262/63, vom 31.8.1921, S. 154–157.

<sup>408</sup> Vgl. Dietrich Juhle: Semesterbericht, in: Mitteilungen 266/67 vom 15.10.1921, S. 15–16.

<sup>409</sup> Kladde DCSV Göttingen: Altfreunde, Adressen, Protokolle und Versammlungen. KKAG, Best. DCSV. Auf einer Sitzung am 10.11.1930 wurden diese unterschiedlich beurteilt. Kladde Protokolle des DCSV WS 1928/29 bis SoSe 1931.

<sup>410</sup> Hans Bruns: Semesterbericht, in: Mitteilungen 220 vom 1.5.1919, S. 60–61; ders.: Semesterbericht SoSe 1919, in: Mitteilungen 224 vom 15.9.1919, S. 225–229.

ons- und Resonanzraum für neue, durchaus umstrittene theologische Ansätze wie sie beispielsweise Karl Barth vertrat. Hier trat eine Verschiebung ein, die auch kritisch gesehen wurde. Zum einen, weil sich – auch in Göttingen – der Fokus der ‚schlichten‘ Evangeliumsverkündigung auf theologische Kontroversen verlagerte, zum anderen, weil die Befürchtung im Raum stand, dass man sich von theologischen Moden abhängig mache. Von der Hand zu weisen war diese Befürchtungen nicht. In der Tat wurden die aufkommenden theologischen Richtungsgegensätze auch innerhalb der DCSV ausgetragen.

Wurden die Nation und die Selbstverpflichtung gegenüber dem Vaterland als vermeintlich überpolitische Werte kaum in Frage gestellt, verhielt sich die DCSV in ihrer Gesamtheit in politischen Angelegenheiten eher passiv. Von politischen Ereignissen und aktuellen studentischen Diskussionen blieb sie gleichwohl nicht unberührt. Im Januar 1920, als die meisten Studenten noch unter dem Eindruck aktiver Kriegserfahrungen standen, hielt Erik Peterson, der in der unmittelbaren Vorkriegszeit selbst eine starke Prägung durch die Göttinger DCSV erfahren hatte, einen Vortrag zum Verhältnis der Generationen. Ein Zurück gäbe es nicht, zugleich aber machte er aus seinem Nichtverständnis für die aktuelle Studentengeneration keinen Hehl:

*Man kann nicht leugnen, dass bei den Jungen viel geschwätzt wird, die jungen Vögel auch meist kräftiger zwitschern als alte. Mit den Jahren lässt das gewöhnlich nach. Man kann nicht leugnen, dass die Jungen manchmal in einem abscheulich ‚freideutschen‘ Jargon reden.<sup>411</sup>*

Erregte Diskussionen lösten der Versailler Vertrag und die Frage der deutschen Kriegsschuld aus, wobei die DCSV mehrheitlich zu der aggressiven nationalistischen Politisierung der Gesamtstudentenschaft Abstand hielt.<sup>412</sup> Zu Grundsatzdebatten führten sowohl die aufsehenerregende Kritik des Rostocker DCSV an der Feier des Reichsgründungstages in althergebrachter Form durch Gottesdienst, Fackelzug und Kommers im Januar 1922, der zum Rücktritt des dortigen AStA und zu einer fünfmonatigen Suspension der DCSV-Verantwortlichen aus der Studentenschaft führte, als auch die ‚Ruhrkrise‘ Anfang 1923.<sup>413</sup> Wie erwähnt trug

---

<sup>411</sup> Zum Verhältnis der Generationen zueinander. Manuskript, datiert auf den 8.1.1920, mutmaßlich gehalten vor der Göttinger DCSV. Vorab veröffentlicht unter dem Titel *Die inneren Schwierigkeiten des D.C.S.V.*, in: Mitteilungen 227 (1919), S. 142 f. Abgedruckt in: Nichtweiß (Hg.): *Theologie*, S. 134–136, hier S. 135. Vgl. Kupisch: *Studenten*, S. 104–109. Die Kontakte zu den „jungdeutschen Idealisten“ waren wohl enger als zu den Korporierten. Semesterbericht, in: Mitteilungen 278 vom 22.4.1922.

<sup>412</sup> Im Ersten Weltkrieg engagierte sich die DCSV in der Soldaten- und Kriegsgefangenenfürsorge, zudem war sie Hauptträgerin des *Deutschen Studentendienstes von 1914*, der bis zum Kriegsende 226 Soldatenheime unterhielt. Vgl. Hong: *DCSV*, S. 138–142.

<sup>413</sup> Die Rostocker DCSV hatte geschrieben. „Zur nationalen Wiedergeburt kommen wir nicht dadurch, daß wir durch Prunk und Feste den Streit im eigenen Land verschärfen.“ Der Gang an die Öffentlichkeit und die Veröffentlichung des Vorgangs durch die sozialistische Presse sorgte für zusätzlichen Unmut. Hermann Weber, in: Mitteilungen Nr. 276/77 vom 13.2.1922, S. 119–122. Vgl. Kupisch: *Studenten*, S. 155–177.

Emanuel Hirsch in diesem Zusammenhang dem Göttinger Kreis seine 30 Thesen *Nation, Staat und Christentum* vor.<sup>414</sup> Die eigene Haltung zur Nation wurde verbandsintern unter den Formeln Entweder-Oder oder Sowohl-als-Auch diskutiert. Kritische Worte fand man zu der vorherrschenden Stimmung an den deutschen Universitäten und die Neigung zu einer „Illusionspolitik“: „Es besteht die Gefahr einer Uniformierung des politischen Denkens der Studentenschaft.“<sup>415</sup>

Die meisten der DCSV-Kreise bewahrte sich mit ihrer Einladungspraxis von Rednern unterschiedlicher theologischer Richtungen bzw. politischer Einstellungen ebenso wie mit ihren Kontakten zum *Weltbund* ein gewisses Maß an diskursiver Offenheit, die einer rigiden nationalen Verengung entgegenstanden. Erst Ende der 1920er Jahre, als die äußeren Umstände eine weitere Enthaltbarkeit obsolet werden ließen, ist eine Politisierung unverkennbar. Wie uneinheitlich das Meinungsspektrum war, zeigt beispielhaft die Veröffentlichung von vermeintlich repräsentativen Stellungnahmen in der Maiausgabe 1931 der Verbandsmitteilungen. Ein Tübinger DCSV'ler – Walter Grundmann – sprach sich offen für die NSDAP aus, weitere für die Deutschnationalen bzw. den CSVD, ein Vierter für die SPD.<sup>416</sup> Dementsprechend unterschiedlich verlief auch die interne Diskussion von Konflikten wie z.B. der ‚Fall Dehn‘, die eine sachlich-abgewogene Stellungnahme verunmöglichten.<sup>417</sup> Für den Gesamtverband ist bilanzierend eine von starker Verunsicherung geprägte Ambivalenz zu konstatieren. Es gab durchaus Stimmen, die eine stärkere und deutliche Positionierung wünschten und die Übernahme von Verantwortung einforderten, dazu fehlten aber die entsprechenden Mittel. Über eine Prüfung aktueller Zeitereignisse anhand von Bibelworten kam die Diskussion

---

<sup>414</sup> 30 Leitsätze von Emanuel Hirsch, in: Mitteilungen 289 vom 15.3.1923, S. 82–84. Vgl. Stratenwerth: Vaterland und Reich Gottes, in: Mitteilungen 282 vom 15.7.1922, S. 74–76. Ausdrücklich erkannte er die Berechtigung zum Waffendienst als auch dessen Verweigerung an. Hermann Stöhr verwarf den Sowohl-als-auch-Gedanken grundsätzlich. Hermann Stöhr: Reich Gottes und Reich der Welt, in: Mitteilungen 287 vom 15.1.1923, S. 58–59. Zu Stöhr, der 1940 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ hingerichtet wurde, vgl. Röhm: Sterben.

<sup>415</sup> Karl Michaelis: Einige Leitsätze zur Politik der christlichen Studentenbewegung, in: Mitteilungen 289 vom 15.3.1923, S. 84–86. Vgl. Hong: DCSV, S. 142–149, hier S. 144.

<sup>416</sup> Vgl. Walter Grundmann: Die nationalsozialistische Bewegung und das Christentum; Wilhelm Lang: Vom Christlich-sozialen Volksdienst; Joachim Wolff: Politische Umorientierung im christlichen Lager; Albert Ander: Was heißt politische Verantwortung?, in: Mitteilungen Nr. 362 vom 15.1.1931, S. 89–97. In Berlin versuchte man sich an Diskussionsveranstaltungen mit konfrontativem Charakter, z.B. der Einladung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten (die aber absagten). Zu Grundmann, in den Jahren 1939 bis 1945 wissenschaftlicher Leiter des kirchlichen *Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben* mit Sitz in Eisenach und in den letzten Jahren einer der kirchengeschichtlich am meisten diskutierten deutschen Theologen der NS-Zeit vgl. stellvertretend Heschel: Karrieren.

<sup>417</sup> Dehn gehörte der DCSV nicht an, hatte aber an DCSV-Tagungen teilgenommen und war Autor im Furche-Verlag. In Halle und an anderen Universitätsorten wurde die Forderung nach seiner Abberufung von DCSV-Kreisen getragen. Im Februar 1931 musste sich der Gesamtverband in den *Mitteilungen* gegen den Vorwurf einer einseitigen Festlegung pro Dehn rechtfertigen. Vgl. Kupisch: Studenten, S. 171–176.

nicht hinaus, eine ernsthafte Debatte über die Demokratie als Staatsform wurde nicht geführt. Äußerungen des bekennenden Deutschnationalen Reinold von Thadden-Trieglaff, DCSV-Vorsitzender seit 1928, belegen vielmehr eine antideмократische Radikalisierung, die schließlich in der Absage an die Republik mündete.<sup>418</sup>

Ähnlich verlief die Entwicklung des Göttinger DCSV-Kreises, die lange von einer großen Themenvielfalt und einem breiten Diskussionspektrum bestimmt war. Innerhalb der Göttinger Studentenschaft war die DCSV der Ort für ökumenische Beziehungen und gelebte internationale Zusammenarbeit, beispielsweise mit der Begehung des Weltgebetstages oder des Besuchs der französischen Weltbundsekretärin Suzanne Bidgrain im Jahr 1921.<sup>419</sup> Der Austritt aus dem *Weltbund* erfolgte erst 1929, nach einem Vortrag des Sozialethikers Friedrich Siegmund-Schultze am 13. November, der für viel Missfallen und erregte Debatten gesorgt hatte.<sup>420</sup> Wenige Tage davor war auch der Vortrag des Studentenfarrers Wiesenfeldt über den CSVD auf Kritik gestoßen, da er nach Mehrheitsauffassung Christentum und Politik zu stark vermischt habe.<sup>421</sup> Die Einrichtung des Studentenfarreramtes wurde seitens der DCSV begrüßt. Unter Wahrung der organisatorischen Eigenständigkeit und eigener Akzentsetzungen entwickelte sich eine kooperative Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitierten. Eine langfristige und – aus rückblickender Perspektive – in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzende Wirkung bedeutete die allmähliche Veränderung in dem oftmals schwierigen Verhältnis zur verfassten Kirche. Innerhalb des DCSV setzte sich mehr und mehr die Einsicht durch, ihren Blick nicht mehr allein auf die Studentenschaft zu richten, sondern auch innerhalb der Kirche Verantwortung zu tragen.<sup>422</sup>

### Deutsche Christliche Vereinigung studierender Frauen (DCVSF)/Deutsche Christliche Studentinnenbewegung (DCSB)

Die Göttinger DCVSF gründete sich auf Initiative von 14 Studentinnen, die alleamt der Philosophischen Fakultät angehörten, im April 1917 in „grundlegender Übereinstimmung“ mit den Zielen des DCSV. Sie

*steht durchaus auf der Schrift als Wort Gottes und bekennt sich zu Jesus Christus als Herrn und Gott. Das Ziel der Vereinigung ist, ihren Mitgliedern und allen anderen*

<sup>418</sup> Vgl. Kupisch: Studenten, S. 165–169.

<sup>419</sup> Hans Wiesenfeldt: Semesterbericht, in: Mitteilungen 254/55 vom 10.4.1921, S. 11–13.

<sup>420</sup> Bericht WS 1929/30 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV. Vgl. Grotefeld: Siegmund-Schultze. Der Austritt erfolgte zum Missfallen des Pastors von St. Marien und DCSV-Altfreunds Bruno Benfey, der sich stark in der internationalen Ökumene engagierte. Aufgrund seiner ‚nichtarischen‘ Herkunft wurde Benfey Mitte der 1930er Jahre aus seinem Pfarramt gedrängt. 1938 war er für kurze Zeit im Konzentrationslager Buchenwald, 1939 konnte er emigrieren. Vgl. Lienemann: Netzwerker.

<sup>421</sup> Bericht WS 1929/30 in der Kladde Chronik des DCSV 1924–1931. KKAG, Best. DCSV.

<sup>422</sup> Vgl. Hong: DCSV, S. 127f. Viele Studentenfarrer kamen aus der DCSV.

*Studentinnen ein lebendiges Zeugnis von Jesus Christus zu vermitteln und sie zur Mitarbeit für ihn zu bewegen.*<sup>423</sup>

Zum WS 1928/29 zählte die Göttinger DCVSF 30 Mitglieder und war damit die drittgrößte Sektion nach Tübingen und Königsberg.<sup>424</sup> Über ihre Aktivitäten ist kaum etwas bekannt, im Mittelpunkt aber stand die Bibelarbeit. Ab 1931 firmierte sie unter dem Namen *Deutsche Christliche Studentinnenbewegung* (DCSB).

### Freie Evangelische Fachschaft (FETH)/Deutsche Evangelische Theologenschaft (DETh)

Die *Theologische Fachschaft* war eine Neuerung. Vermutlich ging sie auf eine *Arbeitsgemeinschaft Theologiestudierende an der Universität Göttingen* zurück, die Anfang Mai 1921 gegenüber den Universitätsbehörden drei Ansprechpartner benannte.<sup>425</sup> Eine Satzung ist nicht überliefert. Ab 1927, nachdem der DSt an den preußischen Universitäten die staatliche Anerkennung entzogen worden war, organisierte sich die studentische Interessenvertretung auch in Göttingen als *Freie Evangelische Fachschaft* (FETH).<sup>426</sup> Problematisch erwies sich nun die Frage ihrer Finanzierung, da die DSt keine obligatorischen Beiträge mehr erheben durfte, die Fachschaftsarbeit vielmehr auf freiwillige Mitgliedsbeiträge bzw. Spenden angewiesen war. So führte die Kandidatur eines nicht zur DSt gehörenden Freistudenten für den Göttinger Fachschaftsvorsitz zu einem „semesterlangen Kampf“. Ein Kompromiss sah vor, dass diejenigen, die nicht der DSt angehörten, durch die Zahlung eines geringen Beitrags dennoch der Fachschaft angehören durften.<sup>427</sup> Zu Semesterbeginn bzw. -ende fanden Vollversammlungen statt, im Semester nahm ein gewählter Vorstand

<sup>423</sup> Mitteilung vom 29.4.1917 mit beigelegter Satzung. UAG, Sekr., Nr. 693.73. Ohne Belegstelle gab es nach Kupisch bereits zuvor einen DCVSF-Kreis, der bis zu 20 Frauen umfasst haben soll. Kupisch: Studenten, S. 70.

<sup>424</sup> Kupisch: Studenten, S. 281. Auf Reichsebene zählte die DCVSF 1929 344 Mitglieder, 1932 – bereits als DCSB – 435. Ebenda, S. 199. Fast die Hälfte gehörte einer Philosophischen Fakultät an, die 67 Studentinnen der Theologie machten knapp weniger als ein Fünftel aus. Die DCVSF war 1904 gegründet worden und bestand 1930 an 22 deutschen Hochschulen. Der Gesamtverband war im *Christlichen Studentenweltbund* organisiert, eine Zusammenfassung von 25 nationalen christlichen Studentenvereinigungen. Ab 1929 organisierten sich die Altmitglieder im *Bund Christlicher Akademikerinnen* (BCA).

<sup>425</sup> Schreiben vom 21.5.1921. UAG, Sekr., Nr. 693.94.

<sup>426</sup> Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 56–62. Die überregionale studentische Interessenvertretung lag bei der *Deutschen Evangelischen Theologenschaft* (DETh). Die DETh hatte sich Anfang August 1920 auf einer Konferenz der evangelischen Theologenschaft Deutschlands und Deutschösterreichs in Gießen gegründet, um sich für die wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Belange der deutschen Theologiestudenten einzusetzen. Unter ihrem Dach versammelten sich ab 1927 die Theologischen Fachschaften, die Freien Theologischen Fachschaften der preußischen Universitäten und die Vertretungen der Theologischen Hochschulen. In Göttingen spielte sie nach den ausgewerteten Unterlagen keine Rolle.

<sup>427</sup> Karl Voshage: *Evangelische Studentenschaft Göttingen*, in: ThBl. 5 (1932), Sp. 155; Alexander Cohrs: *Evangelische Studentenschaft Göttingen*, in: ThBl. 8 (1932), S. 250–251.

die studentische Interessenvertretung wahr. Ausweislich der wenigen überlieferten Semesterberichte stand die Fachschaft in regem Kontakt zu den Göttinger Professoren (und auch zu deren Frauen), ebenso zur Landeskirche. Sie organisierte wissenschaftliche Fachvorträge mit auswärtigen Wissenschaftlern und war für praktische Hilfen im Studienalltag zuständig, beispielsweise für die Vermittlung von Büchern.<sup>428</sup> Ab 1929 bot sie in Zusammenarbeit mit dem Studentenpfarramt im Anschluss an das Wintersemester mehrtägige Freizeiten an.<sup>429</sup> Ob und inwieweit sich die Göttinger Fachschaft zu gesellschaftlichen und politischen Fragen äußerte, ist nicht bekannt. Allerdings beschloss die evangelisch-theologische Fachgruppe der DSt auf Reichesebene 1925 eine Kundgebung, in der die „sittliche Gesundung“ und die „Beseitigung der erschreckenden geistigen und körperlichen Zustände des Volkes“ zu wichtigen Aufgaben erklärt wurden. Dazu zählte auch, dass „für uns die sittliche Reinhaltung, die Ehrfurcht vor jeder deutschen Frau, welchem Stande sie auch angehöre, die Selbstbeherrschung des Mannes selbstverständliche Pflicht“ sei. Niemand dürfe sich als einen ehrenhaften deutschen Studenten bezeichnen, der nicht seinen Geist rein und seinen Körper gesund halte.<sup>430</sup>

Spätestens Anfang der 1930er Jahre aber ergriffen die bereits angezeigten Themen- und Interessensverschiebungen auch die *Theologische Fachschaft*. Bei der Jahresfreizeit 1929, an der 27 Studenten teilnahmen, standen die Vorbereitung auf das Pfarramt und das Gemeindeleben im Vordergrund, wobei sowohl theologische wie praktische Fragen angesprochen wurden.<sup>431</sup> Ein Jahr später lag der Schwerpunkt auf dem kirchlichen Verhältnis zum ‚Volkstum‘. Landesbischof Marahrens hielt einen Beitrag über *Die Bedeutung des Landeskirchentums für die Gegenwart*, der spätere Lehrbeauftragte Hans von Lüpke sprach über *Glaube und Volkstum* und *Christentum und Volkstum*, ein Pastor Klaer über die *Grundlagen des Volkstums im heutigen Dorf* und Heinz Dähnhardt über die *Grundlagen des heutigen Staates* sowie die *Aufgabe der Kirche im heutigen Staat*. Alle Referenten waren ausgewiesene

---

<sup>428</sup> SoSe 1931: *Aus der ökumenischen Bewegung* (Marahrens), *Kirche und Kultur* (Prznwara S.J.), *Urchristentum und Religion* (Bultmann). Die Vorträge fanden im Audimax statt und waren gut bis sehr gut besucht. Die Veranstaltung mit dem Jesuiten Erich Prznwara S.J., katholischer Philosoph und Theologe, wurde von Hempel geleitet, an der Aussprache beteiligten sich Hirsch und Wobbermin. H.G Klatt: Evangelische Studentenschaft Göttingen, in: ThBl. 11 (1931), Sp. 328. Es gab zudem einen „internen Ausspracheabend“ mit Landesbischof Marahrens über die kirchliche Lage der Gegenwart mit anschließender „lebhafter Aussprache“ über Mission und Wohlfahrtspflege. Voshage: Evangelische Studentenschaft Göttingen, in: ThBl. 5 (1932), Sp. 155.

<sup>429</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Anlage 10, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen). Vgl. Wiesenfeldts Bericht über eine fünftägige Freizeit in Altenau vom 10.–15.3.1930. Die 16 Teilnehmer, zumeist Nichttheologen, hörten morgens Vorträge, mittags unternahmen sie Wanderungen. LKAH, E 33.

<sup>430</sup> Kundgebung, in: WB 3 (1925), Sp. 83.

<sup>431</sup> Vgl. den Bericht in: LKAH, E 33.

Nationalkonservative mit guten Kontakten zu den Völkischen.<sup>432</sup> In dieselbe Richtung weisen die Vortragsabende *Christentum und Tannenbergbund* mit Missionsdirektor Witte und *Christentum und Nationalsozialismus* mit Heinz-Dietrich Wendland.<sup>433</sup> 1932 war die Bestimmung des Verhältnisses zum Nationalsozialismus und zu völkisch-religiösen Glaubensansätzen beherrschendes Thema.

### Eine Neuerung mit weitreichenden Folgen: das Studentenpfarramt

Nicht zuletzt als Reaktion auf das wiedererwachte studentische Interesse an religiösen Fragen hatten Überlegungen zur Einrichtung eines von der Landeskirche getragenen Studentenpfarramtes bereits 1925 eingesetzt.<sup>434</sup> Nachdem auch die Göttinger Stadtgemeinden und die Theologische Fakultät dieses Anliegen unterstützten, stand einer Realisierung nichts mehr im Wege. Im Hauptamt wurde zum 1. Dezember 1926 Hans Wiesenfeldt mit dieser Aufgabe betraut. Es handelte sich um eine weitreichende Entscheidung, deren Folgen weit über die politische Zäsur des Jahres 1933 hinausreichten.<sup>435</sup> In einem positiven Umfeld – Wiesenfeldt war hauptamtlich tätig, verfügte über eine hohe Kontaktdichte und wurde sowohl von studentischer als auch professoraler Seite mit großem Wohlwollen unterstützt – nahm der Studentenpfarrer bald einen unverzichtbaren Platz ein.<sup>436</sup>

Wiesenfeldt, Jahrgang 1899, der, so der Göttinger Stadtsuperintendent und Pfarrer der St. Albanigemeinde Karl Stisser, „in der Frische der Jugend“ stand und

<sup>432</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Anlage 10, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen). Dähnhardt war Journalist und politischer Multifunktionär der bündischen Jugendbewegung. Von 1926 bis 1934 war er Leiter der Reichsgeschäftsstelle der *Fichte-Gesellschaft*, Mitglied der DNVP und geschäftsführender Vorsitzender der *Christlich-Sozialen Reichsvereinigung*. Er war maßgeblich für die Abspaltung dieses Flügels von der DNVP verantwortlich und wurde Hauptgeschäftsführer der am 23.6.1930 gegründeten *Konservativen Volkspartei*.

<sup>433</sup> Alexander Cohrs: Evangelische Studentenschaft Göttingen, in: ThBl. 8 (1932), S. 250–251. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 61.

<sup>434</sup> So erklärte Mirbt vor dem Landeskirchentag, verschiedene Korporationen seien dazu übergegangen, ihre Tagungen hin und wieder mit einem Gottesdienst zu beginnen. Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Kapitel ‚Die Planungen‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen). Sofern nicht anders angegeben, sind folgende Angaben diesem Bericht entnommen. Die katholischen Studenten Göttingens wurden ab 1916 seelsorgerisch betreut, im SoSe 1921 wurde Pater Wilhelm Heinrich SJ erster Göttinger Studentenpfarrer. Dybowski/Fiebag/Kellner: Zeittafel, S. 221.

<sup>435</sup> Das erste Studentenpfarramt war im Herbst 1925 in Hannover errichtet worden. Dort amtierte der frühere Göttinger Student Hanns Lilje.

<sup>436</sup> Wiesenfeldt betonte wiederholt das gute Verhältnis zu seinem einstigen Lehrer Emanuel Hirsch. Vgl. die entsprechenden Unterlagen in: UAG, Theol. SA, Nr. 186. Bereits die Unterbringung erwies sich als gewinnbringend. Mit Unterstützung der Universität und des Landeskirchenamtes mietete Wiesenfeldt in unmittelbarer Nähe zum Botanischen Garten für sich und seine Familie eine größere Wohnung an, die zugleich Räumlichkeiten für den *Bund demokratischer Studentinnen* bot. Mit der zwangsweisen Aufgabe der Wohnung unterstützte die Universität den Kauf eines Hauses, das neben den Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für den Studentenpfarrer auch Platz für acht bis zehn Studentinnen bot. Es wurde 1929 eingeweiht.



„mit der Denkweise und den Weltanschauungsnotén der akademischen Jugend wohl vertraut“ war, gestaltete seine Amtsführung partizipativ.<sup>437</sup> Seine Tätigkeitsfelder lagen in der Seelsorge, einschließlich des Besuchsdiensts in der Klinik, Sprechstunden, Besuchen und einem umfangreichen Freizeitangebot mit (auch mehrtägigen) Wanderungen; zudem arbeitete er im studentischen Hilfswerk mit und bot im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten finanzielle und praktische Lebenshilfe.<sup>438</sup> Seine Stadtgottesdienste, die er im vierwöchigen Rhythmus meist in St. Johannis hielt, besuchten oft 100 bis 150 Studentinnen und Studenten, die beiden studentischen Semestergottesdienste 400 bis 600. Dagegen stießen seine Morgen- und wöchentlichen Schlussandachten sowie die angebotenen Bibelstunden auf wenig Zuspruch. Die Andachten wurden 1931 eingestellt.<sup>439</sup> Die Freizeitangebote, die formal von der *Theologischen Fachschaft* verantwortet wurden, richteten sich konkret an Theologiestudierende. Wiesenfeldt griff dabei Themen auf, die in der akademischen Ausbildung offenbar zu kurz kamen. Ihnen kam zugute, dass die Angebote durchaus im Interesse der Fakultät lagen. Gerade die Defizite in der praktischen Vorbereitung auf das Pfarramt waren ihr durchaus bewusst.<sup>440</sup> Ähnliches ist für Wiesenfeldts Engagement in der Nachwuchsrekrutierung anzunehmen. Die zwischen 1927 und 1932 gemeinsam mit dem Landesjugendpfarrer organisierten jährlichen Freizeiten für Abiturienten, zumeist in Altenau, aber auch auf Norderney und Spiekeroog, wertete die Fakultät als hilfreich und positiv.<sup>441</sup>

Erheblichen Einfluss erlangte das Studentenfarramt auch über ein umfangreiches Veranstaltungswesen. In öffentlichen Vorträgen, Aussprachen in Arbeitsgemeinschaften und in schriftlichen Beiträgen behandelte Wiesenfeldt aktuelle Fragen aus Theologie, Weltanschauung, Gesellschaft, Staat, Kirche, Mission, Politik, Wirtschaft, Lyrik und Studentenschaft. In den zehn Semestern seines Wirkens veranstaltete das Studentenfarramt 33 öffentliche Vorträge, zudem gab es 14 öffentliche Ausspracheabende. Wiesenfeldt selbst hielt zudem – für zwei Semester liegen keine Angaben vor – 20 Vorträge vor Verbindungen.<sup>442</sup> In Göttingen sprachen u.a. Helmuth Schreiner, Wilhelm Stählin, Friedrich Siegmund-Schultze, Friedrich Brunstädt, Albert Schweitzer, aber auch Nichttheologen wie der Reichs-

<sup>437</sup> Zitiert in Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenfarrers in Göttingen vom 1.12 bis zum 1926–30.9.1932, Kapitel ‚Die Planungen‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen). Vgl. die entsprechenden Unterlagen in: UAG, Theol. SA, Nr. 186.

<sup>438</sup> Vgl. die von Wiesenfeldt mutmaßlich 1928/29 verfassten ‚Richtlinien‘ für die Tätigkeit des Studentenfarrers in Göttingen, in: LKAH, E 33.

<sup>439</sup> Amtshandlungen spielten aufgrund der Besonderheit seines Tätigkeitsfeldes kaum eine Rolle.

<sup>440</sup> Nach Wiesenfeldt fehlte es an der inneren Vorbereitung auf das Amt, an Zusammenhalt und an Bezug zur Kirche, auch die inneren Bedenken der Studenten blieben oftmals unbeantwortet. Vgl. Bericht über die Freizeit in Altenau vom 2.–7.3.1929, in: LKAH, E 33.

<sup>441</sup> Vgl. z.B. die Berichte über die Freizeit in Altenau vom 2.–7. März bzw. die fünftägige Freizeit in Norderney vom 31.3.–1.4.1930. LKAH, E 33.

<sup>442</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Kapitel ‚Die Träger der Arbeit‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

gerichtspräsident a.D. Dr. Simon, der deutsche Botschaftsattaché in Moskau Otto Auhagen, der Kulturphilosoph und Schriftsteller Eugen Diesel, der jungkonservative Publizist Edgar Jung und Karl August Wittfogel, ein führender Repräsentant der kommunistischen Jugend- und Studentenbewegung. Standen zuerst soziale Themen im Mittelpunkt, verlagerte sich die Schwerpunktsetzung allmählich auf politisch-weltanschauliche Fragestellungen. Im Gegensatz zu der Vielfalt bei den öffentlichen Vorträgen war die inhaltliche Breite bei den Ausspracheabenden weniger gegeben. Hier dominierten von Beginn an nationalkonservative bis extrem rechte Beiträge. Ähnliches lässt sich bei den Freizeiten für Abiturienten feststellen. Im Vordergrund standen christliche und kirchliche Themen sowie die Studienvorbereitung, gleichwohl mit einer immer stärkeren kulturskeptischen und politischen Note. Themen der letzten Tagung im März 1932 mit 13 Teilnehmern waren: *Die gegenwärtige Krise der deutschen Hochschule*, *Die Religion des jungen Nationalismus* und *Die politische Gläubigkeit unserer Zeit*.<sup>443</sup>

Bildeten sich in den Semesterprogrammen die Zeitlage und die Bedürfnisse der damaligen Studentengeneration ab, so tragen sie dennoch auch den Stempel des Amtsträgers. Wiesenfeldt hatte in Göttingen studiert und sich führend im Göttinger DCSV engagiert. Der Hirsch-Schüler vertrat einen christlich bestimmten Konservatismus, ab Ende der 1920er Jahre engagierte er sich neben seinem Hauptamt als Vorsitzender der Göttinger Ortsgruppe des CVSD.<sup>444</sup> Beispielsweise konstatierte er in seinem Vortrag *Zur Krise der deutschen Hochschule* eine allgemeine Bildungskrise. Eine einheitliche und umfassende Bildung gäbe es, so Wiesenfeldt, nur dort, wo es auch eine einheitliche Weltanschauung gebe. Diese sei aber weder existent noch wirklichkeitsnah: „Der weltfremde Professor und der volksfremde Akademiker sind Symbol für diesen Zustand.“<sup>445</sup> Bereits im Frühjahr 1929 hatte Wiesenfeldt, der schon zu dieser Zeit die studentische Politisierung und starke Gegnerschaft zum Staat ebenso wie die einsetzende Begeisterung für den Nationalsozialismus aufmerksam registrierte, mit antisemitischem Unterton über die republikanisch gesinnte Minderheit unter den Studenten geschrieben:

*Die den augenblicklichen Staat bejahenden finden sich vorwiegend in der deutsch-demokratischen Studentengruppe wieder. Der Kreis ist nur klein (etwa 25) und hat viele Juden in seiner Mitte. Die geistige Grundhaltung ist bestimmt durch einen rationalistisch verflachten Humanismus.*<sup>446</sup>

<sup>443</sup> Ebenda, Anlage 2–4. Wiesenfeldt gibt in seinem Bericht auch drei Vortragende an, die in der Anlage nicht aufgeführt sind. Dies gilt auch für den oben genannten Vortrag zum CSVD.

<sup>444</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Kapitel ‚Der Dienst‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

<sup>445</sup> Wiesenfeldt: Die Krise der Hochschule, hier Blatt 5, in: LKAH, E 33.

<sup>446</sup> Wiesenfeldt: Bericht des Studentenfarrers in Göttingen über seine Tätigkeit in der Zeit vom 1.8.1928 bis zum 31.3.1929, 1: Die Lage in der Göttinger Studentenschaft. LKAH, E 33.

In diesem Verständnis war Wiesenfeldt schlicht unfähig, sich für die Weimarer Demokratie einzusetzen, vielmehr griff er die Strömungen der Zeit auf und verstärkte sie. Er selbst hat dies später vorsichtig eingestanden. Der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten habe er, so Wiesenfeldt 1974 rückblickend, „offen, wenn auch kritisch gegenüber“ gestanden, wobei er auf die in kirchlichen Kreisen weitverbreitete Unterscheidung zwischen einem ‚politischen‘ und einem ‚weltanschaulichen‘ Nationalsozialismus zurückgriff.<sup>447</sup> 1932 übergab er sein Amt an Georg Hoffmann. Er selbst zog ein überaus positives Fazit seiner Arbeit. In den fünf Jahren seiner Tätigkeit sei er für die evangelische Studentenschaft ein wichtiger Ansprechpartner gewesen und habe mit einem breiten Angebot Räume für Vergemeinschaftung geschaffen.<sup>448</sup> Ein bleibender Verdienst war die bewusste Stärkung der studentischen Bande zur Landeskirche, die den politischen Bruch des Jahres 1933 überdauern und zu einem wichtigen Faktor der Fakultätsgeschichte in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur werden sollte.

### Evangelischer Studentendienst/Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft

Zur Unterstützung seiner Tätigkeiten gelang es Wiesenfeldt, einen Kreis von (nicht genannten) Dozenten, Studentinnen und Studenten um sich zu scharen. Der *Evangelisch-Kirchliche Studentendienst* hatte das Ziel, den

*evangelischen Kommilitonen in den Fragen und Nöten der äußeren Lebensgestaltung und inneren Lebensführung zu helfen sowie in der gegenwärtigen Kulturkrise die religiösen und kulturellen Güter der Reformation für die akademische Welt lebendig zu erhalten und fruchtbar zu machen.*<sup>449</sup>

Im SoSe 1928 wurde der *Studentendienst* von einem in öffentlicher Versammlung gewählten *Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft* abgelöst.<sup>450</sup> Er setzte sich aus 30 bis 40 Studierenden zusammen. Jeweils ein Drittel stellten die Korporationen, die Jugendbewegung und die Freistudenten. Ende 1929 waren 13 Verbindungen und neun ‚jugendbewegte‘ Gruppen vertreten, sieben Korporationen hatten ihre ‚offiziellen Vertretungen‘ zurückgezogen, 15 namentlich aufgeführte Ver-

<sup>447</sup> Zitiert nach Kahmann: Kreuz, S. 233. Nach Kriegsende wurde Wiesenfeldt am 30.11.1947 Göttinger Stadtsuperintendent und Erster Pfarrer an St. Johannis.

<sup>448</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, Kapitel ‚Der Dienst‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

<sup>449</sup> Zitiert in Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926–30.9.1932, Kapitel ‚Die Träger der Arbeit‘, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen).

<sup>450</sup> Ebenda, Vgl. Eröffnungsrede anlässlich der ersten Sitzung des allgemeinen evangelischen Studentenausschusses (Wiesenfeldt, 26.6) und das Protokoll der sich anschließenden Aussprache; Eröffnungsrede anlässlich der ersten öffentlichen Versammlung der allgemeinen evangelischen Studentenschaft (Wiesenfeldt, 3.7.1928) und das Protokoll zur folgenden Aussprache, in: LKAH, E 33.

bindungen beteiligten sich nicht.<sup>451</sup> Rasch etablierte sich ein festes Semesterprogramm, bestehend aus regelmäßigen Treffen, öffentlichen Veranstaltungen, studentischen Arbeitsgruppen, gemeinsamen Wochenenden und Freizeiten.<sup>452</sup> Auch wenn Wiesenfeldt in diesem Zusammenhang wiederholt von einer „evangelischen studentischen Gemeinde“ sprach, handelte es sich hierbei nicht um eine Gemeindebildung. Auch offiziell wurde diese abgelehnt, um die Mitarbeit der Studenten in ihren jeweiligen Heimatgemeinden nicht zu gefährden.<sup>453</sup>

In seiner Vorstellung zum WS 1928/29 erweiterte der *Arbeitsausschuss* seine Aufgabenstellung und formulierte ein Angebot zur Sinndeutung: „Jeder evangelische Studierende kann und sollte ihn in Anspruch nehmen, wenn er im Ringen mit den ihn bedrängenden Fragen der Aussprache, des Rats und der Führung bedarf.“<sup>454</sup> Die umfangreichen Protokolle belegen die große und existentiell aufgefasste Unsicherheit der Zeit, von der auch die Mitglieder des *Arbeitsausschusses* betroffen waren. Viele waren auf der Suche nach Halt in einer Lebenswelt zwischen Kirche, Religiosität, Weltanschauung, Rationalismus und Wahrhaftigkeit. Ausspracheabende und Vorträge widmeten sich immer wieder den Grundfragen einer fragil gewordenen studentischen Lebenswelt. So sprachen Otto Piper über *Was ist Kirche?* und Edgar Jung über *Kirche und Volksgemeinschaft*. Diskussionsveranstaltungen widmeten sich dem *Studentischen Ehrbegriff* bzw. dem *Erziehungsideal der Korporationen und der Jugendbewegung*.<sup>455</sup> Bei diesen Veranstaltungen ging es nicht zuletzt um die Verteidigung des eigenen, durch die rapiden gesellschaftlichen Veränderungen angefochtenen Lebensstils und -entwurfs.

Thema der ersten Sitzung des *Arbeitsausschusses* im WS 1929/30 war *Student und Kirche*.<sup>456</sup> Das erste Referat hielt ein Theologie-, das zweite ein Chemiestudent. Beiden galt die Kirche als erstarrt und ermattet, nicht mehr in der Lage, den Weg zum Glauben zu weisen. Die folgende Kontroverse rückte die Berechtigung von Taufe, Konfirmation und Bekenntnis ins Zentrum. Von Interesse ist, dass – zumindest nicht protokollarisch belegt – die Diskussion ohne Polemik auskam, sie vielmehr ernsthaft geführt wurde. Ihre Fortsetzung fand sie mit einem Treffen über *Das Wesen der Kirche*.<sup>457</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen, die aber noch nebeneinander standen. Im ersten Beitrag ver-

<sup>451</sup> Vertreten waren: Wingolf, Lunsburgia, Germania, Ghibellinia, Niblung, Saxonia, Alemannia, VdSt, Thuringia, BdSt, Philadelphia, Studentengesangverein, ATV. Zu den jugendbewegten Gruppen zählten: Jungdeutscher Orden, Bachkreis, DCVSF, Bibelkreis, DCSV, Neuwerk, Singkreis, BDJ, VFSt. Protokoll der zweiten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 24.11.1929. LKAH, E 33.

<sup>452</sup> Karl Koch: Semesterbericht des Göttinger Wingolfs, in: WB 4 (1930), Sp. 154. Vgl. die umfangreichen Unterlagen in LKAH, E 33.

<sup>453</sup> Diese hätte zudem, so die Einschätzung des Studentenpfarrers, keine Genehmigung bekommen, da sie als eine Störung des konfessionellen Friedens an der Universität interpretiert hätte werden können.

<sup>454</sup> Vorstellung des Studentendienstes mit Semesterprogramm im WS 1928/29. LKAH, E 33.

<sup>455</sup> Vgl. die ausführlichen Berichte in: LKAH, E 33.

<sup>456</sup> Protokoll der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 10.11.1929. LKAH, E 33.

<sup>457</sup> Protokoll der dritten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 15.12.1929. LKAH, E 33.

stand der Referent Kirche als „die von Gott erwählte christliche Gemeinde aller Zeiten und Völker“, unabhängig von „irgendwelchen menschlichen Bindungen wie Rasse, Volk, Konfession usw.“.<sup>458</sup> Er sprach sich damit ausdrücklich gegen schöpferische- und ordnungstheologische Ansätze aus, die Ende der 1920er Jahre innerhalb der Kirche und Universitätstheologie breit rezipiert wurden. Als markantes Gegenbeispiel kann die frühe Auseinandersetzung mit dem theologisch liberalen und antisemitischen *Bund für Deutsche Kirche* angeführt werden, der für Einzelne bereits 1928, als sich die Wirksamkeit des Bundes im Wesentlichen auf die völkischen Kreise innerhalb der Kirche beschränkte, als eine zeitgemäße Form kirchlicher Erneuerung galt.<sup>459</sup>

Auch wenn sich der *Arbeitsausschuss* mehrheitlich einer direkten Politisierung entzog bzw. entziehen wollte, ist ein nationales Grundrauschen dennoch unübersehbar. 1929 waren es das Auftreten des *Widerstandsblocks* und, daraus resultierend, die politische Neutralität der DSt, die zu Spannungen führten. Für viele galt ein Neutralitätsgebot nur gegenüber den bürgerlichen Parteien, da die linken Parteien nicht auf dem „nationalen Boden“ ständen.<sup>460</sup> Die folgende Debatte drehte sich um das Thema *Kirche und Volkstum*, das anschließend in einem Vortrag von Dr. Edgar Jung behandelt wurde.<sup>461</sup> Endgültig ab dem SoSe 1931 zeigte sich auch innerhalb des *Arbeitsausschusses* eine Themenverschiebung. Die Stellung der Kirche in und gegenüber Gesellschaft und Staat fanden stärkere Beachtung. Nach dem traditionellen Gottesdienst zur Semestereröffnung widmete sich Wiesenfeldt unter der Fragestellung *Klasse oder Stand?* der studentischen Selbstverständniskrise, der Leipziger Studentenfarrer Gerhard Kunze dem Thema *Hochschule und Volkstum*, des Weiteren gab es ein Treffen mit Landesbischof Marahrens. Einen hohen Aktualitätsbezug wiesen auch der Nietzsche-Lesekreis und die angebotenen Arbeitsgemeinschaften auf:

1. *Politik und Weltanschauung: a) Bodenreform, b) moderne Sozialgesetzgebung, c) der heutige Strafvollzug, d) Klassenkampf, e) Rassenfrage, f) Minderheitenproblem, g) Krieg, h) Völkerbund, 2. Religiöse Gegenwartsfragen: a) Glaube und Mystik, b) Sinn der Geschichte, c) der evangelische Gottesdienst, d) das Sakrament, e) die ökumenische Bewegung, f) Religion und Politik, g) Staat und Kirche, h) der Sinn der Ehe, i) die moderne Freidenkerbewegung.*<sup>462</sup>

<sup>458</sup> Protokoll der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 10.11.1929. LKAH, E 33.

<sup>459</sup> Beitrag eines Studenten während der Aussprache anlässlich der ersten Sitzung des allgemeinen evangelischen Studentenausschusses. Protokoll vom 26.6.1928. in: LKAH, E 33. Vgl. Nowak: Kirche, S. 247–250; Meier: Bund; Buss: Christentum.

<sup>460</sup> Protokoll der zweiten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 24.11.1929. LKAH, E 33.

<sup>461</sup> Protokoll der vierten Sitzung des Arbeitsausschusses vom 29.1.1930. LKAH, E 33.

<sup>462</sup> GHZ 12 vom 11.12.1931.

## Zwischenbilanz: die Studenten der Theologie und das Ende der Republik

Eine Bilanzierung steht unter dem Vorbehalt, dass in den 14 Jahren der Weimarer Republik unterschiedliche Generationen Theologie studierten und die Rahmenbedingungen nicht einheitlich waren. Im SoSe 1932 waren – die Anzahl der Professoren und Dozenten blieb nahezu unverändert – in etwa 250 Studenten mehr immatrikuliert als zum WS 1923/24. Grundsätzlich gilt: Der jeweilige studentische Mainstream sowie der Grundhabitus wurden mehrheitlich geteilt. Beispielsweise machte die Fakultät im November 1919, als die Frage der angestrebten Professur für *Reformierte Theologie* akut diskutiert wurde, bezüglich des favorisierten Dekans der Wiener Fakultät Josef Bohatec auch geltend, dass „ein erheblicher Teil der Studentenschaft an der tschechischen Abstammung Bohatecs Anstoß nehmen könne“.<sup>463</sup> Zahlreiche Vorträge und studentischer Aktivismus belegen für die zweite Hälfte der 1920er Jahre eine umfängliche Politisierung und Radikalisierung, während die demokratisch-republikanischen und sozialistischen Kräfte, die an der Nachkriegsuniversität von vorneherein eine Minderheit waren, zusehends an Boden verloren und spätestens 1931 aufgerieben waren. Hans Wiesenfeldt beobachtete schon zum WS 1927/28 den Übergang von einer „völkischen Romantik“ zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit politischen Fragen, ein Jahr später das Anwachsen der nationalsozialistischen (wie auch der kommunistischen) Gruppe. Erneut ein Jahr später, zum WS 1929/30, sah er die Eroberung des AStA durch den *Widerstandsblock* als realistische Möglichkeit an.<sup>464</sup>

Trotz Vergemeinschaftungstendenzen und vielfältigen Querverbindungen sind bezüglich der sozialen und kommunikativen Räume deutliche Unterschiede festzuhalten. Den stärksten Zug zur Politisierung innerhalb der Theologenschaft lässt sich bei den christlichen Korporationen beobachten. Innerhalb kurzer Zeit überwogen die Übereinstimmung in politischen Fragen und eine Fundamentalopposi-

<sup>463</sup> Kultusminister Becker an Bleske-Viëtor am 12.11.1919. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV.

<sup>464</sup> Wiesenfeldt: Die Arbeit des Ev.-Luth. Studentenpfarrers in Göttingen vom 1.12.1926 bis zum 30.9.1932, hier Anlage 1, in: KKAG, Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Berichte (Quellen). Antisemitismus war kein entscheidendes Motiv und spielte in der Agitation gegen die Republik keine hervorgehobene Rolle. Als fester Bestandteil der studentischen Grundbestimmtheit ist er schlicht vorauszusetzen. Nach dem Studium setzte sich diese Einstellung bruchlos fest. Landesbischof Marahrens, von 1928 bis 1950 zugleich Abt von Loccum, setzte sich bereits Anfang der 1930er Jahre dafür ein, im Predigerseminar Fleisch nicht mehr über einen jüdischen Schlachter zu beziehen: „Es handelt sich um den Fleischbezug bei nichtchristlichen, eigentlich müßte man sagen nicht arischen Schlachtern. [...] Über die Schwierigkeiten, die einem evangelischen Kloster aus der Tatsache solcher Bezugsquelle in unserer nationalsozialistischen Vorbereitung des dritten Reiches erwachsen, brauche ich nicht zu schreiben. Auf der einen Seite wird es von Bedeutung sein, ob die Loccumer Schlachter wirklich imstande sind, zuverlässig und gut zu liefern, auf der anderen Seite wird gerade ein evangelisches Kloster auch etwas von geschichtlicher Verpflichtung und Dankbarkeit wissen.“ Marahrens an die Hausdame des Hospizes am 27.12.1930. Zitiert nach Rüttgard: Loccum, S. 207. Vgl. ebenda den Senior des Hospizes an Marahrens am 20.12.1930, S. 206.

tion gegenüber dem liberal-säkularen Verfassungsstaat die weltanschauliche Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus. Offener aufgestellt, ohne einseitige Festlegung und inhaltlich breiter gegenüber gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen, waren die DCSV und ihr weibliches Pendant, die DCVSF.<sup>465</sup> Letztendlich aber erfasste auch sie ein autoritäres, antidemokratisches Denken und völkischer Rassismus. Aus ihrer bibelzentrierten Vergemeinschaftung in Christus heraus hatte die wichtigste Schnittstelle des evangelischen Lebens an der Universität dem ‚Zeitgeist‘ nichts entgegenzusetzen. Dies gilt auch für die *Theologische Fachschaft*. Sie blieb zuvorderst eine studentische Interessenvertretung, signalisierte aber in den letzten beiden Jahren der Republik eine behände Offenheit gegenüber dem völkisch-autoritären Umbruch. Dies alles schließt Abweichungen nicht aus. So stellte sich auf einer DETH-Tagung der Göttinger Vertreter im ‚Fall Dehn‘ gegen die Mehrheit auf die Seite von dessen Verteidiger.<sup>466</sup> Am Gesamtbild ändert dies freilich wenig.

Eine Zäsur markierte die Institutionalisierung des Studentenpfarramts. Als hauptamtlicher Netzwerker kam dem umtriebigen Wiesenfeldt rasch eine zentrale Rolle mit großer Reichweite zu, insbesondere über den von ihm geförderten *Arbeitsausschuss der evangelischen Studentenschaft*. Inwieweit er studentische Anregungen aufgriff oder eigene Impulse setzte, lässt sich en détail nicht beantworten, mutmaßlich war beides der Fall. Verhaftet im CSVD, registrierte er die nationalsozialistische Kirchenkritik und manche Sympathien für altgermanische Glaubensvorstellungen aufmerksam. Dass er selbst der NSDAP weltanschaulich skeptisch gegenüberstand, ist unbestritten, andererseits hatte er gute Kontakte zu frühen Nationalsozialisten bzw. deren Sympathisanten, nicht zuletzt zu seinem Lehrer und Förderer Emanuel Hirsch. Auch vom Göttinger Studentenpfarrer gingen keine Initiativen zugunsten der Republik aus.

## Hugo Rönck und der NSDStB

Bereits Ende 1930 berichtete Martin Rade in der *Christlichen Welt* von der Aussage eines Theologiestudenten und SA-Manns, dass „an seiner Universität fast alle Studenten der Theologie Nationalsozialisten seien“. Gerade in den norddeutschen Universitäten erschienen „etwa 90 Prozent der evangelischen Theologen mit dem Parteiabzeichen der Nationalsozialisten im Kolleg.“<sup>467</sup> Ähnliches beobachtete Stiftsinspektor Hans von Campenhausen nach einem nationalsozialistischen Fa-

---

<sup>465</sup> Die Mitarbeit im DCSV erwies sich im Einzelfall als Aufstiegsschleuse. Das bekannteste Göttinger Beispiel ist Hanns Lilje, der nach einem kurzen Intermezzo als Studentenpfarrer in Hannover 1927, im Alter von nur 28 Jahren, zum Generalsekretär der DCSV aufstieg. Vgl. Oelke: Lilje.

<sup>466</sup> Protokoll des 12. ordentlichen Vertretertages der DETH in Schmalkalden vom 14.–16.4. 1932. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>467</sup> Martin Rade: Unsere Söhne, in: CW 23 (1930). Zitiert nach Scholder: Kirchen I, S. 165.

ckelmarsch im September 1930: „Meine Theologen [...] neigten ihnen zu.“<sup>468</sup> Nach Michael Grüttner war neben geschlechtsspezifischen Entscheidungen – NSDAP wie NSDStB stießen insbesondere bei Studenten auf Zustimmung – die Konfession eine entscheidende Größe für eine Nähe zum Nationalsozialismus. Der NSDStB erreichte vorrangig an Hochschulen mit hohem evangelischem Studentenanteil hohe Zustimmungswerte, unter den frühen NSDStB-Aktivisten waren überproportional viele evangelische Theologiestudenten.<sup>469</sup> In Göttingen studierte im SoSe 1932 ein Viertel der bekennenden nationalsozialistischen Aktivisten Theologie, mehr als vier Prozent aller eingeschriebenen Theologiestudenten bekannten sich zu dieser Zeit offen zur NSDAP.<sup>470</sup> Im WS 1930/31 hatte ihr Anteil mit 27,9 Prozent noch höher gelegen und überstieg ihren Anteil an der Gesamtstudentenschaft um ein Dreifaches.<sup>471</sup> Reflektiert wurde dieser Zusammenhang nicht. In seinem Tätigkeitsbericht für das WS 1928/29 hielt Studentenpfarrer Wiesenfeldt lediglich fest, dass der Göttinger NSDStB „sehr lebendige und außerordentlich tatkräftige Menschen“ umfasse: „Die Religiosität, die in diesen Kreise lebendig ist, bewegt sich häufig im starken Gegensatz zur Kirche und zum Evangelium, und neigt hin zum altgermanischen Gottesglauben.“<sup>472</sup>

Einen herausragenden Platz nahm Hugo Rönck ein. Rönck, geboren 1908 im ostthüringischen Altenburg, war Aktivist, Propagandist und als Organisator hauptverantwortlich für den Wahlerfolg des NSDStB bei den Kammerwahlen 1931. Bis zum Eintritt in die Examensphase war er für einige Monate Vorsitzender der Göttinger Studentenschaft. Ursprünglich strebte Rönck eine Offizierslaufbahn an, entschied sich aber aufgrund der starken Beschränkungen für die Reichswehr für den Pastorenberuf. 1927 trat er der SA bei, ein Jahr später der NSDAP, in Göttingen schloss er sich zudem der *Hochschulgilde Niblung-Göttingen* an. Rönck selbst führte Ende 1948 für seine frühe NSDAP-Mitgliedschaft an, dass ihm „eine soziale Verantwortung der Kirche und deren Schutz durch einen verantwortungsbewussten Staat“ am Herzen gelegen habe. 1928, nach seinem ersten Semester in Göttingen, kam er mit den charismatischen jungen Pfarrern Siegfried Leffler und Julius Leutheuser in Kontakt, die ausgehend von einem nationalsozialistischen Lehrer- und Pfarrerkreis Ende der 1920er Jahre im Wieratal mit der *Kirchenbewegung Deutsche Christen* (KDC) eine frühe nationalsozialistische Kirchen-

<sup>468</sup> Campenhausen: ‚Murren‘, S. 128.

<sup>469</sup> Vgl. Grüttner: Studenten, S. 53. Dies entspricht den Ergebnissen der historischen Wahlforschung.

<sup>470</sup> Die NSDStB-Mitglieder nach Fakultäten, in: Faust: Studentenbund, Bd. 2, S. 146. Zahlen für die Medizinische Fakultät liegen nicht vor. Die genannten Prozentangaben stehen also unter Vorbehalt.

<sup>471</sup> Tabelle 8: Studienrichtung an reichsdeutschen Universitäten und in NSDStB-Hochschulgruppen 1928–1931, in Kater: Studentenschaft, S. 215. Der Anteil der Theologiestudenten lag in diesem Semester bei 8,7 Prozent.

<sup>472</sup> Wiesenfeldt: Bericht des Studentenpfarrers in Göttingen über seine Tätigkeit in der Zeit vom 1.8.1928 bis zum 31.3.1929, 1: Die Lage in der Göttinger Studentenschaft. LKAH, E 33.



partei ins Leben gerufen hatten.<sup>473</sup> 1932 trat er dieser bei. Aus seiner Studentenzeit überliefert ist das Kurzschauspiel *Leben. Ein Spiel vom Kämpfen und Sterben*: eine Verherrlichung von ‚Volksgemeinschaft‘, Opfer- und Märtyrertod und des Nationalsozialismus.<sup>474</sup>



Abb. 11: Hugo Rönck, mutmaßlich Mitte/Ende der 1930er Jahre (Landeskirchenarchiv Eisenach der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland)

Röncks erster bekannter Auftritt in Göttingen datiert vom 6. Juni 1929, als er im Vorfeld der Kammerwahlen über *Nationalsozialismus als Weltanschauung* referierte. Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Auseinandersetzung mit Idealismus und Materialismus. Ein Schreiben an die NSDStB-Reichsleitung zitiert ihn wie folgt:

*Idealistische Gesinnung, die beispielsweise Vaterlandsliebe um ihrer selbst willen fordert, muss versagen in einem Volk, das weitgehend durch die materialistische Geschichtsauffassung eines Karl Marx beeinflusst ist. Der Nationalsozialismus geht den – oft schweren – Weg seinen glaubensmäßigen Gehalt mit nüchternen Worten einer grundsätzlich realistischen Generation nahezubringen. Das erweckt oft den Anschein, als ob die nationalsozialistische Weltanschauung auf alle die Werte verzichte, für die die deutsche Sprache die Worte Seele oder Gemüt kennt. Im tiefsten Grund sind aber gerade darin die Wurzeln nationalsozialistischer Tatkraft zu suchen. Diese Beziehung wurde erläutert an dem Beispiel des Christentums. Aus dem ursprünglichen Drang nach sinnvoller Lebensgestaltung entsteht die Erkenntnis von dem Zusammenhang, welcher zwischen Gemeinschaft und Einzelmensch besteht. Die biblische – rein idealistische – Gedankenwelt leitet daraus ihr größtes Gebot, das der Nächstenliebe, ab. Die Vollendung dieser gedanklichen Vorstellung liegt heute praktisch im Sozialismus.<sup>475</sup>*

<sup>473</sup> Lebenslauf Röncks vom 6.12.1948, verfasst nach einer landeskirchlichen Verfügung. LKAK, 12,03, Nr. 1990. Rönck beendete sein Studium 1932 in Jena und wurde im selben Jahr ordiniert. 1936 übernahm er das Amt des Landesjugendpfarrers, ab Februar 1943 lenkte er die Geschicke der Thüringischen Landeskirche. Im März 1945 ernannte er sich in einem Akt der Selbstermächtigung zum Bischof. In den Jahren 1947 bis 1976 amtierte er als Pfarrer in Eutin. Vgl. Buss: Ära, insbesondere S. 13–16; Böhm: Christen.

<sup>474</sup> Rönck: *Leben. Ein Spiel vom Kämpfen und Leben*, undatiert [mutmaßlich verfasst in seiner Zeit als Hochschulgruppenführer]. BArch, NS 38, Nr. 3629.

<sup>475</sup> NSDStB Göttingen an Reichsleitung am 6.11.1929. BArch, NS 38, Nr. 3269.

Kaum zwei Wochen später war er führend an Aktivitäten gegen eine Vortragsveranstaltung der Theologischen Fakultät mit dem jüdischen Gelehrten und Rabbiner Ismar Elbogen am 21. Juni beteiligt.<sup>476</sup> Unter der Überschrift *Ein jüdischer Gelehrter soll im Auftrag der Evangelischen Theologenschaft sprechen* rief der NSDStB zum Boykott der Veranstaltung auf. Die Argumentation war zweigleisig. In bewährter nationalsozialistischer Manier wurden „die Juden“ für die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme verantwortlich gemacht. Die Lösung der sozialen Frage aber setze die ‚Volksgemeinschaft‘ voraus, die nicht nur politisch notwendig sei, sondern auch eine eng mit den Forderungen des Christentums verbundene sittliche Pflicht:

*Jüdisches Kapital beherrscht die gesamte Wirtschaftsordnung, jüdischer Geist schuf den Klassenkampfgedanken und jüdische Unkultur untergräbt die seelischen Stützen unseres Volkstums. [...] Das Judentum hat sich eine bedeutende Machtstellung erschlichen, die nur durch die gleiche Brutalität des Handelns beseitigt werden kann.*<sup>477</sup>

Schließlich wandten sich die Autoren direkt an ihre Kommilitonen der *Theologischen Fachschaft*. Es sei eine politische Instinklosigkeit und gegen jede protestantische Tradition, wenn sie einen Dozenten der *Hochschule für jüdische Wissenschaft* sprechen lasse. Zum Schluss hieß es mit Verweis auf Luther und seine Judenschriften:

*Kirche und Pfarrerstand sind nicht um ihrer selbst willen da, sondern um des Volkes willen! Wenn die Nation notwendig ihren Existenzkampf gegen die jüdische Macht führen muß, so hat auch der geistliche Stand kein Recht, dieses zu verraten.*

Das Flugblatt endete mit dem Appell:

*Evangelische Theologen! Wollt ihr abseits stehen im Kampf um die deutsche Volksseele? Wollt ihr solchen Faustschlag in das Gesicht des Christentums dulden? Kommilitonen! Bleibt der Elbogenveranstaltung fern!*

Inhaltlich wurden in dem Pamphlet also ökonomische, politische, kulturelle und auch kirchliche ‚Argumente‘ angeführt, deren Klammer Überfremdungsängste vor einem vermeintlich zersetzenden jüdischen Einfluss war. Verantwortlich für den Text zeichneten die Theologiestudenten Heinz Baethge und Rönck, die das Flugblatt ohne Genehmigung an der Universität verteilten.<sup>478</sup> Zudem waren die offiziellen Veranstaltungsplakate innerhalb und außerhalb der Universität überklebt worden: „Deutsche Theologen! Kennt ihr keine größeren Aufgaben als die Ver-

<sup>476</sup> Elbogen war seit 1902 Rektor der *Hochschule für die Wissenschaft des Judentums* in Berlin, national und international gut vernetzt und galt als einer der wichtigsten deutschsprachigen Repräsentanten des liberalen Judentums. Auf wessen Veranlassung und worüber er in Göttingen referierte, ist nicht bekannt. Elbogen emigrierte 1939, er starb 1943 in New York. Vgl. Wolfes/Strauss Almstad: Elbogen; Sterling: Vorwort, in: Elbogen/Sterling, S. 9f.

<sup>477</sup> Flugblatt. UAG, Sekr., Nr. 599.4a. Die folgenden Zitate ebenda.

<sup>478</sup> Mitteilung des Hausinspektors vom 21.6.1929. UAG, Sekr., Nr. 599.4a.

breitung jüdischen Geists!<sup>479</sup> Wie der Aufruf aufgenommen wurde, ist nicht bekannt. Es handelte sich aber um den ersten Boykottaufruf des NSDStB an der Göttinger Universität und steht damit für eine Radikalisierung studentischer Proteste. Für eine offensive Störung der Veranstaltung war die Zeit offensichtlich noch nicht reif. Aber noch 1937 hielt Rönck den „modernen Studentenstreich“ um den „koscheren Professor Elbogen von der Frankfurter Judenuniversität“ in seinem Beitrag zum 200jährigen Universitätsjubiläum für erwähnenswert.<sup>480</sup> Für die beteiligten Aktivisten blieben die Folgen begrenzt. Der Studentenbundführer erhielt nach einer Untersuchung durch den Universitätsrichter einen strengen Verweis, der aber wirkungslos blieb, da er sich bereits zuvor exmatrikuliert hatte und nach Heidelberg wechselte. Rönck wurde vom Rektor ermahnt, machte ihm gegenüber aber glaubhaft geltend, das Verbot nicht gekannt zu haben.<sup>481</sup>

Röncks Ernennung zum Vorsitzenden des Göttinger NSDStB erfolgte am 6. November 1929. Bei der folgenden Langemarck-Feier der DSt erschien der Göttinger NSDStB erstmals überhaupt im Braunhemd. Ihm war ein Platz am Zugende zugewiesen, die Teilnahme aber wurde, wie Rönck stolz vermerkte, dennoch zu „einem kleinen Triumphzug für den Nationalsozialismus“. Für Aufregung sorgte auch, dass ihm bei einer öffentlichen Veranstaltung mit 400 Kommilitonen zu Vorgängen an der Berliner Universität vom Universitätsrat das Sprechen untersagt wurde.<sup>482</sup> 1931 war Rönck am Wahlkampf des NSDStB führend beteiligt. Am 29. April referierte er im *Schwarzen Bären* über die Grundzüge der nationalsozialistischen Weltanschauung, am 15. Mai leitete er eine öffentliche Studentenversammlung mit dem deutschkirchlichen braunschweigischen Staatsminister Dr. Frantzen und dem früheren Vorsitzenden der Kieler Studentenschaft, Dr. Joachim Haupt, nur einen Tag später leitete er die von rund tausend Teilnehmern besuchte Veranstaltung mit dem NSDAP-Reichstagsabgeordneten Franz Stöhr.<sup>483</sup> Nach den Kammerwahlen begrüßte er am 8. Juni im Stadtpark NSDStB-Reichsführer Baldur von Schirach, der über *Arbeiter und Studenten als Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung* sprach.<sup>484</sup> Röncks eigene Haltung ergibt sich aus

---

<sup>479</sup> NSDStB Göttingen an die Reichsleitung am 21.6.1929. BArch, NS 38, Nr. 3269.

<sup>480</sup> Rönck: *Bewegung*, S. 29. Elbogen lehrte zu keiner Zeit in Frankfurt. Die Verortung Röncks entsprang wohl Unwissenheit und antisemitischen Vorbehalten gegen die hessische ‚Judenstadt‘.

<sup>481</sup> Handschriftliche Notiz vom 29.6.1929. UAG, Sekr., Nr. 599.4a.

<sup>482</sup> Bericht an die Reichsleitung vom November 1929. BArch, NS 38, Nr. 3269. Mutmaßlich spielt der Bericht auf das Verbot studentischer Kundgebungen zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages an. Bei dem Versuch von mehreren hundert Studenten, zum Amtssitz von Kultusminister Becker vorzudringen, war es zu einem massiven Polizeieinsatz gekommen. Elf Studenten wurden festgenommen.

<sup>483</sup> Vgl. die Unterlagen in: StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 139–162. Eine für den 26.5.1931 geplante Massenveranstaltung mit Fritz Sauckel, Gauleiter der NSDAP in Thüringen und MdL, über *Die Vernichtung der bürgerlichen und marxistischen Parteien des Materialismus und der Sieg des Deutschtums im Zeichen des nationalsozialistischen Idealismus* wurde verboten. Ebenda, Bl. 175. Sauckel hatte bereits am 27.3.1931 im Stadtpark gesprochen.

<sup>484</sup> Vgl. den polizeilichen Bericht in: StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 185–188.

dem genannten Vortrag über die Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung: Er beklagte sowohl die vermeintliche Gefahr durch den Kommunismus als auch eine bürgerliche Lethargie, allein Hitler sei derjenige, der das Nationale hochhalte.<sup>485</sup> Wie Jesus seinen Nächsten geholfen habe, würden sich nun die Nationalsozialisten um ihre Nächsten kümmern:

*Hitler wollte nicht nur eine Partei schaffen, sondern er wollte uns einen Weg zeigen, einen Weg wonach wir – das Volk – leben können.*

*Wir halten Hitler für einen Propheten, der uns in ein neues Reich führen wird. Der Weg ist rauh und viele Hindernisse stehen uns gegenüber.*

*Als Gleichnis für unsere Bewegung nehmen wir das Märchen Dornröschen. Viele tapfere Männer und Königsöhne waren nicht in der Lage durch die feste Dornenhecke zu dringen, um die Königstochter zu befreien. Endlich kam ein Königssohn, der die Hecke zerschlug und der alles hinwegfegte was hinderlich war. Er erlöste die Königstochter.*

*Auch der Nationalsozialismus wird einst die Dornenhecke zerschlagen und ein neues drittes Reich errichten.*<sup>486</sup>

An der Universität agierte der NSDStB mehrgleisig. Am 11. Juni 1931 verhinderten nationalsozialistische Studenten eine Flugblattverteilung der kommunistischen Studentengruppe, in dem sie ihre Kommilitonen niederschrien. Rönck war auch hier führend beteiligt. Dass der Protest ohne Verletzte blieb, lag nicht zuletzt daran, dass der Rektor 10 Minuten vor Ende der Pause läuten ließ.<sup>487</sup> Andererseits geht aus Schreiben an die Reichsleitung hervor, dass der NSDStB nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit im Rahmen seiner Möglichkeiten rasch auf die Besetzung von Stellen Einfluß nahm und seine Stellung nachhaltig absicherte.<sup>488</sup> Besteht an der starken Affinität der Göttinger Theologiestudenten zum Nationalsozialismus kein Zweifel, war die Mehrheitsentscheidung für die im April 1932 in Berlin gegründete *Glaubensbewegung Deutsche Christen* – die Gründung eines lokalen Ablegers erfolgte in Göttingen erst ein Jahr später – nicht zwangsläufig.<sup>489</sup>

<sup>485</sup> Bereits zuvor hatte Rönck in Beiträgen nichts weniger als die Existenz Deutschlands beschworen. Rönck: Nationalsozialismus und Studentenschaft, in: GHZ 11 vom 16./17.5.1931.

<sup>486</sup> Polizeilicher Bericht vom 1.5.1931. StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 4, Bl. 153–154, hier B. 154. Den englischen Historiker Jeremy Noakes erinnerte Röncks Auftreten mit seiner Mischung aus quasi-religiösem Eifer und gefühlsbetonter Sentimentalität an das Gebaren amerikanischer religiöser Sektenprediger. Noakes: Party, S. 198f.

<sup>487</sup> Vgl. den Bericht in: StA Göttingen, Pol. Dir., F 156, Nr. 3.

<sup>488</sup> NSDStB-Reichsleitung an Rönck am 7.10.1931. BArch, NS 38, Nr. 3269. Konkret ging es um die Besetzung einer Verwaltungsstelle beim Studentenwerk.

<sup>489</sup> Grüttner: Studenten, S. 431.

## „Unter dem Jubel der jungen Theologen“: die Theologische Fakultät am Vorabend des „Dritten Reiches“

Anfang 1932 veröffentlichte Otto Piper seinen Vortrag *Der politische Radikalismus an den deutschen Hochschulen*, den er zuvor auf einer Hochschullehrertagung in Weimar gehalten hatte.<sup>490</sup> In den Fokus seiner Analyse stellte er nicht die sozio-ökonomische Lage der Studenten, sondern ihre mentale Disposition und ihre extreme politische Sichtweise. Für Piper war der studentische Radikalismus ein „ausgesprochenes Generationenproblem“ und Ausdruck eines „Lebensschicksals“.<sup>491</sup> Die aktuelle Studentengeneration sei geprägt von Krieg, Armut, gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen und einer ungeliebten Republik. „Proletarisierung“, alltäglicher Existenzkampf und Werkstudententum hätten an der ‚Burschenherrlichkeit‘ gekratzt, der verschärfte Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt habe dazu geführt, dass sie niemals ein sorgloses Leben und positives Lebensgefühl kennengelernt habe. Im Gegensatz zur älteren Generation, die gewußt habe, „was ein Leben in Fülle ist“, seien die heutigen Studenten „von vorneherein in einer [...] entschleierte[n] und entzauberte[n] Welt aufgewachsen“.<sup>492</sup> Von der Politisierung der Nachkriegsgesellschaft seien sie überfordert.

Für diese Entwicklung war, so Piper, die Rückwärtsgewandtheit der älteren Frontkämpfergeneration und ihre Verächtlichmachung der Republik mitverantwortlich. Diese knüpften an eine Lebensrealität an, die vergangen sei: Der Krieg habe alles verändert, auch das Private und die Aufstiegschancen. Die Übernahme der Werturteile ihrer Erziehergeneration zur Welt, zur Geschichte, zum Volk und zum Staat – Piper führt hier beispielhaft Wilhelm Stapel, Edgar Jung, Arthur Moeller van der Bruck und Ernst Niekisch an – verstelle der jungen Generation eine unvoreingenommene Beurteilung der Republik. In diesem Missverständnis zwischen einer realistischen Erwartungshaltung und einer utopischen Zielsetzung sah Piper eine „innere Inkonsistenz“, die vor allem dem Nationalsozialismus zugutekam. Für einen Großteil der Studenten sei eine Parteimitgliedschaft, zumindest aber die Stimmabgabe für die NSDAP, „akademische Selbstverständlichkeit“.<sup>493</sup>

Piper übte durchaus Kritik an der Studentenschaft, die keine positive Zielsetzung habe und unfähig sei, eigene Entscheidungen zu treffen. Viele hätten wenig Wissen, ihr Denken sei oberflächlich und nicht methodisch, umso schneller aber würden sie urteilen, zudem kritisierte Piper ihre Betonung der Körperlichkeit und

---

<sup>490</sup> Ausdrücklich wies die Schriftleitung darauf hin, dass sie sich nicht alle Ausführungen zu eigen mache. Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 62–79; Kater: *Studentenschaft*, S. 95–108; ders.: *Generationskonflikt*.

<sup>491</sup> Piper: *Radikalismus*, S. 99.

<sup>492</sup> Ebenda, S. 100.

<sup>493</sup> Ebenda, S. 98.

den studentischen Sportkult. Gleichwohl sah er auch hier eine gesellschaftliche und eine pädagogische Mitverantwortung. Das Erziehungsideal der Freiheit überfordere sie.<sup>494</sup> Eine Stärke der NSDAP lag, so Piper, demnach auch darin, straffe Führungsstrukturen zu haben, andererseits Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, jugendlich zu sein. In diesem Verständnis waren die Programme der politischen Mitte nicht grundsätzlich falsch, sondern vor allem „unzeitgemäß“ und damit unattraktiv. Dagegen schaffe es die NSDAP, die studentischen Bedürfnisse aufzugreifen, die Studenten nicht zu überfordern und ihre Unsicherheit und Autoritätshörigkeit im nationalsozialistischen Führergedanken aufzulösen. Der veränderte Bezugsrahmen verstärkte diese Entwicklung. Während die ‚Älteren‘ noch in den Kategorien des Nationalstaates und klassischer Bündniskonstellationen dachten, waren die Leitbegriffe der jüngeren Generation ‚Volkstum‘ und ‚Volksgemeinschaft‘. Ihre Referenz war nicht die Verfassung, sondern der Schützengraben des Jahres 1914.<sup>495</sup> Unsicherheit, Freudlosigkeit, Mangel an Lebensfülle, aber auch Nüchternheit, Eitelkeit und Geltungssucht, kurzum die Schwäche dieser Generation habe, so Piper, zu überindividuellen Idealen geführt, im Verbund mit einem radikalen Nationalismus zu Unbarmherzigkeit gegenüber der Republik und der Demokratie an sich. Diese schloss die Opferbereitschaft gegenüber dem ‚Volksganzen‘ mit ein, einschließlich des Blutopfers. So wurde das Schicksal Deutschlands das eigene Schicksal, Deutschlands Not die eigene Not. In dieser Annahme erkannte Piper eschatologische und quasi religiöse Züge: Im Führerglauben verwirklichte sich demnach der Erlösungsgedanke.

Um diese Entwicklung, deren Auswüchse Piper im Einzelnen durchaus mit Verständnis begegnete, zu brechen, nahm er vor allem die Professoren in die Pflicht.<sup>496</sup> Diese sollten die Studenten an den akademischen Ethos erinnern und ihnen gegenüber höhere Anforderungen stellen als an die „Durchschnittsmenschen“.<sup>497</sup> Viele Professoren und Dozenten aber würden nicht als akademische Lehrer auftreten, sondern das studentische Treiben billigen, weil sie, selbst stark politisiert, nur den nationalen Sinn und die Opferbereitschaft zur Kenntnis nehmen würden, nicht aber die Gewalttaten, Beleidigungen und Verleumdungen. Bei den bekannten Fällen (Lessing, Gumbel, Fascher oder Dehn) sah Piper zwar vor

---

<sup>494</sup> Als Beispiele führt Piper die Herabsetzung des Wahlalters und die Jugendorganisationen der politischen Parteien an. Ebenda, S. 101.

<sup>495</sup> Demgegenüber stellt Piper fest, dass der radikale Nationalismus zwar revolutionäre Züge trage, im Kern aber eine reaktionäre Bewegung sei. Ebenda, S. 104.

<sup>496</sup> Piper war sich bewusst, dass die studentische Ablehnung der Verfassungsfeiern auf eine Absage an die liberale Demokratie hinauslief. Dies lehnte er ab, dennoch konnte er diese Haltung nachvollziehen: „Es ist kein Zufall und keine Böswilligkeit, daß bei den akademischen Verfassungsfeiern von der Verfassung so andauernd geschwiegen wird. Mit Zwang und behördlich angeordneten Verfassungsfeiern bringt man keinen Menschen dazu, die Verfassung zu lieben.“ Ebenso äußerte er bei inhaltlicher Ablehnung sein grundsätzliches Verständnis für die studentische Mehrheitshaltung im preußischen Verfassungsstreit. Ebenda, S. 105.

<sup>497</sup> Ebenda, S. 106.

allem außeruniversitäre Kräfte wirken, dennoch fehle es den Hochschulbehörden, dem Hochschulverband und auch der Professorenschaft an Haltung.<sup>498</sup>

Ob Pipers paternalistischer Weg einer erzieherischen Einwirkung erfolgversprechend gewesen wäre, ist hier nicht zu erörtern. Obwohl er viele Fehlentwicklungen benannte, hat er die gesellschaftliche Dynamik und verbreitete Überzeugungen wie einen chauvinistischen Nationalismus, Militarismus und Revanchismus, Antisemitismus und einen plakativen Antibolschewismus, die ressentimentgeladene Ablehnung der Republik und der sie tragenden Parteien, und die sehnsüchtige Hoffnung auf einen – wie auch immer gearteten – ständisch-autoritären Staat möglicherweise unterschätzt. Dennoch ist sein Ansatz fundiert und bietet eine Grundlage zur Diskussion der Frage, welche Attraktivität der Nationalsozialismus auf die Studentenschaft Anfang der 1930er Jahre ausübte.

Die Göttinger Universität war, so der Thüringer Landesjugendpfarrer und frühere NSDStB-Führer Hugo Rönck rückblickend im Jahr 1937, eigentlich schon 1931 „für den Nationalsozialismus erobert“.<sup>499</sup> Die Gründe dafür sind in einer prekären sozialen Lage, die wenig Anlass zu Optimismus bot, zu suchen und in der politischen Zustimmung zu den Forderungen der NSDAP. Rassismus und ein völkischer Antisemitismus waren längst gesellschaftsfähig. Anfang der 1930er Jahre war der Bruch mit der liberalen Demokratie und einer pluralen Gesellschaft vollzogen, dem die Ablösung individueller Freiheitsrechte zugunsten einer ‚Volksgemeinschaft‘ zugrunde lag. Die partizipative Demokratie schien nicht in der Lage zu sein, die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen und die Bedürfnisse der Jugend zu stillen. Dieser Befund gilt auch für die große Mehrheit der Studenten der Theologie. Wie dargestellt, erfolgten die breiten studentischen Debatten in der vornehmlich als krisenbehaftet wahrgenommenen Umbruchszeit ab den später 1920er Jahren als Suchbewegung. Dabei orientierten sie sich weniger am NSDAP-Parteiprogramm als an dem umfassenden Weltanschauungsangebot einer „Lebensmacht“. Der Nationalsozialismus mit seinen Heilsversprechen und neuen, zeitgemäßen Glaubensangeboten, die Hitler mit seiner charismatischen und religiös aufgeladenen Rhetorik wirkungsvoll unterstrich, erwies sich als attraktiv.<sup>500</sup>

Für Göttingen bestätigen lässt sich der von Piper – der diesbezüglich vor Ort eigene leidvolle Erfahrungen gemacht hatte – geltend gemachte professorale Einfluss auf die Wertebildung der Studentenschaft. Zuvorderst Emanuel Hirsch nahm schriftlich, auf studentischen Versammlungen und auch persönlich wiederholt zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Konflikten grundsätzliche Stellung. Indem er vorhandenen Vorbehalten einen fundierten geschichtstheologischen Überbau gab, bestärkte er diese und wirkte nachhaltig meinungsbildend. Mit dem

---

<sup>498</sup> Ebenda, S. 107.

<sup>499</sup> Rönck: Bewegung, S. 30.

<sup>500</sup> Langenbacher: Christentum und Nationalsozialismus, in: WB 11 (1931), Sp. 516–518, hier Sp. 518.

Einsetzen der verheerenden wirtschaftlich-politischen Doppelkrise, die innerhalb kurzer Zeit zu einer fundamentalen Gesellschaftskrise auswuchs, war die ohnehin kaum ausgeprägte demokratische Substanz spätestens Anfang der 1930er Jahre aufgebraucht. Die Fakultätsbemühungen um eine Lehrbeauftragung von Hans von Lüpke zeigen beispielhaft die übergreifende Offenheit gegenüber einem illiberalen völkischen Denken, das auf eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche, Glauben und ‚Volkstum‘ abzielte. Ohne konkrete Vorstellung von dem ‚Neuen‘, war die liberale Demokratie keine Option mehr.

Ein Lehrstück studentischer Radikalität und bestätigender professoraler Abwiegung war eine Veranstaltung mit dem jungkonservativen Heidelberger Privatdozenten Heinz-Dietrich Wendland, der Ende April 1932 auf Einladung der *Theologischen Fachschaft* über *Christentum und Nationalsozialismus* sprach. Wendland sah den Gegensatz nicht im Politischen, sondern in der nationalsozialistischen Totalität, da im Nationalsozialismus Staat und Gott zusammenfallen würden. Den von den Nationalsozialisten propagierten biologischen Rassismus verwarf er und widersprach auf Wilhelm Stapel bezugnehmend der Meinung, dass Volk nur „Blut, Rasse und naturhaftes Sein“ sei:

*Bei all dem kämpferisch-aktivistischen Auftreten, bei all dem heroischen Realismus, entsprungen aus der Erkenntnis: wo Kampf, da göttliche Triebkräfte, ist bisher bei der Bewegung die Frage nach dem Seelen- und Geistesgeschick zu kurz gekommen.<sup>501</sup>*

Öffentliche und kirchliche Aufmerksamkeit erlangte die Veranstaltung vor allem aufgrund einer Intervention Eugen Mattiat's, der, so der sozialdemokratische *Vorwärts*, „unter dem Jubel der jungen Theologen“ ein flammendes Bekenntnis zum Nationalsozialismus ablegte: „Wir sehen im Nationalsozialismus die deutsche Freiheitsbewegung, zu der wir uns bekennen würden, selbst wenn sie im Namen des Teufels geführt werden würde.“<sup>502</sup> Keiner der Anwesenden, unter ihnen auch Professoren der Theologischen Fakultät, habe Mattiat inhaltlich widersprochen, auch nicht seiner für einen Pfarrer ungewöhnlichen Wortwahl. Namentlich kritisierte das *Göttinger Volksblatt* Johannes Behm, „eines der prominentesten Mitglieder unserer theologischen Fakultät“, der die Veranstaltung eröffnet hatte, sich aber nicht an der Diskussion beteiligte.<sup>503</sup> Beendet wurde das „Streitgespräch“ zwischen der liberalen *Göttinger Zeitung* und dem extrem rechten *Göttinger Tageblatt* von Emanuel Hirsch, der sich zur Ehrenrettung seines einstigen Schülers und Wingolfsbruders zu Wort meldete.<sup>504</sup> Es komme, so Hirsch im *Tageblatt*, nicht

<sup>501</sup> Kurzbericht, in: GHZ 3 vom 10.5.1932, S. 7.

<sup>502</sup> Lange: Christentum – Nationalsozialismus, in: GZ vom 30.4.1932; Theologen oder Teufelsanbeter, in: Vorwärts vom 13.5.1932. Vgl. Bozsa: Mattiat, S. 44–48.

<sup>503</sup> Christentum und Nationalsozialismus, in: GVB vom 30.4.1932.

<sup>504</sup> Hirsch hatte an der Veranstaltung selbst nicht teilgenommen, zeigte sich über seine Frau aber gut informiert. Vgl. Wendland: Wege, S. 134; Klügel: Landeskirche, S. 6. In der Debatte mischten sich unterschiedliche Standpunkte mit persönlichen Angriffen. Dr. Lange warf Mattiat in der GZ vor, dass er Evangelium und Christentum dem Nationalsozialismus unterordnen wolle. Vgl. Mattiat: Im



darauf an, ob Mattiat politisch Recht habe, „ein gerechtes Urteil“ aber müsse zu dem Ergebnis kommen, dass seine Haltung „christlich zulässig“ sei. Mattiat sei von einer „Gewissensnot“ berührt, die alle Christen fühlten.<sup>505</sup>

---

Namen des Teufels, in: GT vom 2.5.1932; Lange: Selbst im Namen des Teufels ..., in: GZ vom 3.5.1932; Mattiat: Pfui Teufel, in: GT vom 4.5.1933; Lange: ‚Pfui Teufel‘ antwortet Pastor Mattiat, in: GZ vom 6.5.1932; Lange: Geistesverwirrung, in: GZ vom 9.5.1932; Hirsch: Christentum und Nationalsozialismus, in: GT vom 9.5.1932; Lange: Schlußwort, in: GZ vom 10.5.1932; Zwei Erklärungen (ein Schreiben Hirschs und eine Solidaritätsadresse der Kirchenvorsteher von Mattiats Kerstlingeroder Gemeinde) in: GZ vom 11.5.1932; Christentum und Nationalsozialismus, in: GZ vom 11.5.1932. Das *Tageblatt* nutzte die Debatte am 4.5.1932 auch zu einem Seitenhieb auf den SPD-Pfarrer und „getauften Juden“ Bruno Benfey. Der Debatte schloss sich der Abdruck eines Beitrages *Dorfkirche und Nationalsozialismus* des emeritierten Göttinger Pfarrers Lortzing an, zuerst erschienen in der von Hans von Lüpke herausgegebenen Broschüre *Kirche und Nationalsozialismus in ihrer Entscheidungstunde*. Lortzing sprach sich für eine Ablehnung des Nationalsozialismus aus religiösen Gründen aus. GZ vom 13.5.1932.

<sup>505</sup> GT vom 9.5.1932.



**Kapitel 2:**  
**Die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur**



*Ich will mich durch den Hinweis auf die ‚theologische‘ und ‚menschliche‘ ‚Luft‘ Göttingens nicht vor der Anerkennung meiner persönlichen Schuld und Unzulänglichkeit drücken.*

Edo Osterloh an Rudolf Bultmann am 12. Dezember 1933

*Wenn auf morgen der Führer uns ruft, uns zum nationalsozialistischen Deutschland zu bekennen, Mann für Mann, Frau um Frau, so antwortet es aus mir. Ja. Ich sage es als deutscher Mann, als evangelischer Christ und Theolog, als Lehrer der Universität. Ich sage es mit als kleine Stimme in dem großen Chor, der auf den Ruf des Führers antwortet. Wir sagen Ja! Wir folgen ihm. – Heil Hitler.*

Emanuel Hirsch am 11. November 1933 in Leipzig

*Unsere Theologische Fakultät ist wirklich und wahrhaftig die einzige Theologische Fakultät, aus der sich bei entschlossenem Neubaunwillen des Ministeriums wirklich etwas Großes und Wirksames im Sinne des neuen Staates machen lässt. Wir allein haben dazu hinreichende Ansätze im vorhandenen Bestande.*

Emanuel Hirsch an Rektor Neumann am 16. Juni 1934

*Hier wurde mancherlei gebrüllt, was besser nicht die Seiten füllt.*

Vollständiger Eintrag Hans von Campenhausens über seine Zeit als Stiftsinspektor vom SoSe 1930 bis zum WS 1934/1935, undatiert

*Unter denjenigen Fakultäten gehört es [Göttingen] zu denen, die noch erträglich sind, weil man bei diesem und jenem gut hören kann. Sonst bietet sich hier das Bild einer trostlosen Zerrissenheit, die umso stärker gerade hier ist, weil der Dekan Emanuel Hirsch zu den Thüringischen Deutschen Christen tendiert.*

Wolfgang Scherffig am 30.11.1938



## **„So wird aus der Volksgemeinschaft Glaubensgemeinschaft.“ Drei Schlaglichter auf das Jahr 1933**

Am 10. Februar 1933 stellte die *Studentenarbeitsgemeinschaft des Christlichen Vereins Junger Männer* (CVJM) einen Antrag auf Aufnahme in das universitäre Vereinsregister. Der beiliegende *Allgemeine Aufruf an die studierende Jugend* war eine direkte Reaktion auf die Ereignisse am 30. Januar. Von der Regierung Hitler erhoffte man sich die Überwindung des Wandels der „Verhältnisse in unserm Vaterland durch die Revolution, das Aufleben der Parteienwirtschaft, die Verhetzung breiter Volksmassen [...] und die nicht zu leugnende Korruption im persönlichen und öffentlichen Leben“.<sup>506</sup> Zugleich beklagten die 12 Autoren, die Hälfte von ihnen Studenten der Theologie, eine studentische Abgrenzung, die nur den Klassenkampfgedanken befördere, und eine als „leer“ charakterisierte Ausbildung zum Facharbeiter, die nicht zur Führung befähige. Man komme nicht „auf dem Wege über eine politische Partei zur Volksgemeinschaft“, vielmehr gelte es, „den letzten Ansatz von Standesdünkel und stolzer Erhabenheit über die Masse im eigenen

---

<sup>506</sup> Studentenarbeitsgemeinschaft an das Rektorat am 10.2.1933 UAG. Sekretariat, Nr. 693.75. Die folgenden Zitate ebenda. Der Eintrag in das universitäre Vereinsregister wurde nur fünf Tage später bestätigt. Heinz Lühmann, August Gade, Hans Jahr, Helmut Lang, Constantin Hopf, Johann Wilhelm Köhler, Heinrich Wiegel (Senior), Hans Schwafert, Dr. Goldmann.

Herzen unschädlich zu machen“. ‚Volksgemeinschaft‘ sei nur durch Jesus Christus, christliche Tätigkeit und die Botschaft des Neuen Testaments zu erreichen, konkret über gemeinsames Wandern, Singen, Ausspracheabende und ein jugendfrohes Leben: „So wird aus der Volksgemeinschaft Glaubensgemeinschaft.“ Über die weiteren Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft ist nichts bekannt, vermutlich musste sie ihre Arbeit mit der Eingliederung der christlichen Jugendverbände in die HJ zum Jahresende 1933 einstellen. Ihr Ansinnen steht gleichwohl stellvertretend für jene Aufbruchstimmung, die viele junge evangelische Kreise erfasste.

Auch an der Göttinger Universität wurde die Reichskanzlerschaft Hitlers begrüßt. Der 30. Januar symbolisierte für viele das ersehnte ‚nationale Erwachen‘ und nährte die Hoffnung auf den herbeigesehnten Wiederaufstieg Deutschlands. Proteste gegen die rasche Transformation der ungeliebten Demokratie in einen Einparteiensstaat, die dauerhafte Aufhebung von Grundrechten, die Verfolgung Dritter aus rassistischen und politischen Gründen und die sogenannte ‚Säuberung des Lehrkörpers‘ gab es kaum. In der euphorischen Umbruchphase des Frühjahrs 1933 zeigten sich auch in Göttingen die Begleiterscheinungen jener Phase, die Hellmut Seier mit Selbstgleichschaltung und dem Verzicht auf Widerstand charakterisierte.<sup>507</sup> Am 3. Mai zelebrierte die Universität den Beginn des verspätet einsetzenden Sommersemesters und das neue Studentenrecht „in anbetracht der historischen Bedeutung dieser Stunde“ mit einer feierlichen Inaugurationsfeier.<sup>508</sup> Die Festpredigt in der überfüllten Universitätskirche hielt Carl Stange. Er predigte über Petrus 4,10 („*Und dienet einander, ein jeglicher mit der Gabe, die er empfangen hat*“). Im nationalen Duktus der Zeit warb der bekennende Deutschnationale für die ‚Volksgemeinschaft‘, deren „innerstes Band“ die Arbeit sei, und bekannte sich zur Verantwortung gegenüber dem Volk und zur Heiligung des Krieges und der Toten.<sup>509</sup> Der folgende Festzug der Professorenschaft im Ornat, SA-Studentensturm, SS, NSDStB, Stahlhelm und Chargierten führte über die Nikolai-, Groner-, Weender-, Theater- und Burgstraße zum Wilhelmplatz. Angeführt wurde er – die Theologische Fakultät nahm traditionell den ersten Platz ein – vom ihrem neu ernannten Dekan: Emanuel Hirsch.<sup>510</sup> In großer Geschlossenheit zeigte die Georgia Augusta, dass sie zur Mitarbeit im selbsternannten ‚Dritten Reich‘ bereit war.

<sup>507</sup> Vgl. Seier: Universität, S. 145–149.

<sup>508</sup> Vgl. Feierlicher Semesterbeginn, in: GT vom 4.5.1933 (mit verschiedenen Unterartikeln); Kundgebung der Georgia Augusta, in: GZ vom 4.5.1933.

<sup>509</sup> Abgedruckt als: Professor Stanges Festpredigt in der Universitätskirche, in: GT vom 4.5.1933. Die Teilnahme erfolgte nach Fakultäten geordnet in Frack und Talar. Es folgten die Chargierten, zuvorderst waren die Fahnenabordnungen von SA und der Stahlhelm-Studentenschaft, die rechts und links vom Altar Aufstellung nahmen. Zwei Tage zuvor war der 1. Mai – der traditionelle Kampftag der internationalen Arbeiterklasse –, von den Nationalsozialisten zum *Tag der nationalen Arbeit* umgewandelt, reichweit mit großen Aufmärschen begangen worden. Am Tag darauf wurde die unabhängige Gewerkschaftsbewegung ‚zerschlagen‘.

<sup>510</sup> Vgl. den Bericht von Friedrich Schwekendiek bei Bozsa: Mattiat, S. 61. Einladung vom 28.4.1933. LKAH, Nachlass 48 II, Nr. 378. Vgl. den Bericht des NSDStB vom 9.5.1933 (Eingang). BArch, NS 38, Nr. 5665.





Abb. 12: Mitglieder der Theologischen (Meyer, Stange, Duhm, Hirsch, Rahlfs, Hempel, Behm, Bauer) und der Juristischen Fakultät der Universität, vermutlich an Tag der Eröffnung der Universität des SoSe 1933 am 3. Mai 1933<sup>511</sup> (Städtisches Museum Göttingen)

Schon kurze Zeit nach dem 30. Januar stellten sich zahlreiche Hochschullehrer hinter Hitler. Im Vorfeld der Reichstagswahlen am 5. März 1933 zählte Georg Wobbermin zu jenen 300 deutschen Hochschullehrern, die mit dem Aufruf *Die deutsche Geisteswelt für Liste 1* zur Wahl der NSDAP aufriefen: „Die marxistisch-bolschewistischen Einflüsse auf den Geist unseres Volkes müssen aufhören.“<sup>512</sup> Der frühere Rektor Johannes Behm gehörte zu jenen Professoren, die den öffentlich verkündeten Rücktritt des Physikers James Franck als einen „Sabotageakt“ an der „Regierung der nationalen Erhebung“ bezeichneten und die beschleunigte

<sup>511</sup> Ohne Bildnachweis ist das Foto abgedruckt in Bernd Moeller (Hg.): *Theologie in Göttingen. Eine Vortragsreihe*, S. 380. Die Bildunterschrift und die Datierung wurden übernommen, sind aber nicht eindeutig zu verifizieren. Das Foto ist sowohl im Landeskirchlichen Archiv Hannover als auch im Städtischen Museum Göttingen überliefert. Auf der Rückseite des landeskirchlichen Exemplars ist vermerkt: „Vivant professores! – Prof. Meyer - Prof. Stange - Prof. Duhm – Prof. Hirsch – Prof. Hempel – Prof. Behm – Prof. Bauer – ... ? – SS 1933 Göttingen – Da muß was los sein! W. M.“ Im Städtischen Museum lagert das Foto in der Sammlung zum Universitätsjubiläum 1937 überliefert. Da Rahlfs bereits 1935 verstorben ist, ist diese Zuordnung falsch. Auch hatten Behm und Duhm die Fakultät zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen.

<sup>512</sup> *Die deutsche Geisteswelt für Liste I*. Abgedruckt in: Universität Tübingen (Hg.): *Führer*, S. 17. Aus Göttingen unterzeichneten insgesamt vier Professoren und ein Privatdozent.

Entfernung von ‚rassisch‘ oder politisch missliebigen Kollegen forderten.<sup>513</sup> Am 3. April, zwei Tage nach dem reichsweiten Boykotttag gegen Juden, wandte sich der *Verband Deutscher Hochschulen* „voll Entrüstung und schärfsten Protest gegen die jede Grundlage entbehrende Gräuelpopaganda im Ausland“, am 21. April begrüßte er die „Wiedergeburt des deutschen Volkes“ und den „Aufstieg des neuen Deutschen Reiches“. Für die deutschen Hochschulen sei nun die Stunde gekommen, „ihren Geist aus der tiefen Einheit der deutschen Volksseele heraus zu entfalten und das vielgestaltige Ringen dieser durch Not und fremdes Diktat unterdrückten Seele bewußt auf die Aufgaben der Gegenwart zu lenken“.<sup>514</sup> Ein halbes Jahr später, am 11. November, unmittelbar vor der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, unterschrieben rund siebenhundert der an die zweitausend in Deutschland lehrenden Hochschullehrer die bedeutendste professorale Erklärung des Jahres 1933: das *Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*. Ihre Zustimmung zu der Ergebnisadresse hatten auch 51 Dozenten der Göttinger Universität ausgedrückt, darunter vier Theologen: die Professoren Behm, Hirsch, Wobbermin sowie der Privatdozent Freiherr Hans von Campenhausen. In einer Ansprache verlieh Hirsch der Erklärung zusätzliche Weihen. Sein Bekenntnis zur unverbrüchlichen Zusammengehörigkeit von Glaube und Volkstum gipfelte in der Verheißung Hitlers:

*Wenn auf morgen der Führer uns ruft, uns zum nationalsozialistischen Deutschland zu bekennen, Mann für Mann, Frau um Frau, so antwortet es aus mir. Ja. Ich sage es als deutscher Mann, als evangelischer Christ und Theolog, als Lehrer der Universität. Ich sage es mit als kleine Stimme in dem großen Chor, der auf den Ruf des Führers antwortet. Wir sagen Ja! Wir folgen ihm. – Heil Hitler.*<sup>515</sup>

Auch die Studentenschaft begrüßte „die neue Zeit“ stürmisch und beging den 30. Januar mit einem Fackelzug.<sup>516</sup> Wie an anderen Universitäten wurde sie zum eigentlichen „Motor der Gleichschaltung“.<sup>517</sup> Nach den Märzahlen, also noch in den Semesterferien, beflaggten Studenten die Universität mit Hakenkreuzfahnen. Der Anordnung des Kurators, diese zu entfernen, begegneten sie mit der Androhung von Gewalt. Mit Unterstützung des „SS-Schnellhilfewagens“ wurden die

<sup>513</sup> Dahms: Einleitung, S. 41. Um seiner Entlassung zuvorzukommen, hatte Franck am 18.4.1933 in einem spektakulären Schritt seinen Rücktritt im *Göttinger Tageblatt* angekündigt.

<sup>514</sup> Zitiert nach Reimann: ‚Selbst-Gleichschaltung‘, S. 44.

<sup>515</sup> Hirsch: Rede an die ‚deutschen Volksgenossinnen, deutsche Volksgenossen‘ [vom 11.11.1933]. Abgedruckt in: Lehrerbund (Hg.): *Bekennnis*, S. 15–17, hier S. 17. Vgl. ebenda, S. 129, die Liste der Unterzeichner. Von der Göttinger Universität unterschrieben 38 Professoren und 13 Privatdozenten.

<sup>516</sup> Fackelzug für Hitler, in: GT vom 1.2.1933. Demnach beteiligten sich 3.000 SA- und SS-Angehörige unter den Augen von angeblich zehntausenden Schaulustigen: „Es war wie im August 1914.“ Hier findet sich kein gesonderter Hinweis auf Studenten.

<sup>517</sup> Grüttner: *Studenten*, S. 62.

Fahnen erneut aufgezogen.<sup>518</sup> Während des Semesters verfolgte die Studentenschaft, gemäß dem berüchtigten Spionageerlass des DSt-Vorsitzenden Gerhard Krüger vom 19. April, als treibende Kraft die umfassende Denunziation von jüdischen, kommunistischen oder sozialdemokratischen Hochschullehrern.<sup>519</sup> Höhepunkt des studentischen Säuberungswillens war die öffentliche Bücherverbrennung mit Werken politisch verfeimter Autorinnen und Autoren auf dem Albaniplatz im Rahmen der *Aktion wider den undeutschen Geist* am 10. Mai 1933, maßgeblich initiiert vom NSDStB.<sup>520</sup>

### **„dass dem Göttinger Kurs [...] die Zukunft gehört“: der *Studentenkampfbund Deutsche Christen***

Mit dem Siegeszug der *Deutschen Christen* im Sommer/Herbst 1933 veränderte sich das evangelische Deutschland in seinen Grundfesten. Innerhalb kurzer Zeit wurde die im Frühjahr 1932 als nationalsozialistische Kirchenpartei gegründete *Glaubensbewegung* zu einer Massenbewegung. Nach den Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 stellte sie in den meisten kirchlichen Gremien die Mehrheit und eroberte in den meisten Landeskirchen kirchenleitende Macht, mit Ausnahme der lutherischen Bischofskirchen von Bayern, Hannover und Württemberg. Am 27. September wählte die Wittenberger Nationalsynode den Hitler-Vertrauten Ludwig Müller zum Reichsbischof. Die Reichskirche stand kurz vor ihrer Vollendung.<sup>521</sup>

Von dem deutschchristlichen Schub erfasst waren auch die evangelischen Kreise an den deutschen Hochschulen. Nach der ersten DC-Reichstagung am 4. April 1933 entstand der *Studentenkampfbund Deutsche Christen*.<sup>522</sup> Es handelte sich um eine Top-down-Gründung mit dem Ziel, den theologischen Nachwuchs für die deutschchristliche Sache zu gewinnen. Der Berliner Pfarrer Walter Hoff, Initiator des Bundes und dessen erster Reichsleiter, forderte, die zukünftigen Pfarrer soll-

<sup>518</sup> Bericht des NSDStB-Ferienvertreters Voß an die Reichsleitung vom 9.3.1933. BArch, NS 38, Nr. 3680.

<sup>519</sup> Dahms: Einleitung, S. 42. Prägnant war ihr Engagement bei der Entlassung des Mathematikers Felix Bernstein. Bernstein soll sich wiederholt über die SA als eine Brutstätte von Homosexualität lustig gemacht haben. Als Beispiel für seine „jüdisch-rationale Behandlung wissenschaftlicher Forschung“ wurde herangezogen, dass er angeblich die Befreiung der Frau vom Gebären durch die frühzeitige Entnahme ihrer Leibesfrucht und die Entwicklung zum Menschen im Brutkasten als wissenschaftlichen Idealzustand bezeichnet habe. Göttinger Studentenschaft an das preußische Kultusministerium am 22.10.1933. BArch, NS 38, Nr. 2248. Bernstein fiel unter die Ausnahmebestimmungen für Altbeamte, wurde am 24.11.1933 dennoch entlassen.

<sup>520</sup> Vgl. Girod: Protest, S. 162–181; Schöne: Bücherverbrennung. Vgl. Sauder (Hg.): Bücherverbrennung. Vgl. die Unterlagen in: BArch, NS 38, Nr. 2417.

<sup>521</sup> Vgl. Meier: Christen; ders.: Kirchenkampf, Bd. 1; ders.: Kreuz; Scholder: Kirche, Bd. 1; Wagener: Gott.

<sup>522</sup> Walter Hoff: Erste Reichstagung des Studentenkampfbundes ‚Deutsche Christen‘, in: EuK 34 (1933) vom 20.8.1933, S. 329f. Vgl. Hoff: Der Studentenkampfbund ‚Deutsche Christen‘, in: EuK 23 (1933) vom 4.6.1933, hier S. 207. Das Bundesbanner war ein weißes Kreuz mit Hakenkreuz auf schwarzem Grund.

ten am Kampf „um die Heimat der Seele unseres Volkes“ in der Kirche Jesu Christi mit allen Kräften mitwirken: „Schlafmützen, Pedanten und langweilige Stubenhocker werden abgelehnt.“<sup>523</sup> Höhepunkte der Bundesarbeit waren die Reichstagung im August und der traditionelle Semesteranfangsgottesdienst am Reformationssonntag 1933, der in Anwesenheit des Reichspräsidenten und des Reichsbischofs in der Berliner Dreifaltigkeitskirche stattfand.<sup>524</sup> Dem Bund war dennoch nur kurze Dauer beschieden. Bereits Anfang August verbot der NSDStB seinen Mitgliedern eine gleichzeitige Mitgliedschaft, im November löste der neue DSt-Reichsführer Oskar Stäbel den *Studentenkampfbund* auf.<sup>525</sup> Der NSDStB sei überkonfessionell und wolle konfessionelle Zwietracht vermeiden, daher sei eine „der einheitlichen Linie der Studentenschaft zuwiderlaufende Sonderpolitik“ zu verhindern.<sup>526</sup>

In seinem knapp halbjährigen Bestehen war der *Studentenkampfbund* an 21 Hochschulen vertreten. In Göttingen konnte er auf einer Studenten-Arbeitsgemeinschaft aufbauen, die mit dem Ziel, vor allem in akademischen Kreisen und bei den Wehrverbänden zu wirken, anlässlich der Gründungsversammlung der Göttinger DC am 3. Mai 1933 ins Leben gerufen worden war.<sup>527</sup> Hochschulgruppenführer war Edo Osterloh, dem vermutlich im September cand. theol. Friedrich Nobiling folgte. Zahlenmäßig war der *Studentenkampfbund* gut aufgestellt, ihm sollen rund 200 „Mann“ angehört haben.<sup>528</sup> Ein von Eugen Mattiat organisierter Vortrag mit dem DC-Chefideologen Friedrich Wieneke am 15. Mai im Auditorium Maximum soll so überfüllt gewesen sein, dass er in Nebenräume übertragen

<sup>523</sup> Walter Hoff: Was erwartet die Kirche von der theologischen Jugend und was erwartet die theologische Jugend von der Kirche, in: Volk und Kirche. Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung der Glaubensbewegung deutsche Christen, Berlin 1933, S. 17. Zitiert nach Meisiek: Theologiestudium, S. 190. Vgl. ebenda, S. 189–195. Hoff engagierte sich bereits seit den frühen 1930er Jahre für den Nationalsozialismus und trat der NSDAP 1932 auch formal bei. Im NS-Staat machte er in der Kirche Karriere. Er wurde Konsistorialrat und Propst von Cölln, als Offizier war er am Völkermord direkt beteiligt. Am 29.9.1943 schrieb er Oberkonsistorialrat Horst Fichtner u.a., dass „ich in Sowjet-russland eine erhebliche Anzahl von Juden, nämlich viele Hunderte, habe liquidieren helfen“. Vgl. Gailus: Protestantismus, S. 427–438; ders.: Pfarrer; Pöpping: Kriegsverbrechen.

<sup>524</sup> Vgl. die entsprechenden Zeitungsberichte in: EZA, 7/4127.

<sup>525</sup> Stäbel an Reichsbischof Müller am 1.8.1933. Abgedruckt in: Dokumente I, S, 123f.

<sup>526</sup> ThBl. 12 (1933), Sp. 377.

<sup>527</sup> Glaubensbewegung Deutsche Christen, in: GT vom 4.5.1933. Vgl. Mattiat: Positives Christentum – artgemäßer Christusglaube, in: Göttinger Nachrichten (Beilage der niedersächsischen Landeszeitung) vom 20.5.1933.

<sup>528</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 192. Osterloh löste sich von den DC. Nach einem Schreiben Hans Kropatscheks war er bereits vor dem 4.9.1933 zurückgetreten. Kropatschek an Gogarten am 4.9.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. MS Gogarten 400:407. 1935 erhielt er eine Dozentur an der Kirchlichen Hochschule Berlin-Zehlendorf und wurde mit Lehrverbot belegt. 1949 wurde er Oberkirchenrat im Landeskirchenamt Hannover, 1956 Kultusminister in Schleswig-Holstein. In den Jahren 1958 bis zu seinem Tod – Osterloh beging 1964 Suizid – war er zudem für die CDU Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag. Dass Osterloh am 10.5.1933 die Göttinger Bücherverbrennung vor der Albanikirche organisierte bzw. führend beteiligt war, ließ sich nicht verifizieren. Vgl. Zocher: Osterloh; Hohnsbein: Bekenntnisse; Girod: Protest.

werden musste.<sup>529</sup> Kirchenpolitisch stellte sich der Bund in der Reichsbischofsfrage hinter Ludwig Müller, im Vorfeld der Kirchenwahlen vom 23. Juli betrieb er über die Stadtgrenzen hinaus Wahlkampf für die *Deutschen Christen*. Die inhaltliche Grundlage bildeten von der Hochschulgruppe einstimmig angenommene Grundsätze:

1. *Um der Bewegung Zielsicherheit und Stosskraft in ihrem kirchlichem Kampf zu geben und ihre Eigenart als kirchliche Glaubensbewegung zu gewährleisten, hat der Studentenkampfbund wie die Bewegung als Ganze an einer klaren theologischen Grundlegung zu arbeiten. Diese Grundlegung geht aus von den reformatorischen Bekenntnissen, berücksichtigt die gegenwärtigen theologischen Bewegungen, verzichtet auf einen veralteten theologischen Liberalismus und Konservatismus und dient einer gegenwartsgemäßen kirchlichen Verkündigung wie einer evangelischen Stellung zu Volk und Staat.*

2. *Die Bewegung hat getreu ihrem Grundsatz, im Dritten Reich das Evangelium zu verkünden, ihre volksmissionarische Aufgabe sofort in Angriff zu nehmen. Die volksmissionarische Arbeit hat ihren Charakter als kirchliche Verkündigung gegenüber der heute notwendigen staatlichen Propagandatätigkeit zu wahren.*

3. *Der Studentenkampfbund hat dafür zu kämpfen, dass das Christentum Grundlage für die Gestaltung der neuen politischen Universität und für die studentische Erziehungsarbeit wird.<sup>530</sup>*

In diesem Verständnis reklamierte der zu Studienzwecken beurlaubte Althaus-Schüler Werner Wiesner in seinem zentralen Semestervortrag *Das Evangelium im Dritten Reich. Grundsätzliches zur Verkündigung des 2./3. Artikels* die Evangeliumsverkündigung als das zentrale Momentum für die Schaffung und den Erhalt der ‚Volksgemeinschaft‘. Allein das Evangelium habe die „Sünde überwindende[n] und vergebende[n] und gemeinschaftsstiftende[n] Macht“. Eine aktuelle Auslegung des christlichen Glaubens solle daher „in ihrer Verkündigung anknüpfen an die Gottesbegegnung unseres Volkes in den geschichtlichen Ereignissen unserer Tage“, denn der Nationalsozialismus sei mehr als eine politische Bewegung und trage einen religiösen Charakter. Er sei aus Gottes Gnade gekommen und bedeute eine Wandlung in der „Tiefe des Menschseins“. Osterloh bezeichnete den Wiesner-Vortrag als einen „Höhepunkt der Schulungsarbeit“ des SoSe 1933.<sup>531</sup>

Trotz der nationalsozialistisch-volksmissionarischen Linie der Göttinger Hochschulgruppe stießen ihre Aktivitäten auf Widerspruch. Der spätere Stiftsinspektor Hans Kropatschek, Mitglied der *Jungreformatorischen Bewegung* und Vertrauensmann der studentischen jungreformatorischen *Kampfbruderschaft*, berichtete

<sup>529</sup> Mattiat an Mahrarens am 12.5.1933. Bozsa: Mattiat, S. 61. Zu Wieneke vgl. Gailus: Christen, S. 229–230. Mattiat trat auch selbst als Redner für den Bund auf, ebenso Georg Wobbermin.

<sup>530</sup> Vertraulicher Bericht Edo Osterlohs über die erste Reichstagung des Studentenkampfbundes Deutsche Christen vom 15.8.1933. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>531</sup> Vgl. Wiesner: Evangelium [darin das Vorwort von Osterloh].

schon am 17. Mai von heftigen Kontroversen mit seinem Freund Osterloh.<sup>532</sup> Worum es im Einzelnen ging, ist nicht bekannt, mutmaßlich aber wurden schon hier die drängenden Grundfragen der Zeit verhandelt. Der theologische Dissens lag vornehmlich in der Ablehnung eines kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ begründet, der kirchenpolitische in der Reichsbischofsfrage.<sup>533</sup> Im Kern ging es wohl bereits um das grundsätzliche Verhältnis von Kirche und Staat bzw. die Stellung der Evangelischen Kirche im NS-Staat. Kropatschek selbst wandte sich vor allem gegen die drohende kirchliche Politisierung. Folgt man seinen vagen Angaben, erreichten entsprechende Debatten auch die Fachschaft sowie studentische und öffentliche Veranstaltungen, bis diese von Dekan Hirsch und der Studentenführung unterbunden wurden.<sup>534</sup>

Auch die deutschchristlichen Kreise diskutierten diese Fragen intensiv. Überregional befand sich der *Studentenkampfbund*, so Wiesner in seinem Bericht über die Berliner Reichstagung, in einem „Gärungsprozess“.<sup>535</sup> Dabei machte er drei Zentren aus: 1) die Göttinger Richtung (unterstützt von Breslau und Bonn) mit der Forderung nach Wahrung der kirchlichen Glaubensbewegung, Volksmission, Ablehnung des kirchenpolitisch-propagandistischen Stils sowie Klärung der theologischen Grundlagen, 2) die Jenaer Richtung mit einer jugendbewegteromantischen Ausprägung des Nationalsozialismus mit Schlagworten wie ‚Erlebnis‘, ‚Gemeinde‘, ‚Luther‘; Ablehnung verbindlicher theologischer Begriffe, und 3) die norddeutsche Richtung (Kiel, Rostock, Marburg): Der Nationalsozialismus sei „unbewusstes“ Christentum, die Kirche habe ihm nichts Entscheidendes mehr zu sagen; Forderung nach einem Kampfbund im Geiste der alten SA, das Bekenntnis komme aus dem Blut.

Entlang der hier skizzierten Richtungen kam es auf der Bundestagung zu internen Richtungskämpfen, in denen sich das Göttinger Programm durchsetzte und

---

<sup>532</sup> Kropatschek an Gogarten am 17.5.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten: 407. In Reaktion auf die Gründung des deutschchristlichen Studentenkampfbundes gründete sich bis Anfang Juli 1933 an acht der 17 Universitäten mit einer Theologischen Fakultät jungreformatorische *Kampfbroderschaften*, darunter in Göttingen, ebenso in sechs Predigerseminaren, darunter in Erichsburg. JK 3 (1933), S. 30 vom 12.7.1933. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 196–198.

<sup>533</sup> Der Vortrag *Die evangelische Kirche im Deutschen Staat* von Hirsch am 21.6.1933 und sein Bekenntnis zu Ludwig Müller lösten in Marburg erhebliche Unruhe aus. „Manche Zuhörer“ verließen die Veranstaltung vorzeitig. Überregional wandten sich einige Theologiestudenten direkt an Hitler und beklagten die Gleichsetzung von Nationalsozialisten und *Deutschen Christen*. Dazu verwiesen sie auf eine Versammlung evangelischer Studenten in Berlin, als nach einem DC-Antrag angeblich neun Zehntel der Anwesenden den Saal verließen. Die evangelische Studentenschaft, die „doch wahrlich zum Sturmtrupp der nationalen Revolution“ zähle, lehne die DC ab. Brief an Hitler vom 29.6.1933. Abgedruckt in: JK 3 (1933) vom 12.7.1933, S. 29–32, hier S. 30.

<sup>534</sup> Kropatschek an Gogarten am 4.9.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten: 400:407. Nach der Kirchenwahl vom 23.7.1933 lösten sich die *Kampfbünde* bis Herbst 1933 auf.

<sup>535</sup> Vertraulicher Bericht über die erste Reichstagung des Studentenkampfbundes Deutsche Christen vom 15.8.1933. LKAH, KKD, Nr. 136. Die folgenden Zitate ebenda. Der Bericht wurde von Osterloh, der krankheitsbedingt an der Tagung nicht teilnehmen konnte, ausdrücklich gut geheißen. Vgl. die Einladung, in: PAAA, R 62058.

von Reichsleiter Hoff als „einheitliche Linie“ anerkannt wurde.<sup>536</sup> Auch trat Wiesner als Referent für die religiösen und theologischen Fachzeitschriften in den Reichsführerstab ein. Letztendlich aber stand die getroffene Richtungsentscheidung auf tönernen Füßen. Wiesner machte sich keine Illusionen, dass alle Hochschulgruppen die Göttinger Richtlinien anerkannten. Dennoch war er optimistisch: „Aber da für kirchenpolitischen oder politischen Kampf in der Folgezeit kein Raum mehr ist, wird dem Göttinger Kurs im Kampfbunde die Zukunft gehören.“<sup>537</sup>

Durch das Verbot im November blieb der *Studentenkampfbund* eine Episode. Allerdings hatten bereits zuvor interne Erosionsprozesse eingesetzt. Hochschulgruppenführer Osterloh, nach eigenen Angaben vom volksmissionarischen Impetus der *Glaubensbewegung* zuerst durchaus beeindruckt, entfremdete sich angesichts der allgemeinen Entwicklung der *Deutschen Christen* zusehends und zog sich schließlich vollständig zurück. An Bultmann schrieb er, seine Versuche, den DC eine theologisch abgesicherte Richtung zu geben, seien gescheitert.<sup>538</sup> Vorausgegangen waren intensive Gespräche mit Hans von Campenhausen und Hermann Dörries. Vor allem die „ernste Frage“, die Dörries mit seinem Austritt aus der *Glaubensbewegung* an ihn gerichtet habe, habe ihn beeindruckt. Um Abstand zu gewinnen und die drohende „Verbonzung durch Ämter“ zu vermeiden, habe er alle Angebote ausgeschlagen, den Winter über in Göttingen zu bleiben.<sup>539</sup> Am 12. Dezember 1933 resümierte er:

*Ich habe mich in einem Irrtum befunden, innerhalb einer Organisation der ‚Glaubensbewegung‘ für die ‚Freiheit eines Christenmenschen‘ kämpfen zu können. Von dieser Illusion bin ich restlos und endgültig durch die faktischen Erfahrungen und durch mein Lutherstudium befreit. Mein Examen hat mir geholfen, zunächst einmal äußerlich den Bruch mit Göttingen zu vollziehen [...]. Ich will mich durch den Hinweis auf die ‚theo-*

<sup>536</sup> Positiv hatten sich der Vortrag Hirschs *Glaube und Wissenschaft* und der nicht dokumentierte Vortrag Wiesners über *Äußere Mission und Judenmission* ausgewirkt. Letzterer soll allgemein anerkannt worden sein. Für Göttingen erwies sich auch das ungeschickte Agieren anderer Gruppen als günstig.

<sup>537</sup> Vertraulicher Bericht über die erste Reichstagung des Studentenkampfbundes Deutsche Christen vom 15.8.1933. LKAH, KKD, Nr. 136. Weitere überregionale Aktivitäten wie die Teilnahme an einem Schulungslager in Groß-Besten bei Berlin oder an dem paramilitärischen Auftritt des „ersten deutschen Theologen-Sturms“ auf der Wittenberger Nationalsynode sind für Göttingen nicht belegt. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 193.

<sup>538</sup> Osterloh an Bultmann am 22.10.1933. Zocher: Osterloh, S. 33.

<sup>539</sup> Osterloh an Dörries am 16.10.1933. BAArch, NL 1271, Nr. 22; Campenhausen; Murren, S. 146. Campenhausen will Osterloh frühzeitig darauf hingewiesen haben, dass ein Lavieren zwischen Christentum und Nationalsozialismus nicht möglich sei. Nach Kropatschek rief sich Osterloh im SoSe 1933 für die DC auf. Er habe sich wiederholt für Karl Fezer und eine kirchliche Linie eingesetzt, sei aber von der Reichsleitung nicht gehört und schließlich wegen Missachtung des Dienstweges gerügt worden. Kropatschek an Gogarten am 4.9.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:407.

*logische‘ und ‚menschliche‘ ‚Luft‘ Göttingens nicht vor der Anerkennung meiner persönlichen Schuld und Unzulänglichkeit drücken.<sup>540</sup>*

Auch Wiesner trennte sich von den *Deutschen Christen* und trat 1934 der *Bekennenden Kirche* bei.<sup>541</sup> Rückblickend betrachtet, zeigt sich der *Studentenkampfbund* als ein Abbild der allgemeinen Entwicklung innerhalb der evangelischen Kirche. Die „kurze Blütezeit“ der *Deutschen Christen* war von einer breiten Aufbruchsstimmung getragen, in der die *Glaubensbewegung* innerhalb weniger Wochen zu einer Massenbewegung anwuchs. Unter ihrem organisatorischen Dach versammelten sich verschiedene Flügel, die unterschiedliche, teils gegenläufige programmatische Vorstellungen vertraten. Im Herbst, als sich das Desinteresse an den kirchlichen Angelegenheiten in Staat und Partei immer deutlicher abzeichnete, erwies sich auch der Sammlungscharakter der *Deutschen Christen* mehr und mehr als brüchig. Offenbar wurden die tiefgreifenden Differenzen in der berühmtgewordenen Skandalrede des Berliner DC-Gauobmanns Reinold Krause über *Die völkische Sendung Martin Luthers* am 13. November 1933. Sie führte zu einem kirchenpolitischen Erdbeben und leitete den Zerfall der *Deutschen Christen* auf Reichsebene ein.<sup>542</sup> Dieses Canaue der *Deutschen Christen*, so Karl Kupisch, fiel zeitlich mit dem Ende des *Studentenkampfbundes* zusammen.<sup>543</sup> Das deutschchristliche Anliegen, entscheidenden Einfluss auf die Ausbildung der zukünftigen Pfarrer zu nehmen, war gescheitert. Die folgenden Bemühungen zur Organisierung von Theologiestudenten in einer *DC-Reichsstudentengruppe* erfuhren keine nennenswerte Resonanz. Zugleich veränderte die kirchliche Scheidung der Geister sukzessive auch die Situation an der Göttinger Fakultät. Bei allen Differenzen waren die Gesprächsfäden im Jahr 1933 noch nicht vollständig abgerissen, es gab noch keine „unüberwindlichen Gräben unter den Theologiestudenten“.<sup>544</sup> Dies änderte sich in den folgenden Semestern.

## In kirchenpolitischer Mission: die Skandinavienreise Göttinger Professoren im September 1933

Am 6. September 1933 griff die 10. Generalsynode der Altpreußischen Union einen Vorstoß der brandenburgischen Provinzialsynode zur kirchlichen Übernahme des ‚Arierparagrafen‘ auf.<sup>545</sup> Nur wenige Tage später gründete sich in Reaktion auf diesen theologischen und kirchenpolitischen Dammbbruch der *Pfarrernot-*

<sup>540</sup> Osterloh an Bultmann am 12.12.1933. Zitiert nach Zocher: Osterloh, S. 33.

<sup>541</sup> 1934 wurde ihm die *Venia Legendi* verweigert, 1939 wurde er als Studieninspektor des Halleischen Konvikts aufgrund kirchenpolitischer Aktivitäten entlassen und kurzfristig inhaftiert. Nach dem Kriegsende wirkte er als Dozent in Göttingen, wo er 1945 auch habilitierte. 1949 wurde er auf den Lehrstuhl für *Systematische Theologie* in Mainz berufen. Vgl. Müller: Wiesner.

<sup>542</sup> Vgl. Wagener: Gott, S. 46–56.

<sup>543</sup> Kupisch: Landeskirchen, S. 138.

<sup>544</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 198. Vgl. Neumann: Bewegung, S. 48.

<sup>545</sup> Vgl. Röhm/Thierfelder: Juden I, S. 197–223.



*bund* mit dem Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller an der Spitze. Noch vor dem Beginn der Wittenberger Nationalsynode am 27. September traten diesem etwa zweitausend Pfarrer bei, die im vierten Satz der Verpflichtungserklärung des Notbundes einem kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ eine Absage erteilten. Dieser sei eine „Verletzung des Bekenntnisses“. Auch international stieß die geplante Neuregelung auf massive Kritik, insbesondere in den nordischen Kirchen. Der schwedische Erzbischof von Uppsala, Erling Eidem, der sich in der zweiten Septemberwoche in Deutschland aufhielt und an den Wittenberger Lutherfeierlichkeiten teilnahm, machte unmissverständlich klar, dass die flächendeckende Einführung des ‚Arierparagrafen‘ für die ökumenischen Beziehungen nachhaltige Konsequenzen nach sich ziehen würden:

*Die Annahme dieser Bestimmungen würde die Gemeinschaft mit den übrigen evangelischen Kirchen aufs aller Höchste bedrohen – oder gar unmöglich machen und eine Isolierung der Deutschen Evangelischen Kirche bedeuten.*<sup>546</sup>

In diese aufgewühlte Zeit fiel eine länger geplante Skandinavienreise von fünf Göttinger Theologen, die auf eine Einladung der Olaus-Petri-Stiftung aus dem Frühjahr 1932 zurückging.<sup>547</sup> Um die guten Kontakte der Theologischen Fakultäten von Göttingen und Uppsala zu festigen, sollten die Professoren Bauer, Hempel, Hirsch, Stange und Wobbermin zwischen dem 17. und 24. September wissenschaftliche Vorträge halten.<sup>548</sup> Bald jedoch zeichnete sich ab, dass die Vorgänge in Deutschland die Reise überlagerten. Insbesondere Hempel und Hirsch nutzten sie, um für Verständnis für die neue politische und kirchliche Lage im Deutschen Reich zu werben, was sich freilich schwierig gestaltete. Schon auf ihrer ersten Station wurden Hempel, Hirsch und Stange, die vor ihrer Weiterfahrt nach Schweden zu Gesprächen mit Kollegen der befreundeten Theologischen Fakultät in Kopenhagen einen Zwischenstopp einlegten, mit starken Vorbehalten konfrontiert. Im Zentrum der Kritik standen auch hier die Beschlüsse der altpreußischen Generalsynode. Aufgelöst werden konnte der Dissens nicht. Dagegen machte Hempel deutlich, dass eine Rücknahme nicht zu erwarten sei, selbst wenn es dar-

<sup>546</sup> Eidem an Ludwig Müller am 15.9.1933. Zitiert in Murtorinne: Erzbischof, S. 88f. Vgl. ebenda 26–38; Karlström: Kyrkan, S. 233–280.

<sup>547</sup> Karlström: Kyrkan, S. 256. Bauer erhielt seine Einladung erst im April 1933. Andre Tor an Bauer am 28.4.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. W. Bauer, Nr. 50/1; Mitteilung Hempel an das REM vom 26.7.1933; Fakultät an Kurator am 5.9.1933 (Abschrift). PAAA, R 65626. Vgl. den ausführlichen Bericht Stanges (Königsberg, Tilsit, Riga, Reval, Finnland, Stockholm, Uppsala, Kopenhagen) in der AELKZ. Stange: Reise. In Finnland hielt er einen öffentlichen Vortrag *Die gegenwärtige kirchliche und religiöse Lage in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Theologie und Kirche*.

<sup>548</sup> *Rechtgläubigkeit und Ketzerei im ältesten Christentum* (Bauer); *Palästinensische Gottesbilder* (Hempel), *Das Ethos des Alten Testaments* (Hempel), *Die gegenwärtige Lage in Deutschland im Spiegel der Philosophie und Theologie* (Hirsch), *Der Einfluss des Gebetes auf die Gotteserkenntnis* (Stange), *Die theologische Linie von Luther zu Schleiermacher* (Wobbermin). Vgl. Weber: Testament, S. 120–125; Bohn: Anpassung, S. 177–178.

über zu einem Bruch der ökumenischen Beziehungen käme.<sup>549</sup> Hirsch nahm zudem gegenüber der dänischen Zeitung *Dagens Nyheder* ausführlich Stellung, wobei er sich unmissverständlich hinter die „deutsche Revolution“, den von ihr in Gang gesetzten Umbruch und den staatlichen Antisemitismus stellte.<sup>550</sup>

In Schweden setzte sich die Göttinger Charmeoffensive für das nationalsozialistische Deutschland fort. Hempel gab dem Stockholmer *Svenska Dagblat* ein Interview, das am 18. September unter der Überschrift *95 Prozent aller Theologen Deutschlands sind Nazis* erschien. Darin beschrieb er die massive Hinwendung zur Kirche, die ausgelöst durch einen „innere[n] Drang in der Volkseele“ mit der „Hitlerrevolution wie mit einem Zauberschlag“ ausgelöst worden sei. 95 Prozent aller Theologiestudenten seien Nationalsozialisten, in seinen eigenen Vorlesungen des SoSe 1933 hätte mehr als die Hälfte der Hörer der SA angehört.<sup>551</sup> Neben zahlreichen Gesprächen, u.a. mit Erzbischof Eidem, sprach Hempel am 2. Oktober auch in der deutschen St. Gertruds Gemeinde über *Die evangelische Kirche in Deutschland und die nationale Revolution*. In dem gut besuchten Vortrag stellte Hempel die Verbundenheit der Kirche mit dem deutschen Volk in den Mittelpunkt und verteidigte erneut den kirchlichen ‚Arierparagrafen‘. Nur so könne der eigentliche Träger der nationalsozialistischen Bewegung, die SA, für die Kirche gewonnen werden. In der folgenden Aussprache mit Gemeindevertretern und schwedischen Pfarrern äußerte er zudem Verständnis für den Wunsch Hitlers, an der Spitze der Kirche Männer seines Vertrauens zu sehen. Dafür sichere Hitler, so Hempel, zu, dass der Staat nicht in das Wesen der Kirche und die religiöse Verkündigung eingreifen werde.<sup>552</sup> In der Dezemberausgabe des Gemeindeblattes der Gertrud Gemeinde hieß es: „Professor Hempels Vortrag machte sichtlich einen tiefen Eindruck und öffnete manchem Wege zum Verständnis der neuen kirchlichen Verhältnisse in Deutschland.“<sup>553</sup> Dagegen zeigte man sich in der schwedischen Zeitung *Uppsala Nya Tidning* über die distanzlose Unterstützung der Göttinger Professoren

<sup>549</sup> Bericht Hempel an Heckel am 8.11.1933. EZA, 5/805. Bezüglich der dänischen Theologen konstatierte Hempel ein „Festgewurzeltsein in einer Ideologie, für die die Grenzen von Evangelium und bürgerlicher Freiheit im Sinne von 1848 sich naiv vermischen“. Ein weiteres wichtiges Thema war die Pressefreiheit. Vgl. Schjöring: Gewissensethik, S. 218–223, hier S. 221.

<sup>550</sup> *Dagens Nyheder* vom 14.9.1933. EZA, 5/804. Es handelte sich um den letzten Besuch Hirschs in Kopenhagen. Der endgültige Bruch mit dem dänischen Theologen Eduard Geismar, mit dem Hirsch über Jahre freundschaftlich verbunden war, vollzog sich schließlich Ende 1934/Anfang 1935.

<sup>551</sup> Zitiert nach Weber: Hempel, S. 122.

<sup>552</sup> Vgl. Hermann Schubotz: *Die Haltung der schwedischen Kirche zum neuen Deutschland* vom 6.10.1933. EZA, 5/805. In der Frage des ‚Arierparagrafen‘ folgte Hempel der Linie Hirschs. Dieser gelte nur für Pfarrer und Kirchenbeamte, nicht aber für konvertierte Christen. Die Gebets- und Abendmahlsgemeinschaft seien nicht in Frage gestellt. Vgl. Weber: Testament, S. 123. Hirsch hielt Ende September auf Einladung der *Religionswissenschaftlichen Gesellschaft* erneut seinen Vortrag *Die gegenwärtige geistige Lage in Deutschland im Spiegel der Philosophie und Theologie*. In einem Interview mit dem *Nya Dagbladet Allehanda* vom 30.9.1933 erklärte er, der 30. Januar sei kein Parteienwechsel, sondern der Schritt in eine neue Epoche gewesen. Deutschland sei im Ausland schwer zu verstehen, aber bald seien der Nationalsozialismus und Deutschland dasselbe. Deutsche Gesandtschaft am 3.10.1933. EZA, 5/804.

<sup>553</sup> Zitiert nach Bohn: Anpassung, S. 177.

für die „neue[n] deutsche[n] christliche[n] Kirche“ irritiert und konstatierte eine große Kluft.<sup>554</sup> Noch schärfer äußerte sich der Sekretär des schwedischen ökumenischen Ausschusses Niels Karlström in einem Interview des *Svenska Dagblat* am 27. September, also am Tag der Wittenberger Nationalsynode. Da Karlström ein enger Vertrauter von Eidem war und er den Erzbischof kurz zuvor auf seiner Deutschlandreise begleitet hatte, kann davon ausausgegangen werden, dass der Beitrag inhaltlich abgestimmt war. Noch 1976 erinnerte sich Karlström, dass die Göttinger Schwedenreise mit ihrer „offensichtlichen Propaganda“ für das NS-Regime „vielerorts Kritik und Einwände ausgelöst“ habe.<sup>555</sup>

Letztendlich war der „Aufklärungsreise“ der Göttinger Theologen kein Erfolg beschieden.<sup>556</sup> Gerade in Schweden habe, so Hempel, „rein stimmungsmäßig von dem Arierparagraphen her Sorge um die innere Entwicklung der deutschen Kirche und ein starkes Sichfremdfühlen ihr gegenüber weithin Platz gegriffen“. Dort befürchte man, dass die deutsche Kirche „durch ein Vorgehen wider der neutestamentliche Botschaft aller Gläubigen“ sich der Möglichkeit beraube, „das Gott ihre Arbeit segnen könne“.<sup>557</sup> Vor weitreichenden Folgen warnte auch der frühere Presse- und Kulturreferent der Stockholmer Gesandtschaft Hermann Schubotz. Die kirchlichen Reaktionen in Schweden zeigten,

*dass eine unserer wichtigsten kulturpolitischen Positionen in Schweden, die traditionelle Verbundenheit der schwedischen Kirche mit dem deutschen Protestantismus nicht nur schwer erschüttert ist, sondern in Gefahr läuft, verloren zu gehen.*<sup>558</sup>

Bereits zuvor war man im Auswärtigen Amt zu einer ähnlichen Einschätzung gekommen. Am 22. September hatte Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow die Leitung der DEK in einem streng vertraulichen Schreiben vor einer offiziellen Beschlussfassung zum kirchlichen ‚Arierparagraphen‘ gewarnt. Die Kirchenleitungen in den nordischen Staaten könnten dann „offen die Loslösung von der

<sup>554</sup> Den unga Luther och det nya Tyskland, in *Uppsala Nya Tidning* vom 19.9.1933. Zitiert nach Weber: Testament, S. 123.

<sup>555</sup> Karlström: Kyrkan, S. 256. Hempel besuchte anschließend Finnland, wo er auf mehr Verständnis gestoßen sein will. Hempel an Heckel am 8.11.1933. EZA, 5/805.

<sup>556</sup> Stange beurteilte die Auseinandersetzungen in Schweden weniger scharf: „Selbstverständlich spielten auch in Uppsala die kirchenpolitischen Fragen eine Rolle. Nach dem Eindruck, den ich bekam, standen unsere schwedischen Freunde der politischen Entwicklung in Deutschland freundlich und mit vollem Verständnis gegenüber. Ihre Sorge galt nur der Frage, ob nicht die kirchlichen Ereignisse der letzten Monate zu einer Preisgabe der kirchlichen Selbständigkeit und des Bekenntnisses führen würde.“ Dagegen sei die Stimmung in Kopenhagen wesentlich angespannter, der Tonfall härter gewesen. Stange: Reise, Sp. 1223. Der Abbruch der offiziellen Beziehungen zwischen der schwedischen Kirche und der DEK erfolgte im Spätsommer 1934.

<sup>557</sup> Hempel an Heckel am 8.11.1933. EZA, 5/805.

<sup>558</sup> Schubotz am 6.10.1933. EZA, 5/805. Viele deutschfreundliche schwedische Pfarrer wünschten sich eine ‚gemäßigte‘ Linie wie in Hannover. Insgesamt bewertete er die Göttinger Schwedenreise, namentlich das Auftreten Hempels, trotz der „stark reservierten, wenn nicht geradezu ablehnenden Haltung der schwedischen Kirche zum neuen Deutschland“ als Erfolg. Vgl. Hauptpastor Emil Ohly an Heckel am 13.10.1933.

deutsch-evangelischen Kirche“ aussprechen.<sup>559</sup> Auch deswegen wurde die Angelegenheit auf der Nationalsynode nicht verhandelt.

Für die Fakultät selbst bedeutete die Reise einen – intern nicht unumstrittenen – Wandel im Selbstverständnis.<sup>560</sup> Mit dem offenen Eintreten für die nationalsozialistisch-deutschchristliche Sache verließ man den wissenschaftlich-akademischen Rahmen, stattdessen schlüpfte man in die Rolle eines Botschafters „für das neue Deutschland“.<sup>561</sup> In diesem Verständnis machte Hempel dem für die Ökumene zuständigen Oberkirchenrat im Kirchenbundesamt Theodor Heckel Vorschläge zur Verbesserung der deutsch-schwedischen Beziehungen. Diese umfassten einen Schwedenbesuch Müllers, eine „zuverlässige“ Berichterstattung in Kirchenangelegenheiten, die Ausweitung persönlicher Kontakte und eine vermehrte Stipendienvergabe für Theologiestudenten aus den skandinavischen Ländern.<sup>562</sup> Zu einer Umsetzung kam es nicht. Die Zentralisierung der ökumenischen Kontakte im *Kirchlichen Außenamt* und die zunehmende internationale Isolierung der *Deutschen Evangelischen Kirche* ab 1934 schoben weiteren Aktivitäten einen Riegel vor. So klang bei den folgenden Auslandsreisen von Fakultätsmitgliedern der Botschafter-Gedanke durchaus an, eine Dynamik, wie sie bei der Skandinavienreise 1933 zu beobachten war, entfalteten sie nicht mehr.<sup>563</sup>

<sup>559</sup> Bülow an die Leitung der DEK am 22.9.1933. Abgedruckt in: Dokumente I (1933), S. 132.

<sup>560</sup> Anfang Dezember sprach Hempel nicht näher bestimmte „gewisse“ Vorgänge in Uppsala an, die sein Verhältnis zu Stange anhaltend belasteten. Hempel an Dörries am 7.12.1933. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>561</sup> Eintrag ins Dekanatsbuch für das Jahr 1932/33. So bemühte sich die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm nach dem Karlström-Interview vom 27.9.1933, Hempel oder Hirsch zu einer Gegendarstellung zu bewegen. Deutsche Gesandtschaft am 27.9.1933. EZA, 5/804.

<sup>562</sup> Hempel an Heckel am 8.11.1933. EZA, 5/805. Eine Sonderstellung nahm Georg Wobbermin ein, der in mehreren Gesprächen mit Erzbischof Eidem dessen Kritik an den kirchenpolitischen Vorgängen in Deutschland energisch entgegentrat. Bezüglich des ‚Arierparagrafen‘ sprach sich der Wobbermin für eine konsequent-einheitliche Linie aus. Eine Absprache mit seinen Fakultätskollegen gab es offensichtlich nicht. Dies gilt auch für ein ausführliches Schreiben an Heckel, das offenbar auf eigene Initiative erfolgt war und letztendlich ohne Resonanz blieb. Wobbermin an Heckel am 7.10.1933. EZA/5/804. Vgl. Wolfes: Theologie, S. 341–444.

<sup>563</sup> Im Februar 1934 unterstützte Hirsch eine Vortragsreise Hempels nach Kopenhagen auf Einladung des dortigen *Theologischen Vereins*. Hempel habe sich im Herbst 1933 in Uppsala und Helsingör vorbehaltlos für „den Staat Adolf Hitlers“ eingesetzt. Der Umstand, dass Hempel bis 1933 der „führende Mann“ des CVSD gewesen sei, habe seinen Einsatz für Volk, Staat und Kirche nur gesteigert. Hirsch an Neumann am 28.2.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Ähnlich argumentierte Neumann bezüglich der beabsichtigten Teilnahme Webers an einer biblisch-theologischen Konferenz im schweizerischen Rämismühle. Bereits als Kirchenminister habe Weber seine Kontakte in die Schweiz „im Interesse der Werbung für unser nationalsozialistisches Deutschland und zur persönlichen Entkräftung kirchlicher Gräuelmärchen“ genutzt. Rektor an REM am 4.10.1934. UAG, Rekt., Nr. 3202. 1936 nahm Stange als Vertreter der Luther-Akademie an einem Festakt zum 400-jährigen Jubiläum der Reformation in Dänemark teil. Über den ebenfalls teilnehmenden Marahrens schrieb die Deutsche Gesandtschaft Kopenhagens am 3.11.1936 dem Auswärtigen Amt, dieser habe durch „geschicktes Auftreten“ Deutschland positiv vertreten. PAAA, R 67786.

## „Denn was bedeutet Worms?“ Hermann Dörries und der *Deutsche Luthertag 1933* in Göttingen

Die „Zeit der Illusionen“, wie Klaus Scholder das Jahr 1933 charakterisierte, war gekennzeichnet von einer euphorisch getragenen Selbsttransformation des deutschen Protestantismus.<sup>564</sup> Die kirchliche Wiederbelebung und eine Wiedereintrittswelle nährten die Hoffnung, unter dem Schlagwort der ‚Volksmission‘ der Kirche verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen und den vermeintlich angemessenen gesellschaftlichen Rang zurückzuerobern. Für die meisten Kirchenvertreter und Amtsträger war der ‚neue‘ Staat ohne ein christliches Fundament nicht denkbar. Sich selbst sah man als einen Garanten für den Aufbau und die Erneuerung der ‚Volksgemeinschaft‘. 1933 äußerte sich diese Annahme in einer breiten kirchlichen Beteiligung an staatlichen Feierlichkeiten bzw. Parteiveranstaltungen. Dabei ging es nicht um Ergebenheitsadressen gegenüber dem ‚neuen‘ Staat oder der ‚Bewegung‘, sondern um tatsächlichen Gestaltungswillen in Form der gelebten ‚Volksgemeinschaft‘.

Am 19. November 1933 feierte das evangelische Deutschland den 450. Geburtstag Martin Luthers, der reichsweit als *Deutscher Luthertag 1933* begangen wurde. Es handelte sich um eine kirchliche Offensive, die zum symbolischen Aushandlungsort für die schwelenden kircheninternen Debatten über Wesen und Auftrag der Kirche wurde. Auch die Theologische Fakultät beteiligte sich an den Feierlichkeiten. In einem gemeinsamen Aufruf der evangelischen Kirchengemeinden, der Stadt Göttingen, der Universität und der Fakultät hieß es:

*D. Martin Luther, der deutsche Volksmann, Held und Prophet, ist für uns Gottes große Gabe an unser Volk. [...] Wir wollen Gott danken im Geiste der neuen Brüderlichkeit und Volksverbundenheit, die das gewaltige Geschehen dieses Jahres uns gegeben hat.*<sup>565</sup>

Der „große Bekenntnisakt“ fand in Anwesenheit des offiziellen Göttingens auf dem Theaterplatz statt. In offener Form mischten sich Elemente tradierter bürgerlich-protestantischer Fest- und Gedenkkultur und nationalsozialistischer Masseninszenierung. Die Festpredigt hielt der deutschchristliche Pastor von St. Johannes Gerhard Ködderitz. Mit elftausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern handelte es sich um eine der größten religiösen Kundgebungen der Göttinger Stadtgeschichte.<sup>566</sup> Zugleich markierten die Lutherfeierlichkeiten eine Zäsur. Die

<sup>564</sup> Vgl. Scholder: Kirchen, Bd. 1; Gailus: 1933.

<sup>565</sup> Aufruf zur Feier des deutschen Luthertages, in: GT vom 9.11.1933. Der Aufruf war gezeichnet von Superintendent Lueder (lutherische Kirchengemeinden), Pastor Kamlah (reformierte Kirchengemeinde), Dr. Jung (Magistrat), Senator Viermöhlen (Bürgervorsteherkollegium), Rektor Neumann (Universität), Hirsch (Theologische Fakultät) und Wolff (Studentenschaft).

<sup>566</sup> Einleitend heißt es in einem Bericht: „Göttingen hat seinen historischen Ruf als Bollwerk der Reformation erneut bestätigt.“ Zehntausende huldigen Luther, in: GT vom 21.11.1933. Vgl. Göttingen feiert Martin Luther, in: GZ vom 20.11.1933; Die Luther-Erinnerungsfeier, in: GN/NST vom

„Inszenierung der protestantischen Volksgemeinschaft im Kleinen“ gelang ein letztes Mal, vielerorts war es die letzte kirchliche Feier, an der sich geschlossene Parteiformationen beteiligten.<sup>567</sup> Welche Bedeutung der Feierlichkeit noch 30 Jahre später zugemessen wurde, zeigt ein Reflexion Hempels aus dem Jahr 1963:

*Was 1933 im klaren Bewußtsein eine Rolle spielte, war der Wunsch, ein Abgleiten der ‚Bewegung‘ in das Antichristentum aufzuhalten. Dieser Wunsch erschien mir nicht als Utopie, wenn ich an die Gottesdienste unseres Studentenfarrers in der Jakobikirche für die studentische SA oder an den Reformationsgottesdienst auf dem Theaterplatz mit der Predigt von Pastor Ködderitz vor der gesamten angetretenen Göttinger SA denke.*<sup>568</sup>

Zwei Tage vor dem Festakt hatte in der Aula am Wilhelmsplatz eine gut besuchte akademische Feier der Theologischen Fakultät stattgefunden. Hauptredner war Hermann Dörries, der über *Luther und Deutschland* sprach. Über seine Ansprache wurde in den lokalen Zeitungen ausführlich berichtet. Laut *Göttinger Zeitung* war es eine der „eindrucksvollsten Reden“, die in den letzten Jahren an der Universität gehalten wurde.<sup>569</sup> In seinem Festvortrag griff Dörries das von Heinrich von Treitschke politisch aktualisierte und popularisierte Bild des deutschnational-männlichen Luthers auf. Luther war der „deutsche Deutsche“, der „nationale Held“ der Deutschen und zugleich ihr Prophet.<sup>570</sup> Dennoch sei er den Deutschen „als Prediger des Evangeliums“ begegnet und habe, allein an Gottes Wort und Gewissen gebunden, Forderungen zurückgewiesen, nach denen die Einheit und der Friede der Nation über allem stünden.<sup>571</sup>

*Luther ist nicht einfach Ernst Moritz Arndt. Die Warnungen dieses Mahners, die immer drängender und stürmischer werden, gelten einer viel ernsteren Sorge, und sie verraten eine trauernde, zuletzt fast verzweifelte Liebe zu seinem Volke, wie die des Propheten, der das Unheil künden muß.*<sup>572</sup>

---

21.11.1933. Neben Kirche, Reichswehr, Stadt und Universität nahmen auch SA, SS, Stahlhelm, NSDStB und Fachschaften, die Kriegervereine, Innungen und Schulen teil. Organisatorisch verantwortlich war das Kreispropagandaamt der NSDAP. Vgl. Otte: Geschichte, S. 630f.

<sup>567</sup> Küllmer: Inszenierung. Vgl. Bräuer: Luthertag; Buss: Luthertag; Wendebourg: Luthers, S. 137–168.

<sup>568</sup> Hempel am 10.4.1963. UAG, Theol. PA, Nr. 114.

<sup>569</sup> Lutherfeier der Universität, in: GZ vom 18.11.1933. Vgl. Lutherfeier der Georgia-Augusta, in: GN/NST vom 18.11.1933, Die Göttinger Luther-Festtage (hier: Feier der Theologischen Fakultät. Dörries spricht über *Luther und Deutschland*), in: GT vom 18./19.11.1933.

<sup>570</sup> Dörries: Luther, S. 1, S. 16. Vgl die knappe Zusammenfassung bei Wiegmann: Dörries, S. 136f. Vgl. Lehmann: Deutsche. Das Vortragsmanuskript ist nicht überliefert.

<sup>571</sup> Dörries: Luther, S. 6, S. 17.

<sup>572</sup> Ebenda, S. 6.

Sein Auftreten gegenüber Kaiser Maximilian in Worms feiere man zu Recht als „einen besonderen Ruhmestitel der deutsche Geschichte“. Wie 1521 sah Dörries Deutschland vor eine weichenstellende Entscheidung gestellt:

*Denn was bedeutet Worms? Hat dort Deutschland in der Gestalt eines Helden sich losgesagt von Rom und aller Seelenknechtung? Hat dort der freie deutsche Mann die Fesseln einer nicht artgemäßen Religion zerbrochen? Was sich in Worms zugetragen hat, war dies, daß die Nation in ihren Führern die Forderung erhob, die Einheit und den Frieden der Nation allem anderen überzuordnen, und daß da ein Professor der Theologie einer kleinen deutschen Universität ‚Nein‘ dazu sagte. Indem aber Luther sich die Vollmacht zu traut, sich gegen die Nation zu entscheiden, gebunden allein an Gottes Wort und sein Gewissen, entschied er zugleich über die deutsche Zukunft.<sup>573</sup>*

Religiöse Kraft und den „lutherischen Gedanken“ sah Dörries vor allem in Preußen verwirklicht: „Preußen mit seinem harten Dienst und seiner Freiheit des Gewissens hat Deutschland groß gemacht, bis ein religionsloses und staatsfremdes Denken Deutschland übermochte und verdarb.“<sup>574</sup> Unausgesprochen enthielt dieser Verweis eine deutliche Abgrenzung zu den religions- und kirchenpolitischen Vorstellungen im NS-Staat. Es komme, so Dörries, auf den Glauben an und auf das Wollen, nicht auf äußere Entscheidungen: „Nicht das bloße Dasein ist der Sinn des Lebens, sondern Anruf und Antwort.“<sup>575</sup> Sein Kernanliegen aber war das fruchtbare Miteinander von Staat und Kirche. Hier folgte er Luther, der „vor die Wahl gestellt zwischen Religion und Nation“ weder den religiösen Gehorsam geopfert, noch den Stab genommen habe und wie viele vor ihm „aus Welt und Volk ausgegangen in die Wüste“ sei.<sup>576</sup> Für Dörries stand fest: „Es gibt nur beides oder keins!“ Faktisch begrenzte er damit den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch:

*Ein Volk ist immer in Gefahr, ist umso gefährdeter, je höher die Ziele sind, die es sich steckt. Über Sein und Nichtsein aber bestimmt nur die Entscheidung vor dem absoluten Ziel und dem einzigen schlechthin unbedingten Anspruch, den es gibt, den Gotteswillen.<sup>577</sup>*

Die Bindung an den „ausgesprochenen Gotteswillen“ sah er im nationalsozialistischen Staat jedoch keinesfalls als gegeben an. Über die zukünftige Entwicklung war er sich nicht sicher. Ausdrücklich ließ er offen, ob die „geschichtliche Stunde“ genutzt werde:

---

<sup>573</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>574</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>575</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>576</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>577</sup> Ebenda, S. 19.

*Wieder stehen wir vor der Riesenaufgabe, ein neues Deutschland bauen zu müssen und wir sind zuversichtlich ans Werk gegangen. [...]. Wir wissen, was es bedeutet: unsere eigene Vergangenheit hat uns belehrt, was es heißt, den Augenblick zu verfehlen, der nie wiederkehrt.<sup>578</sup>*

Nicht Aufbruchstimmung und Begeisterung, sondern Ernst und Skepsis prägten seinen Vortrag. Dörries' Luther war kein voranschreitender Bannerträger, sondern ein Mahner und Unheilprophet. Auffällig ist, dass das NSDAP-Mitglied Dörries auf Konjunkturbegriffe wie ‚nationale Revolution‘ und ‚nationale Erhebung‘ verzichtete und selbst das Wort ‚Nationalsozialismus‘ nicht in den Mund nahm. Offensichtlich beurteilte Dörries den innerkirchlichen Meinungsstreit, die staatlichen Übergriffe bei der Neu- und Umgestaltung der evangelischen Kirche(n) und das sich deutlich abkühlende Staats-Kirchenverhältnis im November 1933 kritisch. Dieser Sichtweise war ein längerer, anhand der ausgewerteten Akten nicht nachzuvollziehender Ablösungsprozess vorangegangen. Seine kurzfristige Mitgliedschaft in der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* hatte Dörries bereits bis spätestens Anfang September gelöst, also deutlich vor der massiven Abwendung vieler Theologen im Zuge des Sportpalast-Desasters.<sup>579</sup>

Der akademische Festakt war von zahlreichen Professoren und Studenten, viele von ihnen in Coleur, sowie von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden besucht. Nach Aussage des anwesenden Privatdozenten Georg Hoffmann soll Rektor Neumann Dörries im Anschluss demonstrativ den obligatorischen Handschlag verweigert haben.<sup>580</sup> Weitere Reaktionen sind nicht bekannt. Innerhalb der Fakultät blieb der Vortrag offensichtlich unbeantwortet. Noch schwieriger gestalten sich Aussagen zu seiner Wirkung innerhalb der evangelisch gebundenen Kreise. Allein das *Göttinger Tageblatt* gab den Dörries-Vortrag auf Grundlage seines Vortragsmanuskripts ausführlich wider. Die Zusammenfassungen in den anderen Göttinger Zeitungen unterscheiden sich eklatant. Besonders deutlich tritt dies in den Passagen über Luthers Auftreten auf dem Wormser Reichstag hervor, deren Sinngehalt geradezu ins Gegensätzliche verkehrt wurde. Von einer Bindung an das Wort Gottes und an das Gewissen ist dort nicht die Rede. In den *Göttinger Nachrichten* hieß es:

<sup>578</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>579</sup> Die Mitgliedschaft Dörries' ergibt sich aus einem Schreiben von Edo Osterloh am 16.10.1933. BArch, NL 1721, Nr. 22.

<sup>580</sup> Krumwiede: Theologie, S. 166.



*Was bedeutet Worms? Deutschland hat sich losgesagt von Rom und seiner Seelenknechtung und hat eine nicht artgemäße Religion zerbrochen. Hätte Deutschland in Worms einen deutschen Kaiser gehabt, so wäre Deutschland die führende Nation geworden. Stattdessen begann der Bürgerkrieg nach Luthers Tode.<sup>581</sup>*

Die *Göttinger Zeitung* betonte die enge Verbindung des ‚deutschen Volkes‘ mit Luther, den es zu seinem „nationalen Helden“ gemacht habe:

*Er hat die Fesseln einer nicht artgemäßen Politik gebrochen und den Bruch mit dem Papsttum vollzogen. Und das war das Große und Neue, daß er als der Professor einer kleinen Universität in Worms das ‚Nein‘ gesprochen hat. Und indem er diese Fesseln sprengte, erhob er den Staat aus seiner untergeordneten Stellung. Damit schuf er die Grundlage für ein neues Deutschland. Luther hat das deutsche Volk nicht nur zum nationalen Einsatz geformt, sondern ihm auch seine Berufung verkündet. Hätte Deutschland damals einen deutschen Kaiser gehabt, der die Reformation aufgriff und zu seiner Sache machte, so hätte Deutschland die Führung in der Welt übernommen.<sup>582</sup>*

Selbstverständlich bestand seitens der bereits ‚gleichgeschalteten‘ Zeitungen kein Interesse an einem ausgewogenen Bericht der Veranstaltung, der dennoch viel Platz eingeräumt wurde. Die Verwendung gängiger nationalsozialistischer Schlüsselbegriffe und das allgemeine Desinteresse an theologischen ‚Feinheiten‘ sprechen dafür, dass der Dörries-Vortrag nicht verstanden und/oder im Sinne des NS-Staates passend gemacht wurde. So dominierten Dörries’ deutschnationale Lutherverhelsing und seine Bejahung von Volkstum und ‚nationaler Revolution‘. Die von ihm angestrebte religiös-christliche Begründung der ‚Volksgemeinschaft‘ klang durchaus an, freilich nicht in der von ihm formulierten Entweder-Oder-Alternative. Von einer Begrenzung des NS-Staates ist nicht die Rede. Zusammenfassend hieß es in der *Göttinger Zeitung*: „Wir stehen heute vor der großen Aufgabe, ein neues Deutschland zu bauen. Die große Stunde für unser Volk ist da. Im Geiste Luthers werden wir sie meistern können.“

Hans Walter Krumwiede bezeichnete die Dörries-Rede als „eine der ersten öffentlichen Kritiken des Hitler-Staates aus dem Mund eines evangelischen Theologen“.<sup>583</sup> In dieser Pauschalität greift sein Urteil zu kurz. Dörries’ eindringlicher Appell für eine christliche Bindung des ‚neuen‘ Staates bedeutete mitnichten eine Absage den NS-Staat. Mit seinem Verweis auf die Bindung an das Gotteswort und seinem Plädoyer für Gewissensfreiheit war er dennoch der erste Göttinger Theologe, der öffentlich einen Grenzpflock gegenüber der staatlichen Allmacht ein-

<sup>581</sup> Lutherfeier der Georgia-Augusta, in: GN/NST vom 18.11.1933. Der Vortrag wurde 1934 veröffentlicht. Im Zusammenhang mit den Lutherfeierlichkeiten ist auch der Vortrag *Luther, unser Held* von Carl Stange abgedruckt, den er am 10.11.1933 vor der Lutherakademie zu Sondershausen und drei Tage später anlässlich der ersten Gemeinschaftsfeierstunde der Abendschule gehalten hat. In: GN/NST vom 16.11.1933.

<sup>582</sup> Lutherfeier der Universität, in: GZ vom 18.11.1933. Das folgende Zitat ebenda.

<sup>583</sup> Krumwiede: *Theologie*, S. 166; ders.: *Kirchengeschichte*, S. 560. Wendebourg: *Luthers*, S. 158f.

schlug. Sein Vortrag unterschied sich fundamental vom dem nur wenige Tage zuvor gesprochenen Leipziger Bekenntnis Hirschs zum nationalsozialistischen Führerstaat, ebenso von der deutschchristlichen Festpredigt von Pastor Ködderitz oder der als skandalös empfundenen Rede des Hildesheimer Regierungspräsidenten Hermann Muhs auf der zentralen landeskirchlichen Lutherfeier in Hannover.<sup>584</sup>

---

<sup>584</sup> Dort hatte Muhs ausgeführt, dass ein Ergebnis der „gewaltigen Tat“ Hitlers „nicht nur ein neuer politischer Mensch, sondern auch ein neuer religiöser Mensch“ sei und den „Geist des Christentums“ und den „deutschen Geist“ als wesensverwandt erklärt. Zitiert nach Klügel: Landeskirche, S. 86. Regional verschärfte seine Rede die existentielle Krise, in die die *Deutschen Christen* nach der Sportpalast-Rede Reinold Krauses geraten waren. Muhs, bis 1933 einer der führenden Göttinger Nationalsozialisten, war Mitglied des deutschchristlichen Kirchensenats. Ab 1936 war Muhs ständiger Vertreter von Reichskirchenminister Hanns Kerrl, ab 1937 Staatssekretär. Vgl. Buss: Reichskirchenministerium, S. 158–166; ders.: Muhs.

# Die Neuordnung der Theologischen Fakultät

## Der universitäre Rahmen: die Georgia Augusta im ‚Führerstaat‘

Rechtlich, organisatorisch und personell berührte die ‚nationale Revolution‘ das deutsche Hochschulwesen in seinem Kern. Auffälligster Ausdruck war der massive Rückgang der Studierendenfrequenz. Waren 1931 noch über hunderttausend Studentinnen und Studenten an deutschen Universitäten eingeschrieben, studierten zum SoSe 1939 nur noch knapp über 40.000 Männer und Frauen. Mit Kriegsbeginn sackte ihre Anzahl auf unter 30.000.<sup>585</sup> Von diesem Trend war auch die Göttinger Universität erfasst. Vom SoSe 1932 bis zum SoSe 1936 verringerte sich die Zahl der Studentinnen und Studenten von 3.662 auf 1.692, d.h. um 46,2 Prozent.<sup>586</sup> Der Tiefstand war im SoSe 1938 mit 1.156 erreicht. Dieser Entwicklung

---

<sup>585</sup> Vgl. Grüttner: Studenten, S. 101–109, hier S. 101. Einschließlich der Technischen Hochschulen studierten 1931 138.010 Männer und Frauen. Die Zahl für 1939 bezieht sich auf das ‚Altreich‘. Vgl. ebenda die Aufstellung zu den Studierendenzahlen 1914–1944 auf Reichsebene, S. 487f.

<sup>586</sup> Lorenz, Hochschulstatistik. Vgl. Maerker: Zahlen, hier S. 154. Gesamtzahl der Studierenden im SS 1936. REM (Hg.): Hochschulen, S. 72. Im SoSe 1935 waren insgesamt noch 2.281 Studierende eingeschrieben, 2.002 Männer und 279 Frauen. Gesamtzahl der eingeschriebenen Studierenden und Hörer im SoSe 1935. REM (Hg.): Hochschulen, S. XVIII. Mit dem Krieg erhöhte sich der Frauenanteil deutlich. 1943 lag er in Göttingen bei einer Gesamtzahl von 2.453 Studentinnen und Studenten bei rund 50 Prozent.

lagen vor allem strukturelle Ursachen zugrunde: die Abnahme der Studienbereitschaft aus ökonomischen Gründen, das Durchschlagen der geburtenschwachen Jahrgänge 1917/18 und die wachsende Attraktivität neuer Berufsfelder. 1935 wählte ein Fünftel aller männlichen Abiturienten die Offizierslaufbahn. Politische Faktoren wie die Einführung des Arbeitsdienstes bzw. der Wehrpflicht (1935), die allgemeinen Vorbehalte gegen Intellektualismus und die Begrenzung des Studienzugangs für Juden und ‚Nichtarier‘ bzw. deren Vertreibung von den Universitäten waren zahlenmäßig nicht entscheidend.<sup>587</sup>

Die Hochschulpolitik im NS-Staat lässt sich in vier Phasen unterteilen.<sup>588</sup> Dem Niedergang der Republik und den ‚wilden‘ Umbruchwochen, in denen viele Hochschullehrer ihr aversives Misstrauen gegen die Republik opportunistisch in eine antidemokratische Systemkritik ummünzten, folgte eine zweite Phase der ‚Gleichschaltung‘, die aufgrund des weitgehenden Verzichts auf akademischen Widerstand Züge einer ‚Selbstgleichschaltung‘ in sich trug. Sie endete mit der sogenannten Röhmer-Affäre und der damit verbundenen Entmachtung der SA im Sommer 1934. Ihr folgte eine dritte Phase der relativen Konsolidierung, die einerseits von Gewöhnung an die vorgegebenen Verhältnisse und andererseits vom Verzicht auf weitere Reformen bestimmt war. Unter Wahrung der grundsätzlichen Loyalität zum NS-Staat war sie gekennzeichnet von einem Rückgriff auf Wissenschaftlichkeit und, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, der Zurückdrängung des Politischen. Weiterführende Reformpläne scheiterten an der polykratischen Struktur des NS-Staates. Keine der unterschiedlichen Interessengruppen konnte ein stringentes Konzept entwickeln und dieses durchsetzen.<sup>589</sup> Die vierte Phase setzte mit Kriegsbeginn ein. Kennzeichen waren die staatliche Förderung kriegsnotwendiger Projekte, Einrichtungen und Studienfächer, wobei der Krieg unter erschwerten Bedingungen dennoch größere Freiheiten bot. Insgesamt konstatiert Hellmut Seier ein Scheitern der nationalsozialistischen Wissenschafts- und Hoch-

<sup>587</sup> Das *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* vom 25.4.1933 brachte eine „rigorose Kapazitätsbegrenzung mit eindeutig antijüdischer Stoßrichtung“ mit sich. Hehl: Herrschaft, S. 33. Vgl. Grüttner: Studenten, S. 104–107.

<sup>588</sup> Seier: Universität, S. 145–149; ders.: Wissenschaftsverständnis.

<sup>589</sup> Bereits 1932 verfasste der Historiker Adolf Rein, in den Jahren 1934 bis 1938 Rektor der Universität in Hamburg, seine einflussreiche Schrift *Die Idee der politischen Universität*, Martin Heidegger sprach sich dagegen für eine Trias aus Arbeits-, Wehr-, und Wissensdienst aus. Der Göttinger Agrarwissenschaftler und Gaudozentenführer Arthur Schürmann plädierte ebenfalls für eine „politische Universität“ (Forschung, Lehre, Erziehung). Sein Ideal war nicht der wissenschaftlich ausgebildete Theoretiker, sondern der Praktiker (Charakter, Können, Körper) im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Schürmann: Universität. – Seier systematisiert die unterschiedlichen Zielsetzungen in vier Kategorien. 1) Konservative Hochschule im NS-Staat: antiplural und national politisiert; 2) Universität als Volksgemeinschaftspädagogikanstalt: nationalsozialistische Erziehung und Ausbildung auf rassenanthropologischer Grundlage; 3) Machttaktiker, Technokraten und Pragmatiker: Sicherung wissenschaftlicher Standards und Bewahrung eines hohen akademischen Niveaus unter Zurückdrängung des staatlichen Einflusses; 4) Maximale Utopisten: Bruch mit der bisherigen Hochschullandschaft zugunsten strikt nationalsozialistischer Gegengründungen. Vgl. Seier: Wissenschaftsverständnis.

schulpolitik. Der amorphe Weltanschauungscharakter des Nationalsozialismus verhinderte ein nationalsozialistisches Wissenschaftsprogramm, dessen Ansätze zudem an der Realität scheiterten.<sup>590</sup> Einen systematischen Neuanfang gab es nicht. Vielmehr beruhte die nationalsozialistische Wissenschaftsausbildung auf Improvisationen und halbgaaren Reformschritten und stieß in der Praxis nicht zuletzt am Festhalten an tradierten Wissenschaftsvorstellungen an Grenzen.

Der Zugriff auf die Universitäten entsprach dem allgemeinen machtpolitischen Vorgehen der Nationalsozialisten.<sup>591</sup> Primäre Ziele waren die Ausschaltung potentieller Unruheherde und die dauerhafte Sicherung des staatlichen Einflusses. Die ‚Gleichschaltung‘ erreichte man über die Beschränkung der Hochschulautonomie. Dazu gehörten die rasche Implementierung des ‚Führerprinzips‘ und die vollständige Erfassung der Dozenten- und Studentenschaft. Langfristiges Ziel war die vollständige ‚Nazifizierung‘ der Hochschulen, vor allem die politische Indoktrination der zukünftigen akademischen Eliten.<sup>592</sup> Den hemmenden Einfluss konkurrierender staatlicher bzw. Parteidienststellen zeigt beispielhaft das zentrale Feld der Personal- und Berufungspolitik. Das *Gesetz über den Neuaufbau des Reichs* vom 30. Januar 1934 beendete die Kultushoheit der Länder und überführte deren Kompetenzen auf das Reich. Zum 1. Mai 1934 wurde das gesamte Bildungswesen aus dem Reichsinnenministerium herausgelöst und zentralisiert. Die Zuständigkeit für die Hochschulangelegenheiten lag nun beim *Reichs- und preussischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* (REM) unter dem Gauleiter von Südhannover-Braunschweig Bernhard Rust. Der Minister war damit „allein zuständig für die erstmalige Berufung eines Hochschullehrers in das Beamtenverhältnis“ an preußischen Hochschulen, zudem verfügte er für die außerpreußischen Hochschulen über ein Vorschlagsrecht.<sup>593</sup> Als wirkungsvolles Instrument erwies sich vor allem die neue *Reichs-Habilitations-Ordnung*, die am 13. Dezember 1934 in Kraft trat. Nach dieser behielten die Universitäten das Recht zur Habilitation, die Verleihung der *Venia Legendi* aber erfolgte durch das REM. Das Wirken als Hochschullehrer war damit an die politische Zuverlässigkeit im nationalsozialistischen Sinne gekoppelt; auch nichtwissenschaftliche Nachweise wie die Teilnahme an Gemeinschaftslagern oder Dozentenakademien galten fortan als notwendige Voraussetzungen.<sup>594</sup> Bereits im Herbst 1935 verlor das REM seine zentrale Stel-

---

<sup>590</sup> Vgl. die Bemühungen zur Implementierung einer ‚deutschen Physik‘. Beyerchen: Wissenschaftler.

<sup>591</sup> Vgl. Maier: Hochschulpolitik; Vossen: Systemwechsel.

<sup>592</sup> Der schwedische Journalist Torsten Fogelquist sah in den deutschen Hochschulen keine Wissenschaftseinrichtungen mehr, sondern nationale Aufbauinstitutionen und politische Soldatenschulen für das Volksherr des Dritten Reichs. In einem Beitrag für die schwedische Zeitung *Dagens Nyheter* vom 8.4.1933 bezog er sich auf Aussagen im *Göttinger Hochschulführer* und zitierte Studentenführer Wolff. Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen an das Auswärtige Amt am 13.4.1934. EZA 5/233.

<sup>593</sup> Vgl. Vahlen: Wissenschaft, S. 10. Vgl. Meier: Fakultäten, S. 10–12.

<sup>594</sup> Ein Lager für angehende Universitätsdozenten fand in einer aufgegebenen Zuckerfabrik in Rittmarshausen statt, seit 1933 ein FAD-Lager. Das Gelände wurde auch für verschiedene Studenten- und Fachschaftslager sowie zur Lehrerfortbildung genutzt. Vgl. Dahms: Einleitung, S. 50–51. Über

lung. Personalentscheidungen waren fortan an die Zustimmung der *Dienststelle Rudolf Heß* und Martin Bormanns, Chef der Reichskanzlei, gebunden, ebenso erhielten die Gauleiter und RFSS Heinrich Himmler Mitgestaltungsrechte. Nach seiner Gründung im Juli 1935 wurden zur politischen Begutachtung möglicher Kandidaten der als NSDAP-Parteigliederung gegründete *Nationalsozialistische Dozentenbund* (NSDDB) und der NSDStB herangezogen.<sup>595</sup> Bezüglich der Theologischen Fakultäten wurden aufgrund der kirchenpolitischen Relevanz bei Lehrstuhlbesetzungen zudem dem ebenfalls im Juli 1935 per Hitler-Erlass errichteten *Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten* (RMkA) Konsultationsrechte eingeräumt.<sup>596</sup>

Zur entscheidenden Figur in der Umbruchphase der Göttinger Universität wurde der Germanist Friedrich Neumann.<sup>597</sup> Anfang Mai 1933 übernahm er das Rektorenamt, im Oktober wurde ihm per Ministerialerlass „zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung“ die Exekutivgewalt übertragen. Damit verfügte Neumann über weitreichende Vollmachten. Ihm wurden die Rechte des Senats übertragen, der zwar als Gremium bestehen blieb, dem aber nur noch eine beratende Funktion zukam. Zudem hatte er das Vorschlagsrecht für die Dekane („Unterführer“) der einzelnen Fakultäten, die vom Minister bestätigt wurden. Die Fakultätsrechte wurden so massiv beschnitten. Formal wurde Neumann mit dem Inkrafttreten der *Richtlinien zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung* Anfang April 1935 *Führer der Hochschule*, womit ihm die Dozenten- und die Studentenschaft unterstellt waren. In der Praxis jedoch war die Stellung des Rektors aufgrund des Neben- und Gegeninanders von staatlichen und Parteidienststellen weitaus unschärfer. Die von Konkurrenz geprägte Zusammenarbeit der Verwaltung mit NSDDB, NSDStB, DSt und (vor allem bis 1934) auch mit der SA legte in vielerlei Hinsicht nicht nur sachliche Differenzen offen, sondern führte auch zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand.<sup>598</sup>

Erhebliche Auswirkungen hatte die umfassende „Säuberung“ des Beamten- und Angestelltenapparates von tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern des NS-Staates aus politischen, weltanschaulichen wie aus rassistischen Gründen. Das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. April 1933 wurde auch in Göttingen umfänglich exekutiert. Von den 234 Personen, aus denen sich 1933 der Lehrkörper zusammensetzte, schied die Universität fast ein Viertel (23 Prozent) aus. Dauerhaft entfernt wurden 20 Ordinarien (21 Prozent), drei Honorarprofes-

---

seine Erfahrungen in einem nationalsozialistischen Wehrsportlager berichtet Wolfgang Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 162–169.

<sup>595</sup> Vgl. Nagel: Schrecken; Thieler: Personalpolitik, S. 45–53.

<sup>596</sup> Vgl. Kreuzer: Reichskirchenministerium; Buss: Reichskirchenministerium. Das RMkA erreichte (auch) in dieser Frage zu keiner Zeit ernsthafte Relevanz.

<sup>597</sup> Vgl. Dahms: Einleitung; Kunkel: Professor; Klinge: Universität.

<sup>598</sup> Vgl. Seier: Rektor. Vgl. Gerd Vonderach: Der Rektor als Führer, in: *Politikon* 9 (1965), S. 17–18; Martin Baethge: Die Georgia-Augusta. Eine deutsche Universität im Dritten Reich, in: ebenda, S. 23–27. Vgl. für Göttingen Schürmann: Universität; Blume: Entstehung.

soren (25 Prozent), 13 nichtbeamtete außerordentliche Professoren (25 Prozent) und 18 Privatdozenten (23 Prozent).<sup>599</sup> Betroffen waren u.a. hervorragende und international renommierte Wissenschaftler wie z.B. der spätere Nobelpreisträger für Physik James Franck. Neben der persönlichen Dimension für die Betroffenen handelte es sich auch um einen personellen und wissenschaftlichen Aderlass, von dem sich die Universität kaum erholte.

Die Gesamtbilanz für den breitgefächerten Universitätsbetrieb bleibt ambivalent. Die interdisziplinär angelegte Vorlesungsreihe *Die geistige Lage der Gegenwart im Spiegel der Wissenschaft* im SoSe 1933 und die gesamtuniversitäre Ringvorlesung *Rasse, Volk und Staat* im folgenden Wintersemester unterstreichen die Bereitschaft der Universität, sich harmonisch in den NS-Staat einzuordnen. Ein markanter Höhepunkt war die 200-Jahrfeier im Jahr 1937. Im Gegensatz zu den Feierlichkeiten der wesentlich älteren Heidelberger Universität anlässlich der 550. Wiederkehr ihrer Gründung ein Jahr zuvor, bei denen die ‚deutsche‘ Tradition der Ruperto Carola im Mittelpunkt stand, legte man in Göttingen den Schwerpunkt auf die Zukunft. Die aufwändige Selbstdarstellung zeigte eine ‚zeitgemäße‘ Universität des nationalsozialistischen Deutschlands.<sup>600</sup> Dagegen blieben ihrer weltanschaulichen Durchdringung im Alltag Grenzen gesetzt. Weiterhin gab es Kräfte, die sich der Ideologisierung ihres Fachbereiches widersetzen und die ihnen gegebenen Freiräume nutzten.<sup>601</sup> Politisch motivierte Vokationen von nicht ausreichend qualifizierten und fachlich nicht geeigneten Professoren – neben dem Praktischen Theologen Walter Birnbaum ist hier vor allem Eugen Mattiat zu nennen, der 1938 eine Professur für *Deutsche Volkskunde mit besonderer Berücksichtigung der Niedersächsischen Volkskunde* erhielt – blieben Ausnahmen. Die im Jubiläumsjahr 1937 gegründete *Akademie der Wissenschaften des NS-Dozentenbundes* stieß auf wenig Resonanz und wurde bereits 1939 aufgehoben.<sup>602</sup>

Treibende Kraft bei der Nazifizierung der Universität war die Studentenschaft.<sup>603</sup> Als Zusammenschluss aller eingeschriebenen Studenten „deutscher Ab-

<sup>599</sup> Szabó: Vertreibung, S. 44. Vgl. Dahms: Einleitung, S. 39–46; Schäfer-Richter: Niemandsland, S. 78–84; Thiel: Personalpolitik, S. 39–52. Vgl. die *Aufstellung der Professoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und Nachwuchswissenschaftler, die infolge der nationalsozialistischen Maßnahmen die Universität Göttingen verlassen mussten* von Heinrich Becker, in: Becker/Dahms/Wegeler (Hg.): Universität, S. 712–721. Reichsweit lag der personelle Gesamtverlust bis April 1936 bei 16,6 Prozent. Vossen: Systemwechsel, S. 21; Grüttner: ‚Säuberung‘.

<sup>600</sup> Vgl. Kamp: Universität; Ratzke: Hakenkreuz.

<sup>601</sup> Vgl. Dahms: Einleitung, S. 56–59; ders.: Universität, S. 420–425.

<sup>602</sup> Vgl. Dahms: Einleitung, 54–56. Ähnliche Einrichtungen gab es nur in Gießen, Kiel und Tübingen.

<sup>603</sup> Grüttner: Studenten, S. 62–210, hier S. 62. Vgl. Roegle: Student; Bleuel/Klennert: Studenten, S. 242–260; Jarausch: Studenten, S. 165–21; zur frühen Auseinandersetzung in Göttingen vgl. Johannes von Bieberstein/Peter Fischer, Die geistige SA rückt ein, in: *Politikon* 9 (1965), S. 11–14. 1933 kam es wiederholt zu Machtpöben zwischen der Studentenschaft und den Professoren. Für Göttingen berichtet Friedrich Schwekendiek, dass ein SA-Führer eine Vorlesung Hempels störte und ‚seine‘ Studenten zum sofortigen Dienst abkommandierte. Schwekendiek: *Leben*, S. 74f. Auf einer Sitzung des Fakultätentags Ende April 1933 stellte Hempel angesichts des bevorstehenden „Ver-

stammung und Sprache“ erlangte die DSt noch im April 1933 ihre staatliche Wiederanerkennung.<sup>604</sup> Jüdische bzw. ‚nichtarische‘ Studenten waren somit ausgeschlossen. An der Spitze der DSt stand fortan der *Führer der Studentenschaft*. Mit dessen Zustimmung bildete sich auch in Göttingen eine bündische Kammer, der mit beratender Stimme 42 Korporationen angehörten. Nicht zugelassen waren Organisationen wie der *Verein katholischer Studentinnen Elisabeth*, die *Deutsche Christliche Studentinnenbewegung*, der *Bund deutscher Studentinnen* sowie, ohne weitere Angaben, die DCSV. Gegenüber den christlichen Verbindungen bestanden keine Bedenken.<sup>605</sup>

Innerhalb weniger Monate wandelte sich das Studententum grundsätzlich. Alle parteigebundenen und oppositionellen Gruppen wurden verboten bzw. lösten sich freiwillig auf, im April 1934 gliederte sich als letzte eigenständige Kraft der *Stahlhelm Studentenring Langemarck* in den NSDStB ein.<sup>606</sup> Allein die reichsweit rund 1.300 Korporationen, in denen 1929 mit 71.400 Mitgliedern noch 55,6 Prozent aller männlichen Studenten organisiert waren, konnten dem nationalsozialistischen Druck längere Zeit widerstehen.<sup>607</sup> In einem vielschichtigen und konfliktreichen Prozess, der von Anpassungstendenzen und begrenzter Resistenz geprägt war, lösten sich die meisten Verbände und Verbindungen Ende 1935 bzw. im Frühjahr 1936 auf. Zum SoSe 1936 war das Korporationswesen von den deutschen Hochschulen weitgehend verschwunden. Die *Göttinger Krawalle*, handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Verbindungsstudenten und Mitgliedern des NSDStB im Juli 1934, und die *Göttinger Maibaumaffäre* im Mai 1935 hatten ihren Teil dazu beigetragen.<sup>608</sup>

Das Ende der organisatorischen Hochschulpluralität ging mit dem Ziel einer möglichst breiten Erfassung der Studentenschaft einher. 1933 war der NSDStB reichsweit eine Massenorganisation geworden. Hatten ihm zum WS 1932/33 nur in etwa vier Prozent aller eingeschriebenen Studenten angehört, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Ende des WS 1933/34 auf knapp 30 Prozent. Mit 46,6 Prozent lag dieser Wert in Göttingen deutlich höher. Im SoSe 1933 gehörten 1.417 der

---

brennungstages“ (Georg Beer) in Frage, ob man die Theologiestudentenschaft überhaupt noch unter Kontrolle habe. Meier: Fakultäten, S. 100.

<sup>604</sup> Rechtliche Grundlagen waren die preußische Studentenrechtsordnung vom 12.4.1933 und das Reichsgesetz über die Bildung der Studentenschaften an wissenschaftlichen Hochschulen vom 22.4.1933.

<sup>605</sup> Führer der Göttinger Studentenschaft an den Führer der Deutschen Studentenschaft am 14.7.1933. BArch, NS 38, Nr. 3269.

<sup>606</sup> Der Studienausschluss aus politischen oder rassistischen Gründen spielte zahlenmäßig kaum eine Rolle. 1933/34 wurden 548 Studenten deutscher Hochschulen aus politischen Gründen relegiert, davon neun in Göttingen. Grütner: Studenten, S. 504. Vgl. ebenda, S. 205–227; Jarasch: Studenten, S. 176–188.

<sup>607</sup> Vgl. Grütner: Studenten, S. 31; ebenda, S. 287–316; ders.: Korporationen. Am 14.5.1936 untersagte Rudolf Heß den Mitgliedern der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen die Mitgliedschaft in studentischen Verbindungen.

<sup>608</sup> Vgl. Schumacher: Burschenschaft, S. 45f.



3.039 Göttinger Studenten dem NSDStB an.<sup>609</sup> Mit fast 40 Prozent erfuhr auch die 1930 gegründete *Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen* (ANSt) einen hohen Zuspruch.<sup>610</sup> Weitere Zahlen belegen den hohen Organisationsgrad der Göttinger Studentenschaft, der deutlich über dem reichsweiten Durchschnitt lag. Zum SoSe 1938 waren in zehn Kameradschaften 199 „Jungkameraden“ organisiert (59 Erst-, 109 Zweit- und 31 Drittsemester). Von diesen gehörten 53 der SA, 25 der SS und 77 der HJ an, nur zwei waren keiner NS-Organisation beigetreten.<sup>611</sup> 1938 waren 66,8 Prozent aller Göttinger Studenten Mitglied einer NS-Organisation: NSDAP (38 Prozent), SA (23 Prozent), SS (8,6 Prozent), HJ (14,3 Prozent), *Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps* (17,4 Prozent).<sup>612</sup>

Die verschiedenen Instrumente zur nationalsozialistischen Umerziehung lassen sich auf den Begriff der ‚Gemeinschaftserziehung‘ verengen. Ab dem Frühjahr 1934 hatten alle Studienanwärter vor ihrer Immatrikulation einen halbjährlichen Arbeitsdienst abzuleisten. An der Universität wurden als eine neue Form der politischen Beeinflussung ab dem WS 1933/34 Kameradschaftshäuser errichtet, eine Mischform aus Kaserne mit festgelegtem Dienstplan, Männerbund und politischer Wohngemeinschaft.<sup>613</sup> Zum SoSe 1934 gab es in Göttingen 33 Wohnkameradschaften mit 442 Plätzen und vier Kameradschaftshäuser der Studentenschaft mit 190 Plätzen.<sup>614</sup> Dagegen wurde eine DSt-Verordnung vom September 1934, nach der alle Studienanfänger die ersten beiden Semester verpflichtend in einer Wohnkameradschaft zu verbringen hätten, nach einer persönlichen Anordnung Hitlers aufgehoben.<sup>615</sup> In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurden zusätzlich ‚studenti-

<sup>609</sup> Vgl. Tabelle: Mitgliedszahlen des NSDStB und der ANSt an verschiedenen deutschen Universitäten im WS 1932/33. Grüttner: Studenten, S. 500. Vgl. ebenda, S. 245–260, hier S. 246. Bei rückläufigen Studentenzahlen stieg der prozentuale Anteil in Göttingen bis auf 53,3 Prozent im SoSe 1938. Nur in Halle (68 Prozent), Königsberg (56,3 Prozent) und Rostock (53,9) war der NSDStB noch stärker verankert. Erfassung der Studenten in den Gliederungen der NSDAP an der Göttinger Universität und im Reich im SoSe 1938. BArch, NS 38, Nr. 4900. Dennoch war der Zuspruch Schwankungen unterworfen. Mit der unpopulären Zerschlagung der Korporationen geriet der NSDStB 1936 in eine Krise. In Göttingen sank der Organisationsgrad auf knapp über 30 Prozent. Grütter: Studenten, S. 314.

<sup>610</sup> Mitgliedschaft der Studentinnen im ANSt (Mai 1937). Grütter: Studenten, S. 501. 80 der 197 Studentinnen gehörten dem ANSt an. Vgl. ebenda, S. 276–286; S. 348–358; S. 409–415.

<sup>611</sup> Kameradschaften des NSDStB im SoSe 1938; Aufstellung über die Zugehörigkeit von Theologen zu den Kameradschaften der NSDStB im SoSe 1938. BArch, NS 38, Nr. 4900. Namen wie ‚Scharnhorst‘, ‚Schill‘ und ‚Schlieffen‘ unterstreichen den national-militaristischen Zug der Kameradschaften.

<sup>612</sup> Erfassung der Studenten in den Gliederungen der NSDAP an der Göttinger Universität und im Reich im SoSe 1938. BArch, NS 38, Nr. 4900.

<sup>613</sup> Vgl. Grüttner: Studenten, S. 261–271.

<sup>614</sup> Tabelle: Kameradschaftshäuser in den deutschen Universitätsstädten zum SoSe 1934. Grüttner: Studenten, S. 505. Das Angebot überstieg die Anzahl der Erst- bis Drittsemester (520) deutlich. Ende der 1930er Jahre wohnten reichsweit ca. 20 Prozent aller Studenten in Gemeinschaftseinrichtungen. Faust: Überwindung, S. 113.

<sup>615</sup> Entwickelt worden war das Konzept von Heinz Roosch, der bereits im Dezember 1932 als Geschäftsführer der Göttinger Studentenschaft eine *Abendschule für Studenten und Erwerbslose* ins Leben gerufen hatte, sowie von Andreas Feickert, von 1934 bis 1936 Reichsführer der DSt. Hitler schätzte

sche Einsätze‘ wie beispielsweise ein ‚Fabrikdienst‘, ein ‚Landdienst‘ oder die ‚Erntehilfe‘ eingefordert.

Ungeachtet der breiten studentischen Zustimmung zu den politischen Zielen des NS-Staates brachte der allumfassende Zugriff für den einzelnen Studenten zahlreiche Probleme mit sich. Zum einen war die zeitliche Inanspruchnahme durch SA-Dienst, Mitarbeit in der DSt, NSDStB und bis 1936 auch durch die Korporationen beträchtlich und wirkte sich negativ auf das Fachstudium aus.<sup>616</sup> Zweitens sahen viele die Dienste, Schulungen und Lageraufenthalte vor allem als eine rein politische Indoktrination an, die oftmals von nicht geeigneten Schulungsleitern durchgeführt wurden. Zum Dritten wurde insbesondere der NSDStB nicht als ein studentischer Interessenverband wahrgenommen, sondern als eine übergeordnete, stark reglementierende Behörde mit einem ausgeprägten studentischen Funktionärswesen, auf deren positive Beurteilung man zugleich angewiesen war. Diese Fliehkräfte führten trotz des hohen Organisationsgrades zu Desinteresse, rückläufigem Engagement und zu einem partiellen Rückzug. Die vorhandenen Strukturen waren nicht geeignet, die von oben verordnete Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Ausbildung und politischer Erziehung herzustellen. Viele Studenten bekannten sich zum Nationalsozialismus, wollten aber in ihrem jeweiligen Fachbereich ‚unpolitisch‘ studieren.<sup>617</sup>

## Die Umgestaltung der Theologischen Fakultät

Die Stellung der Theologischen Fakultäten blieb in den Jahren 1933 bis 1945 weitgehend unangetastet. Formal galten weiterhin die verfassungsrechtlichen und staatskirchenrechtlichen Bestandsgarantien aus der Republikzeit. Die staatlichen Eingriffe waren Folge der allgemeinen Veränderungen im Hochschul-, Studenten-

---

u.a. die Gefahr homosexueller Handlungen als zu hoch ein. Vgl. Blümel/Natonek: Bestreben, S. 175–186.

<sup>616</sup> Eine Zeit lang war die Mitarbeit in der Fachschaft verpflichtend. Hemmend wirkten sich auch Kompetenzgerangel und die Rivalität von DSt, NSDStB und SA aus, wobei Letztgenannte im Zuge der Entmachtung und Ermordung Röhm's massiv an Einfluss verlor und ihre Hochschulämter aufgeben musste. Während die DSt weiterhin dem REM zugeordnet war, ging die Zuständigkeit für den NSDStB im Juli 1934 von der Reichsjugendführung auf den Stellvertreter des Führers Rudolf Heß bzw. auf dessen Beauftragten für Hochschulfragen, Reichsärztführer Gerhard Wagner, über. Ab November 1934 war der NSDStB für die „gesamte weltanschauliche, staatspolitische und körperliche Schulung der Studentenschaft“ zuständig. Erst im November 1936 führte der neue Reichstudentenführer Gustav Adolf Scheel DSt und NSDStB in Personalunion und zog das Ernennungsrecht für die lokalen Studentenführer an sich. Formal unterstand die DSt dennoch weiterhin dem Rektor, die NSDStB der Reichsstudentenführung. Vgl. Grütter: Studenten, S. 317–360; Heinz Wolff (Göttinger Studentenführer 1933): Göttinger Studentenschaft in der Aufbauarbeit für die deutsche Hochschule, in: GHZ 1937, S. 31–34; Wilhelm Meyer: Die Formwerdung neuen studentischen Lebens in Göttingen, in: ebenda, S. 35–37.

<sup>617</sup> Vgl. Popplow: Machtergreifung, S. 190–177; Jarausch: Studenten, S. 188–199; Grüttner: Studenten, S. 356–360.

und Beamtenrecht. Besonders in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gab es dennoch wiederholt weltanschaulich motivierte Übergriffe, die auf die Zurücksetzung, Beschränkung und die Auszehrung der Theologischen Fakultäten abzielten. Einen finalen Angriff auf ihre Existenz gab es jedoch nicht, teils aus pragmatisch-opportunistischen Gründen, teils um Konflikte mit den beiden großen christlichen Kirchen zu vermeiden. Als während des Krieges die Arbeit an den Theologischen Fakultäten faktisch zum Erliegen kam, bestand staatlicherseits keine Notwendigkeit mehr, eine politische Grundsatzentscheidung zu treffen.<sup>618</sup>

In Göttingen konnte die Theologische Fakultät ihren Status weitgehend sichern. Es gab weder Angriffe aus Universitätskreisen, die der evangelischen Universitätstheologie grundsätzlich ihre Daseinsberechtigung abstritten, noch staatliche Ein- und Übergriffe wie an anderen Universitäten.<sup>619</sup> Noch 1941 wurde der Kirchengeschichtler Hermann Dörries, der als Bekenntnistheologe bekannt und mehrfach öffentlichen Anfeindungen ausgesetzt war, in die *Göttinger Akademie der Wissenschaften* aufgenommen.<sup>620</sup>

Die Neuordnung der Fakultät erfolgte nach dem allgemeinen Vorgehen bei der Umgestaltung der Universität. Die akademisch-kollegialen Selbstverwaltungsrechte wurden zugunsten des vom Rektor ernannten Dekans aufgehoben, an die Stelle der engeren Fakultät trat als reines Beratungsgremium der Fakultätsausschuss. Ihm gehörten die verbeamteten Professoren an, ab 1935 auch zwei vom lokalen Führer des NSDDB bestimmte nichtverbeamtete Hochschullehrer.<sup>621</sup> Zur zentralen Figur avancierte Emanuel Hirsch. Hirsch war zum WS 1932/33 ordnungsgemäß zum Dekan gewählt und im Mai 1933 von Rektor Neumann bestätigt worden. Am 21. November entschied Neumann gegen den Willen der Fakultäts-

---

<sup>618</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, S. 1–11.

<sup>619</sup> Zuvorderst sind hier die Theologischen Fakultäten in Bonn und Kiel zu nennen. Vgl. Meier: Fakultäten: Fakultäten, S. 352–383; Buss: Fakultät; Göllnitz: Karrieren. Vgl. zu den Bonner Ereignissen die Sicht eines BK-Studenten in: Scherffig: Theologen, Bd. 1, S. 152–176. Charakteristisch scheint die Einbindung der Fakultät anlässlich der 200-Jahrfeier im Juni 1937. Im Vorfeld vertrat sie Hirsch mit einem Vortrag *Der Weg der Theologie* (25.11.1936) im Rahmen der öffentlichen Vorlesungsreihe *Volk und Hochschule im Umbruch*. ANV/VV für das WS 1936/37. Während der Feierlichkeiten selbst beteiligte man sich an dem Festumzug Göttinger Hochschullehrer, zudem predigte Gogarten in der Universitätskirche über *Wir können nichts wider die Wahrheit, sondern für die Wahrheit*. Meinhardt: Universität, S. 108. In der Sonderausgabe der *Niedersächsischen Hochschulzeitung* wurde der Theologischen Fakultät dagegen kein Platz zur Selbstdarstellung geboten. An dem zentralen Festakt nahm Staatssekretär Hermann Muhs teil, aber nicht als Vertreter des Reichskirchenministeriums, sondern als ein verdienter regionaler Nationalsozialist. An einem Festakt der Dienststelle Rosenberg zum 50. Todestag von Paul de Lagarde beteiligte sich die Theologische Fakultät nicht. Unter den 180 Teilnehmern war auch Gauleiter Hartmann Lauterbacher. Vgl. die Unterlagen in StAG, Sammlungen, Nr. 4.

<sup>620</sup> Mitglieder der philosophisch-historischen Klasse waren zudem Alfred Rahlfs (1918), Walter Bauer (1925), Georg Wobbermin (1929) und Johannes Hempel (1935). Ausweislich der *Nachrichten der Gesellschaft der Wissenschaften* ist eine nationalsozialistische Infiltration nicht belegbar. Bericht des abtretenden Sekretärs über das Geschäftsjahr 1933/34, in: *Nachrichten* 1933/34, S. 4.

<sup>621</sup> Vgl. Heiber: Universität, Teil II, S. 361.

mehrheit, die – unter Auslassung des turnusmäßig vorgesehenen Behms – die Professoren Hempel, Dörries oder Wobbermin vorgeschlagen hatte, aufgrund eines ‚besonderen Treueverhältnisses‘ Hirschs Belassung im Amt. Ohne Begründung dekretierte er: „Ich ernenne Herrn Hirsch zum Dekan der theologischen Fakultät.“<sup>622</sup> Den Widerspruch Stanges, offensichtlich der Wortführer der ‚Opposition‘ gegen Hirschs Amtsfortsetzung, bezeichnete der alte und neue Dekan angesichts der neuen Universitätsverfassung als privat und damit gegenstandslos: „Nach meinem Empfinden müssen wir Theologen zeigen, dass wir freiwillig und freudig auf das Führerprinzip eingehen und unter ihm kameradschaftlich zusammenarbeiten.“<sup>623</sup> Im Raum stehende disziplinarische Maßnahmen wurden nicht weiterverfolgt.<sup>624</sup> Zu seinem Stellvertreter ernannte Hirsch Behm, nach dessen Weggang Hempel, der dann auch sein tatsächlicher Intimus innerhalb der Fakultät war. Sein Dekanat endete mit dem WS 1938/39. Bereits in den Jahren zuvor hatte er mehrfach in Erwägung gezogen, sein Amt aus freien Stücken abzugeben. Eine grundsätzliche Enttäuschung darüber, dass sich viele Hoffnungen nicht erfüllt hatten, mögen ebenso eine Rolle gespielt haben wie die zahllosen und zermürbenden Konflikte, die seine Amtszeit begleiteten. Auch war Hirsch gesundheitlich angeschlagen.<sup>625</sup> Anfang April folgte ihm Otto Weber, den er bereits zuvor zu seinem Nachfolger aufgebaut hatte. Innerhalb der Fakultät war Hirsch unangefochten, gleichwohl nicht unumstritten. 1937 bekundete Johannes Meyer in seiner Fakultätsgeschichte ungewöhnlich deutlich, dass das Dekanat seit 1933 im Daueramt eines Fakultätsmitglieds sei, „das nicht durch das Vertrauen der Fakultätsmitglieder, sondern des Ministers und Rektors ausersehen“ werde.<sup>626</sup>

<sup>622</sup> Hirsch an Neumann am 8.11.1933; Neumann an die Fakultät am 23.11.1933. UAG, Rekt., Nr. 4102b. Vgl. Heiber: Universität, Teil II, S. 362. Für Februar 1935 stand nach einer Absprache zwischen Hirsch und Neumann ein Dekanatswechsel an, der aber nicht zustande kam. Hirsch an Neumann am 5.2.1935.

<sup>623</sup> Hirsch an die Mitglieder der engeren Fakultät am 5.12.1933. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>624</sup> Der Gesamtvorgang ließ sich nicht klären. Zum einen wurde Stange auf der Liste nicht berücksichtigt, zum Zweiten gab es offenbar kränkende und beleidigende Worte. Anfang Dezember bemühte sich Hempel gegenüber Dörries um Schadensbegrenzung. Disziplinarische Maßnahmen gegen Stange und Hirsch sollten auf jeden Fall abgewendet werden. Als Vermittler brachte er Behm ins Gespräch. Hirschs Inanspruchnahme des ‚Führerprinzips‘ in eigener Sache sah er kritisch, Kritik an dessen Belassung im Amt hatte er nicht. Hempel an Dörries am 7.12.1933. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>625</sup> Vicco von Bülow macht für die Zeit Ende 1937 bis Anfang 1939 eine allgemeine Lebenskrise Hirschs aus und spricht von einer Depression. Bülow: Weber, S. 200. Ende 1936 waren es die damaligen Berufungsquerelen und das intrigante Vorgehen des Berliner Kirchenhistorikers Erich Seeberg, die Hirsch über eine Abgabe seines Dekanats nachdenken ließen. Hirsch an Lietzmann am 4.10.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 858. Vgl. Kaufmann: ‚Anpassung‘. Ende der 1930er Jahre war Hirsch, mittlerweile 50 Jahre alt, nach einem jahrzehntelangen Augenleiden nahezu erblindet. 1937/38 war ihm der Wechsel im Dekanat aufgrund des ungelösten Prüfungsstreites vom Rektor verboten worden. Hirsch an den Rektor am 2.12.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>626</sup> Meyer: Geschichte, S. 86.

## Zwischen Bestandssicherung und Neuaufstellung: die Entwicklung des Lehrkörpers

1933 lehrten an der Theologischen Fakultät zehn Professoren. Innerhalb von vier Jahren gab es einen starken personellen Umbruch: Altersbedingt und aufgrund auswärtiger Vokationen verließen bis 1937 sieben Professoren die Fakultät. Dabei blieb der Personalbestand in der Summe stabil. Im SoSe 1939 wirkten in Göttingen neun Ordinarien, zwei weitere Dozenten, ein Assistent und drei Hilfskräfte. Reale Beschränkungen brachte erst der Kriegsausbruch mit sich. 1940 verfügte die Fakultät über sechs aktive Professoren, bis auf das *Alte Testament* waren alle Fachbereiche ordentlich vertreten.<sup>627</sup> Neben den insgesamt 15 Ordinarien wirkten zwischen 1933 und 1945 zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlicher Funktion und mit unterschiedlicher Verweildauer 27 weitere wissenschaftliche Mitarbeiter an der Fakultät: als außerordentliche, Vertretungs- oder Honorarprofessoren, als Lehrbeauftragte und Assistenten.<sup>628</sup> Als einzige Göttinger Fakultät war sie von politisch bzw. rassistisch motivierten Entlassungen nicht betroffen. Allein der

---

<sup>627</sup> Weber an Hans Schmidt am 28.12.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 140. Auf Reichsebene gab es ebenfalls einen leichten Rückgang. An den 17 deutschen theologischen Fakultäten lehrten 1938 einschließlich Extraordinarien, Privatdozenten, Honorarprofessoren, Lektoren und Lehrbeauftragten 251 Dozenten (1931: 273), darunter 109 Professoren (1931: 126). Rendtorff: *Wissenschaftsverständnis*, S. 31.

<sup>628</sup> Ericksen: *Widerstand*, S. 71.

Privatdozent Hans von Campenhausen wurde aus politisch/kirchenpolitischen Gründen in seiner akademischen Karriere behindert. Die Berufung in ein reguläres kirchengeschichtliches Ordinariat blieb ihm bis 1945 verwehrt.<sup>629</sup>

## Göttingen als Zentrum für deutsche Theologie?

Im Frühjahr 1934 verfolgte Hirsch im Einverständnis mit Rektor Neumann den Plan, die Göttinger Fakultät zu einer Art „Theologische[n] Akademie für das ganze Reich“ umzugestalten.<sup>630</sup>

*Unsere Theologische Fakultät ist wirklich und wahrhaftig die einzige Theologische Fakultät, aus der sich bei entschlossenem Neubaunwillen des Ministeriums wirklich etwas Großes und Wirksames im Sinne des neuen Staates machen lässt. Wir allein haben dazu hinreichende Ansätze im vorhandenen Bestande.*<sup>631</sup>

Konkret sollten die beiden ausscheidenden Professoren Stange und Meyer durch Friedrich Gogarten (ST) und den Konvertiten Leonhard Fendt (PT) ersetzt werden. Zusammen mit Otto Weber, der für den neugeschaffenen Lehrstuhl für *Reformierte Theologie* als gesetzt galt, Hempel und Hirsch würde so „ein Kreis von fünf wesentlich in etwa zusammengehörigen Dozenten“ geschaffen, der als Nukleus für eine erweiterte und aufgewertete theologische Leitfakultät ausgemacht war.<sup>632</sup> Als Gemeinsamkeit wies diese Zusammenstellung nur die positive Stellung zum NS-Staat und eine Nähe zur deutschchristlichen Theologie auf.<sup>633</sup> Realisieren ließen sich diese Pläne nicht. Nachdem der Personalvorschlag, den Hirsch als Gesamtpaket bei dem zuständigen Personalreferenten im preußischen Kultusministe-

<sup>629</sup> Vgl. Gemeinhardt: Campenhausen. Von der staatlichen ‚Säuberung‘ der Hochschulen waren jedoch drei ehemalige Göttinger Hochschullehrer betroffen. Otto Piper wurde 1933 entlassen und emigrierte schließlich in die USA. Unter maßgeblicher Mitwirkung Emanuel Hirschs verlor Karl Barth 1935 seinen Bonner Lehrstuhl und kehrte in die Schweiz zurück. Vgl. Assel: Barth. Im selben Jahr wurde in Kiel Kurt Dietrich Schmidt, eine der Führungspersonlichkeiten der schleswig-holsteinischen *Bekennnisgemeinschaft*, nach §6 des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7.4.1933 entlassen.

<sup>630</sup> Hirsch an Gogarten am 27.4.1934. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 8. Eine inhaltliche Konkretisierung dieser weitreichenden Pläne ist, soweit bekannt, nicht erfolgt. In Hans Walter Krumwiedes Einschätzung, dass das REM im Einvernehmen mit der Reichskirchenleitung die Göttinger Fakultät als Schwerpunkt für eine neue ‚deutsche Theologie‘ auserkoren habe, klingt eine passive Haltung an. Diese Einschätzung ist m.E. nicht stichhaltig. Krumwiede: *Kirchengeschichte*, Bd. 2, S. 556.

<sup>631</sup> Hirsch an Rektor am 16.6.1934. UAG, Rekt.; Nr. 3202.

<sup>632</sup> Ergebnisprotoll eines Treffens von Hirsch, Gogarten, Kittel und Weber vom 1.3.1934 (Göttingen) und 7.3.1934 (Kassel). EZA, 1/1350. Karl Fezer konnte an dem Treffen nicht teilnehmen. Verhandelt wurde nicht nur die Neugestaltung der Göttinger Fakultät, sondern auch die Besetzung weiterer Lehrstühle: Königsberg und Halle (beide PT), Bonn (NT) und Kiel (KG); Hirsch an Gogarten am 1.6.1934. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 8.

<sup>633</sup> Bülow: Weber, S. 149.

rium eingereicht hatte, auf Ablehnung gestoßen war, wurden sie nicht mehr weiterverfolgt.<sup>634</sup> Im Dezember 1934 sah Hirsch die Aufgabe der Fakultät darin, eine sachorientierte, „zukunftsfrüchtige, dem Dritten Reich dienende Theologie ohne Berücksichtigung des Kirchenkampfes“ zu gestalten.<sup>635</sup> Als Gogarten 1935 nach Göttingen kam, war von einem Ausbau der Fakultät zu einem „Schwerpunkt für die neue deutsche Theologie“ mit reichsweiter Ausstrahlungskraft nicht mehr die Rede.<sup>636</sup> Am 22. Mai 1935 schrieb Hirsch Gogarten zu der nunmehr tatsächlich bevorstehenden Berufung: „Wir werden mit Ihnen eine sehr tüchtige und sehr still arbeitende Fakultät sein.“<sup>637</sup>

### Ohne formale Qualifikation: die Berufung von Otto Weber (1934)

Mit der Berufung von Otto Weber auf den Lehrstuhl für *Reformierte Theologie* kam ein langjähriger Prozess zu Ende. Weber, geboren 1902, war seit 1928 Dozent der Theologischen Schule in Elberfeld und seit 1932 ihr alleiniger Direktor. Als das Göttinger Berufungsverfahren endgültig in Gang kam, hatte er sich als Nationalsozialist und deutschchristlicher Kirchenpolitiker bereits einen Namen gemacht. Unmittelbar vor dem Aufnahmestopp war er der NSDAP beigetreten, am 14. Juli 1933 auch der *Glaubensbewegung Deutsche Christen*. Auf der Wittenberger Nationalsynode Ende September 1933 trat Weber ins Geistliche Ministerium unter Reichsbischof Müller ein. Am 26. November löste er sich im Zuge des ‚Sportpalastskandals‘ von den *Deutschen Christen* und trat auch als Kirchenminister zurück, führte sein Amt mit Unterbrechungen aber kommissarisch bis zu seinem endgültigen Ausscheiden im November 1934.

Die Berufung Webers erfolgte am 26. Juni 1934.<sup>638</sup> Obwohl er nicht über die formale Qualifikation verfügte – er war weder promoviert, geschweige denn habilitiert – verlief das Berufungsverfahren reibungslos. Im Sommer 1933 hatte die Fakultät noch pro Hans Duhm votiert, der die *Reformierte Theologie* seit dem Weggang Barths vertrat. Spätestens aber nach einer Unterredung Hirschs im Kultus-

<sup>634</sup> Hirsch an Ministerialrat Achelis am 29.3.1934. EZA, 1/1350.

<sup>635</sup> Hirsch an Gogarten am 1.12.1934. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 15.

<sup>636</sup> Scholder: Kirche, Bd. 2, S. 91.

<sup>637</sup> Hirsch an Gogarten am 22.5.1935. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 18.

<sup>638</sup> Berufungsurkunde vom 26.6.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 144. Seine Bestallungsurkunde trägt die Unterschrift des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring. Im zuständigen Auricher Landeskirchenrat war Weber schon im Januar 1933 als ernsthafter Kandidat gehandelt worden. Pfarrer Kamlah an Hirsch am 24.1.1933. UAG, Theol. PA, Nr. 42. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 214.

ministerium Anfang Februar 1934 galt die Berufung Webers als fix.<sup>639</sup> Der entscheidende Vorstoß kam von Hirsch, der Weber fachlich, politisch und persönlich für überaus geeignet hielt. Er habe ihn „nicht per Beschluss, sondern als Dekan mit Führungsvollmacht“ vorgeschlagen.<sup>640</sup> Der fehlenden Formalqualifikation war Hirsch sich bewusst. Nachdem Mitte April die ministerielle Entscheidung endgültig gefallen war, bemühte er sich bei seinem Gießener Kollegen Ernst Haenchen diskret um ein Doktorat, allerdings ohne Erfolg.<sup>641</sup> Auch die Studentenschaft beglückwünschte Weber mit großer Erwartungshaltung.<sup>642</sup>

## Der Wegfall der persönlichen Professur von Alfred Rahlfs (1935)

Am 8. April 1935 starb der Septuaginta-Forscher und persönliche Ordinarius Alfred Rahlfs. Die Bemühungen um einen adäquaten Ersatz bzw. die Umwandlung in eine Oberassistentenstelle scheiterten. Anfang August zeichnete sich ab, dass eine Wiederbesetzung nicht in Erwägung gezogen wurde.<sup>643</sup> Stattdessen konnte bereits im Mai der Königsberger Privatdozent Kurt Möhlenbrink gewonnen werden.<sup>644</sup> Andere Lösungen waren auch an kirchenpolitischen Differenzen gescheitert. So teilte Johannes Hempel Hirsch mit, dass sein Fachassistent beim Militär sei, ein weiterer möglicher Anwärter ausscheide, „da ihm die rheinische Bekenntnissynode, der er sich unterstellt habe, die Annahme einer Assistentenstelle bei einem Ketzer verboten“ habe.<sup>645</sup>

Ein Nachspiel gab es ein Jahr später. Am 1. August 1936 schlug das Kultusministerium der Fakultät vor, dem in Kiel ‚geschassten‘ Alttestamentler Wilhelm

<sup>639</sup> Auch die Reformierte Kirche Hannovers hielt Duhm theologisch und wissenschaftlich für nicht tragbar. Oberkirchenrat Koopmann (Aurich) an Dr. Richter am 12.3.1932. GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. IV, Bl. 258–260.

<sup>640</sup> Weber an Langenohl am 1.2.1934. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 145; Vermerk Hirsch vom 2.2.1934 über ein Gespräch im REM mit Ministerialrat Achelis. UAG, Theol. PA, Nr. 144. Hirsch und Weber pflegten ein gutes Verhältnis. Vgl. Bülow: Lebensgefühl, S. 143–146.

<sup>641</sup> Hirsch an Haenchen am 1.6.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 144.

<sup>642</sup> Bereits in Elberfeld sei Weber „durch seine politische Haltung aufgefallen“. Studentenführer Wolff an das Kreispersonalamt der Göttinger NSDAP am 2.8.1934. Vgl. Rektor Neumann an Ministerialrat Achelis am 27.4.1934. Bülow: Weber, S. 152.

<sup>643</sup> Aktennotiz Hirsch vom 16.8.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 78. Rahlfs hatte die Leitung des Göttinger Septuaginta-Unternehmens offenbar auch nach seiner ordnungsgemäßen Emeritierung im Jahr 1933 weitergeführt. Hirsch war über die Nichtwiederbesetzung von Mattiat bereits am 14.6.1935 informiert worden. Eine Neubesetzung hatte er schon 1933, also noch zu Lebzeiten Rahlfs, angesprochen und Hans Wilhelm Hertzberg und Gerhard von Rad ins Spiel gebracht. Hirsch an das REM am 14.7.1933. Gegenüber Hans Schmidt hatte er sich zuvor für Kurt Galling, Unterscharführer (Theologie) der Dozentenschaft in Halle, stark gemacht. Hirsch an Hans Schmidt am 2.7.1935.

<sup>644</sup> Möhlenbrink an Hirsch am 9.5.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 78.

<sup>645</sup> Hempel an Hirsch am 11.5.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 78.



Caspari zur Fortführung von Rahlfs Septuaginta-Forschung einen unbesoldeten Lehrauftrag anzubieten.<sup>646</sup> Die Theologische Fakultät lehnte dies ab:

*Ich bemerke, daß auf jeden Fall verhindert werden muß, dass Caspari, der ein Sonderling und ein Querkopf ist, in der theologischen Fakultät Vorlesungen hält, sonst flüchtet Hempel mit großen Sprüngen nach Berlin, und auch mit keinem Nachfolger Hempels würde sich der einflussreiche, aber wunderliche Mann – der in Kiel nicht ohne Grund vorzeitig entpflichtet worden ist und den die Kieler an uns los werden wollen – vertragen.<sup>647</sup>*

### **Professorenrevirement (Mai 1935): die Berufungen von Joachim Jeremias (NT), Friedrich Gogarten (ST) und Walter Birnbaum (PT)**

Am 17. Mai 1935 kam es Berlin zu einem Treffen von Hirsch mit dem zuständigen REM-Referenten Eugen Mattiat, an dessen Ende folgenschwere Personalentscheidungen standen: Joachim Jeremias (Greifswald) sollte Johannes Behm, Friedrich Gogarten Carl Stange und Walter Birnbaum Johannes Meyer nachfolgen.<sup>648</sup> Damit war ein Drittel der Lehrstühle neu besetzt. Die Folgen dieser Paketentscheidung waren erheblich und entfalteten langfristige Wirkung. Gogarten und Jeremias wirkten bis zu ihrer ordnungsgemäßen Emeritierung in den Jahren 1955 bzw. 1968 an der Göttinger Fakultät. Dagegen war die Vokation von Walter Birnbaum die wohl umstrittenste Personalentscheidung der Fakultätsgeschichte im 20. Jahrhundert.

Trotz Nähe zur Bekennenden Kirche: die Berufung von Joachim Jeremias

Die Neubesetzung des neutestamentlichen Lehrstuhls war aufgrund des Wechsels von Johannes Behm nach Berlin nötig geworden. Mitte März erstellte der Fakultätsausschuss eine Dreier-Liste mit Heinrich Rengstorff an der Spitze, dem ohne Rangfolge Helmuth Kittel und der Greifswalder Heinrich Greeven folgten. Alle

---

<sup>646</sup> REM an Rektor Neumann am 1.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Die Kieler Universität hatte dem zugestimmt, sofern das Angebot sich nur auf den Forschungsauftrag ohne Vorlesungstätigkeit beschränke.

<sup>647</sup> Hirsch an Neumann am 10.8.1936; Neumann an REM am 15.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Ausschlaggebend waren die beiden Negativgutachten von Hirsch und Hempel. Vgl. das Schreiben der Theologischen Fakultät an den Rektor vom 13.8.1936 in UAG, Theol. SA, Nr. 233.

<sup>648</sup> Bericht Hirschs vom 18.5.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Die Berufung Gogartens findet in dem Bericht keine Erwähnung. Da zwischen der Erstellung der Dreier-Liste (10.5.) und seiner Berufung (24.5.) nur knapp zwei Wochen lagen, liegt es nahe, dass sein Fall ebenfalls verhandelt wurde. Am 22.5.1933 teilte Hirsch Gogarten die endgültige Zustimmung Mattiat's mit. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 18.

drei waren wissenschaftlich ausgewiesen und galten als politisch zuverlässig.<sup>649</sup> Dagegen drängte das REM auf den *Deutschen Christen* Herbert Preisker, seit 1934 außerplanmäßiger Professor an der Universität Breslau und Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung in Frankfurt/Oder, und beauftragte ihn zum SoSe 1935 gegen den Willen der Fakultät mit einer einsemestrigen Vertretungsprofessur.<sup>650</sup> Überzeugen konnte er nicht. Wenige Tage vor dem entscheidenden Gespräch am 17. Mai wiederholte Hirsch seine Ablehnung. Preisker habe von Beginn an einen schweren Stand gehabt und könne sich gegen seinen Fachkollegen Bauer nicht behaupten. Sein Lehrerfolg sei gering, auch sei durch eine Indiskretion bekannt geworden, dass Rengstorff die Fakultätsliste angeführt habe. Am besten sei, wenn Preisker an anderer Stelle wirken könne, ohne sich mit geschwächter Autorität herumzuschlagen.<sup>651</sup> Seine Ausbootung führte jedoch nicht zur Berücksichtigung des Göttinger Vorschlags. Hirsch und Mattiat einigten sich auf den Greifswalder Joachim Jeremias, der in dem Berufungsverfahren bisher keine Rolle gespielt hatte.<sup>652</sup> Für ihn sprach seine nachgewiesene fachliche Expertise, die bekannte Differenzen in kirchenpolitischen Fragen aufwog. Jeremias war im September 1933 Mitunterzeichner des Gutachtens *Neues Testament und Rassenfrage* und hatte sich öffentlich zur Ablehnung eines kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ bekannt. Auch seine kirchenpolitische Nähe zur *Bekennenden Kirche* kann als bekannt vorausgesetzt werden. Politische Bedenken gab es keine, obwohl Jeremias keiner NS-Organisation angehörte.<sup>653</sup> Am 18. Juni wurde er nach kurzer Bedenkzeit endgültig berufen und zugleich zum Direktor des neutestamentlichen Seminars ernannt.<sup>654</sup>

<sup>649</sup> Rektor an das REM am 18.3.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 208. Rengstorff galt als aufstrebender junger Neutestamentler mit großem Lehrerfolg. Zudem kam er aus dem kirchlichen Raum Niedersachsens und war SA-Mann. Kittel hatte am Kapp-Lüttwitz-Putsch teilgenommen, Greeven war NSDAP-Mitglied und *Deutscher Christ*. Mitteilung Hirsch an die Mitglieder der engeren Fakultät am 18.3.1935. BArch, NL 1271, Nr. 69. Auch auswärtige Theologen setzten sich für Rengstorff ein. Der Tübinger Kirchengeschichtler Hanns Rückert versprach Dörries am 30.5.1935 seine ungeteilte Unterstützung. Hoffentlich gelinge es, „alle gegen R. gelegte Minen“ wegzuräumen.

<sup>650</sup> Preisker an den Dekan am 26.3.1935; REM an Preisker am 1.4.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 179.

<sup>651</sup> „Preisker hat die menschliche Art des Schlesiers. Es ist also die selbstverständliche Temperamentzusammenstimmung zwischen ihm und unsern niedersächsischen und friesischen Studenten nicht gegeben.“ Nach Hirschs Angaben stand selbst eine studentische Demonstration pro Rengstorff im Raum, die aber verhindert werden konnte. Ob es tatsächlich derartige Überlegungen gab oder ob Hirsch zum Nachteil Preiskers taktierte, muss offenbleiben. Hirsch am 14.5.1935, vermutlich an den Rektor/Kurator. UAG, Theol. PA, Nr. 179.

<sup>652</sup> Hirsch an Jeremias am 24.5.1935. UAG, Theol. SA, Nr. 148.1. Am selben Tage teilt Jeremias nach einem zweitägigen Göttingen-Aufenthalt seine Zusage mit. Aus dem Schreiben ergibt sich, dass die Verhandlungen mit ihm aufgrund eines „aus Göttingen geäußerten Wunsches“ aufgenommen wurden. Nicht zu klären war, ob es sich um einen Wunsch der Fakultät oder einen Kompromissvorschlag Hirschs handelte. Jeremias an Dörries am 24.5.1935. BArch, NL 1272, Nr. 69; Jeremias an den Kurator am 3.6.1935. UAG, Kur., Nr. 4102.

<sup>653</sup> Von 1919 bis 1922 gehörte Jeremias dem Zeitfreiwilligenregiment und dem *Verain Silberner Schild* (Organisation Escherich) an, im März 1920 nahm er in Leipzig an Kämpfen gegen ‚Spartakisten‘ teil. BArch, 4901, ‚Professorenkartei‘, Jeremias. Nach Krumwiede, der mit Jeremias noch zusammenar-

## Um neues theologisches Denken zu gestalten: die Berufung von Friedrich Gogarten

Im Rahmen der geplanten Fakultätsumwandlung zu einem „Zentrum für deutsche Theologie“ war Friedrich Gogarten bereits im März 1934 die Nachfolge Carl Stanges in Aussicht gestellt worden.<sup>655</sup> Im Mai 1935 führte er vor Paul Althaus und Adolf Köberle eine vom Fakultätsausschuss beschlossene Dreier-Liste an.<sup>656</sup> Gegenüber dem REM führte Hirsch an:

*Bei Gogarten reicht die Anknüpfung an Luther bis in die letzten Tiefen der religiösen und theologischen Reflexion und gibt so seiner theologischen Arbeit eine besondere Wucht. Er gehört zu den deutschen Theologen, von denen wir erwarten dürfen, dass sie in der neuen Lage neues theologisches Denken zu formen und zu gestalten berufen sind.*<sup>657</sup>

Bereits am 24. Mai war seine Berufung in trockenen Tüchern. Die offizielle Bestätigung, die mit Gogartens Ernennung zum Direktor des Systematischen Seminars und zum Universitätsprediger einherging, erfolgte wie bei Jeremias am 18. Juni.<sup>658</sup> Das Berufungsverfahren hatte weniger als sechs Wochen gedauert. Entscheidend für die übergreifende Zustimmung waren seine wissenschaftliche Reputation und das Ansehen, das Gogarten über alle kirchenpolitischen Grenzen hinweg genoss.

---

beitete, war sein „patriotischer Einsatz“ als Freikorpskämpfer mitausschlaggebend für seine Berufung. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 559.

<sup>654</sup> Mitteilung des Kurators an den Dekan vom 25.5.1935. Personalakte Jeremias im Dekanat der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen. Nach Auskunft Aussage des Universitätsarchivs Greifswald wurde auch seine Personalakte der Jahre 1929 bis 1935 am 22.10.1935 nach Göttingen übersandt, ihr Verbleib ist unbekannt.

<sup>655</sup> Goering: Gogarten, S. 310.

<sup>656</sup> Rektorat an REM am 10.5.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Allein Stange gab ein Sondervotum ab. Sein Favorit war Althaus, vor Rudolf Hermann (Greifswald) und Ernst Sommerlath (Leipzig). Gogarten sah er eher in Bonn. Votum Stange vom 8.5.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 108. Auch Bauer und Dörries wünschten eine stärkere Betonung von Althaus. Von Mattiat war Gogarten bereits vor Abgabe des Fakultätsvotums ins Spiel gebracht worden. REM an Kurator am 30.4.1935.

<sup>657</sup> Hirsch an REM am 10.5.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 140; Hirsch an Gogarten am 22.5.1935. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 18. Gogarten, der in Breslau schweren Anfeindungen ausgesetzt war, musste im SoSe 1935 gegen seinen erklärten Willen in Bonn den Lehrstuhl des zwangspflichtigen Karl Barth vertreten. Goering: Gogarten, S. 311. Nach Meyer handelte es sich um eine Strafversetzung zur Beendigung bestehender Konflikte an der Breslauer Fakultät. Meyer: Fakultät, S. 119. Noch Ende der 1920er Jahre war das Verhältnis Hirsch-Gogarten belastet: „Der Schlangenbiß des Verleumders, und zwar der des mit gerupften Zitaten arbeitenden Verleumders, fehlt auch hier nicht, wie bei jeder Silbe, die Gogarten über Holl und mich schreibt. [...] denn ich fürchte, bei Gogarten bin ich primär Objekt des Hasses und nicht Holl.“ Hirsch an Lietzmann am 12.10.1927. Abgedruckt in: Aland (Hg.): Glanz, S. 554f.

<sup>658</sup> Hirsch an Gogarten am 24.5.1935; REM an Gogarten am 18.6.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 108. Die Landeskirche war nicht gehört worden. Umstritten war, ob die Berufung nach der Niederschrift zu den Verhandlungen des Staatskirchenvertrages vom 30.5.1930 als erstmalig anzusehen sei. Vgl. die Korrespondenz vom Juni/Juli 1935 im BArch, R 5101, Nr. 23101.

## „Im Großkampf mit der Kirche“: Die folgenschwere Berufung von Walter Birnbaum

Weitaus schwieriger gestaltete sich die Nachfolge Johannes Meyers, der zum WS 1934/35 nach 24-jähriger Lehrtätigkeit in Göttingen emeritierte. Unter Führung Hirschs sprach sich die Mehrheit für eine von dem Wobbermin-Schüler Martin Redeker angeführte Dreier-Liste aus. Die Genannten zählten zu den *Deutschen Christen*, zudem hatten alle in Göttingen studiert.<sup>659</sup> Das Separatvotum der älteren bzw. der *Bekennenden Kirche* nahestehenden Professoren Bauer, Dörries, Meyer und Stange benannte dagegen Franz Wiebe, Theodor Knolle, Theodor Laasch und Fritz Dosse, im weiten Sinne allesamt politisch rechts stehende konservative Lutheraner. Die Weiterleitung der beiden Voten ist ein beredtes Beispiel dafür, wie Hirsch seine Amtsautorität interessengenleitet ausspielte. Wiebe und Knolle würden, so Hirsch gegenüber dem REM, nicht zu der in „jungem Geiste sich erneuernde[n] Fakultät“ passen und böten keine Aussicht, „Träger einer Erneuerung des theologischen Universitätsunterrichts zu werden“. Studiendirektor Laasch sei nicht entsprechend qualifiziert. Dagegen lobte Hirsch den favorisierten Redeker, ein „Kind unserer Fakultät“, als hervorragenden und politisch einwandfreien Lehrer und Erzieher, der durch den „Kirchenkampf“ nicht belastet sei, da er vor allem außerhalb der Landeskirche gewirkt habe. Ausdrücklich lobte er auch die Zweitgenannten Georg Fiedler und Heinz Weidemann. Eine Berufung aber, so seine Annahme, würde das ohnehin angespannte Verhältnis zur Landeskirche zusätzlich belasten.<sup>660</sup> Zum Zuge kam keiner der Genannten.

Ende März war Walter Birnbaum kurzfristig mit der Vertretung der *Praktischen Theologie* beauftragt worden. Nur wenige Wochen später bat das REM um eine Stellungnahme zu seiner fünfwöchigen Lehrtätigkeit. Mit Einschränkungen äußerte sich Hirsch positiv, als Person sah er Birnbaum aufgrund der „stammesmäßigen Unterschiede“ dennoch mehr an einer ostdeutschen Universität als in Göttingen. Offenbar hielt er die Berufungsfrage am 14. Mai noch für offen. Er rückte zwar von dem erstplatzierten Redeker ab, machte sich aber für den Wahrenholzer Pfarrer und einstigen Freikorpskämpfer Hans Schomerus stark, der von der Fakultätsmehrheit an vierter Stelle vorgeschlagen war.<sup>661</sup> Nur drei Tage später stimmte

<sup>659</sup> Fakultätssitzung vom 11.3.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 77. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 211. Vgl. zum Gesamtverfahren Ericksen: Fakultät, S. 80–81; Mager: Verhältnis, S. 182–189.

<sup>660</sup> Hirsch an das REM am 15.3.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 77. Vgl. Rektor an REM am 18.3.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Am 13.3.1935 ging Mattiat von der Vokation Fiedlers aus, die Entscheidung wurde aber vertagt. Hirsch am 18.3.1935 an die Mitglieder der engeren Fakultät. BArch, NL 1271, Nr. 69. Ausweislich des online-Findbuches des *Instituts für Zeitgeschichte* bat Mattiat das *Amt Rosenberg* bereits am 10.1.1935 um ein Gutachten zur Eignung Fiedlers für eine Professur in Göttingen. IFZG, Beauftragter des Führers für die geistige und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP; MA 141, Rolle 3, Bl. 837.

<sup>661</sup> REM an die Fakultät am 9.5.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202; Hirsch an das REM am 14.5.1935; Hirschs ausführliche Übersicht über die Tätigkeit vom 14.5.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Schomerus gilt als ein bedeutender Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution.

Hirsch den anderslautenden Berufungsplänen des Ministeriums dennoch zu. Den Fakultätsausschuss stellte er am 18. Mai vor vollendete Tatsachen.<sup>662</sup> Mit dem Ergebnis des insgesamt kräftezehrenden Kraftakts zeigte sich Hirsch dennoch nur bedingt zufrieden. An Gogarten schrieb er, vermutlich vor allem auf die Berufung Birnbaums gemünzt, wenige Tage später: „Gott gebe, daß alles gut geht. Ich bin am Rande meines Könnens als Dekan. Wenn mir dies mißlingt, hau ich ab.“<sup>663</sup>

An dieser Stelle sind einige biografische Stationen Birnbaums in Erinnerung rufen. Seit 1924 hatte er als Leiter der Hamburger *Wichernvereinigung* mit Erfolg volksmissionarisch gearbeitet. Von ihm initiierte Laienevangelisationen besuchten 1932 rund 85.000 Menschen.<sup>664</sup> Literarisch war er mit volksmissionarischen Schriften und einer Biografie Johann Hinrich Wicherns an die Öffentlichkeit getreten. 1933 trat Birnbaum der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* bei und stieß bis Jahresende in deren engeren Führungszirkel vor. Im April 1934 erreichte er die Stellung eines stellvertretenden Reichsleiters in der mittlerweile umbenannten *Reichsbewegung DC* und trat im Range eines Oberkirchenrates der Reichskirchenregierung unter Ludwig Müller bei. Sein Stern sank, als mit dem Scheitern der Reichskirche der umstrittene ‚Rechtswalter‘ der DEK August Jäger, zu dessen engsten Vertrauten Birnbaum zählte, zurücktreten musste. Zudem wurden ihm Unregelmäßigkeiten zur Last gelegt. Auch Birnbaum musste die Reichskirchenleitung verlassen. Die Vertretung in Göttingen bot ihm also einen Ausweg aus einem beruflichen Dilemma. Birnbaum selbst gab 1973 in seiner Autobiografie an, von dem Kirchenhistoriker und einflussreichen Netzwerker Erich Seeberg ins Gespräch gebracht worden zu sein. Göttingen sollte demnach nur das Sprungbrett für die Berufung an eine kleinere Universität wie Greifswald oder Rostock sein.<sup>665</sup> Vieles spricht dafür, dass Birnbaum vor allem der Kandidat des REM war. Er war weder der Wunschkandidat Hirschs noch das Objekt einer Machtdemonstration der „Bündnispartner Fakultät und Ministerium“ gegenüber der Landeskirche.<sup>666</sup> Erschwerend kam hinzu, dass Birnbaum weder die formalen noch die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Lehrstuhlvertretung mit sich brachte. Er habe seinerzeit, so Birnbaum 1973, erst einmal nachlesen müssen, was das Fach Praktische Theologie eigentlich umfasse.<sup>667</sup>

<sup>662</sup> Bericht Hirschs vom 18.5.1935. UAG, Rektorat, Nr. 3202.

<sup>663</sup> Hirsch an Gogarten am 22.5.1935. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 18.

<sup>664</sup> Vgl. Wolfes: Birnbaum; Schumann: Birnbaum.

<sup>665</sup> Birnbaum: Zeuge; S. 208.

<sup>666</sup> Ericksen: Fakultät, S. 80; Mager: Verhältnis, S. 186. Mager konstatiert zugleich einen „plötzlichen Strategiewechsel“, nachdem auf inoffiziellen Wegen die landeskirchlichen Bedenken gegen Birnbaum kolportiert worden waren.

<sup>667</sup> Birnbaum: Zeuge, S. 210. In Leipzig war Birnbaum Mitte der 1920er in seinem Promotionsverfahren durchgefallen. Vgl. ebenda: S. 211–216. Die fehlende wissenschaftliche Qualifikation betraf auch den Propst von Celle Fiedler. Er erhielt 1936 einen Ruf nach Kiel und wurde dort Gewährsmann für die nationalsozialistische Ausrichtung der dortigen Fakultät. Vgl. Göllnitz: Karrieren, S. 46–51.

Birnbaums endgültige Berufung erfolgte erst im Februar 1936. Begleitet war das Verfahren von massiven Konflikten zwischen der Fakultät und der Landeskirche, zugleich war Birnbaum die personifizierte Kritik, die der bekenntnisorientierte Teil der Göttinger Theologiestudenten der von Hirsch geführten Fakultät entgegenbrachte. In ihren Augen war die Theologie Birnbaums bekenntniswidrig. So unterstellte der Theologiestudent Wolfgang Schroeder der kolportierter Aussage Birnbaums, der Nationalsozialismus sei ein Aufbruch des Lebens gegen den Tod, dessen Vergöttlichung. Birnbaum sei unfähig, theologisch zu denken.<sup>668</sup> Faktisch wurden seine Veranstaltungen boykottiert. Auch die Landeskirche, die im Sommer 1935 bei verschiedenen Studenten Erkundigungen über Birnbaum eingeholt hatte, kam zu dem Schluss, dass Birnbaum in entscheidenden Punkten vom Bekenntnis der Landeskirche abweiche und keine Lehrtätigkeit ausüben dürfe. Aus seinem Schrifttum ergebe sich:

*a) Zurückstellung der Bekenntnisgrundlage um der Reichweite der kirchlichen Verkündigung willen, [...], c) Gefahr der Anpassung des Evangeliums an die von Oberk.Rat B. vorausgesetzten Erfordernisse des Volkstums in Richtung eines ‚artgemäßen‘ Christentums, d) Hineinziehung politischer Ordnung in den kirchlichen Aufbau in einer Form, die das für die Kirche Konstitutive verkennt.<sup>669</sup>*

Eine derartige Einschätzung konnten weder vom REM noch von der Fakultät akzeptiert werden, die zudem zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Fronten des ‚Kirchenkampfes‘ sowohl im Reich als auch auf dem Gebiet der Hannoverschen Landeskirche verhärtet waren und Hitler zur Befriedung der kirchlichen Verhältnisse die Schaffung des Reichskirchenministeriums (RMkA) erlassen hatte. In der Causa Birnbaum verhandelten demnach alle Parteien grundsätzliche Fragen des Staats-Kirchenverhältnisses, die über die umstrittene Frage der Entscheidungshoheit in Berufungsfragen hinausreichte. Auch deshalb hielt das REM an seiner Entscheidung fest.<sup>670</sup> Nach gutachterlichen Äußerungen des Rektors und des Dekans, so das REM an das RMkA im Oktober, habe sich Birnbaum bewährt. Dagegen seien die Einwände des Landeskirchenamtes vom 13. August weder gerechtfertigt noch beachtenswert. Sie entsprächen allein der dortigen Haltung gegenüber den *Deutschen Christen*.<sup>671</sup> Am 13. November – in Göttingen hatte sich die Situation

<sup>668</sup> Schroeder an Pastor Klügel am 23.7.1935. Zitiert nach Ericksen: Theologen, S. 231.

<sup>669</sup> Entwurf zu einem Gutachten über Birnbaum, undatiert. LKAH, B 1A, Nr. 268. Hempel sprach am 26.7.1935 im Landeskirchenamt vor. Beide Parteien konnten sich nicht von ihren gegenläufigen Standpunkten überzeugen. Hempel selbst hielt Birnbaums Theologie nicht für bekenntniswidrig, vielmehr sah er eine bewusst lutherische Haltung. Vgl. den sechsseitigen *Bericht über die vertrauliche Fühlungnahme im Sinne des §11 des Staatsvertrags über die praktisch-theologische Professur in Göttingen*. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Gegenüber Mattiat beschwerte sich der im Urlaub weilende Hirsch in scharfer Form gegen die landeskirchliche Heranziehung von studentischen Kollegmitschriften und forderte die sofortige Berufung von Birnbaum. Hirsch an Mattiat am 29.7.1935.

<sup>670</sup> REM an Landeskirche am 7.8.1935. Mager: Verhältnis, S. 188.

<sup>671</sup> REM am RMkA am 19.10.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101. Bei dem genannten Schreiben handelte es sich um einen von Marahrens verfassten Brief, „ein knappes aber unmissverständliches

aufgrund der anhaltenden Kritik an Birnbaum und dem studentischen de-facto-Boycott seiner Veranstaltungen verschärft – drängte das REM erneut auf einen raschen Abschluss des Verfahrens. Birnbaum und die Fakultät hätten Interesse an einer endgültigen Entscheidung. Sachliche Bedenken sah das REM weiterhin nicht:

*Nicht nur nach hiesiger Auffassung, sondern gerade auch nach dem Urteil namhafter Theologen hat Birnbaum während seiner bisherigen Lehrtätigkeit seine sehr gute theologisch-wissenschaftliche und pädagogische Eignung unter Beweis gestellt. [...] Eine Zurückziehung der Berufung auf die Göttinger Professur bedeutet sowohl für Birnbaum selbst nach seinem bisherigen erfolgreichen Einsatz, als auch für die angesehene theologische Fakultät und den nationalsozialistischen Rektor der Universität eine schwere Schädigung des wissenschaftlichen Ansehens.<sup>672</sup>*

Es unterstreicht die ohnehin schwache Stellung von Reichskirchenminister Hanns Kerrl, dass er nur einen Tag später nachgab. Die Berufung Birnbaums sei nicht geeignet, das Ansehen der Theologischen Fakultäten zu heben, dennoch stelle er seine Bedenken zurück und erteile seine Zustimmung.<sup>673</sup> Aber auch die Zusage Kerrls setzte keinen Schlussstrich unter die Angelegenheit. Als staatlich anerkannte Kirchenleitung bestand seit dem 3. Oktober der *Reichskirchenausschuss* (RKA), um dessen Einbeziehung die Landeskirche sich offensiv bemühte.<sup>674</sup> Dies wurde sowohl von Seiten der Fakultät kritisch gesehen als auch von Kerrl, der eine Instrumentalisierung des RKA befürchtete. Um einer direkten Kontaktaufnahme durch die Landeskirche vorzubeugen, lud der Minister am 10. Januar 1936 zu einer erneuten Zusammenkunft mit dem REM. Zu diesem waren auch Hirsch und pikanterweise der Göttinger Lehrbeauftragte Christhard Mahrenholz, hier in seiner Funktion als Oberkirchenrat und stellvertretender Vorsitzender des RKA, geladen.<sup>675</sup> Im Raum stand die Frage, ob es sich bei dem genannten Schreiben vom 13. August um eine offizielle, nach dem preußischen Staatskirchenvertrag aus dem Jahr 1931 rechtlich verbrieft gutachterliche Äußerung der Landeskirche

---

Veto“. Ausweislich eines Schreibens von Birnbaum hielt Mattiat das landeskirchliche Schreiben für bedeutungslos. Seine Berufung sei ihm „schon allein aus Prestigegegründen“ zugesagt worden. Birnbaum an Hempel am 5.9.1945. Zitiert nach Bauer an den Rektor am 26.5.1946. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231.

<sup>672</sup> REM am RMkA am 13.11.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101. Birnbaum hatte am 26.10. im RMkA vorgeschlagen und auf eine endgültige Lösung gedrängt. Hermann von Detten, zu diesem Zeitpunkt Stellvertreter des Ministers, machte dabei deutlich, dass für das RMkA die Befriedung der Kirche im Mittelpunkt stehe. Daraufhin soll Birnbaum durchblicken lassen haben, dass er auch einer von Mattiat ausgestellten einjährigen Verlängerung zustimmen werde. Notiz Detten vom 26.10.1935.

<sup>673</sup> RMkA an REM am 14.11.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>674</sup> Hirsch an das LKA Hannover am 29.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. die Anlagen: Präsident Schnelle an den Dekan am 23.11.1935; Erklärung des Dekans vom 22.11.1935.

<sup>675</sup> RMkA an REM am 10.1.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101.

handelte oder nicht. Dies wurde verneint.<sup>676</sup> Mit Ausstellung der Berufungsurkunde kam das Verfahren letztendlich am 18. Februar 1936 zu seinem Abschluss. Rückwirkend zum 1. Oktober 1935 erhielt Birnbaum ordnungsgemäß das Ordinariat für *Praktische Theologie*.

Auch innerhalb der Fakultät blieb Birnbaum umstritten. Ende November 1935 konstatierte Hirsch geradezu eine Ani-Birnbaum-Stimmung. Es ist kein Zufall, dass Dörrries sich Mitte Dezember 1935 und damit noch vor der endgültigen Berufung Birnbaums an den Dekan wandte, um sich für zusätzliche Lehrveranstaltungen von Stange und Hoffmann im Fachbereich *Praktische Theologie* einzusetzen.<sup>677</sup> Von Zweifeln an der fachlichen und erzieherischen Eignung waren wohl auch Hirsch und Hempel selbst erfasst, die die Fakultät in dem Berufungsverfahren maßgeblich vertraten. Bekanntgeworden ist die mündlich tradierte Aussage Hirschs: „Wenn im Garten Eden ein Birnbaum anstelle eines Apfelbaums gestanden hätte, wäre es nie zum Sündenfall gekommen.“<sup>678</sup> Mit ihren Bedenken traten sie angesichts der komplexen Gesamtsituation freilich zurück. Ein Nachgeben war nicht möglich. Hempel teilte Birnbaum im September 1935 mit: „Ich bin aber weiter der Überzeugung, daß die Prestige Gründe, die eine Kapitulation vor Hannover ausschließen, so stark sind, daß sie sie gleichwohl durchsetzen werden.“ Eine fachliche Bestimmung fand nicht mehr statt. Getragen von grundsätzlichen Erwägungen wurden die strikte Durchsetzung der angenommenen Fakultätsinteressen und die kategorische Zurückweisung jeglichen landeskirchlichen Einflusses zu einem eigenen Gut.<sup>679</sup> Ob die später nicht realisierte Überlegung, Birnbaum nach einer gewissen Schamfrist ehrenvoll an eine andere Universität abuberufen, von vornherein Teil des Kalküls war, lässt sich nicht mehr feststellen.

<sup>676</sup> REM an RMkA am 3.2.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101. Anfang März bestätigte Kerrl die Rechtmäßigkeit der hannoverschen Kirchenleitung und gestand ihr das Recht auf eine gutachterliche Äußerung in Berufungsfragen grundsätzlich zu. RMkA an REM am 9.3.1936.

<sup>677</sup> Hirsch musste nach negativen Äußerungen Dörrries' über die Lehrtätigkeit Birnbaums intervenieren. Birnbaum an Hirsch am 20.12.1935; Hirsch an Birnbaum am 22.12.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 102. Ab dem WS 1935/36 bot auch Otto Weber speziell zur Homiletik zusätzliche Übungen an. Bülow: Weber, S. 172f.

<sup>678</sup> Ericksen: Fakultät, S. 80. Vgl. Weber: Testament, S. 114f.

<sup>679</sup> Hempel an Birnbaum am 11.9.1935. NLA HA, Nds 171 Hildesheim, Nr. 13231. Vgl. Hempel an das REM am 17.7.1935. Zitiert in Mager: Verhältnis, S. 187.



## **Gescheiterte Neuordnungsversuche (1936/37): Hirschs Wechsel auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie und die Besetzung des Lehrstuhls für Kirchengeschichte**

Unter Hinausziehung seiner ordnungsgemäßen Entpflichtung beauftragte das REM im August 1935 den 65-jährigen Georg Wobbermin zum kommenden Wintersemester mit der Vertretung des Systematischen Lehrstuhls des seines Berliner Lehramts enthobenen Wilhelm Lütgert.<sup>680</sup> Die Nachfolge gestaltete sich langwierig, da Wobbermin seine Bezüge anhaltend aus Göttingen bezog, so dass für die Verpflichtung eines neuen Ordinarius keine Mittel bereitstanden. Im Sommer 1936 drängte Hirsch auf eine baldige Lösung: „Die Professur für Systematik und Religionsphilosophie ist in der heutigen geistigen Lage die zentrale Professur der Fakultät und der Inhaber dieser Professur soll eigentlich das Gesicht der Fakultät bestimmen.“<sup>681</sup> Die folgenden Verhandlungen standen in einem engen Zusammenhang mit dem Versuch der Neubesetzung des Birnbaum-Lehrstuhls und des Ordinariats für Kirchengeschichte.

### Das Scheitern der Neubesetzung des Lehrstuhls für Praktische Theologie

Ab Sommer 1936 bemühte sich die Fakultät aufgrund der schweren Verwerfungen mit der Landeskirche um eine ehrenvolle Abberufung Birnbaums. Am 6. August stimmte sie der Berufung von Leonhard Fendt (Berlin) zu.<sup>682</sup> In seinem Beilegschreiben betonte Hirsch, dass es mit Fendt und einem „guten“ Kirchenhistoriker möglich sei, den Frieden mit der Landeskirche wieder herzustellen. Wissenschaftlich sei die Fakultät in diesem Fall gut aufgestellt,

*der damit erzielte Gewinn wird m.E. auch über den Göttinger Raum hinaus für den Willen des Staates, die evangelische Kirche neu zu ordnen, entscheidend sein. Die so entstehende Göttinger theologische Fakultät könnte gegenüber den anderen lutherischen Fakultäten eine eigene und starke Note, die im Interesse des geistigen und Gesamtschicksals unseres Volkes zu begrüßen ist, in das deutsche Luthertum hineinbringen.*<sup>683</sup>

Gegenüber Marahrens, den Hirsch Ende Juli von der Personalrochade offiziell in Kenntnis setzte, äußerte er sich mehr als zufrieden:

---

<sup>680</sup> REM an Wobbermin am 21.8.1935. UA HUB, PA W 249, Bl. 126.

<sup>681</sup> Hirsch an das REM am 30.8.1936. UAG, Kur., Nr. 3202.

<sup>682</sup> Die Berliner Fakultät war am 6.8.1936 zu Birnbaum befragt worden. REM an die Berliner Theologische Fakultät am 6.8.1936. UAG HUB, Personalakten F 33. In Göttingen hatte sich Hirsch um Geschlossenheit bemüht. Am 21.7.1936 bedankte er sich für ein von Jeremias vermitteltes Gespräch im Hause Dörries. BArch, N 1721, Nr. 71. Nachträglich sicherte sich Hirsch zudem bei Weber in dessen Eigenschaft als NSDDB-Unterführer Theologie ab. Hirsch an Weber am 11.8.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209.

<sup>683</sup> Hirsch an das REM am 11.8.1936; Rektor Neumann an REM am 11.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

*Die Fakultät in der sich dann ergebenden Zusammensetzung [Fendt; Opitz; Hempel] würde eine ungewöhnlich eigenartige und hochstehende Fakultät sein, und die in ihr zusammengefaßten Männer wären in aller Verschiedenheit im Einzelnen in dem Wissen um ihre kirchliche Verantwortung einig und könnten in der Landeskirche einen ungewöhnlich hochstehenden Pfarrernachwuchs erziehen.<sup>684</sup>*

Das abgestimmte Verfahren – Fendt hatte gegenüber Hirsch und Gogarten Ende Juli zugesagt, auch das REM in Person von Mattiat war spätestens seit dem 16. Juli im Boot – fiel Ende August in sich zusammen, als Fendt die Vereinbarung überraschend telegrafisch aufkündigte.<sup>685</sup> Der Weg für einen Birnbaum-Wechsel nach Berlin war verbaut und damit auch der Spielraum für eine einvernehmliche Regelung im Konflikt mit der Landeskirche. Die Verhandlungen über die Fragen, die mit der kirchlichen Anerkennung Birnbaums zusammenhängen, seien, so Hirsch am 3. September, an Stellen außerhalb der Theologischen Fakultät übergegangen.<sup>686</sup> Am 1. Oktober 1936 teilte das REM dem Landeskirchenamt den endgültigen Verbleib Birnbaums in Göttingen mit. Eine Woche später erklärte Hirsch dem Fakultätsausschuss, dass er alles unternehmen werde, um Birnbaum als ordnungsgemäß bestellten Ordinarius in Schutz zu nehmen.<sup>687</sup>

### Der Wechsel Hirschs auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie

Für die Wobbermin-Nachfolge benannte der Fakultätsausschuss Werner Elert (Erlangen), Friedrich Karl Schumann (Berlin) und den früheren Göttinger Privatdozenten Rudolf Hermann (Greifswald). Paul Althaus und Adolf Köberle, die noch im Mai 1935 auf der Liste für die Stange-Nachfolge standen, wurden nicht mehr in Betracht gezogen.<sup>688</sup> Im Februar 1936 waren die Verhandlungen mit Elert so weit fortgeschritten, dass seine Berufung zum kommenden Sommersemester

<sup>684</sup> Hirsch an Marahrens am 29.7.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209.

<sup>685</sup> Fendt an Hirsch am 27.7.1936 und Gogarten am 31.7.1936; Hirsch an Rektor Neumann am 26.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202; Fendts Schreiben ging über eine formale Zusage hinaus. So gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die „Aussichtslosigkeit der preußischen Kirchenkämpfe“ in Göttingen durch „eine kräftige und zukunftsfrohe lutherische Kirche“ ersetzt werde. Auch gegenüber Jeremias hatte Fendt zugesagt. Jeremias an Dörries am 28.7.1936. BArch, NL 1271, Nr. 21. Vgl. Fendt an Hirsch am 29.7.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209. Fendt begründete seine Absage gegenüber Lietzmann damit, dass er sich von Mattiat zu einer Annahme gedrängt gefühlt und befürchtet habe, auf dem Ordnungswege nach Göttingen versetzt zu werden. Fendt an Lietzmann am 5.8.1936. Abgedruckt in: Aland (Hg.): Glanz, S. 853.

<sup>686</sup> Mitteilung Hirschs an die Mitglieder des Fakultätsausschusses vom 3.9.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209. Hirsch an Rektor Neumann am 26.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Auch Rektor Neumann wünschte eine Klärung der Angelegenheit und kündigte an, Ende August/Anfang September bei Mattiat vorzusprechen. Rektor Neumann an REM am 26.8.1936.

<sup>687</sup> REM an LKA Hannover am 1.10.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Hirsch an die Mitglieder des Fakultätsausschusses am 8.10.1936. BArch, NL 1271, Nr. 71.

<sup>688</sup> Hirsch an Rektorat am 20.12.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 215. Ausschlaggebend für die Nichtberücksichtigung Althaus' war, dass eine Zusammenarbeit mit Gogarten als schwierig angesehen wurde.

möglich schien. Ebenso wie der zweitplatzierte Schumann, für den sich der NSDDB stark gemacht hatte, entschied er sich jedoch gegen eine Rufannahme.<sup>689</sup> Andere Optionen wurden seitens der Fakultät verworfen. So sprach sich Hirsch eindeutig gegen den *Deutschen Christen* Wilhelm Vollrath aus, der Wobbermin im WS 1935/36 vertreten hatte. Er bescheinigte Vollrath politische Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft und charakterliche Eignung, als Ordinarius wollte er ihn dennoch nicht empfehlen, da er ihn fachlich und als Lehrer für ungeeignet hielt.<sup>690</sup> Letztlich erwies sich Hirschs Bereitschaft zum Lehrstuhlwechsel als Königsweg.

### Der Kompromisskandidat: die Berufung von Martin Gerhardt

Der Wechsel Hirschs auf den Lehrstuhl für *Systematische Theologie* hatte schon länger im Raum gestanden. In dieser Frage aber wollte er, so Hirschs eigene Angabe, seine Führungskompetenz nicht in Anspruch nehmen.<sup>691</sup> Zudem wollte Hirsch seinen Schüler Erich Vogelsang nach Göttingen holen, der sich als Lutherforscher profiliert hatte und den er für einen der besten jüngeren Kirchengeschichtler hielt:

*Es kommt hinzu, dass Vogelsang Mitglied der Partei ist, militärisch ausgebildet und SA-Mann ist, sowie, daß er sich durch sein Buch ‚Luthers Kampf gegen die Juden‘, 1933 erschienen, im Interesse des inneren Verstehens von Nationalsozialismus und evangelischem Christentum stark exponiert hat.<sup>692</sup>*

Vogelsang war innerhalb der Fakultät nicht durchsetzbar.<sup>693</sup> Erst ein halbes Jahr später einigte sich der Fakultätsausschuss auf Hans-Georg Opitz, Meisterschüler von Hans Lietzmann. Opitz wurde vor allem von Hirsch favorisiert und protegiert.<sup>694</sup> Gründe, die außerhalb Göttingens angesiedelt waren – eine Kontroverse zwischen den beiden Berliner Professoren Erich Seeberg und Lietzmann – ver-

<sup>689</sup> Mattiat an Weber am 11.1.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202; Hirsch an Lietzmann am 3.8.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 852f. Die Ablehnungsgründe sind nicht bekannt. Zuvor hatte sich der NSDDB gegen Elert ausgesprochen. Bülow: Weber, S. 176.

<sup>690</sup> Hirsch an das Rektorat am 15.5.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Nach Eigenangaben lag das Tätigkeitsfeld Vollraths auf dem Gebiet der Systematischen Theologie unter völkischen und sozialen Gesichtspunkten. BArch, 4901, ‚Professorenkartei‘, Vollrath.

<sup>691</sup> Hirsch an REM am 20.12.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 216.

<sup>692</sup> Anlage zum Schreiben Hirschs an das REM vom 20.12.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Für Hirsch war Vogelsangs Schrift das beste Buch zu diesem Thema. Am selben Tag widersprach Hirsch gegenüber dem Göttinger Dozentenführer Blume Vorbehalten, die sich aus der Heirat einer älteren Schwester Vogelsangs mit „jüdischem Blut“ ergeben könnten. Vogelsang war 1933 als Referent für die Reorganisation der Theologischen Fakultäten im preußischen Kultusministerium tätig, zeitweilig engagierte er sich zudem als DC-Gauobmann in Ostpreußen. 1934 überwarf er sich mit Reichsbischof Ludwig Müller und trat aus den DC aus.

<sup>693</sup> Der Fakultätsausschuss war am 9.12.1935 um Äußerung gebeten worden.

<sup>694</sup> Hirsch an den Rektor am 21.7.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Hirsch hatte Opitz nach eigenen Angaben durchgesetzt. Hirsch an Lietzmann am 3.8.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 852f.

hinderten diese Lösung. Opitz stieß im REM auf von Seeberg geschürte Vorbehalte. Im August 1936 teilte Mattiat mit, sich zur Überprüfung von Opitz' Eignung lediglich eine einsemestrige Beauftragung vorstellen zu können.<sup>695</sup> Selbst dazu kam es jedoch nicht. Gegen den erklärten Fakultätswillen wurde zum WS 1936/37 Julius Wagenmann mit der Vertretung beauftragt.<sup>696</sup> Noch einen Tag vor seinem Dienstantritt fällte Hirsch ein vernichtendes Urteil über Wagenmann, den er als „ausgeprägt unterdurchschnittlich“ bezeichnete. Seine Ablehnung innerhalb der Fakultät falle einstimmig aus. Es sei nicht gut, Dörries einen Kollegen an die Seite zu stellen, der ihm geistig derart unterlegen sei. Kirchenpolitisch sah Hirsch Wagenmann aufgrund seiner Verwandtschaft und Verschwägerung mit den „schönen Familien“ und dem hannoverschen Kirchenregiment innerhalb weniger Jahre bei der BK: „Kurz und gut, ich finde das Projekt Wagenmann sinn- und gedankenlos.“<sup>697</sup> Ähnlich drastisch äußerte er sich zu dem ebenfalls ins Spiel gebrachten Seeberg-Schüler Erhard Peschke, den er für ebenso unfähig hielt:

*Ich lehne daher sowohl Peschke wie Wagenmann als beauftragte Dozenten für Kirchengeschichte in Göttingen ab. Ich bezeichne es für einen wissenschaftlichen Skandal, dass solche Leute einem wirklichen Forscher und Gelehrten wie Opitz vorgezogen werden sollen. Die hier beabsichtigte Personalpolitik verstößt gegen meine elementaren wissenschaftlichen Wertbegriffe.<sup>698</sup>*

Während der Protest gegen Peschke erfolgreich war, ließ sich der Vertretungsauftrag Wagenmanns nicht mehr aufhalten.<sup>699</sup> Die Frage einer dauerhaften Neubesetzung war damit indes noch nicht vom Tisch. Gegen Lietzmann, der die wissenschaftlichen Bedenken gegen Wagenmann teilte, es aber für möglich hielt, dass Göttingen ihn „aus menschlichen Gründen“ behalten müsse, war dies für die

<sup>695</sup> Mattiat an den Kurator am 15.8.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Hirsch sprach nach dem Krieg von den „Berliner Gegenkräften“, die Opitz verhindert hätten. Hirsch am 14.10.1946 auf Veranlassung von Martin Gerhardt. NLA HA, Nds 171 Hildesheim, Nr. 7490. Auch Thomas Kaufmann hält es für gesichert, dass Seeberg hinter der Verhinderung von Opitz stand. Kaufmann: „Anpassung“, S. 428.

<sup>696</sup> REM an Wagenmann am 26.9.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202; Hirsch an die Mitglieder des Fakultätsausschusses am 2.10.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 40. Hirsch machte Seeberg für ein vernichtende Gutachten über Opitz verantwortlich. Hirsch an Lietzmann am 4.10.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 858. Wagenmann entstammte einer bekannten Theologenfamilie. Sein Großvater Julius August lehrte von 1861 bis 1890 Kirchengeschichte in Göttingen, sein Vater Karl war bis 1932 Geistlicher Vizepräsident im Landeskirchenamt, seit 1929 Vorsitzender der *Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte* und seit 1937 deren Ehrenvorsitzender.

<sup>697</sup> Hirsch an den Rektor am 25.9.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. In diesem Sinne teilte Mattiat dem Heidelberger Rektor im März 1937 mit, dass Wagenmann bei Lehrstuhlvertretungen „bisher weitgehend versagt“ habe und „jede Fakultät, die ihn kennenlernt, ihn auch wieder loswerden wünscht“. Zitiert nach Göllnitz: Karrieren, S. 68–71, hier S. 70.

<sup>698</sup> Hirsch an den Rektor am 25.9.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. das vernichtende Urteil des Dekans des Slavischen Instituts Berlin vom 15.11.1936. Diesem fügte Hirsch an: „Dass der Luther teil der Arbeit nichts taugt, kann ich dem Gutachten hinzufügen.“

<sup>699</sup> Hirsch an Lietzmann am 4.10.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 858.

Fakultät keine Option.<sup>700</sup> Im Januar 1937 stand auf einer neuen Fakultätsliste erstmals Martin Gerhardt, freilich nach Opitz und dem 1911 in Göttingen habilitierten Ernst Kohlmeier (Bonn).<sup>701</sup>

Der Werdegang Gerhardts war ungewöhnlich. 1894 in Berlin geboren, hatte er nach seiner Kriegsteilnahme 1920 das Erste Theologische Examen abgelegt. 1922 promovierte er mit einem Thema zur Geschichte der Alten Kirche und habilitierte sich in Erlangen für Kirchengeschichte. Ebendort promovierte er 1924 zum Dr. phil. Kurzfristig wirkte er als Privatdozent, praktisch arbeitete er im Rauhen Haus in Hamburg, dann für die Diakonissenanstalt in Kaiserwerth. Vor allem die Begründung des wissenschaftlichen Archivwesens in der Diakonie gilt als bleibender Beitrag für die moderne Diakonieforschung.<sup>702</sup> Seit März 1935 führte Gerhardt Gespräche über eine Rückkehr ins akademische Leben. Die in Aussicht gestellte Leitung des *Instituts für Sozialethik und Wissenschaft* der Inneren Mission in Verbindung mit einem Lehrauftrag an der Berliner Fakultät realisierte sich jedoch nicht. Seine ungesicherte Stellung brachte ihn für Göttingen ins Spiel. Er war beileibe nicht der Wunschkandidat der Fakultät, galt aber als vermittelbar und erfüllte zwei Grundvoraussetzungen, die Hirsch angesichts der verfahrenen Situation und der anhaltenden ‚Verknötungen‘ in der Causa Birnbaum formuliert hatte. Der Dekan lehnte Kandidaten mit Nähe zur *Bekennenden Kirche* rundweg ab, zudem sollte sich der Neue harmonisch in die Arbeitsgemeinschaft von Fakultät und Universität einordnen.<sup>703</sup> Die Arbeiten Gerhardts zeigten in seinem Urteil „eine gewisse Neigung zu unnötiger Breite und zur pedantischen Fixierung von Kleinigkeiten“, auch verfüge er über wenig Lehrerfahrung, dennoch beurteilte er ihn insgesamt positiv, solide und zuverlässig.<sup>704</sup> Mit diesem Votum beauftragte das REM Gerhardt mit der Lehrstuhlvertretung für das SoSe 1937. Wenige Wochen später attestierte Hirsch, Gerhardt sei auf dem Weg, ein „erfolgreicher Lehrer und Forscher der Kirchengeschichte“ zu werden. Er ordne sich in die Fakultät ein und scheine geeignet, „Mitträger der nationalsozialistischen Erneuerung der Fakultät“ zu werden.<sup>705</sup> Auch die politischen Gutachten der NSDAP-Kreisleitung Göttingen waren positiv und wiesen Gerhardt als zuverlässigen Nationalsozialisten aus. Jedenfalls sei „solch ein Theologe, wenn er auch selbstverständlich nicht restlos

<sup>700</sup> Lietzmann an Hirsch am 9.12.1936. Ebenda, S. 865.

<sup>701</sup> Rektor an das REM am 16.1.1937. UAG, Rekt., Nr. 3202. Kohlmeier, Professor in Bonn, war ebenfalls kurzfristig *Deutscher Christ*, trat aber 1934 aus.

<sup>702</sup> Vgl. Herrmann: *Diakoniewissenschaft*; ders: *Historiker*.

<sup>703</sup> Hirsch an Lietzmann am 10.12.1936, in: Aland (Hg.): *Glanz*, S. 866f.

<sup>704</sup> Hirsch an das REM am 15.1.1937. UAG, Rekt., Nr. 3202; Dekan Stoltzenburg an das REM am 25.1.1937. Zitiert nach Weber: *Testament*, S. 138. Dagegen sprach sich Jeremias gegen ihn aus und bat Weber um eine entsprechende Intervention bei Hirsch. Bülow: *Weber*, S. 186.

<sup>705</sup> REM an Gerhardt am 17.3.1937. UAG, Rektorat, Nr. 3202; Hirsch an Gerhardt am 11.8.1937. nach Herrmann: *Diakoniewissenschaft*, S. 84.

weltanschaulich Nationalsozialist“ sei, besser als ein BK'ler.<sup>706</sup> Am 13. Dezember 1937 wurde Gerhardt rückwirkend zum 1. November 1937 endgültig ernannt.

Nach seinem Biografen Volker Herrmann war Gerhardt nicht der Protegé von Erich Seeberg, sondern Nutznießer eines Ränkespiels zwischen Seeberg, dem REM und der Göttinger Fakultät bzw. deren Dekan. Potentielle Gegenkandidaten kamen aus unterschiedlichen Gründen nicht in Frage, auf Gerhardt hingegen konnte man sich einigen.<sup>707</sup> Spätere Überlegungen, Gerhardt nach seiner Einberufung zur Wehrmacht durch den Seeberg-Schüler Günther Moldaenke zu ersetzen, wurden von der Fakultät nicht befürwortet.<sup>708</sup>

## Die Berufung von Baumgärtel auf den Lehrstuhl für Altes Testament (1937)

Schon Ende 1935 bemühte sich die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität um Johannes Hempel, der nach langem Zögern und „aus Gründen nationalsozialistischer Disziplin“ jedoch ablehnte.<sup>709</sup> Dabei spielte der ungelöste Konflikt mit der Landeskirche eine wichtige Rolle. Hempel machte seine Entscheidung davon abhängig, „ob die Landeskirche sich dazu entschließt, mit der Fakultät einen ehrlichen Frieden zu schließen, der uns vor weiteren Bespitzelungen und anderen Kampfmaßnahmen“ sichere.<sup>710</sup> Auch Hirsch setzte sich vehement für den Verbleib Hempels ein. Er sprach in dieser Angelegenheit selbst im Landeskirchenamt vor, das sich aber weigerte, sein Anliegen zu unterstützen.<sup>711</sup> Letztendlich aber handelte es sich nur um einen Aufschub. Mit der großen Neuordnung der Berliner Fakultät nahm Hempel zum WS 1937/38 einen erneuten Ruf an. Für die Göttinger Fakultät, insbesondere für ihren Dekan, bedeutete der Weggang Hempels einen herben Verlust:

---

<sup>706</sup> Kreisleitung NSDAP-Göttingen an das Personalamt der NSDAP-Gauleitung Hannover am 20.12.1937. Zitiert nach Herrmann: *Diakoniewissenschaft*, S. 84. Gerhardt war seit 1934 NSDAP-Mitglied (rückdatiert auf den 1.5.1933), im Oktober 1933 war er den DC beigetreten, aus denen er aber 1936 austrat. Sein volksmissionarisches Konzept sah eine breite antikatholische Evangelisierung des nationalsozialistischen Deutschlands vor.

<sup>707</sup> Vgl. Herrmann: *Diakoniewissenschaft*, S. 85–86.

<sup>708</sup> Dekan Weber an Ministerialrat Frey im REM am 19.11.1939 mit Bezug auf ein Gespräch einen Tag zuvor. Personalakte Jeremias im Dekanat.

<sup>709</sup> Hirsch an Hempel am 17.6.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 210. Hirsch beglückwünschte Hempel, riet ihm aber mit Verweis auf das Waisenhaus und das Sprachenkonvikt abzusagen: „Von dem, was Sie mir persönlich an Rat und Hilfe bei der Führung der Fakultätsgeschäfte gegeben haben, schweige ich in diesem Brief.“ Hirsch an Hempel am 17.7.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>710</sup> Hempel an Jeremias am 1.8.1936. Zitiert nach Ohlemacher: *Konvikt*, S. 34.

<sup>711</sup> Hirsch an den Präsidenten des Landeskirchenamtes Hannover am 18.7.1937; die Antwort datiert vom 24.7.1936. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Vgl. auch Hirsch an Mattiat am 30.7.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

*Wie schmerzlich es mich und unsere Göttinger Theologische Fakultät berührt, daß wir den führenden deutschen Alttestamentler und den guten Kameraden und Kollegen verlieren, brauche ich nicht zu sagen. Mit unser allen guten Wünschen und Heil Hitler.*<sup>712</sup>

In der Nachfolgediskussion setzte sich Hirsch für Friedrich Baumgärtel aus Greifswald ein. Baumgärtel war ein ausgewiesener Alttestamentler, Kenner der Septuaginta-Forschung und galt als erfolgreicher und beliebter Lehrer. Der NSDAP und den *Deutschen Christen* gehörte er nicht an, er sei aber schon vor der „Machtübernahme“ 1933 als „Gegner des Systems“ bekannt gewesen.<sup>713</sup> Er habe die Gewissheit, so Hirsch, dass „Baumgärtel sich dem Göttinger Willen, die Universität im Geiste nationalsozialistischer Wissenschaft zu erneuern, mit seiner Gesamthaltung gut einpassen“ würde. Nicht zuletzt führte er taktische Erwägungen an:

*Soviel ich sehe, würde die Ernennung des Professor Baumgärtel zum Ephorus der Sprachkonvikts trotz der klaren Kampfesstellung von Baumgärtel gegen die Bekennende Kirche angesichts der menschlichen Liebenswürdigkeit und christlichen Lauterkeit von Professor Baumgärtel von der Hannoverschen Landeskirche unmöglich zum Anlass genommen werden können, uns das Sprachkonvikt aufliegen zu lassen.*<sup>714</sup>

Andere Kandidaten wie der langjährige Vorsitzende des *Evangelischen Fakultätentages* Hans Schmidt, der auf der Sitzung des Fakultätsausschusses neben Baumgärtel genannt war, fanden keine Berücksichtigung. Mit diesem Votum setzte sich die Fakultät über eine Intervention des NSDDB-Führers Arthur Schürmann hinweg, der sich für das NSDAP- und DC-Mitglied Schmidt ausgesprochen hatte.<sup>715</sup> Der 60-Jährige war zu alt. Hans Duhm stand Hirsch zwar menschlich nahe, er genügte aber seinem Anspruch als Wissenschaftler und Lehrer nicht, Möhlenbrink fehlte noch das Format. Baumgärtel wurde am 9. Dezember 1937 berufen.<sup>716</sup>

<sup>712</sup> Hirsch an Hempel am 1.7.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Vgl. die Korrespondenz Lietzmanns mit Kittel von Februar 1938. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 915–197. Für die *Systematische Theologie* waren Althaus und Gogarten im Gespräch, die vom NSDDB-Führer Berlin und dem ‚Braunen Haus‘ in München abgelehnt wurden.

<sup>713</sup> Hirsch an den Führer des Göttinger NSDDB Blume am 6.9.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 210.

<sup>714</sup> Hirsch an REM am 17.6.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Die Landeskirche war der größte Darlehensgeber für das Sprachkonvikt.

<sup>715</sup> Bülow: Weber, S. 193. Hirsch an REM am 17.6.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Inwieweit die Zerwürfnisse zwischen Schmidt und Hirsch im Rahmen der früheren Auseinandersetzungen bezüglich der Neuausrichtung des Fakultätentages eine Rolle spielten, ist offen.

<sup>716</sup> Ernennung am 9.12.1937. UAG, Rekt., Nr. 3202.

## Im „Zustand der Unvollständigkeit“: der Verlust der AT-Professur (1941)

Baumgärtels Ordinariat ging 1941 verloren, nachdem er im Rahmen der „politischen Aufwertung“ der Fakultät in Erlangen einen Ruf angenommen hatte. Versuche, ihn zu einer Ablehnung zu bewegen, blieben ohne Erfolg.<sup>717</sup> Für die „politisch intakte“ Göttinger Fakultät bedeutete der Weggang Baumgärtels eine erhebliche Schwächung. Weder die angestrebte Rückkehr Hempels noch die Vorschlagsliste mit den Namen Otto Eißfeldt (Halle), Leonhard Rost (Greifswald) und Martin Noth (Königsberg) konnten einen Verlust des Ordinariats verhindern.<sup>718</sup> Wenige Tage nach Baumgärtels endgültiger Rufannahme teilte das REM der Fakultät die Übertragung des Lehrstuhls an die Forstliche Fakultät mit.<sup>719</sup> Auch dem von Weber weiterhin energisch verfolgten Plan, den persönlichen Ordinarius Eißfeldt für Göttingen zu gewinnen, war kein Erfolg beschieden. Der „Zustand der Unvollständigkeit“ blieb bestehen.<sup>720</sup> Die Fachunterrichtung erfolgte fortan allein durch Kurt Möhlenbrink. Dekan Weber resümierte:

*Die hiesige Fakultät ist damit als einzige im Reich nicht mehr mit einem Lehrstuhl für Altes Testament und Religionsgeschichte ausgestattet. Es bedarf kaum der Erwähnung, dass sie diese Ausnahmestellung als schweren Schlag empfindet.*<sup>721</sup>

## Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten: Personalentscheidungen unter staatlichem Vorbehalt

Die Theologische Fakultät war in alle Berufungsverfahren während der NS-Zeit eingebunden, ihre Beteiligung blieb unangetastet. Dabei waren dem Fakultätsausschuss faktische Grenzen gesetzt. Im Falle einer abweichenden Einschätzung wurden die entsprechenden Voten gefiltert und wertend in die Verfahren eingebracht. Dennoch handelte es sich bei den internen Meinungsbildungsprozessen

<sup>717</sup> Baumgärtel an die Fakultät am 9.3.1941. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 207; ebenda, PA, Nr. 66. Baumgärtel kritisierte, dass sich die Fakultät nicht genug für den Erhalt des Ordinariats eingesetzt habe und sah einen grundsätzlichen Einbruch. Weber dagegen hielt die Streichung nicht für eine Grundsatzentscheidung. Vorsichtig formuliert brachte er am 10.4.1941 eine Rücknahme von Baumgärtels Zusage in Erlangen ins Gespräch. BArch, NL 1271, Nr. 67.

<sup>718</sup> Vermerk Webers vom 3.3.1941 nach einem Gespräch mit Ministerialrat Frey. UAG, Theol. PA, Nr. 66; Vermerk Webers vom 12.3.1941. BArch, NL 1271, Nr. 67. Genannt war auch Gerhard von Rad, hier bestand im Fakultätsausschuss aber keine Einigkeit. Da Nichtordinarien keine Chancen eingeräumt wurden, verzichtete man auf die Benennung von Kurt Galling und Möhlenbrink.

<sup>719</sup> REM an die Fakultät am 19.3.1941. UAG, Theol. PA, Nr. 66.

<sup>720</sup> Dekan Weber an Eißfeldt am 8.4.1941; BArch, NL 1271, Nr. 71. Weber an das REM am 17.4.1941 (Entwurf). Ebenda, Nr. 67. Die Wiederherstellung des Lehrstuhls blieb Thema, zumindest wurde der Anspruch offiziell aufrechterhalten. Noch am 20.7.1944 teilte Weber dem Fakultätsausschuss mit, dass ein entsprechender Antrag liegengeblieben sei. Ebenda, Nr. 69.

<sup>721</sup> Weber an das REM am 17.4.1941 (Entwurf). Ebenda, Nr. 67.



um mehr als eine Scheinbeteiligung. Die benannten Differenzen waren verfahrensrelevant und setzten zumindest negative Grenzen. Der endgültigen Entscheidung über eine Vokation vorgeschaltet war das Votum des Rektors. In der Praxis aber, so auch in Göttingen, führten die Dekane die entsprechenden Verhandlungen. Viel hing demnach vom Verhandlungsgeschick Hirschs ab, dem seine guten Kontakte zur Universitätsleitung und zum NSDDB zugutekamen. Den Rektor zu überzeugen und für sich zu gewinnen, darüber war er sich bewusst, war demnach entscheidend.<sup>722</sup> Hirschs Korrespondenz in den verschiedenen Berufungsverfahren sind Dokumente seines Gestaltungs- und Führungsanspruchs. Er scheute sich nicht, mit harten Bandagen zu agieren, um eigene Interessen durchzusetzen. Für eine langfristige und gesteuerte Personalplanung waren Hirschs Spielräume trotz des engen Verhältnisses zu dem zuständigen Personalreferenten Eugen Mattiat dennoch begrenzt. Die finalen Entscheidungen zugunsten oder gegen einen Kandidaten fielen im REM, das freilich ab Herbst 1935 die Interessen von anderen staatlichen bzw. Parteidienststellen berücksichtigen musste. Teilweise wirkten andere Kräfte, Rücksichtnahmen und Interessen, die nur schwer zu durchschauen waren und die den Göttinger Belangen entgegenstanden. Aus der Zunft war es vor allem das Netzwerk um den umtriebigen Erich Seeberg, das die Berufungspolitik an den Theologischen Fakultäten während der NS-Zeit massiv beeinflusste und steuerte.<sup>723</sup> Die schmerzhaftige Nichtberücksichtigung von Hans-Georg Opitz und der Verlust des alttestamentlichen Ordinariats erfolgten gegen den erklärten Willen der Fakultät, ebenso die Vertretungsaufträge für Preisker und Wagenmann. Dennoch kann von einer politisch motivierten Fremdsteuerung von außen nicht die Rede sein. Unabhängig davon, ob das Ergebnis letztlich im Interesse der Fakultät war oder nicht, blieb sie in den jeweiligen Aushandlungsprozessen ein gewichtiger Akteur.

Generalnenner für die Berufungen der Jahre 1934 bis 1937 waren die politische Zuverlässigkeit im Sinne des NS-Staates und die fachliche Eignung als Wissenschaftler, Lehrer und Erzieher der kommenden Theologengeneration. Nicht entscheidend war die kirchenpolitische Zugehörigkeit, auch wenn Hirsch Ende 1936 die Nähe zur bzw. Mitgliedschaft in der *Bekennenden Kirche* als einem Ausschlussgrund benannte. Für die *Deutschen Christen* war der Saldo negativ. Bis 1937 verließen mit Behm, Duhm, Hempel und Wobbermin vier deutschchristliche Professoren die Fakultät. Von den Neuberufenen exponierte sich allein Walter Birnbaum explizit im deutschchristlichen Sinne. Nach dem frühen Aus für den angestrebten Umbau der Fakultät in ein deutschchristliches Leuchtturmprojekt kann von einer gezielten Umstrukturierung nach ausschließlich kirchenpolitischen Kriterien nicht mehr die Rede sein.

---

<sup>722</sup> Hirsch an Lietzmann am 10.12.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 866f.

<sup>723</sup> Vgl. Kaufmann: „Anpassung“; Meier: Fakultäten, S. 313–351.



## **Exkurs: Politische und kirchenpolitische Entscheidungen**

Von den 15 Ordinarien der Jahre 1933 bis 1945 gehörten sechs der NSDAP an: Hermann Dörries, Otto Weber und Georg Wobbermin (alle 1933), Martin Gerhardt (1934), Johannes Behm und Emanuel Hirsch (beide 1937).<sup>724</sup> Dazu traten der außerplanmäßige Professor Hans Duhm und Honorarprofessor Hermann Schuster (beide 1933). Aufgrund der unterschiedlichen Motive für einen Parteieintritt – Opportunismus, Hoffnungen auf verbesserte Berufschancen, Idealismus, inhaltliche Zustimmung – und des allgemeinen Aufnahmestopps zum 1. Mai 1933, ist die Aussagekraft der Formalmitgliedschaft begrenzt. So war Walter Birnbaum zu keiner Zeit NSDAP-Mitglied. Dagegen erklärte Hermann Dörries im April 1945 seinen Beitritt mit sozialen Erwägungen und seiner Hoffnung, den anti-christlichen Parteiflügel bekämpfen zu können. Die nationalsozialistische Verachtung des Rechtsstaats und vor allem deren religions- und kirchenpolitischen Vorstellungen hätten ihn alsbald von der Partei getrennt. Er sei lediglich aus beruflichen Gründen in der NSDAP geblieben, zudem wäre ein Parteiaustritt Wasser auf die Mühlen der antikirchlichen Kräfte innerhalb der NSDAP gewesen.<sup>725</sup> Auch

---

<sup>724</sup> Im Oktober 1934 erklärte Hirsch die Mitgliedschaft in der NSV zur Pflicht, wobei er es im Unklaren beließ, ob seine Aufforderung rechtlich bindenden Charakter hatte. Ein zeitlicher Mehraufwand sei nicht gegeben. Behm (i.V. Hirsch) an Mahrenholz am 10.4.1934. LKAH, NL 48 II, Nr. 378.

<sup>725</sup> Dörries an den Dekan am 14.4.1945. BArch, N 1271, Nr. 17.

sein Freund Hans von Campenhausen hielt Dörries im Kern für einen Nationalkonservativen. In der Frühphase des NS-Regimes seien die Hauptauseinandersetzungen innerhalb der Fakultät vor allem mit Hirsch geführt worden, der der NSDAP aber erst 1937 beitreten konnte.<sup>726</sup>

Die dynamische politische Entwicklung und vor allem die religions- und kirchenpolitischen Entscheidungen bzw. Nicht-Entscheidungen des NS-Staates während seines 12jährigen Bestehens führten zu einer fortwährenden Modifizierung der Haltung gegenüber dem ‚neuen‘ Staat. Eine trennscharfe Klassifizierung ist nicht möglich. Das Folgende beinhaltet demnach Grund- und Tendenzentscheidungen, wobei die einzelnen Überschriften weit gefasst sind. Birnbaum, Hirsch und Wobbermin waren weltanschaulich überzeugte Nationalsozialisten und identifizierten sich mit der Idee und der Politik des Führerstaates bis hin zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegenüber dem europäischen Judentum. Otto Weber war politischer Nationalsozialist. Behm, Gerhardt und mit Abstrichen auch Hempel zählten zur Gruppe jener evangelischen Projektionsnationalsozialisten, die dem politischen Nationalsozialismus zustimmten und einen evangelisch fundierten nationalsozialistischen Staat für möglich hielten und auch erhofften.<sup>727</sup> Die antikirchlichen bzw. antichristlichen Kräfte innerhalb der Partei lehnten sie ab. Dagegen war die Distanz zu dem totalitären Charakter des NS-Staates und zu dessen weltanschaulichen Grundlagen bei den Professoren Baumgärtel, Dörries, Meyer und Stange stärker ausgeprägt war, die aber dem politischen Nationalsozialismus in seinen Grundzügen ebenfalls zustimmten. Ab 1939 übertrug sich diese Zustimmung auf den Krieg, dessen Berechtigung und Legitimität nicht in Frage gestellt wurden. In einem volkswirtschaftlichen Verständnis orientierten die Genannten auf eine breite und freie Entfaltung des Christentums im deutschen ‚Volkstum‘, das auf diesem Wege der ‚Volksgemeinschaft‘ ein christliches Fundament geben sollte. Eine Synthese von Christentum und Nationalsozialismus hielten sie nicht für möglich, ebenso lehnten sie ein Aufgehen der Kirche im NS-Staat ab. Eine erkennbare politische wie weltanschauliche Distanz zum Nationalsozialismus hielt allein Walter Bauer. Der Neutestamentler galt im Urteil Hirschs zwar als „einwandfrei“ national, habe aber ‚1933‘ nicht verstanden.<sup>728</sup> In ihren Familienerinnerungen benannte Sabine Leibholz-Bonhoeffer, die Zwillingsschwester Dietrich Bonhoeffers, Bauer als einen der wenigen Professoren, die ihren wegen seiner ‚nichtarischen‘ Herkunft angefeindeten Mann, den Staatsrechtler Gerhard Leibholz, auf offener Straße demonstrativ grüßte und „laut und deutlich auf Hitler und die Nazis schimpfte“.<sup>729</sup> Die Professoren Gogarten, Jeremias und Rahlfs entziehen sich aus unterschiedlichen Gründen einer eindeutigen Zuordnung. Rahlfs, der 1935 im Alter von 70 Jahren verstarb, widmete sich ausschließlich seiner wissen-

---

<sup>726</sup> Campenhausen: ‚Murren‘, S. 144.

<sup>727</sup> Zum Begriff des Projektionsnationalsozialisten vgl. Kaufmann: Anmerkungen, S. 51.

<sup>728</sup> Hirsch an Seeberg am 28.1.1935. LKAK, KKD, Nr. 132.

<sup>729</sup> Leibholz-Bonhoeffer: Schicksale, S. 99. Vgl. Geyken: Geschichte, S. 103ff.

schaftlichen Tätigkeit. Politische Äußerungen sind nicht bekannt. Dasselbe gilt im Wesentlichen und vorbehaltlich weiterer Untersuchungen für Joachim Jeremias. Bezüglich Friedrich Gogarten konstatierte sein Biograf Timothy Goering eine „unpolitische“ Politisierung.<sup>730</sup> Dem NS-Staat bzw. ‚dem Nationalsozialismus‘ begegnete der völkische und antilibérale Theologe aufgeschlossen, ohne dass er als Nationalsozialist im engeren Sinne anzusprechen sei. An Parteipolitik hatte er kein Interesse. Als Gogarten 1935 nach Göttingen kam, hatte bei ihm bereits ein tiefgreifender Desillusionierungsprozess eingesetzt.

Den *Deutschen Christen* gehörten zu unterschiedlichen Zeiten Birnbaum, Behm, Dörries, Duhm, Gerhardt, Gogarten, Hempel, Hirsch, Weber und Wobbermin an.<sup>731</sup> Fünf Professoren waren kirchenpolitisch nicht gebunden (Bauer, Baumgärtel, Meyer, Rahlfs, Stange), Dörries und Jeremias zählten ab 1934 zur *Bekennenden Kirche*.<sup>732</sup> Auch diese Zuordnungen sind in ihrer Aussagekraft begrenzt. Dörries, Gogarten und Weber gehörten den *Deutschen Christen* nur kurz an. Gogarten, im Mai 1933 noch einer der Initiatoren der schlesischen *Jungreformatorischen Bewegung*, trat der GDC im August bei und verließ sie im Zuge der Berliner Skandalrede des DC-Gauebmanns Reinold Krause bereits Mitte November. Kirchenpolitisch trat er mit Ausnahme seiner kurzfristigen Mitgliedschaft in der *Theologischen Kammer der DEK* (1936/37) nicht mehr in Erscheinung.<sup>733</sup> Auch Weber, DC-Mitglied seit Mai 1933 und Mitglied der Reichskirchenregierung, trat infolge des ‚Sportpalastskandals‘ aus der *Glaubensbewegung* aus. Ein Sonderfall war Hermann Dörries, der seine Mitgliedschaft in der GDC bis spätestens Anfang September 1933 löste. Dieser frühe Zeitpunkt deutet auf eine grundsätzliche, anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht nachvollziehbare Auseinandersetzung mit dem deutschchristlichen

---

<sup>730</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 219–338, hier S. 238.

<sup>731</sup> Hirsch, Duhm und Wobbermin gehörten der GDC spätestens seit dem 11.5.1933 an. Mattiat an Marahrens am 12.5.1933. Zu Behm vgl. Ludwig: Fakultät, S. 107. Vgl. Bozsa: Mattiat, S. 61. Vgl. Krumwiede: Theologie, S. 146. Zur vielschichtigen Entwicklung der Deutschen Christen, die hier nicht weiterverfolgt werden kann vgl. Meier: Christen; Sonne: Theologie; Wagener: Gott.

<sup>732</sup> Baumgärtel hatte sich in seiner Greifswalder Zeit aufseiten der ‚Neutralen‘ und Bekenntnisorientierten gegen seine deutschchristlichen Fakultätskollegen positioniert und sich gegen jede Form der Vermischung nationaler und kirchlicher Belange gewandt. Zur *Bekennenden Kirche* fand er nicht. 1935 zog er sich aus dem pommerschen Prüfungsamt der BK zurück, da er die damit verbundene Eintrittsverpflichtung ablehnte. Vgl. Klän: Kirche, S. 236 bzw. S. 362. Er gehörte dem *Stahlhelm* und der SA an. Ebenda, S. 179. Bauer trennte vor allem seine „kritische Theologie“ von der *Bekennenden Kirche*. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 559. Gegenüber Erich Seeberg, der Anfang 1935 im Zusammenhang mit der Nachfolgeregelung für den Lehrstuhl Adolf Deißmanns Auskünfte über ihn einholte, bezeichnete Hirsch Bauer dennoch als BK-nah, wenn auch nicht formal. Bauer sei eigentlich im liberalen Bürgertum verhaftet (deutscher Geist = deutsche Kultur). Im Kern torpedierte er den Wechsel Bauers nach Berlin. Ob er zuvor mit ihm gesprochen hat, geht aus dem Schreiben nicht hervor. Dazu führte er auch persönliche Gründe an. Bauer sei schwerhörig, rede wenig und sei kaum gesellig. Möglicherweise aber wollte Hirsch, der Bauer fachlich überaus schätzte, ihn schlicht in Göttingen halten. Hirsch an Seeberg am 28.1.1935. LKAK, KKD, Nr. 132.

<sup>733</sup> Ehrenfort: Kirche, S. 203. Für viele schlesische, sächsische und thüringische Pfarrer, die Gogarten nahestanden, hatte sein Austritt Signalwirkung. Vgl. Goering: Gogarten, S. 261–279.

Wollen hin.<sup>734</sup> In der Folgezeit wurde Dörries zum konsequentesten Kritiker der deutschchristlichen Theologie innerhalb der Fakultät.<sup>735</sup> Martin Gerhardt gehörte zwischen 1933 und 1936, und damit vor seiner Berufung nach Göttingen, den stark kirchlich bestimmten rheinländischen *Deutschen Christen* an. Nach eigenen Angaben erfolgte die Trennung aufgrund des Erstarkens des radikal völkischen nationalkirchlichen Flügels, den er theologisch und kirchenpolitisch abgelehnt habe.<sup>736</sup>

Obwohl die Anzahl der deutschchristlichen Ordinarien ab 1935 faktisch abnahm, besetzten sie sämtliche wichtigen Ämter. Dies gilt für das Amt des Dekans (Hirsch, Weber) und dessen Stellvertreter (zuerst Behm, dann Hempel, dann Weber), die Fakultätsvertretung im Senat (bis zum SoSe 1935 Wobbermin, dann qua Amt Hirsch und Weber) und, weniger gewichtig, im Landeskirchentag (Behm).<sup>737</sup> Auf der Wittenberger „Krönungsmesse“ Ende September 1933 vertrat Wobbermin die Fakultät.<sup>738</sup> Mit Ausnahme des Reformierten Studienhauses und des Theologischen Stifts, wo Hans von Campenhausen bis Mitte 1936 als Stiftsinspektor amtierte, standen auch die theologischen Wohnheime unter deutschchristlicher Aufsicht. Für das Sprachenkonvikt und das Waisenhaus war Hempel zuständig, Ephorus des von der Landeskirche getragenen Bremer Studienhauses war ab 1938 Birnbaum. Ebenso lag die Fakultätsvertretung in den universitären NS-Organisationen in deutschchristlicher Hand. Unterführer im Fachbereich Theologie des NSDDB war Hirsch, bis er zum WS 1936/37 von Otto Weber abgelöst wurde.<sup>739</sup>

---

<sup>734</sup> Die Mitgliedschaft Dörries' ergibt sich aus Schreiben von Hans Kropatschek (4.9.1933) und von Edo Osterloh am 16.10.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400: 407; BArch, NL 1721, Nr. 22. Ein undatiertes [Ende 1946] streng vertrauliches Votum der Heidelberger Theologischen Fakultät bestätigt den Sachverhalt. Ebenda, Nr. 27. Ausweislich des Schreibens von Kropatschek hatte Dörries die GDC „bei der Einsetzung der Staatskommissare“ verlassen. Dies ist ein Hinweis auf einen sehr viel früheren Austritt. Möglicherweise war er eine Reaktion auf das Staatskommissariat August Jägers vom 23.6./14.7.1933. In der schwelenden Reichsbischofsfrage hatte sich Dörries zunächst zugunsten von Ludwig Müller positioniert. Gegenüber seinem Freund Hans von Campenhausen bestritt am 19. Dezember 1946 eine formale Mitgliedschaft in der *Glaubensbewegung*, eine Mitgliedskarte ist nicht überliefert. Für diesen Hinweis danke ich Aneke Dornbusch.

<sup>735</sup> Die Anfrage des Berliner Dekans Stoltzenburg vom 11.9.1939, kurzfristig in Berlin auszuhelfen, lehnte Dörries drei Tage später ab, möglicherweise aus kirchenpolitischen Gründen. BArch, N 1721, Nr. 35.

<sup>736</sup> Einspruch gegen seine Entlassung vom 17.1.1946. NLA HA, Nds 171 Hildesheim, Nr. 7490. Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 241–298.

<sup>737</sup> Das kommissarische Dekanat Gogartens 1942/43 ist zu vernachlässigen.

<sup>738</sup> Hirsch an das Büro des Reichsbischofs am 23.9.1933. UAG, Theol. SA, Nr. 140.

<sup>739</sup> Ab dem SoSe 1938 führte Weber das Amt mit der Bezeichnung ‚Vertrauensmann‘. Vgl. die jeweiligen Einträge im ANV/VZ. Details zur Gremienarbeit ließen sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht verfolgen. Von der Entziehung von Dokortiteln infolge von Strafurteilen bzw. Ausbürgerungen war die Theologische Fakultät nicht betroffen. Formal wurden über diese von einem ‚Entziehungsausschuss‘ entschieden, dem der Rektor und die fünf Dekane angehörten. Thieler: Entziehung, S. 28.

In den außeruniversitären überregionalen Kontexten spielten die Göttinger Theologen Hirsch, Birnbaum und Weber zeitweise eine prominente und bedeutende Rolle: Hirsch als intellektueller Stichwortgeber und einflussreicher Berater von Reichsbischof Müller, Weber als reformiertes Mitglied in der Reichskirchenregierung, Birnbaum in der Reichsleitung der *Glaubensbewegung Deutsche Christen*. Der lokale/regionale Einsatz für die *Deutschen Christen* hielt sich jenseits allgemeiner Vortragstätigkeit dagegen in Grenzen – hier ist vor allem auf Georg Wobbermin zu verweisen – und ebte mit dem Ende der nationalen Euphoriephase zum Jahresende 1933 ab.<sup>740</sup> Auch auf landeskirchlicher Ebene blieb das Engagement Göttinger Theologen überschaubar. Behm und Hirsch unterschrieben am 15. Mai 1934 eine theologische Erklärung „führender kirchlicher Männer Hannovers“, mit der sie den Nachweis erbringen wollten, dass die landeskirchliche Eingliederung in die DEK im Einklang mit dem Bekenntnis der Landeskirche stehe, und positionierten sich so in einem der zentralen und umstrittensten Themenfelder der Zeit gegen Landesbischof Marahrens.<sup>741</sup> Nach dessen gerichtlicher Bestätigung durch das OLG Celle im März 1935, die die hannoverschen *Deutschen Christen* in eine schwere Krise stürzten, nahmen Hirsch, Hempel und Wobbermin entgegen der ministeriell angeordneten Verpflichtung zur kirchenpolitischen Neutralität am 11./12. Juni 1935 an einer deutschchristlichen Arbeitstagung teil. Letztlich leitete das Krisentreffen die Annäherung an die radikalen Kräfte um die Thüringer DC ein.<sup>742</sup> Die Bedeutung der Göttinger Professoren in diesem Zusammenhang darf nicht überbewertet werden, der demonstrative Gestus ihrer Teilnahme aber sendete ein eindeutiges Signal in Richtung Landeskirche und Landesbischof.<sup>743</sup>

## Theologische Nachwuchsförderung unter sich verschlechternden Rahmenbedingungen

Nach über 15-jähriger Tätigkeit in Göttingen, zuletzt als außerplanmäßiger Professor, erhielt Hans Duhm im Alter von 57 Jahren eine Vokation nach Breslau. 1933 der NSDAP, SA und auch der GDC beigetreten, war sein Wechsel dennoch nicht politisch motiviert, sondern diente vor allem seiner Absicherung. Eine Rückkehr

---

<sup>740</sup> Wobbermin: Zur Forderung nach einer evangelischen Reichskirche, in: GT vom 10.4.1933. Vgl. Otte: Geschichte, S. 625f.

<sup>741</sup> Klügel: Landeskirche, S. 112–127, hier S. 119. Vgl. Zur kirchlichen Lage in Hannover, in: GT vom 16.5.1934. Zu den Unterzeichnern gehörten Präsident Schnelle, die Pröpste Fiedler und Jacobshagen, Landgerichtsrat Hillmann und Mattiat.

<sup>742</sup> Vgl. Heinonen: Anpassung, S. 81–82, hier S. 82. Mit Julius Leutheuser trat eine Führungsfigur der (späteren) NDC auf.

<sup>743</sup> Dagegen warfen bekenntnisorientierte Studenten Hirsch 1936 vor, mit den *Deutschen Christen* Hannovers „aufs engste“ zusammengearbeitet und zahlreiche ihrer Veranstaltungen besucht zu haben: „Er trägt mit die Verantwortung für die Zerstörung der bekenntnismäßigen landeskirchlichen Ordnung, ...“ Was hat die Trennung mit Hirsch herbeigeführt? [1936, N.N]. LKAH, KKD, Nr. 136.

nach Göttingen scheiterte an Hirsch, der, persönlich mit ihm verbunden, seine wissenschaftliche Leistung für unzureichend hielt.<sup>744</sup> Die beiden Vertretungsprofessoren Herbert Preisker und Julius Wagenmann hinterließen keinen bleibenden Eindruck.<sup>745</sup> Seit 1930 vertrat Privatdozent Hans von Campenhausen das Alte Testament, zudem war er Inspektor des Theologischen Stifts. Er war der einzige Göttinger Dozent, der wegen seiner Mitgliedschaft in der *Bekennenden Kirche* massive berufliche Nachteile in Kauf nehmen musste. Ein Ruf nach Heidelberg – die Ernennungsurkunde war bereits ausgestellt – wurde 1937 nach einer Intervention von höchsten NSDAP-Stellen kurzfristig zurückgezogen.<sup>746</sup> Sein Einsatz für die studentische *Bekennnisgemeinschaft* hatte schon zuvor zu Konflikten mit Hirsch geführt. So hob der Dekan Campenhausens wissenschaftliche Befähigung in einer dienstlichen Äußerung ausdrücklich hervor, um ihn anschließend als Lehrer und Redner zu diskreditieren. Campenhausen sei ein baltischer Edelmann, aber ohne Verständnis für die „volkhaft-sozialen Elemente des Nationalsozialismus“. Zusammenfassend schrieb er: „Wissenschaftlich unbedingt zu empfehlen, als Lehrer bedingt zu empfehlen, politisch einwandfrei, aber gegenüber der radikalen Wandlung im Universitätsraum nicht sonderlich aufgeschlossen.“<sup>747</sup> Nach der Heidelberger Absage äußerte er sich ähnlich:

*Nach den mir bekannt gewordenen Informationen ist die nationale Ebnhaftigkeit des Herrn von Campenhausen nicht bezweifelt worden bei dem ablehnenden Votum. Es handelt sich nur darum, daß ihm die besonderen Voraussetzungen, die von einem Erzieher an der nationalsozialistischen Fakultät gefordert werden, abgehen. Er kann nicht Mitträger der nationalsozialistischen Erneuerung der Universitätserziehung werden, sondern hat den Typus eines Gelehrten älterer Prägung und Gesinnung [...] Die Bedenken scheinen sich allein gegen Herrn von Campenhausen als Erzieher, Menschenbildner und Universitätslehrer zu richten.*<sup>748</sup>

<sup>744</sup> REM an Duhm (über Kurator) am 20.4.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 42. Vgl. Hirsch an REM am 17.6.1937. Ebenda, Nr. 114. Duhm blieb in deutschchristlichen Vorstellungen verhaftet. Impulse gingen von ihm an seiner neuen Wirkungsstätte nicht aus, sein literarischer blieb Ertrag gering. Meyer: Fakultät, S. 120.

<sup>745</sup> Preisker war Mitglied der schlesischen *Deutschen Christen*, 1939 stellte er sich dem Eisenacher Institut als Mitarbeiter zur Verfügung und war dort in die Produktion der ‚entjudeten‘ Neufassung des Neuen Testaments *Die Botschaft Gottes* eingebunden. Eine Bibliografie samt Übersicht über seine Lehrveranstaltungen findet sich in: Preisker: Ethik, S. 83–92. Wagenmann trat politisch und kirchenpolitisch nicht in Erscheinung. Vgl. Göllnitz: Karrieren, S. 68–71.

<sup>746</sup> Gemeinhardt: Campenhausen, S. 223. Zuvor waren die bereits sicher geglaubten Berufungen nach Gießen und Kiel an seiner BK-Mitgliedschaft gescheitert, nach der Heidelberger Absage zer- schlug sich auch eine Berufung nach Basel. Nach Kaufmann war es der Kirchengeschichtler Peter Meinhold, der Campenhausen politisch denunzierte. Diese ist insofern pikant, weil Meinhold 1936 ein Extraordinariat in Kiel erhielt und damit Campenhausen nachfolgte, dessen einsemestrige Ver- tretung nicht verlängert wurde. Vgl. Kaufmann: ‚Anpassung‘, S. 246; Göllnitz: Karrieren, S. 62–68.

<sup>747</sup> Hirsch an den Rektor am 8.1.1936. UAG, Rekt., Nr. 3302.

<sup>748</sup> Hirsch an das REM am 4.5.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 67. Zuvor hatte Campenhausen Vorwürfe zurückgewiesen, in Kiel ‚illegale‘ Vorlesungen gehalten zu haben. Seinen Vortrag *Kirchengeschichte in*



Diese Einschätzung verhinderte eine Rückkehr Campenhausens, die ihm Hirsch zuerst offengehalten hatte. Nun sprach er sich klar dagegen aus, eine zentrale Fakultätseinrichtung wie das Stift erneut der „Führung eines politisch disqualifizierten und notwendigerweise persönlich erbitterten Mannes“ anzuvertrauen.<sup>749</sup> Auch als außerordentlicher Professor sei Campenhausen nicht unterzubringen. Faktisch agierte Hirsch doppelbödig. Er setzte sich dafür ein, Campenhausen „eine angemessene und seiner Ausbildung und seinen Gaben entsprechende Beschäftigung“ zu verschaffen, allerdings nicht in Göttingen.<sup>750</sup>

Auch der Wobbermin-Schüler Georg Hoffmann schloss sich der *Bekennenden Kirche* an. An der Fakultät wirkte er in einer Doppelfunktion. In den Jahren 1932 bis 1934 bekleidete er das Amt des Studentenpfarrers, zugleich lehrte er nach Abschluss seiner Habilitation ab dem SoSe 1933 als Privatdozent *Systematische Theologie*. Seine zeitweise Einbindung in die ‚illegalen‘ Ersatzveranstaltungen der BK führten zwar zu Konflikten und verzögerten seine Anerkennung als Dozent, in seiner Stellung aber blieb er unangetastet.<sup>751</sup> Förderung erfuhr Hoffmann nach dem Wechsel im Dekanat, als Weber sich für seine Ernennung zu einem Dozenten neuer Ordnung einsetzte. Er gelte als wissenschaftlich solide, seine Veranstaltungen seien wohlgefallen, zudem sei er allgemein beliebt und geschätzt. Als alter Baltikumskämpfer stehe er dem NS-Staat loyal gegenüber und sei kirchenpolitisch in den letzten Jahren nicht mehr hervorgetreten.<sup>752</sup> Seine Ernennung erfolgte im

---

*der theologischen Wissenschaft* habe er während eines Lagers der Kieler *Theologischen Fachschaft* gehalten und vor der Göttinger *Bekennnisgemeinschaft* wiederholt. Dort habe er zudem einen Vortrag über *Luthers Gemeindeanschauung* gehalten. Seine Bitte um eine Erklärung Hirschs bzw. die Einleitung eines ordentlichen Verfahrens wurde abgelehnt. Nach einer mündlichen Rücksprache mit dem REM riet Hirsch von einem weiteren Schriftverkehr ab. Campenhausen an Hirsch am 30.4. und 5.5.1937; Hirsch an Campenhausen am 9.5.1937. Die schwierige Lage, in der sich Campenhausen befand, geht aus einem Schreiben an Lietzmann hervor. Lietzmann an Campenhausen am 22.5.1937. Abgedruckt in: Aland (Hg.): Glanz, S. 884.

<sup>749</sup> Hirsch an den Rektor am 4.5.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 67. Campenhausens Rückkehr hätte zugleich die Kündigung des von Hirsch geschätzten Carl Heinz Ratschow nach sich gezogen, was der Dekan verhindern wollte.

<sup>750</sup> Hirsch an das REM am 4.5.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 67. Ein Pfarramt käme nicht in Frage. Nach Rücksprache mit dem NSDDB-Gaudozentenführer sei eine Beschäftigung Campenhausens im Archivwesen bzw. im archäologischen Bereich unproblematisch. Campenhausen schrieb am 5.5.1946 seinem Freund Dörries anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde: „Ich fühle mich zeitlebens als Heidelberger Dr., als Marburger Geisteskind und als Göttinger Dozent.“ BArch, N 1721, Nr. 27.

<sup>751</sup> Für die Schwierigkeiten infolge seiner Mitarbeit an den landeskirchlichen Ersatzveranstaltungen und seiner Zugehörigkeit zur BK machte Hoffmann indirekt Hirsch mitverantwortlich. Hoffmann an den Dekan am 13.3.1954. UAG, Theol. SA, Nr. 96. Hoffmanns Attacken gegen die *Deutschen Christen*, so im Vorfeld einer Predigt Marahrens' in der Jacobi-Kirche am 20.6.1934, wurden auch polizeilich wahrgenommen. Bericht vom 21.6.1934. StA Göttingen, 1. Pol. Dir., Fach 157, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 35–36.

<sup>752</sup> Dekan an das REM am 1.6.1939. UAG, Theol. PA, Nr. 72. Auch Hirsch hatte sich am 22.9.1939 beim Dekan der Theologischen Fakultät in Gießen für Hoffmann eingesetzt.

März 1940.<sup>753</sup> Zuvor hatte Weber ihn als Nachfolger von Jeremias ins Spiel gebracht, als dieser kurz vor einem – letztendlich gescheiterten – Wechsel nach Tübingen stand.<sup>754</sup> Helmuth Kittel hatte seine akademische Karriere als wissenschaftlicher Assistent (1926–1930) in Göttingen begonnen. Zwischen 1932 und 1937 führte ihn die Fakultät offiziell als Privatdozent, seine Lehrtätigkeit war jedoch mehrfach durch auswärtige Vertretungen unterbrochen. 1935 fand sich sein Name an nachgeordneter Stelle auf der Nachfolgeliste für Behm. Politisch galt Kittel als zuverlässig. 1920 hatte er am Kapp-Lüttwitz-Putsch teilgenommen, 1933 war er der SA, 1937 der NSDAP beigetreten. Ab 1933 zählte er zudem zum theologischen Beratungstab von Reichsbischof Müller und war Mitglied der Nationalsynode. Aus der GDC trat er Ende 1933 aus, wandte sich 1935 aber deren Nachfolgeorganisation *Reichsbewegung Deutsche Christen* zu.<sup>755</sup>

Kurt Möhlenbrink war 1935 als Ersatz für die persönliche Professur von Rahlfs gekommen. Er hielt religionsgeschichtliche Vorlesungen und erteilte Hebräischunterricht.<sup>756</sup> Anfang 1939 scheiterte Hirsch mit dem Versuch, seine Stelle zu einer nichtverbeamteten außerordentlichen Professur aufzuwerten.<sup>757</sup> Die Gründe für seine Nichtberücksichtigung waren allgemeiner und nicht persönlicher Natur. Im April 1939 startete Neudekan Weber einen erneuten Anlauf und fand dabei Unterstützung bei Mattiat, mittlerweile Professor für Volkskunde und Führer des Göttinger NSDDB. Der fachlich ausgewiesene Möhlenbrink, der keiner NS-Organisation angehörte, habe mit „seinem Buche über die Entstehung des Judentums eine Beurteilung jüdischen Lebens bewiesen, die m.E. der nationalsozialistischen Weltanschauung entspricht“. Im Januar 1940 erhielt er eine Dozentur und wurde zum Beamten auf Widerruf ernannt.<sup>758</sup> Heinrich Seesemann, 1904 in Dorpat geboren, war seit 1930 Assistent bei Wobbermin. Er habilitierte 1935.<sup>759</sup> Noch im selben Jahr erhielt er eine Professur am Herder-Institut in Riga. Dort

<sup>753</sup> REM an Hoffmann am 4.4.1940. UAG, Theol. PA, Nr. 72.

<sup>754</sup> Weber an Ministerialrat Frey am 7.1.1940. Personalakte Jeremias im Dekanat.

<sup>755</sup> Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 160. Hirsch sprach sich Ende 1933 für eine Umhabilitation nach Greifswald oder Königsberg aus. Hirsch an das REM am 19.12.1933. UAG, Rekt., Nr. 3302. 1938 wurde Kittel auf den neutestamentlichen Lehrstuhl in Münster berufen. In den Jahren 1937 bis 1941 zählte er zu den wichtigsten Beratern von Hanns Kerrl und gehörte zu den Unterzeichnern der *Godesberger Erklärung*.

<sup>756</sup> REM an Möhlenbrink am 23.10.1935. UAG, Rekt., Nr. 3302. Möhlenbrink gehörte keiner politischen Partei an, den Anforderungen der SA war er nicht gewachsen. BArch, 4901, „Professorenkartei“, Möhlenbrink.

<sup>757</sup> Hirsch an das REM am 31.1.1939. UAG, Theol. PA, Nr. 78. Der Fachordinarius Baumgärtel hatte Möhlenbrink am 22.1.1939 begutachtet und ihm unter Betonung seiner bedächtigen, zurückhaltenden Art ein gutes Zeugnis und Lehrerfolg ausgestellt.

<sup>758</sup> Weber an Mattiat am 28.4.1939; Mattiat an Weber am 5.5.1939; Weber an das REM am 9.6.1939; REM an den Kurator am 8.1.1940 (abschriftlich an den Dekan am 4.3.1940). UAG, Theol. PA, Nr. 78.

<sup>759</sup> Bericht Wobbermin vom 1.6.1935 bis zum 1.11.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 30. Das Vorwort der Schriftfassung datiert vom Mai 1933. Ein Bezug zur veränderten politischen Lage findet sich nicht. Seesemann: Begriff.

könne er, so Hirsch, der an seinen Zweifeln an Seesemanns wissenschaftlicher Befähigung keine Zweifel ließ, als „Bindeglied zwischen Reichsdeutschland und Auslandsdeutschtum“ wirken.<sup>760</sup> Dagegen zählte Carl Georg Ratschow zu den wenigen vielversprechenden Eigengewächsen der Fakultät.<sup>761</sup> Er hatte in Leipzig, Rostock und 1932/33 in Göttingen studiert. Da sein Kurs sich mehrheitlich der von dem dortigen Landesbischof Walther Schultz geforderten Anerkennung von Reichsbischof Müller verweigerte, ließ die mecklenburgische Landeskirche ihn nicht zum Vikariat zu. Ratschow erhielt eine Assistentenstelle in Göttingen und erteilte Sprachunterricht, hälftig wirkte er in der Nachfolge Campenhausens als Stiftsinspektor. 1939, nach seiner Habilitation, erhielt er eine Vakanzvertretung für *Systematische Theologie* in Gießen.<sup>762</sup> Kirchenpolitisch engagierte sich Ratschow nicht. Auf Anordnung Heinrich Himmlers schied er als Theologe aus der SS, der er im November 1933 beigetreten war. Nach der endgültigen Entscheidung im August 1936 trat er zum 1. September kompensatorisch dem *Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps* (NSKK), im April 1937 der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* (NSV) bei.<sup>763</sup>

Christhard Mahrenholz nahm eine Sonderstellung ein. Seine Bedeutung ergibt sich vor allem aus seinen weiteren Ämtern. Als hauptamtlicher OKR im Landeskirchenamt, Mitglied der landeskirchlichen Prüfungskommission und Ansprechpartner für die Göttinger Bekenntnisstudenten stand er quasi per Amt in einem ständigen Loyalitätskonflikt. Zudem war er als Mitglied des *Reichskirchenausschusses* und Stellvertreter von Wilhelm Zoellner in überregionalen kirchlichen Kontexten präsent. An seiner politischen Zuverlässigkeit bestand kein Zweifel. Mahrenholz gehörte der NSDAP nicht an, galt aber als überzeugter ‚Antimarxist‘, der über gute, teils freundschaftliche Kontakte zu Parteigängern und Parteidienststellen verfügte. Er sei, wie Weber gegenüber Mattiat besonders hervorhob, der einzige gewesen, der 1933 von der deutschchristlichen Kirchenbehörde übernommen

---

<sup>760</sup> Hirsch an Rektor am 3.9.1935; Rektor an das REM am 5.9.1935. UAG, Rekt., Nr. 3302. Noch als Seesemann Göttingen bereits verlassen hatte, kartete Hirsch nach. In dem zitierten Schreiben über Eberhard Peschke stellte er dessen Arbeiten auf „etwa das Niveau des Herrn Seesemann“. Er selbst hätte aufgrund solcher Leistungen niemanden zur Dozentur zugelassen. Hirsch an den Rektor am 25.9.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202. Ende 1932 hatte Hirsch die Einbürgerung des ‚auslandsdeutschen‘ Seesemanns unterstützt. Er sei „nach Charakter und Gesinnung mit unserem deutschen Vaterlande ganz zusammengewachsen“. Hirsch an Geheimrat Valentiner am 4.11.1932. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>761</sup> Hirsch an Lietzmann am 16.3.1939. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 958–960. Vgl. Korsch: Ratschow.

<sup>762</sup> Anfang Juni 1939 erhielt Ratschow die Lehrbefugnis für Religionsgeschichte und wurde zum Dozent im Beamtenverhältnis ernannt. Dekan an das REM am 1.6.1939 UAG, Theol. PA, Nr. 72. Noch am 27.1.1939 hatte das REM mitgeteilt, als Theologe könne er nicht am ‚Reichslager für Beamte‘ teilnehmen, und damit ein Beamtenverhältnis verhindert. Die kurz darauf bestätigte Erlaubnis zum Vollzug der Habilitation verband das REM mit der Ansage, dass die Aussichten für eine Stelle im Fachbereich *Altes Testament* zukünftig schlecht seien.

<sup>763</sup> BArch, 4901, ‚Professorenkartei‘, Ratschow. Die endgültige Entscheidung fiel erst am 15.8.1936.

worden sei.<sup>764</sup> Seine Lehrtätigkeit in Göttingen setzte er bis Kriegsbeginn fort. Hermann Schuster wurde 1939 aus Altersgründen entpflichtet.<sup>765</sup> Soweit erkennbar, hinterließ er innerhalb der Fakultät kaum Spuren, seine außeruniversitären Aktivitäten und seine Nähe zur *Bekennenden Kirche* blieben ohne Resonanz. Schuster war einer der Wortführer in der Auseinandersetzung um den Erhalt des christlichen Religionsunterrichts an Schulen. Der viele Jahre von ihm geleitete *Verband der evangelischen Religionslehrer in Deutschland* wurde 1937 zur Selbstauflösung gezwungen.<sup>766</sup>

Als Assistenten wirkten neben Heinrich Seesemann und Carl Heinz Ratschow Walter Zimmerli (1930–1933), Alfred Brauer (1933–1935), Wilhelm Meyer (1934–1937), Werner Degeller (1935–1937), Willi Wiebe (1937–1938), Dietrich Roeder (1937–1938), Wilhelm Schultzen (1937, 1939), Herbert Wedde (1938–?), Hans-Georg Liedtke (1938–1941), Ulrich Cruse (1939–?) Erich Roth (1942–1944) und – als erste Frau überhaupt – Ingeborg Schrader (1944) in Göttingen.<sup>767</sup> Drei Beispiele zeigen bezüglich ihrer kirchenpolitischen Entscheidung erhebliche Spielräume. Wilhelm Meyer, Assistent Wobbermins im religionspsychologischen Seminar, gehörte den *Deutschen Christen* an und war Mitglied im *Nationalsozialistischen Lehrerbund* (NSLB).<sup>768</sup> Zeitweise leitete er die DC-Studentengruppe. Seine im April 1935 eingereichte Dissertation *Evangelische Deutsche Kirche und deutscher Staat der Gegenwart nach evangelisch-reformatorischen Grundsätzen im Anschluß an Adolf Stoecker* sorgte für einen Eklat, nachdem Carl Stange ihre Annahme verweigerte.<sup>769</sup> Es bedurfte der Intervention von Hirsch, der von seiner Entscheidungsgewalt als Dekan Gebrauch machte und die Arbeit schließlich mit ‚genügend‘ bewertete. Kern des akademischen Streits war der politische Ansatz der Promotionsschrift, die aktuelle deutschchristliche Initiativen positiv aufgriff. Mit Bezug auf Stoecker hatte Meyer Lösungen für eine ‚rassisch‘ formierte Reichskirche und die Zurückdrängung eines

<sup>764</sup> Weber? an Mattiat am 27.9.1934. GStA, PK, I. HA, Rep 76, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. V. Vgl. ein Schreiben des Kurators vom 5.9.1934. 1939 sollte Mahrenholz nach einer Intervention Birnbaums den Titel seiner Lehrveranstaltung von *Der christliche Gottesdienst, seine Funktion und sein Wesen – unter besonderer Berücksichtigung kirchlicher Fragen* in *Die gottesdienstliche Funktion der Kirchenmusik* abändern. Dem widersprach er. Sein Lehrauftrag beschränke sich auf Kirchenmusik, die Schnittstelle zur Liturgie sei aber ausdrücklich zugesagt und 1935 von Hempel mündlich bestätigt worden. Er bestehe auf diesen inhaltlichen Zugang: „Einen solchen Selbstmord wird niemand von mir erwarten können.“ Weber an Mahrenholz am 27.5.1939; Mahrenholz an Weber am 6.6.1939. UAG, Theol. PA, Nr. 122.

<sup>765</sup> Schuster bot Hirsch am 1.4.1939 an, im Rahmen der allgemeinen Arbeitszeitverlängerung für Beamte weiterhin Vorlesungen zu halten, zumal eine Nachfolge nicht vorgesehen war. BArch, NL 1271, Nr. 22.

<sup>766</sup> Anlage zum Fragebogen, ausgefüllt am 6.8.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 5349. Veröffentlichungen Schusters waren u.a. *Freies deutsches Christentum* (1933), *Der Protestant und seine Kirche* (1936), *Das Alte Testament heute* (1935), *Das Werden der Kirche* (Kirchengeschichte) (1941), *Luthers Bibel einst und jetzt* (1941).

<sup>767</sup> Undatierter handschriftlicher Bericht über alle Assistenten [1938]; Auswertung weiterer Unterlagen in UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>768</sup> Vgl. den Personalbogen Meyers vom 22.6.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 160/3.

<sup>769</sup> Vgl. Mager: Promotionen, S. 352–354.

„artfremden (jüdischen) Einflusses gesucht und war zu folgendem Ergebnis gekommen:

*Dem Arierparagrafen stehen vom biblisch-reformatorischen Glaubensverständnis aus nicht nur keine Bedenken entgegen, sondern biblisch-reformatorisches Glaubensverständnis erfordert geradezu seine Durchführung innerhalb der deutschen evangelischen Kirche.*<sup>770</sup>

Als markanter Gegenpol ist der Seesemann-Nachfolger Werner Degeller anzuführen, der zur rheinländisch-dahlemitischen *Bekennenden Kirche* gehörte. Gegenüber Dörries, mit dem er auch nach Ablauf seiner Göttinger Zeit in Kontakt stand, prangerte er das Schweigen der lutherischen BK zur staatlichen Bedrückung der bruderrätlichen Bekenntnisgemeinden mehrfach an.<sup>771</sup> In seinem Fall blieb Hirsch hinter seinen eigenen Ansprüchen zurück. Kaum drei Wochen, nachdem er die Notwendigkeit der politischen und kirchenpolitischen Zuverlässigkeit ausdrücklich betont hatte, schlug er die Einstellung Degellers vor.<sup>772</sup> Probleme sind nicht bekannt. Degeller, der seine Stelle nach 15 Monaten aufgab und sein Vikariat antrat, zeigte sich vielmehr irritiert, dass Hirsch ihm wenige Tage vor seinem Weggang aus Göttingen konkrete Wege zu einem Verbleib aufgezeigt habe.<sup>773</sup> Offenbar bestanden zu dieser Zeit seitens der Fakultät keine grundsätzlichen Bedenken mehr. Ende 1937 setzte sich Hirsch für die Besetzung einer Halbbassistentenstelle mit Willi Wiebe ein, einst Mitglied der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*. Dabei kam es zu einem merkwürdig anmutenden Vorgang. Der theologische Unterführer der Dozentenschaft Hirsch merkte zu dem Antrag des Dekans Hirsch, sprich zu seinem eigenen, an:

*Wiebe ist wissenschaftlich überdurchschnittlich, menschlich geeignet, und der erste PG, den Dörries als Assistenten vorgeschlagen habe. Eine Ablehnung sei kaum möglich. Er will aber ein Provisorium zur Bewährung für ein Semester, da Wiebe in seiner Studenzeit BK war und Mitglied der Studentengruppe, von der Schwierigkeiten ausgegangen sind.*<sup>774</sup>

<sup>770</sup> Zitiert nach ebenda, S. 353.

<sup>771</sup> Degeller an Dörries am 25.4.1938. BArch, NL 1271, Nr. 21.

<sup>772</sup> Hirsch an Jeremias am 20.8.1935; Hirsch an den Rektor und an den NSDDB am 7.9.1935. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3. Probleme sah er beim Nachweis der Abstammung, da Degeller auslandsdeutsche Vorfahren hatte. Zweifel aber bestanden keine. Wie Hirsch auf einem gesonderten Blatt erklärte, waren trotz ihrer wissenschaftlichen Befähigung weder Degeller noch Ratschow erste Wahl. Er werde sie aber „hinbekommen“.

<sup>773</sup> Degeller an Dörries am 10.7.1937. BArch, NL 1271, Nr. 21.

<sup>774</sup> Unterführer Hirsch, zitiert in: Theologische Unterführer der Studentenschaft an den Dozentenführer Blume am 18.12.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

Nur wenige Tage später teilte er Wiebe einen positiven Bescheid mit. Er sei nun Teil einer „Erziehungsgemeinschaft“, an der Fakultät habe er jede kirchenpolitische Beeinflussung zu unterlassen.<sup>775</sup>

Mit Kriegsbeginn verloren derartige Überlegungen endgültig an Gewicht. Allein um die Grundsicherung abzudecken, waren Übergangslösungen vonnöten, von einer planvollen Einstellungs- und Förderungspolitik kann nicht mehr die Rede sein.<sup>776</sup> Am 15. April 1944 habilitierte im Alter von 26 Jahren der ‚auslandsdeutsche‘ rumänische Staatsbürger Erich Roth, der seit 1942 als Assistent in Göttingen wirkte. Sein Aufenthalt führte zu einer erregten Auseinandersetzung mit seiner Heimatkirche, die ihn wiederholt zur Rückkehr bzw. zu einer Freiwilligenmeldung bei der Wehrmacht oder der Waffen-SS aufforderte.<sup>777</sup> Vermutlich zum 1. März 1944 folgte ihm die Studienreferendarin Ingeborg Schrader, Tochter eines Senatsgerichtspräsidenten beim Reichsgericht in Leipzig. Sie hatte in Leipzig und Göttingen Geschichte, Deutsch und Theologie studiert und Anfang 1944 in Geschichte promoviert. Für ihre Beschäftigung war ausreichend, dass sie weiterhin theologisch arbeiten wollte.<sup>778</sup> Ihre Beauftragung endete mit der faktischen Schließung der Fakultät im Oktober 1944.

Angesichts der sehr unterschiedlichen Biografien und Lebensentwürfe der Genannten lässt sich keine klare Linie erkennen. Dies lag auch an den sich verschlechternden Rahmenbedingungen: der Zentralisierung und Politisierung der deutschen Hochschulpolitik sowie fehlenden Aufstiegschancen für Theologen. Eine akademische Karriere – insbesondere im Fachbereich *Altes Testament* – verlor im Nationalsozialismus innerhalb kurzer Zeit an Zugkraft.<sup>779</sup> Die Habilitierten fielen zudem unter die Regelungen der *Reichs-Habilitationsordnung*. Die letztgültige Entscheidung über ihr jeweiliges Fortkommen lag also bei staatlichen bzw. Parteidienststellen, die ab Ende der 1930er Jahre zunehmend restriktiv entschieden.<sup>780</sup>

<sup>775</sup> Hirsch an Wiebe am 23.12.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>776</sup> Vermerk Weber vom 30.10.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3. Die beiden Favoriten Hans-Georg Liedtke und Henning Stapel, ein Sohn von Wilhelm Stapel, standen im Felde. Wilhelm Schultzen, der ein kirchengeschichtliches Proseminar geleitet hatte, und der Stiftsinspektor Ulrich Cruse wurden allein für einen Übergang gehandelt. Der hoffnungsvoll gehandelte Hans-Georg Liedtke fiel am 1.9.1941, nur wenige Monate nach seiner Ernennung zum planmäßigen wissenschaftlichen Assistenten. Vgl. das Gedenkwort von Martin Gerhardt.

<sup>777</sup> Roths Schwerpunkt lag auf der kirchlichen Entwicklung in Siebenbürgen. 1942 hatte er in Heidelberg zum Dr. theol., 1943 in Göttingen zum Dr. phil. promoviert. Vgl. die Korrespondenz der Fakultät mit dem Landeskonsistorium der rumänischen Landeskirche AB ebenda. Vgl. auch die Unterlagen in UAG, Theol. PA, Nr. 81.

<sup>778</sup> Vermerk Weber vom 12.2.1944. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3. Vgl. ebenda ihren Lebenslauf vom 16.3.1944.

<sup>779</sup> Dazu kamen auch schlechte Arbeitsbedingungen. Bereits Ende 1934 setzte sich Hirsch für eine Aufstockung der Assistentenstellen in Vollzeit ein, da er die gegebenen Verhältnisse als ausbeuterisch ansah. Hirsch am 10.11.1934. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>780</sup> Ende 1939 bemühte sich Hans Schmidt, Dekan in Halle, um die Förderung von Wilhelm Stählin, dessen Karriere er über eine Anforderung der preußischen Universität Göttingen anschieben wollte.

Insgesamt stand die Ausbildung und Förderung von qualifiziertem Nachwuchs unter schlechten Vorzeichen. Entgegen seiner harten deutschchristlichen Linie agierte Hirsch zum Ende seiner Amtszeit pragmatisch, namentlich bei den Einstellungen von Werner Degeller und Willi Wiebe. Möglicherweise handelte es sich auch um eine stille unausgesprochene Konzession gegenüber der Landeskirche bzw. der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*, die auch deswegen möglich war, weil beide keine akademische Karriere anstrebten. Der gemeinsame Nenner lag auch bezüglich des theologischen Nachwuchses in der Trias aus fachlicher Befähigung, politischer Unbedenklichkeit und kirchenpolitischer Enthaltbarkeit.<sup>781</sup>

---

Dies scheiterte, obwohl die Fakultät dem Ansinnen gewogen gegenüber stand. Vgl. die Korrespondenz in der Personalakte Jeremias im Dekanat.

<sup>781</sup> In diesem Sinn genehmigte Hirsch den Antrag von Dörries, Werner Gülsen, einst Senior im Theologischen Stift und mittlerweile Doktorand, mit der Abhaltung eines kirchengeschichtlichen Seminars zu beauftragen. Dörries an Hirsch am 12.2.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3. Vgl. ebenda die undatierten Lebensläufe von Herbert Kurt Wedde und Hans-Georg Liedtke [1938/1939], in der die Zugehörigkeit zu NS-Organisationen [Liedtke: 1.10.1931 HJ, 16.8.1932 NSDAP, 9.11.1933 SA, NSDStB] stark betont wurden, nicht aber die kirchenpolitische Zugehörigkeit. Im Falle Liedtkes bat Hirsch ausdrücklich die Zustimmung von Dörries, auch wenn er ihn mehr in Arbeitsgemeinschaft mit Martin Gerhardt sah. Hirsch an Dörries am 14.1.1938. Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 329–331. Zu Wedde vgl. einen weiteren Lebenslauf in LKAH, E 28, Nr. 93.





# Die Theologische Fakultät in den Jahren 1933 bis 1939

## Decanus perpetuus: zur Bedeutung Emanuel Hirschs für die Fakultätsentwicklung

Als streitbarer Theologe und fachlich anerkannter Wissenschaftler, als Nationalsozialist und *Deutscher Christ* prägte Hirsch während seiner Amtszeit die Außenwahrnehmung der Göttinger Fakultät. In diesem Verständnis nutzte er die gegebenen Möglichkeiten, die ihm sein aufgewertetes Amt boten, um die Fakultät harmonisch in den NS-Staat einzuordnen sowie ihren personellen Bestand und ihre wissenschaftliche Reputation zu sichern und weiterzuentwickeln. Hirsch verfügte über gute persönliche Kontakte zur Universitätsverwaltung, namentlich zu Rektor Neumann und zu Kurator Theodor Valentiner, und ins REM. In der dortigen Hochschulverwaltung war ab August 1934 sein Schüler, Wingolfsbruder und deutschchristlicher Mitstreiter Eugen Mattiat als Ministerialreferent für die Theologischen Fakultäten zuständig.<sup>782</sup> Hirschs Einfluss erklärt sich auch über den ‚kurzen‘ Dienstweg ins Ministerium.

---

<sup>782</sup> Mattiats Sohn Gudo bezeichnete Hirsch rückblickend gar als „eine Art Mentor“ seines Vaters. Vgl. Bozsa: Mattiat, insb. S. 31–94, hier S. 52, S. 98–99 und S. 118–122. Mattiat hatte Anfang der 1920er Jahre in Göttingen studiert. Der NSDAP war der Pfarrer von Kerstlingerode zum 1.10.1931 beigetreten. Als völkischer Aktivist wirkte er im studentischen Umfeld, im Mai 1933 organisierte er

Die Fakultät war der Ort innerhalb einer Hochschule, der sowohl rechtlich als auch konkret über den größten Spielraum gegen äußere Einflüsse und eine politische Durchdringung verfügte. Hirsch nutzte diese Möglichkeit kaum. Er pflegte einen direktiven und autoritären Führungsstil, als Alleinverantwortlicher für die Außenkorrespondenz der Fakultät schreckte er vor intrigantem Verhalten, Denunziationen und manipulativer Konfliktlenkung nicht zurück. Wohl erst allmählich erkannte er, dass sich nicht alle Konflikte mit einem abschließenden Wort des Dekans bzw. der von ihm ‚instrumentalisierten‘ staatlichen Autorität auflösen ließen. Sofern es ihm notwendig schien, war Hirsch schließlich durchaus in der Lage, pragmatische Lösungsansätze zu entwickeln, seine Amtskollegen einzubinden und sich rückzuversichern. Im Umgang mit seinem Kollegen Dörries attestierte Peter Gemeinhardt Hirsch prinzipielle Loyalität, die gleichzeitig den Charakter eines Doppelspiels in sich trug.<sup>783</sup> Dieses Urteil lässt sich verallgemeinern. Hirsch changierte utilitaristisch zur Durchsetzung seiner Interessen. Spätestens 1935, als die Fakultät in offenem Konflikt zur Landeskirche stand, führte diese Grundhaltung in ein lähmendes Dilemma. Hirsch, der an dem Fakultätszusammenhalt tatsächliches Interesse hatte, forderte eine Geschlossenheit, für die es intern keine reale Basis gab. Fundamentalist, der er im Kern war und blieb, und mit dem Habitus des arrivierten Professors stand er anderen Vorstellungen empathielos, teils feindselig gegenüber und war so trotz eines großen Aufwands oftmals nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Zeitlich entsprach das Dekanat Hirschs in etwa den ‚Friedensjahren‘ des selbsternannten ‚Dritten Reichs‘. Es war bestimmt von den gravierenden gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen und der völkisch-antisemitischen Radikalisierung der deutschen Politik. In seine Anfangszeit fielen die Zertrümmerung der Demokratie und die Transformation in den nationalsozialistischen Weltanschauungs- und Führerstaat. Als Hirsch sein Amt abgab, hatte die Wehrmacht unter Bruch des *Münchener Abkommens* gerade die Tschechoslowakei besetzt. Europa stand am Rande eines Krieges, der schließlich wenige Monate später mit dem deutschen Überfall auf Polen beginnen sollte. Auch die Evangelische Kirche hatte einen weiten Weg zurückgelegt. Der „Euphorie- und Orientierungsphase“ des Jahres 1933 folgte in der Prominenzphase des Regimes ihre gesellschaftliche Zu-

---

als DC-Bezirksleiter von Hannover-Süd die Gründung der Göttinger GDC. Im September 1933 trat Mattiat dem neuen deutschchristlichen Kirchensenat bei, nach der ‚Rückeroberung‘ der Landeskirche durch Landesbischof Marahrens wechselte er nach Berlin. 1935 erhielt er – ohne Promotion und Habilitation – eine persönliche Professur für *Praktische Theologie* mit dem Schwerpunkt *Religiöse Volkskunde*, aufgrund seiner Referentenstelle im REM allerdings ohne Lehrdeputat. 1938 erhielt er aus Göttingen einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für *Deutsche Volkskunde mit besonderer Berücksichtigung der Niedersächsischen Volkskunde* und wurde Gründungsdirektor des volkkundlichen Seminars. In einer ersten Fassung war der neugeschaffene Lehrstuhl auf die „religiöse Volkskunde Niedersachsens“ eingegrenzt. 1938 trat Mattiat, seit 1937 Mitglied des SS, aus der Kirche aus, ab dem WS 1938/39 führte er als Nachfolger Arthur Schürmanns den Göttinger NSDDB.

<sup>783</sup> Gemeinhardt: Kirche, S. 350.

rückdrängung, die sich mit dem wachsenden Einfluss der ‚weltanschaulichen Distanzierungskräfte‘ in Staat und Partei in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zunehmend antichristlich artikulierte. Nach den scharfen Polarisierungen des ‚Kirchenkampfes‘ war die Evangelische Kirche zutiefst gespalten. Als Gläubiger, der die Versprechen auf einen Wiederaufstieg Deutschlands und dessen völkische Erneuerung geradezu in sich aufzog, stellte Hirsch seine gesamte Schaffenskraft in den Dienst der nationalsozialistischen ‚Revolution‘. Wie gezeigt wird, berührte seine Identifikation mit dem NS-Staat auch sein unmittelbares Wirkungsfeld: die Göttinger Theologische Fakultät. Der Großkonflikt mit der Landeskirche in den Jahren 1935/38, seine schroffe Wendung gegen die *Bekennende Kirche* und die Härte gegenüber dissidentischen Studenten lassen sich nur vor dem Hintergrund seiner politischen und theologischen Wende angemessen verstehen.

### „Geistreicher Häretiker“: Hirschs politische-theologische Radikalisierung und sein kirchenpolitisches Scheitern (1933/34)

*Ich habe fast drei Stunden mit Hirsch gesprochen, hauptsächlich über die geistige Lage. Wir waren sehr uneinig. Aber er hat ja im Gespräch die sympathische Eigenart, daß er es geradezu gern hat, wenn man ihm scharf widerspricht. Dann lächelt er nicht ohne Esprit und Ironie. Ich sagte ihm, daß ich gerade durch sein Buch von 1929 über ‚Kirche und Staat‘ viel für die Beurteilung der heutigen Lage gelernt hatte. [...]. Wir sprachen lange über die Säkularisation des Kulturlebens und über den totalen Staat. Obwohl ich ihn natürlich als Ketzer betrachte und es nicht unterließ, seine Theologie zu anathematisieren und ihn, Müller, Hossenfelder und Krause feierlich zu exkommunizieren, muß ich gestehen, daß er ein bedeutender und geistreicher Häretiker ist, der bedeutendste D.C., den ich kenne. Und ich gestand ihm gegenüber, daß ich ihn nicht nur als einen reinen Konjunkturtheologen betrachte, denn wenn man seine frühere Verfasserschaft kennt, konnte man fast voraussagen, daß er D. C. werden würde. Ich versuchte, ihn mit den Herren Rosenberg, Hauer, Bergmann zu erschrecken, die noch anthropozentrischer und germanischer sind als Hirsch und seine Leute, und die mir noch mehr in Kontakt mit der nationalen Revolution als die D.C. zu sein scheinen. [...]. Ich hielt eine kleine Lobrede auf Barth und v. Bodelschwingh und erwartete jeden Augenblick herausgeschmissen zu werden. Aber er war sehr liebenswürdig und gab mir eine große Zigarre. Wir beschuldigten einander gegenseitig eines veralteten Liberalismus, er mich eines politischen, ich ihn eines theologischen.<sup>784</sup>*

Der knappe Bericht des norwegischen Kirchenhistorikers Einar Molland, ab 1939 Theologieprofessor in Oslo, gibt einen beredten Eindruck über Hirsch, der zu dieser Zeit als enger Berater von Reichsbischof Ludwig Müller einen prägenden Einfluss auf die kirchen- und theologienpolitischen Entscheidungen des deutsch-

<sup>784</sup> Einar Molland an Lietzmann am 12.5.1934. Aland (Hg.): Glanz, S. 717f.

christlichen Bischofsregiments ausübte.<sup>785</sup> Sein Engagement war von einer politisch-theologischen „Funktionalisierung von Theologie und Frömmigkeitsgestalt sowie kirchlicher Rechtsverfassung“ bestimmt, die Hirsch nunmehr als „gleichzuschaltende Weltanschauungsformen“ begriff.<sup>786</sup> Ausgangspunkt dieser umfassenden Neubestimmung war der radikale Bruch in seiner Staatstheologie, den Hirsch bereits Ende 1932 ausgearbeitet hatte. Nicht mehr in der staatlichen Autorität, sondern in der deutschen „Volkheit“ erkannte Hirsch den von Gott eingesetzten Souverän. Damit verlagerte sich seine politische Loyalität auf den deutschen ‚Volksnomos‘, der im nationalsozialistischen Staat erstmals organisatorische Gestalt bekam. Das weltgeschichtlich Neue des Nationalsozialismus sah Hirsch nun „nicht primär in der Totalität seiner Regelungsansprüche, sondern in seiner völkisch-rassischen Fundierung und Verantwortung“, in seiner Weltanschauung erkannte er „einen mächtigen Springquell der Tiefe“.<sup>787</sup> *Die gegenwärtige geistige Lage im Spiegel philosophischer und theologischer Besinnung*, die Schriftfassung seiner Eröffnungsvorträge zum SoSe 1933, und seine Schrift *Deutsches Volkstum und evangelischer Glaube*, beide aus dem Jahr 1934, zeigen den Wandel, den Hirsch im Jahr 1933 vollzog. Vom „Neuwerden des deutschen Christentums“ unter Bedingungen des NS-Staates war er überzeugt:

*Alles Überlegen und Prüfen und Wählen, alles In-Fragestellen ist fruchtbar nur innerhalb von ethisch und religiös bestimmter völklich-staatlicher Gemeindeordnung und Gemeingeistigkeit, die der Erörterung von Streit entzogen bleibt.*<sup>788</sup>

Dies sei aber nicht von außen über „christliches oder kirchliches Binden und Begrenzen der politisch-geschichtlichen Wirklichkeit“ zu erreichen, sondern im Glauben, „weil Jesus Christus nicht selber sichtbar der Lenker ist, sondern Menschen im Wagnis auf den Herrn der Geschichte Steuer und Segel stellen“.<sup>789</sup> Die

<sup>785</sup> Noch am 15.4.1933 setzte Hirsch bei der Schaffung der Reichskirche auf Marahrens und die *Christliche Deutsche Bewegung*. Erst nach der Wahl Friedrich von Bodelschwinghs schwenkte er auf die Linie der *Deutschen Christen* um. Nach der „furchtbare[n] Himmelfahrtswoche“ bezeichnete sich Hirsch am 3.6.1933 als „ehrenamtlicher Hilfsarbeiter“ des Wehrkreispfarrers Müller und wandte sich gegen „kirchlich-soziale, deutschnationale und kirchenbürokratische Verklemmungen wider einen der nationalsozialistischen Bewegung zugehörigen Mann“. Hirsch an Gogarten am 3.6.1933. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 5. Schjørring weist Hirsch bezüglich des Rücktritts von Bodelschwinghs eine entscheidende Rolle zu. Schjørring: *Gewissensethik*, S. 179–186. Von der Kirche forderte Hirsch „echte wagende Führung“, die auch durchgreife. Es müsse in ihr zugehen wie bei einem „unter Führung und Befehl stehenden Offizierskorps“. Dafür biete ein Reichsbischof Müller Gewähr. Hirsch: *Wollen*, S. 15.

<sup>786</sup> Assel: Hirsch, S. 44, S. 52–57.

<sup>787</sup> Assel: Hirsch, S. 52; Hirsch: *Lage*, S. 136. Vgl. Schjørring: *Gewissensethik*, S. 187–190. Stärker als Assel betont Schjørring die Kontinuität in Hirschs Theologie. Ebenda, S. 202.

<sup>788</sup> Hirsch: *Lage*, S. 90.

<sup>789</sup> Hirsch: *Volkstum*, S. 40f; Hirsch: *Lage*. Vgl. die prägnante Zusammenfassung von Ericksen: *Theologen*, S. 205–222. Das Vorwort datiert auf den 30.1.1934. Ob Hirsch den Beitrag inhaltlich überarbeitete, ist nicht ersichtlich, er erschien mit dem Untertitel *Akademische Vorlesungen zum Verständnis des Jahres 1933*.

Folgen dieser völkisch-nationalsozialistischen Wende waren weitreichend. Sie betrafen sowohl sein Kirchen- als auch sein Theologieverständnis.<sup>790</sup> 1933/34, als die deutsche evangelische Kirche in eine existentielle Krise geriet und mit großer Härte um eine Neubestimmung ihres Verhältnisses zum NS-Staat rang, brach Hirsch mit der von seinem Lehrer Karl Holl gesetzten charismatisch-rechtlichen Selbständigkeit der Kirche und verwarf ihren Anspruch als unabhängige und selbstbestimmte Volkskirche.<sup>791</sup>

Drastisch zeigt sich Hirschs Fundamentalwende in dem undatierten, nach Abschluss des Reichskonkordats verfassten Memorandum *Soll die evangelische Kirche einen Vertrag mit dem Reich schließen oder nicht?*<sup>792</sup> In Abgrenzung zur Katholischen Kirche bestimmte er die Evangelische Kirche als eine nach Rechtsform und Organisation „an Volk und Staat gebundene Einrichtung“ mit nationalem Charakter. Diese unwiderrufliche Bindung mache eine rechtliche Fixierung zur Begründung des Staatskirchenverhältnisses unnötig. Beidseitige Erklärungen seien ausreichend. In dem angefügten Entwurf *Feierliche Erklärung der Deutschen Evangelischen Kirche durch den Mund ihres Reichsbischofs* ließ Hirsch diesen die kirchliche Verbundenheit mit dem sich „verjüngenden deutschen Volke auf Gedeih und Verderben“ erklären: „Sie [Die Kirche] ruft alle Glieder auf, sich von Herzen in die nationalsozialistische Bewegung hineinzustellen und der Führung des Staates in Dankbarkeit und Treue zu folgen.“ Ein Treuegelöbnis des Reichsbischofs „in die Hände“ des Reichspräsidenten (sowie der Landesbischofe gegenüber den Reichsstatthaltern) und die Aufnahme der Treue zu Volk und Staat in das Ordinationsgelübde der Geistlichen sollten die frei- und bereitwillige kirchliche Subordination unterstreichen. Zudem, so Hirsch, müsse sich die Kirche mit allen Ordnungen und Gesetzen verpflichten, sich der neuen Wirklichkeit zu stellen, einschließlich der Erzie-

<sup>790</sup> Sprachlich zeigt sich Hirschs Radikalisierung in der Adaption nationalsozialistisch konnotierter Begriffe. So sprach er von „Arbeitskameraden“, „Kampfgefährten“, dem „Blutbunde unseres Volkstums“, „Schicksalsgemeinschaft unsres Staates“. Hirsch: *Wollen*, S. 19. Gott kommt uns nahe „in der heiligen Bindung von Blut und Boden, von Rasse und Vererbung, von Ehre und Gemeinschaft, von wahren Sozialismus, von Opfer und Pflicht“ und im Führer. Hirsch: *Weg*, S. 13.

<sup>791</sup> Anfang 1934 sah Hirsch den ‚Kirchenkampf‘ noch als fruchtbar an. Die Kirche diskutiere, wie die beste Form der Evangeliumsverkündigung zu erreichen sei. Ziel müsse sein, Kirche, Staat und Volk im Einklang mit der deutschen Wende aufzubauen, noch sei der Nationalsozialismus für „fruchtbare theologische Mitarbeit“ empfänglich. Vgl. Hirsch: *Lage*, S. 133–151, hier S. 151. Prägnant benannte Hirsch seine Differenz zu Barth. Es gehe nicht um ewige Wahrheiten, sondern um „Ausdrucksformen der Zeit“. Ebenda, S. 145.

<sup>792</sup> Hirsch: *Soll die evangelische Kirche einen Vertrag mit dem Reich schließen oder nicht?* EZA, 1/3110. Heinonen datiert sie auf August/September 1933. Heinonen: *Anpassung*, S. 143. In seiner Einschätzung geht Hirsch von einer massiven Zurückdrängung der Kirchen durch den NS-Staat aus: „Nach meinem Gefühle hat trotz allem gegenteiligen Scheine die römische Kirche ihr Todesurteil unterschrieben, als sie die außenpolitische Lage des neuen deutschen Staates dazu ausnutzte, ihm ein solches Konkordat aufzuzwingen.“ Die nationalsozialistische Totalität dachte er auch in seinen Überlegungen zur Evangelischen Kirche mit. Bei aller inhaltlichen Zustimmung war ihm bewusst, dass jede Regelung mit dem Staat auch, wie er es an anderer Stelle ausdrückte, eine „Sache des guten Willens“ war. Hirsch: *Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche*. Ebenda.

hung des evangelischen Jungen zum wehrhaften Mann und des evangelischen Mädchens zur „mütterlichen deutschen Frau“ sowie einer „Verantwortung für das Erbe des Blutes“.<sup>793</sup> Im Gegenzug sollte der Reichskanzler nach dem ebenfalls beiliegenden Entwurf *Feierliche Erklärung des Reichskanzlers an die Deutsche Evangelische Kirche* erklären:

*Die Deutsche Evangelische Kirche [...] hat sich bereit erklärt [...] mit den Führern in Volk und Staat in Vertrauen zusammen zu arbeiten. Sie hat in diesem Vertrauen darauf verzichtet, ihre Rechte im Staate sich durch einen Vertrag zu sichern. Ich nehme dieses Treuegelöbniß im Namen des deutschen Volkes und des deutschen Staates an.*

Als „Führer der nationalsozialistischen Bewegung und Kanzler des Deutschen Reiches“ erkenne er auch die (historische) Bedeutung der Kirche an: Um des Volkes willen und um des Staates willen behalte sie „ihre große Stellung in der deutschen Geschichte und im deutschen Volke“ und wirke weiterhin „mit ihrer die Gewissen bildenden Macht am deutschen Volkstum und am deutschen Geiste“. Deshalb nehme er die *Deutsche Evangelische Kirche* „mit all ihren erworbenen Rechten und allen mit ihr verbundenen Einrichtungen“ in seinen „feierlichen Schutz“. Dem Entwurf folgend bestätigte der Reichskanzler daraufhin den kirchlichen Erziehungsauftrag im Rahmen der von ihm „geleiteten deutschen Staats- und Volkserziehung“ und gab der Kirche Wort- und Verkündigungsfreiheit, zudem erklärte er den Verzicht auf unmittelbare staatliche Eingriffe.<sup>794</sup>

Konkrete Gestalt nahm Hirschs kirchliche Selbstbindung durch einen Treueid nach der als Staatsnotstand legitimierten staatlichen Mordwelle an SA-Führern und konservativen Kritiker des NS-Staates im Juni 1934 an.<sup>795</sup> Nur wenige Wochen später, nach dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 2. August und der unmittelbar darauf erfolgten Vereidigung der Wehrmacht auf *Führer und Reichskanzler*, verabschiedete die am 9. August in Berlin tagende Nationalsynode ein kirchliches Diensteidgesetz. Die Eidesformel, die jeden Geistlichen zum Gehorsam und zur Treue gegenüber „dem Führer des deutschen Volkes und Staats Adolf Hitler“ verpflichten sollte, ging auf einen Entwurf Hirschs zurück.<sup>796</sup>

Zu diesem Zeitpunkt erreichte die kirchenpolitische Bedeutung Hirschs ihren Höhe- und zugleich ihren Scheitelpunkt. Als Beilage zum *Gesetzesblatt der DEK* erschienen zwei von Hirsch verfasste Denkschriften der Reichskirchenregierung, mit denen sie zur Bekenntnisbindung der Reichskirche und zum Verhältnis des

<sup>793</sup> Hirsch: *Feierliche Erklärung der Deutschen Evangelischen Kirche durch den Mund ihres Reichsbischofs*. EZA, 1/3110.

<sup>794</sup> Hirsch: *Feierliche Erklärung des Reichskanzlers an die Deutsche Evangelische Kirche*. EZA, 1/3110. In einem ebenfalls undatierten Memorandum *Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche* griff Hirsch die Frage nach einem Staatskirchenvertrag erneut auf. Für die kirchliche Praxis schlussfolgerte er: „Die Aufgabe der Kirche kann nur dann erfüllt werden, wenn Männer, die das Evangelium verkünden, in jeder Gliederung unseres Volkes an führender Stelle lebendig mitwirken.“

<sup>795</sup> Vgl. Thamer: *Verführung*, S. 320–336, S. 342–350.

<sup>796</sup> Assel: *Barth*, S. 451–455, ders.: *Hirsch*, S. 54. Vgl. Schjorring: *Gewissensethik*, S. 198–204.

evangelischen Christentums zur „politischen Bewegung“ Stellung nahm.<sup>797</sup> Ausführlich verwarf Hirsch in Zweitgenannter sowohl die Trennung von Staat und Kirche als auch ein staatlich dekretiertes „Nationalchristentum“. Ausgangspunkt war das Wissen um die geschichtliche Verbundenheit von Staat und Kirche, weshalb die Kirche weiterhin als „öffentliche Volksordnung und Erziehungsmacht im deutschen Volk“ stehen dürfe: „Staat und Kirche gehören zusammen, weil beide den einen Leib des nationalsozialistischen Volkes umfassen.“<sup>798</sup> Mit Bezugnahme auf Luther sah Hirsch beide Reiche lebendig ineinander verzahnt: „Bei jener Zertrennung in zwei Lebenssphären bekommt man eine religiös indifferente politische Ordnung und eine politisch indifferente religiöse Ordnung.“<sup>799</sup> Kern der Hirsch'schen Neuformulierung des Verhältnisses von Staat und Kirche blieben ein gegenseitiges Vertrauen – mittlerweile verzichtete Hirsch auf die angesprochenen gegenseitigen Treueerklärungen – und die freiwillige Unterordnung der Kirche in äußeren Angelegenheiten:

*Nur aus dieser Haltung heraus kann der evangelischen Kirchenführung das Recht erwachsen, von Stellen der Bewegung und des Staates angehört zu werden bei den Entscheidungen, die geistige und sittliche Haltung unseres Volkes betreffen.*<sup>800</sup>

Zur Umsetzung der kirchlichen Diensteidgesetzgebung kam es nicht. Aufgrund der scharfen Kritik der *Bekennenden Kirche* ließ das Reichskirchenregiment den synodalen Beschluss stillschweigend fallen. Damit war auch der Göttinger Dekan gescheitert. Inhaltlich verteidigte er das Kirchengesetz weiterhin und plädierte für

<sup>797</sup> Hirsch: Kirche und Bekenntnis; ders: Verhältnis. Bezüglich des Bekenntnisses plädiert Hirsch im Kern für eine Beibehaltung des Status Quo und bemüht sich, den Konflikt als menschlich-geschichtlich bedingt herunterzuspielen: „Die Theologen der verschiedenen Sonderbekenntnisse wissen es, daß die Rechtfertigung allein aus dem Glauben an die freie Gnade Gottes in Jesus Christus ein Band ist.“ (S. 3) Als „Träger des reformatorischen Christentums in Deutschland“, solle das Luthertum innerhalb der DEK dennoch eine Vormachtstellung (einschließlich eines lutherischen Reichsbischofs) einnehmen. In seiner Conclusio plädierte Hirsch schließlich gegen eine abstrakte schriftliche Festlegung, sondern für Versuch, Haltung und Geist. Man dürfe Sonderbekenntnisse nicht mit einem lebendigen Glauben verwechseln. Vgl. Schjorring: Gewissensethik, S. 195–198.

<sup>798</sup> Hirsch: Verhältnis, S. 8. Beide Optionen würden zum Untergang der Kirche, aber auch von ‚Bewegung‘ und Volk führen: „Damit wird für den Nationalsozialismus das Verhältnis zum Christentum zu einer Entscheidungsfrage über das eigene Schicksal.“ Ebenda, S. 7. Dabei setzte Hirsch auch auf den Faktor Zeit. Vieles füge sich, sobald die neue nationalsozialistisch erzogene Generation „dem evangelischen Christentum die Haltung und Gestalt geben wird, die der neuen politischen und geschichtlichen Wirklichkeit gemäß sind“.

<sup>799</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>800</sup> Ebenda, S. 15. Aufgabe der Kirche war nach Hirsch allein die Verkündigung des Evangeliums, freilich eingebunden in die „politische Wirklichkeit“. Nur ein Christentum, das uneindeutig zum deutschen Volk in seiner geschichtlichen Stunde stehe, dürfe Vertrauen erbiten und empfangen. Ebenda, S. 13. Die Regelung der Verhältnisse über einen Staatskirchenvertrag lehnte Hirsch erneut ab. Zum Ende äußerte sich Hirsch auch zur konfessionellen Spaltung Deutschlands. Eine Aufhebung sei auch auf Dauer nicht zu erwarten, er hoffe aber auf eine Ökumene der „deutschen Volksgenossen“ wie anno 1914, um den „Aufbau einer echten äußeren und inneren Einheit volklich-politischen Lebens“ zu erreichen.

eine voraussetzungslose Umsetzung, auch trug er mit einer Denunziation zur Verhinderung einer Diskussion des kirchlichen Eides auf Hitler an den Theologischen Fakultäten bei.<sup>801</sup> Als schließlich Karl Barth den geforderten staatlichen Dienst am 3. November 1934 mit dem Zusatz „soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann“ auf die Probe stellte und auf diesem Weg zugleich eine innerkirchliche Klärung dieser Frage vorantrieb, war es Hirsch, der mit einem Geheimgutachten für das REM die inhaltliche Stoßrichtung für das staatliche Vorgehen gegen seinen früheren Kollegen vorgab. Barth wurde am 21. Juni 1935 endgültig in den Ruhestand versetzt, vier Tage später erhielt er einen Ruf nach Basel und verließ Deutschland.<sup>802</sup>

Die Aufgabe der kirchlichen Eigenständigkeit, die Umwandlung eines Rechtsverhältnisses in ein abhängiges Schutz- und Treueverhältnis blieben ein Fixpunkt in Hirschs Neubestimmung der Kirche im völkisch-totalitär formierten Führerstaat. Dies schloss die aktive Mitarbeit in nationalsozialistischen Verbänden und die Überführung kirchlicher Einrichtungen (einschließlich einer eigenständigen Jugendarbeit) in die entsprechenden NS-Organisationen ebenso ein wie die Auflösung des nicht-deutschchristlichen Vereinswesens.<sup>803</sup> Mit dem Zusammenbruch des Eingliederungswerks der DEK im Oktober/November 1934 und der faktischen Entmachtung Müllers zerschlugen sich derartige Vorstellungen. Für Hirsch bedeutete die Konstituierung einer weiterhin vom Staat unabhängigen Kirche ein Worst-Case-Szenario. Die Evangelische Kirche verpasse, so Hirsch im November 1934 an Wilhelm Stapel, die historisch einmalige Gelegenheit, den „Nationalsozialismus als eine für das Christentum geöffnete moderne, das heißt völkisch-rassische Weltanschauung mitzugestalten“.<sup>804</sup> Bereits eine Woche vor der Barmer Reichsbekennnissynode hatte er vor den Folgen des Kirchenbruchs gewarnt. „Es wird nun immer mehr darauf ankommen, daß wir erziehend arbeiten und die gegenwärtige Kirche in allen ihren Teilen verloren geben.“<sup>805</sup> Vor dem Hintergrund dieser als persönliche Niederlage erlebten Wendung, die mit dem Ende von Hirschs kirchenpolitischer Zuversicht einherging – in den Worten seiner Frau Rose hielt Hirsch einige „alte Werte“ nicht mehr für bekämpfungswert, sondern für

<sup>801</sup> Eine am 10.12.1934 vorgetragene Bitte der VKL um eine gutachterliche Äußerung der Dekane leitete er umgehend an Mattiat weiter, der ein ministerielles Antwortverbot erwirkte. Vgl. Ericksen: Fakultät, S. 79.

<sup>802</sup> Vgl. Assel: Barth, insb. S. 463–474. Ohne Namensnennung floss das Hirsch-Gutachten auch in den Prozess gegen Barth im Dezember 1934 ein.

<sup>803</sup> Hirsch: Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche. EZA 1/3110.

<sup>804</sup> Assel: Hirsch, S. 60f. In den Jahren 1931 bis 1954, dem Todesjahr Stapels, bestand eine intensive Korrespondenz zwischen Hirsch und Stapel, die allein seitens Hirschs rund 600 Briefe ausmachte. Diese sind im *Literaturarchiv Marbach* überliefert. Stapel war für Hirsch nach seiner Frau der wichtigste Gesprächspartner. In seinen Briefen äußerte sich Hirsch in politischen Dingen sehr viel deutlicher als in seinen öffentlichen Beiträgen. Vgl. Assel: Hirsch, S. 47.

<sup>805</sup> Hirsch an Gogarten am 24.5.1934. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 10.



tot –, identifizierte er sich fortan als politisch-völkischer Theologe.<sup>806</sup> Zugleich endete Hirschs kirchenpolitische Bedeutungsphase. Bis zu seinem Rückzug als Dekan im Frühjahr 1939 konzentrierte er sich vornehmlich auf sein Universitätsamt und seine Aktivitäten im Rahmen des NSDDB. Vor allem nach seinem Wechsel auf den Lehrstuhl für *Systematische Theologie* im Jahr 1936 widmete er sich der Ausarbeitung von programmatischen theologischen Grundlagenwerken, mit denen er den christlichen Glauben und die christliche Theologie ‚zeitgemäß‘ umzuformen und neu zu begründen suchte.<sup>807</sup>

„... dann werden Lehrer und Schüler alle den braunen Rock tragen.“

### Praktische Interventionen

Hirschs völkisch-nationalsozialistische Wende wird im Folgenden exemplarisch an zwei unterschiedlich gelagerten praktischen Interventionen aufgezeigt: seiner Beteiligung an der Ausschaltung des Fakultätentages als eigenständige Interessenvertretung und Hirschs Plänen für eine weitreichende Reform der Theologenausbildung. Der *Evangelisch-Theologische Fakultätentag* nahm seit 1919 die Interessenvertretung der Theologischen Fakultäten wahr. 1933 war er eine wichtige Plattform für die Diskussion der Grundfragen der Zeit. Obwohl die anwesenden Theologen auf zwei außerordentlichen Fakultätentagen bis auf einzelne Ausnahmen kaum Zweifel an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu den neuen politischen Verhältnissen und an ihrem Mitgestaltungswillen ließen, konnten sie sich nicht auf gemeinsame Positionen verständigen.<sup>808</sup> Gegen das erklärte Votum von Hirsch galt dies auch in der Reichsbischofsfrage.<sup>809</sup> Zum Jahresende 1934 wurde der Fakultätentag schließlich grundsätzlich infrage gestellt. Am 10. Dezember verbot das REM einen für Mitte Dezember angesetzten Fakultätentag, zugleich gab ihm Reichsminister Rust

<sup>806</sup> Rose Hirsch an Lietzmann am 14.1.1935. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 799–803, hier S. 802. In den Herbst 1934 fiel auch Hirschs und öffentlich ausgefochtene Kontroverse mit seinem Jugendfreund Paul Tillich. Vgl. Reimer: Hirsch, S. 335–424; Ericksen: Theologen, S. 243–250; Schjørring: Gewissensethik, S. 295–299.

<sup>807</sup> Assel: Hirsch, S. 55.

<sup>808</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, S. 97–115. Für eine außerordentliche Zusammenkunft hatte sich auch Hempel stark gemacht. Nachdem man sich nicht auf die Einsetzung eines Arbeitsausschusses zur Beratung des Staates wie der Kirche in theologischen Fragen hatte durchbringen können, wurde der Tübinger Theologe Karl Fezer zum „Vertrauensmann des Theologentages in den zu lösenden Kirchenfragen“ ernannt. Fezer war entscheidend an der Abfassung der neuen Richtlinien der *Glaubensbewegung* beteiligt, die eine Gegenposition zu den sogenannten Hossenfelder-Richtlinien vom Juni 1932 darstellten. Diese erhöhten die innerkirchliche Akzeptanz der *Deutschen Christen* erheblich.

<sup>809</sup> Hirsch und Wobbermin sprachen sich für Ludwig Müller aus. Wobbermin gehörte zu den 20 Unterzeichnern einer Erklärung, die den designierten Reichsbischof von Bodelschwingh zum Amtsverzicht aufforderten. Ob es, wie Hirsch andeutete, eine abgestimmte Göttinger Haltung bzw. gar ein Handlungsmandat gab, ist nicht belegt.

eine neue Satzung und stellte ihn unter staatliche Kontrolle.<sup>810</sup> Die radikale Neufassung des Fakultätentages entsprach den Vorstellungen Hirschs, der das ministerielle Vorgehen mitinitiiert hatte. Nachdem er bereits Anfang 1934 für die Einführung des ‚Führerprinzips‘ und die Umwandlung in eine Dekanskonferenz plädiert hatte, sprach er sich gegen den ursprünglich für den 17. November angesetzten Fakultätentag aus, auch der Neuansetzung am 15. Dezember erteilte er für Göttingen eine Absage.<sup>811</sup> Getroffene Beschlüsse halte man für unverbindlich:

*Sie [die Fakultät] erklärt nachdrücklich, dass in der gegenwärtigen Lage sie es mit ihrer Verantwortung als staatliche Behörde nicht für vereinbar hält, die Fakultäten in Gefahr zu bringen, die vom Führer und Reichskanzler für den Staat und die Bewegung vorgeschriebene Zurückhaltung durch einen Fakultätentag zu verletzen.*<sup>812</sup>

Dass es Hirsch darum ging, jede Form einer staatlich unkontrollierten Eigenorganisation grundsätzlich zu untergraben, geht aus einem Schreiben an Rektor Neumann hervor. Nur „aus psychologischen Gründen“ sprach er sich für ein Weiterbestehen des ‚neuen‘ Fakultätentags aus: „Er ist immer eine vortreffliche Gelegenheit gewesen, unbrauchbar gewordene Munition gefahrlos zu entladen. Er hat auch, wenngleich in beschränktem Maße, hier und da einmal positiv nutzen können.“<sup>813</sup> In den folgenden Jahren etablierte sich der Fakultätentag als Diskussionsort über die Einführung von Fakultätsexamen und die Reform des Theologiestudiums. Stoßkraft gegenüber dem REM bzw. anderen Dienststellen entwickelte er nicht mehr.<sup>814</sup>

Mutmaßlich im November 1933 legte Hirsch Reichsbischof Müller im Rahmen reichskirchlicher Reformdiskussionen eine zwanzigseitige Denkschrift zur Ausbildung des zukünftigen Pfarrernachwuchses vor.<sup>815</sup> Dabei politisierte und radikalisierte er eigene Reformpläne, die er zur Bewältigung der hohen Studieren-

<sup>810</sup> Ausgesprochen wurde das Verbot von Mattiat. Der Fakultätentag war fortan ein „Verband ohne Rechtsfähigkeit“. Die Geschäftsordnung stand unter ministerieller Genehmigungspflicht, der Präsident und sein Stellvertreter wurden vom Minister ernannt. Stimmberechtigt waren allein die Dekane.

<sup>811</sup> Hirsch an Schmidt am 9.11. bzw. 16.11.1934. UAG, Theol. SA, Nr. 146,1. Hirsch hatte sich dementsprechend schon am 17.10.1933 geäußert. Auf eine Rundfrage Schmidts vom 27.12.1933 zur Sinnhaftigkeit des Fakultätentags sprachen sich zwei Fakultäten für eine Auflösung aus, zehn votierten für seine Beibehaltung. Pro Fakultätentag sprachen sich auch 72 Theologen in der *Greifswalder Erklärung* aus.

<sup>812</sup> Hirsch an Schmidt am 27.11.1934. UAG, Theol. SA, Nr. 146,1.

<sup>813</sup> Hirsch an Neumann am 10.5.1935. UAG, Theol. SA, Nr. 146,1. An einer von Hermann Beyer initiierten Sammlung von Hochschullehrern, die sich zur Bekenntnisbindung bekannten, eine Eingliederung in die *Bekennende Kirche* jedoch ablehnten, waren Göttinger Theologen offensichtlich nicht beteiligt. Meier: Fakultäten, S. 110.

<sup>814</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, S. 291–301. Überlegungen für ein Treffen der nicht-deutschchristlichen Theologen stießen auf keine Resonanz. Baumgärtel an Dörries am 16.11. bzw. 19.12.1934. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>815</sup> Hirsch: Über die künftige Ausbildung der Pfarrer. EZA, 1/3110.

denfrequenz bereits 1932 in der AELKZ veröffentlicht hatte.<sup>816</sup> Ziel war, wie Hirsch an anderer Stelle formulierte, der Umbau der Universität: „Wenn der Übergang vollendet ist [...], dann werden Lehrer und Schüler alle den braunen Rock tragen.“<sup>817</sup> Sein Vorschlag setzte schon vor dem eigentlichen Studienbeginn an. Nach Ableistung des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* sollten interessierte Studenten bereits vor ihrer Immatrikulation an kirchlichen Sprachschulen jenseits der Universitätsstädte sämtliche Sprachkenntnisse erwerben.<sup>818</sup> Für die Studienphase schlug er einen Rhythmus aus 1. Kameradschaftshaus, Wehrsport und politischer Pflichtvorlesungen, 2. einer freien Studienphase und 3. der Prüfungsvorbereitung vor. Einhergehen sollte sie mit einem veränderten Grundgerüst. In den Anfangssemestern sollten die Übung der Denkfähigkeit, die Gewöhnung an die Bibel und Schrifterklärung im Mittelpunkt stehen, in den Zwischensemestern Exegese und Diskussion, Kirchengeschichte und die Vorbereitung auf Systematische Theologie, in den Schlussemestern die Systematische Theologie selbst sowie Dogmatik und Homiletik. Dazu sollten die Mitgliedschaft in der *Deutschen Studentenschaft* und Wehrsport verpflichtende Examensvoraussetzung werden.<sup>819</sup> Auch bezüglich des Ersten Examens regte Hirsch eine umfassende Revision an. Dieses sollte anhand einer reichseinheitlichen Prüfungsordnung in Verantwortung der Fakultät erfolgen und nicht mehr automatisch zur Aufnahme in den Kandidatenstand führen. Vielmehr sollte der jeweilige Bischof in freiem Ermessen und unter Beachtung von Wehr- und Arbeitsdienstzeugnis über eine Aufnahme entscheiden sowie die Dauer der kirchlichen Ausbildungszeit auf zwei bis vier Jahre festlegen.<sup>820</sup> Dabei legte

---

<sup>816</sup> Hirschs Vorschlag beinhaltete zur „Charakterprobe“ vor dem Studium ein einjähriges Dienstjahr in „blauer Schürze“, die Erhöhung der Sprachbarriere, einen stärkeren Praxisbezug und für die Zeit nach dem Zweiten Examen ein gering dotiertes „Opferjahr“ mit „freier missionierender Tätigkeit“ bei von der Kirche Entfremdeten. Der Volksmissionsgedanke und der Gedanke der ‚Volksgemeinschaft‘ klangen bereits deutlich an. Eine Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung spielte keine Rolle. AELKZ 65 (1932), Sp. 1187–1189. Die Erstveröffentlichung war in der Hannoverschen Halbmonatszeitschrift für religiöse und kulturelle Fragen der Gegenwart *Evangelische Wahrheit* erschienen. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 81–103, hier insb. 91ff. Als einzige Landeskirche war in Hannover für das Theologiestudium ein dreimonatiges Praktikum (Innere Mission, Wohlfahrtspflege, Soziale Arbeit) obligatorisch. Ebenda, S. 40.

<sup>817</sup> Hirsch: Lage, S. 155.

<sup>818</sup> Hirsch: Über die künftige Ausbildung der Pfarrer, Stück 1. EZA, 1/3110. Körperliche Ertüchtigung, Kameradschaftsleben und der Erziehungsgedanke sollten gewährleistet sein. Für diejenigen, die den sprachlichen Anforderungen gewachsen waren, sollte diese Phase mindestens ein halbes Jahr dauern.

<sup>819</sup> Ebenda, Stück 2: Die Kirchengeschichte sollte zulasten von Überblicken aktueller und moderner gestaltet werden. Die Katechetik sollte von der Universität verbannt werden. Hirsch forderte mehr Hilfskräfte und von der Kirche bezahlte Repetitoren. Nur diese sollten später zur Promotion zugelassen werden und stellen so eine Art „Reserveoffiziercorps“ für höhere kirchliche Stellen. Dies würde auch die Konkurrenz zwischen Fakultät und Kirche um den besonders befähigten Nachwuchs entspannen. Eine bessere Vorbildung würde zugleich schärfere Auslesebedingungen für potentielle Habilitanden ermöglichen. Zwischenprüfungen lehnte Hirsch ab. Diese seien „Krücken für Schwächlinge“.

<sup>820</sup> Ebenda, Stück 3.

Hirsch Wert auf einen starken Praxisbezug, während es den Anteil der Predigerseminare – an diesen sollte der wissenschaftliche Unterricht durch Seelsorge und religiöse Erziehung ersetzt werden – zu beschränken galt.<sup>821</sup> Die eigentliche Vikarszeit sollte ein halbes Jahr nicht überschreiten, pro Jahr setzte Hirsch zudem ein monatliches Lager an.<sup>822</sup> Erst dann, nach erfolgreichem Abschluss und der Zulassung durch den Bischof, war die Überweisung in ein Predigerseminar, dann die vom Reichsbischof festgelegte Kirchenprüfung und schließlich, bei einem positiven Ausgang, die Ordination vorgesehen.<sup>823</sup> Als sechste Stufe konzipierte Hirsch den kirchlichen Hilfsdienst neu. Er entkoppelte die Rechte des Geistlichen Standes von der Wahlfähigkeit. Diese sei zu beschränken (Stadt, Land). Nur wer uneingeschränkt tauglich sei, solle aufsteigen können. Zur Bewährung sollte der Hilfsdienst in einem anderen Sprengel geleistet werden (z.B. Schwaben in Schleswig-Holstein), bevorzugt dort, wo Gemeindebildung nötig sei (z.B. in einer Stadt oder kirchlich vernachlässigten Siedlungen).<sup>824</sup> Zuletzt machte Hirsch Vorschläge zur kirchlichen Weiterbildung, in der er die größten Defizite sah. Über die Einführung eines von seinen Verwaltungsarbeiten befreiten und mit dem Recht auf Kir-

---

<sup>821</sup> Unabhängig von der Denkschrift Hirschs präsentierte Gerhard Hahn, Landesleiter der hannoverschen DC und Präsident des Landeskirchentages und Vizepräsident im Landeskirchenamt, am 28.12.1933 eigene Pläne für eine deutschchristliche Theologenschule in Bad Bevensen. Ihre Einweihung erfolgte am 4.1.1934 in Anwesenheit von Landesbischof Marahrens. Ziel war „die Erziehung zum praktischen wie auch weltanschaulichen Nationalsozialismus“. Neben der Kameradschaftserziehung wollte Hahn jede Form der Sonderorganisation und die Ausbildung eines volksfremden Habitus’ unterbinden: „Es darf um des Volkes und um der Kirche willen nicht mehr möglich sein, dass Geistliche dem jungen Deutschen, der im Braunhemd marschiert, verständnislos oder gleichgültig gegenüberstehen. Für die Kirche im nationalsozialistischen Deutschland ergibt sich deshalb die Forderung: die Diener der Kirche, die nationalsozialistischen Gemeinden und einer nationalsozialistischen Jugend dienen wollen, müssen Nationalsozialisten sein. Demgemäß sollen die Lehrgänge der Theologenschule unter Leitung eines bewährten SA-Führers stehen.“ Als Motto wählte er die Losung *Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum der sächsischen Deutschen Christen*. Sein Ziel, den Besuch der ‚braunen‘ Theologenschule verpflichtend für die Zulassung zum Zweiten Examen und für die Übernahme in den landeskirchlichen Dienst zu machen, konnte er nicht durchsetzen. Nach vier Lehrgängen wurde das Unternehmen eingestellt. Die Theologische Fakultät war nach bisherigem Kenntnisstand nicht eingebunden. Im Rahmen des letzten Lehrgangs im August 1934 referierte indes Georg Fiedler, der sich kurz darauf auf der Dreier-Liste der deutschchristlichen Fakultätsmehrheit für die Nachfolge von Johannes Meyer wiederfand. Vgl. Bergel/Sinn: Klinik, S. 71–91. Ebenda sind u.a. abgedruckt das Einladungsschreiben des Vizepräsidenten Hahn vom 28.12.1933 (S. 76); Hahn: Theologenschule der Hannoverschen Landeskirche, in: Evangelischer Pressedienst vom 28.12.1933 (S. 73–74).

<sup>822</sup> Hirsch: Über die künftige Ausbildung der Pfarrer, Stück 4. EZA, 1/3110. Hirsch sprach von einem vierteljährlichen Sekretariatsdienst im LKA, einem halben Jahr Unterricht an Übungsvolksschulen (Konfirmandenunterricht), einem Vierteljahr in der Inneren Mission (Krankenpflege) oder einer anderen Wohlfahrtseinrichtung. Als zusätzliche Sonderausbildungen galten ihm Repetitorendienste, SA-Dienst oder Führerdienst im Arbeitslager.

<sup>823</sup> Ebenda, Stück 5: Hirsch stellte erneut die Praxis in der Vordergrund: Predigtmeditation, seelsorgerische Gespräche und die Fähigkeit, „ein dogmatisches Problem vor SA-Leuten“ zu halten. Die Wiederholung alttestamentlicher oder kirchengeschichtlicher Stoffe hielt er nicht für nötig.

<sup>824</sup> Ebenda, Stück 6.

chenzucht ausgestatteten Propsten setzte er auch hier auf größtmögliche Kontrolle. Das dem Propst zugestandene Kontrollrecht sollte, so Hirsch, sogar die von den Pfarrern zu lesenden Bücher umfassen. Auch sollten ohne persönliche Schuld ungeeignete Pfarrer die Rechte des Geistlichen Standes verlieren und bei schlechterer Bezahlung zu kirchlichen Amtswaltern herabgestuft werden können.<sup>825</sup>

Die Reformpläne Hirschs fanden keine Eins-zu-eins-Umsetzung,<sup>826</sup> Recht ungeschminkt zeigen sie seine Erziehungs- und Bildungsvorstellungen. Die von ihm vorgestellte Ausbildungskonzeption umfasste einen Zeitraum von sieben bis zehn Jahren, die bestimmt waren von rassistischer Vorauslese, nationalsozialistischer Infiltration, verordnetem Gemeinschaftsdenken und -leben, Lagererziehung und einem Primat der Praxis. Sie beinhaltete eine Entscheidung für existentielle Unsicherheit, Rechtlosigkeit, ständige Kontrolle und künstlich hochgehaltenem Dauerdruck unter prekären Bedingungen. Im Gegensatz zum Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, den er im Rahmen der universitären Ausbildung hochhielt, negierte Hirsch individuelle Fähigkeiten zugunsten der bedingungslosen Einordnung in die ‚Volksgemeinschaft‘. Zumindest teilweise flossen seine Überlegungen in die reichskirchlichen Vorschläge für die zukünftige Theologenausbildung ein, die Hirsch nach einem Beschluss des *Geistlichen Ministeriums* mit dem deutschchristlichen Vertrauensmann beim Fakultätentag, Karl Fezer, und Helmuth Kittel vorbereitet hatte. Leitgedanke sei, so Reichsbischof Müller, dass „die jungen Theologen mit allen Schichten des Volkes in Berührung kommen“. SA-Dienst und Arbeitslager sollten verbindliche Erziehungsformen werden.<sup>827</sup> Anstatt „wissenschaftlicher

<sup>825</sup> Ebenda, Stück 7.

<sup>826</sup> Ab Oktober gehörte Hirsch mit Hermann Beyer, Walter Hoff, Walter Künneth und Friedrich Wieneke einer beratenden Kammer zur Ausbildungsfrage an, die ein *Gesetz über die Vorbildung von Theologen* erarbeiten sollte. Neben allgemeinen Vorschlägen (Ableistung einer wehrsportlichen Ausbildung, SA-Beitritt, gemeinsames Leben in Kameradschaftshäusern, Uniform) waren Frauen vom Pfarramt ausgeschlossen. Man dürfe kein Pfarramt für einen jungen deutschen Mann opfern, der eine Familie gründen könne. Frauen wies er die Rolle einer Gemeindegeliebten, kirchlichen Wohlfahrtspflegerin, Leiterin kirchlicher Jugendvereine oder einer Seelsorgerin für Gefangene zu. Zudem sollten die Erteilung von kirchlichem Unterricht, die Konfirmation von Mädchen und das Austeilen vom Abendmahl möglich sein. Dies schloss eine Universitätsausbildung ein, die er für die Gemeindegeliebten „im neuen Sinne“ sogar zur Vorbedingung machte. Wirtschaftlich sprach er sich für eine Schlechterstellung von Frauen aus. Sie müssten aber frei von hauswirtschaftlichen Nöten sein und sich anständige Kleidung und Bücher leisten können. Hirsch: Die Theologin (Memorandum für Reichsbischof Müller, 1933). EZA, 1/3110. Vgl. Erhardt: Verband, S. 283–289, hier S. 286–287.

<sup>827</sup> Bericht in: JK 2 (1934). Zur Zäsur für den Fortgang der Reformdiskussionen des theologischen Studiums bzw. von theologischen Ausbildungskonzepten überhaupt wurden die kircheninternen Klärungsprozesse des ‚Kirchenkampfes‘. Dafür gab es verschiedene Konzepte: 1) Verteidigung der Universitätsausbildung durch die DC (Reichsbischof) bei einer nationalsozialistischen Modifizierung der Lehrinhalte und der Übernahme nationalsozialistischer Erziehungsmethoden; 2) Völkische Umformung des Studiums samt einer umfassenden Neubestimmung der Studieninhalte und Bruch mit den bisherigen Lehrtraditionen im Verständnis der NDC; 3) Beibehaltung der bisherigen Ausbildung bei bleibender Autonomie der Theologischen Fakultäten gegenüber dem Staat (Theol. Fakultät Erlangen und Tübingen); 4) Angebot von kirchlichen Ersatzveranstaltungen an Universitäten mit deutschchristlichen Professoren; Herstellung eines engen Kontaktes zwischen Landeskirche und

Tüchtigkeit“ müsse der zukünftige Student der Theologie „die freie Kraft des Evangeliums selbst“ erleben und erfahren, wenn denn „ein lebendiges Zeugnis die Herzen der Gemeinden ergreifen“ solle.<sup>828</sup>

### Ein Angriff auf Hirschs Integrität: Gerüchte über seine ‚nichtarische‘ Abstammung

Hirschs Überidentifikation mit dem Nationalsozialismus erklärt auch die Vehemenz, mit der er gegen Zweifel an seiner ‚arischen‘ Abstammung vorging. Entsprechende Gerüchte hatten in völkischen und deutschnationalen Kreisen bereits Anfang der 1920er Jahre die Runde gemacht. Sie sollen, so Hirsch 1932, dazu geführt haben, dass nicht er, sondern der schlechter platzierte Erich Seeberg 1920 an die Königsberger Albertus-Universität berufen wurde. Nach vermeintlichen Anspielungen Karl Barths legte er im April 1932 gegenüber Wilhelm Stapel seine Abstammungslinie bis ins 17. Jahrhundert offen, der Hirsch in der *Maiausgabe des Deutschen Volkstums* schließlich ‚rehabilitierte‘.<sup>829</sup> Auch der spätere Studentenpfarrer Adolf Wischmann erinnerte sich, dass Hirsch bereits vor 1933 in jedem Semester „mindestens eine Stunde“ lang erklärte habe, trotz seines Namens kein Jude zu sein.<sup>830</sup> 1934 flammten entsprechende Gerüchte in Göttingen erneut auf. Nachdem sie sowohl die Dozenten- als auch die Studentenschaft erreicht hatten und Studentenführer Wolff Hirsch persönlich mitteilte, dass die Studentenschaft in der Angelegenheit nicht einen privaten Ehrenhändel, sondern eine „die Ehre und das Ansehen der Universität betreffende dienstliche Sache“ sehe, war es Hirsch selbst, der sie zu einem offiziellen Vorgang machte. An Rektor Neumann schrieb er:

*Zusammenfassend erhebe ich gegen Professor Wobbermin den Vorwurf, durch Verbreitung eines unwahren Gerüchts gegen den Dekan seiner eigenen Fakultät die [sic!] Ehre und das [sic!] Ansehen der Universität geschadet zu haben.*<sup>831</sup>

Wobbermin wies die Vorwürfe zurück. Allerdings werde die ‚arische‘ Abstammung Hirschs tatsächlich breit diskutiert, wobei die „wiederholt vorgetragene These“ seiner Abstammung „aus deutschem Bauernblut“ bei „vielen Kollegen

---

‚ihren‘ Studenten (lutherische BK); 5) Einrichtung der Kirchlichen Hochschulen und Ablösung der Pfarrausbildung von den als zerstört geltenden Fakultäten (dahlemitische BK). Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 205–223, hier S. 206f.

<sup>828</sup> Maßnahmen zur Ergreifung eines neuen Pfarrergeschlechts, in: JK 4 (1934), S. 158f.

<sup>829</sup> *Deutsches Volkstum* 14 (1932), S. 423. Vgl. Assel: Barth, S. 460–462.

<sup>830</sup> Wischmann: *Führung*, S. 27.

<sup>831</sup> Hirsch an Neumann am 26.4.1934. Abgedruckt in: Wolfes: *Theologie*, S. 382f. Ähnlich lautende Schreiben gingen auch an die Fakultätsmitglieder. Folgt man Hirsch, hatten sich bereits zuvor einige Fakultätskollegen Stammbaum und Ahnentafel zeigen lassen. Vgl. den Gesamtvorgang ebenda, S. 381–388. Beruflich arbeiteten die beiden Professoren für die *Theologische Literaturzeitung* zusammen, persönlich pflegten sie keinen Kontakt. Eine persönliche Aussprache gab es ausweislich der vorliegenden Unterlagen nicht.

unserer eigenen Universität und ebenso anderer Universitäten und auch Männern anderer Berufe“ Anstoß erzeuge und „als mit dem Augenschein unvereinbar bezweifelt“ werde.<sup>832</sup> Da der Vorgang nun aktenkundig war, richtete die Universität eine hochrangig besetzte Prüfungskommission ein. Am 9. Juli 1934 erklärten Rektor Neumann, Dozentenführer Vogel, Studentenführer Wolff und der Gauobmann der *Reichsfachschaft Hochschullehrer im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)*, dass entsprechende Nachweise Hirschs in der Hauptlinie seit 1585 vorlägen. Er gäbe zwar hugenottische Einflüsse, Hirsch sei aber unzweifelhaft ‚Arier‘:

*Im Übrigen handelt es sich um deutsche Bauern-, Schiffer- und Bürgerfamilien. Rektor, Dozentschaft, Hochschullehrerschaft und Studentenschaft stellen auf Grund dieser Urkunden fest, dass Herr Professor Hirsch seine arische Abstammung im bedeutend weiteren Umfange nachgewiesen hat, als es von irgendwelchen staatlichen oder Parteidienststellen verlangt wird.*<sup>833</sup>

Zwei Tage später erklärte das Rektorat den „Streitfall Wobbermin-Hirsch“ für erledigt. Hirschs Interesse an einer hochschulöffentlichen Klarstellung erklärt sich nicht allein durch ihre reale Brisanz, die ihn ggf. sogar sein Amt hätte kosten können. In seiner Deutung handelte es sich um einen ehrabschneidenden Frontalangriff auf seine Glaubwürdigkeit, der ein Aussitzen unmöglich machte.<sup>834</sup>

### **„eine geschlossene nationale Haltung“:<sup>835</sup> Äußerungen aus den Reihen der Fakultät während der Euphoriephase 1933/34**

In der Umbruchphase des Jahres 1933 hatten Begriffe wie ‚nationale Revolution‘, ‚nationale Wende‘, ‚nationale Erhebung‘, ‚nationales Erwachen‘ und ‚geschichtliche Stunde‘ Konjunktur.<sup>836</sup> Auch viele Theologieprofessoren nutzten akademische Veranstaltungen, Feierlichkeiten zu Semesterbeginn, öffentliche und akademische Vorträge und Predigten, um Stellung zur Transformation der Republik in eine Diktatur zu beziehen und vornehmlich unter geschichts- und kulturpolitischen Gesichtspunkten ihre Sicht der Dinge darzulegen. Dabei dominierte das „religiös-

<sup>832</sup> Wobbermin an Behm am 4.5.1934. Abgedruckt in: Wolfes: Theologie, S. 384f.

<sup>833</sup> Neumann am 9.7.1934. Auszugsweise abgedruckt in: Wolfes: Theologie, S. 387; Nachweisung der ‚Arierschaft‘ Hirschs vom 9.7.1934. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>834</sup> Noch 1984 griff der damalige Student Friedrich Schwekendiek die Angelegenheit in seinen knappen Lebenserinnerungen auf. („denn niemand wollte es diesem kleinen ‚Hutzelmännchen‘ mit seinem jüdischen Aussehen und seinem jüdischen Namen glauben, daß er Arier sei.“). Schwekendiek: Leben, S. 75f.

<sup>835</sup> Hirsch: Dekanatsbericht für die Zeit vom 1.9.1932 bis 31.8.1933. Zitiert nach Mager: Promotionen, S. 349.

<sup>836</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, S. 27–71, hier S. 34. Vgl. allgemein Scholder: Kirche, Bd. 1, S. 277ff.; Inacker: Transzendenz, S. 102–162.

ethische Betrachtungsmoment“ gegenüber der „empirischen Ratio der Politik“. <sup>837</sup> Derartige Äußerungen lassen sich auch für Göttingen feststellen. Sie dokumentieren zugleich die Akzeptanz der Theologischen Fakultät in der Frühphase des NS-Staates. Es war Hirsch, der im SoSe 1933 die öffentliche Vorlesungsreihe *Die geistige Lage der Gegenwart im Spiegel der Wissenschaft* eröffnete und das Thema philosophisch (2. Mai) und theologisch (9. Mai) ausdeutete. <sup>838</sup> Im Folgesemester beteiligten sich der Dekan (*Deutsches Volk und christlicher Glaube*) und Wobbermin (*Deutscher Staat und Evangelische Kirche*) an der Vortragsreihe *Rasse, Volk und Staat*. <sup>839</sup> Dazu lasen Duhm in öffentlicher Vorlesung *Altes Testament, germanische Religion und Christentum* und Hans von Lüpke über *Die Aufgabe der Kirche im neuen deutschen Bauerntum*. <sup>840</sup> Es handelte sich um akademische Beiträge zur Legitimation des ‚nationalen Aufbruchs‘, die zugleich der evangelischen Standort- und Aufgabenbestimmung dienten. Überregionale Aufmerksamkeit erlangten Hirschs Marburger Vortrag *Die evangelische Kirche im Deutschen Staat* am 21. Juni 1933, in dem sich der Göttinger Dekan drei Tage vor dem Rückzug des designierten Kandidaten Friedrich von Bodelschwingh ausdrücklich für Ludwig Müller als kommenden Reichsbischof aussprach, sowie sein Hauptvortrag *Glaube und Wissenschaft* auf der Berliner Reichstagung des *Studentenkampfbundes Deutsche Christen*.

Die zeittypische Verbindung von Grundsätzlichem und Konkretem zeigt beispielhaft die Predigt *Meine Zeit steht in deinen Händen*, die Johannes Hempel am 2. Juli 1933 anlässlich eines akademischen Gottesdienstes hielt. Hempel hoffte auf eine Einigung im ‚Kirchenstreit‘ (Kirchenwahlen, Bodelschwingh, Reichskirche) und die Möglichkeit, die Treue zum Reich und zur Kirche vereinbaren zu können, bevor er sich zur unauflöselichen Verbindung von ‚Deutschtum‘ und Christentum bekannte. In der ‚Volksgemeinschaft‘ sah er trotz der realen Gefahr einer „heidnischen Romantik“ die Möglichkeit einer breiten Wiederannäherung an die Kirche. Ansonsten würden nur beide, die ‚nationale Bewegung‘ und das Christentum, verlieren. <sup>841</sup> Im Folgenden beschwor Hempel die Größe des Augenblicks, die Bedeutung des ‚August 1914‘ sowie die Innerlichkeit und Tiefe der Deutschen. Heute stehe der „deutsche Mensch“ vor einer Entscheidung. Zuletzt bekannte er sich zum ‚neuen‘ Staat, zum Reichspräsidenten und zum Reichskanzler und Führer, dessen Werk man mittrage, sowie zur Kirche, die „uns im Kreuz von Golgatha das Gericht über alle Menschlichkeit in die Seele“ brenne. Nach ihrem Aufbau

<sup>837</sup> Nowak: Universitätstheologie, S. 111.

<sup>838</sup> Vorlesungsverzeichnis 1933.

<sup>839</sup> Vorlesungsverzeichnis 1933/34.

<sup>840</sup> Ob Lüpke seine Vorlesung hielt, ist nicht bekannt. Er starb im Januar 1934. Der literarische Ertrag Duhms war gering. 1936 veröffentlichte er seine Schrift *Das Alte Testament in Verkündigung und Unterricht*. Einleitend führte er aus: „Wir arbeiten mit, dankbar und mit neuem Lebensmut, an der völligen Gesundung unseres Blutes, an der Befreiung von allem, das uns wesensfremd ist, am Wiedererstarren all der einen und stolzen Kräfte, die aus germanischer Urzeit her in der Tiefe unserer Seele leben.“ Ebenda, S. 5.

<sup>841</sup> Hempel: Zeit, S. 7. Die folgenden Zitate ebenda.



handelte es sich um eine klassische Predigt, ihr politischer Charakter ist dennoch evident. Vor der versammelten Universitätsgemeinde sagte Hempel ein klares Ja zur neuen politischen Ordnung. Diese verband er mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und der Stärkung des christlichen Glaubens. Von dieser Möglichkeit war Hempel noch zum Jahresende 1933 überzeugt. Seinen Beitrag *Zur Geschichte des Hakenkreuzes* im *Deutschen Pfarrerblatt* schloss er mit den Worten:

*Möchte es dem Hakenkreuzbanner als staatliches Symbol im Dritten Reich beschieden sein, in fortschreitender Vertiefung seines Symbolgehalts zum Wahrzeichen eines nach außen freien, nach innen lebendigen, aus dem Glauben an das Evangelium seine Kraft schöpfenden neuen Volkstums zu werden.*<sup>842</sup>

Ab 1934 erlahmte das öffentliche Engagement der Fakultät und ihrer Mitglieder. Ein Aufruf Hirschs zur Beteiligung an Führerschulungskursen für das Landjahr blieb ergebnislos, so dass er Fehlanzeige melden musste. Die Fakultät könne allein zu den Bereichen ‚Politische Erziehung‘ bzw. ‚Rassenkunde‘ Beiträge anbieten, wobei an erster Linie an Georg Wobbermin – zu dieser Zeit ein nationalsozialistischer Aktivposten – zu denken sei.<sup>843</sup> In den darauffolgenden Jahren gab es zwar weiterhin öffentliche Vorträge – beispielsweise repräsentierte Hirsch die Fakultät im Vorfeld des Universitätsjubiläums am 25. November 1936 in der Vorlesungsreihe *Volk und Hochschule im Umbruch* mit seinem Vortrag *Der Weg der Theologie*, 1937 sprach er im Audimax programmatisch über *Deutscher Geist und deutsches Leben* –, in ihrer Gesamtheit aber nahm die Bedeutung der Fakultät für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess stark ab.<sup>844</sup> An Zeitdeutungsangeboten durch Theologen bestand kein Interesse mehr.

## Keine einheitliche Position: die Fakultät und der ‚Arierparagraf‘

Mit dem *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* schuf der Staat am 7. April 1933 die legislative Grundlage zur Entfernung von ‚Nichtariern‘ aus dem Staatsdienst.<sup>845</sup> Auch innerhalb der Evangelischen Kirche wurde der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im Kirchendienst, insbesondere im Pfarramt, breit diskutiert. Bereits auf der Ersten Reichstagung der *Glaubensbewegung DC* vom 3. bis 5. April

<sup>842</sup> Hempel: *Zur Geschichte des Hakenkreuzes*, in: *Deutsches Pfarrerblatt* 35 (1933).

<sup>843</sup> Hirsch an Kurator am 19.1.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 30.

<sup>844</sup> ANV/VV für das WS 1936/37; Hirsch: *Weg*; Bericht in *GT* vom 3.12.1937.

<sup>845</sup> Der Begriff des ‚Nichtariers‘ trifft den Sachverhalt am besten, da von den antisemitischen Maßnahmen des NS-Staates bis zu 400.000 Menschen betroffen waren, die Christen bzw. konfessionslos waren. Gesetzgeberisch wurde der Rechtsbegriff des ‚Juden‘ erst mit den ‚Nürnberger Rassegesetzen‘ eingeführt. Die Definition eines Juden erfolgte fortan nicht mehr über die Religionszugehörigkeit, sondern beruhte auf ‚rassischen‘ Kriterien (für deren Bestimmung die Religion der Vorfahren freilich zentral waren). Vgl. Röhm/Thierfelder: *Juden*, Bd. 1, S. 260–264; Büttner: *Kirche*, S. 20f.

1933 forderte der Berliner Pfarrer Siegfried Nobiling die Übernahme des ‚Arierparagrafen‘ durch die Kirche. Konkrete Beschlüsse fielen im Spätsommer 1933. Auf Drängen der brandenburgischen Provinzialsynode beschloss die 10. Generalsynode der Landeskirche der altpreußischen Union am 6. September 1933 die Einführung eines kirchlichen ‚Arierparagrafen‘. Nur wenige Tage später, am 11. September 1933, bat der kurhessische Kirchentag die beiden Theologischen Fakultäten in Marburg und Erlangen um gutachterliche Äußerung. Innerhalb von nur zwei Wochen, also unmittelbar vor der Wittenberger Nationalsynode, legten beide Fakultäten ihre Gutachten vor, zudem verfassten 22 Neutestamentler verschiedener Universitäten ein weiteres Gutachten mit dem Titel *Neues Testament und Rassenfrage*. Das maßgeblich von Hans von Soden verfasste Marburger Gutachten (20. September) hielt den kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ für unvereinbar mit dem Wesen der Kirche und damit auch mit Artikel 1 der Verfassung der DEK vom 11. Juni 1933. Auch das Erlanger Gutachten (25. September), für das Werner Elert und Paul Althaus verantwortlich zeichneten, sah die Mitgliedschaft von ‚Judenchristen‘ in der DEK weder bestritten noch eingeschränkt: „In der Verbundenheit mit Christus gibt es vor Gott keinen Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden“. Da die Zulassung zum Pfarramt aber zur äußeren Ordnung der evangelischen Kirche gehöre, sei die begründete Entlassung von ‚nichtarischen‘ Amtsträgern möglich: „Für die Stellung der Kirche im Volksleben [...] würde in der jetzigen Lage die Besetzung ihrer Ämter mit Judenstämmigen im Allgemeinen eine schwere Belastung und Hemmung bedeuten.“ In dem Gutachten der Neutestamentler (23. September) wurden für die Zugehörigkeit zur Gemeinde allein der Glaube und die Taufe geltend gemacht. Einen kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ lehnten die Unterzeichner ab.<sup>846</sup>

Die Göttinger Theologische Fakultät entwickelte keine gemeinsame Haltung.<sup>847</sup> Walter Bauer und Joachim Jeremias, der erst 1935 nach Göttingen kam, gehörten zu den Unterzeichnern des Gutachtens der 22 Neutestamentler und bekannten sich zur uneingeschränkten Möglichkeit der Amtsträgerschaft durch Christen jüdischer Herkunft. In „ihrer Lehre und ihrem Handeln“ dürfe eine christliche Kirche „diesen Standpunkt grundsätzlich nicht aufgeben“. Carl Stange, akademischer Lehrer von Paul Althaus, beurteilte das Erlanger Gutachten in einem Beitrag für die AELKZ am 22. Dezember 1933 kritisch. Es sei von dem berechtigten Anliegen geleitet, „dem deutsch-vaterländischen Empfinden und den Grundsätzen des Christentums gleichermaßen Ausdruck zu geben“, komme aber in seiner berechtigten zentralen Fragestellung, ob der „Ausschluss der Judenchrist-

<sup>846</sup> Das Erlanger Gutachten über die Judenfrage; Neues Testament und Rassenfrage. Abgedruckt in: Liebing (Hg.): *Theologen*, S. 16–19 bzw. S. 49. Vgl. Hermelink: *Kirche*, S. 51–53; Meier: *Kirche*; Dinkler: *Testament, Röhm/Thierfelder: Juden*, Bd. 1., S. 210–213.

<sup>847</sup> Auf Basis des Erlanger Gutachtens war die Frage Gegenstand einer Fakultätssitzung. Ergebnisse sind nicht bekannt. Einladung vom 31.10.1933. UAG, Theol. SA, Nr. 160/4. Ohne Beleg berichtet Krumwiede, Hirsch habe „im Namen der Fakultät“ am selben Tag erklärt, die Theologische Fakultät schließe sich dem Erlanger Gutachten an. Krumwiede: *Kirchengeschichte*, S. 556.

ten“ tatsächlich nur die äußere Ordnung betreffe oder „eine wesentliche Bedingung der Kirche im Sinne des Glaubens“ sei, zu einer falschen Schlussfolgerung. Die Antwort der Erlanger Professoren stehe „im Gegensatz zur Lehre des lutherischen Bekenntnisses“.<sup>848</sup> Auch für judenchristliche Amtsträger gelte allein die Forderung, „Zeugen von dem auferstehenden Christus“ zu sein:

*Die Kirche kann nicht zugeben, daß die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volke ein solches Hindernis sei. Sie würde damit aussprechen, daß die natürliche Gliederung der Völker dem Heilswirken Gottes übergeordnet sei.*<sup>849</sup>

Die wohl gewichtigste Göttinger Einzelmeinung war der in der Zeitschrift *Kirche und Volkstum in Niedersachsen* veröffentlichte Beitrag *Arier und Nichtarier in der deutschen evangelischen Kirche* von Emanuel Hirsch.<sup>850</sup> Mit der Unterscheidung der Gemeinde Jesu Christi und der verfassten Kirche folgte er im Wesentlichen den Ausführungen Elerts und Althaus'. Das geistliche Amt sei bereits jetzt an festgelegte Berufsvoraussetzungen wie z.B. eine wissenschaftliche Ausbildung oder körperliche Belastbarkeit gebunden. Nun werde im „deutschen Volke und im deutschen Staate“ „ein Ethos“ und eine Ordnung aufgerichtet, „welche zwischen Menschen

<sup>848</sup> Stange: Gutachten, Sp. 1191f. Stange kritisierte die starke Zeitgebundenheit und die ungenügende theologische Begründung für eine Verweigerung des Geistlichen Amtes für Judenchristen (bzw. für andere ethnische Gruppen). Dies sei historisch beispiellos. Auch rede die lutherische Kirche von dem „allgemeinen Priestertum aller Gläubigen“. Ein Jeder sei dazu berufen, durch das Zeugnis von der Vergebung, durch das er selbst zum Heil geführt worden ist, auch andere zum Heil zu führen. Die Kirche müsse von einer ‚echten‘ Bekehrung judenchristlicher Amtsträger ausgehen, zudem müssten– wie im Staatsdienst – Ausnahmen zulässig und möglich sein. Angesichts der verschwindend geringen Anzahl der aus „jüdische[m] Blut hervorgegangene[n] Geistlichen“ innerhalb der deutschen Kirche könne man ihr kaum fehlende vaterländische Gesinnung vorwerfen. Der beste Dienst, den die Kirche dem nationalen Staat erweisen könne, sei es, das Bekenntnis des „deutschen Mannes Martin Luther“ rückhaltlos zu Geltung zu bringen. Der Stange-Bertrag erschien, so Hans Mikosch, ohne Angabe von Ort und Jahr auch als Sonderdruck mit dem Zusatz „(der Theologischen Fakultät der Georgia Augusta), vorgelegt von Abt D. Stange“. Ob das Votum Stanges tatsächlich zur Vorbereitung einer internen Diskussion verfasst wurde und ob/wie es dort einfluss, ließ sich nicht klären. Mikosch: Hakenkreuz, S. 58, S. 196. Allerdings zirkulierte es bereits vor seiner Veröffentlichung. Vgl. die Vorabankündigung in: Redaktionelle Notiz in ThBl. 12 (1933), Sp. 375–376.

<sup>849</sup> Stange: Gutachten, Sp. 1193.

<sup>850</sup> Vgl. Hirsch: Arier. Vgl. Schjörning: Gewissensethik, S. 193–195, S. 304–305; Reimer: Hirsch, S. 116–126. Die Präsenz des Themas belegt folgende Anekdote. Nach Aussage der Tochter des Göttinger Oberbürgermeisters besuchte Hirschs Frau 1934 im Albani-Gemeindehaus einen Vortrag zum Thema *Nationalsozialismus und Judentum*, wobei sie die mit einem ‚Juden‘ verheiratete Vortragende öffentlich denunzierte. Sie solle einen Bastard geboren haben. Popplow: Machtergreifung, S. 166. Politisch akzentuierter äußerte sich Hirsch in *Das kirchliche Wollen der Deutschen Christen*: Der „Blutbund unsers Volkes war am Verderben“. Verderbe aber das Blut, so gehe auch der Geist zugrunde. Es ehre die „Gutherzigkeit“ des deutschen Volkes, so viele Juden aufgenommen zu haben. Aufgabe der Kirche aber sei es, „das Geheimnis der mit dem Blute empfangenen Kraft und Art heilig zu halten“. Sie habe die Verpflichtung, die Zurückgabe des Bluterbes dem deutschen Volke „einzubrennen“ und dürfe „Mischheiraten“ und dem „Überwuchern der Minderwertigen“ nicht tatenlos zusehen. „Halbdeutsche“ dürften die kirchlichen Ämter nicht überschwemmen. Hirsch: Wollen, S. 11–17.

deutschen Blutes und Menschen nichtdeutschen Blutes einen tief in das Leben greifenden Unterschied“ mache. Die Kirche müsse dies aus christlicher Verantwortung bejahen. Da der Anteil der Geistlichen „jüdischen oder halbjüdischen Bluts“ gering sei, sprach er sich, sofern es keine belasteten Verhältnisse in den Gemeinden gäbe, für eine Art Bestandsschutz aus. Es bestehe kein Anlass, „bestehende Vertrauensverhältnisse in kirchlich und volklich gesunden Gemeinden durch Maßnahmen von außen zu zerstören.“<sup>851</sup> Für die Zukunft aber müsse die Kirche vertraglich zusichern, nur noch Kandidaten anzunehmen, die der DSt angehörten.<sup>852</sup> Bezüglich der Stellung der ‚nichtarischen‘ Gemeindeglieder bzw. der Forderung nach Bildung eigener judenchristlicher Gemeinden plädierte Hirsch aus pragmatischen Gründen für die Belassung der bisherigen Verhältnisse. Die Abendmahlsgemeinschaft stellt er nicht in Frage:

*Wer grundsätzlich nicht mit einem Menschen jüdischen Bluts zusammen am Altar knien kann, um Leib und Blut des Herrn zu empfangen, der ist noch so wenig in das Christentum hineingewachsen, daß er am besten darauf verzichtet über grundsätzliche, kirchliche Ordnung mitzureden.*<sup>853</sup>

Deutlich politischer akzentuierte Georg Wobbermin seine Position. Für ihn war das *Marburger Gutachten* schlicht eine „volksfremde und geschichtslose Stellungnahme“.<sup>854</sup> Am 18. Oktober 1933 erklärte er sich in der Tageszeitung *Der Reichsbote* öffentlich. Während er den kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ theologisch und kirchenrechtshistorisch durchaus für problematisch hielt, befürwortete er ihn ‚rassepolitisch‘. Im Falle einer Ablehnung, so Wobbermin, müsse die Kirche konsequenterweise auch die staatliche Gesetzgebung ablehnen. Er sah überhaupt keine Notwendigkeit einer eigenständigen kirchlichen Begründung, da das Neue Testament die Fragestellung nicht kenne:

*Es ergibt sich, daß diese Stellungnahme [der altpreußischen Landeskirche] als sachgemäß und berechtigt anzuerkennen ist, die sie verwerfenden Gutachten aber der Theologischen Fakultät Marburg sowie der ‚Lehrer der Wissenschaft vom Neuen Testament‘ als vorläufig und irreführend abzulehnen sind.*<sup>855</sup>

<sup>851</sup> Ebenda, S. 19. An dieser Position hielt Hirsch fest. 1937 forderte er von der Kirche, dass „neueinstellende geistliche und weltliche Kirchenbeamte die Qualifikation zum Reichsbürgerrecht“ besitzen müssten. Zitiert nach Schjørring: *Gewissensethik*, S. 289.

<sup>852</sup> Für die Zukunft waren Christen jüdischer Herkunft damit ausgeschlossen, da sie per Gesetz nicht Mitglied des DSt sein konnten. Hirsch hielt einzelne Ausnahmen für möglich, über die der Reichsbischof auf dem Gnadenwege zu entscheiden habe.

<sup>853</sup> Ebenda, S. 20. Im Falle von Wiener Verhältnissen (dort war der Anteil von Konvertiten besonders hoch) hätte sich Hirsch bereits jetzt für die Bildung gesonderter Gemeinden ausgesprochen. Diese befürwortete er für Neugetaufte und aus „Mischheiraten hervorgehende Halbblütige“.

<sup>854</sup> Wobbermin an Heckel am 7.10.1933. Zitiert nach Wolfes: *Theologie*, S. 342ff.

<sup>855</sup> Wobbermin: *Gutachten*. Abgedruckt in: Liebing (Hg.): *Theologen*, S. 28–31, hier S. 28. Die folgenden Zitate ebenda. Was für die neutestamentliche Gemeinde gegolten habe, gelte, so Wob-

Für Wobbermin war der ‚Arierparagraf‘ im Kern eine „Rassenfrage“, vor die man konkret gestellt sei. Es gäbe eine vor allen durch „das jüdisch-kulturbolschewistische Literatentum“ hervorgerufene „Notlage“, die die „Einheitlichkeit des deutschen Geisteslebens“ gefährde. Dazu habe auch die Kirche beigetragen, die in den letzten Jahrzehnten zu viele Konversionen zugelassen und begünstigt habe. Nun gelte es, ungeachtet der Härte im Einzelfall, sich der „gemeinsamen Aufgabe“ nicht zu entziehen. Vielmehr müsse die Kirche ihren Anteil tragen, „wie drückend er auch sei“.<sup>856</sup> Auch Wobbermin stellte die Frage der Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde nicht infrage: „Deshalb muß Seelsorge- und Abendmahlsgemeinschaft allen Getauften ausnahmslos zugestanden werden.“<sup>857</sup> Seine Stellungnahme führte zu einer polemischen Auseinandersetzung mit Rudolf Bultmann, der Wobbermins Trennung von Mitgliedschaft und Amt grundsätzlich verwarf. Maßstab für einen kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ seien ausschließlich der neutestamentliche Kirchenbegriff und die reformatorischen Bekenntnisschriften. Deshalb müsse die Kirche, so Bultmann, über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und dürfe nicht bloß staatliche Vorgaben übernehmen. Die christliche Existenz offenbare sich in den im Glauben verankerten Idealen, nicht in einer durch gesellschaftliche Konventionen gebundene Sozialordnung. Ein vorläufiges „Abbrechen“ der Substanz des Evangeliums gebe es nicht, somit widerspreche der ‚Arierparagraf‘ in der Kirche der Wahrheit Christi.<sup>858</sup> Letztendlich blieb die Kontroverse fruchtlos, da es keine Vermittlungsebene gab. Wobbermin verharrte in seiner Replik in einer völkisch-politischen Überzeichnung des (vermeintlichen) „jüdischen Einflusses“ auf Staat und Volk und einer daraus resultierenden Notsituation, während Bultmann, der die Haltung Wobbermins als „ebenso widerspruchsvoll wie glaubenslos“ charakterisierte, kirchlich-theologisch argumentierte.<sup>859</sup> In seiner im Rahmen der Vortragsreihe *Rasse, Volk und Staat* gehaltenen Vorlesung *Deutscher Staat und evangelische Kirche* verteidigte Wobbermin seine Auffassung.<sup>860</sup>

Die Göttinger Beiträge zum kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ bilden die allgemeine kirchliche und akademische Debatte inhaltlich und zeitlich ab. Mit ihrem öffentlichen Bedeutungsverlust verlor sie an Intensität. Ein offensives Werben, wie es

---

bermin, heute „entsprechend“ (Griechen und Juden, heute Arier und Nichtarier). Der Text wurde mehrfach abgedruckt, teils mit redaktionellen Veränderungen. Vgl. Wolfes: *Theologie*, S. 328–336.

<sup>856</sup> Wobbermin: *Gutachten*, S. 31. Auch Wobbermin schob eine Milderung der Maßnahmen, darunter verstand er die rückwärtsgewandte Nichtanwendung des ‚Arierparagrafen‘, dem Reichsbischof zu. Eine vorsichtige Anwendung der Regelung dürfe aber weder die Regel sein, noch dürfe sie zu einer Ungleichbehandlung führen.

<sup>857</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>858</sup> Bultmann: *Der Arier-Paragraf im Raume der Kirche*. Abgedruckt in: Liebing (Hg.): *Theologen*, S. 32–45. Die folgenden Zitate ebenda.

<sup>859</sup> Wobbermin: *Nochmals die Arierfrage in der Kirche*. Abgedruckt in: Liebing (Hg.): *Theologen*, S. 51–52. Der Beitrag erschien zuerst in: *Deutsches Pfarrerberblatt* 38 (1934), S. 9–10; Bultmann: *Zur Antwort auf Herrn Professor D. Wobbermins Artikel ‚Nochmals Arierparagraf in der Kirche‘*. Abgedruckt in: ebenda, S. 53–54, hier S. 54.

<sup>860</sup> Wobbermin: *Staat*, S. 19–20.

Vertreter der Theologischen Fakultät insbesondere während ihrer Skandinavienreise im September 1933 praktiziert hatten, blieb ein singuläres Ereignis. Allerdings setzten sich Einzelne im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten für ihre jeweilige Überzeugung ein, ohne sich besonders hervorzutun.<sup>861</sup>

Wie der Umgang mit christlichen ‚Nichtariern‘ an der Fakultät konkret gehandhabt wurde, ist nicht bekannt.<sup>862</sup> In Göttingen studierten mindestens drei Männer und eine Frau evangelische Theologie, die von der staatlichen Sondergesetzgebung betroffen waren. Helmuth Goetze, der sein Studium 1932 begonnen hatte, blieb bis 1935 an der Theologischen Fakultät und bestand ein Jahr später in Braunschweig sein Erstes Examen. Otto Schwannecke legte 1934/36 beide theologische Examina in Hannover ab und wurde 1939 durch Landessuperintendent Wilfried Wolters ordiniert. Eine kirchliche Anstellung blieb ihm verwehrt.<sup>863</sup> Hinweise auf eine tatsächliche Beschränkung finden sich allein bei Hans Werner Jordan, Sohn eines konvertierten Juden, der ab dem WS 1929/30 in Göttingen studierte. In seinen nach dem Krieg verfassten Lebenserinnerungen heißt es mit Bezug auf eine geplante neutestamentliche Promotion bei Johannes Behm: „1933/34 erwies es sich als unmöglich, den Grad des theologischen Licenciaten an der Universität Göttingen zu vollenden. Meine Lehrer waren ‚Deutsche Christen‘ gewor-

---

<sup>861</sup> So plädierte das NSDAP-Mitglied Hermann Schuster, zugleich Philister der *Burschenschaft Germania*, Ende 1934 für eine konsequente Ablehnung des ‚Arierparagrafen‘ durch den *Schwarzburgbund*. Schreiben vom 29.12.1934. Zitiert nach Zwanzig: *Germania*, S. 154f. Bauer soll wie erwähnt die rassistische Ausgrenzung verfehmter Kollegen auch öffentlich in demonstrativem Gestus durchbrochen haben. Leibholz-Bonhoeffer: *Schicksale*, S. 99. Dörries korrespondierte in den Jahren 1918 bis 1958 mit dem Osnabrücker Pfarrer Paul Leo, den er seit seinen Studientagen in Marburg kannte. Leo, ein Urenkel von Moses Mendelssohn, war im März 1938 zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden. Ende 1938 wurde er aus Buchenwald mit der Auflage entlassen, Deutschland innerhalb von zwei Monaten zu verlassen. Leo emigrierte in die USA. Vgl. BArch, NL 1721, Nr. 26. Der 1935 aus seinem Göttinger Lehramt vertriebene Philosoph und Historiker Georg Misch bescheinigte Dörries nach dem Krieg, dass sich ihr gutes Verhältnis auch nach den ‚Nürnberger Gesetzen‘ und der 1939 erzwungenen Emigration nach England nicht geändert habe. Leumundsschreiben Misch vom 27.2.1947. Ebenda, Nr. 21. Über den beunruhigten und verunsicherten Gogarten, damals noch in Breslau, schrieb Eduard Thurneysen an Barth: „Er ist richtig verrannt und redet sich in sture Rechtfertigungen des Arierparagrafen und dergl. hinein.“ Thurneysen an Barth am 14.10.1933. KBG V, Bd. 3, S. 506–512, hier S. 507.

<sup>862</sup> Im Umlaufbuch finden sich ohne weitere Ausführungen die Einträge „26: Immatrikulation Goetze“ (17.11.1933) und „14: Nichtarische Studenten“. (23.1.1934). UAG. Theol. SA, Nr. 199.

<sup>863</sup> Goetzes Vater war Pfarrer in Braunschweig und galt als ‚Halbjude‘. Obwohl der RKA keine Bedenken hatte, Goetze für den Vorbereitungsdienst zuzulassen, wurde ihm 1939 nach bestandnem Examen seine Ordination und damit die Möglichkeit zum Eintritt in den Kirchendienst verweigert. Er fiel 1943. Zur Familiengeschichte vgl. Röhm: *Goetze*; Röhm/Thierfelder: *Juden*, Bd. 3/1, S. 316–340. Otto Schwannecke galt aufgrund seiner Mutter, eine Christin jüdischer Herkunft, als belastet. Im Sommer 1944 wurde er zur *Organisation Todt* eingezogen, im März 1945 bei Artilleriebeschuss tödlich getroffen. Lindemann: *Stellung*, S. 524–529; Lindemann: *Schwannecke*. Gerda Friedmann studierte ab 1932 zuerst Geschichte, Deutsch und Religion und wechselte im WS 1933/34 für ein Semester an die Theologische Fakultät. Drei ihrer vier Großeltern waren jüdischer Herkunft. Vgl. Cunow/Röhm: *Friedmann*.

den.<sup>864</sup> Die genauen Hintergründe erhellt die knappe Aussage nicht. Eine formale Zulassungsbeschränkung bestand zu dieser Zeit noch nicht. Diese wurde erst zum 1. April 1938 mit dem Inkrafttreten der neuen Promotionsordnung fixiert.<sup>865</sup> Ebenso gab es keine abgestimmte Reaktion auf die prominente und in der Stadt Göttingen präsen- te Amtsenthebung von Bruno Benfey, seit 1927 Pfarrer von St. Marien. Nachdem das Regierungspräsidium Hildesheim am 23. November 1936 ein Aufenthaltsverbot ausgesprochen hatte, hielt Joachim Jeremias am 19. Dezember in den Räumen des CVJM einen Adventsgottesdienst für die „ihres Hirten beraubten Glieder der Mariengemeinde“.<sup>866</sup>

## Die Fakultät und der ‚Kirchenkampf‘

Der politische Umbruch des Jahres 1933 und die unmittelbaren Folgen für die Kirchen wurden auch an der Theologischen Fakultät mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und breit diskutiert. Dies gilt besonders für das Transformationsjahr 1933, als mit der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* ein neuer dynamischer und machtbewusster kirchenpolitischer Akteur die kirchliche Agenda bestimmte und mit staatlicher Unterstützung die Evangelische Kirche (und die evangelischen Landeskirchen) innerhalb weniger Monate grundlegend umgestaltete. Die Art und Weise, wie die brennenden Fragen der Zeit in Göttingen rezipiert wurden, sind anhand der Fakultätsakten kaum nachzuvollziehen. Nach Hans von Campenhau-

<sup>864</sup> Jordan: Erfahrungen aus den Jahren 1933 bis 1945, mutmaßlich August 1945, in: LAELKB, LKR 0.2.0003 – 51934 [freundliche Auskunft des Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 16.11.2016]. Eine Korrespondenz zu dem Vorgang ist nicht überliefert. Vgl. Töllner: Jordan.

<sup>865</sup> Gemäß den Vorgaben eines entsprechenden REM-Erlasses vom 15.4.1937 waren ‚Juden‘ von der Zulassung zum Promotionsverfahren nunmehr ausgeschlossen, wobei die Göttinger Regelung mit der Ausweitung der Nachweispflicht auf die Ehefrau über den Ministererlass hinausging. Auszug aus der Promotionsordnung der Theologischen Fakultät ab dem 1.4.1938. Sogenannten ‚Mischlingen‘ im Sinne der ‚Nürnberger Rassegesetze‘ war die Zulassung nicht grundsätzlich verweigert. Dekanat, Ordner Fakultätsordnungen; Mager: Promotionen, S. 348f.

<sup>866</sup> Reimann: Eindrücke. Zitiert nach Lindemann: Stellung, S. 461f. Als Mitglied der *Bekennenden Kirche* war Benfey ein wichtiger Ansprechpartner für Studentenpfarrer Wischmann und die studentische Bekenntnisgemeinschaft. Seiner Anhängerschaft hatte er empfohlen, die Gottesdienste von Jeremias zu besuchen. Benfey stammte aus einer jüdischen Familie, die seit 1809 in Göttingen ansässig war. Zum 1.6.1937 wurde er nach antisemitischen Ausschreitungen in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der Reichspogromnacht wurde Benfey verhaftet und kurzfristig ins Konzentrationslager Buchenwald verbracht, Anfang 1939 konnte er in die Niederlande emigrieren. 1946 kehrte er gegen Widerstände aus dem Landeskirchenamt an seine alte Pfarrstelle zurück. Heinrich Runte, der 1935 auf die erste Pfarrstelle St. Mariens berufen wurde, war ein Schüler Gogartens. Vgl. Röhm/Thierfelder: Juden, Bd. 2/II, S. 13–34; Lindemann: Stellung, S. 104–113, S. 346–495, S. 792–807; Otte: Geschichte, S. 622f. Bereits Anfang 1935 hatte Dörries mit dem Vater des Benfey-Nachfolgers Runte, Kirchenrat in Braunschweig, korrespondiert und Benfey als „tüchtig, aber jüdischer Herkunft“ beschrieben, zudem gehöre er dem *Pfarrernotbund* an. Dörries an Kirchenrat Runte am 12.1.1935. Zitiert ebenda, S. 461.

sen fanden kontroverse Diskussionen vor allem in privaten Kollegenkreisen statt. Als Beispiel führte er scharfe Auseinandersetzungen in der Reichsbischofsfrage an, die im Frühsommer 1933 die evangelischen Gemüter erregte. Die öffentliche Parteinahme für Ludwig Müller durch Hirsch stieß in Teilen des Kollegiums auf Ablehnung.<sup>867</sup> Auch die Korrespondenzen einzelner Professoren belegen eine intensive Auseinandersetzung mit den großen Zeitfragen und der innerkirchlichen Polarisierung. Dabei handelte es sich freilich um private, persönlich gehaltene Einschätzungen und nicht um einen Austausch im Sinne eines fakultätsinternen bzw. gar öffentlichen Meinungsbildungsprozesses.

Am 4. Januar 1934 erließ Reichsbischof Ludwig Müller seinen sogenannten ‚Maulkorberlass‘. Nachdem die Sportpalastrede des Berliner DC-Gauobmanns Reinhold Krause vom 13. November 1933 zu einer Massenaustrittsbewegung geführt und den Zerfall der *Deutschen Christen* als einheitlich-reichsweite Organisation eingeleitet hatte und die schwelenden kirchlichen und kirchenpolitischen Gegensätze zusehends offen zutage traten, bemühte er sich, die zunehmende innerkirchliche Kritik an seinem Kurs mit einem autoritären Akt zu ersticken. Nur Tage später übertrug Reichsminister Rust den Erlass auf die Theologischen Fakultäten. Fortan waren Professoren öffentliche Stellungnahmen gegen Mitglieder bzw. Maßnahmen der Kirchenregierung untersagt, ebenso die Zugehörigkeit zu Vereinigungen, die sich „ihrer Gesamthaltung nach gegen die Kirchenregierung stellen“.<sup>868</sup> Mit Abstrichen setzte sich diese Linie als bleibender Grundzug durch. Eine weitgehend kirchenpolitische Enthaltensamkeit bei gleichzeitiger grundsätzlicher Loyalität zum NS-Staat war geradezu der Kitt der Theologischen Fakultät. Erreicht wurde eine oberflächliche ‚Befriedung‘, die der Fakultät ungeachtet der bekannten, nicht aufzulösenden Differenzen und ungeachtet unterschiedlicher Haltungen zu Einzelfragen weiterhin eine gemeinsame Grundlage bot.

In diesem andauernden Schwebezustand wurden mögliche Zuspitzungen vermieden. Ende Februar 1935 verschärfte Rust die ministerielle Gängelung der Theologieprofessoren und erklärte kirchenpolitische Interventionen als unvereinbar mit dem Status eines Beamten. Auch sollten sie von jeder Beteiligung an einer Prüfungskommission absehen, die nicht unter der Leitung einer staatlich anerkannten Kirchenbehörde stehe und mit Kollegen besetzt sei, die „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten“, sowie auf ihre Studenten einwirken, sich „mit ganzem Ernst dem ihnen obliegenden Studium hinzugeben“.<sup>869</sup> Gegen diesen Erlass protestierten aus Göttingen sechs Fakultätsmitglieder: die Professoren Bauer, Dörrries, Meyer und Stange sowie die beiden Privat-

<sup>867</sup> Campenhausen: ‚Murren‘, S. 144.

<sup>868</sup> Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13.1.1934. Abgedruckt in: Dokumente II, S. 13.

<sup>869</sup> Erlass des REM vom 28.2.1935. Abgedruckt in: Dokumente II, S. 271f. Fortan stand die Mitarbeit in „freien kirchlichen Vereinigungen“ unter Genehmigungsvorbehalt, die Verleihung einer Ehrenpromotion wurde an die ministerielle Zustimmung gebunden.



dozenten Campenhausen und Hoffmann. In einem abgestimmten Schreiben betonten sie ihre akademische Freiheit und das Recht und die Pflicht zur aktiven Einmischung, auch in den Lehrstreit innerhalb der Kirche. Nur so könnten sie dem Anspruch lebensnaher Wissenschaft genügen und der Kirche und dem „schwer ringenden Volk“ in ihrem Kampf um die christliche Wahrheit beistehen.<sup>870</sup> Hirsch leitete das Protestschreiben pflichtgemäß weiter, wobei er empfahl, die vorgebrachten Einwände zu ignorieren.<sup>871</sup> Ähnlich verfuhr er im Oktober desselben Jahres, als das REM die Fakultäten zu einer Stellungnahme zu den Beschlüssen der Augsburger Reichsbekenntnissynode aufforderte. Diese habe in Göttingen, so Hirsch, keine Rolle gespielt. Lediglich Dörries und Hoffmann hätten die Synode nicht per se abgelehnt. Seines Erachtens aber verstoße „diese Freiheit der inneren Stellungnahme, solange sie, wie bei den beiden genannten Herren lediglich eine Angelegenheit des Herzens und keine Angelegenheit der Tat“ sei, nicht gegen den noch gültigen Ministererlass vom 28. Februar 1935.<sup>872</sup> Einerseits also nutzte Hirsch seine Autorität, um die aus seiner Sicht inhaltlich inakzeptablen Vorstöße seiner Amtskollegen bewusst ins Leere laufen zu lassen, andererseits nutzte er diese Illoyalität nicht, um weitere Klärungen mit einem möglicherweise ungewissen Ausgang herbeizuführen.<sup>873</sup> Im Januar 1937 verbot er dem Staatsbeamten Jeremias anlässlich einer Gastpredigt in der Albanikirche die Verlesung einer kirchenpolitischen Kundgebung der Hannoveraner *Bekennnisgemeinschaft*, akzeptierte aber, dass an seiner Stelle Studentenpfarrer Wischmann las.<sup>874</sup>

Zu unterschiedlichen Zeiten bezogen dennoch manche Fakultätsmitglieder in Fachbeiträgen zu kirchenpolitisch relevanten Themen Stellung, andere nahmen an Tagungen oder überregionalen Treffen teil, wiederum andere brachten sich mit Vorträgen, der Unterstützung der Fachschafts- bzw. landeskirchlichen Lager oder

<sup>870</sup> Schreiben der Genannten an das REM am 12.3.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>871</sup> Hirsch an das REM am 15.3.1935. Ebenda. Vgl. Ericksen: Fakultät, S. 79. Nach massiven Protesten ruderte das REM zurück und erklärte den Erlass zur vorübergehenden Maßnahme. Ziel des Erlasses war es, so das REM im Juli, „einheitszerstörende kirchenpolitische Streitfragen“ zu vermeiden. Grundsätzlich sah das REM in den Protestschreiben eine Disziplinlosigkeit. Im Januar 1936 wurde er endgültig aufgehoben. Zur Gesichtswahrung des Ministeriums erhielten einige Professoren mit der endgültigen Aufhebung eine Verfügung, mit der eine „ernste Missbilligung“ ausgesprochen wurde. REM an alle Fakultäten am 5.7.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202; Erlass des REM vom 15.1.1936. Abgedruckt in: Dokumente III, S. 161f.

<sup>872</sup> Hirsch an das REM am 25.10.1935 in Reaktion auf ein Rundschreiben des REM vom 15.10.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Der Einschätzung von Dörries und Hoffmann folgten auch Hermann Schuster und als Nicht-BK-Theologe Wilhelm Vollrath.

<sup>873</sup> Hirschs Haltung führte 1934/35 zum persönlichen Bruch mit Hans Lietzmann, der ihn für die Maßregelung missliebiger Professoren mitverantwortlich machte. Zum Verhältnis Hirsch-Lietzmann vgl. Aland (Hg.): Glanz, Einleitung, S. 127–129 sowie die Korrespondenz ab dem 8.9.1934 in: ebenda, S. 780ff.

<sup>874</sup> Aktennotiz Hirschs vom 19.1.1937. Personalakte Jeremias im Dekanat. Jeremias argumentierte, dass er der Anordnung Hirschs selbstverständlich Folge leiste, er der Kirche die Kundgebung aber nicht vorenthalten könne. Eine Absage stand nicht zur Debatte. Für Hirsch war die Angelegenheit damit erledigt.

der Übernahme von Bibelstunden ein. Dieses Engagement beruhte auf persönlichen Entscheidungen. Engere organisatorische Bindungen und eine eindeutige kirchenpolitische Stoßrichtung wurden vermieden, zum einen aus tatsächlicher Überzeugung, zum anderen, um möglichst wenig politische wie rechtliche Angriffsfläche zu bieten. Als öffentliche kirchenpolitische Akteure hielten sich die Mitglieder der Theologischen Fakultät weitgehend bedeckt. Dies gilt aufs Ganze gesehen trotz verschiedener Grenzüberschreitungen sowohl für ihre deutschchristlichen Mitglieder als auch für diejenigen, die sich zur *Bekennenden Kirche* hielten. Als unausgesprochener Minimalkompromiss entsprach diese institutionelle Enthaltensamkeit dem Ist-Zustand. Ziel war nicht mehr die Herstellung einer weltanschaulich-theologisch homogenen und gestaltenden Fakultät, sondern der pragmatische Zusammenhalt einer funktionierenden und politisch zuverlässigen Arbeits- und Erziehungsgemeinschaft.

### Im Großkonflikt mit der Landeskirche (1935–1938)

Formal war das Rechtsverhältnis zwischen Theologischer Fakultät und Hannoverscher Landeskirche nach den politischen Umwälzungen des Jahres 1933 unangestastet. Die Wirklichkeit sah anders aus. Ab 1935 entluden sich die Spannungen in einem gut dreijährigen Großkonflikt. Vor allem Hirsch wies den auftretenden Differenzen einen prinzipiellen Charakter zu. Spätestens mit den Beschlüssen der Dahlemer Reichsbekenntnissynode zum ‚kirchlichen Notrecht‘ und der Bildung der *Vorläufigen Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche* (VKL) im November 1934 hatte er sich endgültig von der Vorstellung einer organisatorisch unabhängigen und rechtlich selbständigen Kirche gelöst. In der konkreten Auseinandersetzung kam hinzu, dass die Hannoversche Landeskirche mit Landesbischof August Marahrens von einem führenden Repräsentanten der *Bekennenden Kirche* geführt wurde, der zudem sämtliche deutschchristliche Usurpationsversuche abgewehrt hatte. Hirsch stellte die Legitimität der hannoverschen Kirchenregierung auch nach der gerichtlichen Bestätigung Marahrens’ am 24. März 1935 grundsätzlich in Frage. Die „Koch- und Marahrensleute“ hätten einen „Dolchstoß gegen die deutsche Volksbewegung von 1933“ geführt, setzten sich für den „Eidverweigerer“ Barth ein und seien so „Mörder des deutschen Volkes und des deutschen evangelischen Kirchentums“.<sup>875</sup> Insofern zielte sein gesamtes Handeln auf die Zurückdrängung jeglichen landeskirchlichen Einflusses auf die Theologische Fakultät. Welchen Stellenwert er der Auseinandersetzung gab, zeigt seine Ablehnung eines Rufs nach Berlin. Ein Wechsel würde aussehen, als ob er die Hannoversche Kir-

<sup>875</sup> Hirsch an Gogarten am 1.12.1934. SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 15. Karl Koch war Vorsitzender des einflussreichen Landesbruderrates der westfälischen Kirche. Vgl. Klügel: Landeskirche; S. 324–330; Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 449–534; Röhrbein: Gleichschaltung; Lindemann: Volkskirche.

che an Marahrens preisgebe.<sup>876</sup> Dagegen machte die Landeskirche einseitig den „theologischen Anwalt der DC“ für die rapide Verschlechterung des lange Zeit vertrauensvollen Verhältnisses verantwortlich.<sup>877</sup> Die ohne vorherige Absage erfolgte Nichtteilnahme der Fakultät bei der Eröffnung des landeskirchlichen *Liturgischen Seminars* wurde als Affront wahrgenommen.<sup>878</sup>

### Das Ende der Fakultätsvertretung im Landeskirchentag (1935)

Die landeskirchliche Neuordnung durch Marahrens sah auch eine Neubildung des Landeskirchentages vor. Da der bisherige Fakultätsvertreter Behm im Sommer 1935 nach Berlin wechselte, stand eine Nachfolgeregelung auf der Tagesordnung.<sup>879</sup> Zu einer Neubenennung kam es nicht. Vielmehr bat Hirsch, der sowohl eine Ernennung als auch eine Nichternennung für einen bedeutsamen Akt hielt, das frischgeschaffene RMkA um rechtliche Anweisung. Er erhoffte sich auch eine offizielle juristische Bewertung der Rechtmäßigkeit der Kirchenregierung Marahrens.<sup>880</sup> Mit einer Antwort ließ sich Kerrl drei Monate Zeit. Die Fakultät solle von einer Neubestimmung Abstand nehmen und sich nicht offiziell äußern. So behalte man ohne eine verbindliche Festlegung die Zügel in der Hand.<sup>881</sup> Faktisch blieb die passive Haltung der Fakultät folgenlos. Marahrens gab seine Pläne zur Restituierung der Landessynode nach staatlichen Einwänden auf. Der nächste Landeskirchentag fand erst 1946 statt.

### Ein Nebenkriegsschauplatz: der Titel des Abts von Bursfelde (1935/37)

Seit 1828 diente die landesherrliche Verleihung des Titels *Abt von Bursfelde* an einen Ordinarius der Theologischen Fakultät der Beziehungsvertiefung von Landesherrschaft, Landeskirche und Fakultät.<sup>882</sup> Diese Tradition endete mit dem Tod von Karl Knoke (1920) und wurde kirchlicherseits erst mit den Verhandlungen zum preußischen Staatskirchenvertrag erneut auf die Agenda gesetzt. Nach zwölfjähri-

<sup>876</sup> Hirsch an Erich Seeberg am 30.1.1935. LKAK, KKD, Nr. 132. Als weiteren Grund nannte er seine Sehbehinderung. Zudem sei er in Berlin Unionslutheraner und kein Lutheraner mehr und könne so seine Aufgabe als „Zuchtrute“ der Reichskirche nicht mehr wahrnehmen.

<sup>877</sup> Vgl. Klügel: Landeskirche, S. 224–330, hier S. 324. In den Wochenbriefen von Landesbischof Marahrens spielte der Konflikt keine Rolle. Professoren der Göttinger Universität finden kaum und fast ausschließlich im Zusammenhang mit Auftritten und Veröffentlichungen Erwähnung, Hirsch überhaupt nicht. Vgl. Kück: Lage.

<sup>878</sup> Mahrenholz an Dörries am 28.5.1935. BArch, N 1721, Nr. 68.

<sup>879</sup> Wahl am 28.7.1933. UAG, Theol. PA, Nr. 25. Die Universität wurde zudem durch den Juristen und ehemaligen Rektor Julius Binder vertreten. Präsident des Landeskirchentages am 5.7.1935. UAG, Rekt., Nr. 4102. Vgl. Klügel: Landeskirche, S. 157f.

<sup>880</sup> Hirsch an das RMkA am 16.8.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101. Explizit problematisierte Hirsch, dass nach der Kirchenverfassung die Fakultätsvertreter entgegen der universitären Rechtslage zu wählen – und nicht zu ernennen – seien.

<sup>881</sup> Kerrl an Rektor Neumann am 25.11.1935. Ebenda.

<sup>882</sup> Vgl. Perlit: 900 Jahre; ders.: Professoren; Krumwiede: Geschichte.

ger Vakanz ernannte der hannoversche Kirchensenat auf Vorschlag des Ministeriums zum 1. April 1932 Carl Stange zum achten Abt von Bursfelde.<sup>883</sup> Stange gilt als der erste, der sich ernsthaft um die Belange des Klosters kümmerte und mit den *Bursfelder Himmelfahrtstreffen der Universität* eine bis heute anhaltende Tradition begründete. Mit seiner Emeritierung stellte sich die Frage der Abtswürde neu. Gegenüber dem REM sprach sich Hirsch für Stanges Belassung im Amt aus, vornehmlich aus pragmatischen Erwägungen. Eine Entbindung wäre nicht nur eine persönliche Kränkung, sondern würde vor allem in Schweden und in Ungarn unnötiges Aufsehen erregen. Das Amt sei nicht mehr als eine „symbolhafte Verkörperung einer Kirchenautorität der Fakultät“, zudem gering dotiert und ohne konkrete Auswirkungen.<sup>884</sup> Ende September 1935 stimmte das REM der Bestätigung Stanges vorläufig zu. Hirsch vermerkte im Dekanatsbericht 1935/36, dass Stange „auf Vorschlag des Dekans“ die Würde eines Abtes zu Bursfelde behalten könne.<sup>885</sup> Grundsätzlich aber sprach er sich, wie aus einem späteren Schreiben hervorgeht, für eine Aufhebung der Titelbindung an einen im Amt stehenden Göttinger Theologen aus und forderte eine grundsätzliche Klärung.<sup>886</sup> Dabei ging es einerseits um eine symbolische Schwächung des landeskirchlichen Einflusses, andererseits um eine Grundsatzentscheidung bezüglich bestehender Unklarheiten bei der staatlichen und landeskirchlichen Beteiligung in der Besetzungsfrage sowie des Amtes an sich.<sup>887</sup> Wenige Monate später machte das REM gegen den Willen Kerrls von seinem Widerspruchsrecht Gebrauch. Da das Ministerium nicht mehr das volle Vertrauen in Stange habe, beendete es die Präbende zum 1. Oktober 1937.<sup>888</sup>

<sup>883</sup> Vgl. Perlit: Professoren, S. 273–293; Unterlagen in: GStA PK, I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6, Tit. IV, Nr. 6, Bd. VI.

<sup>884</sup> Hirsch an das REM am 3.5.1935. UAG, Theol PA, Nr. 140.

<sup>885</sup> Kirchenregierung Hannover am 30.9.1935; REM an RMkA (und das LKA Hannover) am 12.2.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101; Dekanatsbericht 1935/36.

<sup>886</sup> Hirsch an den Rektor am 26.5.1935 mit Bezugnahme auf eine ältere Zusammenstellung für den Kurator. UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>887</sup> Perlit: Professoren, S. 285. Auf Wunsch der Landeskirche war die Abtswürde formal an eine aktive Lehrtätigkeit gebunden.

<sup>888</sup> REM an die Kirchenregierung Hannover am 6.8.1937; REM an RMkA am 28.10.1938. BArch, R 5101, Nr. 23101. Bereits zuvor hatte das REM deutlich gemacht, dass der Staat kein Interesse an der Angelegenheit habe. REM an RMkA am 27.10.1936. Vgl. Perlit: Professoren, S. 287. Auch im Vorlesungsverzeichnis wurde sein Titel gestrichen. Stange fühlte sich dem Kloster auch ohne Titel weiterhin verpflichtet. 1943 wurde auf seine Initiative hin das 850jährige Jubiläum gefeiert. Die Feier wurde von dem geschäftsführenden Staatssekretär Hermann Muhs vorsichtig unterstützt, der seine Teilnahme aber am 26.6.1943 absagte. Schwierigkeiten aufgrund der stillschweigenden ‚Fortführung‘ sind nicht bekannt. Vgl. die Unterlagen in BArch, R 5101, Nr. 23101; Perlit: Professoren, S. 282. Im *Niedersächsischen Staatskirchenvertrag* (1955) ist in §21, Abs. 3 festgelegt, dass die Prälatur Bursfelde auf Vorschlag der Landesregierung durch den Kirchensenat „aus dem Kreise der ordentlichen Professoren der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen“ zu besetzen ist.

## Über die Einsetzung und Einführung des Universitätspredigers (1935/38)

Mit den Emeritierungen von Johannes Meyer und Carl Stange wurde 1935 auch das Amt des Universitätspredigers und dessen Stellvertreters vakant. Zum Nachfolger von Meyer ernannte das REM ohne Anhörung der Landeskirche Friedrich Gogarten.<sup>889</sup> Im Dezember, als die endgültige Vokation Birnbaums hohe Wellen schlug und die Landeskirche ihre Bestätigung von Gogarten und Jeremias an Bedingungen knüpfte, forderte sie Hirsch nach Art. 11 des Staatskirchenvertrages auch auf, die vorgesehene landeskirchliche Einführung des Universitätspredigers zu beantragen. Hirsch lehnte dies ab. In dem landeskirchlichen Vorstoß sah er einen Versuch, die Universitätskirche „durch einen feierlichen Einführungsakt, den sie natürlich mit Verpflichtungen belasten könnte“, indirekt einzugliedern. Aus dem Antrag ergebe sich zudem unweigerlich ein landeskirchliches Mitspracherecht bei der Besetzung des Universitätspredigeramts. Über die rechtliche Haltbarkeit seiner Position war sich Hirsch nicht sicher. Aber selbst „falls der Staat der Systemzeit wirklich so schlapp gewesen sein sollte, der Kirche vertragsmäßige Rechte bei der Mitwirkung an einer Universitätseinrichtung zuzugestehen“, sprach er sich gegen den Einführungsantrag aus. Jeder landeskirchliche Einfluss auf die Universität müsse von vorneherein abgewehrt werden.<sup>890</sup> Gegen diese Auffassung stellte das Landeskirchenamt fest, dass

*1. seitens des Reichskirchenministers ein Universitätsprediger in Göttingen ernannt ist, ohne daß das Einvernehmen der Kirchenbehörden herbei geführt wäre, 2. der ohne Zustimmung der Landeskirche ernannte Universitätsprediger sein Amt aufgenommen hat, ohne daß die kirchliche Einführung des Universitätspredigers stattgefunden hat.*<sup>891</sup>

Hirsch bestritt diese Sichtweise. Die Annahme, dass die Bestallung des Universitätspredigeramtes nur mit landeskirchlichem Einverständnis erfolgen könne, sei rechtlich falsch, katholisch und betreffe die Unabhängigkeit der Fakultät. Zudem zog er die Legitimität der hannoverschen Kirchenregierung erneut in Zweifel.<sup>892</sup> Dieser Auffassung folgte das REM. Die Ernennung Gogartens habe wegen der unklaren Rechtslage in Hannover ohne landeskirchliche Zustimmung erfolgen müssen. Eine Einführung könne erst nach der Ernennung eines Landeskirchenausschusses erfolgen.<sup>893</sup>

---

<sup>889</sup> REM an Gogarten am 18.6.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 108. Vgl. die Korrespondenz in BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>890</sup> Hirsch an das REM am 16.12.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>891</sup> LKA Hannover an REM (Abschrift für das RMkA) am 7.1.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101. An dieser Stelle wurde nochmals das Berufungsverfahren kritisiert. Die Landeskirche habe im Rahmen ihrer (verspäteten) Zustimmung erklärt, dass Gogarten als Universitätsprediger nicht infrage käme. Die entsprechende Zusage sei dem LKA erst am 1.8.1936 nachträglich mitgeteilt worden.

<sup>892</sup> Hirsch an Mattiat am 16.1.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>893</sup> REM an RMkA am 20.2.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101.

Im Zuge der Eskalation um die Birnbaum-Berufung fixierte Hirsch diesen Status Quo, wobei er die Einführung Gogartens, die Ernennung Birnbaums zum stellvertretenden Universitätsprediger und dessen Berufung in die landeskirchliche Prüfungskommission in einem Gesamtpaket zusammenband.<sup>894</sup> Solange die Landeskirche Birnbaum feindlich gegenüberstehe, plädierte er als „provisorische Übergangsmaßnahme“ für die kommissarische Beauftragung Birnbaums mit dem Universitätspredigeramt und den Verzicht auf die landeskirchliche Einführung Gogartens.<sup>895</sup> Dieser Vorschlag setzte sich trotz einer scharfen Protestnote der Landeskirche durch.<sup>896</sup> Er wurde am 18. November 1938 mittels einer einseitig ausgearbeiteten Neuordnung im Kern bestätigt. Die Angelegenheiten der Universitätskirche wurden fortan von einer Universitätskirchenkommission erledigt, die aus dem Rektor (Vorsitz), dem Dekan, einem vom Rektor bestimmten Universitätskirchenältesten aus den Reihen der Theologieprofessoren sowie den beiden vom Minister ernannten Universitätspredigern bestand. Die Landeskirche fand keine Berücksichtigung mehr.<sup>897</sup>

### Der „Kampf um den theologischen Nachwuchs“

Der zentrale Konflikt war indes der „Kampf um den theologischen Nachwuchs“<sup>898</sup> Das Anliegen einer bekenntnisorientierten Theologenausbildung und die Einleitung konkreter Schritte zur Schaffung eines von den deutschchristlichen Fakultäten unabhängigen Ausbildungs- und Prüfungssystems trafen die Theologischen Fakultäten ins Mark. Sie wurden auf ihrem ureigenen Terrain in Frage gestellt: als zentrale wissenschaftliche Ausbildungsstätte der zukünftigen Theologengeneration. Nachdem bereits auf den Reichsbekenntnissynoden in Barmen und Dahlem Fragen der theologischen Ausbildung diskutiert worden waren, ging der entscheidende Impuls von der Mitte Juni 1935 tagenden Reichsbekenntnissynode in Augsburg aus.<sup>899</sup> Diese beschloss einen kaum verschleierte Aufruf zum Boykott der deutschchristlichen Professoren und verpflichtete die Bekenntniskirchenleitungen „überall da, wo die Not es erfordert, für Ersatz solcher Übungen und Vorlesungen Sorge zu tragen, deren Besuch den Studenten um des Gewissens willen nicht zugemutet werden“ könne.<sup>900</sup> Ihre Beschlüsse erreichten auch Göttin-

<sup>894</sup> REM an LKA Hannover 1.10.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>895</sup> Hirsch an Mattiat am 16.10.1936. UAG, Rekt., Nr. 3202.

<sup>896</sup> REM an RMkA am 20.1.1937 (Abschrift LKA Hannover an REM am 5.1.1937). BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>897</sup> Ordnung für die Universitätskirche vom 18.11.1938. BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>898</sup> Klügel: Landeskirche, S. 324.

<sup>899</sup> Vgl. Thierfelder: Ersatzveranstaltungen, S. 292f.

<sup>900</sup> Zitiert nach Meier: Fakultäten, S. 195. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 248–271; Scherffig: Theologen, Bd. 1, S. 196–198. 1935 konnte man an keiner preußischen Universität alle Fachbereiche bei einem bekenntnisorientierten Professor hören. Die drastischen Folgen für zeigt das Beispiel Bonn. Nach der vollständigen personellen Neuaufstellung der dortigen Fakultät in den Jahren

gen, wo sich der Konflikte zwischen bekenntnisorientierten Studenten und den deutschchristlichen Professoren allmählich hochschaukelte. Hatte es sich zuerst um einzelne, wenig konstruktive Unmutsäußerungen von mutmaßlich wenigen Einzelnen gehandelt, setzte nun eine zweite Phase ein, die von einem stärker abgestimmten und gemeinsamen studentischen Vorgehen bestimmt war.<sup>901</sup> In diese Auseinandersetzung wurde die Landeskirche, die angesichts der aus ihrer Sicht unliebsamen Entwicklung an der Göttinger Theologischen Fakultät durchaus Eigeninteressen verfolgte, mehr und mehr hineingezogen und schließlich selbst gewichtiger Akteur.

### Ersatzvorlesungen der Bekennenden Kirche (1935–1936)

Die Frage kirchlicher Ersatzveranstaltungen wurde in Göttingen mit der absehbaren Berufung Birnbaums im Frühsommer 1935 akut.<sup>902</sup> Die Initiative ging, so Eberhard Klügel, von Studenten aus, die im Landeskirchenamt vorstellig wurden, um sich über den „reichsbischöflichen Oberkirchenrat“ zu beschweren.<sup>903</sup> Da sich die Landeskirche zuerst bedeckt hielt, sprang die *Bekennengemeinschaft* in die Bresche. Der Privatdozent und Lehrbeauftragte Georg Hoffmann und der Göttinger Superintendent Dr. Wilhelm Lueder hielten zum WS 1935/36 katechetisch-

---

1934/35 sank bis zum WS 1935/36 die Studierendenfrequenz von 309 auf 86. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 259. Vgl. Meier: *Fakultäten*, S. 365–373.

<sup>901</sup> Eine Serie von anonym versandten Postkarten mit Schmähgedichten gegen Göttinger Professoren nahm geradezu groteske Ausmaße an. An „Herr Prof. der Theologie Johannes Behm, Göttingen, Irrenhaus der ‚Deutschen Christen‘ (d.i. theol. Fakultät)“ gerichtet, hieß es: „Behm! Daß ihre Vorlesungen haarsträubend langweilig sind, wussten schon unsere Väter. Daß Sie selbst bis auf die Knochen angefault sind von dem Eitergestank der ‚Deutschen Christen‘, bekommen erst wir zu spüren. Ein anständiger Student, der auf sich hält, spuckt vor dem Namen ‚Behm‘ aus. Daher verkehren Sie auch nur mit unanständigen Menschen (Hirsch, Hempel, Ludwig Müller). Wer heute noch den Schmutz der ‚Deutschen Christen‘ fördert, bringt sich in seinen Vorlesungen um jeden Kredit. Er lügt wie der Reißbischof [sic!]. Pfui Behm, und das will ein Theologe sein!“ Postkarte vom 16.2.1935 (beglaubigte Abschrift vom 18.2.1935). UAG, Theol. PA, Nr. 25. Eine weitere Postkarte richtete sich direkt gegen Hirsch: „Wie ein Hund kriecht der Hirsch vor den räudigen Schafen und bornierten Eseln der ‚Deutschen Christen‘.“ Zur Aufklärung betrieb Hirsch beträchtlichen Aufwand. Auf sein Drängen befassten sich der Universitätsrat, für einen Schriftprobenvergleich das *Institut für gerichtliche Medizin* sowie die Post in Hannover mit der Angelegenheit, er selbst glich die Schrift auf den Postkarten mit denen der Karteikarten der Fakultät ab. Zuletzt benannte er namentlich einen Verdächtigen: „Zudem spricht die Primitivität der Verstellung für ein geringes intellektuelles Niveau, was für R. zutreffen würde.“ Zu einer formalen Anklageerhebung kam es nicht. Hirsch an Universitätsrat Hillmann am 19.2.1935. Der Name des Studenten wurde abgekürzt.

<sup>902</sup> Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 248–271, hier insbesondere S. 262–267; Thierfelder: *Ersatzveranstaltungen*; Grüttner: *Studenten*, S. 438–439; zu Göttingen vgl. Mager: *Verhältnis*, S. 189–191.

<sup>903</sup> Klügel: *Landeskirche*, S. 325. Dagegen schrieb Birnbaum in seiner Autobiografie, dass er zuerst bis zu 70 Hörer gehabt habe und sein offen-diskursiver Stil durchaus gewürdigt worden sei. Den ‚Boykott‘ seiner Veranstaltungen lastete er dem Landeskirchenamt an. Vgl. Birnbaum: *Zeuge*, S. 219–221.

homiletische Übungen ab, die von rund 20 Studenten besucht wurden.<sup>904</sup> Die Reaktionen waren unterschiedlich. Zustimmung forderte Dörries zusätzliche Vorlesungen und Übungen in der *Praktischen Theologie*, da angesichts der theologisch unrichtigen Haltung und der Stellung „des Herrn Oberkirchenrat Birnbaum zur Kirche“ den Studenten eine Teilnahme an seinen Lehrveranstaltungen nicht zugemutet werden könne.<sup>905</sup> Entsprechende Angebote von Stange und Hoffmann lehnte Hirsch aus grundsätzlichen Erwägungen ab, wobei er zugestand, dass gerade in der Katechetik ergänzende Veranstaltungen durchaus sinnvoll seien.<sup>906</sup> Wohl vor diesem Hintergrund und aufgrund seiner Feststellung, dass das „private Kränzchen des Kernteils der Bekenntnisstudenten unter Leitung durch einen älteren Nichtdozenten“ recht klein sei und unauffällig agiere, stand Hirsch den Ersatzveranstaltungen vergleichsweise passiv gegenüber. Ausdrücklich hielt er fest, dass Gründe für ein disziplinarisches Vorgehen gegen Hoffmann nicht vorlägen. Als Pfarrer und Dozent habe er das Recht, so zu handeln.<sup>907</sup> Auch war er nach einem ‚Gespräch‘ mit zwei BK-Studenten davon überzeugt, dass es keinen organisierten Boykott gegen Birnbaum gebe, sondern allein eine Vielzahl von Gewissensentscheidungen.<sup>908</sup> Die Schuld sah er vornehmlich bei der Landeskirche, namentlich bei den Oberkirchenräten Klügel und Mahrenholz. Noch Anfang Januar 1936 sprach sich Hirsch dafür aus, die kirchlichen Ersatzveranstaltungen wegen Belanglosigkeit zu ignorieren, die, nachdem Hoffmann aufgrund eines ministeriellen Verbots der Teilnahme von Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragten an ‚illegalen‘ kirchlichen Ersatzprüfungen seine Übungen zum Jahresende 1935 eingestellt hatte, nun im landeskirchlichen Auftrag von Pfarrer Frerich gehalten wurden.<sup>909</sup> Dies änderte sich angesichts der zunehmenden Verhärtungen im

<sup>904</sup> Hoffmann an den Dekan am 13.3.1954. UAG, Theol. SA, Nr. 96. Noch Anfang Juli 1935 verneinte Hirsch für Göttingen entsprechende Ersatzveranstaltungen. Hirsch an den Rektor am 9.7.1935. UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>905</sup> Erklärung Hirsch vom 22.11.1935 (Anlage 2 zu einem Schreiben Hirschs an den Rektor vom 29.11.1935). UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>906</sup> Gesprächsnotiz vom 2.11.1936. Vgl. die Korrespondenz Birnbaum-Hirsch zu (angeblich) abfälligen Äußerungen Dörries' über Birnbaums Lehrtätigkeit. UAG, Theol. PA, Nr. 102.

<sup>907</sup> Zusammenfassung von Hirsch vom 22.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>908</sup> Protokoll der ‚Vernehmung‘ der Studenten Helwig und Heger vom 22.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Hirsch war am 8.11.1935 von Fachschaftsleiter Nelius schriftlich über den Nichtbesuch der BK-Studenten informiert worden. Dies sei ihm nach dem Besuch von Marahrens in Göttingen am 6.11.1935 mitgeteilt worden. Die Entscheidung erfolgte demnach auf eigenen Entschluss, nicht auf Anraten des Landeskirchenamtes. UAG, Theol. PA. Nr. 96. „Um des Friedens in der Fakultät willen“ bat Hirsch Mattiat am 22.10.1935, die Angelegenheit nicht auf dem Dienstweg zu klären, auch wenn die entsprechenden Unterlagen bereitlägen.

<sup>909</sup> Runderlass REM vom 17.12.1935. Abgedruckt in: Dokumente III, S. 144; Hirsch an das REM am 3.1.1936 (Nachtrag zu seinem Bericht vom 17.6.1935). UAG, Rekt., Nr. 4102. Am 4.3.1936 bekundete Hoffmann gegenüber Hirsch die Einmaligkeit seiner homiletischen Arbeitsgemeinschaft im vergangenen Semester. Er könne sich aber den Anfragen von BK-Studenten kaum entziehen: als Dozent, Pfarrer und Mensch. Die Mitarbeit in der Fachschaft sah er dadurch nicht berührt, vielmehr



Verhältnis zur Landeskirche und der andauernden studentischen Missachtung Birnbaums. Im Juni 1936 forderte Hirsch das REM zum Eingreifen auf:

*Es darf demgemäß festgestellt werden, daß die Führung der Hann. Landeskirche auf eine recht schwer faßbare Weise einen zielbewußten Kampf gegen die Lebertätigkeit des neu berufenen Prof. Birnbaum begonnen hat. Wenn das Ministerium sich diesen Kampf gefallen läßt, ist damit über das Verhältnis Fakultät und Kirche überhaupt etwas entschieden.<sup>910</sup>*

Bestärkt wurde Hirsch in dieser Haltung, als die Landeskirche dazu überging, die Teilnahme an den außeruniversitären Arbeitsgemeinschaften anzuerkennen und über fehlende Seminarscheine im Fachbereich *Praktische Theologie* hinwegzugehen. Faktisch hebelte die die Landeskirche die rechtlichen Kriterien zur Prüfungszulassung aus und unterminierte einen Kernbereich der Theologischen Fakultät.<sup>911</sup>

Am 17. November 1936 setzte das REM sämtlichen kirchlichen Ersatzveranstaltungen unter Androhung der Relegation ein Ende.<sup>912</sup> Einwände seitens der Landeskirche und der Göttinger Bekenntnisstudenten fanden keine Berücksichtigung. Heinz Rettberg, Wortführer der Göttinger BK-Studenten, hatte mit dem Recht auf eine freie Lehrerwahl aufgrund von Gewissens- und Bekenntnisfragen argumentiert. Auch habe es sich bei den Angeboten in Göttingen im Gegensatz zu denen in den altpreußischen Unionskirchen mit ihren „ausgebauten wirklichen Ersatzkursen“ um freiwillige Arbeitsgemeinschaften gehandelt.<sup>913</sup> Am 29. August

---

gehe es um die landeskirchliche Verbindung zu ihren Studenten, also die kirchliche Ausrichtung des Studiums. UAG, Theol. PA, Nr. 72.

<sup>910</sup> Hirsch an Neumann am 8.6.1936. Zitiert nach Mager: Verhältnis, S. 190. Nach einer Intervention Birnbaums, der in dem Boykott seiner Lehrveranstaltungen einen Sabotageakt der „Bekenner“ sah, hatte Hirsch die Angelegenheit zuvor vor den Universitätsrat gebracht. Dies hatte die Befragung einiger bekenntnisorientierter Studenten aus dem Theologischen Stift nach sich gezogen. Bericht Dörries zu einer Privatklage Birnbaums vom 20.5.1954. UAG, Theol. PA, Nr. 102. Dabei ging er ausführlich auf die bald 20 Jahre zurückliegenden Vorgänge ein. Dörries stellte einen direkten Zusammenhang mit der Relegationsandrohung gegenüber denjenigen her, die weiterhin an BK-Arbeitsgemeinschaften teilnahmen: „Umso schärfer wurde die von der höchsten Instanz verhängte Bedrohung sämtlicher sich von Prof. B.s Seminaren fernhaltender Studenten!“

<sup>911</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 263. Die Auslotung der landeskirchlichen Anerkennung war bereits Ende 1935 diskutiert, zu diesem Zeitpunkt aber noch verneint worden. Nur im Einzelfall wurde über fehlende Testate hinweggesehen. Protokoll der ‚Vernehmung‘ der Studenten Helwig und Heger vom 22.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Wann diese Praxis geändert wurde, ist unklar. Noch im Juli 1939 forderte Birnbaum von Dekan Weber in zwei Fällen einen Einspruch gegen eine Examenszulassung. Weber kündigte am 13.7.1939 eine Klärung an, welche Kriterien das Landeskirchenamt an ein „vollständiges Theologiestudium“ habe.

<sup>912</sup> Erlass des REM vom 17.11.1936. Abgedruckt in: Dokumente III, S. 276f.

<sup>913</sup> Rettberg an das REM am 17.2.1937; REM an Rettberg am 22.3.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 140. Das Landeskirchenamt begründete seinen Einspruch ähnlich und unterstellte dem REM eine einseitige Auslegung. Dem Landeskirchenamt war der Ministererlass indirekt über ein Schreiben Hirschs an Superintendent Lueder bekannt geworden. Vermerk des LKA Hannover für den Einspruch gegen den Erlass betr. Ersatzkurse usw., undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Allein in Berlin wurden

1937 verschärfte der *Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei* Heinrich Himmler mit der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen nach §4 der *Verordnung zum Schutz von Volk und Staat* das Verbot aller Ersatzhochschulen, Arbeitsgemeinschaften und nicht offiziellen Lehr-, Studenten- und Prüfungsämter.<sup>914</sup> Damit gab es für eine Ausbildung und Prüfung im Verständnis der *Bekennenden Kirche* keine legale Möglichkeit mehr. Das Theologiestudenten- und das Ausbildungsamt zählten fortan zum Kreis staatsgefährdender Organisationen.<sup>915</sup>

Auf dem Gebiet der hannoverschen Landeskirche kamen die kirchlichen Ersatzveranstaltungen damit zu einem Ende. Es blieben die Freizeiten für junge Pfarrer, Hilfsgeistliche, Vikare, Kandidaten und Studenten, die seit 1935 von der hannoverschen *Bekennnisgemeinschaft* in enger Fühlung mit der Landeskirche durchgeführt wurden. Erfolgreich wurden hier die Vergemeinschaftung und organisatorische Bündelung des landeskirchlichen Theologennachwuchses praktiziert und der Anspruch eines „Studiums im Auftrag der Kirche“ eingelöst.<sup>916</sup> Für die Theologische Fakultät erwiesen sich die Alternativangebote als Ärgernis. Sie standen konträr zur Fachschaftsarbeit und unterliefen die angestrebte Erfassung ‚ihrer‘ Studenten.

### Konflikt um die Aufnahme in die landeskirchliche Prüfungskommission (1935–1938)

Die professorale Beteiligung am Ersten Theologischen Examen, das in Regie der Landeskirche gewöhnlich an zwei Terminen im Jahr stattfand, zählte zu den Kernaufgaben der Theologischen Fakultät. Kirchengesetzlich fixiert war die Prüfungsberechtigung seit 1928. Sie war an die Aufnahme jener Professoren in eine landeskirchliche Prüfungskommission gebunden, die bereit seien, „das Prüfungsrecht im Sinne und zum Wohle der Landeskirche auszuüben“.<sup>917</sup> Gewöhnlich handelte es sich um einen formalen Akt. Mit den Prüfungsbeschlüssen der Augsburger Reichsbekennnissynode änderte sich dies.

Zu einer ersten Kraftprobe kam es im Juli 1935, als Georg Wobbermin nicht für die kommende Herbstprüfung berücksichtigt wurde. Den Anlass bot eine angebliche Bemerkung während einer Tagung des *Niedersächsischen Hochschulkreises*, in der Wobbermin die gerichtliche Bestätigung von Landesbischof Marahrens in Frage stellte und sich zur Führerschaft des Superintendenten und deutschchristli-

---

1937 29 Studentinnen und Studenten wegen ihrer Teilnahme an Ersatzveranstaltungen relegiert, ein Student von allen Hochschulen ausgeschlossen. Vgl. Ludwig: Theologiestudium, hier S. 314.

<sup>914</sup> Runderlass RFSS vom 29.8.1937. Abgedruckt in: Dokumente IV, S. 106f.

<sup>915</sup> Vgl. Scherffig: Theologen, Bd. 2, S. 99f.

<sup>916</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 264.

<sup>917</sup> Kirchengesetz über die Vorbildung von Geistlichen. Abgedruckt in: KABL. Hannover 1928, S. 79. Vgl. Mager: Verhältnis, S. 181–182, S. 191–194; Vgl. Neuser: Teilnahme.

chen ‚Gegenbischofs‘ Felix Rahn bekannt haben soll.<sup>918</sup> Ohne eine inhaltliche Klärung herbeizuführen, erreichte die Fakultät seine nachträgliche Aufnahme, wobei die faktische Irrelevanz aufgrund der sich abzeichnenden Berufung Wobbermins nach Berlin zur Entschärfung des Konflikts entscheidend beitrug.<sup>919</sup> Hempel, der die Verhandlungen mit dem Landeskirchenamt führte, war sich der Dimension des Vorgangs bewusst. Eine Zuspitzung mache die „Aufrollung der Rechtsgrundlage des jetzigen Landeskirchenamtes“ erforderlich und beinhalte die Gefahr einer dauerhaften Belastung des Verhältnisses von Fakultät und Landeskirche.<sup>920</sup> Dem frisch nach Göttingen berufenen Gogarten, der zeitlich parallel von Marahrens bestätigt worden war, empfahl er dringend, der Prüfungskommission beizutreten. Ansonsten wäre eine wichtige Auseinandersetzung vergeblich gewesen.<sup>921</sup> Weitere Beschränkungen gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Hirsch und Hempel, beide bekanntermaßen Mitglieder der *Deutschen Christen*, waren ohne Probleme in die Prüfungskommission berufen worden. Hirsch allerdings vermied es ab 1936, selber zu prüfen.<sup>922</sup>

Zum Jahresende 1935 benannte Hirsch die Bauer, Dörries, Gogarten, Hempel, Hirsch, Jeremias, Meyer und Stange als Prüfer für den kommenden Ostertermin. Er machte zur Bedingung, dass die Kirchenbehörden keinerlei Auswahl „unter irgendwelchen Gesichtspunkten“ trafen.<sup>923</sup> Diese Vorab-Intervention gründete auf Andeutungen Christhard Mahrenholz’ gegenüber Dörries, dass die erneute Aufnahme Gogartens wegen des ungelösten Konflikts um das Universitätspredigeramt fraglich sei. Eine „unparitätische Behandlung“ aber war für Hirsch nicht hinnehmbar.<sup>924</sup> Tatsächlich hatte Marahrens die Voraussetzungen für die Aufnahme über den Gesetzestext hinaus erweitert und die Neuberufenen Gogarten und Jeremias zur Abgabe einer weitergehenden Erklärung aufgefordert:

---

<sup>918</sup> Hirsch bestritt die Aussage Wobbermins, wobei er anmerkte, dass auch er die Rechtmäßigkeit der Kirchenregierung Marahrens in Frage stelle. Er selbst war vom deutschchristlichen Präsidenten des Landeskirchentags Hahn zur Anerkennung Rahns aufgefordert worden und bemühte sich um einen Ministerentscheid. Hirsch weigerte sich, als Zeuge auszusagen: „Ich halte Äußerungen eines Kameraden auf einem nationalsozialistischen Lager für nichts, was Gegenstand einer kirchlichen Untersuchung“ sein dürfe. Präsident des Landeskirchenamtes Friedrich Schnelle an Hirsch am 8.7.1935; Hirsch an Schnelle am 17.7.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 30; Mitteilung Hirsch vom 13.3.1935. BArch, N 1721, Nr. 69. Vgl. Wolfes: *Theologie*, S. 388–391.

<sup>919</sup> Hempel an das LKA Hannover am 12./17./19.7.1935; Hempel an Wobbermin am 22.7.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 30.

<sup>920</sup> Hempel an Wobbermin am 22.7.1935. Ebenda.

<sup>921</sup> Hempel an Gogarten am 22.7.1935. Ebenda.

<sup>922</sup> Klügel: *Landeskirche*, S. 325. Gründe sind nicht genannt.

<sup>923</sup> Hirsch an das LKA Hannover am 17.12.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101. Bezüglich der beiden Emeriti Meyer und Stange wies er darauf hin, dass viele Kandidaten noch bei ihnen gehört hätten.

<sup>924</sup> Vgl. LKA Hannover an Hirsch am 30.12.1935; Hirsch an REM am 3.1.1936. BArch, R 5101, Nr. 23101. Hirsch nutzte die Angelegenheit erneut, um die landeskirchliche Kompetenz in Frage zu stellen. Bei dem Schreiben handele es sich „um eine der bei kirchlichen Stellen beliebten abstrakten grundsätzlichen rechtlichen Darlegungen ohne substantiellen Inhalt“. Hirsch an das LKA Hannover am 3.1.1936.

*Danach wird von den in den Prüfungsausschuss aufzunehmenden Herren die Erklärung erwartet, daß sie den zu leistenden Dienst auf dem Grunde der Heiligen Schrift in Gemäßheit des Bekenntnisses und der Ordnung der Landeskirche zur Ehre Gottes und zum Heil der Seelen verwalten.*<sup>925</sup>

Gogarten hingegen bekräftigte lediglich die in §6 des *Kirchengesetzes über die Vorbildung der Geistlichen* festgelegte Formulierung, „das Prüfungsrecht im Sinne und zum Wohle der Landeskirche ausüben zu wollen“.<sup>926</sup>

Aufgrund der Nichtberufung Birnbaums eskalierte der Konflikt im Sommer 1936. Nach Rücksprache mit dem REM verhinderte Hirsch den Eintritt aller Göttinger Professoren in die Prüfungskommission für den Herbsttermin. Inhaltlich stützte er sich auf einen Ministererlass. Professoren sollten ihre Berufung in das Theologische Prüfungsamt nur annehmen, sofern sämtliche planmäßigen Professoren berufen waren.<sup>927</sup> Lediglich die Tatsache, dass Birnbaum von vorneherein nicht auf der bereits zu Jahresbeginn erstellten Liste stand und er aus zeitlichen Gründen sowieso nicht an den Prüfungen teilnehmen konnte, ermöglichte eine Vertagung. Im Juli kam es zum Showdown. Hirsch bot dem Landeskirchenamt einen „Waffenstillstand“ an, erklärte aber ebenso, dass man sich im Falle einer landeskirchlichen Benennung von universitätsfremden Ersatzmitgliedern in einem „offenen Kampf“ befinde.<sup>928</sup> Dagegen beharrte das Landeskirchenamt ebenfalls auf seinem Standpunkt. Alle Professoren seien bestätigt worden, mit Ausnahme von Hirsch und Birnbaum, deren Berufung eine „Verletzung des Bekenntnisstandes der Landeskirche“ darstelle. Ein Nachgeben gegen die „politische Dämonie“, die mit aller Macht in die Kirche eindringe, wäre eine nicht zu akzeptierende Selbstverleugnung.<sup>929</sup> In dieser Situation setzte Hirsch als letzte Karte auf die Personalrochade um Leonard Fendt, die Birnbaum einen ehrenvollen Abschied aus Göttingen bereitet und eine Lösung im Prüfungsstreit ermöglicht hätte. Am

<sup>925</sup> Marahrens an Gogarten am 28.12.1935. BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>926</sup> Erklärung Gogarten vom 30.12.1935. Ebenda. Hirsch hatte am selben Tag gegenüber Gogarten/Jeremias deutlich gemacht, dass eine Interpretation der rechtlich fixierten Formulierung durch „Beilegung einer weitergehenden Formel“ nicht zulässig sei.

<sup>927</sup> Erlass des REM vom 24.3.1936. Abgedruckt in: Dokumente III, S. 191f. Hirsch forderte Mahrenholz, der als Lehrbeauftragter nicht unter den REM-Erlass fiel, zur „kollegialen Rücksichtnahme“ und zum Prüfungsverzicht auf. Dies lehnte Mahrenholz ab, da er an den Prüfungen nicht als Fakultätsmitglied, sondern in hauptamtlicher Tätigkeit teilnehme. Für den Fall, dass Hirsch auf seine Nichtteilnahme bestehe, müsse er seinen Lehrauftrag zur Verfügung stellen. Hirsch bestritt diesen Zusammenhang. Mahrenholz' Mitarbeit in der Prüfungskommission sei kirchliches Ehrenamt, da er berufen sei. Hirsch an Mahrenholz am 21.4.1936; Mahrenholz an Hirsch am 24.4.1936; Hirsch an den Rektor am 21.4.1936. UAG, Theol. PA, Nr. 122. 1937 setzte Mahrenholz seine Prüfungsteilnahme aus Arbeitsgründen aus. Mahrenholz an Hirsch, undatiert. Im Vorfeld des Universitätsjubiläums verweigerte Hirsch am 19.6.1937 Mahrenholz als Lehrbeauftragtem im Nebenamt die Teilnahme am Festumzug der Dozentenschaft. LKAH, 48II, Nr. 378.

<sup>928</sup> Hirsch an [unklar] am 13.7.1936. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>929</sup> Entwurf des LKA Hannover für ein Schreiben an das RMkA, undatiert [mutmaßlich 1936]. LKAH, KKD, Nr. 133.

8. August, in Erwartung der nach „menschlichem Ermessen“ zu erwartenden Berufung Fendts, erzielten Hirsch, Marahrens und Präsident Schnelle eine Einigung. Die Besprechung habe, so Hirsch, „Aussicht auf ein befriedigendes und reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Fakultät in der Zukunft“ gelegt, gegenüber Mattiat sprach er von einem „Friedensschluss“, bei dem er viel gewagt habe.<sup>930</sup> Mit der Absage Fendts zerbrach die gefundene Friedensregel, die Fronten verhärteten sich. Dazu kam als neuer Faktor die Gemeinschaft der Göttinger Bekennnisstudenten, die namentlich Hirsch als Prüfer ablehnten.<sup>931</sup> Der Ostertermin 1937 fand zum ersten Mal ohne Beteiligung Göttinger Theologieprofessoren statt.<sup>932</sup>

Die Augsburger Beschlüsse betrafen alle Theologischen Fakultäten.<sup>933</sup> Um den spürbaren Folgen entgegenzuwirken, favorisierte das REM auf Initiative einiger altpreußischer Fakultäten die Einführung von Fakultätsexamen. Die Vorteile lagen auf der Hand. Eine derartige Regelung würde landeskirchliche Eingriffsmöglichkeiten aushebeln, die Prüfungshoheit an die Fakultäten zurückgeben und eine zumindest indirekte staatliche Kontrolle ermöglichen. Auch wäre der Möglichkeit, sich nicht von einem deutschchristlichen Professor prüfen zu lassen, der Boden entzogen.<sup>934</sup> Für diesen Vorschlag machte sich gegen das entschiedene Votum der Professoren Bauer, Dörries und Jeremias auch Hirsch stark.<sup>935</sup> Die meisten Fakultäten mit einem Fakultätsexamen, so der Göttinger Dekan im Februar 1937 auf einer Sitzung im REM, seien von Boykottmaßnahmen verschont, zudem verfügten sie „in besonderem Maße Einfluß auf die Theologen und Pfarrer der Kirche“.<sup>936</sup> Zu einer allgemeinen Einführung kam es jedoch nicht. Der nur einen Tag

<sup>930</sup> Hirsch an Marahrens am 29.7.1936; Hirsch an die ordentlichen Professoren der Theologischen Fakultät am 10.8.1936; Hirsch an Mattiat am 10.8.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209.

<sup>931</sup> BG Hannover an Vizepräsident Fleisch am 18.12.1936. LKAH, KKD, Nr. 132. Gefordert wurden Gespräche und ein Wort des Landesbischofs. Die studentische „Not“ gründete auf einem von Christian Stoll verfassten Lehrgutachten zu Hirschs Beitrag *Die Lage der Theologie*, das den Göttinger Dekan der Aufgabe von „Hauptstücken[n] der christlichen Glaubenslehre“ bezichtigte. Rat der ev.-luth. Kirche Deutschlands an die BG Hannover am 8.9.1936. LKAH, KKD, Nr. 132.

<sup>932</sup> Jenseits aller taktischen Fragen hielt Hirsch Birnbaums „kirchliche Orthodoxie“ auch inhaltlich-theologisch für unangreifbar. Hirsch an Superintendent Wiebe am 4.9.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 209.

<sup>933</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, 291–306. Die Mitwirkung Göttinger Professoren – hier Martin Gerhardt – an den Prüfungen der Braunschweiger Landeskirche verlief offensichtlich problemlos. Landesbischof Johnsen an das RMkA am 5.1.1939. BArch, R 5101, Nr. 23101.

<sup>934</sup> Rust stellte im Januar 1937 mit Verweis auf einen Bericht Hirschs eine zugespitzte Lage fest und kündigte eine Verordnung zum Fakultätsexamen für die preußischen Landeskirchen an. Die bisherigen Regelungen seien gescheitert. Von Kerrl forderte er als flankierende Maßnahme, das Erste Examen zur bindenden Voraussetzung für das Geistliche Amt zu machen. REM an RMkA am 14.1.1937. Abgedruckt in: Dokumente III, S. 297f.

<sup>935</sup> „Das verstaatlichte theologische Examen würde Gefahr laufen, in den toten Raum abgedrängt zu werden, in dem das ‚Kultorexamen‘ des Kulturkampfes zu einem Stoß ins Leere, ja zu einem Symbol der Niederlage der staatlichen Kirchenpolitik geworden ist.“ Stellungnahme Bauer, Dörries, Jeremias. UAG, Theol. SA, Nr. 146.1.

<sup>936</sup> Hirsch am 12.2.1937 im REM. Zitiert nach Meier: Fakultäten, S. 301.

nach der Sitzung der Dekane erfolgte Rücktritt des *Reichskirchenausschusses* und der überraschende Hitler-Erlass zur Wahl einer Nationalsynode, die eine jähe Wende in der nationalsozialistischen Kirchenpolitik einleiteten, führten zu einer andauernden Zurückstellung der in Aussicht gestellten Regelung.

Am 16. Mai 1938 koppelte das RMkA auf dem Erlassweg die Besoldung zukünftiger Absolventen aus Kirchensteuern oder Staatsleistungen an die Prüfung im Ersten Examen durch eine Prüfungskommission, zu der alle ordentlichen Professoren zugelassen waren.<sup>937</sup> Nachdem der Gebührenerlassausschuss der Universität bereits im Juni auf dieser Grundlage entsprechende Anträge abschlägig beschieden hatte, gab Hirsch am 18. August per Anschlag am *Schwarzen Brett* bekannt, dass die neue Regelung in Göttingen ab dem bevorstehenden Herbsttermin gültig sei:

*Ich warne die Studenten der Theologie, an der seitens des Landeskirchenamts jetzt zum Herbsttermin 1938 ohne Beteiligung der theologischen Fakultät abgehaltenen theologischen Prüfung teilzunehmen. Die Prüfung ist für Sie wertlos, da sie den Bestimmungen der Verordnung des Kirchenministers vom 31. Mai [sic!] 1938 widerspricht. [...] Mir ist amtlich mitgeteilt worden, daß auch die Teilnehmer der Prüfung in Hannover zum Herbsttermin unter die wirtschaftlichen Folgen dieser Verordnung fallen werden. Eine Ausnahme wird nicht gemacht werden [...].*<sup>938</sup>

Nach drei Prüfungsterminen ohne Beteiligung Göttinger Theologen stand die landeskirchliche Praxis nun von zwei Seiten unter erheblichem Druck. Geschlossen erklärten hannoversche Bekenntnisstudenten aus Erlangen, Göttingen, Greifswald, Rostock und Tübingen ihre Ablehnung des Ministererlasses. „Wir“, so sämtliche landeskirchliche Theologiestudenten in Erlangen, „wissen uns an die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments gebunden“. Da die Zusammensetzung der Göttinger Fakultät, Birnbaum und Hirsch sind namentlich genannt, eine Prüfung nach diesen Grundsätzen nicht ermöglichen, erklärten sie sich „außerstande, so schmerzlich uns das ist, uns der Prüfung bei der Hannoverschen Landeskirche zu unterziehen“.<sup>939</sup> Die „Rostocker“ widersprachen dem Erlass grundsätzlich. Kerrl habe nicht das Recht Maßnahmen zu treffen, „die keinen verwaltungsmäßigen Charakter tragen, sondern in einen Bezirk eingreifen, der nur der geistlichen Leitung der Kirche zusteht“.<sup>940</sup> Auch kündigten die Göttinger BK-Studenten an, sich gegebenenfalls außerhalb der Landeskirche prüfen zu lassen. Auf der anderen

<sup>937</sup> Klügel: Landeskirche, S. 327.

<sup>938</sup> Hirsch an das LKA Hannover am 1.7.1938. Zitiert nach Meisiek: Theologiestudium, S. 326; Anschlag vom 16.8.1936. LKAH, KKD, Nr. 136. Hirsch warf der Landeskirche anhaltend verfassungswidriges Verhalten vor. Hirsch an die Fakultät am 7.1.1938. LKAH, NL 48II, Nr. 378; Auszugsweise abgedruckt in: Klügel: Landeskirche, S. 328.

<sup>939</sup> Kreis der Hannoverschen Studenten Erlangens an Marahrens am 27.5.1938. LKAH, KKD, Nr. 133. Vgl. ebenda weitere Stellungnahmen und die umfangreiche Korrespondenz.

<sup>940</sup> Die Hannoverschen Theologiestudenten der Universität Rostock an Marahrens am 28.5.1938. Ebenda.

Seite bestand kein Zweifel, dass „Cervus“ [lat.: Hirsch] den Kerrl'schen Erlass konsequent umsetzen wolle.<sup>941</sup> Zusätzlichen Druck übten auch weitere Stellen aus. Der deutschchristliche Leiter der quasi staatlich kontrollierten landeskirchlichen Finanzabteilung, Georg Cölle, wandte sich direkt an den führenden Bekenntnisstudenten Erick Wilkens und riet ihm mit Verweis auf das Fakultätsexamen von einer Meldung bei der Landeskirche ab.<sup>942</sup> Der Landeskirche drohte der Verlust eines ganzen Jahrgangs.

Angesichts des Zeitdrucks durch die bevorstehende Herbstprüfung einigten sich die Landeskirche und die Theologische Fakultät schließlich auf einen Kompromiss.<sup>943</sup> Dieser beinhaltete die Aufspaltung des Examens in einen wissenschaftlichen und einen bekenntnismäßigen Teil. An der Feststellung der wissenschaftlichen Befähigung der Prüflinge nahmen auch Mitglieder der Theologischen Fakultät teil, während der zweite Teil (Predigt, Katechese, Kolloquium über die Bekenntnisschriften), der zur Gewährung der *Venia Concionandi* führen sollte, in alleiniger Verantwortung der Landeskirche stand.<sup>944</sup> Aus Perspektive der Landeskirche war die Einigung teuer erkaufte. Bei den hannoverschen Bekenntnisstudenten blieb sie umstritten, auch einige kirchliche Prüfer beendeten ihre Mitarbeit an Prüfungen. Dagegen hatte die Theologische Fakultät einen gesichtswahrenden Erfolg erzielt. Die gefundene Regelung stieß auch bei bekenntnisorientierten Professoren wie Jeremias auf Zustimmung.<sup>945</sup> Ihre konkreten Folgen dagegen blieben überschaubar. Birnbaum nahm im Herbst 1938 erstmalig als Prüfer am Ersten Theologischen Examen teil. Schon ein Jahr später fiel er für weitere Prüfungen aufgrund seiner kriegsbedingten dauerhaften Ortsabwesenheit aus. Hirsch selbst verzichtete von sich aus auf sein Prüfungsrecht.

Mit dem Prüfungskompromiss endete die ‚heiße‘ Konfliktphase zwischen Theologischer Fakultät und Landeskirche. Dazu trug auch die Stabübergabe von Hirsch an Weber, schon seit längerer Zeit vorbereitet, ihren Teil bei. In der Sache agierte Weber gegenüber der Landeskirche zuweilen hart, als Person aber galt er als unbelastet und umgänglicher als sein Vorgänger, zudem vermied er jeden Anschein von Grundsätzlichkeit. Ebenso trug das gute Standing, über das Weber trotz der bekannten Nähe zu den *Deutschen Christen* sowohl in kirchlichen Gremien

---

<sup>941</sup> Wischmann an Marahrens am 23.8.1938. LKAH, NL 78, Nr. 510.

<sup>942</sup> Wilkens lehnte ihn mit Verweis auf seine Ehre und sein Gewissen ab. Dr. Cölle an Wilkens am 23.8.1938; Wilkens an Dr. Cölle am 23.8.1938. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>943</sup> Dieses Dilemma beschreibt eine nicht näher bezeichnete landeskirchliche Denkschrift *Die Zukunft der theologischen Prüfungen* vom Juni 1938. Man war sich des wachsenden staatlichen Drucks entgegen der geltenden Rechtslage bewusst und sah kaum eine Möglichkeit, diesem zu entkommen. Andererseits fürchtete man im Falle einer Mitwirkung der deutschchristlichen Professoren den dauerhaften Verlust des „wertvollsten Teils“ der Theologiestudentenschaft, während sich stattdessen selbst nationalkirchliche *Deutsche Christen* ermutigt fühlen könnten, nach Hannover zu wechseln. LKAH, KKD, Nr. 133.

<sup>944</sup> Vgl. Klügel: Landeskirche, S. 329; Mager: Verhältnis, S. 193.

<sup>945</sup> Wischmann an Bammel am 29.11.1938. LKAH, NL 78, Nr. 510.

als auch bei den (bekenntnisorientierten) Studenten verfügte, zu einem eher pragmatischen Umgang bei. Konfessionelle Bedenken spielten keine Rolle. Entscheidend aber wirkte der Beginn des Zweiten Weltkriegs, der massive Folgen für die Grundsituation der Theologischen Fakultät nach sich zog und nach einer anderen Prioritätensetzung verlangte.

In der Gesamtsumme erwies sich der mehrjährige „Großkampf mit der Kirche“, so Hirsch Ende 1936 gegenüber Hans Lietzmann, für die Theologische Fakultät als ambivalent.<sup>946</sup> Es handelte sich um einen Abnutzungskampf, in dem Hirsch als nationalsozialistischer Treuhänder agierte. Setzte sich der gewiefte Taktiker in einzelnen Sachfragen gegen teils erhebliche Widerstände durch, so war der Preis dennoch hoch. Ohne die Mobilisierung staatlicher Stellen und ein autoritären Eingreifen des REM wäre Hirsch nicht in der Lage gewesen, seine Positionen zu behaupten. Der Verlust an Prestige, der Rückgang der Studierendenfrequenz und der dauerhaft geschwächte Einfluss auf große Teile der Studentenschaft und damit die Ausbildung des theologischen Nachwuchses stehen auf der anderen Seite. Die Idee einer positiven Fakultätsbestimmung kam in diesem Zusammenhang nicht mehr vor.<sup>947</sup>

## Die Verdrängung des Studentenpfarramtes

1932 folgte dem langjährigen Studentenpfarrer Hans Wiesenfeldt auf Drängen der Fakultät der habilitierte Pfarrer Georg Hoffmann.<sup>948</sup> Hoffmann gab das Amt wegen seiner Mitgliedschaft in der *Bekennenden Kirche* und Konflikten mit der nationalsozialistischen Studentenschaft bereits im Oktober 1934 auf und wechselte erneut ins Gemeindeamt.<sup>949</sup> Ihm folgte nach kurzfristigen Übergangslösungen im April 1936 Heinz Wasmuth. Bemühungen Hirschs und Wobbermins, den deutschchristlichen Kandidaten und außerplanmäßigen Fakultätsassistenten Gottlob Hees mit der Studentenseelsorge zu betreuen, ließen sich trotz der Unterstüt-

<sup>946</sup> Hirsch an Lietzmann am 10.12.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 866f.

<sup>947</sup> So benannte das Landeskirchenamt die ‚Bekennner‘ Jeremias und Dörries für den Verwaltungsrat einer landeskirchlichen Jubiläumstiftung zur Förderung der theologischen Wissenschaft. Hirsch teilte ihnen mit, dass er pflichtgemäß den Rektor darüber informieren müsse und forderte genauen Bericht, einen Versuch, die Mitarbeit zu verhindern unternahm er nicht. Hirsch an Jeremias/Dörries am 17.5.1938. UAG, Theol. PA, Nr. 102. Kurz darauf entzündete sich an einer Einladung der *Exegetischen Gesellschaft* in Uppsala an Jeremias für eine Vortragsreihe im September/Oktobre eine Auseinandersetzung. Während Hirsch die Reise befürwortete, lehnte der NSDDB ab. Nach Absprache mit dem RMKA teilte das REM dem Rektorat erst am 30.8.1938 seine Genehmigung mit. Vgl. die Unterlagen in UAG, Kur., Nr. 10548/8.

<sup>948</sup> Das LKA sah die gewünschte Verbindung mit seiner Lehrbetätigung kritisch. LKA Hannover an den Dekan am 2.6.1932. UAG, Theol. SA, Nr. 186.

<sup>949</sup> Bericht Wiesenfeldt vom 5.11.1976 über Hoffmanns Zeit als Studentenpfarrer vom 1.10.1932 bis zum 1.11.1934 [gezeichnet von Hoffmann]. LKAH, NL 78, Nr. 56.



zung des Kurators und Teilen der Studentenschaft nicht realisieren.<sup>950</sup> Auch Wasmuth, der zur Amtsübernahme eher gedrängt worden war, stellte sein Amt nach wenigen Monaten zur Verfügung. Die „weithin bestehende säkularisierte oder politisch-weltanschauliche Verschlossenheit“ hätten seinem Wirkungskreis enge Grenzen gesetzt. Engere Kontakte habe er lediglich zur DCSV und der studentischen *Bekennnngemeinschaft* aufbauen können.<sup>951</sup> Vor allem aber hatte sich angesichts des offenen Konflikts zwischen Fakultät und Landeskirche das universitäre Verhältnis gegenüber dem Studentenpfarramt grundsätzlich gewandelt. Dass Wasmuth ohne vorherige Konsultation der Fakultät ernannt worden war, führte zu einer scharfen Klarstellung des Universitätsrates. Er habe nicht mehr Rechte als ein Gemeindepfarrer, die Nutzung der Universitätskirche wurde ausgeschlossen. Zudem stehe seine Tätigkeit unter Aufsicht des Universitätspredigers, selbst Anschläge ans *Schwarze Brett* seien vorab zu genehmigen. Jede Form kirchenpolitischer Betätigung wurde untersagt.<sup>952</sup> Hirsch, auf dessen Drängen die Gängelung Wasmuths zurückging, wandte sich selbst an den *Evangelischen Preßverband*, um die Streichung des Studentenpfarramts aus einer Fakultätsübersicht zu erreichen, und forderte Gogarten auf, gegen die Bezeichnung *Studentenpfarramt der Universität* einzuschreiten.<sup>953</sup>

Erneut ohne Beteiligung der Fakultät stellte die Landeskirche im November 1936 Adolf Wischmann als Hilfsprediger an. Nach dem Scheitern Wasmuths galt der Mitarbeiter von Karl Fezer als „letzter Versuch“.<sup>954</sup> Wischmann brachte gute Voraussetzungen mit, um von der Fakultät akzeptiert zu werden. In einem Zeitungsbeitrag für das *Evangelische Deutschland* über „zeitgemäße“ und „echte“ Theologie hatte er 1935 das Bild des lebens- und glaubensfernen Theologiestudenten als überholt und aus den überwundenen Zeiten des „Liberalismus und Individualismus“ kommend kritisiert. Der vermeintliche Gegensatz des wissenschaftlich ausgebildeten Theologen und des lebendigen Christen sei im Arbeits-, SA- und

<sup>950</sup> Kurzfristig war Pastor Eichhorn für die studentische Seelsorge zuständig.

<sup>951</sup> Bericht Wiesenfeldt vom 5.11.1976 über Wasmuths Zeit als Studentenpfarrer im SoSe 1936. LKAH, NL 78, Nr. 56.

<sup>952</sup> Stellungnahme des Universitätsrats vom 23.4.1936; Hirsch an den Rektor am 21.4.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Bereits zuvor hatte Hirsch darauf hingewiesen, die Andachten in den Räumen der Fakultät unter die Oberhoheit des Universitätspredigers zu stellen. Hirsch an den Rektor am 8.4.1936.

<sup>953</sup> Hirsch an den Evangelischen Preßverband am 6.11.1936; Hirsch an Gogarten am 17.11.1936. Ebenda.

<sup>954</sup> Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes (vertraulich) undatiert [1936]. LKAH, KKD, Nr. 133; Wischmann an Wiesenfeldt am 17.3.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56. Ausweislich eines undatierten Schreibens von Hirsch an Universitätsrat Hillmann [Mai/Juni 1936?] gab es Gerüchte, dass Pfarrer Frerich als Nachfolger von Wasmuth in Aussicht genommen war. UAG, Theol. SA, Nr. 96. Wischmann vertrat zugleich die ‚Professorengemeinde‘ St. Albani. Nach Angaben betreute er im Konfirmandenunterricht auch zwei „Juden“ und zwei „Halbjuden“. Zu diesen habe er auch nach deren Emigration Kontakt gehalten. Vgl. Wischmann: Führung, S. 55–70, hier S. 60; Wischmann: Aus meiner Schülerarbeit in Verbindung mit der Studentenarbeit in Göttingen 1936–1948, unveröffentlicht 1982. LKAH, NL 78, Nr. 56.

HJ-Dienst aufgehoben. Beide gehörten zusammen.<sup>955</sup> In einer Adolf Schlatter gewidmeten studentischen Handreichung *Für den Alltag des jungen Theologen* bekräftigte Wischmann diese Ansichten 1937. Als zentrale Pfeiler einer Reform des Theologiestudiums machte er den „lebendigen Glauben“ und die Einbindung des Einzelnen in Bruderschaft und christliche Gemeinde aus, nicht das Bekenntnis. Er distanzierte sich von den „nach außen so ungünstig wirkenden Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche“ und sah in dem dort zutage Getretenen den „Zusammenbruch einer vergangenen Epoche evangelischen Kirchentums“ und zugleich die „Wehen eines neuen Verständnisses der Botschaft des Evangeliums“.<sup>956</sup> Den Wehrmachts-, SA- und HJ-Dienst stellte er erneut in die Tradition der Opferbereitschaft der Studenten der Theologie während des Ersten Weltkriegs.

Die Reaktionen auf die Neubesetzung waren uneinheitlich. Rektor Neumann wollte, so Wischmann, eine weitere Zuspitzung vermeiden und ernannte zur Vermittlung Gogarten zum Beauftragten für die evangelische Studentenseelsorge. Auch die meisten Professoren und Dozenten setzten auf Zusammenarbeit und beteiligten sich an den regelmäßigen studentischen Bibelarbeiten.<sup>957</sup> Dagegen verharnte Hirsch, der in den Findungsprozess informativ eingebunden war, im Prinzipiellen. Er ignorierte das landeskirchliche Schreiben, da „in der jetzigen Lage jeder Schritt, der als eine positive Anerkennung verstanden werden könnte“, zu vermeiden sei.<sup>958</sup> Für ihn war das Studentenpfarramt Teil des Konflikts mit der Landeskirche. Nach einer Beschwerde der Göttinger Studentenschaft über ein landeskirchliches Lager in Lippolsberg eskalierte die Situation im Mai 1937. Zum Monatsende setzte Hirsch jede Form der Kooperation aus und verweigerte Wischmann erneut den Zugang zum *Schwarzen Brett*. Auch ein Gespräch brachte keine Annäherung. Der sichtlich verärgerte Hirsch forderte eine landeskirchliche Missbilligung und zukünftige Unterbindung der „kirchenpolitischen Entgleisungen“ Wischmanns. Dieser wies alle gegen ihn gerichteten Vorwürfe zurück. Die Angebote des Studentenpfarramtes und die landeskirchlichen Lager richteten sich auch an die *Theologische Fachschaft* und die DC-Studenten. In seiner ‚Verbannung‘ sah auch Wischmann hauptsächlich eine „Kampfmaßnahme“ gegen die Landeskirche.<sup>959</sup> Kurz darauf, nach der offiziellen landeskirchlichen Bestätigung als Pfarrer mit Zuständigkeit für den Sonderbereich Studentenseelsorge, wurde Wisch-

<sup>955</sup> Wischmann: ‚Zeitgemäße‘ und ‚echte‘ Theologie, in: Evangelisches Deutschland 12 (1935), S. 293f. Zitiert nach Meisiek: Theologiestudium, S. 222.

<sup>956</sup> Wischmann: *Alltag*, S. 9.

<sup>957</sup> Vertraulicher Bericht, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 133; Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418.

<sup>958</sup> Hirsch an den Rektor am 13.10.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Die Personalie Wischmann war ihm am 10.10.1936 angezeigt worden.

<sup>959</sup> Hirsch an den Rektor am 26.5.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Das Verbot wurde von Gogarten ausgesprochen. Hirsch an Universitätsrat am 23.6.1937; Hillman an das LKA Hannover am 24.6.1937. Wischmann am 6.6.1937 und am 28.6.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418.

mann jegliche Betätigung an der Universität und auch am Theologischen Stift verboten.<sup>960</sup> Als Wischmann Anfang 1939 – nach eigenen Angaben aus Versehen – parallel zu einer Fachschaftsveranstaltung einen ‚offenen Abend‘ ansetzte, zog dies auch persönliche Konsequenzen nach sich. Hirsch nutzte seine Kanäle, um eine Gehaltssperre für Wischmann zu erreichen und intervenierte gegen dessen Wahrnehmung der Standortseelsorge im Nebenamt. Um den unbotmäßigen Studentenpfarrer auszuschalten, zielte er auf seine wirtschaftliche und berufliche Existenz.<sup>961</sup>

Die harte Haltung setzte sich auch nach der Ablösung Hirschs fort. Das Rektorat betrachtete die Bestellung bzw. die Abberufung des Studentenpfarrers als eine innerkirchliche Angelegenheit, das *Schwarze Brett* und andere Ankündigungsmöglichkeiten blieben ihm weiterhin verwehrt.<sup>962</sup> Auch Neudekan Weber, der die inhaltlichen Vorbehalte gegenüber Wischmann teilte, sich aber um eine pragmatische und vermittelnde Handhabung bemühte, gelang es nicht, eine tragfähige Lösung zu finden.<sup>963</sup> Für die Theologische Fakultät war die Verdrängung des Studentenpfarramtes zweischneidig. Sie erschwerte die universitären Zugriffsmöglichkeiten auf die evangelische Studentenschaft und beförderte so indirekt die Herausbildung einer eigenständigen bekenntnisgebundenen evangelischen Studentengemeinde.

---

<sup>960</sup> LKA Hannover an Dekan am 23.8.1937; Hirsch an Jeremias am 29.10.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Ob es einen Zusammenhang mit seiner sich parallel vollziehenden Entlassung aus der SA gab oder ob diese im allgemeinen Theologenausschluss begründet lag, muss nach den ausgewerteten Unterlagen offen bleiben. Entlassungsbescheinigung Nr. 153 der SA (Standarte 82 Göttingen) vom 2.7.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418.

<sup>961</sup> Hirsch an Wischmann am 7.2.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Wegen der auferlegten Gehaltssperre klagte Wischmann erfolgreich gegen das RMkA. Solange er im Kriegsdienst stand, wurde ihm sein Gehalt schließlich ausgezahlt. Vgl. Wischmann: Führung, S. 68ff.

<sup>962</sup> Rektor an Dekan am 17.7.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 186. Vgl. den zusammenfassenden Bericht Wischmanns an OKR Klügel vom 3.11.1958. LKAH, NL 78, Nr. 381.

<sup>963</sup> Vermerk Dekan Weber vom 26.4.1939 über ein Gespräch mit Landessuperintendent Stumpenhäuser (im Auftrag von Marahrens). UAG, Theol. SA, Nr. 186. Weber insistierte, dass Wischmann ohne Zustimmung der Fakultät bestellt worden war und sich kirchenpolitisch betätigt habe. Auch habe er es nicht vermocht, die Studenten der *Bekennnisgemeinschaft* von ihrer Teilnahme an den ‚illegalen‘ Prüfungen abzuhalten.



# Nationalsozialistische Erziehungsarbeit: zwei Einrichtungen der Theologischen Fakultät

## Das Göttinger Waisenhaus

Das Göttinger Waisenhaus unterstand seit 1747 der „cura perpetua“ der Theologischen Fakultät.<sup>964</sup> Nach der Fertigstellung eines Neubaus im Januar 1921 beherbergte es etwa 60 Waisenkinder, zudem ein Kinderklinikheim, eine Kinderpflegereinnenschule und ein Lehrlingsheim.<sup>965</sup> Mitte der 1920er Jahre geriet die Einrichtung unter erheblichen finanziellen Druck. Die Inflation und die Totalabschreibung der gezeichneten Kriegsanleihen erforderten eine teilweise Fremdvermietung. In den folgenden Jahren galt es, Ansprüche und Begehlichkeiten der Stadt, der Inneren Mission und des Landesjugendamtes Hannover abzuwehren, später auch der NSDAP und des Reichslehrerbundes. Nach langem, kirchenpolitisch bedingtem Zögern trat das Waisenhaus 1934 schließlich dem *Landesverband der Inneren Mission* bei. Die grundlegenden Probleme lösten sich jedoch nicht. Dazu zählte auch die veränderte Prioritätensetzung bei der Betreuung von Waisen im NS-Staat, die auf eine Unterbringung in Familien setzte. Mitte der 1930er Jahre war das Waisenhaus strukturell unterbelegt.

---

<sup>964</sup> Vgl. Meumann: Universität, für das 20. Jahrhundert S. 93–113.

<sup>965</sup> Weber: Testament, S. 116.

1935 löste Hempel den ausscheidenden Johannes Meyer als Stiftungskurator ab, im Juli übernahm mit Walter Went ein überzeugter Nationalsozialist die kommissarische Leitung.<sup>966</sup> Went bemühte sich im Einverständnis mit Hempel um eine Gebäudebelegung durch die HJ. Zudem unterhielt der *Bund Deutscher Mädel* (BDM) in Räumlichkeiten des Waisenhauses ein ‚Umschulungslager‘, Überlegungen zur Einrichtung eines NSV-Kindergartens realisierten sich dagegen nicht. Mit der Unterbringung der letzten zehn Waisenkinder in Pflegefamilien bis 1937 wurde das Waisenhaus schließlich in ein HJ-Heim für auslandsdeutsche Schüler und Lehrlinge umgewandelt. Noch zur Kuratorenzeit Meyers waren im Waisenhaus erstmals österreichische ‚Flüchtlinge‘ untergekommen, also Mitglieder der in Österreich verbotenen HJ, die nach dem gescheiterten Umsturzversuch im Juli 1934 ins Deutsche Reich geflohen waren. Ihre Betreuung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingswerk der NSDAP. Für die nationalsozialistische Ausrichtung sorgte der neue Leiter des Waisenhauses, der ebenfalls aus Österreich stammende SS-Sturmführer Robert Schweiger. Von den 119 Jugendlichen, die im November 1936 im Waisenhaus lebten, waren alle Mitglieder in NS-Organisationen, mit Wache und Ordonanzbereitschaft waren zudem militärische Formen fester Bestandteil ihrer ‚Erziehung‘<sup>967</sup> Diese Umwidmung vollzog sich im Einverständnis der Theologischen Fakultät. Hempel teilte der Universität im Februar 1937 mit, das Waisenhaus in „Erkenntnis der besonderen volkspolitischen Bedeutung“ in den Dienst der „straffen nationalsozialistischen und beruflichen Erziehung der österreichischen Flüchtlinge“ gestellt zu haben. Auch machte er sich für eine straffe politische Führung stark, „damit später in Österreich eine beruflich und politisch gleich gut geschulte Gruppe der Bewegung zur Verfügung“ stehe.<sup>968</sup>

Anhaltende wirtschaftliche Zwänge und Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem NS-Flüchtlingswerk forcierten dennoch Überlegungen, den Heimbetrieb nach 190-jähriger Trägerschaft endgültig aufzulösen. Am 25. April 1938 wurde das Gebäude an die Universität verkauft. Der Verkaufserlös floss in eine neue, erneut von der Theologischen Fakultät verwaltete Stiftung. Im Stiftungszweck wurde festgelegt:

*Die Erträge des Stiftungsvermögens dienen fortan dazu, Vollwaisen und Halbwaisen deutschen oder artverwandten Blutes, die sich in nachgewiesener bedrängter Wirtschaftslage befinden, eine Ausbildung zu einem akademischen Beruf bis zum Abschluss des Studiums zu ermöglichen.*<sup>969</sup>

<sup>966</sup> Vgl. Weber: Testament, S. 116–117. Went kam aus dem Stephansstift aus Hannover.

<sup>967</sup> Die 26 unter 14-Jährigen waren im *Jungvolk*, die 72 14- bis 18-Jährigen in der HJ und die 21 Älteren in der SS. Meumann: Universität, S. 109.

<sup>968</sup> Bericht Hempels an den Rektor vom 9.2.1937. Zitiert nach ebenda, S. 107; Weber: Testament, S. 117.

<sup>969</sup> Zitiert nach Meumann: Universität, S. 107.

Ob angesichts der äußeren Umstände eine andere Lösung realistisch war, ist hier nicht zu erörtern. Festzuhalten bleibt, dass die Ursprungsintention längst nicht mehr verfolgt wurde. Die Fakultät stellte sich bereitwillig in den Dienst nationalsozialistischer ‚Erziehungsarbeit‘. Dies war freilich umstritten. Der Hempel-Nachfolger Martin Gerhardt, der die Liquidation abwickelte, kritisierte seinen Vorgänger aus konfessionellen Erwägungen nachträglich. Hempel habe den „evangelischen Erziehungszweck“ außer Acht gelassen. Die Mehrzahl der österreichischen und katholischen getauften Jugendlichen sei später aus der Kirche ausgetreten.<sup>970</sup>

## Das Göttinger Sprachenkonvikt

Das Theologische Sprachenkonvikt wurde 1932 gegründet. Es war eine Reaktion auf die zunehmend mangelnden Sprachkenntnisse bei Abgängern von nicht altsprachlichen Gymnasien und der damit verbundene Notwendigkeit, ihnen zu Beginn des Studiums Latein, Griechisch und Hebräisch zu vermitteln. Zudem sollte das Konvikt die angehenden Pastoren zu christlicher Lebens- und Arbeitsgemeinschaft erziehen, was auf jene abzielte, die sich ohne inneren Bezug zum Christentum für ein Studium der Theologie entschieden hatten.<sup>971</sup> Getragen wurde die neue Einrichtung von Fakultät und Landeskirche, die sich vor allem finanziell engagierte. Dem *Verein Theologisches Sprachkonvikt* gehörten die Göttinger Theologieprofessoren und Mitglieder des Landeskirchenamtes an. An der Spitze des Vorstandes stand ein Ephorus, der sich aus der Professorenschaft rekrutierte.<sup>972</sup> Ausgeübt wurde das Amt von Hempel (1931–1936), Gerhardt (1936–1937), Baumgärtel (1937–1941) und Gogarten (1941–1951). Erster Inspektor war mit Walther Zimmerli ein Assistent Hempels.<sup>973</sup>

Mit dem politischen Umbruch des Jahres 1933 änderte sich das Selbstverständnis des Konvikts schlagartig. Die Erziehungsarbeit im Konvikt gründete fortan auf der „Kameradschaftserziehung im Sinne der Deutschen Studentenschaft“. Neben einer billigen Unterkunft und dem Sprachunterricht sollten die Studenten auch zur „straffen geistigen und körperlichen Erziehung zur Wehrhaf-

---

<sup>970</sup> Zitiert nach Meumann: Universität, S. 107.

<sup>971</sup> Vgl. Ohlemacher: Konvikt, S. 25–45. Hirsch hatte die Einrichtung des Konvikts zu einer Bedingung für sein Bleiben in Göttingen gemacht. Für die Sprachprüfungen wurden als Minimum drei Semester veranschlagt. Unter dem Namen Gerhard-Uhlhorn-Konvikt bestand die Einrichtung bis 2007.

<sup>972</sup> Hempel an Landesbischof Weidemann am 28.8.1936. LKAH, E 28, Nr. 104. Vgl. Ohlemacher: Konvikt, S. 18–24, hier S. 19.

<sup>973</sup> Weiterhin gab es eine Hausdame, vier Gehilfinnen und zwei Sprachlehrer. Zeitweise war auch Hugo Willrich für das Konvikt tätig. Räumlich umfasste das Konvikt 40 Freiwohnungen, ein Inspektoren- sowie ein Hausdamen- und ein Hausmeisterappartement, vier Gemeinschaftsräume, eine große Kücheneinrichtung und vier Mädchenkammern. Bericht des Dekans über die nötige Neuordnung des Theologischen Stifts und des Sprachkonvikts vom 11.12.1937. LKAH, E 28, Nr. 104.

tigkeit und Staatsbejahung“ erzogen werden.<sup>974</sup> Nachdem Zimmerli, der den Nationalsozialismus von Beginn an ablehnte, Göttingen noch im Sommer 1933 verließ und in die Schweiz zurückkehrte, bemühte sich Hempel wiederholt, vermeintlich theologisch und politisch zuverlässige Mitarbeiter für die Inspektoren- bzw. Repeutenstellen zu gewinnen. U.a. waren die beiden Hochschulführer des *Studentenkampfbundes* Osterloh und Nobile im Gespräch, sowie die späteren Doktoranden Dietrich Roeder, Herbert Wedde und – als Kameradschaftsführer – der spätere Assistent Hans-Georg Liedtke.<sup>975</sup> 1934 erreichte Hempel die offizielle Anerkennung als ein ‚Kameradschaftshaus‘ der DSt, die Umwandlung in eine NSDStB-Führerschule scheiterte an dem besonderen Auftrag des Konvikts.<sup>976</sup> Die Aufnahme war neben dem obligatorischen Nachweis der ‚arischen‘ Abstammung an die Ableistung des *Reichsarbeitsdienstes* (RAD) gekoppelt. Vor allem zur Sicherung des Einflusses auf die Anfangssemester verfolgte man eine „klare und nationalsozialistische Linie“.<sup>977</sup> Dementsprechend standen neben dem Spracherwerb und christlicher Sitte (Morgenandacht, Wochenschlussandacht, Tischgebet) auch körperliche Ertüchtigung in Form von Wehrsport und politische Indoktrination auf der Tagesordnung.<sup>978</sup> Die Andachten hielt ein SA-Truppführer. Insgesamt bestand eine intensive Zusammenarbeit mit dem NSDStB und der „politischen Bewegung“.<sup>979</sup> Mit der Verbindung von „nationalsozialistischer Schulung“ und „christlicher Geistesarbeit“ zeigte sich Hempel zufrieden.<sup>980</sup> Zum WS 1934/35 schrieb er:

*Wir glauben aber, auf dem von uns betretenen Wege eine Form gefunden zu haben, die eine straffe nationalsozialistische Erziehung unseres theologischen Nachwuchses und zugleich die volle Berücksichtigung der aus unserer sachlichen Zielsetzung sich ergebenden Notwendigkeiten gestattet.*<sup>981</sup>

<sup>974</sup> Undatierte Mitteilung Hempels für eine Chronik betr. das Sprachkonvikt. UAG, Theol. SA, Nr. 141. Zitiert in Weber: Testament, S. 118.

<sup>975</sup> Vgl. die Unterlagen in LKAH, E 28, Nr. 93.

<sup>976</sup> Vorstandssitzung vom 8.5.1935. UAG, Theol. SA, Nr. 159.

<sup>977</sup> Schreiben [N.N.] an Weidemann am 30.4.1937. LKAH, E 28, Nr. 104.

<sup>978</sup> Kameradschaftshausführer Weidner an Göttinger Studentenschaft am 31.10.1934. LKAH, E 28, Nr. 66; Hempel an Oboth am 15.12.1934. Ohlemacher: Konvikt, S. 30. Verantwortlich für die politische und sportliche Ausbildung war ein Kameradschaftsführer, der im Einverständnis mit der Göttinger Studentenschaft und dem NSDStB ausgewählt wurde. Hempel an Weidemann am 28.8.1936. LKAH, E 28, Nr. 104.

<sup>979</sup> Ebenda. Mehrfach begrüßte Hempel das gewählte Konstrukt, in dem sich die enge Bindung von Kirche und Staat ausdrücke. Mitteilung an den Vorstand vom 15.12.1934. UAG, Theol. SA, Nr. 159. Ohlemacher zitiert in diesem Zusammenhang einen späteren Pfarrer, der ob der nationalsozialistischen und antisemitischen Äußerungen noch 50 Jahre nach seinem Besuch des Konvikts es als tröstlich empfunden habe, dass die meisten Konviktuale das Studium der Theologie später aufgegeben hätten. Ohlemacher: Konvikt, S. 33.

<sup>980</sup> Bericht Hempels, undatiert [1935]. LKAH, E 28, Nr. 19.

<sup>981</sup> Jahresbericht WS 1934/35. UAG, Theol. SA, Nr. 159. Zitiert in Weber: Testament, S. 119.



Ab dem SoSe 1934 war ein Flur an die DCSV vermietet, die im Konvikt eine Wohnkameradschaft einrichtete.<sup>982</sup> Das Zusammenleben verlief bis auf kleinere Reibereien problemlos. Dagegen blieb der ‚Kirchenkampf‘ ausweislich eines Berichtes von Martin Fischer, den er nach einer Rundreise zu den Theologischen Fakultäten verfasste, nach einem Verbot Hempels außen vor. Dies gehöre zum „traurigen, aber für Göttingen typischen Bild“.<sup>983</sup>

Als strukturelles Problem erwies sich auch für das Konvikt der Rückgang der Studentenzahlen. Gab es in den Anfangsjahren für die 42 Plätze noch über hundert Bewerbungen, brach das Interesse trotz intensiver Werbung ab Mitte der 1930er Jahre geradezu ein.<sup>984</sup> Aufgrund der fehlenden Erstsemester war das Haus nicht ausgelastet, zur Absicherung der Gehälter musste im Oktober 1936 sogar ein Bankkredit aufgenommen werden.<sup>985</sup> In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Szenarien durchgespielt. Bereits seit dem Sommer 1936 gab es intensive Bemühungen, die Landeskirche Bremen unter Heinz Weidemann zu einem Einstieg zu bewegen. Ein Verkauf, der im Herbst 1937 im Raume stand, kam jedoch nicht zustande.<sup>986</sup> Auch Alternativüberlegungen wie eine Zusammenlegung mit dem Theologischen Stift bzw. die Auflösung des bisherigen Konviktskonstrukts mitsamt der vollständigen Übergabe an die Landeskirche wurden verworfen und letztendlich nicht weiterverfolgt.<sup>987</sup>

Mittelfristige Entlastung brachte die freie Vermietung an Nichttheologen und vor allem eine Kooperation mit dem *Kirchlichen Außenamt*.<sup>988</sup> Zwischen 1936 und 1940 war mehr als die Hälfte der vorhandenen Zimmer mit auslandsdeutschen bzw. für den brasilianischen Auslandsdienst bestimmten Theologiestudenten belegt. Neben den überlebensnotwendigen wirtschaftlichen Interessen machte Hempel auch politische Motive für die teilweise Umwidmung geltend. Für die

---

<sup>982</sup> Vgl. die Verträge in LKAH, E 28, Nr. 97.

<sup>983</sup> Reisebericht von Martin Fischer. EZA, 50/491, Bl. 57–80. Das Verbot kirchenpolitischer Betätigung betraf alle Richtungen und galt sowohl für bekenntnisorientierte als auch deutschchristliche Studenten. Betroffen waren auch Auswärtige. So verbot Hempel der Vorsitzenden des lokalen Frauenbundes, der seine Mitgliederversammlung im Konvikt abhielt, explizit die Diskussion kirchenpolitischer Fragen. Hempel an Frau Valentiner am 14.5.1935. LKAH, E 28, Nr. 19.

<sup>984</sup> Vgl. Ohlemacher: Konvikt, S. 25–27.

<sup>985</sup> Vgl. die Unterlagen in LKAH, E 28, Nr. 104. Die Verhandlungen zogen sich über mehrere Monate. Weidemann betonte seine Verbundenheit mit Göttingen, vertrat aber energisch die Interessen seiner Landeskirche. Die angebotene Garantie von Plätzen und eine Vertretung im Vorstand hielt er für nicht ausreichend, zudem forderte er ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Inspektorenstelle. Weidemann an Hempel am 9.9.1937.

<sup>986</sup> Ohlemacher: Konvikt, S. 27.

<sup>987</sup> Bericht des Dekans über die nötige Neuordnung des Theologischen Stifts und des Sprachkonvikts vom 11.12.1937; Hirsch an Baumgärtel am 17.2.1937. LKAH, E 28, Nr. 104. Für die Zusammenlegung soll ein Vorstandsbeschluss vorgelegen haben. Zudem stand die Einstellung der landeskirchlichen Zuschüsse zum 1.4.1938 im Raum.

<sup>988</sup> Im Sommer 1937 war sowohl eine deutsch-französische als auch eine deutsch-englische Schülergruppe im Konvikt untergebracht. Ohlemacher: Konvikt, S. 36f. 1935 hatte das Konvikt zur Unterbringung der Teilnehmer des internationalen Alttestamentler-Kongresses gedient.

Fakultät bringe die Zusammenarbeit eine „bedeutsame Steigerung ihres Einflusses auf das Deutschtum im Ausland und einen neuen Stamm ausgesuchten Studentenmaterials“ mit sich, zugleich erhalte die Auslandsarbeit der Studentenschaft neue Anregungen und Möglichkeiten“.989 In diesem Sinn argumentierte auch Hirsch. Die Fakultät habe ein vitales Interesse daran, dass „die Neuorganisierung der Ausbildung der Überseepfarrer bei uns und nicht an einer anderen Fakultät“ geschehe.990 Inhaltlich wurde das Programm von Hempel und dessen Nachfolger Baumgärtel mit Veranstaltungen wie *Die theologische Frage nach dem Volk*, *Das Verhältnis von Volk und Kirche* und *Volk und Kirche beim Außendeutschtum* begleitet.991 Aufgrund der Vorgeschichte war das Göttinger Engagement fakultätsintern freilich umstritten. Die Ausbildung war ursprünglich im kirchlichen Auslandseminar Ilsenburg bei Wernigerode erfolgt. Als sich das Seminar Ende 1934 dem altpreußischen Bruderrat unterstellte, ergriff der zuständige Auslandsbischof Theodor Heckel repressive Maßnahmen, die in ihrer Konsequenz zur Auflösung des Seminars und zur Umwandlung der Schlossanlage in ein Erholungsheim für kirchliche Mitarbeiter führte.992 Den kirchenpolitischen Hintergrund dieser Entscheidung nahmen Dörries und Jeremias zum Anlass, Hempel die erneute Bestätigung zum Ephorus zu verweigern. Dies könne als eine Billigung der Vorgänge in Ilsenburg verstanden werden.993 Dagegen wandte Hempel ein, es sei „trotzlos, dass der Fanatismus daran geht, den Streit der deutschen Heimat auch in die Auslandsgemeinden zu tragen“.994 Auf lange Sicht gesehen, blieb der Einsatz für das ‚brasilianische‘ Pfarrerausbildungsprogramm eine Episode. Im September 1940 beendete das *Kirchliche Außenamt* die Zusammenarbeit.

Damit stand das Konvikt vor dem Aus. Erneute Überlegungen für eine langfristige Bestandssicherung erwiesen sich als nicht tragfähig. So hoffte man nach der staatlichen Schließung der Theologischen Hochschule in Bethel vergeblich, die

989 Hempel an Neumann am 16.3.1936. Zitiert nach Ohlemacher: Konvikt, S. 38. Vgl. die Unterlagen in: LKAH, E 28, Nr. 17 sowie EZA, 5/327 und 5/328.

990 Hirsch an die Vorstandsmitglieder am 29.5.1936. Zitiert nach Ohlemacher: Konvikt, S. 39.

991 Dreher: Kirche, S. 213.

992 Vgl. Kunze: Heckel, S. 152–158. Dem Leiter des Auslandsseminars, Hermann Schlingensiepen, wurde im März 1935 die Lehrerlaubnis entzogen. Mit denjenigen Studenten, die sich ihrer Überführung nach Göttingen verweigerten, wurde die Seminararbeit ab Oktober 1936 illegal weitergeführt. Die studentische Verweigerungshaltung erwies sich auch als ein finanzielles Problem. Nach sechs Abgängen bat Ephorus Baumgärtel um eine erneute Zuweisung von brasilianischen Theologiestudenten. Die Abgänge führte Hirsch auf Druck der BK zurück. Hirsch an Heckel am 19.10.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 159.

993 Dörries/Jeremias an Hirsch am 25.2.1937. Ebenda. Vgl. Weber: Testament, S. 115f. Dörries schrieb am 2.3.1937: „Ich sehe mich zu dieser einschränkenden Bemerkung veranlasst, da ich erfahre, daß Herr Kollege Birnbaum mein Schweigen in der Frage seiner Beteiligung an der Hannoverischen Prüfung so auslegt, als habe sich in dieser Frage die ganze Fakultät hinter ihn gestellt. Nicht jedes Schweigen ist Ausdruck der Zustimmung!“ LKAH, E 28, Nr. 104. Hempel wurde dennoch am 26.6.1937 ernannt.

994 Hempel an Heckel am 8.6.1936. Zitiert nach Ohlemacher: Konvikt, S. 40.

dortigen Sprachprogramme nach Göttingen ziehen zu können.<sup>995</sup> Auch der erwartete deutliche Anstieg der Studierendenzahlen stellte sich nicht in dem Maße ein, um das Konvikt dauerhaft wirtschaftlich zu betreiben. Im März 1941 war das Konvikt vornehmlich von Medizinstudenten belegt.<sup>996</sup> Schließlich gab die Fakultät ihre Pläne zur Nutzung des Konvikts nach seinem ursprünglichen Verwendungszweck auf. Nachdem sich auch Initiativen zur Umwandlung in ein Heim für Studentinnen bzw. in eine SA-Führerschule zerschlugen, wurde es im Sommer an die SS vermietet.<sup>997</sup> Die Gebäudeverwaltung übernahm die *SS-Führerschule des Verwaltungsbezirkes Arolsen-Waldeck*, die in Göttingen eine Verwaltungsakademie einrichten wollte. Ab Mitte Februar 1943 diente das Konvikt der Wehrmacht als Reservelazarett.<sup>998</sup>

In den ersten Jahren des NS-Staates war das Konvikt eine ambitionierte Einrichtung der Theologischen Fakultät. Einerseits handelte sich um ein durchaus gewolltes Steuerungs- und Aussiebeinstrument, da der Spracherwerb in zwei oder gar drei Alt Sprachen für viele jüngere Semester eine hohe Hürde darstellte, andererseits diente es der Vergemeinschaftung des studentischen Lebens und wurde als eine nationalsozialistische Erziehungsagentur geführt, die einen umfassenden Zugriff auf Studienanfänger und die ersten Semester ermöglichte. Diese Doppelfunktion war im Sinne der Fakultät. Es waren äußere Faktoren, die dieses – aus Fakultätssicht – Erfolgsmodell erst beschränkten und schließlich zum Einsturz brachten: der Rückgang der Anzahl der Theologiestudenten und, daraus resultierend, eine finanzielle Deckungslücke. Zwar gelang es kurzfristig immer wieder, diese zu schließen, de facto befand sich das Konvikt bis zu seiner endgültigen Aufgabe in einem dauernden Existenzkampf.

---

<sup>995</sup> Ohlemacher: Konvikt, S. 37.

<sup>996</sup> Weber an SS-Sturmabführer Baier am 13.12.1941. UAG, Theol. SA, Nr. 159. Korrespondent Webers war der 1947 in Nürnberg als Kriegsverbrecher zu zehn Jahren Haft verurteilte SS-Oberführer Johannes Baier, der eine Zeitlang auch im Konvikt wohnte.

<sup>997</sup> Weber an die Göttinger Studentenfürsorge am 23.9.1940. Ebenda.

<sup>998</sup> Vertrag (Entwurf). Ebenda. Vgl. Ohlemacher: Konvikt, S. 43–45. Zum Jahresende bemühte sich Weber um eine teilweise Rückvermietung an die Universität (nicht die Fakultät!), um Wohnraum für im Winter rückkehrende Wehrmachtssoldaten zu gewinnen. Weber an SS-Sturmabführer Baier am 13.12.1941.



# Theologiestudium unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur: Ausgrenzung und Selbstfindung

## Allmähliches Ausbluten: Rückgang der Studierendenfrequenz

Kennzeichen der Theologischen Fakultät in den Jahren 1933 bis 1945 ist ein dramatischer Einbruch der Studierendenfrequenz. Gemessen an den 410 Studenten zum WS 1932/33 reduzierte sich ihre Anzahl bis zum WS 1937/38 innerhalb von fünf Jahren auf rund ein Fünftel. Im SoSe 1933 studierten 371, im WS 1934/35 230, ein Jahr später 143 und im WS 1937/38 nur noch 83 Studenten Theologie.<sup>999</sup> Eine Relativierung erfährt dieser Rückgang in Relation zur allgemeinen Abnahme der Studentenzahl an den deutschen Hochschulen.<sup>1000</sup> In den ersten Jahren des

---

<sup>999</sup> Zahlenmäßig kaum ins Gewicht fiel die Entscheidung für das Theologiestudium an den Kirchlichen Hochschulen in Berlin und Wuppertal, die ein Universitätsstudium nicht ersetzen konnten. Ihr Besuch erfolgte zeitlich begrenzt und komplementär. Vgl. Grüttner: Studenten, S. 131f; Meier: Geschichte, S. 261–265.

<sup>1000</sup> In der Landeskirche sah man die staatlichen Überlegungen für eine allgemeine Beschränkung des Hochschulzugangs skeptisch. Die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl geeigneter Bewerber wollte man über die Einbeziehung landeskirchlicher Behörden im Zulassungsverfahren zielgerichtet steuern. In diesem Sinne sollte auf die Kirchenregierung eingewirkt werden. N.N.: Auswirkung der

NS-Staates stieg der Anteil der Theologiestudenten beider Konfessionen sogar leicht an und erreichte zum WS 1934/35 mit 11,6 Prozent einen Höhepunkt.<sup>1001</sup> Noch im letzten Friedenssemester im Sommer 1939 lag er bei über acht Prozent. Erst der Kriegsbeginn markierte eine Zäsur. Im Herbstsemester 1939 waren an der Göttinger Fakultät erstmals weniger als 50 Studenten immatrikuliert. Auf Reichsebene standen im SoSe 1942 122 Dozenten lediglich 175 Studenten gegenüber.<sup>1002</sup> Die Hauptgründe für diesen Niedergang waren der hohe Männeranteil und die geringe Unabkömmlichkeits-Quote. Theologiestudenten hatten kaum die Möglichkeit, sich zur Weiterführung ihres Studiums vom Wehrdienst befreien zu lassen. In der Endphase des Krieges kam das Theologiestudium quasi zum Erliegen. Zahlenmäßig kaum ins Gewicht fielen die Göttinger Theologiestudentinnen. Wie auf Reichsebene sank ihr Anteil aufgrund struktureller Benachteiligung und dem Fehlen angemessener Anstellungsmöglichkeiten stärker als der ihrer Kommilitonen. Studierten im WS 1933/34 noch 21 Frauen in Göttingen evangelische Theologie, war vom SoSe 1937 bis zum SoSe 1938 keine einzige Frau immatrikuliert.<sup>1003</sup> Zwischen dem WS 1938/39 und dem WS 1942/43 pendelte ihre Anzahl zwischen eins und drei.

Der numerische Rückgang war ein Abbild des allgemeinen Trends, der zu einer Entscheidung gegen ein Universitätsstudium führte. Von den 230 Göttinger Theologiestudenten des WS 1934/35 hatte fast die Hälfte ihr Studium bereits vor 1933 aufgenommen. Der Anteil der Erst- bis Viertsemester zum WS 1935/36 lag unter einem Viertel.<sup>1004</sup> An der Universität gerieten Studenten der Theologie zunehmend in die Defensive und nahmen alsbald eine Außenseiterrolle ein, die Aufnahme eines Theologiestudiums bedeutete die Inkaufnahme von Zurücksetzung,

---

beabsichtigten Begrenzung des Zugangs zur Hochschule auf die Stellenbesetzung in der Hannoverschen Landeskirche [1936?]. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1001</sup> Die Studierenden an den deutschen Universitäten nach Fachbereichen, in: Grüttner: Studenten, S. 490. Auffällig, aber für Göttingen unerheblich, ist die gravierende Verschiebung unter konfessionellen Gesichtspunkten. Studierten im SoSe 1933 noch 6.791 der 9.173 der Theologiestudenten evangelische Theologie, verkehrte sich das Verhältnis bei abnehmenden Zahlen. Zum WS 1937/38 studierten an deutschen Universitäten 2.531 Studenten katholische und 1.931 evangelische Theologie. Vgl. ebenda, S. 130–132, hier S. 130.

<sup>1002</sup> Wolgast: Hochschulpolitik, S. 76.

<sup>1003</sup> Zum SoSe 1932 studierten reichsweit noch 334 Frauen evangelische Theologie (4,7 Prozent). Ihr Anteil sank bis zum SoSe 1937 auf 2,6 Prozent ab. Die Debatte über die Anstellungsmöglichkeiten von Frauen wurde weitergeführt. Der württembergische Landesbischof Wurm riet Frauen vom Theologiestudium ab und forderte diejenigen, die ihr Studium ab dem SoSe 1933 begonnen hatten, zum Abbruch auf. In Bayern wurden Frauen ab dem 29.11.1935 die Zulassung zur theologischen Prüfung verwehrt und auf das Fakultätsexamen verwiesen. Vgl. Meisick: Theologiestudium, S. 171–186, hier S. 181; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 45–53.

<sup>1004</sup> Die Studierenden an den einzelnen Hochschulen nach wissenschaftlichen Fachschaften bzw. Fachabteilungen und Fachsemestern im WS 1935/36. REM (Hg.): Hochschulen, S. 39. 1: 20 (WS 1935/36), 2: 9 (SoSe 1935), 3: 16 (WS 1934/35), 4: 12 (SoSe 1934), 5: 31 (WS 1933/34), 6: 35 (SoSe 1933); 7: 18 (WS 1932/33), 8: 70 (SoSe 1932), 9: 7 (WS 1931/32), 10: 13 (SoSe 1931), 11: –, 12: 2 (SoSe 1930).

Nachteile im Studium und eine ungewisse Zukunft: „Wer heutzutage Theologie studiert, schwimmt gegen den Strom. Dazu gehört eine Charakterkraft, die nicht jedermanns Sache ist. Wer heutzutage den Pfarrerberuf wählt, muß sein Leben heroisch auffassen.“<sup>1005</sup> Ab Mitte der 1930er Jahre war kaum mehr eine nationalsozialistische Organisation zur Aufnahme von Studenten der Theologie bereit. Aufgrund des vorhandenen Materials nicht belegen lässt sich die Annahme, dass Göttingen infolge der deutschchristlichen Fakultätsausrichtung bewusst gemieden bzw. gar boykottiert wurde. Allerdings führte Hirsch die Abmeldung von sechs Studenten aus dem ‚Brasilienprogramm‘ im Oktober 1937 auf den Druck der *Bekennenden Kirche* zurück.<sup>1006</sup> Mindestens drei Studenten und eine Studentin galten nach der rassistischen Kategorisierung der Nationalsozialisten als ‚nichtarisch‘. Inwieweit sich der staatliche Antisemitismus jenseits der allgemeinen Ausgrenzungsgesetze und das antisemitische Klima an der Universität auf ihr Leben bzw. ihr Studium auswirkten, ist nicht bekannt.<sup>1007</sup>

Von der grundlegenden Neuausrichtung der Studentenschaft war auch die Theologiestudentenschaft erfasst. Dabei lassen sich fünf teils gegeneinander laufende Grundzüge beobachten. 1. Im Zuge der Marginalisierung und Zerschlagung der Korporationen, der wichtigsten akademischen Sozialisierungsinstanz in Kaiserreich und Republik, lösten sich auch die einflussreichen christlichen Verbindungen auf. Zweitens wurden die Theologiestudenten in der DSt, der *Theologischen Fachschaft* und in Wohnkameradschaften erfasst, bis zu ihrem Ausschluss auch im NSDStB und der SA. Dagegen stand, drittens, im begrenzten Rahmen die Aufrechterhaltung eigenständiger Strukturen. Hier ist vor allem die DCSV zu nennen, die erst Ende 1937 verboten wurde. 4. Eine Neuerung war die Eigenorganisation entlang kirchenpolitischer Entscheidungen, insbesondere die Bildung der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*. Fünftens gruppierte sich gegen Ende der 1930er Jahre

---

<sup>1005</sup> Stimmen aus Theologen- und Pfarrerkreisen (1941), zitiert in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS vom 31.3.1941. Zitiert nach Grüttner: Studenten, S. 131. In einem Tätigkeitsbericht wies Studentenfarrer Wischmann auf die Lebendigkeit der Ideen Ludendorffs bzw. der Deutschgläubigen in der Studentenschaft hin. Bericht über die Arbeit des Studentenfarramts vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937, insb. Thesen zur geistigen und religiösen Lage der heutigen Studenten. LKAH, NL 78, Nr. 418.

<sup>1006</sup> Hirsch am 19.10.1937. Zitiert nach Dreher: Deutschtum, S. 213. Die fehlende Akzeptanz der Fakultät führte Hirsch wiederholt auf die störende ‚Wühlarbeit‘ landeskirchlicher Kreise zurück. Vgl. Hirsch an das REM am 11.12.1936, in: Mager: Marahrens, S. 145; Hirsch an das REM am 17.6.1937. UAG, Theol. PA, Nr. 114.

<sup>1007</sup> Ein Sonderfall ist Hellmuth Leonhardt. In dem Entnazifizierungsverfahren Otto Weber bezeichnete er sich als Gasthörer (1941), da er aus rassistischen Kriterien nicht immatrikuliert sein konnte. Weber habe ihm trotz seiner ‚nichtarischen‘ Herkunft die Aufnahme ins Theologische Stift angeboten, was er aber abgelehnt habe. Leonhardt am 25.7.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157, Bl. 37. Jenseits des ausgestellten ‚Persilscheins‘ ließ sich der Vorgang nicht belegen. Bereits vor 1933 studierten in Göttingen mindestens vier Christen jüdischer Herkunft: Thomas Hoeniger, Willy Süßbach, Rudolf Ehrhard und Helmuth Fischer. Süßbach und Ehrhard mussten 1939 emigrieren, Fischer war NSDAP-Mitglied, Mitglied im NS-Pfarrerbund Bayern und bis 1936 aktiver *Deutscher Christ*. Vgl. die jeweiligen biografischen Hinweise bei Röhm/Ludwig (Hg.): Evangelisch.

aus den Trümmern der ‚alten‘ studentischen kommunikativen und sozialen Räume um das Studentenpfarramt eine Einrichtung neuen Typs: die außerhalb der Universität angesiedelte studentische Gemeinde.

## Das Ende des christlichen Verbindungswesens

Die Zustimmung zum Nationalsozialismus in den Korporationsverbänden schlug sich 1933 in einer starken Eintrittswelle in die NS-Organisationen und einer umfangreichen ‚Selbstgleichschaltung‘ nieder. Der „Wettlauf ins Lager der Sieger“ wurde jedoch nicht honoriert. Der ‚neue‘ Staat hatte an der eigenständigen Organisation nichtparteigebundener Erziehungsträger kein Interesse. Bis zur ersten Jahreshälfte 1936 lösten sich die meisten Verbände und ihre Korporationen auf.<sup>1008</sup> Bei deutlichem Rückgang war in Göttingen 1935 noch immer ein Minimum von einem Achtel der Theologiestudenten korporiert. In der *Burschenschaft Germania* stellten sie ein Drittel der Aktivitas (9/21), im *Wingolf* sieben Achtel (7/8), in der *Coburgia* vier Fünftel (8/10) und im *Verein Deutscher Studenten* mehr als ein Fünftel (6/28). Bei Nichttheologen büßte das christliche Verbindungswesen an Attraktivität ein. Das christliche Prinzip spielte bei der Auflösung der wichtigsten christlichen Verbindungen Göttingens eine erhebliche Rolle.<sup>1009</sup>

### Die Burschenschaft Germania

Die *Burschenschaft Germania* begeisterte sich für den ‚nationalen‘ Aufbruch des Jahres 1933. Im Juni gehörten alle aktiven Germanen der NSDAP an.<sup>1010</sup> Die nationalsozialistische Umgestaltung der Hochschule bildete sich auch in den *Wissenschaftlichen Abenden* ab.<sup>1011</sup> Die Vorträge belegen eine starke indoktrinierende Politisierung, während die Beiträge zu kirchlichen und allgemein christlichen Fragestellungen deutlich abnahmen. Dafür besuchte die Aktivitas im SoSe 1933 eine

<sup>1008</sup> Grüttner: Studenten, S. 31. Vgl. ebenda, 287–316; Bleuel/Klinnert: Studenten, S. 242–260; Klinge: Bundesgruß.

<sup>1009</sup> Vgl. Mitgliederverzeichnisse der Verbindungen. UAG, Rekt., Nr. 9354/12. Andere Motive finden hier keine Beachtung. Für die nichtschlagende *Burschenschaft Germania* erwiesen sich auch die unbedingte Satisfaktion und die Duellfrage als problematisch. Erschwerend kam hinzu, dass die Korporationen keine gemeinsame Haltung gegenüber den Anfechtungen durch Staat und Partei entwickeln konnten. Für viele Verbindungen galt dies auch intern. Die Gegensätze zwischen der Aktivitas und dem Philisterium waren auch ein Generationenkonflikt. Zur Abwicklung des Verbindungswesens in Göttingen vgl. die Unterlagen in: UAG, Rekt., Nr. 9345/10.

<sup>1010</sup> Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Schwarzburg vom 5.6.1933. Zwanzig: Germania, S. 158. Vgl. Klay: Lebensbund.

<sup>1011</sup> Der *Wissenschaftliche Abend* musste noch 1933 von der DSt organisierten Vorträgen weichen, bevor er zu einem politischen Schulungsabend umgestaltet wurde. Im WS 1935/36 wurde das Programm mit der Überführung der *Germania* in eine NSDStB-Kameradschaft gestoppt.



Kundgebung der Göttinger DC, im folgenden Wintersemester den öffentlichen Vortrag Hirschs *Deutsches Volk und christlicher Glaube*.<sup>1012</sup>

Die Einbindung in den NS-Staat verlief bruchlos. Die *Germania* richtete eine Wohnkameradschaft ein und unterstellte sich im Juni 1935, als die Konflikte mit den nationalsozialistischen Hochschulorganisationen sich längst verschärft hatten, bedingungslos der DSt und dem NSDStB.<sup>1013</sup> Zuvor hatte es bereits interne Differenzen gegeben. Im Semesterbericht zum WS 1933/34 war daran erinnert worden, dass „die Wahrung unserer christlichen Grundbestimmtheit als Glaubens- und deshalb Lebenshaltung unser wichtigstes und ernstes Anliegen sein“ müsse.<sup>1014</sup> Weitere Diskussionen folgten mit den anhaltenden Anfeindungen und dem verstärkten Auftreten antikirchlicher bzw. -christlicher Kräfte im Herbst 1935. In einem internen Schreiben zeigte sich ein Germane nach ernüchternden Erfahrungen auf einem NSDStB-Schulungslager im Harz besorgt, ob denn „die christlich-sittliche Grundbestimmtheit unseres Bundes dem Nationalsozialismus“ nichts mehr zu sagen habe. Gegenüber dem NSDStB forderte er eine bewusstere Haltung:

*Der Nationalsozialismus von heute bekämpft das Christentum, allerdings noch nicht in der Öffentlichkeit. [...] Man zertrümmert, baut vielleicht schon neue Formen (Thingplätze, Nationalheiligtümer, usw.), hat aber nur den Inhalt nicht. Deshalb ist dies bestimmt dem Untergang geweiht. [...] Es wird nicht lange dauern, dann wird unser Führer vor die schwierigste und größte Frage, die er je zu beantworten hat, gestellt: Christentum oder Rosenberg und das andere Gerümpel [...]. Wir haben die Pflicht auf die Gefahren aufmerksam zu machen.*<sup>1015</sup>

Von diesem Grundkonflikt war auch der Dachverband erfasst. Schwarzburg-Bundesführer Wilhelm Behne optierte für die vollständige Überführung in den NSDStB. In der Auflösung der Verbindungen sah er die Möglichkeit, dort christliches Gedankengut zu verankern.<sup>1016</sup> Diese Sichtweise wurde nicht in allen Mitgliedsbünden geteilt. Über eine Auflösung werde, so ein Vertreter der *Germania* an Behne, vor Ort entschieden: „Es scheint mir nicht möglich, dass wir uns dem

<sup>1012</sup> Vgl. Zwanzig: *Germania*, S. 99–106, hier S. 103. Vorträge mit einem religiösen Bezug waren: *Die deutsche Glaubensbewegung* (WS 1934/35), *Die Christianisierung der Germanen unter besonderer Berücksichtigung der Sachsenbekehrung* (SoSe 1935) und *Die Wirkung der Kirche auf das Zusammenleben von Deutschen und Letten* (WS 1935/36).

<sup>1013</sup> *Germania* an Hochschulgruppenführer Riechelmann, undatiert [mutmaßlich Ende Juni/Anfang Juli 1935]. Ebenda, S. 114.

<sup>1014</sup> Hermann Voswinkel, in: Semesterbericht 1933/34. Zitiert nach ebenda, S. 94.

<sup>1015</sup> Schreiben vom 5.10.1935. Zitiert nach ebenda, S. 115.

<sup>1016</sup> Bereits im Juli 1933 war eine *Arbeitsgemeinschaft christlich-deutscher Studentenverbände*, bestehend aus dem Wingolfsbund, dem *Verband Deutscher Burschen* und dem Schwarzburgbund gegründet worden. Behne drängte auf eine feste Zusammenarbeit, um „der evangelischen Kirche und damit dem Christentum innerhalb der Studentenschaft ein[en] geschlossene[n] Stoßtrupp“ zu sichern. Behne an Rodenhauser und den ‚Führer‘ des VDB. Tiebel: *Geschichte 1933–1945*, S. 190. In Göttingen spielte die Arbeitsgemeinschaft keine Rolle.

N.S.D.St.B eingliedern, wenn dessen Leitung das Christentum bekämpft.“<sup>1017</sup> Kaum sechs Wochen später, am 23. November 1935, trat sie dem NSDStB dennoch als NS-Kameradschaft bei.<sup>1018</sup> Im Vorfeld hatte der NSDStB erklärt, dass er das Christentum nicht bekämpfen werde, vielmehr eine „restlos neutrale Haltung“ einnehme, zugleich aber deutlich gemacht, es nicht zu billigen, sollte die *Germania* eine Kameradschaft mit christlicher Tendenz werden.<sup>1019</sup> Dieser Übereinkunft war aufgrund reichsweiter Entwicklungen nur kurze Dauer beschieden. Nach der 10-Jahrfeier des NSDStB in München kündigte die *Germania* das Abkommen am 31. Januar 1936 auf. Sie sah die Neutralität in religiösen Fragen als nicht mehr gegeben an.<sup>1020</sup> Nach der Aufnahme der Aktivitas in das Philisterium suspendierte die *Burschenschaft Germania* am 23. Februar 1936 im 85. Jahr ihres Bestehens. Bereits zuvor, am 3. November 1935, war sie aus dem *Schwarzburgbund* ausgetreten.<sup>1021</sup> Neben einer Allgemeinkritik an dem Vorgehen der Bundesführung spielte auch die ‚Reinigung‘ des Mitgliederbestandes von ihren ‚nichtarischen‘ Bundesbrüdern eine Rolle, die Behne 1935 entscheidend vorangetrieben hatte. Insbesondere die Ausweitung der Kriterien auf die Zeit ab 1800 lehnte die *Germania* als nicht vermittelbar ab.<sup>1022</sup>

Die *Burschenschaft Germania* war durch den Nationalsozialismus in eine tiefe Krise gestürzt. Aus unterschiedlichen Gründen traten zahlreiche, teils langjährige Bundesbrüder aus.<sup>1023</sup> Einige wollten das christliche Prinzip nicht mehr tragen, andere sahen sich in erster Linie als Nationalsozialisten, wiederum andere machten sich gerade für das christliche Prinzip stark und lehnten die Übernahme des ‚Arierparagrafen‘ aus menschlichen wie christlichen Beweggründen ab. Ein Bundesbruder erkannte, „daß Christentum und Nationalsozialismus, beide als Weltanschauungen gedacht, sich kompromißlos ausschließen“ und sah das Ende der christlichen *Germania* gekommen: „Es geht um die Frage Christus oder Antichristus“<sup>1024</sup> Eine ähnliche Kritik formulierte Honorarprofessor Schuster, Mitglied der

<sup>1017</sup> Schreiben vom 13.10.1935. Zitiert nach Zwanzig: *Germania*, S. 116.

<sup>1018</sup> Abkommen vom 23.11.1935. Abgedruckt in: ebenda, S. 119. Vgl. die Mitteilung vom 18.12.1935. UAG, Rekt., Nr. 9354/11.

<sup>1019</sup> Schreiben vom 23.11.1935. Zitiert nach Zwanzig: *Germania*, S. 119.

<sup>1020</sup> Erklärung vom 31.1.1936. Abgedruckt in: ebenda, S. 122.

<sup>1021</sup> Beschlüsse vom 3.11.1935. Abgedruckt in: ebenda, S. 146, S. 148. Der Schwarzburgbund löste sich schließlich zum Jahresende 1935 auf.

<sup>1022</sup> Schreiben an Behne am 1.09.1935. Vgl. ebenda, S. 143. Die Einführung des ‚Arierparagrafen‘ (einschließlich ‚jüdisch Versippter‘, d.h. Bundesbrüder mit einer ‚nichtarischen‘ Ehepartnerin) war bereits mit der Verfassungsrevision vom 17.6.1933 beschlossen worden. Die sogenannte Frontkämpferklausel wurde an die persönliche Zustimmung des Bundesführers gebunden. Vgl. ebenda, S. 139–151. 1989 wies der Germane Helmut Plath darauf hin, dass die 21 bekannten Rundbriefe aus den Jahren 1930 bis 1936 frei von Antisemitismus gewesen seien. Für eine konsequente Ablehnung des Ausschlusses ‚nichtarischer‘ Bundesbrüder sprach sich auch Honorarprofessor Schuster aus. Schreiben vom 29.12.1934.

<sup>1023</sup> Plath datierte die wachsende Distanz vieler Germanen auf das Jahresende 1934. Vgl. ebenda, S. 151–161.

<sup>1024</sup> Schreiben vom 16.1.1936. Zitiert nach ebenda, S. 154.

NSDAP seit 1933. Er sprach sich gegen eine Anpassung an den Nationalsozialismus und gegen die „Sintflut der Kollektivierung und Vermassung“ aus. Die Kirche sah er in einem „verzweifeltsten Kampf um Leben und Dasein“. <sup>1025</sup> Die aufgezeigten Bruchlinien zeigen eine strukturelle Verwandtschaft zum „Kirchenkampf“. Zuerst war die Majorität nicht nur von einer Vereinbarkeit mit dem Nationalsozialismus überzeugt, vielmehr erhoffte man sich von einem Einbringen christlichen Gedankenguts eine Chance für den NS-Staat. Wie viele andere erlag auch die *Burschenschaft Germania* der Illusion eines ‚positiven Christentums‘. Ab 1934 schloss sich die Mehrheit der Theologen innerhalb der *Germania* der *Bekennenden Kirche* an und stellte sich gegen die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten. <sup>1026</sup> Ein markantes Gegenbeispiel war Paul Fehsenfeld, der in Bremen als enger Vertrauter des deutschchristlichen Bischofs Heinz Weidemann wirkte.

### Der Göttinger Wingolf

Von einer ähnlichen Dynamik war auch der *Wingolfsbund* erfasst, dem Ende 1932 noch rund 7.000 Mitglieder angehörten. <sup>1027</sup> Anfang Juni 1933 führte er in einer Gemengelage aus staatlichem Druck und eigenem Antrieb das ‚Führerprinzip‘ ein. Bundesführer Robert Rodenhauer, zuvor langjähriger Generalsekretär, warb für eine Mitarbeit beim Aufbau des „neuen Reichs“, wobei er mit Bezug auf den *Tag von Potsdam* und das Primat des Herrn auch eine vorsichtige Abgrenzungslinie zum Nationalsozialismus zog. <sup>1028</sup> Als Generationenkonflikt ausgetragen, bestimmten in der Folgezeit ein Nebeneinander verschiedener Prinzipien das Verbandsleben. Es dominierte, so der Wingolfchronist Martin Tiebel, eine „christliche Grundeinstellung, die aber aufs engste verschlungen war mit einer traditionellen korporativen Haltung sowie politischer Indifferenz und nationalem Irrationalismus.“ <sup>1029</sup> In Letzterem lag die entscheidende Bruchstelle. So plädierte der Nationalsozialist Heinrich Hüffmeier gegen Rosenbergs ‚Mythus‘:

---

<sup>1025</sup> Schreiben vom 29.12.1934. Zitiert ebenda, S. 154f. Von den professoralen Mitgliedern der Germanen bzw. einer Schwarzburgverbindung gingen wenige Impulse im Sinne des Nationalsozialismus aus. Von der Theologischen Fakultät waren dies Behm, Duhm und Stange, die Zwanzig zu den Deutschnationalen zählte. Ebenda, S. 159.

<sup>1026</sup> Prominente Beispiele sind Wilhelm Lueken, der am 23.9.1933 das Gutachten *Neues Testament und Rassenfrage* zeichnete, der Vorsitzende der *Bekennnisgemeinschaft* der hannoverschen Landeskirche Johannes Schultze oder Heinrich Tilemann, bis 1934 Präsident des Oberkirchenrates der lutherischen Kirche in Oldenburg. Vgl. Wolfes: Lueken.

<sup>1027</sup> Tiebel: Geschichte 1933, S. 185.

<sup>1028</sup> Rodenhauer: Das Neue Reich, in: WB 6 (1933), Sp. 122. Ähnlich verhielt sich die *Thuringia*. Sie beging den *Tag von Potsdam* mit einem Festkommers, gab sich gegenüber der NSDAP aber distanziert. Ihr Dank galt Hindenburg, der „am Grabe der preußischen Könige die Wiedergeburt des nationalen Deutschland vollzogen“ habe. Aufmacher, in: BW vom April 1933. Vgl. den Bericht zur Göttinger Hausweihe ebenda, S. 47.

<sup>1029</sup> Tiebel: Geschichte 1933, S. 190.

*So sehr wir die politischen Grundgedanken des Nationalsozialismus wegen ihrer Volksverbundenheit, wegen ihrer Einstellung zu Blut und Boden, zu völkischer Arbeit und völkischer Solidarität, zu Ehre und Pflicht bejahen, so müssen wir von unserem wingolftischen Grundsatz aus jegliche Grenzüberschreitung in das Gebiet der christlichen Religion abweisen.*<sup>1030</sup>

Das unbedingte Ja zur politischen Ordnung bei einem gleichzeitigen Nein zu den religiös-kirchlichen Vorstellungen innerhalb des Nationalsozialismus drängte den *Wingolfsbund* zur Klärung des Verhältnisses von Kirche und Theologie, Partei und Politik und, bezogen auf sich selbst, Bestand oder Nichtbestand. Ab 1935 ging es um das organisatorische Überleben. Der Bund war vor die Alternative Auflösung oder Aufgabe seiner christlichen Bestimmung gestellt.<sup>1031</sup> Dazu zählte neben dem Verzicht auf seinen konfessionellen Charakter die endgültige verbandsinterne Durchsetzung des ‚Arierparagrafen‘.<sup>1032</sup> Zum 1. November 1935 wurde der Ausschluss der ‚nichtarischen‘ Bundesbrüder ausnahmslos vollzogen. Ein nicht namentlich genannter Professor der Theologie schrieb:

*Weil wir verschmäht haben, uns in erster Linie als christliche Bruderschaft zu fühlen. [...], geben wir nun den Weg der Sünde bis zu Ende. [...] Ich kämpfe noch immer um die Frage, ob ich jetzt nicht auch ausscheiden soll. Vielleicht aber ist es sachlich richtiger und zugleich unbequemer diese unsere Schuld mitzutragen und um einen neuen Anfang zu ringen.*<sup>1033</sup>

Der Göttinger Wingolf war in den ersten Jahren des NS-Staates von einem Auszehrungsprozess erfasst. Im SoSe 1935 zählte er nur noch acht aktive Mitglieder, davon sieben Theologiestudenten.<sup>1034</sup> In seiner Eigenwahrnehmung befand sich der Bund zu dieser Zeit in einer existentiellen inneren Krise, zu der auch die drän-

<sup>1030</sup> Heinrich Hüffmeier: Das Evangelium und der deutsche Mensch in der Gegenwart, in WB vom 15.4.1934. Zitiert nach Zocher: *Wingolfsbund*, S. 81–82, hier. S. 82.

<sup>1031</sup> Am 30.4.1935 war der Bund der *Gemeinschaft studentischer Verbände* (GStV) beigetreten, nachdem Bundesführer Rodenhauser in zentralen Fragen Zugeständnisse gemacht hatte. Die GStV unter der Führung von Heinrich Lammers, ab Ende 1937 Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, wurde im März 1935 vom NSDStB für kurze Zeit als gesamtstudentische Korporationsvertretung anerkannt, löste sich Anfang September 1935 aufgrund der schwelenden Frage zur Haltung gegenüber ‚Nichtariern‘ auf.

<sup>1032</sup> Vgl. Tiebel: *Geschichte 1933–1945*, S. 210–221. Im Mai 1933 lehnte der *Geschäftsführende Ausschuss* einen entsprechenden Vorstoß der DSt ab, dem Rodenhauser in persönlicher Verantwortung zustimmte. Bemühungen, eine Hintertür offenzuhalten und ‚nichtarische‘ Bundesbrüder an geselligen Zusammenkünften teilnehmen zu lassen, wurden auch intern torpediert. Zum Wartburgfest 1934 gab es 13 Ausschlüsse bzw. Austritte wegen jüdischer Abstammung, zwei weitere aufgrund ‚jüdischer Versippung‘, 40 aufgrund grundlegender Ablehnung. 18 hatten sich der Durchführung eines entsprechenden Schreibens verweigert, 490 trotz mehrfacher Mahnung sich nicht rückgemeldet. Auch hier gilt, dass der Ausschluss von altgedienten Wingolfiten bei den Alten Herren Proteste auslöste, während es bei den aktiven Studenten kaum Widerspruch gab. Vertrauliche Beilage 12 (1933). Tiebel: *Geschichte 1933–1945*, S. 218.

<sup>1033</sup> Zitiert in: ebenda, S. 220–221.

<sup>1034</sup> Mitgliederverzeichnisse für das SoSe 1935. UAG, Rekt., Nr. 9354/12.

genden und offenbar nicht konstruktiv aufzulösenden Folgen des ‚Kirchenkampfes‘ zählten.<sup>1035</sup> Nach dem Marburger Bundestag Ende Oktober 1935 erklärte er seine Auflösung.<sup>1036</sup> Das Verbindungshaus wurde verkauft, ebenso der *Verein Göttinger Wingolfiten* abgewickelt. Die Gründung sogenannter *Christlicher Arbeitskreise*, um die man sich mit dem Ziel, dem „deutschen Studenten christlichen Lebensraum und Lebensinhalt zu vermitteln“, auch in Göttingen bemühte, scheiterte an dem fehlenden Korporationsprinzip.<sup>1037</sup> Dennoch gehörte der Göttinger zu jenen Wingolfsbünden, die jenseits der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle weiterhin Verbindung hielten. Im SoSe 1938 studierten elf ‚Aktive‘ an der Göttinger Universität und feierten – farbentragend – zusammen mit Philistern in einem Ausflugslokal das 70. Stiftungsfest.<sup>1038</sup>

Aufgrund der äußeren Umstände war die Auflösung des Göttinger Wingolfs zwangsläufig. In diesem Prozess war die äußere Anfechtung des christlichen Prinzips ein wichtiger Baustein. Zum ‚Kirchenkampf‘ nahmen weder der Dachverband noch der Göttinger Bund offiziell Stellung, die Mehrheit der Wingolfiten stand jedoch auf Seiten der *Bekennenden Kirche*. Diese Tendenzentscheidung galt nicht für alle Bundesbrüder. Prominente Göttinger Wingolfiten, die sich den *Deutschen Christen* anschlossen, waren Emanuel Hirsch, Eugen Mattiat und Martin Redeker.

## Die Erfassung der Theologiestudenten in der DSt und anderen NS-Organisationen

Wie dargelegt, war der Anteil der Studenten der Theologie beim NSDStB bereits Ende der 1920er Jahre überdurchschnittlich hoch. Diese Begeisterung hielt an. In einem Zeitungsinterview erklärte Johannes Hempel im September 1933, dass 95 Prozent aller Theologiestudenten Nationalsozialisten seien und in seinen Vorlesungen mehr als die Hälfte der Hörer der SA angehörten.<sup>1039</sup> Noch 1939, als ihnen die Mitgliedschaft in SA und im NSDStB längst verweigert wurde, soll noch die Hälfte der NSDAP bzw. einer ihrer Unterorganisationen angehört haben. 17 von 99 waren noch immer Parteimitglieder. Von den 16 Erstsemestern kamen 12 aus der HJ.<sup>1040</sup> Hervorgehobene Positionen in NSDStB und DSt blieben zuerst mög-

---

<sup>1035</sup> Im SoSe 1934 führte Philister Otto Palmer in die „Fragen der augenblicklichen kirchlichen Lage“ ein. Der Inhalt ist nicht bekannt. Fritz Meyberg: Großer Semesterbericht SoSe 1934. Wingolfsarchiv, Ordner Göttingen. Vgl. die undatierte Einschätzung von Otto Palmer [nach dem SoSe 1934].

<sup>1036</sup> Mitteilung des Wingolfs vom 4.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 9354/9.

<sup>1037</sup> Tiebel: Geschichte 1933, S. 234.

<sup>1038</sup> Ebenda, S. 248. Vgl. die Einladung des *Vereins Göttinger Wingolfsphilister* zur Feier des 200-jährigen Universitätsjubiläums am 26.6.1937 im ehemaligen Wingolfshaus. Wingolfsarchiv, Ordner Göttingen.

<sup>1039</sup> Zitiert nach Weber: Hempel, S. 122; Grüttner: Studenten, S. 431. Vgl. Siemens: Stormtroopers, S. 144–151, insb. S. 150f.

<sup>1040</sup> Vermerk Weber, undatiert. UAG, Theol. SA, Nr. 152/2.

lich. Im WS 1936/37 fungierte der Theologiestudent Rudolf Peineke als Geschäftsführer der NSDStB-Hochschulgruppe, im SoSe 1937 leitete Lothar ter Brink die *Hauptstelle für den studentischen Einsatz*.<sup>1041</sup> Bei einigen reichte das Engagement über den universitären Rahmen hinaus. So beteiligten sich Theologiestudenten 1933/34 mit Vorträgen an der von der nationalsozialistischen Studentenschaft ins Leben gerufenen *Abendschule für Erwerbslose und Studenten*.<sup>1042</sup>

Bis zu ihrer Entmachtung im Herbst 1934 erfuhr vor allem die SA hohen Zuspruch, besonders die Anfangssemester konnten sich ihr kaum entziehen. In seiner autobiografischen Erinnerungsschrift berichtet der damalige Göttinger Theologiestudent Friedrich Schwekendiek, der neue deutschchristliche Präsident des Landeskirchenamtes Hahn habe die Mitarbeit in NSDAP, SA oder SS in einer öffentlichen Veranstaltung sogar als Voraussetzung für die Examenszulassung genannt.<sup>1043</sup> Die ersten Studienjahre vollzogen sich „zwischen Hörsaal und Exerzierplatz“.<sup>1044</sup> In der Realität erwiesen sich die zahllosen Dienste und die umfangreiche nationalpolitische Erziehungsarbeit jedoch als problematisch. Wiederholt gab es Kritik an ungeeignetem Führungspersonal, an der Geistlosigkeit vieler Dienste und deren tendenziell kirchenfeindlich-antichristlichen Ausrichtung. Die größten Schwierigkeiten aber brachte der zeitliche Aufwand mit sich. Hans von Campenhausen führte den spärlichen Besuch seiner Vorlesungen und der Sprachübungen im Stift auf den überbordenden SA-Dienst zurück, auch die *Burschenschaft Germania* klagte, dass ihren Mitgliedern deswegen drei Abende pro Woche verloren gingen.<sup>1045</sup> Im Juni 1934 stellte die Kirchengemeinde von St. Johannis gar einen Rückgang des kirchlichen Lebens fest, da fast sämtliche Sonntage im Semester mit studentischen Diensten belegt seien.

### Begrenzte Bindungskraft: die Theologische Fachschaft

Mit der rechtlichen Neuordnung der Studentenschaften im April 1933 war die „Erziehung der Studenten zur Wehrhaftigkeit und zur Einordnung in die Volksgemeinschaft durch Wehr- und Arbeitsdienst und Leibesübungen“ als Ziel festgelegt worden. Jeder Student „deutscher Abstammung und Muttersprache“ gehörte per Immatrikulation der DSt an.<sup>1046</sup> Die Studenten der Theologie waren auf

<sup>1041</sup> Vgl. die entsprechenden Einträge im ANV/VZ.

<sup>1042</sup> SoSe 1933: Hellmuth Ahrens (*Religiöse Gegenwartsfragen*); WS 1933/34: Johannes Stisser (*Hitlers „Mein Kampf“ und Möller van der Brucks „Das Dritte Reich“*). Vgl. Blümel/Natonek: Bestreben, S. 175–186, hier S. 179–181.

<sup>1043</sup> Schwekendiek: *Leben*, S. 75.

<sup>1044</sup> Der studentische SA-Dienst stieß bei vielen Kirchenleitungen auf Zustimmung. Die bayerische Landeskirche musste Gerüchte zurechtrücken, bei der Examensmeldung SA-Zeugnisse zu verlangen. Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 159–162.

<sup>1045</sup> Campenhausen an Lietzmann am 11.11.1933. Abgedruckt in Aland (Hg.): *Glanz*, S. 751f; Rundbrief vom 21.11.1935. Zwanzig: *Germania*, S. 98. Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 105–128.

<sup>1046</sup> §3 der Preußischen Studentenrechtsordnung vom 12.4.1933. Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, 129–139, hier S. 130.

Reichsebene in der Fachschaft *Religiöse Erziehung* organisiert, unter deren Dach sich konfessionell getrennt die Fachabteilungen sammelten.<sup>1047</sup> Organisatorisch galt das ‚Führerprinzip‘. Die Fachschaftsvertreter wurden ernannt und standen in Abhängigkeit der jeweiligen Studentenführung. Bis auf wenige Ausnahmen, so in Königsberg, handelte es sich um überzeugte Nationalsozialisten und/oder *Deutsche Christen*.<sup>1048</sup> Dies gilt auch für Göttingen. 1933 leitete Edo Osterloh den *Studentenkampfbund Deutsche Christen* und die Fachschaft in Personalunion, bis ihn in beiden Ämtern Friedrich Nobiling ablöste.<sup>1049</sup> Mitte der 1930er Jahre lag die Fachschaftsleitung auf Betreiben Hirschs, so der Vorwurf der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*, fest in den Händen deutschchristlich/nationalkirchlich orientierter Kommilitonen.<sup>1050</sup> Mit der Zusammenfassung von NSDStB und DSt wurde sie als Fachgruppe zuerst von Hinrich Post (SoSe 1938), dann von dem Studenten Walter Frese (WS 1938/39) geführt.<sup>1051</sup> Im Mai 1942 stand ein kriegsversehrter Offizier an der Spitze der Fachschaft, der sie, so Dekan Weber, „zielbewusst immer stärker zu einem Organ der politischen Erziehung der Studenten“ ausbaue.<sup>1052</sup> Zeitweise Verhandlungen der *Bekennnisgemeinschaft* über die Anerkennung ihrer Aktivitäten als offizielle Fachschaftsarbeit im Jahr 1935 führten zu keinem Ergebnis.<sup>1053</sup>

Vor allem jüngere Nachwuchswissenschaftler standen in einem engeren Kontakt zur Fachschaft. So nahm Privatdozent Heinrich Seesemann im Frühjahr 1934 trotz einer vollen Stelle „in leitender Funktion“ an der Fachschaftsarbeit teil.<sup>1054</sup> Ähnliches gilt für den später als Hoffnungsträger gehandelten Hans-Georg Liedtke, der sich als Leiter der politischen Schulung „große Verdienste um die Ausrichtung der jüngeren Kameraden auf den Staat und die Bewegung erworben“ habe.<sup>1055</sup> Dagegen beteiligten sich die Professoren an Einzelaktivitäten, eine direkte

---

<sup>1047</sup> REM (Hg.): Hochschulen, S. 3.

<sup>1048</sup> In Heidelberg war die DC-Mitgliedschaft satzungsmäßig fixiert. Meisick: Theologiestudium, S. 136.

<sup>1049</sup> Vgl. Hirsch an den Rektor am 26.4.1934. Abgedruckt in Wolfes: Theologie, S. 382f. Es folgten die Studenten Glawatz (Ende 1934) und Nelius (Sommer 1935). 1939 stand der Student Rahaus der Fachschaft vor, ein Bewohner des Bremer Studienhauses. Die genauen Daten ließen sich anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht ermitteln. Eine (vollständige) Liste sämtlicher Fachschaftsleiter gibt es nicht.

<sup>1050</sup> Was hat die Trennung mit Hirsch herbeigeführt? [1936, N.N]. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1051</sup> Frau Professor [N.N] an Herrn Finanzdirektor [N.N], Hannover am 13.9.1933. LKAH, E 28, Nr. 93. Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Vgl. die Einträge im ANV/VZ. Post gehörte 1936 der erfolgreichen Mannschaft beim ‚Reichsberufswettkampf‘ an, Frese war ein Bewohner des Bremer Studienhauses.

<sup>1052</sup> Bericht Webers über das laufende Semester vom 16.5.1942. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1053</sup> Edmund Bode: Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1054</sup> Hirsch am 10.4.1934. UAG, Theol. SA, Nr. 160.

<sup>1055</sup> Bescheinigung Hempels am 29.6.1935. LKAH, E 28, Nr. 93. Zu seiner nationalsozialistischen und deutschchristlichen Einstellung vgl. seine Korrespondenz mit Gogarten. SUB, Cod. Ms. Gogarten 400: 444.

Steuerung der Fachschaftsarbeit ist dagegen nicht erkennbar. Dies gilt auch für Hirsch, der die Fachschaftsarbeit zwar als offiziellen Teil der politischen Universität anerkannte und sich bemühte, kirchenpolitisch störende Einflüsse zu minimieren, sich für Fachschaftsfragen aber nicht zuständig fühlte. Zur Kontrolle und Durchsetzung eigener Interessen pflegte er gleichwohl ein besonderes Vertrauensverhältnis zu einzelnen Fachschaftsvertretern und nutzte diese wohl auch zur Informationsgewinnung.<sup>1056</sup>

Kernaufgabe der Fachschaft war die Durchführung von Schulungslagern, deren Besuch für die Erst- bis Drittsemester obligatorisch war. Fasst man unterschiedliche Aussagen zusammen, war ihre Reichweite mit dem Aufbrechen der kirchenpolitischen Gegensätze unter den Studenten trotz der bestehenden Vorteile einer aktiven Mitarbeit begrenzt.<sup>1057</sup> Bereits Ende 1934 war ein ‚geordnetes‘ Fachschaftslager kaum mehr möglich.<sup>1058</sup> Anfang 1936 klagte Hirsch, dass die Fachschaft außer der Teilnahme an den ‚Reichsberufswettkämpfen‘ kaum Aktivitäten entfalte. Sie werde von der ‚Gegenfachschaftsarbeit‘ der studentischen *Bekanntnisgemeinschaft* geradezu lahmgelegt.<sup>1059</sup> Vermutlich begründete diese Lähmung, trotz anhaltend großer Bedenken wegen der Themensetzung, eine zwischenzeitliche Einigung über eine Teilnahme der BK-Studenten an dem Fachschaftslager *Nationalsozialismus und Christentum*. Es sprachen Hirsch über *Ist das deutsche Volk ein christliches Volk?* und Gogarten über *Glaube und Weltanschauung*. Marahrens, der für eine Andacht zur „eigentlichen Verantwortung der Theologiestudenten vor der Kirche“ angefragt worden war, nahm nicht teil.<sup>1060</sup> Das Semes-

<sup>1056</sup> Vgl. Hirsch an Campenhausen am 25.2.1936. BArch, NL 1721, Nr. 70. So heißt es in einem Schreiben an Fachschaftsleiter Nelius vom 25.6.1935. „Anliegend streng vertrauliche Schriftsache zur Besprechung mit Führung der Studentenschaft überreicht.“ UAG, Theol. SA, Nr. 146,1; Hirsch an das REM am 3.1.1936 (Nachtrag zu seinem Bericht vom 17.6.1935). UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>1057</sup> Die Mitarbeit wurde im Studienpass vermerkt und konnte sich positiv auf Gebührenerlässe und die Gewährung von Stipendien auswirken. Für 1933/34 gibt es eine Mustersatzung, die für das 3.–6. Semester eine Pflichtmitarbeit vorsah. Nach einem REM-Erlass vom 15.5.1935 war die Fachschaftsarbeit freiwillig. In Göttingen habe Studentenschaftsführer Fritz Riechelmann bestätigt, dass die Nichtteilnahme an den Fachschaftslagern keine wirtschaftlichen Nachteile nach sich ziehe. Widerspruch Hans-Heinrich Harms (Abschrift für den Kurator am 3.3.1936). UAG, Theol. SA, Nr. 149.

<sup>1058</sup> Glawatz (Fachschaftsleiter): Die Arbeit der Fachschaft für religiöse Erziehung, in: Aus der Arbeit der Fachschaften (Beilage der *Niedersächsischen Hochschulzeitung* 3 vom 1.12.1934), S. 8. Das Lager fand vom 16.–20.11.1934 in Rittmarshausen statt. Themen waren die Arbeitsgemeinschaften *Kirche und Auslandsdeutschum* unter besonderer Berücksichtigung niedersächsischer Auswanderer und *Deutscher Dichterglaube*. Der zweite Schwerpunkt war *Wissenschaftsdienst in den Kameradschaftsbütern*. Ziele waren ein Heranführen an die Fragen der Gegenwart, die Herstellung von Einheit jenseits der kirchenpolitischen Trennung und die Herstellung einer engen Verbindung von Dozenten und Studenten.

<sup>1059</sup> Hirsch an das REM am 3.1.1936 (Nachtrag zu seinem Bericht vom 17.6.1935). UAG, Rekt., Nr. 4102.

<sup>1060</sup> Göttinger Studenten der BK an Marahrens am 30.4.1936. LKAH, KKD, Nr. 136. Eine Änderung des Oberthemas ließ sich nicht erreichen. Auf dem Fachschaftslager soll Hirsch bezüglich des ewigen Lebens Äußerungen von sich gegeben haben, die Jeremias als gotteslästerlich bezeichnet haben soll. Was hat die Trennung mit Hirsch herbeigeführt? [1936, N.N.]. LKAH, KKD, Nr. 136.



terauftaktlager im SoSe 1937 bestimmten harte theologische Debatten, die aber im Verständnis eines gegenseitigen Ernstnehmens geführt wurden. Als der Konflikt zwischen Theologischer Fakultät und Landeskirche mit der Nichtberücksichtigung der Göttinger Professoren in den landeskirchlichen Prüfungskommissionen einen neuen Höhepunkt erreichte, war die Fachschaft kurzfristig ein kommunikativer Raum, in dem der vorherrschende „gehässige Geist“ zurückgedrängt werden konnte.<sup>1061</sup> Eine dauerhafte Aufwertung der Fachschaftsarbeit war damit nicht eingeleitet. 1938 verweigerten die Göttinger Bekenntnisstudenten ihre Mitarbeit erneut.<sup>1062</sup> Die Ankündigung für ein Fachschaftslager am 18./19. November legt eine erneut einseitige kirchenpolitische Festlegung nahe. Unter dem Oberthema *Deutscher Brauch – Deutscher Glaube* behandelten die Referenten *Geschichtliche Überschau über die Bekehrung der Germanen zum Christentum* (Assistent cand. theol. Liedtke), *Die Bekehrung der Germanen als Umbruch in Ethos und Frömmigkeit* (Hirsch), und *Der Ursprung des Weihnachtsfestes* (stud. theol. Frese).<sup>1063</sup>

An dem folgenden Einführungslager für Erstsemester nahm auch Neudekan Weber teil, der sich überzeugt zeigte, dass dieses der „ganzen politischen Arbeit in unserer Fakultät in besonderem Maße zustattenkommen“ werde.<sup>1064</sup> Seine Reduzierung der Fachschaftsarbeit auf ihre politische Funktion zeigt zugleich ihr Dilemma auf. Die Fachschaft handelte nicht als studentische Interessenvertretung, sondern als Durchsetzungsinstrument staatlich-politischer Vorgaben. Aufgrund der Besonderheiten des Theologiestudiums – der weltanschaulichen Konkurrenzsituation, den Auswirkungen des ‚Kirchenkampfes‘ und wachsender antikirchlicher Einstellungen innerhalb der NSDAP – stieß sie stärker als andere Fachschaften an Grenzen. Aufs Ganze gesehen vermochte sie es weder, die kirchenpolitisch begründete Spaltung der Theologiestudentenschaft zu überwinden oder auch nur abzumildern, noch die Ausgrenzung der Theologiestudenten zu beenden.<sup>1065</sup>

Dem *Volkskirchlichen Arbeitsring deutscher Studenten*, der sich zum Ende des WS 1935/36 als Zusammenschluss lokaler Fachschaften in Halle konstituierte, schloss

---

<sup>1061</sup> Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Ein Wechsel an der Fachschaftsspitze entspannte die Situation zumindest auf persönlicher Ebene.

<sup>1062</sup> Edmund Bode im Namen der Göttinger Studenten in der BK an OKR Klügel am 24.4.1938. LKAH, KKD, Nr. 133.

<sup>1063</sup> Ankündigung der Fachschaft bei der Studentenführung der Universität Göttingen vom 14.11.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Aussagekräftig ist ein Schreiben Hempels an Frese am 16.12.1938, nachdem im Sprachenkonvikt die Fachschaftseinladung für eine Weihnachtsfeier vom *Schwarzen Brett* entfernt wurde. Die ‚Täter‘ waren nicht zu ermitteln, LKAH, E 28, Nr. 19.

<sup>1064</sup> Ankündigung, undatiert. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1065</sup> Bericht des Studenten Frese über den Hausbesuch des Studentenführers am 9.5.1939. LKAB, B 631/1. Die Einladung war Ende April 1939 auf einem Fachschaftslager in Rittmarshausen ausgesprochen worden. Gensch an Weidemann am 9.5.1939.

sich die Göttinger Fachschaft ohne ersichtlichen Grund nicht an.<sup>1066</sup> Im Mai 1938 gehörten ihm immerhin 268 Studenten von elf evangelischen Fakultäten an.<sup>1067</sup> Sein Ziel war die Überwindung der kirchenpolitischen Fronten bei gleichzeitigem Bekenntnis zu dem „durch Adolf Hitler geschaffenen nationalsozialistischen Staat“ in der Nachfolge Martin Luthers.<sup>1068</sup> Faktisch richtete sich die Ablehnung eines als verengend empfundenen Dogmatismus vornehmlich gegen die *Bekennende Kirche*. Dementsprechend rekrutierte der *Arbeitsring* seine Referenten aus dem deutschchristlichen Lager.<sup>1069</sup>

### Die Wohnkameradschaft der DCSV und das Sprachenkonvikt als nationalsozialistische Erziehungsagenturen

1933/34 richteten viele DCSV-Kreise sogenannte Wohnkameradschaften ein. Die Initiative ging von der DSt aus, aber auch innerhalb der DCSV war man von den positiven Aspekten der Gemeinschaftserziehung überzeugt. In Göttingen mietete die DCSV zu diesem Zweck im Sprachenkonvikt mehrere Flurzimmer an.<sup>1070</sup> Über die Aufnahme geeigneter Bewerber entschied sie in eigener Verantwortung, wobei die allgemeinen Regelungen des Konvikts (Nachweis der ‚arischen‘ Abstammung und Nachweis über die Ableistung des *Reichsarbeitsdienstes*) beachtet wurden. Das Dienstbuch der Kameradschaft belegt ein straffes Reglement. Beispielsweise war für den 30. Mai 1934 folgender Tagesablauf vorgesehen:

5.45	<i>Aufstehen, anschließend Frühstück</i>
6.00–6.30	<i>Selbstreinigung und Stubenordnung</i>
6.30–7.10	<i>Morgenkaffe</i>
7.15–10.30	<i>Silentium</i>
10.30–11.00	<i>Freizeit</i>
11.00–13.00	<i>Silentium</i>
13.15	<i>Mittagessen</i>
14.00–16.20	<i>Silentium</i>
16.30–17.00	<i>Freizeit</i>

<sup>1066</sup> Vgl. die Unterlagen in EZA, 7/4389. Die Fachschaft Halle gab auch die *Mitteilungen aus volksgläubiger Arbeit deutscher Theologiestudenten* heraus, die in mindestens fünf Ausgaben vom Juni 1937 bis zum September 1938 erschien.

<sup>1067</sup> Aufstellung [Halle] vom 25.5.1938. EZA, 7/4389.

<sup>1068</sup> Vgl. die Leitsätze in den ‚Mitteilungen‘ [Nr. 1] vom 7.6.1937. EZA, 7/4389.

<sup>1069</sup> Dekan Halle an Finanzabteilung beim EOK am 4.12.1937. EZA, 7/4389. Von den aktiven Göttinger Theologen konnte der *Arbeitsring* allein Emanuel Hirsch gewinnen. Zusammen mit Ernst Sellin und Hempel nahm er vom 4. bis 6.12.1939 an einem Lager der Berliner Fachschaft teil. Studentenführung der Friedrich-Wilhelm-Universität an den EOK am 29.11.1939. Weitere Referenten für Lager/Freizeiten im Februar 1939 waren Walter Grundmann, Wilhelm Knevels, Julius Wagenmann, Wilhelm Koepf, Johannes Behm, Georg Wunsch, Helmuth Kittel, Hermann Werdermann, Paul Fiebig, Heinz Erich Eisenhuth, Carl Schneider und Ernst Benz. Volksgläubiger Arbeitsring [Halle] an den EOK am 2.2.1939. Ebenda.

<sup>1070</sup> Vgl. die entsprechenden Verträge in LKAH, E 28, Nr. 97; Hong: DCSV, S. 59–63.

17.00–19.00 *Silentium*

20.20–20.30 *Gedenken an einen verstorbenen D.C.S.V.er*

20.30–22.25 *Politischer Schulung* [...]: *Rassenlehre*

22.25–22.40 *Abendwache, anschließend Betruhe*

Dazu traten SA-Dienste, körperliche Ertüchtigung in Wehrsportlagern und politische Schulungen. Themen waren u.a. ‚Rassenlehre‘, deutsche Außenpolitik und Heerwesen sowie der Erwerb von Kolonien.<sup>1071</sup> Das Tagesprogramm des Kameradschaftshauses im Sprachenkonvikt war ähnlich strukturiert. Neben Wissenschafts-, Fachschafts-, SA- und Wehrdienst – sämtliche Konviktuale gehörten der SA an – waren zwei Termine pro Woche für ‚politische Schulung‘ reserviert, um „zunächst die Grundlagen für politisches Denken zu schaffen, die Kameraden hinzulenken auf nationalsozialistisches Wollen und – bedingt durch die Zusammensetzung des Hauses – das positive Verhältnis der jungen Theologen und künftigen Pfarrer zu Volk und Vaterland herauszuarbeiten“.<sup>1072</sup> Neben Vorträgen von Hempel (*Aufgabe von Theologen in der heutigen Zeit*) und Werner Wiesner (*Kirchliche Lage*) gab es mehr als ein Dutzend verpflichtende Schulungsabende, in denen Themen wie *Nationalsozialistische und christliche Jugendarbeit*, aber auch kirchenpolitische Fragen behandelt wurden. Der schwärmerisch-pathetisch abgefasste Jahresbericht des deutschchristlichen Kameradschaftsführers Adolf Weidner zeigt, dass die nationalsozialistische Weltanschauung und Begriffe wie ‚Gemeinschaft‘, ‚Kameradschaft‘, ‚Glaubensstärke‘ einen großen Raum einnahmen und verinnerlicht waren. Wahre Kameradschaft, so Weidner, zeige sich im „Wollen zur Tat“, nicht in Büchern und Theorie, sowie im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. In diesem Verständnis fasste Weidner das Ideal der Kameradschaftserziehung wie folgt zusammen:

*Wir wollen uns nur um eines mühen: darum, dass uns die neue Zeit bereitfinden möge. In allem Geschehen steht der deutsche Mensch. Gott hat uns und unserem Volke ganz grosse und gewaltige Aufgaben gestellt.*

Berichtet wird dann von Ausflügen, der Teilnahme an der NS-Winterhilfe und einem Besuch bei dem populären völkischen Schriftsteller Hans Grimm in Lip-polsberg, der zum Thema *Soziale Frage und Raum* sprach:

*Es ist etwas Eigenes, wenn man bei Hans Grimm in der altertümlichen mit schweren Eichenbalken gestützten und von einem Kamin behaglich erwärmten Stube sitzt. Um den schweren Eichentisch, an dem schon die Ahnen gesessen, heute junge Menschen, die*

<sup>1071</sup> Diensttagebuch der Kameradschaft der DCSV vom 28.5 bis zum 28.7.1934, unterschrieben vom Kameradschaftsführer Hilmar Walter Perdy. KKA Göttingen, Bestand DCSV. Vgl. den Tagesplan in dem Bericht des Kameradschaftsführers Weidner an die DSt vom 31.10.1934. LKAH, E 28, Nr. 19. Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 150–159.

<sup>1072</sup> Bericht über das Sprachkonvikt vom 4.2.1935. LKAH, E 28, Nr. 97. Für die Wohnkameradschaft und die politische Schulung war die DSt verantwortlich. DSt an Hempel am 28.4.1934.

*gespannt auf Hans Grimm schauen, der ihnen Richtung und Ziel im politischen Kampfe geben will. Plötzlich lautlose Stille – Hans Grimm ergreift das Wort und nun entwickelt er seine Anschauungen. Seine Hände beginnen zu zittern, wenn er auf das Raumproblem zu sprechen kommt. In dem Mittelpunkt der heutigen Unterredung steht die soziale Frage, die aber auch in engem Zusammenhang mit der Raumfrage steht. Wir sehen, wie hinter diesen Ideen, die er entwickelt, ein ehrlicher, reiner, sein Volk über alles liebender Charakter steht. Er sieht in seinem deutschen Volk ein Herrenvolk, dem Luft und Raum, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten geschaffen werden müssen.*<sup>1073</sup>

### Zwischen Kontinuität und Anpassung: das Theologische Stift

Das Theologische Stift blieb unbeanstandete Einrichtung der Fakultät.<sup>1074</sup> Übernahmebegehren durch den Förderausschuss des Studentenwerkes wies Hirsch Ende 1933 kategorisch zurück, gestand aber ein Mitspracherecht bei der Kandidatenauswahl zu.<sup>1075</sup> Politisch galt das Stift als unbedenklich. Nach Hans von Campenhausen, Stiftsinspektor der Jahre 1930 bis 1935, waren die Stifter ausnahmslos Nationalsozialisten. Seine Inspektorenzeit fasste er im Stiftbuch in einem einzigen Satz zusammen: „Hier wurde mancherlei gebrüllt, was besser nicht die Seiten füllt.“<sup>1076</sup> Dennoch stand der nationalsozialistische Erziehungsgedanke für ihn nicht an erster Stelle. Die Beibehaltung der gemeinsamen Andachten und die regelmäßigen wissenschaftlichen Morgen- und Sprachübungen gaben dem Stiftalltag Kontinuität.<sup>1077</sup>

Zugleich war das Stift eine Bastion der *Bekennenden Kirche*. Eine Mehrheit von 15 Studenten stand der *Bekennnisgemeinschaft* nahe, während die anderen entweder kirchenpolitisch ungebunden waren oder sich zu den *Deutschen Christen* hielten. Bis in die späten 1930er Jahre war der Stiftalltag nicht zuletzt von einer Art ‚Kleinrieg‘ unter den bis zu 23 Stiftlern bestimmt.<sup>1078</sup> Mit der Gründung der studenteni-

<sup>1073</sup> 16-seitiger Bericht Adolf Weidners vom 15.2.1935. LKAH, E 28, Nr. 19. Auszugsweise abgedruckt in: Ohlemacher: Konvikt, S. 31–33. Zudem berichtete er von Freizeitaktivitäten, Kameradschaftsabenden (u.a. mit Hirsch), Vorträgen und politischen Aktivitäten wie z.B. dem gemeinsamen Radiohören zur Saar-Abstimmung am 13.1.1935, sowie von dem viertägigen Theologenlager in Rittmarshausen im November 1934.

<sup>1074</sup> Übersicht über die vier kirchlichen Wohnheime vom 13.7.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 149. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 150–159. Stiftsinspektoren waren Hans Freiherr von Campenhausen (1930–1935), Alfred Brauer (1935, kommissarisch), Kurt Möhlenbrink (1935–1936, kommissarisch), Carl Heinz Ratschow (1936–1939), Ulrich Cruse (1940), Hans Crome (1940–1941), Karl Adolf Gottschald (1941), Erwin Janssen (1941–1942) und Hans Kropatschek (1942–1945). Vgl. Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 393f.

<sup>1075</sup> Hirsch an das Studentenwerk am 14.11.1933. UAG, Theol. SA, Nr. 149.

<sup>1076</sup> Undatierter Eintrag [nach 1945] ins Stiftbuch; Campenhausen: ‚Murren‘, S. 159. Die Semesterberichte der Stiftsinspektoren für die Jahre 1933 bis 1945 wurden der entsprechenden Akte (UAG, Theol. SA, Nr. 149) offensichtlich entnommen.

<sup>1077</sup> Chronikauszug Hans von Campenhausen vom 3.2.1935. UAG, Theol. SA, Nr. 149; Eintrag Carl Heinz Ratschow ins Stiftbuch vom 17.5.1983.

<sup>1078</sup> Nach Ratschow, Stiftsinspektor der 1936 bis 1939, waren acht Stifter *Deutsche Christen*. Ebenda.

schen *Bekennnisgemeinschaft* nutzte diese die Stiftadresse für ihre Korrespondenz, auch die Zusammenarbeit mit Studentenpfarrer Wischmann war eng.<sup>1079</sup> Mehrfache Interventionen mit dem Ziel, Gespräche mit kirchenpolitischer Tendenz im Stift zu untersagen, waren offenbar nur begrenzt erfolgreich.<sup>1080</sup> So griff Hirsch 1936 in seiner Funktion als Ephorus persönlich in die Platzvergabe ein und verweigerte zwei Stiftlern ihre Wohnzeitverlängerung für das Examensemester. Hintergrund waren ihre Weigerung, an einem Fachschichtlager in Rittmarshausen teilzunehmen, sowie ihre Beteiligung an der Durchführung einer BK-Freizeit in Lippolsberg. Im Landeskirchenamt mutmaßte man dagegen, dass Hirsch mittels einer gezielten Platzvergabe an DC-Studenten das Stift als BK-Hochburg schleifen wolle.<sup>1081</sup> Am 3. März 1936 erteilte der Dekan Campenhausen den dienstlichen Befehl, die „Sondergruppenarbeit der Studierenden Bode und Harms“ nicht mehr zu unterstützen.<sup>1082</sup> Rückblickend betrachtet war das Stift der Ort, an dem der ‚Kirchenkampf‘ die stärkste Resonanz erfuhr. Noch im Juli 1939 wies Neudekan Weber bei seinen Bemühungen um die Nachfolge Ratschows auf die „kirchenpolitische Verschiedenheit unter den Studenten“ ausdrücklich hin. Versuche, einen deutschchristlichen Kandidaten ins Amt zu hieven, scheiterten an nicht bekannten Gründen.<sup>1083</sup> Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs lebte die Mehrzahl der aktiven Theologiestudenten im Stift. Das Zusammenleben gestaltete sich enger und war, so Stiftsinspektor Ulrich Cruse, von großer Ernsthaftigkeit geprägt.<sup>1084</sup>

### Abseits des Mainstreams: das Reformierte Studienhaus

Für das im Mai 1921 gegründete und konfessionell ausgerichtete *Reformierte Studienhaus* liegt für die Jahre 1938 bis 1947 eine Studienchronik vor.<sup>1085</sup> Folgt man den Jahresberichten, hob sich das Alltagsleben von dem anderer Einrichtungen im Umfeld der Theologischen Fakultät deutlich ab.

---

<sup>1079</sup> Ebenda.

<sup>1080</sup> Hirsch an den stellvertretenden Inspektor des Stifts am 6.11.1935. UAG, Rekt., Nr. 3202. Vgl. die Anlagen zu dem Schreiben Hirschs vom 29.11.1935. Präsident Schnelle an den Dekan am 23.11.1935; Erklärung des Dekans vom 22.11.1935.

<sup>1081</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 200; Gemeinhardt: Campenhausen, S. 228f. Vgl. die knappen Hinweise bei Harms, der einer der beiden Betroffenen war. Auf Vermittlung von Weber erhielten sie schließlich ihre Verlängerung. Harms: Schlaglichter.

<sup>1082</sup> Hirsch an Campenhausen am 3.3.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 140.

<sup>1083</sup> Weber an Henning Stapel am 18.7.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 149. Zuvor hatte sich Hirsch für Gerhard Defner als stellvertretenden Stiftsinspektor eingesetzt. Defner, Jahrgang 1915, hatte in Göttingen und Berlin Theologie studiert. Er war seit 1934 in der SA und im NSDStB und gehörte zu jenen Studenten, die 1936 erfolgreich am ‚Reichsberufswettkampf‘ teilnahmen. Hirsch an Mattiat am 22.4.1939; Lebenslauf Defner vom 25.4.1939.

<sup>1084</sup> Eintrag Ulrich Cruse ins Stiftbuch vom 8.2.1942. Mit dem Einbruch der Studentenzahlen erfolgte die Aufnahme von Nichttheologen, vor allem von Medizinstudenten. Studentinnen waren weiterhin nicht zugelassen.

<sup>1085</sup> Vgl. Freudenberg (Hg.): Chronik; ders.: Leben.



Abb. 13: Antrittskneipe im Reformierten Studienhaus, 21. November 1941 (Fotobeigabe zur Chronik des Reformierten Studienhauses (1938-1995). Archiv der Ev.-Ref. Gemeinde Göttingen)

Gezeichnet ist das Bild eines von den äußeren Bedingungen diktierten, insgesamt aber ‚schönen‘ Studentenlebens mit gemeinsamen Ausfahrten (Belgien), kulturellen Veranstaltungen, die deutlich über den gewöhnlichen kirchlichen Rahmen hinausgingen, studentischen Vergnügungen, Streichen, Feiern und ‚lustigen‘ Abenden:

*Wir sahen die Befreiung des Duce. Otto Klingelhöffer war als Duce im Schrank eingesperrt und wurde daraus von Fallschirmtruppen befreit, die Otto Hövels darstellte, indem er von einem Stuhl, der auf dem Tisch stand, mit einem geöffneten Regenschirm einen gewagten Sprung tat. Der Duce fuhr dann im Auto in Form eines Kinderwagens durch die jubelnde Volksmenge, die von Dore dargestellt wurde. Unvergessen bleibt auch der Vorbeimarsch der gesamten italienischen Hausmacht vor ihrem Herrn und Gebieter. Die*

*Kavallerie machte einen erheblichen Eindruck. Wer das gesehen hat, weiß, warum man mit solchen Truppen keinen Krieg gewinnen kann.*<sup>1086</sup>

Dem Selbstverständnis nach war man Freundeskreis und Semestergemeinschaft, in der die bewusste Kirchenmitgliedschaft vorausgesetzt war. Der Senior galt als *primus inter pares*, rassistische Kriterien fanden keinen Eingang in die Hausordnung (1940).<sup>1087</sup> Quasi selbstverständlich gehörten die Bewohnerinnen und Bewohner der Studentengemeinde an: „nicht nur gleichsam als gelegentliche Zuschauer, sondern [...] als mitverantwortliche Glieder“.<sup>1088</sup> Einen „bescheidenen positiven Beitrag“ leistete man im Rahmen des Kreises *Glaube und Wissenschaft* mit Friedrich Gogarten und dem jungen Wilhelmshavener Bekenntnispfarrer und späteren Göttinger Theologieprofessor Götz Harbsmeier.<sup>1089</sup> Kirchenpolitische Fragen stießen ausweislich der Jahresberichte auf wenig Resonanz.

Matthias Freudenberg warnt davor, aus der weitgehenden Nichtthematisierung des Zeitgeschehens zu dem Schluss zu gelangen, dass dieses nicht reflektiert wurde. In der Betonung der Gemeinschaftspflege sieht er vielmehr Ablenkung und das menschliche Bedürfnis nach „Normalität, Stabilität und kultureller Aktivität“.<sup>1090</sup> Dennoch fallen das fast vollständige Ausblenden der Kriegsereignisse und der Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen auf. Der Bericht zum SoSe 1944 – der letzte, der zu Kriegszeiten verfasst wurde – schließt mit den Worten: „Das sind meine Erinnerungen aus diesem Semester. Ich habe es – wie gesagt – als ein sehr fröhliches in Erinnerung.“<sup>1091</sup> Auch scheint die Zustimmung zum NS-Staat deutlich weniger ausgeprägt gewesen zu sein als an anderen Orten im Fakultätsumfeld. Zu den Einberufungen im Herbsttrimester 1939 hieß es lapidar: „Die besonderen Ereignisse waren außer zwei Bierabenden, die einfach klotzig waren, leider immer nur Feste, die wir den Leuten gaben, die Vater Staat aus unserer Mitte holte.“<sup>1092</sup>

---

<sup>1086</sup> Bericht WS 1943/44, in: Freudenberg (Hg.): Chronik, S. 70–74, hier S. 70f. Die Darstellung bezieht sich auf das *Unternehmen Eiche*, die Befreiung Mussolinis durch deutsche Fallschirmjäger am 12.9.1943.

<sup>1087</sup> Ordnung des Reformierten Studentenhauses vom 1.11.1940. Abgedruckt in: ebenda, S. 13–19.

<sup>1088</sup> Bericht SoSe 1943, in: ebenda, S. 60–70, hier S. 69.

<sup>1089</sup> Bericht SoSe 1943, in: ebenda, S. 60–70, hier S. 69. Die Hauskontakte zu den Professoren der Theologischen Fakultät waren begrenzt. Belegt sind eine Tagung im 3. Trimester 1940, an der auch Jeremias und Weber teilnahmen, und ein Ausspracheabend mit Weber über die Aufspaltung der Kirchen in verschiedene Konfessionen im WS 1943/44. Bericht 3. Trimester 1940, in: ebenda, S. 27–34, hier S. 32, Bericht WS 1943/44, in: ebenda, S. 70–74, hier S. 72.

<sup>1090</sup> Freudenberg: Einführung, in: ebenda, S. 1–11, hier S. 10f. Vgl. Freudenberg: Leben, S. 147f.

<sup>1091</sup> Bericht SoSe 1944, in: Freudenberg (Hg.): Chronik, S. 74–75, hier S. 75.

<sup>1092</sup> Bericht Herbsttrimester 1939, in: ebenda, S. 23–24, hier S. 24.



Abb. 14: Fahrt der Bewohnerinnen und Bewohner des Reformierten Studienhauses nach Waterloo, südöstlich von Göttingen, am 8. Februar 1942 (Fotobeigabe zur Chronik des Reformierten Studienhauses (1938–1995). Archiv der Ev.-Ref. Gemeinde Göttingen)

Mit dem Krieg änderte sich auch die Bewohnerstruktur des Studienhauses. Studierten 1938 noch elf der 15 Bewohner Theologie, reduzierte sich ihre Anzahl in den folgenden Jahren zeitweise bis auf einen.<sup>1093</sup> Dagegen stand das Haus ab 1939 im Gegensatz zum Theologischen Stift und dem Sprachenkonvikt auch Studentinnen offen. Nach dem „gewaltsamen Einbruch in dieses Mönchskloster“ standen zum WS 1941/42 sechs Männer zehn Frauen gegenüber.<sup>1094</sup>

<sup>1093</sup> Freudenberg: Einführung, in: ebenda, S. 1–11, hier S. 8–10.

<sup>1094</sup> Freudenberg: Leben, S. 149





Abb. 15: Hausfest im reformierten Studienhaus, vermutlich am 8. Mai 1942 (Fotobeigabe zur Chronik des Reformierten Studienhauses (1938–1995). Archiv der Ev.-Ref. Gemeinde Göttingen)



Abb. 16: Laienspiel des Reformierten Studienhauses, aufgeführt in Ellierode, dem Kirchdorf der Gemeinde des Stiftsinspektors und Pfarrers Hans Kropatschek, 14. Februar 1943 (Fotobeigabe zur Chronik des Reformierten Studienhauses (1938–1995). Archiv der Ev.-Ref. Gemeinde Göttingen)

## Sonderfall: die Deutschchristliche Studentenvereinigung

Die DCSV blieb aufgrund ihrer interkorporativen Ausrichtung und konfessionellen Bestimmung ein Sonderfall. Bis zu ihrem Verbot 1937/38 blieb sie organisatorisch selbständig.<sup>1095</sup> Von dem scharfen Mitgliederverlust, der die DCSV auf Reichsebene erfasste, war die Göttinger Ortsgruppe nicht betroffen. Nach einem Tiefpunkt zum WS 1933/34 mit 28 Mitgliedern, erhöhte sich ihrer Anzahl zum WS 1934/35 auf 44 und pendelte sich knapp unter der 40er-Grenze ein.<sup>1096</sup> Ein strukturelles Merkmal war die deutliche Verschiebung zugunsten der älteren Semester und die Abnahme der Nichttheologen.<sup>1097</sup> In ihren Aktivitäten war die DCSV zuerst kaum beschränkt. Auf Reichsebene veranstaltete sie ab August 1935 in verschiedenen deutschen Städten Evangelisationswochen mit mehreren tausend Teilnehmern.<sup>1098</sup>

Gegenüber dem NS-Staat verhielten sich die DCSV und ihre Mitglieder typisch für kirchlich gebundene Kreise. 1933 war die Begeisterung über die ‚nationale Wiedergeburt‘ groß und führte zu einer massiven Eintrittsbewegung in NSDAP, SA und NSDStB. Geschlossen nahm man an den großen Kundgebungen des Jahres 1933 teil, so am *Tag der nationalen Arbeit* am 1. Mai und der studentischen *Aktion wider den undeutschen Geist* („Bücherverbrennung“) am 10. Mai.<sup>1099</sup> Letztendlich aber drängten die kirchlichen Verwerfungen auch die DCSV zu einer Positionierungsbestimmung. Diese ging lebensweltlich mit der Klärung ihrer eigenen Stellung an der Hochschule ein. Weiterhin bekannte man sich zur Mitarbeit in SA und Fachschaft und zur Einrichtung von Wohnkameradschaften, die Eingliederung in die DSt kam jedoch nicht zustande, da man sich gegen die Übernahme des ‚Arierparagrafen‘ aussprach.<sup>1100</sup>

<sup>1095</sup> Hong: DCSV, S. 159. Vgl. Göttinger DCSV an Universitätsrat am 19.1.1936. UAG, Rekt., Nr. 9354/9. In den großen Linien ähnlich verlief die Entwicklung der *Deutschen Christlichen Studentinnenbewegung* (DCSB). Anhaltend überwogen Studentinnen anderer Fakultäten. Zum WS 1937/38 gehörten alle elf DCSB-Mitglieder der Philosophischen Fakultät an. Mitgliederliste. UAG, Rekt., Nr. 9354/7. Vgl. Kupisch: Studenten, S. 196–200.

<sup>1096</sup> Auf Reichsebene war die DCSV im WS 1933/34 mit 979 Mitgliedern unter die Tausender-Grenze gesunken, bis zum SoSe 1935 verlor sie fast ein weiteres Drittel ihrer Mitglieder. Erst im Folgesemester konnte sie sich mit 775 Mitgliedern auf niedrigem Niveau stabilisieren. Die Zahlen für Göttingen sind: 28 (WS 1933/34); 33 (SoSe 1934); 44 (WS 1934/35), 37 (SoSe 1935), 37 (WS 1934/35). Nach Tabelle 4: Mitgliederzahl ab 1933 bei Hong: DCSV, S. 47. Vgl. Kupisch: Studenten, S. 204f. Auch diese Zahlen weichen voneinander ab. In einer handschriftlichen Mitgliederliste vom 22.10.1935 sind 39 Mitglieder aufgeführt, ausweislich einer Liste vom 29.11.1937 zählte die Göttinger DCSV zum WS 1937/38 26 Mitglieder. UAG, Rekt., Nr. 9354/11 bzw./7.

<sup>1097</sup> Im SoSe 1935 waren 31 der 36 Göttinger DCSV-Mitglieder Theologen. Mitgliederverzeichnisse der Verbindungen. UAG, Rekt., Nr. 9354/12.

<sup>1098</sup> Vgl. Hong: DCSV, S. 163.

<sup>1099</sup> Hong: DCSV, S. 149–176, hier S. 151. Vgl. Kupisch: Studenten, S. 176–213.

<sup>1100</sup> Hong: DCSV, S. 153.



Abb. 17: DCSV-Ausfahrt, 1936 (Kirchenkreisarchiv Göttingen, Bestand DCSV)

Ins Zentrum rückte der ‚Kirchenkampf‘.<sup>1101</sup> Mehrheitlich näherte sich die DCSV ab 1934 der *Bekennenden Kirche* an, ohne offiziell beizutreten. Verbindlich waren die *Saarower Sätze*, beschlossen im Frühjahr 1934 auf einer Kreisleiterkonferenz. Als Gemeinde Jesus Christi bekannte die DCSV „mit den Reformatoren und allen bekennenden Gemeinden, daß Jesus Christus als der Gekreuzigte, Auferstandene und Erhöhte allein der Herr der Kirche“ sei.<sup>1102</sup> Rege Interesse an den innerkirchlichen Vorgängen zeigte sich auch in Göttingen. Am 8. Juni 1934, nur wenige Tage nach der Barmer Reichsbekenntnissynode, suchte Hanns Lilje den Göttinger DCSV-Kreis auf, am 20. Juni besuchte dieser demonstrativ eine Predigt von Landesbischof Marahrens.<sup>1103</sup> Ab spätestens 1936 positionierte sich der Göttinger Kreis zunehmend offensiv. Im März bemühte man sich zusammen mit den DCSV-Kreisen Berlin, Halle und Marburg den Gesamtverband auf die *Barmer*

<sup>1101</sup> Bereits die Erste DCSV-Reichstagung unter der programmatischen Losung *Deutsches Volk, deutscher Gott* (Juni 1933) stand unter dem Eindruck der Reichsbischofskrise. Mehrere prominente Redner sagten ihre Teilnahme ab, nachdem führende DCSV-Kader wie Hanns Lilje und Reinold von Thadden-Trieglaff offen für Friedrich von Bodelschwingh eingetreten waren. Die wohl bedeutendste Überschneidung zur *Bekennenden Kirche* war die Zugehörigkeit des langjährigen DCSV-Vorsitzenden von Thadden-Trieglaff zum Landesbruderrat der altpreussischen Unionskirche. Auch Martin Niemöller trat mehrfach auf DCSV-Veranstaltungen auf.

<sup>1102</sup> Abgedruckt in Kupisch: Studenten, S. 242–243.

<sup>1103</sup> Zugleich besuchte die DCSV eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der *Deutschen Glaubensbewegung* Wilhelm Hauer. Dienstagebuch der Kameradschaft der DCSV vom 28.5 bis zum 28.7.1934, unterschrieben vom Kameradschaftsführer Hilmar Walter Perdy. KKA Göttingen, Bestand DCSV.

*Theologische Erklärung* zu verpflichten.<sup>1104</sup> Vergeblich, die Annäherung an die *Bekennende Kirche* ließ sich freilich nicht aufhalten. Schon April 1937 tagten die DCSV-Seniorenkonferenz und die Leiterkonferenz der BK-Studenten gemeinsam: „DCSV und BK-Studenten verschmolzen miteinander.“<sup>1105</sup>

## Ruf zur Entscheidung: Theologiestudium und ‚Kirchenkampf‘

Zum beherrschenden Thema an den deutschen Theologischen Fakultäten wurde mehr und mehr der ‚Kirchenkampf‘. Er führte zu einer Spaltung der Theologiestudentenschaft und veränderte auf Seiten der ‚Bekennner‘ ihre Stellung zur Kirche. Waren das Studium der Theologie und die Kirche bis dahin weitgehend getrennte Größen gewesen, erfuhr ihr Verhältnis innerhalb kurzer Zeit eine radikale Neubeurteilung.<sup>1106</sup>

## Das deutschchristliche Kräftefeld

Marginalisiert: die Göttinger DC-Studentengruppe

Mit dem Verbot des *Studentenkampfbundes* im November 1933 und dem Zerfall der *Glaubensbewegung DC* auf Reichsebene kann von einer deutschchristlichen Organisation an der Göttinger Universität kaum mehr die Rede sein. Soweit nachvollziehbar, war die Handlungsfähigkeit der DC-Studentengruppe begrenzt. DC-Studentenführer war der außerplanmäßige Assistent und Wobbermin-Schüler Wilhelm Meyer, der nach eigenen Angaben offen agitierte und entsprechende Materialien verteilte.<sup>1107</sup> Mitte der 1930er Jahre sollen den *Deutschen Christen* rund 20, 1939 16 Studenten angehört haben. Zumindest numerisch stellte Göttingen

<sup>1104</sup> Vgl. Hong: DCSV, S. 165. Zwei Stellungnahmen machen die Uneinigkeit deutlich. Der Tübinger Neutestamentler Karl Heim betonte die DCSV-Geschichte mit ihrem überkonfessionellen und überparteilichen Ansatz. Er wolle die Missionsbewegung nicht mit „der schweren Rüstung eines ausführlichen Bekenntnisses“ belasten. Dagegen hob Martin Fischer, Reisesekretär des DCSV, die Nähe zur *Bekennenden Kirche* ausdrücklich hervor. Karl Heim: Die Frage des Bekenntnisses in der Geschichte der DCSV, in: Mitteilungen 407 vom 15.6.1936, S. 160–161, hier S. 160; Martin Fischer: Die DCSV in der Kirche, in: Blaue Briefe 20 vom 31.3.1936, S. 3.

<sup>1105</sup> Martin Fischer (1961). Zitiert nach: Kupisch: Studenten, S. 210. Schon 1935 hatte die DCSV ihre alljährliche Sommerkonferenz verlegt, um eine Teilnahme an einem parallel laufenden Lehrkurs der BK zu ermöglichen.

<sup>1106</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 187–300.

<sup>1107</sup> Leiter der DC-Studentengruppe an Reichsbischof Müller am 1.7.1935 an. EZA, 1/3108. In den ausgewerteten Unterlagen hinterließ die DC-Studentengruppe keine Spuren. Selbst ob sie jenseits der *Theologischen Fachschaft* als eigenständige Gruppe existierte, ist nicht belegt. Sie war keine offiziell anerkannte Hochschulgruppe. Der *Bund für Deutsche Kirche* stieß in Göttingen auf keine Resonanz.

damit nach Jena die zweitgrößte deutschchristliche studentische Gruppe.<sup>1108</sup> Ihr entscheidendes Wirkungsfeld war die *Theologische Fachschaft*. Vor allem über die Gestaltung der Schulungslager, deren Besuch für die ersten Semester obligatorisch war, erlangten sie eine gewisse Bedeutung, wobei ihr tatsächlicher Einfluss gering blieb. Als organisierter, eigenständig aktiver und kirchenpolitisch relevanter Faktor fielen die Göttinger DC-Studenten aus. Auch durch die Theologische Fakultät wurden sie mit Ausnahme Birnbaums nicht gefördert. Ende 1936 urteilte Hirsch ernüchtert: „Diese Studenten, meist junge Leute, die an jeder kirchenpolitischen Richtung irre sind [...] verlangen sehr viel persönlichen Einsatz.“<sup>1109</sup> Im Sprachenkonvikt soll ihre Agitation auf Weisung Hempels sogar erfolgreich unterbunden worden sein.<sup>1110</sup> Inhaltlich tendierte ihre Mehrheit zum radikal völkischen Flügel der sogenannten Thüringer DC (ab 1937 Nationalkirchler).<sup>1111</sup>

### Teilnahme am ‚Reichsberufswettkampf‘ der deutschen Studenten

Der *Reichsberufswettkampf* war Teil der Fachschaftsarbeit. Die Teilnehmer sollten, so Reichsstudentenführer Gustav Scheel, Beiträge zum „Aufbau und zur Gestaltung unseres völkischen Lebens“ liefern.<sup>1112</sup> In diesem Verständnis zielte die Teilnahme nicht auf eine individuelle Leistung, sondern gemeinschaftliches Arbeiten ab. Als Preise für die Jahrgangsbesten waren ein gebührenfreies Studiensemester und ein Empfang bei Hitler vorgesehen. Trotz großen propagandistischen Aufwands blieb die studentische Teilnahme insgesamt bescheiden. In Göttingen beteiligten sich zum WS 1935/36 gerade einmal 109 Studenten, was einem überdurchschnittlich hohen Anteil von 5,5 Prozent entspricht.<sup>1113</sup>

---

<sup>1108</sup> Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136; Zugehörigkeit der Theologiestudenten zu den kirchlich-theologischen Gruppen im WS 1938/39, nach einem Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes der DEK. Abgedruckt in Besier: Geschichte, S. 275.

<sup>1109</sup> Hirsch an Lietzmann am 10.12.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 866f, hier S. 867.

<sup>1110</sup> Hempel an Schnelle am 12.12.1936. LKAH, E 28, Nr. 93.

<sup>1111</sup> Hirsch an Lietzmann am 10.12.1936. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 866f, hier S. 867.

<sup>1112</sup> Zitiert nach Grüttner: Studenten, S. 336. Vgl. ebenda, S. 331–341; Meisiek: Theologiestudium, S. 165–171.

<sup>1113</sup> Tabelle: Beteiligung von Universitätsstudenten am Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten im WS 1935/36. Grüttner: Studenten, S. 339.



Abb. 18: Ernst Daus (\* 20. April 1912; † 2. August 1941 bei Roslawl) (Archiv des Theologischen Stifts, Ausschnitt aus der ‚Ehrentafel‘ für gefallene Stiffter)

Göttinger Theologiestudenten nahmen unter Anleitung von Birnbaum drei Mal am *Reichsberufswettkampf* teil.<sup>1114</sup> Die erste, als vorzüglich bewertete Gemeinschaftsarbeit von 1936, widmete sich dem Thema *Die völkische Idee bei Johann Hinrich Wichern*. Sie erschien als Zusammenfassung in der deutschchristlichen Zeitschrift *Positives Christentum*.<sup>1115</sup> Die Teilnehmer sahen sich dem Ziel der deutschen Volksgemeinschaft verpflichtet. Es gelte, in Gemeinschaft statt in „Gelehrteneinsam-

keit“ dem „ersehten Ziel“ entgegen zu marschieren: „Es ist unser Glaube, daß das deutsche Volk noch einen sehr hohen Auftrag in der Geschichte zu erfüllen hat.“<sup>1116</sup> Inhaltlich stellten die Autoren eine große Übereinstimmung zwischen den kirchlichen und den nationalsozialistischen Zielen (Kameradschaft, Verantwortungsbewusstsein, Opferwilligkeit) fest, die Kirche habe dem NS-Staat und dem „Volksethos“ zu dienen. Dazu zähle auch die Pflicht, „die mit dem Blute empfangenen Gaben und Güter des Volks heilig zu halten“ und die Forderung nach einer Umsetzung des ‚Arierparagrafen‘. Die Kirche könne „Fremdstämmige und Halbdeutsche“ nicht als „Führer“ in „ihren eigenen Reihen“ dulden.<sup>1117</sup>

<sup>1114</sup> Am ersten *Reichsberufswettkampf* nahmen mit zwei Arbeiten auch Kommilitonen der Bonner Theologischen Fakultät teil. Die Titel waren *Die Bedeutung der Kirche für die volksdeutsche Erziehung in den Grenzlanden und im Reich* und *Der Einfluss des Judentums in der evangelischen Theologie*. 1938 zählte die Arbeit *Der Beitrag der Ostkolonisation für die Glaubenshaltung in Schlesien* von Breslauer Theologiestudenten zu den Reichsbesten.

<sup>1115</sup> Die völkische Idee bei Johann Hinrich Wichern, in: *Positives Christentum* 26 und 27 (1936). Das Schlussprotokoll der Arbeit datiert vom 13.3.1936.

<sup>1116</sup> Methoden der Gemeinschaftsarbeit, in: *Positives Christentum* 27 (1936).

<sup>1117</sup> Die völkische Idee bei Johann Hinrich Wichern, in: *Positives Christentum* 27 (1936).

Auch im Frühjahr 1937 nahm eine Gruppe von 13 Göttinger Theologiestudenten an dem Wettbewerb teil. Ihre preisgekrönte Arbeit *Der Beitrag der Kirche im Kampf gegen den Bolschewismus* gehörte in der *Kampfsparte 1: Kampf um die Weltanschauung* zu den drei Reichsbesten.<sup>1118</sup> Im Vorwort heißt es:

*Der Beitrag der Kirche im Kampf gegen den Bolschewismus. Wir glauben mit dieser Aufgabenstellung am besten, unserem Beruf gemäß, uns in die Front des gewaltigen Kampfes dienend einzureihen, den der Führer schicksalhaft für die Existenz unseres Volkes und damit für den Sieg des Geistes über die aufrührerische Empörung der Kräfte des Materialismus in der Welt überhaupt kämpft.*<sup>1119</sup>

Teil der Gemeinschaftsarbeit war eine Studienfahrt in die Reichshauptstadt im Januar 1937 einschließlich des gemeinsamen Besuchs der *Antikomintern-Ausstellung* und des Reichskirchenministeriums.<sup>1120</sup> Der Beitrag selbst ist eine plakative Verherrlichung des Volksgemeinschaftsgedankens und des NS-Staates, gepaart mit aggressivem ‚Antibolschewismus‘ und Antisemitismus.<sup>1121</sup> Drei Aspekte sind von Interesse: Die Autoren vermieden eine direkte Stellungnahme zum ‚Kirchenkampf‘, erkannten in ihm aber eine „Gefährdung der Volksgemeinschaft“ und eine „Behinderung des staatlichen Aufbauwerkes“. Zudem galt er ihnen als eine Schwächung im kirchlichen Kampf gegen den Bolschewismus, wofür sie vor allem die *Bekennende Kirche* und, dahinterstehend, den Gedanken der internationalen Ökumene verantwortlich machten.<sup>1122</sup> Für den antibolschewistischen Auftrag der Kirche sei eine grundlegende Umformung der Kirche vonnöten, die freilich nicht nur organisatorisch, sondern organisch erfolgen müsse. Nötig seien, so die Autoren, 1. die nationale Bindung und die Ablehnung der Ökumene, letztendlich die Verwerfung der Vorstellung eines Weltprotestantismus, 2. die Ablehnung des Konzepts ‚Raum der Kirche‘ und des kirchlichen Dienstes sowie des Anspruchs, dem deutschen Volk das Evangelium zu predigen, zugunsten der Unterordnung der Kirche unter die Belange der völkischen Gemeinschaft, 3. die rassische Ge-

---

<sup>1118</sup> Theologische Fachschaft an Hirsch am 15.6.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 152; Kubach: Studenten, S. 19. Die Teilnehmer waren: Ernst Daus (Mannschaftsführer), Günter Bruns, Gerhard Defner, Hermann Grone, August Wilhelm Kroll, Helmut Krusewitz, Wilhelm Leymann, Hinrich Post, Friedrich Rosenboom, Siegfried Schultze, Otto-Herbert Steenblock, Heinrich Stegmann, Adolf Weidner. Das Projekt war Mitte Februar 1937 abgeschlossen. Offenbar stieß der Beitrag auf Interesse. 1939 interessierte sich der Geschäftsführer des hannoverschen Landesvereins für Innere Mission, Pfarrer Dr. Alfred Depuhl, ob der Göttinger Siegeraufsatz veröffentlicht sei. Dr. Depuhl an Hirsch am 1.3.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1119</sup> Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. VII.

<sup>1120</sup> Bericht über die Studienfahrt und die Protokolle in: Daus: Beitrag, Bd. 2, S. 181–218.

<sup>1121</sup> Der Einleitung (*Der Bolschewismus. Werden und Wesen, Theorie und Wirklichkeit*, S. 1–35), folgen zwei Hauptteile (*Die Kirche und ihr Kampf gegen den Bolschewismus*, S. 36–88; *Nach der Niederwerfung des Bolschewismus in Deutschland*, S. 89–116), und Folgerungen (*Die künftige Aufgabe*, S. 117–136). Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1. Die vorbereitenden Referate befinden sich im zweiten Band. Birnbaum hielt die Arbeit für eine „erfreuliche, achtenswerte Leistung“. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. 104.

<sup>1122</sup> Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. 102–116a.

bundenheit der Christen und die kirchliche Ausgrenzung der ‚Nichtarier‘, 4. die Reinigung des Religionsunterrichtes, des Gottesdienstes usw. vom „jüdischen Geist“ und 5. die Entwicklung eines neuen Glaubensverständnisses.<sup>1123</sup> Unschwer lässt sich in diesem Forderungskatalog die inhaltliche Nähe zu dem nationalkirchlichen Flügel der *Deutschen Christen* erkennen. Auch erkannten die Autoren mit Bezugnahme auf den Jenaer Theologen Wolf Meyer-Erlach einen Bedeutungsverlust der Unterscheidung zwischen Christen und Nichtchristen sowie der Autorität der Bibel:

*Darum muß die Kirche daran festhalten: Weil kein Unterschied ist zwischen dem, wie der christliche und der nichtchristliche Deutsche sein ganzes Leben von dem deutschen Volke hat, darum ist auch kein Unterschied zwischen dem, wie der christliche und der nichtchristliche Deutsche sein ganzes Leben für das Volk haben und führen soll. Die Kirche hat ihren Beitrag im Kampf gegen den Bolschewismus zu liefern, indem sie die deutschen Menschen unter ein einziges, für alle verbindliches Ethos stellt: das neue Ethos des deutschen Volkes, hinter dem Gott der Schöpfer und Erhalter steht.*<sup>1124</sup>

Sie müsse auch liefern, „indem sie das Evangelium predigt und so mit der Hilfe ihres Herrn die irdische Ordnung als Gottes Ordnung erschließt und ihn so fröhlich und frei macht zum Gottesdienst, in Familie, Beruf und Volk“. Diese Kirche einer „zutiefst geheiligten Schicksalsgemeinschaft“ gäbe es aber noch nicht, sondern müsse, bestimmt von der „staatlich-volklichen Ordnung“, noch geschaffen werden: „Sie wird dann wieder Träger von Sitte, Zucht, Ordnung und maßgeblich beteiligt sein an der Erziehung des ganzen deutschen Volkes: Sie wird zur geistigen Heimat des deutschen Menschen gehören.“<sup>1125</sup> Der Göttinger Wettkampfbeitrag *Das Missionsproblem in der kolonialen Aufbauarbeit* für das Jahr 1938 ist nicht überliefert.<sup>1126</sup>

<sup>1123</sup> Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. 117–137. Punkt 4 enthält keine generelle Ablehnung des Alten Testaments, dem in Anlehnung an Walter Grundmann als geschichtliche Urkunde und zur „Verge-wisserung der Fremdheit“ ein eigener Wert zugesprochen wurde.

<sup>1124</sup> Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. 132–133.

<sup>1125</sup> Vgl. Daus: Beitrag, Bd. 1, S. 135–136. In demselben Verständnis sahen die Autoren den Gottesdienst im ‚eigentlichen‘ Leben: am Pflug, am Schreibtisch, auf dem Bau und am Herd, nicht in der Kirche, der Messe, beim Fasten, bei den Heiligen oder bei den Pfarrern.

<sup>1126</sup> Auf Anfrage der Gaustudentenführung sagte Hirsch am 8.2.1938 die Begutachtung der Arbeit zu. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Auch diese Arbeit wurde von Birnbaum initiiert und betreut. Vgl. Birnbaum: Zeuge, S. 223–227.



## „Stätte geistiger Kultur in der Universität“: das Bremer Studienhaus

Als Projekt der dortigen Landeskirche wurde 1938 das Bremer Studienhaus ins Leben gerufen.<sup>1127</sup> Ziele waren die Sicherung des landeskirchlichen Nachwuchses und dessen kirchenpolitische Einnordung. In „selbstgewählter Kameradschaft“ erziehe man die Bewohner des Studienhauses zu Akademikern, die „allen Anforderungen, die die nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ stelle, gerecht würden.<sup>1128</sup> Rasch wurde das Studienhaus zum zentralen Sammlungsort für die deutschchristlichen Studenten Göttingens. Die personelle Gewähr hierfür boten Birnbaum, der dem Studienhaus als Ephorus vorstand, und der deutschchristliche Pfarrer Rudolf Gensch als Studiendirektor.<sup>1129</sup> Offiziell startete das Studienhaus am 15. Oktober 1938. Am 17. Januar 1939 wurde es in Anwesenheit von Landesbischof Weidemann, Hirsch, Birnbaum und Rektor Otto Sommer feierlich eröffnet.<sup>1130</sup> Hirsch trug seine Hoffnung vor, dass die „Göttinger Tradition“ zu rücksichtslosem Einsatz für die politische Gemeinde führe, Birnbaum wollte das Studienhaus ausweislich eines späteren Schreibens zu einer „Stätte geistiger Kultur in der Universität“ ausbauen.<sup>1131</sup>

Im ersten Semester wohnten acht Studenten im Studienhaus. Sieben davon gehörten anderen NS-Organisationen an, zudem engagierten sie sich in der *Theologischen Fachschaft* und stellten den Teilnehmerkern im *Reichsberufswettkampf*.<sup>1132</sup> Semesterhöhepunkt war eine zweitägige Fahrt nach Eisenach, bei der man nicht nur die gewöhnlichen Besichtigungen (Bachhaus, Burschenschaftsdenkmal, Wartburg) machte, sondern sich auch bei Walter Grundmann im Eisenacher Predigerseminar

---

<sup>1127</sup> Weidemann behielt sich sämtliche Letztentscheidungen vor. Selbst die inhaltlichen Themen der Hausübungen, die der Studiendirektor zu behandeln hatte, wurden laut Satzung vom Landesbischof vorgegeben. § 4 der Satzung vom 9.5.1939, beschlossen von der Bremer Kirchenregierung. LKAB, B 631/1. Standort war ein Haus mit zehn Plätzen im Nikolausbergweg 21. Die Erziehung eines „neuen Pfarrertyps“ war Teil der kirchenreformerischen Überlegungen Weidemanns. Der künftige Pfarrer sollte – Vorbild waren die Burgen des Deutschen Ritterordens – auf sogenannten Kirchenburgen zum nationalsozialistischen Glaubenskämpfer und deutschchristlichen Ritter geformt und erzogen werden. Vgl. Heinonen: Anpassung, S. 238–242.

<sup>1128</sup> Werbung in *Die Kommende Kirche* vom 18.8.1940. Als Bewerbungsadresse war die Kirchenkanzlei angegeben, was den landeskirchlichen Anspruch unterstreicht.

<sup>1129</sup> Vgl. Birnbaum an Weidemann am 6.5.1938. LKAB, B 631/1. Gensch übernahm sein Amt zum 1.10.1938. In §5, 1 der Satzung hieß es: „Die Studenten bilden eine Hausgenossenschaft, keine Kameradschaft im Sinne des NSDStB.“ Satzung vom 9.5.1939, beschlossen von der Bremer Kirchenregierung.

<sup>1130</sup> Vgl. den Bericht in: GT vom 19.1.1939. Ursprünglicher Eröffnungstermin war nach Zustimmung des Rektors, des Dekans und der Studentenführung der 1.7.1938. Ebenda.

<sup>1131</sup> Birnbaum an Herrn Schatzmeister am 15.12.1940. LKAB, B 631/2.

<sup>1132</sup> Semesterbericht WS 1938/39 von Gensch. LKAB, B 631/1. Ausweislich eines Werbeblattes sollten Bewerber zur Bewerbung einen kurzen Lebenslauf, Studienberichte und Fleißzeugnisse einreichen und die Zugehörigkeit zu Parteiliederungen angeben. Fachschaftsleiter 1939 war der Bewohner Rahaus. Vgl. Ankündigung der Fachschaft bei der Studentenführung der Universität Göttingen vom 14.11.1938. UAG. Theol. SA, Nr. 152.

über die Ziele der NDC informierte.<sup>1133</sup> Im folgenden Sommersemester nahmen mehrere Studienhausbewohner im Rahmen einer von Birnbaum geleiteten Arbeitsgemeinschaft an einer Reichskolonialtagung in Wien teil.<sup>1134</sup> Ein weiterer Bewohner besuchte am 6. Mai 1939 die Gründungsversammlung des *Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben* in Eisenach.<sup>1135</sup> Im 1. Trimester 1940 lautete das Semesterthema *Houston Stewart Chamberlain*.<sup>1136</sup> In der Gesamtbilanz gab es eine klare Präferenz für nationalkirchliche Vorstellungen. Dem entsprachen die Verwendung des ‚entjudeten‘ Gesangbuches *Die Kommende Kirche* und der enge Kontakt zur Bremer Landeskirche, namentlich zu Landesbischof Weidemann und Landesjugendpfarrer Paul Fehsenfeld. So schlug Studiendirektor Gensch vor, die Zimmer nach Bremer Gemeinden zu benennen und die jeweiligen Pfarrer zur Übernahme einer Patenschaft zu bewegen, zudem regte er eine Studienfahrt nach Bremen zum dortigen ‚Tag der Gemeinde‘ an.<sup>1137</sup>

Der Krieg beendete die Sammlung der deutschchristlichen Bremer Studenten. Eine reine Theologenbelegung war nicht mehr möglich. Bereits 1940 mussten fachfremde Studenten aufgenommen werden, Ende 1942 wohnten nur noch Nichttheologen im Studienhaus.<sup>1138</sup> In einem landeskirchlichen Besuchsbericht vom Dezember 1942 heißt es:

*Die Insassen des Studienhauses sind Studenten der Medizin und Philologie. Fast alle sind Soldaten, die zur Fortsetzung ihres Studiums für dieses Semester von der Front beurlaubt sind. Ich halte die Belegung mit Nichttheologen nicht für einen Nachteil, sondern im Gegenteil im gegenwärtigen Augenblick für einen Vorteil. Sie, die Nichttheologen, scheinen mir die besten Propagandisten für ein deutsches Christentum und einen Kirchenneubau, wie wir ihn als Ziel im Auge haben, zu sein. Der Geist, die innere und äußere Haltung der Insassen sind geradezu vorbildlich. Sie halten selber im Verein mit dem*

<sup>1133</sup> Bericht Student Paulo über die Studienfahrt nach Eisenach vom 28.2.–1.3.1939. LKAB, B 631/1.

<sup>1134</sup> Vgl. das Schreiben des Bremer Studienhauses an Weidemann mitsamt drei Anlagen zur Studienreise, der Lage in der ‚Ostmark‘ und den Tagungsbeiträgen. LKAB, B 631/1. Bei den öffentlichen Veranstaltungen der Reichskolonialbundtagung (16.–18.5.1939) wurden bis zu 60.000 Teilnehmer gezählt.

<sup>1135</sup> Bericht des Studenten Frese über den Hausbesuch des Studentenführers am 9.5.1939. LKAB, B 631/1. Dort heißt es: *Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses in den christlichen Kirchen*.

<sup>1136</sup> Werbung in *Die Kommende Kirche* vom 18.8.1940.

<sup>1137</sup> Gensch an Weidemann am 4.1.1939. LKAB, B 631/1.

<sup>1138</sup> Studieninspektor i.V. an Weidemann am 13.1.1940; Bericht vom 6.7.1943; Vermerk vom 24.8.1943. LKAB, B 631/1. Gründe waren die Konkurrenz durch Stift, Sprachenkonvikt und Reformiertes Studienhaus, Defizite in der staatlichen Studienberatung, vor allem aber der Einbruch des Theologiestudiums. Da Göttingen zur Auffang-Universität geworden war und die Anzahl der Studenten insgesamt stieg, bemühte sich auch der Rektor um eine Belegung des Studienhauses mit fachfremden Studenten. Rektor an den Leiter der Finanzabteilung Dr. Cölle am 23.8.1943. Andererseits gab es Überlegungen, eine landeskirchliche Dienststelle nach Göttingen zu verlegen, was aber nicht genehmigt wurde. Leiter Gauquartieramt an Finanzabteilung der BEK am 24.8.1943. Im August 1943 waren im Studienhaus erstmals zwei Frauen untergebracht.

*Ephorus und dem Studiendirektor, daß dieser Geist nicht durch Hineinnahme anders gesinnter Elemente untergraben und gestört wird. Wir wollen letzten Endes nicht eine Kirche, die von oft engstirnigen Theologen und Pastoren getragen wird, sondern deren Träger die Laien sind, die am ehesten aufgeschlossen sind, für das, was einer Volkskirche nottut.*<sup>1139</sup>

In der kurzen Zeit seines ‚regulären‘ Bestehens war das Bremer Studienhaus ein Bollwerk und Laboratorium der radikalen *Deutschen Christen*, eine „braune Kaderschiede“ für „gute nationalsozialistische Theologiestudenten“.<sup>1140</sup> Dem Selbstverständnis nach sah man sich als Schnittstelle zur nationalsozialistischen Bewegung. An der ausgrenzenden Zurücksetzung der Studenten der Theologie änderte dies freilich nichts. Als im Frühjahr 1939 Theologen endgültig nicht mehr in den NSDStB aufgenommen wurden, suchte man den Kontakt zur Göttinger Studentenführung, um die Verbindungen zu SA, Kameradschaften und Fachschaft nicht abreißen zu lassen. Das Treffen blieb trotz eines guten Gesprächsverlaufs und gegenseitiger Anerkennung ergebnislos.<sup>1141</sup>

## Neue Wege: die Studenten der *Bekennenden Kirche* im ‚Kirchenkampf‘

Selbstorganisierung: die studentische Bekenntnisgemeinschaft

Nach Auflösung der jungreformatorischen *Studentenkampfbinde* und in Folge der Ausbildung und organisatorischen Verfestigung der *Bekennenden Kirche* gründeten sich ab 1934 an vielen Hochschulen, darunter an sämtlichen Universitäten mit einer Theologischen Fakultät, bekenntnisgebundene Studentengruppen.<sup>1142</sup> Sie waren das Produkt der reichsweiten Dynamik des ‚Kirchenkampfes‘ mit seinen kirchenpolitischen Zuspitzungen und Verhärtungen, aber auch konkreter Vereinbarungsversuche der Theologiestudentenschaft. An den meisten Universitäten hatte es auf Anordnung der DSt gegen die theologiestudentische Mehrheit in der Reichsbischofsfrage eine öffentliche Kundgebung der Studentenvertretungen zugunsten von Ludwig Müller gegeben.<sup>1143</sup> Unter Leitung des Vikars und DCSV-

---

<sup>1139</sup> Vermerk vom 10.12.1942. B 631/1.

<sup>1140</sup> Heitmann: Abraham, S. 215.

<sup>1141</sup> Bericht des Studenten Walter Frese über den Hausbesuch des Studentenführers am 9.5.1939. Die Einladung war Ende April 1939 auf einem Fachschaftslager in Rittmarshausen ausgesprochen worden.

<sup>1142</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 197–199; Scherffig: Bd. 2; S. 83–121. Die unterschiedlichen theologischen Ansätze, die im ‚Kirchenkampf‘ zum Tragen kamen, finden in der vorliegenden Arbeit keine Beachtung.

<sup>1143</sup> Meisiek: Theologiestudium, S. 202. Ob der Erlass in Göttingen umgesetzt wurde, ließ sich nicht verifizieren. Eine Veranstaltung in Breslau endete in einem studentischen Tumult mit körperlichen Auseinandersetzungen.

Reisesekretärs Martin Fischer wurden ab 1936 alle BK-Studentengruppen im Theologiestudentenamt der *Bekennenden Kirche* zusammengeführt. Bezüglich der kirchenpolitischen Haltung der Theologiestudenten im Reich ging Fischer nach einer Rundreise im WS 1936/37 von folgendem Kräfteverhältnis aus: 30 Prozent waren entschiedene BK, 10 Prozent BK-Sympathisanten, 20 Prozent DC und 40 Prozent neutral.<sup>1144</sup> In den folgenden Semestern erhöhte sich dieses Verhältnis zugunsten der BK. Nach einer internen Statistik bekannten sich 816 der rund 1.300 Theologiestudenten des WS 1938/39 zur *Bekennenden Kirche* (ca. 61 Prozent), während nur 63 den *Deutschen Christen* (ca. 5 Prozent) zugerechnet wurden.<sup>1145</sup> Diese breite Verankerung findet sich auch in Göttingen, auch wenn der prozentuale Anteil etwas geringer ausfiel. Hirsch berichtete Anfang 1936 von einer nichtoffiziellen studentische BK-Gruppe mit 40–50 Mitgliedern und rund 40 Mitläufern.<sup>1146</sup> Zum WS 1938/39 sollen der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* rund die Hälfte der immatrikulierten Theologiestudenten angehört haben.<sup>1147</sup> Als Tendenzentscheidung verstetigte sich dieser Trend mit dem Konflikt um die landeskirchlichen Prüfungen und die Sammlung aller hannoverschen Studenten. In Erlangen gehörten im Mai 1938 sämtliche Studenten aus dem Gebiet der Landeskirche der *Bekennnisgemeinschaft* an.<sup>1148</sup>

Die Bildung der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* in Göttingen erfolgte, so der Student Edmund Bode, auf dem „Weg der Selbsthilfe“. Zunächst war sie gegen die „kirchenzerstörerische Tätigkeit“ der *Deutschen Christen* gerichtet, bald aber habe man gemerkt, dass es sich um einen Ruf zur Kirche gehandelt habe. In ihr fanden sich fakultätsübergreifend evangelische Studenten aus allen Korporationen, aus Kameradschaftshäusern und weiteren Gruppen „zu einer kirchlichen Front

<sup>1144</sup> Bericht Fischer für das WS 1936/37. EZA, 50/491, Bl. 57–80. Fischer hatte Göttingen bereits im SoSe 1936 besucht. Vgl. Scherffig: *Theologen*, Bd. 2, S. 105–109.

<sup>1145</sup> Zahlen nach Grüttner: *Studenten*, S. 436–437; Zugehörigkeit der Theologiestudierenden zu den kirchlich-theologischen Gruppierungen 1938/39, nach einem Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes der DEK. Abgedruckt in Besier: *Geschichte*, S. 275. Noch deutlich war eine Einschätzung des REM für das Jahr 1937. Dort ging man bei steigender Tendenz von 70 bis 80 Prozent BK-Studenten aus. Heinrich (REM) an Scheel am 27.7.1937. Grüttner: *Studenten*, S. 437.

<sup>1146</sup> Hirsch an das REM am 3.1.1936 (Nachtrag zu seinem Bericht vom 17.6.1935). UAG, Rekt., Nr. 4102. Mitgliederlisten der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* liegen nicht vor.

<sup>1147</sup> Zugehörigkeit der Theologiestudenten zu den kirchlich-theologischen Gruppen im WS 1938/39, nach einem Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes der DEK. Abgedruckt in Besier: *Geschichte*, S. 275. Der Bericht nennt 50 von 100. Nach Meisiek studierten in diesem Semester nur 84 Männer und Frauen Theologie. Zwischenzeitlich fiel die Zugehörigkeit geringer aus. Demnach gehörten Mitte 1936 etwa 20 Studenten der BK an, vorwiegend ältere Semester, dazu 80 weitere, die als neutral eingestuft wurden, Bode an Klügel am 14.6.1936. LKAH, KKD, Nr. 136. Vgl. Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. Ebenda.

<sup>1148</sup> Ernst Kettler an die *Bekennnisgemeinschaft* der Landeskirche Hannover am 3.5.1938. LKAH, KKD, Nr. 136. Seine Liste umfasste 15 Mitglieder und acht Neuanträge. Die Zahl- und Mitgliedskarten beziehen sich auf die hannoversche *Bekennnisgemeinschaft*.

und Arbeit“ zusammen.<sup>1149</sup> Die enge Zusammenarbeit mit dem Studentenfarramt, der DCSV und, außerhalb der Universität, mit den Göttinger Bekenntnisgemeinden wurde bewusst gesucht und diente nicht zuletzt der Selbstvergewisserung:

*In den Arbeitsgemeinschaften wollen wir gemeinsam zur Bibel zurückfinden und uns aus ihr Kraft und Antwort auf unsere Fragen der Gegenwart holen. Hier soll ganz schlicht studentische Gemeinde unter dem Wort wachsen, ein Kreis von Kameraden, der sich aus einer letzten Verantwortung vor dem Herrn der Kirche verbunden weiß.*<sup>1150</sup>

In diesem Selbstverständnis wirkte die studentische *Bekenntnisgemeinschaft* innerhalb der Universität und zeigte auch Bereitschaft, im Rahmen der studentischen ‚Selbstverwaltung‘ mitzuarbeiten, begriff sich aber zu keiner Zeit als Hochschulgruppe. Inhaltlich standen allgemein kirchliche, theologische, missionarische und später auch kirchenpolitische Themen im Vordergrund. So wurden 1935 in Arbeitsgemeinschaften *Das Amt, Das Reich Gottes und das Reich der Welt, Das Christentum und die Germanen, Luthers Weihnachtspostille* und *Hans Asmussens Christenlehre* behandelt. Im SoSe 1937 gab es neben den regelmäßigen Bibelstunden und Kleinkreisen ein breitgefächertes öffentliches Angebot: ein Vortrag mit Heinrich Rendtorff (2. April), ein Vortrag des einflussreichen bayerischen Lutheraners Oberkirchenrat Thomas Breit zur kirchenpolitischen Lage (25. April), Vorträge von Pastor Friedrich Bartels zur Lage in Hannover anlässlich der Missionskonferenz (27. April) und Pfarrer Johannes Buschs aus Witten (10. Mai), eine Studentenevangelisation (11.–15. Mai), Vorträge von Reinold von Thadden-Trieglaff (1. Juni), Ernst Wolf zum Thema *Das Staatsproblem und die Konfessionen* (5. Juni) und Pfarrer Bruno Bendokat zur Schulfrage (15. Juni) sowie ein Besuch vom BK-Studentenpfarrer Martin Fischer (17./18. Juni). Semesterhöhepunkt war ein Abschlussgottesdienst mit Abendmahl.<sup>1151</sup>

Die große Solidaritätskundgebung mit Landesbischof Marahrens, am 26. Februar 1935 auf einer Kirchenversammlung in der Hannoverschen Marktkirche beschlossen, zeichneten neben 1.409 Kirchenvorstehern und 806 Geistlichen auch

---

<sup>1149</sup> Edmund Bode: Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute. LKAH, KKD, Nr. 136. Die studentische *Bekenntnisgemeinschaft* hat sich zu keiner Zeit um eine offizielle Anerkennung als Hochschulgruppe bemüht und blieb ohne Rechtsform. Einen geschlossenen Aktenkorpus hat sie nicht hinterlassen. Selbst die Frage der eigenständigen Mitgliedschaft bzw. wann und auf wessen Initiative sie sich gegründet hat, ist anhand der ausgewerteten Unterlagen offen. Vgl. Bielefeld: Kirchengemeinden. 1937 wurde zur Finanzierung überregionaler Aktivitäten (Fahrkosten) die Hannoversche *Bekenntnisgemeinschaft* um Unterstützung gebeten. Wilkens an Duensing am 10.7.1937.

<sup>1150</sup> Edmund Bode: Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1151</sup> Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Anfang Mai 1937 nahm Wischmann ebenso an einer Studentenevangelisation an der TH Hannover teil. Wischmann an Pastor N.N. am 4.5.1937.

47 Kandidaten der Theologie.<sup>1152</sup> Dagegen verzichtete die studentische *Bekennnisgemeinschaft* auf öffentliche Äußerungen und Erklärungen zu kirchenpolitischen Themen, zur Lage an der Fakultät oder zu Entwicklungen auf dem Gebiet der Hannoverschen Landeskirche oder in den Göttinger Stadtgemeinden.<sup>1153</sup> Diese Selbstbeschränkung entsprach ihrem Verständnis als rein kirchliche Gruppierung. Als Göttinger Studenten Ende Juni 1935 im Namen der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* Einspruch gegen das öffentliche *Wort des Reichsbischofs an die Studenten der Theologie* erhoben, erfolgte ihr Protest nichtöffentlich.<sup>1154</sup> Inhaltlich widersprachen sie Müllers Vorwurf, die *Bekennende Kirche* wolle „Christus einfangen in kirchlicher Übung, theologischer Lehrmeinung und irgendwelchen Frömmigkeitsformeln“. Ihnen gehe es um das öffentliche Bekenntnis und das Bezeugen von Gott, ihr Vorbild seien jene, die „ihre Glaubenstreue in Gefängnissen bewährt haben“.<sup>1155</sup>

<sup>1152</sup> Röhrbein: Gleichschaltung, S. 36.

<sup>1153</sup> Hier gab es regionale Unterschiede, die fakultäts- und landeskirchenbezogene Motiven sowie dem aktuellen Stand des ‚Kirchenkampfes‘ geschuldet waren. Beispielsweise dankten Ende 1934 577 Tübinger Studenten Hitler für seinen Empfang der Bischöfe Wurm und Meiser. Sie bekannten sich zum NS-Staat, verwehrten sich aber gegen Übergriffe von Partei und Polizei in Glaubensangelegenheiten, auch forderten sie den Rücktritt von Reichsbischof Müller. Stellungnahmen gegen Müller gab es auch aus Erlangen und Rostock, die von über 600 Studenten gezeichnet waren. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 202–205.

<sup>1154</sup> Müller hatte vor zwei Gefahren gewarnt. Zum einen vor einer völkischen Bewegung ohne Christus, die zu einem uferlosen Subjektivismus und Individualismus führe, zum anderen aber vor einem Festhalten an starren Bekenntnisformulierungen. Er plädierte für eine Freiheit der Entscheidung und wandte sich gegen diejenigen, die mit einer an die „Unfehlbarkeit des Papstes erinnernden Bestimmtheit die Wahrheit zu künden glauben“. Ludwig Müller: Wort des Reichsbischofs an die Studenten der Theologie, in: Gesetzblatt der DEK 20 (1935) vom 28.6.1935, S. 67–68. Das Wort konnte kostenlos bezogen werden. In einem Nachwort wird auf die Beschlüsse der 3. Reichsbekennnissynode eingegangen. Ein namentlich nicht genannter Professor kritisierte diese scharf: 1. Ungehorsam gegen den Erlass des REM vom 28.2.1935. 2. Beleidigung aller Professoren, die nicht zur BK gehören. 3. Nicht ausgesprochene Androhung eines Vorlesungsboykottes 4. Drohung, Bestand und Arbeit der Theologischen Fakultäten aufzulösen durch Einrichtung von Ersatzveranstaltungen. Angemerkt wird, dass der ‚Terror‘ gegen alle Nicht-BK-Theologen eine Bedrohung der Freiheit der Lehre bedeute. Bedroht seien auch die Theologischen Fakultäten als fester Bestandteil der Universität. Vgl. die Unterlagen in EZA, 1/3108.

<sup>1155</sup> Studenten in der Göttinger Bekenntnisgemeinschaft an Reichsbischof Müller am 30.6.1935. LKAH, KKD, Nr. 136. Unterzeichnet war das Schreiben von Hermann Müller, als Adresse firmierte das Theologische Stift. Die Antwort verfasste Reichsvikar Friedrich Engelke, der die Formulierung „wir Studenten der Göttinger Theologie“ und den so ausgedrückten Alleinvertretungsanspruch zurückwies. Engelke an Hermann Müller am 5.7.1935. In der Tat gab es auch positive Göttinger Stimmen auf das reichsbischöfliche Wort. Vgl. Wilhelm Meyer (Leiter der DC-Studentengruppe) an Müller am 1.7.1935; Richard Hohenstein und E. Habben an Müller am 4.7.1935. EZA, 1/3108. Paul Fehsenfeld schrieb am 8.7.1935: Er gehöre zu „denen, die im Reiche Adolf Hitlers den Grundstein des [unleserlich] Christentums aus innerster Wahrhaftigkeit zu bauen sich berufen fühlen. Mit leidenschaftlicher Sehnsucht haben wir einst in der Kampfzeit für das dritte Reich gestritten; mit derselben heißen Sehnsucht wünschen wir uns den Tag herbei, wo der braune Kämpfer Adolf Hitlers auch in der Kirche Heimatrecht erhält. Das dies nun trotz allem noch gelingen werde, ist unser täglich Gebet, und gilt unsere ganze Arbeit.“ Auch Ernst Daus begrüßte das Wort des Reichsbischofs als wichtig für den Aufbau der Volkskirche.

Ähnliches gilt für die undatierte – nach März 1936 verfasste – studentische Generalabrechnung *Was hat die Trennung mit Hirsch herbeigeführt?*, in der Hirschs deutschchristliche Theologie grundsätzlich verworfen wurde.<sup>1156</sup> Auch abgestimmte Reaktionen auf die Vertreibung des ‚nichtarischen‘ Bekenntnispfarrers von St. Marien Bruno Benfey, mit dem die studentische *Bekennnisgemeinschaft* in Kontakt stand, sind nicht bekannt.

### Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute (1935)

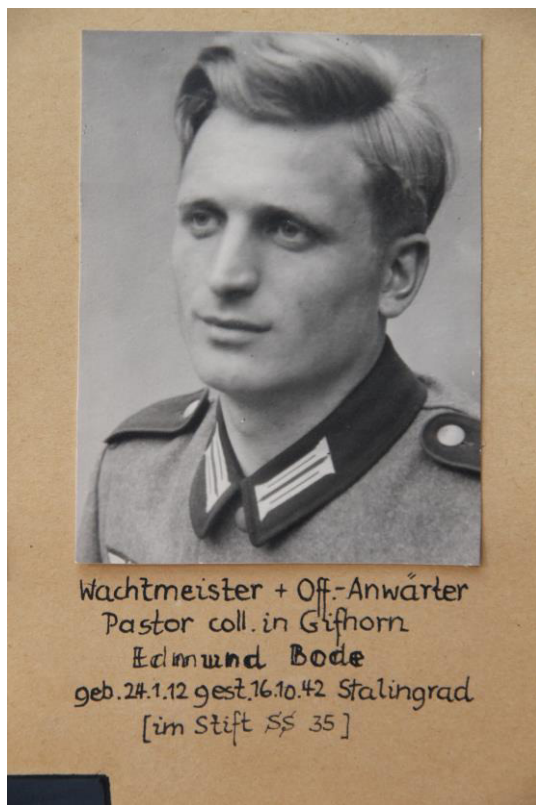


Abb. 19: Edmund Bode (\* 24. Januar 1912; † 16. Oktober 1942 in Stalingrad) (Archiv des Theologischen Stifts, Ausschnitt aus der ‚Ehrentafel‘ für gefallene Stiffter)

1935 verfasste Edmund Bode, einer der führenden Göttinger BK-Studenten, eine undatierte 14-seitige Programmschrift *Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute*.<sup>1157</sup> Ausgangspunkt war sein Verständnis einer christlichen oder, wie er es an anderer Stelle ausdrückte, der studentischen Gemeinde, wobei er der Vermischung von kirchlichen und politischen Grundsätzen ausdrücklich widersprach. Als Christ habe man gegen die „Gegner des Glaubens“ einzustehen, zu denen er namentlich die *Deutschen Christen* und die *Deutschgläubigen* um Wilhelm

Hauer zählte. Die *Deutschen Christen* hätten 1933 sowohl gegenüber der Kirche als auch gegenüber dem NS-Staat versagt und seien nur noch ein Verein zum Erhalt von Bischofssitzen. Dagegen gehe es nicht, wie Bode mehrfach betonte, gegen die NS-Bewegung, NSDStB und Kameradschaftshäuser, ebenso wenig gegen den Arbeits- und Landdienst. Vielmehr habe man den „unabdingbaren Auftrag, wo immer wir stehen, Zeugen zu sein für die Wahrheit des Evangeliums, Missionare

<sup>1156</sup> Was hat die Trennung mit Hirsch herbeigeführt? [1936, N.N.]. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1157</sup> Edmund Bode: *Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute*. LKAH, KKD, Nr. 136. Die folgenden Zitate ebenda.

zu sein für unsere Kameraden, damit auch sie von der falschen religiösen Bindung zu der einen echten gelangen“. Den Auftrag gegenüber Staat und Volk sah Bode im Glauben an die lutherische Volkskirche begründet. In diesem Verständnis müsse man den politischen Kampf gemeinsam führen, auch mit den deutschchristlichen und den Hauer-Anhängern.<sup>1158</sup> Diese Grundannahme zog sich durch den Gesamttext. Die studentische *Bekennnisgemeinschaft* sei, wie Bode eingangs betonte, gegenüber dem „Kampf um die politische Universität“ nicht loyal, er werde auch nicht begrüßt, vielmehr kämpften die evangelischen Christen „ihn mit, weil wir wissen, dass von diesem Kampf ein entscheidender Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution entschieden“ werde. Gegenüber dem Volk gäbe es eine doppelte Aufgabe: als geistige Hüterin der Facharbeit und zur „Erziehung, Formung und Auslese des Akademikers, der dem deutschen Volke ein Führer“ sein solle. Demnach betreibe die „politische Universität“ keine „krampfhaft Politisiererei“, sondern die „Verteilung sinngemäßer Aufgaben an die einzelnen Fakultäten in ihrer Forschung und Frontstellung gegen ungebundene Wissenschaft“. In diesem Rahmen eingepresst, war die von ihm beschworene Verankerung in den Korporationen und in den Kameradschaftshäusern sowie die positive Bezugnahme auf den NSDStB nicht taktisch motiviert. Bode ging es um die Einbettung in den nationalsozialistisch bestimmten Führerstaat:

*Es kann unser Stolz sein, dass es gerade Menschen der Bekennenden Kirche waren, die hier innerhalb der theologischen Fakultät nationalsozialistische Pionierarbeit taten. Und zwar unter Bekämpfung dieser Arbeit seitens der DC und unter nicht voller Anerkennung der Arbeit seitens der Studentenschaftsführung.*

In diesem Verständnis erkannte Bode verschiedene „Frontabschnitte“: Der *Arbeitsdienst* wurde von ihm als Instrument zur Charakterbildung ausdrücklich begrüßt. Dies gelte gerade für angehende Theologen, die teils zum ersten Mal mit kirchenfernen und christentumsfeindlichen Menschen in Kontakt kämen. Zu ihrer Unterstützung schlug er eine beim *Volksmissionarischen Amt* angesiedelte Stelle der *Bekennenden Kirche* vor, zudem plädierte er für die Wiederaufnahme der Abiturientenfreizeiten, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit Dozenten und Studenten der *Bekennnisgemeinschaft* stattfinden sollten. Im Abschnitt *Korporations- und Kameradschaftshaus-Erziehung* begrüßte Bode die Ablösung des „parlamentarischen Systems“ und die Zusammenlegung von NSDStB und DSt als Signal des Aufbruchs, auch erkannte er die Bedeutung der Korporationen für die Erziehung der Studenten an. Trotz ihrer äußeren Gleichschaltung (politische Schulungsarbeit, verpflichtender SA-Dienst, Einführung des ‚Arierparagrafen‘) aber beklagte er die fehlende Bereitschaft, den „ganzen inneren Betrieb auf die gemeinsame nationalsozialistische

---

<sup>1158</sup> Wischmann bestätigte diese Haltung noch vierzig Jahre später. Die studentische Gemeinde einte die Abwehr der nationalsozialistischen Weltanschauung und der deutschchristlichen Irrlehre, die ausgeprägt nationale Haltung vieler Studenten blieb davon unberührt. Wischmann an Wiesenfeldt am 10.10.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56.



Erziehungsarbeit und auf den Einsatz in dem Arbeits- und Kampfgebiet der NS-Studentenschaft auszurichten“. Von dieser Bereitwilligkeit zur Einordnung aber hänge ihr „Schicksal“ ab. Die Zukunft der christlichen Verbindungen (Wingolf, Schwarzburgbund, DCSV, Wartburgverbindung) sah er als ungewiss an. Da sie, wie alle Korporationen, ihre „Zielsetzung von der nationalsozialistischen Erziehung her empfangen“, sei das evangelische Konfessionsprinzip möglicherweise überholt, die Vertretung der evangelischen Studentenschaft könne von ihnen überhaupt nicht geleistet werden. Diese sei vielmehr Aufgabe des Studentenpfarrers und der *Bekenntnisgemeinschaft*. Eine evangelische Sammlung außerhalb der Korporationen sei, so Bode, auch deswegen nötig, da diese in ihren Bünden und den Kameradschaftshäusern antichristlichen Kräften und einem „Einbruch völkisch religiöser Ideen und [sic!] der ganzen Front der Universität“ ausgesetzt seien. Nur so könne dem „Ernst der Lage“ und „den Angriffen einer falschen Religiosität“ angemessen begegnet werden.

Trotz einer deutschchristlichen Führungsrolle plädierte Bode für eine aktive Mitarbeit in der *Theologischen Fachschaft* und machte sich für eine Belebung des Lagergedankens im Sinne von SA, Arbeitsdienst und den DSt-Kameradschaften stark. Dabei strebte er eine enge Verbindung mit allen „Institutionen und Menschen eines Lebenskreises“ an. Sogenannte Wissenschaftslager seien auch wegen der Verbindung von Landschaft, Volk und Hochschule wichtig, um wieder die Sprache des Volkes zu sprechen. Hier wies er ausdrücklich auf bereits gemachte Erfahrungen hin.<sup>1159</sup> Bezüglich der Fachschaftsarbeit war Bodes Ziel die Anerkennung der *Bekenntnisgemeinschaft*. Diese sei stärker verankert als die gegenwärtige Fachschaft, zudem beschränke sich die „augenblickliche DC-Fachschaftsarbeit“ auf „theologische Debattiergespräche“. Dabei kam es ihm nicht darauf an, im Namen der „Bekennnisfront“ Fachschaftsarbeit zu machen, sondern diese im Sinne der *Bekennenden Kirche* zu gestalten:

*Die Stoßkraft unserer Fakultät erfährt eine sehr wesentliche Stärkung, wenn sich auch in der theologischen Fachschaft innerhalb der Studentenschaft eine junge, lebendige und nach vorne arbeitende Gemeinde zeigt.*<sup>1160</sup>

Das Studium der Theologie müsse Zeugnis für die Kirche sein. Es gehe nicht darum, das ein oder andere Buch mehr zu lesen oder 50 Menschen mehr zu tau-

<sup>1159</sup> Auch die Hannoversche *Bekenntnisgemeinschaft* schicke Studenten ab dem 5. Semester zu Pfarrern (Kindergottesdienst, Volksmission usw.), um diesen ein realistisches Bild vom Pfarrerberuf zu vermitteln. Für das Predigerseminar im Kloster Loccum berichtete der Kandidat Karl Adolf Stisser, dass der SA-Dienst „die Distanz zwischen Kloster und Dorf doch erheblich abgebaut“ habe: „Wir marschierten Seite an Seite mit den Jungen aus dem Dorf und saßen an den Kameradschaftsabenden zusammen. Das war schon ein Stück Solidarität, oder wie man das damals mit einem deutschen Wort benannte, das war Volksgemeinschaft.“ Mündlicher Bericht vom 10.1.1982. Zitiert nach Rüttgart: Kloster, S. 207–211, hier S. 207f.

<sup>1160</sup> Edmund Bode: Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute. LKAH, KKD, Nr. 136. Die folgenden Zitate ebenda.

fen, zu trauen oder zu beerdigen. Den NSDStB begriff Bode als „eine kleine Auslese der Besten und Fähigsten und Tüchtigsten“ und damit als elitäre Kerngruppe. Aktuell sei seine Arbeit jedoch von einer völkischen Religiosität bestimmt, die abzulehnen sei. Er forderte, zu seinen Werten zu stehen, aber nicht in Gegnerschaft – dies wäre Verrat an der Gemeinschaft und am Nächsten –, sondern in Liebe. Deshalb müsse man im NSDStB aktiv mitarbeiten, denn nur so könne echte Gemeinschaft entstehen. Dabei sah er zwei Abwege: Niemand dürfe in schwärmerischer Absicht eine christliche Organisation zur Voraussetzung seiner Mitarbeit machen und in politisches „Revoluzzertum“, Reaktion oder Meckertum verfallen: „Den lutherischen Christen werden [...] die Aufgaben von der Wirklichkeit gestellt.“ Falsch sei aber auch der Weg der Verleugnung: Man müsse den Kampf führen und zwar als „entscheidendsten und wichtigsten Dienst, den wir evangelische Christen als Auftrag an unser Volk und unseren Nächsten haben“.

Zuletzt wandte sich Bode der Frage zu, wo der Ort der „Bruderschaft der Bekenntnisstudenten“ sei: außerhalb der Universität und ohne hochschulpolitische Ansprüche. Sein Konzept entsprach der Vorstellung einer Gemeinde aller evangelischen Studenten mit Gottesdiensten, Arbeitsgemeinschaften, Schulungslagern, volksmissionarischen Vortragsabenden und Ferienlagern. Um dies zu erreichen, forderte Bode die Wiederbesetzung des zu der Zeit vakanten Studentenpfarramtes. Die so skizzierte *Bekenntnisgemeinschaft* müsse sich hinter der *Bekennenden Kirche* versammeln, ohne sich kirchenpolitisch zu betätigen, denn sie sei weder eine kirchenpolitische Gruppierung noch ein privater, erwecklicher Erbauungsclub, sondern beteilige sich am kirchlichen Leben:<sup>1161</sup>

*Es wäre zu wünschen, dass es uns gelingt, den engsten Bruderkreis, der die Arbeit trägt, mit dem Studentenpfarrer zu einer Lebensgemeinschaft in der Form zusammenbringen, dass dieser Kreis mit dem Studentenpfarrer gemeinsam wohnt und sich in die Zucht einer evangelischen Hausgemeinschaft stellt.*<sup>1162</sup>

Der konkrete Anlass für die Bode-Schrift ist nicht bekannt. Fasst man seine Grundgedanken zusammen, argumentierte er christlicher Nationalsozialist, der die Verbindung einer bekenntnisgebundenen Kirche mit dem nationalsozialistischen Einparteienstaat für möglich hielt.<sup>1163</sup> Diese hoffte er über Volksmission, Ge-

<sup>1161</sup> An dieser Stelle bezieht sich Bode auf die „Dahlemer Botschaft“, d.h. die weitreichenden Beschlüsse der zweiten Reichsbekenntnissynode.

<sup>1162</sup> Edmund Bode: Die Kirche und die heutige Universität. Student und Kirche heute. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1163</sup> Das Deckblatt entspricht mit Ausnahme des fehlenden Datums und dem Veröffentlichungszusammenhang dem einer Seminararbeit. Als Literatur gab er an: Andreas Feickert: Studenten greifen an, Hamburg 1934; Gauleiter Wagner: Letzter Appell an die deutschen Korporationsstudenten, in: GT vom 3.5.1933; Dr. H.H: Um die deutsche Universität, in: Germania 24 (1935) vom 23.2.1935; Hans Heyde: Die Idee des Reiches und die deutsche Universität, Königsberg 1934. Ein Anschreiben ist nicht überliefert, ebenso wenig landeskirchliche Reaktionen. Im Universitätsarchiv ließ sich kein weiteres Exemplar nachweisen.

meindebildung und eine aktive Mitarbeit zu erreichen. Er betonte die Notwendigkeit zur Klarheit in kirchlichen Angelegenheiten, die er zugleich von politischen bzw. kirchenpolitischen Differenzen scharf abgrenzte. Einen Widerspruch oder gar eine Unvereinbarkeit mit dem totalitären Anspruch der Nationalsozialisten erkannte Bode nicht.

### Bekenntnisstudentische Annäherung an die Landeskirche

Für die Studenten der Theologie ging die Sammlung des bekenntnisgebunden Teils der Studentenschaft mit einer Neubestimmung des geistlichen Amtes und einer Annäherung an die Landeskirche einher, an der beide Seiten Interesse hatten. Das landeskirchliche Engagement reichte weit über die Mittelbereitstellung für das Studentenpfarramt hinaus, zusehends bemühte sie sich um eine aktive Verzahnung von (jungen) Pfarrern, Vikaren und Studenten. Dazu zählte die studentische Mitarbeit in Pfarrhäusern während der Semesterferien ebenso wie die Einrichtung bischöflicher Studentensprechstunden. Zum 1. Advent 1937, als die Lage an der Theologischen Fakultät aufgrund der schwelenden ‚Prüfungskrise‘ angespannt war, sprach Marahrens den landeskirchlichen Theologiestudenten ausdrücklich Mut zu.<sup>1164</sup> Erreicht werden sollten dabei nicht nur die Studenten in Göttingen, sondern auch jene Hannoveraner, die an den Universitäten Erlangen, Halle, Marburg, Rostock und Tübingen sowie an der Kirchlichen Hochschule in Bethel studierten. Um die „fehlende Verbindung zur Kirche“ herzustellen, regte Studentenfarrer Wasmuth ihre Erfassung über die studentische *Bekenntnisgemeinschaft* an. Alle hannoverschen Landeskinder sollten einen Fragebogen ausfüllen, in dem neben personenbezogenen Daten auch ihre kirchenpolitische Orientierung und die Mitgliedschaft in NS-Organisationen abgefragt wurden.<sup>1165</sup> In den folgenden Jahren bezog das Studentenpfarramt sie in seine Betreuung mit ein und betrieb in enger Absprache mit der Landeskirche Kontaktpflege. Sie erhielten Rundbriefe sowie gezielte Einladungen für die landeskirchlichen Lager, Freizeiten und Gottesdienste. Das dahinterstehende Kalkül war ein möglichst früher und umfassender Zugriff auf den landeskirchlichen Nachwuchs.

Auch von studentischer Seite aus wurde der Kontakt auf verschiedenen Kanälen gesucht. Es bestand „Sehnsucht nach Beratung und Führung und praktischer Bruderschaft“, zugleich war man auf die wohlwollende landeskirchliche Unterstützung bei den Konflikten an der Theologischen Fakultät angewiesen, insbeson-

---

<sup>1164</sup> Marahrens an die Theologiestudenten der Hannoverschen Landeskirche am 26.11.1937. LKAH, KKD, Nr. 136. Zum Krisenjahr 1937 vgl. Scherffig: Theologen, Bd. 2, S. 230–311.

<sup>1165</sup> Wasmuth an Pastor N.N. am 9.6.1936; undatierter und anonymes Bericht des Studentenpfarramtes an das LKA Hannover [Mai/Juni 1936]. LKAH, KKD, Nr. 136. Der Fragebogen sollte an Bode zurückgesandt werden. Bode (für die Göttinger Studenten in der BK) an die Studenten der landeskirchlichen *Bekenntnisgemeinschaft* am 25.5.1936. Ebenda. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 265.

dere der Durchführung der Ersatzveranstaltungen.<sup>1166</sup> Als lutherisches „Gegenstück“ zu Elberfeld (reformiert) und Bethel (uniert) brachte der BK-Student Bode sogar die Einrichtung einer eigenständigen kirchlichen Hochschule im Kloster Bursfelde ins Gespräch.<sup>1167</sup> Das Verhältnis zur Landeskirche war dennoch nicht spannungsfrei. Von vielen Theologiestudenten, die, so die Einschätzung Wischmanns, „rabiater“ waren und teils entschieden in Richtung der dahlemitisch-bruderrätlichen BK orientierten, wurde sie im Sommer 1936 vor allem als eine „intakte und alte Kirche“ wahrgenommen.<sup>1168</sup> Um Differenzen zu überwinden, sprach sich Bode diesbezüglich für eine Stärkung der Gemeinschaft durch landeskirchliche Lager aus, die auch für Auswärtige offen sein sollten.

Die wiederholt angemahnten Freizeiten und Lager, für die in unterschiedlicher Anordnung die Hannoversche *Bekenntnisgemeinschaft* und die Landeskirche verantwortlich zeichneten, wurden zu einem zentralen Austausch- und Annäherungsraum.<sup>1169</sup> Zu einem ersten Schulungslager der *Bekenntnisgemeinschaft* in Dassel im Sommer 1935 meldeten sich 187 Kandidaten und Studenten an.<sup>1170</sup> Neben dem inhaltlichen Austausch dienten sie auch der Stärkung der Gemeinschaft. Exemplarisch zeigt dies ein „Richtlager“ der *Bekennenden Kirche* für ihre Studentenobmänner, das auf Initiative von Göttinger Studenten vom 11. bis 16. April 1936 in Lipolsberg stattfand.<sup>1171</sup> Begriffe wie ‚Lager‘ und ‚Evangelische Bruderschaft‘ erlangten ein hohes Eigengewicht, die Lagergemeinschaft galt für die Aufrechterhaltung und Vertiefung bestehender bruderschaftlicher Kontakte als geradezu beispielgebend. So sprach sich Studentenpfarrer Wischmann im Vorfeld des Oktoberlagers

<sup>1166</sup> Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937, insb. Anlage II: Zur Lage der Theologiestudenten. LKAH, NL 78, Nr. 418. Vgl. Wischmann an die Hannoverschen Theologiestudenten und Obleute am 4.6. und 7.6.1939. Ebenda, Nr. 36.

<sup>1167</sup> Bode (für die Göttinger Studenten der Bekenntnisgemeinschaft) an Pfarrer Klügel am 14.6.1936. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1168</sup> Wischmann an Pastor N.N. [Klügel?] am 21.11.1936; Bode (für die Göttinger Studenten der Bekenntnisgemeinschaft) an Pfarrer Klügel am 14.6.1936. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1169</sup> Ein erstes nichtöffentliches Lager zur Klärung der kirchlich-theologischen Arbeit (*Kirchen – Staat – religiöse Bewegungen*) mit 22 Studenten fand mutmaßlich im Frühjahr 1935 statt. Geleitet wurde es von Campenhausen, dem vormaligen Studentenpfarrer Hoffmann und Pfarrer Frerich. Hermann Müller (Theologisches Stift) an Kurator am 12.2.1935. BArch, N 1721, Nr. 71.

<sup>1170</sup> BG Hannover am 1.8.1935. LKAH, KKD, Nr. 136. An einer weiteren Freizeit im Oktober 1936 nahmen rund 50 Teilnehmer teil. Teilnehmerliste. LKAH, NL 78, Nr. 57.

<sup>1171</sup> Themen waren: *Die Krisis der Wissenschaft und der Theologie* (Hans Joachim Iwand), *Die innere Arbeit unserer Gruppen* (Martin Fischer), *Die philosophische Antwort des Nationalsozialismus auf die Krisis der Wissenschaft* (Schroth), *Die praktische politische Antwort des Nationalsozialismus auf die Krisis der Wissenschaft* (Kläpper), *Unsere Stellung zur Studentenschaft* (N.N.), *Kirchliche und wissenschaftliche Bindung der theologischen Arbeit* (von Campenhausen), *Theologische Fakultät oder Kirchliche Hochschule* (Hans von Soden), *Die Bedeutung der Bekenntnisbewegung und der Bekenntnissynoden für die Kirche* (Ernst Wolf), *Die Frage nach der einen evangelischen Studentenschaft: Evangelische Gruppe oder lutherische/reformierte/unierte Gruppe. Unsere Stellung in den anderen evangelischen Studentenschaften* (Lilje), *Unsere Zusammenarbeit mit der konkreten Kirche (Studentenpfarramt, Pfarrerschaft, Ortsgemeinde)*. Arbeitsplan für das Richtlager der Bekennenden Kirche. LKAH, KKD, Nr. 136. Hervorhebung im Original. Das Richtlager wurde von der 2. VKL unterstützt. Vermerk Martin Albertz vom 30.3.1936.

1937, das von 80 angehenden Pastoren besucht wurde, sogar für eine verpflichtende Teilnahme aus. Diese wäre gut,

*da die Theologen heute mehr als sonst kirchliche Bindung suchen und von ihrer Kirche eine Mitarbeit und ein Mittragen ihrer Fragen und Nöte erwarten. Das Studium der Theologie steht heute nicht mehr isoliert da, sondern bekommt seinen Sinn her von der Ausrichtung auf das dereinstige Amt der Verkündigung.*<sup>1172</sup>

Diese Einschätzung stieß auf Zustimmung. Auf ausdrücklichen Wunsch einiger Vikare und junger Pastoren, die bereits als Studenten Lager und Freizeiten kennengelernt hatten und diese Form auch nach ihrem Studienabschluss weiterführen wollten, machte Wischmann sich für eine Ausweitung stark.<sup>1173</sup>

Inhaltlich kreisten die Freizeiten um das Verhältnis von Staat und Kirche, die Rolle, Aufgabe und das Wesen der Kirche in einem totalitären Staat und das Selbstverständnis als bekennende Christen. Das Thema eines Schulungslagers der *Bekennnisgemeinschaft* Hannover im Frühjahr 1935 war *Geborsam gegen den Staat*, einschließlich einer gemeinsamen Feier mit der lokalen NSDAP-Ortsgruppe zur ‚Befreiung der Saar‘ und einem Besuch bei Hans Grimm.<sup>1174</sup> Im Sommer 1936 widmete sich das landeskirchliche Lager in Lewe-Liebenburg dem Oberthema *Volk und Kirche*. Als Referenten sprachen u.a. Hans Wilhelm Hertzberg (*Die Botschaft des Alten Testaments zu Volk und Kirche*), Jeremias (*Das Gottesvolk im Neuen Testament*), Helmuth Gollwitzer (*Volk und Kirche bei Luther*) und Hans von Soden (*Volk und Kirche*).<sup>1175</sup> Einen ausgesprochen kirchlichen Bezug wiesen die Lager im Februar/März und im Oktober 1937 auf. Im Mittelpunkt standen *Natürliche Offenbarung* und *Das kirchliche Amt*.<sup>1176</sup> Über das Theologenlager vom 23. Februar bis

---

<sup>1172</sup> Marahrens am 8.9.1937. LKAH, NL 78, Nr. 57; Vorschlag Wischmann vom 22.8.1937 für das Theologenlager im Oktober 1937. LKAH, KKD, Nr. 136. Als Tagesablauf gab er vor: Morgenfeier in der Kirche, Bibelarbeit mit Aussprache, Vortrag mit Aussprache, Abendveranstaltung (u.U. ein freier Abend), Abendsegen in der Kirche.

<sup>1173</sup> Wischmann an Studiendirektor Ködderitz am 3.3.1938; Duensing an Wischmann u.a. am 23.2.1938. LKAH, NL 78, Nr. 57.

<sup>1174</sup> BG Hannover am 1.8.1935. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1175</sup> Lager vom 1. bis 10.7.1936. Arbeitsplan. Ebenda. Im Vorfeld hatte sich Studentenpfarrer Wasmuth am 9.6.1936 gegenüber einem nicht namentlich genannten Pfarrer für eine offizielle landeskirchliche Beteiligung stark gemacht. Ein reines BK-Lager könne als Affront gegenüber einem Fachschaftslager aufgefasst werden. Am 14.6.1936 brachte Bode in Absprache mit Wasmuth ein zwei- bis dreiwöchiges Lager für alle hannoverschen Studenten einschließlich der ‚Neutralen‘ und der *Deutschen Christen* in Dassel oder in Isenhagen ins Gespräch. Behandelt werden sollte: *Kirche und Bekenntnis*, *Die Auslegung der Heiligen Schrift*, *Neutestamentliche Theologie heute*, *Alttestamentliche Theologie heute*, *Systematische Theologie heute*, *Kirchengeschichte heute*, *Praktische Theologie heute*, *Der Anspruch des totalen Staates in Deutschland und der Welt*, *Der Dienst der Kirche am Volk*, *Theologie und Glaube*, *Bruderschaft*. Als Referenten wollte Bode u.a. Martin Niemöller, Hans Asmussen, Hans von Soden und Walter Künneth gewinnen. Bode an OKR Klügel am 14.6.1936.

<sup>1176</sup> Folgende Beiträge waren vorgesehen. *Das kirchliche Amt*, *Die Ämter der Urkirche*, *Das Amt des allgemeinen Priestertums*, *Das Missionsamt des Christens* (Gespräch mit der heutigen Geistlichkeit), *Die Frage der Ordnung der Kirche*, *Die kirchliche Ausrichtung des theologischen Studiums*. Ohne Zuordnung wur-

2. März 1937 in Lippolsberg liegt ein 18-seitiger, bebildeter und teils in Gedichtform verfasster Bericht einer Teilnehmerin vor. Zentrale Elemente der Lagergemeinschaft sind hier nochmals zusammengefasst. Geleitet von Wischmann diente das Lager der Sammlung, inhaltlichem Austausch, gemeinsamem Arbeiten und dem Gemeinschaftserleben von Kirche. Es gab tägliche Impulsvorträge, u.a. von Werner Wiesner, Helmuth Thielicke und Edmund Schlink, die ein intensives Ringen um den Wesenskern der Kirche sowie die unterschiedlichen Ansätze von *Bekennender Kirche* und *Deutschen Christen* erkennen lassen. Beispielsweise setzte sich Thielicke in einem Beitrag *Gottesoffenbarung im Gesetz* kritisch mit der Volksnomos-  
 theologie von Gogarten und Wilhelm Stapel auseinander. Die zugespitzte kirchenpolitische Lage – kaum eine Woche vor dem Beginn des Lagers hatte Hitler nach dem Zusammenbruch des Kerrl'schen Kirchausschussystems auf dem Erlassweg allgemeine Kirchenwahlen angekündigt – spielten ausweislich des Berichts keine Rolle.<sup>1177</sup>



Martha Vogelbein, Felicitas Winkler, Jacob Kimm, Legner  
 Wischmann, Thielicke, Hoffmann.

Abb. 20: Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Theologenlagers vom 23. Februar bis zum 2. März 1937 in Lippolsberg (Bericht von Minna Kimm. Landeskirchliches Archiv Hannover, Nachlass Wischmann, Nr. 418.)

den als Referenten genannt: Jeremias, Ernst Sommerlath (Leipzig), Hans von Soden, die Landessuperintendenten Theodor Laasch und Wilfried Wolters sowie Pastor Gerhard Kunze. Einladung an die Theologiestudenten der Hannoverschen Landeskirche vom 18.8.1937. Alternative Themen waren *Der Auftrag der Kirche* bzw. *Lutherisches Bekenntnis*. Wischmann am 22.8.1937 für das Theologenlager im Oktober 1937. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1177</sup> Wie bei jedem Aufenthalt in Lippolsberg gehörte ein Besuch bei Hans Grimm zum Begleitprogramm. Abschließend heißt es: „Im Besonderen gedenken wir wohl alle voll Dank an die Morgenfrühe und Abendstille jedes Tages, da wir uns unter Lob, Dank und Bitte in der Lippolsberger Kirche sammelten und den letzten Abend gemeinsam Abendmahl feierten.“ Minna Kimm: Bericht über die Freizeit vom 23.2 bis 2.3.1937 in Lippolsberg. LKAH, NL 78, Nr. 418. Vgl. Einladung der Göttinger Studenten in der Bekenntnisgemeinschaft; Duensing (Bekenntnisgemeinschaft der ev.-luth. Landeskirche Hannover) an Klügel am 19.2.1937. LKAH, KKD, Nr. 136.

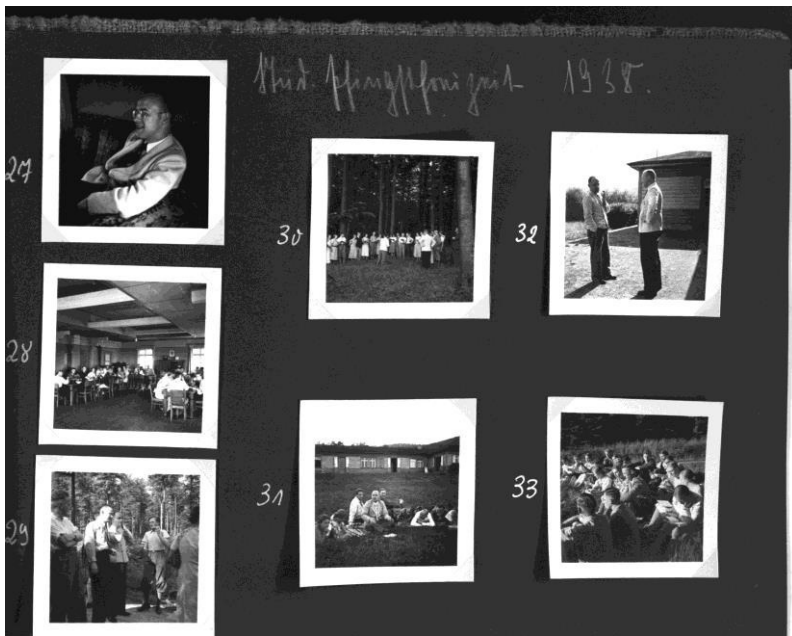


Abb. 21: Studentische Pfingstfreizeit, Lutherheim in Springe, 1938. Links oben (Nr. 27): Studentenpfarrer Wischmann (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotoalbum Adolf Wischmann: S2\_A005\_027-035)



Abb. 22: Landesbischof Marahrens, Studentenpfarrer Wischmann und zwei Studenten vor dem Lutherheim in Springe anlässlich einer Abiturientenfreizeit, 1938 (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotoalbum Adolf Wischmann: S2\_A005\_006)

Ihre Annäherung an die Kirche und die intensiven Eigendebatten über das geistliche Amt statteten die Studenten mit einem größeren Selbstbewusstsein aus. Am deutlichsten formulierte sich dieses im Prüfungsstreit, als die hannoverschen BK-Studenten als eigenständige Partei agierten und die Landeskirche ihrerseits unter Druck setzten. Trotz des genannten Ministerialerlasses vom 16. Mai 1938 gab es eine breite Ablehnungsfront gegenüber jeglichem Zugeständnis an die Theologische Fakultät. In einer undatierten Stellungnahme *Gehört die Abhaltung der ersten theologischen Prüfung zum bekenntnismäßigen Handeln der Kirche?* wurde diese Frage eindeutig mit Ja beantwortet: „Es ist der Beitrag der Kirche, dass alles Handeln der Kirche vom Bekenntnis her bestimmt sein muss.“ Der Text verweist zudem auf die Zweckbestimmung in §10 des *Kirchengesetzes über die Vorbildung der Geistlichen*, dass der Prüfling „das kirchliche Verständnis sowie die äußeren und inneren Anlagen und Fähigkeiten besitzt, die eine wirksame Ausübung des geistlichen Amtes erwarten lassen“.<sup>1178</sup> Die studentische Ablehnung des zwischen Landeskirche und Fakultät ausgehandelten Kompromisses stürzte vor allem Wischmann in einen Loyalitätskonflikt. Zum Semesterbeginn 1938/39 bat er Marahrens um ein Wort an die Studenten, die die gefundene Regelung angeblich nicht verstehen würden. Acht ältere Semester hätten sich tatsächlich auswärts zum Examen gemeldet.<sup>1179</sup> Sein Dilemma, einerseits die inhaltliche Kritik an dem Kompromiss zu teilen, andererseits gegenüber seinem Arbeitgeber loyal und im Interesse der Landeskirche pragmatisch zu handeln, ließ sich nicht auflösen. Er beschränkte sich auf eine vermittelnde Haltung. Obwohl er selbst gern eine andere Lösung gehabt hätte und die „brennende Not“ „seiner“ Studenten durchaus sah, gab es aus seiner Sicht keinen Grund mehr, sich nicht zum Examen zu melden. Die Studenten forderte er auf, sich direkt an den Landesbischof zu wenden.<sup>1180</sup>

---

<sup>1178</sup> Gehört die Abhaltung der ersten theologischen Prüfung zum bekenntnismäßigen Handeln der Kirche? Keine weiteren Angaben [1938]. Unterstreichungen im Original. LKAH, KKD, Nr. 133. Unterstützung fand diese harte Haltung bei den Absolventen des landeskirchlichen Predigerseminars in Erichsburg. Ggf. müsse die Landeskirche wie anderorts Ersatzprüfungen anbieten. [Unbekannt] aus dem Predigerseminar Erichsburg an Marahrens am 8.6.1938. LKAH, NL 78, Nr. 510.

<sup>1179</sup> Wischmann an Marahrens am 1.11.1938. Vgl. Marahrens an Wischmann am 10.11.1938; Wischmann an Marahrens am 15.11.1938; LKAH, NL 78, Nr. 510. Der DC Georg Cölle warf Wischmann in diesem Zusammenhang vor, die Studenten gegen den Minister aufzuhetzen. Dies trifft in dieser Form nicht zu. Klügel: Landeskirche, S. 316. Wischmann hatte bereits am 23.8.1938 gegenüber Marahrens die studentische Haltung mit Idealismus und jugendlichem Überschwang heruntergespielt. LKAH, NL 78, Nr. 510.

<sup>1180</sup> Wischmann an die Hannoverkreise am 24.11.1938. Ebenda.





Abb. 23: Freizeit der Göttinger Studentengemeinde vom 28. Februar bis zum 4. März 1939 in Lippolsberg (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotoalbum Adolf Wischmann: S2\_A005\_135-143)



Abb. 24: Professor Jeremias mit Studentenpfarrer Wischmann auf einer Freizeit der Göttinger Studentengemeinde vom 28. Februar bis zum 4. März 1939 in Lippolsberg (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotoalbum Adolf Wischmann: S2\_A005\_120)

Der Betheler Student Erich Bammel wählte diesen Weg. Er lehnte die vorgesehene Aufspaltung des Examens ab, allein der Verzicht Hirschs biete eine Lösung. Von der Landeskirche forderte er einen eindeutigen Bekenntnisakt.<sup>1181</sup> Die Bekenntnisbindung, so Bammel an Marahrens, gelte für Dozenten wie Studenten und betreffe beide Prüfungsteile. Dass ein kirchlich untragbarer Mann wie Hirsch nun doch getragen werde, könne nicht durch eine Aufteilung der Prüfung beseitigt werden. Der gefundene Kompromiss sei lediglich eine „Notlösung“ aufgrund von äußerem Druck. Er wolle gern innerhalb der Landeskirche arbeiten, „aber über alles geht mir das Gebot, mein Handeln vor der Schrift in Konsensus mit den Vätern und den Brüdern zu beurteilen.“<sup>1182</sup> Deshalb präferiere er selbst eine Lösung wie in den altpreußischen Landeskirchen, d.h. die landeskirchliche Trennung von der Göttinger Fakultät, gestand aber der bischöflichen Antwort Entscheidungscharakter zu. Gegenüber seinen Kommilitonen war seine Haltung weniger eindeutig. Zwar lehnte er auch dort jede Prüfung mit einer Beteiligung Hirschs ab, ließ aber erkennen, dass er sich auf die Examensmeldung trotz starker Bedenken dennoch einlassen werde. Man könne die zweihundertjährige Fehlentwicklung der Kirche nicht ad hoc korrigieren.<sup>1183</sup> Für die bestehenden Bedenken sind die Schreiben Bammels durchaus typisch. Inhaltlich waren sie abgestimmt. Sein Schreiben an Marahrens schrieb er stellvertretend für elf hannoveraner „Brüder“ in Bethel.

## **Ausstoßung „christlich bestimmter deutscher Geistigkeit aus dem deutschen geistigen Lebensraum“: Diskriminierung und Ausgrenzung**

Die fortwährende Diskriminierung und Ausgrenzung der Studenten der Theologie verschärfte sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Wurde die Zurücksetzung der kirchlichen Kräfte zuerst mit der vermeintlichen konfessionellen Neutralität des NS-Staates begründet, gewannen ab Mitte der 1930er Jahre innerhalb der Partei zunehmend jene ‚weltanschaulichen Distanzierungskräfte‘ und Rigoristen an Gewicht, die eine prinzipielle Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum feststellten. Faktisch ging es ihnen um die Ausschaltung einer weltanschaulichen Konkurrenz, der sie per se politische Unzuverlässigkeit unterstellten. Es zählten weder individuelles Handeln noch die tatsächliche Haltung zum NS-

<sup>1181</sup> Bammel an Wischmann am 27.11.1938. Wischmann bat Bammel am 29.11.1938, schon aus generationellen Gründen sein Examen vor Ort zu machen. Im Falle von bleibenden Gewissensbedenken müsse er eben ablehnen. Ebenda.

<sup>1182</sup> Bammel an Marahrens am 3.12.1938. Ebenda. Unterstreichung im Original. Scherffig betont die Grundsätzlichkeit dieser Einschätzung und sieht darin eine skeptische Haltung gegenüber den Professoren als staatliche Beamte sowie gegen die Wissenschaft an sich. Vgl. Scherffig: Theologen; Bd. 2, S. 83–89.

<sup>1183</sup> Bammel an Heinz/Franz am 3.12.1938. LKAH, NL 78, Nr. 510.

Staat. Auch die kirchenpolitische Entscheidung spielte keine Rolle. Betroffen waren gleichermaßen kirchenpolitisch Ungebundene wie die Mitglieder der *Bekennenden Kirche* und der *Deutschen Christen*.<sup>1184</sup> War die eklatante Benachteiligung zuerst nicht abgestimmten lokalen/regionalen Initiativen geschuldet, bestimmten bald auf höherer Ebene getroffene Grundsatzentscheidungen über den Status der Theologiestudenten.<sup>1185</sup> Retardierende Momente waren allein taktisch motiviert.

### Ausgrenzung aus den NS-Organisationen

Die Zugehörigkeit der Theologiestudenten zu den NS-Organisationen war ab 1933 Thema.<sup>1186</sup> Vorreiter für einen Theologenausschluss war die SS. Am 19. Oktober 1934 dekretierte RFSS Heinrich Himmler ihren Ausschluss. Als am 9. Februar 1937 die Aufnahmesperre für die NSDAP aufgehoben wurde, waren Pfarrer und Studenten der Theologie beider Konfessionen davon ausgenommen. Dies wirkte sich auch auf andere NS-Organisationen aus. Am 12. Mai 1937 beschloss die Oberste SA-Führung den Ausschluss aller Theologen, die nicht Mitglied der NSDAP waren.

In Göttingen betrafen derartige Maßnahmen vor allem die HJ, SA und den NSDStB. Im Sommer 1937 wurden mindestens sieben Theologiestudenten aus der SA entlassen, nachdem sie sich über den antichristlichen Kurs ihres SA-Sturms beschwert hatten.<sup>1187</sup> Auch Hirsch konnte diese Entscheidung nicht korrigieren. Gegenüber Gaudozentenführer Schürmann hatte der Dekan deutlich gemacht, dass die betroffenen Studenten als „Studenten zweiter Klasse gebrandmarkt“ seien und ihr zwangsweises Ausscheiden weitreichende Folgen hätte: „Die Maßnahme bedeutet im weiteren Gefolge die Auslieferung aller Theologiestuden-

---

<sup>1184</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 301–336.

<sup>1185</sup> Für überregionales Aufsehen sorgte Anfang November 1936 ein Semesterappell des Greifswalder NSDStB. Die Zeit werde kommen, so der pommersche Gaustudentenführer Hellmut Kreul, in der sich jeder entscheiden müsse, Christ oder Nationalsozialist zu sein. Die Rede führte zu scharfen Protesten der dortigen *Theologischen Fachschaft* sowie des Dekans der Theologischen Fakultät, die in ihrer Gesamtheit – und nachdem Kreul seine Aussage zur privaten Äußerung korrigiert hatte – aber ohne Erfolg blieben. Vgl. Grüttner: Studenten, S. 435f. Ein Protestschreiben von Fachschaftsvertretern war Anlass für Ausschlussverfahren aus NSDAP und NSDStB. Nach der Auflösung der Fachgruppe scheiterte der Greifswalder Hochschulgruppenführer mit dem Versuch, einen aus der Kirche ausgetretenen Studenten der Philosophischen Fakultät zum Leiter der Theologischen Fachschaft zu ernennen. Vgl. den Bericht eines Greifswalder Studenten der Theologie vom 7.12.1936 in EZA, 550/39.

<sup>1186</sup> Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1933 hatte Reichsjugendführer Baldur von Schirach die gleichzeitige Mitgliedschaft in HJ/BDM und konfessionellen Jugendverbänden verboten. Bekanntgabe, undatiert. Abgedruckt in: Dokumente I, S. 122f.

<sup>1187</sup> Nach Befragungen durch den Standartenführer wurde sieben der zehn Betroffenen ein Austritt nahegelegt, im anderen Fall drohe die dienstliche Entlassung. Lediglich die Mitglieder der NSDAP wurden in der SA belassen. Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Noch während der Lippolsberger BK-Freizeit im Frühjahr 1937 trug ein Teilnehmer SA-Uniform. LKAH, NL 78, Nr. 418.

ten an die Kirche.<sup>1188</sup> Nur das Heimrecht in der NS-Bewegung habe den kirchlichen Druck bisher gemindert. In seiner Konsequenz führe die beschlossene Ausgrenzung zum Ende des Theologiestudiums und zu einem Bruch im erzieherischen Verhältnis von Hochschullehrer und Student: „Jeder Lehrer der Theologischen Fakultät steht nach Auswirkung der Maßnahme vor einem unmöglichen Entweder/Oder.“ Entweder er gehöre zur nationalsozialistischen Kameradschaft oder stehe „in Schicksals- und Lebensgemeinschaft mit den Studenten, die er erzieht.“ Er selbst kenne einige, die möglicherweise ihr Studium wechseln würden, um „an dem Schicksal menschlich nicht zu zerbrechen“. Wer künftig, so Hirsch, ein Theologiestudium beginnen werde, sei „von vorneherein völkisch minderwertiges Material“, das auf nationale Ehre keinen Wert lege. Betroffen sei die gesamte Fakultät. Kurzum: Aufgrund der Zurückweisung der NS-Organisationen befürchte er das Ende der Theologischen Fakultäten in ihrer bisherigen Form und die Ausstoßung „christlich bestimmter deutscher Geistigkeit aus dem deutschen geistigen Lebensraum“.

Die von Hirsch prognostizierte Sogwirkung stellte sich tatsächlich ein. Ebenfalls im Sommer 1937 wurde der Theologiestudent Heinz Ebert vom HJ-Gebietsführer Niedersachsen aufgefordert, entweder sein Theologiestudium aufzugeben oder das Jungvolk zu verlassen.<sup>1189</sup> Ebert, seit 1930 Mitglied im NS-Schülerbund, aktives Mitglied der SA und zuletzt Mitarbeiter der Pressestelle des Göttinger HJ-Jungbanns, weigerte sich. Auch in seinem Fall setzte sich Hirsch für einen Verbleib ein. Er unterstützte, so der Dekan in einem persönlichen Schreiben an Rust, die „unvermeidlichen Gegenmaßnahmen“ gegen die *Bekennende Kirche*, wehre sich aber gegen den Versuch „eines einzelnen Gebietsführers der HJ [...], von sich aus die Fakultät einer staatlichen Hochschule als Ganze zu diffamieren“. Letztendlich aber machte er sich keine Illusionen. Als Dekan habe er die Bereitschaft, „seine“ Studenten zum Ertragen dessen zu erziehen, „was von den letzten und höchsten politischen und staatlichen Stellen verlangt“ werde.<sup>1190</sup> Der Ausgrenzungsprozess setzte sich unvermindert fort. Zum 1. November 1938 nahm der NSDStB keine Theologiestudenten mehr auf, selbst wenn die Antragsteller der NSDAP angehörten. Waren sie bereits Mitglied, mussten sie sich einer zweisemestrigen „weltanschaulichen und charakterlichen“ Bewährungsprobe unterziehen.<sup>1191</sup> Am 14. Juli 1939 bekräftigte Martin Bormann den Ausschluss aller

<sup>1188</sup> Hirsch an Gaudozentenbundführer Schürmann am 8.6.1937. BAArch, R 58, Nr. 5891. Die folgenden Zitate ebenda. Das Hirsch-Schreiben wurde vom SD-Führer des SS-Oberabschnitts Nordwest am 23.7.1937 an den Sicherheitsdienst des RFSS übersandt.

<sup>1189</sup> Vgl. Meisiek: *Theologiestudium*, S. 314f.

<sup>1190</sup> Hirsch an Rust am 31.8.1937. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Hirsch setzte sich für mehrere Göttinger Studenten ein. Zur *Bekennenden Kirche* schrieb er: „Ich weiß auch, dass das unerhörte Benehmen zahlreicher kirchlicher Stellen und dergleichen die Verhetzung einer Reihe von Theologiestudenten durch unverantwortliche Fanatiker Schwierigkeiten für sämtliche politische Stellen erzeugt haben [...].“

<sup>1191</sup> Meisiek: *Theologiestudium*, S. 322.

NSDAP-Mitglieder, die in den Geistlichen Stand treten oder ein Theologiestudium aufnehmen wollten. Die Mitgliedschaft in der NSDAP, in SA, SS, NSDStB und den NSDStB-Kameradschaften war nunmehr eine Unmöglichkeit.<sup>1192</sup> Der weltanschaulich-antikirchliche Charakter dieser Ausgrenzungsmaßnahmen wurde nicht reflektiert. Mit Hinweis auf die hohe Kriegsbeteiligung der Theologiestudenten machte sich Dekan Weber noch Anfang 1940 für eine Aufhebung der diskriminierenden Sonderbestimmungen stark und wollte so ihre Wiederaufnahme in den NSDStB erreichen. Zwei Studenten seien bereits gefallen, einer kurz nach seiner Entlassung aus der SA.<sup>1193</sup> Erfolg hatte er keinen. Stattdessen musste er selbst die ehrende Erwähnung eines gefallenen Theologiestudenten auf der offiziellen Gedenkfeier der Göttinger Studentenschaft einfordern, nachdem diese Anfang 1940 im Rahmen einer ‚Langemarckfeier‘ demonstrativ unterblieben war.<sup>1194</sup>

### Einstellung der Studienförderung

Da die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation bzw. eine gute Leumundschaft eine Bedingung für die Gewährung von Stipendien und Ermäßigungen waren, wirkte sich der Theologenausschluss auch materiell aus. Für viele handelte es sich um eine existentielle Frage. 1934 koppelte das REM den Erlass von Gebühren an die „Gesamtpersönlichkeit“ des Antragstellers, zu der u.a. „die Art des Einsatzes für Volk und Staat“ gezählt wurde. 1937 verschärfte ein neuer Gebührenerlass diese Kriterien. Finanzielle Hilfen wurden nur noch gewährt, sofern eine Förderung „im Interesse des Volksganzen“ liege und der Antragsteller bzw. die Antragstellerin „charakterliche und politische Zuverlässigkeit“ sowie „Einsatzbereitschaft für den nationalsozialistischen Staat und seine Grundsätze“ zeige.<sup>1195</sup> Für männli-

---

<sup>1192</sup> Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 14.7.1939. Abgedruckt in: Dokumente IV, S. 369. Bereits zum SoSe 1938 hatten nur drei Studenten der Theologie einer der zehn Göttinger Kameradschaften angehört. Aufstellung über die Zugehörigkeit von Theologen in den Kameradschaften des NSDStB im SS 1938. BArch, NS 38, Nr. 4900. Ausschlüsse von Theologiestudenten soll es, so der lutherische OKR Paul Fleisch nach einer Rundfrage des *Lutherrates* bei allen Landeskirchen, nur in Göttingen gegeben haben. Fleisch am 28.11.1939. BArch, N 1721, Nr. 35. Zu Unrecht vermutete er, dies hänge mit den besonderen Göttinger Verhältnissen, d.h. mit der Person Hirsch, zusammen. Ob der genannte Sachverhalt tatsächlich zutrif, ließ sich nicht verifizieren.

<sup>1193</sup> Weber an das REM am 18.10.1939; Weber an den Fakultätentag am 27.10.1939. UAG, Theol SA, Nr. 152. Als Ausgleich für die Beschränkungen der Fachschaftsarbeit und den Ausschluss aus den Kameradschaften regte Weber zudem regelmäßige (private) Einladungen durch die Professoren an. Weber an die Mitglieder des Fakultätsausschusses am 22.11.1939 BArch, N 1721, Nr. 67.

<sup>1194</sup> Weber sah darin eine ‚Entehrung‘, akzeptierte aber, dies als ‚ausgesprochenen Irrtum‘ abzutun. Weber an Dekan Entz am 26.1.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 152; Bülow: Weber, S. 224. Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 372–374. Gegen den Trend erfolgreich war 1940 der Einspruch einer Studentin gegen ihre Relegierung aus dem NSDStB aufgrund ihrer BK-Zugehörigkeit. Offensichtlich handelte es sich um eine Einzelfallentscheidung. Gaustudentenführung Süd-Hannover-Braunschweig (Abschrift vom 24.4.1940). BArch, N 1721, Nr. 35.

<sup>1195</sup> Gebührenerlassordnung für die deutschen Hochschulen vom 10.7.1937. Zitiert nach Meisiek: Theologiestudium, S. 325. Vgl. ebenda, S. 323–331.

che Bewerber lag die Zuständigkeit für eine Vorprüfung beim SA-Hochschulamt, die endgültige Entscheidung über entsprechende Gesuche fällte ein Gebührenerlassausschuss, dem neben dem Rektor auch die Dekane der jeweiligen Fakultäten und ein studentischer Vertreter angehörten. Diese Gremienbesetzung eröffnete die Möglichkeit, dass neben der politischen Beurteilung auch die kirchenpolitische Haltung der Antragsteller in die jeweiligen Verfahren einfluss. Vermutlich auf Drängen Hirschs wurden diese Spielräume genutzt. Die Anträge jener Studenten, die sich gegen den Ministererlass vom 18. Mai 1938 bei der Landeskirche zum Ersten Examen gemeldet hatten, beschied die Universität abschlägig. Andererseits bemühte sich der Göttinger Förderungsausschuss inoffiziell um eine Kompensation und eine Gleichbehandlung der aus der SA ausgeschiedenen Theologiestudenten mit aktiven SA-Studenten.<sup>1196</sup> Eine dauerhafte Lösung konnte jedoch nicht gefunden werden. Ende der 1930er Jahre war es für einen Studenten der Theologie unabhängig von seiner politischen Haltung und der kirchenpolitischen Entscheidung kaum mehr möglich, Stipendien oder andere staatliche Förderungen zu erhalten. Bekenntnisgebundene Studenten setzten ihre Hoffnung diesbezüglich auf die Landeskirche bzw. die *Bekennende Kirche*. Nachdem sich die studentische *Bekennnisgemeinschaft* nach der Streichung des Stipendiums für einen führenden BK-Studenten bereits 1936 um einen finanziellen Ausgleich durch den Landesbruderrat bemüht hatte, regte der Student Erwin Wilkens im Folgejahr einen allgemeinen Stipendien-Fond der Hannoverschen *Bekennnisgemeinschaft* an, da Studenten der *Bekennenden Kirche* kaum mehr mit staatlichen Stipendien bzw. Gebührenerlassen zu rechnen hätten.<sup>1197</sup>

### Erntedienst im ‚deutschen Osten‘

Zur Unterstützung des ‚Auslandsdeutschtums‘ im ‚deutschen Osten‘ rief die DSt seit 1933 zu studentischen Ernteeinsätzen während der vorlesungsfreien Zeit auf. Im praktischen Einsatz sollte die ‚Volksgemeinschaft‘ Realität werden. Zusätzlich nahmen einige Theologische Fachschaften in eigener Regie Kontakt mit Pfarrern vor Ort auf, um neben dem Erntedienst einen volksmissionarischen Landdienst abzuleisten. War der studentische Ferieneinsatz bis zum Beginn des Krieges freiwillig, bemühte sich die Reichsstudentenführung 1939 erstmals um eine breite

<sup>1196</sup> Ob es sich bei dem Gebührenerlassausschuss und den Förderausschuss um dasselbe Gremium handelte, ließ sich nicht klären. Hirsch an das LKA Hannover am 1.7.1938; Hirsch an L. Schmidt am 3.12.1937. Zitiert nach Meisiek: *Theologiestudium*, S. 326 bzw. S. 316.

<sup>1197</sup> Göttinger Studenten an den Bruderrat der Bekenntnisgemeinschaft Hannover, undatiert [1936]. LKAH, KKD, Nr. 133. Auch hier wurden die Parteimitgliedschaft vor 1933 sowie die Mitgliedschaft in SA und NSDStB hervorgehoben. Wilkens an Duensing am 10.7.1937. LKAH, KKD, Nr. 136. Ebenso beschäftigte sich der Fakultätentag mit dieser Frage. Drastisch berichtete der Vorsitzende Schmidt am 13.7.1938 von einem Fall, in dem der Betroffene den Beruf habe wechseln müssen, um nicht zu verhungern. UAG, *Theol. SA*, Nr. 146,1.

Mobilisierung, die bei der Studentenschaft aber auf starke Ablehnung stieß.<sup>1198</sup> Für die Studenten der Theologie galt nach einer ersten Mitteilung der Reichsstudentenführung die Voraussetzung, „durch ihr Verhalten der Partei oder einer ihrer Gliederungen keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben“ zu haben. In diesem Sinne wurde bei Werbeveranstaltungen wiederholt gegen ihre politische Zuverlässigkeit polemisiert. So erklärte der Bonner NSDStB-Schulungsleiter Benno Kracke auf einer öffentlichen Veranstaltung: „Ausgeschlossen von diesem Landdienst sind die katholischen und evangelischen Theologen, weil sie das Deutschtum im Osten nicht stark, sondern nur schwächer machen.“<sup>1199</sup> Gegen diese Bestrebungen eines allgemeinen Ausschlusses regte sich an den Theologischen Fakultäten Widerstand. Zusammen mit seinen Kollegen aus Greifswald und Halle sprach Dekan Weber im REM vor und erreichte seine Aufhebung. Zudem nutzte er die kurze Zeitspanne der Uneindeutigkeit, um die „verhinderte Diskriminierung in eine Ehrenrettung der Theologiestudenten“ umzuwandeln, in dem er sich für eine möglichst umfassende Beteiligung ‚seiner‘ Göttinger einsetzte.<sup>1200</sup> Von den 103 erfassten Theologiestudenten nahmen 56 am Erntedienst teil, vier davon auf dem elterlichen Hof. Die anderen standen unmittelbar vor ihrem Examen (21), waren aufgrund ihrer Teilnahme an Wehrübungen verhindert (15), krank (9) oder „durch Werkarbeit“ gebunden. Mit fast 55 Prozent lag ihr Anteil deutlich höher als die durchschnittliche Beteiligung der deutschen Universitätsstudenten von 28,7 Prozent. Der Preis für den Beweis der politischen Zuverlässigkeit war die faktische Aufhebung der Freiwilligkeit. Die Göttinger Studenten waren auf dem „Erfassungswege“ verpflichtet worden.<sup>1201</sup>

---

<sup>1198</sup> Vgl. Grüttner: Studenten, S. 341–348; Meisiek: Theologiestudium, S. 163–165. Verantwortlich war die Reichsstudentenführung, die den Einsatz weltanschaulich auflud. In den preußischen Ostprovinzen erzeugte der Erntedienst („Grenzschutz“) einen antipolnischen Effekt.

<sup>1199</sup> Zitiert in: Dekan Berlin an OKR Wieneke am 16.6.1939. EZA, 7/3585. Mitteilung Reichsstudentenführung vom 20.6.1939. Zitiert nach Meisiek: Theologiestudium, S. 332. Vgl. ebenda, S. 331–336.

<sup>1200</sup> Zitiert nach ebenda. Die Erntedienstverordnung vom 20.6.1939 sah kein grundloses Verbot für evangelische Theologiestudenten vor. Uneindeutige Formulierungen, die eine Immatrikulation an einen Erntedienst-Nachweis nahelegten, führten zu Nachfragen, ob eine Nichtteilnahme den Ausschluss vom Studium nach sich ziehen könne. Baumgärtel an Weber am 25.6.1939.

<sup>1201</sup> Liste, undatiert mit 103 Namen. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Vorausgegangen war eine Ansprache Webers auf einer Theologiestudentenversammlung. Von den acht Bewohnern des Bremer Studienhauses nahmen sechs am Erntedienst teil, darunter drei Examenskandidaten. Meisiek: Theologiestudium, S. 334.

## Auf dem Weg zur studentischen Gemeinde

### Das Verbot von DCSV/DCSB (1937/38)

Kennzeichen des ‚Kirchenkampfes‘ war, dass die *Bekennende Kirche* entgegen ihrer tatsächlichen Intention als gegen den nationalsozialistischen Staat gerichtet angesehen wurde. In Göttingen betraf dies auch die studentische *Bekennnisgemeinschaft* und ihr Umfeld.<sup>1202</sup> Neben Denunziationen soll es, so Wischmann 1976, auch staatspolizeiliche Überwachungsmaßnahmen gegeben haben.<sup>1203</sup> In diesem Zusammenhang ist auch das staatliche Verbot der DCSV und der DCSB zu sehen, deren Ende im Herbst 1937 eingeleitet wurde.

Am 9. Oktober 1937 bezeichnete das REM die DCSV als „ein Sammelbecken derjenigen Elemente“, die sich dem staatlichen Verbot der Teilnahme an BK-Ersatzkursen widersetzen bzw. die „ordentlichen Theologen“ an den Fakultäten boykottierten.<sup>1204</sup> Der Göttinger Kreis, so Hirsch wenige Tage später gegenüber Rektor Sommer, verstoße zwar nicht gegen das Ministerverbot vom 17. November 1936, weshalb entsprechende disziplinarische Maßnahmen nicht nötig seien, er sei mit der *Bekennenden Kirche* aber dennoch „aufs Engste verwachsen“.<sup>1205</sup> Diese Einschätzung trug zum Verbot der DCSV und des DCSB am 19./20. Dezember bei.<sup>1206</sup> Auch der *Bekennnisstudienkreis* hatte, so die Formulierung Wischmanns, die Ehre, von der Gestapo verboten zu werden.<sup>1207</sup> Die Göttinger Studentenführung begrüßte das DCSV-Verbot. Dort hatte man ebenfalls keine Hinweise auf konkrete kirchenpolitische Betätigung, zählte ihre Mitglieder aber dennoch zur *Bekennenden Kirche*.<sup>1208</sup> Auf Reichsebene erfolgte das Verbot des DCSV ein halbes Jahr spä-

<sup>1202</sup> Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1203</sup> Wischmann an Wiesenfeldt am 17.3.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56.

<sup>1204</sup> Erlass des REM vom 9.10.1937. UAG, Rekt., Nr. 9354/7.

<sup>1205</sup> Hirsch an den Rektor am 26.10.1937. Ebenda. Hirsch zeigte sich schlecht informiert. Weder konnte er die Adresse noch den Namen des Vorsitzenden nennen. Die *Deutschrchristliche Vereinigung Studierender Frauen* habe sich im ‚Kirchenstreit‘ gespalten und aufgelöst. Vgl. Ericksen: Fakultät, S. 85f.

<sup>1206</sup> Ein Dreierausschuss, bestehend aus dem Rektor, NSDDB-Führer Blume und einem Vertreter der Studentenschaft bestätigte das Verbot. Im Dezember 1937 hatte die Universität gegen die DCSB-Vorsitzende Gertrud Klein wegen des Verstoßes gegen den REM-Erlass vom 17.11.1936 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. In der Verbotsbegründung vom 20.12.1937 hieß es, der DCSB habe sich weder vom DCSV getrennt noch gegen dessen „Machenschaften“ Stellung bezogen. Dies wurde als Auflehnung bewertet. Vgl. die entsprechenden Unterlagen in UAG, Rekt., Nr. 9354/7. Frau Klein erklärte folgenlos, dass die DCSB weder formal noch organisatorisch Teil der DCSV gewesen sei. Einspruch Gertrud Klein vom 23.12.1937. UAG, Rekt., Nr. 9354/8.

<sup>1207</sup> Wischmann an Schlatter am 24.2.1938. LKAH, NL 78, Nr. 418. Dabei beklagte er den fehlenden Rückhalt durch die BK, namentlich durch die VKL und Martin Fischer. Er selbst sei über Hannover hinausgegangen, die BK aber wolle noch mehr BK und noch weniger Hannover: „Vollkommene Bruderschaft gibt es auch in der Kirche erst, wenn wir nicht nur ‚glauben‘, sondern auch schauen.“

<sup>1208</sup> Studentenführung Göttingen an den Rektor am 19.01.1938. UAG, Rekt., Nr. 9354/8. Am 19.2.1938 informierte die Studentenführung das Rektorat über Veranstaltungen, die nach dem Verbot stattgefunden haben sollen. UAG, Rektorat, Nr. 9354/7.



ter, am 9. Juni 1938. Am 4. Juli verbot die Gestapo die Verbandszeitung *Der christliche Student*, am 22. Juli erfolgte ein abschließender Verbotserlass durch den RFSS.<sup>1209</sup>

Da keine konkreten Aktivitäten sanktioniert wurden, war das DCSV/DCSB-Verbot ein Gesinnungsverbot. In diesem Sinne hatte auch die Göttinger DCSB-Vorsitzende argumentiert. Das Verbot richte sich gegen die „Verkündung des Evangeliums“ und werde dementsprechend wahrgenommen.<sup>1210</sup> Die Folgen blieben überschaubar. Wischmann berichtete schon im Februar 1938, dass die studentische Gemeinde „einigermaßen in altem Umfange“ weiterarbeite.<sup>1211</sup> Allerdings blieb die staatspolizeiliche Überwachung der als politische Gruppierung eingestuft Gruppe von BK-Studenten bestehen, vermutlich der ‚harte‘ Kern der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*.<sup>1212</sup> Letztendlich beförderte und beschleunigte das DCSV/DCSB-Verbot die Ausbildung neuer Formen evangelischer Gemeinschaft an der Universität.

### Studentenpfarramt und Gemeindebildung

An der zentralen Stellung des Studentenpfarramtes für die evangelischen Studentinnen und Studenten der Göttinger Universität änderte sich 1933 zuerst nichts. Unterstützt von einem *Arbeitsring der evangelischen Studentenschaft* bot das Studentenpfarramt weiterhin eigene Veranstaltungen an, weiterhin gab es regelmäßige Gottesdienste inner- und außerhalb der Universität. Die Veranstaltungstitel des SoSe 1934 legen eine zeitgebundene Auseinandersetzung mit den besprochenen Themen nahe. Das Semesterthema lautete *Deutsche Nationalkirche (Wiedervereinigung von Katholiken und Protestanten)*, die Besprechungsabende widmeten sich dem Thema *Luthers deutsche Bibel und unsere Gegenwart (1534–1934)*.<sup>1213</sup> 1936/37 wurden neben einer Veranstaltung zum Verhältnis der „Weltanschauung Rosenbergs“ zur Bibel auch *Die weltanschaulichen Strömungen innerhalb der biologischen Wissenschaft. Seele und Leib in der Sicht des christlichen Arztes* und *Der Glaube an den heiligen Geist, Vererbung und Verantwortung* behandelt.<sup>1214</sup>

Mit der sukzessiven Verdrängung des Studentenpfarramtes von der Universität verschoben sich dessen Wirkkreise. Ohne dass die im Amt begründete kirchenpolitische Überparteilichkeit formal aufgegeben wurde, vertieften sich die Kontakte

---

<sup>1209</sup> Vgl. die Verbotsverfügung von *Der christliche Student* am 4.7.1938. Abgedruckt in: Kupisch, Studenten, S. 244.

<sup>1210</sup> Einspruch Gertrud Klein vom 23.12.1937. UAG, Rekt., Nr. 9354/8.

<sup>1211</sup> Wischmann an Adolf Schlatter am 24.2.1938. LKAH, NL 78, Nr. 418.

<sup>1212</sup> Schreiben an den Kurator vom 17.1.1938. Eine Liste mit zehn Namen liegt dem Schreiben bei. Ericksen: Fakultät, S. 98 (FN 78). Als vermeintlicher Leiter der BK-Studentengruppe war Wischmann im Zusammenhang des Verbotverfahrens von der Gestapo aufgesucht worden. Wischmann an Schlatter am 24.2.1938. LKAH, NL 78, Nr. 418.

<sup>1213</sup> Merkblatt des Studentenpfarramtes für das SoSe 1934. UAG, Theol. SA, Nr. 186.

<sup>1214</sup> Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418.

zu den bekenntnisgebundenen Göttinger Kirchengemeinden, insbesondere zur ‚Professorengemeinde‘ St. Albani, aber auch zu St. Marien und St. Jacobi.<sup>1215</sup> Zusehends wurde das Studentenpfarramt zur zentralen Anlaufstelle für die Göttinger BK-Studenten und so zur entscheidenden Schnittstelle der Landeskirche mit ihrem theologischen Nachwuchs. Mit der Ernennung Adolf Wischmanns verstetigte sich dieser Kontakt. Nach der Auflösung der christlichen Verbindungen entwickelten sich unter seiner Führung erste konkrete Ansätze einer evangelischen Studentengemeinde. Der „Versuch“ entwickelte sich günstig.<sup>1216</sup>

Wischmann wurde in seiner Arbeit von einem informellen Kirchenvorstand unterstützt, dem die Leiter der studentischen *Bekennnisgemeinschaft*, der DCSV und der DCSB, eine Vikarin und weitere Studenten angehörten. Mit der DCSV und den BK-Studenten arbeitete er auch ansonsten eng und vertrauensvoll zusammen, so in den regelmäßigen Bibelstunden. Das Fazit seiner beiden ersten Semester fiel entsprechend positiv aus. Die Besucherzahlen seiner Andachten stiegen zum WS 1936/37 von 15 auf 70, zu den Bibelstunden in Wischmanns Privatwohnung sollen bis zu hundert Studentinnen und Studenten gekommen sein, wobei seine Nachbarn mit Stühlen ausgeholfen haben und selbst ins Kino gegangen sein sollen.<sup>1217</sup> Die Abendmahlsgottesdienste in St. Marien und St. Johannis besuchten zwischen 40 und 60 Studentinnen und Studenten, während an den Fakultätsfeiern nur 12 bis 15 teilnahmen. In seinem Tätigkeitsbericht hob Wischmann hervor, dass über die Angebote von ‚offenen‘ Abenden, die Klinikseelsorge, seine Sprechstunden und eine zusammen mit der DCSV getragenen Studentenevangelisation in größerem Ausmaß Nichttheologen und Studierende erreicht wurden, die bisher wenig Kontakt zur Kirche hatten. Auch das Verhältnis zu den Professoren – insbesondere Dörries, Jeremias und Bauer – und zu den Fakultätsassistenten bewertete Wischmann als gut. In seiner Einschätzung war die Gesamtsituation schwierig und aufreibend, solange aber eine „lebendige Kirche“ dahinter stehe, keinesfalls hoffnungslos.<sup>1218</sup>

<sup>1215</sup> Wischmann an Wiesenfeldt am 17.3.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56. Vgl. Otte: Kirchengeschichte, Kap. 3, S. 27–29.

<sup>1216</sup> Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes für die Zeit vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418. Bericht Wischmanns, undatiert [1946]. Ebenda, Nr. 55. Wischmann verwendete den Gemeindebegriff bewusst, um die Gefahr eines Verbots zu minimieren. Wischmann an Wiesenfeldt am 10.10.1976. Ebenda, Nr. 56. Vgl. Wischmann: Führung, S. 55–69; 31. Brief Wischmanns an die Evangelische Studentengemeinde vom 4.1.1943, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 171–175. Auch nach Harms baute das Verbot der christlichen Verbindungen und anderer theologischer Vereine bestehende ‚Konkurrenzen‘ ab und förderte die Herausbildung der Studentengemeinde: Harms: Schlaglichter.

<sup>1217</sup> Wischmann an Wiesenfeldt am 17.3.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56.

<sup>1218</sup> Bericht über die Arbeit des Studentenpfarramtes vom 1.11.1936 bis zum 1.9.1937. LKAH, NL 78, Nr. 418; Wischmann an Wiesenfeldt am 17.3.1976. Ebenda, Nr. 56. Vgl. Erwin Wilkens: Bericht über die Arbeit der Göttinger Studenten in der BK im SoSe 1937, undatiert. LKAH, KKD, Nr. 136. Hinweise auf Kontakte zur *Katholischen Studentengemeinde* finden sich nicht. Kriegsbedingt sank die Anzahl ihrer Mitglieder, so dass ab dem WS 1939/40 ihre Betreuung durch den Weltgeistli-

Für Wischmann selbst war diese Entwicklung Erfüllung und Herausforderung zugleich. Der landeskirchlich besoldete Pfarrer war zugleich Spiritus rector und anerkannter Leiter der inoffiziellen Gemeinde, Seelsorger, studentische Vertrauensperson, bot kirchlich-theologische Orientierung und wirkte als Integrationsfigur. In einem schwierigen Umfeld und trotz manch äußerer Anfechtung war er in dieser Vielfachrolle erfolgreich. Zumindest im Einzelfall erreichte er sogar deutschchristliche Studenten, die ihn ansonsten als einzige ablehnten. Wie er 1941 berichtete, sei Wilhelm Leymann, 1937 Mitglied der erfolgreichen Göttinger Mannschaft im ‚Reichsberufswettkampf‘, zuerst „in großer Aggressivität“ führender *Deutscher Christ* gewesen, bevor er „sein Unrecht einsah“ und sich mit großem Ernst der studentischen Gemeinde anschloss.<sup>1219</sup> Andererseits musste Wischmann lernen, dass die Sammlung der hannoverschen Studenten und der Gemeindebildungsprozess zu mehr Partizipation und Mitsprache führten. Als er im Mai 1938 ‚seinen‘ Studenten bekannt gab, dass er – freilich mit dem Zusatz ‚gebunden an mein Ordinationsgelübde‘ – den Treueid auf Adolf Hitler geleistet habe, musste er sich rechtfertigen und bedauernd eingestehen, sich im Vorfeld nicht um gemeinsame Absprachen bemüht zu haben.<sup>1220</sup>

Die studentische Gemeinde überdauerte die Jahre des Zweiten Weltkriegs trotz der kriegsbedingten Abwesenheit ‚ihres‘ Pfarrers und entwickelte sich zum zentralen Anlauf- und Treffpunkt der bewusst evangelischen Studentenschaft. Vor Ort war es vor allem Hermann Dörries, der sich für ihren Erhalt einsetzte.<sup>1221</sup> Ihre dauerhafte – und nach der Kriegsniederlage auch formale – Etablierung als Kristallisationspunkt des studentischen evangelischen Lebens zählt zu den bedeutendsten und folgenreichsten Entwicklungen an der Theologischen Fakultät zur Zeit des Nationalsozialismus.

---

chen Johannes Stuke im Nebenamt erfolgte. Dybowski/Fiebag/Kellner: Zeittafel, S. 221. Vgl. für 1941 den von Stuke verfassten Jahresbericht einschließlich der im Vortrags- und Aussprachekreis behandelten Themen in: Dokumentation, S. 279–281.

<sup>1219</sup> 23. Brief Wischmanns vom 1. Advent 1941, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 127–131, hier. S. 128. Leymann gehörte zum Stipendiatenprogramm des Kirchlichen Außenamtes. Im August 1938 gehörte er zu jenen Studenten, die ihre Teilnahme an einem deutschbrasilianischen Arbeitskreis wegen dessen nationalsozialistisch-deutschchristlicher Ausrichtung verweigerten. Dreher: Kirche, S. 214. Er fiel 1941.

<sup>1220</sup> Wischmann an die Hannoverkreise in Bethel, Erlangen, Halle, Rostock und Tübingen sowie Einzelsteher an anderen Universitäten am 22.5.1938. LKAH, NL 78, Nr. 510.

<sup>1221</sup> Leumundsschreiben Wischmanns vom 2.8.1947. BArch N 1721, Nr. 17. Nach einem weiteren Leumundsschreiben von Otto Eduard Müller, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Göttinger Schulen und Mitglied des Entnazifizierungs-Ausschusses der Stadtverwaltung, fanden in Dörries’ Privatwohnung Studentenzusammenkünfte statt.



# Bewahrung, Aufbruch und Neuausrichtung: Lehre und Forschung 1933–1945

## Wissenschaftliche Kontinuität und Politisierung der wissenschaftlichen Ausbildung

Mit der gescheiterten personellen Neuaufstellung und aufgrund des erkennbaren staatlichen Desinteresses wurden die weitreichenden Pläne zur Umwandlung der Fakultät in ein deutschchristliches Leuchtturmprojekt spätestens im Herbst 1934 stillschweigend ad acta gelegt. Bis dahin waren keine konkreten Schritte zur Verwirklichung der angestrebten *Theologischen Reichsakademie* in die Wege geleitet worden. Zum WS 1933/34 traten lehrstuhlgebundene Seminare und ein geschäftsführend von Hans von Campenhausen geleitetes *Archäologisches Seminar* an die Stelle der *Theoretischen Abteilung*. Inwieweit diese organisatorische Neustrukturierung jenseits der internen Verwaltungsabläufe Auswirkungen mit sich brachte, ist nicht ersichtlich.<sup>1222</sup>

Die Auswertung der Vorlesungsverzeichnisse der Theologischen Fakultät lässt anhand der Veranstaltungstitel den Schluss zu, dass der staatlich-weltanschauliche Umbruch des Jahres 1933 und, ab 1934, der ‚Kirchenkampf‘ von einzelnen Hoch-

---

<sup>1222</sup> Das *Religionspsychologische Arbeitsgebiet* Wobbermins blieb erhalten, ab dem SoSe 1934 kam das von Otto Weber verwaltete *Reformierte Seminar* hinzu.

schullehrern in ihren Lehrveranstaltungen aufgegriffen wurden. Bis zum SoSe 1934 finden sich derartige Hinweise vor allem in der Rubrik *Allgemeine Vorlesungen*.<sup>1223</sup> Die deutlichsten Gegenwartsbezüge finden sich bei Georg Wobbermin und Walter Birnbaum. Wobbermin übernahm in seinen Ankündigungen zentrale nationalsozialistische Begriffe und bot Arbeitsgemeinschaften zum vielfältigen religiösen Angebot des NS-Staates an. Allein aufgrund der Begriffsverwendung war seine zweimal angebotene *Einführung in das theologische Studium und die christliche Weltanschauung* für bekennnisgebundene kirchliche Kreise eine Provokation. Seine religionspsychologisch angelegte Arbeitsgemeinschaft *Die Glaubensgemeinschaft* [sic!] *Deutsche Christen* diente offensichtlich vor allem der Verbreitung und Festigung der deutschchristlichen Sache. Sämtliche Lehrangebote Wobbermins standen unter einem politischen bzw. kirchenpolitischen Vorbehalt.<sup>1224</sup> Dies gilt auch für die Veranstaltungen von Birnbaum, die ebenso einen starken Politisierungsgrad aufweisen. Sie umkreisten vornehmlich Fragestellungen der Inneren Mission, des Auslandsdeutschtums und der kirchlichen Stellung zur ‚Kolonialfrage‘. Praktisch standen sie in engem Zusammenhang mit der studentischen Teilnahme am ‚Reichsberufswettkampf‘.<sup>1225</sup> Auch die Lehrveranstaltungen Hirschs waren stark zeitgebunden. So bot er im SoSe 1935 die *Geschichte des deutschen Christentums von Luther* und die *Geschichte der Theologie in den letzten 150 Jahren* an, im folgenden Wintersemester *Das Alte Testament in der Geschichte der Kirche*. An seiner nationalsozialistischen Haltung ließ er keinen Zweifel. Er entfaltete eine geistesgeschichtlich, philosophisch und theologisch fundierte Zeitdeutung und gab so dem epochalen Bruch, den er seit 1933 zu erkennen glaubte, einen theoretischen Überbau. Vor allem nach seinem Wechsel auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie arbeitete er an einer programmatischen Neubestimmung von christlicher Glaubenslehre, Theologie und Kirche. Diese umfasste auch das Theologiestudium, dessen universitäre Einbettung in einer „engen Schicksals- und Arbeitsgemeinschaft mit allen andern jungem deutschen Denken und Leben“ Hirsch als notwendig ansah:

<sup>1223</sup> WS 1933/34: *Die Erlösererwartung* (Hempel); *Theologische Arbeitsgemeinschaft: Reich Gottes, Kirche, Volk und Staat im Neuen Testament* (Behm); *Deutsches Volkstum und christliche Kirche in Mittelalter und Neuzeit* (Campenhausen); *Offenbarung und Volkstum im deutschen evangelischen Christentum* (Hoffmann); *Die Aufgabe der Kirche im neuen deutschen Bauerntum* (Lüpke); SoSe 1934: *Die gegenwärtige Lage der evangelischen Kirche als religionsgeschichtliches Problem* (Hempel); *Einführung in das theologische Studium und die christliche Weltanschauung* (Wobbermin).

<sup>1224</sup> Vgl. *Volkstum, Staat und Kirche: ihr Verhältnis zu einander nach evangelischen Grundsätzen* (WS 1933/34); *Die Systeme der neueren Theologie (von Schleiermacher bis zur Gegenwart)*; *Religionspsychologische Arbeitsgemeinschaft: Religiöse Strömungen im 3. Reich* (beide SoSe 1934, letztgenannte auch im SoSe 1936); *Religionspsychologische Arbeitsgemeinschaft: Religion und Rasse*.

<sup>1225</sup> Vgl. *Kirchenbegriff der Wichernschen Inneren Mission und seine Beziehung auf die Gegenwart; Typen volkstumsdeutscher Kirchen im Ausland* (WS 1935/36); *Der Anteil der Kirche am Kampf gegen den Bolschewismus (mit besonderer Berücksichtigung der ökumenischen Arbeit)* (SoSe 1937); *Die deutsche Missionsarbeit, mit besonderer Berücksichtigung der Kolonialfrage* (SoSe 1938).

*Diese Gemeinschaft schließt den Theologen in seiner Menschlichkeit fort und fort auf für die Wirklichkeit, in der er einen Weg der Erneuerung christlicher Denk- und Lebensgestalt erkennen und klären helfen soll. Sie brennt es den Lehrern und den Studenten der Theologie ein, daß sie als deutsche Männer mit ihrer Arbeit ebenso wie alle andern die Verantwortung für ein Volksschicksal und nicht für ein Kirchenschicksal tragen. Sie gibt ihnen die Unabhängigkeit und Freiheit, losgelöst von allen Fragen der Machtbehauptung und Geltung kirchlicher Körperschaften allein um ein Verständnis des christlichen Glaubens zu ringen, das einem echten deutschen Mann in wahrhaftiger Gottes- und Selbsterkenntnis zugänglich ist und ihm sein Denken und Leben im Ringen der deutschen Volksgemeinschaft aus Gott zu heiligen vermag. Nur solange es Theologen gibt, die sich und ihre Verantwortung so verstehen, nur solange sind die theologischen Fakultäten innerlich noch Glied der deutschen Universität.<sup>1226</sup>*

Dagegen weisen die Lehrangebote von Hermann Dörries, Georg Hoffmann und Hans von Campenhausen auf einen bekenntnisorientierten Zuschnitt hin. Campenhausen und Hoffmann boten im Konfliktsemester 1935/36 *Die Entstehung der kirchlichen Bekenntnisse* und *Theologie der evangelisch-lutherischen Bekenntnisschriften* an, Dörries zwei Jahre später *Protestantische Bekenntnisbindung*. Auf diese Weise gaben sie den Studenten Rüstzeug und Argumentationshilfen in einem der umstrittensten Konfliktfelder der Zeit an die Hand. Ähnliches gilt für die Lehrveranstaltungen von Dörries zur Missionsgeschichte der Germanen und die religionspädagogischen Angebote von Hermann Schuster zum Alten Testament und Paulus.<sup>1227</sup>

Da in den Vorlesungsverzeichnissen nur die Veranstaltungstitel angegeben sind, ist die Aussagekraft beschränkt. Studentische Mitschriften und Berichte über einzelne Veranstaltungen sind nicht bekannt. Vieles lässt sich nur indirekt aus entsprechenden (überarbeiteten) Veröffentlichungen oder aus raren Drittzeugnissen ableiten. Eine Ausnahme sind die im privat verwahrten Nachlass von Otto Weber überlieferten Vorlesungsmanuskripte, die Zeitgebundenheit und eine persönliche Kommentierung aktueller Fragestellungen nahelegen. Als Weber im WS 1938/39 *Praktische Theologie I* las, wandte er sich gegen ökumenische Bestrebungen, den ‚Una-Santa‘-Gedanken und sprach sich für einen kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ aus. In der Veranstaltung *Konfessionskunde* beklagte er 1941, dass die Katholische Kirche dem nationalsozialistischen Staat in „Ablehnung und Kampf“ gegenüberstehe und die Evangelische Kirche anhaltend bis in die Grundfesten im Libe-

<sup>1226</sup> Hirsch: Weg, S. 57f.

<sup>1227</sup> Vgl. *Germanisches Christentum* (WS 1933/34); *Das Christentum der Germanenbekehrer* (SoSe 1935). Im WS 1933/34 bot auch Johannes Meyer *Geschichte und Probleme der deutschen evangelischen Heidenmission* an. Das Lehrangebot Schusters umfasste: *Luther und die deutsche Gegenwart (Luther im Religionsunterricht)* (WS 1933/34); *Der evangelische Religionsunterricht in der Gegenwart* (SoSe 1934); *Paulus im Unterricht* (WS 1934/35); *Das Alte Testament heute in der Lehre der deutschen evangelischen Kirche; Die apologetische Aufgabe des ev. Religionsunterrichtes heute (deutscher Glaube oder evangelisch-lutherisches Christentum)* (SoSe 1935); *Das Alte Testament heute* (WS 1936/37); *Deutsche Dichter als Religionslehrer; Die reformatorischen Hauptbekenntnisse* (beide SoSe 1937); *Paulus im Unterricht. Der Apostel und seine Kritiker; Die apologetische Aufgabe des heutigen Religionsunterrichtes (arischer Mythos und christliche Wirksamkeit)* (beide SoSe 1938).

ralismus verhaftet sei.<sup>1228</sup> Vor allem in den beiden exegetischen Fächern scheint es – ausweislich der Vorlesungsverzeichnisse und unter Einbeziehung der jeweiligen Lehrstuhlinhaber – eine dem Wissenschaftsethos verpflichtete Kontinuität gegeben zu haben, wobei gerade im Fachbereich *Altes Testament* eine scharfe Grenzziehung zwischen alttestamentlicher Wissenschaft und antijüdischen Vorurteilen allein aus fachlichen Gründen kaum möglich war. Dies entspricht der Lage an den anderen Theologischen Fakultäten. Die exegetischen Fächer erwiesen sich insgesamt als weniger anfällig für eine weltanschaulich-politische Aufladung als Kirchengeschichte, Systematische und Praktische Theologie, die inhaltlich bzw. aufgrund ihres stärkeren Praxisbezugs zur Legitimation der neuen politischen und kirchlichen Verhältnisse besser geeignet waren.<sup>1229</sup> Andererseits richtete sich eine Serie anonym versandter Postkarten mit polemisch-beleidigenden Inhalten gegen die neutestamentlichen Lehrangebote des *Deutschen Christen* Johannes Behm, wobei die geäußerte ‚Kritik‘ nicht konkretisiert wurde.<sup>1230</sup> Letztendlich zeigt auch das Göttinger Beispiel, dass – vorbehaltlich detaillierter Einzelfalluntersuchungen – das jeweilige Wissenschaftsverständnis und die eigene politische/kirchenpolitische Verortung die entscheidenden Größen für die Gestaltung der Lehrveranstaltungen waren.

Vergleichszahlen über den studentischen Zuspruch für einzelne Professoren/Dozenten liegen nicht vor. Ab Mitte der 1930er Jahre stand der Besuch einer Lehrveranstaltung neben dem Fachinteresse, der Prüfungsrelevanz und der Lehrqualität auch unter kirchenpolitischen Vorbehalten. Dies gilt zuvorderst für Birnbaum, der nach eigenen Angaben in seinem ersten Semester von 70 Studenten gehört wurde, bevor die Teilnahme aufgrund kirchenpolitischer ‚Denunziationen‘ einbrach.<sup>1231</sup> In den Folgesemestern war er hauptsächlich im deutschchristlichen Umfeld erfolgreich und schuf sich mit seinem Angebot zur Teilnahme am ‚Reichsberufswettkampf‘ einen überschaubaren, aber festen Zuhörerstamm. Dennoch war die kirchenpolitische Entscheidung nicht allein ausschlaggebend. So erfuhr Weber trotz seines prominenten deutschchristlichen Engagements durchaus Zuspruch. Seine Veranstaltungen besuchten bis zu hundert Hörerinnen und

<sup>1228</sup> Manuskript der Vorlesung *Praktische Theologie I* (WS 1938/39) bzw. *Konfessionskunde* (SoSe 1941), in: Nachlass Weber. Zitiert in Bülow: Weber, S. 206f; S. 238. Webers Abrücken von seinem Konfessionalismus in einer öffentlichen Vorlesung *Grundzüge christlicher Lehre* im SoSe 1942 wertet Bülow als Reaktion auf die völkische Diffamierung des Christentums, im April 1944 hielt er vor Pfarrern und Religionslehrern eine nicht öffentlich angekündigte religionspädagogische Arbeitsgemeinschaft *Was ist uns das Alte Testament?* Ebenda, S. 245f, S. 255. Eine Übersicht über seine Göttinger Lehrveranstaltungen der Jahre 1934–1967 findet sich ebenda, S. 398–401.

<sup>1229</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 139–143. So bot Martin Gerhardt im SoSe 1938 eine Lehrveranstaltung *Kirche und Sozialismus in Deutschland im 19. Jahrhundert* an.

<sup>1230</sup> Vgl. die Unterlagen in: UAG, Theol. PA, Nr. 25.

<sup>1231</sup> Birnbaum: Zeuge, S. 219. Hörerzahlen Birnbaum: SoSe 1935: 70; SoSe 1936: 25; SoSe 37: 12; WS 1937/38: 4; WS 1938/39: 6; SoSe 1939: 3; I. Trimester 1940: 12; II. Trimester: 2; III. Trimester: 4; I. Trimester 1941: 7; SoSe 1941: 1, WS 1942/43: 4; WS 1944/45: 10. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Zum Besuch der Lehrveranstaltungen Hirschs liegen keine Angaben vor.



Hörer.<sup>1232</sup> Ermöglicht wurde dies, so der Leiter der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland Wolfgang Scherffig, durch die studentische Unterscheidung zwischen einer „guten Theologie“ und Webers „kirchlichem Handeln“.<sup>1233</sup> Den größten Lehrerfolg hatten die Veranstaltungen des ‚Bekenners‘ Joachim Jeremias. Er galt als eine entscheidende Größe für die Studierendenfrequenz in Göttingen.<sup>1234</sup> 1938 kam Scherffig nach seinem Besuch in Göttingen zu einem ambivalenten Urteil:

*Unter denjenigen Fakultäten gehört es [Göttingen] zu denen, die noch erträglich sind, weil man bei diesem und jenem gut hören kann. Sonst bietet sich hier das Bild einer trostlosen Zerrissenheit, die umso stärker gerade hier ist, weil der Dekan Emanuel Hirsch zu den Thüringischen Deutschen Christen tendiert.*<sup>1235</sup>

Unabhängig davon, inwieweit völkisch-rassistische Inhalte im Sinne der nationalsozialistischen bzw. deutschchristlichen Weltanschauung in die Lehre einfließen, ist die Zustimmung zu den politischen Maßnahmen des NS-Staates weitestgehend vorauszusetzen. Hirsch, in dessen professoralem Selbstverständnis das Bild des Lehrers und Erziehers einen zentralen Platz einnahm, urteilte über den von ihm wissenschaftlich wenig gelitene Julius Wagenmann:

*Wagenmann ist literarisch bis jetzt sehr wenig hervorgetreten. Seine Fähigkeiten liegen auf anderen Gebieten. Er besitzt eine ausgeprägte Lehrbefähigung. Er ist ein guter Pädagoge, nicht nur im Sinne der Stoffvermittlung, sondern auch der Fruchtbarmachung für die Gegenwart. Er hat die Fähigkeit auf die Studenten erzieherisch und charakterlich einzuwirken. Er hat das Vertrauen weiter Kreise der Studentenschaft. Er steht bejahend zu den Aufgaben der nationalsozialistischen Hochschule.*<sup>1236</sup>

In diesem Verständnis beteiligten sich jenseits der offiziellen Lehrveranstaltungen u.a. Gogarten, Hirsch, Weber und Wobbermin an den Fachschaftslagern der *Theologischen Fachschaft* in Rittmarshausen. Die Leitthemen *Nationalsozialismus und Christentum* (1936) bzw. *Deutscher Brauch – Deutscher Glaube* (1938) legen einen kirchenpolitischen Durchdringungsgrad im deutschchristlichen Sinne und eine Stoßrichtung gegen die *Bekennende Kirche* nahe. Dörries führte die Nichtberücksichtigung von BK-Standpunkten 1936 als einen Grund an, um die angefragte Teilnahme an einem Fachschaftslager abzulehnen.<sup>1237</sup>

<sup>1232</sup> Bülow: Weber, S. 167.

<sup>1233</sup> Scherffig an Bülow am 29.5.1995. Zitiert in Bülow: Weber, S. 202. Weber galt auch vielen bekenntniskirchlichen Studenten als hörbar. Harms: Schlaglichter. Vgl. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 557.

<sup>1234</sup> Weber an Ministerialrat Frey am 22.1.1940. Personalakte Jeremias im Dekanat.

<sup>1235</sup> Scherffig am 30.11.1938. Scherffig: Theologen, Bd. 3, S. 136.

<sup>1236</sup> Gutachten der Gießener Studentenschaft vom 3.1.1936. LAS, Abt. 47, Nr. 9629. Hier zitiert nach Göllnitz: Karrieren, S. 70.

<sup>1237</sup> Dörries an Rektor am 22.1.1936. BArch, NL 1721, Nr. 60; Göttinger Studenten der BK an Marahrens am 30.4.1936. LKAH, KKD, Nr. 136; Ankündigung der Fachschaft bei der Studentenföhrung der Universität Göttingen vom 14.11.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

Bezüglich der 16 Göttinger Promotionen der Jahre 1933 bis 1945 konstatierte Inge Mager, dass allein die bereits genannte Promotionsschrift des Wobbermin-Assistenten Wilhelm Meyer von „NS-Ideologie und DC-Kirchenpolitik“ bestimmt war. Bei allen anderen Arbeiten handelte es sich um „normale wissenschaftliche Untersuchungen, die zu allen Zeiten hätten geschrieben werden können“.<sup>1238</sup> Ohne weitere Ausführungen übertrug sie diesen Befund auch auf die drei Göttinger Habilitationen und die drei Ehrenpromotionen, die die Theologische Fakultät in den Jahren 1935 an Martin Redeker (1935), Hermann Gottlieb Dohms (1937) und Johannes Lindblom (1937) verlieh.<sup>1239</sup> Bei seiner Überprüfung der während der NS-Zeit verliehenen Ehrendoktorwürden kam der Senat der Göttinger Universität 2015 bezüglich Redeker zu einem anderen Ergebnis und distanzierte sich nachträglich von dessen Ehrung.<sup>1240</sup>

<sup>1238</sup> Mager: Promotionen, S. 357. Die Fächerverteilung ist wie folgt: AT 1, NT 3, KG 5, ST 7. Die meisten Arbeiten betreute Dörries (4), Hempel, Gogarten und Gerhardt jeweils eine, alle anderen zwei. Ebenda, S. 352. Alle Promotionen, Habilitationen und Ehrendoktorwürden sind am Ende des Aufsatzes angeführt.

<sup>1239</sup> Am 11.1.1937 teilte Hirsch dem Fakultätsausschuss mit, dass auch Dörries, Jeremias und Birnbaum der Ehrenpromotion Dohms zugestimmt hätten: „Jeder späteren Mißdeutung dieses Beschlusses in der Richtung, in der auf der Sitzung Befürchtungen geäußert wurden, werde ich entgegenzutreten.“ BArch, N 1271, Nr. 71. Die Hintergründe der Mitteilung sind nicht bekannt. Bei Dörries und Jeremias spielten möglicherweise kirchenpolitische Erwägungen wegen des Brasilien-Programms eine Rolle. In Göttingen habilitierten sich Heinrich Seesemann (1935), Carl Georg Ratschow (1938) und Erich Roth (1944).

<sup>1240</sup> „Die damals geehrten [acht] Personen haben aktiv durch publizistische Tätigkeit oder als Funktionsträger die Ideologie des Nationalsozialismus verbreitet und seine Herrschaft gestützt.“ Stellvertretender Senatssprecher Prof. Dr. Mari Jehle, in: Pressemitteilung 41/2015 vom 13.2.2015. <https://idw-online.de/de/news624898> [zuletzt aufgerufen am 6.4.2020]. Redeker erhielt sein Ehrendoktorat für seine zweite Promotionsschrift *Humanität, Volkstum, Christentum in der Erziehung*, in der sich der aufstrebende 35jährige *Deutsche Christ* aus antiliberaler Perspektive für eine „völkische Reform der Pädagogik“ zu Opferbereitschaft und einer christlichen Erziehung des Einzelnen im Rahmen der „Volksganzheit“ ausgesprochen hatte. Vgl. Redeker: *Humanität*. Nach Einschätzung von Dirk Schumann und Lena Elisa Freitag erfolgte die Verleihung vornehmlich aus politischen und karrierestrategischen Gründen: „Offensichtlich ging es nicht darum, Redekers wissenschaftliche Verdienste in der Theologie zu würdigen, sondern einem engagierten jungen Nationalsozialisten nicht nur unter den Theologen zusätzliches Ansehen zu verschaffen.“ Schumann/Freitag: Abschlussbericht, S. 5. Vgl. ebenda, S. 40–45; Buss: Redeker; ders.: *Leben. – Die Ehrendoktorwürde für den Präses der Riograndenser Synode Hermann Gottlieb Dohms stand im Zusammenhang mit dem ‚Brasilienprogramm‘ der Theologischen Fakultät. In der doppelten Diaspora von Rio Grande do Sul mischten sich seit 1933 ausgeprägtes völkisches Denken mit einer bereitwilligen Adaption des Nationalsozialismus. Mit seinem Programm einer völkisch bestimmten lutherischen deutschen Volkskirche hatte Präses Dohms einen maßgeblichen Einfluss auf das Selbstverständnis der Riograndenser Synode. Ab Mitte der 1930er Jahre bemühte er sich um die Zurückdrängung von reichskirchlichen Einflüssen und damit auch dem ‚Kirchenkampf‘. Vgl. Prien: *Kirche*, S. 522–524; Dreher: *Kirche*, S. 103–115, S. 145–148. Johannes Lindblom, Professor für exegetische Theologie in Lund, gilt als einer der Begründer einer historisch-kritischen Exegese in Skandinavien. Vgl. Wagner: *Lindblom*.*

## Universitätstheologie im totalitären Weltanschauungsstaat: Göttinger Profile

Für die deutsche Universitätstheologie markierte die deutsche Kriegsniederlage des Ersten Weltkriegs eine Zäsur. Die ‚antihistoristische Revolution‘ erschütterte die (evangelische) Theologie fundamental und nachhaltig und führte stärker als bei anderen Geistes- und Kulturwissenschaften zu einem tiefgreifenden, kulturpessimistisch und negativ konnotierten Blick auf die rasanten gesellschaftlichen Umwälzungen. Als Bedrohung wahrgenommen, erfasste diese Entwicklung nicht (nur) die wissenschaftliche Fachdebatte, sondern wurde zu einer Facette des Kulturkampfes der 1920er Jahre.<sup>1241</sup> Die Hinwendung zu ‚dem Unbedingten, dem ‚ganz Anderen‘, dem ‚Ewigen‘ führte zu neuen Fragestellungen und, beeinflusst aus der kirchlichen Praxis und durch neue politisch-soziale Bewegungen, zu neuen Bezugspunkten. Die bisherige wissenschaftliche Theologie wurde, so Eckard Lessing, „vor einen Richterstuhl“ gestellt.<sup>1242</sup> Radikal neue Ansätze wie die Dialektische Theologie und die sog. Lutherrenaissance kamen auf und bestimmten zusehends die theologischen Debatten inner- und außerhalb der Theologischen Fakultäten. Die verbreiteten Vorbehalte gegenüber dem 19. Jahrhundert, insbesondere gegenüber dem theologischen Liberalismus und dem Kulturprotestantismus der zweiten Jahrhunderthälfte, forderten nach einer umfassenden Neuorientierung, die mit weitreichenden Forderungen für die kommende Zeit verbunden wurde. Im Zusammenspiel mit der Verwerfung der Aufklärung, Kulturskeptizismus sowie der unbestimmten Kritik der Moderne war „die allgemein wahrgenommene Modernisierungskrise das verbindende Element zwischen den politisch-weltanschaulichen Zielen des Nationalsozialismus und der Grundlagenkontroverse der Theologie“.<sup>1243</sup> War bereits zur Zeit der Weimarer Republik die Neubestimmung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines zeit- und sachgemäßen Theologie-

---

<sup>1241</sup> „Die antihistoristische Revolution des frühen 20. Jahrhunderts muß als Versuch einer bewußt gewollten Zerstörung von zentralen Parteien des Gedächtnisses der herrschenden Wissenschaften begriffen werden.“ Im Zentrum stand ein nachhistorisches Geschichtsverständnis, das das Kontinuum Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft zugunsten der ‚reinen‘ Gegenwart aufhob. Vgl. Graf: *Revolution*, hier S. 116; Kaufmann: *Anmerkungen*, S. 37–44.

<sup>1242</sup> Vgl. Lessing: *Geschichte*, S. 21–105, hier S. 21. Als Beispiele nennt Lessing einerseits den Religiösen Sozialismus, andererseits Einflüsse der völkischen Bewegung. Dabei stellt er zugleich in Rechnung, dass die „alten theologischen Richtungen“ weiterhin eine „mitformende Kraft“ waren, wobei diese nicht ‚aufgewärmt‘, sondern unter den krisenhaften Bedingungen der 1920er Jahre weiterentwickelt wurden. Ebenda, S. 107. Zugleich gab es auch jenseits der ‚klassischen‘ Theologenkreise im jungen, verunsicherten bürgerlichen Spektrum ein breites Interesse an den neuen theologischen Ansätzen. Zur individuellen wie gesellschaftlichen Krisenbewältigung trat die Neubestimmung des kirchlichen Verhältnisses zur religionsneutralen Demokratie und zur modern-pluralistischen Gesellschaft. Vgl. Graf: *Einleitung*.

<sup>1243</sup> Vgl. Rendtorff: *Wissenschaftsverständnis*, S. 37–39, hier S. 38f. Rendtorff weist darauf hin, dass auch in den nordischen Ländern, in England und den USA das Erbe der Aufklärung kritisch diskutiert wurden, allerdings die für Deutschland konstatierte Politisierung und Radikalisierung nicht mitgemacht wurden.

verständnis von politischen Grundannahmen und Urteilen durchzogen, erfuhr die bisher dennoch „durch keine direkten politischen Optionsforderungen bestimmte Grundlagendiskussion“ im Zuge der politischen Ereignisse des Jahres 1933 eine einschneidende Wendung. Der „Streit um theologische Lehrmeinungen“ politisierte und radikalisierte sich.<sup>1244</sup> Dabei überlappten sich verschiedene Momente. Die Diskussionsstränge verliefen nicht nur entlang der Haltung zum Nationalsozialismus, der jeweiligen kirchenpolitischen Verortung oder konfessionellen Grenzen, sondern berührten als andauernde Auseinandersetzung das Selbstverständnis der Theologie als Wissenschaft. 1933 befand sich die deutsche Universitätstheologie in einer seit 1918 währenden Selbstfindungsphase, in der – oftmals auf dogmatische Kernsätze verengt – die Bezugnahme auf die fortschreitenden Modernisierungsprozesse und die totalitäre Realität des NS-Staates, innerkirchlich auf die Auseinandersetzungen des ‚Kirchenkampfes‘, zwar in engem Zusammenhang standen, aber nicht deckungsgleich waren. Der Forderung Trutz Rendtorffs, die Einordnung der theologischen Wissenschaft während der NS-Zeit nicht von den veränderten politischen Rahmenbedingungen, sondern im Kontext der Grundlagenkontroverse vorzunehmen, liegt die von ihm festgestellte, bis weit in die Nachkriegszeit hineinragende Kontinuität seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zugrunde.<sup>1245</sup>

Als einzige signifikante und in ihrer Wirkung kaum zu unterschätzende Ausnahme identifizierte Rendtorff die nationalsozialistische ‚Rassenpolitik‘ und die eskalierenden Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den Juden (bzw. den ‚Nichtariern‘), die in der deutschen Universitätstheologie einen starken Nachhall erzeugten.<sup>1246</sup> Die wissenschaftlich legitimierte Maßnahmen zur kirchengesetzlichen Ausgrenzung von ‚Nichtariern‘ bis hin zu deren Ausschluss im Dezember 1941 und die umfassenden Bestrebungen einer ‚Verdeutschung‘ – sprich ‚Entjudung‘ –

<sup>1244</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>1245</sup> Vgl. ebenda, S. 20–23, hier S. 23. Die ungemein scharfen, dennoch unterschiedlich gelagerten Attacken von Hirsch, Gogarten und Wobbermin auf Karl Barth in den 1930er Jahren zeigen exemplarisch die Verdichtung von politischen, theologischen, konfessionellen und auch persönlichen Motiven. – Als die wesentlichen theologischen Probleme des ‚Kirchenkampfes‘ benennt Lessing unter bewusster Ausblendung der Verflechtung der Theologie mit den „politischen Zeitverhältnissen“ die Frage der Schöpfungsordnung, die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium und die Frage der Konfessionalität. Lessing: *Geschichte*, S. 453–485, hier S. 454f.

<sup>1246</sup> Rendtorff: *Wissenschaftsverständnis*, S. 23. Die Periodisierung des Fachbereichs Kirchengeschichte diskutiert Harry Oelke. Aufgrund der kontextuellen (politischen, hochschul- und kirchenpolitischen) Voraussetzungen sieht er im Zeitraum von 1933 bis 1945 eine eigenständige Phase, die er freilich nicht in einen „hermetisch geschlossene[n] Epochenbegriff“ fassen will. Gegen eine undurchlässige Grenzziehung führt er wissenschaftstheoretische, mentalitätsgeschichtliche, personelle und inhaltliche Gründe sowie das Einwirken äußerer Einflüsse an. Oelke: *Problembestimmung*, S. 12–17, hier S. 15. Zwischen 1933 und 1945 wurden nur 13 Kirchengeschichtler neu berufen. Acht unter ihnen waren *Deutsche Christen*/Nationalsozialisten. Kaufmann: *Anmerkungen*, S. 33. Das hohe Maß an personeller Kontinuität in der Kirchengeschichte beschränkte die „historiografische Orientierungs- und Legitimationsproblematik“ vornehmlich auf die Frage seiner theologischen Relevanz. Ebenda, S. 41f.

der Botschaft des Evangeliums und der evangelischen Gesangbücher sind ohne die äußeren politischen Setzungen und die eng damit verbundenen Radikalisierungsschübe nicht nachzuvollziehen. Institutionalisierte Höhepunkt dieser Entwicklung war das am 6. Mai 1939 auf der Wartburg begründete kirchliche *Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben*, dem über 30 deutsche Theologieprofessoren, nach Institutsangaben sogar die Hälfte aller Lehrstuhlinhaber, und zahlreiche weitere Dozenten als Mitglieder angehörten.<sup>1247</sup>

Im Verhältnis von theologischer Wissenschaft, Politik und Kirchenpolitik zeigt das Beispiel der 15 Göttinger Ordinarien der Jahre 1933 bis 1945 die gesamte Bandbreite an Möglichkeiten: von der bestimmenden Aufnahme und intensiven Verarbeitung zeitbestimmter äußerer Einflüsse bis hin zur Wahrung einer als apolitisch verstandenen Wissenschaft und kirchenpolitischen Abstinenz. Eine vergleichende Einordnung ist aufgrund der Unterschiede in Alter und akademischer Sozialisation, der Verweildauer und der tatsächlichen Stellung innerhalb des Fakultätsgefüges sowie aufgrund der unterschiedlichen Fachbereiche und der jeweiligen wissenschaftlichen Schwerpunktsetzung nur begrenzt möglich. Dazu tritt, dass entgegen dem eigenen Anspruch von einer einheitlichen Linie oder gar Ausrichtung der Fakultät nicht gesprochen werden kann. Sie war kaum mehr als eine Arbeits- und Zweckgemeinschaft.<sup>1248</sup> Wie gezeigt, gab es keine gemeinsamen Ausarbeitungen, Stellungnahmen und Initiativen zu aktuellen kirchlichen bzw. kirchenpolitischen Fragestellungen. Verfestigte Arbeitszusammenhänge (oder andere Strukturen) im Sinne einer Netzwerkbildung, die über lose kollegiale, teils freundschaftliche Kontakte hinausgingen, ließen sich für Göttingen nicht feststellen. Greift man die oft unterschwelligten Hinweise in Schreiben unterschiedlicher Provenienz auf, bestimmte eher ein Nebeneinander als ein Miteinander das Fakultätsgepräge. Schnittmengen und ein gemeinsames punktuelleres Vorgehen infolge der jeweiligen kirchenpolitischen Einstellungen beschreiben mehr eine Grundtendenz als eine eindeutige Selbstverortung oder gar eine festgefügte ‚Lagerbildung‘. Die internationale Fachtagung *Werden und Wesen des Alten Testaments* (September 1935), an der Alttestamentler aus 13 Ländern teilnahmen, war im Wesentlichen dem wissenschaftlichen Prestige Johannes Hempels geschuldet und blieb ein singuläres

---

<sup>1247</sup> Heschel: Theologen, S. 140; Kirchenregierungsrat Erwin Brauer an die Finanzabteilung der DEK am 19.5.1942. EZA, 1/C3/174 (Altsignatur). Nach Buss: Kircheninstitut, S. 174; Heschel: Jesus, insb. S. 67–175. Vgl. die Liste der rund 180 Institutsmitarbeiter in Arnhold: Kirchenbewegung, Bd. 2, S. 852–861. Auch zwei schwedische Professoren der Theologie werden als Institutsmitarbeiter gezählt. Zu den Schwierigkeiten einer eindeutigen Zuordnung vgl. ebenda, S. 548f.

<sup>1248</sup> Dieser Befund lässt sich auf die Fachbereiche übertragen. Auch in den doppelt besetzten Bereichen Neues Testament, Kirchengeschichte und Systematische Theologie gab es kaum Zusammenarbeit in Form gemeinsamer Projekte. Als Hirsch sich für Hans-Georg Liedtke als wissenschaftlicher Mitarbeiter im kirchengeschichtlichen Seminar stark machte, ließ er keinen Zweifel daran, dass Liedtke eher in Arbeitsgemeinschaft mit Gerhardt als mit Dörries verbunden wäre. Hirsch an Dörries am 14.1.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

Ereignis. An bedeutsamen Fachzeitschriften wurden von Göttingen aus die *Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft und die Kunde des nachbiblischen Judentums* (Hempel) und die *Zeitschrift für Systematische Theologie* (Stange) herausgegeben, zudem residierte hier seit 1910 die Herausgeberschaft der einflussreichen *Theologischen Literaturzeitung*, ab 1930 in den Händen von Walter Bauer (federführend), Hermann Dörries und Georg Wobbermin. Bei Erstgenannten handelte es sich freilich um personengebundene Entscheidungen, auch die ThLZ war weder fachbereichsübergreifendes Gemeinschaftsprojekt, noch diente sie der Versöhnung bzw. Überwindung gegenläufiger kirchenpolitischer Annahmen. 1939 folgte auf Bauer ohne nähere Begründung der Nicht-Göttinger Kirchengeschichtler und *Deutsche Christ* Hans-Georg Opitz.<sup>1249</sup>

Entlang der Fachgebiete werden im Folgenden die wichtigsten Stationen, die politisch-kirchenpolitische Verortung und die zeitbedingten Auswirkungen auf das Wissenschaftshandeln der 15 Göttinger Theologieprofessoren der Jahre 1933 bis 1945 und des Alttestamentlers Kurt Möhlenbrink nachgezeichnet. Ihre Einbindung in den Fachdiskurs kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden.<sup>1250</sup> Der Schwerpunkt liegt, sofern diese Beschränkung inhaltlich sinnvoll ist, auf deren Göttinger Jahren. Eine Ausnahme ist der Systematiker Friedrich Gogarten, dessen Beiträge maßgebliche Referenzen im kulturpessimistischen und modernitätskritischen Diskurs innerhalb des deutschen Protestantismus der 1920er und frühen 1930er Jahre waren, der aber kurz nach einem Wechsel nach Göttingen zum SoSe 1935 für ein Jahrzehnt geradezu ‚verstummt‘. Emanuel Hirschs vielschichtiges Werk wird im Abschnitt zur Systematischen Theologie ‚verhandelt‘, da seine systematischen und (späten) exegetischen Beiträge für seine theologische Neuorientierung eine größere Relevanz hatten als seine kirchengeschichtlichen.

Altes Testament: Alfred Rahlfs, Johannes Hempel, Kurt Möhlenbrink, Friedrich Baumgärtel

*Ein Leben für die Septuaginta-Forschung: Alfred Rahlfs (1901–1933/34)*

Alfred Rahlfs, Meisterschüler seines Lehrers und väterlichen Freundes Paul de Lagarde, starb am 8. April 1935 in seinem 70. Lebensjahr.<sup>1251</sup> Er war der bedeutendste Vertreter einer textkritischen Erforschung der Septuaginta. Das Göttinger Septuaginta-Unternehmen, gegründet 1908 als Einrichtung der *Königlichen Gesell-*

<sup>1249</sup> Vgl. Karpf: *Literaturzeitung*, S. 68–73. Die ThLZ war 1876 von dem Göttinger Neutestamentler Emil Schürer und Adolf von Harnack begründet worden. Von 1911 bis 1921 wurde sie von Arthur Titius und Hermann Schuster, von 1921 bis 1930 von Hirsch herausgegeben.

<sup>1250</sup> Vgl. die Übersicht zu den theologischen Einzeldisziplinen bei Lessing: *Geschichte*, S. 152–441.

<sup>1251</sup> 1927/28 würdigte Rahlfs Lagarde anlässlich seines 100.Geburtstags in zwei Schriften. Diese beschränkten sich auf die Darstellung seiner Vita und seines wissenschaftliches Œuvre. Rahlfs: *Gedächtnisrede*; ders.: *Lebenswerk*.

*schaft der Wissenschaften zu Göttingen*, war sein Lebenswerk. Politisch trat Rahlfs nicht in Erscheinung, Äußerungen Rahlfs' zur Zeitlage bzw. den kirchenpolitischen Konflikten ab 1933 sind nicht bekannt.

*Antisemitische Radikalisierung: Johannes Hempel (1928–1937)*

Hempel lehrte seit 1928 in Göttingen.<sup>1252</sup> Mit dem 30. Januar 1933 schwenkte der einstige Landesvorsitzende des CSVD innerhalb kurzer Zeit um, nach eigenen Angaben, um ein Abgleiten des Nationalsozialismus ins Antichristentum zu verhindern:

*Die Gefahr [dass antichristliche Tendenzen die Oberherrschaft gewinnen] war nach meinem Eindruck von der Bewegung nicht von außen zu bannen, sondern nur dadurch, daß durch loyale Mitarbeit den Gutwilligen die Furcht und den Böswilligen der Vorwand genommen würde, die Kirche sei und bleibe der Hort partikularistischer Interessen und sozialer Reaktion.*<sup>1253</sup>

Vom Werden der ‚Volksgemeinschaft‘ erhoffte er sich eine breite Wiederbelebung des christlichen Glaubens. In einer akademischen Predigt am 2. Juli 1933 – für diesen Tag hatte die preußische Kirchenregierung anlässlich der mit staatlicher Hilfe durchgesetzten ‚Machtergreifung‘ der *Deutschen Christen* einen Dank- und Fürbittgottesdienst und das Aufziehen der Hakenkreuzfahne angeordnet – führte er aus:

*Deutschtum und Christentum gehören als geschichtlich gewordene Größen so eng zusammen, daß man sie nicht auseinanderreißen kann, ohne sie beide tödlich zu treffen. [...]. Daß ist das Kennzeichen deutscher Kultur und deutschen geistigen Lebens, das sie ganz durchtränkt ist [sic!] vom christlichen Glauben und ohne den christlichen Glauben nicht reden, nicht leben, nicht schaffen kann.*<sup>1254</sup>

Der NSDAP trat er nicht bei. Als Prodekan und Hirsch-Intimus, als Ephorus des Waisenhauses und des Sprachenkonvikts agierte er gleichwohl als Parteigänger. Hempel war maßgeblich für die nationalsozialistische ‚Einnordung‘ der Göttinger Theologiestudenten, insbesondere der jüngeren, verantwortlich. Kirchenpolitisch engagierte er sich für die *Deutschen Christen*.<sup>1255</sup> 1933 gehörte er, wie dargestellt, zu den Göttinger Hauptverteidigern eines kirchlichen ‚Arierparagrafen‘. Nach dem Bruch der hannoverschen *Deutschen Christen* mit der DC-Reichsleitung im Januar

<sup>1252</sup> Vgl. Weber: Testament, S. 88ff. Hempel hatte sich nach seinem Studium in Leipzig 1920 in Halle habilitiert. 1925 erhielt er einen Ruf nach Greifswald. Zwischen 1928 und 1933 arbeitete er an der Bibelrevision des *Deutschen Evangelischen Kirchenbundes* mit.

<sup>1253</sup> Erklärung Hempels vom 6.2.1946. Zitiert nach Weber: Testament, S. 131.

<sup>1254</sup> Hempel: Zeit, S. 6. Zitiert in Weber: Testament, S. 135.

<sup>1255</sup> Ohne Quellenangabe referiert Krumwiede, Hempel sei nach dem Scheitern der DC-Reichskirchenregierung im Januar 1934 vom bayerischen Landesbischof Hans Meiser und Friedrich von Bodelschwingh als lutherischer Kirchenminister der *Bekennenden Kirche* ins Spiel gebracht worden. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 554.

1935 und deren Annäherung an die radikalen Kräfte um den Bremer Landesbischof Weidemann bzw. die Thüringer *Kirchenbewegung Deutsche Christen* ging Hempel diesen Weg mit.<sup>1256</sup> Der deutschchristlichen Sache blieb er auch nach seinem Wechsel an die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität treu. Als Nachfolger von Alfred Bertholet übernahm er die Leitung des *Institutum Judaicum*, das er nach dem Sieg Deutschlands zusammen mit dem alttestamentlichen und missionswissenschaftlichen Seminar in ein *Institut für vergleichende Glaubenslehre* umwandeln wollte. Überregional stellte er sich dem *Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben* in Eisenach zur Verfügung. Dort leitete er den Arbeitskreis 1f, der das „grundsätzliche und religionsgeschichtliche Problem des Alten Testaments“ untersuchen sollte.<sup>1257</sup>

Hempel galt als hervorragender und fachlich breit aufgestellter Wissenschaftler. In der Nachfolge von Hugo Großmann gab er von 1927 bis 1959 die *Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft und die Kunde des nachbiblischen Judentums* (ZAW) heraus.<sup>1258</sup> Auch international genoss er Beachtung und Anerkennung. Er verfügte über gute Kontakte nach Skandinavien, im Herbst 1932 hielt er sich längere Zeit in den USA und Kanada auf, wo er akademische und kirchengemeindliche Vorträge hielt, u.a. Gastvorträge in Yale, Harvard, Philadelphia, Evanston und Toronto. Seit 1927 war Hempel Ehrenmitglied der *Society for Old Testament Study and Exegesis*, eine Ehre, die ihm 1932 auch die *Society for Biblical Literature* zuteilwerden ließ.<sup>1259</sup> Höhepunkt seiner Göttinger Zeit war eine internationale Fachtagung alttestamentlicher Forscher zum *Werden und Wesen des Alten Testaments* im September

<sup>1256</sup> Im Juni 1935 besuchte er eine Arbeitstagung der hannoverschen DC, auf der erste Kontakte zu den Thüringern geknüpft wurden. Im September referierte er auf der ersten DC-Reichskirchentagung für Niederdeutschland in Bremen über *Luther und das Alte Testament*, im Oktober auf einer Theologischen Tagung der Reichskirchenbewegung DC in Wittenberg über *Altes Testament und völkische Idee*. Mitteilung der DC Niedersachsen vom 1.10.1935. LKAB, B 618. Vgl. Meier: Christen, S. 188; Heinonen: Anpassung, S. 66–69, S. 81–85; Arnhold: ‚Entjudung‘, Bd. 1, S. 307–313.

<sup>1257</sup> Fragestellungen waren: „a) Die rassische Zusammensetzung Israels in ihrem Einfluß auf die israelische Geschichte (Unfähigkeit der Staatenbildung als Wirkung der Rassenmischung?) und Religionsgeschichte (Wurzel der religiösen Untreue?), b) Die Stellung der israelitischen Religion im Rahmen der altorientalisch-semitischen: 1. Die primitive Schicht, die auch in literarisch späteren Schichten wieder durchschlägt. 2. Die arischen Einflüsse: in der älteren (sehr gering) und in der späteren Zeit (Einfluß des Persischen und des Griechischen). 3. Die Stellung des AT in der Theologiegeschichte des Protestantismus und in der politischen Geschichte des Abendlandes (englisches Nationalbewußtsein). Als Grundlage wäre die Frage der Konzeption des AT in der alten Kirche heranzuziehen.“ Planung Arbeitsgemeinschaft 1f. Anlage zu einem Institutsschreiben vom 3.8.1939. Zitiert in Buss: ‚Entjudung‘, S. 192. Vgl. Weber: Testament, S. 137–156.

<sup>1258</sup> Vgl. Weber: Testament S. 171–193. Seit 1936 wurde die ZAW auf Initiative Hempels ohne weitere Begründung als *Zeitschrift für die alttestamentliche Wissenschaft* veröffentlicht.

<sup>1259</sup> Hempel hatte bei dem Religionswissenschaftler Nathan Söderblom studiert, später Bischof von Uppsala und Friedensnobelpreisträger (1930). Kontakte pflegte er auch zu dem amerikanischen Bibel- und Religionswissenschaftler, Rabbiner und Präsident des *Hebrew Union College* Julian Morgenstern, der 1904 in Heidelberg promoviert hatte.



1935, an der rund 90 Teilnehmer aus 13 Ländern teilnahmen.<sup>1260</sup> Hempel zeigte sich zufrieden, dass trotz der Teilnahme von Wissenschaftlern unterschiedlicher kirchenpolitischer Zugehörigkeit Politik kein Thema gewesen sei. Die deutschen Teilnehmer hätten zum ‚Kirchenkampf‘ geschwiegen, die ausländischen Gäste zur politisch-weltanschaulichen Lage in Deutschland: „Sie nahmen die Tatsache, dass wir das deutsche Judentum von dem Kongress absolut ferngehalten hatten, als gegeben hin und diskutierten nicht darüber.“<sup>1261</sup>

In den 1920er und 1930er Jahren dominierten zwei Fragestellungen die fachwissenschaftliche Debatte. Zum einen diskutierte die Zunft neue methodische Zugänge zu den alttestamentlichen Texten, wobei im Zentrum eine umfassende Kritik der als veraltet und als einengend wahrgenommenen literarkritischen und historischen Betrachtungsweise stand. Die Einbeziehung komparativ-religionswissenschaftlicher Ansätze sollte, wie Rudolf Kittel 1921 in einem programmatischen Beitrag ausführte, über die Darstellung der israelitischen Religion hinausreichen und darauf abzielen, „das Geheimnis ihrer Gotteskraft [zu] ergründen“. Nicht nur er erhoffte sich so einen deutlich stärkeren Bezug zur christlichen Theologie.<sup>1262</sup> Der zweite Streitpunkt betraf die Frage der Kanonizität des Alten Testaments. Äußere Faktoren, insbesondere die Zunahme antisemitisch-völkischer Polemiken gegen das Alte Testament außer- und innerhalb der Kirche, gaben dieser an sich alten Debatte neue Impulse und setzten die alttestamentliche Wissenschaft unter erheblichen Legitimationsdruck.<sup>1263</sup>

Zu beiden Fragen äußerte sich Hempel umfänglich.<sup>1264</sup> Seine Auseinandersetzung mit dem Alten Testament war dabei von zwei Grundannahmen bestimmt, an denen er im Kern festhielt. In der Gottesbeziehung zu Israel wies Hempel dem Volksbegriff eine zentrale Bedeutung zu. In seiner Deutung waren Volkstum und Volk göttliche Setzungen, die aber nur in ihrer Bezogenheit auf Gott lebensfähig waren, also mitnichten aus sich selbst heraus einen Eigenwert hatten. Dieser Konnex begründete die bleibende Bedeutung des Alten Testaments für die Ge-

<sup>1260</sup> Auf Anregung von Prof. Theodore Robinson (Cardiff), Sekretär der britischen *Society for Biblical Literature*, auf dem deutschen Orientalistentag in Bonn (1934) handelte es sich um die Fortsetzungskonferenz einer Tagung in Oxford (1927). Grußworte zur Eröffnung sprachen Hempel, Rektor Neumann, Hirsch und der Archäologe und Sekretär der Philologisch-Historischen Klasse der *Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften* Hermann Thiersch. Unter den Tagungsgästen waren auch katholische Wissenschaftler wie der spätere Kurienkardinal Augustin Bea sowie die beiden BK-Theologen Gerhard von Rad und Joachim Begrich. An den Abendveranstaltungen nahmen Göttinger Professoren, Dozenten, Pfarrer und Studenten teil. Vgl. die Tagungsbeiträge in: Volz u.a. (Hg.): *Wesen; Hempel: Testament*, S. 107–109.

<sup>1261</sup> Hempel an Heckel am 21.9.1935. Zitiert nach Ohlemacher: *Konvikt*, S. 37.

<sup>1262</sup> Vgl. Weber: *Testament*, S. 55–60; Kraus: *Geschichte*, S. 393–434; Lessing: *Geschichte*, S. 153–157.

<sup>1263</sup> Vgl. Hempel: *Testament*, S. 50–55, S. 60–67.

<sup>1264</sup> Vgl. die Werkübersicht in Weber: *Testament*, S. 307–309. Sein Hauptwerk *Das Ethos des Alten Testaments* erschien 1937. Hier untersuchte er in Fortführung seiner Untersuchung der alttestamentlichen Frömmigkeit in *Gott und Mensch im Alten Testament* die alttestamentliche Ethik. Vgl. Lessing: *Geschichte*, S. 191–195.

genwart, zugleich ermöglichte er eine völkische Deutung. Seinen 1935 erschienenen Beitrag *Das Alte Testament und die völkische Idee* eröffnete Hempel mit dem Satz: „Unter den Literaturdenkmälern des Alten Orients ist das Alte Testament das am stärksten völkisch eingestellte Buch.“ Im Weiteren bezeichnete er es auch als das „am stärksten antisemitischste Buch der Weltliteratur“.<sup>1265</sup> Folgte er zuerst der durchaus geläufigen Unterscheidung zwischen dem ‚alten‘ Israel und dem negativ konnotierten nachexilischen Judentum, verlor diese Differenzierung im Zuge seiner Annäherung an die *Thüringer Deutschen Christen* an Gewicht. Unter Aufnahme ‚rassischer‘ Kriterien griff Hempel den nationalkirchlichen Ansatz auf, das Alte Testament frei von seinen ‚jüdischen Überlagerungen‘ zu interpretieren. 1940 löste er in einem im Rahmen seiner Eisenacher Institutsmitarbeit geschriebenen Beitrag *Dekalog und Sittlichkeit* die 10 Gebote mit Bezugnahme auf Luther aus ihrem jüdischen Kontext. Sie seien, so Hempel, durch den Reformator aus ihrem jüdischen Kontext gelöst und „seit vierhundert Jahren grundlegend für das Sittlichkeitsbewusstsein der germanischen Rasse“ geworden. Durch den Dekalog werde „die deutsche Sittlichkeit nicht ‚jüdisch‘ infiziert, sondern im Rückgriff auf göttliche Grundsetzungen geheiligt“.<sup>1266</sup> Im Gegensatz zu anderen Institutstheologen gab Hempel das Alte Testament aber zu keiner Zeit auf. Selbst in seinem letzten Beitrag aus der nationalsozialistischen Zeit mit dem Titel *Die Aufgabe von Theologie und Kirche von der Front her gesehen*, in dem er den nationalsozialistischen Krieg gegen das „Weltjudentum“ als Maßnahme zur Verteidigung und Ausbreitung des wahren Christentums legitimierte, schnitt er das Christentum nicht von seinen alttestamentlichen Wurzeln ab.

Die hier skizzierte Radikalisierung Hempels entspricht im Wesentlichen der Radikalisierung des völkisch-antisemitischen Flügels der *Deutschen Christen*. Die fortdauernde Abwertung des vorchristlichen Judentums, die Ende der 1930er Jahre schließlich in dessen Herauslösung aus seinem christlichen Kontext mündeten, ermöglichten es Hempel zugleich, das alttestamentliche Zeugnis anhaltend für die Gegenwartsgestaltung fruchtbar zu machen. Ausgehend von seinem biblisch fundierten Volksbegriff abstrahierte er das Schicksal Israels und übertrug dieses

<sup>1265</sup> Hempel: Testament und völkische Idee, S. 1, S. 8. Für die Verwendung dieser Formulierung hatte er bereits 1931 Verständnis geäußert. Hempel: Testament und völkische Frage, S. 13. In dem Beitrag *Politische Absicht und politisches Wirken im biblischen Schrifttum* für die *Göttinger Akademie der Wissenschaften* verwarf Hempel die Annahme, bei der engen Bindung von Politik und Religion im Alten Testament handle es sich um eine „Verherrlichung des empirischen Israels und seiner politischen Ziele“ als Missverständnis. Dann wäre es, so Hempel, in der ‚deutschen Gegenwart‘ fehl am Platze. Allerdings konstatierte er eine „politische Umklammerung“ der alttestamentlichen Religion, wobei m.E. eine nicht ausgesprochene Denunziation der *Bekennenden Kirche* als ‚jüdisch‘ mitschwingt. Jesus sei durch den „politischen Messianismus des Judentums“ zu Tode gebracht worden. Sein Reichsgottesglaube war nach Hempel eine „radikale Entpolitisierung der Eschatologie“ und habe einen „radikalen Verzicht auf den Gottesgehorsam als politische Mittel“ geübt. Hempel: Absicht, S. 57–59.

<sup>1266</sup> Zitiert nach Weber: Testament, S. 153. Nach einer Notiz Birnbaums wurde der Druck „im letzten Augenblick“ aufgrund Papiermangels verboten, lediglich für die Autoren stellte der Verlag Abzüge her.

als eine mahnende Warnung zu Gottesgehorsam auf jedes Volkstum. Vor allen anderen müsse sich das deutsche Volk der Kraft der Religion als „schöpferische Wurzel des Volkstums“ und seine christliche Bindung – 1941 spezifizierte er diese als „nordisch-germanische Ausprägung des christlichen Glaubens – bewusst machen.<sup>1267</sup>

Weisen die Veröffentlichungen Hempels in ihren Grundannahmen eine starke Konsistenz auf, war es der politische Bruch des Jahres 1933, der seinen Weg vom konfessionsbewussten nationalen Konservativen zu einem deutschchristlichen Apologeten bestimmte.<sup>1268</sup> Dieser Wandel beschränkte sich nicht allein auf sein Schrifttum, sondern drückte sich auch in seinem universitären und wissenschaftlichen Handeln aus. Als Herausgeber der ZAV verantwortete er die Verdrängung jüdischer (bzw. „nichtarischer“) Autoren, ab 1938 wurde die Rubrik *Jüdische Zeitschriften* aufgehoben und Veröffentlichungen von jüdischen Wissenschaftlern nicht mehr gelistet.<sup>1269</sup> Während er noch im Umbruchjahr 1933 erklärte, es sei nicht Aufgabe der ZAV, zum „Kampf um das moderne Judentum“ Stellung zu beziehen, missbrauchte er später seine Herausgeberschaft zur Legitimation des Nationalsozialismus: „Je stärker das rassistische und völkische Erwachen sich durchsetzt und je energischer in der politischen Lage der Gegensatz zwischen dem Dritten Reich und dem Judentum als ein Kampf auf Leben und Tod“ hervortrete, so Hempel in der Kriegsausgabe 1942/43, desto schärfer werde das Bewusstsein für den politischen Teil des Alten Testaments.<sup>1270</sup>

<sup>1267</sup> Hempel: Aufgabe, S. 7f. Zitiert nach Weber: Testament, S. 154f. Hempel fuhr fort: „Tatsache ist, daß Luthers Kampf gegen das Alte Testament, seine Warnung vor den Juden, in England nicht den geringsten Widerhall fand, daß im Gegenteil das Alte Testament und damit der Judaismus Geist und Gesicht des englischen Christentums entscheidend prägte.“ Sein Beitrag erschien aufgrund der hohen Aktualität als Sonderdruck in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

<sup>1268</sup> Krumwiede stellt demgegenüber für 1935 auf Basis der Beiträge *Die Einführung des Kirbenvolkes in das geschichtliche Verständnis des Heilplans Gottes mit Israel im Alten Testament* (1925), *Altes Testament und völkische Frage* (1931), *Fort mit dem Alten Testament* (1932), *Von der Gottesbegegnung im Grauen. Predigt im Göttinger Akademischen Gottesdienst am Langemarck-Gedenktag der Deutschen Studentenschaft* (1932), *Die Kirche und das Dritte Reich* (1932), *Meine Zeit stehet in deinen Händen* (1933), *Das Alte Testament und die völkische Idee* (1935) wesentliche Unterschiede zu Hempels Theologie vor 1933 fest. Vgl. Krumwiede: Theologie, S. 147–155, ders.: Kirchengeschichte, S. 552–554.

<sup>1269</sup> Eine endgültige Entscheidung über einen Beitrag des jüdischen Juristen und Bibelwissenschaftlers David Daube, der in Göttingen studiert und mehrere Semester in Hempels Seminar gearbeitet hatte, sollte der Verleger treffen. Daube hatte 1932 mit einer juristischen Arbeit über alttestamentliches Recht promoviert. Hempel hielt menschlich und fachlich große Stücke auf ihn, ihr Kontakt hielt bis mindestens Januar 1934. Nach seiner Emigration lehrte Daube bis 1981 in Aberdeen, Oxford und Berkeley. Seit 1964 war er korrespondierendes Mitglied der *Göttinger Akademie der Wissenschaften*. Weber: Testament, S. 182.

<sup>1270</sup> Zitiert nach Weber: Testament, S. 183.

*Ohne Aufstiegschancen: Kurt Möhlenbrink (1935–1947)*

Als ‚Nachfolger‘ von Alfred Rahlfs wirkte seit 1935 Kurt Möhlenbrink. Ihm blieb eine akademische Karriere verwehrt, erst 1940 erhielt er eine ordnungsgemäße Dozentur und wurde zum Beamten auf Widerruf ernannt. Möhlenbrink verfasste drei Monografien, von denen sich zwei mit der Stellung des Salomonischen Tempels in der altorientalischen Sakralarchitektur beschäftigen. Aus dem konstatierten Einfluss assyrischer Baustile leitete er auch Anleihen im Gottesbild ab: „Israel hat es verstanden, im fremden Gewande sein Eigengut zu bewahren.“<sup>1271</sup> Antisemitische Züge weist seine 1936 erschienene Schrift *Die Entstehung des Judentums* auf. Möhlenbrink stellte im Einklang mit gängigen Deutungen der Zeit im Judentum einen „historischen Verkrustungs- und Erstarrungsprozess“ fest, dessen Kenntnis auch für die heutige Beurteilung „des gegenwärtigen Judentums“ praktischen Wert habe.<sup>1272</sup> Im Ergebnis erkannte er eine grundsätzliche „Fehlentwicklung“, die nicht soziologisch, sondern „geistig-seelisch“ bestimmt sei: „Die jüdische Psyche ist es, die die Gefahr des Judentums ausmacht.“<sup>1273</sup> Diesen „jüdischen Gedanken“, der auch noch in der Neuzeit am Werke sei, gelte es abzuwehren. Bis zur Aufklärung sei es ein Verdienst des Christentums gewesen, die Ausbreitung des Judentums zur Weltreligion verhindert zu haben.<sup>1274</sup> Bezüglich des Alten Testaments konstatierte Möhlenbrink einen Spannungsbogen, den er als einen Niederschlag der vorchristlichen Religionsgeschichte kennzeichnete. Das Judentum weiche vor dieser Spannung zurück und biete „Vereinseitigungen und Verzerrungen“. Dagegen vollende das Christentum keineswegs jüdische Tendenzen, sondern greife die gesamte Religionsgeschichte auf, insbesondere die Nächsten- und die Gottesliebe. Daher sei das Christentum antijüdisch. Als Buch, das sich zwischen den Religionen des Orients und des Okzidents bewege, habe das Alte Testament vor allem einen historischen Wert.<sup>1275</sup> Noch vier Jahre nach dem Erscheinen der ‚Entstehungsgeschichte‘ kritisierte der Bekenntnistheologe Joachim Begrich Möhlenbrinks Ansatz grundsätzlich. Er habe den methodischen Fehler begangen, alles, „was die Gegenwart an Zügen und Eigenarten des heutigen Judentums“ wahrnehme, bereits im Judentum des 5./6. vorchristlichen Jahrhunderts zu erkennen

<sup>1271</sup> Möhlenbrink: Tempel, S. 155. Weitere Beiträge sind fachwissenschaftlich angelegt. Vgl. ders.: Landnahmesagen.

<sup>1272</sup> Möhlenbrink: Entstehung [Vorwort, Januar 1936]. Seiner Untersuchung lag der Volksbegriff zugrunde. Das heutige Judentum habe „das Zusammengehörigkeitsgefühl der Glieder, die Einheit der biologischen und geistigen Schicksalsgemeinschaft und letzte metaphysische Verbundenheit, die eine Volk kennzeichnen“. Ebenda, S. 17. Die „Entstehung des jüdischen Gedankens“ entwickelt er aus den Kapiteln *Volk und Staat*, *Volk und Land*, *Volk und Mensch*, *Der Einzelne und sein Lebenskreis* und *Das Volk und die Völker*.

<sup>1273</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>1274</sup> Ebenda, S. 55. Tendenzen zur Emanzipation und zur Assimilation machte er schon im Alten Testament aus.

<sup>1275</sup> Ebenda, S. 61f.

und motivleitend einzubauen.<sup>1276</sup> Zuvor hatten sowohl Hirsch als auch Weber der Möhlenbrink-Schrift „ein klar antisemitisches Gepräge“ attestiert. Seine Beurteilung des jüdischen Lebens entspreche der „nationalsozialistischen Weltanschauung“<sup>1277</sup>

„*Bekennnis zur deutschen Volksgemeinschaft oder Bekenntnis zum Alten Testament*“:  
Friedrich Baumgärtel (1937–1941)

Friedrich Baumgärtel wirkte nur vier Jahre in Göttingen, von denen er kriegsbedingt zwei ortsabwesend war. In der Hempel-Nachfolge führte er das Sprachenkonvikt, ansonsten setzte er in seiner Göttinger Zeit keine bleibenden Impulse. Vom ‚Kirchenkampf‘ hielt er sich, soweit möglich, abseits. Er gehörte zu denjenigen Theologen, die gegen eine (angebliche) Vermischung von kirchlichen und politischen Belangen eintrat und sich keiner kirchenpolitischen Gruppierung anschloss, wobei er der *Bekennenden Kirche* theologisch und kirchenpolitisch grundsätzlich näher stand. Die *Deutschen Christen* lehnte er aus seinem Evangeliumsverständnis von Beginn an ab.<sup>1278</sup> An Baumgärtels nationaler Grundhaltung bestand kein Zweifel. Öffentlich bekannte er sich seit den frühen 1920er Jahren expressis verbis zum völkischen Gedanken. Das Volkstum war für ihn Teil der göttlichen Schöpfungsordnung und eine Aufgabe, der man sich nur gegen den Willen Gottes oder in voller Gottlosigkeit entziehen könne.<sup>1279</sup> Mit der Fundamentalkritik völkischer Kreise am Alten Testament setzte sich Baumgärtel seit 1924 publizistisch auseinander. Während einer Freizeit mit Greifswalder Studenten zeigte er sich Ende Juni 1929 verständnisvoll gegenüber der Sorge, „wie man denn das Wort des Alten Testaments mit dem völkischen Ideal in Einklang“ bringen könne. Es komme aber darauf an, dem Blick Gottes standzuhalten. Das Volkstum werde weder durch die „Judengefahr“ noch das Alte Testament bedroht, sondern durch einen selbst: „Denn wir sind unreine Menschen und wohnen in einem unreinen Volk (Jes. 6). Weder die Austreibung der Juden aus unserer Mitte noch deutsches Christentum helfen aus dieser Unreinheit.“<sup>1280</sup> Einen selbständigen Geltungsanspruch des Alten Testaments per ipso verneinte Baumgärtel, hielt aber an der

<sup>1276</sup> Begrich: Die Entstehung des Judentums. Zu Kurt Möhlenbrinks gleichnamiger Broschüre, in: ThBl. 2/3 (1940), S. 57–61, hier S. 57.

<sup>1277</sup> Hirsch an das REM am 31.1.1939; Weber an das REM am 9.6.1939. UAG, Theol. PA, Nr. 78. Beide Schreiben standen im Zusammenhang mit Bemühungen, die berufliche Situation Möhlenbrinks zu verbessern.

<sup>1278</sup> Vgl. Klän: Kirche, S. 206. Baumgärtel hatte sich 1916 in Leipzig habilitiert. 1922 erhielt er einen Ruf nach Rostock, 1928 wechselte er an die Universität Greifswald.

<sup>1279</sup> Vgl. Baumgärtel: Theologiestudent, S. 9–14. Dagegen ist eine am 25.11.1934 gehaltene Gedächtnisrede für gefallene Greifswalder Studenten frei von nationalsozialistischem Gedankengut. Baumgärtel: Kommilitonen.

<sup>1280</sup> Baumgärtel: Theologiestudent, S. 10–13, hier S. 13. Baumgärtel verweist hier auf die ‚deutschkirchliche Bewegung‘, die in die Kirche eingedrungen sei und die Jugend „mit vollem Rechte“ bewege. Zum *Bund für Deutsche Kirche* vgl. Buss: Christentum.

untrennbaren Verbindung zum Neuen Testament fest. Die Deutung seiner heilsgeschichtlichen Glaubenserfahrungen könne nur theologisch und aus „christliche[m] Glaubensbewußtsein“ erfolgen.<sup>1281</sup> Bis 1938 erschienen gut zwei Dutzend Beiträge zu diesem Themenfeld, der letzte im Göttinger Gemeindeblatt. Der fachwissenschaftliche Schwerpunkt Baumgärtels lag auf der Frömmigkeitsgeschichte, die Baumgärtel in das „Selbstverständnis der alttestamentlichen Religion“ einbettete.<sup>1282</sup> Neben einer Predigthilfe blieb die zweite Auflage seines hebräischen Wörterbuchs zur Genesis die einzige größere Veröffentlichung seiner Göttinger Zeit.<sup>1283</sup>

Unmittelbar vor seiner Vokation nach Göttingen hatte Baumgärtel in scharfer Form sowohl gegen völkisch-antichristliche Polemiken gegen das Alte Testament als auch gegen Dietrich Bonhoeffer öffentlich Stellung bezogen.<sup>1284</sup> Im Zentrum seiner vielbeachteten Kritik *Die Kirche ist Eine. Die alttestamentlich-jüdische Kirche und die Kirche Jesu Christi. Eine Verwahrung gegen die Preisgabe des Alten Testaments*, die Baumgärtel ausdrücklich als eine theologische und nicht als eine kirchenpolitische Erwiderung verstanden wissen wollte, stand Bonhoeffers in der *Jungen Kirche* veröffentlichte Aufsatz *Der Wiederaufbau Jerusalems nach Esra und Jeremia*.<sup>1285</sup> Er warf ihm eine methodisch ahistorische und willkürliche Exegese vor, die „den geschichtlich bedingten Charakter der alttestamentlichen Frömmigkeit“ außer Acht

<sup>1281</sup> Baumgärtel: Bedeutung, S. 24ff.; Kritik, S. 64. Vgl. Lessing: Geschichte, S. 201–205; Nicolaisen: Stellung, S. 218.

<sup>1282</sup> Für Baumgärtel waren die entscheidenden Momente dieses Selbstverständnisses die „Diesseitsgebundenheit“, „kultisch-völkische Gebundenheit“ und der „eigenartige Gottesgedanke“. Das Alte Testament mit seinen religiösen Spannungen und seinem „Ringens und Kämpfens und schließlich Durchdringens in letzte, unerschütterliche glaubende Sicherheit“ rückte er in die nächste Nähe des Neuen Testaments. Vgl. Baumgärtel: Eigenart, S. 13, S. 115. Im Vorwort heißt es: „Und der alttestamentliche Weg ist auch guten Teils unser Weg, wenn wir's vielleicht auch nicht gern wahr haben wollen.“ Ebenda, S. 7.

<sup>1283</sup> Baumgärtel: Hebräisches Wörterbuch zur Genesis, erschienen als Heft 1 der von Baumgärtel herausgegebenen Reihe *Einzelwörterbücher zum Alten Testament*. Vgl. die Werkliste in Hermann/Rost (Hg.): Festschrift, S. 197–200.

<sup>1284</sup> Baumgärtels Repliken bezogen sich auf zwei Beiträge im *Informationsdienst Volksaufklärung und Schule* (Nr. 23, Nr. 26) aus dem Jahr 1936. Sie erschienen in der Zeitschriftenreihe *Wort und Tat der Apologetischen Centrale*. Im Habitus des ausgewiesenen Fachwissenschaftlers beschränkte sich Baumgärtel auf den Nachweis der grundsätzlichen Unkenntnis und groben Unwissenschaftlichkeit seiner Gegenspieler. Der „Kampf um die Bibel“ bewege heute viele Deutsche. Diese hätten Recht auf einwandfreies wissenschaftliches Material. Baumgärtel: Vorgeschichte, S. 335. Die weltanschaulich-politische Stoßrichtung und die Entweder-Oder-Haltung der Beiträge waren ihm bewusst: „Entweder Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft oder Bekenntnis zum Alten Testament, zur Bibel. Eins schließt das andere aus!“ Baumgärtel: Judenfrage, S. 62.

<sup>1285</sup> Baumgärtel: Kirche, Vorwort. Vgl. Dietrich Bonhoeffer: Der Wiederaufbau Jerusalems nach Esra und Jeremia. Eine Bibelarbeit mit Vikaren der Bekennenden Kirche in Finkenwalde, in: JK 14 (1936), S. 653–661. Vgl. Retter: Protest, S. 303–309, hier S. 308f. Zum Kontext vgl. Bethge: Bonhoeffer, S. 597–602.

lasse. Bonhoeffer verlasse den Boden einer ‚rechten‘ theologischen Auslegung.<sup>1286</sup> Voraussetzung der Kirche sei die Ablösung des alten durch den neuen Bund, Karfreitag und Ostern, Grab und Kreuz. Deute man, so Baumgärtel, den Wiederaufbau Jerusalems wie Bonhoeffer als Sammlung der Gemeinde und als Werden der Kirche, dann sei das Alte Testament für die Christen ein totes Buch. Kirche erreiche man nicht über Setzung und Gesetz, sondern allein über das Evangelium. Ausgerüstet mit dem hermeneutischen Prinzip Bonhoeffers sei es, so Baumgärtel weiter, für jeden *Deutschen Christen* oder Anhänger des *Reichskirchenausschusses* ein Leichtes, die eigenen Vorstellungen der Kirche aus der Bibel abzuleiten.<sup>1287</sup> Ähnlich argumentierte er in einer Rezension zu Wilhelm Vischers erstem Band *Das Christuszeugnis des Alten Testaments über das Gesetz*. Das Alte Testament sei nur aus Christus heraus auszulegen, eine andere Herangehensweise sei nicht zulässig. Es sei denn, man wolle das Alte von dem Neuen Testament, den ‚Jesus‘ von dem ‚Christus‘ trennen.<sup>1288</sup>

Neues Testament: Walter Bauer, Johannes Behm, Joachim Jeremias

*Überwintern im NS-Staat: Walter Bauer (1916–1946)*

Walter Bauer wirkte von 1916 bis 1946 in Göttingen, seit 1925 als ordentliches Mitglied der *Göttinger Akademie der Wissenschaften*. Im September 1933 sprach er sich als einer der 22 Unterzeichner des Gutachtens *Neues Testament und Rassenfrage* gegen die kirchliche Übernahme des staatlichen ‚Arierparagrafen‘ aus. Der *Bekennenden Kirche* schloss er sich nicht an. Joachim Jeremias würdigte ihn 1960 in seiner Grabrede als Wissenschaftler und Kollegen, der als gütiger und ‚mannhafter‘ Berater in den Jahren des Nationalsozialismus dennoch immer für alle da gewesen sei.<sup>1289</sup> Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt lag auf der Erforschung des frühen Christentums. Zwischen 1933 und 1945 erschienen als größere Arbeiten eine

---

<sup>1286</sup> Baumgärtel: Kritik, S. 64; Baumgärtel: Kirche, S. 14ff. Derartige Auslegungen führten „zur Aufnahme jüdischer Gedanken und jüdischen Wesens in unseren Glauben“. Ebenda, S. 16. Am 25.8.1936 schrieb er an den Neutestamentler Hermann Strathmann: „Es brennt hier einfach wegen der Auslegung des AT. Die beifolgende, gegen Bonhoeffer gerichtete Broschüre, möchte so verstanden sein: sie ist aus der Not heraus geschrieben, in die die Vikare und Studenten durch Bonhoeffers Einfluß getrieben sind. Er macht uns die jungen Pastoren, die er dauernd in seinem BK-Predigerseminar in Stettin-Finkenwalde unter den Händen hat, und die Studenten hier, die er fast wöchentlich aufsucht, hinsichtlich des AT völlig unsicher und verwirrt. Er hat persönlich in seiner eindringlichen Art einen sehr großen Einfluß auf die Studenten, er überwältigt sie einfach religiös und sie verfallen auch seiner Exegese schier willenlos. Zitiert in: Kantzenbach: Blätter, S. 84f. Vgl. Klän: Kirche, S. 206.

<sup>1287</sup> Baumgärtel: Kirche, S. 15f. Überhaupt nahm Baumgärtel in der *Bekennenden Kirche* einen „starken gesetzlichen Zug“ wahr, der ihn an das „Gesetzestum“ der DC erinnere. Vgl. Klän: Kirche, S. 437.

<sup>1288</sup> Baumgärtel: Christuszeugnis, S. 311, S. 313. Vischer hatte 1933 aus politischen Gründen seine Dozentur verloren und 1934 die Pfarrstelle der deutschsprachigen Gemeinde in Lugano übernommen.

<sup>1289</sup> Jeremias: Gedenkwort am Sarge Walter Bauers, in: Zimmerli/Jeremias: Bauer, Sp. 316.

Übersetzung *Die Oden Salomos*, die dritte Auflage seines Kommentars zum Johannes-Evangelium (1933), sein vielbeachtetes Buch *Rechtgläubigkeit und Ketzerei im ältesten Christentum* (1934), und – ebenfalls in dritter Auflage – das



*Griechisch-deutsche Wörterbuch zu den Schriften des Neuen Testaments und der übrigen urchristlichen Literatur*, bis heute ein Standardwerk der neutestamentlichen Forschung. Zu kirchenpolitischen Themen äußerte sich Bauer in seinen großen Werken nicht.<sup>1290</sup> Als Mitherausgeber der *Theologischen Literaturzeitung* (ThLZ) der Jahre 1930 bis 1939 übte er Einfluss auf das theologische Rezensionswesen aus.<sup>1291</sup>

Abb. 25: Walter Bauer, 1933  
(Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Sammlung Voit)

<sup>1290</sup> Vgl. Strecker: Bauer. Vgl. das Werkverzeichnis bei Geiser: Bibliografie, S. 6–8. Auch in seiner Korrespondenz mit Hans Lietzmann verzichtete Bauer auf fachfremde Kommentierungen. Vgl. Aland (Hg.): Glanz.

<sup>1291</sup> Mit dem Herausgeberwechsel 1930 ging eine Konzentration auf das eigentliche Kerngeschäft einher: das Rezensionswesen. Bis etwa 1936 wurden in der ThLZ fast sämtliche Themen des ‚Kirchenkampfes‘ – hierzu zählten der christliche Religionsunterricht, die kanonische Stellung des Alten Testaments, das Verhältnis von Religion und ‚Rasse‘, die Kirchen und ‚Drittes Reich‘ – diskutiert. Danach ging der Anteil von Rezensionen mit einem aktuellen Bezug bzw. zu den Grenzgebieten der Theologie zugunsten eines enger gefassten Fachdiskurses zurück. Rubriken wie *Rassenkundliche Geistesgeschichte* und *Frömmigkeit nordischer Artung* blieben davon unberührt. Vgl. Karpp: Literaturzeitung, S. 68–73.



*Deutscher Christ: Johannes Behm (1923–1935)*

Johannes Behm wechselte 1935 auf den Berliner Lehrstuhl von Adolf Deißmann, wobei seine Mitgliedschaft bei den *Deutschen Christen* mitentscheidend war.<sup>1292</sup> Er galt, so Bruno Doehring in seinem Nachruf auf Behm, als solider und ausgewogener Wissenschaftler, der seine lutherische Prägung – sein Vater war in den Jahren 1921 bis 1930 erster Landesbischof von Mecklenburg-Schwerin – nicht verbar, ansonsten aber keiner eindeutigen Richtung zuzuordnen war. Das „Feilhalten überraschender Hypothesen“ sei nicht seine Art gewesen.<sup>1293</sup>

Schon 1927 wandte sich Behm in der Abhandlung *Altes Testament und deutsches Christentum* entschieden gegen die Kündiger einer „deutschen Religion“. Diese existiere nur als „deutsches Christentum“ im Sinne des Mittelalters und großer Deutscher wie Ulrich von Hutten, ‚Meister Eckart‘, Luther, Bach, Herder, Fichte und Wichern. Wie in anderen Ländern entfalte sich das Christentum, so Behm in Adaption der Volksnomostheologie, auch in Deutschland in seinen nationalen Eigenarten. Seine „lebendige Gestalt“ ergebe sich aus einer aus dem Volkstum kommenden „Empfindungs- und Anschauungsweise“, mit der die „deutsche Seele“ das Christentum erfasse und sich aneigne.<sup>1294</sup> Das Alte Testament trage den „Stempel des Fremdnationalen“ und stelle als ein „Erzeugnis undeutschen, jüdischen Geistes“ eine „frühere, niedrigere Entwicklungsstufe der biblischen Religion“ dar als das Neue Testament.<sup>1295</sup> Dennoch sei die „Religion des Judentums“ der „Mutterboden“ gewesen, aus dem das Christentum hervorgegangen ist: „Das Alte Testament ist kein Judenbuch, es gehört mit dem Neuen Testament zusammen der Christenheit.“<sup>1296</sup> Wie andere verteidigte Behm unter Betonung seiner angeblichen Minderwertigkeiten die bleibende Bedeutung des Alten Testaments für die Christenheit, das seinen Wert aber allein aus einer christuszentrierten Auslegung schöpfe. Für das ‚deutsche Christentum‘ seien vor allem die Propheten und Psalmen fruchtbar.

Behms Hauptschriften der 1930er Jahre waren eine Auslegung der Offenbarung des Johannes und eine als Studienbuch konzipierte *Einleitung in das Neue Testament*. Ebenso wie sein im Umfeld der Oxforder Weltkirchenkonferenz (1937) entstandener Beitrag *Volk und Gottesvolk* handelt es sich um Fachbeiträge.<sup>1297</sup> Da-

<sup>1292</sup> Ludwig: Fakultät, S. 107. Behm hatte 1911 in Erlangen promoviert und lehrte seit als Privatdozent NT. Kurzzeitig wechselte er nach Breslau, nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde 1916 außerplanmäßiger, 1920 ordentlicher Professor in Königsberg.

<sup>1293</sup> Doehring: Behm, Sp. 169.

<sup>1294</sup> Behm: Testament, S. 7, S. 24.

<sup>1295</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>1296</sup> Ebenda, S. 21, S. 36. Behm verwarf die Debatten über eine ‚arische‘ bzw. indogermanische Herkunft Jesu. Jesus sei in der Geschichte, Kultur und Religion Israels tief verwurzelt.

<sup>1297</sup> Vgl. Behm: Offenbarung; ders.: Einleitung, ders.: Volk. Vgl. die Werkliste Behms in: Doehring: Behm, Sp. 169–171; Geiser: Bibliografie, S. 9–12. Für seine neutestamentliche Einführung arbeitete Behm eng mit Heinrich Seesemann zusammen. Auffällig ist die ausdrückliche Berücksichtigung englischer und amerikanischer Fachliteratur. Behms Beitrag zur Oxforder Weltkirchenkonferenz

gegen stellte er das Buch *Geschichte und Geheimnis des Neuen Testaments*, das Kompendium einer Vorlesung des WS 1938/39, in apologetischer Absicht ausdrücklich in einen kirchenpolitischen Kontext. Behm verwehrt sich gegen die mittlerweile öfter zu hörende Ansicht, das Neue Testament trage weitgehend „jüdische Geistesart“ in sich: „Es ist die Urkunde einer Heilsbotschaft, die alles Judentum richtet, die dem Geist des Judentums zuwider ist und ihn bekämpft auf Sein und Nichtsein.“<sup>1298</sup> Dies gelte insbesondere für Paulus. Sein Damaskuserlebnis habe ihn nicht nur zu Jesus geführt, sondern markiere zugleich seinen Bruch mit dem Judentum. Jede historisch-kritische Prüfung, so Behm, widerlege, dass das Neue Testament den „Stempel jüdischen Geistes“ in sich trage. Es handle sich in seiner Gesamtheit um ein antisemitisches Werk.<sup>1299</sup>

### *Stiller Bekenner: Joachim Jeremias (1935–1969)*

Joachim Jeremias vertrat zwischen 1935 und 1969 das Neue Testament.<sup>1300</sup> Während seiner Studienzeit gehörte er dem Zeitfreiwilligenregiment Leipzig und dem konterrevolutionären *Verein Silberner Schild (Organisation Escherich)* an, 1920 nahm er in Leipzig an Kämpfen gegen ‚Spartakisten‘ teil.<sup>1301</sup> 1933 gehörte er wie Bauer zu den Unterzeichnern des Gutachtens *Neues Testament und Rassenfrage*, ein Jahr später unterzeichnete er unmittelbar vor der Ersten Reichsbekennnissynode eine Petition von 35 Theologieprofessoren, die sich gegen Reichsbischof Müller, den fortgesetzten Rechtsbruch und die Einführung des ‚Führerprinzips‘ in der Kirche aussprachen.<sup>1302</sup> Der *Bekennenden Kirche* schloss er sich wohl an, ohne engere Bindung

---

erschien im Furche-Verlag, die Beiträge des von Eugen Gerstenmaier herausgegebenen Sammelbandes *Kirche, Volk und Staat* deckten ein breites kirchenpolitisches Spektrum ab, einschließlich der *Bekennenden Kirche*.

<sup>1298</sup> Behm: *Geschichte*, S. 15–24, hier S. 16.

<sup>1299</sup> Ebenda, S. 20. Im Hauptteil behandelt Behm die paulinischen Briefe und die johanneischen Schriften. Vgl. Behms positive Rezension von Walter Grundmanns *Jesus der Galiläer und das Judentum* (1940), in: *Deutsche Literaturzeitung* 15/16 (1941), Sp. 338–343. Behm betrachtet die Grundmann-These von der nichtjüdischen Herkunft Jesu skeptisch, an dessen prinzipiellem Gegensatz zum Judentum hatte er keinen Zweifel.

<sup>1300</sup> Jeremias, Jahrgang 1900, verbrachte die wichtigen Jugendjahre zwischen 1910 und 1915 in Jerusalem, wo sein Vater als Propst an der Erlöserkirche wirkte. Nach seinem Studium der Theologie und Orientalistik trat er eine Repetentenstelle am Theologischen Seminar in Herrnhut an. Es folgte eine Dozentur am Herder-Institut in Riga, nach seiner Habilitation wurde er außerplanmäßiger Professor in Berlin und Direktor des *Institutum Judaicum*, dann 1929 Professor in Greifswald. Vgl. Jeremias: Jeremias; Janßen: Jeremias.

<sup>1301</sup> Am 29.9.1937 bestand Jeremias darauf, dass der Erhalt einer Freikorps-Urkunde („Einsatz für Deutschland“) in seiner Personalakte vermerkt wurde. Personalakte Jeremias im Dekanat der Theologischen Fakultät.

<sup>1302</sup> Bekenntnis und Verfassung in den evangelischen Kirchen (23.5.1934). Abgedruckt in Schmidt: *Bekennnisse* (1934), S. 81–83; Klän: *Kirche*, S. 344. Dagegen sprach sich Jeremias für eine stärkere Gewichtung der germanischen Religion im Studium aus, was zum SoSe 1934 auch bewilligt wurde. Meier: *Fakultäten*, S. 104; Klän: *Kirche*, S. 239. Am 22.3.1935 protestierte Jeremias gegen den Rust-Erlass vom 28.2.1935. UAG, Kur., 10549/6.

und hervorgehobenes Engagement.<sup>1303</sup> 1936 verfasste er in ihrem Namen eine Flugschrift gegen die in neuheidnisch und deutschkirchlichen Kreisen aktualisierten Vorwürfe der angeblichen Verfälschung der Botschaft Jesus durch den ‚Juden‘ Paulus.<sup>1304</sup> Eindeutig positionierte er sich ein Jahr später in der *Jungen Kirche* zu dem schwelenden Konflikt über die organisatorische Verfasstheit der Kirche. Wer behaupte, so Jeremias, es gäbe eine vom Glauben und Bekenntnis unabhängige Ordnung der Kirche, verlasse den Boden des Neuen Testaments.<sup>1305</sup> Dagegen beurteilte er die wissenschafts- und hochschulpolitischen Vorstellungen der *Bekennenden Kirche* insgesamt skeptisch. Als Wissenschaftler und Universitätslehrer erhob er nach der Augsburger Reichsbekenntnissynode grundsätzliche Bedenken gegen die Pläne zur Errichtung kirchlicher Hochschulen für reformatorische Theologie in Berlin-Dahlem und Elberfeld, die er in ihrer Konsequenz für selbstzerstörerisch hielt. Mit dem Verzicht auf die wissenschaftliche Ausbildung zukünftiger Pfarrer an den Universitäten unterstützte die *Bekennende Kirche* vorausseilend ministerielle Überlegungen zur Auflösung bzw. die Zusammenfassung norddeutscher theologischer Fakultäten, ebenso ihre von der *Deutschen Glaubensbewegung* geforderte Überführung in kirchliche Lehranstalten. Damit beschreite sie unwiderruflich den Weg von der Volks- in eine Freikirche.<sup>1306</sup>

Jeremias’ umfangreiches und breitgefächertes wissenschaftliches Werk umfasste historische, literarkritische, philosophische, papyrologische und archäologische Studien. Nach Wolfgang Wiefel gehörte er zu den wenigen Neutestamentlern, die gegenüber dem nachalttestamentlichen Judentum aufgeschlossen waren und sich auch um die jüdische Traditionsliteratur bemühten.<sup>1307</sup> Bis heute zählt Jeremias zu den bedeutendsten historisch-kritischen Exegeten des Neuen Testaments im 20. Jahrhundert.<sup>1308</sup> Meriten erwarb er vor allem durch seine Untersuchung der Verkündigung Jesu unter Einbeziehung der kulturellen Hintergründe und des zeitgenössischen und rabbinistischen Judentums. Zu seinem Hauptwerk zählt die in vier Teilbänden in den Jahren 1923, 1924, 1929 und 1937 erschienene Studie *Jerusalem zur Zeit Jesu*, in der Jeremias ausführlich die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Jerusalems beschreibt und analysiert. Eigenständige Veröffentlichungen der

<sup>1303</sup> Jeremias’ formale Mitgliedschaft ließ sich anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht verifizieren.

<sup>1304</sup> Jeremias: Hat Paulus die Botschaft Jesu verfälscht? [1936]. Flugblatt der BK, Nr. 14. LKAH, KKD, Nr. 131.

<sup>1305</sup> Jeremias: Ordnung, S. 582.

<sup>1306</sup> Jeremias an Hans von Soden am 10.8. bzw. 23.8.1935. Meier; Fakultäten, S. 189–221, hier S. 201–204. Bereits im Januar 1935 hatte Jeremias – wie auch Baumgärtel und Stange – einmalig an einem Treffen von BK-nähestehenden Professoren in Berlin teilgenommen, auf dem über Kontaktpersonen der *Bekennenden Kirche* an den einzelnen Fakultäten gesprochen wurde. Meier; Fakultäten, S. 180–183, hier S. 181.

<sup>1307</sup> Vgl. Wiefel: Strack, S. 116f.

<sup>1308</sup> Janßen: Jeremias. Ein Werkverzeichnis findet sich in Geiser: Bibliografie, S. 45–49; Eltester (Hg.): Judentum, S. XIX–XXX; Vgl. Matthew Black: Joachim Jeremias, in: ebenda, S. IX–XVIII.

Jahre 1935 bis 1945 waren *Die Abendmahlsworte Jesu* (1935) und *Hat die älteste Christenheit die Kindertaufe geübt?* (1938).<sup>1309</sup>



Abb. 26: Joachim Jeremias, 1935  
(Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Sammlung Voit)

Zu politischen bzw. kirchenpolitischen Fragestellungen äußerte Jeremias sich in seinem Wissenschaftswerk nicht. Allerdings plädierte er in seinem Beitrag *Volk und Kirche* für den Erhalt der Volkskirche und gegen die Freiwilligkeitskirche. Ansonsten wäre die Möglichkeit, das Evangelium ins Volk zu tragen, verloren. Gewichtiger schien ihm die Gefahr, dass nicht mehr die im Taufsakrament begründete vorausseilende Gnade Gottes die Gliedschaft in der Kirche begründe, sondern menschlicher Entschluss und Tat.<sup>1310</sup> Den stärksten sprachlichen Bezug zum NS-Staat stellte Jeremias in dem vierten Teilband seiner Jerusalem-Untersuchung mit dem bezeichnenden Untertitel *Die Reinerhaltung des Volkstums* her. Hier adaptierte er aktuelle Begriffe wie ‚Volkstum‘, ‚Volksgemeinschaft‘ und ‚blutmäßige Abstammung‘. Demnach war die gesellschaftliche Gliederung des Judentums „in bisher noch nicht beachtetem Maße“ von dem Grundgedanken der „blutmäßigen Reinerhaltung des Volkstums“ bestimmt. Die Zugehörigkeit zur Religionsgemein-

<sup>1309</sup> Vgl. Jeremias: *Abendmahlsworte*; ders: *Jerusalem*; ders: *Kindertaufe*.

<sup>1310</sup> Jeremias: *Kirche*, S. 555.

schaft wog jedoch schwerer als das ‚Rasseprinzip‘. Konvertierte Heiden zählten, so Jeremias, zwar nicht zum „reinrassigen Volkskern“, wurden aber in die „weitere Volksgemeinschaft“ aufgenommen und genossen Privilegien.<sup>1311</sup>

## Kirchengeschichte: Hermann Dörries und Martin Gerhardt

### *Zwischen den Reichen: Hermann Dörries (1929–1963)*

Hermann Dörries war der einzige Göttinger Theologe, der aufgrund seiner kirchenpolitischen Überzeugung in Konflikt mit der NSDAP geriet und dessen Arbeit einer massiven polemischen Kritik völkisch-deutschgläubiger Kreise ausgesetzt war.<sup>1312</sup> Zu Beginn des Umbruchjahres 1933 war dies keineswegs absehbar. Noch vor dem Inkrafttreten der Mitgliedsperre zum 1. Mai 1933 trat Dörries der NSDAP bei, später auch dem NSDDB. Seine kurzfristige Mitgliedschaft bei den *Deutschen Christen* löste er vermutlich aufgrund des brachialen staatlichen Vorgehens bei der kirchlichen Neuordnung und der Einsicht, dass sich der von ihm erhoffte kirchlich-volksmisionarische Aufbruch innerhalb und mit der *Glaubensbewegung* nicht durchsetzen ließ, bereits im Sommer 1933. Zu deren theologisch-kirchenpolitischen Vorstellungen markierte er wie dargestellt in seinem akademischen Festvortrag zum Lutherjubiläum 1933 eine deutliche Distanz. Mutmaßlich im Frühjahr 1935 schloss er sich als einziger Göttinger Theologieprofessor der *Bekennenden Kirche* an, hielt sich in kirchenpolitischen Angelegenheiten aber weitgehend bedeckt.<sup>1313</sup> Sein 1937 in der *Jungen Kirche* veröffentlichter Beitrag *Äußere Ordnung und lutherisches Bekenntnis* war diesbezüglich eine Ausnahme.<sup>1314</sup>

Dörries wirkte vor allem in seinem Universitätsamt. Ohne den öffentlichen, lärmenden Auftritt zu suchen, setzte er seinen Namen unter das bekannte Votum von 118 Theologieprofessoren, die im November 1934 Reichsbischof Müller zum Rücktritt aufforderten, am 12. März 1935 unterzeichnete er die Protestnote von sechs Göttinger Fakultätsmitgliedern gegen den Februar-Erlass von Reichsminister Rust zur kirchenpolitischen Enthaltensamkeit der deutschen Theologieprofessoren.<sup>1315</sup> Als Dörries Ende 1935 im Konflikt um Walter Birnbaum zur Sicherstel-

<sup>1311</sup> Jeremias: Jerusalem, B, Lfg. 2, S. 141.

<sup>1312</sup> Vgl. Andresen: Dörries; Wiegmann: Dörries; Gemeinhardt: Kirche. Zur Kirchengeschichte vgl. Oelke: Problembestimmung.

<sup>1313</sup> Für den Hinweis danke ich Aneke Dornbusch. Die nicht datierte Mitgliedskarte der Bekenntnisgemeinschaft der ev.-luth. Landeskirche Hannover findet sich in BArch, N 1721, Nr. 18. Dörries war weder in leitende Strukturen der landeskirchlichen *Bekenntnisgemeinschaft* noch auf Reichsebene eingebunden.

<sup>1314</sup> Hier bezog Dörries Stellung in der aktuellen Debatte über die Verfasstheit der Kirche. Grundsätzlich hielt er die äußere Ordnung der Kirche für wandelbar, zur Bekenntnisfrage werde sie nur im Falle äußerer Gewaltanwendung bzw. der Preisgabe der christlichen Lehre. Dörries: Ordnung, S. 586.

<sup>1315</sup> Vgl. Gemeinhardt: Kirche, S. 345–350. Die angefragte Mitarbeit in der *Theologischen Kammer* lehnte er ab. Dörries an den RKA am 18.2.1936. BArch, N 1721, Nr. 70.

lung der akademischen Lehre zusätzliche Lehraufträge forderte, attestierte ihm Hirsch trotz gegenläufiger kirchenpolitischer Haltung und obwohl er Dörries' Vorstoß ablehnte, dass seine Vorschläge keine „grobe Verletzung der Fakultätsgemeinschaft“ seien und die „politisch-staatliche Erziehungsgemeinschaft der Theologischen Fakultät“ nicht berührt sei.<sup>1316</sup> Kurzum: Er positionierte sich und verteidigte die akademische Lehr- und Forschungsfreiheit, die beamtenrechtlichen Grenzen und die durch seine kirchenpolitische Entscheidung entstandene Angriffsfläche waren ihm aber bewusst und führten zu vorsichtigen Abwägungsprozessen.



Abb. 27: Hermann Dörries, 1933 (Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Sammlung Voit)

Anfang 1936 führte ihm eine zur Affäre aufgebauschte Nichtigkeit seine fragile Stellung nachdrücklich vor Augen. In einem Gespräch mit dem deutschchristlichen Fachschaftsführer Adolf Weidner lehnte Dörries die Anfrage für eine Teilnahme an dem kommenden Fachschaftslager aus

gesundheitlichen Gründen ab, verwies ihn aber – ohne Erfolg – auf Jeremias. Er selbst stimmte dem Lagergedanken grundsätzlich zu, wünschte sich aber eine stärkere Berücksichtigung von BK-Standpunkten. Viele Studenten fühlten sich, so Dörries, unter Druck gesetzt. Dem schloss sich ein allgemeiner Austausch über das Klima, die Möglichkeiten ergebnisoffener Diskussionen und die Freiwilligkeit der Teilnahme an Fachschaftslagern an. Dörries ging es, so seine Selbstwahrneh-

<sup>1316</sup> Birnbaum an Hirsch am 19.12.1935; Hirsch ab Birnbaum am 20.2.1935. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

mung, um Vermittlung, das vermeintlich private Gespräch bewertete er als konstruktiv, offen und positiv. Dagegen warf ihm der Göttinger NSDDB-Führer Arthur Schürmann im Nachhinein vor, die Fachschaftsarbeit zu behindern und die Studenten von einer Teilnahme abzuhalten.<sup>1317</sup> Diese Sichtweise aber ging allein auf Hirsch zurück, der den Inhalt des Gespräches mit Weidner nur vom Hörensagen kannte. Die kolportierte Beschwerde der Fachschaft gab es nicht.<sup>1318</sup> Dörries warf seinem Dekan, der vorab keine Klärung in einem persönlichen Gespräch gesucht hatte, daraufhin einen massiven Vertrauensbruch vor. Während sich die Angelegenheit an der Universität rasch erledigte, erzeugte sie an anderer Stelle Nachhall.<sup>1319</sup> Anfang April erhielt Dörries eine Beschuldigtenvorladung des NSDAP-Kreisgerichts Göttingen, da er nach seinem Verhalten „nicht restlos auf dem Boden des Nationalsozialismus“ stehe. Letztendlich wurde das Parteigerichtsverfahren mit einem Verweis wegen ‚unrichtigen‘ Verhaltens eingestellt und endete aus der Sicht Dörries’ glimpflich.<sup>1320</sup>

In seiner Stellung als Beamter, Wissenschaftler und akademischer Lehrer blieb Dörries unangetastet. Der Schlüssel dafür lag neben seiner fachlichen Anerkennung in der Fähigkeit, seine Rolle als Bekenntnistheologe, verbeamteter Staatsdiener und Nationalsozialist verbinden zu können und die Rechte und Pflichten eines „Amtsträgers des nationalsozialistischen Staates“ gewissenhaft wahrzunehmen.<sup>1321</sup> Gegen die nationalsozialistische Umgestaltung der staatlichen Hochschulen erhob er keine Einwände. Die Theologische Fakultät sollte als ihr selbstverständlicher Bestandteil eine solide Ausbildungsstätte für zukünftige Theologen sein und Raum

---

<sup>1317</sup> Dörries beendete ein Telefonat abrupt, da er den Tonfall Schürmanns gegen „einen erheblich älteren Kollegen“ für unangemessen hielt. Niederschrift über die Gespräche mit Weidner/Schürmann, undatiert. Dörries an den Rektor am 24.1.1936. BArch, N 1721, Nr. 70. Nach dem Krieg gab Dörries an, Schürmann habe ihm „Sabotage am Aufbauwerk des Führers“ vorgeworfen. Anlage zum Fragebogen, ausgefüllt am 16.8.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200.

<sup>1318</sup> Weidner an Dörries am 15.2.1936. BArch, N 1721, Nr. 60. Im Nachlass Dörries wird die Akte als *Denunziation Hirsch* geführt. Zeitgleich führte Hirsch die theologischen Fachlager der studentischen Bekenntnisgemeinschaft auch auf die „warme Befürwortung“ durch Dörries zurück. Hirsch an Kurator am 21.2.1936. UAG, Theol. SA, Nr. 142; Gemeinhardt: Kirche, S. 350.

<sup>1319</sup> Eine Klärung ist ausweislich der Aktenlage nicht erfolgt, vielmehr scheint die Angelegenheit versandet zu sein. Ein Ergebnis war die dauerhafte Nichtbeteiligung Dörries’ an der Fachschaftsarbeit. Nach dem Krieg äußerte sich Dörries positiv über die Amtsführung Neumanns. Dieser habe sich seinerzeit, als er – vermeintlich – in seinem Amt gefährdet war, hinter ihn gestellt. Leumundszugnis Dörries vom 20.7.1946. BArch, N 1721, Nr. 70. In einem Gespräch am 14.10.1972 teilte Dörries Robert P. Ericksen mit, dass Neumann ihn vor einer Einweisung in ein Konzentrationslager bewahrt habe. Ericksen: Theologen, S. 228. Diese Aussage ließ sich anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht verifizieren.

<sup>1320</sup> Kreisleiter an das Kreisgericht Göttingen am 6.4.1936. Zitiert nach Ericksen, Widerstand, S. 76. Vorladung NSDAP-Kreisgericht I und II Göttingen vom 22.4.1936; NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig am 24.6.1936 an Dörries. BArch, N 1721, Nr. 60. Vgl. die Unterlagen zu einer weiteren Denunziation im Oktober 1938 wegen der vermeintlichen Nichtbeteiligung an einer Straßensammlung in UAG, Kur., Nr. 10165/7. In diesem Fall rückte Hirsch die Angelegenheit gegenüber dem Rektor, dem NSDDB und der NSDAP zurecht.

<sup>1321</sup> Gemeinhardt: Kirche, S. 344.

für theologische Wissenschaft bieten. 1941 nahm ihn die *Göttinger Akademie der Wissenschaften* trotz seiner bekannten kirchenpolitischen Haltung als ordentliches Mitglied auf.<sup>1322</sup> Ein Wechsel an eine andere Universität stand zu keiner Zeit zur Debatte.

Dörries war ein Schüler von Karl Müller und Adolf Jülicher. Seine Wissenschaftsschwerpunkte lagen zuerst auf dem Gebiet der Patristik und dem Mönchtum, dazu traten seit 1933 die intensive Beschäftigung mit Luther und dem frühmittelalterlichen Verhältnis von ‚Germanentum‘ und Christentum.<sup>1323</sup> Auch landeskirchenhistorisch trat der gebürtige Hannoveraner nun in Erscheinung, nachdem seine Vorstandsarbeit für die *Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte* und die Mitherausgeberschaft des Jahrbuchs bis dahin ohne publizistischen Ertrag geblieben war. Hinter diesem Schwenk lässt sich unschwer der Einfluss der veränderten politischen und kirchlichen Rahmenbedingungen erkennen. In seinem wissenschaftlichen Werk war ‚1933‘ eine Zäsur. Dörries reagierte auf die Zeit und nahm in der zweiten Phase seines literarischen Schaffens einen neuen Katalog geschichtlicher Themen „in Angriff“. In seinen Arbeiten zu Luther, der ‚deutschen Mystik‘ und der ‚Germanenmission‘ beackerte er besonders umstrittene Themenfelder der Kirchengeschichtsschreibung in den Jahren 1933 bis 1945.<sup>1324</sup> Dörries selbst führte dies später auf seine theologische Neuaneignung Martin Luthers zurück:

*Zu Luther bin ich gekommen in der Krise des Jahres 1933, als gegenüber dem Angriff des ‚Neuen‘ das mitgebrachte Erbe des 19. Jahrhunderts sich mir nicht als widerstandsfähig erwies und es galt, festes Gestein zu erreichen. Erst bei Luther fand sich der sichere Standort.*<sup>1325</sup>

<sup>1322</sup> Krahnke: Mitglieder, S. 71.

<sup>1323</sup> Ein Forschungsschwerpunkt lag auf den Messalianern. Der Beweis, dass es sich bei Symeon von Mesopotamien und Makarios um ein und dieselbe Person handelte, gehört zu den bleibenden Leistungen Dörries'. Dörries: Symeon. Vgl. Urteil und Verteilung. Kirche und Messalianer. Zum Umgang der Alten Kirche mit Häretikern, in: ders.: Wort, Bd. 1; ders.: Die Theologie des Makarios-Symeon, Göttingen 1978. Vgl. die knappe Gesamtschau bei Andresen: Dörries. Zwischen 1966 und 1970 veröffentlichte Dörries eine dreibändige, über zwölfhundert Seiten umfassende Gesamtschau seiner gesammelten Studien zur Kirchengeschichte des vierten Jahrhunderts (Bd.1), zur Geschichte der Kirche im Mittelalter (Bd. 2) und zum Verständnis Luthers (Bd. 3). Dörries: Wort.

<sup>1324</sup> Andresen: Dörries, S. 45; Oelke: Problembestimmung, S. 26f. Die stärkere Gewichtung reformatorischer Themen und insbesondere der Person Luthers erfolgte bereits in den 1920er Jahren. Bis 1938 war Dörries Mitherausgeber der *Theologischen Literaturzeitung*. Konkrete Aktivitäten ließen sich anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht nachweisen.

<sup>1325</sup> Dörries: Wort, Bd. 3, Vorwort, S. V. 1942 widmete Dörries Hans von Soden zu seinem 60. Geburtstag den Aufsatz *Gottesgehorsam und Menschengehorsam bei Luther* über dessen Auslegung von Apg. 5,29 („Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“). In Übereinstimmung mit Luther sah er der Autorität von Staat und Kirche als weltliche Ordnungen im 1. Gebot eine zeitlos-prinzipielle Grenze gesetzt. Ohne politische Aktualisierung mahnte er den Staat, auch in Extremsituationen nicht sich selbst oder die eigene Weltanschauung zum Maßstab seines Handelns zu machen. Dörries: Gottesgehorsam. Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 144–147, hier S. 146f. Mitte der 1930er Jahre



In den 1930er Jahren erhielt die (populär-)wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Missionierung der germanischen Stämme im frühen Mittelalter starken Auftrieb. Im Mittelpunkt stand dabei weniger der historische Prozess der Annahme des christlichen Glaubens, sondern die Rolle des Christentums in der – nationalsozialistischen – Gegenwart. Es ging nicht um Erkenntnisgewinn, sondern um Deutungshoheit entlang bereits zuvor festgelegter Überzeugungen.<sup>1326</sup> Mit Publikationen über die Bekehrung der Sachsen bzw. der deutschen Stämme, den *Heliand*, den frühmittelalterlichen Gelehrten Gottschalk von Orbais (Gottschalk der Sachse) und den Theologen und Philosophen Eckart von Hochheim („Meister Eckart“) beteiligte sich Dörries an dieser „Deutungsschlacht“.<sup>1327</sup> All seine Schriften zeigen einen ähnlichen Zuschnitt. Einleitend wies er auf aktuelle und seiner Meinung nach falsche Deutungen des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes hin, die er dann mit einer zeitgebundenen Interpretation historischer Quellen argumentativ zu widerlegen versuchte. Die apologetische Stoßrichtung seiner Schriften ist evident. Es handelte sich um Abwehrschriften gegen die „propagandistische Inanspruchnahme der Vergangenheit durch den völkischen Glauben“.<sup>1328</sup> Für ihn orientierte sich die „Religion der sogenannten Deutschgläubigen“ an einem ahistorischen und bereits widerlegten Wunschbild, hinter dem Dörries – hier tritt der konfessionsbewusste antiliberaler Lutheraner zutage – trotz des verklärenden Rückgriffs auf die „eigene“ Geschichte vor allem ideengeschichtliche Einflüsse der Aufklärung erkannte. Die Bedrohung, die Dörries in den antichristlichen Populärthesen deutschgläubiger und neuheidnischer Kreise wahrnahm, zeigt sich auch darin, dass er sich nicht auf ihre wissenschaftliche Widerlegung beschränkte, sondern in die direkte Konfrontation ging. In einem offenen Brief *Ist der Deutschglaube deutsch?* griff er den Tübinger Professor für Religionswissenschaft und „Führer“ der *Deutschen Glaubensbewegung* Wilhelm Hauer am 16. Juli 1934 direkt an. Er warf ihm grobe Unwissenschaftlichkeit sowie die Zurücksetzung der Christen als Deutsche zweiter Klasse vor: „Wir liegen im Krieg miteinander, verehrter Herr Kollege.“<sup>1329</sup>

Als erster wissenschaftlicher Beitrag erschien 1934 der Aufsatz *Germanische Religion und Sachsenbekehrung*. In diesem widersprach Dörries der These, bei der Missionierung der Germanen habe es sich vor allem um eine Schwert- und Zwangsbekehrung gehandelt. Karl der Große habe seine „Sachsenkriege“ allein aus machtpolitischen Gründen und zur Vergrößerung seines Territoriums geführt, die da-

---

gab es einen von Dörries geleiteten *Lutherkreis*, der auch fortgesetzt wurde, nachdem die meisten Teilnehmer die Universität verlassen hatten. Vgl. die Unterlagen in BAArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>1326</sup> Vgl. Brennecke: Arianismus, S. 310–313; Retter: Protest, S. 195–203. Brennecke verweist auf die große Anzahl der Veröffentlichungen bis 1939, die im dreistelligen Bereich lag. Unter ihnen waren viele Broschüren. Der Ertrag nach einem engeren Wissenschaftsverständnis fiel gering aus.

<sup>1327</sup> Vgl. Dörries: *Heliandfragen*; ders.: *Stämme*; ders.: *Meister*; ders.: *Gottschalk*; ders.: *Heinrich*.

<sup>1328</sup> Krumwiede: *Kirchengeschichte*, S. 560.

<sup>1329</sup> Dörries: *Deutschglaube*, S. 4. Dörries schlug Hauer ein Experiment vor. Texte von zuerst nicht genannten Verfassern sollten auf ihren ‚indogermanischen‘, ‚semitischen‘ bzw. ‚kleinasiatischen‘ Einschlag geprüft werden.

raufhin einsetzende Missionstätigkeit habe dieser Zielsetzung entsprochen. Die Gegenthese, es habe sich um einen „Religionskrieg“ mit dem Ziel der Unterjochung der ‚Deutschen‘ in „geistige Knechtschaft“ gehandelt, hielt Dörries für nicht haltbar. Ebenso seien die sächsischen Aufstände, die mit mehreren Tausend Toten (u.a. *Blutgericht von Verden*, 728) einen hohen Blutzoll forderten, mitnichten ein „Martyrium“ und ein Eintreten für einen germanischen Glauben gewesen. Diesen habe es als „ungestaltete Natur“ ohnehin nie gegeben.<sup>1330</sup> In seiner Schlussbetrachtung verknüpfte Dörries miteinander verwobene Prozesse. Die Annahme des Christentums sei das Ergebnis der „hingebenden Arbeit“ der frühen Missionare gewesen, die auch wegen der „germanischen Neigung, dem stärkeren Gotte zu dienen“, auf fruchtbaren Boden gestoßen sei. Das Christentum habe den ‚Germanen‘ Antworten auf ihre fundamentalen Fragen „gebracht“, sodass sie den neuen Glauben in freier Entscheidung annahmen.<sup>1331</sup> Diese Entscheidung habe sich, so Dörries, als unendlich segensreich erwiesen. Auf ihr beruhe die Entfaltung des deutschen Wesens: „Die deutsche Geschichte ist die Geschichte Deutschlands mit dem Christentum.“ An anderer Stelle resümierte er prägnant: „Wir sind durch die Kirche ein Volk geworden!“<sup>1332</sup>

Dörries' Schrift zur Sachsenbekehrung wurde als Sonderdruck kostengünstig abgegeben.<sup>1333</sup> Ihre offensive und erfolgreiche Verbreitung provozierte Gegenreaktionen seiner weltanschaulichen Gegner. In lokalen/regionalen Zeitungen erhob der völkische Schriftsteller Walter von Ungnad schwere Vorwürfe gegen den Göttinger Theologen. So attackierte er Dörries in einem ganzseitigen Beitrag für das *Göttinger Tageblatt* als einen Kirchenhistoriker, der noch immer in einem mittelalterlich-finsterscholastischen Denken verharre und sich in seiner „blinden-dogmatischen Überheblichkeit“ als eines deutschen Historikers unwürdig erweise.<sup>1334</sup> Eine ‚Rezension‘ in der deutschgläubigen Zeitschrift *Durchbruch. Kampf-*

<sup>1330</sup> Dörries: *Religion*, S. 1–21, hier S. 20. Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 138–141.

<sup>1331</sup> Dörries *Religion*, S. 21f.; S. 27.

<sup>1332</sup> Dörries: *Religion*, S. 32; ders.: *Stämme*, S. 14. Auf S. 15 schrieb Dörries: „Indem die Kirche die germanische Religion ablöste, befreite sie den Menschen von dem Grauen der Angst, das die germanischen Menschenopfer umwitterte. Indem sie die Blutrache verbot, beendete sie die religiösen Geschlechterfehden und schuf die Grundlagen der Volksgemeinschaft. Indem sie dem germanischen Schicksalsglauben den christlichen Glaubensmut entgegensetzte, der gerade in der scheinbar sinnlosen Geschehensgewalt Gottes Führungswillen am Werk sieht, ließ sie die Menschen Gottvertrauen und Lebenszuversicht gewinnen.“

<sup>1333</sup> Bereits Ende April 1935 wurde die Schrift in dritter Auflage vertrieben. Von den 8.000 gedruckten Exemplaren waren rund fünftausend ‚honoriert‘. V&R an Dörries am 27.4.1935. Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek Berlin. Preußischer Kulturbesitz, NL 494, G 1888–1936. G 1935, Bl. 596–613. 1942 war auch die dritte Auflage vergriffen. V&R an Dörries am 16.9.1942. NL 494, G 1837–1970, Tasche 38, Bl. 576. Vgl. die Vortragsanfrage vom Verdener Superintendent Heinrich Garrelts vom 9.11.1935. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>1334</sup> Walter von Ungnad: *Germanische Religion und Sachsenbekehrung*. Oder: Ein Göttinger Theologieprofessor schreibt einen Religionsroman, in: *Niedersächsische Tageszeitung* vom 10.8.1934; *Germanische Religion und Sachsenbekehrung*, in: *GT* vom 11.8.1934. Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 139f.

*blatt für deutschen Glauben, Rasse und Volkstum* war in einem ähnlichen Tenor gehalten. Noch weiter ging Robert Fell, Leiter einer NSDAP-Gauschule, der in der vermeintlichen Parteinahme Dörries' für Karl den Großen eine Entscheidung gegen sein ‚eigenes‘ Volk sah und dies in einem NSDAP-Schulungsbrief zu einem Beleg für die kirchliche Bekämpfung des Nationalsozialismus übersteigerte.<sup>1335</sup> Soweit nachvollziehbar entfalteten die Angriffe keine direkte Wirkung, wobei insbesondere der wirkungsvoll platzierte Beitrag im *Tageblatt* mit ehrwürdigen Zwischenüberschriften wie *Weitere Verfälschungen der Auffassungen über unsere Vorfahren durch einen Göttinger Theologieprofessor* durchaus ein gewisses Drohpotential hatte und geeignet war, die wissenschaftliche Reputation Dörries' zu schmälern.<sup>1336</sup> Direkte Reaktionen von der Theologischen Fakultät, der Universität bzw. der Landeskirche sind nicht bekannt.<sup>1337</sup>

Den skizzierten Grundgedanken griff Dörries in einem Beitrag zum *Heliand* erneut auf. Kern seiner Untersuchung war der Umgang des unbekannt gebliebenen Dichters mit dem vorchristlichen Erbe. Dieser habe zwar altgermanische Begriffe und lebensweltliche Bezüge aufgenommen, sie aber im Sinne einer Inkulturation umgedeutet und so seinen Hörern und Lesern fruchtbar gemacht. Kein Zweifel bestand für Dörries daran, dass der Tenor des altsächsischen Versepos im Kern christlich-biblich bestimmt sei:

*Es ist für uns ein tief sinniges und mahnendes Zeichen, daß am Anfang der alten wie der neueren deutschen Geschichte nicht wie bei anderen Völkern ein Nationalepos, die dichterische Verklärung der eigenen Art steht, sondern mit dem Heliand und Luthers Bibelübersetzung etwas viel Schlichteres und viel Größeres, das Evangelium auf Deutsch.*<sup>1338</sup>

In seinem Aufsatz über Gottschalk von Orbais erteilte er jeder Deutung der umstrittenen und vor der Reichssynode in Mainz und der Synode von Quierzy verhandelten Aussagen zur Prädestination als „Kampf“ gegen die christliche „Fremdlehre“, in der angeblich „nordische[r] Geist“ und alter „Sachsglaube“ sichtbar werden, eine Absage.<sup>1339</sup> Vielmehr habe Gottschalk „das unbedingte Vorrecht der christlichen Botschaft vor allen anderen Werten“ erkannt und ihre „weltüberwindende Kraft“ bekundet. Deshalb prallten an der „persönlichen Haltung dieses mannhafte[n] Sachsen“, so Dörries, manche „modernen antichristlichen Vorwürfe“

<sup>1335</sup> Gelehrte Ahnenverleugnung, in: *Durchbruch. Kampfblatt für deutschen Glauben, Rasse und Volkstum* vom 18.9.1935; Robert Fell: So kämpft der Feind gegen den Nationalsozialismus, in: NS-Briefe. Schulungsblätter der NSDAP im Rhein-Main-Gebiet 50 (1936). Abschrift in NLA HA, Nds 171 Hildesheim, Nr. 9200.

<sup>1336</sup> Der *Durchbruch* forderte Konsequenzen. In die Worte eines Studenten gekleidet, warf er die Frage auf, warum ein Mann mit derartigen Ansichten noch lehren dürfe.

<sup>1337</sup> Im Vorwort zur 2. Auflage qualifizierte Dörries die geäußerte ‚Kritik‘ mit Datum vom 4.10.1934 ohne Konkretisierung als nichtwissenschaftlich. Dörries: Religion, Vorwort. Vgl. Dörries: Eine Erwiderung, in: GT vom 26.9.1935.

<sup>1338</sup> Dörries: *Heliandfragen*, S. 21. Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 140–142.

<sup>1339</sup> Dörries: Gottschalk, S. 119. Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 142–144.

ab.<sup>1340</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kam er in dem ebenfalls 1937 veröffentlichten Aufsatz über den Dominikanermönch Eckart von Hochheim. ‚Meister Eckart‘ sei zwar ein ‚vorbildlicher Deutscher‘ gewesen, der ‚Geist und Gemüt der Deutschen für die christliche Wahrheit zu gewinnen suchte‘, vor allem aber ein ‚christlicher Zeuge‘, der als Gelehrter und Mönch trotz des Inquisitionsprozesses in Köln/Avignon seinem Glauben und dem Papst treu blieb. Gegen die deutschgläubige Vereinnahmung gewandt, fasste er zusammen:

*Nicht länger kann mit Eckardts [sic!] Namen gedeckt werden: die Selbstgerechtigkeit der Menschen vor seinem Schöpfer, der Selbstbetrug über Gottes Gebote und seinen Zorn, die Hingegebenheit an die Träume und Gedanken des Herzens, in eitlem oder verzweifeltem Suchen nach Ewigkeit und Einheit, die man sich selbst erringen möchte. Und auch die gerühmte ‚religiöse Unmittelbarkeit‘ hat an Eckhardt keinen Anwalt mehr. Sie bleibt – wie Eckardt mit Luther urteilt – den ‚leichtfertigen fliegenden Geistern‘, die ‚ohne Brücke und Steg zu der Majestät klettern‘ wollen und ‚den Hals drüber stürzen‘. Wer dafür einen Lehrer sucht, mag sich an dem jüdischen Aufklärungsphilosophen Moses Mendelsohn halten; der große Ordensmeister versagt sich ihm!<sup>1341</sup>*

Die kirchenpolitische Absicht Dörries' kam in dem Eckart-Aufsatz und in seinem ein Jahr später veröffentlichten Beitrag *Germanische Nationalkirchen* am stärksten zum Tragen. Seit seiner Wiederentdeckung im frühen 19. Jahrhundert war ‚Meister Eckart‘ in Deutschland breit rezipiert worden, seit der Jahrhundertwende auch unter antikatholischen bzw. -christlichen Vorzeichen. Der Dominikanermönch wurde zum ‚größten Freigeist des Mittelalters‘ stilisiert, der alle Gebundenheit an die Kirche verloren habe.<sup>1342</sup> Völkisch-rassistische Adepten wie der einflussreiche Philosoph Hermann Schwarz, sein deutschgläubiger Fachkollege Ernst Bergmann, der die Überwindung des jüdisch bestimmten Christentums durch die Rückkehr zu einer ‚völkischen Mystik‘ propagierte, und Alfred Rosenberg knüpften an diese Deutung an und stülpten Eckart ihre Gedankengebilde über. Gerade Rosenberg, seit Januar 1934 *Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP*, betrachtete Eckart – ‚der größte Apostel des nordischen Abendlandes‘ – als den bedeutendsten deutschen Denker überhaupt und wies ihm als Stichwortgeber und Schöpfer einer nachchristlichen (und auf dem Rosenberg'schen Konstrukt der Rassenseele beruhenden) Religion eine Schlüsselstellung in der germanischen Kulturgeschichte zu.<sup>1343</sup> Mit seiner Eckart-Schrift bezog Dörries gegen eine mächtige Parteigröße Stellung, die

<sup>1340</sup> Dörries: Gottschalk, S. 128.

<sup>1341</sup> Dörries: Meister, S. 21. Dörries verwendet die Schreibweise mit ‚dt‘.

<sup>1342</sup> Zur Rezeptionsgeschichte vgl. Fues: Mystik, S. 29–121; Soudek: Meister, S. 51–68, insb. S. 57–61, hier S. 58; Flasch: Meister, S. 185–197.

<sup>1343</sup> Rosenberg: Mythos, S. 217–259, hier S. 218.

er zudem in eine geistige Linie von Aufklärung, Frühliberalismus und Judentum stellte.<sup>1344</sup>

Blieb sein Eckart-Aufsatz unbeanstandet, wurde der Sonderdruck seines ursprünglich in der *Jungen Kirche* erschienenen Beitrages *Germanische Nationalkirchen* im Februar 1938 von der Staatspolizeidienststelle Hildesheim gemäß §7 der *Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes* vom 4. Februar 1933 verboten.<sup>1345</sup> Es handelte sich um die einzige derartige Maßnahme gegen ein Mitglied der Göttinger Theologischen Fakultät. Inhaltlich beschäftigte sich Dörries mit dem sogenannten germanischen Arianismus des 4. bis 6. Jahrhunderts. Er wollte zeigen, dass „in den ältesten germanischen Volkskirchen der Völkerwanderungszeit“ die Ziele „einer innigen Verbindung von Kirche und Staat, von Religion und Volksleben“ verwirklicht waren und diese Form der „volksverbundene[n] Religion“ mitverantwortlich für ihren Untergang waren: „Ihnen selbst aber gab ihr Glaube weder das Bewußtsein einer höheren Sendung noch einen festen Rückhalt gegen die Anfechtung der geschichtlichen Widerfahrnisse. Und so konnten sie weder innerlich noch äußerlich standhalten. [...] An ihrer Nationalkirche sind die arianischen Germanenreiche zugrunde gegangen.“<sup>1346</sup> Der provokativen Brisanz des titelgebenden Reizwortes ‚Nationalkirche‘ war sich Dörries bewusst. Obwohl er zwischen den arianischen Germanen und „der nationalkirchlichen Bewegung unserer Tage“ die „größten Unterschiede“ ausmachte, war sein Aufsatz ein Frontalangriff auf die zurzeit stattfindende organisatorische Neuaufstellung des radikal völkischen Flügels der *Deutschen Christen* und deren kirchlich-theologische Programmatik:

*Die Staatsverbundenheit der Kirche war bezahlt mit der Preisgabe des der Kirche mitgegebenen Auftrags. Ihre Artgemäßheitieß zuerst Beibehalten und dann Behaupten eines Großteils des heidnischen Volksglaubens. Ihr Bibelglaube vertrug es nicht, auf seine Schriftgemäßheit geprüft zu werden. Der von ihnen verkündigte Himmels Herr, mit alttestamentlichen Zügen geschildert als der Schöpfer und Gesetzgeber, oder nach heidnischer Weise vorgestellt als der mächtige Schutzherr im irdischen Kampf um Selbstbehauptung, Sieg und Ruhm – er ist nicht der Christus des Neuen Testaments.<sup>1347</sup>*

<sup>1344</sup> In der breiten kirchlichen Ablehnung Rosenbergs weit über die *Bekennende Kirche* hinaus konnte sich Dörries freilich sicher sein. Vgl. Iber: Glaube. Fritz Söhlmann, Herausgeber der *Jungen Kirche*, berichtete Dörries am 11.8.1937 über den großen Anklang, den seine Eckart-Schrift gefunden habe. Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek Berlin. Preußischer Kulturbesitz, NL 494, G 1926–1939, Tasche 38, Bl. 594.

<sup>1345</sup> Dörries: Nationalkirchen; Staatspolizeidienststelle Hildesheim am 16.2.1938: Verbot Sonderdruck (Drucklegung) der Schrift *Germanische Nationalkirchen* nach §7 zum Schutz von Ehre und Volk vom 4.2.1933. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200. Vgl. Gemeinhardt: Kirche, S. 351–352; Retter: Protest, S. 271–288, hier S. 275. Bei dem Sonderdruck handelte es sich um eine erweiterte Fassung. Da nur er verboten wurde, nicht aber die entsprechende JK-Ausgabe, bezog Dörries das Verbot unmittelbar auf den Inhalt. Dörries an das REM am 19.2.1938. BArch, N 1721, Nr. 70.

<sup>1346</sup> Dörries: Nationalkirchen, S. 110.

<sup>1347</sup> Dörries: Nationalkirchen, S. 109f.

So projizierte Dörries die Versuchung, der die arianischen Germanenreiche in seiner Deutung erlegen waren, in seinem abschließenden und vernichtenden Urteil auf die Gegenwart: „das Evangelium unserer Eigenart zu unterwerfen, statt uns ihm zueigen zu geben, und eine deutsche Kirche zu gründen, in der *wir* die Herren sind, nicht Gottes Wort.“<sup>1348</sup>

Das Reichspropagandaministerium kam zu dem Ergebnis, der Aufsatz enthalte „eine Fülle von Angriffen gegen die nationalsozialistische Geschichtsauffassung und Kirchenpolitik“, und unterstützte die Verbotsverfügung.<sup>1349</sup> Hirsch, der wenige Tage nach einer Eingabe Dörries' an das REM um Stellungnahme gebeten worden war, griff diese Deutung auf. Im engeren Sinne, so Hirsch, verfolge der Aufsatz zwar kein politisches Ziel, er richte sich aber gegen alle, die eine innere Verbindung von Deutschtum und Christentum, d.h. ein Christentum deutscher Art anstrebten, also auch gegen ihn selbst.<sup>1350</sup> Insofern war den Anstrengungen Dörries' für eine erneute Freigabe kein Erfolg beschieden. Gegenüber dem REM hatte er mit dem rein wissenschaftlichen Charakter seines Beitrages argumentiert, den er zudem in aktuelle Debatten gestellt sehen wollte. Neben der Verteidigung der akademischen Lehr- und Forschungsfreiheit ging es ihm auch um seine Ehre. Als Professor, NSDAP-Mitglied seit 1933 und Nationalsozialist zeigte er sich von dem Vorwurf der versteckten Angriffe auf die „nationalsozialistische Geschichtsauffassung“ schwer getroffen: „Danach kann ich versichern, daß der Aufsatz keinerlei Angriffe gegen den Nationalsozialismus enthält, auf dessen Boden ich selber stehe.“<sup>1351</sup> Diese positive Bezugnahme und der Hinweis auf seine Parteimitgliedschaft waren mehr als eine Schutzbehauptung. Noch im April 1938 hielt es Dörries, so Peter Gemeinhardt, für möglich, in seinem Werk die politische und die kirchlich-theologische Ebene trennen zu können.<sup>1352</sup>

Dörries' Aufsatz *Germanische Religion und Sachsenbekehrung* wurde 1970 in einem Sammelband zur Eingliederung der Sachsen in das Frankenreich erneut abgedruckt. In einem knappen Nachwort bezeichnete Dörries ihn als eine „Streit-

<sup>1348</sup> Dörries: Nationalkirchen, S. 111. [Hervorhebung im Original]. Die offensichtliche Gleichsetzung mit aktuellen Bestrebungen wies ein nationalkirchlicher Student, der den Sonderdruck von Dörries persönlich erhalten hatte, zurück. N.N. an Dörries am 22.3.1937. BArch, N 1721, Nr. 35.

<sup>1349</sup> RMP an den JK-Schriftleiter Fritz Söhlmann am 15.3.1938. NLA HA, NDS 171 Hildesheim, Nr. 9200. Der JK wurde zugleich ein scharfer Verweis erteilt. Jede weitere Beanstandung würde ein Verbot nach sich ziehen.

<sup>1350</sup> Hirsch an das REM am 8.4.1938. UAG, Theol. PA, Nr. 102. Wissenschaftlich hielt Hirsch den Beitrag aufgrund der seiner Meinung nach verzerrenden und teils falschen Darstellung der historischen „Realität“ für einen „Fehlgriff“. Um ihn nicht unnötig aufzuwerten, plädierte er dennoch für eine Freigabe. In diesem Falle könne er, so Hirsch, eine wissenschaftliche Widerlegung veranlassen. Am 17.4.1938 folgte Mattiat dieser Sichtweise. UAG, Kur., Nr. 10165/7.

<sup>1351</sup> Dörries an das REM am 5.4.1938, in UAG, Theol. PA, Nr. 102.

<sup>1352</sup> Gemeinhardt: Kirche, S. 352. Im zweiten Band von Dörries Gesamtschau *Wort und Stunde* sind die Aufsätze über die ‚Nationalkirche‘ und über Gottschalk als „Zeitdokumente“ unverändert abgedruckt. Sie zeigen, so Dörries einleitend, „was im Jahr 1936 zu drucken noch möglich war und was im Jahr 1938 nicht mehr erlaubt wurde“. Dörries: Wort, Bd. 2, Vorwort, S. VII.

schrift“, die seinerzeit gegen Versuche, die „sächsische Frühzeit für weltanschauliche Interessen in Anspruch zu nehmen“, gerichtet gewesen sei. Deshalb verbiete es sich, das Zeitkolorit zu tilgen oder neue Forschungsergebnisse einzuführen.<sup>1353</sup> Mit seinem Widerspruch gegen politisch motivierte, wissenschaftlich nicht haltbare ‚Glaubenssätze‘ wollte er einen Beitrag zur Verteidigung des Christentums und seiner zentralen Bedeutung für die deutsche Geschichte leisten. Dass er das germanische Erbe der freiwillig-evolutionären Annahme des Christentums zu einer Quasi-Voraussetzung für die Herausbildung eines deutschen Reiches erhob, ermöglichte ihm den weiterhin positiven Bezug auf eine eng verzahnte und irreversible Bindung von Volkstum und Christentum, die er zugleich von der verzerrten „Pseudowissenschaft“ und der Blut-und-Boden-Konzeption der Völkischen abgrenzte. Damit aber versah Dörries seine Arbeiten mit einem hohen Aktualitätsbezug, nur mit anderen Ergebnissen als die Deutschgläubigen.<sup>1354</sup> Aus kirchenhistorischer Perspektive sind in seinen ‚Germanen‘-Aufsätzen die Grenzen zur Legitimationswissenschaft fließend.<sup>1355</sup>

*Evangelischer Nationalsozialist: Martin Gerhardt (1937–1945)*

Martin Gerhardt hinterließ an der Theologischen Fakultät kaum Spuren.<sup>1356</sup> Im Oktober 1939 eingezogen, war seine tatsächliche Schaffenszeit auf fünf Semester beschränkt. Thematisch widmete er sich weiterhin der Geschichte der Inneren Mission. Neben einigen kleineren Beiträgen veröffentlichte er 1937 den zweiten Band seiner Biografie über den Gründer der Kaiserwerther Diakonie Theodor Fliedner.<sup>1357</sup> Neuland betrat er mit einem Aufsatz *Die Kirchenpolitik der Habsburger in ihren Auswirkungen auf das Deutschtum der Ostmark*, der auf einem Vortrag anlässlich der Göttinger Hochschultage 1939 beruhte. Der Erstveröffentlichung in der Reihe *Göttinger Akademische Reden* folgte eine überarbeitete Fassung in der Schriftenreihe der *Kommenden Kirche*.<sup>1358</sup> Heinrich Treitschke folgend, der das Haus Habsburg schon 1894 als „Feind allen deutschen Wesens“ gekennzeichnet hatte, entwarf Gerhardt ein stringentes Negativbild der Habsburgermonarchie, deren gegenreformatorische Kirchenpolitik nicht nur zur Verdrängung evangelischer Traditionen, sondern auch zum „Verlust deutschen Blutes diesselts und jenseits der heutigen Ostmarkengrenzen“ geführt habe:

<sup>1353</sup> Dörries: Religion [1970], S. 306. An sich, so Dörries, wäre es freilich lohnend, diesen Abschnitt der altsächsischen Religionsgeschichte neu zu durchdenken.

<sup>1354</sup> Vgl. Wiegmann: Dörries, S. 148f.

<sup>1355</sup> Vgl. die Untersuchung Hanns Christof Brennekes am Beispiel der einflussreichen ‚Germanenschriften‘ Kurt Dietrich Schmidts. Vom Wissenschaftsstandpunkt aus verwirft er sowohl die grundsätzliche Fragestellung als auch Schmidts methodisches Vorgehen. Brennecke: Arianismus, S. 326–329. Vgl. Ehringhaus: Germanenmythos; Münkler: Mythen, S. 141–180; Oelke: Kirchengeschichte.

<sup>1356</sup> Sein einziger Schüler und Assistent war Hans-Georg Liedtke, der unmittelbar vor Kriegsbeginn in einem ad-hoc-Verfahren promoviert wurde. Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 329–331.

<sup>1357</sup> Gerhardt: Fliedner. Vgl. das ausführliche Schriftenverzeichnis bei Herrmann: Gerhardt, S. 545–566.

<sup>1358</sup> Gerhardt: Kirchenpolitik. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Zweitfassung.

*So aber trägt vor der Geschichte die romgebundene Kirchenpolitik des spanisch-habsburgischen Herrschers einen großen Teil der Schuld daran, dass es nicht gelungen ist, auf deutschem Boden die Reformation Luthers zu vollem Siege zu führen und über Deutschland einen Dom zu errichten, in dem alle Deutschen die Heimat der Seele hätten finden können. Schon durch das fortan bleibende Neben- und Gegeneinander von römischem und evangelischem Glauben ist die innere Stärke und Geschlossenheit des Deutschtums damals so geschwächt worden, daß seine Stoßkraft im mitteleuropäischen Raum gerade nach dem Osten hin gegen die Slawenwelt und gegen die neu hereingebrochene Türkengefahr gebremst war.<sup>1359</sup>*

Mit der politischen „Einigung Großdeutschlands unter der Führung Adolf Hitlers“ stellte sich Gerhardt die Frage nach einer Einigung des christlichen Christentums unweigerlich. Darunter verstand er allerdings nicht die konfessionsübergreifende Nationalkirche, vielmehr hielt er an seiner Vision einer evangelischen Reichskirche fest. Der Rückzug der Katholischen Kirche sei Voraussetzung für eine „christliche Kirche deutscher Nation“, die zugleich der „krönende Abschluss“ der ‚deutschen‘ Reformation sei. Angereichert war sein Beitrag mit opportunistischem Antisemitismus. Den 1921 verstorbenen Georg Ritter von Schönerer stilisierte er zum „Vorkämpfer für den großdeutschen Gedanken“, der „zum Abwehrkampf gegen römische Überfremdung und gegen jüdischen Vernichtungswillen“ wachgerüttelt habe.

Gerhardts antikatholische Polemik weist ihn erneut als einen konfessionsbewussten evangelischen Nationalsozialisten aus, der sich den NS-Staat nur auf protestantischem Grund vorstellen konnte. Dies inkludierte eine scharfe Abgrenzung gegenüber den ‚weltanschaulichen Distanzierungskräften‘. Bereits 1935 hatte er sich klar gegen Alfred Rosenberg positioniert:

*Unser deutsches Volk aber ist in die Entscheidung gerufen, ob es dem Propheten einer neuen Weltanschauung folgen will, dessen Höchstwert die selbstherrliche nordische Rasseseele ist, oder dem reformatorischen Verständnis des Evangeliums von Sünde, Gnade und neuem Leben.<sup>1360</sup>*

Den antikirchlichen bzw. -christlichen Grundzug der nationalsozialistischen Kirchen- und Religionspolitik erkannte Gerhardt auch nach seiner Trennung von den *Deutschen Christen* nicht. Entsprechende Stellungnahmen wertete er, der offiziellen Parteilinie folgend, als Privatmeinungen Einzelner. Zu einer Überprüfung seiner Reichskirchen-Konzeption fehlte es ihm an politischer Urteilskraft. Neben seinem Professorenamt übte Gerhardt verschiedene Ehrenämter aus. Außeruniversitär übernahm er die Vertretung der Mission in der *Arbeitsgemeinschaft landeskirchlicher Archivare*, an der Universität wurde er als Kirchenältester mit der Gebäudeaufsicht

<sup>1359</sup> Gerhardt: Kirchenpolitik, S. 24, S. 9.

<sup>1360</sup> Gerhardt: Mythos – Rasse – Offenbarung, in: Diakonisse 10 (1935), S. 1–13. Zitiert nach Kaufmann: Anmerkungen, S. 47f.



der Universitätskirche betraut und war gleichzeitig Kurator der Kirchenkasse. In der Nachfolge Hempels verantwortete er als Kurator der *Stiftung Waisenhaus* deren endgültige Abwicklung.<sup>1361</sup>

1939 meldete sich Gerhardt freiwillig, 1940 nahm er an der Besetzung Norwegens teil. Als Offizier der deutschen Besatzungsarmee blieb er bis zum Kriegsende, zuletzt im Rang eines Majors. 1942 veröffentlichte Gerhardt die erste moderne norwegische Landesgeschichte in deutscher Sprache. Insbesondere seine Darstellung Norwegens in den 1930er Jahren entsprach inhaltlich wie sprachlich seiner anhaltenden Zustimmung zum Nationalsozialismus.<sup>1362</sup>

Systematische Theologie: Carl Stange, Georg Wobbermin, Friedrich Gogarten, Emanuel Hirsch

*Leiter der Luther-Akademie: Carl Stange (1912–1935)*

Carl Stange hatte die 60 überschritten, als Hitler seine Kanzlerschaft antrat. Dem ‚neuen‘ Staat begegnete der deutschnationale Parteigänger aufgeschlossen, in der politischen Wende des 30. Januar 1933 sah er eine „Revolution auf dem Gebiet des sittlichen Lebens“, die einen „Reinigungsprozess“ des öffentlichen Lebens ermöglicht habe.<sup>1363</sup> Zu der bevorstehenden Neuordnung der Kirche und ihrem Verhältnis zum Staat äußerte er sich grundsätzlich. Beide waren für Stange Lebensäußerungen des Volkes, die man zwar unterscheiden müsse, aber nicht trennen dürfe. Der neue Staat sei ohne christliches Fundament nicht zu schaffen: „Wo dieser Zusammenhang“ fehle, so Stange, seien „dem Staate die Wurzeln seiner Kraft abgeschnitten“:

*Das Aufgehen des Einzelnen in den rein bürgerlichen Angelegenheiten, wie es im demokratischen Staat üblich war, läßt die Seele des Einzelnen verkrüppeln, und die Flucht aus dem Volksleben in die Enge einer kleinen frommen Gemeinschaft, wie sie im Pie-*

<sup>1361</sup> Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 324–345.

<sup>1362</sup> Vgl. Gerhardt: Geschichte, S. 328–330; Herrmann: Gerhardt, S. 343–368, hier S. 367f. Gerhardt begriff seine Arbeit als Wiederaufnahme deutsch-norwegischer Forschungsbeziehungen, die auch der von ihm konstatierten Orientierung der skandinavischen Kirchen auf England entgegenwirken sollte. Gerhardt an den Rektor am 9.1.1941. UAG, Kur., 12093/1. Auf Bitten der Witwe Gerhardts veröffentlichte der Historiker Walther Hubatsch, bis 1956 außerordentlicher Professor in Göttingen, 1963 eine zweite Auflage. Während er die meisten Kapitel in großen Zügen übernahm und lediglich auf den neuesten Forschungsstand brachte, konzipierte er das abschließende zehnte Kapitel über die Jahre 1905 bis 1960 vollständig neu.

<sup>1363</sup> Stange: Urteil, S. 17. Vgl. Scheliha: Stange. Ende 1927 hatte Stange eine Berufung auf den Lehrstuhl Reinhold Seebergs in Berlin abgelehnt. Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. PA, Nr. 140. Sein Bruder Erich war seit 1921 Reichswart der Evangelischen Jungmännerbünde und seit Mai 1933 Reichsführer der *Evangelischen Jugend Deutschlands*. Nachdem er Ende 1933 gegen die zwangsweise Eingliederung der evangelischen Jugendverbände in die HJ protestierte, verlor er sein Amt. 1934 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen.

*tismus geübt wird, ist Missachtung der Aufgabe, die uns von Gott durch die Eingliederung in das Volksganze gegeben ist.*<sup>1364</sup>

Die Staats-Kirchenbeziehung sollte sich laut Stange nicht auf dem Weg eines Rechtsanspruchs, sondern über persönliche Verständigung vollziehen. Konkret sprach er sich für eine dreigliedrige Organisationsform (Land, Gau, Gemeinde), die Zurückdrängung demokratischer Errungenschaften und die Implementierung des – wenn auch begrenzten und ‚eingehetzten‘ – Führergedankens aus. Der Reichsbischof sollte aus den Reihen der Landesbischöfe gewählt werden und zugleich Landesbischof bleiben. Zuletzt äußerte sich Stange zum Bekenntnisstand der kommenden Reichskirche:

*Wie die Kultur des deutschen Staates unter dem Einfluß der protestantischen Weltanschauung entstanden ist, so bekennt sich die deutsche Kirche zu der durch Luther geprägte Form des Christentums, wie sie in dem Bekenntnis der lutherischen Kirche vorliegt.*<sup>1365</sup>

Stange entwickelte seine Richtlinien aus seinem Verständnis einer lutherischen Kirche.<sup>1366</sup> Die kirchliche Gestaltungshoheit stellte er nicht zur Disposition, sein Vorschlag beinhaltete dennoch eine eigenmotivierte Anpassung an die ‚neue‘ Zeit. Ohne auf diese einzugehen, grenzte er sich dabei von den viel weitreichenderen Reichskirchenreformplänen der *Deutschen Christen* ab.

---

<sup>1364</sup> Stange: Richtlinien, S. 147.

<sup>1365</sup> Stange: Richtlinien S. 147f. 1934 kritisierte Stange, dass die Bekenntnisunterschiede (reformiert, lutherisch, uniert) im Zuge der Diskussionen über die Reichskirche nur als dogmatische Fragen verhandelt worden seien und nicht unter der Fragestellung: Was ist deutsch? In diesem Falle wäre die Reichskirche lutherisch geworden. Stange: Urteil, S. 22–27. Stange warf diesen Grundgedanken wiederholt auf und grenzte das Luthertum von dem internationalen Charakter der Reformierten bzw. der Katholiken ab, beispielsweise in seinem Vortrag *Weltweites Luthertum* in Halle: „Nur in der lutherischen Kirche wird mit Bewußtsein das Volkstum als diejenige Form des Gemeinschaftsleben angesehen, in der allein die Kirche ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen vermag.“ Stange: Christentum, S. 9. Vgl. Stange: Offenbarung.

<sup>1366</sup> Eine vollberechtigte Kirchenmitgliedschaft koppelte er an die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienst und am kirchlichen Leben sowie die Handhabung der Kirchenzucht.

Kirchenpolitische Ambitionen pflegte Stange nicht. Er lehnte die theologischen und kirchenpolitischen Vorstellungen der *Deutschen Christen* ab und zeigte eine gewisse theologisch-kirchliche Präferenz für die *Bekennende Kirche*.<sup>1367</sup> Sein zentrales Anliegen war die Überwindung der grassierenden Gottlosigkeit, die Stange für den Niedergang des Volkslebens verantwortlich machte. Das Volk müsse, so Stange in seinem Vortrag *Die Bedeutung Luthers für die Gegenwart* aus der „Verflachung und der Öde des geistigen Lebens“ geführt werden. Eine politische



Erneuerung sei nur dann von Erfolg gekrönt, wenn die „Erneuerung der Weltanschauung und des Glaubens“ verbunden werde.<sup>1368</sup> Dieses Ziel einer ‚volksgebundenen‘ Kirche hoffte er im nationalsozialistischen Staat verwirklichen zu können. Auf dem Boden der ‚Volksgemeinschaft‘ – für Stange die „Grundform sittlicher Gemeinschaft“ – gelte es jene Nationalsozialisten zu gewinnen, die bisher kein Verständnis für die Kirche hätten.<sup>1369</sup>

Abb. 28: Carl Stange, undatiert (Landeskirchliches Archiv Hannover, Fotosammlung: S2\_03221)

<sup>1367</sup> 1934 deutete er den ‚Kirchenkampf‘ positiv. Die *Glaubensbewegung Deutsche Christen* sei zu Recht zerfallen, da sie versucht habe, die Kirche für den Nationalsozialismus anstatt die Nationalsozialisten für die Kirche zu gewinnen. In ihrem und im Wirken der *Deutschen Glaubensbewegung* sah Stange dennoch wichtige Entwicklungsstadien auf dem Weg zu einer ‚echten‘ Volkskirche. Vgl. Stange: Urteil, S. 22–27. Als Wissenschaftler und Universitätslehrer verteidigte Stange die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit und setzte sich für die Einhaltung wissenschaftlicher Mindeststandards ein. Wie dargestellt, wandte sich Stange sowohl gegen Birnbaum, den er für wissenschaftlich nicht befähigt hielt, als auch gegen die Annahme der Promotion des deutschchristlichen Wobbermin-Schülers Wilhelm Meyer. Am 28.2.1935 zählte er zu jenen Göttinger Professoren, die gegen den Rust-Erlass vom 28.2.1935 protestierten und an dem professoralen Recht und der Pflicht zur Einmischung in tagesaktuelle kirchliche Fragen festhielten. Wesseling: Stange, Sp. 1153.

<sup>1368</sup> Stange: *Bedeutung*, S. 298, S. 307.

<sup>1369</sup> Stange: Urteil, S. 18.

1934 verfasste Stange in Reaktion auf einen Beitrag des lutherischen Theologen Anders Nygren von der Universität Lund über *Die kirchliche Lage in Deutschland* eine Gegenschrift: *Die Lage in Deutschland nach schwedischem Urteil*.<sup>1370</sup> Er bekannte sich ideengeschichtlich und politisch zum Nationalsozialismus, mit dem „eine neue Zeit des deutschen Lebens begonnen“ habe.<sup>1371</sup> Zustimmend äußerte er sich auch zum staatlichen Antisemitismus und den getroffenen Maßnahmen gegen die jüdische Minderheit, die er für gerechtfertigt und maßvoll hielt.<sup>1372</sup> Diese grundsätzliche Loyalität hielt an, auch wenn Stange sich ab Mitte der 1930er Jahre mit politischen Äußerungen eher bedeckt hielt und auf direkte Bezugnahmen zum NS-Staat, zur NSDAP und zum ‚Kirchenkampf‘ verzichtete. Allerdings verteidigte er Ende 1942 die Deportation der norwegischen Juden gegen die Proteste norwegischer und schwedischer Bischöfe. Er selbst, so Stange, kenne die Gründe für die Deportation nicht, nehme aber an, es handle sich um eine gerechtfertigte Sicherheitsmaßnahme. Die staatlichen Maßnahmen gegen die Juden seien kein „Hass im Sinne des Evangeliums“. Dagegen sah er die bischöfliche Kritik aus Skandinavien nicht im Religiösen, sondern im „nationalen Empfinden“ begründet.<sup>1373</sup>

Stanges wissenschaftliches Hauptwerk entstand vor 1933. Bleibende Schwerpunkte waren seine intensive Befassung mit Luther, Fragen der Ethik, der allgemeinen Religionsgeschichte, der Religionsphilosophie und der Dogmatik.<sup>1374</sup> Als Herausgeber der *Zeitschrift für Systematische Theologie* – in der NS-Zeit großzügig vom Reichspropagandaministerium unterstützt – saß er an der Schaltstelle eines zentralen Publikationsorts der Lutherrenaissance.<sup>1375</sup> Stanges Hauptbetätigungsfeld und Lebenswerk aber war die 1932 ins Leben gerufene Luther-Akademie in Sonders-

<sup>1370</sup> Stange: Urteil; Anders Nygren: Die kirchliche Lage in Deutschland, in: Svensk teologisk Kvartalskrift IX, 4, S. 320–349. Nygren und Stange kannten sich über Jahre. Für Mitte Oktober ist ein Treffen Nygrens mit Hirsch belegt, in dem sie sich über die *Deutschen Christen* und die völkisch-nordische Glaubensbewegung austauschten. Vermerk Schöffel, Ende Oktober 1933. EZA, 5/804.

<sup>1371</sup> Stange: Urteil, S. 13–17, hier S. 13.

<sup>1372</sup> Stange bemühte die gängigen antijüdischen Stereotype: übermäßiger Einfluss, Egoismus, Korruption, Skrupellosigkeit, Vaterlandslosigkeit, führende Positionen in den Parteien der Novemberrevolution, Ostjuden-,Schwemme‘ usw. In seiner Sicht hatte der Antisemitismus an Bedeutung verloren, nachdem die Zurückdrängung des von ihm beklagten jüdischen Einflusses durch den Staat mittlerweile praktisch gelöst worden sei. Vgl. Stange: Urteil, S. 17–21. Zur Diskussion über den kirchlichen ‚Arierparagrafen‘ äußerte er sich nicht.

<sup>1373</sup> Stange führte des Weiteren den „zersetzenden Einfluß des jüdischen Geistes“ an, den „wir“ seit Jahrhunderten „an unserem Leibe erfahren“ hätten: „Wenn Sie in Schweden so glücklich sind, nichts Derartiges erlebt zu haben, so fehlt Ihnen eine Voraussetzung für die Beurteilung Deutschlands. Stange an Eidem am 18.12.1942. Zitiert nach Mikosch: Hakenkreuz, S. 59. Dagegen soll Stange ausweislich seiner Tochter Luise (1989) die Pogromnacht negativ gesehen haben: „Das nimmt ein böses Ende“. Ebenda, S. 62.

<sup>1374</sup> Im Anschluss an eine Würdigung Stanges zu seinem 80. Geburtstag durch Rhenatus Hupfeld findet sich eine bibliografische Zusammenstellung seiner Werke mit 199 Einzeltiteln. Vgl. ThLZ 3 (1950), Sp. 171–180.

<sup>1375</sup> Die ZStH erhielt entsprechende Papierkontingente und zeitweise 8.000 RM pro Jahr. Mikosch: Hakenkreuz, S. 51f. Friedrich Wilhelm Graf bezeichnete Stange als „führenden Organisator“ der Lutherrenaissance. Graf: Glaubenspathos, S. 463. Vgl. Lessing: Geschichte, S. 50–51.

hausen.<sup>1376</sup> Ihr Ziel war im Verständnis einer innerlutherischen Ökumene Austausch und Zusammenarbeit insbesondere mit den lutherischen Kirchen in den nordischen Ländern, zu denen Stange bereits längere Zeit gute persönliche Kontakte pflegte. Nur kurz nach ihrer Gründung stand die Arbeit der Luther-Akademie unter erheblichem Einfluss der politischen Veränderungen. Eine direkte staatliche Einflussnahme konnte zwar abgewehrt werden, dennoch verpflichtete sich Stange zu ihrer institutionellen Absicherung, die Akademie im Sinne der nationalsozialistischen Auslandspropaganda zu führen.<sup>1377</sup> Im Gegenzug erhielt sie über das Reichspropagandaministerium Zuwendungen und profitierte von einer wohlwollenden Genehmigungspraxis. Das staatliche Interesse lag auf der Hand. Bezüglich der nordischen Länder galt die Luther-Akademie als ein wichtiger Knotenpunkt. Man sah in einem ungeliebten, aber als wichtig erachteten Bereich die Möglichkeit, in den nordischen Ländern die Stimmung zugunsten Deutschlands positiv beeinflussen zu können. So habe Landesbischof Marahrens durch „geschicktes Auftreten“ das Deutsche Reich auf einem Festakt zur 400-Jahrfeier der dänischen Reformation positiv vertreten und im besten Sinne aufklärend gewirkt.<sup>1378</sup> Die Zusammenarbeit mit dem NS-Staat überdauerte auch den Kriegsbeginn und die Besetzung Dänemarks und Norwegens. Erst 1943 gab der schwedische Erzbischof Eidem aufgrund unüberbrückbarer Differenzen und unter massivem öffentlichem Druck den Vorsitz der Luther-Akademie auf, den er seit 1934 innehatte.<sup>1379</sup> Für die deutsche Kirche war die Luther-Akademie eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende kommunikative Schleuse für die ‚gemäßigten‘ Vertreter der ‚neutralen‘ kirchlichen Mitte, der *Bekennenden Kirche* und der *Deutschen Christen*.

---

<sup>1376</sup> Die Luther-Akademie ging aus dem Apologetischen Seminar in Wernigerode hervor, dem Stange seit 1909 vorstand. Vgl. Austad: Verbindungen; Schneider: Luther-Akademie. In den baltischen/skandinavischen Ländern war Stange hervorragend vernetzt. Zumindest für einige Zeit war Stange Mitglied im Verwaltungsausschuss des *Ökumenischen Rates der Kirchen* und nahm 1935 an einer Sitzung in London teil. Seine tatsächliche Bedeutung ließ sich anhand der ausgewerteten Akten nicht eingrenzen. Vgl. PAAA, R 62059.

<sup>1377</sup> Austad: Verbindungen, S. 15. Ausdruck einer opportunistischen Anpassung waren verschiedene Dank- und Huldigungstelegramme an den NS-Staat. Vgl. Mikosch: Hakenkreuz, S. 60–62.

<sup>1378</sup> Bericht der Deutschen Gesandtschaft Kopenhagen an das Auswärtige Amt vom 3.11.1936. PAAA, R 67868. Marahrens wurde von Stange begleitet. In diesen Kontext gehört auch eine Anfrage des REM vom Juni 1940 über die orthodoxen Kirchen auf dem Balkan und den griechischen Kultusminister. Stange hatte als Rektor der Greifswalder Universität an der 75-Jahrfeier der Athener Universität, 1937 als Vertreter der Göttinger Universität an der Hundertjahrfeier teilgenommen. Vgl. den Bericht Stanges vom 8.6.1940. UAG, Theol. PA, Nr. 140.

<sup>1379</sup> Vgl. Austad: Verbindungen, S. 16–25. Die Bilanz ist uneinheitlich. Neben Ablehnung und offener Auseinandersetzung erfuhr der Nationalsozialismus vor allem in Finnland und Westschweden auch Zustimmung. Stanges persönlicher Preis für die Wahrung der organisatorischen ‚Unabhängigkeit‘ der Luther-Akademie war der über das Kriegsende hinausreichende Kontaktabbruch zu einigen Kollegen, zu denen Stange ein langjähriges Verhältnis gepflegt hatte. Neben Erzbischof Eidem zählte dazu auch der dänische Theologe Frederik Torm, der (spätestens) 1939 Sympathien für den bruderrätlichen Flügel der *Bekennenden Kirche* zeigte.



Abb. 29: Carl Stange (vorne) mit Landesbischof Marahrens bei einer Tagung der Luthergesellschaft in Sondershausen, 1936 (Landeskirchliches Archiv Hannover, S2\_02808)

Als wissenschaftlicher Leiter spielte Stange für die Arbeit der Akademie eine Schlüsselrolle. Er sorgte dafür, dass Aspekte der Frömmigkeit einer als unpolitisch verstandenen Fachtheologie im Zentrum standen, während politische, kirchenpolitische, kulturelle und kontroverse sozialetische Fragen so gut es ging vermieden wurden.<sup>1380</sup> Übergeordnete Referenzen blieben die lutherische Identität – hier schwangen die Abwehr ökumenischer Bestrebungen und eines vermeintlichen englisch/angelsächsischen Einflusses mit – und das theologisch-volksmissionarische Wirken.<sup>1381</sup> Andererseits gab es bei brisanten Themen wie z.B. Kirche und ‚Volkstum‘, dem Verhältnis von Staat und Kirche, und, besonders gravierend, dem Verhältnis von Judentum und Christentum durchaus eine offene und kontroverse Debattenkultur. So stellte Hans Mikosch fest, dass entgegen dem Drängen einiger deutscher Teilnehmer der Separierung von Judentum und Christentum, von Heilsgeschichte und Völkergeschichte im Rahmen der Akademiearbeit nicht gefolgt wurde.<sup>1382</sup> Unausgesprochen aber blieb das ‚neue‘ Deutschland Thema.

<sup>1380</sup> Die Akademiearbeit hatte vier Schwerpunkte: systematisch-theologische Problemanzeigen aus der Lutherforschung, exegetische Forschung, Kirchen- und Dogmengeschichte und die Beteiligung säkularer Disziplinen (Kunst und Naturwissenschaften). Vgl. Mikosch: Hakenkreuz, S. 22–29.

<sup>1381</sup> Zu den Sondershausener Tagungen vgl. knapp ebenda, S. 21–46.

<sup>1382</sup> Ebenda, S. 32–35, hier S. 35. Mikosch verweist an dieser Stelle auf die „korrigierende“ Prägung der Akademiearbeit durch skandinavische Theologen. Für Stange vgl. exemplarisch die Vermengung

Unter dem Deckmantel des vermeintlich Unpolitischen waren die grundsätzliche Zustimmung zum NS-Staat und eine pronationalsozialistische Haltung gesetzt und sichtbar. Als „Denkansatz“ bestimmten sie die Arbeit der Akademie.<sup>1383</sup>

Weltanschaulich war Stange kein Nationalsozialist. Wie viele lutherische Theologen seiner Alterskohorte vertrat er einen deutschnationalen, antidemokratischen und ständisch-autoritären Konservatismus, der gegenüber der Imagination der ‚Volksgemeinschaft‘ und der völkisch bestimmten ‚Schicksalsgemeinschaft‘ anschlussfähig war. Beide versprachen eine Überwindung der verhassten Weimarer Republik und den politischen und ökonomischen, aber auch den geistigen und religiösen Wiederaufstieg Deutschlands. Aus dieser Umklammerung konnte sich Stange trotz seines Rekurses auf die vermeintlich unpolitische theologische Wissenschaft nicht lösen.<sup>1384</sup>

#### *Radikaler Außenseiter: Georg Wobbermin (1922–1935)*

Georg Wobbermin, 1869 in Stettin geboren, lehrte seit dem WS 1922/23 in Göttingen *Systematische Theologie*.<sup>1385</sup> Innerhalb der Fakultät nahm der liberale Theologe und Hauptvertreter der Religionspsychologie eine Randstellung ein. Sein Hörerkreis war klein. Bis 1932 zählte Wobbermin zu den Kreisen um *Die Christliche Welt*, das publizistische Flaggschiff des Kulturprotestantismus. International war er gut vernetzt und in der ökumenischen Bewegung aktiv.<sup>1386</sup>

Politisch war Wobbermin ein radikaler Nationalist und Antisemit. „Vor dem Kriege“ gehörte er nach eigenen Worten dem „Stoecker-Flügel der Konservativen“ an, nach der Kriegsniederlage dem militant-antisemitischen *Bund der Aufrechten*, bis dieser im Zusammenhang mit dem rechtsterroristischen Mord an

---

von theologischer Wissenschaft, antijüdischen Vorbehalten und der Adaption nationalsozialistisch besetzter Begriffe in seinem Vortrag *Jesus und die Juden*, gehalten am 22.5.1933 in Leiden. Nach Stange hätten der Verrat und die Hinrichtung Jesu „das Gefühl der Volkszugehörigkeit“ zum jüdischen Volk beendet. Er sei ausgestoßen worden. Das von Jesus entworfene Bild menschlichen Lebens widerspreche dem jüdischen Wesen als „schärfste Ausprägung der im menschlichen Herzen wohnenden Verworfenheit“. Aus der „Rassenverbundenheit“ herausgetreten, sei die „Lebensverbundenheit“ Jesu mit seinem Volk aber bestehen geblieben: „In dem Glauben des Volks Israels keimt bereits der Same, der in dem Gottesglauben Jesu die reife Frucht bringt.“ Das Gebet und die Liebe Gottes seien für beide verbindend, allerdings finde der „barmherzige Sinn“ alttestamentlicher Offenbarung „an den Grenzen des Volkes Israels seine Schranke“. Stange: Jesus, S. 63f, S. 71.

<sup>1383</sup> Vgl. Mikosch: Hakenkreuz, S. 38–40.

<sup>1384</sup> Vgl. ebenda, S. 60–62.

<sup>1385</sup> Vgl. Wolfes Theologie, S. 251–403. Wolfes charakterisierte Wobbermin als protestantisch, bildungsbürgerlich und hansestädtisch. Er galt als kulturell gebildet, seiner Heimatstadt entsprechend aber blieb er klassisch orientiert und ohne Zugang zur zeitgenössischen Kultur und zur Moderne an sich. Vgl. Wesseling: Wobbermin.

<sup>1386</sup> Wobbermin nahm an verschiedenen internationalen Kirchentagungen teil, u.a. in Stockholm (1925) und Lausanne (1927). In Stockholm gehörte er zu denjenigen, die eine völkerrechtliche Diskussion des Versailler Vertragswerks forderten und die Diskussion stark belastet haben sollen. Vgl. Wolfes: Theologie, S. 303–309.

Reichsaußenminister Walter Rathenau 1922 verboten wurde.<sup>1387</sup> Nach einer Selbstauskunft wählte er bereits bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 NSDAP.<sup>1388</sup> Am 4. März 1933 gehörte er zu jenen 300 deutschen Hochschullehrern, die sich öffentlich zu Adolf Hitler und dessen Kampf „gegen die marxistisch-bolschewistischen Einflüsse auf den Geist unseres Volkes“ bekannten. Kurz darauf trat er der NSDAP bei, zudem der NSV, dem *Kampfbund für deutsche Kultur*, dem NSDDB, dem NS-Lehrerbund (beide 1934), dem *Reichsbund der Deutschen Beamten* und dem Reichsluftschutzbund. Kirchenpolitisch unterstützte er die *Deutschen Christen*, zu deren Ziele er sich bereits im April 1933 bekannte.<sup>1389</sup> Im Mai 1935 zitierte ihn die deutschchristliche Zeitschrift *Evangelium im Dritten Reich* wie folgt:

*Wir wollen Theologie nur in innigster Volksverbundenheit treiben und aus solcher Volksverbundenheit heraus. Wir wollen Theologie wieder so treiben, wie sie Luther getrieben hat, und wie sie im Rückgang auf Luther der Theologe der Freiheitskriege, Schleiermacher, zu treiben wenigstens versucht und die Anweisung gegeben hat: ‚Nur im heimatlichen Lande ist das beglückte Klima, welches keine Frucht gänzlich versagt; hier also muß auch die Religion eine Freistatt finden vor der plumpen Barbarei und dem Sinn des kalten irdischen Zeitalters!‘<sup>1390</sup>*

Im Rahmen der Göttinger Vorlesungsreihe *Rasse, Volk und Staat* äußerte sich Wobbermin am 30. Januar 1934 programmatisch zum Thema *Deutscher Staat und Deutsche Kirche*. Ein Jahr nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler forderte er von der Kirche eine „freudige Zustimmung und nachdrückliche Förderung des totalen Staates“.<sup>1391</sup> In der Verschmelzung von National- und Kulturstaat sah er den staatlichen Absolutheitsanspruch gewahrt, sofern dieser völkisch fundiert und nicht auf rechtsstaatlichen oder kulturidealistischen Prinzipien aufbaue. Als fester Bestandteil des Staatsorganismus’ müsse die Kirche die ethischen Grundsätze des Nationalstaates „übernehmen und anerkennen“. Damit formulierte Wobbermin eine Wesensbeschreibung des nationalsozialistischen Staates als völkisch begründeten und „ethische[n] Kulturstaat“, dessen Sittlichkeit in seinen Beziehungen

<sup>1387</sup> Befragung des REM, 1934. BArch, R 21, Anhang/10023. Wolfes: Theologie, S. 285, S. 294–297. Im Ersten Weltkrieg schwenkte Wobbermin auf die Linie der radikalen Annexionisten ein. Seine wiederholt vorgetragene Vorstellung einer Überlegenheit der protestantisch-nordeuropäisch-amerikanischen Kulturkreise – Wobbermin wurde in den USA als Theologe durchaus wahrgenommen –, insbesondere gegenüber dem slawischen Zarenreich, das Wobbermin zum Hauptgegner des christlich-germanischen Europas erklärte, trägt starke Züge eines christlich aufgeladenen kulturellen Rassismus.

<sup>1388</sup> Befragung des REM, 1934. BArch, R 21, Anhang/10023. Wolfes: Theologie, S. 327.

<sup>1389</sup> Wobbermin: Zur Forderung nach einer evangelischen Reichskirche, in: GT vom 10.4.1933.

<sup>1390</sup> Theologie im Dritten Reich, in: *Evangelium im Dritten Reich* 4 (1935). Zitiert nach Wolfes: Theologie, S. 338. Hervorhebung im Original. Vgl. ebenda, S. 336–341.

<sup>1391</sup> Wobbermin: Staat, S. 7. Vgl. Wolfes: Theologie, S. 347–351.



zum Christentum wurzeln.<sup>1392</sup> Da gerade die „nationale Eigenart“ eine einmalige „Ausbildungsmöglichkeit“ biete, sei die Kirche mitverantwortlich für die Möglichkeit des deutschen Volkes, „die ihm von Gott geschenkten Kräfte zur vollen Auswirkung zu bringen“. Konkret forderte er die kirchliche Anerkennung und Unterstützung des nationalsozialistischen Antisemitismus als auch des Krieges als staatenbildende Prinzipien.<sup>1393</sup> Eine Eigenbestimmung der Kirche lag diesem Ansatz nicht mehr zugrunde, Wobbermin beschränkte ihre Aufgabe in der Mitwirkung an der staatlichen Aufbauleistung. Die Veröffentlichung des Vortrags in der Reihe *Studien zur systematischen Theologie* führte zu einer scharfen Kontroverse mit dem herausgebenden Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, der den Beitrag zuerst nicht übernehmen wollte. Er erschien schließlich im März 1934 mit einer Auflage von tausend Exemplaren und einer Verlagsdistanzierung im Vorwort.<sup>1394</sup>

War Wobbermin lokal und an der Universität in den Jahren 1933/34 für kurze Zeit ein Aktivposten und mit seinen – begrenzten – Möglichkeiten in Personalfragen ein Förderer der *Deutschen Christen*, nahm er überregional keine hervorgehobene Rolle ein. Über einen direkten Zugang zu den Schaltstellen der DC-Reichskirchenleitung verfügte er nicht, seine Mitarbeit beschränkte sich auf Vorträge und die Teilnahme an Tagungen. Auch nach seinem Wechsel auf den Lehrstuhl Schleiermachers stand Wobbermin treu zur deutschchristlichen Sache. Im Oktober 1936 schloss er sich dem unter maßgeblichem Einfluss des nationalkirchlichen Flügels der *Deutschen Christen* gegründeten *Bund für deutsches Christentum* an, unter dessen Dach er am 26. Oktober 1937 zusammen mit Walter Grundmann den *Bund deutscher Hochschullehrer* ins Leben rief. In diesem sollten sich zur Vergrößerung des deutschchristlichen Einflusses innerhalb der Kirche und an den Hochschulen jene Hochschullehrer zusammenschließen, die sich „im Geiste einer inneren Zusammenschau von Christentum und Volksordnung“ dem nationalsozialistischen Staat verpflichtet sahen.<sup>1395</sup> Zudem engagierte sich Wobbermin für das Eisenacher *Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben*, wobei sich seine konkrete Mitarbeit in Grenzen hielt. Im Urteil

<sup>1392</sup> Wobbermin, Staat, S. 12f. Vgl. den Bericht Hans Schlemmers über eine Rede Wobbermins auf einer DC-Veranstaltung in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche am 18.8.1936, also während der Olympischen Spiele in: CW 50 (1936). Schlemmer notierte: „Man konnte ihm theoretisch völlig zustimmen und mußte dabei doch manche Urteile als der Wirklichkeit fremd empfinden.“ Zitiert nach Wolfes: *Theologie*, S. 337.

<sup>1393</sup> Wobbermin: Staat, S. 16. Unter bestimmten Umständen hielt Wobbermin den Krieg für eine „sittliche Pflicht“, dagegen sei ein Pazifismus, wie ihn Barth und Brunner vertraten, biblisch wie ethisch nicht zu rechtfertigen.

<sup>1394</sup> Vgl. die Korrespondenz Wobbermins mit Vandenhoeck & Ruprecht in: Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek Berlin. Preußischer Kulturbesitz, NL 494, G 1926–1939, Tasche 15, Bl. 199–240. In das Verlagsprogramm nicht mehr aufgenommen wurde der Beitrag *Evangelische Kirche und Deutscher Staat in der Gegenwart* des Wobbermin-Mitarbeiters Wilhelm Meyer. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde die Reihe im Sommer 1935 eingestellt. V&R an Wobbermin am 10.8.1935. Ebenda, Bl. 207. Vgl. Wolfes: *Theologie*, S. 347–349.

<sup>1395</sup> Rundschreiben des Bundes vom 18.12.1937. Zitiert nach Meier: *Fakultäten*, S. 346.

seines Biografen Matthias Wolfes trug Wobbermin dennoch zur Popularisierung des Eisenacher Instituts bei. Er zählte ihn zu den „wichtigsten theologischen Vorarbeitern seiner antisemitischen Programmatik“. Auch waren einige seiner Schüler und Mitarbeiter in die Planungen des Institutes aktiv eingebunden.<sup>1396</sup>

Fachlich und als akademischer Lehrer war Wobbermin trotz seiner Außenseiterrolle, die er zu keiner Zeit vollständig überwinden konnte, in seiner Göttinger Zeit durchaus anerkannt.<sup>1397</sup> Die Zeit der Weimarer Republik erwies sich mit der Veröffentlichung seiner großen religionspsychologischen Systematiken als die fruchtbarste Phase seiner Wissenschaftskarriere. 1925 vollendete er sein dreibändiges Opus Magnum *Systematische Theologie nach religionspsychologischer Methode*, 1929 erschienen seine *Richtlinien evangelischer Theologie zur Überwindung der gegenwärtigen Krisis* und 1931 der auf dem Breslauer Theologentag (1930) gehaltene Vortrag *Wort Gottes und evangelischer Glaube*.<sup>1398</sup> Dazu war er Mitherausgeber der *Theologischen Literaturzeitung* und seit 1928 – zusammen mit seinem Vorgänger Arthur Titius, den er seit seiner Studienzeit bei Theodor Kaftan kannte – der interdisziplinär angelegten Reihe *Studien zur Systematischen Theologie*. 1929 wurde er ordentliches Mitglied der Göttinger *Akademie der Wissenschaften*. Ab 1933 war sein wissenschaftlicher Ertrag gering. Als eigenständige Werke erschien neben der bereits genannten Schriftfassung seines Vortrages *Deutscher Staat und Deutsche Kirche* (1934, 1936) allein seine als skandalös wahrgenommene Gedenkrede für Titius (1937). Die seine Werke kennzeichnende starke Zeitbindung war gewollt. In der Einleitung zur zweiten Auflage von *Deutscher Staat und Deutsche Kirche* erklärte Wobbermin, seine Themen nicht in „abstrakter Allgemeinheit“, sondern in „Hinblick auf die bestimmte konkrete Lage unserer Gegenwart“ zu behandeln.<sup>1399</sup> Damit aber erschöpften sich auch Wille und Fähigkeit zur ernsthaften Auseinandersetzung.

Der theologische Gehalt seiner Spätschriften beschränkte sich im Wesentlichen auf seine Auseinandersetzung mit der *Dialektischen Theologie* und insbesondere ihrem Wortführer Karl Barth, den er bereits in den frühen 1920er Jahren zu einer

<sup>1396</sup> Wolfes: *Theologie*, S. 367–381, hier S. 367. Wobbermin gehörte dem von seinem Schüler Martin Redeker geleiteten Arbeitskreis *Spinoza und die jüdische Philosophie* an. Arnhold: *Kirchenbewegung*, Bd. 2, S. 559.

<sup>1397</sup> Angebote aus Leipzig und Halle lehnte er 1925 bzw. 1926 ab, nachdem sich die Göttinger Universität massiv für einen Verbleib eingesetzt hatte und Wobbermin Vergünstigungen rückverhandeln konnte. In den Jahren 1922 bis 1935 betreute Wobbermin zehn Doktoranden, darunter so unterschiedliche Theologen wie den späteren Studentenpfarrer Hoffmann, Gustav Greiffenhagen, Wilhelm Meyer und Redeker.

<sup>1398</sup> Freilich erfüllte sich die Prophezeiung eines Rezensenten von Wobbermins *Richtlinien* nicht: „Man kann mit ziemlicher Sicherheit voraussagen: Wenn eine gewisse Zeit vergangen sein wird, dann wird sich die Systematische Theologie noch immer mit der Methode Wobbermins auseinandersetzen haben; Barth aber wird als eine bedeutende und für eine bestimmte vergangene Zeit wichtige Erscheinung zur historischen Größe geworden sein.“ Zitiert nach Klünker: *Analyse*, S. 9. Ausführliche bibliografische Angaben zum Werk Wobbermins finden sich bei Wolfes: *Theologie*, S. 743–774; Schmidt (Hg.): *Luther*, S. 578–588; Wesseling: *Wobbermin*.

<sup>1399</sup> So das Einleitungsstatement in Wobbermin: *Staat* (1936), S. 5.

theologischen Gegenfigur erkoren hatte.<sup>1400</sup> Zur Unvereinbarkeit ihrer theologischen Ansätze trat ab 1933 die kirchenpolitische Dimension. Wobbermin gehörte zu jenen deutschchristlichen Theologen, die Barth und die von ihm repräsentierte Theologie als grundsätzlich staatsfeindlich denunzierten. Der Häufigkeit seiner Attacken auf Barth und Emil Brunner – so ein oft verwandtes Begriffspaar –, die er für quasi sämtliche von ihm festgestellten theologischen und kirchenpolitischen Negativentwicklungen verantwortlich machte, haftet etwas Obsessives an. Anfang November 1934, wenige Wochen vor der Entlassung Barths aus dem Staatsdienst, bekannte sich Wobbermin in einer von Erich Seeberg verfassten Gemeinschaftsadresse von 16 deutschchristlichen Theologen an Hitler zum NS-Staat und beschwor die Gefahr des Zerfalls der evangelischen Kirche. „Sekten und Gemeinschaften“ könnten „Sammelpunkte für eine dem Dritten Reich abträgliche Gesinnung“ werden und „der politischen Ordnung das religiöse Gewissen [zu] entfremden“.<sup>1401</sup> Als Barth, mittlerweile in Basel lehrend, Reichskirchenminister Kerrl in den *Basler Nachrichten* ein „unkirchliches Kirchenregiment“ vorwarf und, in der Deutung Wobbermins, so das ‚Friedenswerk‘ Kerrls attackierte, verfasste er zusammen mit Erich Seeberg *Ein Wort deutscher Theologen zur Überwindung der festgefahrenen kirchlichen Fronten*. Barth erhebe den „päpstlichen Anspruch“, dass „seine Theologie und besonders seine theologische Beurteilung des Verhältnisses von Staat und Kirche die alleinige Berechtigung in der Deutschen Evangelischen Kirche, ja in der gesamten evangelischen Christenheit“ habe. Die theologischen Hauptaussagen im zweiten Abschnitt gehen vermutlich auf Wobbermin zurück:

*Wir treten ein für Schrift und Bekenntnis:*

1. *Die Bibel ist kein Abgott, das Christentum keine Buchreligion. Der Geist ist im Buchstaben verborgen und wird erst lebendig in der geistlichen Auslegung.*
2. *Der Heilige Geist ist mit der Abfassung der Bibel nicht erschöpft, sondern ist die reißende Kraft Gottes, der sich im Leben und der Geschichte der Kirche kämpfend verwirklicht.*
3. *Glauben ist nicht Für-wahr-halten, sondern Sinn für das verborgene Wirken Gottes und Ergriffenwerden von der göttlichen Wirklichkeit.*
4. *Wort Gott und Glauben normieren sich gegenseitig. Ohne Wort Gottes kein Glaube, ohne Glaube kein Wort Gottes.*

<sup>1400</sup> Vgl. Wolfes: *Theologie*, S. 318–337, hier S. 322. 1929 nutzte Wobbermin seine *Richtlinien* für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den antiliberalen theologischen Richtungen. 1932 kam es zu einer öffentlichen Kontroverse, nachdem Wobbermin die Konversion Petersons zur Katholischen Kirche auf die Barth'sche Lehre zurückführte.

<sup>1401</sup> Schreiben von 16 Theologieprofessoren an Hitler vom 5.11.1934. BAArch, R 5101, Nr. 23464. Das Schreiben wurde u.a. von Hirsch und Redeker, die spätere Druckfassung auch von Julius Wagmann unterschrieben.

5. *Die Auslegung der Schrift gebührt nicht bloß einem Papst oder einer Synode, auch wenn sie heute tagt.*
6. *Unser Bekenntnis ist der lebendige Christus, nicht ein dogmatisches Gebilde.*
7. *Die Reformation geht noch fort. Sie verlangt von uns nicht Lutherrenaissance, sondern Luther-Revolution. Wir wollen den gefährlichen Luther verkünden und nicht den Spießbürger Luther, zu dem ihn Spießbürger gemacht haben.*
8. *Bekennen ist kein ängstliches Festhalten von unverständlichen veralteten dogmatischen Formulierungen, sondern lebendiges Zeugnis der Ergriffenheit durch die göttliche Wirklichkeit in der Gegenwart.*
9. *Wir sehen in dem Eingehen Gottes in die Geschichte in der Person Christi den Schlüssel der christlichen Theologie und Frömmigkeit. Wir sehen auch in der Geschichte den Ort der Verwirklichung Gottes im Fleisch und erkennen seine Wirklichkeit auch in der Dynamik des geistigen, kulturellen und staatlichen Lebens.*
10. *Wir verwerfen die Dialektik des Wortes, wir anerkennen die Dialektik des Lebens.<sup>1402</sup>*

Die Schärfe der Formulierungen zeigt die weltanschaulich motivierte Frontstellung des Theologenworts. Ihre politische Zuspitzung erfuhr diese 1936 in der überarbeiteten Zweitaufgabe von *Deutscher Staat und Deutsche Kirche*. In den angehängten Thesen zur ökumenischen Bewegung fasste Wobbermin die grundlegenden Differenzen pointiert zusammen:

7. *Der nationalsozialistische Staat ist vom Grund Volksstaat und deshalb ethisch ausgerichteter Kulturstaat. Der formal-juristische Gedanke des Rechtsstaates (wie ihn Barth und Brunner) vertreten, erkennt und verfehlt schon im Ansatz das Wesen des nationalsozialistischen Staates.<sup>1403</sup>*

<sup>1402</sup> Ein Wort deutscher Theologen zur Überwindung der festgefahrenen kirchlichen Fronten, Abschnitt II. Zitiert nach Wolfes: *Theologie*, S. 354f. Dem Schreiben schlossen sich 36 deutschchristliche Theologen an. Der dritte Abschnitt befasst sich mit dem Bereich der theologischen Erziehung. Die Autoren fordern eine fundierte Ausbildung der zukünftigen Pfarrer und den Erhalt der Theologischen Fakultäten. Die theologische Wissenschaft müsse „die christliche Religion als das fruchtbarste Element im deutschen Geistesleben wie bisher zur Ehre Deutschlands“ weiterhin pflegen, formen und weiterbilden. Die vorangestellten Thesen – die explizit nicht als Bekenntnis, sondern als Gesichtspunkte einer neuen theologischen Richtung verstanden wurden – sollten „eine geordnete christliche Erziehung der theologischen Jugend im Rahmen der nationalsozialistischen Universität“ gewährleisten. Ziel war die Herausbildung kommender Diener der Kirche und Mitarbeiter im „Dritten Reich“. Erich Seeberg, Ernst Benz, Ernst Ludwig Dietrich, Konrad Weiß, Robert Winkler und Wobbermin an das RMkA bzw. das REM [datiert, Mitte Dezember 1936]. Zitiert ebenda, S. 355f. Der Text ist auszugsweise unter dem Titel *Karl Barths Anspruch als Papst der evangelischen Kirche zu gelten* im Anschluss an seine Gedenkrede für Artur Titius veröffentlicht. Wobbermin: *Titius*, S. 20–21.

<sup>1403</sup> Zusatz III: Stellungnahme zur ökumenischen Bewegung, in: Wobbermin: *Staat* (1936), S. 30f.

Seine Ablehnung der neueren ökumenischen Bestrebungen, die er vornehmlich als antideutsche „Lügenpropaganda“ über die „kirchliche und religiöse Lage im Dritten Reich“ deutete, ist in diesem Kontext zu sehen.<sup>1404</sup>

Wobbermins letzte, unveröffentlicht gebliebene Arbeit war eine Einleitung zu dem Schriftwechsel Schleiermachers mit Ernst Moritz Arndt in den Jahren 1817 bis 1820. Dabei stimmte Wobbermin der Auffassung Arndts zu, dass „die völkisch-vaterländische Idee“ alle anderen weltlichen Bindungen „ungültig und nichtig“ mache.<sup>1405</sup> Erneut zeigt sich seine politische Selbstbindung. Wobbermins Spätwerk diente vor allem der Legitimation des NS-Staates, der zu keiner Zeit in Frage gestellt oder begrenzt wurde. Wolf-Ulrich Klünker konstatierte seinen Spätschriften trotz des gelegentlichen Aufflammens seiner religionspsychologischen Methode den Charakter religionspolitischer Schriften im Sinne der *Deutschen Christen*, in denen die „Kongenialität“ seines früheren Wirkens nicht mehr zu erkennen sei.<sup>1406</sup>

Am 1. Oktober 1940 wurde das endgültige Ende von Wobbermins Lehrtätigkeit verfügt. Sein Berliner Engagement war von erbitterten und letztlich unauflösbaren Konflikten begleitet, wobei der bedeutendste sicherlich seine Gedenkrede für Arthur Titius war.<sup>1407</sup> Kirchenpolitisch blieb Wobbermin verbittert. Von den *Deutschen Christen* gemieden, hielten lediglich seine engsten Mitarbeiter Kontakt.<sup>1408</sup> Er starb am 15. Oktober 1943. Am 3. Dezember 1943 kondolierte Otto Weber der Witwe Wobbermins. Die Fakultät sei stolz darauf, dass er einen großen Teil seiner weitreichenden und erfolgreichen Tätigkeit als Lehrer und Forscher in Göttingen geleistet habe:

*Die gesamte deutsche protestantische Theologie hat an ihm viel verloren, nicht nur einen großen Gelehrten, sondern zugleich den leidenschaftlich bewegten Mann, der die Fragen der Zeit lebendig mit dargestellt und mit solcher Energie Wege zu ihrer Beantwortung gewiesen hat, und nicht zuletzt den warmherzigen Kollegen und Förderer des Nachwuchses.*<sup>1409</sup>

<sup>1404</sup> Wobbermin (Hg.): Bischof.

<sup>1405</sup> Zitiert nach Wolfes: Theologie, S. 402.

<sup>1406</sup> Klünker: Analyse, S. 20f.

<sup>1407</sup> Vgl. Wobbermin: Titius. Die Konflikte waren nicht zuletzt persönlich motiviert. U.a. waren einige von Wobbermin betreute Dissertationen zurückgewiesen worden.

<sup>1408</sup> Demgegenüber gratulierten Wobbermin zu seinem 70. Geburtstag (1939) zahlreiche Kollegen, darunter führende deutschchristliche Theologieprofessoren, mit einer umfangreichen Festschrift *Luther, Kant, Schleiermacher in ihrer Bedeutung für den Protestantismus*. Abhandlungen verfassten u.a. Friedrich Wilhelm Schmidt, Erich Seeberg, Heinz Erich Eisenhuth, Walter Grundmann, Herbert Preisker, Martin Redeker, Georg Wehrung und Johannes Wendland. Schmidt (Hg.): Luther. Mitherausgeber war sein früherer Göttinger Assistent und Promovend Wilhelm Meyer.

<sup>1409</sup> Zitiert nach Wolfes: Theologie, S. 403.

*Die Desillusionierung Friedrich Gogartens (1935–1955)*

Friedrich Gogarten, theologischer Außenseiter und einer „der selbständigsten Köpfe des deutschen Luthertums“ gilt als einer der bedeutendsten deutschen Systematiker des 20. Jahrhunderts.<sup>1410</sup> Als er 1935 im dritten Anlauf nach Göttingen berufen wurde, befand er sich, von den Entwicklungen im Deutschen Reich desillusioniert, in einer Schaffenskrise, die er erst in den auslaufenden 1940er Jahren überwand. Die ersten zehn Göttinger Jahre waren von weitgehender Sprachlosigkeit gekennzeichnet. Zuvor hatte Gogarten bedeutende Beiträge innerhalb des modernitätskritischen Diskurses der protestantischen Theologie der 1920er und 1930er Jahre geleistet und mit seiner eigenwilligen Theologie die Erosion der Weimarer Republik befördert. Bei den Überlegungen, ihn im Zuge der anvisierten deutschchristlichen Aufwertung nach Göttingen zu holen, war dieser vorausseilende Ruf entscheidend.

Gogartens akademischer Lebensweg verlief ungewöhnlich. Als er sich im Mai 1927 in Jena habilitierte, hatte sich der 40jährige Dorndorfer Dorfpfarrer längst einen Ruf als Wissenschaftler, Publizist, intellektueller Stichwortgeber und Miterausgeber der Zeitschrift *Zwischen den Zeiten* erworben. Sein namensgebender, im Juni 1920 in *Die Christlichen Welt* veröffentlichter Aufsatz wurde, so der Kirchenhistoriker Klaus Scholder, zur „Ortsbestimmung einer ganzen Generation“, die nach der Kriegsniederlage des Ersten Weltkriegs geradezu nach einer religiösen Neubestimmung lechzte.<sup>1411</sup> Neben Barth war er einer der Wortführer der *Dialektischen Theologie*. Getrieben von einem „Hass auf die Bourgeoise“, so Friedrich Wilhelm Graf, formulierte Gogarten in den 1920er Jahren eine radikale Kritik an dem seiner Auffassung nach leblosen Kulturprotestantismus des 19. Jahrhunderts, am Historismus, Rationalismus und Anthropozentrismus. Diese antiaufklärerische Frontstellung gegen das herrschende rational-mechanistische Weltbild und ein liberales, kapitalistisch organisiertes System mit all seinen Entfremdungstendenzen übertrug er in seinen Grundzügen auch auf die Kirche und deren selbstformulierten Anspruch, all ihre Kräfte für die „religiös-sittliche Weltanschauung der deutschen Reformation“ gesellschaftlich zur Geltung zu bringen. In seinem „Hunger nach Ganzheit“ fand Gogarten zur Weimarer Republik keinen Zugang. Seine kulturpessimistische Gesellschaftsanalyse führte vielmehr ihn in Gegensatz zu dem angeblich degenerierten und ethisch desorientierten Staat, den er mit Partikularinteressen, Chaos, Ordnungs- und Bindungslosigkeit, Sinnentleertheit und schleichendem Untergang gleichsetzte.<sup>1412</sup>

Ab 1930 äußerte sich der an sich unpolitische Gogarten zunehmend politisch, insbesondere in seinen programmatischen Schriften *Wider die Achtung der Autorität* (1930) und *Politische Ethik* (1932). Neu in Gogartens *Ethik* war sein verändertes

<sup>1410</sup> Göckeritz: Gogarten, S. 216; Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 560f.

<sup>1411</sup> Gogarten: *Zwischen den Zeiten*, in: CW (1920), Sp. 374–378; Scholder: *Kirche*, Bd. 1, S. 57–63, hier S. 57. Zum „dialektischen Jahrzehnt“ vgl. Goering: Gogarten, S. 88–218; Kroeger: Gogarten.

<sup>1412</sup> Vgl. Graf: *Deutung*, S. 268–288.

Staatsverständnis. Im Staat sah er ein Geschenk Gottes und zugleich dessen Instrument, um den Menschen in der ursprünglichen Schöpfungsordnung zu halten.<sup>1413</sup> Angesichts der Sündhaftigkeit des Menschen könne nur er die Existenz des Menschen sichern und Gefahren, Zerstörung und Chaos abwehren. Dazu bedürfe es auch autoritären Zwanges – im Verhältnis des Individuums zum Staat griff Gogarten auf den Schlüsselbegriff der ‚Hörigkeit‘ zurück –, denn das auf der Freiheit des Einzelnen beruhende Menschentum sei „tausendmal zu groß [...], tausendmal zu fiktiv als daß es diese Last tragen könne“.<sup>1414</sup> Zur Durchsetzung einer ‚wirklichen‘ Ordnung und „um Staat sein und bleiben zu können“ brauche der Staat die Kirche. Seine Hoheit bedürfe zwar keiner kirchlichen Sanktionierung, die Kirche aber mache „ihr Sanktum“ – für Gogarten die die „Macht des Bösen bannende Gewalt“ – sichtbar und erkennbar.<sup>1415</sup> Kurzum: Er konzeptionierte den Staat als einen Integrationsort für das bindungslose Individuum, der als Bollwerk gegen Chaos und das Böse dennoch nur „Notinstrument“ und eine „poena et remedium peccati“ blieb. Im Gogart’schen Sinne könne und solle dieser nur die politische Existenz des Menschen sichern, nicht aber seine ewige religiöse Existenz.<sup>1416</sup>



Abb. 30: „Das Arbeitszimmer von Friedrich G.[ogarten], wie es wohl in Stelzendorf, dann in Dorndorf, Breslau u. Göttingen sehr ausgesehen hat: ‚Die Bücher sollen ihm nicht über den Kopf wachsen‘“, undatiert (Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Cod. Ms. Friedrich Gogarten, Nr. 368, Bild 23)

<sup>1413</sup> Gogarten: Ethik, S. 113f. Zu Gogartens Begriff des Politischen und seinem theologischen Modell des Staates vgl. Strohm: Romantik, S. 133–179.

<sup>1414</sup> Gogarten: Ethik, S. 147.

<sup>1415</sup> Ebenda, S. 218.

<sup>1416</sup> Ebenda, S. 195f.

Die Brücke zu Gogartens Staatskonzeption war seine theologische Neufassung des Volksbegriffs. Der Mensch, so Gogarten 1932 in *Schöpfung und Volkstum*, sei mit ‚seinem‘ Volk existentiell und unauflösbar verbunden.<sup>1417</sup> Er gehörte damit zu jenen Volkstumstheologen, die den ‚natürlichen‘ antiliberalen Staat und das ‚unverfälschte‘ Volk zu ethischen Bezugspunkten ihrer Theologie machten. Im Gegensatz zu dem völkischen Publizisten Wilhelm Stapel blieb der Ansatz Gogartens theologisch akzentuiert, in seiner Anspruchshaltung aber war er freilich nicht weniger radikal. Wie Timothy Goering anhand von Predigten nachweist, zielte Gogarten auf nichts weniger als die Überwindung des alten, sich stets zu verwirklichen suchenden Menschentypus ab, der von einem neuen, vom eigenen Macht-hunger und Kontrollstreben befreiten und die eigene Boshaftigkeit anerkennenden Menschentypus abgelöst werden sollte. Ohne diesen Anspruch an eine Überwindung des Gegensatzes von Autonomie und Glaubensgehorsam, von ichsüchtiger Freiheit und Bindung an das Du, sind Gogartens Haltung im aufkommenden NS-Staat und seine Positionierung im ‚Kirchenkampf‘ nicht nachzuvollziehen.<sup>1418</sup>

Politisch zählte Gogarten zu den antidemokratischen Gegnern der Republik. Diese war für ihn ein Erfüllungsgehilfe fremder Interessen („Sklavenaufseher“) und nicht mehr als eine „jämmerliche Grotteske“.<sup>1419</sup> In ihrer Endphase propagierte er – Gogarten war seit 1931 verbeamteter Professor in Breslau – einen revolutionären Neuanfang in einem postliberalen, autoritär verfassten Staat.<sup>1420</sup> Dieser Ruf beinhaltete keine Grundsatzentscheidung für eine bestimmte politische Partei, geschweige denn die Nationalsozialisten, andererseits war in seiner Theologie Offenheit gegenüber dem kommenden NS-Staat angelegt: „Die ethische Disparatheit von Glaube und praktischer Vernunft“, so Karl-Heinz zur Mühlen, „führte bei Gogarten im Horizont seines konservativ-romantischen Staatsgedankens zur nicht gewollten, aber faktisch nicht ausgeschlossenen Begünstigung der Forderungen des nationalsozialistischen Staates“.<sup>1421</sup> Mit seiner anspruchsvollen Staatskon-

<sup>1417</sup> Vgl. Gogarten: *Schöpfung*.

<sup>1418</sup> Goering: Gogarten, S. 237; Göckeritz: Gogarten, S. 237.

<sup>1419</sup> Gogarten: *Ethik*, S. 195ff.

<sup>1420</sup> Am 18.1.1933, gut zwei Wochen vor der Kanzlerschaft Hitlers, entfaltete Gogarten seine Staatskonzeption anlässlich der Reichsgründungsfeier seiner Breslauer Heimatuniversität. Sein Festvortrag *Säkularisierte Theologie in der Staatslehre* gipfelte in dem Satz: „Nicht das Individuum ist vor dem Staat und vor dem Volk, sondern Staat und Volk sind vor dem Individuum.“ Goering: Gogarten, S. 243f. hier S. 244. Vgl. Schwan: *Konstitution*, S. 163–189.

<sup>1421</sup> Mühlen: *Vernunftkritik*, S. 242. Gogarten diskutierte wiederholt die Grenzen staatlicher Macht und verteidigte die Wissenschafts-, Religions- und Glaubensfreiheit, freilich aus einer theologischen Perspektive und nicht als rechtliche Güter. Graf: *Deutung*, S. 291–313, hier S. 303. 1930/31 war Gogarten in Überlegungen zur Gründung einer Zeitschrift mit dem Arbeitstitel *Der Staat* involviert, in der theologisch und politisch alternative Staats- und Gemeinschaftsvorstellungen diskutiert werden sollten. Als mögliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter galten Arthur Wegner, Carl Schmitt, Alois Dempf, Ernst Forsthoff, Ernst Rudolf Huber, Horst Michael, Martin Spahn, Jacob Johann von Uexkull und Magdalene von Tiling. Das Projekt ließ sich jedoch nicht realisieren. Vgl. Goering: Gogarten, S. 223–225. Graf weist darauf hin, dass Gogarten in politisch unterschiedlichen Spektren ernsthaft rezipiert wurde, auch bei republikkeptischen Liberalen und Sozialdemokraten.



zeption konnte Gogarten sowohl einem Staat mit totalitärem Anspruch das Wort reden als auch einer religiösen Verabsolutierung des Volkes wehren, wie es Rosenberg 1930 in seinem ‚Mythos‘ getan hatte.<sup>1422</sup>

Nicht trotz, sondern wegen der totalen Inanspruchnahme des Menschen sah Gogarten seine Konzeption im ‚Staate Adolf Hitlers‘ verwirklicht. Der staatliche Anspruch war freilich daran gebunden, dass er seine Totalität nicht aus sich selbst heraus zu begründen suchte, sondern „als exklusiv in der christologisch offenbarten Souveränität Gottes begründbar anerkenne“. Demnach band Gogarten den Staat an die ‚Grundordnung‘ von Schöpfer und Geschöpf. Trotz seiner affirmativen Haltung zum Nationalsozialismus blieb diese Grenze, eine Quintessenz seiner Theologie, prinzipiell und entfaltete so das „Potential einer kritischen Distanz“.<sup>1423</sup> Konkret schöpfte sich Gogartens Zustimmung zu den neuen Verhältnissen aus einer theologisch fundierten Fundamentalabsage an die demokratisch und pluralistisch verfasste Kontraktgesellschaft und der Aufhebung des Individualismus in der ‚Volksgemeinschaft‘. Im nationalsozialistischen Einparteienstaat sah er eine legitime Ordnungsmacht und einen Garanten für die Wiederherstellung vermeintlich verlorengegangener Staatlichkeit. Für die schleichende Diktaturwerdung und die gewaltförmig repressive Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten – Breslau war mit rund 23.000 jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner ein Zentrum des jüdischen Lebens in Deutschland – hatte er keinen Blick. So sah er in den antisemitischen Übergriffen eine vorübergehende Notwendigkeit im ‚Genesungsprozess‘ des deutschen Volkes des nachliberalen Zeitalter. Im Sommer 1933 schrieb er:

*Ein Volk, das sich durch seine lebendige Sitte in Ordnung und selbstverständlicher Zucht hält, und bei dem die Anwendung äußerer Gewalt nicht nur die ultima ratio ist, ist krank und droht zu entarten und zu verkommen.*<sup>1424</sup>

1934 rechtfertigte er die ‚rassenhygienischen‘ Maßnahmen des NS-Staates als einen Ausdruck politischer Verantwortung. Aus dem Erschrecken über die drohende Gefahr, so Gogarten, sei „das Wissen um die Notwendigkeit der irdischen Begrenzungen“ neu erwacht. Die „harten, gewaltsamen Eingriffe“ seien „für die Unverfügbarkeit und Unverbrüchlichkeit der ursprünglichen Lebensordnung“ notwendig:

*Das ist gemeint, wenn man heute die Reinerhaltung des Blutes, der völkischen Art zum alles beherrschenden Gebot macht oder wenn man davon spricht, daß ein abstraktes, intellektualistisches Denken durch ein biologisches ersetzt werden müsse.*<sup>1425</sup>

<sup>1422</sup> Die Sündhaftigkeit des Menschen blieb für seine Theologie konstitutiv. So zog Gogarten frühe Grenzlinien zu den völkischen Vorstellungen einer ‚Bluts- und Rassengemeinschaft‘ und widersprach Konzepten eines völkischen Christentums. Das Alte Testament war für Gogarten unanfechtbarer Teil des christlichen Kanons. Graf: Deutung, S. 309.

<sup>1423</sup> Ebenda, S. 312f.

<sup>1424</sup> Gogarten: Evangelium, S. 16f.

Die hier formulierte existentiell-religiöse Deutung der nationalsozialistischen ‚Rassenideologie‘ markiert einen Höhepunkt von Gogartens Zugeständnissen an den NS-Staat. Bezüglich ihrer praktischen sozialen Folgen lotete er Grenzen aus, den rassistischen Biologismus der Nationalsozialisten als auch ihren Antisemitismus teilte er nicht. Weltanschaulich war Gogarten kein Nationalsozialist, der NSDAP trat er nicht bei.<sup>1426</sup> Friedrich Wilhelm Graf konstatierte bezüglich Gogartens Haltung eine starke Ambivalenz, die er als eine „paradoxe Gleichzeitigkeit von hoher Übereinstimmung und prinzipieller Distanz“ zum Nationalsozialismus kennzeichnete.<sup>1427</sup> Tatsächlich gab es auf seine anspruchsvolle Staatskonzeption unterschiedliche Reaktionen. Die Differenz in theologischen Grundfragen, die mit Gogartens Annäherung an die Volksnomostheologie bereits seit 1930 zu einem Auseinanderdriften geführt hatte, endete 1933 im Bruch der Arbeitsgemeinschaft mit Karl Barth und der Einstellung von *Zwischen den Zeiten*.<sup>1428</sup> Dagegen erkannte der Dekan der Breslauer Theologischen Fakultät Karl Bornhausen in der „absurden Theologie“ Gogartens anti-nationalsozialistisches Potential. Der überzeugte Nationalsozialist, Gogarten in tiefer Abneigung verbunden, drängte darauf, einige als „staatsfeindlich und gegen die nationalsozialistische Weltanschauung“ bewertete Werke Gogartens bei der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 den Flammen zu übergeben.<sup>1429</sup> Auch nationalsozialistische Theologiestudenten schürten wiederholt massive Zweifel an der politischen und kirchenpolitischen Haltung Gogartens.<sup>1430</sup>

Kirchenpolitisch agierte Gogarten eigenwillig. Anfang Mai 1933 gehörte er zu den Initiatoren der *Jungreformatorischen Bewegung* in Schlesien, von der er sich jedoch bereits Ende Juni, also noch vor den reichsweiten Kirchenwahlen, löste. „Allergrößte Bedenken“ zeigte er bereits am 9. Juni.<sup>1431</sup> Einerseits kritisierte er die Bereitschaft, die Kirche in die politische Abhängigkeit des Staates zu geben, andererseits erkannte er, dass die JB in dem sich anbahnenden Kirchstreit keine vermittelnde Rolle einnehmen könne, sich vielmehr ein Teil davon in Richtung einer

---

<sup>1425</sup> Gogarten: Bekenntnis, S. 44. Schon 1933 hatte Gogarten in Herkunft und Ursprung der äußeren und inneren Existenz des Menschen den Willen, die Gabe und das Gesetz Gottes erkannt. Damit stünden „Sprache, Sitte, Geschichte, Boden, Blut, Eigentum, Kultur und Ehre“ in einer „verantwortlichen Zusammengehörigkeit“. Gogarten: Das Bekenntnis, 5. Artikel: Das Volk und seine Ordnungen. Zitiert nach Goering: Gogarten, S. 258.

<sup>1426</sup> Vgl. Strohm: Romantik, S. 180–187. Strohm stellt Gogartens „theologisch verklärter Volkstumsromantik“ seine Ablehnung des Nationalismus gegenüber, den er als eine Folge von Aufklärung und Französischer Revolution begrift.

<sup>1427</sup> Graf: Deutung, S. 306. Vgl. Strohm, S. 180; Schwan: Konstitution, S. 190–214.

<sup>1428</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 238–242, 278–286.

<sup>1429</sup> Bornhausen an Ministerialrat Achelis, ohne Angaben [1933]. Zitiert nach Goering: Gogarten, S. 249f. Der Direktor des evangelisch-theologischen Seminars, Ernst Lohmeyer, weigerte sich jedoch, die Schriften Gogartens an die SA zu übergeben. Zu den Spannungen Bornhausen-Gogarten vgl. Meyer: Fakultät, insb. S. 100–109.

<sup>1430</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 305–307.

<sup>1431</sup> Gogarten an Bultmann am 9.6.1933. Abgedruckt in Göckeritz: Briefwechsel, S. 205–208, hier S. 206f.

kirchlichen Opposition gegen den ‚neuen‘ Staat bewegte.<sup>1432</sup> Am 4. August, nach dem Abschluss des Verfassungswerks der DEK und den Kirchenwahlen, schloss sich Gogarten den *Deutschen Christen* an. Zusammen mit weiteren Breslauer Theologen erklärte er öffentlich seine Bereitschaft zur Mitarbeit an der Erneuerung der Kirche:

*Der nationalsozialistische Staat erfüllt mit Nachdruck die ihm als Staat von Gott gesetzte Aufgabe und sorgt für Festigung der menschlichen Ordnungen. Wir waren immer der Ansicht, dass er damit eine notwendige Voraussetzung dafür geschaffen hat, dass die uneingeschränkte Verkündigung des für unsere Sünde gekreuzigten und erhöhten Herrn auf fruchtbaren Boden fallen kann.*<sup>1433</sup>

In zwei nicht veröffentlichten Denkschriften hatte sich dieser Schritt angedeutet.<sup>1434</sup> Öffentlich vollzogen wurde Gogartens Wende spätestens mit der Schrift *Einheit von Evangelium und Volkstum* vom Spätsommer 1933. Bereits die titelgebende Übernahme der deutschchristlichen Parole zu den Kirchenwahlen war ein deutlicher Hinweis: „Unsere ganze Existenz“, so Gogarten, sei durch die politischen Ereignisse des Jahres 1933 eine andere geworden. Dies habe unmittelbare Auswirkungen auf die Kirche. Nach der Ohnmacht der Weimarer Republik gebe es nun einen ‚echten‘ souveränen Staat, in dem die „Privatisierung der menschlichen Existenz“ überwunden und eine Trennung der politischen und religiösen Existenz nicht mehr möglich sei. Totalität sei unteilbar. In einem Staat, in dem der

<sup>1432</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 251–261, hier S. 256f; Göckeritz: Gogarten, S. 245. Folgerichtig fand Gogarten zu keiner Zeit Zugang zur *Bekennenden Kirche* bzw. zu den Debatten, die ihre Entstehung vorbereiteten.

<sup>1433</sup> Öffentliche Erklärung zum Beitritt in die GDC vom 4.8.1933. Zitiert nach Goering: Gogarten, S. 269. Vgl. ebenda, S. 268–278. Seine kirchenpolitische Entscheidung für die *Deutschen Christen* richtete sich auch gegen den „geistigen Habitus des bürgerlichen Individualismus aus dem 19. Jahrhundert“ und eine vermeintliche falsche Selbständigkeit. Gogarten: Evangelium, S. 16.

<sup>1434</sup> Gogarten: Denkschrift zum Verhältnis von Staat und Kirche [vor dem 26.6.1933]; ders.: Das Bekenntnis [Mitte Juli 1933]. Abgedruckt in: Göckeritz (Hg.): Briefwechsel, S. 300–302. Mitunterzeichner/innen der erstgenannten Schrift waren der Mediziner Johann Duken, Werner Elert, der Staatsrechtler Otto Koellreutter, Julius Schniewind, Magdalena von Tiling und der Pfarrer von Gotha Karl Cramer. Vgl. Goering: Gogarten, S. 257–261. Die Denkschrift zum Staatskirchenverhältnis führte zu einem mehrjährigen Beziehungsabbruch mit Rudolf Bultmann. Vgl. Bultmann an Gogarten am 26.6.1933. Abgedruckt in: Göckeritz (Hg.): Briefwechsel (Nr. 113), S. 209f. Gogartens theologische Rechtfertigung des NS-Staates endete freilich an der Selbständigkeit der Kirche. In der *Denkschrift zum Verhältnis von Staat und Kirche* heißt es: „Die vornehmste Aufgabe allerkirchlichen Verfassungsarbeit ist darum, diese Selbständigkeit des Amtes der kirchlichen Verkündigung und seiner Gebundenheit an das Bekenntnis der Kirche zu sichern.“ Das Amt der kirchlichen Verkündigung und der Inhalt dieser Verkündigung sei allein „durch die unverkürzte und unantastbare Offenbarung Gottes in Jesus Christus“ bestimmt. Vgl. Gogartens Schrift *Die Selbständigkeit der Kirche* vom Mai 1933. Die Überlegungen Gogarten unterschieden sich fundamental von der Vorstellung einer politisch-rechtlichen und organisatorischen Selbständigkeit der (späteren) *Bekennenden Kirche*. Kirchliche Selbständigkeit war für Gogarten nur insofern berechtigt, wenn sie sich nicht innerhalb der Totalität des staatlichen Anspruchs verwirklichen wolle, sondern den Menschen selbst in seinem existentiellen Sein total in Anspruch nehme. Vgl. Goering: Gogarten, S. 271–273; Göckeritz: Gogarten, S. 245–247.

„Wille des Volkes“ souveräne Macht sei, gehöre der Mensch dem Staat, „weil er seinem Volk gehört“.<sup>1435</sup> Innerhalb der theologischen Zunft und bei kirchlich Interessierten erregten seine Einlassungen großes Aufsehen.<sup>1436</sup> Vor allem Gogartens Konzeption der Einheit von „Gottes-“ und „Volksgesetz“ sowie die Zustimmung zu den Positionen Wilhelm Stapels in dieser Frage rief empörte Kritik hervor.<sup>1437</sup>

Gogartens Beitritt zu den *Deutschen Christen* erfolgte in Absprache mit Hirsch, den er bereits am 2. Juli 1933 von entsprechenden Überlegungen in Kenntnis gesetzt hatte. Dieser Schritt, so Gogarten, mache freilich nur dann Sinn, wenn es möglich sei, „in irgendeiner Weise entscheidend“ mitzuarbeiten.<sup>1438</sup> Dabei setzte er auf die Zurückdrängung der radikal Völkischen in der DC-Reichsleitung um Joachim Hossenfelder, deren theologische Konzepte Gogarten für bekenntniswidrig, individualistisch und ‚zersetzend‘ hielt. Anknüpfungspunkte sah er vor allem bei Ludwig Müller, Karl Fezer und Hirsch. Offensichtlich aber unterschätzte Gogarten den Sammlungscharakter und die theologische Heterogenität der *Glaubensbewegung*. Sein Ansinnen scheiterte an seiner eklatanten Fehleinschätzung ihres kirchenpolitischen (und weniger ihre theologischen) Charakters und an deren handelnden Personen. Zunehmend von schweren Zweifeln geplagt, erklärte er am 17. November in Reaktion auf den ‚Sportpalastskandal‘ seinen Austritt. Über die *Deutschen Christen* urteilte er scharf. Eine Verwirklichung der deutsch-christlichen Forderungen, hieß es in seiner Austrittserklärung, würde das „Ende jeder christlichen Kirche“ bedeuten und sei ein Angriff auf die Grundlagen und die Verfassung der *Deutschen Evangelischen Kirche*.<sup>1439</sup> Kurz vor Weihnachten klagte er in einem privaten Schreiben: „Ich habe versucht, was ich konnte, um die Schar ‚Deutscher Christen‘ von Hossenfelder loszukriegen, wenigstens einen Teil davon und habe viele Unterredungen gehabt deswegen. Aber leider ohne Erfolg.“<sup>1440</sup> Damit war ein Kapitel geschlossen, das trotz seiner kurzen Dauer mehr als eine „Episode“

<sup>1435</sup> Gogarten: *Evangelium*, S. 8. Vgl. Goering: *Gogarten*, S. 263–265.

<sup>1436</sup> Vgl. Scholder: *Kirche*, Bd. I, S. 536–540.

<sup>1437</sup> Im Folgenden differenzierte und konkretisierte er seine Positionen in einer Art Vorwärtsverteidigung. An seiner theologischen Beschreibung der Reichskirche hielt er fest: „Um das Gebot als das Gebot aller Gebote und Gott als den Herrn aller Herrschaften verkündigen zu können, muss die kirchliche Verkündung von dem Totalitätsanspruch des Staates ausgerichtet sein.“ Gogarten: *Ist Volksgesetz Gottesgesetz? Eine Auseinandersetzung mit meinen Kritikern* (1934). Zitiert nach Goering: *Gogarten*, S. 297.

<sup>1438</sup> Gogarten an Hirsch am 2.7.1933. Zitiert nach Goering: *Gogarten*, S. 270. Auszugsweise zitiert in Göckeritz: *Briefwechsel*, S. 207.

<sup>1439</sup> Gogarten u.a.: *Eine Erklärung Breslauer Theologen. Zur Klärung der kirchlichen Lage*, 17.11.1933. Zitiert nach Goering: *Gogarten*, S. 277f. Rückert forderte er am 24.11.1933 dazu auf, in der *Deutschen Theologie* klar gegen die DC-Reichsleitung Stellung zu beziehen. Goering: *Gogarten*, S. 295.

<sup>1440</sup> Gogarten an Georg Schniewind am 23.12.1933. Zitiert nach Goering: *Gogarten*, S. 277.

war. Die *Deutschen Christen* sprachen aus Sicht Gogartens die richtigen Fragen an, gaben zu seinem Bedauern aber falsche Antworten.<sup>1441</sup>

Zur Kirche hatte Gogarten in seinem Austrittsschreiben erklärt, dass diese nicht auf der „Blutgemeinschaft“, sondern der „Gemeinschaft des Heiligen Geistes“ gründe. „Fremdblütige evangelische Christen“ dürften aus der Gemeinschaft der evangelischen Kirche nicht ausgeschlossen werden. Andererseits bestehe für die evangelische Kirche das Recht und die Pflicht, „sich für die Ausrichtung ihres göttlichen Auftrages eine Gestalt zu geben, die unserer deutschen Art und unserm deutschen Volkstum gerecht wird.“<sup>1442</sup> Hier schlug Gogarten eine Brücke zur Reichskirche, für deren Stärkung er sich auch in seinem publizistischen Werk stark machte. Ab Ende 1933 war er Mitherausgeber der Zeitschrift *Glaube und Volk in der Entscheidung. Christlich-deutsche Monatshefte*, die für eine nationalsozialistische und kirchennahe Ausrichtung stand, und die sich gegen den *Pfarrernotbund*, später die *Bekennende Kirche*, aber auch gegen den radikal-völkischen Flügel der *Deutschen Christen* stellte. Zudem trat er dem Herausgeberkreis der *Deutschen Theologie* um den Tübinger Kirchenhistoriker Hanns Rückert bei. Ende 1933 machte er seine Bereitschaft zu einer aktiven Mitarbeit in der Reichskirche deutlich. Aber weder ein Eintritt als lutherischer Vertreter in die Reichskirchenregierung, noch seine Ernennung zum reichskirchlichen ‚Kommissar‘ für die „organische[n] Erneuerung der Nachwuchsbildung“ im März 1934, noch seine Mitarbeit im Verfassungsausschuss kamen zustande.<sup>1443</sup> Die große Desillusionierung folgte 1934. Spätestens mit der *Barmer Theologischen Erklärung* war das Scheitern der Reichskirche offenbar. Fortan stellte er sich außerhalb des ‚Kirchenkampfes‘.<sup>1444</sup> Gogarten stand vor einem Scherbenhaufen. In Breslau wurde er angefeindet, seine reichskirchlichen Ambitionen waren gescheitert, vor allem aber war sein Ruf als Theologe und Religionsintellektueller nachhaltig beschädigt. Mit seiner existentiellen Theologie befand er sich im „Niemandland“ und stand in der Kritik sowohl der *Bekennenden Kirche* als auch der *Deutschen Christen*.<sup>1445</sup> In diesem unbefriedigenden Zustand konkretisierte sich zum WS 1935/36 der langersehnte Wechsel nach Göttingen, dem aber gegen den Willen Gogartens ein Zwischensemester in Bonn vorgeschoben wurde – als Vertretung des entlassenen und mittlerweile in Basel lehrenden Karl Barth.<sup>1446</sup>

Die darin gesetzten Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Impulse gingen von ihm nicht aus, insgesamt agierte er abwartend und ambitionslos. Eine Aus-

<sup>1441</sup> Graf: Deutung, S. 309; Göckeritz: Gogarten, S. 247.

<sup>1442</sup> Gogarten u.a.: Eine Erklärung Breslauer Theologen. Zur Klärung der kirchlichen Lage, 17.11.1933. Zitiert nach Goering; Gogarten, S. 277f.

<sup>1443</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 286–303. Die Übertragung der kirchlichen Nachwuchsausbildung an Gogarten war von Helmuth Kittel ins Spiel gebracht worden.

<sup>1444</sup> Als Gogarten angefragt wurde, die als *Ansbacher Ratschlag* bekanntgewordene Zurückweisung von ‚Barmen‘ zu unterstützen, lehnte er trotz inhaltlicher Zustimmung ab.

<sup>1445</sup> Goering: Gogarten, S. 301.

<sup>1446</sup> Vgl. ebenda, S. 318–327.

nahme war seine Mitarbeit in der *Theologischen Kammer des Reichskirchenausschusses* seit dem 13. Mai 1936. In dieser Funktion beteiligte er sich zusammen mit Paul Althaus, Werner Elert, Friedrich Karl Schumann, Friedrich Brunstäd und Rudolf Bultmann an der Erstellung des *Theologischen Gutachtens über die Thüringer Richtung der Deutschen Christen* und war so, ohne direkt Verantwortung zu tragen, in eines der zentralen innerkirchlichen Konfliktfelder des Jahres 1936 unmittelbar involviert: dem Verhältnis des nationalkirchlichen Flügels der *Deutschen Christen* zum *Reichskirchenausschuss*.<sup>1447</sup> In direkter Folge erklärte der RKA keine zwei Wochen später, am 16. Juli 1936, dass die Thüringer DC „innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche kein Recht auf Kirchenleitung“ hätten und dass in den Landeskirchen Thüringen und Mecklenburg, sofern es dort zu keiner Ausschussbildung komme, mit zwei Kirchenregimentern zu rechnen sei. Gogartens Tätigkeit für die *Theologische Kammer* endete im Februar 1937.

Auch sein wissenschaftlicher Ertrag blieb gering. Gogartens Veröffentlichungen bis 1937 waren von wiederholten Attacken auf die Barth'sche Theologie bestimmt.<sup>1448</sup> 1937 warf Gogarten Barth Geschichtslosigkeit vor und konstatierte die „orthodoxe Ängstlichkeit eines dogmatischen Formalismus, der von Volkstum, Staat und Sitte möglichst tonlos und beiläufig“ reden wolle.<sup>1449</sup> Barth habe die Kirche in einer „entscheidenden Stunde“, so Gogarten in *Gericht oder Skepsis. Eine Streitschrift gegen Karl Barth* (1937), „heillos verwirrt“. Seine „vergleichsgültigende“ Theologie seit 1933 sei zersetzend, schädlich und untergrabe den totalitären Staat. In seinem Schlusssatz forderte er, sich von dem Bann der Barth'sche Theologie zu lösen.<sup>1450</sup> Es versteht sich von selbst, dass es Gogarten mit diesen Formulierungen

<sup>1447</sup> Theologisches Gutachten über die Thüringer Richtung der Deutschen Christen. Mitteilungsblatt der DEK 1 (1936), S. 5f. Abgedruckt in: Schmidt (Hg.): Dokumente II, S. 825–827. Vgl. Arnhold: Testament; ders.: Kirchenbewegung, Bd. 1, S. 324–446. Die kirchenpolitische Konsequenz des ‚Irrlehre-gutachtens‘ führte Gogarten in einen faktischen Gegensatz zu Hirsch. Ob es in Göttingen diskutiert wurde, ist nicht bekannt. Bis zu seinem Ausscheiden war Gogarten noch in ein weiteres, im Entwurf von Werner Elert verfasstes Gutachten *Was heißt Leitung der Kirche?* involviert. Dabei plädierte er für eine strenge Unterscheidung einer geistlichen Leitung im engeren Sinne (Herrschaft Christi) von der geistlichen Leitung im kirchenregimentlichen Sinne. Vgl. Goering: Gogarten, S. 318–321.

<sup>1448</sup> Vgl. Hüffmeier: Barth.

<sup>1449</sup> Gogarten: Der doppelte Sinn von Gut und Böse, in: Deutsche Theologie. Monatsschrift für die Evangelische Kirche 4 (1937), S. 329–345. Zitiert nach Goering: Gogarten, S. 297. Gogartens vielbeachtete Schrift *Einheit von Evangelium und Volkstum* vom Sommer 1933 war eine dreißigseitige Replik auf die nicht minder aufsehenerregende Schrift Karl Barths *Theologische Existenz heute!* Anstelle des Hineinstellens in eine konkrete (politische) Situation, so Gogartens Fundamentalkritik, versetze Barth die Glaubenden in eine theologisch abstrakte Scheinwelt und mache den Menschen zu einem ‚Scheinmenschen‘ einer Dämmerwelt. Vgl. Goering: Gogarten, S. 263–265, hier S. 264. Barths *Theologische Existenz heute!* war am 1.7.1933 erschienen und erreichte bereits zwei Wochen nach ihrer Erstveröffentlichung eine Auflage von 12.000 Exemplaren. Bei ihrer Beschlagnahmung im Juni 1934 lag die Auflagenhöhe bei 37.000 Stück. Inhaltlich handelte es sich um eine radikale Kritik an der Theologie und den kirchenpolitischen Vorstellungen der *Deutschen Christen* wie auch der *Jungreformatorischen Bewegung*. Vgl. Scholder: Kirche, Bd. 1, S. 556.

<sup>1450</sup> Gogarten: Skepsis, S. 157. Die vorangegangenen Zitate S. 150f. Gogarten grenzte sich deutlich von den *Deutschen Christen* ab, verteidigte aber seine kurzfristige Mitarbeit als Irrtum.

nicht um einen theologischen Fachdiskurs ging, sondern fundamental gegenläufige Positionen zum nationalsozialistischen Staat verhandelt wurden. Seine Streitschrift fand kaum Beachtung, was das geringe Renommee unterstreicht, das Gogarten mittlerweile genoss.<sup>1451</sup>

Friedrich Wilhelm Graf unterstellte Gogarten die maßlose Überschätzung seines eigenen Einflusses. Sein Biograf Timothy Goering griff das Bild eines „führenden Lotsen“ auf, der – so die Selbsteutung Gogartens – sich weder auf die Seite des NS-Staates gestellt noch gegen ihn gewandt habe. Quasi von außen habe er vor den Sirenengesängen eines „anmaßenden Nationalismus und der ideologischen Selbstherrlichkeit innerhalb des deutschen Volkes und der Kirche, die Unachtsame in Gefangenschaft lockten“, warnen und das noch formbare junge Gepräge des NS-Staates auf den richtigen Kurs bringen wollen.<sup>1452</sup> In diesem anmaßenden Versuch ist Gogarten grandios gescheitert. Um 1935 setzte sich bei ihm die Einsicht durch, dass Reichskirche und Nationalsozialismus als Hoffnungsträger einer neuen Epoche ausfielen.<sup>1453</sup> Ursächlich dafür war nicht die Radikalität des Nationalsozialismus in seiner konkreten staatlichen und parteilichen Gestalt, sondern sein Mangel an Radikalität. In der Verwirklichung eines antiliberal-völkischen Staates war das ‚Dritte Reich‘ für Gogarten eine verpasste Chance.<sup>1454</sup> Seine nachhaltige Desillusionierung und das tragisch anmutende Verhältnis zum NS-Staat fasste Goering in der Person des Hungerkünstlers aus der gleichnamigen Erzählung Franz Kafkas aus dem Jahr 1922, der seine „religiöse Hungerkunst“ unabhängig vom Publikumszuspruch unbeirrt weiterverfolgte. Viele Käfigjahre später, „in scheinbarem Glanz, von der Welt geehrt“, war der bis auf die Knochen abgemagerte Hungerkünstler vergessen.<sup>1455</sup> Ende 1937 war Gogarten ein gebrochener Mann. Im Mai 1938 erlitt er einen körperlichen und psychischen Zusammenbruch, der ihn fast ein Jahr lang außer Gefecht setzte.<sup>1456</sup> In den Jahren 1938 bis 1948 veröffentlichte Gogarten lediglich zehn Predigten. Sein Rückzug aus der Öffentlichkeit ging einher mit einer grundlegenden Revision seines theologischen Denkens. Gogarten akzeptierte nun die Autonomie des neuzeitlichen Menschen und die „radikale, grundsätzlich keine Grenzen kennende wissenschaftliche Auf-

---

<sup>1451</sup> Im Urteil Goerings war Gogartens Streitschrift der erste Versuch einer historischen Einordnung der *Dialektischen Theologie* und zugleich ein Beitrag im Kampf um Deutungshoheit und ihr Erbe. Vgl. Goering: Gogarten, S. 322–325.

<sup>1452</sup> Goering: Gogarten, S. 255.

<sup>1453</sup> Ebenda, S. 299.

<sup>1454</sup> Ebenda, S. 314.

<sup>1455</sup> Vgl. ebenda, S. 312–317. Eingesperrt, hielt der Künstler auch an seiner Hungerkunst fest, als das Interesse an seiner Person und Kunstfertigkeit abnahm. Er perfektionierte seine Kunst, die sich ohne Publikum jedoch zunehmend auf sich selbst bezog. Im Sterben verrät er den wahren Grund seines Hungerns. Er habe keine Speise gefunden, die ihm geschmeckt habe, ansonsten hätte er sich wie alle anderen sattgegessen. Nun wolle er mit dem Stroh seines Käfigs begraben werden. Vgl. Franz Kafka: Ein Hungerkünstler, in: ders.: Die Erzählungen, Frankfurt (M) 1997.

<sup>1456</sup> In den Worten seiner Frau war Gogarten „todkrank“. Margarete Gogarten an Bultmann am 19.4.1940. Abgedruckt in Göckeritz: Briefwechsel, S. 215–217, hier S. 216.

klärung und die technische Beherrschung der Umwelt des Menschen“.<sup>1457</sup> Bibel, Christus und Kirche seien heute keine sakralen Größen mehr und dieses Faktum ließe sich nicht wieder rückgängig machen. Damit verbunden war seine Einsicht, dass der „unbedingte Wille nach Selbstverantwortung“ und „geistlich-sittlicher Mündigkeit“ unaufgebar sei. Gogartens „geschichtstheologische Anerkennung der säkularisierten Freiheit“ schlug sich 1948 in seinen beiden Schriften *Die Verkündigung Jesu Christi. Grundlage und Aufgabe* und *Die Kirche in der Welt* nieder, die er in ihrer Rohfassung bereits während der letzten Kriegsjahre konzipiert hatte.<sup>1458</sup>

*Neuermessung des Christentums im nationalsozialistischen Weltanschauungsstaat: Emanuel Hirsch (1936–1945; Kirchengeschichte 1921–1936)*

Wie dargelegt, markierte die zweite Jahreshälfte 1934 für Emanuel Hirsch einen tiefen Einschnitt. In diesen Zeitraum fielen die endgültige Konsolidierung der NS-Diktatur in Folge der beispiellosen Mordaktion gegen hochrangige SA-Führer und konservative Gegner der NS-Führung, die Gründung der *Bekennenden Kirche* und die Konstituierung einer staatlich unabhängigen Kirche mit eigenständigen Leitungsgremien, der öffentlich ausgetragene theologische Grundsatzkonflikt mit seinem 1933 aus dem Staatsdienst entlassenen und mittlerweile in die USA emigrierten Jugendfreund Paul Tillich sowie Hirschs geheime Gutachtertätigkeit im Treueidprozess gegen Karl Barth.<sup>1459</sup> Vor allem das finale Scheitern der Reichskirche erlebte Hirsch als Katastrophe, im Spätherst 1934 gab er die Kirche verloren. Die persönlichen Folgen waren Hirschs kirchenpolitischer Rückzug. Wie Gogarten konzentrierte er sich nunmehr auf sein Göttinger Professorenamt. Diese Selbstbeschränkung und eine Außenseiterrolle, in die Hirsch sich zunehmend gedrängt sah und die er zugleich annahm, erwiesen sich rückblickend als handlungsleitend. 1943 wies der mecklenburgische Landesbischof Walther Schultz auf die „ungeheure Tragik“ hin, die Hirschs Lebensweg überschattete: „In Wirklichkeit sitzt nämlich Prof. Hirsch im Exil, gemieden von seinen Studenten, ein Fremdkörper in der politischen Gemeinschaft, der er sich mit heißem Herzen angeschlossen hat.“<sup>1460</sup>

Hirschs Isolation ging einher mit theologischer Radikalisierung. Theologisches, kirchliches und politisches Wollen waren aus seiner Perspektive nicht mehr zu trennen: „Die Frage Weltanschauung und Glaube ist die Schlüsselfrage zur gesamten gegenwärtigen geistigen Lage.“<sup>1461</sup> Im Kern bemühte sich Hirsch um eine

<sup>1457</sup> Vgl. Göckeritz: Gogarten, S. 249f. Der Wandel Gogartens deutete sich schon Anfang 1938 in seinem Vortrag *Kirche des Glaubens und Kirche als Ordnung im Volk. Zur Frage des sogenannten kirchlichen Raums* vor einem Pfarrkonvent an.

<sup>1458</sup> Vgl. Schwan: Konstitution, S. 223–252, vor allem S. 223–238. Nach Schwan zeigte sich Gogartens theologischer Wandel und seine Neubewertung des Nationalismus (und des Nationalsozialismus als seine extremste Form) 1940 und beschleunigte sich 1943/44.

<sup>1459</sup> Vgl. Assel: Hirsch, S. 60f.

<sup>1460</sup> Schultz an Thielicke am 29.8.1943. LKAS: Lbf. W. Schultz, Nr. 121.

<sup>1461</sup> Hirsch: Christliche Rechenschaft. Zitiert nach Assel: Hirsch, S. 65.



grundsätzliche Neubestimmung des Christentums unter nationalsozialistischen Vorzeichen. Diese betraf zuvorderst sein Verständnis von der Gestalt der verfassten Kirche. Als ein ihrer äußeren Ordnung nach politisches Gebilde war ihre Verfassungsgestalt für Hirsch prinzipiell und über den tradierten staatskirchlichen Rahmen hinaus dem politisch geformten Volksnomos disponibel.<sup>1462</sup> An dem Ziel einer Transformation der vom Staat unabhängigen und rechtlich selbständigen Kirche in eine staatskirchlich verfasste Reichskirche, die sich in eigener Entscheidung in ein abhängiges Schutz- und Treueverhältnis zum autoritären Führerstaat stellte, hielt Hirsch auch nach dem Scheitern der kirchlichen Diensteidgesetzgebung auf der Berliner Nationalsynode im August und der Gründung der *Vorläufigen Kirchenleitung* im November 1934 fest.<sup>1463</sup> In Anknüpfung an seine Souveränitätstheorie kam er zu der Einsicht, dass die wichtigste Äußerungsform der christlichen Religion die gemäß dem Volksnomos zu bestimmende ‚Weltanschauung‘ sei. Als politischer Theologe habe man, so Hirschs theologischer Zirkelschluss, den völkisch-politischen Souverän auch als Souverän der Kirche anzuerkennen, konkret also den Führer der nationalsozialistischen Bewegung. Im Urteil Heinrich Assels verwandelte Hirschs politische Theologie „die Lehre von der Schöpfung und Sünde und im Kern die Theologia crucis in eine bestimmte politische Theologie und Christologie der abgründigen Souveränität des offenbaren Gottes“.<sup>1464</sup>

Hirschs Radikalisierung beinhaltete auch eine Verlagerung seiner Bezugspunkte. Seine Loyalität galt nicht mehr den Organen der DEK, sondern der NSDAP. Als einer von 19 Göttinger Professoren schloss sich Hirsch der am 22. April 1937 gegründeten *Akademie der Wissenschaften des NS-Dozentenbundes* an.<sup>1465</sup> In diesem Verständnis enthielt er sich – trotz seiner kurzzeitigen Beratertätigkeit für den unglücklich agierenden und im Februar 1937 politisch gescheiterten Reichskirchenminister Hanns Kerrl – kirchenpolitischer Aktivitäten im engeren Sinne. Hirsch hegte in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zwar Sympathien für die *Nationalkirchlichen Deutschen Christen*, lehnte aber Angebote zur Mitarbeit ab.<sup>1466</sup> Er blieb

<sup>1462</sup> Assel: Hirsch, S. 61. Vgl. Hirsch an Gogarten am 3.6.1933. SUB, Cod. Ms. Gogarten 400:304, Nr. 5.

<sup>1463</sup> Im November 1934 ging es für Hirsch allein um Schadensbegrenzung, d.h. die Vermeidung der endgültigen Diastase von Christentum und ‚Bewegung‘, sowie die Möglichkeit einer erneuten kirchenpolitischen Intervention Hitlers. Vorsorglich machte Hirsch die Kirche, sprich die *Bekennende Kirche*, für eine antichristliche Wendung verantwortlich. Wegen seiner Weigerung, die VKL anzuerkennen, soll ihm Rückert mit einem Publikationsverbot in der *Deutschen Theologie* gedroht haben. Hirsch an Stapel am 30.11.1934. Nach Assel: Hirsch, S. 60.

<sup>1464</sup> Assel: Hirsch, S. 67.

<sup>1465</sup> Marianne Krause: Forschung, Lehre und Partei, in: *Politikon* 9 (1965), S. 19–21. Vgl. Dahms: Einleitung, 54–56.

<sup>1466</sup> Vgl. die Würdigung von Erwin Langner anlässlich seines 50. Geburtstag in: *Die Nationalkirche* 25 (1938) vom 19.6.1938. Auszugsweise zitiert in Arnhold: Kirchenbewegung, Bd. 1, S. 316f. Davon unbenommen trug Hirsch wiederholt im akademischen, studentischen und politischen Rahmen vor, wobei oftmals nur Datum, Anlass und Vortragstitel bekannt sind. Vgl. seinen Vortrag *Deutscher Geist und deutsches Leben* im Audimax. GT vom 3.12.1937.

Einzelgänger und Querdenker. Seine programmatischen Wortmeldungen waren Namensbeiträge, die im kirchlichen Raum kaum mehr Breitenwirkung erzielten. In einer Denkschrift *Die staatliche Regelung der Kirchenfrage* vom Frühjahr 1935 plädierte er erneut für weitreichende staatliche Eingriffsrechte in die Ordnung der Kirche und schlug zur Überwindung des konstatierten selbstverantworteten kirchlichen Notstands die staatliche Ernennung eines mit rechtssetzenden Vollmachten ausgestatteten „Kirchentreuhanders“ vor.<sup>1467</sup> Im Juli 1936 äußerte er sich in einer weiteren Denkschrift *Die Vollmacht des Reichskirchenausschusses und der evangelisch-lutherische Christ. Antwort auf eine Gewissensfrage* zu der vom bruderrätlichen Flügel der *Bekennenden Kirche* in Frage gestellten kirchlichen Legitimität des Reichskirchenausschusses, im April 1937 in der *Kommenden Kirche* zu der im Raum stehenden Wahl einer Generalsynode.<sup>1468</sup> In all diesen Beiträgen trat Hirsch nicht als kirchenpolitischer Anwalt der *Deutschen Christen* auf, denen er vielmehr fehlende theologische Substanz attestierte, sondern als Fürsprecher einer geordneten, politisch zuverlässigen und sich selbstbeschränkenden einigen und kirchenpolitisch toleranten Kirche. Dabei wiederholte er seine massiven Attacken gegen die *Bekennende Kirche* und insbesondere die Inanspruchnahme des kirchlichen „Notrechts“.<sup>1469</sup> Eine Ausnahme war die öffentliche Verteidigung des nationalkirchlichen mecklenburgischen Landesbischofs Walther Schultz gegen Rücktrittsforderungen.<sup>1470</sup> Im Anschluss an eine Schultz-Rede im Berliner Sportpalast am 28. Mai 1938 hatte die mecklenburgische *Bekennende Kirche* ihn erneut der Irrlehre bezichtigt und ihm die Verkündung einer rein nationalsozialistischen Weltanschauung vorgeworfen. Hirschs Gutachten wurde im Mitteilungsblatt der Landeskirche veröffentlicht. Der Göttinger Dekan stellte sich hinter Schultz' nationalkirchlichen

<sup>1467</sup> Vgl. Schjørring: *Gewissensethik*, S. 284–295, hier S. 287–289. Nach Schjørring floss die Stellungnahme Hirschs in die Überlegungen zur Einrichtung des Reichskirchenministeriums am 16.7.1935 ein.

<sup>1468</sup> Vgl. ebenda, S. 287–293; Arnhold: *Kirchenbewegung*, Bd. 1, S. 313–317; Heinonen: *Anpassung*, S. 142–145.

<sup>1469</sup> Für Hirsch war die Kirche ein öffentliches „Skandalon“. Er verband seine Schriften mit schwerwiegenden konkreten Forderungen wie z.B. der kirchlichen Anerkennung der Gemeinschaftsschule anstelle der Konfessionsschule sowie der Einführung des kirchlichen „Arierparagrafen“ für zukünftige Pfarrer. Zunehmend resigniert, dies wird besonders in seinem Beitrag im Vorfeld der Kirchenwahlen deutlich, agierte er dennoch taktisch. Seine Verteidigung des RKA gegen den Vorwurf des staatlichen Machtmissbrauchs ergab sich aus der prinzipiellen Anerkennung von dessen Einfluss auf die äußere Ordnung der Kirche. Ohne dies auszusprechen, erhoffte er sich darüberhinausgehend die staatliche Zerschlagung der *Bekennenden Kirche*. Hirsch: *Stellung*.

<sup>1470</sup> Der Kontakt war auf Initiative von Schultz zustande gekommen, der Hirsch als Referent für eine Tagung des *Bundes der nationalsozialistischen Pastoren Mecklenburgs* und einen Beitrag „aus dem Grenzgebiet von Nationalsozialismus und Christentum“ anfragte. Ende September 1937 sprach Hirsch über *Die christliche Lehre von Rechtfertigung und Versöhnung*. Schultz an Hirsch am 25.8.1937; Einladung zum 3. Theologischen Kongress des *Bundes der nationalsozialistischen Pastoren Mecklenburgs*. LKAS: Lbf. W. Schultz, Nr. 121. Für Hirsch lohnte sich dieser Kontakt auch wirtschaftlich. Sechs Tage später bestellte Schultz als Weihnachtsgabe für die mecklenburgischen Pfarrer 500 Exemplare von Hirschs *Das vierte Evangelium verdeutscht und erklärt*. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich Herrn OKR Olaf Mirlgeler. Vgl. zur Einordnung: Peter: *Lutherrose*, S. 314ff.

Kurs, betonte die Wandelbarkeit des Christentums und wandte sich gegen ein starres Festhalten an vermeintlichen Wahrheiten: „Wer wirklich weiß, was Evangelium ist, wird die Kirche nicht an die Enge seines eigenen Gewissens binden wollen.“<sup>1471</sup>

Hirschs politische Bindung an den Nationalsozialismus war zu dieser Zeit vorbehaltlos. Die Veröffentlichung des Briefes von Karl Barth an seinen tschechischen Freund Josef Hromádka vom 19. September 1938, mit dem er sich angesichts der Inszenierung der sogenannten ‚Sudentenkrise‘ gegen jedes Zugeständnis gegenüber dem NS-Staat einschließlich des militärischen Widerstands im Falle einer deutschen Invasion aussprach, nutzte er zu einem Frontalangriff auf den „marxistischen Theologieprofessor Barth“ mit dem Ziel, ihn theologisch und wissenschaftlich zu vernichten. Den Direktor der Bibliothek forderte er auf, Barths Schriften auszusondern und unter dieselben Bedingungen wie die marxistische Literatur zu stellen:

*Angesichts des Umstandes, dass der ehemalige deutsche Professor Karl Barth Christentum und Theologie auch in Deutschland selbst zu einer Verhetzung evangelischer Christen gegen den nationalsozialistischen Staat seit Jahren missbraucht hat, bitte ich, diese letzte öffentliche Demaskierung Barths zum Anlass zu nehmen, um den Druck und die Verbreitung von Barths Schriften in Deutschland durch geeignete Maßnahmen völlig zu unterbinden, d.h. bei den zuständigen Stellen die Beschlagnehmung der Schriften Barths zu veranlassen.*<sup>1472</sup>

Für das Theologische Seminar traf er die gleiche Anordnung. Begeistert und zutiefst befriedigt zeigte er sich dagegen kurz darauf von dem unter Bruch des *Münchener Abkommens* erfolgten Einmarsch der Wehrmacht in Prag, in dem er die Überwindung der deutschen ‚Schmach‘ und den erneuten „Aufstieg zur führenden europäischen Großmacht“ erkannte:

*Einen so unbändigen selbstverständlichen Nationalstolz wie unsere Jugend haben die Deutschen, seitdem ihnen ihr erstes Herrenvolkbewußtsein im 30jährigen Kriege zerknickt worden ist, nicht mehr gehabt. [...]. Die Fragen religiöser Art, die mit dem Nationalstolz zusammenhängen, werden wir schon noch lösen.*<sup>1473</sup>

Vertrat Hirsch bis 1932 eher tradierte religiös-antijudaistische und gesellschaftlich-kulturelle Vorurteile gegenüber Juden, schärfte sich diese Haltung mit der Radikalisierung der staatlichen Politik gegenüber der jüdischen Minderheit. Die Reichs-

<sup>1471</sup> Hirsch: Theologisches Gutachten vom 7.7.1938, in: Mitteilungsblatt der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs Nr. 3 vom 20.7.1938, S. 19–21, hier S. 21. Insgesamt waren von neun Theologen Gutachten angefordert worden. Vgl. die Schultz-Rede ebenda, S. 17–19. Die BK-Kundgebung vom 26.6.1938 beruhte auf einer anonym verfassten Mitschrift. Vgl. Beste: *Kirchenkampf*, S. 196–201.

<sup>1472</sup> Hirsch an das REM am 24.10.1933. UAG, Rekt., Nr. 4102, Bl. 379. Vgl. Schjørring: *Gewissensethik*, S. 308–309.

<sup>1473</sup> Hirsch an Lietzmann am 16.3.1939. Abgedruckt in Aland (Hg.): *Glanz*, S. 958–960. Hervorhebungen im Original.

pogromnacht vom November 1938 rechtfertigte er als gezielte Ausschreitungen, die keine Torheit waren, sondern klarer und zweckdienlicher politischer Wille. Das Ziel, die Auswanderung der deutschen Juden mit allen Mitteln zu forcieren, machte er sich zu eigen. Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad und Goebbels Aufruf zum ‚totalen Krieg‘ befürwortete er den Vernichtungskrieg im Osten, den Völkermord am europäischen Judentum und an den Völkern der Sowjetunion wissentlich und uneingeschränkt.<sup>1474</sup> Ende 1944 gab es aus seiner Sicht nur noch zwei sich gegenüberstehende Optionen: die Nationalkirche nach einem für das Deutsche Reich siegreichen Kriegsausgang oder der Untergang des Christentums nach einem Sieg der Alliierten. Diese Sichtweise bedingte eine Entweder-Oder-Entscheidung. Hirsch, der sich nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 gegen seinen langjährigen Brieffreund Wilhelm Stapel auf die Seite des NS-Regimes stellte und den Furor des Volksgerichtshofs ausdrücklich begrüßte und rechtfertigte, blieb dem NS-Staat als überzeugter Nationalsozialist bis zum Kriegsende in loyaler Unterstützung verbunden.<sup>1475</sup>

Publizistisch trat Hirsch in der zweiten Hälfte der 1930er und frühen 1940er Jahre mit exegetischen und kirchenhistorischen Werken, Schriften zur neuzeitlichen Theologie und Philosophie, systematisch-theologischen Schriften, kirchenpolitischen Stellungnahmen, Beiträgen zur praktischen Theologie und Homiletik sowie Kirchenliedern und Märchen hervor.<sup>1476</sup> Nach seinem Wechsel auf den Lehrstuhl für *Systematische Theologie* veröffentlichte er vor allem programmatische Beiträge, wobei, so Heinrich Assel, drei Themenkreise im Zentrum standen: 1. die Umformung der christlichen Glaubenslehre in eine weltanschaulich funktionalisierte christliche Rechenschaft politisch-theologischer Gewissensexistenz, 2. die Literaturgeschichte des Neuen Testaments einschließlich der nichtjüdischen Genealogie Jesu sowie einer antisemitisch motivierten Kritik an der kanonischen Geltung des Alten Testaments in den protestantischen Kirchen und 3. die ideengeschichtlich konstruierte Notwendigkeit einer Umformung der evangelischen

<sup>1474</sup> Vgl. Hirsch an Stapel am 19./21.2.1943 und am 14.3.1943. Assel: Hirsch, S. 56. Vgl. ders.: Barth, S. 462f. Hirsch hatte grundsätzliche Kenntnisse über den Charakter der deutschen Kriegsführung ‚im Osten‘ und die Vernichtung des Judentums. Hirschs Haltung zum Krieg war bestimmt vom mythisch überhöhten Soldatentod, der als Opfer und Wagnis über die traditionelle zivilreligiöse Achtung hinausreichte. In diesem Sinne deutete er Luthers „*simul iustus et peccator*“ als politisch-theologische Formel. Konkret sah er in dem Überschreiten des politisch Verantwortbaren ein inneres Gewissensopfer gegenüber dem Vaterland. Das Ethos der kriegerischen Opferbereitschaft war für Hirsch existentiell. Hirsch an Stapel am 30.10.1944. Nach Assel: Hirsch, S. 64f.

<sup>1475</sup> Vgl. Hirsch an Stapel am 30.10.1944. Nach Assel: Hirsch, S. 56 bzw. 63f. Hirsch nutzte sein Schreiben, um die Kirchenpolitik des NS-Staates seit 1937 nachträglich zu rechtfertigen und deutete auch „intime Aktenkenntnisse“ über die Verbindung der Ökumene zum Widerstand gegen Hitler an.

<sup>1476</sup> Vgl. Herms, Hirsch, S. 302–303; ders.: Umformungskrise. Nach Herms war Hirsch ein wichtiger Traditionsvermittler der deutschen Theologie, da er konsequent auf das geistige Erbe des 19. Jahrhunderts rekurrierte. Damit verortete er ihn trotz seiner Verortung im Umfeld der ‚Lutherrenaissance‘ außerhalb des theologischen Aufbruchs der Zwischenkriegszeit. Hirschs politisch/kirchenpolitisches Agieren und seine Affirmation des Nationalsozialismus blendete Herms weitgehend aus.

Theologie der Neuzeit.<sup>1477</sup> Unter dem Eindruck seiner Selbstdeutung als politischer Theologe erfuhr Hirschs umfangreiches Werk eine axiomatische Verschiebung. Er bemühte sich, die „Unwahrheit“ der Unterscheidung von Weltanschauung und Theologie aufzuheben und aufzulösen, die in seiner Deutung vor 1933 darin bestanden habe, „dem natürlich-geschichtlichen Menschen, wenn er wahrhaftig sein wollte, nur eine der ethischen und religiösen Idealität leere Weltanschauung im Sinn des sich zersetzenden modernen Säkularismus“ zuzugestehen:

*Zum ersten Mal seit der Auflösung der alten kirchlich gebundenen deutschen Kultur hat der deutsche politische Wille die innere Einigung des deutschen Volkes in der Zucht einer auf den Gottesglauben sich gründenden deutschen Weltanschauung von selbstverständlicher Gültigkeit sich zum Ziele gesetzt.*<sup>1478</sup>

Die deutschen Theologen und Pfarrer forderte er zum Dienst an der nationalsozialistischen Weltanschauung auf. Sie sollten still und leise am Neuaufbau der Kirche arbeiten: „Eines Tages wird das deutsche evangelische Christentum und Kirchentum ganz anders geworden sein, als es heute ist.“<sup>1479</sup>

Ihren schärfsten Ausdruck fand Hirschs Fundamentalabsage an die ‚alte‘ Kirche in seinem 1936 in der *Deutschen Theologie* veröffentlichten Aufsatz *Die Lage der Theologie*. Das vermeintlich seelenlose Christentum mit seinen abgestorbenen Begriffen und einem aus dem 19. Jahrhundert kommenden rein humanistisch-idealistischen Kirchenverständnis verwarf er in seinen Grundfesten. Die evangelische Kirche habe die „politische Wirklichkeit“ seit 1933 nicht begriffen, wider besseren Wissens wollten in die Jahre gekommene verknöcherte und wirklichkeitsfremde Theologen die alten Kleider, in die die Motten gefahren seien, nicht fallen lassen.<sup>1480</sup> Allerdings bot ihre „Nacktheit“ und „Armut“ in der für Hirsch entscheidenden Frage ‚Glaube und Weltanschauung‘ auch eine Chance. Das Volk brauche eine ganzheitliche Fassung, um vor „Zerflatterung und Zerfaserung und Entartung“ im Kampf um sein Dasein und seine Freiheit geführt zu werden. Im Bewusstsein seines Bruchs mit bisherigen theologischen Leitvorstellungen warb

<sup>1477</sup> Assel: Hirsch, 55.

<sup>1478</sup> Hirsch: Lage, S. 25, S. 23.

<sup>1479</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>1480</sup> Ebenda, S. 23–27, hier S. 27. Hirschs Attacke richtete sich gegen die *Bekennende Kirche* und die *Deutschen Christen*. Letzteren prophezeite er ein Abgleiten in eine religiöse Sekte. Ohne namentliche Nennung machte Hirsch erneut die *Bekennende Kirche* für die Angriffe auf die Kirche verantwortlich: „Drei Viertel aller Angriffe junger lebendiger Deutschheit heute gegen das Christentum nähren sich von dem Mißbrauch, den einige Theologen der Krise und die Nutznießer ihrer Theologie aus der Zersetzungszeit [...] getrieben haben.“ Ebenda. S. 26. Vgl. Schjørring: Gewissensethik, S. 298–300. In seiner Kritik an Rosenberg berief sich Hirsch auf den ethischen Kern des Evangeliums, beharrte aber auf der Trennung von seiner Amtsführung – die als Explikation des Nationalsozialismus notwendigerweise das völkische Ethos als allgemeine weltanschauliche Grundlage in sich trage – und privaten Äußerungen. Neuheidnische Gruppen wie die *Deutsche Glaubensbewegung* lehnte er ab, zugleich spielte er ihre Bedeutung herunter und sah in ihnen vielmehr eine Herausforderung. Ebenda, S. 300–303.

Hirsch für eine neue lebendige reformatorische Bewegung und „schöpferische Unruhe“ anstatt Schriftpositivismus und Bekenntnistraditionalismus. Das lutherische Christentum sei nicht am Ende, aber auf die Notwendigkeit eines Neuanfangs zurückgeworfen. Gegen die auf Lehre und Bekenntnis gegründete Kirche des 19. Jahrhunderts – nach Hirsch eine „Weltanschauungspartei“ – forderte er, das neutestamentliche Zeugnis neu zu durchdenken und mit alten Gewissheiten zu brechen.<sup>1481</sup> Heute bedürfe man keiner vollkommenen und lehrmäßig durchgebildeten Theologie, sondern der göttlichen Wahrheit:

*Denn es gibt einen Weg der Predigt und Seelsorge auch innerhalb dieses Notstandes, und es gibt eine Einigkeit im Glauben an das Evangelium auch unter solchen, die theologisch Punkt für Punkt uneinig sind. Die Macht von Gottes Evangelium, Herzen zu überzeugen, ist nicht an die Bereinigung der theologischen Fragen gebunden.*<sup>1482</sup>

Auch Kritiker Hirschs billigten seinem Aufsatz einen gewissen Ernst zu. Ein von dem bayerischen lutherischen Bekenntnistheologen Christian Stoll verfasstes Lehrgutachten des *Rates der Ev.-Luth. Kirche*, das dieser auf Bitten der *Bekenntnisgemeinschaft* Hannover erstellt hatte, fiel dennoch vernichtend aus. Hirsch lehne „Hauptstücke des christlichen Glaubens“ wie die Trinitätslehre ab, seine Lehre sei bekenntniswidrig und „nicht die Lehre der lutherischen Kirche, sondern Auflösung dieser Lehre“. Kein Umbruch im Weltbild, „und sei er noch so epochal“, könne die von Hirsch geforderte Wesensveränderung der christlichen Verkündigung mit sich bringen.<sup>1483</sup> Mindestens indirekt gestand Hirsch diesen Vorwurf ein. An Schultz schrieb er:

*Daß meine Theologie nicht biblisch im Schulsinne ist, das weiß ich, und will ich auch gar nicht anders. Mir genügt es, wenn ich Jesus und das, was Gott mir durch ihn sagt, mit den Mitteln der Reflexion dem heutigen deutschen Menschen erschließen kann.*<sup>1484</sup>

Kerngedanken seines Wandels, die Selbstbindung an den nationalsozialistisch bestimmten ‚Rassestaat‘ und die radikale Neubestimmung des evangelischen

<sup>1481</sup> Vgl. ebenda, S. 51, S. 53, S. 55. Hirschs Gewährsmann war Martin Luther mit seinem Satz, dass kein Konzil die Macht habe, einen Christen durch Lehre zu binden. Das Dogma habe heute den Rang eines „kirchlichen Notbehelfs“. Ebenda, S. 40–51, hier S. 42. Ausführlich widmet sich Hirsch dem Verhältnis Luthers zur Trinitätslehre, wobei er auf die politisch-gewaltsame Durchsetzung kirchlicher Dogmen im 4. Jahrhundert hinwies.

<sup>1482</sup> Ebenda, S. 58f.

<sup>1483</sup> Rat der ev.-luth. Kirche Deutschlands an die BG Hannover am 8.9.1936. LKAH, KKD, Nr. 132. Die Vorwürfe beziehen sich sowohl auf theologische, konfessionelle als auch auf kirchenpolitische Aspekte. Nach Helmuth Gollwitzer handelte es „sich bei dem von Hirsch geschauten Schmelztiegel-Prozess nicht um eine Umwandlung einer Gestalt des christlichen Glaubens in eine andere“, sondern „um die Möglichkeit dieses Glaubens überhaupt“. Gollwitzer: Eine Anfrage. Zu einem Aufsatz von Emanuel Hirsch über ‚Die Lage der Theologie‘, in: ThBl. 9/10 (1936), Sp. 241–243, hier Sp. 242. Der „Angriff“ in den Theologischen Blättern führte auch zur Solidarisierung eines namentlich nicht bekannten Kollegen, der Hirschs Grundanliegen teilte. LKAH, KKD, Nr. 132.

<sup>1484</sup> Hirsch an Schultz am 9.12.1938. LKAS: Lbf. W. Schultz, Nr. 121.

Christentums zulasten eines bekenntnisgebundenen Kirchentums wiederholte Hirsch zu verschiedenen Anlässen. So nutzte er den Vortrag *Der Weg der Theologie*, den er am 25. November 1936 im Vorfeld des Universitätsjubiläums im Rahmen der Vorlesungsreihe *Volk und Hochschule im Umbruch* hielt, zu einer erneuten Standortbestimmung der protestantischen Universitätstheologie. Diese sei allein als ein Ringen um einen ‚echten‘ christlichen Glauben in der ‚Volksgemeinschaft‘ gerechtfertigt: „Nur solange es Theologen gibt, die sich und ihre Verantwortung so verstehen, nur solange sind die theologischen Fakultäten innerlich noch Glied der deutschen Universität.“<sup>1485</sup> Eine rechte theologische Lehre habe „darin seine deutsche Ehre, der deutschen Seele ihr unersättliches Verlangen nach Freiheit aus und in Gott so stillen zu helfen, daß sie die heilige Bindung im ganzen als die Stätte ihres Herzens und ihrer Freiheit unerschütterlich weiß“.<sup>1486</sup> Im Abschlusskapitel *Deutsches Volkstum und christlicher Glaube* seiner 1939 veröffentlichten Schrift *Das Wesen des Christentums*, überarbeitetes Ergebnis einer Vorlesung und synthetische Zusammenfassung seiner nach 1933 gewonnenen Einsichten, äußerte sich Hirsch grundsätzlich zu aktuellen Fragestellungen. Ausgangspunkt war der politische, soziale und wirtschaftliche Volksneubau und die Wiedererringung der dem Volk „gebührenden Stellung“ unter den „weißen Herrenvölkern der Erde“. Hirsch ging es aber um mehr: „Mit einer Leidenschaft zur ganzen Aufrichtigkeit und Klarheit suchen wir unsre volkliche Existenz weltanschaulich und geistig in der letzten religiösen Tiefe zu gründen.“<sup>1487</sup> Dieser Frage, die sich in Europa seit der Aufklärung stelle und die, so Hirsch, im Deutschland des 20. Jahrhunderts entschieden werde, könne man angesichts des Willens zu einer „neuen, geistig und religiös klaren und einfachen Weltanschauung“ nicht mehr ausweichen. Die „Umformungskrise“ sei zu einer Verständniskrise des deutschen Volkes gegenüber der christlichen Religion überhaupt geworden. So sei die Rettung Deutschlands allein

<sup>1485</sup> Hirsch: Lage, S. 57. Der Mensch könne, so Hirsch, nur in sozialen Bindungen, d.h. der ‚Volksgemeinschaft‘ leben, ansonsten empfinde er Öde und Sinnlosigkeit: „Er wird Untermensch. Der Bolschewismus zeigt es.“ Die Bindung an die ‚Volksgemeinschaft‘ sei „heilig“: „Und wo wir heute von Blut und Boden, von Rasse und Vererbung, von Ehre und Gemeinschaft, von wahren Sozialismus, von Opfer und Pflicht reden, da reden wir von ihr.“ Ebenda, S. 54, S. 61.

<sup>1486</sup> Hirsch: Weg, S. 57, 69. Den Angriffen auf Kirche und Christentum begegnete Hirsch eher defensiv. Trotz anderer Ansichten bat er um eine Anerkennung und Wertschätzung der Theologie. Auch in diesem Vortrag wiederholte er seine Absage an die aktuelle Theologie der ‚alten‘ Kirche. Jetzt sei es möglich über Buße, „d.h. also auf ehrliche und verständige Weise über Sünde und Gnade zu reden, unter Abstoßung all des Kranken und Fremden, das sich in Kirche und Frömmigkeit an diese Begriffe gehängt hat.“ Hirsch: Lage, S. 62.

<sup>1487</sup> Vgl. Hirsch: Wesen, S. 147–155, hier S. 147. Die folgenden Zitate ebenda. Als Zielsetzung hatte Hirsch bereits zu Beginn formuliert: „Wir setzen unsere ganze Lebens- und Geisteskraft daran, unser Volk und Reich in eine gesunde lebensbewahrende Ordnung zu bringen und ihm so ein dauerhaftes und ehrenvolles Dasein zu gründen im Kreis der weißen Herrenvölker, denen Gott die Verantwortung für die Geschichte der Menschheit anvertraut hat.“ Ebenda, S. 8. In den Kapitel 9 bis 14 widmete sich Hirsch dem Verhältnis des ‚deutschen‘ Volkes mit dem Christentum seit der – freiwilligen – Annahme im frühen Mittelalter bis zur Jetztzeit. Ebenda, ab S. 86. Vgl. die Zusammenfassung bei Ericksen: Theologen, S. 223–227.

durch den „vitalen Willen des deutschen Volkes zu sich selber, der in der nationalsozialistischen Bewegung seinen politisch und weltanschaulich vollmächtigen Träger und Gestalter fand, der fähig war, das Volk zu ergreifen und jene falsche Ideologie zu zerschlagen“, erfolgt.<sup>1488</sup> Allein die Einbindung in den „Volksstaat“ ermögliche es dem Christentum, seine Bedeutung für den Menschen zu erneuern:

*Ich fasse zusammen: Es besteht zwischen deutschem Volkstum und christlichem Glauben keinerlei Scheidung oder Gegensatz, die es schwer machten, als Deutscher ein Christ, als Christ ein Deutscher zu sein. Glaube und Liebe sind dazu erschaffen, einem Leben in Freiheit und Ehre, wie es unserm Gemeinschaftsleben gemäß ist, der tragende Grund zu sein. Wer es anders sagt, von dem gilt: entweder er mißbraucht das Christentum zu deutschfeindlichen Zwecken, oder er ist durch solchen von anderen geschehenden Mißbrauch zu einem unrichtigen Urteil über das Christentum gekommen.<sup>1489</sup>*

Hans Lietzmann äußerte sich verhalten. Er lobte die Gesamtdarstellung, gestand aber freimütig ein, dass er ab Seite 147 – Hirschs Einschätzungen seit 1933 – nicht mehr mitkomme.<sup>1490</sup>

Mehrfach äußerte sich Hirsch auch zur Beziehung von Altem und Neuem Testament. Es sei, so Hirsch 1936 in dem Beitrag *Das Alte Testament und die Predigt des Evangeliums*, „eine heimlich schwärende Wunde an unserm evangelischen Christentum seit langem, daß unsre Prediger über die Frage nach dem Recht, das Alte Testament als ein christliches oder beinahe christliches Buch auszulegen, weder sich noch ihren Hörern saubere Rechenschaft“ gegeben hätten: „Es ist ein unverdientes Glück, daß diese Wunde durch den scharfen Schnitt unserer Gegner jetzt geöffnet ist und auseitern kann.“ Dieser von ihm konstatierten fehlenden theologischen Klarheit begegnete Hirsch aus der Position des „jungen nationalen Erneuerungswillens“ und zur „Bewahrung der Eigenart deutschen lutherischen Christentums“.<sup>1491</sup> Ausgangspunkt war seine „Erfahrung“, dass „wir Christen nichtjüdischen Bluts“ kein unmittelbares Verhältnis zum Alten Testament mit Offenbarungscharakter hätten, sondern allein ein durch das Neue Testament vermitteltes.<sup>1492</sup> Es sei die Aufgabe des Predigers, das Alte Testament in einer „Vormedita-

<sup>1488</sup> Die Alternative zum mutigen Gang ins „Neuland“ war nach Hirsch allein der Rückfall in die „Gesetzesreligion“. Ebenda, S. 145.

<sup>1489</sup> Hirsch: *Wesen*, S. 155. Nach Hirsch bot nur die Bindung an den „Volksstaat“ die Möglichkeit, ein Abgleiten ins Chaos zu vermeiden. Dazu berief er sich auf den Begriff der Freiheit, den er antiliberal ausdeutete. Scharf wandte er sich gegen die westlichen Demokratien (und ihre Kirchen) sowie gegen den „Marxismus“ (und seine Theologen): „Von dieser uns im seelischen Zentrum unseres Daseins anagenden Bedrohung wurde die liberalistische Freiheitsideologie des internationalen demokratischen Pazifismus und das Gebot der Nächstenliebe, wie sie etwa die Bergpredigt ausspricht, als eine Einheit behandelt.“ Ebenda, S. 147.

<sup>1490</sup> Lietzmann an Hirsch am 7.7.1939. Abgedruckt in Aland (Hg.): *Glanz*, S. 994f.

<sup>1491</sup> Hirsch: *Testament und Predigt*, S. 62. Hirsch griff in dieser Formulierung Adolf von Harnacks berühmte Marcion-Schrift auf. Vgl. Harnack: *Marcion. Das Evangelium vom fremden Gott. Eine Monografie zur Geschichte der Grundlegung der katholischen Kirche*, Leipzig 1921.

<sup>1492</sup> Hirsch: *Testament und Predigt*, S. 14, S. 16.



tion“ zum Neuen Testament ‚hinauf‘ zu deuten. Dabei gelte es, die scharfen Gegensätze der alttestamentlichen „Gesetzesreligion“ zur neutestamentlichen „Evangeliumsverkündigung“ aufzuzeigen und das Alte Testament als „das mächtigste Widerspiel des Neuen“ kenntlich zu machen.<sup>1493</sup> Hirsch widersprach also einer christlichen Auslegung des Alten Testaments, sondern betonte das Spannungsverhältnis der beiden Testamente aufgrund ihrer geschichtlichen Verflechtung. Dabei erkannte er das Alte Testament grundsätzlich an, wenn auch nicht vorbehaltlos. Den Zweiklang von Altem und Neuem Testament als christliche Gotteszeugnisse stellte er nicht in Frage, wobei die Gotteserkenntnis allein aus dem Neuen Testament komme.<sup>1494</sup> Allein das Christentum sei, wie Hirsch an anderer Stelle betonte, die Religion der „lebendigen Wahrheit“ und die einzige Religion, die auf einer freien, persönlichen und individuellen Beziehung zu Gott beruhe.<sup>1495</sup> Nach Carsten Nicolaisen handelte es sich bei den Ausführungen Hirschs um eine der differenziertesten theologischen Positionen deutschchristlicher Provenienz zum Alten Testament.<sup>1496</sup> Drei Jahre später, 1939, beteiligte er sich an der virulenten Debatte um die ‚rassische‘ Herkunft von Jesus Christus, die mit der Radikalisierung der NDC in eine neue Phase getreten war. Er behandelte die ‚Abstammungsfrage‘ in einem Anhang von *Das Wesen des Christentums* und kam zu dem Ergebnis, dass Jesus höchstwahrscheinlich „in allen Linien galiläischer Herkunft“ und demnach blutsmäßig nichtjüdisch gewesen sei.<sup>1497</sup> Eine antijüdische Stoßrichtung weist auch Hirschs Schrift über Paulus auf, die 1940 im Verlag der *Kommenden Kirche* erschien. Für Hirsch waren die paulinischen Briefe nach den Evangelien das „wichtigste Stück des Neuen Testaments“: „Niemals in der Welt ist eine so in die letzten religiösen Tiefen gehende Kritik am jüdischen Glauben und Dienst geübt worden wie in diesen Briefen des Paulus.“ Als Kenner des Judentums sei der Gewandelte geradezu „die Bürgschaft dafür gewesen, daß jüdische Art und Denkweise auf dem Boden des christlichen Glaubens keine Mög-

<sup>1493</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>1494</sup> Nicolaisen: Stellung, S. 216. Dabei betonte Hirsch das „Unterchristliche“ des Alten Testaments. Die Religion des Judentums gilt Hirsch als die des nationalen und persönlichen Egoismus, des Vergeltungsgedankens und der knechtischen Observanz. Das Neue Testament sehe im Alten Testament „Unwahrheit“. Es werde aber benötigt, so Hirsch, um dem Menschen ein falsches Gottesbewusstsein vor Augen zu führen und dadurch das richtige Gottesverständnis des Evangeliums korrigieren zu können. Ebenda, S. 205. Hirsch: Testament und Predigt, S. 68, S. 82.

<sup>1495</sup> Hirsch: Wesen, S. 57.

<sup>1496</sup> Nicolaisen: Stellung, S. 203. In den späteren Ausführungen der NDC sieht Nicolaisen die Gedanken Hirschs radikalisiert, indem sie das Alte Testament zu einer „religionsgeschichtlichen Urkunde“ abwerten. Hirsch ging diesen Schritt nicht mit. Ebenda, S. 213.

<sup>1497</sup> Hirsch: Wesen, S. 158–162, hier S. 162. Vgl. Ericksen: Theologen, S. 223–225; Leutzsch: Mythos. Parallel zur Radikalisierung der staatlichen Politik gegenüber den Juden gab es auch innerhalb der Kirche Radikalisierungstendenzen. Signifikante Stichworte dieser Entwicklung sind der kirchengesetzliche Ausschluss sogenannter ‚nichtarischer‘ Christen in sieben Landeskirchen, die *Godesberger Erklärung* vom Ende März 1939 und die Gründung des *Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben* am 6.5.1939.

lichkeit der Entfaltung mehr“ habe, „solange sich das Christentum selbst treu“ bleibe.<sup>1498</sup> Erst durch „sein Lebenswerk hat der christliche Glaube sich als etwas Eigenes und Neues gegen die alttestamentlich-jüdische Religion verstehen gelernt“.<sup>1499</sup>

Ende der 1930er Jahre näherte sich Hirsch der Bremer Landeskirche unter der landesbischöflichen Führung des Mirbt-Schülers und früheren Göttinger Stiftsinspektors Heinrich Weidemann an und engagierte sich im Rahmen der sogenannten *Bremer Bibelschule*. Diese war im April 1937 auf der 3. Bremer Kirchentagung der *Kommenden Kirche* ins Leben gerufen worden.<sup>1500</sup> Bis 1940 fanden sieben Kurse statt, an der zwischen 150 bis 350 Besucherinnen und Besucher teilnahmen. Richten sich diese zuerst an Laien, Studenten und Pfarrer, entwickelten sie sich immer mehr zu einer Fachtagung, auf der exegetische Fragen sowie grundsätzliche Fragen der ‚Bibeleindeutschung‘ diskutiert wurden. Ungeachtet der politischen Prämissen einer völkisch fundierten nationalen Einheitskirche, der ideologischen Anpassung an den NS-Staat als auch der strikt antijüdischen Ausrichtung der Bibelschule, wird den dort geführten Debatten durchaus ein gewisses theologisches Niveau zugesprochen. Auch deshalb wurde sie vergleichsweise breit und kirchenpolitisch übergreifend rezipiert.<sup>1501</sup> Zu dieser Resonanz trug auch Hirsch bei, der am 3. Kurs im Oktober 1938 mit einem Vortrag *Jesus und das Alte Testament* und

---

<sup>1498</sup> Hirsch: Paulus, S. 11 (Geleitwort), S. 21. Es handelt sich um eine akribische und sinntroue Neuübersetzung der Römer- und Galaterbriefe sowie weiterer Briefausschnitte. Dazu gab Hirsch Vorfeld-erläuterungen, mit denen er in interpretatorischer Engführung die „geschichtliche Lage“ und die „Bedingtheit und Begrenzung der Form“ aufzeigen wollte. Vgl. ders.: Lebet Paulus?, in: *Kommende Kirche* 3 (1940) vom 21.1.1940; Heinonen: Anpassung, S. 217–228.

<sup>1499</sup> Hirsch: Paulus, S. 11 (Geleitwort). In seinem Vorwort hob Landesbischof Weidemann hervor, dass Hirsch und der deutschchristliche Theologe Hans Schöttler in seinem Buch *Paulus. Der Aufstieg des Abendlandes durch das Evangelium* (Bremen 1940) bezüglich der ‚rassischen‘ Einordnung Paulus‘ zu anderen Ergebnissen kommen, in seiner antijüdischen Einstellung aber einig waren. Weidemanns Referenz war Houston Stewart Chamberlain. Hans Lietzmann weigerte sich, das Buch zu besprechen. Er hielt es für kirchenpolitisch. Dagegen sah Hirsch in ihm eine „reine sachliche helfende Bemühung, Paulus auf Grund sachlicher und geschichtlicher Arbeit zu vergegenwärtigen, so daß er verstanden wird in seiner menschlichen Bedeutung und als Träger des Evangeliums“. Hirsch an Lietzmann am 1.2.1941. Abgedruckt in Aland (Hg.): Glanz, S. 1015–1015, hier S. 1016. Den Verlag *Kommende Kirche* will Hirsch ohne kirchenpolitische Absicht gewählt haben.

<sup>1500</sup> Unter Landesbischof Weidemann ging die Bremer Landeskirche in den Jahren 1934 bis 1944 einen Sonderweg. Ab 1936 firmierten die Bremer DC unter dem Namen *Kommende Kirche*. Im November desselben Jahres trat sie dem *Bund für Deutsches Christentum* bei, ein Zusammenschluss der radikalen deutschchristlichen Gruppen, hielt aber Distanz zur *Thüringer Kirchenbewegung Deutsche Christen*. Im engeren Verständnis agierte die *Kommende Kirche* nicht als Kirchenpartei, sondern als Sammlungsbewegung mit einem ausgesprochen volkskirchlichen Zug. Foren waren zuerst eine Reihe landeskirchlicher ‚Aufbauwochen‘, große Kirchentagungen und schließlich die *Bremer Bibelschule*. Vgl. Heinonen: Anpassung, S. 133–154; Meyer-Zollitzsch: Nationalsozialismus, S. 185–204.

<sup>1501</sup> Meyer-Zollitzsch: Nationalsozialismus, S. 193. Vgl. die Unterlagen in LKAB, B 650; Heinonen: Anpassung, S. 154–181, S. 209–231; Arnhold: ‚Entjudung‘, Bd. 1, S. 310–313.

einer Freitagsabschlussmorgenfeier *Paulus und das Alte Testament* teilnahm.<sup>1502</sup> Auch an anderer Stelle zeigte Hirsch seine Verbundenheit mit dem Bremer Kirchenprojekt. Mehrfach veröffentlichte er in der Wochenschrift *Kommende Kirche*, die ihn seit 1940 als ständigen Mitarbeiter führte.<sup>1503</sup>

Seine im hauseigenen Verlag veröffentlichten Bibelarbeiten verstand Hirsch als Vorarbeiten für eine deutschchristliche Neufassung des Neuen Testaments. Er ordnete sich so in die breite Kirchenerneuerungsbewegung ein, die über eine ‚Eindeutschung‘ der Bibel und anderer Schriften auf eine langfristige Beeinflussung des deutsch-protestantischen Christentums abzielte. Entsprechende Schritte waren bereits während des fünften, Anfang Oktober 1939 tagenden Bibelkurses eingeleitet worden. Andere Bibelausgaben – einschließlich der Lutherbibel – seien, so Hirsch und Weidemann, ohne einführende „Erläuterungen“ mittlerweile unzureichend.<sup>1504</sup> Deshalb sollte eine biblisch fundierte, nicht dogmenbehaftete und von Judaismen ‚befreite‘ Fassung der Botschaft des Evangeliums geschaffen werden. Hirschs Übersetzungen der Paulusbriefe und der Worte Jesus galten in diesem Kontext als beispielhaft und sollten als „Bibellesehilfe“, so der Münsteraner Systematiker Ernst Haenchen in der *Deutschen Theologie*, in den kommenden Bibelausgaben Berücksichtigung finden.<sup>1505</sup> Zu einer Finalisierung des angestrebten *Christustestamentes* kam es freilich nicht.

Erfolgreicher gestaltete sich dagegen die unter ähnlich gelagerten inhaltlichen Prämissen vorgenommene Schaffung eines neuen Gesangbuchs. Als Weltanschauungsträger war das Kirchen- und Gemeindelied mit seiner zentralen Bedeutung für das reformatorische Christentum geradezu prädestiniert. Im Dezember

---

<sup>1502</sup> Programm des 3. Kurses der Bremer Bibelschule vom 10. bis 14.10.1938. LKAB, B 650. Vgl. den Tagungsbericht von Refer: Taten, die uns nach vorne bringen (3. Kursus der Bremer Bibelschule), in: *Kommende Kirche* 43 (1938) vom 23.10.1938. Zitiert nach Heinonen: *Anpassung*, S. 214f. Die Bemerkungen Hirschs wurden nicht nur geteilt. Er verteidigte sie mit dem Hinweis, die Kirche brauche diese Auseinandersetzung, um zur Selbstbehauptung eine exegetische Waffe gegen Angriffe völkischer Kreise auf die Abhängigkeit des Christentums vom Judentum zu schmieden. Noch deutlicher äußerte er sich an anderer Stelle. Das Alte Testament „ist mir eines der größten und merkwürdigsten Dokumente der Religionsgeschichte, an dem ich unendlich viel für das Verständnis des menschlichen Gottesverhältnisses gelernt habe“. Hirsch: *Lage*, S. 40.

<sup>1503</sup> Vgl. Heinonen: *Anpassung*, S. 99–106, hier S. 104. Nach dem Wechsel von Heinz Dungs, dem späteren Geschäftsführer des Eisenacher Instituts, nach Thüringen übernahm Adolf Heger, ein Habilitand Redekers die Schriftleitung. Buss: *Fakultät*, S. 113.

<sup>1504</sup> Vgl. Heinonen: *Anpassung*, S. 154–231, hier S. 229. Unabhängig von dem Bremer Vorstoß gab es zeitlich parallel laufende Unternehmen mit vergleichbarer Zielsetzung. Die *Luther-Deutschen* unter Leitung von Werner Petersmann arbeiteten an einer ‚deutschen Gegenwartsbibel‘, 1940 veröffentlichten die NDC das von dem wissenschaftlichen Leiter des Eisenacher Instituts Walter Grundmann verfasste sogenannte Volkstestament *Die Botschaft Gottes*. Vgl. Jerke: *Testament*. Zu der in Aussicht genommenen Mitarbeit im Eisenacher Institut soll Hirsch nicht bereit gewesen sein. Arnhold: *Kirchenbewegung*, Bd. 2, S. 548.

<sup>1505</sup> Ernst Haenchen: *Gottes Wort deutsch*, in: *Deutsche Theologie* 8 (1941), S. 120ff. Zitiert nach Heinonen: *Anpassung*, S. 229. Vgl. Hirsch: *Jesus*.

1938 erschienen die *Lieder der Kommenden Kirche*.<sup>1506</sup> Das Werk ging auf einen Vorstoß des mittlerweile verstorbenen Georg Fiedler zurück, der schon auf der 1. Bremer Reichskirchentagung im September 1935 ein ‚zeitgemäßes‘ landeskirchliches Gesangbuch gefordert hatte. An der Erstellung war Hirsch führend beteiligt: als theologischer Stichwortgeber, deutschchristlicher Berater und Lieddichter. Unter den zeitgenössischen Beiträgern stand er mit sechs Liedtexten an erster Stelle. Drei Maßnahmen waren für Hirsch maßgeblich: die starke Reduzierung des pietistischen zugunsten des reformatorischen Liedguts, die Eindeutschung von Hebraismen, jüdischer Wörter und Bezugnahmen sowie die Schöpfung neuer zeitgemäßer Lieder als geistliche Volkslieder.<sup>1507</sup> In seiner Begründung verwebte er sprachliche, theologische und politische Argumente. Die Verwendung gesellschaftlich ‚toxischer‘ Begriffe sei für eine Volkskirche „unmöglich“, da politische und religiöse Motive „empfindungs- und erlebnismäßig“ nicht zu trennen seien:

<sup>1506</sup> Vgl. Lieder; Dietsch: Gesangbücher; Heinonen: Anpassung, S. 181–199; Kück: Kirchenlied, S. 194–205; Mager: Gesangbuch. Bereits im März 1939 waren 10.000 Exemplare vergriffen. In der *Jungen Kirche* wurde das Gesangbuch positiv besprochen, insbesondere die Entfernung der Hebraismen und die Ausweitung des reformatorischen Liedguts. Zur Bedeutung des Kirchenlieds während des ‚Kirchenkampfes‘ vgl. Biermann: Wort, insb. S. 60–77.

<sup>1507</sup> Hirsch: Lieder. Eine erste Fassung wurde von dem Reichsobmann des *Verbands evangelischer Kirchenchöre* und Göttinger Lehrbeauftragten Christhard Mahrenholz begutachtet. Er kritisierte die zu große textliche und musikalische Nähe zum bestehenden *Deutschen Evangelischen Gesangbuch* mit seiner starken Überbewertung des pietistischen Liedguts, das der heutigen Generation wenig, der heutigen Jugend gar nichts mehr zu sagen habe: „Inzwischen haben wir den Krieg, das Jahr 1918 und das Jahr 1933 erlebt ...“ Zitiert nach Mager: Gesangbuch, S. 114. Als Funktionär übte Mahrenholz großen Einfluss auf die evangelische Kirchenmusik der Jahre 1933 bis 1945 aus, wobei er sich im Rahmen der *Lutherischen Liturgischen Konferenz* als Vorsitzender des *Zionismen-Ausschusses* auch in der Gesangbucharbeit engagierte. Dessen erste Sitzung fand am 11.6.1943 in Göttingen statt. Wider besseres Wissen erklärte Mahrenholz die Dejudaisierung in den deutschchristlichen Gesangbüchern zu einem sprachlich-hermeneutischen Problem und verleugnete ihren theologisch-weltanschaulichen Kern. Er widersprach der Verbalinspiration und forderte eine lutherische Auslegung des Alten Testaments. Heute nicht mehr vertretbare Lieder seien zu ändern oder auszumerzen. Diese seien heute auch ohne äußeren Druck nicht mehr nachzuvollziehen. Im lutherischen und reformatorischen Liedgut ließen sich wenige Judaismen finden, diese hätten vielmehr starke Wurzeln im 17. Jahrhundert und vor allem im Calvinismus und im Pietismus. Mahrenholz sprach sich auch für eine ‚Entjudung‘ aus, ansonsten „sei auch die Heilige Schrift und damit die Kirche als von Gott gestiftetes Geschehen in ihrem Bestand gefährdet“. Seine Grenze lag beim reformatorischen Liedgut. Hier ging er auf den Begriff ‚Israel‘ ein, der nach aktuellem staatlichem Recht der Name eines Juden sei. Die Vokabel habe eine bestimmte Prägung bekommen, die sich im Gottesdienst auswirke und die man eben nicht unberücksichtigt lassen könne. Zusammenfassung des einleitenden Referats des ‚Zionismen-Ausschusses‘ am 11.6.1943 in Göttingen, gehalten von Mahrenholz. BArch, N 1721, Nr. 70. Mahrenholz hatte die Zusammenfassung vorab (7.6.1943) an Dörries übersandt. Vgl. Kück: Kirchenlied, S. 121–265, hier 225–227. Dörries, den das Landeskirchenamt am 17.2.1941 zur Mitarbeit in einem Ausschuss „zur Frage der Zionismen im liturgischen Gebrauch“ eingeladen hatte, hatte sich am 6.4.1943 *Über die Frage der sog. Zionismen* geäußert. Grundsätzlich hielt er Veränderungen des Gesangbuchs für möglich und geboten („Sprache und Ausdruck sind nichts Abgeschlossenen“), mahnte aber zu Vorsicht vor inhaltlicher Preisgabe. In der Kritik an den ‚Zionismen‘ sah er den fortgesetzten Versuch, das „Evangelium aus seinem geschichtlichen Ort“ herauszulösen und in eine zeitlose Idee umzudeuten, sowie das Alte vom Neuen Testament zu trennen. BArch N 1721, Nr. 70.

*Eine Kirche, die heute Israel, Abraham und Jerusalem in ihrem Gesangbuch steben läßt, handelt genauso lieblos und volksfremd wie jene frühmittelalterliche Kirche, die den Germanen das Latein im Gottesdienst aufzwang.*<sup>1508</sup>

Hirschs Mitarbeit an dem Folgeprojekt der Bremer Liedersammlung, das bereits im Oktober 1939 erscheinende *Gesangbuch der Kommenden Kirche*, war aufgrund seiner radikal deutschchristlichen Haltung innerhalb des zuständigen Arbeitskreises umstritten.<sup>1509</sup> Dennoch übte er auch auf dessen Zusammenstellung einen bestimmenden Einfluss aus und steuerte erneut elf eigene Liedkompositionen (darunter eine Übersetzung) bei.<sup>1510</sup> Eine Neuerung war die Rubrik *Heilig Vaterland* mit Liedgut zu staatlichen, politischen und nationalen Feiertagen wie zum *Tag der nationalen Erhebung*, zum *Tag der nationalen Arbeit* oder dem ‚Heldengedenktag‘ (Unter rubrik *Tage des Volkes*) bzw. zum *Zapfenstreich der Wehrmacht und Heldenebrung*. In der *Kommenden Kirche* bewarb Hirsch die Neuerscheinung als „eine Wendung in der Geschichte des deutschen evangelischen Gesangbuchs“ und Grundstock eines „allen Stämmen und Landschaften gleichmäßig dienenden Reichsgesangbuchs“.<sup>1511</sup> Diese selbstgesteckten Erwartungen erfüllten sich nicht. In den Bremer Gemeinden stieß es mehrheitlich auf Ablehnung, Anfang 1940 stellte Weidemann ihnen die Wahl bezüglich der Gesangbuchverwendung frei.<sup>1512</sup> Auch über regional setzte sich das Bremer Gesangbuch nicht flächendeckend durch. Freilich beeinflusste es ähnliche Bestrebungen deutschchristlich-nationalsozialistischer Provenienz, namentlich das evangelische Feldgesangbuch.<sup>1513</sup> Mit den wachsenden Beschränkungen infolge der Ausweitung des Krieges kamen die organisierten Bemühungen zur Schaffung einer ‚deutschen‘ Ausgabe des Neuen Testaments zum Erliegen. Der letzte Kursus der *Bremer Bibelschule* fand Ende September 1940 statt, Ende 1941 wurde Weidemann als Landesbischof abgesetzt. Hirschs anhaltende Bestrebungen in diese Richtung fanden in seiner Auseinandersetzung mit der Frühgeschichte des Evangeliums und den beiden Büchern *Das Werden des Markusevangeliums* und *Die Vorlagen des Lukas und das Sondergut des Matthäus* ihren

<sup>1508</sup> Hirsch: *Lieder*.

<sup>1509</sup> Recht unvermittelt lehnte Weidemann am 2.1.1939 einen ersten Entwurf der Gesangbuchkommission wegen der anhaltenden Verwendung einer „jüdischen Symbolsprache“ ab und teilte dem Gremium die beratende Hinzuziehung Hirschs mit. Anfang Mai erklärte Domkantor Richard Liesche das Zustandekommen des Gesangbuches für gescheitert, da „Weidemann eine kompromisslose Lösung hinsichtlich des neuen Gesangbuches wünsche“. Zitiert nach Dietsch: *Gesangbücher*, S. 122; *Gesangbuch*; *Begleitbuch*.

<sup>1510</sup> Vgl. Heinonen: *Anpassung*, S. 191–193. In seinen Liedern betonte Hirsch insbesondere den ‚heldischen‘ Jesus. Drei Lieder Hirschs aus dem *Gesangbuch der Kommenden Kirche* wurden in *Großer Gott wir loben dich* übernommen. Eine Aufstellung findet sich in Biermann: *Wort*, S. 375.

<sup>1511</sup> Hirsch: *Gesangbuch*. Zitiert nach Kück: *Kirchenlied*, S. 200.

<sup>1512</sup> Dietsch: *Gesangbücher*, S. 124. Vgl. Gregor: *Einfluss*.

<sup>1513</sup> Biermann: *Wort*, S. 165. Auch bei der Vorbereitung eines Anhangs zum *Deutschen Evangelischen Gesangbuch* fand das Bremer Gesangbuch „große Beachtung“. Kück: *Kirchenlied*, S. 200f.

Niederschlag.<sup>1514</sup> Es handelte sich um die letzten eigenständigen wissenschaftlichen Abhandlungen Hirschs während der NS-Zeit.

Seine Identifikation mit dem NS-Staat und die Bereitschaft, christliche Glaubenssätze aufzugeben und einer voraussetzungslosen Umformung der Botschaft des Evangeliums das Wort zu reden, hielten an und isolierten Hirsch ob ihrer Grenzenlosigkeit selbst von den radikalsten Amtsträgern der *Deutschen Christen*. So brach er 1943 nach der zustimmenden Weiterleitung eines Beitrags von Helmut Thielicke *Von den Grenzen der Fürbitte*, die auch die Möglichkeit der Fürbitte für eine antichristlich agierende Obrigkeit behandelte, mit Landesbischof Schultz.<sup>1515</sup> Dem Text widersprach er ebenso wie Walter Birnbaum grundsätzlich:

Ich lehne als deutscher Mann und Christ diese ganze wahnsinnige Fragestellung ab. *Für mich ist der Führer und sein Staat das kostbarste, liebste, teuerste, heiligste Gut von uns allen, durch das Blut meines geliebten Sohnes, meiner geliebten Schüler, und all der unzähligen deutschen Toten Gotte gebeiligt und geweiht. Und wenn mir jemand die Frage stellt, ob ich dafür beten dürfe, so wende ich mich von diesem Jemand als einem kranken, instinktlosen, armen und auch widerlichen Gesellen ab. – Für mich ist das jetzt nicht das Vermächtnis antichristlicher Mächte zu Christus, sondern allein die, daß mein liebes Deutschland durch Opfer treu seinen Weg mit dem Führer zum Bestehen dieser härtesten Treue- und Daseinsprobe geht. Da kann ich nur ganz, vorbehaltlos, herzlich, für Führer und Volk und Staat beten. [...]. Wir haben zu Volk und Staat ein anderes Verhältnis als zur Zeit des Neuen Testaments. Wir leben in keinem fremden Imperium, und wir kämpfen um unser Leben. Indem Herr Thielicke mechanisch neutestamentliche Aussagen überträgt, handelt er instinktlos und gottverlassen.*<sup>1516</sup>

Wenige Tage später bot Hirsch Schultz den Aufsatz *Unsere Lage und das Neue Testament* an, in dem er diese Kritik vertiefte. Im Kampf um Sein oder Nichtsein sei nicht der Kampf zwischen Christ und Antichrist die Signatur der Zeit, sondern der Kampf „des bolschewistischen Rußlands und des plutokratischen Amerika-England wider unser Volk“, der mit „brutalem jüdisch-asiatisch-britischen Vernichtungswillen“ geführt werde. Damit aber sei das Festhalten an alten dogmatischen Wahrheiten überholt und müsse überwunden werden. Der „Ruf nach objektiver biblischer oder kirchlicher Autorität“ sei nichts anderes als „ein Fliehen vor dem lebendigen Gott, der Licht und Leben sein kann und will in der Abgrün-

<sup>1514</sup> Emanuel Hirsch: Frühgeschichte des Evangeliums, Bd. 1: Das Werden des Markusevangeliums, Tübingen 1941; Bd. 2: Die Vorlagen des Lukas und das Sondergut des Matthäus, Tübingen 1941.

<sup>1515</sup> Thielicke: *Von den Grenzen der Fürbitte* [Mitte 1943]. LKAS: Lbf. W. Schultz, Nr. 121. Der konservative Althaus-Schüler erhielt trotz seiner Nähe zur BK 1936 einen Lehrstuhl in Heidelberg, von dem er 1940 jedoch entbunden wurde.

<sup>1516</sup> Hirsch an Schultz am 9.8.1943; Schultz an Birnbaum am 16.8.1943. LKAS: Lbf. W. Schultz, Nr. 121. Sein Beitrag habe den „Zorn des Herrn Professor Hirsch, Göttingen, erregt“. Schultz an Thielicke am 13.8.1943. Hervorhebungen im Original. Vgl. die umfangreiche Korrespondenz ebenda.

digkeit des Rätsels und des Geheimnisses“.<sup>1517</sup> Die Veröffentlichung wurde abgelehnt. Ein Gutachten kam zu dem Schluss: „In dem Aufsatz von Professor Hirsch hat die politische Romantik den Sieg über das Neue Testament davongetragen.“ Auch Schultz wies seine Zeitdeutung zurück. Auch gegenwärtig gehe es um den Kampf von Christ gegen Antichrist. Alle Opfer der vergangenen vier Jahre seien als Teil des Kreuzzugs „gegen die entfesselte gottlose Unterwelt des Ostens und den jüdisch bestimmten Geist des entarteten Westens“ gebracht worden. Die meisten Pfarrer hätten den Thielicke-Aufsatz so verstanden wie er selbst, nämlich als religiöse Anregung.<sup>1518</sup> Das letzte Wort Hirschs fiel gereizt und geradezu vernichtend aus. Schultz warf er vor, sich auf der Linie Marahrens-Wurm zu bewegen, seinen Pfarrern, sich für den „latenten Angriff“ des „Wurm’schen Hoftheologen“ Thielicke auf den Nationalsozialismus zu begeistern. Überhaupt, so Hirsch, fürchte er die deutschen Kirchenoberen mit ihrer tiefen Diskrepanz zu den deutschen Soldaten mehr als die gegenchristlichen Kräfte im Volk. In dem vermeintlichen Kompromiss mit der apokalyptisch-eschatologischen Theologie Thielickes und Wurms sah er eine konsequente Fortsetzung des Barthianismus.<sup>1519</sup>

## Praktische Theologie: Johannes Meyer und Walter Birnbaum

### *Deutschnationaler Fakultätschronist: Johannes Meyer (1911–1935)*

Der Praktische Theologe und langjährige Universitätsprediger Johannes Meyer wurde 1935 nach bald 25jähriger Fakultätszugehörigkeit ordnungsgemäß emeritiert. Von studentischer Seite war der Vollzug aus fachlichen und politischen Gründen forciert worden. Meyer möge, so die Göttinger Studentenschaft, jüngeren und leistungsstärkeren Kräften Platz machen, die „den veränderten Zeitverhältnissen auch mehr gerecht werden können“.<sup>1520</sup> Kirchenpolitisch engagierte er sich nicht. In den 1930er Jahren trat er vor allem mit genealogischen Werken – 1926 war er Gründungsmitglied der *Genealogisch-Heraldischen Gesellschaft Göttingen* – und landeskirchengeschichtlichen Beiträgen hervor. Hierzu zählt auch sein Grundlagenbeitrag zur Theologischen Fakultät, den er 1937 im Rahmen des 200-jährigen Universitätsjubiläums verfasste.<sup>1521</sup> Als größeres Werk erschien 1939 seine *Kirchengeschichte Niedersachsens*, die auf eigenen Vorlesungen seit Mitte der 1920er Jahre aufbaute. Die deskriptiv gehaltene Darstellung weist Meyer als einen ausgewiese-

<sup>1517</sup> Hirsch: Unsere Lage und das Neue Testament, hier S. 8 und 13. Ebenda. Vgl. Hirsch an Schultz am 17.8.1943.

<sup>1518</sup> Gutachten [ohne Verfasserangabe] vom 26.8.1943; Schultz an Hirsch am 14.11.1943. Ebenda. Vgl. den stark abweichenden Entwurf „zu einer Ablehnung des Aufsatzes von Professor Hirsch, Göttingen“.

<sup>1519</sup> Hirsch an Schultz am 16.9.1943. Ebenda.

<sup>1520</sup> Göttinger Studentenschaft an Hirsch am 28.11.1934. UAG, Theol. PA, Nr. 77.

<sup>1521</sup> Meyer: Geschichte. Seit 1936 (bis zur Einstellung 1941) veröffentlichte Meyer regelmäßig im *Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte*. Generalregister, S. 28–30. Vgl. Meyer: Geschichte des Geschlechts von Mengersen, Leipzig 1937.

nen Konservativen aus. Den Jahren 1914 bis 1933 widmete er 13 Seiten, wobei er sich einer endgültigen Bewertung enthielt. ‚1914‘ sei für die Kirche eine Zäsur gewesen, deren letztendliche „Gestaltung“ aber noch nicht zu erkennen sei. Als äußere Anfechtung der Republikzeit benannte er gleichrangig die Freidenker- und Gottlosenbewegung und „nationale antichristliche Bewegungen wie de[n] Tanenbergbund“.<sup>1522</sup> Die *Deutschen Christen* handelte er auf einer Drittelseite ab, zum ‚Kirchenkampf‘ äußerte er sich indirekt. Ohne namentliche Benennung der NSDAP heißt es in seinem Schlusssatz: Im „Reich Adolf Hitlers“ sei „das deutsche Volk mit seinen Kirchen vor dem drohenden Einbruch des Bolschewismus gesichert, aber auch die Kirchen aufgerufen, ihren Dienst an Volk und Reich unter ganz neuen Verhältnissen auszurichten“.<sup>1523</sup>

*Gegen den ‚Bolschewismus‘: Walter Birnbaum (1936–1945)*

Meyers Nachfolger war Walter Birnbaum. Von einem theologischen Werk im engeren Sinne kann für seine Göttinger Zeit nicht gesprochen werden. Als Mitglied der DC-Reichsleitung veröffentlichte er 1934 *Der Weg der Deutschen Christen zu deutschem Christentum*, 1936 erschien *Das Wesen der Gemeinde und ihre heute notwendige Gestalt*.<sup>1524</sup> Mitte der 1930er Jahre näherte sich Birnbaum dem nationalkirchlichen Flügel der Deutschen Christen an: „Wir sind auf dem Boden des Nationalsozialismus in unser geistiges Leben gewachsen. Wir stimmen ihm nicht zu, wir stehen in ihm drin.“<sup>1525</sup> Bedeutung erlangte allein sein Studienbuch über die freien Organisationen der evangelischen Kirche, ein komprimierter Überblick über Bibel- und Missionsgesellschaften, das kirchliche Verbands- und Vereinswesen und die Diakonie. Diese kam ohne nationalsozialistische Polemiken aus, die kirchliche Einordnung in den NS-Staat und die Verbindung von Christentum und Deutschtum setzte er schlicht voraus. So plädierte er im deutschchristlichen Sinne für die „Segenskräfte echter Christusgemeinschaft“ statt kirchlicher Bekenntnisse und Dogmen.<sup>1526</sup> Eingebettet in eine von der NSDAP geförderte interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft von ‚Kolonialwissenschaftlern‘ beschäftigte er sich des Weiteren mit der Bedeutung und den Möglichkeiten der Äußeren Mission in zukünftigen deutschen Kolonien. Ausgangspunkt war, so Birnbaum, die Einsicht, dass „die Missionsarbeit unter den Prinzipien nationalsozialistischer kolonialer Menschenführung“ keinesfalls unverändert fortgeführt werden könne. Als wichtige Fragen be-

<sup>1522</sup> Meyer: Kirchengeschichte, S. 242–255, hier S. 242 bzw. 253. Die Schrift *Altheidentum und Christentum in der Sachsenbekehrung*, im Oktober 1937 vom Lüneburger Missionsverein herausgegeben, ließ sich nicht nachweisen. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 8425.

<sup>1523</sup> Meyer: Kirchengeschichte, S. 255.

<sup>1524</sup> Vgl. Birnbaum: Weg; ders.: Wesen. Vgl. das Schriftenverzeichnis Birnbaums, in: NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231, Bl. 12.

<sup>1525</sup> JK (1936), S. 282. Zitiert nach einer Stellungnahme von Dekan Iwand am 30.12.1948. UAG, Theol. PA, Nr. 96. 1938 leitete Birnbaum ein nationalkirchliches Studentenlager in Barsinghausen.

<sup>1526</sup> Birnbaum: Organisationen, S. 144.



nannte er die Bereiche Polygamie und ‚Volkstum‘.<sup>1527</sup> Seine Schrift *Mission als Kolonialproblem* ist nicht überliefert.<sup>1528</sup> Seinen letzten bekannten Vortrag hielt Birnbaum 1944 auf der fünften und letzten Sitzung des Eisenacher ‚Entjudungsinstituts‘ über *Völkische Gestaltungskräfte in der Inneren und Äußerer Mission*.<sup>1529</sup>

Mit Kriegsbeginn trat Birnbaum in den Vortragsdienst der Wehrmacht ein und hielt hauptsächlich Propagandavorträge über ‚den Bolschewismus‘. 1941 scheiterten seine Bemühungen um einen Lehrauftrag der Philosophischen Fakultät, mit dem er offenbar seine Position an der Universität stärken und mittelfristig einen dauerhaftem Wechsel erreichen wollte. Sein Lehrstuhl blieb der Theologischen Fakultät erhalten.<sup>1530</sup>

Reformierte Theologie: „Ich glaube, dass ich als Christ sehr wohl politischer Nationalsozialist sein kann.“ Otto Weber (1934–1966)

Als Multifunktionär erlangte Otto Weber zur Zeit des NS-Staates eine überregionale Bedeutung, die weit über sein Universitätsamt hinausreichte. 1933/34 war er für kurze Zeit reformierter Kirchenminister unter Ludwig Müller, in den Jahren 1940 bis 1945 assoziiertes Mitglied des *Geistlichen Vertrauensrates* (GVR), eine Art geistliche-theologische Leitung für die faktisch gespaltene *Deutsche Evangelische Kirche*.<sup>1531</sup> Zudem engagierte er sich in reformierten Zusammenhängen. Weber verfügte über ein hochrangiges Kontaktnetz. 1940 bezeichnete Marahrens Weber als „Verbindungsmann zum Ministerium“ und „alleinigen Repräsentanten der Reformierten Kirche“. <sup>1532</sup> An der Universität fungierte er ab dem WS 1935/36 als NSDDB-Vertrauensmann für den Fachbereich Theologie, 1939 übernahm er von Hirsch das Amt des Dekans.

Weber war der NSDAP 1933 beigetreten und unterstützte die Agenda des NS-Staates ungeachtet bestehender Differenzen in religions- und kirchenpolitischen Angelegenheiten. So sprach er am 29. Mai 1937 vor 800 Lehrerinnen und Lehrern auf dem Gau der hessischen NSDAP über *Erziehung als politische Aufgabe* und

<sup>1527</sup> Nach Eigenangaben wurde seine Schrift zur Mission in Afrika 1940 vom Reichspropagandaministerium verboten. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231, Bl. 12. Vgl. Birnbaum: Zeuge, S. 223–227, hier S. 224. Laut der ebenda, S. 345–346, angefügten Bibliographie wurden seine Kolonialschrift (1941) und seine *Grundlage der Homiletik* (in: Bibel und Glaube, 1942) ebenso verboten. Die Landeskirche Bremen unterstützte die Teilnahme an der Wiener Reichskolonialtagung finanziell. Gensch an Weidemann am 5.9.1939. LKAB, B 631/1.

<sup>1528</sup> Nach Eigenangaben übergab Birnbaum das einzige Exemplar an die *Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek*. Im dortigen Bestand lässt sich das Manuskript nicht nachweisen.

<sup>1529</sup> Arnhold: Kirchenbewegung, Bd. 2, S. 835. Birnbaum wurde seit 1940 als Institutsmitarbeiter geführt. *Verbandsmitteilungen* 2/3 (1940), S. 38.

<sup>1530</sup> Bülow: Weber, S. 238.

<sup>1531</sup> Vgl. Melzer: Vertrauensrat. Zur Rolle Webers vgl. Bülow: Weber.

<sup>1532</sup> Marahrens an Kerrl am 12.6.1940. Zitiert in Bülow: Weber, S. 227. Kontakte pflegte Weber auch zu den nicht offen antichristlichen Kräften innerhalb der NSDAP. Noch 1938/39 führte u.a. Gespräche mit Reichsaußenminister Konstantin von Neurath und Hermann Göring.

stellte sich hinter die Erziehungsideale der Nationalsozialisten. Am Recht auf schulischen Religionsunterricht hielt er fest, sprach sich im Gegensatz zur Katholischen wie zur *Bekennenden Kirche* aber gegen den Erhalt der kirchlichen Bekenntnisschulen aus. Die forcierte ‚Gleichschaltung‘ des Schulwesens wurde von ihm begrüßt.<sup>1533</sup> Eine Korrektur dieser Haltung ist nicht bekannt. Ergebnisadressen und Danktelegramme an Hitler, die Weber mitverantwortete – beispielsweise nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich – bekunden die kirchliche und auch persönliche Unterstützung der deutschen Kriegspolitik.<sup>1534</sup> Seine Zustimmung zum NS-Staat betraf auch dessen Politik gegen die Juden. Schon 1933 wollte er Christen jüdischer Herkunft nur noch als Gäste zu Predigt und Abendmahl zulassen und vertrat so einen deutlich schrofferen Ansatz als Hirsch, der die Gliedschaft in der Kirche zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Frage stellte. Als die *Deutsche Evangelische Kirche* im Dezember 1941 auf den Höhepunkt der zweiten Phase einer antisemitischen Kirchengesetzgebung zusteuerte, die auf einen Ausschluss der ‚nichtarischen‘ Christen abzielte, unterstützte dies auch der GVR. Mit anderen GVR-Vertretern schrieb Weber am 20. Mai 1942 an den württembergischen Landesbischof Wurm: „Nur ist der bestehende und nicht erst vom Kriegsbeginn datierende Kriegszustand noch härter und unerbittlicher. Das Judenvolk ist für uns Deutsche ohne Frage Feindvolk.“<sup>1535</sup> Sein seit 1932 nachweisbarer Antisemitismus erreichte, so Vicco von Bülow, „seinen kirchenpolitisch wirksamsten Höhepunkt“.<sup>1536</sup>

Auch Webers Haltung zum ‚Kirchenkampf‘ war von seiner nationalsozialistischen Einstellung bestimmt. Er begrüßte das innerkirchliche Ringen im Sinne einer protestantischen Standortbestimmung, sah aber das polarisierte und unveröhnliche Gegeneinander sowie die von ihm konstatierte Hilflosigkeit gegenüber der Schrift zunehmend mit Sorge.<sup>1537</sup> Für ihn, der sich kurzfristig der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* angeschlossen und zum Jahresende 1933 aus theologischen Gründen von ihr abgewendet hatte, war nicht die Abwendung von der Kirche entscheidend, sondern die Lehre (von Teilen) der *Deutschen Christen*, vor allem aber „das irdische Machtwollen weiter kirchlicher Kreise“.<sup>1538</sup> Folgerichtig fand er zur *Bekennenden Kirche* aus persönlichen, konfessionellen und politischen Gründen

<sup>1533</sup> Vgl. Bülow: Weber, S. 192f.

<sup>1534</sup> Ebenda, S. 227. Der verkündete Rückhalt im deutschen Protestantismus richtete sich auch gegen die antichristlichen Vorbehalte in völkischen Kreisen.

<sup>1535</sup> Marahrens, Johannes Hymnen, Walther Schultz und Weber an Wurm am 20.5.1942. Zitiert in Bülow: Weber, S. 245. Vgl. ebenda, S. 243–24; Melzer: Vertrauensrat, S. 262–269. Vgl. Buss: ‚Entjudung‘, S. 287–294; Röhm/Thierfelder: Juden, Bd. 4/I, S. 254–282.

<sup>1536</sup> Bülow: Weber, S. 245.

<sup>1537</sup> Weber: Auslegung, S. 6.

<sup>1538</sup> Weber an Langenohl am 30.5.1937. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 191. Grundsätzlich widersprach er der Selbstermächtigung der *Bekennenden Kirche*, aber auch konkreten Ereignissen wie der Denkschrift der 2. VKL an Hitler vom 28.5.1936. Weber ging es stets auch darum, den bruderrätlichen Flügel der *Bekennenden Kirche* zu isolieren und zurückzudrängen.

keinen Zugang. Dort würden viele Reformierte, so Weber im September 1935 an Hans-Heinrich Harms, eine „teilweise grundsätzliche Staatsfeindschaft“ vertreten: „Ich glaube, dass ich als Christ sehr wohl politischer Nationalsozialist sein kann.“<sup>1539</sup> In diesem Sinne verfolgte er ohne kirchenpolitische Gruppenbindung das Ziel, die Mehrheit der vermeintlich neutralen kirchlichen ‚Mitte‘ und die ‚gemäßigten‘ Kräfte der *Deutschen Christen* und der *Bekennenden Kirche* auf einen gemeinsamen, pragmatischen und staatsloyalen Kurs zu führen. Innerhalb der reformierten Kirchen geschah dies über seine Mitarbeit im 1936 gegründeten *Arbeitsausschuss der reformierten Kirchen Deutschlands*, den Weber initiiert hatte und maßgeblich repräsentierte.<sup>1540</sup> Auf reichskirchlicher Ebene unterstützte Weber die Kirchengeschusspolitik von Reichskirchenminister Kerrl, mit dem er persönlich befreundet war. Sein Memorandum *Die rechtliche Stellung der Christen und der Kirche zum Staate*, das er 1936 vorlegte, stieß allerdings sowohl bei reformierten Vertretern der *Bekennenden Kirche* als auch beim *Lutherrat* auf Ablehnung.<sup>1541</sup> Drei Jahre später, am 4. August 1939, griff Weber zusammen mit Theodor Ellwein und Helmuth Kittel Überlegungen auf, die auf die Trennung in eine geistlich-theologische und in eine staatlich beaufsichtigte weltlich-juristische Kirchenleitung abzielten, wobei die Autoren dem Staat weitgehende Aufsichts- und Steuerungsrechte zugestanden. Die vom Grundgedanken einer Simultaneum-Lösung getragenen *Vorschläge zur Herstellung einer Neuordnung in der Deutschen Evangelischen Kirche* scheiterten jedoch an der kirchenpolitischen Rigorosität der *Bekennenden Kirche*, fanden aber zumindest indirekt Eingang in das kirchliche Neuregelungswerk der folgenden Monate.<sup>1542</sup> Dagegen zielte der Anfang 1939 vornehmlich von *Deutschen Christen* unterstützte und von Weber mitunterzeichnete Aufruf *An die Brüder im Amt!* angesichts der zunehmenden Anspannung der politischen Verhältnisse auf eine möglichst breite und einheitliche Aufstellung der kirchlichen Kräfte. Volksmissionarisch angelegt, richtete er sich an diejenigen, die sich für einen kirchlichen Frieden einsetzten und aktiv an einer auf dem Boden des Evangeliums stehenden und mit

---

<sup>1539</sup> Weber an Harms am 14.9.1935. Zitiert in Bülow: Weber, S. 175f.

<sup>1540</sup> Dieser ging 1939 im *Deutschen Reformierten Kirchengeschuss* auf. Überregional gehörte Weber ab dem 24.4.1936 als reformiertes Mitglied der *Theologischen Kammer* an, die den RKA unterstützte. Vgl. Bülow: Weber, S. 177. Nur zwei Monate später fragte ihn der RKA wegen der Herausgabe von reformierten Bekenntnisschriften an. Ebenda, S. 184. 1941 reiste Weber im Auftrag des GVR ins de facto annektierte Elsaß und führte Gespräche mit Vertretern der dortigen reformierten Kirche. Ad-hoc wurde er in die Prüfungskommission berufen und nahm bereits am nächsten Prüfungstermin teil. Ebenda, S. 233.

<sup>1541</sup> Kernpunkte waren der unbedingte Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, die Anerkennung einer staatlichen Aufsicht sowie das gleichberechtigte Nebeneinander von *Bekennender Kirche* und *Deutschen Christen* einschließlich einer rechtlich einheitlichen geistlichen Leitung der Kirche. Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 557. Vgl. Bülow: Weber, S. 174f.

<sup>1542</sup> Vgl. Melzer: Vertrauensrat, S. 40f; Bülow: Weber, S. 217. Die Vorschläge beinhalteten Verwaltungsreformen, die Anerkennung kirchenpolitischer Gegensätze und die Schaffung sogenannter ‚Geistlicher Abteilungen‘ in den vier ‚Einmannkirchen‘ in Altpreußen, Nassau-Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein. Vgl. Buss: Reichskirchenministerium.

„unserem Volk und seinem Führer zutiefst verbundene[n]“ Volkskirche im Dritten Reich“ mitarbeiten wollten.<sup>1543</sup> Ab März 1940 nahm Weber als assoziiertes reformiertes Mitglied an den Sitzungen des GVR teil und war in die großen kirchlichen Fragen der Zeit eingebunden: die Folgen des Krieges, die forcierte Entkonfessionalisierung und gesellschaftliche Marginalisierung der Kirchen, die staatlichen Pläne für eine verstärkte Staatsaufsicht, der Ausschluss der Christen jüdischer Herkunft und die Herausforderungen durch das staatliche Mordprogramm an Menschen mit Behinderungen. So war er über die kirchliche als auch die politische Lage gut informiert und stand den langfristigen Staatsplänen bezüglich der Neuordnung des Kirchenwesens illusionslos gegenüber. Als Arthur Greiser, Reichsstatthalter im Warthegau, 1940 der dortigen Kirche den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts absprach und diese zur juristischen Person des Privatrechts (sprich: Verein) zurückstufte, sah er in dieser Verordnung eine Blaupause für das, was die Kirchen nach dem Kriegsende zu erwarten hatten.<sup>1544</sup> Kriegsbedingt zog sich Weber ab 1943 aus der überregionalen Gremienarbeit zurück.

Webers wissenschaftliches Werk war umfangreich.<sup>1545</sup> Mitte der 1930er Jahre beschäftigte er sich intensiv mit exegetischen Fragen des Alten Testaments. Seine 1935 erschienene zweibändige *Bibelkunde des Alten Testaments*, eine komprimierte Einführung für Studenten, erschien bis 1939 in fünf Auflagen.<sup>1546</sup> Ein weiterer Forschungsschwerpunkt lag auf Johannes Calvin, dessen *Institutio Christianiae Religionis* Weber in den Jahren 1936 bis 1938 übersetzte. Seine Pläne für eine umfassende Edition der reformierten Bekenntnisschriften fielen politisch motivierten übergeordneten Entscheidungen zum Opfer.<sup>1547</sup> Insgesamt arbeitete Weber wissenschaftlich präzise und enthielt sich einer direkten ‚Kirchenpolitisererei‘, griff aber aktuelle Fragestellungen auf und machte eigene Standpunkte kenntlich. Beispielsweise plädierte er in der 1938 veröffentlichten Erbauungsschrift *Weicht, ihr Trauergeister* trotz der Anfeindungen der Zeit, Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit für eine Freude, die allein in „Gottes Treue und Zusage“ begründet liege, und verband dies mit einer antiliberalen Grundkritik am Rationalismus und dem „aufklärerischen Wissens- und Entwicklungsoptimismus“.<sup>1548</sup> Auch der Vortrag *Die Hugenotten und das deutsch-französische Problem*, den Weber 1938 anlässlich der Göttinger Hochschultage hielt, zeigt sein antiliberales Profil und einen latenten Antikatholi-

<sup>1543</sup> Weber: Bülow, S. 210.

<sup>1544</sup> Am 10.10.1940 wurden die kirchenrechtlichen und theologischen Folgen des Greiser-Vorstoßes in Göttingen intensiv diskutiert. Vgl. Bülow: Weber, S. 240f.

<sup>1545</sup> Vgl. die Bibliografie Webers bei Bülow: Weber, S. 402–420.

<sup>1546</sup> Weber: *Bibelkunde*. Bd. 1: Gesetz und prophetische Geschichte; Bd. 2: Prophetenbücher und Geschichte.

<sup>1547</sup> Nachdem die Kirchenkanzlei der DEK auf Anweisung Kerrls die in Basel [d.h. bei Karl Barth] zugebrachten Semester deutscher Theologiestudenten für ungültig erklärte, zogen die beteiligten Schweizer Kollegen ihre Zusage zur Mitarbeit zurück. Bülow: Weber, S. 211.

<sup>1548</sup> Weber: *Trauergeister*, S. 44, S. 7.

zismus. Der liberalen Gewissensfreiheit stellte er die religiöse Gewissensfreiheit gegenüber. Darauf aufbauend zählten für ihn die Hugenotten nicht zu den Vorläufern der Französischen Revolution, die gemeinschaftszerstörend gewirkt und notwendigerweise ins Chaos und zur „bolschewistische[n] Sklaverei“ geführt habe. Vielmehr habe sich ihre Vertreibung Ende des 17. Jahrhunderts für die Aufnahmeländer als fruchtbar erwiesen, so dass sich niemand ihre „Entfernung aus unserem Volkskörper wünschen“ möge. Niemals sei die Reformation eine internationale Bewegung gewesen oder habe das Ziel einer Weltmacht verfolgt, sondern den nationalen Gedanken stets bekräftigt.<sup>1549</sup> In der ein Jahr später als *Die Bedeutung der Hugenotten in Geschichte und Gegenwart* erschienenen und überarbeiteten Fassung vertiefte Weber diesen Gedanken. Die Vertreibungsgeschichte der Hugenotten, die „doch eben keiner fremden Rasse angehörten, sondern einer zumindest verwandten“, zeige, dass sie „das völkische Bewusstsein vertieft und zur Entfaltung gebracht“ habe. Dagegen sei eine „religiöse Gleichheit“ innerhalb eines Staates nicht nötig. Damit positionierte sich Weber gegen die aktuell aufflammende Diskussion einer konfessionsübergreifenden Nationalkirche.<sup>1550</sup> Stereotype antisemitische Motive enthielt das genannte Arbeits- und Studienbuch *Bibelkunde des Alten Testaments*:

*Der Geist des Handelns, des Paktierens und Wiederpaktierens hat aus dem israelitischen Volke, das ursprünglich kriegerisch und wehrhaft war, allmählich jenes Krämervolk werden lassen, als das wir es kennen.*<sup>1551</sup>

Hans Walter Krumwiede führte die Akzeptanz und den Respekt, den Weber trotz „seiner kirchenpolitischen Affinität zum Nationalsozialismus“ selbst bei den Göttinger BK-Studenten genoss, darauf zurück, dass er die Gemeinschaft der Christen zu keiner Zeit verraten und gefährdet habe.<sup>1552</sup> Dieser Befund blendet sowohl die Zustimmung der Göttinger Studenten zum Nationalsozialismus aus als auch die Preisgabe der Christen jüdischer Herkunft, für die Weber im Rahmen seiner Möglichkeiten mitverantwortlich war. In seinem Universitätsamt, als Kirchenpolitiker und als Nationalsozialist hielt er in Kenntnis der Virulenz der antichristlichen Kräfte in Staat und Partei und wider besseres Wissen an einem Arrangement von Christentum und Nationalsozialismus fest. Sein kirchenreformerischer Blick blieb auf eine breit aufgestellte, staatsloyale, rechtlich einheitliche und geordnete Kirche gerichtet, die sich unter Marginalisierung ihrer ‚radikalen‘ Ränder – hier vor allem der Bruderratsflügel der *Bekennenden Kirche* – harmonisch in den NS-Staat einord-

<sup>1549</sup> Weber: Hugenotten, S. 13. Die Hugenotten waren, so Weber, ein Opfer der französischen Staatsraison. Dabei habe sich Frankreich durch die Tötung der Gewissensfreiheit sein eigenes Urteil geschrieben. Die Vertreibung der Hugenotten war für ihn ein wesentlicher Faktor für den von ihm konstatierten Niedergang Frankreichs.

<sup>1550</sup> Weber: Bedeutung, S. 12, S. 8 und S. 13 Zitiert nach Bülow: Weber, S. 204f.

<sup>1551</sup> Weber: Bibelkunde I, S. 39. Das Lehrbuch vom November 1934 erschien bereits im Dezember 1935 in dritter Auflage. Vgl. Bülow: Weber, S. 146–149.

<sup>1552</sup> Krumwiede: Kirchengeschichte, S. 557.

nen sollte. In Anlehnung an Calvin gab Weber die Eigenverantwortung der Kirche für die Verkündung des Evangeliums unter dem geistlichen Regiment Gottes nicht auf, erkannte aber die weltlich-staatliche Regelungskompetenz für die äußere Form der Volkskirche an.

# Die Theologische Fakultät während des Zweiten Weltkriegs (1939–1945)

## Im „institutionellen Überlebenskampf“

Entgegen den Vereinbarungen in den Staatskirchenverträgen (bzw. auf katholischer Seite im Konkordat) wurde die Frage der Schließung einzelner Theologischer Fakultäten bzw. deren Zusammenlegung ab 1938 in Staat und Partei breit diskutiert.<sup>1553</sup> Einen Masterplan gab es nicht, vielmehr bildete die Diskussion die polykratische Struktur des NS-Staates ab. Ende November 1938 plädierte das REM für die Zusammenlegung der Kieler und Göttinger Fakultät am Standort Göttingen. Auf dieser Fakultät ruhe „das Augenmerk der anglikanischen Welt im besonderen Maße“.<sup>1554</sup> Dagegen machte sich Rudolf Heß ein halbes Jahr später für eine Verlegung der Göttinger Fakultät nach Gießen stark.<sup>1555</sup> All diese Pläne wurden aus pragmatischen Erwägungen nicht umgesetzt. Außenpolitische Rücksichtnahme spielte dabei ebenso eine Rolle wie nach innen gerichtete Signale. Angesichts der forcierten Kriegsvorbereitungen gab es staatlicherseits kein Interesse, die bestehenden Konflikte mit den Kirchen zu verschärfen. Zudem brachen

---

<sup>1553</sup> Vgl. Meier: Fakultäten, S. 436–465; Wolgast: Hochschulpolitik, S. 66–79.

<sup>1554</sup> REM an Bormann am 28.11.1938. Abgedruckt in: Dokumente IV, S. 284–286; REM an Stellvertreter des Führers am 6.4.1939. Abgedruckt in: ebenda, S. 288–290.

<sup>1555</sup> Heß an das REM am 23.6.1939. Abgedruckt in: Dokumente IV, S. 294–297.

mit Kriegsbeginn die Studentenzahlen ein, ein finaler Angriff auf die Theologischen Fakultäten hätte sich kaum ausgezahlt. Kriegsbedingt erließ das REM am 12. Oktober 1944 zwar die Einstellung des Lehr- und Forschungsbetriebs an sämtlichen Theologischen Fakultäten bis auf Berlin, Greifswald, Leipzig und Tübingen, der Erlass wurde nach Protesten aber zum 1. November außer Kraft gesetzt.<sup>1556</sup> In der Realität änderte dies wenig. Faktisch war das Theologiestudium vielerorts bereits zum Erliegen gekommen. Dennoch gab es weitere Vorstöße zur Ausgrenzung und Zurücksetzung der Theologischen Fakultäten, die teils absurde Züge annahmen. Noch am 26. Januar 1945 mahnte die NSDAP-Parteikanzlei das REM zu einer Anordnung bezüglich der Reihenfolge der Fakultäten. Die Theologische Fakultät wurde bis dahin lediglich in Freiburg, Jena, Kiel und Tübingen am Schluss geführt.<sup>1557</sup>

Über die grundsätzliche Absicht, die Theologischen Fakultäten mittelfristig aus dem staatlichen Hochschulwesen herauszulösen, war man sich dort durchaus bewusst. Die herabwürdigende Ausgrenzung der Studenten der Theologie und die restriktive Begrenzungs politik gegenüber dem akademischen Theologennachwuchs, die auf Dauer zwangsläufig zu einer Auszehrung des Lehrkörpers führen musste, sowie die öffentlichen und unwidersprochenen Angriffe durch prominente Parteivertreter waren in ihrer Gesamtaussage zu eindeutig. Joachim Jeremias erwartete schon Ende 1936 eine „Erledigung“ der Theologischen Fakultäten innerhalb der nächsten drei Jahre.<sup>1558</sup> 1938 beschwerte sich der Göttinger Fachschaftsführer Theologie über ihre Nichterwähnung im *Deutschen Hochschulführer*. Dies habe zu Gerüchten über mögliche Studienbeschränkungen geführt, zudem werde die Möglichkeit erschwert, sich über das Studium der Theologie zu informieren.<sup>1559</sup> In diesem Fall zeigte der Protest Erfolg. Eine Garantieerklärung zum Verbleib der Theologischen Fakultäten an den Universitäten, wie sie Hirsch gefordert hatte, blieb jedoch aus.<sup>1560</sup> Ein Jahr später, wenige Tage vor seinem Rückzug von der Fakultätsspitze, zog er ein ernüchterndes Fazit. Durch ausgrenzende

<sup>1556</sup> Mitteilung Weber an die Mitglieder der Fakultät am 17.10.1944. BArch, NL 1721, Nr. 71. Göttingen wäre zusammen mit Gießen, Marburg und Münster in Berlin zusammengefasst worden. Für fünf Fakultäten, darunter Bonn, Gießen und Kiel blieb der Erlass in Kraft. Vgl. Meier: Fakultäten, S. 455f.

<sup>1557</sup> Parteikanzlei der NSDAP an das REM am 26.1.1945. BArch, R 4901, Nr. 13835. Laut einem Vermerk vom 26.2.1945 verschob das REM die Frage der Rangfolge auf die Zeit nach Kriegsende.

<sup>1558</sup> Reisebericht Martin Fischer zum WS 1936/37. EZA, 50/491. Vgl. Scherffig: Theologen, Bd. 2, S. 234–240.

<sup>1559</sup> Theologische Fachschaft an das Reichsreferat Kirche bei der RSF am 26.4.1938. BArch, NS 38, Nr. 3827.

<sup>1560</sup> Hirsch an das REM am 23.4.1948. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Einen Monat zuvor hatte auch der Präsident des *Evangelischen Fakultätentages* Hans Schmidt ausführlich zu Gerüchten über drohende Fakultätsschließungen bzw. deren Entfernung von den staatlichen Universitäten Stellung bezogen. Um entsprechenden Überlegungen entgegenzuwirken, wählte er die Strategie der Überanpassung an den NS-Staat. Schmidt an Regierungsrat Schwarz im REM am 23.3.1938. BArch, Nr. 14472. Vgl. Meier: Fakultät, S. 436–441.



Maßnahmen des NS-Staates (keine Berufung von Dozenten ins Beamtenlager, Aufhebung der christlichen Archäologie und Abwertung der Kirchengeschichte, fehlender Nachwuchs in allen fünf Hauptfächern, keine Perspektiven für den Fachbereich *Altes Testament*, grundsätzliche Infragestellung des Fakultätsstatus, keine Aufnahme von Theologiestudenten in die NSDStB-Kameradschaften als eine wesentliche Form des studentischen Gemeinschaftslebens) stünden sowohl die Dozenten als auch die Studierenden unter massivem seelischen Druck. Eine Umwandlung der Fakultäten in Seminare lehne er ab, ebenso sei keiner der Göttinger Professoren bereit, den „Charakter der evangelischen Theologie als einer freien deutschen Universitätswissenschaft preiszugeben“. Die meisten würden gegebenenfalls emeritieren, ein Viertel wäre wohl bereit, an eine staatliche Sonderschule für Theologie zu gehen. Der Wechsel an eine Kirchliche Hochschule werde von allen abgelehnt:

*Es steht nicht zur Diskussion, ob das Christentum eine sterbende oder eine weiterlebende Religion ist. Es genügt zur Entscheidung der Frage die Einsicht darin, daß das Christentum selbst wenn es eine sterbende Religion wäre, noch hundert bis zweihundert Jahre lang auf erhebliche Teile des deutschen Volkes einen starken Herz und Gewissen bildenden Einfluß haben wird.*<sup>1561</sup>

Aus dieser Einschätzung leitete Hirsch folgende Forderungen ab:

*1) Soweit das Christentum bereit und willens ist, theologische Lehrer zu tragen, die der freien Forschung und Lehre dienen, muß der Staat diesen Lehrern die volle Ehre eines deutschen Forschers und die volle Gemeinschaft mit anderen deutschen Forschern gewähren. Dadurch stellt er die Bildung und Erziehung der besten Geistlichen unter den Einfluß des allgemeinen Lebens der Nation, so daß ihm die gewissensbestimmende Macht des Christentums für seine eigenen notwendigen Ziele zugutekommt.*

*2) Soweit die Theologie selbst keine Ausnahmestellung begehrt, sondern ihre Glieder rücksichtslos den geistigen, politischen und militärischen Bedingungen deutschen Lebens untergeben wünscht, handelt der Staat unzweckmäßig, wenn er sie zurückstößt und in ein Sonderdasein preßt.*

Eine eigenständige Begründung für die Weiterexistenz der Theologischen Fakultäten hatte Hirsch zu diesem Zeitpunkt aufgegeben. Ihre Bestandssicherung begründete er vor allem mit der geschichtlichen Bedeutung des Christentums für Nation und Volk und ihrer Nützlichkeit für den nationalsozialistischen Staat.

---

<sup>1561</sup> Bericht Hirschs zur Lage der ev.-theol. Fakultäten auf Aufforderung des Rektors am 10.3.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 163/3.

## Das Kriegsdekanat Otto Webers (1939–1945)

Dem Dekanat Webers, der, wie dargestellt, über einen längeren Zeitraum aufgebaut und zum Beginn des SoSe 1939 ernannt worden war, fällt allein aufgrund der äußeren Umstände weniger Gewicht zu als dem seines Vorgängers.<sup>1562</sup> Im Herbst 1939 blieb die Universität kriegsbedingt für fünf Wochen geschlossen, das WS 1939/40 wurde in ein Herbsttrimester umgewandelt. Der Einbruch der Studen-  
tenzahlen und verschiedene Abwesenheiten führten zu massiven Einschränkungen im Lehrbetrieb. Studierten im SoSe 1939 noch 96 Studenten, fiel ihre Anzahl zum folgenden Herbstsemester um fast die Hälfte auf 46, zum Wintertrimester 1941 um fast zwei Drittel auf 33. Am 13. Juni 1941, wenige Tage vor dem Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, notierte ein Göttinger Vertrauensstudent: „Nachdem all die grauen Brüder der Front nach bestandnem Examen zur Truppe zurückgekehrt sind, ist die (theologische) Fakultät auf „10 Treue“ zusammengeschrumpft. Also mehr Dozenten als Studenten.“<sup>1563</sup> Im SoSe 1942 waren noch sechs Frauen und Männer immatrikuliert.<sup>1564</sup> Ende 1940 standen zudem drei Professoren (Oberleutnant Baumgärtel, Leutnant Gerhardt und Unteroffizier Jeremias), ein Assistent und zwei Hilfskräfte im aktiven Kriegsdienst.<sup>1565</sup> Zusammen mit Birnbaum, der in den Vortragsdienst der Wehrmacht eintrat und vor allem Soldaten der Luftwaffe in zahllosen propagandistischen Vorträgen über das *Übel des Bolschewismus* informierte, waren in der Summe vier der neun Göttinger Theologieprofessoren auf Dauer ortsabwesend.<sup>1566</sup> Nicht ordentlich vertreten waren die *Praktische Theologie* und das *Alte Testament*. Im Lehrbetrieb führte der personelle Aderlass zu Improvisationen. So vertrat Weber im Januar 1940 den neutestamentlichen Lehrstuhl, nach der endgültigen Berufung Baumgärtels nach Erlangen und dem Verlust seiner Professur deckte er mit zusätzlichen Repetitorien und einem Proseminar die Grundversorgung im alttestamentlichen Fachbereich ab. Zudem bot er über die gesamte Kriegszeit Überblicksveranstaltungen an, um die Auswirkungen des Lehrausfalls möglichst gering zu halten.<sup>1567</sup> Dies scheint auf bescheidenem Niveau gelungen zu sein. Im Januar 1943 berichtete er, dass der Unterrichtsbetrieb mit 16 Studenten „ohne Reibungen“ durchgeführt werden konnte, lediglich die Seminarbibliothek sei aufgrund der Luftschutzmaßnahmen

<sup>1562</sup> Vgl. Bülow: Weber, S. 199–257, hier S. 199–200.

<sup>1563</sup> Die Göttinger Studentengemeinde während des Krieges 1939–1945, nach den Berichten des Studentenpfarrers und der Vertrauensleute. LKAH, NL 78, Nr. 56.

<sup>1564</sup> Zahlen nach Meisiek: Theologiestudium, S. 419.

<sup>1565</sup> Weber an Hans Schmidt am 28.12.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 140.

<sup>1566</sup> Birnbaum: Zeuge, S. 232.

<sup>1567</sup> Vgl. Bülow: Weber, S. 224, S. 238. Im Oktober 1940 nahm der 1936 pensionierte Honorarprofessor Otto Schuster seine Lehrtätigkeit erneut auf, bis er im Juni 1942 ohne Angabe von Gründen ‚entlassen‘ wurde. Beilage zum Entnazifizierungs-Fragebogen, ausgefüllt am 6.8.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 5349.

eingeschränkt nutzbar gewesen. Offiziell bot die Theologische Fakultät zum WS 1942/43 einschließlich der Sprachkurse 33 Veranstaltungen an.<sup>1568</sup>



Abb. 31: Otto Weber, vermutlich 1935 (Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Sammlung Voit)

Weber, der neben seinem Dekanat weiterhin zahlreiche kirchliche Ämter innehatte und seit Kriegsbeginn reformiertes Mitglied des *Geistlichen Vertrauensrates* war, verstand es lange, sich in Göttingen unabkömmlich zu machen und sich bis Februar 1943 seiner Einberufung zu entziehen. Nach einem Kurzeinsatz in einem Lager für

sowjetische Kriegsgefangene im oberschlesischen Lamsdorf wurde er bereits im November entlassen und kehrte nach Göttingen zurück.<sup>1569</sup> Zum Ende des WS 1942/43 wurde er kommissarisch von Gogarten vertreten, während Hirsch als geschäftsführender Direktor den Theologischen Seminaren vorstand.<sup>1570</sup> An der

<sup>1568</sup> Weber an Rektor Plitschke am 8.1.1943. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 250. Im systematisch-theologischen Seminar sollen nur noch die Werke von Luther, Kierkegaard und Gogarten gestanden haben. Smend: Fakultät, S. 160. Vorlesungsübersicht vom 9.9.1942 für das kommende WS. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1569</sup> Über die dortige Tätigkeit Webers im Landeschützen-Bataillon 749 ist nichts bekannt. Bülow: Weber, S. 251. Von den etwa 200.000 Kriegsgefangenen, die zwischen Juli 1941 bis März 1945 im ‚Russenslager‘ (Stalag VIII/318 F) interniert waren, sollen bis zu 40.000 umgekommen sein.

<sup>1570</sup> Gogarten an den Rektor am 15.2.1943. UAG, Theol. PA, Nr. 108. Vgl. Bülow: Weber, S. 251f. Im Sommer 1943 gab es erfolglose Bemühungen, Weber zur Lazarettseelsorge nach Göttingen abkommandieren zu lassen. Der Vorgang zeigt dennoch das übereinstimmende Interesse von kirchlichen und universitären Kreisen. Vgl. Bülow: Weber, S. 252. Ein entsprechendes Gesuch vom 11.6.1943 seitens der reformierten Landeskirchen Hannover, Lippe und Elsass fand beim *Geistlichen*

Georgia Augusta blieb die Fakultät weiterhin unangefochten. Weber arbeitete eng und ohne Reibungsverluste mit Rektorat, Verwaltung und NSDDB zusammen, ab 1944 war er zudem – für einen Theologen in dieser Zeit sehr ungewöhnlich – in die Universitätsleitung und den Aufbau eines Wohnungsamtes eingebunden.<sup>1571</sup> Als die Göttinger Studentenführung zur Schaffung eines Wohnheims für Studentinnen Ansprüche auf eine Wohneinrichtung der Theologischen Fakultät anmeldete, wehrte er dies erfolgreich ab. Neben rechtlichen Gründen führte er auch die entehrende Haltung gegenüber den Studenten der Theologie und deren Ausschluss aus den Kameradschaftshäusern an, die eine Eigenversorgung nötig machten.<sup>1572</sup> Dass es ihm nicht gelang, die „diskriminierenden Sonderbestimmungen“ aufzuheben, gehörte in seiner Sicht zu den Schattenseiten seines Dekanats.<sup>1573</sup>

Innerhalb der Fakultät war der Führungsstil Webers umstritten. Baumgärtel bezeichnete seine Dekanatsführung als autoritär und „handfest deutschchristlich“, er habe eine freie und kollegiale Aussprache und Zusammenarbeit rigoros verhindert. Seinen Wechsel nach Erlangen begründete er unter anderem mit der gedrückten und angespannten Stimmung an der Fakultät. Auch Birnbaum sprach von einem „stramm gehandhabten Führerprinzip“, Fakultätssitzungen seien kaum angesetzt worden. Weber selbst erklärte nach dem Krieg, er habe über individuelle Konsultationen eine Art Vermittlerrolle eingenommen und so die bestehenden Differenzen zwischen Hirsch/Birnbaum auf der einen, Dörries/Jeremias auf der anderen Seite zu entschärfen versucht.<sup>1574</sup> Tatsächlich blieb die Fakultät jenseits der schleichenden Ausgrenzung von größeren internen Konflikten insgesamt verschont. Dagegen schlug Weber gegenüber den verbleibenden Studenten und der studentischen Gemeinde einen deutlich anderen Ton an als sein Vorgänger. Trotz ihrer Nähe zur *Bekennenden Kirche* suchte Weber den Kontakt und bemühte sich sichtbar um ein gutes Verhältnis. Während der gesamten Kriegszeit bot er im Rahmen der studentischen Gemeinde Bibelstunden an.

Bilanziert man seine sechsjährige Amtszeit, ist zu konstatieren, dass Weber die Fakultät unter prekären Bedingungen behände durch den Krieg führte und im

---

*Vertrauensrat* und im RMkA Zustimmung. Auch Gogarten unterstützte eine erneute UK-Stellung. Gogarten an Kurator Bojunga am 6.7.1943. UAG, Theol. SA, Nr. 34.

<sup>1571</sup> Vgl. Bülow: Weber, S. 253. Kriegsbedingte Einschränkungen waren Einsparungen bei der Bewirtschaftung der Bibliothek (1939), die Beschlagnahme einiger Fakultätsräume durch die Luftwaffe (1942) bzw. durch das Arbeitsamt (1943) Vgl. die Mitteilungen Webers in BArch, N 1721, Nr. 67 bzw. Nr. 71.

<sup>1572</sup> Weber an die Studentenführung am 23.9.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 159. Vgl. Bülow: Weber, S. 229. Nach Weber war das Verhältnis zur Studentenführung insgesamt unbelastet. Bericht vom 16.5.1942. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1573</sup> Weber an Dekan Entz am 6.2.1940. UAG, Theol. SA, Nr. 152.

<sup>1574</sup> Baumgärtel an Weber am 15.3.1958. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 215; Ericksen: Fakultät, S. 78; Birnbaum: Zeuge, S. 237. Trillhaas folgte der Argumentation Webers und hob die Schutzfunktion von dessen Dekanatsführung hervor. Trillhaas: Hirsch, S. 233.

Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ihre Stellung an der Universität sicherte.<sup>1575</sup> Er war in kirchlichen und universitären Kreisen umfangreich vernetzt, ebenso pflegte er gute Kontakte zu den relevanten staatlichen und Parteidienststellen. Diese breite Aufstellung sicherte ihm die notwendigen Spielräume, um seine und die Interessen der Fakultät zur Geltung zu bringen. Kern dieser Netzwerkbildung war seine grundsätzliche, zu keiner Zeit angetastete Loyalität zum NS-Staat. Darüber hinaus gingen von der Fakultät zeitbedingt keine weiteren Impulse aus.

### **„daß unsere Göttinger Gemeinde weiter zusammenhält, hört, betet, singt, arbeitet und wächst“: Studium, studentische Gemeinde und Wischmann-Briefe**

Da die Studenten der Theologie in der Regel keine uk-Stellung erhielten, war der Anteil der Einberufenen unter den Theologen besonders hoch. Von den 103 Studenten des SoSe 1939, unter ihnen drei Frauen und drei Ausländer, waren im Februar 1940 fast zwei Drittel eingezogen (66), zwei bereits entlassen und einer gefallen.<sup>1576</sup> Nur wenige Theologiestudenten erhielten Fronturlaub, um ihr Studium in den Wintersemestern fortsetzen zu können. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 beschränkte sich diese Möglichkeit im Wesentlichen auf Verwundete und dauerhaft Kriegsversehrte.

Der Ernst der Lage führte zu einem Zusammenrücken der Verbliebenen. Bestehende Gegensätze verloren an Bedeutung. Mit der *Theologischen Fachschaft*, so zwei Kommilitonen der studentischen Gemeinde, habe man ein „geordnetes Verhältnis“. Ihr Leiter Günther Eisenberg zitierte die Worte eines namentlich nicht genannten Professors, nach denen in Göttingen noch nie so intensiv gearbeitet worden sei.<sup>1577</sup> Auch Wischmann äußerte sich nach einer Adventspredigt in der Johanniskirche zuversichtlich: „Da durfte ich viele neue Gesichter kennenlernen und zugleich die Gewißheit mitnehmen, daß unsere Göttinger Gemeinde weiter zusammenhält, hört, betet, singt, arbeitet und wächst.“<sup>1578</sup> Abseits des Studiums

<sup>1575</sup> Für die universitäre Vorlesungsreihe *Webrpolitik und Webrwirtschaft* meldete Weber am 16.3.1940 Fehlanzeige. UAG, Theol. SA, Nr. 148.1. Wiederholt bemühte Weber politische Gründe, um Interessen durchzusetzen. So gewann er die Unterstützung des Rektors für ein Druckkostengesuch Dörries' mit der Begründung, dass die Alte Kirchengeschichte ansonsten mehr und mehr in die Hände angelsächsischer und römisch-katholischer Kreise falle. Weber an das REM am 19.3.1940; Rektor an das REM am 19.4.1940. UAG, Theol. PA, Nr. 102.

<sup>1576</sup> Weber am 7.2.1940 an den Fakultätentag. UAG, Theol. SA, Nr. 152. Fünf weitere waren untauglich, drei galten als nicht auffindbar. Die Differenz zu den Zahlen bei Grüttner, der für das SoSe 1939 die Zahl der Theologiestudenten mit 96 angibt, ließ sich nicht aufklären.

<sup>1577</sup> Bericht Krüger/Lange. Auszugsweise zitiert im 3. Brief Wischmanns vom 18.12.1939, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 18–22, hier S. 19; Bericht Eisenberg. Auszugsweise zitiert im 17. Brief Wischmanns vom 5.3.1941, in: ebenda, S. 105–108, hier S. 105.

<sup>1578</sup> Wischmann am 18.12.1939, in: Die Göttinger Studentengemeinde während des Krieges 1939–1945, nach den Berichten des Studentenfarrers und der Vertrauensleute. LKAH, NL 78, Nr. 56. Wisch-

entwickelte sich die Studentengemeinde trotz der kriegsbedingten Abwesenheit ‚ihres‘ Pfarrers zum zentralen Anlauf- und Treffpunkt der bewusst evangelischen Studentenschaft.<sup>1579</sup> Ihre Arbeitskreise und öffentlichen Veranstaltungen, die regelmäßigen Bibelstunden und ihre Gottesdienste erfuhren einen großen Zuspruch. Als Wischmann im Frühsommer 1943 während seines Urlaubs für zwei Wochen in Göttingen weilte, wurde ein Gottesdienst von ihm von 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Noch im SoSe 1944 und im WS 1944/45 gab es in St. Jacobi wöchentliche Vorträge, die von 60 bis 80 Studentinnen und Studenten besucht wurden. Die Bibelstunden mit 150 bis 180 Kommilitoninnen und Kommilitonen fanden aus Platzgründen in der Kirche statt.<sup>1580</sup> Ohne kirchenpolitische Zuspitzung geschah dies im Verständnis der *Bekennenden Kirche*. Für den eingezogenen Wischmann sprangen hauptsächlich Dörries und Jeremias, aber auch Dekan Weber ein. Ebenso wurde das noch immer umfangreiche Vortragswesen im Wesentlichen von Bekenntnistheologen bestritten. Den mutmaßlich letzten öffentlichen Vortrag mit aufbauendem Charakter hielt am 12. November 1944 der einstige Göttinger Privatdozent Kurt Dietrich Schmidt, seit seiner Entlassung aus seinem Kieler Ordinariat Dozent des lutherischen Missionsseminars Hermannsburg, in St. Johannis über *Gebet und die Unlust am Beten*.<sup>1581</sup> In der Gesamtschau zeigt die hohe Bindungskraft der Studentengemeinde, die weit über die Studenten der Theologie hinausging, das vorherrschende Bedürfnis nach Gemeinschaftsleben, Glaubensversicherung und -bestärkung und Sinndeutung.

Einen großen Raum nahm die Kontaktpflege mit den im Felde stehenden Kommilitonen ein. Hier tat sich vor allem der ortsabwesende Wischmann hervor, der mit ‚seinen‘ Studenten eine umfangreiche Korrespondenz führte und regelmäßige Rundbriefe verschickte. Seiner ‚Briefgemeinde‘ gehörten teils bis zu tausend

---

mann wurde im August 1939 eingezogen, nahm aktiv an den Kämpfen in Polen teil und war ab 1941 für den ‚estnischen Selbstschutz‘ (Dorpat) verantwortlich. Vgl. Wischmann: Führung, S. 72–102. Die Verwendung als Kriegspfarrer bzw. die Beauftragung mit der Standortseelsorge Göttingen kamen nicht zustande. Wischmann an das OKH, undatiert [Ende 1940/Anfang 1941]; Ev. Wehrkreispfarrer XI an Evangelischen Feldbischof der Wehrmacht am 6.1.194; Marahrens an Wischmann am 16.1.1941. LKAH, NL 78, Nr. 382.

<sup>1579</sup> Noch 1939 wurden insgesamt sieben „Bruderschaften“ aufgestellt. Die Anzahl der Nichttheologen steigerte sich signifikant. An einer Zusammenkunft im Frühsommer 1943 nahmen 90 Studentinnen und Studenten teil, darunter lediglich sechs Theologen. Wischmann im Juni 1943, in: Die Göttinger Studentengemeinde während des Krieges 1939–1945, nach den Berichten des Studentenpfarrers und der Vertrauensleute. LKAH, NL 78, Nr. 56. Strukturell verschob sich das Geschlechterverhältnis. Die studentische Gemeinde wurde weiblicher wurde. Viele Studenten hatten gar das Gefühl, von ihren Kommilitoninnen „erdrückt“ zu werden. 41. Brief Wischmanns vom August/September 1944, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 203–209, hier S. 206f.

<sup>1580</sup> Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 272; 33. Wischmanns Brief vom Juni 1943, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 179–184, hier S. 183; Bericht vom September 1933. Die Göttinger Studentengemeinde während des Krieges 1939–1945, nach den Berichten des Studentenpfarrers und der Vertrauensleute. LKAH, NL 78, Nr. 56.

<sup>1581</sup> Vgl. Schmidt: Luther. Der theologische Vortrag war ohne Zeitbezug. Außer einem Halbsatz über die „Last, die wir zu tragen haben“, gibt es keinen Hinweis auf den Krieg.

Empfänger an, die er mit Nachrichten, Lesehinweisen, und erbaulich-theologischen Reflexionen versorgte und seelsorgerisch betreute:

*So wurden die Briefe zu einer echten mutua consolatio fratrum, über alle Entfernungen hinweg, je länger der Krieg währte und je größer die Zahl wurde, die in den Kämpfen, bei Bombenangriffen oder in den Lazaretten starben.*<sup>1582</sup>

Seelsorge war dem Soldaten Wischmann eigentlich untersagt. Auch deswegen zitierte er umfangreich aus zugesandten Briefen, um „indirekt das ausdrücken zu können, was mir wichtig schien.“<sup>1583</sup> Zentrale Themen neben dem Göttinger Gemeindeleben waren der Krieg und die Anfechtung des Einzelnen. Die Briefe waren, so Wischmann rückblickend, „ein die Gemeinde festigendes Band für die, die im Krieg draußen oft außerordentlich einsam und verlassen waren“. Gerade für die jungen Soldaten, die sich als Christen oftmals in eine Außenseiterrolle gedrängt sahen, sei es eine wesentliche Gewissheit gewesen, dass „auch für sie in ihrer Einsamkeit eine Gemeinde da war, die ihnen nahestand, die sie trug, ihre Probleme, ihr Alleinsein verstand“.<sup>1584</sup> Die Schrecken des Krieges fanden nur am Rande und indirekt Erwähnung, andererseits gab sich Wischmann nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich auch keinem Triumphalismus hin. Mit zunehmender

<sup>1582</sup> Harms: Einführung, S. 7–12, hier S. 9. 1973 veröffentlichte Hans-Heinrich Harms die Briefe Wischmanns auszugsweise. Ursprünglich umfasste der Empfängerkreis 30 Personen, stieg aber bis auf etwa Tausend an. Es handelt sich um eine zentrale Quelle zur Geschichte der Studentengemeinde, in der das reichhaltige Gemeindeleben während der Kriegszeit dokumentiert ist. U.a. sind einige Semesterberichte auszugsweise abgedruckt. – 1952 hatte sich Dörries bei Wischmann für die Übersendung der *Kriegsbriefe gefallener Studenten*, herausgegeben von Hans Walter Bähr, bedankt, und die Veröffentlichung eines weiteren Bandes mit studentengemeindlichen bzw. Göttinger Bezug ange-regt. Dörries an Wischmann am 11.11.1952. BArch, N 1721, Nr. 31.

<sup>1583</sup> Wischmann: Führung, S. 92. Zu beachten ist die doppelte Vorauswahl durch Wischmann und Harms. Die veröffentlichten Briefe sind um etwa ein Drittel gekürzt. Entfernt wurden Stellen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus und dessen Politik beziehen. Wischmann selbst schrieb rückblickend: „Das empfand ich nicht als meine Aufgabe. Mir war die Auseinandersetzung mit dem Tod, mit dem Sterben, mit dem Kampf, mit den Schwierigkeiten um Ehe und Getrenntsein von zu Hause wichtiger.“ Die hektografierten Briefe liegen u.a. im Theologischen Stift und im Landeskirchenarchiv Hannover vor. In Hannover befinden sich Teile der Originalkorrespondenz. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung konnten diese nur stichprobenartig ausgewertet werden. LKAH, Nr. 78, Nr. 28–65. Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lassen sich oftmals ein positiver Grundbezug auf den Nationalsozialismus, eine kritiklose Unterstützung des Krieges und, mit dem Beginn des ‚Russlandfeldzugs‘, ein ‚zeitgemäßer‘ Antikommunismus feststellen. Eines der wenigen veröffentlichten Beispiele stammt aus dem letzten Brief von Ernst-August Avenriep, der Ende 1941 fiel: „Hier im Osten scheint sich ein riesiges neues Missionsgebiet aufgetan zu haben. [...] Was ist von der Pracht der ehemaligen Staatskirche des Zaren geblieben? In den Häusern findet man hier und da wohl ein Heiligenbild als eine Art Fetisch, daneben oder dabei Bilder von Stalin oder anderen Sowjetgrößen.“ 25. Wischmanns Brief vom 30.1/1.2.1942, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 134–142, hier S. 136f.

<sup>1584</sup> Wischmann: Führung, S. 92. Vgl. das Briefzitat von Johannes Tibbe nach einem Gespräch mit einem jungen Pastor, der zu seiner Absicherung noch ein Jurastudium anschließen wollte: „Ich mußte daran denken, was man beim vorigen Kriege als Dolchstoß von hinten bezeichnet hat. Wie soll man dann noch Eltern ermahnen, ihre Söhne nicht vom Theologiestudium abzuhalten?“ 16. Brief Wischmanns vom 2.2.1941, in: Harms (Hg.): Briefe, S. 99–104, S. 100.

Kriegsdauer gewannen Berichte über gefallene Kommilitonen an Gewicht. Die genaue Zahl der Fakultätsgefallenen ist nicht bekannt, sie soll aber überproportional hoch gewesen sein.<sup>1585</sup> Bis Ende Mai 1942 beklagte die Fakultät 54 Gefallene, darunter fünf Studenten aus dem Bremer Studienhaus.<sup>1586</sup> Zu den im „Kampf gegen den Bolschewismus“ Gefallenen zählte auch der einstige Student und mittlerweile zum wissenschaftlichen Assistenten aufgestiegene Hans-Georg Liedtke. Neben dem eigentlichen ‚Nachrichtenwert‘ erfuhren sie in den Wischmann-Briefen eine persönliche Würdigung. Oftmals sind Briefpassagen zitiert, in denen sie sich mit ihrer eigenen Situation, dem Christsein an der Front und der Möglichkeit des Todes auseinandergesetzt hatten.

Die Bedeutung und der potentielle Nutzen dieser christlichen Glaubenszeugnisse zeigt eine Anfrage von Martin Fischer im Januar 1943, als sich der Untergang der 6. Armee in Stalingrad abzeichnete. Fischer bemühte sich um Dörries als Bearbeiter und Herausgeber von Kriegsbriefen gefallener Theologen. Ziel sei ein „charakteristisches Bild von dem Glauben [zu] geben, der Not und Zeit“ bewältige:

*Vielleicht wird bei einer solchen Sammlung klar, daß wir nach altem Muster und doch auf neue Weise so etwas wie Erweckung zu eigenständigem christlichen Glauben unter Jungen und Alten in den letzten Jahren erlebt haben. Gerade in der Zeit, wo die amtliche Betreuung und die hegende Gemeinschaft für die jungen Glieder der Gemeinde ausfiel im Felde, hat sich doch bei Vielen erwiesen, daß Gott sie wirklich berufen, gesammelt, erleuchtet und geheiligt und auf Jesus Christus im rechten einigen Glauben erhalten hat.*<sup>1587</sup>

<sup>1585</sup> Theologische Fachschaft Göttingen an den Rat der EKD am 15.5.1946. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 459f.

<sup>1586</sup> Zahl nach Erwin Janßen. Zitiert im 27. Brief Wischmanns von 2. Pfingsttag/Trinitatis in: Harms (Hg.): Briefe, S. 149–157, hier S. 154; Gensch an das Volkskirchliche Amt Bremen am 2.9.1942. LKAB, B 631/1. Es ist nicht immer ersichtlich, ob es sich bei den Gefallenen um Studenten der Theologie oder um Mitglieder der Studentengemeinde handelte. Das *Theologische Stift* erinnerte zum Jahresende 1942 an 14 aktive und ehemalige Stifter, die seit September 1939 gefallen waren. Auf Pappe aufgezogene Bild- und ‚Ehrentafel‘ im Theologischen Stift. Insgesamt fielen 654 Angehörige der Göttinger Universität: 18 Dozenten, 43 wissenschaftliche Assistenten, 556 Studenten sowie 35 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Meinhardt: Universität, S. 113.

<sup>1587</sup> Fischer an Dörries am 9.6.1943; Fischer an Dörries vom 5.2.1943; Fischer an Dörries am 18.1.1943. BArch, N 1721, Nr. 54. Dörries habe, so Fischer, die Eignung, das entsprechende Alter, die Zeit und das reife Urteil des Historikers. Obwohl Dörries zugestimmt haben soll, kam es zu keiner Veröffentlichung. In seinem Nachlass überlieferte Frontbriefe, die teilweise Eingang in die Wischmann-Briefe fanden, legen den Schluss nahe, dass es entsprechende Vorarbeiten gab. Vgl. ebenda, Nr. 52–55.





Abb. 32: Ehrentafel des Theologischen Stiftes für gefallene Stiffter, undatiert [mutmaßlich 1943/44] (Archiv des Theologischen Stifts)

Der christliche Glaube und die lebendige Gemeinschaft in der studentischen Gemeinde erwiesen sich für die in Göttingen verbliebenen Theologiestudenten und die bewusst evangelischen Studentinnen und Studenten in den unsicheren und prekären Kriegsjahren als zentrale persönliche Ankerpunkte. Die umfangreiche Korrespondenz mit Wischmann und das von ihm ins Leben gerufene Rundbriefsystem unterstreichen ihre Bedeutung, zugleich weisen sie ein gewisses Maß an Kontinuität auf. Im Wesentlichen wurde die Göttinger Linie beibehalten. Hinweise auf eine vertiefte Reflexion des NS-Staates bzw. der (antisemitischen) Radikalisierung seiner Politik gibt es, wenn überhaupt, äußerst indirekt.<sup>1588</sup>

## Im ‚Schwebezustand‘: Möglichkeiten und Grenzen des Fakultätshandelns in der nationalsozialistischen Weltanschauungsdiktatur

In seinem Entbindungsschreiben zog Dekan Hirsch Anfang Dezember 1938 ein positives Fazit seiner langjährigen Amtszeit:

*Ich werde im März dieses Jahres im Ganzen 6½ Jahre lang Dekan gewesen sein. Ich kann diesen Brief nicht schließen, ohne zu sagen, daß es mir eine Freude und eine Ehre gewesen ist, in den stürmischen Jahren des nationalsozialistischen Umbruchs unseres Volkes und in der nationalsozialistischen Neugestaltung unserer Universität das Dekanat der Theologischen Fakultät geführt zu haben und in dem damit gegebenen begrenzten Aufgabekreis dem Werke des Führers [...] als Helfer dienen zu dürfen.*<sup>1589</sup>

Diese Einschätzung steht in einem merkwürdigen Kontrast zu seinem Abschlussbericht zur Lage der deutschen Theologischen Fakultäten, in dem er nur vier Monate später, am 10. März 1939, ein wesentlich nüchterneres Bild zeichnete.<sup>1590</sup> Illusionslos konstatierte er die Verschlechterung ihrer Situation auf allen Ebenen, angefangen von den Personalbeschränkungen, insbesondere im Nachwuchsbereich, und dem rapiden Rückgang der Studierendenfrequenz, bis hin zu ihrer prinzipiellen, aus weltanschaulichen Motiven gespeisten Anfechtung, die mittelfristig

---

<sup>1588</sup> Dieser Befund lässt sich weder mit einer (potentiellen) Gefährdung durch staatliche Repressionsmaßnahmen, im Fall der Wischmann-Briefe durch Briefzensur, erklären, noch als Quellenproblem abtun. Die weitgehend kritiklose Haltung gegenüber dem NS-Staat entsprach der grundsätzlichen Zustimmung, die zu keiner Zeit in Frage gestellt wurde. So war der Tonfall in den Rundbriefen der Marburger Studentengemeinde bei ähnlichen Erfahrungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ein anderer. Dort hatten die Auseinandersetzungen mit der studentischen BK einen anderen Verlauf genommen, die meisten Briefschreiber waren staatspolizeilichen und anderen repressiven Maßnahmen (Gefängnis, Ausweisung, Relegation) ausgesetzt. Vgl. Dinkler-von Schubert (Hg.): Feldpost, insb. S. 9–15; Kubitzka: Geschichte, S. 121–194.

<sup>1589</sup> Hirsch an den Rektor am 2.12.1938. UAG, Theol. SA, Nr. 160/3.

<sup>1590</sup> Rektoratsbericht Hirsch über die Lage der evangelischen Theologischen Fakultäten vom 10.3.1939. UAG, Theol. SA, Nr. 163/3.

auf die Abwicklung der Theologischen Fakultäten und die dauerhafte Entfernung aus dem deutschen Hochschulwesen abzielte. Als Ort einer freien theologischen Wissenschaft und als Ausbildungsstätte zukünftiger Pfarrgenerationen, darüber war sich Hirsch bewusst, war für sie im nationalsozialistisch begründeten Deutschen Reich auf Dauer kein Platz. Insofern verzichtete er auf eine positive und zukunftsgerichtete Bestimmung ihrer Arbeit und erschöpfte sich in der Forderung nach Bestandssicherung in einer Phase des Übergangs. Hirschs defätistische Einschätzung gründete auf zwei Annahmen. Als Nationalsozialist bekannte er sich zum absoluten Primat des NS-Staates. Er akzeptierte dessen auf Marginalisierung der Kirchen und Zurückdrängung des Christentums abzielende Politik als eine tatsächliche Notwendigkeit. Zum Zweiten sah er kein theologisches Erneuerungspotential der Kirchen in der von ihm gewünschten Richtung. Diese hatten, so Hirsch unausgesprochen, mit den selbstverschuldeten Verwerfungen des ‚Kirchenkampfes‘ ihr Recht auf eine gestalterische Mitarbeit in der ‚Volksgemeinschaft‘ verwirkt. Sein Dauerfeuer gegen die seiner Meinung nach dogmatisch verengte, nicht mehr zeitgemäße und überlebte Kirche und seine Reduktion des Christentums auf eine kulturell-geschichtliche Größe machten es dem Göttinger Dekan unmöglich, einen Beitrag zu einer inhaltlichen Neubegründung der Theologischen Fakultäten zu leisten. In seiner Einschätzung waren sie gefangen im Niemandsland einer rückwärtsgewandten, auf die ‚alte‘ Kirche ausgerichteten Theologie einerseits, und einem pulsierenden Weltanschauungsstaat andererseits, der seine legitimierende Kraft aus anderen Quellen schöpfte. Dieses Dilemma ließ sich nicht aufheben. Die von Hirsch betriebene Umformung der christlichen Glaubenslehre in eine „weltanschaulich funktionalisierte christliche Rechenschaft politisch-theologischer Gewissensexistenz“ lief ins Leere.<sup>1591</sup>

Aufgrund seiner hervorgehobenen Position und seiner pointierten Umformungs- und Anpassungstheologie nahm Hirsch eine Ausnahmestellung ein. Aus anderen Motivlagen und mit anderen Ergebnissen wurde seine skeptische Haltung bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Theologischen Fakultäten freilich geteilt. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre herrschte angesichts der offensichtlichen gesellschaftlichen und politischen Zuspitzungen in der Theologieprofessorenenschaft die Einsicht vor, dass in den folgenden Jahren tiefgreifende Veränderungen bevorstanden, die in einem bisher bis dato nicht bekannten Ausmaße die freie theologische Wissenschaft und auch die eigene Profession zur Disposition stellen würden. Zu eindeutig waren die Signale, die Teile des Staatsapparates und der NSDAP seit 1935 unter dem Stichwort der ‚Entkonfessionalisierung

---

<sup>1591</sup> Assel: Hirsch, S. 55. Hirsch teilte dieses ‚Schicksal‘ mit anderen Vertretern einer radikal deutsch-christlichen ‚Theologie‘. So schrieb der wissenschaftliche Leiter des Eisenacher Instituts Grundmann im August 1942 an seinen Freund Hans-Joachim Thilo: „In die alte Kirche kann ich nicht zurück; einem religiösen Nihilismus kann ich meinen guten Namen, den ich mir erhalte, nicht verschreiben, also bleibt mir nichts anderes als mich bescheiden in die Ecke zu stellen und eine andere Arbeit als Germanist oder Historiker zu tun. [...] Daneben suche ich die Verbindung mit den positiven Kräften der Partei.“ Zitiert nach Heschel: Theologen, S. 160f.

des öffentlichen Lebens‘ aussendeten, zu offenkundig die wachsende staatliche Gängelung der Kirchen und deren gesellschaftliche Marginalisierung.

Im Gegensatz zu anderen Hochschulstandorten gab es in Göttingen seitens der Universität keine ernstzunehmenden Angriffe auf die Stellung der Fakultät, im Gegenteil konnten Hirsch und sein Nachfolger Weber diese durch überlegtes Networking behaupten. Ausgestattet mit Verhandlungsgeschick, hohem sozialen und politischen Prestige und guten Kontakten zur Ministerialverwaltung, zu Parteidienststellen und, dies gilt vor allem für Weber, zu einflussreichen kirchlichen Kreisen, gelang es den beiden Göttinger Dekanen der Jahre 1933 bis 1945, der Fakultät Spielräume zu erhalten und im Einzelfall auch aktiv zu gestalten. Unübersehbar aber begrenzte der staatlich-weltanschauliche Vorbehalt ihre Wirk-, Mobilisierungs- und Resonanzräume. Jendris Alwast charakterisierte die eingeschränkten Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten als „Hegemoniebestrebungen Scheinmächtiger“.<sup>1592</sup> Nach heutiger Forschungslage gibt es gute Gründe zu der Annahme, dass die Ausnahmesituation des Zweiten Weltkriegs eine staatliche, und damit nach ihrem Wesenskern weltanschauliche Grundsatzentscheidung zur finalen Abwicklung der Theologischen Fakultäten nur vertagte.

Die Konturen der hier skizzierten äußeren Rahmensetzung und ihre retardierende Wirkung zeichnen sich retrospektiv sehr viel deutlicher ab als für die damals handelnden Akteure. Mit dem Ende der Euphoriephase des Jahres 1933 und nachdem die vagen Aufwertungspläne für eine reichsweite deutschchristliche Vorzeigefakultät in der zweiten Jahreshälfte 1934 endgültig ad acta gelegt waren, gingen von der Göttinger Theologischen Fakultät keine weiterführenden Impulse im Sinne einer positiv-fruchtbaren Neubestimmung und Fortentwicklung der Fakultätsarbeit aus. Ihre weitere Entwicklung war von drei eng miteinander verwobenen Grundzügen bestimmt. Unter dem Eindruck der Umwälzung der deutschen Hochschullandschaft waren die Status- und Ressourcensicherung sowie die Aufrechterhaltung des Forschungs- und Lehrbetriebs bleibende Aufgabe. Dies ist, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und mit schmerzhaften Abstrichen – an erster Stelle ist hier der dauerhafte Verlust des alttestamentlichen Ordinariats zu nennen –, im Großen und Ganzen gelungen. Erst der massive Rückgang der Studierendenfrequenz mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs führte zu einem tatsächlichen, existenzbedrohenden Einbruch der Fakultätsarbeit.<sup>1593</sup>

Weitaus komplexer gestaltete sich die Umsetzung der ‚politischen Universität‘, die als übergeordnete Aufgabe universitären Handelns die vollständige Erfassung, Auslese und politische Formung der Studenten neben die wissenschaftliche Ausbildung und, im Falle der Universitätstheologen, deren Vorbereitung für den

---

<sup>1592</sup> Alwast: Fakultät, S. 105.

<sup>1593</sup> Zu den direkten Kriegsfolgen trat ab Mai 1941 die rigide Begrenzung der kirchlichen Presse, die zu einer massiven Beschränkung der kirchlichen Verlautbarungsmöglichkeiten führte. Diese staatliche Maßnahme betraf auch zahlreiche theologische Fachzeitschriften, die nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erscheinen konnten.

Pfarrberuf stellte. Der Zugriff auf die theologischen Wohnheime, die Fakultätseinrichtungen sowie die *Theologische Fachschaft* ermöglichte in den ersten Jahren der NS-Diktatur eine zufriedenstellende Einbindung in die nunmehrige nationalsozialistische Erziehungsgemeinschaft, die in dem zuerst anhaltend hohen studentischen Organisationsgrad in den NS-Organisationen ihre Entsprechung fand. Zum Universitätsjubiläum 1937 hob Hempel die überragende Bedeutung der Fakultät für die Ausbildung der zukünftigen Pfarrergeneration hervor. Bald sei jeder landeskirchliche Pfarrer eine Zeitlang in Göttingen gewesen und habe die neuen Formen von Kameradschaft und Fachschaftsarbeit kennengelernt, „in denen sich Student und Professor kameradschaftlich im Geben und Nehmen berühren“.<sup>1594</sup> Tatsächlich nahmen die Einfluss- und Erziehungsmöglichkeiten der Fakultät auf ‚ihre‘ Studenten ab Mitte der 1930er Jahre entscheidend und auf Dauer ab. Die Gegensätze des ‚Kirchenkampfes‘ führten zu einer Spaltung der Theologiestudentenschaft, zu einer mehrheitlichen Abwendung von der als deutschchristlich identifizierten Fakultätsführung und schließlich zu einer mit Bekenntnisgründen begründeten Sonder- und Eigenorganisation. Dieser Riss, der die vielbeschworene Fakultätsgemeinschaft massiv infrage stellte, ließ sich nicht mehr kitten. Vielmehr trug die gegen den Fakultätswillen betriebene Politik der Ausgrenzung und Zurücksetzung, die selbst von nationalsozialistischen Theologiestudenten als eine grundsätzliche Absage an das Christentum interpretiert wurde, zu seiner Vertiefung bei. Auch deswegen sah sich Hirsch in seinen Befürchtungen bestätigt. Die bekenntnisgebundene Mehrheit der Theologiestudenten ging der Fakultät an die Kirche ‚verloren‘.<sup>1595</sup> Nach dem Verbot der DCSV und der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* sammelte sich der Großteil der Studenten der Theologie und der bewusst evangelischen Studentinnen und Studenten gänzlich außerhalb der Universität: in der studentischen Gemeinde, die zum zentralen Bezugspunkt des evangelischen Lebens wurde und neue Formen der sozialen Interaktion und Kommunikation ermöglichte.

Drittens forderte der totale Charakter des NS-Staates eine permanente Selbstprüfung der Fakultät. Grundsätzlich blieb die politische Loyalität zum NS-Staat von allen Professoren und Dozenten unangetastet, wobei sich der Grad der Zustimmung zu dessen Politik zwischen den Polen einer zuarbeitender Bejahung und stiller Distanz bewegte. Weitaus tiefere Gräben rissen die theologischen und kirchenpolitischen Fragen des ‚Kirchenkampfes‘ auf. Die zeitgenössische, von der historischen Forschung berechtigterweise aufgegriffene Fokussierung auf ihren ersten Dekan rückte die ebenso vorhandene Heterogenität in den Hintergrund. Nicht die deutschchristliche Zuspitzung, sondern ein auf dem Dreiklang von Wissenschaftlichkeit, politischer Zuverlässigkeit und kirchenpolitischer Enthalt-

---

<sup>1594</sup> Hempel: Zweihundert Jahre Göttinger Theologische Fakultät, 17.7.1937, ohne weitere Angaben. LKAH, Pressesammlung Theologische Fakultät.

<sup>1595</sup> Vgl. beispielhaft Hirsch an Gaudozentenbundführer Schürmann am 8.6.1937. BArch, NS 58, Nr. 5891.

keit aufbauendes Nebeneinander und pragmatische Arbeitsgemeinschaft bestimmten das Fakultätsleben. Zu unterschiedlichen Anlässen wurden deren Grenzen neu vermessen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Angebot landeskirchlicher Ersatzveranstaltungen, angeblicher und tatsächlicher kirchenpolitischer Betätigung Einzelner und, aufgrund seiner Potentialität wohl am drastischsten, im Zusammenhang mit dem staatspolizeilichen Verbot der Dörries-Schrift *Germanische Nationalkirchen*. Überschritten wurden sie nicht. Im Gegensatz zu anderen Theologischen Fakultäten waren in Göttingen weder Professoren und Dozenten noch die Studenten der Theologie ‚ernsthaften‘ repressiven Maßnahmen ausgesetzt.<sup>1596</sup> Preis dafür war ein weitgehender Verzicht auf nach außen gerichtete kirchenpolitische Zuspitzungen und Selbstbeschränkungen der Öffentlichkeitswirksamkeit.<sup>1597</sup>

Neben der Einführung des ‚Führerprinzips‘, das eine offene Debatte aushebelte und abweichende Meinungen intra muros bannte, war der formale Zusammenhalt der Fakultät zu einem Gutteil auch der Sicherung der eigenen beruflichen Stellung geschuldet. Pragmatisch, funktional und beziehungslos, wie sich die Zusammenarbeit ausweislich verschiedener Hinweise entlang der kirchenpolitischen Entscheidungen gestaltete, scheint dieser Spagat aufs grobe Ganze gesehen und trotz der offen zutage liegenden unüberbrückbaren Differenzen in größtmöglicher Distanz gelungen zu sein. Verschiedene fakultätsinterne Konflikte führten zwar zu persönlichen Verwerfungen und Kontaktabbrüchen, wurden aber nicht zu Ende eskaliert und meist ohne inhaltliche Klärung ‚befriedet‘. Selbst bezüglich des für BK-Theologen an sich untragbaren Walter Birnbaum wurde die Fraktionsdisziplin weitestgehend eingehalten und letztendlich zähneknirschend ein *modus vivendi* gefunden.<sup>1598</sup> Der äußere Schein wurde auch im Großkonflikt mit der Landeskirche, der für die Fakultät eine erhebliche und nachteilige Belastung mit sich brachte, gewahrt. Stillschweigend trugen die Professoren der Theologie eine verordnete

---

<sup>1596</sup> Das verhinderte Ordinariat Hans von Campenhausens, die im Raum stehenden disziplinarischen Maßnahmen gegen Dörries oder das Verbot von DCSV/DCSB und studentischer *Bekennnisgemeinschaft* sollen mit diesem Befund nicht bagatellisiert werden. In Göttingen gab es aber keine schwerwiegenden Eingriffe wie z.B. Relegationen, Vortrags- und Publikationsverbote, Dienstentlassungen, Verhaftungen oder gar die Einweisung in ein Konzentrationslager.

<sup>1597</sup> Die hypothetische Frage, ob einzelne Fakultätsangehörige – hier ist vor allem an Dörries zu denken – sich unter ‚günstigeren‘ Bedingungen deutlicher positioniert hätten, muss anhand der ausgewerteten Unterlagen offen bleiben. Quasi selbstverständlich richteten sich die genannten Grenzziehungen ausschließlich gegen Mitglieder/Anhänger der *Bekennenden Kirche*. Beschränkende staatliche Eingriffe gegenüber den deutschchristlichen Professoren sind nicht bekannt.

<sup>1598</sup> Intern wurden die massiven Vorbehalte gegenüber Birnbaum durchaus kommuniziert, wohl aufgrund fehlender Erfolgsaussicht aber kein finaler Vorstoß unternommen, Birnbaum gegen den Willen des REM aus der Fakultät zu drängen. Der Umgang der Fakultätsmehrheit erschöpfte sich in seiner formalen Akzeptanz. Inhaltliche Vorbehalte galten ab spätestens 1936 auch gegenüber Hirsch, dessen grundsätzliche Befähigung für das Hochschulamt allerdings zu keiner Zeit zur Debatte stand. Kraft seines Amtes und der Deckung durch das REM und den NSDDB galt er per se als unantastbar.

gemeinsame Haltung mit, obwohl die inhaltliche Stoßrichtung längst nicht von allen Fakultätsmitgliedern geteilt wurde.<sup>1599</sup>

In anderen Verlaufsformen und mit anderen Ergebnissen – bis hin zu einem vollständigen personellen Umbruch – fanden die skizzierten Grundkonflikte auch an anderen Theologischen Fakultäten des Deutschen Reiches ihren Niederschlag. Reichsweit einmalig war die Konstellation einer straff deutschchristlich geführten Fakultät als einzige wissenschaftliche Ausbildungsstätte des Pfarrernachwuchses auf dem Gebiet einer Landeskirche, in der die lutherische *Bekennende Kirche* mit Landesbischof Marahrens an der Spitze die Usurpationsversuche der *Deutschen Christen* zurückweisen konnte und bis Kriegsende die Kirchenleitung stellte. Dieser besondere Umstand gab der Entwicklung der Göttinger Fakultät ihr eigenes Gepräge. Nachhaltig befeuert von Emanuel Hirsch, der als völkisch-politischer Theologe die organisatorische Eigenständigkeit der verfassten Kirche grundsätzlich und im konkreten Fall bestritt, gab dieser Hintergrund der mehr als dreijährigen Auseinandersetzung von Landeskirche und Fakultät einen prinzipiellen Charakter. Über Bande wurde die (rechtliche) Stellung der Kirche im NS-Staat stets mitverhandelt. Wie gezeigt, ließ sich nicht zuletzt aufgrund dieser Überhöhung der Konflikt jenseits der gefundenen gesichts- und besitzstandswahrenden Kompromisslösungen nicht fruchtbar nutzen. Die Fakultät blieb in dem eingangs skizzierten ‚Schwebezustand‘ verhaftet, ihrer Gestaltungsmöglichkeiten beraubt und in andauernder Abhängigkeit von zeitbedingten äußeren Umständen.

---

<sup>1599</sup> Wie erwähnt, überlappten sich insbesondere bezüglich der landeskirchlichen Ersatzveranstaltungen im ‚Prüfungsstreit‘ unterschiedliche Aspekte. Die wissenschaftliche Ausbildung an einer Universität als Voraussetzung für die Prüfungszulassung (und damit für den Pfarrberuf) und die Fakultätsbeteiligung an beiden Examina wurde von keinem Göttinger Theologieprofessor infrage gestellt.





## **Kapitel 3: Die Nachkriegszeit**



*Unsere Fakultät wird sich sehr verändern. [...]. Ich bin sehr neugierig, wie die Studenten sein werden. [...]. Der Zudrang zum theologischen Studium ist groß. Was die Leute dazu treibt, übersehe ich noch nicht. Sicher ist viel ernsthaftes Wollen dabei.*

Gogarten an Georg Schniewind am 11. September 1945

*In Göttingen habe ich keinen Raum und lebe wie ein Hund.*

Hans Joachim Iwand an Ernst Burdach, Ende 1945

*[...] nach einer kurzen Begrüßung hat Hirsch, ca. zwei Stunden, ohne Punkt und Komma, die Deutschen Christen verteidigt und den Nationalsozialismus verteidigt.*

Hans-Heinrich Harms am 16. März 1950  
über einen Besuch bei Emanuel Hirsch

*Gerade um deswillen aber erscheint es mir geraten zu sein, Prof. Iwand keine Gelegenheit zu geben, hier wieder einmal an Dinge zu rühren, die nun unter Christenmenschen, die etwas von Buße und Umkehr wissen, abgetan sein sollten.*

Hans-Heinrich Harms an den Kirchenausschuss  
der Bremischen Landeskirche am 31. Juli 1951

*Wir dürfen nichts beschönigen, was wir hier an gebotenen Widerstand versäumt haben. Aber gegenüber mancher Kritik darf doch gesagt werden, daß hier der Rückzug auf die eigentliche Aufgabe, die sachliche Arbeit, auch eine gebotene und wirkungsvolle Art zu widerstehen war.*

Rudolf Smend anlässlich der 1000-Jahrfeier  
der Stadt Göttingen, Juli 1953

*Aus dem Dritten Reich ist nichts Spektakuläres zu berichten, weder größere Widerstandshandlungen noch eine nationalsozialistische Überfremdung, die die Arbeit der Fakultät sinnlos gemacht hätte.*

Rudolf Smend, 1987



## Nach dem Zusammenbruch: die Theologische Fakultät in den Jahren 1945 bis 1950

Am 8. April 1945 rückte die 69. US-Infanterie-Division in das weitgehend unzerstörte Göttingen ein: Krieg und NS-Herrschaft waren beendet.<sup>1600</sup> Die amerikanische Präsenz war nur von kurzer Dauer. Gemäß den alliierten Grenzfestlegungen wurde die Stadt zum 1. Juni 1945 der britischen Besatzungszone zugeschlagen. Diese Entscheidung fand mit der endgültigen Festlegung der Zonengrenzen auf der Potsdamer Konferenz ihre Bestätigung und veränderte die Situation Göttingens grundlegend. Die Leinestadt verlor ihre Mittellage und rückte an die Zonengrenze: Im Süden lag die amerikanische Besatzungszone, im Osten die sowjetische.

---

<sup>1600</sup> Vgl. Aufgebauer: April 1945; Hubatsch: Göttingen; Fesefeldt: Wiederbeginn; Stadt Göttingen (Hg.): Göttingen 1945; Thadden: Stadt; Trittel: Entwicklung; Böhme: Restauration; Geyken: Geschichte, S. 124–151.

## Die Wiedereröffnung der Universität

Mit Genehmigung der britischen Militärregierung nahm die Georg-August-Universität am 17. September 1945 – am 208. Jahrestag ihrer Gründung – als erste deutsche Universität überhaupt erneut den Lehrbetrieb auf.<sup>1601</sup> Entsprechende Vorbereitungen hatten unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Armee eingesetzt. Eigeninitiativ beauftragte der Senat am 12. April den Juristen Rudolf Smend kommissarisch mit der Übernahme der Rektoratsgeschäfte, die amtierenden Dekane stellten ihre Ämter zur Verfügung. Nur eine Woche später traf sich erstmals ein neugebildeter Arbeitssenat, dem neben dem Rektor, dem Prorektor und den sechs neuen Dekanen als Vertreter für die studentischen Belange auch Otto Weber angehörte. Smend wurde in seinem Amt bestätigt und am 27. Juli 1945 zum ersten Nachkriegsrektor gewählt.<sup>1602</sup> Für den evangelischen Verantwortungsethiker sprach seine Haltung während der NS-Zeit, als Staatsrechtler galt er zudem als besonders geeignet, in der schwierigen Nachkriegszeit die korporativen Rechte der Universität zu wahren. Formal verlor die Universität nur das SoSe 1945.

Die Wiedereröffnung erfolgte unter den Bedingungen der Zusammenbruchgesellschaft. In der überfüllten Stadt – seit 1939 war die Bevölkerung von rund 50.000 auf über 70.000 angestiegen – herrschte ein eklatanter Mangel an Wohnraum, Heizmaterial und Gegenständen des alltäglichen Bedarfs. Die Ernährungskrise der Jahre 1946/47 verschärfte die ohnehin prekäre Situation. Schwierig gestaltete sich auch die Raumfrage. Obwohl Göttingen den Krieg relativ unbeschadet überstanden hatte, waren einige universitäre Gebäude zerstört oder beschädigt, als zusätzliche Belastung erwiesen sich die Beschlagnahmungen durch die Besatzungsbehörden.<sup>1603</sup> Ebenso fehlte es an Studienmitteln. Die ausgelagerten Bestände der Universitätsbibliothek wiesen starke Verluste auf, die wissenschaftlichen Apparate mussten erst mühsam wieder aufgebaut werden. Schließlich wirkten sich auch die ungesicherte Finanzlage, die ungeklärten Verwaltungszuständigkeiten einschließlich der aufwändigen Doppelkommunikation mit deutschen und britischen Stellen und die sich erst allmählich herauschälenden politischen Grundentscheidungen hemmend aus. Das aus der Konkursmasse Preußens hervorgegangene Land Niedersachsen entstand erst am 8. November 1946.<sup>1604</sup> Die

<sup>1601</sup> Bereits ab Sommer gab es eine ‚halblegale Vorwegnahme‘ der Wiedereröffnung der Universität in einzelnen Bereichen. Vgl. Fesefeldt: *Wiederbeginn*, S. 139–165, hier S. 149. Vgl. Dahms: *Universität*, S. 426–444; Schneider/Dunke: *Universität*; Brinkmann: *Vorlesungsverzeichnis*; Heimpel/Kamp/Kertz: *Neubeginn*; Kröning/Müller: *Nachkriegssemester*, S. 81–115, S. 149–154; Boockmann: *Göttingen*, S. 62–70; Weisbrod: *Vorsprung*.

<sup>1602</sup> Fesefeldt: *Wiederbeginn*, S. 140.

<sup>1603</sup> Im WS 1945/46, das eigentlich Mitte Februar endete, wurden noch bis März Vorlesungen gehalten, um einer Beschlagnahmung von Zimmern vorzubeugen. Bericht zum WS 1945/46, in: Freudenberg (Hg.): *Chronik*, S. 78.

<sup>1604</sup> Grundlage war die Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung. Kleine territoriale Änderungen bleiben hiervon unberührt. Vgl. Brosius: *Landes- und Demokratiegründung*; Kaemling: *Atlas*, S. 98–99.

Schwerpunkte lagen demnach auf der Wiederaufnahme des Vorlesungs- und Forschungsbetriebs, der Wiederherstellung universitärer Strukturen und einer funktionsorientierten Universitätsverwaltung sowie auf der Verbesserung der sozialen Lage der Professoren wie der Studierenden. Über manche akademische Karriere, so Wolfgang Trillhaas, der seine Zusage in Göttingen selbst von der Bereitstellung einer adäquaten Wohnung abhängig gemacht hatte, sei von den städtischen Wohnungsämtern entschieden worden.<sup>1605</sup> Eine einigermaßen zufriedenstellende ‚Normalisierung‘ der Verhältnisse stellte sich erst in den 1950er Jahren vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Stabilisierung der politischen Verhältnisse infolge der Zwei-Staatenlösung ein.

## Die Entnazifizierung der Göttinger Universität

Die Entnazifizierung der Göttinger Universität lässt sich in drei Phasen unterteilen.<sup>1606</sup> 1945 mussten sich Dozenten und Studenten einem ‚provisorischen Eilverfahren‘ unterziehen, das in alleiniger Verantwortung der britischen Militärregierung durchgeführt wurde. Im Unbedenklichkeitsfall wurden die Betroffenen im Amt belassen bzw. zum Studium zugelassen, im Falle einer festgestellten politischen Belastung von der Hochschule entfernt. In dieser ersten Phase kam es zu zahlreichen Entlassungen. Zum 5. Mai 1947 waren von den 102 verbeamteten und außerordentlichen Professoren vom Mai 1945 noch 14 im Verfahren, 16 waren entlassen und 13 nach erfolgreichem Einspruch wiedereingestellt worden.<sup>1607</sup>

Die Orientierung an dem am 5. März 1946 für die Länder der amerikanischen Besatzungszone erlassenen *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* durch die britische Besatzungsmacht leitete ein neues Kapitel ein. Kernpunkte des Gesetzes waren ein geregeltes Verfahren, die Festlegung von fünf Entnazifi-

<sup>1605</sup> Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 211. Zur katastrophalen Situation in Göttingen vgl. Seim: *Iwand*, S. 313. Vgl. die erschütternde Einschätzung des Dekans gegenüber dem britischen Kontrolloffizier Bird über den körperlichen Zustand von Studenten und Professoren vom 3.8.1946. UAG, Theol. SA, Nr. 169.

<sup>1606</sup> Vgl. zum Folgenden Dahms: *Einleitung*, S. 60–62, Weisbrod: *Moratorium*. Vgl. Schneider: *Entnazifizierung*; Niethammer: *Mitläuferfabrik*; Vollnhals: *Entnazifizierung* (1991).

<sup>1607</sup> Aufstellung des Kurators vom 8.5.1948. Dahms: *Einleitung*, S. 61. Vgl. die tabellarische Übersichten in: Schneider: *Entnazifizierung*, S. 338–341. Zu den Entlassenen zählten u.a. die ehemaligen ‚Führer‘ der Hochschule Friedrich Neumann und Hans Drexler, Gaudozentenführer Artur Schürmann und die Göttinger Dozentenführer Eugen Mattiat und Werner Blume, der Historiker Erich Botzenhart, der Volkswirtschaftler Klaus-Wilhelm Rath und Walter Birnbaum. Dahms: *Universität*, S. 472. Bereits zuvor, im Februar 1947, hatte die *Göttinger Universitätszeitung* ohne Angabe von Gründen eine Namensliste mit 53 Professoren und Dozenten veröffentlicht, die seit dem Kriegsende nicht mehr lehrten. Namensliste in: GUZ 6 vom 21.2.1947, S. 15. Aufgeführt waren von der Theologischen Fakultät: Birnbaum, Gerhardt und Hirsch. In derselben Ausgabe waren auch diejenigen namentlich aufgeführt, die während der NS-Zeit entlassen worden waren. Nach einer Umfrage der Zeitschrift *Christ und Welt* blieben in den Jahren 1933 bis 1950 nur 14,2 Prozent aller Dozenten an deutschen Hochschulen ununterbrochen im Amt. Jarausch: *Studenten*, S. 214.

zierungskategorien sowie die Übertragung der Zuständigkeit und Verantwortung auf deutsche Stellen.<sup>1608</sup> Vor allem die Aufweichung der in der *Alliierten Kontrollratsdirektive Nr. 24* vom 12. Januar 1946 festgelegten Formalkriterien bot die Rechtsgrundlage für individuelle und überprüfbare Prüfungsverfahren mit einem erhöhten Ermessensspielraum. Die in §2 fixierten Regelungen eröffneten auch bereits Entlassenen die Möglichkeit, beruflich und gesellschaftlich erneut Fuß zu fassen.<sup>1609</sup> Auf dieser Grundlage richtete die Göttinger Universität drei Entnazifizierungsausschüsse ein, in die gemäß den Erwartungen der britischen Besatzungsbehörden auch ehemalige Verfolgte und Gegner des NS-Staates einbezogen wurden.<sup>1610</sup> Die paritätische Besetzung des für den Lehrkörper zuständigen Entnazifizierungsausschusses unter dem Vorsitz des Juristen Ludwig Raiser mit Hochschulangehörigen einerseits, Vertretern des öffentlichen Lebens (Parteien, Gewerkschaften und Kirchen) andererseits, drückte freilich ein Misstrauen der Besatzungsbehörden gegenüber den Selbstreinigungskräften an der Universität aus.<sup>1611</sup> Im Ergebnis bedeutete die universitäre Selbstentnazifizierung der Jahre 1947 bis 1949 eine weitgehende Revision der „ersten schockhaften Erfahrung der politischen Säuberung“.<sup>1612</sup>

Die dritte, zeitlich verzögerte Phase, setzte mit dem *Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung im Land Niedersachsen* vom 18. Dezember 1951 ein.<sup>1613</sup> Die verfahrenslose Überführung der in Kategorie III (Minderbelastete) und IV (Mitläufer) Eingestuft in Kategorie V (Entlastete) eröffnete den Betroffenen nun die Möglichkeit auf Fortzahlung von Gehalts- bzw. Pensionszahlungen oder sogar die der Wiedereinstellung.

In der Bilanz fiel die Entnazifizierung an der Göttinger Universität ernüchternd aus.<sup>1614</sup> Sie hatte nur „die unzweifelhaften Vertreter nationalsozialistischer Ideologie und die Propagandisten nationalsozialistischer Politik bis auf wenige Ausnahmen ausgeschaltet“.<sup>1615</sup> Gleichwohl entsprach der finale Abschluss der Entnazifizierung ihrer weitverbreiteten Ablehnung. Über die Parteigrenzen hinweg gab es in dieser Frage einen gesellschaftlichen Konsens.<sup>1616</sup> In der konkreten Aushandlung sind zugleich universitätsinterne Motive anzuführen. Nationalsozia-

<sup>1608</sup> Die Kategorien waren: I: Hauptschuldige; II: Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer), III: Minderbelastete, IV: Mitläufer und V: Entlastete.

<sup>1609</sup> Vgl. Vollnhals: Entnazifizierung, S. 259 ff.

<sup>1610</sup> Die Entnazifizierungsausschüsse waren zuständig für 1) das nichtwissenschaftliche Klinikpersonal, 2) die Verwaltung, 3) den Lehrkörper. Dahms: Einleitung, S. 61.

<sup>1611</sup> Vgl. Ludwig Raiser: Entnazifizierung. Politische Säuberung oder Bestrafung, in: GUZ 3 vom 10.1.1947, S. 6–8.

<sup>1612</sup> Weisbrod: Moratorium, S. 269.

<sup>1613</sup> GVOBl. 1951, S. 233 ff.

<sup>1614</sup> Dahms: Einleitung, S. 62.

<sup>1615</sup> Pingel: Wissenschaft, S. 193.

<sup>1616</sup> Wortgewaltige und einflussreiche Kritiker der Entnazifizierung waren auch die beiden Großkirchen. Vgl. Vollnhals: Entnazifizierung (1989); ders.: Kirche; Schildt: Schuld; Besier: „Selbstreinigung“; Wunderlich: Entnazifizierung; Greschat: Christenheit, S. 203–212, S. 230–237 und S. 256–262.



listisches Engagement und die Einbindung in den NS-Staat spielten oftmals weniger eine Rolle als persönliche und kollegiale Gründe, die Einbindung in Netzwerke und das wissenschaftliche Standing. Bei Entscheidungen, die über den beruflichen Werdegang, letztendlich die Existenz entschieden, rückte die Frage der individuellen Verantwortung nicht selten in den Hintergrund und wich einer insgesamt wohlwollenden Praxis. Diese Bereitschaft zur Entlastung findet sich, so Anikó Szabó, nicht nur bei denjenigen, die vom NS-Staat profitiert hatten und demnach immer auch in eigener Sache handelten, sondern auch denen, die im NS-Staat Nachteile erlitten hatten oder sogar verfolgt worden waren.<sup>1617</sup> Letztendlich begründete die Verpflichtung gegenüber den vertriebenen bzw. den von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffenen Kollegen eine personelle Kontinuität, die einen tatsächlichen ‚Neubeginn‘ behinderte, zumindest verzögerte.<sup>1618</sup>

## Verunsichert in die Übergangsgesellschaft: die Studentenschaft

Die Bedingungen der Nachkriegsgesellschaft bestimmten auch die Lage der Göttinger Studentenschaft: Hunger, unzureichender Wohnraum und fehlendes Heizmaterial prägten ihren Alltag. Ende 1947 stellte das Studentenpfarramt fest, dass die Besetzung der Lehrstühle infolge der Übernahme von vielen Wissenschaftlern aus den Ostgebieten ausgezeichnet sei, beklagte aber überbelegte Hörsäle sowie fehlende Bücher und anderes Studienmaterial: Freitische, Stipendien und zusätzliche Arbeit würden die größte Not mildern.<sup>1619</sup>

Trotz der ungewissen Ausgangsbedingungen erlebte die Göttinger Universität im Herbst 1945 einen markanten Zustrom. Zum WS 1945/46 waren 4.269 Studentinnen und Studenten immatrikuliert, der Frauenanteil machte mehr als ein Fünftel aus. Das Gros stellten die Juristen (1.257) und die Mediziner (1.215), es folgten die Philologen (897), Naturwissenschaftler (801) und Theologen (126). Die Erstsemester machten einen Anteil von 36,5 Prozent aus. Entsprechend lag der Altersdurchschnitt bei über 25 Jahren: Nur 15 Prozent waren jünger als 22, ebenso viele hatten die 28 überschritten. Geografisch stammten über zwei Drittel aus

<sup>1617</sup> Diese Haltung entsprach dem ‚gebrochenen‘ Verhältnis gegenüber ehemaligen, im Zuge des Umbruchs 1933 entlassenen Hochschullehrern. Eine Rückkehr erfolgte in den wenigsten Fällen. Die Lücken durch die Entnazifizierung füllten in Göttingen die Vertriebenen, mit denen man sich in „Schicksalsgemeinschaft“ verbunden fühlte. Vgl. Szabó, S. 497–522, hier S. 498. Bereits vor Kriegsende war Göttingen Sammelpunkt für frühere Dozenten der Universitäten Königsberg und Rostock, aber auch der ‚Reichsuniversitäten‘ Posen, Prag und Straßburg. Vgl. Dahms: Universität, S. 426.

<sup>1618</sup> In dem Film *Der Ruf* zeichnet Josef von Báký 1949 ein Stimmungsbild der Göttinger Nachkriegsuniversität. Nach 15jähriger Emigration kehrt ein Professor namens Mauthner nach Deutschland zurück, wo er im Kollegenkreis, aber auch in der Studentenschaft zahlreichen Anfeindungen und fortwährenden Vorurteilen ausgesetzt ist. Er stirbt an einem Herzinfarkt. Vgl. Thieler: Personalpolitik, S. 56–60.

<sup>1619</sup> Hans Heinrich Vogel: Schnellbericht vom 7.11.1947. LKAH, NL 78, Nr. 49.

der britischen Besatzungszone, 17,6 Prozent aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. aus den Ostgebieten. Von den männlichen Studenten hatten nur 1,5 Prozent keinen Wehrdienst geleistet; über ein Viertel hatte dem Reserve-Offizierkorps angehört, fast 5 Prozent waren aktive und kommandierende Offiziere gewesen.<sup>1620</sup> In den Folgesemestern nahm die Zahl der Studentinnen und Studenten kontinuierlich zu. Zum WS 1947/48 studierten in Göttingen insgesamt 5.361 Männer (4.347) und Frauen (1.014).<sup>1621</sup> Damit war der bisherige Höchststand vom SoSe 1929 übertroffen. Die Zahlen legen die faktische Auflösung des bisher bekannten studentischen Milieus nahe, sofern nach den Verwerfungen des Zweiten Weltkriegs davon überhaupt noch die Rede sein kann. Die nationalsozialistischen Studentenorganisationen waren verboten und aufgelöst, das Verbindungswesen rekonstituierte sich erst allmählich und erreichte zu keiner Zeit mehr jene Stellung, die es noch in der Weimarer Republik eingenommen hatte. Die Wiederbegründung der Korporationen verzögerte sich nicht allein wegen des Vetos der britischen Militärregierung, vielmehr stießen sie auch bei der Rektorenkonferenz und in der studentischen Selbstverwaltung auf politische und kulturelle Vorbehalte, Skepsis und Ablehnung.<sup>1622</sup> Um einem Verbot zu entgehen, löste sich der *Intercorporative Convent* (ICC), im Juli 1945 von 12 früheren NSDStB-Kameradschaften gegründet, bereits im Oktober wieder auf. Nach Hans Christhard Mahrenholz wurde an keiner anderen Universität eine so „intensive Jagd“ auf die verbotenen „Korporationen alten Stils“ gemacht wie in Göttingen.<sup>1623</sup>

Kennzeichen der ersten Semester war eine tiefe Verunsicherung. Die übergroße Mehrheit der Studierenden war im nationalsozialistischen Deutschland sozialisiert worden und hatte verschiedene NS-Organisationen durchlaufen, nicht wenige davon vertraten anhaltend nationalsozialistisches Gedankengut. Auch das soldatische Ethos war noch immer weit verbreitet.<sup>1624</sup> Die meisten Studenten waren aktive Kriegsteilnehmer gewesen, darunter fast ein Drittel im Offiziersrang. Für

<sup>1620</sup> Walther Wienert: Göttinger Studenten im Zahlenbild. Kurze Statistik des Wintersemesters 1945/46, in: GUZ 3 vom 10.1.1946, S. 8–10. Vgl. Maercker: Zahlen, S. 154; Kertz: Student, S. 40–41. Allerdings hatten sich für das WS 1945/46 um die 12.000 Studenten beworben, so dass die Zulassungsquote bei nur knapp über einem Drittel lag. Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 129–141, hier S. 132. Im SoSe 1946 studierten in Göttingen 197 Offiziere und 996 Reserveoffiziere. Wolbring: Trümmerfeld, S. 61.

<sup>1621</sup> Anzeichen beginnender Gleichmäßigkeit. Göttinger Studentenschaft im Spiegel der Zahlen, in: GUZ 12 vom 23.5.1947, S. 6.

<sup>1622</sup> Die studentische Ablehnung der Korporationen richtete sich auch gegen die Restauration bürgerlicher Lebensformen an sich. Vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 205–250.

<sup>1623</sup> Vgl. Mahrenholz: Beginn, S. 209; Jarasch: Studenten, S. 219ff. Die Grundsätze sind abgedruckt in: Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 261. Federführend waren die Altherrenverbände, die auch ihre politischen Fäden spannten. In den 1950er Jahren waren erneut 28,9 Prozent aller männlichen Studenten korporiert. Jarasch: Studenten, S. 220. Am 25.7.1951 kam es bei acht Göttinger Verbindungen im Zusammenhang mit dem Verbot von Mensuren zu Hausdurchsuchungen. Rektor, Senat und AStA protestierten gegen den Polizeieinsatz, da diese die Verhandlungen zur „Bereinigung der Korporationsfrage“ gefährden würde. Kraushaar; Protest-Chronik, Bd. 1, S. 461.

<sup>1624</sup> Vgl. Weisbrod: Vorsprung, S. 24–28; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 225.

sie war der Krieg eine prägende Erfahrung. Die ‚totale‘ Niederlage und den finalen Zusammenbruch des Deutschen Reichs erlebten viele mitnichten als Befreiung. Angesichts der Auflösung der ‚alten‘ Ordnung und angesichts der Herausforderungen einer in existentiellen Belangen unsicheren Zukunft entwickelten sie unterschiedliche Bewältigungsstrategien. Viele wollten nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren schlicht nach vorne blicken und das Vergangene hinter sich lassen. „Die Freude aller“, erinnerte sich Eduard Lohse – später Professor für Neues Testament, Rektor der Göttinger Universität und Ratsvorsitzender der EKD –, „die nach der bitteren Kriegszeit ihr Studium beginnen oder nach oft langjähriger Unterbrechung wieder aufnehmen konnten, war groß und beflügelte das Tagewerk [...], Studieren zu dürfen, wurde als ein beglückendes Geschenk nach dem Dunkel der Kriegsjahre empfunden“.<sup>1625</sup> Dennoch handelte es sich um eine Suchbewegung unter prekären Verhältnissen. Viele waren physisch wie psychisch belastet und von den Kriegsereignissen, Tod und Verzweiflung im engsten Umfeld und, kamen sie aus dem Osten, von den Erfahrungen der Vertreibung traumatisiert. Ein Jahr nach der Wiedereröffnung der Universität konstatierte Studentenfarrer Wischmann ein großes Interesse an religiösen und philosophischen Fragen. In vielen Vorträgen ginge es um die Grundlagen des Lebens, der Moral und der Politik. Die Jugend, so Wischmann, versuche Anker in den allgemeinen politischen Treibsand zu werfen.<sup>1626</sup> Gerade in den ersten Semestern gab es einen wahren ‚Hunger‘ nach Literatur, Theater, Kino und Musik, nach Kultur und Bildung allgemein, es gab eine Sehnsucht nach Leben und Geselligkeit, nach Vergessen und Aufbruch. Der „Urknall“ für diese Entwicklung war eine Rede des Anglisten Herbert Schöffler auf der ersten Göttinger Studentenversammlung am 28. Oktober 1945, in dessen Folge sich zahlreiche kleine Clubs, Kreise und andere Zusammenkünfte bildeten: „Sie boten geistige Nahrung, Denkanstöße, Lichtblicke und Hoffnung“.<sup>1627</sup> Nicht zuletzt wirkten sie verbindend und führte zu einem Zusammenrücken der Studentenschaft, selbst zwischen den christlichen und sozialistischen Gruppen. Es gab, so Rektor Rein, der zum Jahresende 1946 ein insgesamt positives Stimmungsbild zeichnete, kaum Stagnation oder ein „Wiederaufleben des Ja-Nein-Standpunktes festgefahrener Grundsatzmenschen, der uns Deut-

---

<sup>1625</sup> Lohse: Theologiestudent, hier S. 388. Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 171–194; Hans Heinrich Vogel: Schnellbericht vom 7.11.1947. LKAH, NL 78, Nr. 49.

<sup>1626</sup> Wischmann, in: Studentenstadt Göttingen. Eine Universität nach dem Krieg, in: Der Tagesspiegel vom 6.9.1946. LKAH, NL 78, Nr. 41.

<sup>1627</sup> Zitiert in: Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 74. Abgedruckt in ebenda: S. 342–348. Zielsetzung der Schöffler-Rede war auch die Verhinderung einer Rückkehr der alten korporativen Strukturen. Prozentual verteilte sich das studentische Interesse auf allgemein kulturelle Gruppen (42,1), international Interessierte (9,7), politisch Interessierte (9,2), gesellige Gruppen, hierzu zählten Liebhabereien, Tanz, Landsleute und Wandern (30,3) und Fachgemeinschaften (8,7). Jaraus: Studenten, S. 218. Vgl. N.N.: Tres faciunt collegium. Von der Vereinsfreudigkeit des Studenten, in: GUZ 4 vom 25.1.1946. Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 195–207; S. 255–271. Zur allgemeinen Rolle der Bildung vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 251–348.

schen so verderblich geworden ist“.<sup>1628</sup> Auf Dauer waren viele dieser Einrichtungen nicht beständig, in der unmittelbaren Nachkriegszeit spielten sie dennoch eine kaum zu unterschätzende Rolle.<sup>1629</sup>

Dagegen blieb das studentische Interesse an Politik gering, insbesondere an Parteipolitik.<sup>1630</sup> Negativ wirkte sich die fehlende Bereitschaft zu politischem Engagement auch bezüglich des Aufbaus einer neuen, demokratisch gefassten studentischen Interessenvertretung aus. Ab August 1945 hatte sich zwar ein provisorischer Studentenausschuss konstituiert, der schließlich im Dezember reguläre Wahlen durchführte, vielfach beklagt blieb der AStA aber ohne Rückhalt in der Studentenschaft.<sup>1631</sup> Der Vertreter der *Evangelischen Studentengemeinde* Paul-Werner Schniewind, Sohn des Neutestamentlers Julius Schniewind, kritisierte 1947, dass von den fast fünftausend Studenten nur 27 kandidiert hätten und dass die kleinste Fakultät, die Theologische, die meisten Kandidaten gestellt hätte. Letztendlich stellte die studentische Apathie das „Schmerzskind Asta“ immer wieder vor ein grundsätzliches Legitimationsproblem. Die von den Alliierten erhofften Impulse für eine gesellschaftliche Demokratisierung gingen von der Studentenvertretung erst allmählich und in begrenztem Maße aus.<sup>1632</sup>

<sup>1628</sup> Hermann Rein: Zweiter Jahrgang, in: GUZ 1 vom 6.12.1946, S. 1.

<sup>1629</sup> Vgl. den Bericht von Lothar Graf von Dohna über die seit dem 11.10.1945 stattfindenden Ausspracheabende im Hause von Ehrengard Schramm, die von Axel von dem Bussche mitinitiiert worden waren. Es nahmen bis zu 60 Gäste teil, darunter Richard und Carl Friedrich von Weizsäcker. Als Referent sprach Gogarten über *Die Wahrheit in der Theologie*. Nach Dohna herrschte in der akademischen Welt Göttingens eine regelrechte Aufbruchstimmung. Dohna: Geschichte, S. 58–60.

<sup>1630</sup> In einer Anfang 1948 veröffentlichten *Denkschrift der deutschen Studenten* führten die Vertreter verschiedener Hochschulen dies nicht nur auf den nachwirkenden Einfluss nationalsozialistischer Erziehung, den Folgen des Kollektivschuldvorwurfs, die Enttäuschung über das Versagen der älteren Generation und die materielle Not zurück: „Sie scheint vielmehr Symptom der geistigen Situation unseres Jahrhunderts zu sein. Der Glaube an die alleinige Vorherrschaft des Rationalismus und daran, daß sich die Probleme dieser Welt allein durch Organisation und planmäßige Anwendung unserer technischen Hilfsmittel lösen lassen, beginnt sich zu verlieren.“ Abgedruckt in: GUZ 4 vom 30.1.1948, S. 15–16, hier S. 15. Als erste parteiverbundene Hochschulgruppe erhielt im September 1946 der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) seine Zulassung, es folgten im Dezember 1947 der *Bund demokratischer Studenten* (BDS) und im Juni 1948 die *Liberale Hochschulgruppe* und der *Ring christlich demokratischer Studenten* (RCDS). Vgl. Bernhardt: Gemeinschaften, S. 171.

<sup>1631</sup> Die AStA-Wahlen, in: GUZ 14 vom 19.7.1946, S. 20. Vgl. den Bericht von Delegierten auf dem ersten Studententag der britischen Besatzungszone in Göttingen vom 3.–5.6.1946, in: GUZ 14 vom 19.7.1946, S. 1–13.

<sup>1632</sup> Paul-Werner Schniewind, in: GUZ 13 vom 6.6.1947, S. 12. Vgl. u.a. Theologiestudent Hermann Franck: Mitarbeiten, in: GUZ 24 vom 21.11.1947; S. 12. Der AStA war im Senat mit Sitz und Stimme vertreten. Seine Neuordnung erfolgte 1947. Neue AStA-Satzung, in: GUZ 6 vom 27.2.1948, S. 15. 1948 umfasste er in Göttingen nach Hinzuziehung der Fakultätsvertretungen und der studentischen Gruppen zwischen 50 bis 70 Studenten. Sein vorläufiger Zustand wurde erst 1949 endgültig beendet. Erst 1949 gründeten die lokalen ASten als Nachfolger der DSt den *Verband Deutscher Studentenschaften* und schufen somit die Voraussetzung für eine überregionale studentische Interessenvertretung. Vgl. Brinkmann: Vorlesungsverzeichnis, S. 311–314; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 215–238.

Geprägt durch den Nationalsozialismus und vor den Herausforderungen einer ungewissen, teils angstvoll besetzten Zukunft, in der die großen Entscheidungen anderswo getroffen wurden, verlief die studentische Orientierungssuche in einem offenen, vielschichtigen Aushandlungsprozess, dessen Zwischenschritte teils gegenläufig waren. Eine abwartende, skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber den neuen, ‚fremdbestimmten‘ gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen erschwerte mit der übergreifenden Ablehnung der als „Demontage des deutschen Geistes“ diffamierten Entnazifizierung ein aktives Einlassen auf die Demokratie. Mit der sich immer deutlicher abzeichnenden deutschen Teilung machten sich auch innerhalb der Studentenschaft antikomunistische Vorbehalte bemerkbar. Die Annäherung an die Demokratie und die Akzeptanz der neuen Gegebenheiten entpuppten sich als ein langwieriger und mühsamer Prozess.<sup>1633</sup>

## **Eine „Kernfrage unserer Existenz“: Zur universitären Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus**

Neben der Wiederherstellung der organisatorischen Handlungsfähigkeit und der Verbesserung der sozialen Lage gehörte auch die Auseinandersetzung über die Rolle der Universität im künftigen Deutschland, dessen Konturen zu dieser Zeit provisorisch und von großen Unsicherheiten gezeichnet waren, zu den wichtigen Themen der Zeit. Zwischen den Besatzungsmächten und den Universitäten bestanden in dieser Frage unterschiedliche Vorstellungen.<sup>1634</sup> Vor allem die drei westlichen Alliierten erhofften sich von den Universitäten – wie von den beiden großen Kirchen – einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer deutschen Demokratie. Dazu waren diese jedoch weder willens noch in der Lage. Ein größerer Teil des akademischen Lehrkörpers hatte bereits zur NS-Zeit eine Professur innegehabt, viele ihren Lehrstuhl nach 1933 erhalten.<sup>1635</sup> Die bevorstehende Entnazifizierung sahen viele als eine Bedrohung ihrer akademischen Karriere. Sie lehnten sie als einen äußeren Eingriff ab, den sie in eine Reihe mit zahllosen politischen Anfechtungen, einer unerwünschten Politisierung oder gar der universitären ‚Arisierung‘ der Nationalsozialisten stellten. In einem Anfang 1947 verfassten Papier des *Educational Adviser* der britischen Militärregierung hieß es illusionslos, dass der deutsche Lehrkörper eine abgeschlossene Kaste bilde und kaum Interesse an der Außenwelt habe. Viele Professoren galten als reaktionär und wünschten sich, so

---

<sup>1633</sup> Jarausch: Studenten, S. 214; Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 61–60.

<sup>1634</sup> Vgl. Heinemann: Umerziehung; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 81–115. In Göttingen bestimmten Alltagsprobleme das Miteinander der britischen Kontrolloffiziere mit der Universität, wobei es durchaus grundsätzliche Differenzen gab. Ab 1947 wurden die Universitätsbehörden unabhängig, aus den Kontrolloffizieren wurden Erziehungsoffiziere, die den kulturellen Austausch beförderten. Vgl. Bird: Wiedereröffnung.

<sup>1635</sup> Zum Umgang mit einstigen Kollegen, die in der NS-Zeit ihren Lehrstuhl bzw. ihre Stelle verloren hatten, vgl. Szabó: Vertreibung; Thieler: Personalpolitik, S. 53–60.

die Einschätzung englischer Universitätsoffiziere, vor allem eine Universität zurück, wie sie vor 1933 bzw. sogar wie um 1913 bestanden habe. In diesem Sinne hatte Herbert Schöffler bereits im April 1945 vor dem Senat sämtliche Verantwortung der Universität und ihres Lehrkörpers für die Verwerfungen der NS-Zeit zurückgewiesen und das NS-Regime dafür verantwortlich gemacht, dass die freie Wissenschaft nachhaltig behindert und diffamiert worden sei: „Die Georg-August-Universität erwartet, daß ihr die für freies Arbeiten unerläßlichen Voraussetzungen (Autonomie der Wissenschaften, Ungestörtheit in den Arbeitsbedingungen) gewährt werden.“<sup>1636</sup> Ähnlich argumentierte auch Rektor Rein für ein Festhalten am Bewährten: „Wachen wir darüber, daß es nicht wieder an die Substanz der Universität geht.“<sup>1637</sup> Und auch Otto Weber hielt an dem vermeintlichen Ideal der vor-1933er Universität fest und sprach sich energisch für die strikte Wahrung der universitären Selbstverwaltungsrechte aus.<sup>1638</sup>

Die notwendige Selbstfindung war freilich unentrinnbar an die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen ‚Vergangenheit‘ gekoppelt, die jedoch nicht hochschulöffentlich geführt wurde. Am 25. April 1945, der Krieg war noch nicht beendet, gab es auf einer der ersten Sitzungen des neuen akademischen Senats eine Diskussion über eine gemeinsame EntschlieÙung zur wissenschaftlichen und politischen Lage der deutschen Hochschulen, die aber zu keinem Ergebnis führte.<sup>1639</sup> Gegen den Vorschlag Smends für eine ethisch-politische Stellungnahme zur Zeitlage erhoben sich Gegenstimmen, die vor einem Abgleiten in die ‚Kriegsschuldfrage‘ warnten. Auch bei der Universitätsfeier zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs gab es keine offizielle Standortbestimmung. Eike Wolgast analysierte die Eröffnungsreden der Rektoren anlässlich der Wiedereröffnung der deutschen Universitäten ausführlich. Demnach verzichteten die meisten Redner auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem NS-Staat und dessen Genese, die Ursachenforschung blieb an der Oberfläche.<sup>1640</sup> Der Nationalsozialismus galt als eine fatale Abirrung und eine Abwendung von Humanität, Freiheit, Menschenwürde, Toleranz und sozialer Verantwortung. Das Versagen der Universitäten wurde zwar benannt, in seinem Ausmaß aber minimiert, zugleich wurden äußere Einflüsse überhöht, um die eigene Ohnmacht zu unterstreichen. Bilanzierend konstatiert

<sup>1636</sup> Entwurf Herbert Schöffler, April 1945. Zitiert nach Weisbrod: Moratorium, S. 268.

<sup>1637</sup> Rein: Entnazifizierung und Wissenschaft, in: GUZ 1 vom 11.12.1945, S. 6–9, hier S. 7. In der Einschätzung des britischen Universitätsoffiziers Bird war Rein in der Sache durchaus verbindlich und kooperativ, opponierte aber gegenüber allen Bemühungen für eine universitäre Weitung und Demokratisierung. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 92.

<sup>1638</sup> Weber auf der Senatssitzung am 25.4.1947. Zitiert nach Fesefeldt: Wiederbeginn, S. 156f. Die Universität müsse, so Weber, „alle ihre wissenschaftlichen Kräfte in den Dienst des Geistes und der Zusammenarbeit stellen. Sie sei eine „Stätte nüchternen wissenschaftlicher Arbeit“ und müsse die Studenten in diesem Verständnis erziehen, auch dürfe sie nicht eine „reine Fachschule“ werden, wie dies in „Rußland“ der Fall sei. Vgl. Weisbrod: Geist.

<sup>1639</sup> Fesefeldt: Wiederbeginn, S. 157.

<sup>1640</sup> Vgl. Wolgast: Wahrnehmung, S. 285–328. Es gab markante, sehr selbstkritisch gehaltene Gegenbeispiele, die freilich nicht als repräsentativ gelten können.

Wolgast eine Tendenz zur Selbstrechtfertigung, die mit einem demonstrativen Selbstbewusstsein und dem Bekenntnis zu traditionellen universitären Werten kompensiert wurde. Formuliert wurde ein übergreifender, apolitisch gedachter Führungsanspruch, der aber konzeptionell nicht gefüllt wurde. Das Verhältnis zur Demokratie blieb formelhaft. Mehrheitlich entsprach diese Sichtweise auch den Göttinger Verhältnissen. Es dominierte das Selbstbild einer vermeintlich überparteilichen und unpolitischen Wissenschaftseinrichtung, die den nationalsozialistischen Übergriffen weitgehend widerstanden habe, und eines kulturellen Bollwerks gegen bloße Zivilisation und Technik.<sup>1641</sup>

Eines der wenigen lokalen professoralen Zeugnisse dieser Zeit ist die kurze Ansprache des Historikers Kurt Latte. Latte, 1935 in den Ruhestand versetzt, hatte die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur unter schwierigen Bedingungen überlebt, zuletzt in der Illegalität. Gegenüber seinen Studenten ließ er die NS-Zeit aus, vielmehr knüpfte er an seine eigenen Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg an und richtete den Blick auf die Zukunft. Es gelte, die „Brücke wieder zu den Generationen zu bauen, über die allein Kulturgüter für die Zukunft gerettet werden können“.<sup>1642</sup> Die „eigentliche Eröffnungsrede“ *Zur Lage* aber hielt am 18./19. Oktober 1945 Herbert Schöffler.<sup>1643</sup> Der Anglist schien dafür geeignet, weil er Anfang der 1940er Jahre nach einem an sich harmlosen Zwischenfall von der Kölner Universität suspendiert und nach Göttingen zwangsversetzt worden war. Seine geistesgeschichtliche Zeitdeutung folgte dem Gedankengang klassisch-konservativer Kulturkritik. Der Nationalsozialismus habe als „Ersatzreligion“ ein Weltanschauungsvakuum gefüllt, das seit der Reformation über Jahrhunderte entstanden sei. Insgesamt begegnete er ihm und der ihn tragenden Volksgemeinschaftsgedanken mit großem Verständnis, zudem reicherte er seine Rede mit antisemitischen und rassistischen Vorurteilen an. Vor allem aber wandte er sich dem Aktuellen zu, wobei er sich scharf gegen die alliierte Entnazifizierung, „Selbstverketzerung“ und die Beteiligung an Denunziationen aussprach. Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der NS-Zeit erwies er einen Bärenhohn. Seine Rede wurde als skandalös wahrgenommen, da er – als vermeintlich Unbelasteter – den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen letztendlich verharmloste. Stattdessen führte sie zu einer Intervention der britischen Militärregierung. Die Universität verpflichtete fortan jeden Dozenten, sich in Vorlesungen mit politischen Äußerungen zurückzuhalten. Rektor Smend notierte: „Man wünsche sich keinen Eingriff in die Lehrfreiheit, sondern eine streng aufgefasste wissenschaftliche und

---

<sup>1641</sup> Fesefeldt: *Wiederbeginn*, S. 157.

<sup>1642</sup> Latte: *Ansprache*, S. XVI. Vgl. *Classen*: Latte.

<sup>1643</sup> Weisbrod: *Ordnung*, S. 28–36, hier S. 28; Heimpel: *Lage*. Auf S. 366–384 findet sich dort eine kollektive studentische Vortragsmitschrift.

akademische Haltung und keine Randbemerkungen zu politischen Tagesereignissen.<sup>1644</sup>

Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus weitaus ausgeprägter war als dies viele Jahre wahrgenommen wurde.<sup>1645</sup> An der Göttinger Universität gab es zwar keine ‚große‘ gemeinsame Debatte, unerschwellig und in andere Themenstellungen ‚verpackt‘ war die nationalsozialistische ‚Vergangenheit‘ dennoch allgegenwärtig. Ihren schriftlichen Niederschlag fand dies in der *Göttinger Universitätszeitung* (GUZ), einer Halbmonatsschrift, die mit Genehmigung der britischen Militärregierung seit Dezember 1945 gemeinsam von Dozenten und Studenten herausgegeben wurde.<sup>1646</sup> Beispielsweise war sie im Mai 1947 Ort einer Kontroverse zwischen Karl Barth und dem Heidelberger Zoologen Erich von Holst. Barth forderte eine kritisch-rationale Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und sah in der politischen Haltung der Hochschullehrer eine Mitschuld am Niedergang der Weimarer Republik. Die deutschen Professoren seien zwar „keine Bösewichte, keine Nazis, nur unverbesserliche Nationalisten in der Art derer, die das zum ersten Mal freigewordene Deutschland 1918–1933 dem Verderben entgegengeführt“ hätten und nun über die aktuelle

---

<sup>1644</sup> Aktennotiz Smends vom 4.12.1945. Zitiert nach Weisbrod: *Ordnung*, S. 32. Bereits am 25.10.1945 hatte die Militärregierung der Universität mitgeteilt, dass es u.a. zu unterlassen sei, den deutschen Militarismus zu verherrlichen, die Führer des NS-Staates und deren vermeintlichen Erfolge zu loben, andere ‚Rassen‘ und Religionen zu diskriminieren oder abfällige Äußerungen über fremde Nationen zu machen. Dennoch sind verschiedene Ausfälle belegt, die antisemitische und rassistische Klischees transportierten und die eine apologetische, ggf. sogar eine zustimmende Deutung des NS-Staates vermuten lassen. Antikommunistische Ressentiments zeigen beispielsweise die Rede des aus Königsberg vertriebenen Philosophen Eduard Baumgarten: Dass die „Stadt Kants“ dem „asiatischen Bolschewismus ausgeliefert“ worden sei, würden die Westalliierten noch bedauern. Andere wie z.B. der Historiker August Kaehler bezogen in Lehrveranstaltungen und öffentlichen Vorträgen Stellung zur nationalsozialistischen Außenpolitik und räumten mit Geschichtslegenden wie der ‚Dolchstoßlegende‘ oder dem ‚aufgezwungenen Krieg‘ gegen Polen auf. In seiner Vorlesung gab es nach Angaben eines Hörers „offenbar rasch beruhigte ‚Demonstrationen‘ Für und Wider“. Kaehler hielt 80 Prozent seiner Hörerinnen und Hörer für nazistisch. Vgl. Dahms: *Universität*, S. 433–435; Heimpel: *Neubeginn*, S. 27–29.

<sup>1645</sup> Vgl. Fritz/Kovács/Rásky (Hg.): *Holocaust*.

<sup>1646</sup> Die GUZ umfasste einen breiten Nachrichten- und Berichtsteil mit überregionaler Ausrichtung, Beiträge zu wissenschaftlichen, akademischen, gesellschaftlichen und politischen Themen sowie Rezensionen. In den Buchbesprechungen gab es immer wieder Hinweise auf aktuelle Bücher mit kirchlichem/theologischem Bezug. 1949 ging die GUZ in der *Deutschen Hochschulzeitung* auf. Bedeutend, aufgrund ihrer akademischen Ausrichtung aber nicht vergleichbar präsent, war auch die 1945 in Göttingen gegründete Zeitschrift *Die Sammlung*. Nach Herman Nohl sollte sie einen kulturellen Beitrag für „Wiederaufbau unseres Volkes“ leisten und widmete sich vor allem Erziehungsfragen. Verhandelt wurden immer wieder religiöse/christliche Themen: „Unser Kompaß ist die einfache Sittlichkeit, ein standhafter Glaube an die Ewigkeit der geistigen Welt, Liebe zum nächsten und die lebendige Hoffnung, daß auch uns einmal wieder die Sonne der Ehre und des Glücks scheinen werde.“ Hermann Nohl, in: *Die Sammlung* 1 (1946), ohne Seitenangabe. Vgl. Linnemann: *Wiederkehr*.



Lage grollten.<sup>1647</sup> Holst dagegen beschränkte sich auf das Bild des vermeintlich unpolitischen Professors, der keinerlei Verantwortung getragen habe und trage.<sup>1648</sup> Bilanzierend ist festzuhalten, dass sich die (Göttinger) Professoren durchaus mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, in einer Mischung aus apologetischen, politischen und persönlichen Motiven aber kaum eine angemessene Reflexionsebene entwickeln konnten. Auch deshalb bestimmte in der Haupttrichtung neben der Bewältigung der Gegenwart ein in die Zukunft gerichtetes, administratives und in Teilen politisch restauratives Denken die Stimmung an der Universität.<sup>1649</sup>

Das Programm der GUZ war indes weiter gefasst. In einem programmatischen Beitrag machte sich ihr Chefredakteur Dietrich Goldschmidt dafür stark, sich nicht allein am Nationalsozialismus abzuarbeiten, der sich sowieso ad absurdum geführt habe, sondern auch „den Geist vor 1933“ zu bekämpfen, den „Geist nationaler Spießbürgerlichkeit und Reaktion wie doktrinen Klassenhass“. Die „aufrichtige Bearbeitung“ der NS-Geschichte war für ihn nur Teil einer umfassenden Neuordnung im Sinne von Humanität, Liberalität, Demokratie nach westlicher Vorstellung und Internationalität. Dazu gehörten auch die Forderungen nach institutionellen Reformen und nach einer Überwindung der akademischen Routine, nach mehr gesellschaftlicher Verantwortung der Universität und Kritik an der Verschleppung von Emigranten- und Auslandsberufungen.<sup>1650</sup> Im Kern ging es dabei nicht allein um Inhalte zu einzelnen Themen, sondern um die Grundfragen einer partizipativen, gleichberechtigten und demokratischen Diskussionskultur. Auch vor diesem Hintergrund war die GUZ nicht unumstritten. Sie galt als

<sup>1647</sup> Karl Barth: Verlorene Generation?, in: GUZ 12 vom 23.5.1947, S. 1–2, hier S. 2. Vgl. Goldschmidt: Redakteur, S. 215–217. Vgl. Wolbring: Trümmerfeld: 117–119.

<sup>1648</sup> Vgl. Universitätslehrer – eine Gefahr? Briefwechsel zwischen Erich von Holst (Heidelberg) und Karl Barth (Basel/Bonn), in: GUZ 15 vom 4.7.1947, S. 3–6. Vgl. die folgenden Beiträge unter der Gesamtüberschrift *Der deutsche Professor*, in: GUZ 17/18 vom 15.8.1947, S. 10–12. Wesentlich konkreter war die ebendort geführte Debatte über den Nürnberger Ärzteprozess. Der Mediziner Hermann Rein, mittlerweile Rektor der Göttinger Universität, der selbst spätestens ab Oktober 1942 von medizinischen Unterkühlungsexperimenten an Häftlingen im KZ Dachau Kenntnis hatte, wandte sich gegen die Veröffentlichung einer umfangreichen Prozessdokumentation durch Alexander Mitscherlich und Fred Mielke. Vgl. Hermann Rein: Wissenschaft und Unmenschlichkeit. Bemerkungen zu charakteristischen Veröffentlichungen, in: GUZ 14 vom 20.6.1947, S. 3–5; Beiträge unter dem Titel *Der Dokumentenstreit*, in: GUZ 17/18 vom 15.8.1947, S. 6–10. Noch im Januar 1948 nahmen Mitscherlich, der frühere Göttinger Professor Wolfgang Heubner und Ferdinand Sauerbruch Stellung. Vgl. die Beiträge *Der Dokumentenstreit. Neue Stimmen zu dem ‚Diktat der Menschenverachtung‘*, in: GUZ 3 vom 16.1.1948, S. 4–7; Roth: Strukturen, S. 57. Rein war seit 1937 des beim Reichsluftfahrtministeriums angesiedelten Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts, ab 1939 Oberkriegsarzt und beratender Physiologe der Luftwaffe. Vgl. Driever: Rein; Trittel: Rein.

<sup>1649</sup> Szabó weist darauf hin, dass der ‚Zeitgeist‘ von denjenigen Stimmen bestimmt wurde, die die NS-Zeit entstellten und schließlich verdrängten. Dem ist einerseits zuzustimmen, andererseits schießt geht er mit seiner Relativierung der damaligen Auseinandersetzung über das Ziel hinaus. Vgl. Szabó: Vertreibung, S. 509 ff.

<sup>1650</sup> Dietrich Goldschmidt, *Universitas?*, in: GUZ 20 vom 15.11.1946, S. 1. Vgl. Goldschmidt: Redakteur, S. 211.

nicht repräsentativ und einseitig, einige verglichen sie gar mit den nationalsozialistischen Stoßtrupps der Endphase der Weimarer Republik.

Bezüglich der ‚Schuldfrage‘ ist eine Ungleichzeitigkeit zu konstatieren. Ihre Bedeutung und die virulente Auseinandersetzung mit der NS-Zeit korrespondierten mit einem hohen Maß an Verdrängung.<sup>1651</sup> In den Befragungen zu dem Göttinger Forschungsprojekt *Nachkriegssemester* verneinte eine „überwiegende Mehrheit“ der teilnehmenden Nachkriegsstudentinnen und -studenten, dass der Nationalsozialismus und seine Verbrechen wichtige Themen gewesen waren.<sup>1652</sup> Dagegen benannte Rektor Rein im Dezember 1946 die Frage der Kollektivschuld als eines der wichtigsten Themen im ersten Nachkriegssemester. Ähnlich konstatierte der Leiter der Hochschulabteilung der *Education Branch* im September 1946 auf einer Rektorenkonferenz der britischen Zone, „es sei viel über Schuld und Verantwortung geredet worden“.<sup>1653</sup> Wesentliche Debattenimpulse gingen von der evangelischen Kirche aus.

### Stuttgarter ‚Schuldbekennnis‘ (Oktober 1945)

Das *Stuttgarter Schuldbekennnis* des Rates der EKD vom 18. Oktober 1945 war eine der frühesten, wichtigsten und auch umstrittensten Erklärungen der Evangelischen Kirche in der frühen Nachkriegszeit. Seine negative Rezeption lag nicht zuletzt darin begründet, dass die Erklärung, ausgehend von einem Bericht der *Kieler Nachrichten*, entgegen dem Wortlaut und ihrer Intention mit dem emotional noch immer stark besetzten Begriff der Kriegsschuld bzw. der Kollektivschuld in Verbindung gebracht wurde.<sup>1654</sup> Auch an der Göttinger Universität führte das Stuttgarter Wort zu Diskussionen und rief Kritik hervor, dabei wurde sie mehrheitlich im Sinne einer einseitigen und politisch verstandenen Schuldannahme nicht bzw. falsch verstanden.<sup>1655</sup> Die vehemente Kritik des konservativen Tübinger Systematikers Helmut Thielicke soll auch in Göttingen von Hand zu Hand gereicht und mit großem Verständnis bedacht worden sein.<sup>1656</sup> Die Kirche müsse, so hieß es in einem Beitrag der GUZ, in „dieser Zeit tiefster Erniedrigung“ deutsch fühlen, denken und sprechen, die Stuttgarter Erklärung aber Sorge dafür,

<sup>1651</sup> Goldschmidt: Redakteur, S. 221.

<sup>1652</sup> Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 149.

<sup>1653</sup> Zitiert nach Krumwiede: Theologie, S.177f. Hermann Rein: Zweiter Jahrgang, in: GUZ 1 vom 6.12.1946, S. 1. Der Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz vom 23.8.1945 fiel in die Zeit vor die Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs. Für die Diskussionen im protestantischen Göttingen spielte er keine Rolle. Vgl. Wolgast: Wahrnehmung, S. 185–225.

<sup>1654</sup> Abgedruckt in: Greschat: Zeichen, S. 45–47. Der *Neue[r] Hannoversche[r] Kurier* berichtete am 30.10.1945 unter der Überschrift *Gemeinsame Schuld für endlose Leiden. Evangelische Kirche bekennt deutsche Kriegsschuld*. Vgl. Besier/Sauter: Christen; Herbert: Kirche, S. 61–95; Greschat: Christenheit, S. 131–148, S. 150–164; Wolgast: Wahrnehmung, S. 226–284, vor allem S. 232–237; Vollnhals: Schatten.

<sup>1655</sup> Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 64.

<sup>1656</sup> Ebenda, S. 72.

dass sich die besten Teile der Jugend von ihr abwendeten.<sup>1657</sup> Dagegen standen Stimmen wie z.B. die des neuberufenen Theologen Ernst Wolf, die ‚Stuttgart‘ als richtig und als einen notwendigen Schritt für die Zukunft verteidigten.<sup>1658</sup> In ähnlichem Tenor erklärte Dietrich Goldschmidt, dass das Stuttgarter Wort nicht politisch zu verstehen sei. Man sei es aber den „Brüdern in Christo“ schuldig, um überhaupt einen Neuanfang zu ermöglichen.<sup>1659</sup> Die weitreichende Bedeutung der Stuttgarter Erklärung bleibt unbestritten, gerade in internationalen Kontexten. Zwei Beiträge zu der *Ökumenischen Hochschulwoche* in Basel im Juli 1946 machen dies deutlich. In einem Bericht der GUZ hieß es:

*Man erkannte, daß die Zukunft Europas nicht aus nationalen und menschlichen Ressentiments, sondern nur aus dem Verantwortungsgefühl gestaltet werden darf, das gerade von den christlichen Kirchen durch die Schulderkenntnis über die vergangenen Jahrzehnte neu gewonnen wurde.*<sup>1660</sup>

Mit einer nationalen und aufrechnenden Akzentsetzung wurde der Ausbruch aus der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Isolation auch in einem nicht veröffentlichten Bericht des Studentenpfarramts aufgegriffen:

*Die Kirche in Deutschland hat sich im Sturm bewährt und viele Märtyrer haben ihre Treue mit dem Tode besiegelt. Die Schulderklärung von Stuttgart, für die die Kirchenführer vor ihrem Volk die volle Verantwortung übernehmen, hat die Atmosphäre gereinigt. Die übrige Welt muss jetzt auch ihre Verantwortlichkeit für die Massenausweisungen sehen.*<sup>1661</sup>

Die Universität und die Theologische Fakultät nahmen offiziell keine Stellung. Dies ist insofern von Interesse, da der erste Nachkriegsrektor Smend als EKD-Ratsmitglied einer der Mitunterzeichner der Erklärung war. Von Teilen der Studentenschaft soll er deshalb als „Verräter“ bezeichnet worden sein.<sup>1662</sup>

<sup>1657</sup> Harald Hamburger: Bekennt die evangelische Kirche Deutschlands Kriegsschuld?, in: GUZ 1 vom 11.12.1945, S. 9.

<sup>1658</sup> Ernst Wolf: Nationales Gewissen? in: GUZ 1 vom 11.12.1945, S. 9–11. Weitere Beiträge Wolfs informierten über die Entwicklung der Evangelischen Kirche. Wolf: Wo steht die evangelische Kirche? in: GUZ 9 vom 10.5.1946, S. 12–14.

<sup>1659</sup> Vgl. Dietrich Goldschmidt: Der Weg zum Neubau. Pfarrer Niemöller sprach in Göttingen vor Professoren und Studenten, in: GUZ 4 vom 25.1.1946, S. 11–12, hier S. 12.

<sup>1660</sup> Dietrich Goldschmidt: Christentum als Brücke zwischen den Völkern. Ökumenische Hochschulwoche in Basel, Pfingsten 1946, in: GUZ 13 vom 3.7.1946, S. 15–16.

<sup>1661</sup> Vgl. den ausführlichen Tagungsbericht, zusammengestellt nach Niederschriften Göttinger Studenten, undatiert, in: LKAH, NL 78, Nr. 40.

<sup>1662</sup> Vgl. Szabó: Vertreibung, S. 511–515, hier S. 514. Der renommierte Staats- und spätere Staatskirchenrechtler war während der Weimarer Republik bekennender Deutschnationaler. Im NS-Staat engagierte er sich aktiv für die *Bekennende Kirche*. Nach Stationen in Greifswald, Tübingen, Bonn und Berlin war er auf Druck des Reichserziehungsministeriums 1935 nach Göttingen gewechselt. Die Ambivalenz Smends und stellvertretend die „mentale und emotionale Distanz“ vieler Professoren mit ihren emigrierten Kollegen zeigt sich beispielhaft in seiner Korrespondenz (1947) mit Max Born

## Eine entglittene Chance der Kirche? Der Vortrag von Martin Niemöller (Januar 1946)

Die hitzigsten Diskussionen entzündeten sich an einem Vortrag von Martin Niemöller am 17. Januar 1946 in der Jakobikirche. Niemöller, Pfarrer, Führungsfigur der *Bekennenden Kirche* und langjähriger ‚persönlicher Gefangener‘ von Adolf Hitler galt als einer der prominentesten Vertreter des deutschen Protestantismus. Im Nachkriegsdeutschland hatte sein Wort Gewicht.<sup>1663</sup> Der Vortrag Niemöllers erfolgte auf Einladung der *Studentengemeinde*, nach zeitgenössischen Berichten wurde er von rund dreitausend Gästen besucht, darunter viele Studierende und Professoren. Der Andrang war so groß, dass der Vortrag zugleich per Lautsprecher in die Johanniskirche übertragen wurde.<sup>1664</sup>

Niemöllers Vortrag war sehr persönlich gehalten. Nach achtjähriger KZ-Haft fühlte er sich auch ein halbes Jahr nach Kriegsende noch immer fremd und stellte fest: „Es ist alles aus dem Gleichgewicht gekommen.“ Niemöller sprach über technischen Fortschritt, die Leere in der als materialistisch gekennzeichneten Welt und den Verlust des menschlichen Ethos. Den Nationalsozialismus, ein „gigantischer Irrweg“, verwarf er grundsätzlich und irreversibel. Sein Hauptthema aber war die Frage der Schuld. Dabei erinnerte er an sein eigenes Verhalten, als er als junger U-Boot-Kommandant nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags die Kirche verlassen habe. Damals habe er jede Schuld abgelehnt und sein Soldatenideal verteidigt. Die heutige Jugend könne er deshalb verstehen, aber nach dem, was gewesen sei, sei diese Haltung falsch. Die verbreitete Einlassung ‚Ich habe von nichts gewusst‘ wies er brüsk zurück. Vielmehr forderte er von der Kirche und auch von jedem Einzelnen die Anerkennung der deutschen wie der persönlichen Schuld:

*Ich bin schuldig, weil ich 1933 noch Hitler gewählt habe, weil ich geschwiegen habe, als man gleich in der ersten Zeit Scharen von aktiven Kommunisten ohne Prozeß- und Gerichtsverfahren verhaftete und einsperrte; ja, auch im KZ bin ich schuldig geworden, denn*

---

und James Franck über deren erneute Mitgliedschaft in der *Göttinger Akademie der Wissenschaften*. Vgl. Lösch: Geist, S. 394–403; Landau: Smend.

<sup>1663</sup> Vgl. Schmidt: Niemöller; Wette: Zeit, insb. S. 232–233; Korte: Antikommunismus, S. 92–96, Ziemann: Niemöller, insb. S. 409f. In der für Göttingen zuständigen Lizenzpresse (*Neuer Hannover-scher Kurier*) fand der Vortrag keine Erwähnung.

<sup>1664</sup> Am späten Nachmittag sprach Niemöller vor Studentinnen und Studenten, abends öffentlich in St. Jacobi. Einladung der Dekane und Professoren durch das Studentenfarramt am 10.1.1946, in: UAG, Theol. PA, Nr. 78; Bericht Wischmanns, undatiert [nach 1974]. LKAH, NL 78, Nr. 56; Kertz: Student, S. 42. Eduard Lohse dagegen berichtet nichts über den Widerspruch, den Niemöller erfahren hatte. Lohse: Theologiestudent, S. 384. Auch viele Befragte im Rahmen des Buchprojektes Nachkriegssemester erwähnen den Vortrag nicht. Vgl. Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 233. Niemöller hatte im Februar 1937, also wenige Monate vor seiner Verhaftung vor Göttinger Theologiestudenten gesprochen und die Einschränkung der kirchlichen Verkündung in Wort und Schrift angeprangert. Göttinger Reaktionen auf seine Verhaftung sind nicht bekannt. Ziemann: Niemöller, S. 308. Zur Einordnung seines Vortrages vgl. ebenda, S. 399–419.

*wenn all diese Menschen ins Krematorium geschleift wurden, habe ich mich in die Ecke gedrückt und habe nichts dazu gesagt, habe nicht einmal dazu geschrien.*<sup>1665</sup>

Ebenso verbiete sich jede Relativierung oder die Diskussion der Kriegsschuld: „Eine Kriegsschuldfrage gibt es gar nicht mehr, aber 5–6 Millionen Tonkrüge mit Ascheresten von Juden zeigen auf die Frage der Schuld.“ Weder gebe es ein Zurück zur vernationalsozialistischen Zeit, zum Preußentum, zur deutschen Klassik noch eine Flucht in die Praxis. Jeder müsse sich mit seiner eigenen Schuld auseinandersetzen und diese bekennen, und zwar nicht allein vor Gott, sondern auch vor den Menschen: „Nicht die Nazis sind allein schuld, die wussten ja um keine Schuld, weil sie sich niemand gegenüber verantwortlich fühlten, sondern die Kirche trägt auf jeden Fall die Schuld, denn sie hat Christus verleugnet.“ Politisch und wirtschaftlich werde es dauern, bis Deutschland wieder aufsteige. Die Voraussetzung für einen Wiederaufstieg Deutschlands sei aber ein Schuldbekenntnis, das auf die Aufrechnung der Schuld der Anderen verzichte. Im Grunde, so Niemöller, wüssten alle, dass „der Trotz unser Leben nur unfruchtbar“ mache und mehr schade als helfe:

*Ich hoffe, daß das eine deutlich geworden ist: mit der fadenscheinigen Teilung – ‚hier christlicher Glaube – dort menschliche Klugheit‘ gibt es nicht mehr! Wir sind mit Gott konfrontiert in unserem Schicksal, und wir haben Laut zu geben, wie wir uns zu dem Schicksal stellen, ob wir in Verzweiflung ertrinken oder ob wir endlich Gott recht geben gegen uns, umkehren, was unsere Väter längst hätten tun müssen, ob wir endlich umkehren und zu unserem Vater geben wollen.*

Niemöllers Vortrag wurde heftig diskutiert, wobei die Kontroverse entweder in einem klaren Ja oder einem klaren Nein endete.<sup>1666</sup> Vor allem die Frage nach der persönlichen Verantwortung berühre, so Goldschmidt, der die Debatte ausdrücklich begrüßte, eine „Kernfrage unserer Existenz“.<sup>1667</sup> Die veröffentlichten Beiträge in der GUZ waren in der Tendenz eher zustimmend bis nicht ablehnend, in ihrer Gesamtheit repräsentativ waren sie wohl nicht. So wurden ablehnende Stimmen vor allem indirekt wiedergegeben.<sup>1668</sup> Das große Interesse zeigt sich auch daran,

---

<sup>1665</sup> Niemöller: Rede. Die folgenden Zitate ebenda. Dazu führte er aus: Wenn die Kirche ihre Schuldigkeit getan hätte, „dann hätte Hitler vielleicht 14.000 Pastoren köpfen und vielleicht auch 28.000 Gemeindeglieder umlegen lassen, aber nicht 30–40 Millionen Menschen, die jetzt Opfer des Krieges geworden sind oder noch werden.“ Vgl. Greschat: Zeichen, S. 14–20; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 70–72.

<sup>1666</sup> Goldschmidt: Redakteur, S. 212; Wischmann: Das religiöse Gespräch. Aus der Arbeit des Seelsorgers. Der Niemöller-Vortrag, in: GUZ 7 vom 22.3.1946. Vgl. Gerda Wilmanns: Reformation und Katholizismus heute, in: GUZ 5 vom 8.2.1946, S. 15.

<sup>1667</sup> Goldschmidt: Zwischen gestern und morgen, in: GUZ 7 vom 22.3.1946, S. 1–3. Abgedruckt in: Goldschmidt: Redakteur, S. 213.

<sup>1668</sup> Vgl. Dietrich Goldschmidt: Der Weg zum Neubau. Pfarrer Niemöller sprach in Göttingen vor Professoren und Studenten, in: GUZ 4 vom 25.1.1946, S. 11–12. Vgl. weitere Beiträge in *Für und*

dass der Göttinger Verlag Vandenhoeck & Ruprecht eine autorisierte Mitschrift eines Theologiestudenten als Einblattdruck veröffentlichte.<sup>1669</sup> Noch im September 1946 führte Studentenpfarrer Wischmann seine Feststellung, viele Professoren würden die öffentliche Auseinandersetzung über die NS-Zeit scheuen, auf die „Erinnerung an die Ereignisse zurück, die im vorigen Jahr dem Niemöllerschen Vortrage in Göttingen folgten und der Universität weit über die deutschen Grenzen hinaus einen harten Stand bereiteten“.<sup>1670</sup> Dabei hielt sich die negative Resonanz, soweit bekannt, im Gegensatz zu den Niemöller-Vorträgen in Erlangen, ebenfalls im Januar, und im Mai in Marburg, in Grenzen.<sup>1671</sup> Die studentischen Reaktionen in Erlangen – insbesondere das missbilligende Scharren mit den Füßen – sorgten für einen politischen Eklat, der international zur Kenntnis genommen wurde und zu harschen Reaktionen an der Universität und in der Politik führte. In Bayern setzte das Kabinett Wilhelm Hoegner (SPD) am 30. Januar einen Staatskommissar ein, um die Erlanger Studentenschaft nochmals auf ihre „militaristische und nationalsozialistische Gesinnung“ zu überprüfen und ggf. hart durchzugreifen. Im Falle weiterer ähnlicher Vorkommnisse stand sogar die Schließung der Universität im Raum. Wolfgang Trillhaas, damals noch in Erlangen, berichtete über den dortigen Vortrag und zeigt die Ambivalenz auf, die Niemöller seinen Hörerinnen und Hörern hinterließ.

*Und dann sprach er zu dem, was hinter uns lag, als einer, der immer auf der richtigen Seite gestanden hatte, er sprach lauter Richtigkeiten aus, aber es war keine Hilfe für die Studenten, die unruhig wurden, und in der Kirche schließlich laut rebellierten. Es war eine entglittene Chance der Kirche.*<sup>1672</sup>

Ein Nachgefecht zu Niemöllers Vortrag in Göttingen gab es 14 Monate später, im März 1947, als Otto Altenburg, Vorsitzender der *Demokratischen Arbeitsgemeinschaft*

---

wider Niemöller in: GUZ 5 vom 8.2.1946, S. 9–10 und unter der Gesamtüberschrift *Das religiöse Gespräch* in: GUZ 7 vom 22.3.1946, S. 19–20. Vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 93.

<sup>1669</sup> Ob es sich um eine Einzelinitiative oder um den Wunsch der ESG handelte, ist nicht bekannt. Der betreffende Student erinnerte an anderer Stelle an den Geburtstag von Dietrich Bonhoeffer. Rudolf Creydt: Das Zeugnis eines Boten. Zum Gedächtnis von Dietrich Bonhoeffer, in: Mitteilungen der ESG in Deutschland 1 (1947), S. 13–15.

<sup>1670</sup> Wischmann, in: Studentenstadt Göttingen. Eine Universität nach dem Krieg, in: Der Tagesspiegel vom 6.9.1946. IKAH, NL 78, Nr. 41.

<sup>1671</sup> Dagegen wurden in einem Bericht des amerikanischen Geheimdienstes *Die Erneuerung des politischen Lebens in Deutschlands* „die nationalistischen Studentendemonstrationen in Göttingen und Erlangen“ als Beleg für die anhaltende Verankerung nationalsozialistischen Gedankenguts in der Studentenschaft angeführt. Abgedruckt in: Borsdorf/Niethammer (Hg.): Befreiung, S. 275–311, hier S. 281. Eine Studentin aus Marburg notierte am 6.2.1946: „Die Erlanger Ereignisse waren bereits allen bekannt. Von Göttingen munkelte man, er [Niemöller] sei verprügelt worden.“ Zitiert nach Ziemann: Niemöller, S. 408.

<sup>1672</sup> Trillhaas: Vergangenheit, S. 205. Das studentische Scharren richtete sich dabei nicht gegen die anti-nationalsozialistische Positionierung Niemöllers, sondern seine Haltung zur „Schuldfrage“. Zur politischen Dimension des Vorgangs in Erlangen und in Marburg vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 41–96, hier S. 47.

von kriegsgefangenen Offizieren in Ägypten im Namen von 1.114 ehemaligen Offizieren zu den ‚Göttinger Studentenunruhen‘ Stellung nahm. Altenburg, der seine Informationen aus Zeitungsberichten hatte, wandte sich in einem offenen Brief gegen die nationalistisch-reaktionären studentischen Proteste gegen Niemöller, „eine der symbolischen Gestalten deutschen Widerstandsgeistes gegen den Nationalsozialismus“:

*Die von den Göttinger Studenten kürzlich wieder geforderte ‚Feme‘ kennen wir als eine idealistisch getarnte Terror-Organisation Sie ist nichts anderes als die verbrecherische Zusammenrottung nationalistischer Elemente, unfähig zu echter geistiger Auseinandersetzung, Die Träger verkörpern jenen sogenannten ‚Freikorpsgeist‘, der zuletzt wieder im ‚Werwolf‘ auflebte.<sup>1673</sup>*

Letztgenannten Vorwurf wies Rektor Rein in seinem Antwortschreiben zurück. Erst nach dem Vortrag habe es handschriftliche und hetzerische Aushänge gegen den „Englandfreund“ Niemöller gegeben, die nachweislich von außerhalb der Universität gekommen seien. Zu dem eigentlichen Vortrag merkte er an, dass es keine Unruhen gegeben habe, aber im Anschluss in „geradezu erschütterndem Ernst“ und kontrovers über seinen Aufruf zum Schuldbekennntnis diskutiert worden sei. Freimütig gestand er ein, dass der akademische Wiederaufbau auch aufgrund nationalsozialistischer Vorbehalte vor großen Schwierigkeiten stehe. Er sei dennoch optimistisch gestimmt.

#### Der AStA und der 20. Juli: Axel von dem Bussche

Bereits zum zweiten Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944, also ungewöhnlich früh, veröffentlichte die GUZ einen Vortragsauszug *Besinnung und Ausblick* des Philosophen Karlheinz Volkmann-Schluck.<sup>1674</sup> Der Leipziger Privatdozent streifte auch die Frage der Desertation. Sofern diese mehr als Feigheit sei, hielt er sie für möglich, da er das NS-Regime per se für verbrecherisch hielt und er einem Deutschland „unter nationalsozialistischer Führung auf der Grundlage der systematischen Ausrottung ganzer Völker“ grundsätzlich jede Berechtigung absprach. In beiden Punkten, seiner Bewertung des ‚20. Juli‘ und seiner Haltung zur Desertation, vertrat Volkmann-Schluck eine Minderheitenmeinung.

<sup>1673</sup> ‚Göttinger Studentenunruhen‘. Ein offener Brief aus Ägypten und eine Antwort. Der Brief von Otto Altenburg datiert vom 16.3.1947, die Antwort von Rektor Rein vom 4.6.1947, in: GUZ 12 vom 21.6.1947, S. 11–12. Die von Altenburg vertretenen Offiziere hatten konsequent mit dem Nationalsozialismus gebrochen und sprachen sich scharf gegen Militarismus und Chauvinismus aus.

<sup>1674</sup> Karlheinz Volkmann-Schluck: Ethos des soldatischen Gehorsams, in: GUZ 14 vom 19.7.1946, S. 14–15. Eine erste und entscheidende Wende in der Bewertung des ‚20. Juli‘ kam erst mit dem vom damaligen Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer erzwungenen sogenannten Remer-Prozess im Jahr 1952. In dem Prozess traten Hans Joachim Iwand und Ernst Wolf als Gutachter auf und verwarfen die christliche Legitimation des Tyrannen im traditionellen Verständnis von Luthers Zwei-Reiche-Lehre. Perels: Landeskirche, S. 53. Vgl. Graf: Glaubenspathos, S. 475f.; Baur: Erbe.

Anfang 1947 war der ‚20. Juli‘ erneut akut. Am 5. Dezember 1946 wurde Axel von dem Bussche zum dritten Göttinger AStA-Vorsitzenden gewählt. Der Jurastudent, Weltkriegsteilnehmer, hochdekorierter Offizier im Rang eines Majors und Ritterkreuzträger war nicht unumstritten. Er gehörte zum engeren Kreis der Verschwörer, die Adolf Hitler hatten töten wollen. Ein Schlüsselerlebnis für von dem Bussche war eine Massenexekution von dreitausend jüdischen Männern, Frauen und Kindern bei Dubno/Ukraine, der er als Zeuge beigewohnt hatte.<sup>1675</sup> Als frischgewählter Vorsitzender der Göttinger Studentenschaft stand er wegen Eidbruchs und seiner Zugehörigkeit zum Widerstand unter erheblichem Druck. Auf einer öffentlichen Veranstaltung, der Hunderte von Studentinnen und Studenten beiwohnten, kam es zu einer kontroversen Debatte.<sup>1676</sup> Vor der *Sozialistischen Studentengruppe* berichtete er am 20. Februar 1947 nochmals über seine Erlebnisse während des Krieges und seinen Einstellungswandel. Er sei sich des verbrecherischen Charakters des Attentats auf Hitler bewusst gewesen, letztendlich aber sei der Eid, den von dem Bussche ins Zentrum seiner Ausführungen stellte, nicht von ihm, sondern von Hitler gebrochen worden. Sein protestantisch-preußisches Gewissen habe ihn zum Hochverrat verpflichtet, nicht aber zum Landesverrat. Die Kollektivschuldthese machte sich von dem Bussche nicht zu eigen. Viele hätten ihren Dienst „bona fide“ geleistet, für die ‚Sehenden‘ sei es indes schwieriger gewesen. Letztendlich sei es um eine Gewissensentscheidung gegangen, die ein jeder mit sich vor Gott habe austragen müssen.<sup>1677</sup> Auch dieser Vortrag wurde innerhalb der Studentenschaft kontrovers diskutiert. In der GUZ meldeten sich nun auch christliche Stimmen zu Wort, die die Frage des Gewissens in den Mittelpunkt rückten, Wolfgang Trillhaas äußerte sich zum Thema *Gehorsam oder Widerstand?*<sup>1678</sup> Die eigentliche Debatte reichte zusehends über den ‚20. Juli‘ hinaus. Mitverhandelt wurden grundsätzliche Fragen der demokratischen Kultur: Gesamtdeutsch orientiert, stand von dem Bussche für eine Annäherung an die Demokratie und eine deutsche Mittlerrolle zwischen Ost und West.<sup>1679</sup>

<sup>1675</sup> Vgl. Medem (Hg.): Axel von dem Bussche.

<sup>1676</sup> Vgl. Heimpel: Neubeginn. Vgl. Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 64–67; Geyken: Geschichte, S. 136.

<sup>1677</sup> Axel von dem Bussche: Eid und Schuld, in: GUZ 7 vom 7.3.1947, S. 1–4. Abgedruckt in: Medem (Hg.): Bussche, S. 133–142.

<sup>1678</sup> Goldschmidt: Redakteur, S. 210. Vgl. die Beiträge unter dem Gesamttitel *Gehorsam gegen die Obrigkeit*, in: GUZ 10 vom 25.4.1947, S. 7–8; die Beiträge unter dem Gesamttitel *Die Diskussion um den 20. Juli*, in: GUZ 14 vom 20.6.1947, S. 11; Wolfgang Trillhaas: Gehorsam oder Schuld? Theologisch-politische Anmerkungen zum Obrigkeitsbegriff, in: GUZ 11 vom 9.5.1947, S. 8. 1948 kritisierte Dietrich Goldschmidt Fritz von Unruh für seine vielbeachtete *Rede an die Deutschen*, die er anlässlich der Verleihung des Goethepreises in Frankfurt gehalten hatte. Anlass waren Auslassungen, die der Dichter bei der Zitation der Bussche-Rede machte und die sinntestellend waren. Goldschmidt stellte fest, dass (frühere) Emigranten nach 16 Jahren nicht mehr dieselbe Sprache wie man selbst sprechen würden. Goldschmidt: An Fritz von Unruh, in: GUZ 13 vom 11.6.1948, S. 1–3.

<sup>1679</sup> Axel von dem Bussche: Zweiter Studententag, in: GUZ 3 vom 10.1.1947. Dazu gelte es auch, den ‚Osten‘ kennenzulernen. Die Rolle der studentischen Jugend kleidete er durchaus elitär aus.



## „Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage“

Im Dezember 1946 veröffentlichte die promovierte Historikerin Hildegard Schaeder in der GUZ eine knappe Buchanzeige zu der Neuerscheinung *Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage*, die auf Veranlassung des *Flüchtlingsdienstes des Rates der Ökumenischen Kirchen* in Genf erschienen war.<sup>1680</sup> Schaeder, Tochter des Theologieprofessors Erich Schaeder und später selbst Kirchenhistorikerin in Frankfurt, war 1934 der *Bekennenden Kirche* beigetreten und hatte u.a. in der von Martin Niemöller betreuten Gemeinde in Berlin-Dahlem gearbeitet. Dort war sie auch für die Betreuung von Juden und Christen jüdischer Herkunft zuständig, die ins Ghetto Lublin deportiert worden waren. Im September 1943 wurde sie verhaftet, das Kriegsende erlebte sie im KZ Ravensbrück.<sup>1681</sup> In Unkenntnis ihrer Lebensgeschichte wurde Schaeder für ihre Buchankündigung von einem Engländer aus Manchester namens Ernest Alvis angegriffen, der in ihrer Nüchternheit und vor allem in dem summarischen Begriff der ‚Entjudungspolitik‘ eine drastische Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen sah. Alvis kritisierte die „Pose scheinbar kühler Objektivität“ der deutschen akademischen Nachkriegseliten und widersprach jeder Form einer Schuldaufrichtung. Ebenso kritisierte er ein von Schaeder benutztes Zitat Martin Niemöllers, dieses „Anti-Nazi wider Willen“, als maßgebendes Wort für den Kern der *Bekennenden Kirche*.<sup>1682</sup> Seine Polemik schloss Alvis mit den Worten:

*Nun sind sie eindeutig zu den von der Welt gehaßten, vermiedenen und verachteten materiellen, politischen und sozialen Parias herabgesunken. Und sie werden es bleiben; auch Sie, Dr. phil Schaeder, haben ihren Teil dazu beigetragen.*<sup>1683</sup>

Der folgende Briefwechsel führte zu einer Vielzahl von Zuschriften, die ihre Solidarität mit der Autorin und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, aber auch Empörung ausdrückten: „der Vorwurf extremer deutscher Selbstentwürdigung

---

Nach Aufgabe seines Amtes als erster Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes arbeitete von dem Bussche in den Jahren 1966 bis 1971 für den *Weltkirchenrat* in Genf.

<sup>1680</sup> Schaeder: GUZ 1 vom 6.12.1946, S. 19. Der Völkermord an den Juden wurde in der GUZ insgesamt wenig, meistens indirekt und wenig konkret thematisiert. Die Reichspogromnacht, in deren Verlauf auch die Göttinger Synagoge zerstört worden war, fand in den ersten Nachkriegsjahren keine Erwähnung. Dagegen wurde anlässlich seines 25. Jahrestages an das antisemitische Mordattentat auf Walther Rathenau erinnert. Carl Severing: Vor 25 Jahren. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau ermordet, in: GUZ 14 vom 20.6.1947, S. 7–8.

<sup>1681</sup> Vgl. Schaeder: Die ‚Anderen‘. Erlebnisbericht aus einem Konzentrationslager, in: GUZ 12 vom 21.6.1946, S. 7–8. Vgl. Röhm/Thierfelder: Juden 4/I, S. 173f. Posthum wurde sie als eine *Gerechte unter den Völkern* ausgezeichnet. Vgl. Arend/Petersen: Schaeder; Schwöbel: Schaeder.

<sup>1682</sup> Das inkriminierte Niemöller-Zitat lautete: „Wir haben in der Gemeinde, ob uns das sympathisch ist oder nicht, die bekehrten Juden als durch den Heiligen Geist vollberechtigte Glieder anzuerkennen.“

<sup>1683</sup> Ernest Alvis am 31.12.1946 und Hildegard Schaeder am 1.3.1947 in: Zweierlei Sprache. Ein Briefwechsel über die deutsche Haltung zu den Verbrechen des Dritten Reiches, in: GUZ 8 vom 21.3.1947, S. 6–7.

wird von Deutschen erhoben, der Vorwurf mittelmäßiger Lauheit und Verständnislosigkeit von Ausländern und Emigranten.<sup>1684</sup> Abgedruckt ist der Brief einer in den USA lebenden jüdischen Freundin Schaeders, die ihre „unzureichende Antwort“ an Alvis missbilligte und hoffte, nichts Ähnliches mehr lesen zu müssen. Alvis selbst dagegen gab sich abschließend trotz anhaltenden Misstrauens gegenüber ‚den Deutschen‘ versöhnlich, warnte aber nachdrücklich vor der geistigen Nichtbewältigung des Nationalsozialismus. Hier ist von Interesse ist, dass die Korrespondenz veröffentlicht wurde und gerade in den kirchlich gebundenen Kreisen Beachtung fand.<sup>1685</sup>

---

<sup>1684</sup> Hildegard Schaeder und Ernest Alvis, beide undatiert in: Briefe auf ‚Zweierlei Sprache. Auslandsstimmen zur deutschen Schuld, in: GUZ 15 vom 4.7.1947, S. 12.

<sup>1685</sup> Ernest Alvis am 2.4.1947. Ebenda, S. 13.

## **„Göttingen ist derweil unbestritten zur ersten Fakultät Deutschlands geworden.“ Personelle Neuaufstellung und theologischer Bruch**

Für die Theologische Fakultät konnte das Ende des ‚Dritten Reiches‘ nicht ohne Folgen bleiben. Die erste Personalentscheidung fiel bereits am 12. April 1945, vier Tage nach dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte. Auf Bitten des Senats löste Walter Bauer, dienstältestes Fakultätsmitglied und politisch nicht kompromittiert, Otto Weber als Dekan ab.<sup>1686</sup> Getarnt als wissenschaftliche Vorträge vor der *Evangelischen Studentengemeinde* fanden bereits im Sommer im Zuge der ‚halblegalen Vorwegnahme‘ der Wiedereröffnung der Universität erste Lehrveranstaltungen statt. In der Albanikirche las Weber über alttestamentliche Prophetie, Hermann Dörries über *Das Bekenntnis in der Geschichte der Kirche*.<sup>1687</sup> Der offizielle Neustart erfolgte unter erschwerten Bedingungen. Nachdem die Militärregierung Ende Juni eine Räumungsanweisung für eine größere Anzahl städtischer rund universi-

---

<sup>1686</sup> Eintragung Bauers in das Dekanatsbuch. Niederschrift Webers vom 13.4.1945. Als Bauer sein Amt mit der Wiedereröffnung aufgrund eines Augenleidens zur Verfügung stellte, lehnte Weber die Übernahme ab. Stattdessen übernahm Prodekan Jeremias. Niederschrift vom 18.9.1945. UAG, Theol. SA, Nr. 163.

<sup>1687</sup> Kertz: Student, S. 32. Vgl. Bülow: Weber, S. 259; Dörries: Bekenntnis.

tärer Gebäude erlassen hatte, war die Fakultät faktisch obdachlos.<sup>1688</sup> Das Theologische Seminar am Friedländerweg wurde erst nach zähen Verhandlungen erneut freigegeben, dagegen realisierte sich die Wiedereröffnung des Sprachenkonvikts erst 1952, sieben Jahre nach Kriegsende. Die Fakultät stand also vor denselben Problemen wie die Gesamtuniversität. Im laufenden Betrieb ging es um die Erhaltung von Minimalstrukturen, die allmähliche Erweiterung von Spielräumen, schließlich um einen tatsächlichen Neubeginn, der zugleich ein personeller und inhaltlicher Erneuerungsprozess war. Dazu trat ein partieller Funktionswechsel, der sich aus der plötzlichen Randlage Göttingen und dem vermehrten studentischen Zuspruch aus ‚dem Osten‘ ergab. Die Göttinger Fakultät wurde rasch zu einer zentralen Ausbildungsstätte für evangelische Pfarrer in der SBZ bzw. ab 1949 in der DDR, wo sich infolge anderer Schwerpunktsetzungen ein dauerhafter Nachwuchsmangel und eine strukturelle Unterversorgung abzeichneten. Seit 1945, so das Resümee Ernst Wolfs im Jahr 1950, gewann die Theologische Fakultät „in einem früher kaum je gekannten Maße eine weit über die Grenzen unseres unmittelbaren räumlichen Wirkungsbereichs kirchliche und theologische Verantwortung“.<sup>1689</sup>

Im September 1949 umfasste die Theologische Fakultät eine theoretische und eine praktische Abteilung sowie die Abteilungen *Niedersächsische Kirchengeschichte* und *Ökumenische Theologie*.<sup>1690</sup> Die langersehnte Verwirklichung einer eigenen Abteilung für niedersächsische Kirchengeschichte war das Ergebnis einer erfolgreichen Rückverhandlung von Dörries, die Abteilung *Ökumenische Theologie* entsprach nach Jahren der wissenschaftlichen Isolation dem Interesse, erneut internationalen Anschluss zu finden. Seit dem SoSe 1946 erhielt Hans-Heinrich Harms, zugleich Leiter des Instituts für deutsch-amerikanische Beziehungen, Lehraufträge für *Angelsächsische Theologie* und andere ökumenische Themen.<sup>1691</sup> Dagegen scheiterte die gewünschte Aufwertung der Missionswissenschaften, als der in Aussicht genommene und frisch habilitierte Walter Holsten einen Ruf aus Mainz annahm.<sup>1692</sup> Organisatorisch unabhängig von der Theologischen Fakultät, aber „im Zusammenwirken von Theologen und Juristen der Göttinger Universität“, entstand 1946 auf Grundlage eines EKD-Ratsbeschlusses eine Arbeitsstelle für evangelisches Kir-

<sup>1688</sup> So fanden die Vorlesungen von Hans Joachim Iwand zuerst im Gemeindesaal der Albanigemeinde statt. Seim: Iwand, S. 307. Zu einer Entspannung kam es erst Mitte der 1950er Jahre, schließlich entstand in den 1960er Jahren das Theologicum. Vgl. Meinhardt: Universität, S. 115.

<sup>1689</sup> Dekan Wolf an Prof. Stamm (Bern) am 23.5.1950. UAG, Theol. PA, Nr. 81.

<sup>1690</sup> Kurator an das Ministerium am 16.9.1949. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/218, Nr. 501.

<sup>1691</sup> Antrag der Theologischen Fakultät vom 3.10.1.1947; Theologische Fakultät an den Kurator am 18.7.1949. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/218, Nr. 501 Beispielsweise behandelte er im WS 1947/48 *Amerikanische Kirchengeschichte*. Auskunft Fragebogen. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 10487. Dörries an Marahrens am 8.8.1946. UAG, Theol. SA, Nr. 159.

<sup>1692</sup> Dekan am 6.2.1947 an den Kultusminister. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/85, Nr. 169.

chenrecht – das heutige *Kirchenrechtliche Institut der EKD* –, dessen Leitung Rudolf Smend übernahm.<sup>1693</sup>

## Personeller Umbruch: Entlassungen und Neubesetzungen

Personell gab es in den Jahren 1945/46 einen gravierenden Umbruch. Innerhalb weniger Monate wurden vier der acht bestehenden Lehrstühle neu besetzt. Die Gründe waren drei Entlassungen aus politischen Gründen, formal zwei Entlassungen und eine auf Eigenantrag erfolgte Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand. Bauer wurde 1946 ordnungsgemäß emeritiert.<sup>1694</sup> Ihm folgte der Bultmann-Schüler und frühere Heidelberger Privatdozent Günther Bornkamm, dem 1936 aufgrund seiner Aktivitäten für die *Bekennende Kirche* die *Venia Legendi* entzogen worden war. An die Stelle von Emanuel Hirsch trat 1946 Hans Joachim Iwand, der sich ebenfalls in führender Position für die *Bekennende Kirche* engagiert und dies mit dem Entzug seiner Lehrerlaubnis, beruflichen Nachteilen und einer mehrmonatigen Inhaftierung bezahlt hatte. Auf Birnbaum folgte Wolfgang Trillhaas aus Erlangen, den kirchengeschichtlichen Lehrstuhl des entlassenen Martin Gerhardt übernahm Ernst Wolf. Das noch 1945 wiederhergestellte alttestamentliche Ordinariat vertrat Gerhard von Rad.<sup>1695</sup>

Die wissenschaftliche Befähigung der Neuberufenen war unbestritten.<sup>1696</sup> Ihre kirchenpolitische Bindung spielte dennoch eine entscheidende Rolle. Berufen wurden Theologen, die der *Bekennenden Kirche* angehört und im NS-Staat erhebliche berufliche und persönliche Nachteile in Kauf genommen hatten. Offensichtlich habe man, so Trillhaas, eine „Repräsentanz der Theologie der Bekennenden

---

<sup>1693</sup> Anlagen und Beschlusstexte der 3. Sitzung des Rates der EKD am 13./14. Dezember 1945 in Frankfurt. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 225. Bis heute ist der Sitz auf einen Ort festgelegt, an dem es sowohl eine Juristische als auch eine (evangelische) Theologische Fakultät gibt. Die Leitung übt jeweils ein Jurist aus.

<sup>1694</sup> Zu seiner Rolle hieß es, ohne weitere Angaben, anlässlich seines Abschieds: „Nur das kann die Fakultät ihrem scheidenden Dekan nicht ungesagt lassen: den Dank für die selbstlose Bereitschaft in einer Zeit der Bedrängnis an ihre Spitze zu treten. Die vornehme Leichtigkeit und sichere Festigkeit ihrer Zügelführung hat den Fakultätswagen rasch und ungefährdet über ein besonders schwieriges Stück Weges kommen lassen.“ BArch, N 1721, Nr. 68.

<sup>1695</sup> Zustimmung der Forstlichen Fakultät zur Rückgabe des alttestamentlichen Lehrstuhls vom 8.8.1945. UAG, Theol. PA, Nr. 81. Von Rad war bereits 1941 als Nachfolger von Baumgärtel gehandelt worden. Die Schaffung eines zweiten alttestamentlichen Lehrstuhls scheiterte zunächst und konnte erst 1955 realisiert werden. Antrag des LKA vom 3.11.1947 (Abschrift). UAG, Theol. SA, Nr. 169. Vgl. Smend: Fakultät, S. 159–163.

<sup>1696</sup> Noch vor der Wiedereröffnung der Universität soll Pfarrer Edmund Schlink einen Ruf aus Göttingen angenommen haben. Stewart W. Herman: Conversation with Pastor von Bodelschwingh at Bethel in Bielefeld on September 5, 1945. Abgedruckt in: Vollnhals (Hg.): Kirche, S. 138–139. Dazu kam es nicht. Schlink ging 1946 nach Heidelberg, wo er das erste *Ökumenische Institut* an einer deutschen Universität aufbaute. Auch Schlink war im NS-Staat aufgrund seines hervorgehobenen Engagements für die *Bekennende Kirche* zahlreichen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. U.a. blieb ihm der Zugang zu einer staatlichen Hochschule verwehrt.

Kirche“ im Sinn gehabt.<sup>1697</sup> Ausgehend von Otto Weber, dem in den Berufungsverfahren eine federführende Rolle zugesprochen wird, handelte es sich um eine Grundentscheidung. Vor allem die ‚Barthianer‘ Hans Joachim Iwand und Ernst Wolf standen für einen kirchlichen und theologischen Neuanfang.<sup>1698</sup> Dieser war nicht unumstritten. So erfolgte die endgültige Berufung Wolfs erst am 18. September 1946, nachdem die Landeskirche zuvor massive persönliche, theologische, kirchenpolitische und konfessionelle Bedenken geltend gemacht hatte.<sup>1699</sup> Erst nach einem dreistündigen Gespräch Ende Juli, an dem neben Wolf Dekan Dörries, für das Landeskirchenamt Paul Fleisch und Heinz Brunotte teilnahmen, ließ die Landeskirche ihre Bedenken „in Lehre und Bekenntnis“ fallen, fügte aber an: „Wir können uns aber ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit unserer Landeskirche nur vorstellen, wenn Herr Prof. D. Wolf sich kirchenpolitisch einige Zurückhaltung auferlegt.“<sup>1700</sup>

<sup>1697</sup> Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 211–242, hier S. 212; Seim: Iwand, S.307. Anlässlich der Neubesetzung des Lehrstuhls für Kirchengeschichte hielt die Fakultät fest, dass Kurt Dietrich Schmidt nach seinem Amtsverlust aus Sicht der Fakultät einen Anspruch auf Wiedergutmachung habe. Ausschlaggebend war dieser Befund nicht. Jeremias an den Oberpräsidenten am 15.2.1946. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/128, Nr. 512.

<sup>1698</sup> Ohne weitere Ausführung sprach Trillhaas von einer „barthianischen Cliquenbildung, die sich zielstrebig und oft kaum noch verborgen hinter den Kulissen auf die Fakultätspolitik legte. Ich hatte das Spiel hier in Göttingen unmittelbar vor Augen.“ Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 101. Anhand der ausgewerteten Unterlagen ließ sich ein ‚Basler‘ Einfluss auf Göttinger Berufungsverfahren nicht verifizieren.

<sup>1699</sup> Auf der Vorschlagsliste für den Lehrstuhl für Kirchengeschichte stand neben Ernst Wolf paripassu Hans von Campenhausen. Auf Platz 3 stand Walter von Loewenich. Alternativ wurden Hans Leube und Kurt Dietrich Schmidt genannt. Jeremias an den Oberpräsidenten am 15.2.1946. Dekan Dörries hielt Campenhausen, mit dem er befreundet war, für wissenschaftlich qualifizierter, wollte aber aufgrund der „Vorfestlegung“ auf Wolf nicht weiter insistieren. Dörries an Ministerialrat Zierold am 25.4.1946. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/128, Nr. 512.

<sup>1700</sup> Marahrens an den Oberpräsidenten am 5.8.1946. Ebenda. Am 23.8.1946 teilte das Landeskirchenamt der Fakultät mit, dass seitens der Landeskirche „gewisse persönliche Bedenken“ gegen Wolf auch nach dem Gespräch bleiben, die letzten theologischen Bedenken aber geklärt seien. Sobald das Entnazifizierungsverfahren Gerhardt endgültig abgeschlossen sei, werde Wolf berufen. Vgl. das von Wolf angefertigte Protokoll des Gesprächs. Themen waren seine Kontakte zu den Reformierten und ein offener Brief Wolfs vom 29.12.1945, der sich gegen die Kritik von Helmut Thielicke am *Stuttgarter Schuldbekenntnis* wandte. In einem undatierten Urmiss für ein mögliches Gutachten der Landeskirche hieß es u.a.: „Professor D. Wolf hat es für richtig gehalten, wiederholt in allen Maße übersteigenden, ungewöhnlichen Form gegen die Hannoversche Landeskirche, ihre Leitung und ihre Einstellung zu den Fragen des lutherischen Zusammenschlusses zu polemisieren, ohne dass ihm seitens der lutherischen Landeskirche ein Anlass gegeben worden wäre.“ Angeführt werden auch seine Darstellung des ‚Kirchenkampfes‘: Wolf habe den lutherischen Konfessionalismus als auf die Romantik zurückgehende „konfessionalistische Tendenzen“ herabgewürdigt und den *Lutherrat* und seine Abgrenzung zu den zerstörten Landeskirchen allein aus Gründen des Eigenerhalts beschrieben. Schließlich heißt es: „Die theologische Bereicherung, die er unserer Landesuniversität bringen könnte, wird reichlich aufgewogen durch das dauernde Moment der Beunruhigung.“ Es gehe nicht um Friedhofsruhe, auch nicht um Einschränkung der Lehr- und Meinungsfreiheit. Wolf habe dies aber „bis zur Feindseligkeit und ungerechter Unsachlichkeit“ gesteigert. Die letztendliche Ernennung Wolfs habe, so Campenhausen in einem Schreiben an Dörries am 21.9.1946, der Fakultät

## Aus dem Dienst entfernt

Die dauerhafte Dienstentfernung von Emanuel Hirsch, Walter Birnbaum und Martin Gerhardt war ein integraler Bestandteil der Neuaufstellung der Fakultät. Sie erfolgte mit Einverständnis und auf aktives Betreiben der Mehrheit der verbliebenen Fakultätsmitglieder.<sup>1701</sup>

### Der unauflösliche tiefe Schmerz des Emanuel Hirsch

Die wichtigste Entscheidung betraf Emanuel Hirsch, der seit Jahren an einem Augenleiden litt und mittlerweile fast völlig erblindet war. Er reichte am 30. Mai 1945 sein Pensionierungsgesuch ein und begründete dies mit seinem Gesundheitszustand. De facto erfolgte es auf Anraten und in Absprache mit Rektor Smend und verfolgte das Ziel, Hirsch das bevorstehende Entnazifizierungsverfahren zu ersparen und ihm damit Wohnung und zumindest 75 Prozent seines Ruhegehaltes zu sichern. Diese Privilegien konnte er auch behalten, nachdem er im Juli auf einer Relegiertenliste der britischen Militärbehörden stand. Eine politische Überprüfung Hirschs war nicht im Interesse der Universität.<sup>1702</sup> Seine Universitätskarriere aber war unweigerlich beendet. Angesichts seines Wirkens während der NS-Zeit blieben die Folgen seiner faktischen Entlassung recht milde, freilich erhielt er keine offizielle Verabschiedung.<sup>1703</sup>

Die Causa Hirsch war damit noch nicht beendet. Sie schlug verschiedene Volten und endete erst 1956. 1949 war es die *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft*, die auf die Anstellung eines Assistenten für den erblindeten Hirsch drängte. Dies wurde abgelehnt. Universitätskurator Bojunga wies nachdrücklich auf die NS-Belastung Hirschs hin und machte deutlich, dass dieser mit den bestehenden Regelungen gut bedient sei.<sup>1704</sup> Fünf Jahre später zeigte sich die Theologische Fakul-

---

auch Hans Joachim Iwand erhalten. BArch, N 1721, Nr. 27. Die Berufung Wolfs war von der Fakultät gewollt und frühzeitig in die Wege geleitet worden. Dörries an Wolf am 14.9.1945. UAG, Theol. SA, Nr. 216.

<sup>1701</sup> Eintragung Bauers in das Dekanatsbuch für das Jahr 1945. Eine erste Aufstellung sämtlicher Professoren mit Geburtsdatum, Lebenslauf und NSDAP-Mitgliedschaft datiert bereits vom 15.5.1945. Dekanat: Auszüge aus dem Fakultätsbuch.

<sup>1702</sup> Kurator an das Ministerium am 16.10.1945. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/85, Nr. 36. Es sollten keine weiteren Schritte unternommen werden, auch da Hirsch aufgrund seiner Blindheit keine andere Erwerbsmöglichkeit in Aussicht hatte. Vgl. Ericksen: Fakultät, S. 91f.

<sup>1703</sup> Ohne Bezug auf sein Handeln während der NS-Zeit wandte sich am 12.6.1945 der Kurator an Hirsch: „Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, daß ebenso wie ihr Rang als Gelehrter feststeht, auch die mannigfachen Verdienste, die Sie sich um die Theologische Fakultät der Universität erworben haben, unvergessen bleiben.“ Hirsch verzichtete auf sein Ankündigungsrecht und die Teilnahme an akademischen Feiern, bestand aber auf die Nennung im Personalverzeichnis, da er nicht aus politischen Gründen entlassen worden sei. Aktenvermerk vom 13.6.1945. UAG, Kur., 10487/1.

<sup>1704</sup> Zitiert in Ericksen: Fakultät, S. 92. Drei Jahre später war es Birnbaum, mittlerweile Vorsitzender im *Verband amtsverdrängter Hochschullehrer*, der ohne Absprache mit Hirsch die Anhebung in den Status eines Emeritus ins Spiel brachte – erfolglos.

tät angesichts der wissenschaftlichen Bedeutung und der anhaltenden Schaffenskraft Hirschs gegenüber einer ordnungsgemäßen Emeritierung Hirschs offen, ohne sich aktiv dafür einzusetzen. Noch immer galt, dass Hirsch „in den Tagen des sog. ‚Dritten Reiches‘ sowohl auf kirchen- wie auf hochschulpolitischem Gebiet zu den aktivsten und einflußreichsten Vertretern nationalsozialistischer Weltanschauung gehört“ habe. Zur Vorbedingung mache man, dass es Hirsch, dem es in der Weimarer Republik gelungen war, sich der Vereidigung auf die Verfassung zu entziehen, „nicht ein zweites Mal gestattet wird, seiner Ablehnung der demokratischen Staatsordnung Ausdruck zu geben“. <sup>1705</sup> Letztendlich scheiterte das Vorhaben an rechtlichen Vorgaben und der Tatsache, dass Hirsch seine Entpflichtung aus gesundheitlichen Gründen beantragt hatte. Eine erneute Berufung war aus beamtenrechtlichen Gründen nicht möglich, zu einer Ernennung Hirschs zum Honorarprofessor war die Fakultät nicht bereit. Andere Annäherungsversuche seitens der Fakultät wie z.B. der Zusatz ‚im Ruhestand‘ im Vorlesungsverzeichnis oder die Versendung von Einladungen und anderer Post nach dem Verfahren bei einem Emeritus schlug seinerseits Hirsch aus. Er beharrte auf eine öffentlich vollzogene Rehabilitierung. <sup>1706</sup>

Seinen Lebensabend verbrachte Hirsch in Göttingen. Weiterhin arbeitete er wissenschaftlich mit großem Ertrag. <sup>1707</sup> Als „stille geistige Gewalt“ sammelte er noch über Jahre Theologiestudenten um sich, auch stand er mit einzelnen Fakultätsmitgliedern weiterhin in persönlichem Kontakt und tauschte sich wissenschaftlich aus. <sup>1708</sup> Über eine Selbstreflexion seiner Rolle im ‚Dritten Reich‘ ist nichts bekannt. Hans-Heinrich Harms berichtete 1950 nach einem Besuch, Hirsch habe „ca. zwei Stunden, ohne Punkt und Komma, die Deutschen Christen verteidigt und den Nationalsozialismus verteidigt“. <sup>1709</sup> 1958 beklagte er anlässlich der Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag auch seine Fremdheit in Volk, Theologie und Kirche:

<sup>1705</sup> Zitiert in: Eriksen: Fakultät, S. 92.

<sup>1706</sup> Vgl. Eriksen: Fakultät, S. 93. Nach Hirschs Tod wies Birnbaum darauf hin, dass Hirsch auf eine Entschuldigung des Rektors für das an ihm begangene „Unrecht“ gewartet habe. Birnbaum an Bernd Moeller am 29.9.1972. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1707</sup> In den Jahren 1949 bis 1954 erschien seine – nach Smend bereits während des Kriegs vollendete – fünfbandige *Geschichte der neueren evangelischen Theologie im Zusammenhang mit den allgemeinen Bewegungen des europäischen Denkens*. Bis 1975 erreichte sie fünf Auflagen. Smend: *Geschichte*, S. 53. 1972 berichtete Trillhaas, dass Karl Barth ein Abschiedsbesuch bei Hirsch nur mit Mühe ausgedrückt werden konnte. Trillhaas: *Repräsentant*, S. 602.

<sup>1708</sup> Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 218. Vgl. u.a. Kaufmann: *Anhang*, S. 55–62.

<sup>1709</sup> Zitiert in GTH (Hg.): *Theologie*, S. 136. Anlässlich des Todes Hirschs im Jahr 1972 zeigte sich Wischmann noch immer betroffen, dass Hirsch niemals einen Funken Reue gezeigt habe. Er habe nach dem Umschwung alte und neue Freunde auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Das Schreiben weist jene Ambivalenz aus, die sein Verhältnis zu Hirsch begleitete. Er hatte ihm viel zu verdanken, andererseits aber aufgrund der Denunziationen Hirschs große Nachteile erfahren. Wischmann an OLKR Eberhard Müller am 1.8.1972. LKAH, NL 78, Nr. 258.



*Der unauflösliche tiefe Schmerz, der durch mein gegenwärtiges Leben geht, entzündet sich nicht am Schicksal meiner Person, sondern einzig und allein an der verzehrenden Angst um das Schicksal meines Volkes und um die Zukunft der deutschen evangelischen Kirche. Diese Angst in Gottes Hände zu geben und ihn walten zu lassen, das ist wirklich schwer.<sup>1710</sup>*

Emanuel Hirsch starb 1972. Zur Trauerfeier entsandten weder die Universität noch die Theologische Fakultät offizielle Vertreter. Dagegen bedauerte Wolfgang Trillhaas, dass „sein Bild verfremdet und die Erinnerung an ihn von den düsteren Schatten der Ereignisse im sog. Dritten Reich überlagert“ sei:

*Welches unbelastete Interesse müßte nicht im Rahmen einer Darstellung der Göttinger Theologiegeschichte die Begegnung mit dem größten Historiker unserer Wissenschaft für die Neuzeit seit Ernst Troeltsch auf sich ziehen, wäre nicht in ihm die deutsche Katastrophe jener Jahre wie bei kaum einem anderen bis in die persönliche Tragik hinein gesteigert!<sup>1711</sup>*

Walter Birnbaum: „Von hieraus erhält der Streitfall in der Theologischen Fakultät, weit hinaus über das menschliche Versagen, die Dignität eines Problems der Gesamtuniversität.“

Walter Birnbaum durfte auf keinerlei Wohlwollen seitens der Fakultät hoffen.<sup>1712</sup> Bereits am 17. Mai 1945 untersagte ihm Dekan Bauer unter Hinweis auf die rechtlich nichtige Bestellung zum Universitätsprediger das Predigen in der Universitätskirche. Dieses Verbot betraf auch den bereits angekündigten Pfingstgottesdienst. Kurator Büchsel hatte zu Bedenken gegeben, dass der Universitätsgottesdienst aktuell die einzige öffentliche Universitätsveranstaltung sei.<sup>1713</sup> Am Tag der Wie-

<sup>1710</sup> Hirsch an viele nach seinem 70. Geburtstag am 16.6. 1958. LKAH, KKD, Nr. 132. Die Glückwünsche von Universität und Fakultät waren ihm vom Rektor übermittelt worden.

<sup>1711</sup> Trillhaas: S. 372f. Vgl. ders.: Vergangenheit, S. 88f.

<sup>1712</sup> Vgl. Ericksen: Fakultät, ders.: Spiegel, S. 86–90; S. 93ff; Schael: Grenzen, S. 55–61; die umfangreichen Unterlagen in: NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231; ebenda, Nds. 401, Acc. 2003/128, Nr. 496; UAG, Theol. PA, Nr. 96. Aus der Sicht Birnbaums vgl. Birnbaum: Zeuge, S. 242–272.

<sup>1713</sup> Birnbaum stimmte dem nur vorläufig zu, da er ansonsten auch seine Professur hätte niederlegen müssen. Am 9.7.1945 teilte der Kurator dem Dekan mit, dass die endgültige Entscheidung nun beim Oberpräsidenten liege. UAG, Theol. PA, Nr. 96; Kurator an die Theologische Fakultät am 14.5.1945. Ebenda. Am 23.7.1945 bedauerte Birnbaum, dass die Fakultät die Anregung Büchseles „in der ersten Erregung der Besatzungszeit“ aufgegriffen habe. Vier Tage später teilte er dem Dekan mit, dass er nun mit Zustimmung Gogartens als Ordinarius predigen wolle. Bauer wies dieses Ansinnen am 31.8.1845 zurück. Dies führte zu einer Beschwerde beim Senat. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Zuvor hatten die Fakultät Birnbaum als Universitätsprediger für unerwünscht (am 9.7.1945 gegenüber den Oberpräsidenten), die Landeskirche dies (am 4.8.1945 gegenüber dem Kultusministerium) für „grundsätzlich ausgeschlossen“ erklärt. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/218, Nr. 496.

dereröffnung, am 17. September 1945, wurde Birnbaum entlassen.<sup>1714</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatten ihm sowohl die Landeskirche als auch die Fakultät eine sämtliche Tätigkeiten umfassende Absage erteilt und eine Rückkehr kategorisch ausgeschlossen.<sup>1715</sup> Folgerichtig scheiterten seine Bemühungen um eine Absicherung seiner Position. Der vom Rektor, Senat, Fakultät, Kurator und auch von der Militärregierung befürwortete Antrag auf Emeritierung ließ sich aus rechtlichen Gründen nicht realisieren.<sup>1716</sup> So blieb es bei seiner Entlassung, da zwei Entnazifizierungsausschüsse Birnbaum in den Jahren 1946/47 trotz geringer Formalbelastung in die Kategorie III („Mitläufer“) einstufen und ihn der dauernden Unterstützung der nationalsozialistischen Weltanschauung für schuldig befanden. Verbunden war die Einstufung mit einem Lehr- und Publikationsverbot.<sup>1717</sup>

Zur Überraschung und zum Entsetzen der Fakultät erschien im Dezember 1948 eine Wiedereinsetzung Birnbaums dennoch realistisch, nachdem der Göttinger Hauptentnazifizierungsausschuss ihn in einem Überprüfungsverfahren als „nicht betroffen“ entlastete.<sup>1718</sup> Seine Entlassung wurde nun vor allem auf theologisch-dogmatische Gründe zurückgeführt, während die Umstände seiner Berufung keine Rolle spielten. Seinen Austritt aus den *Deutschen Christen* wertete der Ausschuss als eine „Absage an den Nationalsozialismus“.<sup>1719</sup> Faktisch handelte es sich

<sup>1714</sup> Schreiben der Militärregierung vom 17.9.1945. Das Tätigkeitsverbot beschränkte sich auf die Universität. Die Möglichkeit in den Gemeindedienst zu gehen, wurde ihm zugestanden. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Birnbaum war bereits am 6.9.1945 suspendiert worden. Vgl. ebenda den Einspruch Birnbaums vom 6.11.1945 mit ausführlicher Begründung. 1946 wandte sich Birnbaum nochmals an den Senat und forderte die Aufhebung seiner Dienstentlassung und die Anerkennung des Rechts, als Ordinarius Gottesdienste in der Universitätskirche halten zu dürfen.

<sup>1715</sup> Das Landeskirchenamt knüpfte am 14.8.1945 sogar die Empfehlung des Studienortes Göttingen an den Nichtverbleib Birnbaums. LKAH, B1 A, Nr. 268; Dekan Bauer an Oberpräsident am 27.8.1945. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Auch der spätere Kultusminister Adolf Grimme, zu diesem Zeitpunkt noch Regierungsdirektor und Leiter der *Abteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung*, plädierte für ein Ausscheiden Birnbaums. Rektor an Bauer am 20.8.1945. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1716</sup> Vgl. Birnbaum: Zeuge, S. 255f. Sowohl Jeremias (am 31.12.1945 gegenüber dem Kurator) als auch sein Nachfolger Dörries (am 4.6.1946 gegenüber dem Senatsausschuss) hatten sich für diese Lösung stark gemacht. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231.

<sup>1717</sup> Stellungnahme des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Göttingen am 4.9.1947. Finanziell erhielt Birnbaum 40 Prozent von seinem Ruhegehalt. Einschränkend kam das Verbot von leitenden, anweisenden oder aufsichtsführenden Stellen bzw. von Privatunterricht hinzu. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Vgl. Protokollauszüge (Abschrift) des Unterausschusses zur Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität vom 2.8., 2.9. und 4.9.1946. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1718</sup> Kurator an Dekan am 22.12.1948 mit einer Mitteilung über den Entnazifizierungsbescheid vom 7.12.1948 und Birnbaums Antrag auf Wiedereinsetzung. Werde dieser rechtskräftig, habe Birnbaum Chancen, wieder eingesetzt zu werden. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1719</sup> Entnazifizierungs-Hauptausschuss Stadt Göttingen im mündlichen Verfahren am 7.12.1948, einschließlich einer siebenseitigen Anlage mit der Begründung der Entscheidungsfindung. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Professor Konrad Ziegler, Beisitzer in dem Verfahren, sprach gegenüber dem Minister für Entnazifizierung am 16.12.1948 von einem „unbegreifliche[m] Fehlurteil“. Er führte es vor allem auf die Person des Vorsitzenden zurück. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Vgl. den Entscheid vom 3.11.1948 [?]. Zitiert nach Ericksen: Religion, S. 89.

um ein Politikum. Rektor Raiser sprach von einer nicht hinnehmbaren und völlig verfehlten Entscheidung, die nicht „den Wünschen“ der Fakultät entspreche. Sie selbst verfasste eine zehnsseitige Zusammenstellung und lehnte eine Zusammenarbeit mit Birnbaum weiterhin entschieden ab:

*Die Theologische Fakultät sieht nicht ein, warum sie durch ein öffentliches Fehlurteil genötigt werden soll, einen Mann weiterhin als ihr Mitglied zu ertragen, der für die meisten ihrer Professoren schon im 3. Reich unerträglich und dessen Einfluss auf die Studierenden schon damals im Ernst nicht gewünscht werden konnte.<sup>1720</sup>*

Auch die Landeskirche zeigte sich alarmiert:

*Eine Wiedereinsetzung B.'s in Göttingen würde m.E. alle an dem damaligen Kampf Beteiligten an der Sachlichkeit und Sinnhaftigkeit der Entnazifizierungspolitik irre machen. Ich hoffe sehr, dass es der Theologischen Fakultät in Göttingen möglich sein wird, das drohende Unheil abzuwenden.<sup>1721</sup>*

Im April 1949 wurde das Urteil in einer Revisionsverhandlung aufgehoben und Birnbaum in Kategorie IV eingestuft. Als Zeugen während der achtstündigen Verhandlung traten u.a. Bauer, Jeremias, der aktuelle Dekan Iwand und auch Eugen Mattiat auf.<sup>1722</sup> Letztendlich aber hatte auch dieses Urteil keinen Bestand. Zwei Jahre später, am 26. Januar 1951, wurde Birnbaums ‚Entlastung‘ rechtskräftig.

In die Reihen der Theologischen Fakultät wurde Birnbaum trotz dieser Letztentscheidung nicht erneut aufgenommen. Sie weigerte sich auf schmaler rechtlicher Basis, Birnbaum die „Wiederverwendung im akademischen Lehramt“ zu ermöglichen.<sup>1723</sup> Im Falle seiner Rückkehr gegen den Willen der Fakultät drohte Dekan Dörries mit seinem Rücktritt, auch fände sich kein anderer Ordinarius dazu bereit, das Amt zu übernehmen.<sup>1724</sup> Schließlich einigte man sich am 23. No-

<sup>1720</sup> Dekan Iwand am 30.12.1948. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Der Protest wurde am selben Tag Staatssekretär Wende zugestellt. Vgl. auch Iwands Eintrag ins Dekanatsbuch für das Jahr 1948/49.

<sup>1721</sup> Studiendirektor Klügel an Iwand am 29.12.1948 nach einem Telefonat. LKAH, B1 A, Nr. 268.

<sup>1722</sup> Verhandlung vor dem Berufungsausschuss am 28.4.1949 (Abschrift). UAG, Theol. PA, Nr. 96. Allein das Zustandekommen der Revision kann als Beleg für das politische Klima in Göttingen gewertet werden. Für den Einspruch, der erst unmittelbar vor Ende der Einspruchsfrist erhoben wurde, bedurfte es einer ministeriellen Anordnung. Kultusminister an den Öffentlichen Kläger des städtischen Entnazifizierungsausschusses am 5.1.1949. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 13231. Zuvor war von der Universität, Fakultät, aber auch der Landeskirche und sogar der Göttinger SPD massiver Druck ausgeübt worden. Vgl. die Unterlagen ebenda.

<sup>1723</sup> Eintragung Wolfs im Dekanatsbuch für das WS 1949/50. Mit seiner Entnazifizierung ‚erwarb‘ Birnbaum das Recht auf Wiedereinstellung. Am 4.7.1951 teilte das Kultusministerium der Fakultät mit, sich auf eine Rückkehr einzustellen. Ähnlich hatte sich am 26.6.1951 Altrektor Smend geäußert. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1724</sup> Dieser Haltung schloss sich sein Nachfolger Walther Zimmerli an. Am 14.7.1951 bekräftigte auch die Landeskirche ihre ablehnende Haltung. Birnbaum würde ggf. kein Prüfungsrecht erhalten. Die Brisanz der Angelegenheit als auch die Unsicherheit im Umgang mit ihr zeigt die umfangreiche Korrespondenz, in der verschiedene Universitätsstellen und auch das Kultusministerium eingebun-

vember 1951 auf, so Birnbaum, ein ‚Gentlemen-agreement‘. Im Ergebnis blieb Birnbaum ohne Verpflichtung gegenüber der Theologischen bzw. einer anderen Fakultät Professor der Göttinger Universität. Einziger Bezug war eine Wiederaufnahme ins Personalverzeichnis, allerdings mit dem Zusatz „liest zurzeit nicht“. <sup>1725</sup> Aufgrund seiner zehnjährigen Dienstzeit als Professor – während der Kriegszeit war Birnbaum, wie erwähnt, die meiste Zeit ortsabwesend – bezog Birnbaum ab 1952 bis zu seiner Emeritierung volles Gehalt.

Dass in der Angelegenheit auch danach Unklarheit bestand, zeigt ein Presseartikel im *Göttinger Tageblatt* vom 7. Februar 1952, in dem in apologetischer Art und Weise über die Wiedereinsetzung Birnbaums in sein Amt berichtet wurde. <sup>1726</sup> Die Fakultät sah sich zu einer Richtigstellung gezwungen und bekräftigte am 20. November auf einer Senatsitzung mit einer offiziellen Fakultätserklärung ihren Standpunkt. <sup>1727</sup> Dagegen war die getroffene Vereinbarung in der Deutung Birnbaums keine endgültige Lösung, sondern lediglich eine „verwaltungstechnische Überbrückung eines Notstandes“. <sup>1728</sup> Als die Theologische Fakultät sich zum WS 1952/53 weigerte, seine Vorlesungsankündigung abzdrukken, legte er seine grundsätzliche Position erneut in einem ausführlichen Memorandum dar. <sup>1729</sup> Auch in den Folgejahren beschäftigte Birnbaum die Fakultät, sei es mit einer Eingabe *Die Äußere und Innere Mission als Lehrgebiet in Göttingen*, sei es mit Beschwerden über die unzureichende Ankündigung seiner Veranstaltungen. <sup>1730</sup> Wiederkehrende

---

den waren. Nicht zuletzt zog man Vergleichsfälle heran, so den Umgang der Kieler Theologischen Fakultät mit dem Alttestamentler Hartmut Schmökel. Dekan der Kieler Fakultät an Dekan Göttingen am 27.7.1951. Unter Verzicht auf die Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit war Schmökel ordnungsgemäß emeritiert worden und widmete sich als Sachbuchautor der Geschichte des Alten Orients. Seine Forschungen betrieb er an der Göttinger Universität. Kontakte zur dortigen Theologischen Fakultät sind nicht bekannt. Vgl. Göllnitz: *Karrieren*, S. 54–62.

<sup>1725</sup> Niederschrift über eine Besprechung Birnbaums mit den Juristen Bockelmann und Werner Weber. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Ausgeschlossen war eine Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung und an Prüfungen sowie die Teilnahme an repräsentativen Fakultätsveranstaltungen. Vgl. Birnbaum: *Zeuge*, S. 269–273.

<sup>1726</sup> Entwurf der Fakultät. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Der GT-Bericht wiederum führte zu einem anonymen Schreiben, mit dem die angebliche Rückkehr des Nationalsozialisten Birnbaum in sein Amt gegen die universitären und studentischen Proteste gegen die Aufführungen der Filme von Veit Harlan in Göttingen ausgespielt wurde. Dabei wurde der Fakultät und namentlich dem aktuellen Rektor Trillhaas unterstellt, dass sie Birnbaum erneut in Amt und Würden gebracht hätten. Der Brief schloss mit der Forderung zuerst „in seinen eigenen Kreisen Verantwortungsgefühl“ zu zeigen.

<sup>1727</sup> Erklärung der Theologischen Fakultät vom 20.11.1951. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1728</sup> Birnbaum an Neumann im Juli 1952 mit einem angehängten, als streng vertraulich gekennzeichneten Memorandum an den Senat. SUB, Cod. Ms. F. Neumann 1,34.

<sup>1729</sup> Birnbaum an den Kurator am 19.5.1952 mit einer Liste seiner geplanten Lehrveranstaltungen. UAG, Theol. PA, Nr. 96. Mitte Juli kam es zu einem Vergleich. Birnbaum verzichtete, erhielt dafür aber vom Kultusministerium zusätzliche Forschungsgelder und eine finanzielle Kompensation. Anhaltende Vorwürfe erforderten indes auf verschiedenen Ebenen wiederholt Stellungnahmen der Fakultät, die sachlich nichts Neues brachten und in der Einschätzung nichts änderten.

<sup>1730</sup> Kurator an Dekan am 4.3.1954 mit einer Abschrift seiner Eingabe an den Rektor vom 26.3.1953. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

Themen waren die Kernauseinandersetzung über seine Berufung, seine Haltung zum Nationalsozialismus und den Nachweis seiner Wissenschaftlichkeit. 1954 führte er – ohne Erfolg – eine Privatklage gegen Dörries wegen Beleidigung und angeblich falscher Behauptungen. Dieser habe öffentlich gesagt, er habe 1936 Studenten der *Bekennenden Kirche* denunziert.<sup>1731</sup> Die zuerst verweigerte Einsichtnahme in seine Personalakte und schließlich sein Drängen auf die Entfernung eines nicht rechtmäßig abgehefteten und angeblich diskriminierenden Flugblatts endete erst 1956, nach bald zweijähriger Korrespondenz.<sup>1732</sup> 1961 wurde Birnbaum, der bereits drei Jahre zuvor nach München gezogen war, ordnungsgemäß emeritiert. Die Dankesurkunde, die die Landesregierung zu diesem Anlass normalerweise ausstellte, wurde ihm in Absprache mit dem Kurator verweigert.<sup>1733</sup>

Für die Theologische Fakultät war Birnbaum *persona non grata*: wissenschaftlich, theologisch und persönlich. Er war zu keiner Zeit in der Lage, sein eigenes Handeln, seine eigene Verantwortung und die breite Ablehnung, die er in Göttingen erfuhr, zu reflektieren. Zeitlebens sah er sich als Opfer äußerer Umstände. Dabei blieb er maßlos. Wiederholt verglich er die Behandlung, die er selbst erfahren hatte, mit der nationalsozialistischen ‚Gleichschaltung‘ der Universitäten und den damit verbundenen rassistisch-politischen ‚Säuberungen‘ des Lehrkörpers. Seine 1973 in Buchform erschienene Autobiografie ist in diesem Tenor gehalten. Sie weist ihn als einen Unbelehrbaren aus, der anhaltend ein völkisch-rassistisches Weltbild vertrat und an idealisierten deutschchristlichen Vorstellungen festhielt, die er mit unversöhnlichen Angriffen auf die *Bekennende Kirche* verband. Politisch entsprach diesem Weltbild seine führende Mitarbeit im extrem rechten *Verband amtsverdrängter Hochschullehrer*, in dem Birnbaum mit bekannten Nationalsozialisten wie dem Verlagsgründer Herbert Grabert, ein promovierter Theologe und ab 1933 Führungsmitglied der *Deutschen Glaubensbewegung*, und dem Wirtschaftswissenschaftler Klaus Rath zusammenarbeitete.

---

<sup>1731</sup> Birnbaum an den Senat am 14.5.1954. UAG, Theol. PA, Nr. 102. Die am 11.5.1954 eingereichte Privatklage liegt bei. Am 18.8.1954 wurde die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/218, Nr. 496. Ablehnung der Berufung Birnbaums durch das Landgericht am 25.10.1954. UAG, Theol. PA, Nr. 96.

<sup>1732</sup> Birnbaum an den Kultusminister am 11.3.1954 (Dienstaufsichtsbeschwerde) betr. Einsicht in seine Personalakte. NLA HA, Nds. 401, Acc. 2003/218, Nr. 496. Birnbaum monierte, die Jahre 1951 bis 1953 hätten das Gesamtbild zum Negativen verschoben. Zu einer Äußerung habe er keine Möglichkeit erhalten.

<sup>1733</sup> Noch 1986, ein Jahr vor seinem Tod, bemühte sich Birnbaum aktiv darum, dass seine Publikationen in der Seminarbibliothek zur Verfügung ständen.

Martin Gerhardt: „Er ist ein ehrlicher Christ, ein anständiger Deutscher, ein gewissenhafter Gelehrter.“

Martin Gerhardt erlebte das Kriegsende in Norwegen und kam erst Mitte August aus der Kriegsgefangenschaft. Bereits zuvor, am 19. Juli 1945, war er von der britischen Militärregierung entlassen worden.<sup>1734</sup> Seine Entnazifizierung verlief negativ. Der universitäre Entnazifizierungsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass Gerhardt nicht nur als Mitläufer einzustufen sei, auch wenn er persönlich keine Vorteile aus seiner Parteizugehörigkeit gezogen bzw. andere geschädigt habe. Im Oktober 1946 stufte ihn auch der Göttinger Kreis-Entnazifizierungsausschuss in Kategorie 3a ein und beließ es bei seiner Entfernung von der Universität: „Ardent Nazi Supporter Remove immediately.“<sup>1735</sup> Von der Theologischen Fakultät erfuhr Gerhardt keine Unterstützung. Schon im Herbst 1945 hatte sie sich gegen ihn ausgesprochen. Jeremias, mittlerweile Dekan, Bauer und Dörries lehnten eine weitere Fakultätsmitarbeit Gerhardts ab, sein einziger Fürsprecher war Gogarten, der seine Entlassung als „Ungerechtigkeit“ ansah.<sup>1736</sup> Mit Ausnahme eines halbherzigen Versuches von Dörries im Mai 1946, Gerhardt das Abhalten kirchengeschichtlicher Repetitorien zu ermöglichen, reichten auch weitere Fakultätsvoten nicht über eine finanzielle Absicherung hinaus.<sup>1737</sup> Vielmehr distanzierte sich Jeremias, indem er betonte, dass Gerhardt allein aufgrund einer Intervention des REM 1937 auf die Vorschlagsliste gekommen sei.<sup>1738</sup> Längst bemühte sich die Fakultät um Ernst Wolf. Aus Sicht Gerhardts ging es dabei auch um eine aktuali-

<sup>1734</sup> Kurator an Gerhardt am 19.7.1945. UAG, Kur., 10293/1, Bl. 83. Gerhardt hatte am 7.9.1945 Widerspruch eingelegt. Ebenda, Bl. 100. Vgl. zum Folgenden Herrmann: Gerhardt, S. 395–493.

<sup>1735</sup> Deutscher Kreis Entnazifizierungsausschuss Göttingen am 15.10.1946. NLA HA, Nds. 171, Hildesheim, Nr. 7490. Im Vorfeld hatte sich Gerhardt vom NS-Staat distanziert. Der Krieg galt ihm seit 1943 als verloren, auch habe er sich in einem Greifswalder Berufungsverfahren mit einem Sondervotum für Leonard Rost eingesetzt, der weder der NSDAP noch den DC angehört habe, vielmehr der BK nahestand. Gerhardt an Trillhaas am 21.9.1946. In der Akte findet sich sein ausgefüllter Fragebogen. Leumundszeugnisse bescheinigten Gerhardt eine kritische Haltung gegenüber dem NS-Staat, vor allem gegenüber dessen Kirchenpolitik und gegenüber der repressiven Besatzungspolitik in Norwegen, aber auch gegenüber der „gegen das Judentum im Herbst 1938 durchgeführten Maßnahmen“. Oberarzt Herlyn am 5.7.1946. U.a. äußerten sich der norwegische Pfarrer Olaf Digre, der das Kriegsende in Oranienburg erlebte, Friedrich Gogarten und Wilhelm Stapel. Letzterer schrieb am 5.7.1946 von einem „aus einem idealistischen Irrtum“ erworbenen Parteibuch. Dörries sei „ein ehrlicher Christ, ein anständiger Deutscher, ein gewissenhafter Gelehrter“.

<sup>1736</sup> Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 399. An der entscheidenden Abstimmung beteiligten sich nur vier Professoren, Gogarten gab seine Ablehnung des Fakultätsbeschlusses zu Protokoll.

<sup>1737</sup> Dörries an den Rektor am 20.5.1947. Vgl. Rektor an den Kontrolloffizier der Göttinger Universität am 20.5.1946. UAG, Kurator, Nr. 10293/1, Bl. 97f. Hintergrund beider Schreiben war die Verbesserung der finanziellen Lage Gerhardts.

<sup>1738</sup> Dekan Jeremias am 12.2.1946. NLA HA, Nds. 171, Hildesheim, Nr. 7490. Demgegenüber verteidigte Mattiat seine Berufung als Ergebnis eines normalen Verfahrens. Seine DC-Mitgliedschaft habe keine Rolle gespielt. Bescheinigung Mattiats vom 22.7.1948. Ebenda, Bl. 33. Ähnlich äußerte sich Hirsch, der die Verantwortung für die Berufung Gerhardts übernahm. Das REM habe lediglich zugestimmt. Hirsch am 14.10.1946.

sierte Kontroverse zwischen der Holl'schen Lutherrenaissance und der Dialektischen Theologie Karl Barths, die in Göttingen zu seinem Leidwesen die Oberhand gewonnen habe. Die harte Haltung der Fakultät ihm gegenüber führte er vornehmlich auf theologische Differenzen zurück.<sup>1739</sup>

Trotz eines partiellen Schreibverbots arbeitete Gerhardt weiterhin wissenschaftlich und veröffentlichte im Auftrag des Centralausschusses der Inneren Mission zu dessen 100-jährigem Jubiläum eine zweibändige Festschrift *Ein Jahrhundert Innere Mission*. Am 1. Oktober 1948 kassierte der Entnazifizierung-Hauptausschuss der Stadt Göttingen das Urteil der Vorgängerinstanz und stufte ihn in Kategorie V ein.<sup>1740</sup> Dennoch stemmte sich die Fakultät gegen seine Wiederverwendung und hielt lediglich die Möglichkeit offen, ihm gegebenenfalls später eine Honorarprofessur zuzusprechen.<sup>1741</sup> Dies geschah zweieinhalb Jahre später. Am 14. Dezember 1951 ernannte das Kultusministerium den mittlerweile schwer erkrankten Gerhardt zum Honorarprofessor. Er starb am 27. Mai 1952 in Köln.

In dem genannten Jubiläumsband distanzierte sich Gerhardt von der NSDAP und den *Deutschen Christen*. Bereits im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens hatte er seine Parteimitgliedschaft auf idealistische Motive zurückgeführt und seine weltanschauliche Ablehnung der Nationalsozialisten geltend gemacht, namentlich der Richtung um Alfred Rosenberg. Sein Austritt aus den *Deutschen Christen* sei eine Reaktion auf den Durchmarsch der Nationalkirchler gewesen.<sup>1742</sup> Auch wenn die von ihm angeführten Punkte im Einzelnen durchaus nachvollziehbar sind, blieb seine Einlassung insgesamt apologetisch. Im Juni 1946 verfasste Gerhardt einen autobiografischen Rechenschaftsbericht für seine Kinder. Auch hier gab er das Scheitern des Nationalsozialismus unumwunden zu, das er jedoch auf einen „Verrat von oben“ zurückführte, namentlich auf Hitler, den er als ‚geis-

---

<sup>1739</sup> Zum Verhältnis Gerhardts zur Theologischen Fakultät vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 421–428.

<sup>1740</sup> Entnazifizierung-Hauptausschuss Stadt Göttingen am 1.10.1948. NLA HA, Nds. 171, Hildesheim, Nr. 7490. Vgl. die positive Würdigung von Friedrich von Bodelschwingh vom 5.10.1947. Ohne klares Votum bescheinigte Hanns Lilje, mittlerweile Landesbischof, am 13.10.1947, dass Gerhardt dem Centralausschuss stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe: Ein grundsätzliches Misstrauen ihm gegenüber bestehe nicht. Auch die Fakultät unterstützte seine wissenschaftliche Arbeit. Von einer wissenschaftlichen Nähe zum Nationalsozialismus könne keine Rede sein. Trillhaas an die Militärbehörde am 14.7.1947. UAG, Kur., Nr. 10293/1, Bl. 106.

<sup>1741</sup> Eintragung Wolfs im Dekanatsbuch für das WS 1949/50. Vgl. die massiven Bedenken „fast aller Mitglieder der engeren Fakultät“ in einem Schreiben an den Kurator vom 30.5.1949. Dagegen hielt es die Fakultät für ihre Pflicht, sich für eine Verbesserung seiner finanziellen Lage (Wartegeld) einzusetzen. UAG, Kur., Nr. 10293/1, S. 131f. Seit einer Fakultätssitzung am 23.7.1949 soll die Frage einer Honorarprofessur wiederholt diskutiert worden sein. Theologische Fakultät an den Rektor am 16.1.1950. Ebenda, S. 133f. In diesem Zusammenhang unklar bleibt ein älteres Gesuch vom 15.4.1848, mit dem eine Einstellungsgenehmigung erwirkt werde sollte. Vom zuständigen Kontrolloffizier Bird wurde dies am 22.4.1948 schroff abgelehnt. Das Fakultätsschreiben und ein beliebiges Schreiben von Dörries sind nicht überliefert. Ebenda, S. 109.

<sup>1742</sup> Einspruch gegen seine Entlassung am 17.1.1946. NLA HA, Nds. 171, Hildesheim, Nr. 7490. Vgl. sein Schreiben vom 7.9.1945. UAG, Kur., Nr. 10293/1, Bl. 100.

teskrank‘ bezeichnete. An dem von ihm antibürgerlich wie antikommunistisch fixierten Begriff der noch immer idealisierten ‚Volksgemeinschaft‘ hielt er fest, ebenso an der Notwendigkeit einer protestantischen Fundierung des Staates. Ungeachtet der deutschen Verbrechen, die er anerkannte, sah er aus theologischer Sicht keine Notwendigkeit, der nationalsozialistischen ‚Vergangenheit‘ mit der Kategorie von Schuld zu begegnen. Er war sich keiner Tat bewusst, derer er sich zu schämen brauchte. Bis zuletzt sei er seinem Volk treu geblieben.<sup>1743</sup>

Das Gesamtverfahren zeigt, dass es Gerhardt weder gelang, die offenen Fragen zu seiner Berufung und seine Zustimmung zur Politik Hitlers zu klären, noch entscheidende Fürsprecher innerhalb der Universität zu mobilisieren. In seiner Wahrnehmung begegneten ihm mit Ausnahme Gogartens sowohl seine ehemaligen als auch die neuberufenen Kollegen mit Unverständnis und Befremden. Mitte September 1946 korrespondierte Gerhardt mit Wolfgang Trillhaas, der dem vorbereitenden Unterenazifizierungsausschuss der Göttinger Universität angehörte und in seinem Fall mitentschied. Er konnte ihn nicht überzeugen.<sup>1744</sup> Inwieweit tatsächlich seine Ablehnung der ‚barthianisch-pietistisch-orthodoxen‘ Theologie entscheidend für die Distanz der Theologischen Fakultät war, lässt sich angesichts der klaren Urteilslage in den ersten Entnazifizierungsverfahren nicht mehr gewichten. Seine Nähe zu Emanuel Hirsch, wie begründet sie nun tatsächlich war, die Anlehnung an seine Theologie und die Umstände seiner Berufung im Jahr 1937 wogen schwer. Die Fakultät hatte kein originäres Interesse an seiner Wiedereinsetzung, da er weder persönlich, wissenschaftlich noch theologisch für einen Neuanfang stehen konnte.<sup>1745</sup> Insofern blendet das Anfang der 1950er Jahre ausgesprochene Bedauern über das „Unrecht“, das Gerhardt widerfahren sei, die Rolle der Fakultät aus und trägt einen selbstgerechten Zug.<sup>1746</sup>

### Die im Amt Gebliebenen

Im Amt blieben die Professoren Bauer, Dörries, Jeremias, Gogarten und Otto Weber. Bauer und Jeremias waren von den Entnazifizierungsverfahren nicht betroffen. Bezüglich Friedrich Gogarten kam der Entnazifizierungsausschuss zu dem Ergebnis, dass er in Kategorie V einzustufen sei und stellte das Verfahren

<sup>1743</sup> Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 403–412, hier S. 412.

<sup>1744</sup> Vgl. Herrmann: Gerhardt, S. 418–421. Vgl. auch Gerhardt an Trillhaas am 21.9.1946. NLA HA, Nds. 171, Hildesheim, Nr. 7490, Bl. 8. Trillhaas kritisierte vor allem seine Darstellung Quislings in Gerhardts *Norwegische Geschichte*. Trillhaas: *Vergangenheit*, S. 207.

<sup>1745</sup> Herrmann: Gerhardt, S. 423f.

<sup>1746</sup> Dörries an Regierungsrat Kurt Müller am 23.12.1951. UAG, Kur., Nr. 10293/1, Nr. Bl. 175. Dörries war der Widerspruch zu älteren Fakultätsäußerungen durchaus bewusst. Im Nachruf der Universität heißt es diesbezüglich lapidar: „Es war der Universität eine Genugtuung, daß er zum Sommersemester 1952 wieder als Honorarprofessor in ihre Reihen zurückkehren konnte.“ Ebenda, Bd. 2.



gegen ihn ein.<sup>1747</sup> Zuvor hatte bereits der zuständige Sachbearbeiter „keine Bedenken“ geäußert. Gogarten stand zwar für die Anerkennung eines autoritären, nicht aber eines totalitären Staates, den er zudem philosophisch-theologisch eigenständig begründete. Frühe Äußerungen wurden als nicht entscheidend gewertet, trotz seiner kurzfristigen DC-Mitgliedschaft und der Mitgliedschaft im NSV galt er als nicht belastet.<sup>1748</sup> Schwieriger gestaltete sich die Entnazifizierung für Hermann Dörries und Otto Weber, die aufgrund ihrer langjährigen Parteimitgliedschaft formal als belastet gelten mussten.

Hermann Dörries: „Er war das Vorbild eines vornehmen, aber entschiedenen Gegners des Nationalsozialismus.“

Schon am 31. Mai 1945 setzte sich die Universität bei der britischen Militärregierung für den Verbleib Dörries' ein und kam einer möglichen Entlassung aus formalen Gründen zuvor: „Joined Party March 1933, but early changed sides and several times opposed publicly. His removal from office would be a great loss für the faculty.“<sup>1749</sup> Dörries blieb im Amt. Begleitend wurde er zum 1. September 1945 von der Landeskirche in die kirchliche Spruchkammer für Lehrzuchtverfahren berufen.<sup>1750</sup> Auch in seinem Entnazifizierungsverfahren, das zweieinhalb Jahre später geführt wurde, erhielt er umfassende Unterstützung. Sein Einsatz für die *Bekennende Kirche* wurde zu einer allgemeinen Kritik am Nationalsozialismus umgedeutet. Dörries, so Adolf Wischmann, habe für die „antinationalsozialistische Haltung der Gemeinde“ Partei ergriffen und sei als Staatsbeamter großer Gefahr ausgesetzt gewesen. Auch habe er sich führend um die Studentengemeinde gekümmert: „Sein Haus war in jeder Hinsicht unter den Studenten offen als Sammelpunkt der weltanschaulich antinationalsozialistisch eingestellten Gruppen bekannt.“<sup>1751</sup> Nach Hanns Lilje war Dörries für viele ein Vorbild und habe diese in ihrer Ablehnung des NS-Regimes bestärkt, der Direktor des Zahnärztlichen Insti-

---

<sup>1747</sup> Vgl. Entscheidung Entnazifizierungsausschuss Göttingen vom 8.6.1948 (Jeremias). NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 10182; Einstellungsbescheid des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Göttingen vom 25.10.1948. SUB, Cod. Ms. F. Gogarten 312, Nr. 56. Vgl. die Unterlagen in NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 7196; Goering: Gogarten, S. 331ff. Nicht betroffen waren auch die Emeriti Johannes Meyer und Carl Stange. Vgl. die Unterlagen in ebenda, Nr. 8425 und Nr. 10221.

<sup>1748</sup> Schreiben vom 19.12.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 7196.

<sup>1749</sup> Georg-August-Universität am 31.5.1945 (ohne weitere Angaben). Vgl. die Unterlagen in NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200. Dörries hatte sich bereits am 14.4.1945 an Dekan Bauer gewandt. Die Argumentation bezüglich seines Parteieintritts (soziale Gründe, NSDAP auf dem Boden des Christentums) blieb in seinen Grundzügen unverändert. Von der „Bewegung“ wusste sich Dörries „seit 12 Jahren geschieden“. BArch, N 1721, Nr. 17.

<sup>1750</sup> Kirchenregierung Hannover an Dörries am 1.9.1945. Ebenda.

<sup>1751</sup> Entlastungsschreiben Wischmanns vom 2.8.1947. LKAH, NL 78, Nr. 48. Nach Otto Eduard Müller, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Göttinger Schulen und Mitglied des Entnazifizierungs-Ausschusses der Stadtverwaltung, traf sich in seiner Privatwohnung eine Art „Widerstandsgruppe“. Dörries bezeichnete er als einen der geistigen Köpfe gegen den Nationalsozialismus. Müller am 4.8.1947. BArch, NL 1721, Nr. 17.

tuts Hans-Hermann Rebel bezeichnete ihn als Vorbild eines vornehmen, aber entschiedenen Gegners des Nationalsozialismus.<sup>1752</sup> Wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und im NSDDB wurde er im Oktober 1947 dennoch in Kategorie IV als ‚Mitläufer‘ eingestuft. In der Entscheidung wurde jedoch keine Beschäftigungsbeschränkung ausgesprochen, so dass Dörries in seiner Stellung als verbeamteter Professor unangetastet blieb.<sup>1753</sup> Gegen diesen Spruchkammerentscheid erhob er Anfang Dezember Widerspruch.<sup>1754</sup> Dabei vertiefte Dörries eine Strategie, die er bereits beim Ausfüllen seines Fragebogens verfolgt hatte. Er sei der Partei in der Überzeugung beigetreten, dass sie auf dem Boden des Christentums stehe. Dies habe sich schnell als Illusion herausgestellt. Als er sich daraufhin unter Vernachlässigung anderer Forschungsgebiete wissenschaftlich mit Aspekten der nationalsozialistischen Geschichtsdeutung auseinandergesetzt habe, sei er massiven Anfeindungen aus Parteikreisen ausgesetzt gewesen, der Göttinger Gaudozentenführer Schürmann habe ihm gar „Sabotage am Aufbauwerk des Führers“ vorgeworfen. Die Partei habe er unverhohlen abgelehnt, er sei lediglich aus taktischen Erwägungen nicht ausgetreten und um die ohnehin schwierige Lage der Theologen innerhalb der Partei nicht weiter zu verschlechtern.<sup>1755</sup> Dörries präsentierte sich also vor allem in religiösen Fragen als ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus, der persönliche Nachteile (keine auswärtige Berufung, kein Dekanat, öffentliche Angriffe auf seine Person) in Kauf zu nehmen hatte. Eine weitergehende Kritik am NS-Staat, die über dessen religions- und kirchenpolitische Entscheidungen hinausging, formulierte er nicht.<sup>1756</sup> Fast 15 Monate später gab der zuständige Berufungsausschuss im schriftlichen Verfahren dem Widerspruch Dörries' statt und stufte ihn in Kategorie V ein. Seinen inhaltlichen Einwendungen wurde weitgehend gefolgt. Sein Parteieintritt wurde als „Irrtum“ gewertet, Dörries habe

<sup>1752</sup> Lilje am 12.8.1947; Rebel am 28.7.1945. BArch, NL 1721, Nr. 17. Vgl. ebenda weitere Entlassungsschreiben.

<sup>1753</sup> Einreichungsbescheid der Militärregierung (Britisches Kontrollgebiet) vom 6.10.1947, dem Kurator mitgeteilt am 10.11.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200.

<sup>1754</sup> „Die befremdliche Einstufung nötigt mich, ausdrücklich zu erwähnen, daß ich als Kämpfer gegen den NS vielerorts bekannt gewesen bin.“ Dörries an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss Göttingen am 18.12.1947. BArch, N 1721, Nr. 17.

<sup>1755</sup> Anlage zum Fragebogen, ausgefüllt am 16.8.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200. Trotz richtiger Hinweise weist die Zusammenstellung unverkennbar eine apologetische Tendenz auf. Beispielsweise führte er an, dass er formal nie ein Parteibuch erhalten habe; dem NSDDB sei er nie beigetreten, sein Eintritt sei automatisch erfolgt. Nach Kriegsende sei er nach Aussage eines amerikanischen Polizeiobersts als Hauptgegner des Nationalsozialismus an der Universität bekannt gewesen. Am 31.12.1947 bescheinigte Martin Niemöller, dass die *Bekennende Kirche* als auch er persönlich geraten habe, nicht aus der Partei auszutreten. Eidesstattliche Erklärung. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>1756</sup> Nachreichung der Gründe zu seinem Widerspruch am 18.12.1947. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200. Hier präzierte er, dass ein Parteiaustritt ihn sein Amt und die *Bekennende Kirche* einen der letzten ihr verbleibenden Lehrstühle gekostet hätte. Dagegen stand Dörries anhaltend mit Altrektor Neumann in Kontakt, dem er u.a. sein Buch *Das Bekenntnis in der Geschichte der Kirche* zukommen ließ. Neumann an Dörries am 28.11.1946. Handschriftenabteilung der SUB, Cod. Ms. F, Neumann, 1, 87.

„furchtlos und entschieden am geistigen Kampf gegen den Nationalsozialismus“ teilgenommen und sich gegen die „offiziellen Geschichtsfälschungen“ gewandt. Deshalb sei er schweren Anfeindungen und persönlicher Benachteiligung ausgesetzt gewesen.<sup>1757</sup>

### Trotz Formalbelastung unbeanstandet: Otto Weber

Aus heutiger Sicht erregt die bruchlose und letztendlich unbeschadete Fortsetzung der Karriere des Kriegesdekans Otto Weber am meisten Aufmerksamkeit.<sup>1758</sup> Weber war am 12. April 1945 als Dekan zurückgetreten. Nur wenige Tage später ernannte ihn Interimsrektor Smend zum Beauftragten für die studentischen Belange, womit Weber auch dem neuen Senat angehörte, zudem übernahm er die Leitung des *Akademischen Hilfswerks*. Ebenso blieb er in den kirchlichen, vor allem reformierten Zusammenhängen und Netzwerken engagiert und nahm, wenn auch nicht in vorderster Linie, Einfluss auf die Neugestaltung der Kirche. Mehrere Monate, bis März 1946, beherbergte er – mit großem Haushalt in durchaus beengten Verhältnissen lebend – die Kirchenkanzlei der EKD. Im August 1945 nahm er an der Kirchenversammlung in Treysa teil, auf der entscheidende Weichen für die Nachkriegskirche gestellt wurden. Das Prestige, das sich Weber in den beiden Lebensbereichen Universität und Kirche erarbeitet hatte, trug in erheblichem Maße dazu bei, dass weder von den britischen Besatzungsbehörden noch von deutschen Stellen weitere Schritte gegen ihn eingeleitet wurden. Dazu kam, dass Weber sich mit der Frage der Schuld und seiner eigenen Verantwortung auseinandersetzte, eigeninitiativ und in einem Ausmaß, das weit über die Erfordernisse der Entnazifizierung hinausging.

Erste Schritte zu seiner Entlastung gab es schon im Mai 1945. Ende Juni setzte sich Walter Hollweg, Landessuperintendent der reformierten Kirche Hannovers und Präsident des dortigen Landeskirchenamtes beim hannoverschen Oberpräsidium für Weber ein, wobei er neben seiner wissenschaftlichen Befähigung auch sein hohes Ansehen hervorhob.<sup>1759</sup> Für Sofortmaßnahmen gab es keinen Anlass. Erst im Januar 1946 genehmigte die britische Militärregierung seine Weiterbeschäftigung bis zum endgültigen Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens.<sup>1760</sup> Kirchliche Gremien stützten diese Haltung mit eigenen Maßnahmen. Weber wurde weder aus dem landeskirchlichen Prüfungsausschuss noch aus anderen Gremien entfernt. Im Gegenteil verpflichtete der landeskirchliche Disziplinarausschuss frühere deutschchristliche Pfarrer und Hilfsprediger zu Studien bei Iwand und

---

<sup>1757</sup> Berufungsausschuss für die Entnazifizierung in Göttingen am 26.1.1949. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 9200. Den Entnazifizierungsunterlagen liegen verschiedene Zeugnisse bei, die öffentliche Angriffe auf Dörries belegen.

<sup>1758</sup> Vgl. die Verfahrensakte des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Göttingen Stadt in NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157; Bülow: Weber, S. 258-297.

<sup>1759</sup> Hollweg an Oberpräsident Hagemann am 26.6.1945. Bülow: Weber, S. 261.

<sup>1760</sup> Education Branch an Rektor Smend am 19.1.1946. Bülow: Weber, S. 261.

Weber, um so die Voraussetzungen für eine ‚rechte‘ Evangeliumsverkündigung zu schaffen.

Aufgrund der vorliegenden formalen Belastungskriterien stand Weber dennoch unter Druck. Am 1. August 1947 gab er seinen Fragebogen ab, dem er 18 Bescheinigungen von Kirchen-, Stadt- und Universitätsvertretern anfügte, darunter durchaus prominente wie z.B. von dem Hamburger Landesbischof Simon Schöffel, Gerhard Jacobi, Generalsuperintendent in Berlin, von dem Präsidenten des Auricher Landeskirchenamtes Hollweg bzw. von Oberlandeskirchenrat Heinz Brunotte, vom Göttinger Oberstadtdirektor Erich Schmidt und von Altrektor Smend.<sup>1761</sup> Ebenso fügte er eine fünfseitige Erklärung an, in der er eigene Fehler und seinen „schuldhaften Irrtum“ unumwunden eingestand, die er freilich mit einigen taktischen Selbstrechtfertigungen und Auslassungen anreicherte.<sup>1762</sup> Eine erste Entscheidung fiel am 20. November 1947. Der Entnazifizierungs-Ausschuss schlug die Einstufung in Kategorie IV vor. Negativ wurden vor allem seine Teilnahme an den Verhandlungen zur Reichskirchenverfassung und seine Mitarbeit im *Geistlichen Ministerium* gewertet.<sup>1763</sup> Im Kern aber folgte man Weber, der zwar nicht in vorderster Linie im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gestanden habe, aber seinen Spielraum nutzte, um konkreten Missständen entgegen zu wirken.<sup>1764</sup> Das abschließende Urteil wurde gut anderthalb Jahre später gesprochen. Am 9. Mai 1949 stufte der Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Göttingen Weber als ‚entlastet‘ in Kategorie V ein: „Der Betroffene hat somit schon frühzeitig den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates auf kirchlichem Gebiet erkannt und sich von ihm abgewandt.“<sup>1765</sup> Mit dieser Entscheidung war die Stellung Webers endgültig gesichert.<sup>1766</sup> Gemessen an den damaligen Maßstäben war sie folgerichtig. Noch 1958 – in diesem Jahr übernahm Weber das Rektorat – verteidigte ihn Altrektor Smend gegen Vorwürfe, die ausgerechnet Walter Birnbaum erhoben hatte. Weber habe seinerzeit die Zustimmung der Theologischen Fakultät, des Rektors, des Senats, der britischen Militärbehörden und der Evange-

<sup>1761</sup> Vgl. den Fragebogen, ausgefüllt am 21.7.1947, und die Leumundszeugnisse von Rudolf Smend, Generalsuperintendent Jacobi, Hans-Heinrich Harms, Hellmuth Leonhardt, Pastor Lesser, Superintendent Elberfeld Hermann Klugkist Hesse, Oberstadtdirektor Schmidt, Regierungsdirektor Prof. Schaff, Pastor Langenohl (Rheydt), Wischmann, Pastor Wilhelm Kolthaus (Vlotho), Superintendent Gustav Kertz, Ilse Kaehler (Studentin), Brunotte, Hollweg, in: NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157, Bl. 55–70. Die meisten Aussagen beschränkten sich auf den Bereich der Kirche. Allein Studienrat Wilhelm Döhl attestierte Weber am 21.7.1946 eine Gegnerschaft zum Krieg, der Verfolgung der Juden und der „brutalen Unterdrückung“ anderer Völker.

<sup>1762</sup> Vgl. die Erklärung Weber in NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157, Bl. 29–34.

<sup>1763</sup> Stellungnahme deutscher Entnazifizierungs-Ausschuss Stadt Göttingen: NSDAP. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157.

<sup>1764</sup> Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Göttingen am 21. Mai 1949. Vgl. Bülow: Weber, S. 285–287.

<sup>1765</sup> Vgl. Bülow: Weber, S. 296–197.

<sup>1766</sup> Weber war 1947 auch für eine Professur in Bonn im Gespräch, die aber nicht zustande kam; einen Ruf nach Wien lehnte er ab. Bülow: Weber, S. 279.

lischen Kirche, vertreten durch Karl Barth, gehabt und vor und nach dem ‚Zusammenbruch‘ für die Studentenschaft Großartiges geleistet.<sup>1767</sup>

### Kontinuität und behutsame Erneuerung: weitere Personalentscheidungen

Bei weiteren Personalentscheidungen stand die möglichst reibungslose Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Lehrbetriebs im Mittelpunkt. Für Kontinuität standen Hermann Schuster, der seine Lehrtätigkeit 1939 mit dem Erreichen der Altersgrenze aufgegeben hatte, und nun seine Honorarprofessur erneut wahrnahm, sowie Christhard Mahrenholz, der noch 1945 zum Honorarprofessor ernannt wurde.<sup>1768</sup> Aufgrund ihrer Nähe zur *Bekennenden Kirche* brachte ihre Entnazifizierung keine Schwierigkeiten mit sich. Bei Schuster, der am 7. Januar 1949 in Kategorie V eingestuft wurde, fand insbesondere sein Engagement für den Erhalt des christlichen Religionsunterrichts Anerkennung, bezüglich Mahrenholz äußerte sich Rektor Smend gegenüber der britischen Militärregierung positiv: „As a member of the Hannoveraner Landeskirche he took part in the fight of that authority against the anti-ecclesiastical measures of the National Socialist regime in a leading position.“<sup>1769</sup> Auch Kurt Möhlenbrink, noch immer im Beamtenverhältnis auf Widerruf, setzte seine Tätigkeit unbeanstandet fort. Im Mai 1947 stellte er ein Entpflichtungsgesuch, nachdem er sich infolge psychischer Probleme zur Ausübung seiner Lehrverpflichtung nicht mehr in der Lage sah. Die genauen Hintergründe sind nicht bekannt. Jahre später aber benannte Dekan Dörries den an sich unpolitischen Möhlenbrink als Beispiel für einen Alttestamentler, der an dieser Frage nach dem Krieg zerbrochen sei.<sup>1770</sup> Die entstandene Lücke füllte bis 1949 Kurt Emmerich. Seine Lehrbeauftragung ist insofern ungewöhnlich, da der gelernte Jurist Mitte der 1930er Jahre erst im Pariser Exil zum Christentum konvertierte. In den Jahren 1936 bis 1939 studierte Emmerich in Basel Theologie, bevor er mit Unterstützung des Bischofs von Chichester George Bell nach England übersiedelte und dort an dem anglikanischen *College Bishopcote* auf der Isle of Man *Neues Testament* und *Kirchengeschichte* lehrte. Ab 1943 betätigte er sich am *Wistow Training Center for postwar Christian Science* bei Leicester und am *German Confessional Institute* in London in der theologischen Ausbildung für deutsche Emigranten. Als Emmerich zusammen mit seiner Frau im April 1946 nach Deutschland zurückkehrte, war er in Theologenkreisen trotz seiner Nähe zu Barth nahezu unbekannt. Er war der erste Christ jüdischer Herkunft, der in Göttingen evangelische Theologie lehrte.<sup>1771</sup> Erich Roth kehrte nach Deutschland zurück, übernahm die Pfarrstelle von

<sup>1767</sup> Smend an den Kurator am 23.4.1958. UAG, Kur., Nr. 10487.

<sup>1768</sup> Eintragung Bauers in das Dekanatsbuch für das Jahr 1945.

<sup>1769</sup> Smend an Education Control Officer am 7.12.1945. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 10242. Die Mitgliedschaft Schusters in der NSDAP spielte keine Rolle. Vgl. die Unterlagen in ebenda, Nr. 5349.

<sup>1770</sup> Dörries an Dekan Wiesner, Mainz, am 23.7.1951. UAG, Theol. PA, Nr. 75.

<sup>1771</sup> Dekan Trillhaas an das Kultusministerium am 18.7.1947. UAG, Theol. PA, Nr. 81. Mit der von Barth herausgegebenen Schrift *Die Juden* prägte er die Arbeit des Hilfswerkes der *Bekennenden Kirche* in

Kerstlingerode und lehrte *Kirchengeschichte*. Nachdem er zwei Jahre als Austauschprofessor an den Universitäten in Durham und Cambridge gelehrt hatte, versah ihn die Göttinger Theologische Fakultät 1953 mit einer außerordentlichen Professur. Drei Jahre später starb er im Alter von nur 38 Jahren. Nicht gehalten werden konnte Georg Hoffmann. Er lehnte ein entsprechendes Angebot von Jeremias ab und verzichtete auf seine *Venia Legendi*.<sup>1772</sup> Werner Wiesner war der erste Theologe, der an der Göttinger Nachkriegsfakultät habilitieren konnte. Er blieb, zuletzt als außerordentlicher Professor, bis zu seiner Vokation auf den Lehrstuhl für *Systematische Theologie* in Mainz zum WS 1949/50. Sein Werdegang fügt sich in das gewonnene Bild der Göttinger Berufungspolitik: nach seinem kurzfristigen deutschchristlichen Engagement im Jahr 1933 schloss er sich der *Bekennenden Kirche* an und musste erhebliche Nachteile in Kauf nehmen, einschließlich einer kurzfristigen Verhaftung.<sup>1773</sup> Carl-Heinz Ratschow erhielt 1946 einen Ruf nach Münster. Neu hinzu kamen in diesem Jahr als Lehrbeauftragte das Göttinger ‚Eigengewächs‘ Hans-Heinrich Harms, der Kirchengeschichtler Wilhelm Schneemelcher und Erich Schäfer (Christliche Archäologie und kirchliche Kunst). Auch bei diesen Besetzungen spielte neben der wissenschaftlichen Befähigung die kirchenpolitische Bindung an die *Bekennende Kirche* eine Rolle. Schneemelcher und Schäfer war ein akademischer Aufstieg aufgrund politischer Missliebigkeit während der NS-Zeit verwehrt geblieben. In den Jahren 1947/48 vertrat der Erlanger Neutestamentler Leonard Goppelt den erkrankten Joachim Jeremias.<sup>1774</sup>

## Zur Auseinandersetzung der Fakultät mit der Zeit des Nationalsozialismus

Außerhalb der Fakultätsvoten im Rahmen der genannten Entnazifizierungsverfahren gab es keine gemeinsamen Stellungnahmen zu den aktuellen Debatten der Zeit. Die Theologische Fakultät äußerte sich offiziell weder zum *Stuttgarter Schuld-*

---

der Schweiz. Vgl. Busch: Bogen, S. 362–365. Emmerichs Vater starb am 29.3.1942 im französischen Lager Gurs, seine Mutter wurde im August 1942 nach Auschwitz deportiert. Ab 1949 arbeitete Emmerich im Badischen erneut als Jurist, zuletzt als Landgerichtsdirektor. Vgl. den Eintrag Moritz Emmerich, in: [www.gedenkbuch.informedia.de](http://www.gedenkbuch.informedia.de); Bitz: Emmerich, insb. S. 337–339; Röhm/Thierfelder: Juden, Bd. 4/1, S. 559–584.

<sup>1772</sup> Jeremias an den Oberpräsidenten am 29.11.1945. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/85, Nr. 169; Eintragung Bauers in das Dekanatsbuch für das Jahr 1945; Hoffmann an den Dekan am 19.6.1960. UAG, Theol. PA, Nr. 72.

<sup>1773</sup> Vgl. die Unterlagen in UAG, Theol. PA, Nr. 87.

<sup>1774</sup> Mitteilung an das Kultusministerium vom 10.4.1948. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/85, Nr. 169; Schäfer an das Kultusministerium am 25.7.1949. Die Vorleistungen für die Habilitation Schäfers, die 1935 in Leipzig aus politischen Gründen nicht zu Ende gebracht werden konnte, wurden übernommen. In der Debatte der Vertretung Jeremias' fiel auch der Name Heinrich Seesemanns, der am 22.3.1947 aber indirekt absagte und nur für das anstehende SoSe seine Bereitschaft bekundete. Personalakte Jeremias im Dekanat.

*bekennnis*, noch zu dem umstrittenen Vortrag von Martin Niemöller im Januar 1946, noch zum bedeutenden *Darmstädter Wort* vom August 1947, dessen Abfassung maßgeblich auf Vorarbeiten von Hans Joachim Iwand beruhte.<sup>1775</sup> Bestehende Differenzen wurden nichtöffentlich ausgetragen. Dennoch war die nationalsozialistische Zeit präsent, sowohl in der persönlichen Verarbeitung als auch bezüglich ihrer Lehren für die Gestaltung der Zukunft.<sup>1776</sup> Dies gilt auch für den ‚Kirchenkampf‘. Gerade in den ersten Nachkriegsjahren betraf die theologisch-kirchliche Reflexion der NS-Zeit hinsichtlich ihrer Folgen für das Wesen und die Aufgabe der zukünftigen Kirche die Theologischen Fakultäten unmittelbar, so auch die Göttinger.<sup>1777</sup>

### Frühe Äußerungen Einzelner: Otto Weber und Friedrich Gogarten

Am 13. Mai 1945, fünf Tage nach dem offiziellen Kriegsende, predigte Otto Weber in Göttingen: „Haben nicht wir, die Glieder der Kirche, mit Schuld an dem, was geschehen ist? Haben wir die Wahrheit gesagt, haben wir nicht geschwiegen, wo wir hätten reden müssen?“<sup>1778</sup> Eindringlich warnte Weber davor, Verantwortung und Schuld für das Geschehene (nur) bei anderen zu suchen und allein auf die wiedergewonnenen Freiheit der Kirche abzuheben. In einem privaten Schreiben deutete er die Kriegsniederlage und den Zusammenbruch des NS-Staates nur wenige Tage später als das Ende aller Bedrückung: „Bei aller Not – es ist Befreiung.“<sup>1779</sup> Freilich blieben seine Einsichten im Zeittypischen verhaftet. Während er den Nationalsozialismus übergroß zeichnete und dämonisierte, passivierte er sowohl das kirchliche wie das eigene Handeln. Auch verhartete Weber im Unkonkreten, sobald sich kritische Fragen dem eigenen Verantwortungsbereich näherten.

---

<sup>1775</sup> In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es keine feste Gedenkkultur. Manches wirkt zufällig bzw. entsprang persönlicher Initiative. So gedachte Trillhaas 1947 des 25. Jahrestages der Ermordung Walter Rathenaus. Cohen: *Leben*, S. 147. 1945 stand die ‚Schuldfrage‘ im Mittelpunkt eines interzonalen Treffens zwischen Vertretern der internationalen Ökumene und Smend, Jeremias, Weber und Brunotte am 20.6.1945. Eine Fakultätsvertretung ist nicht erkennbar. Vermerk über eine Besprechung zwischen Beauftragten des Hilfswerks und einigen Göttinger Persönlichkeiten. Abgedruckt in Besier/Thierfelder/Tyra (Hg.): *Kirche*, Bd. 1, S. 295–297; Besier: ‚Selbstreinigung‘, S. 123.

<sup>1776</sup> Nach Herbert Obenaus diente der korporative Zusammenhalt des Lehrkörpers nicht zuletzt der Stabilisierung der Institution an sich. Als Fassade diente er nicht allein dem Rückzug, sondern bot vielmehr den Raum für einen moralisch-ethischen Reflexionsprozess des Nationalsozialismus. Obenaus: *Geschichtsstudium*, S. 322.

<sup>1777</sup> Abseits des engeren Fakultätsgeschehens erschien 1950 ein von Hermann Schuster mitherausgegebenes Quellenbuch *Christentum in Geschichte und Gegenwart*. Die einzige Quelle zur NS-Zeit ist ein Beitrag Friedrich Meineckes, der unter der Überschrift *Hitlerismus und Christentum* erschien. Hitler sei hasserfüllt gegen die Kirchen und die „im Christentum lebende Idee des selbständigen, nur Gott verantwortlichen Gewissens“ gewesen. Schuster/Schuirmann (Hg.): *Christentum*, S. 243–244, hier S. 243. Das Vorwort blieb ohne Bezug zum Nationalsozialismus, im letzten Eintrag der vorangestellten Zeittafel heißt es: „1933ff Hitlers Kampf gegen Christentum und Kirche. Die bekennende Kirche“. Ebenda, S. X.

<sup>1778</sup> Predigt vom 13.5.1945. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 260.

<sup>1779</sup> Weber an Langenohl am 17.5.1945. Zitiert nach Bülow, S. 260.

Dennoch wirkte er den vorhandenen apologetischen Tendenzen offensiv entgegen. Sehr früh, bereits im Juni 1945, sprach sich Weber für ein öffentliches kirchliches Wort aus, für das er Friedrich Bodelschwingh zu gewinnen dachte. An Heinz Brunotte gewandt, führte er in einer seiner sieben Kernthesen aus:

*Ein Wort der Buße, angesichts des so vielen Schweigens, wo wir hätten reden sollen, angesichts unseres oft geringen Mutes zum Bekenntnis, unserer oft so geringen Kraft zur überwindenden Liebe, unserer Untreue und unseres Unglaubens.*<sup>1780</sup>

Hier, wie in den anderen Thesen, klangen Inhalte an, die im Oktober 1945 schließlich Eingang in das *Stuttgarter Wort* fanden. Der Geist der Buße sei, wie Weber wiederholt kundtat, in Göttingen vorhanden. Auch öffentlich forderte er die Anerkennung der kirchlichen Mitschuld und einer Mitverantwortung für das Geschehene nachdrücklich ein. Man dürfe, so Weber in seinem Vortrag *Die Überwindung der Hoffnungslosigkeit* nicht „die Verhältnisse“, nicht „die Wirtschaftslage“ oder „das Schicksal“ für die aktuelle Lage verantwortlich machen. An anderer Stelle verwarf er die Erzählung, man habe von dem Mord an Juden und ‚Geisteskranken‘ nichts gewusst. Vielmehr habe es an kirchlichem Protest gefehlt oder dieser sei unzureichend gewesen.<sup>1781</sup>

Webers Mahnung zur Schuldanerkennung und zur Buße waren nicht nur kirchlich gemeint. Sie war Teil seiner persönlichen Entwicklung, die ihm einen Neuanfang ermöglichten. Anfang August 1945 führte Weber auf einer Kirchenversammlung in Treysa ein langes Gespräch mit Karl Barth, währenddessen er auch ein persönliches Schuldbekenntnis abgab. Die Vergebung durch Barth und, wie ein Briefwechsel aus dem Jahr 1948 zeigt, auch durch Martin Niemöller war ihm wichtig. Sechs Jahre später schrieb er an Barth:

*Ich wusste mich als einer, der nicht gehört und nicht gehorcht hatte, disqualifiziert, und ich hätte den Mut, mein hiesiges Amt weiterzuführen, nicht gefunden, wenn du mir nicht in Treysa gesagt hättest, was du mir sagtest.*<sup>1782</sup>

Zuvor hatte er Ende März 1946 in einem unbezeichneten Bericht ausgeführt.

*Mein grundsätzlicher Fehler lag darin, dass ich damals noch nicht erkannte, dass dem NS-Staat gegenüber die bloße Wahrung kirchlicher Freiheit und kirchlichen Bekenntnisses nicht genügen konnte und Loyalität nicht möglich war.*<sup>1783</sup>

<sup>1780</sup> Zur Bitte an Pastor D. Bodelschwingh. Anlage zu einem Schreiben an Brunotte vom 7.6.1945. Abgedruckt in: Besier/Thierfelder/Tyra (Hg.): Kirche, Bd. 1, S. 191–193, hier S. 193.

<sup>1781</sup> Vortrag im März 1946. Vgl. Bülow: Weber, S. 272–274. Vgl. Webers Vortrag über das Verhältnis der Gemeinde Jesu zum Staat vor dem Bundesverband Freier evangelischer Gemeinden und der Konferenz der Allianz-China-Mission in Ewersbach im Juni 1947. Ebenda, S. 281.

<sup>1782</sup> Weber an Barth am 3.5.1951. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 266. Vgl. Weber an Niemöller am 22.5. und die Antwort Niemöllers vom 27.5.1948. Abgedruckt in: ebenda, S. 291.

<sup>1783</sup> Unbezeichneter Bericht vom 27.3.1946. Zitiert nach Bülow: Weber, S. 272–273, hier S. 273.



Sein Rechenschaftsbericht, dessen unmittelbarer Anlass nicht bekannt ist, war davon bestimmt, Motive und Entwicklungsschritte nachvollziehbar zu machen. Da Weber ihn vor Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens verfasste und die Möglichkeit erheblicher beruflicher Nachteile noch im Raume stand, trägt er auch eine apologetische Note, im Kern aber beinhaltet er eine ernsthafte Auseinandersetzung.<sup>1784</sup> Sein Biograf Vicco von Bülow konstatiert ein Zusammenspiel von taktischem Vorgehen und ehrlichem Einstellungswandel.<sup>1785</sup>

Die Predigt zur Wiedereröffnung der Universität im September 1945 hielt Friedrich Gogarten. Er predigte über Mth. 7, 24–29, ein Gleichnis über ein Haus, das, auf Sand gebaut, durch Platzregen und Winde zum Einsturz gebracht wurde: „da fiel es und tat einen großen Fall.“ Getragen von einem kulturskeptischen Unterton befasste sich die Predigt mit den Grenzen des Geistes in der Moderne, der schöpferisch oder im Sinne menschlicher Allmachtfantasien ein Mittel der Zerstörung sein könne: „In dem Menschen ohne Grenze muß das Menschentum verkommen.“ Die Substanz des „eigentlich Menschlichen“, so Gogarten, sei „im Laufe der Zeit immer geringer, immer dünner und schwächer geworden“, so dass „von Jahr zu Jahr, ja fast von Tag zu Tag in einem erschütternden Maß die Unsicherheit zunahm, was noch menschlich ist und was nicht mehr, was man dem Menschen zumuten darf, ohne ihn in seinem Menschentum heillos zu zerstören, und was nicht“. Dabei sei die aktuelle Zeitlage nicht durch „brutalen Terror“ aufgezungen, sondern durch eine „lange währende Verkümmern der Gegenkräfte“. Es sei „eine lange Entwicklung mit eherner Folgerichtigkeit zu ihrem bitteren Ende gekommen.“ Ohne die Erkenntnis und die Anerkennung der eigenen Verantwortung werde es nicht möglich sein, „als Glieder der deutschen Universität“ ein neues, „standfesteres Haus für unser Volk aufzubauen“. Die Bewältigung der Vergangenheit sei eine Auseinandersetzung mit den Denk- und Verhaltensmustern und den Normen, die eine Diktatur und die Entgrenzung des Menschlichen ermöglicht hätten. Niemand könne sagen, er habe keinen Anteil an dem, was geschehen sei:

---

<sup>1784</sup> Dies gilt z.B. für seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem nationalsozialistischen Gedankengut vor 1933, sein eigenes Wirken im NS-Staat, vor allem aber die retardierende Behandlung der Zeit nach 1938: seine Mitarbeit am GVR, seine Zustimmung zu den Ergebnisadressen an Hitler und seine Beteiligung am Ausschluss der Christen ‚nichtarischer‘ Herkunft aus der kirchlichen Gemeinschaft. An anderer Stelle führte er zu seiner Mitarbeit im NSDDB an, dass nach dem Ausscheiden Duhms nur noch er – Hirsch wird nicht genannt – und Dörries Mitglieder waren. Da Dörries im Streit mit Gaudozentenführer Schürmann stand, sei er schlicht übrig geblieben. Weber an Rein am 26.6.1945. Bülow: Weber, S. 274.

<sup>1785</sup> Die Fallstricke, die von seinem wissenschaftlichen Werk ausgingen, waren Weber bewusst. In der 1947 erschienenen Neuauflage seiner *Bibelkunde des Alten Testaments* strich Weber ohne Kenntlichmachung antisemitische und antiliberale Polemiken und völkisch-rassistische Verzeichnungen. Bülow: Weber, S. 280. Dagegen deutete Martin Gerhardt Webers Verhaltensänderung mehr „als Ausdruck eines Opportunismus denn als Konsequenz einer veränderten Einstellung“. Herrmann: Gerhardt, S. 422.

*Wo es aber kein Recht mehr gibt, wo die Willkür herrscht, da werden aus Menschen feige Sklaven. Und die, die gerade an der Macht sind, werden, auch wenn sie es ursprünglich vielleicht nicht wollen, zu Henkern.*<sup>1786</sup>

In einem der ersten öffentlichen Universitätsauftritte der Nachkriegszeit fand Gogarten, so Friedrich Wilhelm Graf, keine Worte für das, was geschehen war. Möglicherweise hinterließ seine Predigt deshalb keinen bleibenden Eindruck, obwohl die Jacobikirche überfüllt gewesen sein soll.<sup>1787</sup> Auch weitere Predigten Gogartens blieben von den konkreten Zeiterenignissen unberührt. Bereits in der ersten überlieferten Predigt nach der Befreiung Göttingens, eine Auslegung von Gal. 6, 7–8, ging er am 6. Mai – der Krieg war offiziell noch nicht beendet – nur sehr verklausuliert auf die aktuelle Situation ein, sondern erinnerte an die Verantwortung des Einzelnen gegenüber Gott.<sup>1788</sup> 1948 schrieb er in seinem mit Hilfe der amerikanischen Sektion des *Lutherischen Weltbundes* veröffentlichten Buch *Die Verkündigung Jesu Christi*:

*In dem unfassbaren, aber eben doch erfolgten Ausbruch einer unmenschlichen Grausamkeit und in der hemmungslosen Gleichgültigkeit gegenüber den selbstverständlichsten Menschenrechten, die beide in der abendländischen Welt noch vor kurzem unmöglich erschienen waren, zeichnet sich noch am deutlichsten die Katastrophe ab, die im Verborgenen erfolgt ist. Denn was in diesen letzten Jahren geschehen ist, lässt sich weder politisch, noch juristisch, noch moralisch erklären. So grauenhaft die tatsächlich begangenen Grausamkeiten und die eingebrochene Gleichgültigkeit gegenüber jedem Menschenrecht auch sind, viel erschreckender ist die schier wehrlose Anfälligkeit für sie, die den heutigen Menschen in allen gesellschaftlichen Schichten und jeden Bildungsgrades ergriffen hat. Hier ist ein Zerfall des Menschenwesens eingetreten, dessen Gründe tiefer liegen. Auch wer nicht aktiv teil hatte an den Exzessen, hat damit noch nicht den Beweis erbracht, dass er diesem Zerfall nicht unterliegt.*<sup>1789</sup>

Diese Anlage war kein Zufall. Sie entspricht der theologisch-geschichtsphilosophischen Zeitdeutung Gogartens und seiner Analyse der Moderne, unter die er das ‚Dritte Reich‘ subsumierte. Vor diesem Hintergrund – Friedrich Wilhelm Graf erkennt in den strukturellen Grundmustern von Gogartens modernitätskritischen Theologie nach 1945 trotz seiner veränderter Sicht auf den Prozess der Säkularisierung ein erhebliches Maß an Kontinuität – verlor der Nationalsozialismus seine spezifischen Charakteristika und seine konkrete Ausgestaltung. Als die höchste Stufe des anthropozentrischen Zeitalters war er eine „Katastrophe der

<sup>1786</sup> Gogarten: Wiedereröffnung, S. 85. Vgl. Kamp: Georgia Augusta, S. 10; ders.: 1937, S. 114; Wolbring: Trümmerfeld, S. 81–82. Den katholischen Gottesdienst zur Semestereröffnung hielt der nebenamtliche Studentenseelsorger Dr. Alois Spindeler in St. Paulus. Frese: Fakultät, S. 18.

<sup>1787</sup> Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 64.

<sup>1788</sup> Gogarten: Gott lässt sich nicht spotten, in: ders.: Schatz, S. 113–117.

<sup>1789</sup> Gogarten: Die Verkündigung Jesus Christi. Grundlagen und Aufgabe, Heidelberg 1948, S. 490. Zitiert nach Goering, S. 348. Vgl. Schwan: Konstitution, S. 231–238.

Moral“, die entscheidenden Signaturen aber waren 1789, 1849 und 1918/19. Gogarten vermochte es in seiner Nachkriegstheologie weder, „irgendwelche strukturellen Differenzen zwischen der neueren deutschen Geschichte und der Geschichte der westeuropäischen Gesellschaften wahrzunehmen“, noch zwischen Tätern und Opfern des Nationalsozialismus zu unterscheiden.<sup>1790</sup> Der allgemein gefasste „Zerfall des Menschenwesens“ barg so eine Entlastung ehemaliger NS-Täter bzw. politischer Entscheidungs- und Verantwortungsträger. Einen angemessenen und handhabbaren Begriff von Schuld konnte Gogarten nicht entwickeln.

Entnazifizierung: „Vergangenes vergangen sein [zu] lassen“

Die kirchliche Haltung zur Entnazifizierungsfrage war von der Unterscheidung der als notwendig anerkannten ‚kirchlichen Selbstreinigung‘ und der von den Alliierten vorgegebenen Entnazifizierung bestimmt. Die bedeutendste Erklärung war die Ratsentschließung vom 2. Mai 1946. Im Einklang mit sämtlichen Landeskirchenregierungen bekräftigte sie die Notwendigkeit „einer Reinigung des deutschen Volkes von den verderblichen Einflüssen des Nationalsozialismus“, verband dies aber mit einer harschen Kritik an dem *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* vom 5. März 1946.<sup>1791</sup> Nicht zuletzt die Feststellung, dass die Entnazifizierung in ihrem Umfang und ihrer Wirkung weit über die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen seit 1933 hinausreiche, unterstrich den Eindruck, dass die Kirche vor allem die Täter und Mitläufer im Blick hatte, während sie die Opfer und Verfolgte der NS-Gewaltherrschaft ausblendete. In der britischen Besatzungszone wurde die Entnazifizierung zu einer zentralen Belastungsprobe im Verhältnis zur Militärregierung. Im Frühjahr 1948 mündeten die Debatten der *Betheler Konferenz*, der intrazonalen Interessenvertretung der 13 ‚britischen‘ Kirchen, in einem gemeinsamen Wort:

*Es gehört zu dem der Kirche erteilten Auftrag, warnend und wegweisend ihr Wort zu sagen, wenn es sich um die Gefährdung oder Gesundheit von Volk und Staat handelt. So hat einst die Leitung der Bekennenden Kirche gegen Maßnahmen des Nationalsozialismus Widerstand geleistet, welche den Grundsätzen des Christentums widersprachen.*

---

<sup>1790</sup> Vgl. Graf: Deutung, S. 313–324, hier S. 318. Zu den Fragen der Zeit äußerte sich Gogarten nicht: weder zum *Stuttgarter Schuldbekennnis*, noch zur Gründung der EKD, noch zum *Darmstädter Wort*. Gogartens ‚indirekte‘ intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hatte schon in den letzten Kriegsjahren eingesetzt. Wesentliche Teile seiner erst 1948 erschienenen Schriften *Die Kirche in der Welt* und *Die Verkündigung Jesu Christi* hatte er bereits vor Kriegsende verfasst. Für die Theologie Gogartens war der ‚Mai 1945‘ keine entscheidende Zäsur.

<sup>1791</sup> Entschließung des Rates zur Durchführung der Entnazifizierung im deutschen Volke, Treysa am 2.5.1946. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 502–404. Vgl. ebenda, S. 454–474; Wolgast: Wahrnehmung, S. 251–260.

*Aus ähnlichen Erwägungen sieht sich die Kirche heute genötigt, ein warnendes Wort zum Entnazifizierungsproblem zu sagen.*<sup>1792</sup>

Auch zu diesem Thema, das wie kaum ein anderes die Öffentlichkeit beschäftigte und das besonders dazu geeignet war, bestehende Vorbehalte gegen die Alliierten zu bestärken und in eine ‚nationale Gegenklage‘ umzuwandeln, gab es keine gemeinsame Einschätzung der Fakultät.<sup>1793</sup> Das Engagement im Fall Birnbaum und, in abgeschwächter Form, im Fall von Martin Gerhardt war vor allem interessegeleitet und bedeutete keinesfalls eine inhaltliche Zustimmung zu der gängigen Entnazifizierungspraxis. Gegen die Anwendung rein formaler Kriterien sprach sich Weber aus, über dessen eigener akademischer Zukunft eine strikte Handhabung freilich wie ein Damoklesschwert schwebte. Er enthielt sich jeder Form von Mitarbeit bei den Entnazifizierungsverfahren.<sup>1794</sup> Auch Trillhaas betrachtete die gängige Entnazifizierungspraxis mit Unbehagen. Ohne eigenes Zutun in den Entnazifizierungsunterausschuss der Universität berufen, übte er dieses Amt jedoch gewissenhaft aus.<sup>1795</sup> 1951 schrieb Dekan Dörries dem Kultusministerium im Zusammenhang mit der Ernennung Gerhardts zum Honorarprofessor:

*Heute dürften die Bedenken zu einem guten Teil überwunden werden können. Viele mit gleicher oder stärkerer politischer Belastung sind längst wieder im Amt. Es muß einmal*

<sup>1792</sup> Erklärung vom 10.2.1948. Abgedruckt in: KJB 1948, S. 208–210. Vgl. Besier: Selbstreinigung; Vollnhals: Entnazifizierung; ders.: Kirche und Entnazifizierung; Turner: Denacification; Greschat: Christenheit, S. 203–212, 230–237, 256–262; Buss: Kirche, S. 451–455.

<sup>1793</sup> Auch zum erzwungenen Rücktritt von Landesbischof Marahrens am 15.4.1947 äußerte sich die Fakultät nicht. Dagegen bedankte sich Wischmann bei Marahrens für sein Handeln und seine stete Ansprechbarkeit, ohne sich inhaltlich zu positionieren. Wischmann an Marahrens am 24.4.1947, LKAH, NL 78, Nr. 41. Die Unterlagen ebenda, Nr. 47, belegen seine informatorische Einbindung.

<sup>1794</sup> Ausnahmen waren Leumundszeugnisse für den früheren Rektor Hans Drexler, dem er die Förderung eines „recht verstandenen Nationalsozialismus“ attestierte, und für Gaudozentrenführer Artur Schürmann. Dabei verzichtete Weber auf belastende Aussagen. Bülow: Weber, S. 292. Weber vertrat damit jene Linie, die Martin Niemöller in einer aufsehenerregenden Kanzelabkündigung aufgezeigt hatte. Kanzelabkündigung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 1.2.1948, in: Vollnhals: Entnazifizierung, S. 315f. Dörries wiederum verwandte sich für die „Möglichkeit zur uneingeschränkten Weiterarbeit“ des entlassenen Altrektors Friedrich Neumann. Dieser habe sich hinter ihn gestellt, als im Streit mit Gaudozentrenführer Schürmann sein Amt gefährdet gewesen sein soll. Dörries am 20.7.1946. BArch, N 1721, Nr. 21. Belegt sind zudem verschiedene Leumundszeugnisse von Studentenpfarrer Wischmann. Vgl. die Unterlagen in: LKAH, NL 78, Nr. 45. Mit Hinweis auf seine eigene Bedrängung im ‚Dritten Reich‘ setzte er sich indes Ende 1947 für Siegfried Leffler ein und bestätigte ihm eine „einwandfreie Haltung“. Leffler habe sich weltanschaulich vom ‚Dritten Reich‘ gelöst und an den Entscheidungen der politischen Führung strenge Kritik geübt. Wischmann am 14.11.1947; Notiz [1947]. LKAH, NL 78, Nr. 49. Demnach hatte er Leffler 1941 kennengelernt. Leffler war seit Mitte/Ende der 1920er Jahre eine der treibenden Kräfte der *Kirchenbewegung Deutsche Christen* in Thüringen, 1939 übernahm er die Leitung des *Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben*. Vgl. Rinnen: Kirchenmann. An anderer Stelle setzte er sich bei Lilje für einen zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher ein, der britische Fallschirmjäger an den SD ausgeliefert hatte, die schließlich exekutiert wurden. Wischmann an Lilje am 8.4.1947. LKAH, NL 78, Nr. 41.

<sup>1795</sup> Vgl. Trillhaas: Vergangenheit, S. 207f.

*ein Schlußstrich gezogen werden und es scheint uns nicht nur erlaubt, sondern geboten, einem Menschen Gelegenheit zu einem neuen Anfang zu geben [...] Bei nicht wenigen Mitgliedern der Fakultät herrscht ein lebhaftes Empfinden vor, ihm sei Unrecht geschehen, sodaß es gewiß eine Erleichterung bedeuten würde, wenn das jetzt Mögliche für ihn getan würde.*

Die Fakultät wolle „dem Gedanken Ausdruck geben, [...] daß sie bereit ist, wo immer sie das innere Recht zu haben glaubt, Vergangenes vergangen sein zu lassen“.<sup>1796</sup> Sechs Jahre nach Kriegsende brachte das Schreiben die Haltung der Fakultätsmehrheit auf den Punkt. Gegenüber dem Senat bekräftigte sie diese drei Jahre später in einem im Zusammenhang mit dem ‚Fall Birnbaum‘ verfassten Memorandum:

*Die Theologische Fakultät möchte [...] keinesfalls den Eindruck erwecken, als ob sie unversöhnlich frühere Verirrung durch die Jahre nachtrüge. Es stünde dies einer theologischen Fakultät wohl am wenigsten an. Sie meint auch [...] diese Haltung unter Beweis gestellt zu haben. Wo wirklich wissenschaftliche Leistung und eine klare menschliche Haltung vorliegt, glaubt sie zu neuer Zusammenarbeit in der Hochschule verpflichtet zu sein. [...] Die Fakultät fordert nicht Konformität, sie muss lediglich wie jede andere Fakultät auch die Aufnahme in ihrer Mitte abhängig machen von zulänglicher Leistung und persönlicher Vertrauenswürdigkeit.<sup>1797</sup>*

### Vom ‚Kirchenkampf‘ zum ‚Darmstädter Wort‘

Der ‚Kirchenkampf‘ war das zentrale Narrativ der evangelischen Nachkriegskirche. Gerade aus dem Wirken der *Bekennenden Kirche* leitete sie einen erneuten Führungsanspruch in der Nachkriegsgesellschaft ab.<sup>1798</sup> Tatsächlich kann von ‚der‘ *Bekennenden Kirche* spätestens seit der Spaltungssynode von Bad Oeynhausen (1936) und der Bildung der 2. *Vorläufigen Kirchenleitung* nicht mehr die Rede sein. Auch nach Kriegsende vertraten die Protagonisten der altpreußisch-bruderrätlichen und der bischöflich-lutherischen BK unterschiedliche konfessionelle, kirchliche, kirchenpolitische und gesellschaftliche Vorstellungen.<sup>1799</sup> Diese betrafen einerseits

<sup>1796</sup> Dörries an Regierungsrat Kurt Müller am 23.12.1951. UAG, Kur., Nr. 10293/1, Bl. 175.

<sup>1797</sup> Zitiert nach Schaal: Grenzen, S. 58f.

<sup>1798</sup> Dazu kamen weitere Faktoren. Zuerst waren die beiden Großkirchen die einzigen Institutionen, die flächendeckend vertreten waren und einigermaßen sprechfähig waren. Der starke Zulauf, den sie erfuhren, lag auch hierin begründet. Vor allem aber statteten die Alliierten sie in der Hoffnung, dass sie bei der Herausbildung einer deutschen Demokratie eine wichtige Rolle spielte, mit einem großen Vertrauensvorschuss aus.

<sup>1799</sup> Ausgehend von der *Barmer Theologischen Erklärung* ging es im Kern um das Verhältnis der Kirche zur Obrigkeit und die Rolle und Aufgabe der Kirche in der Gesellschaft. Nach Barth stand auch der Bereich der Machtausübung und der Politik unter der Königsherrschaft Christi. In diesem Verständnis rief er zu politischem Engagement und zur Übernahme von politischer Verantwortung auf. Dagegen hielten, grob vereinfacht, konfessionell bewusste Lutheraner im Sinne einer modifizierten Zwei-Reiche-Lehre an der Unterscheidung zwischen kirchlich-geistiger und bürgerlich-weltlicher

die Wesens-, Standort- und Funktionsbestimmung der Kirche und des Protestantismus in einer sich verändernden und mehr und mehr säkular gebenden ‚modernen‘ Welt, andererseits konkrete Herausforderungen wie die deutsche Teilung, die Einbindung der beiden Teilstaaten in unterschiedliche politische Blöcke, die Remilitarisierung bzw. die politischen Überlegungen zur Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen: „Die nicht abgetragenen Hypotheken des Kirchenkampfes sowie das Fehlen einer verbindlichen Sozialethik führten dazu, dass in den meisten drängenden Fragen der Nachkriegszeit die aktiven kirchlichen Flügelgruppen zu gegensätzlichen Antworten kamen.“<sup>1800</sup>

Der theologischen Neuausrichtung der Fakultät nach 1945 kam insofern große Bedeutung zu. Sie war die einzige universitäre Ausbildungsstätte für die kommenden Pfarrergenerationen auf dem Gebiet einer Landeskirche, in der auch nach dem Krieg lutherische und volkscirchliche Traditionen einen großen Stellenwert einnahmen. Bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im April 1947 wurde sie anhaltend von August Marahrens geführt, der während der 12 Jahre der nationalsozialistischen Diktatur als Bischof einer ‚intakten‘ Landeskirche, einflussreicher Repräsentant des lutherischen Flügels der *Bekennenden Kirche* und als Mitglied des *Geistlichen Vertrauensrates* eine gewichtige Stimme des deutschen Protestantismus gewesen war. Ob seiner politisch loyalen und kirchlich moderaten Haltung gegenüber dem NS-Staat stand Marahrens nach Kriegsende unter erheblichem politischem und innerkirchlichem Druck. In einer Lehrveranstaltung soll Hans Joachim Iwand den amtierenden Bischof sogar als „Verbrecher“ bezeichnet haben.<sup>1801</sup> Marahrens' Nachfolger war der einstige Göttinger Student Hanns Lilje. Als Mitglied des *Rates der EKD* hatte er im Oktober 1945 zu den Unterzeichnern der *Stuttgarter Schulderklärung* gehört, andererseits unterstützte der standes- und konfessionsbewusste Lutheraner in seinem Bischofsamt öffentlichkeitswirksam Forderungen nach einem ‚Schlussstrich‘.<sup>1802</sup> Im Ergebnis erzeugten und speisten die unterschiedlichen

---

Sphäre sowie Trennung von kirchlichen und politischen Äußerungen fest. Vgl. Sauer Protestantismus, S. 34–50; Inacker: Transzendenz, S. 292–353.

<sup>1800</sup> Sauer: Protestantismus, S. 39. Vgl. Kretschmar: ‚Vergangenheitsbewältigung‘; Inacker: Transzendenz, S. 207–225; Greschat: Protestantismus, S. 27–79; ders.: Christenheit, S. 315–397; ders.: Protestantismus. Die ‚dahlemitische‘ Linie der BK stieß auch nach 1945 innerhalb der Landeskirche auf wenig Resonanz.

<sup>1801</sup> Mager: Marahrens, S. 139. Vgl. Besier: ‚Selbstreinigung‘. Zur bis heute andauernden Debatte um Marahrens vgl. die Beiträge in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): Bewahren, S. 127–222, S. 515–544 sowie den offenen Brief von Joachim Perels an Landesbischof Horst Hilscher vom 22.12.1995 (S. 495–500). Vgl. Perels: Landeskirche; Lindemann: Kritik; Schad: Geschichtsbild. Zur Landeskirche nach 1945 vgl. knapp Otte: Landeskirche, insb. S. 36–48.

<sup>1802</sup> Vgl. Perels: Theologie. Nach kurzer Tätigkeit als Studentenfarrer in Hannover war Lilje Generalsekretär des DCSV (1927–1935) und des *Lutherischen Weltbundes* (1935–1945). 1933 war er Gründungsmitglied der *Jungreformatrischen Bewegung*, später schloss er sich der *Bekennenden Kirche* an. 1944/45 war Lilje wegen seelsorgerischer Kontakte zu Beteiligten des Attentats auf Hitler am 20.7.1944 inhaftiert. Nach dem Krieg setzte er sich für verurteilte NS-Täter ein, u.a. die hohen SS-Offiziere und Massenmörder Paul Blobel und Franz Six. Klee: Personenlexikon, S. 372; Wunderlich: Lilje.

theologischen Grundannahmen ein latentes Spannungsverhältnis zwischen der Landeskirche und ‚ihrer‘ Fakultät. Dies betraf konfessionelle Fragen, die kirchliche Mitgestaltung der kommenden Gesellschaft, Antworten auf die politischen Grundentscheidungen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre und auch den Umgang mit der jüngsten ‚Vergangenheit‘.

Eine erste Deutung des ‚Kirchenkampfes‘ bot im Sommer 1945, also noch vor der offiziellen Wiedereröffnung der Universität, Hermann Dörries mit einer Vortragsreihe (bzw. Vorlesung) *Das Bekenntnis in der Geschichte der Kirche*. Nach einem geschichtlichen Überblick widmete er sich in den letzten beiden Kapiteln dem ‚Kirchenkampf‘. Ausführlich stellte er die beiden großen kirchenpolitischen Parteien vor, wobei er gerade für die Anfangszeit (1933) auf deren inhaltliche Gemeinsamkeiten hinwies und das ehrliche Anliegen von Teilen der *Deutschen Christen* hervorhob. War ihre Kritik nicht auch berechtigt?

*Das Bekenntnis darf ja wahrlich nicht zum toten Besitz und zum starren Gesetz werden, und die kirchliche Predigt darf wirklich nicht an denen vorübergehen, die ihrer um so bedürftiger sind, je weniger sie sie wünschen zu verstehen.*<sup>1803</sup>

Erst als sich innerhalb der Kirche die Einsicht durchgesetzt habe, dass das Bekenntnis keine Neben-, sondern die Hauptfrage des ‚Kirchenkampfes‘ war, seien die *Deutschen Christen* an ihm zerschellt: „Als eine Lehre, die am Bekenntnis geprüft wurde und nicht bestand, ist das Deutsche Christentum erkannt, abgewiesen und überwunden.“<sup>1804</sup> In diesem Verständnis deutete er den ‚Kirchenkampf‘ allein in seiner kirchlich-theologischen Dimension, als einen Kampf, der unter „Fallen und Aufstehen, Hinsinken und Sich-Ermannen, Irren und Zurechtfinden“ geführt worden sei. Für die evangelischen Kirche sei der ‚Kirchenkampf‘ vor allem „eine Bekenntnisstunde“ gewesen:

*Über dem Bekenntnis wuchs die Einheit der Kirche und eine Kraft des Aufbauens entströmte ihm. Getrennte fanden sich wieder in der Gemeinschaft des Glaubens, die sich*

<sup>1803</sup> Dörries: Bekenntnis, S. 102. Die Veröffentlichung aller Vorträge erfolgte auf studentischen Wunsch. Sie weist ihn erneut als einen konservativen Historiker aus. Die Aufklärung bewertete er anhaltend negativ. Sie sei mit der Auflösung des Bekenntnisses und einem ungeheuren „Substanzverlust“ verbunden, den auch „Volkspflege, Eifer und kirchliche Sitte und Verständlichkeit der Predigt“ nicht ausgleichen konnten. Ebenda, S. 85.

<sup>1804</sup> Ebenda, S. 96–111, hier S. 102. Hierzu referierte Dörries die wichtigsten Stationen des ‚Kirchenkampfes‘, dessen Anlass für Dörries die Reichsbischofskrise war. Noch die von Karl Fezer verfassten DC-Richtlinien vom Mai 1933 wandten sich auf dem Boden des „völlig gewährten Bekenntnisstandes der Reformation“ gegen die „modernen Irrlehren“: Mammonismus, Bolschewismus, Pazifismus. Erst allmählich hätten sich nationalkirchliche Tendenzen und der Anspruch, den alten Bekenntnisstand durch einen neuen „Bekenntnisruf ‚Ein Volk – Ein Reich – Eine Kirche‘“ zu ersetzen, durchgesetzt. Ebenda, S. 98, S. 109.

*noch heute bekundet in der damals aufkommenden Sitte des gemeinsam gesprochenen Glaubensbekenntnisses.*<sup>1805</sup>

Nach Peter Gemeinhardt handelte es sich bei der Vortragsreihe nicht um eine Heroisierung der *Bekennenden Kirche*, sondern um einen „ungewöhnliche[n], historisch wie theologisch beachtliche[n] Versuch der Selbstorientierung“.<sup>1806</sup> Neben Karl Heussi sei Dörries einer der wenigen Theologen überhaupt gewesen, die sich der Aufgabe einer öffentlichen Reflexion stellten. Dabei ging es ihm nicht um einzelne Bekenntnistexte, vielmehr entwickelte Dörries eine Geschichte des Bekennens, die auch Fragen für die allerjüngste Vergangenheit und das Heute aufwarf:

*Durfte man mit unbeflecktem Gewissen an Namensweihen, Sonnwendfeiern, Staatsbegrißnissen teilnehmen, an allen Veranstaltungen, auf denen der Name verlästert wurde, zu dem wir uns dich bekennen sollten? Wenn Gruß und Fabne rasch ihren Bekenntniswert einbüßten, konnte auch der Eid durch Mißbrauch entleert werden, vermochte ein Befehl von Gottes Geboten zu entbinden. Wenn aber hier die Antwort sicher und klar bleiben mußte, wie stand es mit dem Schweigen zu dem Unrecht, dessen Zeuge man war?*<sup>1807</sup>

Diese in Frageform gekleidete Unsicherheit gab Dörries der kommenden Theologengeneration als Auftrag an die Hand:

*Mag der kirchengeschichtliche Rand des selbst Durchlebten noch nicht sicher zu bestimmen sein, für uns hat es Gewicht und wir haben die Pflicht, es voll zu würdigen; es wäre ein schwerer Verlust, sollte hier das Gesagte und Erfahrene aus dem Gedächtnis der Kirche verschwinden.*<sup>1808</sup>

Ungeachtet des akademischen Charakters seiner Vortragsreihe mit einer zugespitzten Themenstellung bleibt die Ausblendung der aktuellen Lage auffällig. Dörries äußerte sich weder zur Gestalt und zur Politik des NS-Staates, noch zum Zweiten Weltkrieg, noch zu den bereits bekannten deutschen Verbrechen, noch zu den Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er verzichtete auf ein Theologenwort zum Umgang mit der gegenwärtigen Situation. Dabei war seine Deutung des ‚Kirchenkampfes‘ dennoch ein Beitrag zu den innerprotestantischen Debatten der Jahre 1945/46. In seinem Verständnis diente der von außen hereingetragene ‚Kirchenkampf‘ allein der „Abwehr der Irrlehren der Zeit“ und war

<sup>1805</sup> Ebenda, S. 110f. Diese Einsicht umfasste auch die positive Würdigung der *Barmer Theologischen Erklärung*. Gleichwohl urteilte er: „Den Rang der reformatorischen Bekenntnisse hat keines dieser Zeugnisse und Glaubensworte, auch die Barmer Erklärung nicht“.

<sup>1806</sup> Gemeinhardt: *Kirche*, S. 353–360, hier S. 360. Dörries schrieb selbst: „Nicht einfach als Ruhmesblatt unbewegten Lebenstrotzes und leuchtenden Wahrheitserkennen ist dies letzte Blatt der Kirchengeschichte zu schreiben.“ Dörries: *Bekenntnis*, S. 110f.

<sup>1807</sup> Ebenda, S. 61.

<sup>1808</sup> Ebenda, S. 94f.



„Kampf gegen einen staatskirchlichen Zentralismus“.<sup>1809</sup> Wurde diese rein kirchliche Deutung des ‚Kirchenkampfes‘ kirchenparteiübergreifend weitgehend geteilt, grenzte sich Dörries von einer breiter angelegten Lesart ausdrücklich ab. Der ‚Kirchenkampf‘ sei, wie er hervorhob, kein „politischer Kampf“ oder gar „Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat“ gewesen.<sup>1810</sup> Die Bedeutung dieser sachlich durchaus begründeten Feststellung ergibt sich, wenn man die entsprechende Passage im Zusammenhang liest. Mit seiner rigiden Unterscheidung von kirchlichem und weltlichem Bereich verwarf der konservative Lutheraner Dörries auch nachträglich die nolens volens politischen Implikationen des ‚Kirchenkampfes‘ – Ernst Wolf fasste diesen Zusammenhang 1966 in der bekannten Charakterisierung der *Bekennenden Kirche* als eine „Widerstandsbewegung wider Willen“ –, die insbesondere in Teilen des bruderrätlichen Flügels der *Bekennenden Kirche* zu einem Umdenken gegenüber dem NS-Staat geführt hatten, und schlug eine Bresche für den staatsloyalen Kurs des deutschen Mehrheitsprotestantismus. Seine theologischen Erwägungen trugen zur anhaltenden Delegitimierung des politischen Widerstandes gegen die NS-Diktatur bei, dem aus christlicher Überzeugung auch viele Protestantinnen und Protestanten angehört hatten.<sup>1811</sup> In dieser unausgesprochenen Distanzierung und ebenso in Dörries‘ Eingeständnis, dass es trotz vieler Anstrengungen auch seitens der *Bekennenden Kirche* nicht gelungen sei, das Selbstverständnis des nationalsozialistischen Staates christlich zu bestimmen, klingen eine anhaltende eklatante Fehleinschätzung des totalitären Charakters des NS-Staates an. Es fügt sich ins Bild, dass die 1945/46 emotional diskutierte Frage der Schuld bei Dörries kaum eine Rolle spielte.

Vermutlich 1947 äußerte sich in einem gänzlich anderen Zusammenhang Friedrich Gogarten zum kirchlichen Umgang mit ehemaligen *Deutschen Christen*. Gogarten unterschied zwischen „drei Arten der DC-Theologie“: dem politischen Messianismus wie ihn zum Beispiel die Thüringer DC vertreten hatten, einer liberalen und „verwaschenen“ Theologie und denjenigen, die ernsthaft daran geglaubt haben, dass die NS-Bewegung entscheidende Fragen aufgeworfen hätte. Vor allem Letztgenannten sei aus BK-Kreisen angesichts der Ereignisse des Jahres 1933 oftmals vorgeworfen worden, „die Geschichte als eine zweite Offenbarungsquelle

---

<sup>1809</sup> Ebenda, S. 109f. Die antikirchlichen bzw. -christlichen Bestrebungen innerhalb der Partei, die sogenannten ‚weltanschaulichen Distanzierungskräfte‘, fasste Dörries unter dem Begriff der „politischen Religion des Nationalsozialismus“. In seiner knappen Darstellung der staatlichen Kirchen- und Religionspolitik sah er in der Mitte der 1930er Jahre einen versteckten und offenen Kampf des Staates gegen die Kirche, mit dem Ziel, „das christliche Wort weithin zum Schweigen“ zu bringen und den „Weg des deutschen Volkes von der Kirche“ zu trennen.

<sup>1810</sup> Ebenda, S. 109f.

<sup>1811</sup> Wolf: Verhältnis, S. 230. Wolf zitiert beispielhaft aus dem Dörries-Beitrag aus dem Jahr 1932 und benennt ihn als einen jener Theologen, die dem Nationalsozialismus den Boden bereitet haben: „Mit ihrem antiliberalen Staatdenken, mit ihrer geschichtstheologischen Konzeption haben sie auch weitergehenden Erwartungen eines völkischen Messias und der eschatologischen Vision des ‚Dritten Reiches‘ Vorschub geleistet.“ Ebenda, S. 226. Vgl. Inacker: Transzendenz, S. 124–144; Perels: Lilje, S. 245–250.

neben Jesus Christus gesetzt“ zu haben. Da heute aber gerade die *Bekennende Kirche* immer wieder betone, man könne den Zusammenbruch 1945 nur als ein „Gericht Gottes“ interpretieren, konnten seinerzeit die DC-Theologen mit gleichem Recht „die Besinnung auf Volk, Sitte und Zucht, die viele Kreise unseres Volkes 1933 ergriff“, als eine Verheißung Gottes verstehen. Daran, dass dies nicht eingetreten sei, trage die Kirche eine Mitschuld. Nun die kirchliche Schuld einseitig den einstigen DC-Angehörigen zuzuschieben und diese aus ihren Ämtern zu entfernen, stand für Gogarten im „unerhörtesten Widerspruch“ zum kirchlichen Schuldbekenntnis. Man habe kein Recht, über „Hoffnungen und Erwartungen“, die nicht in Erfüllung gegangen seien, ein Urteil zu fällen. Stattdessen müsse man ihre Vorstellungen einer theologischen Prüfung unterziehen, um zu sehen, wie das Verhältnis von Gesetz und Evangelium und die Heilsoffenbarung Jesu verstanden wurden. Alles andere sei selbstgerechtes Pharisäertum. Inwieweit dieser Brief verbreitet bzw. in kirchliche Gremien eingebracht wurde, ist nicht bekannt. Er bezog sich auf das Entnazifizierungsverfahren gegen Karl Refer, Pastor von St. Martini in Bremen und einer der engsten Mitarbeiter von Landesbischof Weidemann. Die Wertung Timothy Goerings, dass es sich um eine letzte „offene Rechtfertigung der völkischen, deutsch-christlichen Theologie der 1930er Jahre“ handelte, scheint überzogen. Das Schreiben spiegelt freilich sowohl die ablehnende Distanz Gogartens zu einer als selbstgerecht wahrgenommenen *Bekennenden Kirche* als auch die Zurückweisung außerkirchlicher Motive bei der Beurteilung kirchlichen und kirchenpolitisches Handelns zurzeit des Nationalsozialismus wider. Im Urteil Gogartens hatten die *Deutschen Christen* trotz ihres Scheiterns, das er nicht in Frage stellte, ihre historische Berechtigung. Damit aber rechtfertigte er auch seine eigenen Entscheidungen.<sup>1812</sup>

Fundamental andere Folgerungen aus den Lehren des ‚Kirchenkampfes‘ zog der neuberufene Hans Joachim Iwand.<sup>1813</sup> Für ihn hatte während der NS-Zeit allein die *Bekennende Kirche* dem Evangelium bleibende Geltung verschafft. Der kirchlichen Re-Integration ehemaliger *Deutscher Christen* stand Iwand kritisch bis ablehnend gegenüber. In der ‚Schuldfrage‘ stand er als Mitglied des *Reichsbruderrates* vollinhaltlich an der Seite Martin Niemöllers. Er soll, so der Student Hans Feltkamp, gegen jene Theologen geradezu „gewütet“ haben, die sich nicht zu ihrer Haltung während des ‚Dritten Reiches‘ äußerten, und in diesem Sinne auch Go-

<sup>1812</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 332–334, hier S. 334. Refer war regelmäßiger Teilnehmer der *Bremer Bibelschule*. Vorträge Referens wie z.B. *Ist das Christentum jüdisch?* (1936) oder *Der Prophet Amos, ein Vorkämpfer gegen den jüdisch-materialistischen Geist* (1938) sind im Zusammenhang mit den dort propagierten ‚Eindeutschungsbemühungen‘ zu sehen. Refer hatte sich bereits 1927 mit Amos auseinandergesetzt und ihn aus der dialektischen Theologie Gogartens heraus interpretiert. Vgl. Heinonen: Anpassung, insb. S. 30 und S. 215.

<sup>1813</sup> Iwands Göttinger Schwerpunkte lagen auf der Verteidigung von ‚Barmen‘ gegen konfessionalistische Bestrebungen, karitativem und sozialem Engagement für ostpreußische Vertriebene sowie der engen Verbindung von Kanzel und Katheder. Vgl. Seim: Iwand, S. 307ff.

garten zur Selbstkritik aufgefordert haben.<sup>1814</sup> In den *Göttinger Predigtmeditationen*, die maßgeblich sein Werk waren und die er als „Hauptgeschäft“ betrieb, begann er seine Auslegung von Eph. 2 mit einer Überlegung über das Verhältnis von Juden und Heiden. Der staatliche Antisemitismus und der Völkermord an den Juden habe die Kirche „auf ihre Verwandtschaft mit dem Volke Israel“ angesprochen: „Und die Kirche schämte sich dessen.“ Heute, ein Jahr nach dem Ende der NS-Diktatur, gelte es gerade an Pfingsten davon zu predigen: „Vielleicht bleibt alles, was wir kirchlich tun und reden, leer, wenn hier keine Buße und Umkehr erfolgt.“<sup>1815</sup> Im August 1947 führte ihn seine Haltung schließlich zur führenden Mitarbeit am *Darmstädter Wort*, das wie kaum eine andere kirchliche Stellungnahme grundlegende kirchliche Sicherheiten und Traditionen in Frage stellte. Wie anhand der Vorgänge um Karl Georg Kuhn exemplarisch gezeigt wird, eckte Iwand mit seiner konsequenten Haltung auch innerhalb der Fakultät an.

Die an den Beispielen Dörries, Gogarten und Iwand aufgezeigten Deutungen des ‚Kirchenkampfes‘ zeigen die fakultätsinterne Heterogenität in dieser Frage. Für den Einzelnen zeigen sie zudem ein hohes Maß an theologischer und kirchenpolitischer Kontinuität. Diese Sichtweisen standen nebeneinander. Größere fakultätsinterne Konflikte gab es nicht. Nach den nationalsozialistischen Destruktionsjahren und aufgrund der schwierigen Gesamtumstände wog die Bewahrung des Fakultätszusammenhalts schwer. Dennoch wurde auch öffentlich mit durchaus spitzer Feder um Deutungshoheit gerungen. Beispielsweise nutzte Ernst Wolf seine Festrede auf der offiziellen universitären Gedenkfeier zum 400. Todestag Luthers im Februar 1946 zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Karl Holl. Erst die „schwärmerische Auflösung und enthusiastische Zerstückelung“ des Luthererbes, entstanden aus „apologetischem Eifer und lutheromaner Begeisterung“, habe die Fundierung des ‚Dritten Reiches‘ ermöglicht. Wolf habe, so eine Zusammenfassung seiner Rede in der GUZ, nachgewiesen, dass politische Ethik, eine Theologie des Reiches oder der Schöpfungsordnungen kein Erbe Luthers gewesen seien, sondern eine Fortführung der idealistisch-romantischen Staatsphilosophie.<sup>1816</sup> Ohne namentliche Nennung richtete sich Wolfs Ausführung auch gegen Gogarten. Drei Jahre später spitzte der niederländische Theologe Hendrik Berkhof diesen Gedankengang in der *Evangelischen Theologie* zu. In seinem Beitrag über Karl Barth machte er die Theologie Gogartens für den Nationalsozialismus mitverantwortlich:

---

<sup>1814</sup> Hans Feltkamp am 15.1.1999 gegenüber Heiko Frese. Frese: Fakultät, S. 7. Seine Zustimmung zu Gogartens Thesen in dessen *Politische Ethik* (1932) in einer Prüfung bei Iwand soll ihn fast um seine Gebührenbefreiung gebracht haben. Vgl. Weisbrod: Moratorium, S. 274. Die Kompromisslosigkeit und das Ungestüme, Drängende und Illusionslose in der Haltung Iwands führte Trillhaas auf die frühere Bedrohung von Iwands ‚nichtarischer‘ Ehefrau zurück. Trillhaas: Vergangenheit, S. 215.

<sup>1815</sup> GPM 1 (1946), S. 20f. Zitiert nach Seim: Iwand, S. 315f.

<sup>1816</sup> Werner Wiesner: Luther-Gedenkfeier der Universität, in: GUZ 6 vom 22.2.1946, S. 15. In derselben Ausgabe findet sich auch der Dörries-Beitrag *Martin Luther*. Ebenda, S. 5–6.

*Man konnte auch gegen den Liberalismus und Rationalismus des 19. Jahrhunderts kämpfen zugunsten zum Beispiel einer neuen Bindung an die schicksalhaften ‚Schöpfungsordnungen‘, in denen man Gottes Stimme zu hören meinte. In diese Richtung hat Friedrich Gogarten seine Theologie immer mehr entwickelt, bis sie eine geeignete Grundlage für die Anschauungen und Praxis des Nationalsozialismus bildete.<sup>1817</sup>*

In dem Gesagten sah sich Gogarten verleumdet. Bis zu einer Rücknahme durch den Herausgeber der Zeitschrift – seinen Fakultätskollegen Ernst Wolf – nehme er, so Gogarten gegenüber Dekan Iwand, von einer Teilnahme an den Fakultäts-sitzungen Abstand.<sup>1818</sup> Dies geschah zwei Monate später. Wolf distanzierte sich von den Äußerungen Berkhofs, die in ihrer „verallgemeinernden und zuspitzen-den Fassung zu groben und verhängnisvollen Mißverständnissen“ führen könn-ten. Zugleich kündigte er ein allgemeines Ende weiterer, seiner Meinung nach unproduktiven Debatten an. Es müsse, so Wolf verallgemeinernd, ein „deutlicher Schlußstrich unter alle bloß vordergründigen Aufrechnungen (und Ausräumun-gen) von theologischen ‚Verfehlungen‘ gegenüber dem Geist des nationalsozialis-tischen ‚Aufbruchs‘“ gezogen werden.<sup>1819</sup> Freilich belegt Wolfs Ankündigung vor allem die anhaltende und aufgeladene Präsenz der subkutanen Auseinanderset-zung mit der ‚Zeit vor 1945‘.

Mit ihrer Verbindung von ‚Vergangenheitsbewältigung‘, anhaltend ungeklärten kirchenpolitischen Differenzen, die mit der Rechtfertigung des eigenen Handelns während der NS-Zeit Hand in Hand gingen, theologischen Überzeugungen und nicht zuletzt persönlichen Animositäten und Rivalitäten zeigt sich diese Ausein- dersetzung auch in verschiedenen Schreiben Adolf Wischmanns. Der Studenten- pfarrer warf vor allem den Neuberufenen vor, nun, wo [sic!] alles vorbei sei, zu triumphieren:

<sup>1817</sup> Hendrik Berkhof: Die Bedeutung Karl Barths für Theologie, Kirche und Welt, in: *Evangelische Theologie* 6 (1948), S. 254–268, hier S. 261.

<sup>1818</sup> Gogarten an den Dekan am 19.1.1949. UAG, Theol. PA, Nr. 108. Die Festschrift zu seinem 60. Geburtstag erfolgte ohne Beteiligung aktueller bzw. ehemaliger Göttinger Theologen. Ihre Zusammenstellung machte einen „kümmerlichen und disparaten Eindruck“. Herausgegeben wurde sie von Heinrich Runte, also jenem deutschchristlichen Pfarrer von St. Marien, der an der Amtsentfernung von Bruno Benfey mitentscheidend beteiligt war. Goering: Gogarten, S. 335. Vgl. Runte (Hg.): *Glaube*. – Im Sommer 1947 erschien in der GUZ eine Reihe *Was ist Nation?* Diese enthielt auch einen Beitrag Gogartens. Gogarten: Was ist Nation? Historischer Lesebogen II, in: GUZ 17/18 vom 15.8.1947, 12–13. Es handelt sich um einen Beitrag aus Gogartens *Politischer Ethik* (1932), der in der Einleitung als eine warnende Stimme gegen eine Absolutsetzung der Nation im Rosenberg’schen Sinne eingeführt wird. Weitere Beiträge stammen von Max Weber, Josef Stalin, Alois Dempf, später auch Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schlegel, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Ludwig Jahn, und Thomas Abbt.

<sup>1819</sup> Ernst Wolf: Bemerkung der Schriftleitung, in: *Evangelische Theologie* 9 (1949), S. 384. Wolf war von seiner Einschätzung offenbar nicht überzeugt. Noch 1970, drei Jahre nach Gogartens Tod, äußerte er, dass die „antidemokratische, politisch-geistige Strömung der nationalen Opposition [...] im Grunde von Gogarten auch über 1945 hinaus durchgehalten worden“ sei. Wolf: Vorwort, in: Strohm: *Theologie*, S. 9–10, hier S. 10.

*Die hiesigen Professoren (Iwand, Wolf usw.) bringen es nicht fertig, ihre Freude über meine Abberufung zu verbergen. Ihnen war mein Hiersein eine schwere Last, da meine Gottesdienste wesentlich stärker als ihre besucht waren und meine Haltung während des Nationalsozialismus, in der ich um meiner lebendigen Arbeit willen stark angefochten war, ihnen den echten Anlass nahm, die Hannoversche Kirche in Grund und Boden zu verdammen. Zudem habe ich immer darüber gewacht, dass die Studentengemeinde Gemeinde war und nicht Tummelplatz für theologische Ideen und Sprungbrett für machtpolitische Versuche. Es ist ein beschämendes Zeugnis für eine im Geiste eines Karl Barth geprägte Fakultät, dass sie nicht die innere Größe aufbringt, für eine zehnjährige mit viel Opfer und Verzicht geleistete Arbeit zu danken in der Einsicht, daß zur Zeit des Dritten Reiches unsere Fakultäten fast alle versagt haben [...].<sup>1820</sup>*

Die im Krieg und ‚Kirchenkampf‘ gewonnene Rückbesinnung auf die Kirche sah Wischmann, der anhaltend die Konzeption einer starken lutherischen Volkskirche verfolgte, gefährdet. Zu Gogarten und „in seinem Gefolge die klugen, neuen Liberalen unserer Jahrhunderts“, die, so Wischmann, alles entmythologisieren wollen, schrieb er:

*Es bleibt für mich immer eine Anfechtung, dass die Männer, die einst als Freunde der Deutschen Christen der lebendigen missionarischen Arbeit im Wege standen, jetzt in gleicher Anerkennung ihrer Bedeutung spöttisch und überlegen diesen genannten Kämpfen und Gesprächen gegenüber stehen und von der neutralen Plattform einer überlegenen Schau aus ihre Kritik zum Besten geben.<sup>1821</sup>*

Die unterschiedlichen Ausdeutungen des ‚Kirchenkampfes‘ und Bewältigungsstrategien mündeten in ebenso unterschiedlichen Positionierungen zur Nachkriegsgesellschaft, die im Kern eine an die neuen politischen Verhältnisse angepasste und aktualisierte Auseinandersetzung über die Stellung von Religion und Kirche in einer modernen und säkularen Gesellschaft war. Ihren Niederschlag fand diese mit Verve geführte innerprotestantische Debatte auch in Göttingen.<sup>1822</sup> Ein früher Höhepunkt war ein Vortrag mit Karl Barth, der am 23. Juli 1946 im Großen Audi-

<sup>1820</sup> Wischmann an Prof. Fritz Blanke, Zürich, am 7.9.1946. LKAH, NL 78, Nr. 45. Vgl. Wischmann an Fezer am 8.1.1947. Ebenda, Nr. 47. Wischmann argwöhnte, dass namentlich Wolf und Iwand seinen Sturz betrieben. Dagegen bewertete er das Verhältnis zu Jeremias, von Rad und Trillhaas als unproblematisch. 1976 ruderte er zurück. Nun gab er an, gern mit Iwand zusammengearbeitet zu haben, allerdings habe er sich manchmal seiner Haut erwehren müssen. Wischmann an Hans Wiesenfeldt am 10.10.1976. Ebenda, Nr. 56, hier S. 5.

<sup>1821</sup> Wischmann an Emil Brunner am 30.12.1947. LKAH, NL 78, Nr. 49. In diesem Sinne hatte er bereits am 9.6.1946 an Hans Asmussen geschrieben: „Daneben gibt es noch eine große Schar von religiös und kirchlich Interessierten, denen es wichtiger ist, zur geistreichen Kultgemeinde eines Gogarten zu gehören, als einem schwerkriegsbeschädigten Kommilitonen bei heißem Wetter seinen Fahrstuhl berganzuschieben, denen es das Neueste vom Neuen zu sein scheint, mit Achselzucken und spöttischem Lächeln auf das Leben der Gemeinde herabzuschauen, da sich für sie das eigentliche Gemeindeleben in Salons oder Studierzimmern abspielt [...]“

<sup>1822</sup> Vgl. Jochmann: Kirche; Sauer: Westorientierung, S. 1–50, insb. S. 39ff.

torium der Fakultät über *Christengemeinde und Bürgergemeinde* sprach. Barth bekannte sich zur christlichen Verantwortung auch gegenüber dem säkularen und staatlichen Bereich. Der politische Auftrag der Christengemeinde, so Barth, bestand konkret darin, der Bürgergemeinde das ganze Evangelium von Gottes Gnade zu verkünden, und, da das Evangelium „von Hause aus politisch“ sei, politisch-prophetisch zu wirken und für eine „heilsame christlich-politische Beunruhigung“ zu sorgen. Der „rechte Staat“ müsse in der „rechten Kirche sein Urbild und Vorbild haben“.<sup>1823</sup> Auf die Bindung an ein bestimmtes politisches System, hier bildete sich das Fehlen einer verbindlichen protestantischen Staatsethik ab, verzichtete er ausdrücklich. Er selbst hielt zur Erfüllung christlicher Forderungen die Demokratie am geeignetsten, aber auch eine Monarchie, eine Aristokratie und sogar eine zeitlich begrenzte Diktatur waren für ihn denkbar. Entscheidend sei vielmehr eine politische Haltung, mit der man eine rechte, legitime Herrschaft von einer unrechten Herrschaft (Tyrannis) unterscheiden könne. Die Möglichkeiten und die Notwendigkeit christlicher Politik erläuterte Barth an 12 Punkten, in denen er sich u.a. für Humanität, den Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit, die Freiheit des Einzelnen, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewaltenteilung, die Herstellung einer transparenten Öffentlichkeit und einer politischen Diskussionskultur, internationale Zusammenarbeit und Frieden aussprach.<sup>1824</sup> Ausweislich verschiedener im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausgewerteten Unterlagen fand der Barth-Vortrag in Göttingen durchaus Beachtung, inwieweit er tatsächlich rezipiert wurde und ob er eine über den Tag hinausgehende Wirkung entfaltete, lässt sich nicht belastbar bestimmen.

Am 8. August 1947 veröffentlichte der Bruderrat der EKD, das anhaltend bestehende Leitungsorgan der *Bekennenden Kirche*, ihr *Wort zum politischen Weg unseres Volkes*. Das sogenannte *Darmstädter Wort* beinhaltete kaum weniger als die Forderung nach einem radikalen Bruch mit der eigenen Geschichte. Mit ihrem ungezügelten Nationalismus und der loyalen Unterstützung des innen als autoritär, nach

<sup>1823</sup> Barth: *Christengemeinde*, S. 48f.

<sup>1824</sup> Dietrich Goldschmidt: *Kirche und Staat. Professor Barth in Göttingen. Zwölf Thesen für christliche Politik*, in: *GUZ* 15 vom 2.8.1946, S. 7–8, S. 8. Besucht wurde der Barth-Vortrag auch von Friedrich Gogarten, der sich standesgemäß in die erste Reihe setzte. Die letzte ‚Nichtbegegnung‘ der einstigen Weggefährten blieb wort-, groß- und abschiedslos. Vgl. Goering: *Gogarten*, S. 339–341. Der Goldschmidt-Beitrag endete mit einem Gesamteindruck: „Man hatte Sensationen erwartet, manche hatten sich gerüstet, politische Thesen über Deutschland, die Barth an anderen Orten gesagt hatte, abzuwehren, und manche Studenten hatten Verständnis und Hilfe von ihm dafür erhofft, mit der Vergangenheit fertig zu werden. Diese Erwartungen sind nur in geringem Maße erfüllt. Man weiß nun, daß Barth kein Hassender, kein Fremder, sondern wirklich ein ernster Freund ist, der Mut machen will zu echtem Aufbau und das danken ihm alle. Aber der Freund der Deutschen war zehn Jahre von den Deutschen getrennt, und sie von ihm. [...]. Der deutsche Student ist ihm schon heute, nach sechs Wochen Aufenthalt in Deutschland, wie er sagte, eine angenehme Enttäuschung.“ In einem ein Jahr später abgedruckten Vortrag verneint Barth, dass die von den Nationalsozialisten geprägte Generation per se verloren sei. Als Schwierigkeiten führt er die katastrophale (soziale) Lage, die Maßnahmen der Besatzungspolitik, die Folgen der internationalen Isolation und auch eine anhaltende nationalistische Verhetzung durch Professoren an. Karl Barth: *Verlorene Generation?*, in: *GUZ* 12 vom 23.5.1947, S. 1–2.

außen als militaristisch-imperialistisch auftretenden Staates wurde sie als Irrweg gekennzeichnet. In diesem Sinne wandten sich die Autoren gegen ein Festhalten an dem einseitigen Bündnis mit den „das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten“ und forderten ein Ende der kirchlichen Beteiligung an der „politischen, sozialen und weltanschaulichen Frontenbildung“. Die konstatierte Voreingenommenheit sei letztendlich ein Verrat an der christlichen Freiheit und an dem für alle geltenden freien Angebot Gottes, „Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erfordert“. Rüttelte die scharfzüngige Ablehnung einer erneuten Liaison von Kirche und Bürgertum und der christlichen Legitimierung autoritär-konservativer Leitvorstellungen an den Grundfesten traditioneller Kirchenvorstellungen, war die damit verbundene Ablehnung einer pauschalisierenden Verurteilung der marxistischen Lehre einen Tabubruch: „Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christlichkeit zu machen.“<sup>1825</sup> Korrigiert werden sollte also eine jahrhundertelange Fehlentwicklung. Nicht die umgebende Welt, sondern die Neigung zu Zweckbündnissen mit denjenigen Mächten, die Staat und Gesellschaft aktuell beherrschten, bedrohe die Kirche. So bleibe sie zwangsläufig der Welt das rettende und helfende Wort schuldig. Dagegen aber helfe, so der *Reichsbruderrat*, nur eine ‚echte‘ Reformation.

In der Entstehungsgeschichte spielte Hans Joachim Iwand, seit Juli 1946 Vorsitzender des Theologischen Ausschusses des *Reichsbruderrats*, eine entscheidende Rolle. Nach einem Vortrag Karl Barths stellte er die Frage, inwieweit sich das allein vor Gott gesprochene Schuldbekenntnis mit der faktischen kirchlichen Parteinahme für das deutsche Volk vereinbaren ließe und ob dieses „reale politische Pendant der traditionellen lutherischen Zwei-Reiche-Lehre“ nicht einmal grundsätzlich theologisch reflektiert werden müsse:

*Wir müssen einmal das heiße Eisen des Nationalismus anfassen. Es geht nicht daß wir auf zwei Rechnungen wirtschaften. Hier sind wir Christen und hier sind wir Nationalisten! Wir dürfen uns heute nicht aufteilen lassen, auch nicht politisch in Ost und West. [...] Die BK muß eine politische Linie haben. [...] wir müssen heute vom Bruderrat aus sagen: Wir gehen einen neuen Weg.*<sup>1826</sup>

Bereits einen Tag später legte er einen Textentwurf vor. Die Relativierungen der *Stuttgarter Schulderklärung*, zum einen die Behauptung, dass dieses nicht politisch verstanden werden dürfe, zum Zweiten die eng daran geknüpfte Forderung, in der gegenwärtigen Not an die Seite des eigenen Volkes zu treten und ‚nationale‘ Gegenanklage zu erheben, entlarvte er als ein Ausweichen vor einer Schuldkonkretion. Wir, so Iwand weiter, verhelfen dadurch zu einer Flucht vor der unabweisba-

<sup>1825</sup> Abgedruckt in: Greschat: Zeichen, S. 85–86, hier S. 86. Zur Entstehungsgeschichte vgl. ebenda, S. 34–42; ders.: Christenheit, S. 323–338; Seim: Iwand, S. 332–334; Inacker: Transzendenz, S. 204–207; Herbert: Aufbruch, S. 95–106.

<sup>1826</sup> Zitiert nach Greschat: Zeichen, S. 36.

ren, diesseitigen Verantwortung in Staat und Gesellschaft ins Niemandsland der Religion. Er forderte:

*Nicht Rückkehr zum Christentum. Sondern Umkehr zu Gott durch das Evangelium ist uns geboten. Nicht die Rettung der Welt ist die Aufgabe der Christenheit, sondern die Reformation der Christenheit ist die Rettung der Welt.*<sup>1827</sup>

Die öffentlichen und innerprotestantischen Reaktionen auf das *Darmstädter Wort* waren nicht zuletzt aufgrund der unglücklichen Art der Veröffentlichung verheerend.<sup>1828</sup> Der Rat der EKD, der in die Abfassung vorab nicht eingebunden war, machte es sich nicht zu eigen. Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen stieß es auch in Göttingen trotz der prominenten Rolle Iwands auf wenig Resonanz.<sup>1829</sup> Seine Wirkung entfaltete es erst mittel- und langfristig: in den evangelischen Studentengemeinden, in den außerparlamentarischen christlichen Friedensgruppen gegen die Wiederbewaffnung bzw. die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, in der *Aktion Sühnezeichen*, später in Teilen der bundesdeutschen Studentebewegung.

## Zwischenbilanz: Scharnierjahre einer Fakultät

1945 stand die Theologische Fakultät vor einem Neuanfang. Für einen glaubwürdigen Neubeginn waren personelle Konsequenzen unausweichlich. Entsprechende Initiativen gingen von der Fakultät aus. Ausschlaggebend waren die kirchenpolitische Haltung, persönliche Kontakte und kollegiale Schutzverhältnisse. Hirsch und Birnbaum, aber auch der unauffällige Gerhardt galten als derart desavouiert, dass eine weitere Zusammenarbeit ausgeschlossen war. Dagegen zeigt vor allem Otto Weber den Handlungsspielraum, über den die Universität und die Fakultät verfügten. Gut vernetzt, spielte er auch ohne offizielle Amtsgewalt beim Neuaufbau eine einflussreiche Rolle. Weber ist ein Beispiel dafür, dass erfolgreiches Handeln und gutes Sozialprestige stärker wogen als formale Belastungskriterien. Weder seine

<sup>1827</sup> Abgedruckt in Greschat: *Zeichen*, S. 79–80, hier S. 80. Vgl. die Folgebeiträge von Martin Niemöller, Karl Barth und des Kreises der *Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft* für Deutschland ebenda, S. 81–84. Zu Iwand vgl. Graf: *Glaubenspathos*, S. 471–478.

<sup>1828</sup> Vgl. Greschat: *Christenheit*, S. 332–338. An der entscheidenden Bruderratssitzung nahmen nur sieben der 12 Mitglieder teil. Entgegen der Empfehlung Niemöllers, den Text zuerst dem Rat der EKD zuzusenden und dessen Zustimmung abzuwarten, wurde der Text sofort gedruckt und am 12.8.1947 als Nr. 8 der *Flugblätter der Bekennenden Kirche* an alle evangelischen Gemeinden, Kirchenbehörden und Landeskirchenbehörden geschickt.

<sup>1829</sup> Ein Indikator ist, dass die Erklärung in der GUZ keine Beachtung fand, geschweige denn eine Debatte auslöste. Im Gegensatz zur *Stuttgarter Schulderklärung*, die trotz aller Anfeindungen eine einende Wirkung entfaltete, polarisierte das *Darmstädter Wort* und richtete neue Frontstellungen auf. Dabei spielte auch der Faktor Zeit eine Rolle. Im August 1947 waren wesentliche politische und kirchliche Grundsatzentscheidungen getroffen, der Ost-West-Konflikt bestimmte die politische Agenda. Vgl. Sauer: *Westorientierung*, S. 42–50.



Parteimitgliedschaft noch sein Engagement für den NSDDB, noch sein zwischenzeitlicher, dennoch herausgehobener Einsatz für die *Deutschen Christen*, noch die Umstände seiner Berufung, die 1938 eine Nachqualifizierung erforderten, wurden als belastende Momente gegen ihn angeführt. Dass Weber sich glaubhaft mit dem Nationalsozialismus und seinem eigenen Handeln auseinandersetzte und ‚Irrtümer‘ öffentlich eingestand, kam ihm dabei ebenso zugute wie seine theologische Annäherung an die *Bekennende Kirche*. Für die Neuaufstellung der Fakultät lassen sich vier weitere Punkte festhalten:

Erstens: Die klare Präferenz für Parteigänger der *Bekennenden Kirche* deckt sich im Wesentlichen mit der gesamtprotestantischen Grundlinie bei der Restituierung der landeskirchlichen und überregionalen Leitungsgremien, wobei der Rückgriff auf die Granden der Weimarer Republik im universitären Bereich schon allein aus beamtenrechtlichen Gründen nicht möglich war. Die Neuberufenen entstammten alle in etwa der gleichen Alterskohorte und waren zum Zeitpunkt ihrer Berufung Anfang/Mitte 40. Der Neubeginn war ein Generationswechsel, der zugleich eine theologische Öffnung und Neuorientierung beinhaltete. Unbelastet von schwebenden Entnazifizierungsverfahren waren es vor allem die Neuen, an erster Stelle sind Ernst Wolf, Hans Joachim Iwand und Wolfgang Trillhaas zu nennen, die an der neuen „Blütezeit“ der Fakultät (Rudolf Smend) wesentlichen Anteil hatten, ihre Bedeutung als Wissenschaftsstandort festigten, und sie zu einem betriebsamen, intellektuell herausfordernden und attraktiven Studienort ausbauten. Schon im November 1945 gratulierte Hans von Campenhausen aus der Heidelberger Ferne: „Göttingen ist derweil unbestritten zur ersten Fakultät Deutschlands geworden.“<sup>1830</sup>

Zweitens: Verbunden war die Neuausrichtung mit der betonten Abgrenzung der Fakultät gegenüber äußeren Kräften. Diese richtete sich nicht zuletzt erneut gegen die Landeskirche. Die von Marahrens geäußerte Kritik, dass die Landeskirche in die laufenden Berufungsverfahren nicht angemessen eingebunden war und im Ergebnis kein ‚Landeskind‘ unter den Neuberufenen war, wies Otto Weber selbstbewusst zurück. Die Fakultät habe nicht auf regionale, sondern qualitative Gesichtspunkte geachtet.<sup>1831</sup> In Einzelfragen bestanden, wie der erwähnte Streit um die Berufung von Ernst Wolf zeigt, immer wieder gravierende Spannungen. Unter Wahrung der eigenen Interessen bemühten sich jedoch beide Parteien um sach- und problemorientierte Lösungen. Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen

---

<sup>1830</sup> Campenhausen an Dörries am 16.11.1945. BArch, N 1721, Nr. 26. Auch Gogarten scharte einen Kreis „Gogärtner“ und Gogärtnerinnen“ um sich und gab in den späten 1940er und 1950er Jahren wichtige Anstöße in der deutschen und amerikanischen Theologiedebatte, in Göttingen selbst blieb er in einer „gewissen selbstgewählten splendid isolation“ verhaftet. Smend: Fakultät, S. 160. Vgl. Goering: Gogarten, insb. S. 349–363.

<sup>1831</sup> Vermerk Weber nach einem Gespräch mit Staatssekretär Grimme vom 26.9.1945. Bülow: Weber, S. 270.

gestaltete sich das Verhältnis von Fakultät und Landeskirche demnach kontrovers, aber frei von größeren Verwerfungen.<sup>1832</sup>

Drittens: Prägend für die Fakultätsentwicklung der Nachkriegszeit war ungeachtet genannter Differenzen der Wille zur gemeinsamen und konstruktiven Arbeit. Das Fakultätsklima soll trotz der vielfältigen Alltagsbeschwerden insgesamt gut gewesen sein, einschließlich der persönlichen Begegnung von Dozenten, Studentinnen und Studenten.<sup>1833</sup> Große Bedeutung erlangten die *Göttinger Predigtmeditationen* (GPM), die am 31. Juli 1946 auf Anregung Iwands gemeinschaftlich von ihm selbst, Jeremias, von Rad, Trillhaas und Weber herausgegeben wurden. Getragen von den gemeinsamen Erfahrungen des ‚Kirchenkampfes‘ war der Herausgeberkreis fachübergreifend, bikonfessionell und, nach dem Eintritt von Günther Bornkamm, auch schulübergreifend. Die GPM stärkten im Sinne Iwands nicht nur das Band von Kanzel und Katheder, sondern sicherten als theologische und lebenspraktische Hilfestellung auch einen bleibenden Kontakt zum akademischen Nachwuchs. Als „integrative Kraft“ übten die GPM einen erheblichen Einfluss auf die theologische Nachkriegsgeneration aus.<sup>1834</sup> Zugleich konfrontierten sie diese mit einer Zeitdeutung, die – zumal auf dem Gebiet der Hannoverschen Landeskirche – nicht der kirchlichen Mehrheitsmeinung entsprach. Aktuelle Bezugspunkte waren unter anderem die ‚Schuld‘ der Kirche, nationale Überheblichkeit, die Vertreibung und Integration von Flüchtlingen, aber auch die Neubestimmung des Verhältnisses zum Sozialismus.<sup>1835</sup>

Viertens: Die Theologische Fakultät nahm die Herausforderungen der Gegenwart an und setzte eigene Impulse.<sup>1836</sup> Göttinger Theologen waren in unterschiedlichen Betätigungsfeldern aktiv. Wolfgang Trillhaas, zeitweise Mitglied der CDU, engagierte sich u.a. in der akademischen Selbstverwaltung. Vom SoSe 1950 bis zum WS 1951/52 bekleidete er das Amt des Rektors und positionierte sich

---

<sup>1832</sup> Als Beispiel für eine in der Sache umstrittene Grundentscheidung ist die führende Rolle der Landeskirche bei der Gründung der *Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands* (VELKD) am 8.7.1948 in Eisenach anzuführen. Wiederholt hatten sich verschiedene Göttinger Professoren gegen den in der Landeskirche verbreiteten lutherischen Konfessionalismus ausgesprochen. Besonders exponierte sich Iwand. Vgl. ebenso den Konfessionalismus-Vortrag Otto Webers vor den Studenten des Bremer Studienhauses, in dem er mit Verweis auf die *Barmer Theologische Erklärung* die anhaltenden Bestrebungen zur Schaffung einer lutherischen ‚Reichskirche‘ problematisierte. Semesterbericht für das WS 1946/47. LKAB, B 631/11/1-3.

<sup>1833</sup> Vgl. Lohse: Theologiestudent. Vgl. den Bericht Erich Cohen, der ab dem WS 1946/47 in Göttingen studierte, über seine theologischen Lehrer. Cohen: *Leben*, S. 144–161.

<sup>1834</sup> Möller: 50 Jahre, S. 4. Vgl. Seim: Iwand, S. 314ff.; Bülow: Weber, S. 271. Die GPM waren aus Rundbriefen Iwands für vertriebene ostpreußische Pfarrer hervorgegangen.

<sup>1835</sup> Vgl. Frese: Fakultät, S. 23; Greschat: *Christenheit*, S. 299f.

<sup>1836</sup> Hierzu zählt auch eine öffentliche Vorlesungsreihe *Kirche und Öffentlichkeit* im WS 1948/49 mit Beteiligung sämtlicher Professoren: *Gott und die Weltgeschichte in der Verkündigung der alttestamentlichen Propheten* (von Rad); *Christus und die Welt in der Botschaft des Neuen Testaments* (Bornkamm); *Das prophetische Amt der Kirche* (Dörries); *Die Freiheit des Christenmenschen und die Freiheit der Kirche* (Wolf); *Der Öffentlichkeitscharakter der Kirche* (Gogarten); *Die Theokratie als theologisches Problem* (Weber); *Glauben und Wissen* (Iwand); *Idee und Kritik der christlichen Liebesarbeit* (Trillhaas). UAG, Theol. SA, Nr. 148.1.

von Amts wegen wiederholt in öffentlichen Konflikten. Dagegen besetzte Ernst Wolf diskursive Schnittfelder von Kirche und Öffentlichkeit. Er war weiterhin Herausgeber der Zeitschrift *Evangelische Theologie*, die sich an interessierte Laien wandte und bewusst interdisziplinär angelegt war. An der Universität nahm er als Gründungsmitglied der GUZ Einfluss auf deren inhaltliche Ausrichtung und war an der Inthronisierung Dietrich Goldschmidts als Chefredakteur führend beteiligt. Später leistete Wolf mit seinen Arbeiten zur protestantischen Staatsethik wichtige Beiträge zur kirchlichen Annäherung an die Demokratie. Seit 1955 engagierte er sich in der *Kommission zur Geschichte des Kirchenkampfes in nationalsozialistischer Zeit*, der er ab 1964 auch vorstand, war zeitweiser Mitherausgeber der Reihe *Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes*, und übte in dieser Funktion einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die kirchliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema *Evangelische Kirche und Nationalsozialismus* aus.<sup>1837</sup> Hans Joachim Iwand entfaltete, wie erwähnt, als Mitglied des *Reichsbruderrates* und als Initiator und Autor des *Darmstädter Wortes* umfangreiche kirchenpolitische Aktivitäten. Bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1960 engagierte sich der überzeugte Pazifist an exponierter Stelle und in Gegnerschaft zu Landesbischof Lilje gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr.<sup>1838</sup> Eine andere Option wählte der an sich fakultätsabgewandte Gogarten, der auch nach Kriegsende persönlich und theologisch eine Außenseiterrolle einnahm: „Er hat uns“, so Gerhard von Rad im Rückblick auf seine Zeit in Göttingen, „alle maßlos verachtet.“<sup>1839</sup> Sein Biograf Timothy Goering stellte Gogartens Leben in der Nachkriegszeit unter die Überschrift *Eine schriftliche Existenz*. „Er hatte seinen Abschied von der Welt genommen und lebte nun in seinem Studierzimmer.“<sup>1840</sup> Zu der Tendenzwende des Protestantismus und den großen protestantischen Debatten der Kirche äußerte sich der „Einzelgänger“ nicht, vielmehr stellte er unter kulturskeptischen und modernitätskritischen Vorzeichen „Ferndiagnosen seiner Zeit“. Seine theologische Haltung

---

<sup>1837</sup> Vgl. Inacker: Transzendenz, S. 279–291, hier S. 290. Die Entstehungsgeschichte der *Kommission* ist ein weiteres Beispiel für die Konflikte zwischen Landeskirche und Fakultät. Es war u.a. OKR Klügel, der eine starke Rolle Wolfs zu verhindern suchte. Vgl. Kaiser: Wissenschaftspolitik, insb. S. 155f. Neben der *Evangelischen Theologie* war Wolf auch Mitherausgeber der Zeitschriften *Verkündigung und Forschung* sowie der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Seit 1958 engagierte er sich in der *Christlichen Friedenskonferenz* (CFK) in Prag. In seinem Nachruf würdigte Götz Harbsmeier Wolf als einen Theologen, dessen Anliegen teils unerfüllt blieben: „Zum anerkannten Theologen und Kirchenmann der Nachkriegszeit nach 1945 hat er es nicht gebracht. Die restaurative Tendenz der Adenauer-Zeit in der Kirche und in der Gesellschaft hat ihn ebenso tief bekümmert wie die unbewältigt gebliebene Mitschuld der offiziellen Kirche an der Ermöglichung des nationalsozialistischen Gewaltensystems. Das Versagen der Kirche beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine Enttäuschung, die Ernst Wolf mit ins Grab genommen hat.“ Harbsmeier: Ernst Wolf zum Gedenken, in: JK 10 (1971), S. 507–509, hier S. 508.

<sup>1838</sup> 1952 nahm Iwand einen Ruf aus Bonn an. Er war Mitbegründer der *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1958 gehörte er zu den Mitbegründern der *Christlichen Friedenskonferenz* (CFK) in Prag. Vgl. Graf: Glaubenspathos, S. 471–478.

<sup>1839</sup> Zitiert in Trillhaas: Vergangenheit, S. 217.

<sup>1840</sup> Vgl. Goering: Gogarten, S. 339–348, hier S. 343.

war mitbestimmt von einer „politisch sozialen Handlungsverweigerung“. Stattdessen befasste er sich mit dem grundsätzlichen Verhältnis des modernen Christentums in einer technologischen Konsumgesellschaft.<sup>1841</sup>

*Er trat seltener als geistiger Übungsleiter auf, der durch Zeitschriftenbeiträge, Vorträge oder pädagogische Rüstwochen zu geistigen Übungen animierte, sondern trat nun als diagnostizierender Arzt auf, der anhand der bedachtsam wahrgenommenen Symptome seiner Zeit Schlüsse über die tiefe kulturelle Krankheit zog, welche die Moderne angeblich beutelte. Es ging ihm nun darum, Befunde der pathologischen Selbsterstörung des modernen Denkens zu liefern.*<sup>1842</sup>

## Nachhall: Der ‚Fall‘ Karl Georg Kuhn

Karl Georg Kuhn kam erst 1949 nach Göttingen. Der Konflikt, der sich im Rahmen einer gescheiterten Berufung nach Mainz an seiner Person entzündete, ist deshalb von Interesse, da der einstige enge Vertraute des Tübinger Neutestamentlers Gerhard Kittel sich während der NS-Zeit eindeutig antisemitisch positioniert hatte.<sup>1843</sup> Horst Junginger zählt Kuhn zu den herausragenden Protagonisten einer wissenschaftlichen *Judenforschung*.

Wer war Karl Georg Kuhn?<sup>1844</sup> Der Sohn eines pietistischen Predigers wurde 1906 im südwestpfälzischen Thaleischweiler geboren. Er studierte Theologie in Bethel, in Breslau eignete er sich im dortigen Rabbinerseminar grundlegende Kenntnisse der talmudischen Literatur an. 1928 ging er nach Tübingen und promovierte 1931 im Fachbereich Orientalistik. 1932 trat er der NSDAP und SA bei, am 1. April 1933 hielt er auf dem Tübinger Markplatz eine Rede zum reichsweiten Boykotttag: „Das internationale Weltjudentum hat dem neuen Deutschland den Krieg erklärt, nicht mit Waffen, sondern mit Worten.“<sup>1845</sup> Mittlerweile habilitiert und als Privatdozent beschäftigt, trat Kuhn auf Empfehlung seines Mentors Kittel dem Sachverständigenrat der *Forschungsabteilung Judenfrage* im *Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands* bei. Für seine akademische Karriere erlangte seine *Judenforschung* nun entscheidende Bedeutung. 1937 zählte das REM Kuhn zu „den besten nicht jüdischen Talmudisten Deutschlands.“<sup>1846</sup> Dennoch, und obwohl Kuhn in seinem Vortrag *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* die nationalsozialistische Judenpolitik und die Pogrome vom 8./9. November 1938 vertei-

<sup>1841</sup> Ebenda, S. 344.

<sup>1842</sup> Ebenda, S. 359.

<sup>1843</sup> Vgl. Ericksen: Theologen, S. 47–114; Junginger: Kittel. Für die freundlichen Hinweise zu Kuhn danke ich Herrn Prof. em. Berndt Schaller († 2020).

<sup>1844</sup> Vgl. Klee: Personenlexikon; Junginger: Theorie; Junginger: Verwissenschaftlichung; Jeremias: Kuhn; Theißen: Wissenschaft, S. 15–150.

<sup>1845</sup> Zitiert nach Klee: Personenlexikon, S. 350.

<sup>1846</sup> Zitiert nach Junginger: Kittel, S. 94. Eine Rolle spielte die fehlende finanzielle Absicherung.

digte, kam er beruflich nicht voran.<sup>1847</sup> Erst 1942 erhielt er eine außerordentliche Professur in Tübingen. Er war der Erste, der, wenn auch ohne eigenen Lehrstuhl, in Forschung und Lehre eine antisemitisch ausgerichtete ‚Judenwissenschaft‘ vertrat.<sup>1848</sup> Zuvor, im Frühjahr 1940, hatte er im Auftrag der *Forschungsabteilung Judenfrage* eine Studienreise ins besetzte Polen unternommen, in deren Rahmen er im besetzten Warschau Unterlagen und Bücher der Jüdischen Gemeinde inspizierte und für ihre Beschlagnahme vorbereitete. Seine Mission war Teil der kulturellen Enteignungs- und Raubpolitik im eroberten ‚Osten‘.<sup>1849</sup> Am 5. Juli 1945 wurde Kuhn aus seinem Hochschulamt entlassen. Anfang 1946 verfügte die französische Militäradministration seine endgültige Amtsenthebung und erließ zugleich ein Aufenthaltsverbot für Tübingen. Kuhn holte nun sein theologisches Examen nach und verdingte sich kurzfristig als Religionslehrer. Am 18. Oktober 1948 wurde er von den Spruchkammern in Stuttgart und Tübingen entlastet und in Kategorie V eingestuft.<sup>1850</sup>

Nur wenige Monate später beauftragte ihn die Göttinger Fakultät mit der Vertretung des neutestamentlichen Lehrstuhls. Entsprechende Bemühungen hatten kurz nach seiner Entlastung eingesetzt und gingen maßgeblich auf Jeremias zurück, der bereits für Kuhns Spruchkammerverfahren ein positives Gutachten verfasst hatte.<sup>1851</sup> Die Ernennung erfolgte in Kenntnis seiner bisherigen Karriere.<sup>1852</sup>

<sup>1847</sup> Vgl. Kuhn: *Judenfrage*. Es handelt sich um die Schriftfassung seines Beitrages auf der 4. Tagung des *Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands* vom 30.11. bis 3.12.1938 in Berlin.

<sup>1848</sup> Junginger: Kittel, S. 95. Ein Lehrstuhl für ‚Judenkunde‘ in Frankfurt, für den Kuhn vorgesehen war, ließ sich nicht mehr realisieren.

<sup>1849</sup> Vgl. Barkenings: *Spuren*, S. 114–119.

<sup>1850</sup> In den Spruchkammerverfahren wurde Kuhns Mitgliedschaft vor allem sozial und als Entscheidung gegen den Kommunismus gedeutet. Sein Antisemitismus spielte keine Rolle, seine Arbeit wurde als rein wissenschaftlich angesehen. Insgesamt wirkt die Argumentationsführung einseitig entlastend. So habe er sich gutachterlich zu den auf der Krim ansässigen Karäern geäußert, die er trotz ihrer jüdischen Religion ‚rassisch‘ als einen tatarischen Volksstamm klassifizierte. Damit habe er diese vor der Ausrottung bewahrt. Vgl. Zauner: *Schild*. Auch die beigelegten Leumundszeugnisse waren positiv. Der ‚nichtarische‘ Hilfsprediger und spätere Pfarrer Wolfgang Litterscheid bescheinigte Kuhn am 30.3.1946 eidesstattlich, dass er sich „gegen den Mordkurs der Nazis“ gewehrt habe. Am 8.10.1948 bezeichnete Edo Osterloh Kuhn als einen engen Mitarbeiter Martin Niemöllers, der ihn 1936 bis 1939 mehrfach in Berlin aufgesucht habe. Kuhn habe sich auch um BK-Studenten gekümmert, darunter ‚nichtarische‘, die Osterloh nach Tübingen vermittelt habe. Zu Kriegsbeginn habe er in Opposition zum NS-Staat gestanden. UAG, Theol. PA, Nr. 75. Vgl. das amerikanische und französische Spruchkammerurteil in: NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/65, Nr. 169.

<sup>1851</sup> Theißen: *Wissenschaft*, S. 49. Vgl. Kuhn: *Antrittsrede*, in: *Jahrbuch der Heidelberger Akademie* 1963/64 (1965). Abgedruckt in Theißen: *Wissenschaft*, S. 100–103, hier S. 102. Die Beantragung der Übertragung des Extraordinariats von Bornkamm bzw. der Diätendozentur von Wiesner auf Kuhn erfolgte ausweislich zweier Schreiben vom 3.3.1949 einstimmig und ohne Problematisierung seines Handels während der NS-Zeit. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/65, Nr. 169. Die Kontaktaufnahme erfolgte spätestens Mitte Februar 1949. Kuhn an das Dekanat am 20.2.1949. UAG, Theol. PA, Nr. 75.

<sup>1852</sup> Vgl. die ausführliche Korrespondenz in: NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/65, Nr. 169, Bl. 29–82. Darin finden sich auch ein Lebenslauf Kuhns vom 15.3.1949, ein Führungszeugnis, sein Fragebogen und die Urteile der Spruchkammerverfahren.

Am 15. April 1949 hatte sich der Tübinger Mathematiker und aktuelle Dekan Erich Kamke an den niedersächsischen Kultusminister gewandt und verschiedene Belege zu Kuhns Engagement während der NS-Zeit angefügt, darunter seine Boykottrede vom April 1933 und Schriften, die Kuhns Nähe zu Kittel und seine Referententätigkeit für den Beirat *Forschungsabteilung Judenfrage* belegen sollten. Kuhn sei nicht würdig, als akademischer Lehrer zu wirken:

*Alle diejenigen, die sich zur Mitarbeit an diesen Dingen hergegeben haben, tragen damit eine wesentliche Mitschuld an der Schande, welche die von der NSDAP durchgeführten Pogrome und Massenmorde an den Juden über unseren guten Namen gebracht haben.*<sup>1853</sup>

Für Rektor Raiser spielte das Schreiben keine Rolle. Das Ministerium solle das Votum nicht beachten. Kamke, so Raiser, sei im Herbst 1937 pensioniert worden, da seine Frau unter die ‚Nürnberger Rassegesetze‘ fiel; nun sei er wieder im Amt, aber wegen des persönlich erlittenen Unrechts noch immer verbittert, weshalb er die Entnazifizierung mit persönlichem Eifer verfolge. Die vorgelegten Materialien seien von der Tübinger Spruchkammer als nicht ausreichend gewertet worden. Er selbst kenne Kuhn gut, auch Jeremias als zuständiger Fachordinarius und Iwand, der die Verhandlungen geführt habe, seien voll überzeugt, zudem herrsche nach dem Weggang Bornkamms ein akuter Notstand. Zuletzt verteidigte er Kuhn:

*Dass er auch während des 3. Reiches wissenschaftliche Veröffentlichungen über das Judentum herausgebracht hat, trifft zu, kann aber einem Gelehrten, dessen Spezialfach die Beschäftigung mit der jüdischen Sprache, Geschichte und Religion darstellt, wohl nicht zum Vorwurf gereichen.*<sup>1854</sup>

Es ist auszuschließen, dass Raiser seine Antwort ohne Rücksprache mit der Theologischen Fakultät verfasste. Letztendlich folgte das Kultusministerium dem von ihm vorgeschlagenen Weg. Kuhn erhielt zum Sommersemester einen Vertretungsauftrag, am 28. Juli 1949 wurde er nach Eingang des bis dahin nicht vorliegenden ‚französischen‘ Spruchkammerurteils auf erneuten Antrag der Fakultät endgültig berufen und ins Beamtenverhältnis übernommen.<sup>1855</sup>

Ab dem WS 1950/51 vertrat Kuhn, mittlerweile zum außerordentlichen Professor ernannt, das *Neue Testament* in Mainz. Dort wurde er für ein ordentliches

<sup>1853</sup> Kamke an den niedersächsischen Kultusminister am 15.4.1949. UAG, Theol. PA, Nr. 75.

<sup>1854</sup> Rektor Raiser an den niedersächsischen Kultusminister am 25.4.1949. Ebenda. Am 30.5.1949 wandte sich Raiser direkt an Kamke und ermahnte ihn, vergangenes Unrecht nicht durch ein neues Unrecht sühnen zu wollen. Kuhns Schrifttum bezeichnete er als „streng wissenschaftliche wertvolle Untersuchungen“, die mit „der offiziellen antisemitischen Propaganda des Nationalsozialismus schlechterdings nichts zu tun“ hätten. Zitiert nach Junginger: *Antisemitismus*, S. 546. Raiser musste 1933 berufliche Nachteile in Kauf nehmen – er hielt keine Dozentur –, da er eine Erklärung unterzeichnet hatte, die gegen die Entlassung von Professoren aus rassistischen und politischen Gründen protestierte; in Göttingen war er für die Entnazifizierung des Lehrkörpers an entscheidender Stelle mitverantwortlich. Vgl. die kritische Einschätzung Raisers, bei Szabó: *Vertreibung*, S. 501.

<sup>1855</sup> Kurator am 25.4.1948 an das Kultusministerium; Theologische Fakultät an das Kultusministerium am 16.6.1949; Berufung Kuhns am 28.7.1949. NLA HA, Nds. 401, Acc. 92/65, Nr. 169.

Ordinariat in Aussicht genommen, nach einem Gespräch am 12. Juni 1951, an dem neben Dekan Wiesner auch Wilhelm Jannasch teilnahm, per Fakultätsbeschluss von der Liste gestrichen. Über Inhalt, Intention und Stil dieses Gesprächs gab es unterschiedliche Deutungen. Zum Monatsende nahm daraufhin der der Göttinger Dekan Dörries, von Kuhn mündlich informiert, Kontakt zu seinem Amtskollegen auf. Dabei stellte er die wissenschaftliche Expertise Kuhns in den Vordergrund, spielte seine Parteimitgliedschaft herunter und sprach ihn von Antisemitismusvorwürfen frei. Zudem schlug er als Vermittler Ernst Käsemann vor.<sup>1856</sup> Dieses Ansinnen wurde umgehend zurückgewiesen. Der Mainzer Fakultät gehe es, so Dekan Wiesner, weniger um das Politische als um das Charakterliche. Sie hätte damit leben können, wenn Kuhn gesagt hätte, er sei Nationalsozialist und Antisemit gewesen, dann aber durch das Evangelium auf einen anderen Weg gebracht worden. Auch er selbst habe, so Wiesner durchaus persönlich, den Nationalsozialismus zuerst positiv gesehen, aber nie zu dessen ‚Judenpolitik‘ Stellung bezogen, geschweige denn nach der Pogromnacht und „dem damit beginnenden Vernichtungsfeldzug gegen die Juden ein vorbehaltloses Ja ausgesprochen“. Kuhns Einlassungen seien irrig und schuldhaft gewesen, aber auch von einer anderen Qualität. Wegen eben dieser Belastung sei Kuhn auch in Marburg nicht auf die Berufsliste gesetzt worden.<sup>1857</sup> Nur einen Tag später intervenierte Dörries erneut. Die Vergangenheit sei vorbei, entscheidend sei nun – als Gegenbeispiel führte er Birnbaum an –, ob etwas Neues entstehen könne. Man solle doch, so Dörries, lieber einen etwas mildereren als einen zu strengen Maßstab anlegen. Von Kuhn sei noch viel zu erwarten.<sup>1858</sup>

In einem wesentlich schärferen Tonfall setzte sich die Kontroverse im September fort. Wiesner bestand auf der Feststellung, dass Kuhn nicht widerrufen, sondern taktiert habe. Auch komme seine Fakultät zu einem wesentlich strengeren Urteil des Tübinger Spruchkammerverfahrens, das mehr ein „Anwaltsplädoyer“ als eine richterliche Entscheidung sei.<sup>1859</sup> Ende Oktober machte Kuhn selbst die Angelegenheit zu einem Vorgang. Es sei ihm nicht um die Entscheidung an sich gegangen, er wehre sich aber gegen die „unberechtigte Beleidigung“ und die ihm widerfahrene Kränkung. Die „Vorwürfe von Prof. Wiesner stellen schwerwiegende Anschuldigungen gegen meine persönliche Aufrichtigkeit und Redlichkeit dar, und ich beklage mich darüber“. Wiesner müsse sie mit einem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, auch gegenüber dem Göttinger Dekan, ansonsten solle er einer ehrengerichtlichen Klärung zustimmen.<sup>1860</sup> Auch weil das Gespräch zwi-

---

<sup>1856</sup> Dörries an Wiesner am 30.6.1951. UAG, Theol. PA, Nr. 75. Der folgende Schriftwechsel ebenda.

<sup>1857</sup> Wiesner an Dörries am 26.7.1951. Wie erwähnt hatte der wesentlich jüngere Wiesner bis 1949 in Göttingen *Systematische Theologie* gelehrt. In dem Briefwechsel schwingt auch eine subtile persönliche Note mit. In Dörries Bemerkung ‚Er, der Ältere, wolle aber nicht in Wiesners Amtsführung hineinreden‘, kommt diese beredt zum Ausdruck.

<sup>1858</sup> Dörries an Wiesner am 27.7.1951.

<sup>1859</sup> Wiesner an Dörries am 6.9.1951.

<sup>1860</sup> Kuhn an Dörries am 23.10.1951.

schen den beiden Dekanen inzwischen verfahren sei, so Dörries freimütig, wandte er sich direkt an den aktuellen Rektor der Mainzer Universität, den Alttestamentler Kurt Galling. Der Göttinger Fakultät sei es zu keiner Zeit um eine Durchsetzung Kuhns gegangen, sondern um eine Verteidigung von dessen Ehre. Er selbst habe die Schriften Kuhns eingehend studiert und teile die Einschätzung des Tübinger Entnazifizierungsausschusses. Die Anstrengungen Kuhns, „der einmal in der Judenfrage dem Drängen seines damaligen Mentors nachgegeben“ habe, „sich durch ein Einlenken in die herrschende Richtung zu empfehlen und damit seine bisherige unliebsam empfundene Stellungnahme ‚gutzumachen‘“, könne in Mainz offenbar nicht die gleiche Nachsicht finden wie in Göttingen.<sup>1861</sup> Implizit rechtfertigte Dörries damit die vormalige Berufung Kuhns gegen den unausgesprochenen Vorwurf, in der Angelegenheit nicht gewissenhaft genug vorgegangen zu sein.

Auf Anfrage von Dörries erklärte sich sieben Tage später der Mainzer Religionspädagoge Friedrich Delekat – der Spranger-Schüler war 1936 zwangspensioniert und mit Redeverbot belegt worden – seine Bereitschaft zur Vermittlung. Er warnte allerdings davor, aus der Angelegenheit einen offiziellen und damit öffentlichen Vorgang zu machen, auch Kuhns Überlegungen einer Selbstanzeige hielt er für bedenklich.<sup>1862</sup> Drei Tage später ergänzte er, dass eine mündliche Klärung auf dem bald stattfindenden Fakultätentag erfolgen könne. Kuhns Streichung von der Berufungsliste sei weder ehrenrührig gemeint gewesen noch war sie ein Angriff auf seine akademische Karriere. Zudem seien die sachlichen Bedenken, die damals bestanden hatten, durch Kuhns Erklärung in der *Evangelischen Theologie* ausgeräumt. Falls Galling einverstanden sei, erwäge Wiesner zudem eine öffentliche Erklärung auf dem Fakultätentag.<sup>1863</sup> Offenbar war dieser Vorschlag innerhalb seiner Fakultät umstritten. Wiederum nur wenige Tage später bemühte sich Delekat in einem persönlichen Schreiben an Dörries, die Angelegenheit ebenso wie die Mainzer Fakultät als erledigt zu betrachten.<sup>1864</sup> Sein Vermittlungsvorschlag, der, so Delekat in seinem letzten Schreiben, besser sei als „lahme Fakultätserklärungen“, scheiterte. In einem ebenfalls als persönlich gekennzeichneten Schreiben stimmte Dörries zu, auch wenn für ihn noch immer nicht ausgemacht war, ob es in dem besagten Gespräch vom 12. Juni um einen letzten Klärungsversuch oder lediglich um eine Übermittlung einer bereits beschlossenen Fakultätsabsage gegangen sei.<sup>1865</sup> Offizi-

<sup>1861</sup> Dörries an Galling am 19.11.1951. Mit der gleichen Stoßrichtung argumentierte der Tübinger Neutestamentler Otto Michel, der ebenfalls konstatierte, dass Kuhn im Gefolge Kittels in „die Nähe der nationalsozialistischen Weltanschauung“ gerückt schien. Zitiert nach: Jeremias: Kuhn, S. 313.

<sup>1862</sup> Delekat an Dörries am 26.11.1951.

<sup>1863</sup> Delekat an Dörries am 29.11.1951. Kuhn hatte sich in der *Evangelische Theologie* von *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* distanziert: „Ich bedaure, daß ich damals blind war, nicht zu sehen, daß der Weg der Hitlerischen Judenpolitik in den Abgrund des Grauens ging und daß er unaufhaltsam war. Nur solche Blindheit machte es möglich, daß ich die Schrift damals schrieb.“ Kuhn: *Schriftrollen*, S. 73.

<sup>1864</sup> Delekat an Dörries am 2.12.1951.

<sup>1865</sup> Dörries an Delekat, persönlich am 6.12.1951.



ell dagegen beharrte er auf seiner Position. Wiesner solle das Notwendige dazu erklären, zudem solle vor dem Theologentag, an dem Dörries nicht teilnehmen könne, eine offizielle Rehabilitation Kuhns durch den Präsidenten erfolgen.<sup>1866</sup> Letztendlich erklärte Wiesner die Angelegenheit am 4. Januar 1952 dennoch für beendet. Nach Vorlage der gesamten offiziellen und inoffiziellen Korrespondenz stellte die Mainzer Fakultät am 19. Dezember 1951 fest, dass die Streichung Kuhns von der Berufungsliste am 13. Juni unter Einbeziehung der Ergebnisse des Gesprächs vom Vortrag endgültig erfolgt sei. Es gebe keinen Grund für weitere Stellungnahmen und Erklärungen, auch dem als privat bezeichneten Vermittlungsvorschlag von Delekat erteile man eine Absage, da dieser möglicherweise als eine Entschuldigung aufgefasst werden könne. Im Übrigen sei die Diskussion von Berufungsverfahren durch andere Fakultäten weder üblich, noch habe sie eine rechtliche Grundlage.<sup>1867</sup>

Im ‚Fall‘ Kuhn mischten sich verschiedene Elemente. Die Göttinger Fakultät sah sich gegenüber Kuhn verpflichtet, zugleich setzte sie die gescheiterte Berufung unter Legitimationsdruck. Hier hatte man auf das Primat der Wissenschaft gesetzt und die Wirkungsmacht der Kuhn-Schriften weitgehend außer Acht gelassen. Die Frage, inwieweit Kuhn mit seiner Forschungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit dazu beigetragen hatte, den staatlichen Judenhass zu fördern und bestehende Resistenzen dagegen zu minimieren, lag außerhalb des Horizonts der Fakultät.<sup>1868</sup> Nun zeigten die Voten aus Marburg und Mainz die Möglichkeit einer wesentlich kritischeren Einschätzung von dessen Werken.

Dass die Göttinger Fakultät in dieser Frage inhaltlich nicht geschlossen hinter ihrem Dekan stand, zeigt ein Vorgang, der sich zeitlich parallel abseits der Fakultät abspielte. Am Bremer Studienhaus stand im Frühjahr 1951 die Nachfolgeregelung für den ausscheidenden Studiendirektor Hans-Heinrich Harms auf der Tagesordnung. Ephorus Iwand setzte sich diesbezüglich für den niederländischen Theologen Bjarne Kristensen ein, ein Sohn des liberalen und ökumenisch ausgerichteten Leidener Theologieprofessors William Brede Kristensen. Sechs Jahre nach Kriegsende sah Iwand in der Bereitschaft Kristensens, nach Deutschland zu kommen, ein großes Opfer und ein Zeichen großer Gesinnung.<sup>1869</sup> Der formal zuständige Kirchenausschuss der Bremischen Landeskirche teilte diese Einschätzung nicht. Da Kristensen Ausländer sei und ggf. nicht den rechten Zugang zu deutschen

---

<sup>1866</sup> Dörries an Delekat, am 6.12.1951.

<sup>1867</sup> Wiesner an Dörries am 4.1.1952.

<sup>1868</sup> In Max Weinreichs bereits 1946 veröffentlichter Schrift *Hitler's Professors. The part of scholarship in Germany's crimes against the jewish people*, die in Deutschland allerdings kaum rezipiert wurde, war Kuhn im Zusammenhang mit dem *Reichsinstitut für die Geschichte des Neuen Deutschlands* mehrfach namentlich genannt und zitiert worden. Weinreich: *Professors*, S. 40–56. In der Sowjetischen Besatzungszone waren Kuhns Schriften *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* (1939) und *Der Talmud, das Gesetzbuch der Juden* (1941) 1946 bzw. 1948 auf die Liste der auszusondernden Literatur gesetzt worden.

<sup>1869</sup> Iwand an den Kirchenausschuss am 26.2.1951; Iwand an den Kirchenausschuss am 20.3.1951. Die folgende Korrespondenz ebenda.

Studenten finde, sagte er ihm ohne weitere Rücksprache mit Iwand ab.<sup>1870</sup> Ende Juli, nur wenige Tage nachdem Dörries sich erstmals an seinen Mainzer Amtskollegen gewandt hatte, brachte Harms Kuhn als Nachfolger ins Spiel. Faktisch handelte es sich um eine Intrige gegen Iwand, deren inhaltlicher Kern seine Haltung zur NS-Zeit war. Der Ephorus habe anerkannt, so Harms, dass Kuhn sich „offen und laut“ losgesagt habe, dennoch könnten sich bei ihm gegenüber denjenigen, „die 1933 eine andere Stellung bezogen haben als er selber“, an falscher Stelle nachteilige Dinge entladen:

*Gerade um deswillen aber erscheint es mir geraten zu sein, Prof. Iwand keine Gelegenheit zu geben, hier wieder einmal an Dinge zu rühren, die nun unter Christenmenschen, die etwas von Buße und Umkehr wissen, abgetan sein sollten.*<sup>1871</sup>

Um, wie Harms betonte, Gefährdungen für das Studienhaus abzuwenden, sollte mit der Bestallung Kuhns auch das Ephorat Iwands aufgehoben werden bzw. dieser zum Rücktritt gedrängt werden. Diese Strategie war letztlich erfolgreich. Am 20. Oktober trat Iwand mit sofortiger Wirkung zurück. Grund war die getroffene Nachfolgeregelung, in die Iwand erneut nicht eingebunden war.<sup>1872</sup> Folgt man der Richtigstellung von Pfarrer Urban, Schriftführer des Kirchengausschusses, stellt sich die Angelegenheit im Detail anders dar. Iwand habe Kuhn seinen Antisemitismus und sein Handeln während der NS-Zeit zwar vorgehalten, aber durchaus gesehen, dass Kuhn diese als falsch erkannt und bereut habe. Vielmehr habe er sich für einen Vertreter der Ökumene ausgesprochen.<sup>1873</sup>

Von der Göttinger Fakultät wurde Kuhn weiterhin gefördert. Als sich die Fakultät 1954 um die Schaffung der Stelle eines ‚Wissenschaftlichen Rates‘ bemühte, stand Kuhn vor Ernst Schäfer auf dem ersten Platz.<sup>1874</sup> Im selben Jahr erhielt er einen Ruf nach Heidelberg, ein Jahr später verlieh ihm die Göttinger Fakultät ein Ehrendoktorat. Dieses Verfahren war üblich, in seinem Falle aber kam ihm eine größere Bedeutung zu, da Kuhn als Theologe bis dato nicht promoviert war. Es handelte sich um ein weiteres Signal, dass die Fakultät seine Rückkehr in das akademische Leben bejahte.<sup>1875</sup> In Heidelberg leitete er ab 1957 die Qumran-Forschungsstelle, ab 1964 gehörte er der Heidelberger *Akademie der Wissenschaften* an. 1971 wurde Karl Georg Kuhn emeritiert.

2009 veröffentlichte der Heidelberger Neutestamentler Gerd Theißen seine doppelbiografische Studie über Karl Georg Kuhn und Günther Bornkamm. Nach erneuter Durchsicht der Schriften Kuhns aus der Zeit vor 1945 kam er zu dem

<sup>1870</sup> 132. Sitzung des Kirchengausschusses der BEK vom 2.2.1951 (Auszug); Kirchengausschuss an Iwand am 19.3.1951.

<sup>1871</sup> Harms an den Kirchengausschuss der BEK am 31.7.1951.

<sup>1872</sup> Iwand an den Kirchengausschuss am 20.10.1951. Iwand monierte ebenso, dass Kuhn ihn nicht vorab aufgesucht hatte.

<sup>1873</sup> Urban an Iwand am 30.10.1951.

<sup>1874</sup> Dekan an Rektor am 31.7.1954. UAG, Theol. PA, Nr. 75.

<sup>1875</sup> Theißen: Wissenschaft, S. 56f.

klaren Ergebnis, dass sich antisemitische Passagen nicht nur in der bekannten Schrift aus dem Jahr 1939 nachweisen lassen. Das Spruchkammerurteil aus dem Jahr 1948 bezeichnete er unter Einbeziehung der zeitbedingten Umstände als „Fehlurteil“.<sup>1876</sup> Kuhn habe, so Theißen, durchaus kontextabhängig und zielgruppenorientiert handeln können, zugleich wies er auf den wenig beachteten Aspekt von dessen öffentlichen Auftritten hin. Seinen Vortrag *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* hielt Kuhn mehrfach, am 19. Januar 1939 vor rund zweitausendfünfhundert Zuhörerinnen und Zuhörer. Er sei „öffentlich als antisemitischer Hassprediger mit akademischem Habitus“ aufgetreten:<sup>1877</sup>

*Karl Georg Kuhn gehört zu den wenigen, die eine offene Auseinandersetzung zu ihrem Verhalten in der NS-Zeit geäußert haben, aber er hätte nicht durch einen Ehrendoktor der Göttinger Theologischen Fakultät 1955 oder durch Aufnahme in die Akademie 1964 geehrt werden dürfen.*<sup>1878</sup>

---

<sup>1876</sup> Theißen: Wissenschaft, S. 47.

<sup>1877</sup> Theißen: Wissenschaft, S. 32; S. 34.

<sup>1878</sup> Theißen: 40 Jahre, S. 61. Dagegen verteidigte Kuhn seine anderen Schriften. Kuhn an den Journalisten Rolf Seeliger, Herausgeber des so genannten ‚Braunbuchs‘ (1968). Vollständig abgedruckt in: Theißen: Wissenschaft, S. 138f. Deutlich milder, im Kern apologetisch, äußerte sich Kuhns Schüler Gerd Jeremias. Vgl. Jeremias: Kuhn.



# Gemeindebildung und gesellschaftlicher Aufbruch: die Theologiestudentenschaft

## Übersicht: die Studentinnen und Studenten der Theologie

Im WS 1945/46 studierten 126 Männer und Frauen evangelische Theologie.<sup>1879</sup> Zum folgenden Sommersemester erhöhte sich ihre Anzahl leicht auf 137, zudem lagen weitere 300 aufnahmefähige Anmeldungen vor, denen aber aufgrund der von der britischen Militärregierung verordneten Begrenzung des Fachbereichs auf maximal fünf Prozent der Gesamtstudentenschaft nicht entsprochen werden konnte. Dagegen protestierte die *Theologische Fachschaft*, die eine Erhöhung der Studienzulassung auf 400 Studentinnen und Studenten forderte. Göttingen biete sehr gute Voraussetzungen und Fortbildungsmöglichkeiten, um den zu erwartenden Nachwuchsmangel in der SBZ auszugleichen. Auf seiner Maitagung schloss sich der Rat der EKD diesem Votum an.<sup>1880</sup> Ein Jahr später stellte Dekan Trillhaas

---

<sup>1879</sup> Walther Wienert: Göttinger Studenten im Zahlenbild. Kurze Statistik des Wintersemesters 1945/46, in: GUZ 3 vom 10.1.1946, S. 8–10. Vgl. Kertz: Student, S. 40–41. Die Zahlen im Dekanatsbuch der Theologischen Fakultät weichen leicht ab.

<sup>1880</sup> Schreiben der Theologischen Fachschaft an den Rat der EKD am 15.5.1946. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 459f; Beschlussprotokoll der 6. Sitzung des Rates der EKD am 1./2. Mai 1946 in Treysa. Ebenda, S. S. 468–499, hier S. 493.

einen wahren „Andrang zum Studium“ fest.<sup>1881</sup> Im SoSe 1947 waren 376 Studentinnen und Studenten immatrikuliert, im darauffolgenden Wintersemester 388 „In- und Ausländer“.<sup>1882</sup> Göttingen stellte nach Erlangen die zweitgrößte Theologische Fakultät.<sup>1883</sup> Zum SoSe wurde die 500-Marke mit 507 Studentinnen und Studenten (ohne Gasthörerinnen und Gasthörer) erstmals überschritten. Kennzeichen dieser Entwicklung war eine signifikante und dauerhafte Erhöhung des Anteils der Studentinnen. Zum SoSe 1950 lag dieser bei knapp unter 12 Prozent. Ebenso erhöhte sich der prozentuale Anteil an der Gesamtuniversität. Machte dieser im Wiedereröffnungssemester 1945/46 gerade einmal 2,9 Prozent aus, erreichte er im WS 1946/47 6,5 Prozent, im WS 1947/48 7,5 Prozent und im WS 1953/54 schließlich 12 Prozent.<sup>1884</sup> Zur Herkunft und zu den Semesterzahlen liegen keine Angaben vor. Viele Studierende befanden sich 1946 aber in ihren Anfangssemestern.<sup>1885</sup> Politische Beanstandungen im Rahmen der studentischen Entnazifizierung gab es nicht. Allerdings notierte Trillhaas zum WS 1947/48 ohne weitere Ausführung, dass die Studentinnen und Studenten „einer genauen Prüfung der politischen Vergangenheit unterworfen“ waren.<sup>1886</sup>

---

<sup>1881</sup> Eintragungen im Dekanatsbuch. Die folgenden Zahlen ebenda. Dagegen monierte er am 16.6.1947 gegenüber dem Senat zu wenig Studienplätze und mahnte eine Erhöhung an, auch um die Schaffung weiterer Hochschulen zu verhindern. In Hannover waren von den 1.244 Pfarrstellen 300 unbesetzt, in der britischen Zone von rund 4.000 rund 850. Pro Jahr brauche man etwa 520 Studenten, dazu einmalig rund tausend. UAG, Rekt., Nr. 4102; Aufstellung vom 24.7.1947. BArch, N 1721, Nr. 71.

<sup>1882</sup> Hans Heinrich Vogel: Schnellbericht vom 7.11.1947. LKAH, NL 78, Nr. 49.

<sup>1883</sup> Jaraus: Studenten, S. 215. Da der Numerus Clausus zunächst niedriger war als für andere Fächer, besuchten viele Anfangssemester bereits die Veranstaltungen ihres Wunschfachs. Diese Praxis führte alsbald zu einer Nachweispflicht: „Am Ende der Vorlesungen mußten sich deshalb gestandene Männer, in Reih’ und Glied anstehend, die Anwesenheit vom Dozenten bestätigen lassen.“ Aussage des Studenten Hans Feltkamp (ab dem WS 1948/49) im Gespräch mit Heiko Frese am 9.1.1999. Nach Frese: Fakultät, S. 22.

<sup>1884</sup> Maerker: Zahlen. S. 154f. 1949 lag der Anteil evangelischer und katholischer Theologiestudenten an den deutschen Hochschulen insgesamt knapp unter 5 Prozent. Jaraus: Studenten, S. 215.

<sup>1885</sup> Schreiben der Theologischen Fachschaft an den Rat der EKD am 15.5.1946. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 459f. Die schlechte Versorgungsperspektive in der SBZ war auf weiteren Ratstagungen Thema. Otto Weber setzte sich für einen teilweisen Ausgleich über die Universitäten in der britischen Besatzungszone ein. Tischvorlage *Die evangelische Theologie* zur 8. Sitzung des Rates der EKD am 10./11. Oktober 1946 in Frankfurt. Abgedruckt in ebenda, S. 684–685, hier S. 685; Verlaufsprotokoll der 6. Sitzung des Rates der EKD am 1./2. Mai 1946 in Treysa. Abgedruckt in ebenda, S. 460–468, hier S. 464.

<sup>1886</sup> Eintragung Trillhaas in das Dekanatsbuch. Zuständig war der Dekan. Hinweise auf die Kriterien bzw. das konkrete Verfahren liegen nicht vor, ebenso nicht, ab wann und wie lange diese stattfanden. Es fanden sich auch keine Hinweise, ob mögliche kirchenpolitische Aktivitäten eine Rolle spielten. Zu den Vorgaben in der britischen Besatzungszone vgl. Wolbring: Trümmerfeld, S. 57f.

## Langfristiger Wandel: der Weg zur ESG

Das Theologiestudium der Nachkriegszeit war, so berichtet Eduard Lohse (1987), bestimmt von der engen Bindung an die Kirche und an die Gemeinden, von Universitätsgottesdiensten und regelmäßigen Veranstaltungen der *Evangelischen Studentengemeinde* (ESG). Auch Vorträge von auswärtigen Rednern seien mit großem Interesse rezipiert und intensiv diskutiert worden.<sup>1887</sup> Das Kriegsende und der mühevollere Neubeginn gingen mit einem gravierenden Umbruch der studentischen Kommunikationsräume einher. Die ESG, der formal sämtliche evangelische Studentinnen und Studenten angehörten, entwickelte sich zur zentralen Einrichtung des evangelischen Lebens an der Universität.<sup>1888</sup> Dagegen konzentrierte sich die *Theologische Fachschaft* auf ihre Kernaufgabe als verfasste studentische Interessenvertretung.<sup>1889</sup>

### Die Evangelische Studentengemeinde (ESG)

Die evangelischen Studentengemeinden waren bereits kurz nach Kriegsbeginn als informelle Kreise entstanden. Nachdem sich die studentische Selbstorganisation in der Kriegszeit stetig verfestigt hatte, umfasste ihr Kernbestand, meist unter dem starken Einfluss des lokalen Studentenpfarrers, die alte DCSV und jene Studentinnen und Studenten, die der *Bekennenden Kirche* nahestanden. Faktisch verschmolzen die beiden Gruppen.<sup>1890</sup> Diese Entwicklung lässt sich auch in Göttingen beobachten. Nach dem Verbot der DCSV im Jahr 1938 bildete sich eine studentische Gemeinschaft, die nach Kriegsende fortbestand. Geleitet wurde sie weiterhin von Wischmann, der nach seiner Rückkehr ins Zivilleben erneut mit der Wahrnehmung des Studentenpfarramtes beauftragt wurde. Er trat sein Amt un-

<sup>1887</sup> Vgl. Lohse: Theologiestudent, hier S. 388. Vgl. Feltkamp: Dorfpastor, S. 50–59; Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 171–194. Offensichtlich intensiviert sich die Zusammenarbeit mit den Stadtgemeinden und anderen kirchlichen Einrichtungen. Viele Theologiestudentinnen und -studenten brachten sich aktiv in die Gemeinde- und die Jugendarbeit ein. Bielefeld: Kirchengemeinden, S. 282.

<sup>1888</sup> Unter ihrem Dach sammelten sich auch „separate Interessengruppen“. Eine der langlebigsten war die 1945 ins Leben gerufene *Göttinger Posaunenmission*. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 274. Dagegen waren die werdenden Theologinnen und Theologen im universitären Vereinsleben unterrepräsentiert. Aushang vom 5.7.1946. LKAH, NL 78, Nr. 40. Vgl. allgemein Ringeling/Rohrbach (Hg.): Studenten. Machte ihr Anteil zum WS 1945/46 noch 6,5 Prozent aus, lag dieser ein Jahr später bei nur noch zwei Prozent. N.N: Schwindender Vereinsmarkt. Die studentischen Gruppen in Göttingen, in: GUZ 5 vom 7.12.1946, S. 11–12.

<sup>1889</sup> In der Übergangsphase stellte die Fachschaft per Satzung drei Mitglieder im AStA. Bei den Theologen lag die Wahlbeteiligung bei ca. 50 Prozent. GUZ 14 vom 19.7.1946. Vgl. Bericht, in: GUZ 1 vom 6.12.1946, S. 20. Die AStA-Wahlen, in: GUZ 13 vom 6.6.1947, S. 1. An einer Freizeit zum Thema *Das geistliche Amt* auf Anregung der Fakultät in Lindthorst (Schaumburg-Lippe) nahmen rund 100 Studenten und Dozenten teil [Mai/Juni 1946]. In der Bibelarbeit engagiert waren die Professoren Galling, Iwand und Jeremias, die Hauptvorträge hielten Campenhausen, Dörries und Wolf. K.G: Theologische Freizeit, in: GUZ 14 vom 19.7.1946, S. 17.

<sup>1890</sup> Rundbrief Bernhard Mumm zum Advent 1946 an die „Lieben Kameraden“. LKAH, NL 78, Nr. 47.

mittelbar vor der offiziellen Wiedereröffnung der Universität am 6. September 1945 an.<sup>1891</sup> Auf die Entwicklung der Studentengemeinde übte der alte und neue Studentenfarrer in den folgenden Jahren maßgeblichen Einfluss aus.<sup>1892</sup> Diese war frühzeitig präsent, für die Zeit solide finanziert und verfügte über gut vernetzte haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.<sup>1893</sup>

In der Nachkriegszeit erfuhren die Studentengemeinschaften großen Zulauf. Im September 1946 soll in etwa ein Drittel der Göttinger Studentinnen und Studenten in den beiden großen konfessionellen Gemeinschaften organisiert gewesen sein.<sup>1894</sup> Dies mag zu hoch gegriffen sein, dennoch umfasste die ESG in Göttingen – es handelte sich um die größte in Nachkriegsdeutschland – zum SoSe 1948 295 Studentinnen und Studenten, was einem Anteil von etwa 6 Prozent aller Immatrikulierten entspricht. Ein Jahr später erreichte sie in etwa zehn Prozent aller Studierenden.<sup>1895</sup> „Häufig“ sollen neunhundert bis tausend Studierende an den Gottesdiensten teilgenommen haben, die Universitätskirche St. Nicolai konnte den „Zustrom der Hörer kaum fassen“.<sup>1896</sup> Auch die Morgenandachten sollen täglich von Hunderten von Studentinnen und Studenten besucht worden sein.<sup>1897</sup>

---

<sup>1891</sup> Vgl. Wischmann: Tätigkeitsbericht für die Jahre 1936 bis Herbst 1948. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 4ff. Wischmann war zugleich für die Forstliche Hochschule in Hannoversch-Münden zuständig. Zu seinem Selbstverständnis vgl. Wischmann an Lilje (auszugsweise Abschrift) am 12.8.46. Ebenda, Nr. 40. Vgl. Ziegenrucker: Studentenfarrer, S. 136–138; Wischmann: Führung, S. 64–108.

<sup>1892</sup> Wischmann war maßgeblich an der nicht unumstrittenen Überführung der DCSV-Altherrenschaft in die ESG beteiligt. Wischmann an Hans Wiesenfeldt am 10.10.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 5. Er betrieb eine aktive Kontaktpflege und führte eine umfangreiche, teils prominente Korrespondenz.

<sup>1893</sup> Überregional war im April 1946 auf einer gemeinsamen Sitzung der Studentenfarrerkonferenz und des Vertrauensrates der Ev. Studentengemeinde in Deutschland beschlossen worden, die Studentengemeinden fortzuführen. 1947 gründete sich als Dachverband die ESG(i)D. Vgl. Müller: Widerstand, S. 54–66. Gegenüber der Hochschulöffentlichkeit vertraten 1946 neben Wischmann auch drei Studentinnen und Studenten, darunter eine Theologin, die Studentengemeinde. Vertrauensstudentinnen und -studenten waren in ihre Verwaltung und Leitung einbezogen. Aushang vom 5.7.1946; Programmentwurf für eine Konferenz der Vertrauensleute. LKAH, NL 78, Nr. 40. Zudem durfte sie ebenso wie die katholische Studentengemeinde einen Vertreter für den AstA benennen. Bericht, in: GUZ 1 vom 6.12.1946, S. 20.

<sup>1894</sup> Wischmann: Studentenstadt Göttingen. Eine Universität nach dem Krieg, in: Der Tagesspiegel vom 6.9.1946. LKAH, NL 78, Nr. 41. Im Rahmen des Göttinger Projektes ‚Nachkriegssemester‘ gaben 42 Prozent der befragten Frauen und 21 Prozent der Männer eine Mitgliedschaft in der Studentengemeinde an. Im untersuchten Zeitraum von 1945 bis 1950 blieben diese Zahlen stabil. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 299. Am 25.11.1945 konstituierte sich die Katholische Studentengemeinschaft, aus der die alle katholische Studentinnen und Studenten umfassende Studentengemeinde wurde. Zu Ostern 1946 erhielt sie mit Dr. Chrysostomus Schreiber einen eigenen Studenten-seelsorger, ab 1948 durfte sie die Universitätskirche für Gottesdienste nutzen. Vgl. Dybowski/Fiebag/Kellner: Zeittafel, S. 223ff.

<sup>1895</sup> Johannes Christof Hampe: Ev. Studentengemeinde im Winter-Semester 1948/49, in: GUZ 4 vom 25.2.1949, S. 22.

<sup>1896</sup> Trillhaas: Vergangenheit, S. 271.

<sup>1897</sup> Vgl. Wischmann: Tätigkeitsbericht für die Jahre 1936 bis Herbst 1948. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 5. 1947 nahmen fast 300 Studenten am Eröffnungsgottesdienst teil, am ersten Sonntag 800.



Dieser Zuspruch war auch das Ergebnis einer verbreiteten Sinnsuche.<sup>1898</sup> Viele Studentinnen und Studenten fanden in ‚ihrer‘ Gemeinde Halt. Sie war ein Gesprächsort, in deren Raum sich allmählich neue Gewissheiten herausbildeten, deckte nach den Erschütterungen des Krieges das Bedürfnis nach einer stabilen Gemeinschaft und ermöglichte eine persönliche Standortbestimmung. Oftmals war ihre Zusammensetzung eher locker und von einem Kommen und Gehen bestimmt, dennoch bot sie der verunsicherten Kriegsgeneration den Rahmen für wichtige Lebensfreundschaften.<sup>1899</sup> Als Stabilitätsanker bot sie „Schutz in einer Zeit, in der das bisher gewohnte Weltbild zerbrochen und noch kein neues überzeugendes zur Hand“ war.<sup>1900</sup> 1949 resümierte ein Theologiestudent:

*Dennoch dürfen wir dankbar auf den Winter zurückblicken, dankbar für viel gemeinsames Hören, Fragen, Antworten, Singen und Beten, für die Hilfe, die wir erfahren haben, von dem allen wir glauben, daß es nicht nur in uns, sondern der gesamten Studentenschaft unserer Stadt in irgendeiner Weise wirksam geworden ist.*<sup>1901</sup>

Die umfänglichen Aktivitäten der Studentengemeinde lassen sich in drei Großbereiche unterteilen. In den ersten Nachkriegsjahren stand die Bewältigung der materiellen und sozialen Not im Vordergrund. Wischmann berichtete von 800 bis tausend Besucherinnen und Besuchern seiner Sprechstunden, wobei es oftmals um konkrete Lebenshilfe ging.<sup>1902</sup> Dabei kamen ihm seine guten Kontakte und die Einbindung in kirchliche Netzwerke zugute. Bis Juni 1948 konnte das Studentenfarramt um die 100.000 RM an Bedürftige auszahlen, die es über Spenden und ein ESG-Notopfer eingeworben hatte.<sup>1903</sup> Zur Linderung der Wohnungsnot stellte die Studentengemeinde ein provisorisches Holzhaus zur Verfügung, das sie einer

---

Eberhard Sprondel: Semesterbericht für das SoSe 1947 vom 30.5.1947. LKAH, NL 78, Nr. 41. Für 1949 berichtete der Theologiestudent Ernst Lange von 1.200 bis 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der akademischen Gottesdienste. Lange an Ruth Koehn am 22.2.1949. Abgedruckt in: Simpfendörfer: Ernst Lange, S. 40f. Das breite Interesse dokumentiert auch ein Vortrag Wischmanns vor rund 500 Zuhörerinnen und Zuhörer in Heidelberg, auf dem ersten christlichen Akademikertag seit dem Verbot durch die Nationalsozialisten. Klaus v. Eickstedt: Christlicher Akademikertag, in: GUZ vom 5.9.1947, S. 15.

<sup>1898</sup> Gesamtgesellschaftlich gilt dies für die Kirchen insgesamt. Vgl. Greschat: Christenheit, S. 53–72.

<sup>1899</sup> Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 79–80; für Göttingen Ernst Lange an Ruth Koehn am 22.2.1949. Abgedruckt in: Simpfendörfer: Ernst Lange, S. 40f. Vgl. den Bericht von Ernst Cohen über seine Mitarbeit im WS 1946/47. Für ihn blieb die Studentengemeinde in ihrer Fülle konkurrenzlos. Vgl. Cohen: Leben, S. 167–169.

<sup>1900</sup> Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 272–276, hier S. 276.

<sup>1901</sup> Johannes Christof Hampe: Ev. Studentengemeinde im Winter-Semester 1948/49, in: GUZ 4 vom 25.2.1949, S. 22.

<sup>1902</sup> Bericht Wischmann am 4.7.1947. LKAH, NL 78, Nr. 48. Vgl. die Unterlagen, darunter viele Briefe von Studenten, in ebenda, Nr. 40.

<sup>1903</sup> Namensliste der Theologischen Fakultät; Bericht Wischmanns über seine zehnjährige Tätigkeit als Studentenfarrer [1946]. Vgl. auch Übersicht über die Geldgeber vom 21.11.1945 bis zum 2.6.1948 einschließlich der Notopfergaben an die ESG. LKAH, NL 78, Nr. 55.

Initiative aus Schweden verdankte.<sup>1904</sup> Dazu trat eine Vielzahl konkreter Alltagshilfen, Kleider- und Lebensmittelspenden oder Freizeiten bei Bauern zum Sattessen.<sup>1905</sup> Eine bedeutende Rolle spielte die Integration der Oststudenten.<sup>1906</sup> Neben die materiellen Hilfsangebote trat als ein weiteres zentrales Arbeitsfeld die geistige und seelsorgerische Betreuung der Studentenschaft.<sup>1907</sup>

Die dritte Säule waren öffentliche Angebote: Bibelstunden, Singkreise, Rüstzeiten, Vorträge, Spielfahrten, Konzerte usw.<sup>1908</sup> Allein im ersten Nachkriegssemester gab es 17 Bibelstunden mit den Professoren Bornkamm, Jeremias, von Rad, Weber, Wiesner und Studentinnen und Studenten, 13 Abendmahlgottesdienste, zehn öffentliche Vorträge, u.a. mit Rektor Smend, Hanns Lilje und den Neuprofessoren Iwand und Trillhaas, sowie vier Freizeiten, darunter eine fünftägige Semesterfreizeit.<sup>1909</sup> Im SoSe 1946 gab es zusätzlich 12, meist von Theologiestudenten geleitete Kleinkreise zu Bibelfragen, aber auch zu religionsphilosophischen, literarisch-historischen und naturwissenschaftlichen Themen.<sup>1910</sup> Wie in dem umfangreichen Vortragsprogramm dominierte zuerst eine ausgesprochen christliche Akzentuierung. So hielt in den ersten vier Augusttagen 1945 Lilje eine gut besuchte kleine Vortragsreihe zum Gesamthema *Aufgabe und Verheißung der Christenheit in der gegenwärtigen Stunde*.<sup>1911</sup> 1946 sprachen in Göttingen Martin Niemöller, Karl Barth, Hans Rudolf Müller, der Bremer Arzt Karl Stoevesandt, 1934 der einzige Bremer Teilnehmer der 1. Reichsbekennnissynode in Barmen, Landesbruderratsvorsitzender und Mitglied des *Reichsbruderrates*, sowie der katholische Kirchenhistoriker Josef Lortz.<sup>1912</sup> In der ersten Augustwoche desselben Jahres gab es eine Bibelstunde in der Albanikirche mit Wischmann (1. August), einen Lese-

<sup>1904</sup> Wischmann: Tätigkeitsbericht für die Jahre 1936 bis Herbst 1948. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 5

<sup>1905</sup> Vgl. Krönig/Müller: Nachkriegssemester, S. 272–274. Später intensivierten sich auch kulturelle Kontakte. Beispielsweise konzertierte 1949 auf Einladung der Studentengemeinde das *Collegium Musicum Lundense*.

<sup>1906</sup> Rundbrief Wischmann vom 22.7.1946. LKAH, NL 78, Nr. 40.

<sup>1907</sup> Kritik am Studium und am eigenen Fortkommen, die oftmals mit der Bewältigung von Erlebtem einherging, war verbreitet. Insbesondere das erste Nachkriegssemester war von großer Unsicherheit, Aufgeregtheit und Unzufriedenheit bestimmt. Rundbrief Wischmann vom 22.7.1946. LKAH, NL 78, Nr. 40. Vgl. Wischmann an Hans Wiesenfeldt am 10.10.1976. Ebenda, Nr. 56, hier S. 5.

<sup>1908</sup> Vgl. die Unterlagen in: LKAH, NL 78, Nr. 40 und Nr. 41; Christian Knoke: Göttingen [Bericht], in: *Mitteilungen der ESG in Deutschland* 3/4 (1947), S. 2.

<sup>1909</sup> Handschriftlicher Bericht für das WS 1945/46. LKAH, NL 78, Nr. 41.

<sup>1910</sup> Rudolf Creydt: Semesterbericht für das SoSe 1946. LKAH, NL 78, Nr. 47; Übersicht einschließlich der Verantwortlichen. Ebenda, Nr. 40. Mumm berichtet in seinem Adventsschreiben von Bibelstunden mit 300 bis 400 und Weihnachtsfeiern mit bis zu 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Rundbrief Bernhard Mumm zum Advent 1946 an die „Lieben Kameraden“.

<sup>1911</sup> Untertitel waren *Die religiöse Bilanz des Krieges, Die Zukunft unseres Volkes, Die Zukunft unserer Kirche, Deine Zukunft*. Am 22.10.1945 sprach Wischmann über *Euthanasie*. Bielefeld: Kirchengemeinden, S. 280.

<sup>1912</sup> Rundbrief Bernhard Mumm zum Advent 1946 an die „Lieben Kameraden“. LKAH, NL 78, Nr. 47; Wischmann: Das religiöse Gespräch. Aus der Arbeit des Seelsorgers. Der Niemöller-Vortrag, in: *GUZ* 7 (1946) vom 22.3.1946; Gerda Wilmanns: Reformation und Katholizismus heute, in: *GUZ* 5 vom 8.2.1946, S. 15.

und Ausspracheabend (2. August), eine Sprechstunde mit Marahrens und anschließender Aussprache im Gemeindehaus (3. August), einen Vortrag des neu nach Göttingen berufenen Orientalisten und Religionshistorikers Hans Heinrich Schaefer über *Religiösen Sozialismus* auf Einladung des Theologischen Stifts (5. August) und eine Bibelstunde mit dem Lübecker Pfarrer und Vorsitzenden des *Ostkirchenausschusses* Herbert Girgensohn (8. August).<sup>1913</sup> Auch diese Veranstaltungen erfuhren großen Zuspruch. Einen Lilje-Vortrag zum Thema *Scheiternde Kirche* besuchten zwölfhundert Studentinnen und Studenten.<sup>1914</sup> Die Fülle der Veranstaltungen und die inhaltlichen Impulse mit ihren grundsätzlichen wie hochaktuellen Fragestellungen belegen die Zentralität der Studentengemeinde auch für die Theologenschaft.

Faktisch leitete das vielfältige Angebot auch eine Pluralisierung ein.<sup>1915</sup> Prozesshaft stand diese den Gemeinschaftsbestrebungen und der Annäherung an die Kirche entgegen, die das studentische Zusammenrücken während des ‚Kirchenkampfes‘ gekennzeichnet hatten. Nachdem die meisten der Studenten, die den ‚Kirchenkampf‘ erlebt und aktiv gestaltet hatten, mehr und mehr die Universität verließen, beobachtete Wischmann ab Sommer 1948 einen Generationswechsel. Viele hätten den Glauben als eine tragende Kraft erlebt, dennoch sei zu befürchten, dass die Jüngeren an dem „ganzen“, im ‚Kirchenkampf‘ gewonnenen „Reichtum achtlos vorübergehen“.<sup>1916</sup> Seinem Ansinnen, der Studentengemeinde zuerst den „lebendigen Christus zu vermitteln“ und den Weg der Schrift zu eröffnen, entzogen die sich verändernden Rahmenbedingungen allmählich den Boden.<sup>1917</sup> Auch gelang es ihm nicht, seine eigene Position gegenüber den Professoren entscheidend zu stärken.<sup>1918</sup> Letztendlich musste Wischmann eine gewisse Ausdifferenzierung ebenso hinnehmen wie die von ihm beargwöhnten Versuche, die Studentinnen und Studenten in bestimmte theologische Richtungen zu ziehen. Ausdrücklich nannte er hier die Pole Gogarten – Jeremias – Wolf, Iwand.<sup>1919</sup>

<sup>1913</sup> Programm in: LKAH, NL 78, Nr. 40.

<sup>1914</sup> Jan Hermelink: Mitteilungen der ESG in Deutschland 1 (1947), S. 3–8, hier S. 5.

<sup>1915</sup> Die ESG war auch Ort vertiefter Beziehungen mit katholischen Studenten. Diese drückten sich in gemeinsamen Veranstaltungen aus. Wischmann an Fratzscher am 6.1.1948. LKAH, NL 78, Nr. 42. Dybowski/Fiebag/Kellner: Zeittafel, S. 226ff. 1968 charakterisierte Klaus Engelhardt die evangelisch-katholische Ökumene wesentlich skeptischer als „große, unerfüllt geliebene[n] Anfangerwartungen“. Entsprechende Initiativen seien zuerst von den katholischen Studierenden ausgegangen. Engelhardt: Ökumene, S. 47–48.

<sup>1916</sup> Wischmann an den Sekretär des Weltbundes, Schanke am 2.7.1947. LKAH, NL 78, Nr. 40. Vgl. den Bericht Wischmann am 4.7.1947. Ebenda, Nr. 48. Gleichwohl gab es auf ausdrücklichen Wunsch angehender Theologen die Überlegung zur Einrichtung eines landeskirchlichen Studienkollegs.

<sup>1917</sup> Wischmann an Fratzscher am 6.1.1948. LKAH, NL 78, Nr. 42. Zur generationellen Bedeutung des ‚Kirchenkampfes‘ als Mitte individueller Lebensdeutung vgl. Greschat: Christenheit, S. 315–318.

<sup>1918</sup> Wischmann an Fezer am 8.1.1947. LKAH, NL 78, Nr. 47; Wischmann an Fritz Blanke am 7.9.1946. Ebenda, Nr. 45.

<sup>1919</sup> Wischmann an Lilje (auszugsweise Abschrift) am 12.8.46. LKAH, NL 78, Nr. 40. Auch nach dem endgültigen Ausscheiden Wischmanns blieb die Studentengemeinde wichtiger Diskussions- und

## Neugründung und Bedeutungsverlust: der Göttinger Wingolf

Die Neubegründung des Wingolfs war innerhalb der Altherrenschaft umstritten.<sup>1920</sup> Nachdem erste Versuche im Jahr 1945 gescheitert waren, wurde der Bund erst drei Jahre später, am 20. Dezember 1948, endgültig lizenziert.<sup>1921</sup> An dem Gründungsprozess waren neun Studenten beteiligt, von denen mindestens fünf Theologie studierten. Zu den Neustiftern gehörte auch Hans Christhard Mahrenholz, Sohn des Honorarprofessors und Wingolfiten Christhard Mahrenholz.<sup>1922</sup> Nach Erlangen handelte es sich beim Göttinger Wingolf um die zweite Neugründung nach Kriegsende und die einzige außerhalb der amerikanischen Besatzungszone. Zu seinen Vertrauensdozenten wählte der Bund den Historiker Ernst Wittram und den Theologen Otto Weber. 1950 einigten sich alle Wingolfsverbindungen zum ersten Mal auf ein verbindliches Prinzip, das den jeweiligen Satzungen vorgeschoben war. Dort hieß es:

*Die Mitglieder der einzelnen Wingolfsverbindungen bekennen sich ohne Rücksicht auf die Konfession zu Jesus Christus als ihrem Herrn und finden sich in einer darauf gegründeten Lebensgemeinschaft zusammen. Alle Verbindungen erkennen – über ihrem eigenen Prinzip – das Prinzip des Wingolfsbundes DI HENOS PANTA an, das ernsthaftes Streben nach christlicher Lebenshaltung fordert.*<sup>1923</sup>

An die Bedeutung, die der Wingolf bis 1933 innerhalb der Theologiestudentenschaft innegehabt hatte, konnte er nicht mehr anknüpfen.<sup>1924</sup>

---

Kommunikationsort mit Veranstaltungen, die weit über die eigene Klientel hinweg wahrgenommen wurden. Sie bot den Raum für die Göttinger Aneignung der von Bultmann angestoßenen ‚Entmythologisierungsdebatte‘. Als einen Höhepunkt bezeichnete der Wischmann-Nachfolger Dieter Andresen rückblickend eine Bibelstunde über die Sintflut mit dem Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker in der überfüllten Albanikirche. Dieter Andresen: Tätigkeitsbericht für die Jahre 1947–1954. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 12ff.

<sup>1920</sup> Vgl. Menze: Geschichte.

<sup>1921</sup> Der Göttinger Wingolf trat bereits zum WS 1947/48 an die Hochschulöffentlichkeit, trotz einer befürwortenden Stellungnahme des Rektorats lehnte die Militärregierung die Anerkennung zuerst ab. Vgl. Mahrenholz: Beginn. Wischmann gab Jahre später an, dass er in diesem Zusammenhang mit dem englischen Universitätsoffizier verhandelt habe. Wischmann an Wiesenfeldt am 10.10.1976. LKAH, NL 78, Nr. 56, hier S. 5.

<sup>1922</sup> Hans Christhard Mahrenholz war später zweimal Bundessprecher des Wingolfsbundes.

<sup>1923</sup> Zitiert nach Menze: Geschichte, S. 312. Festgeschrieben war das Selbstverständnis als nicht-schlagende Lebens- und Erziehungsgemeinschaft auf dem historischen Boden einer studentischen Korporation. Die Mitgliedschaft war unabhängig von nationalen und ‚rassischen‘ Gesichtspunkten.

<sup>1924</sup> In seiner Eigenwahrnehmung trug Mahrenholz während seiner Sprecherschaft für den Göttinger ICC dazu bei, eine Radikalisierung nach rechts verhindert zu haben. Mahrenholz: Beginn, S. 212. Innerhalb des Wingolfsbundes, dem 1948 erneut mehr als 14 einzelne Bünde angehörten, veränderte sich der Fakultätenschlüssel in den ‚erfolgreichen‘ 1950er Jahren radikal. 1952 sank der Anteil der Theologen erstmals unter 10 Prozent. Menze: Geschichte, S. 283. – Die *Burschenschaft Germania* wurde erst 1950 wiederbegründet, der entscheidende Anstoß kam aus dem Philisterium.

## Die studentischen Wohnheime: Das Bremer Studienhaus

Die Wiederinbetriebnahme der studentischen Wohnheime verlief uneinheitlich. Das Sprachenkonvikt konnte trotz intensiver Bemühungen von Fakultät und Fachschaft erst 1952 erneut in Betrieb genommen werden.<sup>1925</sup> Prägend waren die äußeren Bedingungen. Eindrücklich berichtet Erich Cohen, der ab dem WS 1946/47 im Theologischen Stift wohnte, von der herrschenden Not und der drangvollen Enge in einem ungeheizten Fünfbett-Zimmer. Auch die Semesterberichte des Bremer Studienhauses und des Reformierten Studienhauses spiegeln den schwierigen Neubeginn und die materiellen Versorgungsnotstände der Nachkriegszeit.<sup>1926</sup> Vertiefende Aussagen über das gemeinschaftliche Leben im Theologischen Stift bzw. im Reformierten Studienhaus lassen sich aufgrund der ungenügenden Quellenlage nicht treffen.<sup>1927</sup> Das Bremer Studienhaus blieb in Trägerschaft der dortigen Landeskirche. Im August 1945 wurde es in ein reines Wohnheim umgewandelt, am 24. September 1945 wiedereröffnet:

*Das deutsche Schwert ist zerbrochen. Aber das Schwert des Geistes ist uns nicht verwehrt. Fest verwurzelt in dem geistigen Deutschland, wie es dem Evangelium von Jesus Christus unlöslich verbunden ist, wollen wir den kommenden dunklen Welten, wie Walter Flex einmal gesagt hat, in dem tapferen Glauben entgegengehen, daß auch die furchtbarste Gegenwart nur eine Belastungsprobe ist, die uns innerlich stärker und reifer machen soll.*<sup>1928</sup>

---

<sup>1925</sup> Der *Verein Theologisches Sprachenkonvikt* existierte weiter und bot ab November 1945 Sprachunterricht für über 50 Studierende an. Das Gebäude diente anderen Zwecken: zuerst als Lazarett von polnischen Kriegsversehrten, dann als Wohnraum für *Displaced Persons*, die in Göttingen studierten. Vgl. Ohlemacher: Konvikt, S. 46–57; Theologische Fachschaft an den Rat der EKD am 15.4.1946. Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, 6HA 006 (Präses Heinrich Held), Nr. 396; Anmerkung 34, in: Beschlussprotokoll der 6. Sitzung des Rates der EKD am 1./2. Mai 1946 in Treysa. Abgedruckt in Protokolle 1945/46, S. 460–468, hier S. 464.

<sup>1926</sup> Cohen: *Leben*, S. 135–142. Vgl. die entsprechenden Semesterberichte. LKAB, B 631/11/1-3; Freudenberg (Hg.): *Chronik*, S. 78–83. Die persönlich gehaltenen Semesterzusammenfassungen (WS 1945/46 bis SoSe 1947) lassen kaum Rückschlüsse auf das Gemeinschaftsleben zu. Zur Bedeutung und Funktion als Resonanzort des Historischen Colloquiums vgl. Obenaus: *Geschichtsstudium*, S. 330–331.

<sup>1927</sup> Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft übernahm erneut Carl Heinz Ratschow das Inspektorenamt. Korsch: *Ratschow*, S. 237. Ihm folgte zuerst Erich Roth, dann der Barth-Schüler Karl Gerhard Steck, ab 1949 Mitherausgeber der BK-Zeitung *Die Stimme der Gemeinde*. Das Amt des Ephorus oblag ab 1948 Iwand.

<sup>1928</sup> Grußwort vom 24.9.1945. LKAB, B 631/11/1-3; Präsident der Bremer Landeskirche an Birnbaum [August 1945]; Niederschrift der 10. Sitzung der VKL Bremen vom 24.8.1945 (Auszug). Vgl. Bremer Studienhaus an die Vorläufige Kirchenleitung am 1.10.1945. Die neue Hausordnung war auf einem Hauskonvent besprochen worden. Sie umfasste eine stärkere Einbindung der Bewohner. Der frühere Bewohner Paulo, der mittlerweile in der Bremer Jakobigemeinde amtierte, gehörte zu jenen neun Bremer Pastoren, die kurzfristig suspendiert wurden, der Hilfsprediger (und vormalige Fachschaftsleiter) Walter Frese wurde für die Dauer von zwei Jahren in den Wartestand versetzt. Vgl. Meyer-Zollitzsch: *Kirche*, S. 329.

Während Birnbaum noch im August von seinem Ephorenamt mit Dank entbunden wurde, blieb Studiendirektor Rudolf Gensch zunächst in seinem Amt. Er erinnerte daran, dass bereits in den vergangenen Semestern die angemahnte „echte Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit“ der Bewohner und das Ziel, dass

*bei den Zusammenkünften alle guten Geister deutscher Vergangenheit und vaterländischer Geschichte sich in ihnen ein Stelldichein geben, und alle Glieder der Hausgemeinschaft bei aller Wahrung der studentischen Freiheit und Weite der Welt- und Lebensanschauung sich tiefinnerlich von der Aufgabe durchdringen lassen, einmal Hüter und Wahrer einer mehr als tausendjährigen christlichen Kultur zu sein und zu werden,*

schon immer in vollem Maße die Richtschnur seines Handelns gewesen sei.<sup>1929</sup> Kontinuität drückte auch sein Vorschlag für das Semesterthema *Lebensbilder Christlicher Deutscher* aus.<sup>1930</sup> Ausgeschlossen war damit eine ernsthafte Reflexion der Hausgeschichte als Stätte deutschchristlicher Pfarrerausbildung. Diese ist auch nach der Abberufung Genschs nicht erfolgt. Interpretationsoffen ist ein Bericht des Studieninspektors Hans Georg Kuhn, der 1952 über das erfreuliche Leben im Studienhaus und – ohne weitere Ausführung – die guten Verbindungen zu den Ehemaligen berichtete.<sup>1931</sup>

1947 wohnten im Studienhaus 14 Studenten, unter ihnen acht Theologen. Das Ziel, vornehmlich den Pfarrnachwuchs der Bremischen Landeskirche sicherzustellen, wurde nicht erreicht.<sup>1932</sup> Auch für das Studienhaus lässt sich im bald wieder aufgenommenen Hausprogramm ein starker kirchlicher Einschlag festhalten, sowohl in den hausinternen Kleinkreisen als auch im Vortragswesen. Im WS 1946/47 sprach Wiesner über *Die dialektische Theologie* und Otto Weber zum Problem des Konfessionalismus, wobei er mit Verweis auf die *Barmer Theologische Erklärung* die anhaltenden Bestrebungen zur Schaffung einer lutherischen ‚Reichskirche‘ problematisierte, im SoSe 1947 Professor Heinz Rudolf Rosemann auf dem

<sup>1929</sup> Gensch an den Vorläufigen Kirchausschuss am 1.10.1945. LKAB, B 631/11/1-3.

<sup>1930</sup> Aufgeführt waren: Martin Luther, Albrecht Dürer, Paul Gerhardt, Wilhelm I, Ernst Moritz Arndt, Matthias Claudius, Johann Hinrich Wichern, Friedrich von Bodelschwingh, Otto von Bismarck, Paul von Hindenburg, Gorch Fock, Adolf Damaschke, Graf Zeppelin, Rudolf Koch und August von Mackensen. Gensch konnte sich nicht durchsetzen. Schließlich wurde der Vorschlag *Die deutsche Romantik* des Seniors angenommen. Gensch gehörte zu den zwei Pfarrern der Bremischen Kirche, die aus ihrem Amt entlassen wurde. Er fand erst 1952 erneute Anstellung, als Seemannspastor in Bremerhaven. Im Dezember 1945 hatte Studentenpfarrer Wischmann das Amt des Ephorus abgelehnt und als Grund auch sein Verhältnis zu Gensch angeführt, der vor dem Kriege „doch einige Schwierigkeiten“ bereitet habe. Wischmann an Pfarrer Urban (VKL) am 12.12.1945. LKAB, B 631/11/1. Wischmann war bereits am 20.9.1945 angefragt worden. Protokoll der 13. Sitzung der Vorläufigen Leitung der BEK (Auszug).

<sup>1931</sup> Protokoll des Kirchausschusses der VEK am 18.2.1952. LKAB, B 631/11/1.

<sup>1932</sup> Am 23.3.1947 lobte Ephorus Iwan gegenüber Pfarrer Urban die Studenten als Elite der hiesigen Studentenschaft, die körperlich wie geistig in hervorragender Verfassung seien. LKAB, B 631/11/1-3. Vermerk Schatzmeister Koch am 22./23.6.1947 zum Studienhaus. Ebenda. Vor allem zur Unterbringung von ‚Oststudenten‘ bemühte sich Otto Weber um eine Aufstockung auf 20. Universitätswohnungsstelle (Weber) an Bremische Kirchenleitung am 20.3.1946. Ebenda.

„schönsten und eindruckvollsten Studienabend“ über *Die Entwicklung der Darstellung des Christusbilds im Mittelalter* und der amerikanische Professor Walton über *Das Quäkertum und seine Bedeutung für die Gegenwart*. Prominent waren die Vortragenden im WS 1947/48. Im Oktober 1947 logierte auf Einladung der Studentengemeinde und der *Theologischen Fachschaft* der Oldenburger Bischof Wilhelm Stählin drei Tage auf den Studienhaus und sprach im Hauskreis über die *Berneuchner Bewegung*, im November Ludwig Raiser über *Die christlichen Grundlagen der Gerechtigkeit*, zum Semesterabschluss der Physiker und bekennende Christ Carl Friedrich von Weizsäcker über *Naturwissenschaft und Religion*.<sup>1933</sup> All diese Vorträge waren von intensiven Diskussionen begleitet, die grundsätzliche Fragestellungen verhandelten, einschließlich der Frage nach der christlichen Verantwortung in und gegenüber der Gesellschaft.

Auseinandergesetzt wurde sich auch mit dem ‚Osten‘ und alternativen Gesellschaftsentwürfen. Im SoSe 1947 beleuchtete der studentendeutsche Nationalökonom Gisbert Rittig das Thema *Sozialismus und Christentum*. Dabei wandte er sich gegen die kirchliche Ablehnung des Sozialismus, den er nicht allein als Wirtschafts-, sondern vor allem als ein soziales System auffasste, zudem bekannte er sich zum Prinzip des Rationalismus und menschlichen Ordnungsetzungen:

*Wenn man alle Ordnung Gott zuschriebe, wäre dies eine passive Haltung, die dem Ringen nicht gerecht würde. Das Festklammern an Institutionen und Privilegien als gottgewollt, sei schuld vielen Übels. [...] Es sei Verkenning, den Sozialismus als Selbstzweck aufzufassen, sein Ziel sei: Steigerung des Wohlstands, vor allem, dem Menschen Freiheit zu geben, um die unerschöpflichen Eindrücke und Möglichkeiten des Lebens in Ruhe zu verarbeiten.*<sup>1934</sup>

In der Diskussion wurde vor allem, auch von dem anwesenden Günther Bornkamm, Rittigs positive Bestimmung des Rationalismus kritisiert. Da das Christentum absolut sei, bewege es sich auf einer anderen Ebene. Dem Sozialismus fehle es bei aller Berechtigung seiner politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen an „tieferem Sinn, ethischem Wert und überzeitlicher Berechtigung.“ Ausweislich des knappen Berichts handelte es sich dennoch um eine ernsthafte Diskussion auf Augenhöhe. Dies war angesichts tradierter antikommunistischer Ressentiments nicht selbstverständlich. Der Blick nach ‚Osten‘ war anhaltend von den Vertreibungserfahrungen und den Berichten derjenigen geprägt, die aus der SBZ in den Westen übersiedelt waren. In den ersten Nachkriegsjahren übernachteten auf dem Studienhaus zudem als Gäste regelmäßig ehemalige deutsche Kriegsgefangene.<sup>1935</sup>

<sup>1933</sup> Vgl. die entsprechenden Semesterberichte. LKAB, B 631/11/1-3.

<sup>1934</sup> Semesterbericht für das SoSe 1947. LKAB, B 631/11/1-3.

<sup>1935</sup> Flüchtlinge und Vertriebene nahmen sowohl in den Diskussionen als auch in konkreten Aktivitäten viel Raum ein. Nur ein Beispiel ist eine von Iwand angestoßene Adventsfeier. Semesterbericht WS 1946/47. LKAB, B 631/11/1-3. Zum politischen Bewusstsein trug auch die Nähe des Grenz-

Die inhaltlichen Schwerpunkte und die Gemeinschaftsaktivitäten des Bremer Studienhauses waren für die Zeit durchaus typisch. Dem Selbstverständnis nach war man kein abgeschottetes Subsystem, sondern ein aktiver Teil des christlich gebundenen studentischen Milieus an der Göttinger Universität. Verschiedene Veranstaltungen erfolgten in Kooperation mit der *Theologischen Fachschaft* und der ESG.

## Selbstverortung und Positionsbestimmung in einem säkularen Umfeld

Zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe

Auch für die Theologenstudentenschaft ist bezüglich der Diskussion des Nationalsozialismus die Gleichzeitigkeit von starker Präsenz und Verdrängung festzuhalten. Dennoch waren die Debatten innerhalb der *Evangelischen Studentengemeinde* intensiver als an anderen Orten.<sup>1936</sup> Dies hängt eng mit den Impulsen zusammen, die von der Kirche und insbesondere den bruderrätlich orientierten Kreisen der *Bekennenden Kirche* ausgingen. Vor Ort waren es vor allem Iwand und Wolf, die eine ‚offensive‘ Auseinandersetzung mit der ‚Schuldfrage‘ einforderten und für eine historisch-kritische Aufarbeitung des NS-Staates plädierten. Dagegen nahm Wischmann eine andere Perspektive ein. Der Studentenpfarrer vertrat die Säkularisierungsthese – nach Axel Schildt der wirkungsmächtigste konservative Erklärungsansatz für den Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit –, die den Nationalsozialismus allein auf den Abfall des Menschen von Gott zurückführte.<sup>1937</sup> 1946 führte er in seiner Universitätspredigt *Jubel der Befreiten* aus: „Die Schuld liegt darin, dass Gott der Gehorsam aufgekündigt wurde.“<sup>1938</sup> Dabei sprach er ausdrücklich die Schuldhaftigkeit der gesamten Menschheit an. Für alle könne die Befreiung nur durch Jesus Christus kommen.

Eine ‚organisierte‘ Diskussion bzw. eine gemeinsame Stellungnahme zu herausragenden Ereignissen und den ‚großen‘ kirchlichen Stellungnahmen der Zeit gab es nicht. Dies gilt auch für die öffentliche Debatte im Anschluss an den Niemöller-Vortrag im Januar 1946. Weder die *Theologische Fachschaft* noch die einladende ESG positionierten sich. Dagegen wandte sich die *Fachschaft* im April 1946 an den Rat der EKD und sprach sich gegen eine formalistische Durchführung der

---

durchgangslagers Friedland bei. Wiederholt leisteten Göttinger Studentinnen und Studenten in dem Auffanglager Hilfsdienste. In der Semesterchronik zum WS 1945/46 des Reformierten Studienhauses heißt es: „Das dort herrschende Flüchtlingselend führte uns den Ernst unseres Studiums besonders eindrucklich vor Augen.“ Freudenberg (Hg.): Chronik, S. 78.

<sup>1936</sup> Vgl. Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 233.

<sup>1937</sup> Schildt: Ordnungsmächte, S. 273.

<sup>1938</sup> Wischmann, Der Jubel der Befreiten [1946, mutmaßlich im Mai der Juni]. LKAH, NL 78, Nr. 40.



Entnazifizierung aus. Diese hielt sie für unzweckmäßig. Entsprechend der vorherrschenden Deutung des ‚Kirchenkampfes‘ regte man als advocatus pro domo zugleich eine stärkere Gewichtung der kirchenpolitischen Bindung an. Mancher Kommilitone sei unbeanstandet, obwohl er eine Adolf-Hitler-Schule besucht habe oder NS-Führungsoffizier gewesen sei. Andererseits gebe es Studenten, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer NS-Organisation formal belastet seien, die „Ideologie“ des Nationalsozialismus aber abgelehnt hätten:

*Besonders gilt dies für die Studenten, die sich trotz der antikirchlichen Haltung der N.S.-Führung zum Studium der Theologie entschlossen haben, die sich der Bekennenden Kirche angeschlossen haben und die sich aktiv in den Dienst der Erziehungsarbeit der Kirche stellten. Bei ihnen müßten etwaige Belastungen wesentlich milder beurteilt werden, zumal sie wegen ihrer christlichen Haltung von N.S.-Organisationen gemäßregelt und diffamiert wurden.<sup>1939</sup>*

Ohne Zweifel entsprach diese Intervention der Mehrheitshaltung der in diesem Semester Studierenden. Im März 1947 entzündete der Vortrag des amerikanischen Professors Walton eine erneute Debatte. Der Quäker hatte seinen Lehrstuhl aufgegeben, um im Auftrag seiner Gemeinschaft deutschen Flüchtlingen in Goslar zu helfen. In Göttingen sprach er über die Grundlagen des Wiederaufbaus und das neue Zeitalter, das aus seiner Sicht mit dem ersten Atombombeneinsatz im August 1945 begonnen habe. Dennoch wurde er – wie bereits zuvor der englische Lord William Henry Beveridge – vor allem zu ‚deutschen‘ Themen befragt: zur schleppenden Entnazifizierung, zur anhaltend schlechten Versorgungslage in Deutschland, zu seiner Haltung zum ‚Bolschewismus‘ und der Mitschuld der USA am Zweiten Weltkrieg. Bernhard Mumm kritisierte das studentische Vorgehen:

*Wäre es nicht besser gewesen, dem Vortragenden schlicht zu danken, daß er Beruf und Bequemlichkeit aufgegeben hat, um in Deutschland freiwilligen Hilfsdienst zu leisten. Daß er und seine Freunde nun schon ein zweites Mal nach einem großen Kriege unserm*

---

<sup>1939</sup> Theologische Fachschaft an den Rat der EKD am 15.4.1946. Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, 6HA 006 (Präses Heinrich Held), Nr. 396. Das Schreiben floss in die das umstrittene Wort des Rates zur Entnazifizierung ein. Anmerkung 34, in: Beschlussprotokoll der 6. Sitzung des Rates der EKD am 1./2. Mai 1946 in Treysa. Abgedruckt in: Protokolle 1945/46, S. 460–468, hier S. 464; Entschließung des Rates zur Durchführung der Entnazifizierung im deutschen Volke, Treysa am 2. Mai 1946. Ebenda, S. 502–404. Vgl. Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 153. In einer Anfang 1948 veröffentlichten *Denkschrift der Deutschen Studenten* wurde sich nachdrücklich für die Unterscheidung zwischen der Sühne strafrechtlichen Unrechts und der „Ausschaltung geistigen, politischen und wirtschaftlichen Einflusses ehemaliger nationalsozialistischer Kreise“ ausgesprochen, insgesamt die Praxis der Entnazifizierung aber als gescheitert angesehen. Abgedruckt in: GUZ 4 vom 30.1.1948, S. 15–16, hier S. 15.

*Volk in selbstloser Weise helfen. Für viele in Deutschland ist die Arbeit der Quäker nicht nur Linderung ihrer äußeren Not, sondern innere Hilfe.*<sup>1940</sup>

Rudimentäre Hinweise lassen den Schluss zu, dass die ‚Schuldfrage‘ und die Frage der deutschen Verantwortung anhand von konkreten Vorkommnissen sehr viel stärker und facettenreicher diskutiert wurden, als dies sich heute nachvollziehen lässt. Beispielsweise soll es anlässlich der erwähnten Gogarten-Kontroverse in der *Evangelischen Theologie* „zu erregten Stellungnahmen“ pro und contra Gogarten gekommen sein.<sup>1941</sup> Ähnlich gelagerte Auseinandersetzungen, an erster Stelle ist an das *Darmstädter Wort* zu denken, sind anzunehmen. Erst Ende der 1940er Jahre verloren diese, soweit ersichtlich, ihre starke Emotionalität. Dazu trugen der ‚kleine‘ studentische Generationswechsel und das faktische Ende der Entnazifizierung bei. Andere Themen, die an den politischen Grundsatzentscheidungen der Zeit anknüpften, rückten in den Vordergrund. Großflächige und gemeinsame Debatten gab es anhaltend nicht, vielmehr verschiedene Initiativen, die, so scheint es, nicht oder nur lose verbunden waren. Vermutlich in Reaktion auf das *Wort zur Judenfrage* des Reichsbruderrates vom April 1948 und die Beschlüsse der ersten Vollversammlung des *Ökumenischen Rates der Kirchen* in Amsterdam bildete sich zum WS 1948/49 ein ESG-Kleinkreis zum Thema *Judenfrage und Judenmission*.<sup>1942</sup> Waren die deutschen Verbrechen im ‚Osten‘ und der Völkermord an den Juden bzw. antisemitische/judenfeindliche Einstellungen in Gesellschaft, Staat und Kirche bis dahin kaum thematisiert worden, brach die Nichtwahrnehmung der jüdischen Verfolgungsgeschichte nun in Ansätzen auf. Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen war der studentische Kleinkreis lokal eine Keimzelle der Neubestimmung des Verhältnisses von Judentum und Christentum, die in einem langwierigen Prozess schließlich im christlich-jüdischen Dialog mündete.<sup>1943</sup>

<sup>1940</sup> Bernhard Mumm: Quäker-Vortrag vor Studenten, in: GUZ 7 vom 7.3.1947, S. 16. Zu den Vorträgen von Prof. Aubrey Douglas-Smith und Lord Beveridge vgl. Jürgen Becker: Engländer sprachen zu Studenten, in: GUZ 16 (1946), S. 9–11.

<sup>1941</sup> Krumwiede: Theologie, S. 173. Art und Umfang der Diskussion lassen sich nicht mehr rekonstruieren.

<sup>1942</sup> Johannes Christof Hampe: Ev. Studentengemeinde im Winter-Semester 1948/49, in: GUZ 4 vom 25.2.1949, S. 22. Vgl. Hermlé: Kirche, S. 263–365.

<sup>1943</sup> In den späten 1940er Jahren studierten mindestens drei Studentinnen und Studenten Theologie, die aufgrund ihrer ‚nichtarischen‘ Abstammung im NS-Staat Ausgrenzung und Nachteile erfahren hatten: Dietgard Meyer, eine Vertraute der Berlinerin Lehrerin Elisabeth Schmitz, Erich Cohen und Ernst Lange. Vgl. Röhm: Meyer; Schmidt: Aufstieg, S. 130–132; Lekebusch/Ludwig: Cohen; Simpfindörfer: Ernst Lange. Kabitz: Lange. Vgl. den Bericht Cohens über seine Zeit in Göttingen. Cohen: Leben, S. 131–194. Studentische Reaktionen auf die ‚nichtarische‘ Herkunft sind nicht bekannt. Dies gilt auch für die Wiedereinsetzung von Bruno Benfey zum 1.10.1946, die gegen den Willen des Kirchenvorstandes von St. Marien erfolgte. – In Göttingen solidarisierte sich der *Bund demokratischer Studentenvereinigungen* am 11.10.1951 mit der von Erich Lüth initiierten Kampagne *Friede mit Israel* und forderte den AStA zur finanziellen Unterstützung jüdischer Kommilitoninnen und Kommilitonen auf. Kraushaar: Protest-Chronik, Bd. 1, S. 499f. Vgl. Hermlé: Kirche, S. 247f.

## Rückkehr zur Welt. Einstellungswandel unter ökumenischen Vorzeichen

Nach Jahren der Abschottung und selbstgewählter Isolation war die internationale Ökumene ein bedeutender Begegnungs- und Diskussionsort, der in seiner Bedeutung für die ‚Rückkehr‘ Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft nicht zu unterschätzen ist. Trotz der so unterschiedlichen Erfahrungen während der Kriegszeit war sie von einem Willen zur Zusammenarbeit getragen und bot im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten den Raum für Begegnungen auf Augenhöhe. Die Ökumene ermöglichte einen kulturellen, religiösen und nicht zuletzt persönlichen Austausch. Viele der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren erstmals und unmittelbar mit Eindrücken und Fragen konfrontiert, die auf Seiten ihrer Gesprächspartner meist mit konkreten Leiderfahrungen verbunden waren.<sup>1944</sup> Im Juli 1946 nahmen rund 30 Studierende der Göttinger Universität, mehrheitlich von der Theologischen Fakultät, sowie einige Dozenten an einer internationalen Kirchentagung im Ausland teil: der *Ökumenischen Hochschulwoche* in Basel.<sup>1945</sup> Vierzehn Monate nach Kriegsende – das besetzte Deutschland war politisch, kulturell und wirtschaftlich noch weitgehend isoliert – war diese Teilnahme keinesfalls selbstverständlich. Für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer war die Fahrt in die Schweiz die erste (zivile) Reise ins Ausland überhaupt. Die Themen der hochrangig besetzten Konferenz, die vom Generalsekretär des *Christlichen Weltbundes* Willem Adolf Visser't Hooft eröffnet wurde, waren u.a. die Herausforderungen durch Säkularismus, ‚Bolschewismus‘, Nationalismus und Nihilismus. Behandelt wurden also allgemeine kirchliche Grundfragen: die Folgen des Krieges, der sich unterschwellig abzeichnende Ost-West-Konflikt, die internationalen Veränderungen im Schatten der immer deutlicher aufbrechenden Dekolonialisierung und, über allem, die Abwendung von den Kirchen. Entscheidend für die deutsche Seite war die Wiederaufnahme in die internationale Kirchengemeinschaft. Es gab viele intensive und bewegende Gespräche mit Kommilitoninnen und Kommilitonen aus Ländern, die in der Kriegszeit einen hohen Blutzoll zu beklagen hatten: Engländer, Niederländer, Franzosen, Norweger und Tschechen. Viele von ihnen waren im Widerstand gegen die Nazi-Okkupation gewesen. Die persönliche Dimension dieser ersten Aussöhnungsschritte zeigt sich beispielhaft an einem Kriegsversehrten, der nun in Bethel Theologie studierte. Im persönlichen Gespräch mit einem schottischen Kommilitonen bat er um Vergebung, da er der Erschießung von Juden beigewohnt, diese aber nicht verhindert habe. Obwohl längst nicht alle Differenzen ausgeräumt werden konnte und wider besseres Wis-

<sup>1944</sup> Rudolf Smend: Unsere Einordnung in die Ökumene. Eindrücke einer Englandreise, in: GUZ 2 vom 20.12.1946, S. 2–4. Zur allgemeinen Bedeutung von Auslandskontakten vgl. Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 239–245.

<sup>1945</sup> Die Botschaft vom 7.6.1946. In: LKAH, NL 78, Nr. 36. Vgl. die Namensliste in ebenda, Nr. 40. Überlegungen, die *Ökumenische Hochschulwoche* 1947 in Göttingen stattfinden zu lassen, führten zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Studentenpfarrer und der Universität. Letztendlich versandete die Initiative. Wischmann an Eberhard Müller am 10.7.1946.

sen der Gedanke der Aufrechnung zumindest hintergründig immer wieder durchschimmerte, erwies sich das Christsein als eine Brücke:

*Die Erkenntnis des gemeinsamen Herrn und des gemeinsamen Bruders. Damit ist – ohne Beugung der nationalen, politischen und z.T. auch wirtschaftlichen Gegensätze – über die Schranken hinweg, im Hintergrund die Ruinen Europas, in denen der Hunger herrscht und dessen Weltanschauung der Nihilismus ist, Pfingsten Wirklichkeit geworden.*<sup>1946</sup>

Ein Jahr später griff Wischmann diesen Gedanken auf. Er zeigte sich, wie die studentischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, von der Pfingsttagung des *Christlichen Weltbundes* und der dort erlebten ‚Brüderlichkeit‘ und der Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, tief beeindruckt, auch wenn ihm die ungelösten Fragen und bestehenden Schwierigkeiten durchaus bewusst waren.<sup>1947</sup>

Auch in den folgenden Jahren blieben die ‚Schuldfrage‘ und die Bemühungen um eine Versöhnung bestimmende Themen internationaler Zusammenkünfte. Deren Aushandlung gestaltete sich freilich oftmals schwierig. So monierte die Göttinger Theologiestudentin Rosemarie Streisand nach einem bi-konfessionellen internationalen Studententreffen in Münster den fehlenden Mut zu einer ernsthaften Selbstbesinnung. Die katholischen Vertreter seien nicht in der Lage, ein klärendes Wort zur Schuld zu finden, sofern die Kirche selbst einbezogen werde, ein evangelischer Pfarrer habe kaum mehr zu sagen gehabt, als „das deutsche Volk von einem Monstrum verführt hinzustellen und nach dieser Feststellung die außerdeutsche Welt mit Warnungen zu bedenken“.<sup>1948</sup> Andererseits verstetigten und

<sup>1946</sup> Vgl. den ausführlichen, undatierten Tagungsbericht, zusammengestellt nach Niederschriften Göttinger Studenten, in: LKAH, NL 78, Nr. 40. Unterstreichungen im Original. Demnach gestalteten sich die Gespräche mit den Studentinnen und Studenten aus den Niederlanden am schwierigsten, bezüglich der tschechischen Delegation wurde vermerkt, dass die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus der ČSSR begrüßt wurde. – Zum Thema Nihilismus referierte Lilje, der diesen in seinem allgemein gehaltenen Vortrag als das Endstadium des Idealismus charakterisierte. Ohne auf den Nationalsozialismus einzugehen, konkludierte er: „Das Böse wird also nicht aus Egoismus, sondern aus Idealismus getan.“ Vgl. Dietrich Goldschmidt: Christentum als Brücke zwischen den Völkern. Ökumenische Hochschulwoche in Basel, Pfingsten 1946, in: GUZ 13 vom 3.7.1946, S. 15–16.

<sup>1947</sup> Wischmann an Schanke am 2.7.1947. LKAH, NL 78, Nr. 40. Dabei bezeichnete er die Jahre zuvor, gemeint sind die beiden Nachkriegsjahre, als „große Katastrophe“. Zur ‚Schuldfrage‘ äußerte er sich nicht. Vgl. die ersten Ausgaben der Mitteilungen der ESG in Deutschland aus dem Jahr 1947, beispielhaft Heft 3/4 (1947), S. 24–28; Rudolf Creydt: Das 4. Ferienlager der Schweizerischen Christlichen Studenten-Vereinigung, in: Heft 5/6 (1947), S. 11f.; ders.: Ökumenisches Gespräch in Göttingen, ebenda, S. 12–14.

<sup>1948</sup> Rosemarie Streisand: Internationales Studententreffen, in: GUZ 4 vom 24.1.1947, S. 15. Streisand siedelte nach ihrer Promotion bei Wolf und Dörries in die DDR über. Ab 1969 vertrat sie an der Berliner Humboldt-Universität Kirchengeschichte. Sie war mit Hanfried Müller verheiratet. Der Wolf- und Iwand-Schüler, letzteren bezeichnete er als seinen „geistlich-theologische[n] Erzieher“, war kirchlich engagiert und Gründungsmitglied der Göttinger Hochschulgruppe der in Westdeutschland ab 1951 verbotenen *Freien Deutschen Jugend*. 1954 promovierte er in Ost-Berlin bei Heinrich Vogel mit einer Arbeit über Dietrich Bonhoeffer, 1964 erhielt er eine Professur für Systematische Theologie.

entwickelten sich Formate, die nationale Grenzen überwandten und zu einem gemeinsamen Handeln auf christlicher Basis aufriefen. Nach einer elftägigen Tagung in Bossey (Schweiz) im August 1946 wandte sich das Generalkomitee der *World Student Christian Federation* an die „Siegernationen und besiegten Völker“ und bat

*alles zu tun, daß die Nachkriegswelt nicht auf Haßgefühlen aufgebaut werde, sondern auf der Gemeinschaft schaffenden Vergebung Gottes, welche auch auf nationalem und politischem Gebiet allein einen wirklichen Neuanfang und Wiederaufbau ermöglichen kann.*<sup>1949</sup>

Durch die verschärfte Blockbildung und die aufkommenden Konflikte im Rahmen des ‚Kalten Krieges‘ waren derartigen Initiativen bald Grenzen gesetzt. Die internationale Ökumene setzte dennoch wegweisende Impulse für die weltweite Christenheit, letztendlich auch für die internationale Politik.

### Vorboten eines Aufbruchs: der Weg in die beginnende Zivilgesellschaft

Ende 1947 gab die *Evangelische Studentengemeinde in Deutschland* die Gründung einer politischen Kommission bekannt. Diese war das Ergebnis einer langen Debatte. Der Gesamtverband bejahte die politische Verantwortung der studentischen Gemeinden gegenüber der Gesellschaft.<sup>1950</sup> Waren viele Veranstaltungen der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Grundfragen des Menschseins und der Verortung von Kirche und Christentum in einem säkularen Umfeld bestimmt, lässt sich ab Ende der 1940er Jahre eine stärkere Öffnung gegenüber der Gesellschaft beobachten. Die jährlichen Treffen der Göttinger Studentengemeinde für die Hörerinnen und Hörer aller Fakultäten widmeten sich den übergeordneten Themen *Der Mensch und die Mächte* (1948) und *Der Christ und die Mitwelt* (1949).<sup>1951</sup> Dieser Übergang verlief schleichend. Er ging einher mit dem langsamen Abbröckeln des noch immer stark verbreiteten Biblizismus.<sup>1952</sup> Anfang 1948 klagte Studentenfürer Wischmann gegenüber dem langjährigen CDU-Generalsekretär Arnold Fratzscher, der aus dem DCSV kam und bis 1950 Mitglied im *Reichsbruderrat* war, dass die Studentengemeinde sich viel mit politischen und sozialen Fragen befasse. Mehr und mehr aber stelle sich heraus, dass „die eigentlichen Maßstäbe eines ge-

<sup>1949</sup> Joachim Nauck: Christlicher Studenten-Weltbund, in: GUZ 2 vom 20.12.1946, S. 15–16, hier S. 16.

<sup>1950</sup> Die Gründung der politischen Kommission, in: Mitteilungen der ESGiD 5/6 (1947). Abgedruckt in: Ringeling/Rohrbach (Hg.): Studenten, S. 272 (Dokument 44). Festgestellt war, dass es an Sachkunde und an vorbereitenden Materialien fehle.

<sup>1951</sup> Kröning/Müller: Nachkriegssemester, S. 274. Vgl. Geyken: Geschichte, S. 140–145.

<sup>1952</sup> Dabei handelte es sich um einen langandauernden Prozess. Die ‚goldene Zeit‘ der bibelzentrierten Frömmigkeit waren weltweit die 1950er Jahre. Vgl. Greschat: Protestantismus, S. 315–337, hier S. 318. Die von Bultmann bereits 1941 inspirierte Entmythologisierungsdiskussion, die Anfang der 1950er verstärkt die interessierte Öffentlichkeit erreichte, wurde auch in Göttingen kontrovers diskutiert. Ein Vortrag von Bultmann stieß auf kritische Resonanz. Eduard Lohse am 5.1.1999 im Gespräch mit Heiko Frese. Frese: Fakultät, S. 23. Vgl. Lohse: Theologiestudent, S. 393f; Feltkamp: Dorfpastor S. 57.

sunden Urteils für das, was nun die Forderung des Christentums ist“, fehlten. Als Beispiel führte er eine „vom Engländer“ vorbereitete Diskussion zur Todesstrafe an. Er selbst sei der einzige gewesen, der das positive Recht der Todesstrafe betont habe. Alle anderen lehnten sie aus säkularen, gefühlsmäßigen und „auch aus christlichen Gründen“ ab.<sup>1953</sup>

Bedingt durch die sich immer mehr verfestigende Ost-West-Spaltung, die 1949 zu einer Zweistaaten-Lösung führte, erfuhren nun auch die ‚deutsche Frage‘ und die sich abzeichnende Remilitarisierung der Bundesrepublik größere Aufmerksamkeit. Ohne Zweifel teilten die meisten Theologiestudentinnen und -studenten (bzw. überhaupt die christlich engagierten Studentinnen und Studenten), von denen sich „allerhand“ der CDU-Jugendorganisation *Junge Union* angeschlossen hatten, den grassierenden Antikommunismus, der sich alsbald als westdeutsche Leitideologie etablieren sollte.<sup>1954</sup> Berichte über die Unterdrückung der Kirchen in den Ostblock-Staaten und insbesondere die repressive Religions- und Kirchenpolitik in der DDR Anfang der 1950er Jahre verfestigten diese Haltung. Beispielhaft sei hier auf die gut besuchte Veranstaltung *Der Kampf der Sowjets gegen die Kirche* mit dem aus der UdSSR emigrierten Ivan Schumilin im November 1949 verwiesen. Der frühere Kiewer Kirchengeschichtler warnte ausdrücklich vor jeglicher Verharmlosung der Sowjetunion, auch und gerade in kirchlichen Kreisen.<sup>1955</sup> Dennoch verliefen die Debatten kontrovers und eröffneten neue Sichtweisen. Dies zeigt die vieldiskutierte Frage nach Krieg und Frieden, die angesichts der weltpolitischen Ereignisse und der sich festsetzenden bipolaren Weltordnung – Göttingen war Grenzstadt – einen realen Hintergrund hatte. Zwei Veranstaltungen zeigten die Bandbreite. Im Januar 1950, anlässlich eines Studienabends mit dem Historiker Hans-Jürgen Seraphim über die *Nürnberger Prozesse*, wurde auch erörtert, ob mit dem kommenden „Weltstaat“ nicht das Ende aller Kriege zu erreichen sei. Von dem anwesenden Hans-Heinrich Harms wurde dies verneint:

*Das Neue Testament lehrt uns, dass die Welle der Kriege sich noch erhöhen wird. Das sind Tatsachen, vor denen man die Augen nicht verschließen sollte. Es hat zu allen Zeiten Krieg gegeben und das wird so bleiben. Denn an dem Grundschaten der sündigen Menschheit entzündend sich stets neue Kriege. Ein Weltstaat, ja, den könne es geben, aber nur als Weltreich Christi.*<sup>1956</sup>

<sup>1953</sup> Wischmann an Fratzscher am 6.1.1948. LKAH, NL 78, Nr. 42.

<sup>1954</sup> Ebenda. Vgl. Korte: Antikommunismus.

<sup>1955</sup> Als Beleg für diese (vermeintliche) Gefahr führte Schumilin u.a. ein Schreiben von Eugen Gerschtenmaier an, Leiter des Hilfswerks der EKD und seit 1949 MdB für die CDU. Semesterbericht für das WS 1949/50. LKAB, B 631/11/1-3.

<sup>1956</sup> Studienabend am 21.1.1950. Zitiert nach Protokollführer Enholt, in: Hans Günther Meyer: Bericht über das WS 1949/50 vom 1.4.1950. LKAB, B 631/11/3. Seraphim, seit 1946 Mitarbeiter der Universitätsbibliothek Göttingen, war im Nürnberger Hauptverbrecherprozess Sachverständiger für die Verteidigung. Sein Vortrag war davon bestimmt, die Legitimität des Gerichts zu diskreditieren und dessen Arbeit als politisch motiviert darzustellen.

Dagegen schärfte im Dezember 1950 ein Vortrag Otto Webers zur westdeutschen Wiederbewaffnung die Frage, wie politisch sich die Kirche und ihre Pfarrer äußern sollten und dürften. Dabei grenzte der Barthianer in Anlehnung an Luthers Zwei-Reiche-Lehre die kirchliche Wächterfunktion von einer (politischen) Regierungsfunktion ab. Inhaltlich blieb die Diskussion indifferent, da die Frage, ob sich hinter dem ‚Bolschewismus‘ der Antichrist verberge – was von Weber mit Hinweis auf Offb. 13 verneint wurde –, nicht abschließend beantwortet werden konnte. Für ihn stand konkret die Einheit der Kirche im Vordergrund, die man aufgrund politischer Spannungen nicht gefährden dürfe. Letztendlich einigte man sich auf einen Formelkompromiss. Die EKD müsse zum Frieden aufrufen, wie dies aber konkret auszusehen habe, müsse man dem Einzelnen überlassen. Ausgleichend wurde festgehalten, dass kein Gegner der westdeutschen Aufrüstung einem grundsätzlichen Pazifismus anhänge, andererseits aber auch kein Gegner des ‚Kreises Barth-Niemöller-Heinemann-Bruderrat‘ für eine bedingungslose Remilitarisierung eintrete.<sup>1957</sup> Kurz zuvor hatte eine Gruppe von vornehmlich jüngeren Akademikern ein Flugblatt gegen die drohende Aufrüstung veröffentlicht, das u.a. von Altrektor Raiser, den Professoren Iwand, Weber und Wolf sowie dem Kirchengeschichtler Wilhelm Schneemelcher unterschrieben worden war. Eine studentische Urabstimmung zu dieser Frage konnte nur mit Mühe verhindert werden.<sup>1958</sup>

Mit Detlef Siegfried können die hier angedeutete Diskursöffnung und -verschiebung, in der mittelfristig ein Wandel der studentischen Resonanzräume angelegt war, als Infrastruktur und Diskursfelder der beginnenden Zivilgesellschaft gedeutet werden.<sup>1959</sup> Die Diskussionen der christlichen Kreise innerhalb der Göttinger Studentenschaft waren Vorboten eines grundsätzlichen Wandels, der an der Georgia Augusta zunehmend in gegenläufiger Entwicklung zur Göttinger Stadtpolitik zu einem weitreichenden Stimmungswechsel führten.<sup>1960</sup> Wichtige

---

<sup>1957</sup> Walter Schröck-Victor: Bericht über das WS 1950/51 vom 5.3.1951 mit einem eingefügten Protokoll von Herrn von Mallinckrodt. LKAB, B 631/11/3. Die Äußerungen von Niemöller und Barth sowie entsprechende andere kirchliche Verlautbarungen aus diesem Umfeld waren bekannt. Gegen diese brachte ein Diskutant die Frage ein, ob nicht, „so wie man einen Verbrecher durch das Zuchthaus unschädlich mache, auch den Kreml beseitigen müsse“. Über das engere Thema hinaus reichte die Frage nach dem Recht der Kirche zur parteipolitischen Stellungnahme. Vgl. ebenso den Bericht über einen Vortrag Iwands *Zur Friedensfrage* am 24.6.1950. Hier tritt die Verbindung zur ‚deutschen Frage‘ besonders hervor. Walter Schröck-Victor: Bericht über das SoSe 1950 vom 10.10.1950. Zur kirchlichen Debatte über die Westintegration und zur Wiederbewaffnung vgl. Greschat: Protestantismus, S. 69–115.

<sup>1958</sup> Seim: Iwand, S. 405. Ausschlaggebend waren juristische Gründe. Gegen die Urabstimmung hatte sich auch der von dem Wingolfiten Mahrenholz geführte ICC gewandt. Mahrenholz, Beginn, S. 211.

<sup>1959</sup> Siegfried: Politisierungsschübe, S. 31. Noch für die 1950er Jahre verneint Siegfried eine ‚Politisierung‘ im engeren Sinne.

<sup>1960</sup> Vgl. Böhme: Restauration. In der Stadt Göttingen gab es aufgrund personeller Kontinuitäten (auch) ein Fortwirken nationalistischer und dezidiert konservativer Grundhaltungen, die teils offen für nationalsozialistische, extrem rechte und antisemitische Positionen waren.

Wegmarken waren 1951/52 die Proteste gegen die lokale Aufführung der Filme von Veit Harlan, dem Regisseur des nationalsozialistischen Propagandaklassikers *Jud Süß*, bei denen Studentinnen und Studenten der Göttinger Universität den personellen Kern stellten, und der Protest gegen einen Fackelmarsch der Göttinger Korporationen anlässlich der Tausendjahrfeier der Stadt Göttingen. Beide Ereignisse stießen sowohl innerhalb der Studentenschaft als auch bei zahlreichen Professoren und Dozenten auf massive Ablehnung. Bezüglich der Verhinderung der Aufführung der Veit Harlan-Filme bekundete Rektor Trillhaas zusammen mit 48 weiteren Göttinger Professoren öffentlich „unser grundsätzliches Einverständnis mit den Motiven der Demonstranten“.<sup>1961</sup> Die bedeutendste und folgenreichste Auseinandersetzung erfolgte aber erst 1955. Die Göttinger Universität trug maßgeblich zum Rücktritt des frisch ernannten Kultusministers Leonard Schlüter (FDP) bei. Der frühere Göttinger Vorsitzende der *Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei* (DKP-DRP), Mitbegründer der *Nationalen Rechten* (NR) und niedersächsischer Landtagsabgeordneter für die *Deutsche Reichspartei* (DRP) war wegen seines extrem rechten und völkischen Hintergrunds umstritten und galt universitätsübergreifend als eine Bedrohung der demokratischen Kultur. Für die Universität besonders brisant erwies sich dabei Schlüters anhaltendes Engagement für diejenigen Professoren, denen auch noch 1955 eine Rückkehr in ihr Amt verwehrt wurde. Konkret fürchtete man, dass ein Kultusminister Schlüter eine Rückkehr der „Amtsverdrängten“ auch gegen den Willen der Universität ermöglichen könnte.<sup>1962</sup> Der Rektor, sämtliche Dekane und der AstA traten von ihren Ämtern zurück. Keine zwei Wochen nach seiner Ernennung musste Schlüter demissionieren. Auch in diesen Vorgang waren Theologen der Göttinger Fakultät aktiv eingebunden. So war Wolfgang Trillhaas nicht nur als Dekan zurückgetreten, sondern vertrat seinen Standpunkt in der Öffentlichkeit: so gegenüber der Wochenschrift DIE ZEIT und als Redner auf einer studentischen Kundgebung.<sup>1963</sup>

Die „große Stunde“ der Universität, so der Historiker Herbert Obenaus, stand an der Schwelle zum „Ende der Nachkriegszeit“. War die erste Hälfte der 1950er Jahre noch von einer „starken Harmonie zwischen Studenten und Professoren“

<sup>1961</sup> Zitiert nach Dahms: Universität, S. 436. Vgl. allgemein: Kuhlbrodt: *Jud Süß*; Wettig: Spurensuche, S. 172–185. Der Fackelmarsch der Korporationen war zuerst als eine Veranstaltung der Göttinger Studentenschaft angekündigt. Am 16.7.1953 solidarisierten sich tausend Studentinnen und Studenten mit dem amtierenden Rektor, der sich gegen den Aufzug der Göttinger Korporationen ausgesprochen hatte. Vgl. Böhme: *Restauration*, S. 125–129. Am 26.1.1952 hatte Trillhaas in seiner Funktion als Rektor auf einem Kommers der sieben neuen Göttinger Burschenschaften gesprochen. Er appellierte an die positiven Traditionen und machte deutlich, dass es kein Zurück mehr gebe: „Wir suchen eine Jugend, die nach vorwärts gerichtet ist, und die sich aus den Klauen des Ressentiments löst, mit dem wir Deutsche unsere edelsten Gefühle und Ideale immer wieder vergiftet haben.“ Dabei deutete er die Begriffstrias *Freiheit, Ehre, Vaterland* positiv aus und löste sie aus ihrem engen nationalen Rahmen. Rede des Rektors Prof. D. Dr. Trillhaas beim Kommers der sieben Göttinger Burschenschaften am 26. Januar 1952, in: *Die Sammlung* 3 (1952), S. 113–115, hier S. 115.

<sup>1962</sup> Vgl. Schael: *Grenzen*, S. 61–70, insb. S. 64f.

<sup>1963</sup> Vgl. Martens: *Ministersturz*. Der Text der Ansprache findet sich ebenda, S. 47f.



gekennzeichnet, führten die Debatten um die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr zu einer Spaltung.<sup>1964</sup> Dies betraf auch die Göttinger Studentinnen und Studenten der Theologie. Ihre Haltung zu und ihre Teilnahme an jenen Auseinandersetzungen, die innerhalb eines Jahrzehnts zu jenem gesellschaftlichen Wandel und Aufbruch führten, der heute in dem Begriff ‚1968‘ gebündelt wird, ist nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

---

<sup>1964</sup> Obenaus: Geschichtsstudium, S. 331–337, hier S. 331, S. 319. In seiner Deutung bedeutete der Ministersturz auch eine öffentlich vollzogene „zweite Entnazifizierung“ der Universität. Ebenda, S. 334. Das „Ende der Nachkriegszeit“ umfasst die gravierenden ökonomischen, soziokulturellen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt politischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Greschat benennt als wichtigen Referenzpunkt die Bundestagswahl 1957. Endgültig endete sie mit dem Ende der Kanzlerschaft Konrad Adenauers im Jahr 1963. Vgl. Greschat: Protestantismus, S. 250–314. Zeitlich korrespondieren diese mit den „finalen Abbrüchen“ einer hundertjährigen nationalreligiösen Mentalität, die neue protestantische Aufbrüche ermöglichten. Gailus: Protestantismus, S. 24.



## Epilog: Johannes Hempel

1955 erhielt der Alttestamentler Johannes Hempel an seinem alten Dienstort eine Honorarprofessur. Dies ist insofern von Interesse, da die Fakultät ihm gegenüber trotz seiner politischen Belastung einen anderen Weg einschlug als gegenüber Hirsch.

Hempel lehrte seit 1937 in Berlin.<sup>1965</sup> Dort leitete er „vom Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung aus“ das *Institutum Judaicum*, 1939 trat er dem Eisenacher *Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben* bei. Die Kriegsjahre verbrachte er als Militärgeistlicher in Frankreich, Norwegen, Rußland und den Niederlanden, bevor er in Kriegsgefangenschaft geriet und sich einem längeren Lazarettaufenthalt unterziehen musste. Seine berufliche Karriere konnte Hempel nicht fortsetzen. Die Rückkehr in sein Berliner Professorenamt blieb ihm nach negativen Voten sowohl der Theologischen Fakultät als auch der dortigen Kirchenleitung verwehrt, die in Aussicht gestellten Berufungen nach Heidelberg bzw. Münster scheiterten an seinem nicht abgeschlossenen Entnazifizierungsverfahren. Schließlich eröffnete ihm im November 1948 die Braunschweigische Landeskirche „trotz mancherlei Bedenken“ und ohne weitere Aufstiegschancen den Weg in ein einfaches Pfarramt. Im Februar 1949 wurde Hempel Pfarrer in Salzgitter-Lebenstedt, wo er bis 1957 wirkte. Seine Entnazifi-

---

<sup>1965</sup> Vgl. zum Folgenden Weber: Testament, S. 157–171.

zierung kam erst im Januar 1950 mit seiner letztendlichen Einstufung in Kategorie V zu einem Abschluss.<sup>1966</sup> Noch wenige Monate zuvor, im September 1949, war der Hauptausschuss für die landeskirchliche Entnazifizierung zu einem anderen Ergebnis gekommen. Hempel wurde zwar von der Minderbelasteten-Kategorie III zum Mitläufer (Kategorie IV) zurückgestuft, ausdrücklich aber waren seine Mitgliedschaft bei den *Deutschen Christen* und seine leitende Stellung beim *Institutum Judaicum* aufgeführt. Hempel habe „der Partei für den Antisemitismus das wissenschaftliche Rüstzeug gegeben und somit den Nationalsozialismus ohne Zweifel gefördert“.<sup>1967</sup>

Trotz der erschwerten Bedingungen galt Hempels Leidenschaft weiterhin der alttestamentlichen Wissenschaft.<sup>1968</sup> Nach der Einrichtung eines Extraordinariats für *Altes Testament* bemühte sich die Göttinger Fakultät trotz vorhandener Vorbehalte um seine Reaktivierung.<sup>1969</sup> Im Oktober 1954 wandte sich der Dekan Ernst Käsemann an das Kultusministerium mit der Bitte, Hempel als entpflichteten Hochschullehrer anzuerkennen, zugleich setzte er sich für eine Honorarprofessur ein: „Angesichts des durch die Zeitereignisse stark reduzierten Bestandes alttestamentlicher Forscher“ könne man es sich „nicht leisten, seine Kraft ungenutzt liegen zu lassen.“<sup>1970</sup> Nur wenige Monate später, am 17. Februar 1955, wurde Hempel zum Honorarprofessor für *Altorientalische Religionsgeschichte* bestellt und der Theologischen Fakultät zugewiesen.<sup>1971</sup> 1958 wurde er nach dreijährigem Wirken ordnungsgemäß entpflichtet und erhielt so den Status eines Emeritus, ein Jahr später gab er auch die Herausgeberschaft der *Zeitschrift für Alttestamentliche Wissen-*

<sup>1966</sup> Bescheid des Entnazifizierungsausschusses im Verwaltungsbezirk Braunschweig vom 23.1.1950. Weber: Testament, S. 167.

<sup>1967</sup> Abschrift des Urteils vom 19.9.1949. Zitiert nach Weber: Testament, S. 166.

<sup>1968</sup> Hempel war ausgebombt worden und hatte sein wissenschaftliches Werk und seine Bibliothek verloren.

<sup>1969</sup> So äußerte sich Dörries gegenüber Hempel am 25.11.1953 skeptisch und riet ihm, seine Ansprüche in Berlin durchzusetzen. In Göttingen könnte eine Aussprache nicht nur Bedenken, sondern auch Widerstand auslösen. BArch, N 1721, Nr. 21. Wie der Stimmungswechsel zugunsten Hempels zustande kam, ist nicht bekannt. Als problematisch erwies sich die Verwendung Birnbaums für Hempel. Hempel erklärte ausdrücklich, dass dessen Vorstoß ohne sein Wissen erfolgt sei und er seit Oktober 1951 keinen Kontakt mehr zu ihm gehabt habe. Dörries an Hempel am 30.1.1955; Hempel an Dörries am 1.2.1954. BArch, N 1721, Nr. 21.

<sup>1970</sup> Käsemann an das Kultusministerium am 8.10.1954. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Auf das Extraordinariat wurde Kurt Galling berufen. Hempel war „Teil eines Gesamtplans“. Bereits ab (spätestens) September 1954 zeichnete sich die einhellige Bereitschaft der Fakultät für eine Honorarprofessur ab. Dörries an Hempel am 24.9.1954. BArch, N 1721, Nr. 21. Vgl. den Vorgang in UAG, Kur., Nr. 10431.

<sup>1971</sup> Niedersächsisches Kultusministerium an die Fakultät am 17.2.1955. UAG, Kur., Nr. 10431/1, Bl. 35. Hempel sah diese Regelung als unbefriedigend an. Wenige Wochen nach seiner Ernennung beschwerte er sich beim *Notverband vertriebener Hochschullehrer* und warf dem Land bei der möglichen Einrichtung einer KW-Professur „Sabotage“ vor. Hempel am 14.3.1955. Vgl. Käsemann an Hempel am 21.3.1955. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Auch die Landeskirche unterstützte die getroffene Regelung, indem sie Hempel in Form „eines etwas militärisch gehaltenen Ukas“ einen Vikar zu Seite stellte. Hempel an Käsemann am 16.3.1955. Ebenda.

*schaft* (ZAW) ab, die er seit 1927 innegehabt hatte.<sup>1972</sup> Gesundheitlich eingeschränkt, setzte er seine wissenschaftliche Arbeit dennoch fort, u.a. organisierte er Gastvorträge und engagierte sich in der akademischen Selbstverwaltung. Höhepunkt seiner sich zum Ende neigenden Karriere war die Leitung der alttestamentlichen Sektion des in Göttingen tagenden *Deutschen Orientalistentages* im Jahre 1961.

Bei den Bemühungen um Hempel spielten seine Haltung im NS-Staat, seine Nähe zu den *Deutschen Christen*, seine Mitarbeit im Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘ und sein Wirken als Hirsch-Intimus an der Theologischen Fakultät keine Rolle. Allerdings verweigerte man ihm anlässlich seines 70. Geburtstags die Ehrung in Form einer *Tabula gratulatoria*.<sup>1973</sup> Zum Thema wurde Hempels Haltung indes zwei Jahre später. 1964 jährte sich seine Promotion zum 50. Mal, was in der Regel mit einer Erneuerung der Promotionsurkunde begangen wurde. Als sich der Rektor der Göttinger Universität diesbezüglich an die zuständige Philosophische Fakultät der mittlerweile umbenannten Leipziger Karl-Marx-Universität wandte, teilte ihm der dortige Dekan Max Steinmetz – er hatte sich 1957 mit einer Arbeit über Thomas Müntzer habilitiert – einen ablehnenden Fakultätsbeschluss mit:

*Die Fakultät sieht sich leider außerstande [...], da er sich in der Nazi-Zeit in einer Weise verhalten hat, die uns eine Ehrung nicht ratsam erscheinen lässt. Aus einer gutachterlichen Äußerung wurde entnommen, daß er 1945 seinen Lehrstuhl in Berlin im Zuge der Entnazifizierung aufgeben mußte. Er hat sich u.a. besonders durch seine militäristischen Äußerungen in der ‚Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft‘ während des Krieges, besonders im Ausland, unbeliebt gemacht, so dass er nach dem Krieg als Herausgeber nicht mehr tragbar war.*<sup>1974</sup>

Dagegen erhob die Göttinger Fakultät Einspruch. Sie würde den Fall ähnlich sehen, wenn Hempel nicht rehabilitiert wäre. Hempel aber habe durch eine erst jüngst abgegebene Erklärung und seine Pfarrtätigkeit zum „Ausdruck gebracht, wie er selbst seine Vergangenheit im dritten Reich beurteilt. Für uns gilt so durch Wort und durch Tat in diesem Falle als bewiesen, was rechtschaffene Befreiung vom Nationalsozialismus“ sei.<sup>1975</sup> Daraufhin erklärte sich die Leipziger Fakultät zu einer erneuten Überprüfung bereit, bat jedoch um die Zusendung der erwähnten Erklärung.<sup>1976</sup> Diese war am 10. April 1963 ohne konkreten Anlass im Krankenhaus von Bad Mergentheim verfasst worden. Es handelt sich um einen hektografierten Einseiter, der vor allem an die Mitglieder der Fakultät, an Freunde und

<sup>1972</sup> Als „Gegenleistung“ für seine ordnungsgemäße Emeritierung musste Hempel einen Eid auf Grundgesetz und Niedersächsische Verfassung ablegen. Frese: Fakultät, S. 11.

<sup>1973</sup> In der ThLZ 87 (1962) erschien lediglich eine Bibliografie seiner Werke ab 1951. Weber führt dies kausal auf Hempels Wirken während der NS-Zeit zurück. Weber: Wissenschaft, S. 170.

<sup>1974</sup> Dekan Steinmetz an den Rektor 15.4.1964. Die folgende Korrespondenz ebenda.

<sup>1975</sup> Dekan Göttingen an Dekan Leipzig am 5.5.1964.

<sup>1976</sup> Dekan Leipzig an Dekan Göttingen am 28.5.1964. U.

auswärtige Kollegen gegangen sein soll. Namentlich auf Ernst Wolf soll die Erklärung „großen Eindruck“ gemacht haben.<sup>1977</sup> Hempel schrieb:

*Ich habe die Stille des Krankenhauses dazu genutzt, im eigenen Gewissen die Entscheidung nachzuprüfen, die mich zu den ‚Deutschen Christen‘ geführt hat. Es geht mir um alles andere als um einen selbstgefertigten Persilschein oder billige Ausreden. Es ist zwar richtig, daß ich zur Zeit der schlimmsten Judendeportationen bei einer in den Wolchow-Sümpfen eingesetzten Division als Pfarrer tätig war, und daß wir dort nun wirklich von dem, was im Hinterland vor sich ging, gar nichts erfuhren. Ich will mich auch nicht auf Luthers letzte Predigt oder auf Beziehungen unserer Familie zu Adolf Stoecker herausreden. Was mich jetzt beschäftigt, ist die Frage, wieweit nicht doch im Unterbewusstsein der geheime Wunsch nach Sicherung der eigenen Lebensstellung und die Zukunft der Kinder eine Rolle gespielt hat. Wer will das Menschenherz ausloten? Was 1933 im klaren Bewußtsein eine Rolle spielte, war der Wunsch, ein Abgleiten der ‚Bewegung‘ in das Antichristentum aufzubalten. Dieser Wunsch erschien mir nicht als Utopie, wenn ich an die Gottesdienste unseres Studentenpfarrers in der Jakobikirche für die studentische SA oder an den Reformationsgottesdienst auf dem Theaterplatz mit der Predigt von Pastor Ködderitz vor der gesamten angetretenen Göttinger SA denke. Auch habe ich selbst an einer Besprechung im Hause eines mir nahe befreundeten Bischofs mit einem Mitglied der obersten SS-Führung teilgenommen, die durchaus nicht aussichtslos erschien. Die Parole von Hans Schemm ‚Deutschland unsere Aufgabe, Christus unsere Kraft‘ erschien mir wegweisend für die Erfüllung einer lebendigen Sehnsucht, das die Heimkehr zum Volk für viele zu einer Heimkehr zu Gott und nicht zu einer Abkehr von ihm werden möchte. War das alles, was da als ‚positives Christentum‘ geschah, nichts als Tarnung, die Illusionisten wie mich fangen sollte oder war doch ein Körnlein zukunftsfruchtiger Wahrheit darin? Ich kann es nicht entscheiden, muß aber dies bekennen, daß ich zu einer Zeit, als die Schleier gefallen waren, nicht die innere Entschlusskraft gefunden habe, mich von dem, was ich nun als Irrtum erkennen muß, und damals hätte erkennen können, zu lösen.*

*Das bleibt eine Schuld, die ich einmal nüchtern und klar bekennen muß, ohne nun über den Zeitpunkt zu urteilen, an dem Gutgläubigkeit in schuldhafte Leichtgläubigkeit umschlug. Umso mehr muß ich auch dies aussprechen, wie sehr zwei jüdische Freunde (Präsident J. Morgenstern und Dr. D. Daube) mich dadurch beschämt haben, daß sie nach dem Kriege die alten Beziehungen wie selbstverständlich wieder aufgenommen haben. [...].<sup>1978</sup>*

<sup>1977</sup> Dekan Göttingen an Dekan Leipzig am 3.6.1964.

<sup>1978</sup> Hempel am 10.4.1963. Die Erklärung liegt in einer beglaubigten Abschrift vor. In der ZAW hatte sich Hempel schon im ersten Nachkriegsband (1948) von seinen eindeutigen Bekenntnissen zum nationalsozialistischen Kampf gegen das Judentum und gegen England in der Ausgabe 1942/43 distanziert und sein Verhalten bedauert. Chronik der ZAW 61 (1945–1948), S. 231f. Nach Weber: Testament, S. 188f. Seine Stellungnahme war freilich nicht frei von eigennützigen Motiven. Seine Herausgebertätigkeit war bei einigen deutschen und vor allem niederländischen Fachkollegen nicht

Aus heutiger Perspektive ist die Erklärung ungenügend. Sein Wirken an der Seite von Emanuel Hirsch, zu dem Hempel noch Anfang der 1960er Jahre Kontakt pflegte, und, gravierender, seine aktive Einbindung in die Netzwerke des radikalen Flügels der *Deutschen Christen* lassen sich nicht allein auf nicht erfüllte Illusionen und enttäuschte Hoffnungen zurückführen, auch reflektiert sie in keiner Weise das Verhältnis seiner wissenschaftlichen Arbeit zum zeitlichen Kontext. Zudem scheint unwahrscheinlich, auch wenn ein Gegenbeweis nicht angetreten werden kann, dass Hempel als Divisionspfarrer keine Kenntnisse der deutschen Verbrechen im Vernichtungskrieg erlangte. Dennoch geht die Erklärung über das hinaus, was andere über ihre Haltung zur Zeit des Nationalsozialismus aussprachen. Hempels Bereitschaft zu dieser Auseinandersetzung dokumentiert auch ein Schreiben Wischmanns aus dem Jahr 1972. Während einer Tagung des *Rotenburger Bruderkreises* habe Hempel seine versammelten Schüler, von denen er sich als *Deutscher Christ* getrennt hatte, um Vergebung gebeten und mit ihnen ein gemeinsames Abendmahl gefeiert.<sup>1979</sup>

In Leipzig wurde die Erklärung Hempels anerkannt. Am 8. Dezember 1964 stellte die Philosophische Fakultät die Promotionsurkunde neu aus. Sie traf am 17. Dezember in Göttingen ein, drei Tage vor Hempels Beisetzung. Johannes Hempel war am 9. Dezember verstorben.<sup>1980</sup>

---

unumstritten. So bezeichnete der Schriftsteller und Dozent Juda Ari Wohlgenuth Hempel in einem offenen Brief als „Totengräber [...] der alttestamentlichen Wissenschaft“ und als ausgesprochenen Antisemiten. Vgl. ebenda, S. 188–193.

<sup>1979</sup> Wischmann an OLKR Eberhard Müller am 1.8.1972. LKAH, NL 78, Nr. 258.

<sup>1980</sup> Fakultät Göttingen an die Philosophische Fakultät am 17.12.1964. UAG, Theol. PA, Nr. 114. Die wissenschaftlichen Nachrufe der Theologischen Fakultät und der Universität finden sich in UAG, Kur., Nr. 10431/2.





**Bilanz:**  
**Zeiten des Umbruchs**



## Die Theologische Fakultät in den Jahren 1918 bis Ende der 1940er Jahre

Die vorliegende Arbeit umfasst einen Zeitraum von rund drei Jahrzehnten. Unter den Rahmenbedingungen einer überschaubaren Universitätsstadt in der neupreußischen Provinz Hannover spiegelt die Entwicklung der Göttinger Theologischen Fakultät mitsamt ihren epochalen Brüchen die deutsche Geschichte und die ihrer Universitäten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nach der dreifachen ‚Katastrophe‘ von 1918 fanden die Göttinger Professoren in ihrer großen Mehrheit keinen Zugang zu den neuen gesellschaftspolitischen Verhältnissen. Hinter diesem Unbehagen verbargen sich eine gegen die kirchliche Entwicklung im 19. Jahrhundert gerichtete Aufklärungsskepsis sowie eine kulturpessimistisch angehauchte antiliberale Grundkritik an der säkular-pluralen Moderne. Ihre politische Entsprechung fanden diese in der Verklärung der preußisch-kaiserlichen Vergangenheit und der distanzierten bis ablehnenden Haltung gegenüber der Weimarer Demokratie. Gebündelt im mythenbehafteten Kraftbegriff des ‚Augusterlebnisses 1914‘ wurden gegen die in der ‚Verratsniederlage‘ geborene Republik sowie die angeblichen und tatsächlichen inneren und äußeren Feinde des ‚Reiches‘ ein überbordender Nationalismus und glorifiziertes Soldatentum in Stellung gebracht. An sich manifestierte sich diese nationalkonservative Mehrheitshaltung eher unpolitisch, sie war freilich latent präsent und abrufbar. Mit der Zuspitzung der politisch-wirtschaftlichen Doppelkrise zum Ende der 1920er Jahre traten die antirepublika-

nischen Vorbehalte in eine neue Phase. Die Republik und die sie tragenden Parteien seien nicht in der Lage, so das Urteil fast sämtlicher in Göttingen lehrenden Professoren und Privatdozenten der Theologie, die bevorstehenden Herausforderungen und den erhoffte Wiederaufstieg Deutschlands zu bewältigen. Im Gegenteil. In ihren Augen hatte das Weimarer ‚System‘ grundsätzlich abgewirtschaftet. War man sich in diesem Befund einig, bedeutete der unausgesprochene Bruch mit der gegenwärtigen Staatform keine eindeutige Festlegung auf das unausweichlich kommende Neue. Dessen Konturen zeichneten sich erst schemenhaft ab, wobei – dies zeigen exemplarisch die Beiträge von Hermann Dörries und Johannes Hempel in *Die Kirche und das Dritte Reich* – kein Zweifel daran bestand, dass ‚die‘ Nationalsozialisten zukünftig eine entscheidende und führende Rolle spielen würden. Bezüglich ihrer Konsequenzen am folgenreichsten verlief diese Entwicklung bei Emanuel Hirsch, der ab 1929, unter dem Eindruck der Verhandlungen über den Young-Plan, eine Radikalisierung von einem extremen, aber etatistischen Nationalisten hin zu einem völkisch-totalitären Nationalsozialisten durchschritt.<sup>1981</sup> Die Neufassung seiner umfassenden Souveränitätslehre, in der er die Verlagerung seiner theologischen Bezugspunkte auf ‚Volk‘ und ‚Volkheit‘ als eigenständige und unauflösliche Schöpfungsgrößen erstmals systematisch entfaltete, erscheinen im Nachhinein als eine vorausseilende Legitimation des totalitären nationalsozialistischen Staates. Neu war Hirschs Öffentlichkeitsanspruch. Sein markantes Votum gegen die internationale Ökumene und die öffentliche Preisgabe des von nationalsozialistischen Studenten angefeindeten Hallenser Professors Günther Dehn erzielten in den nationalkonservativen und extrem rechten kirchlichen Kreisen eine starke Breitenwirkung. Es war Hirsch, noch immer Mitglied der DNVP, der vor dem entscheidenden zweiten Stichwahlgang für das Reichspräsidentenamt am 10. April 1932 als erster Göttinger Professor überhaupt öffentlich zur Wahl Adolfs Hitlers aufrief.<sup>1982</sup>

Auch die studentischen Generationen der Republikzeit standen unter dem Eindruck der Kriegsniederlage. Im Schützengraben traumatisiert, in ihrer sozialen Stellung grundsätzlich angefochten, erlebten sie die junge Republik mit ihren politischen Instabilitäten als permanente Krisenerfahrung, als rationalistisch, oberflächlich und blutleer, schlicht als ungeeignet, um ihre Bedürfnisse nach Lebenssinn und Ganzheit zu befriedigen. Geleitet von existentiellen Ängsten, zugleich Vorboten einer ziellos mäandernden Statusänderung, bestimmten Prekarisierung und soziale Abstiegsängste den studentischen Alltag. Politisch stand die Mehrheit der deutschen Studenten der Jahre 1919 bis 1933 und mit ihnen die Göttinger Studenten der Theologie für Nationalismus, Gesinnungsmilitarismus, Revanchis-

---

<sup>1981</sup> Assel: Hirsch, S. 43.

<sup>1982</sup> Der wiederholte Hinweis, Hirsch sei der erste deutsche Universitätsprofessor überhaupt gewesen, der sich dementsprechend äußerte, ließ sich nicht seriös verifizieren.

mus, latenten Antisemitismus und gegen die liberale Demokratie.<sup>1983</sup> Gerade die Theologiestudentenschaft transformierte den anhaltenden Säkularisierungsdruck, die republikanische Entscheidung für einen religionsneutralen Staat und die tatsächlichen und vermeintlichen politischen Angriffe auf die Kirche in eine kulturpessimistisch getragene Allgemeinkritik der ‚entseelten‘ Moderne. Die Mobilisierungsfähigkeit derartiger Ressentiments zeigen exemplarisch die aufsehenerregenden Vorgänge um den Weihnachtsgruß französischer Kommilitonen im Januar 1923 und die folgenden Attacken auf den Privatdozenten Otto Piper, die zu seiner kurzfristigen Inhaftierung führten. Ihm wurde nur von einer studentischen Minderheit Verständnis und Solidarität zuteil. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre fanden die reichsweit zu beobachtende Radikalisierung und Politisierung der Studentenschaften auch in Göttingen ihren Niederschlag. Diese kamen innerhalb nur weniger Semester der nationalsozialistischen ‚Bewegung‘ und dem NSDStB zugute. Die Studenten der Theologie gingen diesen Weg mit und trugen mit ihren Möglichkeiten zur nationalsozialistischen Durchdringung der Universität bei. Im Falle der christlichen Korporationen voranschreitend, im Falle der DCSV ambivalent und eher abwartend. Letztgenannte, die bedeutendste christliche Sozialisierungsinstanz an den deutschen Hochschulen, zeigte sich in der Rückschau freilich unfähig, dem ‚Zeitgeist‘ entgegenzutreten oder ihm gar etwas entgegenzusetzen. Ähnliches lässt sich auch für das 1926 von der Landeskirche ins Leben gerufene Studentenpfarramt festhalten, das unter Hans Wiesenfeldt innerhalb kurzer Zeit zu einer zentralen Schnittstelle des evangelischen Studententums avancierte. Bestehende Grundtendenzen wurden aufmerksam registriert, fanden in der praktischen Arbeit aber eher Bestätigung, als dass sie abgemildert wurden. Spätestens 1931 war das ohnehin gering ausgeprägte demokratische Potential unter den Göttinger Studenten erschöpft.

Wie erklärt sich der überproportional hohe Zuspruch der Göttinger Theologiestudenten zum NSDStB? Zum einen spiegelt er die generelle Affinität der deutschen Protestanten zum Nationalsozialismus wider, die im evangelischen Göttingen schon Ende der 1920er Jahre der NSDAP überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse beschert hatte, zum anderen die grundlegende Übereinstimmung in der politischen Programmatik. Mit ihrer männlich-soldatisch codierten politischen Ansprache galt die NSDAP als zeitgemäß. Dazu trat eine besondere Empfänglichkeit für die nationalsozialistische Erlösungsrhetorik mitsamt der ihr innewohnenden ‚Heilsversprechen‘: Wie keine andere Partei verkörperte die NSDAP den ‚Glauben‘ an eine ‚Wiedergeburt‘ des Reiches. Beispielhaft zeigt sich die so gewonnene Attraktivität im politisch-schwärmerischen, mit religiösen Versatzstü-

---

<sup>1983</sup> Als ob seiner späteren Bedeutung prominentes Beispiel für die frühe aktive Einbindung in das völkisch-nationalistische Milieu mitsamt Kontakten zu fast allen bedeutenden Parteien und Organisationen (DVSTB, DNVP, Bund der Aufrechten, Nationalverband Deutscher Offiziere) dieser Richtung kann für die frühen 1920er Jahre der Marburger Theologiestudent und deutschnationale ‚Studentenpolitiker‘ Martin Niemöller angeführt werden. Vgl. Ziemann: Niemöller.

cken aufgeladenen Pathos des NSDStB-Hochschulgruppenführers Hugo Rönck, nach dem nationalsozialistischen Wahlsieg bei den Kammerwahlen 1931 Göttinger Studentenschaftsführer. Dass der spätere Landesjugendpfarrer, Präsident und selbsternannte Landesbischof der Thüringer Landeskirche – einer der radikalsten deutschchristlichen Landeskirchen des Deutschen Reichs – in Göttingen seine ersten politischen Meriten erwarb, dass er 1929 federführend an der ersten antisemitisch motivierten Boykottaktion an der Göttinger Universität überhaupt teilnahm und diese sogar inszenierte, gehört – der jüdische Gelehrte und Rabbiner Ismar Elbogen sprach auf Einladung der Theologischen Fakultät – zu ihrem vergessenen Erbe.

Folgerichtig wurden die Reichskanzlerschaft Hitlers, die faktische Außerkraftsetzung der Weimarer Reichsverfassung und elementarer Grundrechte sowie die gewaltförmig betriebene Transformation der Demokratie in einen nationalsozialistischen Einparteiensstaat begrüßt. Zustimmung und Ergebnisadressen bestimmten das Umbruchjahr 1933. Vielerorts, sowohl auf Seiten der verfassten Fakultät als auch auf studentischer Seite, gab es die verbreitete Hoffnung, den ‚nationalen Aufbruch‘ mitgestalten zu können. Von dieser ‚freudigen‘ Bereitschaft zeugen zahlreiche akademische und kirchliche Veranstaltungen: so die schon seit 1932 vorbereitete Skandinavienreise Göttinger Professoren im für die evangelische Kirche so schicksalhaften September 1933, die unverhofft in den Zeitraum zwischen dem ersten Vorstoß zur Einführung eines kirchlichen ‚Arierparagrafen‘, der Gründung des Pfarrernotbundes und die Wittenberger Nationalsynode fiel und die in großer Selbstverständlichkeit der Rechtfertigung der neuen politischen und auch kirchlichen Lage im Deutschen Reich diene, als auch der umtriebige, wenn auch kurzlebige *Studentenkampfbund Deutschen Christen*.

Zum Entscheidungsjahr wurde 1934. Zwei Entwicklungen, die schon seit dem Spätherbst 1933 mehr und mehr an die Oberfläche getreten waren, wurden nun offenbar. Der politisch gefestigte NS-Staat distanzierte sich mehr und mehr von den Kirchen und damit auch von den Theologischen Fakultäten, an denen er aufgrund der weltanschaulichen Konkurrenzsituation keinerlei Interesse hatte. In verschiedenen, von pragmatisch-utilitaristischen Erwägungen geleiteten Etappen zielte er auf ihre Pazifizierung, Einhegung und Marginalisierung. Ein Ergebnis der staatlichen Hochschulpolitik war, so Eike Wolgast, „die weitgehende Zerstörung der theologischen Fakultäten bei institutioneller Fortexistenz“.<sup>1984</sup> Die zweite Beschränkung der Fakultätsarbeit ergab sich aus den Folgen des ‚Kirchenkampfes‘, die den deutschen Protestantismus mit dem endgültigen Scheitern der Reichskirche in der zweiten Jahreshälfte 1934 in eine veritable Krise stürzten. Beide Linien, die staatliche Auszehrung und die faktische Kirchenspaltung, setzten auch die Göttinger Fakultät massiv unter Druck und nahmen ihr die Möglichkeiten zur gestalterischen Mitarbeit. Überlegungen wie die Pläne zur Etablierung einer zug-

---

<sup>1984</sup> Wolgast: Hochschulpolitik, S. 78.

kräftigen und ‚zukunfts-gewandten‘ deutschchristlichen Leitfakultät wurden nicht mehr weiterverfolgt, vielmehr rückten die Bestands- und Ressourcensicherung sowie der Erhalt von größtmöglichen Spielräumen in den Mittelpunkt. Für die zweite Hälfte der 1930er Jahre kann von einer deutschchristlich ausgerichteten Fakultät nicht die Rede sein. Die Anzahl der deutschchristlichen Professoren nahm vielmehr ab, die in Aussicht genommene Berufung von teils prominenten *Deutschen Christen* bzw. ihnen nahestehenden Theologen wie z.B. Martin Redeker, Georg Fiedler, Heinz Weidemann, Friedrich Karl Schumann, Leonhardt Fendt, Erich Vogelsang oder Hans-Georg Opitz realisierten sich aus unterschiedlichen Gründen jeweils nicht.

Bezüglich der Professoren und Dozenten war der Dreiklang aus wissenschaftlicher Befähigung – Walter Birnbaum ist diesbezüglich als Sonderfall anzusehen –, Loyalität und politischer Zuverlässigkeit gegenüber dem NS-Staat und kirchenpolitischer Enthaltensamkeit das entscheidende Kriterium. Die wohl eher aus der Not geborene passive Auslegung dieser selbst auferlegten Vorgaben ermöglichte eine gewisse Breite an Haltungen, Anschauungen und Aktivitäten. Beispielhaft zeigt sich das in den Lehrveranstaltungen und in den wissenschaftlichen Publikationen. Durchdrungen und geradezu bestimmt von der nationalsozialistischen ‚Revolution‘ und ihrer weltanschaulichen Grundlagen waren die Werke von Birnbaum, Hirsch und Wobbermin, währenddessen die Lehre und verschiedene Veröffentlichungen von Dörries in christlich-bekennnismotivierter Abwehrhaltung gegenüber den neuheidnischen und deutschgläubigen/deutschchristlichen Angriffen auf die Kirche kirchenpolitisch motiviert waren. Eine starke Zeitgebundenheit weisen auch die ökumenische Vermittlungsarbeit Carl Stanges in ‚seiner‘ Luther-Akademie und die wütenden Attacken Friedrich Gogartens gegen die Barth’sche Theologie auf, wohingegen die wissenschaftlichen Beiträge von Walter Bauer und Alfred Rahlfs von den Zeitereignissen nahezu unberührt blieben. Eine ähnliche Bandbreite ist bezüglich der Haltung zum NS-Staat bzw. ‚dem‘ Nationalsozialismus festzuhalten. An der Fakultät wirkten weltanschaulich überzeugte Nationalsozialisten wie Hirsch oder Wobbermin, christliche Nationalsozialisten wie z.B. Behm, Dörries, Gerhardt oder Weber, die – mit unterschiedlichen Begründungen – an der Möglichkeit einer Synthese von Christentum und Nationalsozialismus festhielten, politisch Indifferente und Unpolitische wie Rahlfs und der NS-Diktatur in kritischer Distanz Gegenüberstehende wie Bauer. Insgesamt bildet sich eine recht große, an die jeweilige Bewältigungsstrategie gegenüber dem Nationalsozialismus angepasste Heterogenität ab. Dem entsprachen die unterschiedlichen, teils gegenläufigen Haltungen zu kirchenpolitischen Fragen als auch zur eigenen Rolle im akademischen Lehramt. Gedämpft durch die beherrschende Stellung Hirschs drangen interne ‚Meinungsbildungsprozesse‘ bzw. vorhandene Gegensätze nur bedingt nach außen. Sie waren freilich vorhanden, wie die von vier Professoren und zwei Privatdozenten unterzeichnete Protestnote gegen die erneute Gängelung der Theologischen Fakultäten durch Reichsminister Rust im

Februar 1935 und der kaum verhohlene Unmut im Fall der Berufung Walter Birnbaums besonders deutlich machen. Der Preis für die autoritär gesetzte Fakultätseinheit und die Einforderung von Fakultätsdisziplin war de facto ihre Zerfaserung. Ohne dass von einer verfestigten kirchenpolitischen Lagerbildung die Rede sein kann, war die Fakultät von funktionaler Arbeitsgemeinschaft und einer Mischung aus anlassbezogenem Zusammenkommen bei gleichen Interessen und beziehungslosem Nebeneinander bestimmt. Zu keiner Zeit meldete sie sich zu einer der drängenden Fragen der Zeit mit einer gemeinsamen Stellungnahme zu Wort. Ihre vielbeschworene Geschlossenheit war eine Chimäre.

Ermöglicht wurde die skizzierte Anordnung durch einen gewissen, auf die (beamtenrechtliche) Absicherung des eigenen Fortkommens abzielenden Pragmatismus, vor allem aber durch die Einhaltung der oben angeführten ‚Spielregeln‘. Göttingen war nicht Marburg, wo die Bekenntnistheologen Hans Freiherr von Soden und Rudolf Bultmann „in illusionsloser Einschätzung der politischen Gegebenheiten auf hohem theologischen Niveau mutig und unbeirrbar“ einen „klaren, festen Kurs“ steuerten und Orientierung boten.<sup>1985</sup> Im Gegensatz zu anderen Universitäten, beispielhaft sind hier Bonn, Breslau oder Kiel zu nennen, gab es in Göttingen keinen Vorstoß für eine umfassende, von ‚oben‘ verordnete Neuordnung der Fakultät. Staatlicherseits schien dieser Schritt nicht vonnöten, auch Hirsch sah – trotz der offenbaren kirchenpolitischen Differenzen und mancher fakultätsinterner Konflikte – die ‚Verletzungen‘ der Fakultätsgemeinschaft nicht als so gravierend an, um in diese Richtung zu wirken. Dies gilt auch für Dörries, der als einziger Göttinger Theologieprofessor aufgrund seiner kirchenpolitischen Entscheidung öffentlichen Anfeindungen, einem Parteigerichtsverfahren und einem – aufsatzbezogenen – staatspolizeilichen Publikationsverbot ausgesetzt war. In seiner Stellung als staatlich besoldeter Universitätslehrer war das NSDAP-Mitglied trotz seiner Zugehörigkeit zur *Bekennenden Kirche* ausweislich der vorhandenen Aktenlage zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet.<sup>1986</sup>

Die Außendarstellung der Fakultät war von Emanuel Hirsch bestimmt. Kraft seiner Autorität als Dekan und ‚Führer‘ der Fakultät, ausgestattet mit Schreibmacht und sehr guten Kontakten ins REM drückte er ihr auch intern seinen Stempel auf. Im Zusammenspiel mit Johannes Hempel und Otto Weber garantierte er ihre nationalsozialistische Ausrichtung und Durchdringung. Dies betraf, wie dargestellt, ebenso das Sprachenkonvikt, das Waisenhaus und – mit Ausnahme des Reformierten Studienhauses, auf das die Fakultät keinen direkten Zugriff hatte – die theologischen Wohnheime und die *Theologische Fachschaft*. In seiner konkreten Aus-

---

<sup>1985</sup> Smend: Fakultät, S. 159.

<sup>1986</sup> Wie erwähnt, ließ sich die später tradierte Androhung von KZ-Haft anhand der ausgewerteten Unterlagen nicht belegen. Unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur ist der Begriff einer ‚ernsthaften‘ Gefährdung selbstredend relativ. Gegebenenfalls stimmt dieser Befund auch nicht mit dem subjektiven Empfinden Dörries‘ überein. Insgesamt scheint die nach 1945 gepflegte Darstellung Dörries‘ als Gegner des NS-Staates als überzeichnet. Er war kein Widerstandskämpfer.



gestaltung ging der mehrjährige Großkonflikt mit der Hannoverschen Landeskirche maßgeblich auf Hirschs Einschätzung der kirchlichen Lage in Deutschland und des ‚Kirchenkampfes‘ zurück. Angesichts des finalen Scheiterns seiner reichskirchlichen Hoffnungen im Sommer/Herbst 1934, der auf Dauer angelegten und mit kirchenleitendem Anspruch verbundenen Existenz der *Bekennenden Kirche* – für Hirsch nichts weniger als die institutionalisierte Absage an den NS-Staat und damit die Gegnerschaft eines Gutteils der Kirche zu diesem – und der als Niederlage empfundene ‚Rückeroberung‘ der Landeskirche durch Landesbischof Marahrens Anfang 1935 agierte er als deutschchristlicher Theologe und nationalsozialistischer Treuhänder prinzipiell. Seine pragmatischen, auf Ausgleich bedachten Vorstöße waren allein taktisch motiviert. Hinter den Kulissen bemühte er sich um eine Mobilisierung staatlicher Stellen, wobei er konkrete Einzelforderungen mit der grundsätzlichen Infragestellung der Legitimität der Kirchenregierung in Hannover bzw. seiner fundamentalen Ablehnung der *Bekennenden Kirche* verband. Die Gesamtbilanz bleibt indes uneinheitlich. Auf Hirschs Drängen erfolgten das ministerielle Verbot der DCSV und der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* sowie die Verdrängung des Studentenfarramts von der Universität, die von einem ‚Privatfeldzug‘ gegen Adolf Wischmann begleitet war. Beides waren Pyrrhussiege, da sich die studentische Eigenorganisation fortan außerhalb der Fakultätsgrenzen fortsetzte. Auch in dem Konflikt über die Teilnahme der Göttinger Professoren an den landeskirchlichen Prüfungskommissionen war Hirsch nach drei Semestern ohne Prüfungsbeteiligung nur bedingt erfolgreich. Rückblickend handelte es sich nicht mehr als um einen gesichtswahrenden Kompromiss, der der Fakultät im ‚Kampf um den theologischen Nachwuchs‘ keinerlei tatsächlichen Vorteile verschaffte. Zu diesem Zeitpunkt bestimmten längst äußere Rahmenseetzungen ihre Entwicklung: das stiefmütterliche Desinteresse des NS-Staates an den Theologischen Fakultäten, der drastische Rückgang der Studierendenfrequenz, schließlich die fortschreitende Auszehrung mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Die zweite Bedeutung Hirschs für die Fakultätsgeschichte ergibt sich aus seiner ungehemmten theologischen Radikalisierung. Unter dem Eindruck des ‚Wirklichkeitserlebnisses‘ des Jahres 1933 folgte der anerkannte Fichte-, Luther- und Kierkegaard-Forscher dem bereits Ende der 1920er Jahre angelegten Pfad und stellte sich im Selbstverständnis eines völkisch-politischen Theologen neu auf.<sup>1987</sup> Dieser Weg war grenzenlos. Während des Zweiten Weltkriegs verlieh der nunmehr zum rassistischen Antisemiten gewandelte „Ideologe des Vernichtungskriegs“ dem nationalsozialistischen Staatsterror bis hin zum Völkermord an den europäischen Juden in voraussetzungsloser Loyalität religiöse Weihen.<sup>1988</sup> Hirschs Mitarbeit an der ‚Bremer Bibelschule‘ und an dem ‚entjudeten‘ Gesangbuch der *Kommenden Kirche* und die exegetischen Vorarbeiten für eine dejudaisierte Fassung des Neuen Testaments sind wie seine weltanschaulich inspirierten systematischen

---

<sup>1987</sup> Trillhaas: Repräsentant, S. 603.

<sup>1988</sup> Assel: Hirsch, S. 67, S. 46.

Arbeiten zur Umformung der christlichen Glaubenslehre in diesen Kontext zu stellen. In der NS-Zeit betrieb wohl kein zweiter deutscher Universitätstheologe mit einem derart existentiell-innerlichen Antrieb und aus tiefster Überzeugung den Versuch einer religiösen Legitimierung des nationalsozialistischen Weltanschauungsstaats und stellte sich, das ist persönlich tragisch anmutende Kehrseite der Medaille, dennoch irreversibel ins Abseits.<sup>1989</sup>

1939 endete das Dekanat Hirsch. Unter Ausblendung der folgenden sechs Kriegsjahre stellte Joachim Jeremias in der Nachkriegszeit fest: „Hirsch hat uns die Fakultät zerstört.“<sup>1990</sup> Die bisherige Forschungsliteratur zur Fakultätsgeschichte ist dieser Lesart mit überzeugenden Gründen gefolgt, die, wie dargestellt, in seiner Persönlichkeit, seiner autoritären Amtsführung, seiner zeitweisen kirchenpolitischen Prominenz und seiner im Wortsinn radikalen Neufassung der neuzeitlichen evangelischen Theologie liegen. Seine Amtszeit fiel zudem in die nationale Euphoriephase und die kirchengeschichtlich bedeutsame Hoch- und Konfliktphase des ‚Kirchenkampfes‘. Diese Sichtweise neigt freilich dazu, das ebenfalls sechs Jahre dauernde Dekanat Otto Webers – seine kurzfristige Vertretung durch Friedrich Gogarten kann vernachlässigt werden – weithin auszublenden. In der Tat leitete der Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 die Fakultät in eine neue Phase über, die unpräzise mit dem Begriff des ‚Burgfriedens‘ zu fassen ist. Der Krieg bestimmte sämtliches Fakultätshandeln und nahm den weiterhin bestehenden kirchenpolitischen Differenzen ihre Spitze. In den Mittelpunkt rückten die Bestandssicherung und die Behauptung einer erschöpften, angefochtenen Fakultät, wobei Weber, dem eine recht rigide Fakultätsführung nachgesagt wurde,

<sup>1989</sup> In der Göttinger Provinz – wie erwähnt, hatte Hirsch einen Ruf nach Berlin abgelehnt – und mit dem Hang eines Einzelgängers konnte (und wollte) Hirsch kein vergleichbares Netzwerk wie z.B. der Kirchenhistoriker Erich Seeberg aufziehen. So war er in verschiedene Berufungsverfahren auch auswärtiger Fakultäten involviert, ohne aber nachhaltige Weichenstellungen treffen zu können. Hirsch war zu keiner Zeit schulbildend und hatte, im engeren Sinne, keinen eigenen Schüler. Acht der 13 im NS-Staat erstberufenen Kirchengeschichtler waren prononciert deutschchristlich, vier davon Schüler Erich Seebergs. Kaufmann: Anmerkungen, S. 36. Vgl. ders.: Anpassung; ders: Kirchenhistoriker.

<sup>1990</sup> Zitiert nach Trillhaas: Hirsch, S. 229. Trillhaas steht zugleich für einen ambivalenten und ungeklärten Umgang der Theologischen Fakultät mit ihrem ehemaligen Dekan. Seinen Nachruf stellte er unter die Überschrift *Repräsentant und Außenseiter einer Generation*. In den Vordergrund stellte er den ausgewiesenen Wissenschaftler. Hirsch war, so seine verschiedentlich aufgegriffene Formulierung, „der letzte Fürst der in den Reichtümern der Bildung beheimateten evangelischen Theologie.“ Trillhaas: Repräsentant, S. 602. Seine Haltung als Dekan benannte er, ohne sie weiter auszuführen. Die hier vorgenommene Auftrennung ist nicht allen der schwierigen Textgattung des Nachrufs geschuldet. Bereits 1993 kennzeichnete Jendris Alwast Hirschs NS-Theologie als „unvollendete Vergangenheit“ und warf der deutschsprachigen Fachauseinandersetzung eine weitgehende Apologie vor. Die Hirschrezeption nach 1945 sei ein „verdrängtes Kapitel Theologiegeschichte“. Alwast: Theologie, S. 219–222. Noch weiter geht Heinrich Assel in einem 2016 veröffentlichten Aufsatz. Scharf widerspricht er der Trennung von Hirschs Leben, politischer Haltung, Wirken und wissenschaftlichem Werk. Insbesondere der auf 48 Bände angelegten Publikation der gesammelten Werke Hirschs wirft er eine „Stilisierung [...] als fachwissenschaftliche Werke epochalen Rangs“ unter weitgehender Ausblendung der NS-Zeit vor. Assel: Hirsch, S. 45f.

die anhaltende Staatsloyalität fest im Blick hatte. Mit ihren begrenzten Gestaltungsmöglichkeiten handelte es sich auch um ein ‚Überwintern‘, zugleich ein Warten auf die unweigerlich kommenden Weichenstellungen für eine nicht absehbare Zukunft in der Nachkriegszeit.

Unter dem Schlagwort des ‚volksmissionarischen Aufbruchs‘ war der ‚nationale Aufbruch‘ des Januar 1933 auch in den bewusst evangelischen Kreisen der evangelischen Studentenschaft begeistert aufgenommen worden. Ihre Hoffnungen auf eine breite religiöse Wiederbelebung und die Schaffung einer deutschchristlichen Kirche, die dem NS-Staat ein stabiles Fundament bieten konnte, erfüllten sich aus genannten Gründen auch für sie nicht. Zur allgemeinen Desillusionierung trugen wohl auch früh die Verhältnisse an der Fakultät bei. Am 22. Oktober 1933 gestand der zurückgetretene Hochschulgruppenführer des *Studentenkampfbundes Deutsche Christen* Edo Osterloh Bultmann sein Scheitern ein: „Ich will mich durch den Hinweis auf die ‚theologische‘ und ‚menschliche‘ ‚Luft‘ Göttingens nicht vor der Anerkennung meiner persönlichen Schuld und Unzulänglichkeit drücken.“<sup>1991</sup> Begleitet war die Neuaufstellung der Theologiestudentenschaft von der umfassenden und weitgehend problemlosen Erfassung in NS-Organisationen, Wohnkameradschaften und der *Theologischen Fachschaft*, die mit der forcierten Zerstörung ihrer alten kommunikativen und sozialen Räume einherging. Dieser Prozess kam mit der Auflösung des christlichen Verbindungswesens und dem letztgültigen Verbot von DCSV und studentischer *Bekennnisgemeinschaft* bis Ende 1937 zu einem Ende. Aus Sicht der Universitäts- und Fakultätsleitung verlief diese Entwicklung, an deren Ende nach jahrelangen kirchenpolitischen Spannungen nicht eine geschlossene und straff organisierte Theologenschaft, sondern die außerhalb der Universität wirkende studentische Gemeinde stand, im Ergebnis unbefriedigend.

Nach dem Inkubationsjahr 1933 wurde auch für die Studenten der Theologie die kirchenpolitischen Entscheidungen des Jahres 1934 zur Zäsur. Auf dem Wege der „Selbsthilfe“, so der damalige Student Edmund Bode, gründete sich im Frühjahr 1935 als nicht offiziell anerkannter Zusammenschluss die studentische *Bekennnisgemeinschaft*. In ihrer Gründung manifestierte sich die endgültige kirchenpolitische Spaltung der Theologiestudentenschaft. Einerseits eröffneten sich so von den Einflüssen der Fakultät unabhängige Räume, andererseits aber verbot das Selbstverständnis einer Bruderschaft eine hochschulpolitische Betätigung im engeren Sinne. Es galt, wie Bode in seiner programmatischen Schrift *Die Kirche und die heutige Universität* darlegte, über eine aktive Mitarbeit in den verschiedenen NS-Organisationen und der *Theologischen Fachschaft* zu wirken und im positiven Sinne Überzeugungsarbeit zu leisten. Bode verharrte also in der in kirchlichen Kreisen weitverbreiteten Unterscheidung zwischen einem ‚politischen‘ und einem ‚weltanschaulichen‘ Nationalsozialismus. Sein Ideal der ‚Volksgemeinschaft‘ verkörperte weiterhin der christlich begründete NS-Staat. Dass die angestrebte Vereinbarkeit

---

<sup>1991</sup> Osterloh an Bultmann an 22.10.1933. Zitiert nach Zocher: Osterloh, S. 33.

von Christentum und Nationalsozialismus in führenden Parteikreisen kategorisch bestritten wurde und die staatliche Politik langfristig auf die Marginalisierung der Kirchen und eine Dechristianisierung Deutschlands hinauslief, erfasste er, wie viele andere, in ihrer Konsequenz nicht.

In der Praxis standen die Ablehnung der als häretisch gebrandmarkten Theologie der *Deutschen Christen* bzw. neuheidnisch-antichristlicher Vorstellungen und wiederholte Ausgleichsbemühungen mit der deutschchristlich dominierten *Theologischen Fachschaft* nebeneinander. Noch im Juni 1936 wertete Studentenpfarrer Wasmuth eine kirchliche Freizeit auf dem Ludwigstein als Misserfolg, da es nicht gelungen sei, die offenen Gegensätze auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.<sup>1992</sup> Insgesamt scheint das Klima ausweislich der ausgewerteten Unterlagen ungeachtet gegenseitiger Vorbehalte und dem Wissen über im Kern unvereinbare Haltungen mehr von einem Nebeneinander als von einem aktiven Gegeneinander bestimmt. Hierzu trugen die umfassenden Verbote der Behandlung kirchenpolitischer Fragen in den Fakultäts-, studentischen Wohn- und Arbeitseinrichtungen bei. Auch wenn diese nicht konsequent umgesetzt werden konnten – als Postadresse der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* diente das Theologische Stift –, spielten sich die Aktivitäten vor allem außerhalb der Fakultät ab. Die Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Veränderungen seit 1933 tat ihr Übriges. Sinnfälliger Ausdruck war die wiederholte studentische Aufwartung Hans Grimms bei Freizeiten in Lippolsberg, unabhängig der kirchenpolitischen Couleur. Hinter der *Bekennenden Kirche* versammelte sich die Mehrheit der Göttinger Studenten der Theologie, wobei die Grenzen zwischen ihrem aktiven Kern und passiver Zugehörigkeit oftmals fließend waren. Von Beginn an zielte das Wirken der studentischen *Bekennnisgemeinschaft* nicht auf kirchenpolitischen Aktivismus ab, sondern orientierte unter bewusster Zurückweisung nichtkirchlich-politischer Gründe auf Bekenntniswahrung in einer ‚rechten‘ Kirche und die Sammlung in Gemeinde und kirchlicher Bruderschaft. Formen dieser Vergemeinschaftungsbestrebungen in Christo waren das gemeinsame Gebet, Gottesdienste, Bibellektüre, Arbeitsgemeinschaften, öffentliche Veranstaltungen und, vor allem in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, die Teilnahme an den landeskirchlichen Lager- und Freizeitangeboten. Unterstützt und geradezu angeleitet von dem charismatischen, landeskirchlich besoldeten Studentenpfarrer Adolf Wischmann wurde der ‚Ruf zur Kirche‘ konkret.<sup>1993</sup> Die kritische Annäherung an die Landeskirche, das Ringen um ein verändertes Selbstverständnis und die partielle Neufassung des Pfarrberufs sind dann auch wesentliche und bleibende Ergebnisse des ‚Kirchenkampfes‘. Den angehenden Theologen ging es nicht mehr um das Erlernen eines Brotberufs, auch nicht um theologische Wissenschaft, sondern die Entscheidung für das Evangelium, die Verkündung des Wort Gottes und die christliche Gemeinschaft.

<sup>1992</sup> Wasmuth an Pastor N.N. am 9.6.1936. LKAH, KKD, Nr. 136.

<sup>1993</sup> Dies zeigt, wie erwähnt, die bewusste Ausweitung auf alle hannoverschen Theologiestudenten, also auch jene, die nicht in Göttingen studierten.

Für die Marburger Studentenschaft benennt Holger Zinn die dortigen Bekenntnisstudenten als die einzigen, die im Dissens zum Nationalsozialismus standen.<sup>1994</sup> Für Göttingen gilt dies nur bedingt. Zu überregionalen kirchenpolitischen Themen äußerte sich die studentische *Bekenntnisgemeinschaft* nicht öffentlich, vor allem aber stand die politische Zustimmung zum nationalsozialistischen Staat bis weit in ihre Kreise nicht infrage. Einzelne Studentinnen und Studenten tendierten wohl, verlässliche und empirisch belegbare Aussagen lassen sich kaum treffen, zum dahlemitisch-bruderrätlichen Flügel der *Bekennenden Kirche*, in der Gesamtheit aber blieb die Scheidung von kirchlichem und weltlichem Bereich, von Kirchenpolitik und Staatspolitik eine Schranke, die nicht überschritten wurde. Die Gründe hierfür lagen auch in ihrem Umfeld: in der lutherischen Tradition der Göttinger Fakultät mitsamt ihrer ungebrochen staatsloyalen Professorenschaft, in der Landeskirche mit ihrem volkskirchlichen Anspruch und der Führungsrolle von Landesbischof Marahrens in der bischöflichen BK und im *Lutherrat*. Sie lagen auch in den handelnden Personen, namentlich in Hermann Dörries, der professoralen Vertrauensperson der studentischen *Bekenntnisgemeinschaft*, und insbesondere in Adolf Wischmann, dessen Einfluss kaum zu unterschätzen ist.<sup>1995</sup> Die aufs Ganze betrachtet ‚gemäßigte‘ kirchenpolitische Ausrichtung der Göttinger BK-Studenten und ihr Verzicht auf öffentliche Zuspitzung waren auch der Grund, dass sie kaum Repressalien ausgesetzt waren. Im Gegensatz zu anderen Studienorten, so Marburg oder Berlin, gab es keine Verhaftungen, Relegationen oder sonstige gravierende disziplinarische Maßnahmen wie z.B. der Verlust der Hochschulzulassung.<sup>1996</sup> Das Verbot von DCSV/DCSB und studentischer *Bekenntnisgemeinschaft*

---

<sup>1994</sup> Zinn: Republik, S. 475f.

<sup>1995</sup> Die einzelnen Faktoren lassen sich kaum gewichten. In Göttingen gab es im Gegensatz zu anderen Fakultäten – allein in Marburg waren Friedrich Heiler, Martin Rade, Georg Wunsch, Heinrich Hermelink und selbst Hans von Soden sowie der jüdische Lehrbeauftragte Samuel Bialoblocki betroffen – keine direkten personellen Eingriffe. Das prominente *Marburger Gutachten* bot den Marburger Studenten andere theologische und kirchenpolitische Anknüpfungspunkte als die entsprechenden Diskussionen in Göttingen. Dort gab es im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten eine formulierte Kritik an der Reichspogromnacht, die sich für Göttingen nicht nachweisen ließ. Im Oktober 1941 kehrte die Breslauer Stadtvikarin Katharina Staritz nach der, ihrem Einsatz für verfolgte Christen geschuldeten Entbindung durch die schlesische Kirchenleitung, an ihren Marburger Studienort zurück und hielt Kontakt zur Theologischen Fakultät, bis sie verhaftet und schließlich ins KZ Ravensbrück eingewiesen wurde. Lippmann: Theologie, S. 401f.

<sup>1996</sup> Auch hier gilt, dass die im Einzelfall verfügte Nichtgewährung von Stipendien eine starke Belastung darstellen konnte. Zum Vergleich: Der Verteilung der Barth-Schrift *Not und Verheißung des deutschen Kirchenkampfes* zur ‚Eidesfrage‘, in dem der 1938 erneut aufs Tableau gekommene Treueid auf Hitler als staatlicher Übergriff auf die Kirche eindeutig verneint wurde, folgte die staatspolizeiliche Zerschlagung der Marburger *Bekenntnisgemeinschaft*. Sechs Theologiestudenten kamen für einige Tage in ‚Schutzhaft‘. Unter ihnen waren auch einige jener 29 früheren Berliner Studenten, die 1937 aufgrund ihrer Teilnahme an staatlich verbotenen Ersatzveranstaltungen der *Bekennenden Kirche* relegiert worden waren. Insgesamt gab es in den Marburger/Berliner Kreisen ein stärkeres und kritisches Bewußtsein über den Charakter des NS-Staates als in Göttingen, wo, wenn überhaupt, nur rudimentär eine weiterführende Auseinandersetzung stattfand. Allerdings wusste man auch in Göttingen bereits vor dem Krieg von den Konzentrationslagern und „anderen Dingen“. U.a. besuchte Elisa-

war mehr ihrer faktischen Existenz als unabhängige und staatlich nicht kontrollierbare Organisationen geschuldet als konkreten Aktivitäten und Handlungen. Es handelte sich um eine Flurbereinigung, mit der auf dem Höhepunkt des Streits um die Heranziehung zu den landeskirchlichen Prüfungskommissionen das studentische Verhältnis zur Landeskirche torpediert werden sollte.

Zu den *Deutschen Christen* hielten sich 1939 16 Studenten, also rund ein Sechstel der aktuell Immatrikulierten. Formal handelte es sich um die zweitgrößte deutschchristliche Studentengruppe an einer deutschen Universität, wobei selbst die Frage, ob diese Zahl einen organisatorisch verfestigten Zusammenschluss oder die Summe von Einzelhaltungen umschließt, aufgrund der schlechten Quellenlage nicht eindeutig zu beantworten ist. Nach der Auflösung des *Studentenkampfbundes* im November 1933 trat sie eigenständig nicht mehr in Erscheinung. Auch in der Auseinandersetzung um die Berufung Birnbaums, der rasch zum wichtigsten professoralen Ansprechpartner und akademischen Lehrer der deutschchristlichen Göttinger Studenten wurde, hielten sie sich mit öffentlichen Solidaritätsbekundungen auffällig zurück und drückten ihre Zustimmung vor allem durch den Besuch seiner Lehrveranstaltungen aus.<sup>1997</sup> Ihre Felder blieben die *Theologische Fachschaft* und die Teilnahme am *Reichsberufswettkampf*. 1939 wurde, auf Initiative der dortigen Landeskirche, das Bremer Studienhaus zu einem Sammelbecken der deutschchristlichen Göttinger Studenten. Ohne feste Gruppenanbindung stießen die radikal völkischen und stark antijüdisch eingestellten Kräfte um die *Kommende Kirche* und die *Nationalkirchliche Bewegung Deutschen Christen* auf den größten Zuspruch.

Neben der Bewältigung des Studienalltags und der Verpflichtungen gegenüber den politischen Verbänden, die in den Wohnkameradschaften und SA gerade in den ersten Semestern zu einer starken zeitlichen Inanspruchnahme führten, war für die Studenten der Theologie der ‚Kirchenkampf‘ die zentrale Größe. Sehr viel schärfer als dies zeitgenössisch möglich (und gewollt) war, lässt sich rückblickend ein zweiter Grundzug fassen, der das Studium der Theologie ebenso nachhaltig konfigurierte. Es war bestimmt von staatlichem Desinteresse, Stigmatisierung, dem Vorwurf der weltanschaulich-politischen Unzuverlässigkeit und Diskriminierung. Der äußere Rahmen änderte sich allein durch die Entwicklung der Studierendenfrequenz massiv. Studierten Anfang 1933 in Göttingen noch 410 Studenten evangelische Theologie taten dies Ende 1937 nur noch 83, also rund ein Fünftel. Der Rückgang der Erstsemester legt den Schluss nahe, dass die Entscheidung für ein Theologiestudium zunehmend bewusst und unter Inkaufnahme persönlicher

---

beth von Thadden, die 1944 als Widerstandskämpferin hingerichtet wurde, die Göttinger Studentengemeinde. Wischmann: Führung, S. 59. Vgl. Zinn: Republik, S. 475f.; Lippmann: Theologie; Dinkler-von Schubert (Hg.): Feldpost; Kubitzka: Geschichte; Schneider: Kirche, S. 417–434; Ludwig: Theologiestudium.

<sup>1997</sup> Bis zu seinem Wechsel nach Berlin scheint Georg Wobbermin erster Ansprechpartner gewesen zu sein, zudem die ‚Vertrauensmänner‘ der Fakultät wie z.B. Heinrich Seesemann.

Nachteile getroffen wurde. Im Vergleich zu ihren Kommilitonen in Greifswald, Kiel oder Rostock, die unter starkem Druck ihrer deutschgläubigen Studentenführungen standen, waren die Göttinger Theologiestudenten vor Ort wenig konfrontiert, gleichwohl waren auch sie mit dem Erstarken der ‚weltanschaulichen Distanzierungskräfte‘ in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre immer stärker von der Ausgrenzung aus den NS-Organisationen betroffen.<sup>1998</sup> Reflektiert wurde dieser Vorgang kaum. Angesichts der Vorreiterrolle für die NS-Bewegung, die man gern für sich in Anspruch nahm, wurde die systematische Zurücksetzung als kränkend und ungerecht empfunden und stieß vor allem auf Unverständnis.<sup>1999</sup> Letztendlich bewegte sich der theologische Nachwuchs trotz aller Anpassungs- und Anbiederungsversuche unter einer staatlich-weltanschaulichen Glocke, die eigene Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten zunehmend beschränkte. Im totalitären nationalsozialistischen ‚Rassestaat‘ gab es – unabhängig von der politischen bzw. kirchenpolitischen Entscheidung der/des Einzelnen – keine Akzeptanz für die christliche Entscheidung.<sup>2000</sup>

All die genannten Faktoren mündeten Ende der 1930er schließlich in einem prozesshaften Akt der Selbstbehauptung. Quasi aus den Trümmern der alten und zerstörten kommunikativen und sozialen Räume – neben der DCSV und der studentischen *Bekennngemeinschaft* sind vor allem die Restbestände der christlichen Verbindungen zu nennen – bildete sich unter der Leitung des emsigen Wischmanns eine unabhängige evangelische Studentengemeinde heraus. Außerhalb der Universität und damit außerhalb eines direkten Zugriffs der Fakultät angesiedelt, wurde sie mit Ausnahme der deutschchristlichen Studenten zum unbestrittenen und zentralen Ort aller bewusst evangelischen Studenten der Göttinger Universität und entfaltete milieubezogen eine starke Breitenwirkung. Als Briefgemeinde von Wischmann zusammengehalten, goutiert und gefördert von den nicht deutschchristlichen Teilen der Professorenschaft und Neudekan Weber, überdauerte sie die Kriegsjahre. Für ihre studentische Gemeindeglieder war sie ein unverzichtbarer Stabilitätsanker, ein Ort der Verständigung, der Glaubensversicherung und -bestärkung. Ihre Herausbildung, dauerhafte Festigung und schließliche Institutionalisierung waren für die bewusst evangelischen Teile der Studentenschaft und die Studentinnen und Studenten der Theologie einer der bedeutendsten und folgenreichsten Erträge der NS-Zeit.

Der Zweite Weltkrieg endete in Göttingen am 8. April 1945. Ein harter personeller Schnitt war unvermeidbar. Birnbaum, Gerhardt und Hirsch, der die Geschichte der Fakultät fast ein Vierteljahrhundert maßgeblich beeinflusst und bestimmt hatte, verloren dauerhaft ihre Lehrstühle. Zu der Rumpffakultät um den Neudekan Bauer, die „Hauptzierde der Fakultät“, Dörries, Jeremias, Gogarten und

---

<sup>1998</sup> Vgl. Wieben: Studenten, S. 170–190.

<sup>1999</sup> Noch 1987 wies Wischmann auf den unkritischen Idealismus vieler studentischer Nationalsozialisten hin. Wischmann: Führung, S. 59.

<sup>2000</sup> Vgl. Meisiek: Theologiestudium, S. 301–336.

Weber stießen – im Hintergrund zog wohl Weber die entscheidenden Fäden – neue und junge Professoren wie Günther Bornkamm, Hans Joachim Iwand, Gerhard von Rad, Wolfgang Trillhaas und Ernst Wolf.<sup>2001</sup> Alle hatten sich in der Zeit des Nationalsozialismus zur *Bekennenden Kirche* gehalten und teils erhebliche berufliche Nachteile bis hin zur Verhaftung in Kauf genommen.<sup>2002</sup> Vor allem von den ‚Barthianern‘ Iwand, Hauptverfasser der *Darmstädter Erklärung*, Führungspersönlichkeit des sogenannten deutschen Linksprotestantismus und Gegner der ‚katholischen‘ Restaurationspolitik Adenauers, und Wolf gingen wichtige theologische und gesellschaftspolitisch relevante Impulse aus.<sup>2003</sup> In diesem Umfeld entwickelten sich unter breiter Beteiligung des Kollegiums auch neue Formate. Hervorragendes Beispiel sind die 1946 begründeten, bis heute bestehenden *Göttinger Predigtmeditationen*, die stark in die Kirche hineinwirkten und großen Einfluss auf die zukünftigen Pfarrergenerationen ausübten. In einer lebendigen, von Aufbruchsstimmung getragenen, vielschichtigen und keinesfalls uniformen Fakultät, konnten die Göttinger Theologiestudentinnen und -studenten auf hohem theologischem Niveau „aus dem Vollen schöpfen“.<sup>2004</sup> Göttingen war, so Hans von Campenhausen im November 1945, „unbestritten zur ersten Fakultät Deutschlands geworden“.<sup>2005</sup>

Die neue Heterogenität der Fakultät bestimmte auch die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Sie war ein Spiegel der vorherrschenden Gleichzeitigkeit von starker Präsenz und Verdrängung. Die Beispiele Dörries, Gogarten, Iwand und Weber zeigen eine auffällig große Bandbreite am Verhaltensmuster. Weber, der sich angesichts des bevorstehenden Entnazifizierungsverfahrens berechtigte Sorgen um seine akademische Zukunft machen musste, setzte sich intensiv mit seiner eigenen Rolle auseinander. Sein offensives Ringen, das ein öffentliches Bekenntnis seiner ‚Schuld‘ einschloss, war glaubhaft, wenn auch nicht frei von taktisch-apologetischen Deutungen. Gogarten dagegen ordnete den Nationalsozialismus in seine kulturpessimistisch bestimmte theologisch-geschichtsphilosophische Deutung der säkularen Moderne ein. In diesem Verständnis verharrte er im Unkonkreten und fand – dies zeigen auch seine Einwände gegen den angeblich un- und selbstgerechten kirchlichen Umgang der neuen, aus der BK stammenden Kirchenleitungen mit einstigen *Deutschen Christen* – keinen adäquaten Umgang mit den Verwerfungen der NS-Zeit. Dörries reduzierte die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur im Kern auf das zentrale Narrativ der evangelischen Nachkriegskirche, den ‚Kirchenkampf‘ und bot darüber hinaus wenig wei-

<sup>2001</sup> Dekan an den Rektor am 21.12.1951. Auszüge aus dem Fakultätsbuch im Keller des Dekanats.

<sup>2002</sup> Dies mag auch bei der kurzfristigen Lehrbeauftragung des Barth-Schülers Kurt Emmerich eine Rolle gespielt haben. An der Fakultät hinterließ der gelehrte Jurist, der erst Mitte der 1940er Jahre im Exil zum Christentum konvertiert war, keine Spuren. Gleichwohl war er der erste Christ jüdischer Herkunft, der in Göttingen lehrte.

<sup>2003</sup> Graf: Glaubenspathos, S. 471–478.

<sup>2004</sup> Smend: Fakultät, S. 162.

<sup>2005</sup> Hans von Campenhausen an Dörries am 16.11.1945. BArch K, N 1721, Nr. 26.



terführende Orientierung. Einen fundamental anderen Standpunkt vertraten die neuberufenen Iwand und Wolf, für die eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem ‚eigenen‘ kirchlichen Wirken und die Anerkennung der kirchlichen wie persönlichen ‚Schuld‘ einen zentralen Platz einnahm. All die gezeigten Bewältigungsmuster belegen für den des Einzelnen ein erhebliches Maß an theologischer und kirchenpolitischer Kontinuität.

Ein klarstellendes Wort an die Studentinnen und Studenten oder eine gemeinsame Erklärung zur NS-Zeit, beispielsweise zu der aufsehenerregenden Stuttgarter Ratserklärung vom Oktober 1945, fand die Fakultät nicht. Innerhalb des Kollegiums wurden die bestehenden Gegensätze und gegenseitigen Vorbehalte ohne klare Zuspitzung hinter den Kulissen ausgetragen. Wie die ‚angedeutete‘ Diskussion um die intellektuelle Wegbereiterrolle Gogartens oder die Intrige Hans-Heinrich Harms’ gegen Iwand, die zu dessen Rücktritt als Ephorus des Bremer Studienhauses führten, mischten sich theologische, innerkirchliche, politische und nicht zuletzt karrierestrategische Motive. So wurden Iwands permanentes Insistieren in der ‚Schuldfrage‘ und seine Mahnung zur Buße als störend wahrgenommen. Ende der 1940er Jahre gab es innerhalb der Theologischen Fakultät gewichtige Stimmen, die sich für einen ‚Schlussstrich‘ unter die jüngste Vergangenheit aussprachen.

Klare Entscheidungen hatten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Vorgaben der alliierten Entnazifizierung gefordert. Bezüglich der dauerhaften Diententfernung Hirschs und Birnbaums war sich die Fakultät einig, wobei sie im ‚Fall‘ Birnbaum unter rechtlichen Gesichtspunkten unsauber agierte. Aufgrund der damaligen Rechtslage erstritt Birnbaum den Anspruch auf Wiedereinstellung, was die Fakultät – im Einklang mit der Universitätsleitung, der Landeskirche und dem Kultusministerium – aber unter allen Umständen und mit einem teuren ‚Kompromiss‘ zu vermeiden wusste. Weit über seine ordnungsgemäße Emeritierung anno 1961 hinaus blieb er der Fakultät eine unerquickliche Belastung. Die 1973 erschienene Autobiografie des unbelehrbaren Rechtsextremen enthielt schwerwiegende Attacken auf (ehemalige) Fakultätsmitglieder. Einigkeit bestand auch bezüglich der Entlassung Martin Gerhardt, zumal seine Rückkehr die mehrheitlich gewünschte Berufung von Ernst Wolf gefährdet hätte. Im Vergleich zu den damals noch schwebenden Verfahren gegen Dörries und Weber weist sein Fall dennoch ein eklatantes Ungleichgewicht auf. Insbesondere dem formal erheblich belasteten Weber gelang es, ausgestattet mit einem hohen Sozialprestige, der ‚richtigen‘ theologisch-kirchenpolitischen Entscheidung und auch nach 1945 funktionierenden Netzwerken, die notwendige kollegiale und kirchliche Rückendeckung zu gewinnen. Kurzum: Sein Verbleib lag im Interesse der Fakultät. Insofern sind die von Gerhardt und auch von Gogarten erhobenen Vorwürfe einer theologisch-kirchenpolitisch begründeten Voreingenommenheit nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Schließlich bot der Abschluss der offiziellen Entnazifizierung der Fakultät neue Möglichkeiten im Umgang mit einst ‚belasteten‘ Kollegen. Der anhal-

tenden Härte gegenüber Hirsch und Birnbaum stand die ‚billige‘ und letztlich folgenlose Rehabilitation Gerhardts sowie später, im Jahr 1955, auch die von Johannes Hempel gegenüber. Der bemerkenswerteste Vorgang betrifft jedoch den 1949 mit der Vertretung des Neuen Testaments beauftragten Karl Georg Kuhn, dem die Göttinger Fakultät in weitgehender Kenntnis und ohne angemessene Reflexion seines antisemitischen Schrifttums und seines Wirkens während der NS-Zeit eine Fortführung seiner akademischen Karriere eröffnete. Mit schwachen Argumenten unterstützte sie, namentlich der aktuelle Dekan Dörries, Kuhn in einem akademischen Streitfall und beförderte 1955 seine letztendliche Vokation nach Heidelberg – Kuhn war bis dahin nicht promoviert – mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde. Auch wenn sich Kuhn 1951 öffentlich von seiner ‚schlimmsten‘ Schrift *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* (1939) distanzierte und sie bedauerte, erscheint Kuhns Ehrendoktorat aus heutiger Perspektive unangemessen.

Bilanziert man die ersten Nachkriegsjahre der Theologischen Fakultät, fiel die Zäsur des Jahres 1945 im Ergebnis deutlich gravierender aus als die vergleichsweise ‚milde‘ Zäsur 1933. Nach den unweigerlichen personellen Veränderungen war sie breiter und trotz des plötzlichen ‚Einbruchs‘ der ‚Barthianer‘ heterogener aufgestellt. Als einzige universitäre Ausbildungsstätte für den Theologennachwuchs auf dem Gebiet der anhaltend in lutherisch-volkskirchlichen Traditionen verhafteten Landeskirche stand sie zu dieser in einem Spannungsverhältnis. Indem sie zu drängenden kirchlichen, theologischen, konfessionellen, aber auch gesellschaftlichen und politischen Fragen der Zeit – hierzu zählten dezidiert auch die Deutung und der Umgang mit dem unbewältigten Erbe der nationalsozialistischen ‚Vergangenheit‘ – in vielerlei Hinsicht andere und oftmals konträre Antworten gab, war die Fakultät, salopp formuliert, ein Stachel in ihrem Fleisch. Die Einladung Karl Barths, der im Juli 1946 über *Christengemeinde und Bürgergemeinde* zur christlichen Verantwortung in und für den säkularen Staat sprach, ist ein frühes und herausragendes Beispiel. In Wortbeiträgen zogen Vertreter der Fakultät wiederholt zu aktuellen Themen öffentlich Stellung und leisteten so ihren Beitrag zum protestantischen Aufbruch der Nachkriegszeit, aber auch zur innerprotestantischen Polarisierung. Neben der wissenschaftlichen Reputation waren es auch diese Stellungnahmen, die das Profil der ‚neuen‘ Fakultät schärften und ihr öffentliches Bild zumindest mitbestimmten. Darin angelegt war auch die Selbstermächtigung zur gesellschaftlichen Intervention. Die erfolgreichen Proteste gegen die Aufführung der Filme von Veit Harlan 1951/52 und 1955 gegen die Ernennung Leonhard Schlüters zum niedersächsischen Kultusminister unterstützten auch Mitglieder der Theologischen Fakultät.

Neue Impulse kamen auch aus der Studentenschaft. Nach den Verwüstungen und der geistigen Leere der NS-Zeit gewann das Studium der Theologie an Attraktivität. Viele kriegstraumatisierte und in den nationalsozialistischen Erziehungsinstanzen sozialisierte junge Frauen und Männer, die den Nachkriegsalltag

unter äußerst schwierigen Bedingungen zu bewältigen hatten und zugleich existenziell verunsichert waren, suchten nach Sinngebung. Der Zulauf war rasant, zum SoSe 1950 waren an der Theologischen Fakultät erstmals über 500 Studentinnen und Studenten immatrikuliert. Dauerhaft erhöhte sich auch der Anteil von Frauen, obwohl ihnen noch bis Ende der 1950er Jahre (in vielen Landeskirchen darüber hinaus) ein ordentliches Pfarramt verwehrt blieb. Rasch erlangte die mittlerweile offiziell konstituierte *Evangelische Studentengemeinde* unter ihrem alten und neuen Studentenpfarrer Wischmann eine große Bedeutung. Weit über die Theologiestudentenschaft hinaus wurde sie zu einem evangelischen Gravitationszentrum und leistete gerade in den ersten Nachkriegssemestern, als die ESG geradezu eine Monopolstellung hatte, bei der materiellen Unterstützung der Studentinnen und Studenten, in der seelsorgerischen Betreuung und als der wohl bedeutendste studentische Kommunikationsraum einen kaum zu unterschätzenden Beitrag für die Stabilität der Nachkriegsuniversität. Der Zuspruch war gewaltig. Gottesdienste mit bis zu tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen in den auslaufenden 1940er Jahren keine Seltenheit gewesen sein, auch das umfangreiche, prominent besetzte Veranstaltungswesen zog viele Besucherinnen und Besucher auf sich. Die ESG war ein Novum. Als ein ‚vergessener‘ Ertrag des ‚Kirchenkampfes‘ mit ihren vielfältigen Angeboten löste sie die traditionellen evangelischen Vergemeinschaftungsformen an der Universität auf Dauer ab. Dabei war sie, verstärkt durch den enormen Zulauf, Schmelztiegel und lebendiger Diskussionsort, in dem um unterschiedliche theologische, aber auch politische Ansichten gerungen wurde. Zum Leidwesen Wischmanns, der 1948 sein Amt aufgab, verloren die Gemeinschaftsbestrebungen und Verkirchlichungstendenzen, die die aktive ‚Kirchenkampf-Generation(en)‘ bestimmt hatten, in der Nachkriegszeit unter den veränderten gesellschaftspolitischen Begebenheiten zugunsten von neuen, nunmehr zeitgemäßen und ausdifferenzierten Lebens- und Glaubensformen mehr und mehr an Boden. Andererseits begründeten die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Wandel und zur andauernden Überprüfung des eigenen Handelns die Erfolgsgeschichte der ESG.

Nicht als Institution, vielmehr als Ort, war die ESG bedeutender Teil der studentischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Einen wichtigen Impuls setzte sie mit der Einladung von Martin Niemöller, der im Januar 1946 vor über dreitausend Zuhörerinnen und Zuhörern in der Jakobikirche sprach und dessen Vortrag kontrovers diskutiert wurde. Insgesamt handelte es um einen vielschichtigen persönlichen wie politischen Austarierungs-, Lern- und Bildungsprozess, der aber nicht einer großen gemeinsamen Diskussion bzw. Erklärung mündete. Die einzige Stellungnahme mit einem konkreten Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus blieb eine Eingabe der *Theologischen Fachschaft* an den Rat der EKD im April 1946, mit der sie sich schützend vor ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen stellte und ihre Entnazifizierung entlang rein formaler Kriterien anprangerte. Innerhalb der ESG wurden die Debatten früher, intensiver und kon-

roverser geführt, auch unter den Eindruck der großen kirchlichen Erklärungen der Nachkriegszeit. Dabei repräsentierten Iwand und Wolf einerseits, Studentenfarrer Wischmann andererseits, die Pole des gesamtprotestantischen Spektrums bezüglich der theologisch-politischen Deutung des Nationalsozialismus geradezu idealtypisch. Eine erhebliche Rolle spielte auch die frühe Möglichkeit zum Austausch mit ausländischen Kommilitoninnen und Kommilitonen aus ehemaligen Feindstaaten. Der Anschluss an die internationale Ökumene weitete den Blick auf die NS-Zeit und milderte zugleich die Enge der deutschen Debatte mit ihrem schleichenden Übergang zur ‚nationalen Gegenanklage‘ und der Selbstinszenierung als Opfer, die sich ab 1947 immer deutlicher artikulierte. Die Saat für plurale und ausdifferenzierte Positionierungen war gelegt.

Deutlich wurde dies unter den Bedingungen der verschärften Ost-Westspaltung und des ‚Kalte Krieges‘, letztendlich der Festschreibung der Zweistaatenlösung im Mai bzw. Oktober 1949. Die ‚deutsche‘ Frage und die Westbindung, die drohende Wiederbewaffnung, aber auch das rasante Fortschreiten der Naturwissenschaften in einer marktförmigen Gesellschaft, wurden, wie das Beispiel des Bremer Studienhauses zeigt, in den evangelischen Kreisen engagiert und kontrovers diskutiert. Dies geschah in enger Anlehnung an die an die allgemeine Neubestimmung des kirchlich-evangelischen Lebens in einem liberal verfassten Verfassungsstaat und der ebenso verhandelten Frage nach der evangelischen Verantwortung in und für eine säkulare Gesellschaft.<sup>2006</sup> Die Antworten darauf waren so breit aufgefächert wie im deutschen Gesamtprotestantismus. Mühsam, teils unsicher wurden die frühen Vorboten eines gesellschaftlichen Wandels und Aufbruchs verhandelt, die sich schließlich Mitte der 1950er Jahre mit dem „Ende der Nachkriegszeit“ entlang der großen gesellschaftlichen Debatten um die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr langsam ihre Bahn brachen. Der Emanzipationsprozess der Göttinger Studentinnen und Studenten der Theologie leistete hierzu einen Beitrag, dessen Anteil zu bestimmen anderen Forschungsarbeiten vorbehalten bleibt.

---

<sup>2006</sup> Überregional spielten die alten Kreise des DCSV für die frühen sozioethischen Netzwerke der Bundesrepublik mit ihrer eminent politischen Langzeitwirkung eine nicht zu unterschätzende Wirkung. Vgl. Hoppe: Protestantismus, S. 54–67.

## Verzeichnisse



## Biografischer Anhang

Aufgenommen sind all diejenigen, die in den Jahren 1918 bis 1950 an der Göttinger Theologischen Fakultät als Professoren, Privatdozenten und Lehrbeauftragte gelehrt haben. Erfasst sind, soweit ermittelbar, der väterliche Beruf als Indikator für die soziale Stellung, die wichtigsten Daten und Orte der beruflichen Laufbahn sowie die Mitgliedschaft in Verbindungen, politischen Parteien und Vereinigungen. Bezüglich der Verbindungs-, Vereins- und Verbandsmitgliedschaften sowie der Tätigkeit für Zeitschriften besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgrund der puren Masse nicht systematisch aufgenommen wurden die Mitgliedschaften in (überregionalen) kirchlichen wie universitären Gremien usw. Hier wurde anhand der Themenrelevanz eine Vorauswahl getroffen. Insgesamt gilt, dass sich mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand nicht alle Daten ermitteln ließen. Dies gilt z.B. für die Ehrendokorate, im Einzelfall aber selbst für das Todesdatum.

Für die Biogramme grundlegend waren der *Catalogus Professorum Göttingensium* des Rechtshistorikers und nebenamtlichen Leiters des Universitätsarchivs Wilhelm Ebel (1962), die qualitativ stark voneinander abweichenden Beiträge im *Biografisch-Bibliografischen Kirchenlexikon*, das *Personenlexikon* zum deutschen Protestantismus in den Jahren 1919 bis 1949, die einschlägigen Personenlexika zum ‚Dritten Reich‘

sowie Nachrufe.<sup>2007</sup> Johannes Meyer hat seiner Fakultätsgeschichte (1937) personenbezogene Angaben angehängt. Herangezogen wurden des Weiteren personenbezogene Unterlagen aus der sogenannten *Professorenkartei* des *Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung* und bezüglich der möglichen Zugehörigkeit zur NSDAP oder anderen NS-Organisationen aus dem *Berlin Document Center*. Zusatzinformationen ließen sich aus personenbezogenen Unterlagen im *Universitätsarchiv Göttingen* bzw. anderer Universitätsarchive gewinnen.

En Detail gibt es Abweichungen, die sich nicht aufklären ließen. So finden sich in der *Professorenkartei*, die auf Selbstanzeigen beruht, Angaben, die nicht mit lexikalischen Daten übereinstimmen, z.B. bezüglich der Studienzeiten oder des Wechsels an andere Universitäten. Auch in dem *Personenlexikon* von Braun/Grünzinger und bei Ebel finden sich Datierungen und Einordnungen, die nicht zutreffend bzw. unklar sind. Im Falle des Privatdozenten Theodor Hoppe ist Ebel einer Namensgleichheit aufgesessen.

Der Anhang ist in sieben Sparten unterteilt: Erster Orientierungspunkt ist die am höchsten erreichte Stellung in Göttingen. Innerhalb dieser Ordnung erfolgt die Auflistung alphabetisch. Die Nachweise sind nur summarisch angegeben. Die genauen Belegstellen zu themenrelevanten Angaben finden sich im Text.

## 1. Ordentliche Professoren

**Bauer, Walter:** \* 8. August 1877 in Königsberg; † 17. November 1960 in Göttingen<sup>2008</sup>

Väterlicher Beruf: Hochschullehrer. 1895 Abitur in Marburg; 1896–1903 Stud. der Theol. und Philosophie in Marburg, Berlin und Straßburg; Corps Hasso-Nassovia; 1902 Lic. theol. in Marburg; 1903 Habil. in Marburg; PD; 1913 ao. Prof. in Breslau; 1916 Ehrendoktorat Theol. Fak. Marburg; 1916–1946 Ordinarius NT in Göttingen; 1918 DVP; 1919 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Kirchengeschichte; 1925 Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften; 1930–1939 Herausgeber der *Theologischen Literaturzeitung*; 1933 Erklärung deutscher Neutestamentler *Neues Testament und Rassenfrage*; 1946 erster Nachkriegsdekan; Emeritierung, 1954 Großes Verdienstkreuz; Ehrenmitglied der *Society of Biblical Literature and Exegesis*

<sup>2007</sup> Der Jurist Wilhelm Ebel war als NSDAP- und SS-Mitglied. Er wirkte u.a. im SS-Führungshauptamt und – zuständig für indogermanische Rechtsgeschichte – als Abteilungsleiter im Rasse- und Siedlungshauptamt. Im Mai 1945 wurde er aus seinem Professorenamt entlassen. Ebel blieb bis 1948 interniert und wurde erst im März 1949 als ‚Mitläufer‘ eingestuft. 1954 wurde er erneut als Professor eingesetzt, 1965 aus gesundheitlichen Gründen emeritiert. Das Göttinger Universitätsarchiv leitete er bis 1978.

<sup>2008</sup> Der Nachlass Bauers ist in der Handschriftenabteilung der SUB überliefert. Angaben zu seiner Vita finden sich in dem entsprechenden Findbuch.



**Baumgärtel, Friedrich:** \* 14. Januar 1888 in Plauen; † 11. Juni 1981 in Erlangen<sup>2009</sup>

Väterlicher Beruf: Studienrat. 1907 Abitur in Plauen; 1907–1914 Stud. der Theol. und orientalischer Sprachen in Greifswald, Leipzig, Bonn und Berlin; 1914 Lic. theol. in Leipzig; 1914–1918 WK I (Leutnant d.R.); 1916 Habil. in Leipzig; 1916–1922 PD, ab dem WS 1921/22 ao. Prof. AT in Leipzig; 1922–1928 Ordinarius AT in Rostock; 1923 Ehrendoktorat Theol. Fak. Leipzig; 1928–1937 Prof. in Greifswald; 1937–1941 Prof. in Göttingen; 1941–1956 Prof. in Erlangen; WS 1948–1950 Rektor; 1956 Emeritierung

**Behm, Johannes:** \* 6. Juni 1883 in Bad Doberan; † 13. Oktober 1949 in Berlin<sup>2010</sup>

Väterlicher Beruf: Pastor, zuletzt Landesbischof von Mecklenburg-Schwerin. 1901 Abitur in Bad Doberan; 1901–1904 Stud. der Theol. in Erlangen und Rostock; Christliche Studentenverbindung Uttenruthia Erlangen (SB); 1908 Repetent für neutestamentliche Exegese in Erlangen; 1911 Lic. theol.; 1912 Habil. in Erlangen, PD für NT; 1913 PD in Breslau; 1914–1918 WK I; 1916 ao., ab 1920 ordentliche Prof. in Königsberg; 1920 Ehrendoktorat Theol. Fak. Königsberg; 1923–1935 Prof. NT in Göttingen; 1930/31 Rektor; 1933 *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot* (Listerverbindung von DVP, DNVP und Stahlhelm), *Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*, GDC; 1935–1945 Prof. NT und ältere Kirchen- und Dogmengeschichte in Berlin; 1937 NSDAP; 1945 Entlassung; 1945–1949 Forscher und Schriftsteller

**Bertholet, Alfred:** \* 9. November 1868 in Basel; † 24. August 1951 in Münsterlingen<sup>2011</sup>

Väterlicher Beruf: Gymnasiallehrer; Schweizer Staatsbürger. 1887–1892 Stud. der Theol. in Basel, Straßburg und Berlin; 1892–1894 Pfarrer der deutsch-holländischen Gemeinde in Livorno; 1895 Lic. theol.; 1896 Habil.; PD; 1899 ao. Prof., ab 1905 Ordinarius AT in Basel; 1913–1914 Prof. in Tübingen; 1914–1928 Prof. in Göttingen; 1918 Ehrenmitglied der *Society of Biblical Literature and Exegesis*; 1919 Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften; 1927–1931 Mitherausgeber der zweiten Auflage der RGG; 1928–1939 Prof. in Berlin; Ehrendoktorat Theol. Fak. Paris; 1929–1937 Leiter Institutum Judaicum; 1936 Entpflichtung; 1938 Preußi-

<sup>2009</sup> Lebenslauf (ca. 1937). UAG, Theol. PA, Nr. 66. Nach Klän gibt es einen „Hinweis“ auf eine Stahlhelm- und SA-Mitgliedschaft (1933). Klän: Kirche, S. 179. Im Personenlexikon von Braun/Grünzinger, S. 30, wird Baumgärtel ohne Nachweis als DC-Anhänger geführt.

<sup>2010</sup> Im Universitätsarchiv der Berliner HU ist Behms Personalakte nicht überliefert. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 32.

<sup>2011</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 35–36. Ehrendoktorat nach einer Mitteilung in: ThBl. 2 (1932), S. 58.

sche Akademie der Wissenschaften; 1945 Rückkehr in die Schweiz; 1948 Gastdozentur in Basel

**Birnbaum, Walter:** \* 6. April 1893 in Coswig/Sachsen; † 24. Januar 1987 in München<sup>2012</sup>

Väterlicher Beruf: Eisenbahnangestellter. 1912 Abitur in Dresden; 1912–1916 Stud. der Theol. in Tübingen und Leipzig; 1914 Kriegsfreiwilliger; 1916 Notexamen; 1918 Vikariat in Bernstadt a. d. Eigen (Oberlausitz); 1921 Predigerkolleg St. Pauli in Leipzig; 1922–1924 Pfarrer in Radeberg; 1924–1934 Geschäftsführer der *Wichern-Vereinigung* in Hamburg; 1926 Promotion non rite; 1927 Studienreise nach Brasilien; 1933 GDC; 1934 nach dem Sturz Hossenfelders einer der drei Stellvertreter Dr. Kinders als DC-Reichsleiter (RDC); OKR in der Reichskirchenregierung, Teilnehmer der Sitzung des Exekutivausschusses der Weltkonferenz für praktisches Christentum auf Fanö; 1935 Lehrstuhlvertretung PI in Göttingen, ab 1936 Ordinarius; 1939 Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben; 1941 umfangreiches Vortragswesen als ‚Wehrbetreuer‘; 1945 Entlassung aus dem Staatsdienst; 1948 Mitbegründer des *Verbandes amtsverdrängter Hochschullehrer*, 1951 Wiederezulassung als Professor (nach Protesten seiner Amtskollegen ohne Fakultätsbindung); 1961 Emeritierung; 1973 Autobiografie

**Bonwetsch, Nathanael:** \* 17. Februar 1848 in Norka/Russland; † 18. Juli 1925 in Göttingen<sup>2013</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1864 Abitur in Reval; 1866–1878 Stud. der Theol. in Dorpat, Göttingen und Bonn; ? Wingolf; 1871 Ordination in Moskau; Propstadjunkt an der Wolga; Pfarrvertreter in Norka; 1878 Promotion und Habil. in Dorpat; PD; 1881 Ehrendoktorat; 1882–1891 ao. Prof., ab 1883 Ordinarius KG in Dorpat; 1891–1921 Prof. KG in Göttingen; 1893 Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften; 1919 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Kirchengeschichte; 1921 Emeritierung

<sup>2012</sup> Vgl. Wolfes: Birnbaum; Schümann: Birnbaum; Lebenslauf Birnbaums (1937) in: UAG, Theol. PA, Nr. 96, Bl. 39.

<sup>2013</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 41; Krampen: D. theol. Gottlieb Nathanael Bonwetsch, in: WB 11 (1925), Sp. 345 f.; Amburger: Pastoren, S. 269.

**Dörries, Hermann:** \* 17. Juli 1895 in Hannover; † 2. November 1977 in Göttingen<sup>2014</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1913–1914 Studium in Marburg; 1914–1917 Kriegsfreiwilliger; 1917 Studium der Theol. in Tübingen, Göttingen und Marburg; 1922 Lic. theol. in Marburg; 1923 Habil. in Tübingen; 1923–1928 PD, ab 1926 ao. Prof. in Tübingen; 1928 Ordinarius KG in Halle; 1929 Ehrendoktorat Theol. Fak. Marburg; 1929–1963 Prof. in Göttingen; 1930 Stahlhelm; 1933 Lehrstuhlvertretung in Halle; NSDAP; GDC; 1934 BK; 1941 Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften Göttingen; 1960–1967 Abt. von Bursfelde; 1963 Emeritierung

**Gerhardt, Martin:** \* 1. Dezember 1894 in Berlin; † 27. Mai 1952 in Köln<sup>2015</sup>

Väterlicher Beruf: Gymnasiallehrer. 1913 Abitur in Berlin; 1913–1920 Stud. der Theol. in Tübingen und Berlin; 1914–1919 Kriegsfreiwilliger; 1921 Vikar in Potsdam; 1922 Lic. theol. in Berlin; Habil. PD in Erlangen; PD; 1923 Aufbau des Archivs des Rauhen Hauses in Hamburg; 1931–1937 Aufbau und Leiter des Fliednerarchivs und der Bibliothek der Frauendiakonie bei den Kaiserwerther Anstalten; 1933 NSDAP; 1933–1936 DC; 1936 Ordination; 1937–1945 Ordinarius KG in Göttingen; 1939 WK II (Offizier); 1945 Dienstentfernung; 1946 Entlassung; Tätigkeit für die Innere Mission; 1951–1952 Honorarprof. KG in Göttingen

**Gogarten, Friedrich:** \* 13. Januar 1887 in Dortmund; † 16. Oktober 1967 in Göttingen<sup>2016</sup>

Väterlicher Beruf: Uhrmacher. 1907 Abitur in Hannover; 1907–1912 Stud. der Kunstgeschichte, Germanistik, Psychologie, dann der Theol. in München, Jena, Heidelberg und Zürich; 1910 mehrmonatiger Aufenthalt in Florenz bei Arthur Bonus; 1913 Synodalvikar in Stolberg; 1914 Ordination und Hilfsprediger in Bremen; 1917 Pfarrer in Stelzendorf; 1922 Mitbegründer der Zeitschrift *Zwischen den Zeiten*; 1924 Ehrendoktorwürde Theol. Fak. Gießen; 1925–1931 Pfarrer in Dorndorf/Saale; 1925 Vorlesungstätigkeit in Jena; 1927 Habil. in Jena; PD, Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung in Lausanne; 1931 Ordinarius ST in Breslau; 1933 Jungreformatoren-Bewegung; GDC (August bis November); Mitherausgeber der *Deutschen Theologie*; Mitherausgeber *Glaube und Volk in der Entschei-*

<sup>2014</sup> Lebenslauf im Findbuch N 1721 (NL Dörries) im BArch; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 63; Wiegmann: Dörries.

<sup>2015</sup> Vgl. die Personalakte in LAB, 14/22918; UAG, Kur., Nr. 10293; NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 7490. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 86; Herrmann: Diakoniewissenschaft.

<sup>2016</sup> Der Nachlass Gogartens ist in der Handschriftenabteilung der SUB überliefert. Angaben zu seiner Vita finden sich in dem entsprechenden Findbuch; Lebenslauf, undatiert. UAG, Theol. PA, Nr. 108; UAG, Kur., Nr. 10328. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 90; Goering: Gogarten, S. 451–452.

ung. *Christlich-deutsche Monatshefte*; 1935 Lehrstuhlvertretung Bonn; 1935–1955 Prof. ST in Göttingen; Universitätsprediger; 1936 Theologische Kammer der DEK; 1955 Emeritierung; 1956 Gastvorlesungen in Glasgow; 1957/58 Gastprofessur Drew University (New Jersey); 1962 Großes Verdienstkreuz

**Hempel, Johannes:** \* 30. Juli 1891 in Bärenstein/Sachsen; 9. Dezember 1964 in Göttingen<sup>2017</sup>

Väterlicher Beruf: Geheimer Konsistorialrat. 1910 Abitur in Dresden; 1910–1914 Stud. der Theol. und Philosophie in Leipzig; 1914 Dr. phil. in Halle; 1914–1919 WK I; Gefangenschaft; 1920 Lic. theol.; Assistentenstelle in Halle/Saale; Habil.; 1921 PD in Halle; 1924 ao., ab 1925 ord. Prof. AT Greifswald; 1927–1964 Herausgeber der *Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft*; 1928–1937 Ordinarius AT in Göttingen; 1930–1933 CSVD; 1933 GDC; 1935 Internationaler Fachkongress in Göttingen; Göttinger Gesellschaft der Wissenschaft; 1937 Leiter Institutum Judaicum; 1937–1945 Prof. AT in Berlin; 1939 Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben; 1939–1945 Militärpfarrer; 1943 Vertretung des Dekans; 1945 Entlassung; 1947–1958 Pfarrverweser in Salzgitter-Lebenstedt; 1955–1958 Honorarprof. in Göttingen; 1958 Emeritierung

**Hirsch, Emanuel:** \* 14. Juni 1888 in Bentwisch/Brandenburg, † 17. Juli 1972 in Göttingen<sup>2018</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1906 Abitur in Berlin; 1906–1910 Stud. der Theol. in Berlin und Bonn; Mitgliedschaft im Wingolf; 1912–1914 Stiftsinspektor in Göttingen; 1914 Lic. theol.; 1915 Habil. in Bonn; 1915–1921 PD KG in Bonn; 1917 Vikar in Schopfheim; Ordination; 1918 Verzicht auf Verwendung im badischen Kirchendienst; 1919 Gründung der Gesellschaft für Kirchengeschichte; 1921 Ehrendoktorat Theol. Fak. Bonn; 1921–1930 Herausgeber der *Theologischen Literaturzeitung*; 1918–1933 DNVP; 1921–1936 Ordinarius KG in Göttingen; 1932–1939 Dekan; 1933 *Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*; förderndes Mitglied der SS, NSLB, GDC; theologischer Berater von Reichsbischof Müller; 1934–1943 Mitherausgeber der *Deutschen Theologie*, bis 1936 Unterführer des Fachbereichs Theologie NSDDB Göttingen; 1936–1945 Prof. ST in Göttingen; 1937 NSDAP; 1945 Verlust seines Ordinariats, formal auf eigenen Antrag; 1945ff Verfasser zahlreicher theologischer Werke

<sup>2017</sup> Professorenkartei im BArch, R 4901; UAG, Kur., Nr. 10431. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 107; Weber: Wissenschaft.

<sup>2018</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 71; UAG, Kur., Nr. 10487. Vgl. Ericksen: Theologen, S. 167–268. Verzicht auf eine Verwendung im badischen Kirchendienst nach Auskunft des Landeskirchlichen Archivs Baden vom 12.5.2017. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 113f.

**Iwand, Hans-Joachim:** \* 11. Juli 1899 in Schreibendorf/Schlesien;  
† 2. Mai 1960 in Bonn<sup>2019</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1917 Abitur in Görlitz; 1917–1922 Stud. der Theol. in Breslau und Halle; 1918/19 Militärdienst, Freikorpseinsatz („schlesischer Grenzschutz“); 1923–1933 Studieninspektor des Lutherheims Königsberg; 1924 Lic. theol. in Königsberg; 1927 Habil.; 1928–1935 PD in Riga; 1929 Ordination; 1934 Prof. NT am Herder-Institut in Riga; Reichsbruderrat der BK; 1935 Entzug der *Venia Legendi*; 1935–1937 Leiter des illegalen Predigerseminars der BK in Blöstau und Jordan; 1937 Ausweisung aus Ostpreußen und „Reichsreideverbot“; 1938 Viermonatige Haft; 1938–1945 Pfarrer in Dortmund; 1945 ao. Prof. ST in Göttingen; Teilnahme an der Treysaer Kirchenkonferenz; 1946 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; Verfassungsausschuss der EKD; Initiator und Herausgeber der GPM; 1946–1951 Ordinarius ST in Göttingen; 1947 Mitautor des *Darmstädter Worts* des Bruderrates der EKD; 1948 Weltkirchenkonferenz in Amsterdam; 1949–1960 Mitglied der Synode der EKD; 1951–1960 Prof. in Bonn; 1955–1960 Evangelische Konferenz; Ostkirchenausschuss; 1958 Mitbegründer der Christlichen Friedenskonferenz; 1960 Ehrendoktorat Theol. Fak. Prag

**Jeremias, Joachim:** \* 20. September 1900 in Dresden; † 6. September 1979 in Tübingen<sup>2020</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer, Propst. 1910–1915 Familienaufenthalt in Jerusalem; 1917 Abitur in Leipzig; 1919–1922 Stud. der Theol. und Orientalistik in Tübingen und Leipzig; Zeitfreiwilligenregiment Leipzig; Verein Silberner Schild (*Organisation Escherich*); 1920 Teilnahme an den Leipziger Kämpfen gegen „Spartakisten“; 1922 Dr. phil.; 1923 Lic. theol.; Repetent am Theol. Seminar der Herrnhuter Brüdergemeine; 1924 Dozentur am Herder-Institut in Riga; 1925 Habil. in Leipzig; 1928 ao. Prof. in Berlin; Leiter Institutum Judaicum; 1929 Ehrendoktorat Theol. Fak. Leipzig; Prof. NT in Greifswald; 1932 *Deutsch-evangelisches Institut für Altertumswissenschaft d. heiligen Landes* (Mitarbeit); 1933 Erklärung deutscher Neutestamentler *Neues Testament und Rassenfrage*; 1934 *Deutschen Verein zur Erforschung Palästinas* (großer Ausschuss); BK; 1935–1968 Prof. NT in Göttingen; 1939–1945 WK II; 1946 Mitbegründer der GPM; 1948 Göttinger Akademie der Wissenschaften; 1950 Gründung des *Instituts für späijüdische Religionsgeschichte* (heute: *Institut für Judaistik*); 1955 Ehrendoktorat Universität St. Andrew (Schottland); 1957 Ehrendoktorat Universität Uppsala; 1963 Ehrendoktorat Universität Oxford; 1968 Emeritierung; 1968–1971 Abt von Bursfelde

<sup>2019</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 121; Führer: Iwand; Dembowski: Iwand; KlapPERT/Schulze (Hg.): Umkehr; Seim: Iwand; Graf: Glaubenspathos.

<sup>2020</sup> Personalakte im Dekanat; UAG, Kur., Nr. 10546; NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 10182; Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 124f; Janßen: Jeremias.

**Kraus, Hans-Joachim:** \* 17. Dezember 1918 in Essen; † 14. November 2000 in Essen<sup>2021</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. ? Abitur in Elberfeld; 1939 Flugzeugabsturz; 1940 Lazarettaufenthalt in Breslau; 1941–1944 Stud. der Theol. in Halle und Jena; 1944 Vikariat (BK) in Liebershausen; 1944 Dr. theol. in Heidelberg; 1946–1947 Assistent für Hebräisch, AT und Bibelkunde Kirchliche Hochschule Wuppertal; 1947 Assistent AT in Bonn; 1948 Habil. in Bonn; 1949–1950 Lehrstuhlvertreter AT in Göttingen; 1951 ao. Prof. in Bonn; 1954 Ehrendoktorat Theol. Fak. Bonn; 1954–1968 Gründungsprof. Theol. Fak. Hamburg; Ordinarius AT; ab 1958 Einsatz gegen Massenvernichtungswaffen; 1961 Gründer und erster Vorsitzender *Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen* beim DEKT; 1968–1984 Prof. Ref. Theol. in Göttingen, 1975 Ehrendoktorat Theol. Fak. Aberdeen/Schottland; 1984 Emeritierung; 1992–1990 Moderator des Reformierten Bundes; 1990er Jahre Ehrendoktorat einer rumänischen Universität

**Meyer, Johannes:** \* 13. Januar 1869 in Kirchdorf/Diepholz, † 27. Februar 1957 in Göttingen<sup>2022</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer, zuletzt Superintendent. 1887 Abitur in Celle; 1887–1889 Stud. der Theol. in Greifswald, Erlangen und Göttingen; 1897–1900 Pfarrer in Borstel; 1900–1902 Pfarrer in Echte; 1903–1908 Pfarrer in Hannover; 1911–1935 Ordinarius PT in Göttingen; 1926 Gründungsmitglied *Genealogisch-Heraldische Gesellschaft Göttingen*; 1935 Emeritierung; 1935–1945 NSLB, förderndes Mitglied der SS, NSV; 1954 Johann Christof Gatterer-Medaille in Silber

**Mirbt, Carl:** \* 27. Juni 1860 in Gnadenfrei; † 27. September 1929 in Göttingen<sup>2023</sup>

1880–1885 Stud. der Theologie in Halle, Erlangen und Göttingen; 1886 Zentralvorstand *Evangelischer Bund*; 1886–1888 Stiftsinspektor Göttingen; 1888 Dr. theol.; Habil.; 1889–1912 ao. Prof. KG in Marburg, ab 1890 ord. Prof.; 1903/04 Rektor; 1912–1928 Prof. KG in Göttingen; 1913 fünfmonatige Afrikareise (u.a. Deutsch-Südwestafrika); 1917 Deutsche Vaterlandspartei; 1918 Gründung *Deutsche Gesellschaft für Missionswissenschaft*; 1920/21 Rektor; 1925 Weltkirchenkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm; 1927–1929 Vorsitzender *Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte*; 1928 Emeritierung

<sup>2021</sup> Vgl. Klappert: Reich.

<sup>2022</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 77; NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 8235; Professorenkartei im BArch, R 4901.

<sup>2023</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 28. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 175; Dahm: Mirbt.

**Rad, Gerhard von:** \* 21. Oktober 1901 in Nürnberg; † 31. Oktober 1971 in Heidelberg<sup>2024</sup>

Väterlicher Beruf: Psychiater. 1921–1925 Stud. der Theol. in Erlangen und Tübingen; Akademische Gesellschaft Stuttgartia; 1925–1927 Vikariat; 1928 Lic. theol.; Ordination; 1929 Repetent in Erlangen; 1930 Habil.; Palästina-Aufenthalt; 1930–1934 PD in Leipzig; 1932 Palästina-Aufenthalt; 1934 Ehrendoktorat Theol. Fak. Leipzig; 1934–1945 Ordinarius AT in Jena; 1939 BK; 1944 WK II; Gefangenschaft; 1946 Mitbegründer der GPM; 1946–1949 Prof. AT in Göttingen; 1949–1966 Prof. in Heidelberg; 1953 Ehrendoktorat Universität Glasgow, 1960/61 Gastprof. in Princeton; 1962 Ehrendoktorat Universität Lund; 1963 Pour la merité für Wissenschaft und Künste; 1964 Ehrendoktorat in Wales; 1966 Emeritierung

**Rahlfs, Alfred:** \* 29. Mai 1865 in Linden bei Hannover, † 8. April 1935 in Göttingen<sup>2025</sup>

1883–1887 Stud. der Theol., der Philosophie sowie der orientalischen Sprachen in Göttingen; 1887 Dr. phil.; 1888–1890 Stiftsinspektor Göttingen; 1891 Lic. theol.; Habil.; 1901 ao. Prof. AT in Göttingen; 1907 Septuaginta-Unternehmen der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften (Leitung); 1919–1933 Ordinarius ad personam; 1933 Emeritierung

**Spitta, Friedrich:** \* 11. Januar 1852 in Wittingen; † 7. Juni 1924 in Göttingen<sup>2026</sup>

Väterlicher Beruf: Theologe. 1871–1875 Stud. der Theol. in Göttingen und Erlangen; 1877 Inspektor Tholucksches Konvikt Halle; 1878 Lic. theol.; 1879 Hilfsprediger in Bonn; Ordination; 1880 Habil. in Bonn; 1881–1887 Pfarrstelle in Oberkassel; PD in Bonn; 1887 Prof. NT und PT in Straßburg; 1896 Mitbegründer *Monatsschrift für Gottesdienst und kirchliche Kunst*; 1901/02 Rektor; 1918 Ausweisung aus Frankreich; 1919–1921 Ordinarius PT in Göttingen; 1921 Emeritierung

<sup>2024</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 81; Graf: von Rad; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 200. Smend: Rad, S. 226–254.

<sup>2025</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 201; Schäfer: Rahlfs.

<sup>2026</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 242; Wesseling: Spitta; Meyer-Blanck: Spitta; Klek: Spitta.

**Stange, Carl:** \* 7. März 1870 in Hamburg; † 5. Dezember 1959 in Göttingen<sup>2027</sup>

Väterlicher Beruf: Gärtnereibesitzer. 1888 Abitur in Hamburg; 1888–1892 Stud. der Theol. in Halle, Göttingen, Leipzig und Jena; Christliche Studentenverbindung Tuiskonia; 1895 Lic. theol., Habil., PD in Halle; 1903 ao. Ordinarius ST in Königsberg; Ehrendoktorat Theol. Fak. Halle; 1904: Prof. in Königsberg; 1907 Ordination; ab 1909 Leitung *Apologetisches Seminar in Wernigerode* bzw. *Luther-Akademie* (Sondershausen), 1911/12 Rektor; 1912 Ehrendoktorat Phil. Fak. Universität Athen; 1912–1935 Prof. ST in Göttingen; Universitätsprediger; 1923 Mitbegründer *Zeitschrift für Systematische Theologie*; 1928 Ablehnung eines Rufs nach Berlin; Lutherische Weltkonferenz in Kopenhagen; ?–1933 DNVP; 1932 Ehrendoktorat Theol. Fak. Universität Uppsala; 1932–1937, 1949–1959 Abt von Bursfelde; 1934 Ehrendoktorat Universität Sopron/Ungarn; ? förderndes Mitglied der SS, Opferering; 1935 Emeritierung

**Titius, Arthur:** \* 28. Juli 1864 in Sensburg/Masuren; † 7. September 1936 in Berlin<sup>2028</sup>

Väterlicher Beruf: Schulrektor. 1883 Abitur in Königsberg; 1883–1890 Stud. der Theol. in Königsberg und Berlin; 1890 Lic. theol.; 1891 Habil.; 1891–1895 PD in Berlin; 1890?–1933? Evangelisch-Sozialer Kongress (ab 1923 als stellv. Vorsitzender); 1895–1900 ao. Prof. NT in Kiel; 1896 Mitbegründer *National-Sozialer Verein*; 1900 Ehrendoktorat Theol. Fak. Berlin; 1900–1906 Prof. ST in Kiel; 1906–1921 Prof. ST in Göttingen; 1910–1921 Herausgeber *Theologische Literaturzeitung*; 1915/16 Prorektor; 1918 DDP; 1918 Begründer *Volksbund für evangelisch-kirchliches Leben* (Volkskirchenbund) in Göttingen; 1919 Dresdner Kirchentag (Redner); ab 1919 Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung und Teilnahme an internationalen Tagungen; 1921–1934 Prof. ST in Berlin; 1922–1933 Mitglied *Deutscher Evangelischer Kirchenausschusses*; 1925 Weltkirchenkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm; 1934 Sitzung des Exekutivausschusses der Weltkonferenz für praktisches Christentum auf Fanö; 1934 Emeritierung

<sup>2027</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 140; NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 10221. Findbuch (Vorwort) Nachlass Carl Stange (EZA, Best. 629); EZA 629/49 und EZA 629/54. Vgl. Wesseling: Stange.

<sup>2028</sup> Vgl. Henning: Titius.



**Trillhaas, Wolfgang:** \* 31. Oktober 1903 in Nürnberg; † 24. April 1995 in Göttingen<sup>2029</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer (Militär); mütterlicher Beruf: Lehrerin. 1922 Abitur in Nürnberg; 1922–1925 Stud. der Philosophie und Religionswissenschaft in München, der Theol. in Erlangen und Göttingen; 1923 Zeitfreiwilliger; 1926 Ordination; 1926–1928 Stadtvikar in Regensburg; 1928 Stadtvikar und Militärpfarrer in Erlangen; 1931 Dr. phil.; 1932 Lic theol.; 1932 Habil.; ohne Angabe CSVD; 1933 SA-Sportschule Rieneck (Dozentenlehrgang); ohne Angabe NLSB; 1933–1934 Lehrstuhlvertretung in Halle (keine Berufung wg. BK-Mitgliedschaft); 1934 BK; 1935 Pfarrer in Erlangen und bis 1946 Lehrstuhlvertretung; Mitbegründer der GPM und erster Schriftleiter; 1944 Ehrendoktorat Theol. Fak. Erlangen; 1945–1946 Ordinarius PT in Erlangen; Universitätsprediger; 1946–1947 Entnazifizierungsausschuss; 1946–1972 Ordinarius PT, ab 1954 ST in Göttingen; 1947 Dekan; 1948 CDU; 1950/51 Rektor; 1955/56 Dekan; 1955–1966 Honorarprof. TH Hannover; 1967 Ehrendoktorat Universität Helsinki; 1972 Ehrendoktorat Universität Wien; 1972 Emeritierung

**Weber, Otto:** \* 4. Juni 1902 in Mühlheim/Rhein; † 19. Oktober 1966 in St. Moritz<sup>2030</sup>

Väterlicher Beruf: Ingenieur und Verkaufsleiter. 1921 Abitur in Mühlheim; 1921–1925 Stud. Theol. in Bonn und Tübingen; 1925–1927 Vikariat in Herchen an der Sieg; 1928–1933 Dozent, ab 1930 Rektor der Theologischen Hochschule Elberfeld; 1933 NSDAP, NLSB und GDC; Gründungsausschuss für eine Reichskirchenverfassung; ab September reformiertes Mitglied im Geistlichen Ministerium, Austritt aus der GDC nach dem ‚Sportpalastskandal‘ im November und Rücktritt als Kirchenminister; 1934 Prof. Ref. Theol. in Göttingen; 1936–1939 Obmann (Vertrauensmann) des Göttinger NSDDB; Reformierter Arbeitsausschuss; 1938 Ehrendoktorat Theol. Fak. Debrecen; Promotion in Göttingen; 1939 Deutscher Reformierter Kirchenausschuss; 1939–1945 Dekan; 1940–1945 Reformiertes Mitglied im Geistlichen Vertrauensrat; 1943 Wehrmacht, 1945 Akademisches Studentenhilfswerk Göttingen (Leiter); 1950/51 Dekan; 1957/58 Dekan; 1958/59 Rektor; 1960–1965 Moderamen Reformierter Bund; 1961 Ehrendoktorat Universität Edinburgh; Kuratorium Stiftung Volkswagenwerk; 1962 Gründungsausschuss Universität Bremen (Vorsitz); 1963–1965 Synodaler der Ev.-Ref. Kirche Nordwestdeutschland; 1964–1966 Gründungsrektor Universität Bremen; 1966 Emeritierung

<sup>2029</sup> Lebenslauf vom 7.10.1945, in: UAG, Theol PA, Nr. 143. Vgl. Trillhaas: Vergangenheit; Kloeden, von: Trillhaas; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 261; Professorenkartei im BArch, R 4901.

<sup>2030</sup> UAG, Theol. PA; Nr. 144. NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 16157. Vgl. Bülow: Weber; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 269.

**Wobbermin, Georg:** \* 27. Oktober 1869 in Stettin; † 15. Oktober 1943 in Berlin<sup>2031</sup>

Väterlicher Beruf: Lehrer. 1888 Abitur in Berlin; 1888–1893 Stud. der Theol. in Halle und Berlin; 1893–1895 Sekretär beim Berliner Missionswerk; 1895 Dr. phil.; 1895–1896 Militärdienst; 1897–1908 Forschungsaufenthalt in Griechenland; 1898 Habil.; 1898–1906 PD in Berlin; 1903–1932 *Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt* 1906 ao. Prof. in Marburg; 1907 Prof. ST in Breslau; 1914 *Aufruf deutscher Kirchenmänner und Professoren: An die evangelischen Christen im Ausland*; 1915 Prof. in Heidelberg; 1916/17 Dekan; 1919 *Bund der Aufrechten*; 1920 Akademie der Wissenschaften Heidelberg; 1921/22 Dekan; 1921–1939 Mitherausgeberschaft *Theologische Literaturzeitung*; 1922–1935 Prof. ST in Göttingen; 1925 Weltkirchenkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm; 1927 Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung, in Lausanne; 1929 Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften; 1933 NSDAP, NSV, Kampfbund für deutsche Kultur; Gesellschaft für Rassenforschung; GDC; 1934 NSLB, NSDDB; 1935–1938 Prof. in Berlin; 1939 Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben; 1940 Emeritierung

**Wolf, Ernst:** \* 2. August 1902 in Prag; † 11. September 1971 in Garmisch-Patenkirchen<sup>2032</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1921 Abitur in Wien; 1921–1925 Stud. der Theol. in Wien, Rostock, Leipzig und Göttingen; 1925 Lic. theol; Habil.; PD in Rostock; 1930 Ehrendoktorat der Theol. Fak. Rostock, Lehrstuhlvertretung in Tübingen; 1931–1935 ao., dann persönliche Prof. KG und Christliche Archäologie in Bonn; 1934 BK; Vorlesungsverbot durch den Dekan; Gründung und Herausgeberschaft *Verkündigung und Forschung*; 1934–1971 Herausgeber *Evangelische Theologie*; ohne Angabe NSV, 1935–1942 Prof. KG in Halle („Strafversetzung aufgrund politischer Unzuverlässigkeit“); Leiter Studentengemeinde (mit Julius Schniewind); 1942–1945 WK II; Kriegsgefangenschaft; 1945 Lehrstuhlvertretung in Göttingen (Dogmengeschichte); 1947–1957 Ordinarius KG in Göttingen; 1955–1971 *Kommission zur Geschichte des Kirchenkampfes in nationalsozialistischer Zeit* (ab 1970 *Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte*), von 1964 bis 1971 als Vorsitzender; Mitherausgeber *Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes*; 1957 Prof. ST in Göttingen; 1959 Teilnehmer der 2. Tagung der Christlichen Friedenskonferenz in Prag; 1960er Mitherausgeber *Blätter für deutsche internationale Politik*; ? Ehrendoktorate der Universitäten Wien, Paris und Prag; bis 1971 Vorsitzender *Wissenschaftliche Gesellschaft für evangelische Theologie*

<sup>2031</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 30; UAHU, PA W 249. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 278; Wolfes: Theologie, S. 327–347.

<sup>2032</sup> Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 278f; Maaser: Wolf; Altner: Wolf.

## 2. Honorarprofessoren

**Barth, Karl:** \* 10. Mai 1886 in Basel; † 10. Dezember 1968 in Basel<sup>2033</sup>

Väterlicher Beruf: Theologieprofessor; Schweizer Staatsbürger. 1904 Abitur in Bern; 1904–1908 Stud. der Theol. in Bern, Berlin, Tübingen und Marburg; 1908 Ordination; Vikar; 1909–1913 Hilfsprediger der deutschsprachigen Gemeinde in Genf; 1911–1921 Pfarrer in Safenwil; 1915 SPD (CH); 1921–1925 Honorarprof. in Göttingen (extra facultatem); 1922 Ehrendoktorat Theol. Fak. Münster; 1923 Mitbegründer *Zwischen den Zeiten*; 1925–1930 Prof. ST in Münster; 1930–1935 Prof. in Bonn; 1931 SPD; 1933 Mitbegründer *Theologische Existenz heute!*; 1934 Teilnahme an den Bekenntnissynoden in Barmen und Berlin-Dahlem; maßgeblicher Verfasser *Barmer Theologische Erklärung*; Mitglied des Reichsbruderrates der BK; 1935 zwangsweise Versetzung in den Ruhestand; 1935–1962 Prof. in Basel; 1945 *Nationalkomitee Freies Deutschland*; 1948 Gründungskongress Ökumenischer Rat der Kirchen in Amsterdam; 1962 Emeritierung

**Mahrenholz, Christhard:** \* 11. August 1900 in Adelebsen; 15. März 1980 in Hannover<sup>2034</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1818 Abitur in Göttingen; 1918/19 Kriegsdienst; 1918–1923 Stud. der Theol. und Musikwissenschaft in Göttingen und Leipzig; ? Mitgliedschaft im Wingolf; 1919–1932 Mitherausgeber *Musik und Kirche*; 1923 Dr. phil.; 1925 Ordination; 1926–1930 Pfarrer in Groß- und Kleinlengden; 1930 LKA Hannover und Schlossprediger; 1930–1946 Lehrbeauftragter für Kirchenmusik an der Universität Göttingen; 1931 Landeskirchenrat; Landesobmann *Niedersächsischer Kirchenchorverband*; 1933 Oberlandeskirchenrat; Reichsobmann *Verband evangelischer Kirchenböre in Deutschland*; förderndes Mitglied der SS; 1935 Stellv. Vorsitzender Reichskirchenausschuss; 1936 Kammer für Verfassungsangelegenheiten der DEK; 1936–1945 Mitglied der hannoverschen Kirchenregierung (stellvertretender Vorsitzender); Ende der 1930er Jahre: Rat der Michaelsbruderschaft; 1940 Vorsitz *Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands*; 1942 Pfarrer in Osterode/Harz; 1946–1965 Honorarprofessur für Kirchenmusik; 1948 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; Vorsitz *Liturgischer Ausschuss der VELKD*; 1953 Geistlicher Dirigent; 1955 Mitherausgeber *Jahrbuch für Liturgik und Hymnologie* 1960–1971 Abt Kloster Amelungsborn; 1965 Geistlicher Vizepräsident LKA; Ruhestand

<sup>2033</sup> Zeittafel zum Weg und Wirken Karl Barths, in: <http://www.karl-barth-gesellschaft.de/>. Vgl. Bautz: Barth; Braun/Grünzinger: Personenlexikon; S. 27; Beintker (Hg.): Barth; Tietz: Barth. Die im Bestand des UAG geführte Personalakte Barths (UAG, Theol. PA, Nr. 65) ist verschollen.

<sup>2034</sup> Lebenslauf [mutmaßlich Sommer 1939], in: LKAH, NL 78II, Nr. 378; Professorenkartei im BArch, R 4901; UAG, Theol. PA, Nr. 122; Vgl. Ameln: Mahrenholz; Drömann: Mahrenholz; Kück: Kirchenlied, S. 282; Braun: Mahrenholz; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 165–166.

**Schuster, Hermann:** \* 3. Februar 1874 in Uelzen; † 20. Juni 1965 in Hannover<sup>2035</sup>

Väterlicher Beruf: Arzt. 1894 Abitur in Hameln; 1894–1899 Stud. der Theol. und Philosophie in Göttingen und Greifswald; 1892 Burschenschaft Germania Göttingen; 1896 Burschenschaft Sedinia Greifswald; Hauslehrer in Buenos Aires; 1900–1902 Stiftsinspektor Göttingen; Hilfslehrer in Höxter; 1904–1910 Oberlehrer in Frankfurt (M); 1910–1921 Mitherausgeber der *Theologische Literaturzeitung*; 1910–1924 Studienrat in Hannover; 1912 Ehrendoktorat Theol. Fak. Marburg; 1917 Herausgeber *Zeitschrift für den evangelischen Religionsunterricht in höheren Lehranstalten* [ab 1934 *Deutsche Evangelische Erziehung, Zeitung für den evangelischen Religionsunterricht*]; 1917 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; ? bis 1937 Vorsitzender *Verband der ev. Religionslehrer in Deutschland*; 1919–1924 Stadtverordneter in Hannover; 1921–1932 MdL Preußen (DVP); 1924–1939 Honorarprof. für Religionspädagogik in Göttingen; 1931–1936 Magistrat der Stadt Hannover; 1933–1941 NSDAP; 1933–1945 NSV, 1940–1942 erneut Magistrat der Stadt Hannover bis zu seiner Entlassung durch den Gauleiter; 1945–1948 Lehrtätigkeit in Göttingen

### 3. Verbeamtete außerplanmäßige Professoren

**Bornkamm, Günther:** \* 8. Oktober 1905 in Görlitz; † 18. Februar 1990 in Heidelberg<sup>2036</sup>

Väterlicher Beruf: Superintendent. 1924 Abitur in Görlitz; 1924–1928 Stud. der Theol. und Philosophie in Marburg, Tübingen, Berlin und Breslau; ? *Bund der Köngener*; 1930 Dr. theol. in Marburg; 1932 Ordination; 1933 Reichsluftschutzbund; 1934 Habil.; PD in Königsberg; BK, NSLB; NSV; SA; 1936 PD in Heidelberg; 1937 Entzug der Venia Legendi aufgrund seiner BK-Zugehörigkeit; 1937–1939 Dozent der Theologischen Hochschule Bethel; 1937–1940 Pfarrer in Bethel; Pfarrverweser (Studentenpfarrer) in Münster; 1939 Pfarrbetreuung verwaister Gemeinden in Ostpreußen; 1942–1945 Pfarrer in Dortmund; 1943–1945 WK II; 1945 Dozent in Bethel und Münster; 1946 Ehrendoktorate in Heidelberg und Marburg; 1946–1949 ao. Prof. NT in Göttingen; 1949–1972 Ordinarius in Heidelberg; 1949–1982 Herausgeber *Handbuch zum Neuen Testament*; 1956 Heidelberger Akademie der Wissenschaften; Ökumenischer Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen; 1965 Ehrendoktorat Universität Glasgow; 1965/66 Rek-

<sup>2035</sup> UAG, Theol. PA; Nr. 136; NLA HA, Nds. 171 Hildesheim, Nr. 5349. Herlemann: Lexikon, S. 333; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 232f.

<sup>2036</sup> Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Theißen: Wissenschaft, S. 153–154; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 42.

tor; 1971 Emeritierung, 1977/78 Präsident *Studiorum Novi Testamenti Societas*; 1979 Ehrendoktorat Universität Oxford

#### 4. Außerplanmäßige (nichtverbamtete ao.) Professoren

**Duhm, Hans:** \* 12. August 1878 in Göttingen; † 4. Januar 1946 [nicht zu ermitteln]<sup>2037</sup>

Väterlicher Beruf: Professor [Bernhard Duhm]. 1898 Abitur in Leer; 1898–1903 Stud. der Theol. in Basel, Göttingen, Berlin und Bonn; 1901 Schweizer Schachmeister; 1904 Dr. phil. in Basel; 1906–1920 Militärpfarrer, 1920 Habil.; PD für AT in Göttingen; 1924–1929 Niedersächsischer Schachmeister; 1927 ‚nationale Rechte‘ (Eigenangaben); 1927–1934 apl. Prof. für AT, Religionsgeschichte und Ref. Theol.; 1928 Stahlhelm; 1933 NSDAP, SA; GDC; 1935 Ordinarius AT in Breslau

**Kuhn, Karl Georg:** \* 6. März 1906 in Thaleischweiler/Pfalz; † 15. September 1976 in Heidelberg<sup>2038</sup>

Väterlicher Beruf: Prediger. 1925 Abitur in Breslau; 1925–1930 Stud. der Theol. in Bethel, später der semitischen Sprachen in Bethel, Breslau (Besuch des Rabbinerseminars) und Tübingen; 1931 Dr. phil. (Orientalistik); 1932 NSDAP, Kreis- und Kulturwart; 1933 SA; Boykottrede zum 1. April 1933; 1934 Habil., PD für Orientalistik in Tübingen; 1936 Forschungsabteilung ‚Judenfrage‘ im *Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*; 1938 NS-Reichskriegerbund, NSV; 1939 Dozent in Tübingen; 1940 Inspektion und Beschlagnahme jüdischen Archivguts in Warschau; 1942 ao. Prof. für das Studium der ‚Judenfrage‘ in Tübingen; 1945 Suspendierung; 1946 Theol. Examen; Religionslehrer in Tübingen; 1948 Entlastung im Spruchkammerverfahren; 1949–1955 ao. Prof. NT in Göttingen; 1950–1951 Lehrstuhlvertretung in Mainz; 1954 Ordinarius NT in Heidelberg; 1955 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; 1957 Leiter der Quamran-Forschungsstelle; 1964 Heidelberger Akademie der Wissenschaften; 1971 Emeritierung

<sup>2037</sup> Professorenkartei im BArch, R 4901; [de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Schweizer\\_Meister\\_im\\_Schach](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Schweizer_Meister_im_Schach).

<sup>2038</sup> Spruchkammerentscheid vom 18.10.1948. UAG, Theol. PA, Nr. 75. Vgl. Theißen: Wissenschaft, S. 15–55; Junginger: Verwissenschaftlichung.

**Piper, Otto:** \* 29. November 1891 in Lichte/Thüringen; † 12. Februar 1982 (Princeton/USA)<sup>2039</sup>

Väterlicher Beruf: Apotheker. 1910 Abitur in Erfurt; 1911–1918 Stud. der Theol. und Philosophie in Jena, Marburg, Paris; 1914–1917 Kriegsfreiwilliger; 1919 USDP; Teilnehmer *Tambacher Konferenz*; 1920 Lic. theol. und Habil. in Göttingen (Carl Stange); 1920–1930 PD, seit 1929 ao. Prof. für ST in Göttingen; ab 1922: SPD; *Weimarer Kreis verfassungstreuer Hochschullehrer*, *Internationaler Versöhnungsbund*; 1923 kurzfristige Inhaftierung; 1927 Weltkirchenkonferenz in Lausanne; 1930 Ehrendoktorat Theol. Fak. Paris; Prof. ST in Münster; 1933 Entlassung aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*; 1933–1937 Emigration nach England (Gastprofessuren an der University of Wales, Swansea, Bangor); 1937–1941 Gastprofessur in Princeton/USA; 1942 amerikanische Staatsbürgerschaft; Prof. für neutestamentliche Literaturgeschichte und Exegese in Princeton; 1946 Ablehnung eines Angebots zur Rückkehr nach Münster; 1947 Gründung *Emergency Committee for German Protestants*; 1949 Ehrendoktorat Wittenberg College (USA); 1951 Anerkennung seiner Rechte als Ordinarius durch die Universität Münster; 1952 Ehrendoktorat Theol. Fak. Münster; 1962 Emeritierung

**Roth, Erich:** \* 12. Oktober 1917 in Nadesch/Siebenbürgen; † 13. Juni 1956 in Göttingen<sup>2040</sup>

Väterlicher Beruf: Prediger. Roth galt als ‚Volksdeutscher‘ mit rumänischer Staatsangehörigkeit. 1937 Abitur in Hermannstadt; 1937–1938 Hilfslehrer in Marpod; 1939–1942 Stud. der Theol. und Philosophie in Leipzig, Halle, Heidelberg und Tübingen; 1942 Lic. theol. in Heidelberg; Pfarrer in Barterode; wissenschaftliche Hilfskraft an der Göttinger Theol. Fak.; 1944 Habil. in Göttingen; 1945 Pfarrverweser in Kirchberg (Siebenbürgen); Pfarrer in Kerstlingerode; 1945–1953 PD KG in Göttingen; 1951–1952 Austauschprofessor in Durham und Cambridge; 1953 ao. Prof. in Göttingen, 1954 Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Evanston (USA)

**Schneemelcher, Wilhelm:** \* 21. August 1914 in Berlin; † 6. August 2003 in Königswinter<sup>2041</sup>

Väterlicher Beruf: Pastor. 1933 Abitur in Berlin; 1933–1938 Stud. der Theol. in Berlin; 1934 BK; 1936–1939 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter für spätantike Religionsgeschichte bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften; 1939–1941

<sup>2039</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 54. Vgl. Heidemann: Fühlung; Schreiber: Piper; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 195–196. Graf: Neurealismus; Ludwig: Piper.

<sup>2040</sup> Lebenslauf, in: UAG, Theol. PA, Nr. 81. Dörries an Oberlandeskirchenrat am 1.6.1956. BArch, N 1721, Nr. 68.

<sup>2041</sup> Vgl. Schäferdiek: Schneemelcher.

Ausbildung zum Buchhändler; 1940 Lic. theol; 1942–1945 WK II; Kriegsgefangenschaft; 1947 Pastor collobator in Stöckheim; 1946–1950 Lehrbeauftragter in Göttingen; 1949 Habil.; 1950 Assistent; 1953 ao. Prof. KG in Göttingen; Vertretungsprof. in Bonn; 1954 Extraordinarius, ab 1956 Ordinarius in Bonn; 1956 Mit-herausgeber *Zeitschrift für Kirchengeschichte*; 1957–1963 Präsident *Evangelisch-Theologischer Fakultätentag* und *Deutscher Evangelischer Theologentag*; 1958/59 Dekan; 1963/64 Dekan; 1966 Ehrendoktorat Universität Straßburg; 1967/68 Rektor; 1973 Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften; 1979 Emeritierung

**Wiesner, Werner:** \* 19. März 1902 in Groß-Ballerstedt; † 15. Juli 1974 in Mainz<sup>2042</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer (ref.). 1920 Abitur in Joachimsthal/Uckermark; 1921–1925 Stud. der Theol. in Tübingen, Greifswald, Halle und Rostock; 1928–1939 Studieninspektor am Ref. Studentenkonvikt in Halle; 1929 Promotion in Erlangen (Paul Althaus); Lic. Theol.; 1933 *Studentenkampfbund Deutsche Christen*; 1933–1937 SA; 1934 BK, Habil. (Versagung der Venia Legendi); 1937 Vorbereitung *Oxfordener Konferenz*; 1939 Verhaftung; Absetzung als Studieninspektor; Hilfspredigerstelle in Memel (heute: Klaipėda, staatspolizeiliches Einschreiten), Ordination; 1939–1941 Prädikant und Pfarrer; 1941–1944 Kriegsdienst; 1945 förmliches Habilitationsverfahren in Göttingen; 1945–1948 PD ST in Göttingen, ab 1948 apl. Prof.; 1949–1969 Ordinarius in Mainz; 1951/52 Dekan; 1954 Ehrendoktorat Theol. Fak. in Göttingen; 1959/60 Dekan; 1968 Emeritierung

## 5. Vertretungsprofessoren

**Goppelt, Leonhard:** \* 6. November 1911 in München; † 21. Dezember 1973 in München<sup>2043</sup>

Väterlicher Beruf: Volksschullehrer. 1931 Abitur in München; 1931–1935 Stud. der Mathematik und Physik in München, dann der Theol. in Tübingen und Erlangen; 1938 Repetent am Neutestamentlichen Seminar in Erlangen; 1939 Dr. theol; 1939–1945 WK II; 1946 Habilitation; PD in Erlangen und Hamburg; 1947/48 Lehrstuhlvertretung in Göttingen; 1949 Dozent NT in Hamburg; 1954–1967 Ordinarius NT in Hamburg; 1967 Gründungsdekan Theol. Fak. in München

<sup>2042</sup> Lebenslauf, undatiert, in: UAG, Theol. PA, Nr. 87. Vgl. Müller: Wiesner, in: Verzeichnis der Professorinnen und Professoren der Universität Mainz. URI: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/id/b64a787e-846c-45d9-9a0d-dbdb33ea662d> [zuletzt aufgerufen am 03.02.4.2021].

<sup>2043</sup> Vgl. Alsup: Goppelt; Simonsen: Goppelt, S. 26–31.

**Vollrath, Michael Wilhelm:** \* 9. April 1887 in Darmstadt; † 26. Januar 1968 ebenda<sup>2044</sup>

Väterlicher Beruf: Installationsmeister. 1905 Abitur in Darmstadt; Stud. der Theol., Philosophie und Kulturwissenschaften in Halle, Berlin, Gießen und Genf; 1909 Lic. theol; 1911 Dr. phil.; Pfarrassistenz in Bessungen; 1912–1914 Repetent Universität Gießen; 1915 Lazarettpfarrer; 1919 Habil.; 1919–1929 PD für Religionssoziologie und Grenzgebiete der ST in Erlangen, ab 1924 ao. Prof. für Dogmatik; bis 1933 häufige Forschungsaufenthalte in England; 1925 *Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und für das Deutsche Reich* (Eigenangaben); ?–1930 DNVP; 1935–1936 Vertretungsprof. ST und Religionsphilosophie in Göttingen; 1940 Tätigkeit in Gießen; 1939–1945 WK II; Gefangenschaft; 1956 Rückkehr nach Darmstadt

**Möhlenbrink, Kurt:** \* 17. November 1906 in Bad Segeberg; † [nicht zu ermitteln]<sup>2045</sup>

Väterlicher Beruf: Oberregierungsrat und Schulrat. 1926 Abitur; 1926–1931 Stud. der Theol. und der Orientalistik in Erlangen; Leipzig und Kiel; 1932 Lic. theol. in Königsberg; 1933 Habil.; PD; 1935 Lehrauftrag für Hebräisch und Religionsgeschichte in Göttingen, 1936 NSLB; 1938 NSV; 1940 Dozentur und Beamter auf Widerruf; 1941 Lehrauftrag AT; 1941 Wehrdienst (Entlassung im selben Jahr); 1947 Entpflichtung auf eigenen Antrag

**Preisker, Herbert:** \* 23. Juli 1888 in Deutsch-Rasselwitz; † 24. Dezember 1952 in Halle/Saale<sup>2046</sup>

Väterlicher Beruf: Großkaufmann. 1908 Abitur in Leobeschütz; 1908–1912 Stud. der Theol. in Halle, Berlin und Breslau; 1914 Pfarrvikariat in Leobeschütz; Ordination in Breslau; 1915 Lic. theol.; 1915–1918 Pfarrstelle in Tarnowitz; Lazarettpfarrer; 1919–1920 DDP, nach Selbstangaben rege Tätigkeit bei der Abstimmung in Oberschlesien; 1919–1929 Pfarrer in Breslau; 1924 Habil., PD in Breslau; 1929 Prof. für Religionswissenschaft an der Breslauer Pädagogischen Hochschule; 1930 Ehrendoktorat Theol. Fak. Breslau; 1932 Prof. an der Pädagogischen Akademie in Halle; 1933 GDC; Opferring der NSDAP; ? NLSB; 1934–1935 Hochschule für

<sup>2044</sup> Vgl. Vollrath, Wilhelm Michael, in: Hessische Biografie <http://www.lagis-hessen.de/pnd/117488488> [aufgerufen am 30.10.2015]; Professorenkartei im BArch, R 4901.

<sup>2045</sup> Lebenslauf. Bestandteil eines Gutachtens von Friedrich Baumgärtel vom 22.1.1939; selbstverfasster Lebenslauf vom 9.8.1945; ‚Ariernachweisung‘, datiert vom 19.12.1938. UAG, Theol. PA, Nr. 78; Professorenkartei im BArch, R 4901. Ebel führte Möhlenbrink als Vertretungsprofessor.

<sup>2046</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 179; Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Hutter-Wollandt: Preisker. Ebel führt Preisker in der Rubrik ‚Lehrbeauftragte‘. Nimmt man eine Stellungnahme des Breslauer Dekans Helmut Lothar wörtlich, gehörte Preisker dem NSLB „von Anfang an“, also 1929 an. Zitiert in: Meyer: Fakultät, S. 121. In der ‚Professorenkartei‘ im BArch ist diese Mitgliedschaft nicht benannt.



Lehrerbildung in Frankfurt (O); 1934–1944 ao. Prof. NT und allgemeine Religionsgeschichte in Breslau, ab 1936 Ordinarius; 1935 Vertretungsprof. NT in Göttingen; 1936–1945 Dekan in Breslau; 1939 Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben; 1939–1946 Theol. Konsistorialrat im Breslauer Konsistorium; Wehrmachtsseelsorger im Nebenamt, später stellv. Wehrkreispfarrer beim Wehrkreiskommando Breslau VIII; 1945–1946 Dozent für allgemeine Religionsgeschichte der Universität Jena; 1947 Ordinarius für NT und allgemeine Religionsgeschichte in Jena; 1950–1952 Dekan; 1952 Ordinarius für NT und hellenisch-römische Religionsgeschichte in Wittenberg

**Wagenmann, Julius:** \* 15. Februar 1901 Bleckede/Elbe, † 11. Oktober 1944 in der Eifel (gefallen)<sup>2047</sup>

Väterlicher Beruf: Theologe, Geistlicher Vizepräsident des LKA Hannover. 1919 Abitur in Hannover. 1919 Stud. der Geschichte, Germanistik, Philologie und Theol. in Heidelberg und Göttingen; 1924 Promotion in Heidelberg; 1924–1925 Predigerseminar Kloster Loccum; 1925 Habil. in Heidelberg; 1925–1937 PD für KG in Heidelberg; 1933 Opferring der NSDAP; 1934 NSV; 1935 förderndes Mitglied NS-Fliegerkorps; 1935–1936 Lehrstuhlvertretung in Gießen; 1936–1937 Lehrstuhlvertretung in Göttingen; 1937–1944 Vertretung in Kiel; ao. Prof. für KG; 1940–1941 Lehrstuhlvertretung in Rostock; 1941–1944 WK II

## 6. Privatdozenten

**Althaus, Paul:** \* 4. Februar 1888 in Obershagen/Celle; † 18. Mai 1966 in Erlangen<sup>2048</sup>

Väterlicher Beruf: Theologe. 1906–1911 Stud. der Theol. in Tübingen und Göttingen; 1913/14 Dr. theol.; Habil. in Tübingen; 1914–1918 Lazarettpfarrer; zeitweise Leiter des Predigerseminars Erichsburg; 1914–1919 PD für ST in Göttingen; 1915 Ordination; 1919 Ehrendoktorat Theol. Fak. Rostock; 1919–1925 Ordinarius ST in Rostock; 1920er Jahre bis ca. Ende der 1920er Jahre DNVP; 1923 Mitbegründer der *Zeitschrift für Systematische Theologie*; 1925–1956 Ordinarius in Erlangen, ab 1931 auch für NT; 1926–1964 Präsident *Luther-Gesellschaft*; 1929 Ehrenmitgliedschaft Uttenruthia Erlangen (SB); 1931–1940 Universitätsprediger; 1933 Unterzeichner des *Erlanger Gutachtens*; 1934–1935 Arbeitsausschuss Lutheri-

<sup>2047</sup> Buddrus/Fritzlar: Professoren, S. 420f; Göllnitz: Karrieren; S. 151; [Julius Wagenmann,] <http://www.gelehrtenverzeichnis.de/person/cc409304-2e69-8bad-b53e-4d4c6037986f?lang=de> [aufgerufen am 30.10.2015].

<sup>2048</sup> Erichsen: Theologen, S. 115–166; Jasper: Althaus; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 20.

scher Rat; 1946–1964 Universitätsprediger; 1947–1948 Dienstenthebung; Wiedereinsetzung in seine Professur; 1953 Bayerische Akademie der Wissenschaften; 1956 Emeritierung; 1958 Ehrendoktorat in Erlangen; 1959 Bayerischer Verdienstorden

**Beyer, Hermann Wolfgang:** \* 12. September 1898 in Annarode; † 25. Dezember 1942 bei Stalingrad (gefallen)<sup>2049</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1912 Abitur in Elbing; 1916–1918 WK I; 1919 Stud. der Geschichte, Kunstgeschichte, Philosophie und Theol. in Greifswald, Berlin, Freiburg und München, Jena; 1923 Dr. phil. in Jena; 1924–1925 Assistent am Kirchenhistorischen Seminar Berlin; 1925 Habil. in Göttingen; 1925 Lic. theol.; 1925–1926 PD in Göttingen; 1926 Prof. KG und christliche Archäologie in Greifswald; Gustav-Adolf-Verein und Evangelischer Bund, ab 1933 im Präsidium; 1928–1933 DNVP, nach Selbstangaben „Erziehung der Studenten für die nationale Revolution“ mit (teils verbotenen) öffentlichen Auftritten; 1928/29 Dekan; 1930 CdB; 1933 SA, bis zum November GDC; 1933–1934 unierter Kirchenminister im zweiten Reichskirchenkabinett Müller; 1934 BK; 1936–1940 Prof. in Leipzig, 1937 Dekan; 1940–1942 Divisionspfarrer

**Campenhausen, Hans Erich Freiherr von:** \* 16. Dezember 1903 in Rosenbeck/Livland; † 6. Januar 1989 in Heidelberg<sup>2050</sup>

Väterlicher „Beruf“: Grundbesitzender Adel. 1922 Abitur in Heidelberg; 1922–1927 Stud. der Theol. und der Geschichte in Heidelberg, Marburg und Berlin; 1926 Promotion; 1928 Habil., PD in Marburg; 1930–1935 Stiftsinspektor Göttingen; 1930–1940 PD in Göttingen; 1933 *Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*; 1935 Lehrstuhlvertretung in Gießen; BK; 1935–1936 Lehrstuhlvertretung in Kiel; 1936 Berufung nach Heidelberg (1937 rückgängig gemacht); 1938–1940 PD in Greifswald; 1939–1945 Wehrmacht; 1940–1945 Lehrstuhlvertretung in Wien; 1945 Ordinarius KG in Heidelberg; 1946/47 Rektor; 1947 Neubegründung der ZKG; Heidelberger Akademie der Wissenschaften; 1953/54 Dekan; 1956 Ehrendoktorat der Universität Oslo; 1960–1980 Präsident *Patristische Kommission* der Westdeutschen Akademien der Wissenschaften; 1965 Göttinger Akademie der Wissenschaften; 1966 British Academy London; 1972 American Academy of Arts and Sciences Boston; ? Ehrendoktorate der Theol. Fak. von Göttingen, Wien, und St. Andrews

<sup>2049</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 59; Professorenkartei im BArch, R 4901; Gedächtnisrede Hermann Bornkamm, gehalten am 31.1.1943 in der Leipziger Universitätskirche. Vgl. Garbe: Theologe; Pöpping: Gott; dies.: Kriegspfarrer.

<sup>2050</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 67; Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Campenhausen: „Murren“; Ritter: Campenhausen; Marksches: Campenhausen; Gemeinhardt: Campenhausen.

**Fascher, Erich:** \*14. Dezember 1897 in Göttingen; † 23. Juli 1978 in Potsdam<sup>2051</sup>

Väterlicher ‚Beruf‘: Hotelbesitzer. 1916 Abitur in Göttingen; 1916–1923 Stud. der Theol. in Göttingen; 1917–1918 WK I; Gefangenschaft; 1922–1926 Assistent am Neutestamentlichen Seminar in Göttingen; 1923–1924 Hilfsprediger an St. Jacobi; 1924 Lic. theol.; 1926 Habil.; PD; 1926–1929 PD in Marburg; 1930 Ehrendoktorat Theol. Fak. Marburg; 1930–1936 Prof. für NT in Jena; 1931 Konflikt mit dem NSDStB; 1933 förderndes Mitglied der SS; 1933–1936 *Deutsche Christen*; 1934 Scheidung; 1936 Austritt NDC; 1937 Zwangsversetzung nach Halle; 1937–1950 Prof. für NT in Halle; 1938–1945 Leiter des Sprachenkonviktes; 1939–1945 Wehrkreispfarrer und Lazarettseelsorger; 1945–1950 CDU-Ost (1946/47 Mitglied des 1. Landtages in Sachsen Anhalt; CDU-Fraktionsvorsitzender; 1948 bis 1950 Vorsitzender LV Sachsen-Anhalt; 1948/49 Volkskammer und Volkskongress; 1950 Enthebung von allen Parteiämtern; Versetzung nach Greifswald; 1950–1954 Prof. für NT in Greifswald; 1954–1964 Prof. an der Berliner Humboldt-Universität; 1958–1964 Dekan; 1964 Emeritierung

**Hermann, Rudolf:** \* 3. Oktober 1887 in Barmen; † 2. Juni 1962 in Berlin<sup>2052</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer, zuletzt Superintendent. 1906 Abitur in Barmen; 1908–1912 Stud. der Theol. in Marburg, Halle und Greifswald; 1914 Lic. theol. in Göttingen, 1914–1915 WK I, Verwundung und Kriegsgefangenschaft; 1916 Habil. in Göttingen; 1916–1919 PD in Göttingen; 1919 Lehrauftrag in Breslau für Neuere Religionsphilosophie und die Theologie der Reformatoren; 1919–1926 Inspektor des Sedlnitzkyschen Johanneums Theologischen Konvikts; 1923 nichtverbeamteter ao. Professor für ST in Breslau; 1926–1953 Ordinarius in Greifswald, bis 1947 als Extraordinarius; 1927 Ehrendoktorat Theol. Fak. Rostock; 1929–1930 Dekan; 1934 BK, Teilnehmer der Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlem; 1936–1939 Geschäftsführender Direktor des Theologischen Seminars; 1946 Mitglied der pommerschen Kirchenleitung; 1946–1948 Dekan; Prorektor; 1948–1962 Leiter der *Luther-Akademie* (DDR); 1953 Professor an der Berliner Humboldt-Universität; 1955 Emeritierung; 1955–1961 Lehraufträge, Direktor des Theologischen Seminars

<sup>2051</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 50. Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Wesseling: Fascher; Merk: Kriegsgeneration, S. 24–28. DC-Mitgliedschaft: Mai 1933 bis Juli 1936 als theologischer Berater; Austritt und Kritik an dieser Bewegung. Fragebogen der Alliierten Militärregierung, unterzeichnet am 25.4.1946. UAG, Theol. SA, Nr. 208.

<sup>2052</sup> Vgl. die Unterlagen in EZA, 712/1, insbesondere den Lebenslauf vom 24.5.1948, und EZA 712/2, Bautz: Hermann; Wiebel: Hermann; Wiebel: Hermann-Aufsätze, S. 415–418.

**Hoffmann, Georg:** \* 2. März 1902 in Luzk/Wolhynien; † 21. August 1988 in Kiel<sup>2053</sup>

1920 Abitur in Reval; 1918/19 ‚Baltenregiment‘; Kampf gegen die ‚Bolschewisten‘ (Eigenangabe); 1920–1924 Stud. der Theol. in Göttingen und Marburg; 1926 Ordination; Hilfsgeistlicher in Duderstadt; Pfarrer in Lewe-Liebenburg; 1929 Lic. theol. (bei Wobbermin); 1932–1934 Studentenpfarrer Göttingen; 1933 Habil.; 1933–1941 PD in Göttingen; 1934 BK; 1935/36 landeskirchliche Ersatzveranstaltungen in Göttingen (‚Kirchenkampf‘); 1934 Pfarrer in Dransfeld; 1939 Dozent neuer Ordnung; 1941–1945 WK II; 1942 Domprediger und Superintendent in Verden/Aller; 1945 Verzicht auf Venia Legendi; 1947–1956 Rektor des landeskirchlichen Pastorkollegs in Loccum, ab 1952 im Hauptamt; 1947 Mitglied Landessynode und Verfassungsausschuss; 1949 Synodaler der EKD und VELKD; 1952 *Faith and Order* in Lund; Lutherische Weltbundtagung in Hannover; Weltkirchenrat in Evanston; 1956–1970 Ordinarius PT in Kiel; 1957 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; Lutherische Weltbundtagung Minneapolis; 1963 Lutherische Weltbundtagung in Helsinki, 1964/65 Rektor; 1970 Emeritierung; zahlreiche kirchliche Ämter

**Hoppe, Theodor:** \* 8. Dezember 1884 in Markoldendorf † [nicht zu ermitteln]<sup>2054</sup>

Väterlicher Beruf: Generalsuperintendent in Hildesheim: 1913 Abitur in Hildesheim; 1913–1914 Stud. der Theol.; 1914–1917 WK I; 1917–1920 Kriegsgefangenschaft; 1920–1923 Stud. der Theol. in Göttingen und Rostock; 1924–1927 Assistent der Göttinger Theol. Fak.; 1925 Lic. theol. in Göttingen; 1927 Pfarrer in Groß Schneen; 1929 Habil.; PD in Göttingen; 1932 Verzicht auf seine Dozentur zum WS 1932; 1932–1937 Studiendirektor des landeskirchlichen Predigerseminars Erichsburg; 1937–? Superintendent in Diemarden; 1952 Ruhestand

**Kittel, Helmuth:** \* 11. April 1902 in Potsdam; † 20. Januar 1994 in Göttingen<sup>2055</sup>

Väterlicher Beruf: Ministerial-Amtsrat; 1920 Abitur in Potsdam; 1920 Teilnahme am Kapp-Lüttwitz-Putsch; 1920–1925 Stud. der Theol. in Berlin und Tübingen; 1925 Lic. theol. in Tübingen, 1925–1926 Studieninspektor am Johanneum in Berlin; 1926 Assistent der Göttinger Theol. Fak.; 1930–1932 Pädagogische Akademie

<sup>2053</sup> Hoffmann: Lebensdaten; UAG, Theol. PA, Nr. 72.

<sup>2054</sup> Selbstverfasster Lebenslauf, undatiert [Juni/Juli 1928], in: UAG, Kur., Nr. 4328; UAG, Theol. PA, Nr. 48; NLA HA, Nds. 1971, Hildesheim, Nr. 60228.

<sup>2055</sup> Lebenslauf in der Broschüre ‚Ehrenpromotion‘ durch die Phil. Fakultät der Universität Augsburg vom 22.6.1983. UAG, Theol. PA, Nr. 74. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 134; Lähmann: Kittel.

Altona; 1930–1933 Bundesführer der *Deutschen Freischar*; 1932 Habil.; 1932–1938 PD in Göttingen; 1933 Hochschule für Lehrerbildung in Lauenburg; Mitbegründer der *Großdeutscher Bund*; SA; GDC; 1934 Lehrstuhlvertretung in Münster; Miterausgeber *Deutsche Theologie*; 1934–1937 Hochschule für Lehrerbildung in Danzig; 1935 RDC; 1937 NSDAP; 1937–1941 theologischer Berater von Reichskirchenminister Kerrl; 1937–1946 Ordinarius NT in Münster; 1939 Unterzeichner *Godesberger Erklärung*; 1939–1945 WK II; 1946–1963 Prof. Pädagogische Hochschule in Celle (ab 1953 in Osnabrück); 1954–1959 Rektor; 1958 Ehrendoktorwürde Theol. Fak. Münster; 1963–1970 Prof. in Münster; 1970 Emeritierung, 1975 Ehrenmitglied *Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*; 1983 Ehrendoktorat Phil. Fak. Augsburg

**Kuschke, Arnulf:** \* 10. August 1912 in Kiel; † 2. November 1995 in Bad Nauheim<sup>2056</sup>

Väterlicher Beruf: Marine-Ingenieur. 1931 Abitur in Gießen; 1931–1939 Stud. der Theol. und Orientalistik in Gießen und Halle, ab 1937 der Arabistik in Berlin und Kairo, 1937 Dr. theol. in Gießen; 1939–1941 Bibliotheksreferendar und -assessor; 1940–1945 WK II; 1945–1948 Kriegsgefangenschaft; 1949 Habil. in Göttingen; 1952–1955 PD für AT in Erlangen; 1953 Forschungsreisen in den Libanon und nach Syrien; 1954 Entdeckung des Siedlungshügels Tell Kāmid el-Lōz (der altorientalischen Stadt Kumidi); 1955–1968 ao. Prof. für AT und Biblische Archäologie in Mainz, ab 1959 Ordinarius; 1959 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; 1962/63 Dekan; Herausgeber *Zeitschrift des Deutschen Palästina-Vereins*; 1968 Dekan; 1968–1978 Prof. für Biblische Archäologie in Tübingen; 1972 Forschungsreise in den Libanon; 1978 Emeritierung

**Peterson, Erik:** \* 7. Juni 1890 in Hamburg, † 26. Oktober 1960 in Rom<sup>2057</sup>

Väterlicher Beruf: Leiter einer orthopädisch-gymnastischen Heilanstalt. 1910–1914 Stud. der Theol. in Straßburg, Berlin, Basel und Göttingen; 1914–1915 Militärdienst und Gefangenenseelsorge; 1915–1919 Stiftsinspektor Göttingen; 1920 Promotion und Habil.; 1920–1924 PD für Christliche Archäologie und Christentumsgeschichte in Göttingen; 1924–1929 Prof. KG und NT in Bonn; 1930 Konversion zur Römisch-katholischen Kirche; 1930–1936 Honorarprof. Phil. Fak. in Bonn; 1933 Übersiedlung nach Rom; 1937 Lehraufträge am Päpstlichen Institut für Christliche Archäologie; 1947 Extraordinariat für Patristik und für das Verhältnis von Antike und Christentum in Rom, ab 1956 Ordinarius; 1960 Ehrendoktorat Phil. Fak. in Bonn und Kath. Fak. München

<sup>2056</sup> <http://gutenberg-biographics.uni-mainz.de/personen/register/eintrag/arnulf-kuschke.html> [zuletzt aufgerufen am 16.12.2017]. Wittern (Hg.): Professoren, S. 50.

<sup>2057</sup> UAG, Theol. PA, Nr. 57. Vgl. Nichtweiß: Peterson; Nichtweiß (Hg.) Theologie, insbesondere XXVIII–LIII; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 194; Mielke: Öffentlichkeit, S. 10.

**Ratschow, Carl-Heinz:** \* 22. Juli 1911 in Rostock; † 10. November 1999 in Marburg<sup>2058</sup>

Väterlicher Beruf: Kaufmann. 1930 Abitur in Rostock; 1930–1935 Stud. der Alten Geschichte und Orientalistik in Leipzig, dann der Theol. und Orientalistik in Göttingen und Rostock; 1933–1935 SS, Ausscheiden als Theologe auf Befehl RFSS (Letztentscheidung: 15.8.1936); 1936 NSKK; 1937 Lic. theol., NSV 1937–1939 Stiftsinspektor Göttingen; 1938 Habil. (AT) in Göttingen; 1939 PD in Göttingen; 1940 Umhabilitierung für Religionsgeschichte und ST nach verweigerter Anerkennung seiner Habilitation; 1939–1945 WK II; 1941 Dr. phil.; 1946 Prof. ST in Münster; 1951 Ehrendoktorat Theol. Fak. Rostock; 1959–1985 Herausgeber *Neue Zeitschrift für Systematische Theologie*, bis 1999 Mitherausgeber; 1962–1979 Prof. ST, Geschichte der Theologie und Religionsphilosophie in Marburg; 1966 Ehrendoktorat Universität Lund; 1976 Initiator und Herausgeber der TRE; 1979 Emeritierung

**Schmidt, Kurt Dietrich:** \* 25. Oktober in Uthlede; † 27. Juni 1964 in Hamburg<sup>2059</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer. 1916–1918 WK I; 1919–1923 Stud. der Theol. in Göttingen; 1920 Stud. Freikorps Göttingen; 1921–1925 Stiftsinspektor Göttingen; 1923 Lic. theol.; 1924 Habil.; 1924–1929 PD in Göttingen; 1929–1933 CSVD (Landesleiter ‚Nordmark‘); Bruderkreis junger Theologen; 1929–1935 Prof. KG in Kiel; 1930 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; 1933 Mitbegründer Pfarrernotbund (Schleswig-Holstein); führendes Mitglied der dortigen BK; 1935 Entpflichtung nach §6 des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*; 1936–1945 Dozent am Missionsseminar in Hermannsburg; 1943 Zentralvorstand *Evangelischer Bund*; 1944–1945 Militärseelsorger in Norwegen; 1945–1953 Lehrbeauftragter und ao. Prof. der Kirchlichen Hochschule Hamburg; 1953–1964 Prof. Universität Hamburg; 1955 Vorsitzender der EKD-*Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in nationalsozialistischer Zeit*; Mitherausgeber *Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes*; 1964 Emeritierung

<sup>2058</sup> Professorenkartei im BArch, R 4901. Vgl. Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 202f.; Christophersen: Ratschow.

<sup>2059</sup> Vgl. Göllnitz: Karrieren, S. 149; Braun/Grünzinger: Personenlexikon, S. 202; Schendel: Schmidt; Oelke: Kirchenhistoriker.

## 7. Lehrbeauftragte

**Emmerich, Kurt:** \* 24. Februar 1903 in Frankfurt (M); † 26. November 1976 in Karlsruhe<sup>2060</sup>

Väterlicher Beruf: Wollkommissionär (Rohstoffeinkäufer). 1921 Abitur in Köln; 1921 Jurastudium in Heidelberg; 1929 Niederlassung als Anwalt in Karlsruhe; 1933 Verlust seiner Zulassung aufgrund seiner ‚nichtarischen‘ Herkunft; 1935 Emigration in die Schweiz; 1936 Konversion zum Protestantismus; 1936–1939 Stud. der Theol. in Basel; 1939 Promotion; Schrift *Die Juden*, herausgegeben von Karl Barth; Emigration nach England; 1939–1943 Lehre von NT und KG im College Bishopcourt auf der Isle of Man; ? Ordination (Church of Scotland); 1943–1946 Betätigung in leitender Funktion in der theologischen Ausbildung für deutsche Emigranten im *Wistow Training Center for postwar Christian Science* bei Leicester; *German Confessional Institute* in London? 1946 Rückkehr nach Deutschland; 1947–1949 Lehrauftrag (Gastdozentur) für AT in Göttingen; 1949 Jurist im Badischen, zuletzt als Landgerichtsdirektor; 1968 Ruhestand

**Harms, Hans-Heinrich:** \* 4. Juli 1914 in Scharmbeck; † 13. April 2006 in Oldenburg<sup>2061</sup>

1932 Abitur in Bremen; 1932–1937 Stud. der Theol. in Göttingen, Bonn und Princeton/USA; 1934? BK; 1937–1939 Vikariat in Gadenstedt/Peine 1939 Ordination; 1941 Dr. theol. in Göttingen; 1939–1945 WK II; 1943 Pfarrer in Roringen und Herberhausen; 1946–1951 Lehrbeauftragter in Göttingen für ökumenische Fragen; 1950–1952 OKR für ökumenische Fragen im Kirchlichen Außenamt der EKD; 1952–1960 Referent beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf; 1960 Lehrbeauftragter für ökumenische Fragen in Hamburg; 3. Christliche Friedenskonferenz in Prag; 1960–1967 Hauptpastor St. Michaelis Hamburg; 1961 Senior in Hamburg; 1963 Ehrendoktorat Theol. Fak. Göttingen; 1967–1985 Bischof der lutherischen Kirche in Oldenburg; 1972–1975 Vorsitzender Arnoldshainer Konferenz; 1973–1985 Rat der EKD; 1985 Emeritierung

<sup>2060</sup> www.gedenkbuch.informedia.de; Dekan Trillhaas an das Kultusministerium am 18.7.1947. UAG, Theol. PA, Nr. 81. Bei Busch heißt es, dass Emmerich nach seinem Studium „in diesem Fach „wohl auch“ promovierte. Busch: Bogen, S. 363. Emmerich war mit der Theologin und Religiösen Sozialisten Gertrud Herrmann verheiratet, die aus rassistischen und politischen Gründen verfolgt wurde. Im Catalogus von Ebel ist Emmerich nicht geführt.

<sup>2061</sup> NLA HA, Nds 171 Hildesheim, Nr. 10487. Vgl. Brandorff: Harms.

**Lüpke, Hans von:** \* 28. Dezember 1866 in Müden/Aller, † 1. Januar 1934 in Göttingen<sup>2062</sup>

Väterlicher Beruf: Pfarrer; 1886–1892 Stud. der Theol. in Tübingen, Erlangen und Göttingen; 1893 Hilfsprediger in Weimar; 1894 Pfarrer in Clodra; 1901 Pfarrer in Thalbürgel; 1907–1933 Herausgeber *Die Dorfkirche*; 1911 Oberpfarrer und Superintendent in Auma; 1917 Pfarrer in Windischleuba; Ehrendoktorat Theol. Fak. Marburg; 1919 Pfarrer in Isenhagen/Hannover; 1925 Emeritierung; 1926–1933 Herausgeber *Neue Saat. Volksbildung und Heimkirchenbewegung*; 1933 Lehrbeauftragung in Göttingen

---

<sup>2062</sup> Vgl. Treiber: *Volkskunde*, S. 392f; Ahlheim: *Missionare*.



# Quellenverzeichnis

## Unveröffentlichte Quellen:

### Bundesarchiv, Standort Berlin (BArch)

BDC (Berlin Document Center)

NSDAP-Mitgliedsdatei

NS 38 Reichsstudentenführung/Nationalsozialistischer Studentenbund

Nr. 2037: Flugblätter aus Göttingen, auch KPD-Hochschulgruppe (1932)

Nr. 2248: Korrespondenz Deutsche Studentenschaft (1933/34)

Nr. 2417: Aktion ‚Wider den deutschen Geist‘ in deutschem und jüdischem Schrifttum (1933)

Nr. 3629: Hochschulgruppen der NSDStB: Göttingen (1928–1935)

Nr. 3680: Korrespondenz NSDStB-Kreisleitung Nord mit der Ortsgruppe Göttingen (1932–1934)

Nr. 3827: Theologieunterricht an deutschen Hochschulen (1937/38)

Nr. 4000: Statistiken (1936–1939)

Nr. 5665: Nationalsozialistischer Studentenbund (1933–1934)

R 58 Reichssicherheitshauptamt (RSHA)

Nr. 5891: Evangelische Studierende (1937)

R 4901 Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung

Nr. 12358 bis Nr. 12381: ‚Professorenkartei‘

Nr. 11889: Professorenangelegenheiten

Nr. 13835: Allgemeine Fakultätsangelegenheiten

Nr. 14472: Schreiben von Prof. Hans Schmidt als Präsident des Fakultätentages an Regierungsrat Schwarz (REM) vom 23.3.1938

R 5101 Reichskirchenministerium

Nr. 23101: Theologische Fakultät der Universität Göttingen (1880–1943)

**Bundesarchiv, Standort Koblenz (BArch)**NL 1721 Nachlass Hermann Dörries

Nr. 16: Reden zum 75. Geburtstag/Laudatio zum 80. Geburtstag (1970)

Nr. 17: Entnazifizierungsunterlagen über Hermann Dörries u.a. (1945–1949)

Nr. 18: Private Unterlagen (1904–1975)

Nr. 21: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz (1934–1975)

Nr. 22: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz (1915–1973)

Nr. 26: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz: Hans von Campenhausen (1930–1945)

Nr. 27: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz: Hans von Campenhausen (1945–1960)

Nr. 29: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz: Paul Leo (1918–1958)

Nr. 31: Allgemeine und wissenschaftliche Korrespondenz: Helmut Thielicke (1939/40, 1969/70) und Adolf Wischmann (1939/44, 1955)

Nr. 32: Korrespondenz im Rahmen der geplanten Berufung nach Heidelberg (1947)

Nr. 33: Korrespondenz zum Universitätskonflikt in Halle (1932)

Nr. 35: Schriftwechsel mit Behörden, Institutionen, Vereinen und Verbänden (1909–1975)

Nr. 45: Vorträge 1946 (Adventsfeier)

Nr. 49: Veröffentlichungen in verschiedenen Monats- und Wochenblätter (1923–1932)

Nr. 50: Veröffentlichungen in verschiedenen Monats- und Wochenblätter (1932–1949)

- Nr. 54: Abschriftensammlung: Feldbriefe von Soldaten, speziell Theologen (1941–1944)
- Nr. 55: Durch Dörries ausgesuchte Feldbriefe ehemaliger Studenten für das ‚Gedenkwerk Kriegsbriefe gefallener Soldaten‘ (1939–1942, 1952)
- Nr. 60: Korrespondenz: Denunziation Hirsch (1936)
- Nr. 67: Korrespondenz: Theologische Fakultät Göttingen (1937–1942)
- Nr. 68: Korrespondenz: Theologische Fakultät Göttingen u.a. (1935–1963)
- Nr. 69: Hochschule: Abschriften, Korrespondenz u.a. (1935–1945)
- Nr. 71: Hochschule: Abschriften, Korrespondenz u.a. (1935–1950)
- Nr. 72: Hochschule: Abschriften, Korrespondenz u.a. (1938–1960)

### **Evangelisches Landeskirchenarchiv Berlin-Brandenburg (ELAB)**

#### Bestand 14: Personalakten Pastoren

- Nr. 22918: Martin Gerhardt (1920–1936)

### **Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA)**

#### Bestand 1: Vorgängereinrichtungen der EDK

- Nr. 1155: Referat Volksmission in der Reichsleitung DC: Handakte Birnbaum (1934)
- Nr. 1156: Referat Volksmission in der Reichsleitung DC: Handakte Birnbaum (1934)
- Nr. 1350: Kirchenpolitische Vorgänge: Handakte Reichsbischof Müller (1933–1935)
- Nr. 1582: Theologisches Gutachten von Hirsch über die Vollmacht des Reichskirchenausschusses (1936)
- Nr. 2760: Arbeitsdienst der Studenten der Theologie (1934)
- Nr. 3108: Wort des Reichsbischofs an die Studenten der Theologie (1935)
- Nr. 3110: Denkschrift und theologische Arbeiten für den Reichsbischof von Prof. Dr. Emanuel Hirsch (1933)
- Nr. 3184: Referat Volksmission in der Reichsleitung DC: Handakte Birnbaum (1934)
- Nr. 3185: Referat Volksmission in der Reichsleitung DC: Handakte Birnbaum (1935)

Bestand 5: Kirchengemeinden

- Nr. 223: Akten betreffend die schwedische Kirche (1933–1935)
- Nr. 327: Studium von Theologiestudenten für spätere Verwendung in Brasilien an der Universität Göttingen (1936–1938)
- Nr. 328: Studium von Theologiestudenten für spätere Verwendung in Brasilien an der Universität Göttingen (1937–1940)
- Nr. 726: Kameradschaftslager: Fachschaftsleiter (1935–1937)
- Nr. 804: Stellungnahmen ausländischer Kirchen und Kreise zur DEK, zum Kirchenkampf, zur Judenverfolgung (1933)
- Nr. 805: Stellungnahmen ausländischer Kirchen und Kreise zur DEK, zum Kirchenkampf, zur Judenverfolgung (1933)

Bestand 7: Evangelischer Oberkirchenrat

- Nr. 4127: Deutsche Studentenvereinigung und der Deutsche Christliche Techniker-Bund/Studentenkampfbund Deutsche Christen (1927–1936)
- Nr. 4383: Akten betreffend die Angelegenheiten der Universitäten (1857–1926)
- Nr. 4384: Akten betreffend die Angelegenheiten der Universitäten (1927–1937)
- Nr. 4385: Akten betreffend die Angelegenheiten der Universitäten (1938–1947)
- Nr. 4389: Volkskirchliche Arbeit deutscher Theologiestudenten: Gemeinschaftslager (1937–1948)

Bestand 50: Kirchenkampf

- Nr. 117: Der Fall Hessel, BK-Pfarrer in Japan (mit einem Fundstück zu Emanuel Hirsch (1936–1940)
- Nr. 104: Gerichtliche und parteigerichtliche Prozesse gegen Angehörige der Bekennenden Kirche: u.a. Adolf Wischmann (1934–1941)
- Nr. 491: Studentenamt der VKL (1936–1937)
- Nr. 631: Reichstagung des Studentenkampfbundes Deutsche Christen (1933)

Bestand 550 Zeitungsausschnittsammlung

- Nr. 39: Theologische Fakultäten (1933–1936)

Bestand 629 Nachlass Carl Stange

- Nr. 20: Göttinger Professoren (1930–1939)
- Nr. 49: Ungarländisch Ev.-luth. Kirche (1930–1941)
- Nr. 54: Frankreich, Spanien, Jugoslawien, Griechenland, England, Japan, Neuseeland (1930–1938)

Bestand 686 Nachlass Helmuth Gollwitzer

Nr. 8794: Zeitschrift ‚Junge Kirche‘ (1936–1984)

Nr. 9015: ‚Die Lage der Theologie‘ (1936/37)

Bestand 712 Nachlass Rudolf Hermann

Nr. 1: Zeugnisse, Lebensläufe und Bestallungsurkunden (1903–1916)

Nr. 2: Zeugnisse, Lebensläufe und Bestallungsurkunden (1923–1950)

**Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin, Stiftung  
Preußischer Kulturbesitz**Nachlass 494 (Vandenhoeck & Ruprecht)

G 1888–1936. G 1935.185, Bl. 586–660: Dittus-Ehrmann

G 1937–1970. Tasche 38 Bl. 468–595: (Dörries; 11.08.1937–22.7.1968)

G 1926–1939. Tasche 15, Bl. 148–251: (Otto–Wobbermin)

G 1926–1939. Tasche 15, Bl. 252–396: (Wobbermin)

**Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin**I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 1 (Kultusministerium: Universitäten allgemein)

Tit. XII, Nr. 25, Bd. IV: Die Studentenverbindungen bei den Universitäten, unter Ausschluss der Katholischen (1907–1927)

I. HA, Rep 76, Va, Sekt. 6 (Kultusministerium: Universität Göttingen)

Tit. IV, Nr. 5, Bd. V: Die Anstellung und Besoldung der außerordentlichen und ordentlichen Professoren in der theologischen Fakultät zu Göttingen (1916–1923)

Tit. IV, Nr. 5, Bd. VI: Die Anstellung und Besoldung der außerordentlichen und ordentlichen Professoren in der theologischen Fakultät zu Göttingen (1924–1935)

Nr. 10154: Wahrung der Disziplin und Bekämpfung von Exzessen: Einleitung von Disziplinaruntersuchungen und Durchführung von Strafverfahren (1903–1925)

VI. HA, Nachlass Carl Heinrich Becker

Nr. 1041: Verordnung über Bildung von Studentenschaften (1927)

Nr. 1042: Stellungnahme des Kultusministeriums zu den Abstimmungsergebnissen über das Studentenrecht an den preußischen Universitäten (1927)

Nr. 6134: Schuster, MdL Preußen (1922–1929)

- Nr. 7036: Parlamentarische Behandlung im Preußischen Landtag des Glückwunschs des Rektors der Universität Göttingen an den Reichspräsidenten v. Hindenburg (1925)
- Nr. 7041: Drei Flugschriften über den Fall Theodor Lessing und über die Schmähungen Hindenburgs (1925)
- Nr. 7037: Disziplinarangelegenheiten der Göttinger Studenten Maaß und Bernardelli (1925)

#### VI. HA, Nachlass Adolf Grimme

- Nr. 1539: Korrespondenz Hans-Waldemar Freytag (1945–1954)

#### **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PAAA)**

- R 61618: Deutsches Kirchenwesen: Evangelische Angelegenheiten (1934–1935)
- R 62058: Evangelische Angelegenheiten: Kongresse (1933/1934)
- R 62059: Evangelische Angelegenheiten: Kongresse (1935–1936)
- R 62060: Evangelische Angelegenheiten: Kongresse (1935–1936)
- R 62148: Evangelische Angelegenheiten: Schweden (1933)
- R 65626: Reisen deutscher Professoren ins Ausland (1933–1934)
- R 67868: Evangelische Angelegenheiten: Dänemark (1931–38)
- R 67870: Deutsches Kirchenwesen: Evangelische Angelegenheiten
- R 69579: Deutsches Kirchenwesen: Evangelische Angelegenheiten (1924–1942)

#### **Universitätsarchiv Berlin**

##### Personalakten

- B 192: Alfred Bertholet (1914–1955)
- F 33: Leonhard Fendt (1933–1956)
- M 95: Eugen Mattiat (1935–1938)
- W 249: Gustav Wobbermin (1922–1948)

#### **Landeskirchliches Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche (LKAB)**

##### Bremische Evangelische Kirche

- B 618: Glaubensbewegung Deutsche Christen: allgemein (1933–1935)
- B 631: Bremer Studienhaus: Allgemeine Verwaltung, Haushalt, Stellenbesetzungen (1938–1977)

B 650: Volksmissionarische Veranstaltungen, kirchliche Aufbau- und Bibelkurse  
(1935–1940)

### Personalwesen

Personalakte: Paul Fehsenfeld

Personalakte: Gustav Greiffenhagen

Personalakte: Heinz Weidemann

### **Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (Düsseldorf)**

6HA 006 (Präses Heinrich Held), Nr. 396

### **Dekanat der Theologischen Fakultät Göttingen**

Dekanatsbuch der Theologischen Fakultät (1908–2016)

Personalakte Joachim Jeremias (ab 1935)

Nr. 189-15: 100. Geburtstag von Emanuel Hirsch (1988)

Nr. 189-26: 250. Universitätsjubiläum (1987)

Nr. 286: Einsichtnahme in Akten der Fakultät aus der Zeit des III. Reiches  
(ab 1972)

Ohne Nummer: Fakultätsordnungen (Altregistratur im Keller)

Ohne Nummer: Auszug aus dem Fakultätsbuch (Altregistratur im Keller)

### **Kirchenkreisarchiv Göttingen (KKAG)**

#### Bestand DCSV (Karton mit Briefumschlägen und verschiedenen Kladden)

Briefumschlag mit zahlreichen Einzel- und Gruppenfotos (ab ca. 1900)

Geschichte der DCSV zu Göttingen: Semesterprotokolle bis 1924

Kreisleiter Georg Kühn: Aufzeichnungen zum WS 1922/23

DCSV Göttingen: Altfreunde Adressen; Protokolle Mitgliederversammlungen  
1919 bis 1922

Chronik der DCSV-Kreises (1924–1931)

Liste der Stundenandachten an der Universität Göttingen (1927–1929)

Protokolle der DCSV WS 1928/29 bis SoSe 1931

Berichte der DCSV WS 1931/32 bis 1933/34

Protokolle der DCSV WS 1931/32 bis 1933/34

Geschichte DCSV (1934–1936)

Dienstbuch der Kameradschaft der DCSV (SoSe 1934)

Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. IV: Spezialpfarrämter (gebunden)

Aus Göttingens Kirchengeschichte, Bd. VII: Quellen (Berichte)

## **Handschriftenabteilung der Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB)**

Nachlass Walter Bauer

Nachlass Friedrich Gogarten

Cod. Ms. Gogarten 400: 304: Emanuel Hirsch

Cod. Ms. Gogarten 400: 312: Dokumente

Cod. Ms. Gogarten 400: 407: Hans Kropatschek

Cod. Ms. Gogarten 400: 444: Hans-Georg Liedtke

Cod. Ms. Gogarten 400: 847: Adolf Wischmann

Cod. Ms. Gogarten 400: 818: Otto Weber

## **Stadtarchiv Göttingen**

Polizeidirektion Göttingen (Pol. Dir.), 24.08 (Vereinspolizei: Politische Vereine und Wahlen)

Pol. Dir. Fach 153, Nr. 27: Jungdeutscher Orden (1923–1934)

Pol. Dir. Fach 153, Nr. 19: Schlageterbund (1923–1935)

Pol. Dir. Fach 153, Nr. 24: NSDAP (1925)

Polizeidirektion Göttingen (Pol. Dir.), 26 (Politische Polizei)

Pol. Dir. Fach 161, Nr. 28: Pazifistische Bestrebungen unter Studenten (1917–1923)

Pol. Dir. Fach 156, Nr. 1: Deutsch-Völkische Freiheitspartei (1922–1923)

Pol. Dir. Fach 156, Nr. 2 Bd. 1: NSDAP (1922–1932)

Pol. Dir. Fach 156, Nr. 2 Bd. 2: NSDAP (1930–1945)

Pol. Dir. Fach 156, Nr. 3 NSDAP: (1926–1937)

Pol. Dir. Fach 156, Nr. 4: Umzüge und Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (1930–1937)

Pol. Dir. Fach 157, Nr. 1, Bd. 1: Evangelische Kirchenangelegenheiten (1933–1937)

Pol. Dir. Fach 159, Nr. 4: Verhaftung des Lic. Otto Piper (1923)



Kleine Erwerbungen

Nr. 50: Burschenschaft Germania (1896–1921)

Nr. 176: NSDAP (1928–1943)

Sammlungen

Nr. 4: Akte betreffend die 50. Wiederkehr des Todestages von Paul de Lagarde (1941)

**Theologisches Stift, Göttingen**

Inspektorenbuch

Karton 1: Schriftverkehr, Bewohnerlisten, Dokumente (Ende der 1920er–1945)

Karton 2: Zweiter Weltkrieg, vor allem Gefallene. Ordner mit Rundbriefen von Pfarrer Adolf Wischmann (1941–1944)

Rundbriefe Adolf Wischmann (1939–1945)

**Universitätsarchiv Göttingen (UAG)**Kuratorium

Nr. 4328: Theodor Hoppe (1928–1932)

Nr. 4329: Otto Piper (1930)

Nr. 4330: Hermann Beyer (1925–1955)

Nr. 4331: Erich Fascher (1926)

Nr. 4332: Georg Wobbermin (1936)

Nr. 10165: Hermann Dörries (1928–1986)

Nr. 10293: Martin Gerhardt (1937–1974)

Nr. 10328: Friedrich Gogarten (1931–1968)

Nr. 10487: Emanuel Hirsch (1921–1972)

Nr. 10548: Joachim Jeremias (1928–1980)

Rektorat

Nr. 3202: Theologische Fakultät: Professoren (1933–1938)

Nr. 3302: Theologische Fakultät: Privatdozenten (1933–1939)

Nr. 4102: Theologische Fakultät: Allgemeine Angelegenheiten (1933–1938)

Nr. 9354: Studentische Verbindungen (1913–1935)

Sekretariat

- Nr. 39.3: Revolution/März 1920 (1918–1920)  
Nr. 39.4: Kriegsfolgen: Versailler Vertrag, ‚Kriegsschuldfrage‘ (1928ff.)  
Nr. 39.6: ‚Fall Theodor Lessing‘ (1926)  
Nr. 52: Reden bei Festlichkeiten (u.a. Reichsgründungsfeiern)  
Nr. 61.22: Hindenburgfeier und Enthüllung der Hindenburg-Büste (1921)  
Nr. 61.30: Verfassungsfeiern der Universität (1930–1932)  
Nr. 299.d: Anstellung, Beförderung, Charakter- und Ordensverleihungen, Entlassung und Ableben: Theologische Fakultät (1901–1933)  
Nr. 310.19: Fall Lic. Piper (1923)  
Nr. 314: Privatdozenten allgemein (1919–1933)  
Nr. 314b: Privatdozenten der Theologischen Fakultät (1902–1929)  
Nr. 599.4.a.: Verschiedene Disziplinarangelegenheiten (1929–1939)  
Nr. 693.28: Die Burschenschaft Alemannia (1880–1924)  
Nr. 693.67: Burschenschaft Germania (1851–1924)  
Nr. 693.68: Wingolf (1867–1929)  
Nr. 693.73: Deutsche Christliche Vereinigung Studierender Frauen (1917–1921)  
Nr. 693.75: Studentische Arbeitsgemeinschaft des christlichen Vereins Junger Männer (1933)  
Nr. 693.94: Göttinger Fachschaften (1920)  
Nr. 693.98: Theologische Studentenverbindung Concordia/Coburgia (1880–1929)  
Nr. 693.117: Ev.-luth. Studentenverein Philadelphia (1929–1932)  
Nr. 693.148: Studentischer Bund zur Besprechung religiöser Lebensfragen (1920)  
Nr. 699.5a: Studentenvertretung der Göttinger Studentenschaft (1925–1927)  
Nr. 699.6: Studentenvertretung der Göttinger Studentenschaft (1928)  
Nr. 699.7: Deutsche Studentenschaft der Universität Göttingen (1928–1933)

Theol. PA (Theologische Fakultät II Personalien und Habilitationen)

- Nr. 25: Johannes Behm (1921–1935)  
Nr. 28: Carl Mirbt (1888–1942)  
Nr. 30: Georg Wobbermin (1921–1935)  
Nr. 31: Nathanael Bonwetsch (1890–1921)  
Nr. 42: Hans Duhm (1920–1935)  
Nr. 48: Theodor Hoppe (1927–1950)  
Nr. 50: Erich Fascher (1925–1931)

- Nr. 54: Otto Piper (1920–1934)  
Nr. 57: Erik Peterson (1915–1924, 1957)  
Nr. 59: Hermann Wolfgang Beyer (1925–1943)  
Nr. 63: Hans von Campenhausen (1930–1948)  
Nr. 66: Friedrich Baumgärtel (1937–1941, 1945–1946)  
Nr. 71: Emanuel Hirsch (1921–1959)  
Nr. 74: Helmut Kittel (1928–1938)  
Nr. 75: Hermann Kuhn (1949–1943)  
Nr. 72: Georg Hoffmann (1931–1945, 1960)  
Nr. 77: Johannes Meyer (1911–1957)  
Nr. 79: Gerhard von Rad (1945–1954)  
Nr. 78: Kurt Möhlenbrink (1933–1849)  
Nr. 80: Carl Heinz Ratschow (1938–1945)  
Nr. 81: Erich Roth (1944–1957)  
Nr. 87: Werner Wiesner (1945–1949)  
Nr. 82: Heinrich Seesemann (1935–1937, 1987)  
Nr. 92: Walter Bauer (1916–1961, 1985)  
Nr. 96: Walter Birnbaum (1893–1987)  
Nr. 102: Hermann Dörries (1928–1978)  
Nr. 108: Friedrich Gogarten (1935–1968)  
Nr. 114: Johannes Hempel (1928–1937, 1941, 1954–1969)  
Nr. 122: Christian Reinhard Mahrenholz (1930–1980)  
Nr. 136: Hermann Schuster (1924–1965)  
Nr. 140: Carl Stange (1903–1960)  
Nr. 143: Wolfgang Trillhaas (1946–1995)  
Nr. 146: Otto Heinrich Weber (1934–1968, 1982)  
Nr. 149: Ernst Wolf (1946–1949)  
Nr. 179: Hermann Preisker (1935)  
Nr. 180: Hans von Lüpke (1930–1934)

Theol. SA (Theologische Fakultät I. Sachakten)

- Nr. 132: Satzungen, Dekan, Amtsverkehr, Dozenten, Universitätsfeiern  
(1857–1931)  
Nr. 134: Akten betreffend Fakultät und Hannoversche Landeskirche (1868–1931)  
Nr. 140: Theologische Fakultät, kirchliche Angelegenheiten und Kirchenpolitik,  
besonders im 3. Reich (1923–1943)

- Nr. 146.1: Fakultätentage der evangelischen theologischen Fakultäten (1919–1934)
- Nr. 148.1: Vorlesungen und Vorlesungsverzeichnis, Lehraufträge und Semestereinteilung, Studentenzahlen (1919–1946)
- Nr. 149: Theologisches Stift (1919–1957)
- Nr. 152: Studierende und Dozierende (1925–1944)
- Nr. 154: Abschlussprüfungen (1922–1953)
- Nr. 157: Prüfungsangelegenheit Hannover-Braunschweig (1935–1945)
- Nr. 159: Theologisches Sprachenkonvikt (ab 1952 Gerhard-Uhlhorn-Konvikt) (1931–1954)
- Nr. 160: Theologisches Seminar: Betrieb, Bibliothek, Assistenten (1910–1950)
- Nr. 163: Theologische Fakultät: Betrieb, akademische Preise, Ephorat, Dekan, Satzungen
- Nr. 169: Dekanatsakten (1944–1948)
- Nr. 186: Studentenpfarramt (1926–1962)
- Nr. 198: Protokollbuch (1909–1929)
- Nr. 199: Umläufe (1923–1947)
- Nr. 207: Lehrstuhl für AT: Nachfolge Baumgärtel (1941–1946)
- Nr. 208: Lehrstuhl für NT: Nachfolge Behm, Bauer, Bornkamm (1935–1946)
- Nr. 209: Lehrstuhl für PT: Nachfolge Birnbaum (1935, 1945–1946)
- Nr. 210: Lehrstuhl für AT: Nachfolge Hempel (1937–1946)
- Nr. 211: Lehrstuhl für PT: Nachfolge Johannes Meyer (1935)
- Nr. 214: Lehrstuhl für Reformierte Theologie (1917–1934)
- Nr. 215: Lehrstuhl für ST: Nachfolge Georg Wobbermin (1935–1936)
- Nr. 216: Lehrstuhl für KG: Martin Gerhardt (1936–1946)
- Nr. 233: Versuch zur Einrichtung eines Lehrauftrags für Wilhelm Caspari (1936)

### **Landeskirchliches Archiv Hannover (LKAH)**

#### B 1A Generalakten der Landeskirche Hannover

Nr. 268 Generalakte über die Professoren an der Universität Göttingen

#### B 7 Personalakten Landeskirche Hannover

Nr. 1467 Personalakte Hans Wiesenfeldt

E 28 Gerhard-Uhlhorn-Konvikt

Nr. 19 Verschiedenes (1932–1937)

Nr. 66 Die Studenten des Sprachenkonvikts (1938–1989)

Nr. 93 Inspektoren und Repetenten am Theologischen Sprachenkonvikt  
(1931–1939)

Nr. 97 Anpassung des Sprachkonvikts an die Kameradschaftshäuser (1933–1935)

Nr. 104 Sprachenkonvikt (1933–1940)

E 33a Studentenpfarramt Hannover (Göttingen):

Nr. 1 Berichte, Protokolle, Vorträge (1926–1933)

Nachlass 78: Adolf Wischmann

Nr. 36 Allgemeines (1937–1956)

Nr. 40 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1947)

Nr. 41 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1947)

Nr. 42 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1948)

Nr. 43 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1948)

Nr. 44 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1948)

Nr. 45 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1948)

Nr. 47 Schriftwechsel, Aktivitäten der Studentengemeinde (1946–1947)

Nr. 48 Private Korrespondenz (1947)

Nr. 49 Private Korrespondenz (1947)

Nr. 55 Dienstbetrieb (1941–1948)

Nr. 56 Dienstbetrieb (1926–1982)

Nr. 57 Zeltlager für Kandidaten (1936–1938)

Nr. 258 Briefe M-L

Nr. 381 Rechtsstreit (1939)

Nr. 382 Rechtsstreit (1939–1958)

Nr. 418 Dienstbetrieb (1935–1947)

Nr. 510 Dienstbetrieb (1938)

Kirchenkampfdokumentation

Nr. 131: Universität Göttingen: Allgemein

Nr. 132: Universität Göttingen: Streit um Prof. Hirsch

Nr. 133 Universität Göttingen: Streit um Birnbaum

Pressesammlung Theologische Fakultät Göttingen (1848, 1947–2011)**Wingolfsarchiv Hannover (WAH)**

Karton Arierparagraf (1933)

Karton August Winkler: Allgemeine Korrespondenz (1918–1929)

Ordner Göttingen (1864–1939)

**Niedersächsisches Landesarchiv Hannover (NLA HA)**Nds. 171 Hildesheim (Entnazifizierung)

Nr. 5349: Schuster, Hermann

Nr. 7490: Gerhardt, Martin

Nr. 7767: Roth, Erich

Nr. 7916 Gogarten, Friedrich

Nr. 8425: Meyer, Johannes

Nr. 9200: Dörries, Hermann Dörries

Nr. 10182: Jeremias, Joachim

Nr. 10221: Stange, Carl

Nr. 10242: Mahrenholz, Christhard

Nr. 10487: Harms, Hans-Heinrich

Nr. 13231: Birnbaum, Walter

Nr. 16157: Weber, Otto

Nr. 60228: Hoppe, Theodor

Nr. 63687: Birnbaum, Walter

Nds. 401 Niedersachsen: Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Acc. 92/85, Nr. 28: Wissenschaftliche Assistenten der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen (1949–1955)

Acc. 92/85, Nr. 36: Einstellung von Professoren an der Universität Göttingen (1945–1950)

Acc. 92/85, Nr. 169: Dozenten der theologischen Fakultät der Universität Göttingen (1947–1949)

Acc. 112/83, Nr. 986: Emeritierung von Professoren der Universität Göttingen (1945–1948)

Acc. 2003/128, Nr. 501 Ökumenische Theologie: Hermann Dörries (1947–1977)

Acc. 2003/128, Nr. 512: Ordinariat Ernst Wolf (1946–1947)

**Universitätsarchiv Münster (UAM)**

Best. 10 Kurator: Personalakten

Nr. 11559 Otto Piper

**Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS)**

Abt. 47: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Nr. 9629: Personalakte Julius Wagenmann (1924–1964)

**Landeskirchliches Archiv der Nordkirche, Standort Schwerin (LKAS)**

Best 03.06.02: Landesbischof Walter Schultz

Nr. 121: Schriftwechsel mit Professor D. Emanuel Hirsch, Göttingen  
(1937–1943)

**Korrespondenzarchive**

Korrespondenzarchive waren u.a.: Landeskirchenarchiv Thüringen (Eisenach), Universitätsarchiv Erlangen, Universitätsarchiv Greifswald, Landeskirchliches Archiv der Nordkirche, Standort Kiel, Universitätsarchiv Mainz, Literaturarchiv Marbach, Universitätsarchiv Münster, Landeskirchenarchiv Bayern (Nürnberg), Landeskirchliches Archiv Braunschweig (Wolfenbüttel).





## Literaturverzeichnis

### Gedruckte Quellen, Quellensammlungen und Primärliteratur

- ALAND, KURT (HG.): Glanz und Niedergang der deutschen Universität. 50 Jahre Wissenschaftsgeschichte in Briefen an und von Hans Lietzmann (1892–1942), Berlin 1979.
- ALTHERRENVERBAND DER TURNERSCHAFT CHERUSCIA ZU GÖTTINGEN (Hg.): Chronik der Turnerschaft Cheruscia zu Göttingen, Homberg/Efze 1982.
- AMTLICHES NAMENSVERZEICHNIS UND VERZEICHNIS DER VORLESUNGEN DER GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT ZU GÖTTINGEN [im Folgenden: ANV/VV], Göttingen 1918–1945.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DES SCHWARZBURGBUNDES (Hg.): Die Schwarzburg [im Folgenden SB]. Hochschulmonatsschrift. Verschiedene Orte, 1918ff.
- BARTH, KARL: Karl Barth-Gesamtausgabe [im Folgenden: KBG], hg. von der Karl-Barth-Stiftung, Zürich, 1971ff.
- DERS.: Christengemeinde und Bürgergemeinde. Kirche und Staat (Schriftenreihe des Volksmissionarischen Amtes der Ev. Kirche von Westfalen), Gladbeck 1947.

- BAUER, WALTER: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“. Festrede zur Reichsgründungsfeier der Georg-August-Universität am 18.1.1930, in: Mitteilungen des Universitätsbundes 2/1930, S. 1–19.
- BAUMGÄRTEL, FRIEDRICH: Die Bedeutung des Alten Testaments für den Christen, Schwerin 1925.
- DERS.: Ist die Kritik am Alten Testament berechtigt? Notwendigkeit, Wesen und Nutzen historisch-kritischer Betrachtung des Alten Testaments, Schwerin 1927.
- DERS.: Der Theologiestudent und die Bibel, Gütersloh 1929.
- DERS.: Die Eigenart der alttestamentlichen Frömmigkeit, Schwerin 1932.
- DERS.: Unseren gefallenen Kommilitonen zum Gedächtnis. Akademische Feier zum Gedächtnis der im Weltkriege gefallenen Kommilitonen am 25. November 1934 in der Jakobikirche (Greifswalder Universitätsreden 41), Greifswald 1934.
- DERS.: Die Kirche ist Eine. Die alttestamentlich-jüdische Kirche und die Kirche Jesu Christi. Eine Verwahrung gegen die Preisgabe des Alten Testaments, Greifswald 1936.
- DERS.: Zur Frage der Deutung des Alten Testaments, in: ZSTh 1 (1938), S. 136–162.
- DERS.: Das Christuszeugnis des Alten Testaments, in: Wort und Tat. Zeitschrift für evangelische Wahrheit und kirchliche Verantwortung 10 (1936), S. 309–316.
- DERS.: Vor- und Frühgeschichte des Judentums. Eine Entgegnung auf den gleichnamigen Artikel in Nr. 23 des Informationsdienstes ‚Volksaufklärung und Schule‘, in: Wort und Tat. Zeitschrift für evangelische Wahrheit und kirchliche Verantwortung 11 (1936), S. 332–335.
- DERS.: Zur Judenfrage. Darf man über die Frühgeschichte des Judentums nichts sagen und schreiben?, in: Wort und Tat. Zeitschrift für evangelische Wahrheit und kirchliche Verantwortung 2 (1937), S. 58–62.
- BEGLEITBUCH ZUM GESANGBUCH DER KOMMENDEN KIRCHE, Bremen 1939.
- BEHM, JOHANNES: Altes Testament und deutsches Christentum [Sonderdruck aus: Pädagogisches Magazin, Heft 1138; Schriften zur politischen Bildung, IX. Reihe, Christentum, Heft 4], Langensalza 1927.
- DERS.: Religion und Recht im Neuen Testament. Rektoratsrede, gehalten bei der Jahrfeier der Georg-August-Universität am 10. Juni 1931, Göttingen 1931.
- DERS.: Einleitung in das Neue Testament, 8. Aufl., völlig neu bearbeitete Aufgabe der Einführung von Paul Feine, Leipzig 1936.
- DERS.: Die Offenbarung des Johannes (Das Neue Testament Deutsch 11), Göttingen 1937.

- DERS.: Volk und Gottesvolk. Biblische Grundlagen zur Frage von Kirche und Volk, in: Eugen Gerstenmaier (Hg.): Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz, Berlin 1937, S. 56–62.
- DERS.: Geschichte und Geheimnis des Neuen Testaments, Potsdam 1939.
- BINDER, JULIUS: Nietzsches Staatsauffassung. Festrede im Namen der Georg-August-Universität zur Jahrfeier der Universität, gehalten am 17. Juni 1925, Göttingen 1925.
- BIRNBAUM, WALTER: Wider die Front des Gottlosentums. Abwehr oder Verkündigung?, Potsdam 1931.
- DERS.: Der Weg der Deutschen Christen zu deutschem Christentum, Predigt zum Morgen-Gottesdienst sowie Vorträge zur Landesschulungstagung der Deutschen Christen in Dresden am 24. Juni 1934 (Schriften der Deutschen Christen 6), Dresden 1934.
- DERS.: Das Wesen der Gemeinde und ihre heute notwendige Gestalt, Gnadensfrei 1936.
- DERS.: Die Freien Organisationen der Deutschen Evangelischen Kirche. Ursprung, Kräfte und Bindungen, Wirkungsformen (Theologische Wissenschaft), Stuttgart 1939.
- DERS.: Zeuge meiner Zeit. Aussagen zu 1912 bis 1972, Göttingen 1973.
- BIRD, GEOFFREY: Die Wiedereröffnung der Universität Göttingen, in: Manfred Heinemann (Hg.): Umerziehung, S. 167–171.
- BLUME, WERNER: Entstehung und Aufgabe der Hochschulgruppe Göttingen des NSD-Dozentenbundes, in: GHZ 1937, S. 38–40.
- BORSDORF, ULRICH/NIETHAMMER, LUTZ (HG.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik, Frankfurt (M) 1976.
- BURSCHENSCHAFTLICHE WEGE [im Folgenden BW]. Zeitschrift der Burschenschaften des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes, Berlin 1909ff.
- CAMPENHAUSEN, HANS FREIHERR VON: Die ‚Murren‘ des Hans Freiherr von Campenhausen. „Erinnerungen, dicht wie Schneegestöber.“ Autobiografie (hg. von Ruth Slenczka), Norderstedt 2005.
- DIE CHRISTLICHE WELT [im Folgenden CW], Tübingen, 1892ff.
- COHEN, ERICH: Aufbewahrtes Leben unter schützenden Händen. erinnert von einem rheinischen Pfarrer (Schriften des Archivs der Evangelischen Kirche im Rheinland 20; Rheinische Autobiografien 4), Düsseldorf 1998.
- DEHN, GÜNTHER: Die alte Zeit, die vorigen Jahre. Lebenserinnerungen, München 1962.
- DOERING, BRUNO: In memoriam Johannes Behm, in: ThLZ 3 (1949), S. 178–171.

- DÖRRIES, HERMANN: Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen. An die Kritiker des Nationalsozialismus: ein Schutzwort statt einer Kritik, in: Klotz (Hg.): Kirche, Bd. 2, S. 38–46.
- DERS.: Luther und Deutschland (Sammlung gemeinverständlicher Vorträge 169), Tübingen 1934.
- DERS.: Ist der sogenannte Deutschglaube deutsch? Ein Beweisantrag. Offener Brief an Professor W. Hauer, Göttingen 1934.
- DERS.: Germanische Religion und Sachsenbekehrung, Göttingen 1934 [Sonderdruck der ZGNSKG 38 (1934), S. 52–83, mit geringfügigen Veränderungen und einem Nachwort erneut abgedruckt in: Walther Lammers (Hg.): Die Eingliederung der Sachsen in das Frankenreich (Weg der Forschung CLXXXV), Darmstadt 1970, S. 261–306].
- DERS.: Heliandfragen, in: ZGNSKG 40 (1935), S. 1–22.
- DERS.: Die Bekehrung der deutschen Stämme (Schriftenreihe des evangelischen Männerwerks 1), Potsdam 1936.
- DERS.: Wohin gehört Meister Eckardt?, in: JK 1 (1937), S. 9–21.
- DERS.: Äußere Ordnung und lutherisches Bekenntnis, in: JK 14 (1937), S. 582–586.
- DERS.: Gottschalk, ein christlicher Zeuge der frühen Neuzeit, in: JK 16 (1937), S. 670–684 [unveränderter Nachdruck in: ders.: Wort, Bd. 2, S. 112–128].
- DERS.: Heinrich I. und das altsächsische Christentum, in: ZGNSKG 43 (1938), S. 5–32.
- DERS.: Germanische Nationalkirchen, in: JK 6/1 (1938), S. 8–23; 6/2 /1938), S. 56–69 [unveränderter Nachdruck in: ders.: Wort, Bd. 2, S. 78–111].
- DERS.: Symeon von Mesopotamien, Leipzig 1941.
- DERS.: Gottesgehorsam und Menschengehorsam bei Luther, in: Archiv für Reformationsgeschichte 39 (1942), S. 47–84.
- DERS.: Das Bekenntnis in der Geschichte der Kirche, Göttingen 1946.
- DERS.: Wort und Stunde, Bd. 1: Gesammelte Studien zur Kirchengeschichte des vierten Jahrhunderts, Bd. 2: Aufsätze zur Geschichte der Kirche im Mittelalter, Bd. 3: Beiträge zum Verständnis Luthers, Göttingen 1966/1970.
- DOHNA, LOTHAR GRAF VON: Erlebte Geschichte. Erinnerungen an die Jahre vor und nach Kriegsende, Göttingen 2019.
- DOKUMENTATION, in: Udo Schnieders/Stefan Kellner (Hg.): Kirche, S. 265–351.

- DOKUMENTE ZUR KIRCHENPOLITIK DES DRITTEN REICHES, hg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Bd. 1: Das Jahr 1933 (bearb. von Carsten Nicolaisen), München 1971; Bd. 2: Vom Beginn des Jahres 1934 bis zur Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten 1934/35 (bearb. von Carsten Nicolaisen), München 1975; Bd. 3: Von der Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten bis zum Rücktritt des Reichskirchenausschusses 1935/37 (bearb. von Gertraud Grünzinger und Carsten Nicolaisen), München 1994; Bd. 4: Vom Wahlerlass Hitlers bis zu Bildung des Geistlichen Vertrauensrates 1937/39 (bearb. von Gertraud Grünzinger und Carsten Nicolaisen), Gütersloh 2000; Bd. 5: Die Zeit des Zweiten Weltkriegs 1939/45 (bearb. von Gertraud Grünzinger und Carsten Nicolaisen), Gütersloh 2008; Bd. 6: Die Kirchenpolitik in den ein- und angegliederten Gebieten 1938/45 (bearb. von Gertraud Grünzinger), Gütersloh 2017.
- DAUS, ERNST: Der Beitrag der Kirche im Kampf gegen den Bolschewismus. Beitrag zum Reichsberufskampf der deutschen Studenten 1937, 2 Bände, Göttingen 1937 [Band 1 wurde im Verlag der Deutschen Christen, Weimar, veröffentlicht].
- DUHM, HANS: Das Alte Testament in Verkündung und Unterricht, Gnadensfrei 1936.
- EXODUS PROFESSORUM. Akademische Feier zur Enthüllung einer Ehrentafel für die zwischen 1933 und 1945 entlassenen und vertriebenen Professoren und Dozenten der Georgia Augusta am 18. April 1989 (Göttinger Universitätsreden 86), Göttingen 1989.
- FELTKAMP, HANS: In meines Hauses Vater. Ein Dorfpastor erinnert sich, 2. erw. Aufl., Sandborstel [Eigenverlag] 1998.
- GERHARDT, MARTIN: Die Kirchenpolitik der Habsburger in ihrer Auswirkung auf das Deutschtum der Ostmark, in: Ansprachen und Vorträge anlässlich der Göttinger Hochschultage 1939 und des Kreistags der NSDAP (Göttinger Akademische Reden 8), Göttingen 1939.
- DERS.: Die Kirchenpolitik der Habsburger in ihrer Auswirkung auf das Deutschtum der Ostmark (Schriftenreihe Kommende Kirche 7), Bremen 1940.
- DERS.: Norwegische Geschichte, Hamburg 1942.
- DERS.: Ein Jahrhundert Innere Mission. Die Geschichte des Centralausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirchen, 2. Bd., Gütersloh 1948.
- DERS.: Norwegische Geschichte, 2., von Walther Hubatsch neu bearbeitete Aufl., Bonn 1963.
- GESANGBUCH DER KOMMENDEN KIRCHE, Bremen 1939.
- GÖCKERITZ, HERMANN GÖTZ (HG.): Briefwechsel Rudolf Bultmann – Friedrich Gogarten 1921–1967, Tübingen 2002.

- GÖTTINGER UNIVERSITÄTSTASCHENBUCH, Göttingen 1921ff.
- GÖTTINGER UNIVERSITÄTS-ZEITUNG [ab 1949 Deutsche Universitäts-Zeitung; im Folgenden: GUZ], Göttingen 1945ff.
- GOGARTEN, FRIEDRICH: Schöpfung und Volkstum, in: Zwischen den Zeiten 10 (1932), S. 481–504.
- DERS.: Politische Ethik. Versuch einer Grundlegung, Jena 1932.
- DERS.: Einheit von Evangelium und Kirche, Hamburg 1933.
- DERS.: Das Bekenntnis der Kirche, in: ders. (Hg.): Das Bekenntnis der Kirche, Jena 1934, S. 5–52.
- DERS.: Der Zerfall des Humanismus und die Gottesfrage. Vom rechten Ansatz des theologischen Denkens. Stuttgart 1937.
- DERS.: Gericht oder Skepsis. Eine Streitschrift gegen Karl Barth, Jena 1937.
- DERS.: Zur Wiedereröffnung der Universität. Predigt über Mth. 7, 24–29, gehalten am Sonntag, den 16. September 1945, in: Die Sammlung 1 (1945), S. 80–85.
- DERS.: Der Schatz in irdenen Gefäßen. Predigten, Stuttgart 1960.
- GOLDSCHMIDT, DIETRICH: Als Redakteur bei der ‚Göttinger Universitäts-Zeitung‘. Erinnerungen 1945 bis 1949, in: Das Argument 2/3 (1995), S. 207–222.
- HEMPEL, JOHANNES: Altes Testament und völkische Frage, Göttingen 1931.
- DERS.: Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, in: Klotz (Hg.): Kirche, Bd. 1, S. 44–52.
- DERS.: Meine Zeit in deinen Händen. Predigt, gehalten am 2. Juli 1933 im akademischen Gottesdienst, Göttingen 1933.
- DERS.: Zur Geschichte des Hakenkreuzes, in: Deutsches Pfarrerblatt 37 (1933), S. 477–479.
- DERS.: Das Alte Testament und die völkische Idee, Bonn 1935.
- DERS.: Politische Absicht und politisches Wirken im biblischen Schrifttum, in: Nachrichten der Göttinger Akademie der Wissenschaften 1937/38, S. 42–59.
- DERS.: Das Ethos des Alten Testaments, Berlin 1938.
- DERS.: Die Aufgabe von Theologie und Kirche von der Front her gesehen [Sonderdruck des Eisenacher Instituts], Leipzig 1942.
- HIRSCH, EMANUEL: Fichtes Religionsphilosophie im Rahmen der philosophischen Gesamtentwicklung Fichtes, Göttingen 1914.
- DERS.: Die Liebe zum Vaterland (Friedrich Mann's pädagogisches Magazin 973; Schriften zur politischen Bildung), Langensalza 1924.
- DERS.: Der Wille des Herrn. Predigten 1914 – 1925 (EHGW 37), Waltrop 2001.
- DERS.: Das Evangelium. Predigten 1926 – 1929 (EHGW 38), Waltrop 2001.

- DERS.: Schöpfung und Sünde in der natürlich-geschichtlichen Wirklichkeit des einzelnen Menschen. Versuch einer Grundlegung christlicher Lebensweisung (Beiträge zur systematischen Theologie 1) Tübingen 1931.
- DERS.: Vom verborgenen Suverän, in: Glaube und Volk 2 (1933), S. 4–13.
- DERS.: Das kirchliche Wollen der Deutschen Christen, Berlin 1933.
- DERS.: Arier und Nichtarier in der deutschen evangelischen Kirche, in: Kirche und Volkstum in Niedersachsen 2 (1933), S. 17–20.
- DERS.: Die gegenwärtige geistige Lage im Spiegel philosophischer und theologischer Besinnung. Akademische Vorlesungen zum Verständnis des Jahres 1933. Göttingen 1934.
- DERS.: Deutsches Volkstum und evangelischer Glaube, Hamburg 1934.
- DERS.: Der Weg des Glaubens (Hammer und Nagel 1), Bordsesholm 1934.
- DERS.: Über Kirche und Bekenntnis (Denkschrift der Reichskirchenregierung), in: Gesetzblatt der DEK, August 1934 (Beilage), S. 1–6.
- DERS.: Über das grundsätzliche Verhältnis von evangelischem Christentum und politischer Bewegung (Denkschrift der Reichskirchenregierung), in: Gesetzblatt der DEK, August 1934 (Beilage), S. 6–16.
- DERS.: Das Alte Testament und die Predigt des Evangeliums, Tübingen 1936.
- DERS.: Der Weg der Theologie, Stuttgart 1937.
- DERS.: Meine Stellung zur Kirchenwahl, in: Kommende Kirche 17 (1937) vom 25.4.1937.
- DERS.: Der Weg der Theologie, in: Arthur Schürmann (Hg.): Volk und Hochschule im Umbruch, Berlin 1937, S. 53–69 [abgedruckt in: ders.: Weg, S. 7–21].
- DERS.: Die Lage der Theologie, in: Deutsche Theologie 3 (1936), S. 36–66 [abgedruckt in: ders.: Weg, S. 21–60].
- DERS.: Hans Grimms amerikanische Rede, in: Deutsche Theologie 3 (1936), S. 96–98 [abgedruckt in: ders.: Weg, S. 125–127].
- DERS.: Das Wesen des Christentums, Weimar 1939.
- DERS.: Jesus. Wort und Geschichte Jesu nach den ersten drei Evangelien, Bremen 1939.
- DERS.: Lieder der Kommenden Kirche, in: Kommende Kirche 6 (1939) vom 5.2.1939.
- DERS.: Das Gesangbuch der Kommenden Kirche, in: Kommende Kirche 42 (1939) vom 22.10.1939.
- DERS.: Paulus, Bremen 1940.
- HOFF, WALTER: Was erwartet die Kirche von der theologischen Jugend und was erwartet die theologische Jugend von der Kirche, in: Hossfelder (Hg.): Volk, S. 17–19.

- HOFFMANN, GEORG: Lebensdaten Margarete und Georg Hoffmann, in:  
<http://www.hanns-hoffmann.de/Georg20Hoffmann%20Lebensdaten.pdf>
- HOSSENFELDER, JOACHIM (HG.): Volk und Kirche. Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung 1933 der Glaubensbewegung Deutsche Christen (Schriftenreihe der Deutschen Christen), 2. Aufl., Berlin 1933.
- JAHRBUCH DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IN GÖTTINGEN, Göttingen 1940ff.
- JEREMIAS, JOACHIM: Jerusalem zur Zeit Jesu. Kulturgeschichtliche Untersuchung zur neutestamentlichen Zeitgeschichte, I. Teil: Die wirtschaftlichen Verhältnisse, Leipzig 1923; II. Teil: Die sozialen Verhältnisse, A: Reich und Arm, Leipzig 1924; II. Teil: Die sozialen Verhältnisse, B: Hoch und niedrig, 1. Lfg.: Die gesellschaftliche Oberschicht, Leipzig 1929; II. Teil: Die sozialen Verhältnisse, B: Hoch und niedrig, 2. Lfg.: Die Reinerhaltung des Volkstums, Leipzig 1937.
- DERS.: Die Passahfeier der Samaritaner und ihre Bedeutung für das Verständnis der alttestamentlichen Passahüberlieferung (Beihefte zur ZAV 59), Gießen 1932.
- DERS.: Die Abendmahlsworte Jesu, Göttingen 1935.
- DERS.: Kirche und Volk, in: Volkstum und Forschung. Festschrift der Baltischen Monatshefte für Wilhelm Klumburg, Riga 1936, S. 554–561.
- DERS.: Ist die Ordnung der Kirche unabhängig von Glaube und Bekenntnis, in: JK 14 (1937), S. 580–582.
- DERS.: Hat die älteste Christenheit die Kindertaufe geübt? (Der Dienst des Pfarrers 13), Göttingen 1938.
- KLOTZ, LEOPOLD (HG.): Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, 2. Bände, Gotha 1932.
- KOMMENT DES GÖTTINGER WINGOLFS, Göttingen 1927.
- KROHN, HERMANN (HG.): Festschrift aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Theologischen Vereins Coburgia zu Göttingen, Göttingen 1931.
- KUBACH, FRITZ (HG. IM AUFTRAG DES REICHSTUDENTENFÜHRERS): Studenten Bauen auf! Der 2. Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten 1936/37. Ein Rechenschaftsbericht, Berlin 1937.
- KÜCK, JAN (HG.): Zur Lage der Kirche. Die Wochenbriefe von Landesbischof D. August Marahrens 1934–1947, 3 Bd., Göttingen 2009.
- KÜHNHOLD, HEINRICH: Geschichte der Thuringia, Göttingen 1928.
- KUHN, KARL GEORG: Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands), Hamburg 1939.
- DERS.: Die Schriftrollen vom Toten Meer, in: EvTh 11 (1951/52), S. 72–75.



- LATTE, KURT: Ansprache an die Göttinger Studenten 1945, in: Olof Gignon/Wolfgang Buchwald/Wolfgang Kunkel (Hg.): Kurt Latte. Kleinere Schriften zu Religion, Recht, Literatur und Sprache der Griechen und Römer, München 1968, S. XV–XVI.
- LIEBING, HEINZ (HG.): Die Marburger Theologen und der Arierparagraph in der Kirche. Eine Sammlung von Texten aus den Jahren 1933 bis 1945, Marburg 1977.
- LIEDER DER KOMMENDEN KIRCHE, Bremen 1938.
- LILJE, HANNS: Memorabilia. Schwerpunkte meines Lebens. Nürnberg 1973.
- LOEWENICH, WALTER VON: Erlebte Theologie. Begegnungen, Erfahrungen, Erwägungen. München 1979.
- MEYER, JOHANNES: Die Predigt unter dem Einfluss des Krieges, in: Rolffs/ders. (Hg.): Zukunftsausgaben, S. 111–121.
- DERS.: Dänisch-Deutsch-Schwedischer Kursus für Theologie und Weltanschauung in Göttingen (6. bis 20. Juli 1929), in: ThBl. 10/1929, Sp. 248–254.
- MITTEILUNGEN ZUR FÖRDERUNG EINER DEUTSCH-CHRISTLICHEN STUDENTENBEWEGUNG [im Folgenden: Mitteilungen], 1899–1938 [Nr. 163–215 (Juli 1914 bis Januar 1919 unter dem Titel: Die kleine akademische Feldpost; Nr. 377–420 (November 1932 bis Februar 1938) unter dem Titel: Der christliche Student].
- MÖHLENBRINK, KURT: Der Tempel Salomos. Eine Untersuchung seiner Stellung in der Sakralarchitektur des alten Orients (Beiträge zur Wissenschaft vom Alten und Neuen Testament, 4 Folge 7), Stuttgart 1932.
- DERS.: Die Entstehung des Judentums. Versuch einer Darstellung und Wertung altpalästinensischer Religionsgeschichte, Hamburg 1936.
- DERS.: Die Landnahmesagen des Buches Josua, in: ZAV 56 (1938), S. 238–267.
- NACHRICHTEN DER GESELLSCHAFT DER WISSENSCHAFTEN ZU GÖTTINGEN [ab 1940: Akademie der Wissenschaften in Göttingen].
- NATIONALSOZIALISTISCHER LEHRERBUND DEUTSCHLAND/SACHSEN (HG.): Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, Dresden 1934.
- NIEDERSÄCHSISCHE HOCHSCHULZEITUNG: 200 Jahre Universität Göttingen 1737–1937, Göttingen 1937.
- NIEMÖLLER, MARTIN: Pfarrer Niemöller D.D. an die Göttinger Studenten. Rede, gehalten auf Einladung der evangelischen Studentengemeinde am 17. Januar 1946 zu St. Jacobi in Göttingen [Sonderdruck für die Studentengemeinde], Göttingen 1946.
- PIPER, OTTO: Der politische Radikalismus auf den deutschen Hochschulen. Ein Beitrag zur Sozialpsychologie und Sozialpädagogik, in: Deutsche Rundschau 230 (1932), Berlin 1932.

- POSITIVES CHRISTENTUM. Wochenblatt für alle Aufbaukräfte im Dritten Reich, Berlin 1935–1941.
- PROTOKOLLE DES RATES DER EKD (HG. VON DER EVAKZ), Göttingen 1995ff. [im Folgenden: Protokolle].
- RAHLFS, ALFRED: Gedächtnisrede zu Paul des Lagardes 100. Geburtstag (Nachrichten der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Geschäftliche Mitteilungen 1927/28), Berlin 1928.
- DERS.: Paul de Lagardes wissenschaftliches Lebenswerk im Rahmen einer Geschichte seines Lebens (Mitteilungen des Septuaginta-Unternehmens der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 4/1), Berlin 1928.
- REICHSMINISTER FÜR WISSENSCHAFT, ERZIEHUNG UND VOLKSBILDUNG (HG.): Die Deutschen Hochschulen. Eine Übersicht über ihren Besuch, Bd. 1: Sommerhalbjahr 1935 und Winterhalbjahr 1935/36, Berlin 1936.
- RÖNCK, HUGO: Wir eroberten der Bewegung die Hochschule, in: GHZ 1937 (Jubiläums- und Sondernummer 200 Jahre Universität Göttingen 1737–1937), S. 28–31.
- ROLFFS, ERNST/MEYER, JOHANNES (HG.): Die Zukunftsaufgaben der evangelischen Kirche in Niedersachsen, Hannover 1918.
- ROSENBERG, ALFRED: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 43./44. Aufl., München 1934.
- SCHMIDT, FRIEDRICH WILHELM/WINKLER, ROBERT/MEYER, WILHELM (HG.): Luther, Kant, Schleiermacher in ihrer Bedeutung für den deutschen Protestantismus. Forschungen und Abhandlungen (Festschrift Georg Wobbermin), Berlin 1939.
- SCHMIDT, KURT DIETRICH: Luther lehrt beten. Vortrag in St. Johannis zu Göttingen am 12. NOVEMBER 1944 (Theologie und Verkündigung), Lüneburg 1946.
- DERS.: Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage des Jahres 1933, Göttingen 1934.
- DERS.: Dokumente des Kirchenkampfes II. Die Zeit der Reichskirchenausschüsse. Zweiter Teil (29. Mai 1936 bis Ende Februar 1937) (AGKK 14), Göttingen 1965.
- SCHNATH, GEORG: Göttinger Tagebuch Oktober 1918 bis März 1919, in: GJ 24 (1976), S. 171–204.
- SCHÜRMAN, ARTHUR: Die politische Universität, in: GHZ 1937 (Jubiläums- und Sondernummer 200 Jahre Universität Göttingen 1737–1937), S. 27–29.
- SCHWEKENDIEK, FRIEDRICH: Das war's. Ein Leben im 20. Jahrhundert, Bremervörde 1984 [unveröffentlichte Biografie].<sup>2063</sup>

---

<sup>2063</sup> Für die Überlassung von Auszügen der Autobiografie danke ich Frau Isabella Bozsa.

- SCHWÖBEL, CHRISTOPH (HG.): Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, Gütersloh 1981.
- SCHUSTER, HERMANN/SCHUIRMANN, HERMANN: Christentum in Geschichte und Gegenwart. Ein Quellenbuch, Frankfurt (M) 1950.
- SEESEMANN, HEINRICH: Der Begriff Koinōnia im Neuen Testament (Beihefte zur Zeitschrift für die neutestamentliche Wissenschaft 14), Gießen 1933.
- SMEND, RUDOLF: Die Göttinger Universität und ihre Umwelt. Rede, gehalten am Tag der Universität (1. Juli 1953) im Rahmen der Tausendjahrfeier der Stadt Göttingen (Sonderheft der Mitteilungen des Universitätsbundes), Göttingen 1953.
- STANGE, CARL: Jesus und die Juden, in: ZSTh 1 (1933), S. 63–74.
- DERS.: Richtlinien für das Verhältnis von Kirche und Staat, in: ZSTh 1 (1933), S. 147f. [Abgedruckt in: Schmidt: Bekenntnisse 1933, S. 160f.].
- DERS.: Die Bedeutung Luthers für die Gegenwart, in: ZSTh 2 (1933), S. 298–307.
- DERS.: Das Erlanger Gutachten über die Judenfrage, in: AELKZ 51 (1933), Sp. 1191–1193.
- DERS.: Meine Reise ins Baltikum und nach Skandinavien im Herbst 1933, in: AELKZ 52 (1933), Sp. 1217–1223.
- DERS.: Die Lage in Deutschland nach schwedischem Urteil, in: ZSTh 1 (1934), S. 3–21.
- DERS.: Offenbarung und Geschichte, in: ZSTh 1 (1934), S. 80–97.
- DERS.: Weltweites Luthertum (Studien der Luther-Akademie 11), Gütersloh 1936.
- STATISTISCHES REICHSAMT (HG.): Volkszählung: Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Juni 1925, Berlin 1928. In: Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge 401, Berlin 1928/30 [Neudruck Osnabrück 1978].
- TITIUS, ARTUR: Was erwarten wir von der kirchlichen Rechten, in: Rolffs/Meyer (Hg.): Zukunftsaufgaben, S. 101–111.
- TUCHOLSKY, KURT: Gesammelte Werke, 10 Bd., Reinbek/Hamburg 1985.
- TRILLHAAS, WOLFGANG: Aufgehobene Vergangenheit. Aus meinem Leben, Göttingen 1976.
- UNIVERSITÄTSBUND GÖTTINGEN (HG.): Mitteilungen, Göttingen 1918 ff.
- VAHLEN, THEODOR: Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im nationalsozialistischen Staat, in: Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat, Bd. 1: Die weltanschaulichen, politischen und staatsrechtlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates. Gruppe 2: Die politischen und staatsrechtlichen Grundlagen, Berlin 1935.

- VOLLNHALS, CLEMENS (BEARB.): Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch. Berichte ausländischer Beobachter aus dem Jahr 1945 (AKZG, Reihe A: Quellen 3), Göttingen 1988.
- VOLZ, PAUL/STUMMER, FRIEDRICH/HEMPEL, JOHANNES (HG.): Werden und Wesen des Alten Testaments. Vorträge, gehalten auf der internationalen Tagung alttestamentlicher Forscher zu Göttingen vom 4. bis 10. September 1935 (Beiheft zur ZAV 66), Berlin 1936.
- WALDEYER-HARTZ, HUGO VON: Werkstudent und Burschenband, Leipzig 1924.
- WEBER, OTTO: Die Auslegung der Heiligen Schrift als theologische Frage, Neukirchen 1934.
- DERS.: Bibelkunde des Alten Testaments. Ein Arbeitsbuch, Bd. 1: Gesetz und prophetische Geschichte; Bd. 2: Prophetenbücher und Schriften, Berlin 1935.
- DERS.: Weicht, ihr Trauergeister! Eine Betrachtung über die Freude, Berlin 1938.
- DERS.: Die Hugenotten und das deutsch-französische Problem (Sonderdruck aus: Der Deutsche Hugenott 3 (1938), Berlin 1938.
- DERS.: Die Bedeutung der Hugenotten in Geschichte und Gegenwart (Kämpfende Kirche. Flugschriften christlicher Deutscher 59/60 (1939), S. 35–56.
- WEIDNER, ADOLF: Die völkische Idee bei Johann Hinrich Wichern, Stuttgart 1937 [Gemeinschaftsarbeit einer Göttinger Studentengruppe im 1. Reichleistungswettkampf der deutschen Hoch- und Fachschulen].
- WENDLAND, HEINZ-DIETER: Wege und Umwege. 50 Jahre erlebte Theologie 1919–1970, Gütersloh 1977.
- WIGGER, OTTO: Burschenschaft Germania Göttingen. Mitgliederverzeichnis SoSe 1933, ohne Ort 1934.
- WINGOLFSBLÄTTER [im Folgenden WB]. Zeitschrift des Wingolfbundes, versch. Orte, 1872–1936.
- WISCHMANN, ADOLF: Für den Alltag des jungen Theologen. Ein Stück Bruderschaft in der Arbeit des Studiums evangelischer Theologie, Leipzig 1937.
- DERS.: Die Wischmann-Briefe 1939–1945 (hg. von Hans-Heinrich Harms), Stuttgart 1973.
- DERS.: Führung und Fügung. Erinnerungen aus meinem Leben, Hannover 1987.
- WOBBERMIN, GEORG: Die heutige Lage der evangelischen Theologie, in: Christentum und Wissenschaft 9 (1933), S. 1–6.
- DERS.: Zwei theologische Gutachten in Sachen des Arier-Paragraphen – kritisch beleuchtet, in: ThBl. 12 (1933), Sp. 356–359.
- DERS.: Deutscher Staat und evangelische Kirche (Studien zur Systematischen Theologie 14), Göttingen 1934.
- DERS.: Deutscher Staat und evangelische Kirche, zweite, neu bearbeitete Aufl., Berlin 1936.

- DERS.: Arthur Titius. Ökumenische Theologie zur Befriedung der Kirche. Eine Gedenkrede, Berlin 1937.
- DERS.: (Hg.): Der Bischof von Gloucester über Volkstum, Christentum und Kirche in England und Deutschland, Berlin 1939.
- ZIMMERLI, WALTER/JEREMIAS, JOACHIM: In memoriam Walter Bauer, in: ThLZ 4 (1961), Sp. 314–316.

## Darstellungen und Untersuchungen

- ABENDROTH, WOLFGANG: Die deutschen Professoren auf dem Weg in den Nationalsozialismus, in: Tröge (Hg.): Hochschule, S. 11–25.
- AHLHEIM, KLAUS: „Wir müssen Missionare sein, Missionare der Volksgemeinschaft.“ Hans von Lüpke, die Dorfkirchenbewegung und die Heimvolkshulen, in: Paul Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelic/Justus H. Ulbricht (Hg.): ‚Die Erziehung zum deutschen Menschen‘. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik (Geschichte der Erwachsenenbildung 23), Essen 2007.
- AMELN, KONRAD, Mahrenholz, Christhard, in: NDB 15 (1987), S. 694.
- ANDRESEN, CARL: Hermann Dörries, in: Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für das Jahr 1978, S. 40–53.
- ALSUP, JOHN: Leonhard Goppelt (1911–1973), in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 233–238.
- ALTNER, GÜNTER: Ernst Wolf, in: EvK 10 (1971), S. 601–602.
- ALWAST, JENDRIS: Theologie im Dienste des Nationalsozialismus. Mentalitätsanalyse als Schlüssel zum Verständnis der Anfälligkeit von Theologen für den Nationalsozialismus. Eine sozialpsychologische Untersuchung der NS-Theologie von Emanuel Hirsch, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 199–222.
- DERS.: Die Theologische Fakultät unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, in: Hans-Werner Prah (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus. Bd. 1, Kiel 1995, S. 87–138.
- AREND, SABINE/PETERSEN, HANS-CHRISTIAN PETERSEN: Schaefer, Hildegard, in: Ingo von Haar/Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Berlin, 2. Aufl., Berlin 2017, S. 690–696.
- ARNHOLD, OLIVER: „Dem Neuen Testament und dem Bekenntnis der Kirche in unerträglicher Weise entgegen.“ Zum theologischen Gutachten des Reichskirchenausschusses gegen die Thüringer *Kirchenbewegung Deutsche Christen* von Juli 1936, in: Denzler/Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Wissenschaft, S. 151–183.

- DERS.: ‚Entjudung‘. Kirche am Abgrund, Bd. 1: Die Thüringer Kirchenbewegung Deutsche Christen 1928–1939; Bd. 2: Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben 1933–1945 (Studien zu Kirche und Israel 25), Berlin 2010.
- ASSEL, HEINRICH: Der andere Aufbruch. Die Lutherrenaissance (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 72), Göttingen 1994.
- DERS.: ‚Barth ist entlassen ...‘: Emanuel Hirschs Rolle im Fall Barth und seine Briefe an Wilhelm Stapel, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 91 (1994), S. 445–475.
- DERS.: Emanuel Hirsch. Völkisch-politischer Theologe der Luther-Renaissance, in: Gailus/Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 43–68.
- AUFGEBAUER, PETER/NEITZERT, DIETER: Göttingen im Dritten Reich (Dokumente aus dem Stadtarchiv 1), Göttingen 1994.
- AUFGEBAUER, PETER: April 1945. Kriegsende in Göttingen, in: LebensLust: Gö, S. 46–48.
- AUSTAD, TORLEIV: Die Verbindungen der Luther-Akademie Sondershausen mit den nordischen Kirchen 1932–1945, in: Joachim Heubach (Hg.): Aufbruch und Orientierung. Zur Gegenwart der Theologie Luthers (Veröffentlichungen der Luther-Akademie e.V. Ratzeburg 31), Erlangen 2000, S. 11–29.
- BARKENINGS, HANS-JOACHIM: Spuren im Warschauer Ghetto, in: Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Antijudaismus, S. 111–124.
- BAUMGÄRTEL, FRIEDRICH: Wider die Kirchenkampfliegenden. 2. erw. Aufl., Neuendettelsau 1959.
- BAUR, TOBIAS: Das ungeliebte Erbe. Ein Vergleich der zivilen und militärischen Rezeption des 20. Juli 1944 im Westdeutschland der Nachkriegszeit (Militärhistorische Untersuchungen 8), Frankfurt (M) 2007.
- BAUTZ, FRIEDRICH WILHELM: Barth, Karl, in: BBKL I (1990), Sp. 384–396.
- BECKER, HEINRICH /DAHMS, HANS-JOACHIM/WEGELER, CORNELIA (HG.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. und erw. Aufl., München 1998.
- BEINTKER, MICHAEL (HG.): Barth-Handbuch, Tübingen 2016.
- BENZ, WOLFGANG/GRAML, HERMANN/WEIß, HERMANN (HG.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. Aufl., München 2007.
- BERGEL, HEINRICH/SINN, EKHARD: Die Klinik Dr. Sinn. Das Auguste-Viktoria-Heim (Stadt Bad Bevensen. Schriftenreihe des Stadtarchivs 19), Bad Bevensen 1993.
- BERNHARDI, HORST: Neue studentische Gemeinschaften. Die Universität Göttingen in den Jahren 1945 bis 1950, in: GJ 10 (1962), S. 159–172.
- BESIER, GERHARD/SAUTER, GERHARD: Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945, Göttingen 1985.

- BESIER, GERHARD: „Selbstreinigung“ unter britischer Besatzungsherrschaft. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Landesbischof Marahrens 1945–1947 (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens 27), Göttingen 1986.
- DERS.: Zur Geschichte der Kirchlichen Hochschulen oder: der Kampf um den theologischen Nachwuchs, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 252–275.
- DERS./THIERFELDER, JÖRG/TYRA, RALF (HG.): Kirche nach der Kapitulation, Das Jahr 1945 – eine Dokumentation. Bd. 1: Die Allianz zwischen Genf, Stuttgart und Bethel, Stuttgart 1989.
- DERS.: Die Rolle der Kirchen im Gründungsprozess der Bundesrepublik Deutschland (Lüneburger Universitätsreden 2), Lüneburg 2000.
- DERS.: Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937, Berlin u.a. 2001.
- BESTE, NIKLOT: Der Kirchenkampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945. Geschichte, Dokumente, Erinnerungen, Berlin (O) 1975.
- BETHGE, EBERHARD: Dietrich Bonhoeffer. Theologe. Christ. Zeitgenosse, München 1967.
- BEUERMANN, GUSTAV U.A. (HG.): 250 Jahre Georg-August-Universität Göttingen. Ausstellung im Auditorium. 19. Mai bis 12. Juli 1987, Göttingen 1987.
- BEYERCHEN, ALAN D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich. Frankfurt (M) 1982.
- BIEBER, HANS-JOACHIM: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920 (HBSZ 28), Hamburg 1992.
- BIELEFELD, KARL-HEINZ: Göttingens evangelisch-lutherische Kirchengemeinden im Dritten Reich, in: Stadt (Hg): Göttingen, S. 105–124.
- DERS.: Die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden in Göttingen von April bis Ende 1945, in: Stadt (Hg): Göttingen 1945, S. 271–290.
- BIERMANN, MATTHIAS: „Das Wort sie sollen lassen stahn ...“. Das Kirchenlied im ‚Kirchenkampf‘ der evangelischen Kirche 1933–1945 (Arbeiten zur Pastoraltheologie, Liturgik und Hymnologie 70), Göttingen 2011.
- BITZ, HILDE: Trude Emmerich (1905–1983). Eine evangelische Theologin an der Odenwaldschule, in: Peter Zimmerling (Hg.): Evangelische Seelsorgerinnen. Biografische Skizzen, Texte und Programme, Göttingen 2005, S. 335–350.
- BLEUEL, HANS PETER/KLINNERT, ERNST: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen (1918–1935), Gütersloh 1967.
- BLÜMEL, GÜNTER/NATONEK, WOLFGANG: „Das edle Bestreben der breiten Masse zu nützen“. Beiträge zur Geschichte der Volkshochschule Göttingen, 2. überarbeitete Aufl., Göttingen 2016.

- BÖHM, SUSANNE: Deutsche Christen in der Thüringer evangelischen Kirche (1927–1945), Leipzig 2008.
- BÖHME, ERNST: Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens in den fünfziger Jahren, in: GJ 53 (2005), S. 125–156.
- DERS. (HG.): Kaiserreich und Republik in Göttingen (Dokumente aus dem Stadtarchiv 2), Göttingen 2010.
- BOHN, INGRID: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Die deutsche St. Gertruds Gemeinde in Stockholm zur Zeit des Nationalsozialismus (Kieler Werkstücke: Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte 3), Frankfurt (M) 1997.
- BOOCKMANN, HARTMUT: Die Verfassung der Georg-August-Universität von den Anfängen bis 1969, in: Schlotter (Hg.): Geschichte, S. 11–24.
- DERS.: Göttingen. Vergangenheit und Gegenwart einer europäischen Universität, Göttingen 1997.
- BÜLOW, VICCO VON: „Das Lebensgefühl der Zeit als Frage an die Kirche“. Der Theologe Otto Weber im Nationalsozialismus, in: Denzler/Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Wissenschaft, S. 136–150.
- DERS.: Otto Weber (1902–1966). Reformierter Theologe und Kirchenpolitiker (AKZG, Reihe B: Darstellungen 34), Göttingen 1999.
- BORMUTH, DANIEL: Die Deutschen Evangelischen Kirchentage in der Weimarer Republik (Konfession und Gesellschaft 41), Stuttgart 2007.
- BOZSA, ISABELLA: Eugen Mattiat (1901–1976). Vom ‚Deutschen Christen‘ zum Volkskundeprofessor und wieder zurück ins Pastorat. Fallstudie einer Karriere im Nationalsozialismus (Göttinger kulturwissenschaftliche Studien 10), Göttingen 2014.
- DIES.: Eugen Mattiat. Vom völkischen Pfarrer zum NS-Funktionär und wieder zurück ins Pfarramt, in: Gailus/Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 279–297.
- BRACHER, KARL DIETRICH/FUNKE, MANFRED/JACOBSEN, HANS-ADOLF (HG.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Studien zu Politik und Gesellschaft 251), 3. Aufl. 1998.
- BRANDORFF, GÜNTER: Harms, Hans-Heinrich, in: BBKL XXXV (2014), Sp. 618–623.
- BRANDT, HARM-HINRICH/STICKLER, MATTHIAS (HG.): „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8), Würzburg Paderborn 1998.
- BRÄUER, SIEGFRIED: Der ‚Deutsche Luthertag 1933‘ und sein Schicksal, in: Horst Bartel u.a. (Hg.): Martin Luther. Leistung und Erbe, Berlin (O) 1986, S. 423–434.



- BRAUN, HANNELORE: Mahrenholz, Christhard, in: BBKL V (1993), Sp. 557–560.
- BRENNECKE, HANNS CHRISTOPF: Der sog. germanische Arianismus als ‚arteigenes‘ Christentum. Die völkische Deutung der Christianisierung der Germanen im Nationalsozialismus, in: Kaufmann/Oelke (Hg.): Kirchenhistoriker, S. 310–329.
- BREYTENBACH, CILLIERS/HOPPE, RUDOLF (HG.): Neutestamentliche Wissenschaft nach 1945. Hauptvertreter der deutschsprachigen Exegese in der Darstellung ihrer Schüler, Göttingen 2008.
- BRINKMANN, JENS-UWE: „Das Vorlesungsverzeichnis ist noch unvollständig“. Der Wiederbeginn an der Georgia Augusta, in: Stadt (Hg.): Göttingen 1945, S. 301–315.
- BROSIUS, DIETER: Landes- und Demokratiegründung nach 1945, in: Bernd-Ulrich Hucker/Ernst Schubert/Bernd Weisbrod (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1967, S. 602–618.
- BRUNCK, HELMA: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999.
- BRUNOTTE, HEINZ/WOLF, ERNST (HG.): Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Gesammelte Aufsätze II (AGKK 26), Göttingen 1971, S. 79–104.
- BUCHARD, CHRISTOPH: Joachim Jeremias (1900–1979), in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 257–268.
- BÜTTNER, URSULA: Von der Kirche verlassen. Die deutschen Protestanten und die Verfolgung der Juden und Christen jüdischer Herkunft im ‚Dritten Reich‘, in: dies./Martin Greschat (Hg.): Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit den Christen jüdischer Herkunft im ‚Dritten Reich‘, Göttingen 1998, S. 15–69.
- BUFF, WALTER: Karl Barth und Emanuel Hirsch. Anmerkungen zu einem Briefwechsel, in: Müller (Hg.): Wahrheit, S. 15–36.
- BUSCH, EBERHARD: Die Anfänge des Theologen Karl Barth in seinen Göttinger Jahren (Göttinger Universitätsreden 83), Göttingen 1987.
- DERS.: Unter dem Bogen des einen Bundes. Karl Barth und die Juden 1933–1945, Neukirchen-Vluyn 1996.
- BUSS, HANSJÖRG: ‚Entjudung der Kirche‘. Ein Kircheninstitut und die schleswig-holsteinische Landeskirche, in: Annette Göhres/Stephan Linck/Joachim Liß-Walther (Hg.): Als Jesus ‚arisch‘ wurde. Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945. Die Ausstellung in Kiel, Bremen 2003, S. 162–186.
- DERS.: Die ‚Ära Kieckbusch‘ (1930–1976). Die Landeskirche Eutin und die Deutschen Christen, in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte 44 (2004), S. 4–29.

- DERS.: Prof. Dr. Martin Redeker (1900–1970). Ein Kieler Theologe und Mitglied des Landtags, in: Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags (Hg.): Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945. Die Ausstellung im Landtag, Kiel 2006, S. 35–46.
- DERS.: „Ein Leben zwischen Christen-, Haken- und Verdienstkreuz.“ Der Kieler Theologe Martin Redeker, in: Hans-Christian Petersen/Hans-Werner Prahl/Sönke Zankel (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel und Nationalsozialismus, Bd. 2, Kiel 2007, S. 99–132.
- DERS.: Die Kieler Theologische Fakultät im NS-Staat, in: Christoph Cornelissen/Carsten Mish (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009.
- DERS.: ‚Entjudete‘ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950), Paderborn 2011.
- DERS.: Das Reichskirchenministerium unter Hanns Kerrl und Hermann Muhs, in: Gailus (Hg.): Täter, S. 140–170.
- DERS.: Der Deutsche Luthertag 1933 und die Deutschen Christen, in: KZG 26 (2013), S. 272–288.
- DERS.: Völkisches Christentum und Antisemitismus. Der Bund für Deutsche Kirche in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 138 (2013), S. 193–240.
- DERS.: Friedrich Andersen und der ‚Bund für Deutsche Kirche‘ in der schleswig-holsteinischen Landeskirche, in: Schmidt/Sturm/Livi (Hg.): Wegbereiter, S. 179–194.
- DERS.: Die lutherische Landeskirche und der Erste Weltkrieg, in: „... so blickt der Krieg in allen Enden hindurch“, in: Nadine Garling/Diana Schweitzer (Hg.): Die Hansestadt Lübeck im Kriegsalltag 1914–1918 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck 54), Lübeck 2016, S. 105–124.
- BUSSE, DETLEF: Engagement oder Rückzug? Göttinger Naturwissenschaftler im Ersten Weltkrieg (Schriften zur Göttinger Universitätsgeschichte 1), Göttingen 2008.
- CAMPENHAUSEN, AXEL FREIHERR VON: Staatskirchenrecht, 3. Aufl., München 1996.
- CHRISTOPHERSEN, ALF: Ratschow, Carl Heinz, in: NDB 21, Berlin 2003, S. 185.
- CLASSEN, CARL JOACHIM: Kurt Latte. Professor der Klassischen Philologie 1931–1935; 1945–1957, in: Die klassische Altertumswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Eine Ringvorlesung zu ihrer Geschichte, Göttingen 1989.
- COSTAS, ILSE: Zu den Anfängen des Frauenstudiums an der Universität Göttingen, in: GJ 45 (1997), S. 145–156.
- CUNOW, DIETLINDE/RÖHM, EBERHARD: Gerda Friedmann, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 116–117.

- DAHMS, HANS-JOACHIM: Die studentischen Verbindungen in Göttingen 1880 bis 1914, in: Lüdemann/Schröder: Schule, S. 41–44.
- DERS.: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, in: Stadt (Hg.): Göttingen, S. 81–94.
- DERS.: Einleitung, in: Becker/ders./Wegeler (Hg.): Universität, S. 29–74.
- DERS.: Die Universität Göttingen 1918–1989. Vom ‚Goldenen Zeitalter‘ bis zur ‚Verwaltung des Mangels‘ in der Gegenwart, in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 395–456.
- DEGENHARDT, MATHIAS: ‚Räterepublik Heiligenstadt‘. Eine Neubetrachtung zu den Ereignissen um den Kapp-Putsch 1920 auf dem Eichsfeld, in: Eichsfelder Heimatzeitschrift 3 (2106), S. 69–73.
- DENZLER, GEORG/SIEGELE-WENSCHKEWITZ, LEONORE (HG.): Theologische Wissenschaft im ‚Dritten Reich‘. Ein ökumenisches Projekt (Arnoldshainer Texte 110), Frankfurt (M) 2000.
- DIETSCH, WALTER: Zwei Bremer Gesangbücher aus der Zeit des Dritten Reiches, in: Bremer Gesangbücher. Bibliographie – Archivalien – Untersuchungen (Hospitium Ecclesiae. Forschungen zur Bremischen Kirchengeschichte 13), Bremen 1982, S. 117–147.
- DIETZEL, STEFAN: Kurt Dietrich Schmidt (1896–1964), in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 207–220.
- DERS.: Reinhold Seebergs völkische Theologie zwischen Konservatismus, sozialer Reform und Eugenik, in: Gailus/Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 19–42.
- DERS./BRUNS, KATJA: Wege in die Bundesrepublik. Heinz-Dietrich Wendland zwischen Konservatismus und sozialer Verantwortung, in: Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte 10 (2016), München 2016, S. 127–136.
- DINKLER, ERICH: ‚Neues Testament und Rassenfrage‘. Zum Gutachten der Neutestamentler im Jahr 1933, in: Theologische Rundschau 1 (1979), S. 70–81.
- DINKLER-VON SCHUBERT, ERIKA (HG.): Feldpost. Zeugnis und Vermächtnis. Briefe und Texte aus dem Kreis der evangelischen Studentengemeinde Marburg/Lahn und ihrer Lehrer (1939–1945), Göttingen 1993.
- DREHER, MARTIN: Kirche und Deutschtum in der Entwicklung der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in Brasilien (AKZG, Reihe B: Darstellungen 6), Göttingen 1978.
- DRIEVER, RAINER: Hermann Rein 1889–1953 (hg. vom Stadtarchiv Göttingen), Göttingen 2014 [Download als PDF].
- DRÖMANN, HANS-CHRISTIAN: Christhard Mahrenholz (1900–1980), in: Krane-mann/Raschzok (Hg.), Gottesdienst, S. 691–700.
- DYBOWSKI, ILONA/FIEBAG, MATTHIAS/KELLNER, STEFAN: Zeittafel zur Geschichte der ksg Göttingen, in: Schnieders/Kellner (Hg.): Kirche, S. 219–256.

- EHRENFORT, GERHARD: Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932–1945 (AGKK, Ergänzungsreihe 4), Göttingen 1968.
- EHRHART, HANNELORE: Der ‚Verband evangelischer Theologinnen Deutschlands‘ in kirchenpolitischen Auseinandersetzungen der Jahre 1933 bis 1934, in: Frauenforschungsprojekt (Hg.): *Schwestern*, S. 283–294.
- EHRINGHAUS, SYBILLE: Germanenmythos und deutsche Identität. Die Frühmittelalter-Rezeption in Deutschland 1842–1933, Weimar 1996.
- ELBOGEN, ISMAR/STERLING, ELEONORE: Die Geschichte der Juden in Deutschland, Frankfurt/M 1988.
- ELTESTER, WALTER (HG.): Judentum, Urchristentum, Kirche. Festschrift für Joachim Jeremias (Beiheft zur Zeitschrift für die neutestamentliche Wissenschaft und die Kunde der älteren Kirche 26), 2. Aufl., Berlin 1964.
- ENGELHARDT, KLAUS: Evangelisch-katholische Ökumene in den Studentengemeinden, in: Ringeling/Rohrbach (Hg.): *Studenten*, S. 47–59.
- ERGER, JOHANNES: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13), Düsseldorf 1967.
- ERICKSEN, ROBERT P.: The Göttingen University Theological Faculty: A Test Case in Gleichschaltung and Denazification, in: *Central European History* 17 (1984), S. 355–383.
- DERS.: Theologen unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus, München/Wien 1986 [Theologians under Hitler. Gerhard Kittel, Paul Althaus and Emanuel Hirsch, New Haven/London 1985].
- DERS.: Widerstand als Gegenstand ambivalenter Forschung: am Beispiel der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Göttingen, in: *KZG* 1/1988, S. 68–79.
- DERS.: Religion und Nationalsozialismus im Spiegel der Entnazifizierungsakten der Göttinger Universität, in: *KZG* 1/1994, S. 83–101.
- DERS.: Die Göttinger Theologische Fakultät im Dritten Reich, in: Becker/Dahms/Wegeler (Hg.): *Universität*, S. 75–101.
- DERS.: Kontinuitäten konservativer Geschichtsschreibung am Seminar für Middle- und Neuere Geschichte: von der Weimarer Zeit über die nationalsozialistische Ära bis in die Bundesrepublik, in: Becker/Dahms/Wegeler (Hg.): *Universität*, S. 233–259.
- DERS.: *Complicity in the Holocaust. Churches and Universities in Nazi Germany*, Cambridge u.a. 2012.
- FACHSCHAFTSRAT DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT [GÖTTINGEN] (HG.): *Studentenverbindungen gestern und heute. Kritische Perspektiven auf Korporationen in Göttingen und Deutschland*, Göttingen 2017.

- FAUST, ANSELM: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2. Bände (Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien), Düsseldorf 1973.
- DERS.: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33, in: Manfred Heinemann (Hg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 4,2), Stuttgart 1980, S. 31–49.
- DERS.: „Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben“. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, in: Scholtysek/Studt (Hg.): Universitäten, S. 107–114.
- FELDMEIER, REINHARD: Erik Peterson (1890–1960). „Eine merkwürdige Randgestalt [...] in diesem Äon“, in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 197–206.
- FESSELD, WIEBKE: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948 (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen 3), Göttingen 1962.
- FISCHER, ANDRÉ: Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik (AKZG), Göttingen 2012.
- FIX, KARL-HEINZ: Thomas Hoener, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 156–157.
- FLASCH, KURT: Meister Eckart. Philosoph des Christentums, München 2010.
- FRANSECKY, TANJA VON: Der Langemarck-Mythos und seine Funktion als ideologischer Wegbereiter des Dritten Reiches, in: Ingeborg Siggelkow (Hg.): Erinnerungskultur und Gedenkpolitik, Frankfurt/M. 2003.
- FRAUENFORSCHUNGSPROJEKT ZUR GESCHICHTE DER THEOLOGINNEN, GÖTTINGEN: „Darum wagt es, Schwestern ...“. Zur Geschichte evangelischer Theologinnen in Deutschland (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert 7), Neukirchen-Vluyn 1994.
- FRESE, HEIKO: Die Göttinger Theologische Fakultät nach dem Nationalsozialismus [unveröffentlichte Hausarbeit], Göttingen 1998/99.<sup>2064</sup>
- FREUDENBERG, MATTHIAS: Karl Barth und die reformierte Theologie. Die Auseinandersetzung mit Calvin, Zwingli und den reformierten Bekenntnisschriften während seiner Göttinger Lehrtätigkeit, Neukirchen-Vluyn 1996.
- DERS.: Chronik des Reformierten Studienhauses in Göttingen 1938–1947 (Emder Beiträge zum reformierten Protestantismus 2), Wuppertal 1999.

---

<sup>2064</sup> Für die Überlassung dieser öffentlich nicht zugänglichen Arbeit danke ich Herrn Heiko Frese.

- DERS.: Leben und Lernen. Reformiertes Studentenleben 1938–1947 im Spiegel der Chronik des Reformierten Gemeindehauses, in: ders. (Hg.): Profile des reformierten Protestantismus aus vier Jahrhunderten (Emder Beiträge zum reformierten Protestantismus 1), Wuppertal 1999, S. 141–160.
- DERS.: Reformierter Protestantismus in der Herausforderung. Wege und Wandlungen der reformierten Theologie (Theologie. Forschung und Wissenschaft 36), Berlin 2012.
- DERS./ULRICH, HANS-GEORG (HG.): Karl Barth und Wilhelm Niesel. Briefwechsel 1924–1968, Göttingen 2015.
- FRITZ, REGINA/KOVÁCS, ÉVA/RÁSKY, BELA (HG.): Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien 2), Wien 2016.
- FRITZ, REGINA/ROSSOLIŃSKI-LIEBE, GRZEGORZ/STARKE, JANA (HG.): Alma Mater antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien 3), Wien 2016.
- FÜHRER, WERNER: Iwand, Hans Joachim, in: BBKL XIV (1998), Sp. 1101–1104.
- FÜSSEL, STEPHAN: 'Wider den deutschen Geist'. Bücherverbrennung und Bibliothekslenkung im Nationalsozialismus, in: Stadt (Hg): Göttingen, S. 95–104.
- GARBE, IRMFRIED: Theologe zwischen den Weltkriegen: Hermann Wolfgang Beyer (1898–1942) (Greifswalder theologische Forschungen 9), Frankfurt (M) 2004.
- GAILUS, MANFRED: Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin (Industrielle Welt 61), Köln 2001.
- DERS./HARTMUT LEHMANN (HG.): Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870–1970). Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 214), Göttingen 2005.
- DERS.: ‚Nationalsozialistische Christen‘ und ‚christliche Nationalsozialisten‘. Anmerkungen zur Vielfalt synkretistischer Gläubigkeiten im ‚Dritten Reich‘, in: ders./Lehmann (Hg.): Mentalitäten, S. 223–262.
- DERS./KROGEL, WOLFGANG (HG.): Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006
- DERS.: Protestantismus und Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte. Einführende Überlegungen zu Problemen und Fragestellungen der Berliner Tagung, in: ders./Krogel (Hg.): Gefangenschaft, S. 13–26.
- DERS. (HG.): Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933–1945, Göttingen 2015.

- DERS./CLEMENS VOLLNHALS (HG.): Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im ‚Dritten Reich‘, (Hannah-Arendt-Institut: Berichte und Studien, Bd. 71), Göttingen 2016
- DERS.: Pfarrer Walter Hoff und das Berliner Drei-Religionen-Haus. Eine Vergangenheit, die nicht vergehen will?, in: ders./Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 299–317.
- GEMEINHARDT, PETER: Hans Freiherr von Campenhausen (1903–1989) als Stiftsinspektor, in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 221–234.
- DERS.: ‚Bekennende Kirche‘ in Geschichte und Gegenwart. Hermann Dörries’ Erleben und Deuten des ‚Kirchenkampfes‘, in: JGNKG 113 (2015), S. 343–360.
- GEYKEN, FRAUKE: Zum Wohle aller. Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen von ihrer Gründung 1737 bis 2019, Göttingen 2019.
- GIROD, SONJA: Protest und Revolte. Drei Jahrhunderte studentisches Aufbegehren in der Universitätsstadt Göttingen (1937 bis 2000), Göttingen 2012.
- GÖCKEL, GABRIELE: Schellenberg, Dore, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 302–303.
- GÖCKERTZ, HERMANN GÖTZ: Friedrich Gogarten, in: Hauschild (Hg.): Profile, S. 215–258.
- GÖLLNITZ, MARTIN: Karrieren zwischen Diktatur und Demokratie. Die Berufungspolitik in der Kieler Theologischen Fakultät 1936 bis 1946 (Kieler Werkstücke, Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte 39), Frankfurt (M) 2014.
- GORDON, HAROLD: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt (M) 1971.
- GRAF, ALEXANDER: Studentenverbindungen zwischen Erstem Weltkrieg und Drittem Reich – umworben und umkämpft, in: Schmidt/Sturm/Livi (Hg.): Wegbereiter, S. 89–104.
- GRAF, FRIEDRICH WILHELM: Rad, Gerhard Paul von, in: NDB 21 (2003), S. 80–81.
- DERS.: Der heilige Zeitgeist. Studien zur Ideengeschichte der protestantischen Theologie in der Weimarer Republik, Tübingen 2001.
- DERS.: Einleitung: Protestantische Universitätstheologie in der Weimarer Republik, in: ders.: Zeitgeist, S. 1–110.
- DERS.: Die ‚antihistorische Revolution‘ in der protestantischen Theologie der zwanziger Jahre, in: ders.: Zeitgeist, S. 111–137.
- DERS.: Friedrich Gogartens Deutung der Moderne. Ein theologiegeschichtlicher Rückblick, in: ders.: Zeitgeist, S. 265–328.

- DERS.: Lutherischer Neorealismus. Eine Erinnerung an Otto Piper, in: ders.: Zeitgeist, S. 329–342.
- DERS.: „Der Götze wackelt“. Erste Überlegungen zu Karl Barths Liberalismuskritik, in: ders.: Zeitgeist, S. 425–446.
- DERS.: Glaubenspathos, lutherischer Dezisionismus, totale Gemeinschaft, Hans-Joachim Iwand, in: ders.: Zeitgeist, S. 461–481.
- DERS.: „Wir konnten dem Rad nicht in die Speichen fallen“. Liberaler Protestantismus und die ‚Judenfrage‘, in: ders.: Zeitgeist, S. 483–508.
- GRAU, ALEXANDER: Ein protestantischer Theoretiker der Moderne. Emanuel Hirsch – brillianter Theologe und prominenter Nationalsozialist, in: [http://www.deutschlandfunk.de/ein-protestantischer-theoretiker-der-moderne.886.de.html?dram:article\\_id=250963](http://www.deutschlandfunk.de/ein-protestantischer-theoretiker-der-moderne.886.de.html?dram:article_id=250963) vom 26.6.2013 [zuletzt aufgerufen am 10.5.2017].
- GREGOR, BIRGIT: „(...) vom jüdischen Einfluss befreit. ‚Großer Gott wir loben dich‘. Ein deutschchristliches Gesangbuch aus dem Jahr 1941, in: Thomas Seidel (Hg.): Thüringer Gratwanderungen. Beiträge zur fünfundsiebzigjährigen Geschichte der evangelischen Landeskirche Thüringen (Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte SB 3), Leipzig 1998, S. 202–224.
- GRESCHAT, MARTIN: Im Zeichen der Schuld: 40 Jahre Stuttgarter Schulbekenntnis. Eine Dokumentation, Neukirchen-Vluyn 1985.
- DERS.: Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002.
- DERS.: Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945–2005 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen IV/2), Leipzig 2010.
- DERS.: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1953, Paderborn 2010.
- GROTEFELD, STEFAN: Friedrich Siegmund-Schultze (Heidelberger Untersuchungen zu Widerstand, Judenverfolgung und Kirchenkampf im Dritten Reich 7), Gütersloh 1995.
- GROSSE, HEINRICH/OTTE, HANS /PERELS, JOACHIM (HG.): Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus, Hannover 1996.
- GROSSE, HEINRICH/OTTE, HANS/PERELS, JOACHIM (HG.): Neubeginn nach der NS-Herrschaft. Die Hannoversche Landeskirche nach 1945, Hannover 2002.
- GRÜTTNER, MICHAEL: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995.
- DERS.: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, in; Brandt/Stickler (Hg.): Herrlichkeit, S. 125–144.



- DERS.: Wissenschaft, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. Aufl., München 2007, S. 143–165.
- DERS.: Die ‚Säuberung‘ der Universitäten. Entlassungen und Relegationen aus rassistischen und politischen Gründen, in: Scholtysek/Studt (Hg.): Universitäten, S. 23–40.
- HÄRTEL, MAREN CHRISTINE: Göttingen im Aufbruch der Moderne. Architektur und Stadtentwicklung (1866–1989), in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 761–817.
- HAFENBRACK, HANS: Geschichte des Evangelischen Pressedienstes. Evangelische Pressearbeit von 1848 bis 1981, Bielefeld 2004.
- HAHN, FERDINAND: Günter Bornkamm (1903–1991), in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 137–146.
- HAMMER, KARL: Deutsche Kriegstheologie 1870–1918, München 1974.
- HAMMERSTEIN, NOTKER: Antisemitismus und deutsche Universitäten 1871–1933, Frankfurt (M) 1995.
- HANHART, ROBERT: Paul de Lagarde und seine Kritik an der Theologie, in: Moeller (Hg.): Theologie, S. 271–305.
- HARMS, HANS-HEINRICH: Schlaglichter auf eine düstere Periode, in: GT vom 19.5.1987 (Sonderveröffentlichung zum 250jährigen Bestehen der Georg-August-Universität).
- HARTMANN, PETER CLAUS: Die katholischen Verbände und der Wingolf in der deutschen Geschichte, in: Brandt/Stickler (Hg.): Herrlichkeit, S. 289–311.
- HASSELHORN, FRITZ/WEINREIS, HERMANN: Göttingens Weg in den Nationalsozialismus, dargestellt anhand der städtischen Wahlergebnisse 1924–1933, in: Stadt (Hg.): Göttingen, S. 47–58.
- DERS.: Göttingen 1917/1918–1933, in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 63–126.
- HAUSCHILD, WOLF-DIETER (HG.): Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert, Gütersloh 1998.
- HEHL, ULRICH VON: Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 39), München 1996.
- HEIBER, HELMUT: Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder der akademischen Provinz, Stuttgart 1991; Teil 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u.a. 1992–1994.
- HEIDEMANN, WILFRIED: „... immer auf Föhlung mit allen Teilen der Kirche“. Der münstersche Theologieprofessor Otto A. Piper auf dem Weg in die Emigration 1933–1938, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 80 (1987), S. 105–151.

- HEIMPEL, HERMANN/KAMP, NORBERT/KERTZ, WALTER: Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945/46 (Göttinger Universitätsreden 77), Göttingen 1986.
- HEIMPEL, HERMANN: Neubeginn 1945, in: ders./Kamp/Kertz: Neubeginn, S. 15–30.
- DERS.: ‚Zur Lage‘. Eine Vorlesung des Professors der Englischen Philologie, Herbert Schöffler, gehalten im Oktober 1945, in: Hartmut Boockmann/Hermann Wellenreuther (Hg.): Geschichtswissenschaft in Göttingen (Göttinger Universitätschriften, Serie A: Schriften 2), Göttingen 1987, S. 364–399.
- HEINEMANN, ANDREAS: Stadt, Konfession und Nation. Bürgerliche Nationsvorstellungen zur Reichsgründungszeit, Duisburg 2014.
- HEINEMANN, MANFRED (HG.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 5), Stuttgart 1981.
- HEINEMANN, ULRICH: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 59), Göttingen 1983.
- HEINONEN REIJO: Anpassung und Identität. Theologie und Kirchenpolitik der Bremer Deutschen Christen 1933–1945 (AKZG, Reihe B: Darstellungen 5), Göttingen 1978.
- HEITMANN, CLAUS: Von Abraham bis Zion. Die Bremische Evangelische Kirche, Bremen 2000.
- HENNING, HEINZ-GEORG: Arthur Titius. Theologische Wissenschaft und Kirchenpolitik, soziales und ökumenisches Engagement zwischen 1890 und 1936, Kassel 2012.
- HERBERT, KARL: Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945, Stuttgart 1989.
- HERBERT, ULRICH: ‚Generation der Sachlichkeit‘. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hg.): Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken (HBSZ 27), Hamburg 1991, S. 115–144.
- HERING, RAINER: Witte, Karl Otto, in: Frank Kopitzsch/Daniel Tilgner (Hg.): Hamburg-Lexikon, Hamburg 2010, S. 759.
- HERMLE, SIEGFRIED: Evangelische Kirche und Judentum – Stationen nach 1945 (AKZG, Reihe B: Darstellungen 16), Göttingen 1990.
- DERS.: Zum Aufstieg der Deutschen Christen. Das ‚Zauberwort‘ Volksmission im Jahre 1933. In: ZKG 108 (1997), S. 309–341.
- HERMS, EILERT: Emanuel Hirsch, in: Hauschild (Hg.): Profile, S. 301–320.

- HERRMANN, JOHANNES/ROST, EBERHARD (HG.): Festschrift Friedrich Baumgärtel zum 70. Geburtstag 14. Januar 1958 (Erlanger Forschungen, Reihe A: Geisteswissenschaften), Erlangen 1959.
- HERRMANN, VOLKER: Diakoniewissenschaft im Nationalsozialismus und der Diakoniehistoriker Martin Gerhardt in Göttingen, in: Hans Otte/Thomas Scharf-Wrede (Hg.): Caritas und Diakonie in der NS-Zeit. Beispiele aus Niedersachsen, Hildesheim u.a. 2001, S. 63–106.
- DERS.: Martin Gerhardt (1894 – 1952). Der Historiker der Inneren Mission (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 15), Heidelberg 2003.
- HERTOG, GERARD VON: Hans Joachim Iwand (1899–1960), in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 267–276.
- HESCHEL, SUSANNAH: Theologen für Hitler. Walter Grundmann und das ‚Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben‘, in: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Antijudaismus, S. 201–234.
- DIES.: The aryan Jesus, Princeton 2008.
- DIES.: Die zwei Karrieren des Theologen Walter Grundmann. Der Neutestamentler als Nazi-Propagandist und Stasi-Informant, in: Gailus (Hg.): Täter, S. 171–196.
- HETZER, TANJA: Paul Althaus. Wegbereiter einer geistlichen Gleichschaltung, in: Gailus/Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 69–96.
- HIRSCHFELD, GERHARD/KRUMEICH, GERD: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt (M) 2013.
- DIES.: „Krieg ist unter allen Umständen Sünde“. Der ‚pazifische‘ Einspruch und Theologie und Biografie des lutherischen ‚Neurealisten‘ Otto A. Piper (1891–1981), in: dies. (Hg.): Pazifismus, S. 141–168.
- HOFFMANN, FLORIAN: Christhard Mahrenholz, Rudolf Utermöhlen und Helmut Winter. Orgelbau und Orgeldenkmalpflege als landeskirchliche Aufgabe (1928–1983). In: JGNSKG 113 (2015), S. 313–328.
- HOHNSBEIN, HARTWIG: Bekenntnisse aus dem Verlag V&R, in: Ossietzky 16 (2010), S. 587.
- HOLTMANN, STEFAN: Karl Barth als Theologe der Neuzeit. Studien zur kritischen Deutung seiner Theologie (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 118), Göttingen 2007.
- HONG, HAEJUNG: Die Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV). Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des protestantischen Bildungsbürgertums, Marburg 2001.

- HOPPE, SABRINA: Der Protestantismus als Faktum und Forum. Sozialethische Netzwerke im Protestantismus der frühen Bundesrepublik (Religion in der Bundesrepublik Deutschland 2), Tübingen 2019.
- HORSTER, DETLEF: Nelson, Leonhard, in: NDB 19 (1999), S. 60–62.
- HUBATSCH, WALTER: Wie Göttingen vor der Zerstörung bewahrt wurde. Die Vorgänge vom 1. bis 8. April 1945, in: GJ 9 (1961), S. 87–137.
- HUBER, WOLFGANG: Theologie zwischen Anpassung und Auflehnung, in: Tröge (Hg.): Hochschule, S. 129–151.
- HÜFFMEIER, WILHELM: Barth und Gogarten, in: Beintker (Hg.): Barth, S. 85–90.
- HUPE, JOACHIM: Die Verbindungsgeschichte der Burschenschaft Germania in der Periode nach dem 50. Stiftungsfest bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1901–1914), in: Philisterium (Hg.): Germania, S. 6–37.
- HUPFELD, RENATUS: Carl Stange zum 80. Geburtstag, in: ThLZ 3 (1950), Sp. 171–173.
- HUTTER-WOLLANDT, ULRICH: Urchristliche Ethik und neutestamentliche Zeitgeschichte. Leben und Werk des Neutestamentlers Herbert Preisker (1888–1952), in: Jahrbuch für schlesische Kirchengeschichte 82 (2003), S. 55–104.
- DERS.: Preisker, Herbert, in: BBKL XXIV (2005), Sp. 1174–1183.
- INACKER, MICHAEL J.: Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik 1918–1959 (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert 8), Neukirchen-Vluyn 1994.
- IBER, HARALD: Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt (M) 1987.
- IRLE, GÜNTER: Theologie als Wissenschaft bei Georg Wobbermin, Marburg 1978.
- JANBEN, MARTINA: Jeremias, Joachim, in: Das Wissenschaftliche Bibellexikon im Internet [www.bibelwissenschaft.de/](http://www.bibelwissenschaft.de/).
- JARAUSCH, KONRAD: Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt (M) 1984, DERS.: Universität und Nationalsozialismus. Aspekte einer erschreckenden Beziehung, in: Fritz/Rossoliński-Liebe/Starke (Hg.): Alma Mater, S. 21–38.
- JASPER, GOTTHARD: Paul Althaus (1888–1966). Professor, Prediger und Patriot seiner Zeit, Göttingen 2013.
- JEREMIAS, GERT: Karl-Georg Kuhn (1906–1976), in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 297–313.
- JEREMIAS, JÖRG: Jeremias, Joachim, in: BBKL III (1992), Sp. 51–53.

- JERKE, BIRGIT: Wie wurde das Neue Testament zu einem sogenannten ‚Volkstestament‘ ‚entjudet‘? Aus der Arbeit des Eisenacher Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Lebens auf das deutsche kirchliche Leben, in: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Antijudaismus, S. 201–234.
- JOCHMANN, WERNER: Evangelische Kirche und Politik in der Phase des Neubeginns 1945–1950, in: Victor Conzemius/Martin Greschat/Hermann Kocher (Hg.): Die Zeit nach 1945 als Thema der Kirchlichen Zeitgeschichte. Referate der internationalen Tagung in Hünningen/Bern (Schweiz) 1985, Göttingen 1988, S. 194–212.
- JUNGINGER, HORST: Antisemitismus in Theorie und Praxis. Tübingen als Zentrum nationalsozialistischer ‚Judenforschung‘, in: Wiesing u.a. (Hg.): Universität, S. 579–608.
- DERS.: Die Verwissenschaftlichung der ‚Judenfrage‘ im Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 19), Darmstadt 2011.
- DERS.: Gerhard Kittel. Tübinger Theologe und Spiritus rector der nationalsozialistischen ‚Judenforschung‘, in: Gailus (Hg.): Täter, S. 113–139.
- KABITZ, ULRICH: Ernst Lange, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 192–193.
- KAHMANN, BOTHO: Kreuz und Hakenkreuz. Lewe-Liebenburg 1933–1945, in: JGNSKG 103 (2005), S. 231–250.
- KAISER, JOCHEN-CHRISTOPH: Wissenschaftspolitik in der Kirche. Zur Entstehung der ‚Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit‘, in: Anselm Doering-Manteuffel/Kurt Nowak (Hg.): Kirchliche Zeitgeschichte. Urteilsbildung und Methoden. (Konfession und Gesellschaft 8) Stuttgart 1996, S. 125–163.
- KAMP, NORBERT: Die Georgia Augusta als Exemplum, in: Heimpel/ders./Kertz: Neubeginn, S. 7–14.
- DERS.: 1937. Die Universität im Dritten Reich, in: Moeller (Hg.): Universitätsreden, S. 91–115.
- KAMPE, NORBERT: Studenten und ‚Judenfrage‘ im deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 76), Göttingen 1988.
- KARLSSTRÖM, NIELS: Kyrkan och Nazismen. Ekumeniska aktioner mit nazismen 1933–1934 (Studia Historico-Ecclesiaca Upsaliensia 29), Uppsala 1976.
- KARPP, GERHARD: Die Theologische Literaturzeitung. Entstehung und Geschichte einer Rezensionszeitschrift 1876–1975 (Arbeiten aus dem Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen 47), Köln 1978.
- KATER, HERBERT: Das Zeitfreiwilligen-Studenten-Bataillon in Göttingen 1920, in: Einst und Jetzt 32 (1987), S. 111–129.

- KATER, MICHAEL: Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928, in: VfZG 22 (1974), S. 148–190.
- DERS.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik (Historische Perspektiven 1), Hamburg 1975.
- DERS.: Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 217–243.
- DERS.: Die Studenten auf dem Weg in den Nationalsozialismus, in: Tröge (Hg.): Hochschule, S. 26–37.
- KANTZENBACH, FRIEDRICH WILHELM: Theologische Blätter. Kampf, Krisis und Ende einer theologischen Zeitschrift im Dritten Reich, in: Brunotte/Wolf (Hg.): Geschichte, S. 79–104.
- KAUFMANN, THOMAS/OELKE, HARRY (HG.): Evangelische Kirchenhistoriker im ‚Dritten Reich‘, (Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie 21), Gütersloh 2002.
- DERS.: Anmerkungen zu generationsspezifischen Bedingungen und Dispositionen [Anhang: Später Rückblick. Ein Briefwechsel Hirsch-Dörries aus dem Jahr 1970], in: ders./Oelke (Hg.): Kirchenhistoriker, S. 32–62.
- DERS.: ‚Anpassung‘ als historiografisches Konzept und als theologiepolitisches Programm. Der Kirchenhistoriker Erich Seeberg in der Zeit der Weimarer Republik und des ‚Dritten Reiches‘, in: ders./Oelke (Hg.): Kirchenhistoriker, S. 122–272.
- KERTZ, WALTER: Student im Wintersemester 1945/1946, in: Heimpel/Kamp/ders.: Neubeginn, S. 31–46.
- KLÄN, WERNER: Die Evangelische Kirche Pommerns in Republik und Diktatur. Geschichte und Gestaltung einer preußischen Kirchenprovinz 1914–1945 (Veröffentlichung der historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 30), Köln 1995.
- Klappert, Bertold: Reich Gottes – Reich der Freiheit. Hans-Joachim Kraus (1918–2000) und sein Weg zur Gesamtbiblischen Theologie, in: Theologische Beiträge 33 (2002), S. 220–231.
- KLAY, EVA: Zwischen Lebensbund und ‚neuem Staat‘. Göttinger Burschenschaften im Nationalsozialismus, in: Fachschaftsrat (Hg.): Studentenverbindungen, S. 75–83.
- KLEK, KONRAD: Friedrich Spitta (1852–1924), in: Kranemann/Raschzok (Hg.), Gottesdienst, S. 1099–1117.
- DERS.: Spitta, Friedrich, in: NDB 24 (2010), S. 712–713.
- Klinge, Frauke: „Mit Bundesgrus und Heil Hitler!“ Göttinger Korporationen in der NS-Zeit, in: Fachschaftsrat (Hg.): Studentenverbindungen, S. 68–73.

- DIES.: Die Universität Göttingen im Nationalsozialismus, in: Fachschaftsrat (Hg.): Studentenverbindungen, S. 74.
- KLOEDEN, WOLFDIETRICH VON: Trillhaas, Wolfgang, in BBKL XII (1997), Sp. 488–494.
- KLÜGEL, EBERHARD: Die Lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–1945, Berlin 1964.
- KLÜNKER, WOLF-ULRICH: Psychologische Analyse und theologische Wahrheit. Die religionspsychologische Methode Georg Wobbermins (Göttinger Theologische Arbeiten 33), Göttingen 1985.
- KÖHLER, HEIKE: Die Entwicklung der Theologinengesetzgebung bis 1932, in: Frauenforschungsprojekt (Hg.): Schwestern, S. 109–128.
- KÖNNEMANN, ERWIN/SCHULZE, GERHARD (HG.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente. Dokumente, München 2002.
- KOHLER, HANSROBERT: Der Schwarzburgbund 1918–1945, in: Klaus-Detlev Pohl (Hg.): Der Schwarzburgbund (SB) 1887–1977, Hannover 1977, S. 27–83.
- KORSCH, DIETRICH: Carl Heinz Ratschow (1911–1999). Gott als wirkende Wirklichkeit, in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 235–244.
- KORTE, JAN: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009.
- KRAUS, HANS-JOACHIM: Geschichte der historisch-kritischen Erforschung des Alten Testaments, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., Neukirchen-Vluyn 1969.
- KRANEMANN, BENEDIKT/RASCHZOK, KLAUS (HG.): Gottesdienst als Feld theologischer Wissenschaft im 20. Jahrhundert. Deutschsprachige Liturgiewissenschaft in Einzelporträts, Bd. 2 (Liturgiewissenschaftliche Quellen und Forschung), Münster 2011.
- KRAUSSMÜLLER, HELMUT/ANGER, ERNST: Die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes (ADB) 1883–1933 und das Schicksal der ehemaligen ADB-Burschenschaften (Historia Academica 28), Jever 1989.
- KRETSCHMAR, GEORG: Die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in den deutschen Kirchen nach 1945, in: Carsten Nicolaisen (Hg.): Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert. Referate auf der Internationalen Arbeitstagung in Sandbjerg/Dänemark 1981 (AKZG, Reihe B: Darstellungen 13), Göttingen 1982, S. 122–149.
- KROEGER, MATTHIAS: Friedrich Gogarten. Leben und Werk in zeitgeschichtlicher Perspektive, Bd. 1, Stuttgart 1997.
- KRÖNIG, WALDEMAR/MÜLLER, KLAUS-DIETER: Nachkriegssemester. Studium in Krieg und Nachkriegszeit (Veröffentlichung der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH), Stuttgart 1990.

- KRUMREICH, GERD/SCHRÖDER, JOACHIM (HG.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 69), Essen 2004.
- KRUMWIEDE, HANS-WALTER: Göttinger Theologie im Hitler-Staat, in: JGNSKG 85 (1987), S. 145–178.
- DERS.: Kirchengeschichte Niedersachsens, Bd. 2: Vom Deutschen Bund 1815 bis zur Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland, Göttingen 1996.
- DERS.: Die Geschichte des Klosters Bursfelde, in: Lothar Perliß (Hg.): Kloster Bursfelde, 6. Aufl., Göttingen 1996, S. 9–24.
- KUBITZA, HEINZ-WERNER: Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde Marburg (Marburger Wissenschaftliche Beiträge 1), Marburg 1992.
- KÜCK, CORNELIA: Kirchenlied im Nationalsozialismus. Die Gesangbuchreform unter dem Einfluß von Christhard Mahrenholz und Oskar Söhngen (Arbeiten zu Theologiegeschichte 10), Leipzig 2003.
- KÜHN, HELGA-MARIA: Die nationalsozialistische ‚Bewegung‘ in Göttingen in ihren Anfängen, in: Stadt (Hg.): Göttingen, S. 13–46.
- KÜLLMER, BJÖRN: Die Inszenierung der protestantischen Volksgemeinschaft. Lutherbilder im Jahr 1933, Berlin 2012.
- KUHLBRODT, DIETRICH: ‚Jud Süß‘ und der Fall Harlan/Lüth. Zur Entnazifizierung des NS-Films, in: Peter Reichel (Hg.): Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit (Schriftenreihe der Hamburger Kulturstiftung 6), Hamburg 1997, S. 101–112.
- KUHN, THOMAS: Campenhausen, Hans Freiherr von, in: BBKL XVI (1999), Sp. 253–254.
- KULLER, CHRISTIANE/MITTMANN, THOMAS: ‚Kirchenkampf‘ und ‚Societas perfecta‘. Die christlichen Kirchen und ihre NS-Vergangenheit, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2014, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/kirchenkampf-und-societas-perfecta>.
- KUNKEL, WOLFGANG: Der Professor im Dritten Reich, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 103–134.
- KUNZE, ROLF-ULRICH: Theodor Heckel (1894–1967). Eine Biographie (Konfession und Gesellschaft 13), Stuttgart 1997.
- KUPISCH, KARL: Studenten entdecken die Bibel. Die Geschichte der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung (DCSV), Hamburg 1964.
- DERS.: Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert (Die Kirchen in ihrer Geschichte 4, Lieferung R (1. Teil), Göttingen 1966.
- LÄHNEMANN, JOHANNES: Helmuth Kittel (1902–1984), in: Henning Schröer/Dietrich Zilleßen (Hg.): Klassiker der Religionspädagogik, Frankfurt (M) 1969, S. 250–265.



- LANDAU, PETER: Smend, Carl Friedrich Rudolf, in: NDB 24, Berlin 2010, S. 510–511.
- LANGE, DIETER: Wolfgang Trillhaas (1903–1995), in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): *Stiftsgeschichte(n)*, S. 277–290.
- HARTMUT LEHMANN: „Er ist wir selber: der ewige Deutsche“. Zur langanhaltenden Wirkung der Lutherdeutung Heinrich von Treitschkes, in: ders.: *Luthergedächtnis 1817 bis 2017*, Göttingen 2017, S. 126–137.
- LEISEN, ADOLF: *Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik*, Heidelberg 1964.
- LEKEBUSCH, SIGRID: *Die Reformierten im Kirchenkampf. Das Ringen des reformierten Bundes, des Coetus reformierter Prediger und der reformierten Landeskirchen Hannovers um den reformierten Weg in der Reichskirche* (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 113), Köln 1994.
- DIES./LUDWIG. HARTMUT: Erich Cohen, in: Ludwig/Röhm (Hg.): *Evangelisch*, S. 76–77.
- LESSING, ECKART: *Geschichte der deutschsprachigen Theologie von Albrecht Ritschl bis zur Gegenwart*, Bd. 2: 1918–1945, Göttingen 2004.
- LEUTZSCH, MARTIN: Der Mythos vom arischen Jesus, in: Lucia Scherzberg (Hg.): *Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus*, Paderborn 2008, S. 173–186.
- LIENEMANN, WOLFGANG: Vielfältiger Netzwerker des Friedens. Friedrich Siegmund-Schultze und die Überwindung des Hasses (1885–1965), in: Marco Hofheinz/Frederike van Oorschot (Hg.): *Christlich-theologischer Pazifismus im 20. Jahrhundert* (Studien zur Friedensethik 56), Münster 2016, S. 95–112.
- LINDEMANN, GERHARD: „Typisch jüdisch“. Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu Antijudaismus, Judenfeindschaft und Antisemitismus 1919–1949 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 63), Berlin 1998.
- DERS: *Volkskirche im Nationalsozialismus. Der Weg der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers*, in: Gailus/Krogel (Hg.): *Gefangenschaft*, S. 115–136.
- DERS.: Die Kritik der innerkirchlichen Opposition am Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): *Neubeginn*, S. 61–84.
- DERS.: Paul Leo, in: Ludwig/Röhm (Hg.): *Evangelisch*, S. 210–211.
- DERS.: Otto Schwannecke, in: Ludwig/Röhm (Hg.): *Evangelisch*, S. 316–317.

- LINNEMANN, KAI ARNE: Die Wiederkehr des akademischen Bürgers. Herman Nohl und die Pädagogik der Sittlichkeit, in: Weisbrod (Hg.): Vergangenheitspolitik, S. 167–189.
- LIPPMANN, ANDREAS: Marburger Theologie im Nationalsozialismus (Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Phillips-Universität Marburg 9), München 2003.
- LOBE, MATTHIAS: Die Prinzipien der Ethik Emanuel Hirschs (Theologische Bibliothek Töpelmann 68), Berlin/New York 1996.
- LÖNNECKER, HARALD: Das „Grundrauschen der völkisch-antisemitischen Publizistik“. Personen, Schriften und die Hochschule für nationale Politik in der Weimarer Republik, Koblenz 2006 [www.burschenschaft.de].
- LÖSCH, ANNA-MARIA GRÄFIN VON: Der nackte Geist. Die Juristische Fakultät der Berliner Universität im Umbruch von 1933 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 26), Tübingen 1999.
- LOHALM, UWE: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923 (HBZG 6), Hamburg 1970.
- DERS./ULMER, MARTIN: Alfred Roth und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund. „Schrittmacher für das Dritte Reich“, in: Schmidt/Sturm/Livi (Hg.): Wegbereiter, S. 21–36.
- LOHSE, EDUARD: Theologiestudent in Göttingen 1946–1950, in: Moeller (Hg.): Theologie, S. 381–397.
- LUCAS, ERHARD: Märzrevolution 1920. Bd. 3: Verhandlungsversuche und deren Scheitern, Gegenstrategien von Regierung und Militärs; die Niederlage der Aufstandsbewegung; weißer Terror, Frankfurt (M) 1978.
- LÜDEMANN, GERD/SCHRÖDER, MARTIN: Die Religionsgeschichtliche Schule in Göttingen. Eine Dokumentation, Göttingen 1987.
- DERS.: Die Religionsgeschichtliche Schule, in: Moeller (Hg.): Theologie, S. 325–361.
- LUDWIG, FRIEDER: Carl Mirbt (1860–1929), in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 155–164.
- LUDWIG, HARTMUT: Theologiestudium in Berlin. Die Relegierung von 29 Theologiestudierenden von der Berliner Universität, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 303–316.
- DERS.: Die Berliner Theologische Fakultät 1933–1945, in: Rüdiger von Bruch/Christoph Jahr/Rebecca Schaarschmidt (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band II: Fachbereiche und Fakultäten, Berlin 2005, S. 193–222.
- DERS./RÖHM, EBERHARD (HG): Evangelisch getauft – als „Juden“ verfolgt. Theologen jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2014.

- DERS./RÖHM, EBERHARD: Rudolf Ehrhard, in: ders./Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 90–91.
- DERS.: Otto und Elisabeth Piper, in: ders./Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 270–271.
- DERS.: Rosemarie Streisand, in: ders./Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 336–337.
- DERS.: Willy, Süßbach, in: ders./Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 338–339.
- MAASER, WOLFGANG: Wolf, Ernst, in: BBKL XIII (1998), Sp. 1495–1501.
- MADEY, JOHANNES: Rad, Gerhard von, in: BBKL XVI (1999), Sp. 1307–1309.
- MAERKER, DIETRICH VON: Die Zahlen der Studierenden an der Georg-August-Universität in Göttingen von 1734/37 bis 1978, in: GJ 27 (1979), S. 141–156.
- MAGER, INGE: Das Verhältnis der theologischen Fakultät zur Hannoverschen Landeskirche während des Dritten Reichs, in: JGNSKG 85 (1987), S. 179–196.
- DIES.: Göttinger theologische Promotionen 1933–1945, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 347–360.
- DIES.: Das Bremische ‚Gesangbuch der Kommenden Kirche‘, in: JGNSKG 108 (2010), S. 113–123.
- DIES.: August Marahrens (1875–1950), der erste hannoversche Bischof, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): Bewahren, S. 135–152.
- MAHRENHOLZ, CHRISTHARD: Festschrift zum 150jährigen Bestehen des Hannoverschen Predigerseminars auf der Erichsburg, Hannover 1952.
- MAHRENHOLZ, HANS CHRISTHARD: Beginn des intercorporativen Lebens nach dem 2. Weltkrieg aus Göttinger Sicht, in: Einst und Jetzt (1977), S. 209–217.
- MAIER, HANS: Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 71–102.
- MANTHEY, MATTHIAS/TOLLMEN, CORDULA: Juden in Göttingen, in: Thaden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 675–760.
- DERS.: 1866–1918. Zwischen Emanzipation und Ausgrenzung, in: ders./Tollmien: Juden, S. 675–683.
- DERS./TOLLMEN, CORDULA: Wirtschaftlich-kulturelle Integration und erstarkender Antisemitismus, in: ders./Cordula Tollmien: Juden, S. 684–703.
- MARKSCHIES, CHRISTOPH (HG.): Hans Freiherr von Campenhausen. Weg, Werk und Wirkung (Schriften der philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 43), Heidelberg 2007.
- MARSHALL, BARBARA: Der Einfluß der Universität auf die politische Entwicklung der Stadt Göttingen 1918–1933, in: NSJBLG 47 (1977), S. 265–301.

- MARTEN, HEINZ-GEORG: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahr 1955 (Göttinger Universitätsschriften, Serie A: Schriften 5), Göttingen 1987.
- MARWEDEL, RAINER: Theodor Lessing (1872–1933). Eine Biografie, Darmstadt 1987.
- MEDEM, GEVINON VON (HG.): Axel von dem Bussche, Mainz 1994.
- MEIER, KURT: Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung des Kirchenkampfes des Dritten Reiches, Göttingen 1964.
- DERS.: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Halle 1968.
- DERS.: Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bd., Göttingen/Halle 1976/1984.
- DERS.: Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich. München 1992.
- DERS.: Der ‚Bund für Deutsche Kirche‘ und seine völkisch-antijudaistische Theologie, in: Nowak/Raulét (Hg.): Protestantismus, S. 176–198.
- DERS.: Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich, Berlin/New York 1996.
- MEINHARDT, GÜNTHER: Die Universität Göttingen. Ihre Entwicklung und Geschichte von 1734 bis 1974, Göttingen 1977.
- MELCHER, PETER: In Colour und Braunhemd. Die Studentenschaft in der Weimarer Republik, in: Politikon 9 (1965), S. 7–10.
- MELZER, KARL-HEINRICH: Der Geistliche Vertrauensrat. Geistliche Leitung für die Deutsche Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg (AKZG, Reihe B: Darstellungen 17), Göttingen 1991.
- MENZE, OTTO: Geschichte des Wingolfs 1945–1968, in: Verband Alter Wingolften (Hg.): Geschichte, 257–202.
- MERK, OTTO: Die evangelische Kriegsgeneration, in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 1–59.
- MEUMANN, MARKUS: Universität und Sozialfürsorge zwischen Aufklärung und Nationalsozialismus. Das Waisenhaus der theologischen Fakultät in Göttingen 1747–1938, Göttingen 1997.
- MEYER, DIETRICH: Die evangelisch-theologische Fakultät Breslau in den Jahren 1933 bis 1945, in: Peter Maser (Hg.): Der Kirchenkampf im Osten und in den deutschsprachigen Kirchen Osteuropas, Göttingen 1992, S. 98–135.
- MEYER, JOHANNES: Geschichte der theologischen Fakultät, in: Zeitschrift für niedersächsische Kirchengeschichte 42 (1937), S. 7–107.
- DERS.: Kirchengeschichte Niedersachsens, Göttingen 1939.
- MEYER-BLANCK, MICHAEL: Friedrich Spitta, in: Schmidt-Rost/Bitter/Dutzmann (Hg.): Theologie, S. 183–189.

- MEYER-ZOLLITZSCH, ALMUTH: Nationalsozialismus und Evangelische Kirche in Bremen (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen 51), Bremen 1985.
- MICHALKA, WOLFGANG: Deutsche Außenpolitik 1920–1933, in: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Republik, S. 303–326.
- MIKOSCH, HANS: Trotz Hakenkreuz und Ährenkranz. Der Weg der Luther-Akademie Sondershausen in den Jahren 1932–1962, Neuendettelsau 2005.
- MIELKE, ROGER: Eschatologische Öffentlichkeit. Öffentlichkeit der Kirche und Politische Theologie im Werk von Erik Peterson (Forschungen zur systematischen und ökumenischen Theologie 214), Göttingen 2012.
- MITTLER, ELMAR/SCHALLER, BERND (HG.): Jüdischer Glaube. Jüdisches Leben. Juden und Judentum in Stadt und Universität Göttingen, Göttingen 1996.
- MOELLER, BERND (HG.): Theologie in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe (Göttinger Universitätschriften: Serie A: Schriften 10), Göttingen 1987.
- DERS.: Nekrolog. Hans Freiherr von Campenhausen, in: HZ 249 (1989), S. 740–743.
- MÖLLER, CHRISTIAN: 50 Jahre GPM, in: Göttinger Predigtmeditationen 1996/97, S. 4–12.
- MOHLER ARMIN/WEIBMANN KARLHEINZ: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1922. Ein Handbuch, 6. völlig überarbeitete und erweiterte Ausgabe, Graz 2005.
- MOHR, RICHARD: Erich Kamke, 1890–1961, in: Wiesing u.a. (Hg.): Universität, S. 863–880.
- MÜHLEN, KARL-HEINZ ZUR: Reformatorische Vernunftkritik und neuzeitliches Denken. Dargestellt am Werk M. Luthers und Fr. Gogartens, Tübingen 1980.
- MÜLLER, EBERHARD: Widerstand und Verständigung. Fünfzig Jahre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft 1933–1983, Stuttgart 1987.
- MÜLLER, HANS MARTIN (HG.): Christliche Wahrheit und neuzeitliches Denken. Zu Emanuel Hirschs Leben und Werk, Tübingen 1984.
- DERS.: Karl Barth und Emanuel Hirsch. Anmerkungen zu einem Briefwechsel, in: ders. (Hg.): Wahrheit, S. 7–14.
- MÜLLER, KARL: Wiesner, Werner, in: BBKL XXIX (2009), Sp. 1555–1559.
- MÜNKLER, HERFRIED: Die Deutschen und ihre Mythen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1049), Bonn 2010.
- MURTORINNE, EINO: Erzbischof Eidem zum deutschen Kirchenkampf 1933–1934 (Schriften der Finnischen Gesellschaft für Missiologie und Ökumenik XV), Helsinki 1968.

- NAGEL, ANNE: „Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule.“ Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reichs, in: Scholtyssek/Studt (Hg.): Universitäten, S. 115–132.
- NEUMANN, PETER: Die Jungreformatorische Bewegung (AGKK 25), Göttingen 1971.
- NEUSER, WILHELM H.: Die Teilnahme der Professoren aus Münster an den kirchlichen Prüfungen – ein Stück westfälischer Kirchenkampf, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 317–345.
- NICHTWEIß, BARBARA: Peterson, Erik, in: BBKL VII (1994), Sp. 275–281.
- DIES.: Peterson, Erik (1890–1970), in: Breytenbach/Hoppe (Hg.): Wissenschaft, S. 353–370.
- DIES.: Erik Peterson (1890–1960), in: Kranemann/Raschzok (Hg.): Gottesdienst, S. 917–926.
- DIES. (HG.): Erik Peterson. Theologie und Theologen. Bd. 9/2: Briefwechsel mit Karl Barth u.a. Reflexionen und Erinnerungen, Würzburg 2009.
- NICOLAISEN, CARSTEN: Die Stellung der ‚Deutschen Christen‘ zum Alten Testament, in: Brunotte/Wolf (Hg.): Geschichte, S. 197–220.
- NIEMEIER, HELMUT: Geschichte der Burschenschaft Germania in Göttingen 1933–1934, in: Philisterium (Hg.): Germania, S. 38–81.
- NIETHAMMER, LUTZ: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin 1982.
- NIETHER, HENDRIK: „Der Fall Otto Piper“. Das Schicksal eines religiösen Sozialisten während der Ruhrbesetzung, in: Marco Hofheinz/Ulf Lückel (Hg.): Zentrale Gestalten der Niedersächsischen Kirchengeschichte, Bielefeld 2021, S. 273–290.
- NIPPERDEY, THOMAS: Die Deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Wilhelm Zilius/Adolf Grimme (Hg.): Kulturverwaltung der Zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge, Stuttgart 1961, S. 19–59.
- NOAKES, JEREMY: The Nazi Party in Lower Saxony (1921–1933), Oxford 1971.
- NOWAK, KURT: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Weimar 1981.
- DERS.: Protestantische Universitätstheologie und „nationale Revolution“. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 89–112.
- DERS./RAULÉT, GERHARD (HG.): Protestantismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik; Frankfurt/New York 1994
- DERS.: Kirchen und Religion, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1998, S. 204–222.

- OBENAU, HERBERT: Geschichtsstudium und Universität nach der Katastrophe von 1945: das Beispiel Göttingen, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.): Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie (FS Helga Grebing), Essen 1995, S. 307–338.
- OBERDIEK, ALFRED: Göttinger Universitätsbauten, 250 Jahre Baugeschichte der Georg-August-Universität, Göttingen 1989.
- OELKE, HARRY: Hanns Lilje. Ein Lutheraner in der Weimarer Republik und im Kirchenkampf, Stuttgart 1999.
- DERS.: Problembestimmung und Forschungsperspektiven, in: Kaufmann/ders. (Hg.): Kirchenhistoriker, S. 12–31.
- DERS.: Bekennende Kirchengeschichte. Der Kirchenhistoriker Kurt Dietrich Schmidt im Nationalsozialismus, in: Kaufmann/ders. (Hg.): Kirchenhistoriker, S. 330–359.
- OHLEMACHER, ANDREAS: Das Gerhard-Uhlhorn-Konvikt. Eine Dokumentation der Geschichte des Göttinger Sprachen- und Studienkonvikt (Göttinger Beiträge zur Regionalgeschichte 1), Göttingen 2011.
- OHST, MARTIN: Der I. Weltkrieg in der Perspektive Emanuel Hirschs, in: Kaufmann/Oelke (Hg.): Kirchengeschichte, S. 64–121.
- OPITZ, GÜNTER: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 37), Düsseldorf 1969.
- OTTE, HANS: Die Geschichte der Kirchen, in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 591–673 [Erstfassung: Göttinger Kirchengeschichte im 1866–1980, in: Kirchenkreisarchiv Göttingen].
- DERS.: Die hannoversche Landeskirche nach 1945. Kontinuität, Bruch und Aufbruch, in: Grosse/ders./Perels (Hg.): Neubeginn, S. 11–48.
- PERELS, JOACHIM: Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus als Problem der Nachkriegskirche, in: Grosse/Otte/ders. (Hg.): Neubeginn, S. 49–60.
- DERS.: Theologie und Politik bei Hanns Lilje nach 1945, in: Grosse/Otte/ders. (Hg.): Neubeginn, S. 235–258
- PINGEL, FALK: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 183–209.
- PHILISTERIUM DER BURSCHENSCHAFT GERMANIA IN GÖTTINGEN E.V. (HG.): Geschichte der Germania in Göttingen, Teil IV: 1901–1982, Göttingen 2014.

- PERLITT, LOTHAR: Professoren der Theologischen Fakultät in Göttingen als Äbte zu Bursfelde, 1. Begründung und Festigung der Tradition, in: JGNSKG 82 (1984), S. 7–25; 2. Wahrung und Wandlung der Tradition, in: ebenda 83 (1985), S. 261–341.
- DERS.: 900 Jahre Kloster Bursfelde. Reden und Vorträge zum Jubiläum 1993, Göttingen 1994.
- PETER, ULRICH: Lutherrose und Hakenkreuz. Die Deutschen Christen und der Bund nationalsozialistischer Pastoren in der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs, Kiel 2020.
- PHILIPPS, DAVID: Britische Initiative zur Hochschulreform in Deutschland. Zur Vorgeschichte der Entstehung des ‚Gutachtens zur Hochschulreform‘ von 1948, in: Heinemann (Hg.): Umerziehung, S. 172–189.
- PÖPPING, DAGMAR: Der schreckliche Gott des Hermann Wolfgang Beyer. Sinnstiftungsversuche eines Kirchenhistorikers zwischen Katheder und Massengrab, in: Gailus/Vollnhals (Hg.): Christentum, S. 261–278.
- DIES.: Kriegspfarrer an der Ostfront. Evangelische und katholische Wehrmachtsseelsorge im Vernichtungskrieg 1941–1945 (AKZ. Reihe B, Darstellungen 66), Göttingen 2017.
- POLITIKON. GÖTTINGER STUDENTENZEITUNG FÜR NIEDERSACHEN 9 (1965): Themenheft ‚Georgia Augusta – Universität im Dritten Reich.‘
- POPLOW, ULRICH: Göttingen in der Novemberrevolution 1918/1919, in: GJ 24 (1976), S. 205–242.
- DERS.: Die Machtergreifung in Augenzeugenberichten. Göttingen 1932–1935, in: GJ 25 (1977), S. 157–186.
- DERS.: Der Novemberpogrom 1938 in Münden und Göttingen, in: GJ 28 (1980), S. 177–192.
- PRÄSIDENTIN DER GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT GÖTTINGEN UND DEM UNIVERSITÄTSBUND GÖTTINGEN (HG.): „Ein Vorsprung der uns tief verpflichtet“. Die Wiedereröffnung der Universität vor 70 Jahren (Göttinger Universitätsreden 99), Göttingen 2016.
- PRAHL, HANS-WERNER: Last der Vergangenheit. Schwieriger Neubeginn und manche Kontinuität, in: ders./Petersen/Zankel (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel und der Nationalsozialismus, Bd. 2., Kiel 2007, S. 202–217.
- PRESSEL, WILHELM: Die Kriegspredigt 1914–1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands (Arbeiten zur Pastoraltheologie 5), Göttingen 1967.
- PREUL, REINER: Emanuel Hirsch (1888–1972), in: Schmidt-Rost/Bitter/Dutzmann (Hg.): Theologie, S. 232–237.



- PRIEN, HANS-JÜRGEN: Die ‚Deutsch-Evangelische‘ Kirche in Brasilien im Spannungsbogen von nationaler Wende (1933) und Kirchenkampf, in: Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas 25 (1988), S. 511–533.
- PYTA, WOLFGANG: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.
- RATZKE, ERWIN: Hakenkreuz und Talar. Das 200jährige Jubiläum der Georg-August-Universität Göttingen im Jahr 1937, in: GJ 36 (1988), S. 231–248.
- REIMANN, BRUNO: Die ‚Selbst-Gleichschaltung‘ der Universitäten 1933, in: Tröge (Hg): Hochschulen, S. 38–52.
- DERS.: Zum politischen Bewusstsein von Hochschullehrern in der Weimarer Republik und 1933, in: Siegele-Wenschkewitz/Stuchlick (Hg): Hochschule, S. 22–48.
- REIMER, JAMES A: Emanuel Hirsch und Paul Tillich. Theologie und Politik in einer Zeit der Krise, Berlin/New York 1995.
- REITEMEIER, ARND: Der 18. Deutsche Historikertag in Göttingen und die politische Radikalisierung, in: GJ 59 (2011), S. 104–136.
- DERS.: Karl Brandt (1868–1946). Universitätsprofessor und erster Vorsitzender der Historischen Kommission, in: NSJBLG 83 (2011), S. 33–49.
- RENDTORFF, TRUTZ: Das Wissenschaftsverständnis der Theologie im ‚Dritten Reich‘, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg): Fakultäten, S. 19–44.
- RICKERS, FOLKERT: Kittel, Helmuth, in: BBKL XX (2002), Sp. 844–863.
- RIEGER, REINHOLD: Die Entwicklung der Evangelisch-theologischen Fakultät im ‚Dritten Reich‘, in: Wiesing u.a. (Hg): Universität, S. 77–117.
- RINGELING, HERMANN/ROHRBACH HEINRICH (HG.): Studenten und die Kirche, Wuppertal 1968.
- RINNEN, ANJA: Kirchenmann und Nationalsozialist. Siegfried Lefflers ideelle Verschmelzung von Kirche und Drittem Reich (Forum zur Pädagogik und Didaktik der Religion 9), Weinheim 1995.
- RITBERG, ELSE GRÄFIN VON: Der preußische Kirchenvertrag von 1931: seine Entstehung und seine Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche in der Weimarer Republik, Bonn 1959.
- RIITTER, ADOLF MARTIN: Hans Frh. Von Campenhausen †, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 34/2 (1989), S. 113–116.
- ROEGELE, OTTO B.: Student im Dritten Reich, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 135–174.
- RÖHM, EBERHARD: Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985.

- DERS./JÖRG THIERFELDER: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1: Ausgegrenzt (1933–1935); Bd. 2: Entrechtet (1935–1938); Bd. 3: Ausgestoßen (1938–1941); Bd. 4: Vernichtet (1941–1945), Stuttgart 1990–2007.
- DERS./HARTMUT LUDWIG: Hellmut Fischer, in: Ludwig/ders. (Hg.): Evangelisch, S. 98–99.
- DERS.: Helmut Goetze, in: Ludwig/ders. (Hg.): Evangelisch, S. 124–125.
- DERS.: Dietgard Meyer, in: Ludwig/ders. (Hg.): Evangelisch, S. 246–247.
- RÖHRBEIN, WALDEMAR: Gleichschaltung und Widerstand in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): Bewahren, S. 11–42.
- ROHRBACH, HEINRICH: Studentengemeinde, I. Evangelische, in: RGG 6 (1965), Sp. 422–444.
- ROOS-SCHUMACHER, HEDWIG: Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten 1880–1914/1918. Ein Beitrag zum nationalen Vereinswesen und zum politischen Denken im Kaiserreich (Deutsche Akademische Schriften, Neue Folge 7), Gifhorn 1986.
- ROSENBERG, ARTHUR: Entstehung der Weimarer Republik (Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte 8), Frankfurt (M) 1961.
- DERS.: Geschichte der Weimarer Republik (Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte 9), Frankfurt (M) 1961.
- ROTH, KARL-HEINZ: Strukturen, Paradigmen und Mentalitäten in der luftfahrtmedizinischen Forschung des ‚Dritten Reiches‘ 1933 bis 1941. Der Weg ins Konzentrationslager Dachau, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2/2000, S. 49–77.
- RÜRUP, MIRIAM: Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden XXXIII), Göttingen 2008.
- RÜTTGART, JAN OLAF: Das Kloster Loccum im Dritten Reich, in: JGNSKG 85 (1987), S. 197–222.
- RUNTE, HEINRICH (HG.): Glaube und Geschichte. Festschrift für Friedrich Gogarten zum 13. Januar 1947, Gießen 1948.
- RUPPEL, ERICH: Kirchenvertragsrecht. Eine Erläuterung des Staatskirchenrechts der neueren Kirchenverträge (hg. Von Jürgen Kaulitz und Arno Schilberg) Hannover 1996.
- SALDERN, ADELHEID VON: Göttingen im Kaiserreich, in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 5–62.
- SALZEN, CLAUDIA VON: Deutschtumsreligion und Antisemitismus in einer Bürgerstadt. Göttingen in der Weimarer Republik [unveröffentlichte Magisterarbeit: Standort: Stadtarchiv Göttingen], Göttingen 1998.

- SAUDER, GERHARD (HG.): Die Bücherverbrennung. 10. Mai 1933, Frankfurt (M) 1985.
- SAUER, THOMAS: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme 2), Oldenburg 1999.
- SCHAD, CHRISTIAN: Das Geschichtsbild des ‚Sonntagsblattes‘. Die publizistische Rezeption des Nationalsozialismus und seiner Folgen in den Jahren 1948 bis 1953, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.); Neubeginn, S. 169–186.
- SCHÄFER, CHRISTIAN: Rahlfs, Alfred, in: BBKL XXXV (2014), Sp. 1135–1139.
- DERS.: Alfred Rahlfs (1865–1935) und die kritisch-historische Edition der Septuaginta, in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 165–174.
- SCHÄFER-RICHTER, URSULA: Im Niemandsland. Christen jüdischer Herkunft im Nationalsozialismus. Das Beispiel der hannoverschen Landeskirche, Göttingen 2009.
- SCHÄFERDIEK, KNUT: Schneemelcher, Wilhelm, in: BBKL XXVII (2007), Sp. 1258–1269.
- SCHAEEL, OLIVER: Die Grenzen der akademischen Vergangenheitsbewältigung. Der Verband der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer und die Göttinger Universität, in: Weisbrod (Hg.): Vergangenheitspolitik, S. 53–74.
- SCHEHILA, ARNULF VON: Stange, Carl, in: RGG 7 (2002), Sp. 600.
- SCHENDEL, GUNTHER: Schmidt, Kurt Dietrich, in: BBKL XXVIII (2007), Sp. 1400–1413.
- SCHERFFIG, WOLFGANG: Junge Theologen im ‚Dritten Reich‘. Dokumente, Briefe, Erfahrungen, Bd. 1: Es begann mit einem Nein! (1933–1935), Bd. 2: Im Bannkreis politischer Verführung (1936–1937), Bd. 3: Keiner blieb ohne Schuld (1938–1945), Neukirchen-Vluyn 1989–1994.
- SCHILDT, AXEL: ‚Jetzt liegen alle Ordnungs- und Gesittungsmächte im Schutt‘. Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem ‚Dritten Reich‘ in Schleswig-Holstein nach 1945, in: ZSHG 119 (1994), S. 261–276.
- DERS.: Solidarisch mit der Schuld des Volkes. Die öffentliche Schulddebatte und das Integrationsangebot der Kirchen in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXXVIII; Quellen zur Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945), Hannover 1995, S. 269–295.
- DERS.: Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und ‚Drittem Reich‘ (1918–1933), Erfurt 1997.

- SCHINDLER, THOMAS: Studentischer Antisemitismus und jüdische Studentenverbindungen (Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung CC 27), Gießen 1988.
- SCHJØRRING, JENS HOLGER: Theologische Geschichtsethik und politische Wirklichkeit. Das Beispiel Eduard Geismar und Emanuel Hirsch (AKZG, Reihe B: Darstellungen 7), Göttingen 1979.
- SCHMELZER, PABLO/RÜRUP, MIRIAM: Jüdische Studentenverbindungen in Deutschland und in Göttingen, in: Fachschaftsrat (Hg.): Studentenverbindungen, S. 61–67.
- SCHMIDT, DANIEL/STURM, MICHAEL/LIVI, MASSIMILIANO (HG.): Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933 (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge 19), Essen 2015.
- SCHMIDT, DIETMAR: Martin Niemöller: Eine Biografie, Hamburg 1983.
- SCHMIDT, KLAUS: Aufstieg einer Minderheit. 500 Jahre Protestantismus in Köln (Kirchengeschichte regional 6), Münster 2016.
- SCHMIDT-ROST, REINHARD/BITTER, STEPHAN/DUTZMANN, MARTIN (HG.): Theologie als Vermittlung. Bonner evangelische Theologen des 19. Jahrhunderts im Porträt (Arbeiten zur Theologiegeschichte 6), Rheinbach 2003, S. 232–237.
- SCHNEIDER, HEINZ-JÜRGEN/SCHWARZ, ERIKA/SCHWARZ JOSEF: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik, Bonn 2002.
- SCHNEIDER, THOMAS MARTIN: Luther-Akademie, in: RGG 5 (2002), Sp. 600.
- SCHNEIDER, ULRICH: Die Bekennende Kirche zwischen ‚freudigem Ja‘ und antifaschistischem Widerstand. Eine Untersuchung des christlich motivierten Widerstandes gegen den Faschismus unter besonderer Berücksichtigung der Bekennenden Kirche in Kurhessen-Waldeck und Marburg, Kassel 1986.
- SCHNEIDER, ULRICH/DUMKE, WOLFGANG: Die Universität Göttingen zwischen Besetzung und Wiedereröffnung. Eine Dokumentation, in: Stadt (Hg.): Göttingen 1945, S. 291–300.
- SCHNEIDER, ULRICH: Die Entnazifizierung der Hochschullehrer in Niedersachsen 1945–1949, in: NSJBLG 61 (1989), S. 235–346.
- SCHNIEDERS, UDO/KELLNER, STEFAN (HG.): Kirche an der Hochschule (Festschrift 75 Jahre Katholische Studentengemeinde Göttingen 1921–1996), Göttingen 1996, S. 265–351.
- SCHÖNE, ALBRECHT: Göttinger Bücherverbrennung. Rede am 10. Mai 1983 zur Erinnerung an die ‚Aktion wider den deutschen Geist‘ (Göttinger Universitätsreden 70), Göttingen 1983.

- SCHOLDER, KLAUS: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen (1918–1934), Stuttgart 1977; Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung: 1934. Barmen und Rom, Stuttgart 1985.
- SCHOLTYSEK, JOACHIM/STUDI, CHRISTOPH (HG.): Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 9), Berlin 2008.
- SCHREIBER, MATTHIAS: Piper, Otto Albert, in: BBKL VII (1994), Sp. 624–626.
- SCHRÖDER, BERND/WOJTKOWIAK, HEIKO (HG.): Stiftsgeschichte(n). 250 Jahre Theologisches Stift der Universität Göttingen (1765–2015), Göttingen 2015.
- SCHÜMANN, BODO: Birnbaum, Friedrich Walter, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 5, Göttingen 2010, S. 50–52.
- SCHULTZ, JÜRGEN: Tendenzen der Theologie im 20. Jahrhundert. Eine Geschichte in Porträts, Stuttgart/Berlin 1966.
- SCHULTZ, ROLF: Kirchenpolitische Auseinandersetzungen im III. Reich im Spiegel des ‚Göttinger Gemeindeblattes‘ 1933–1945, Göttingen 1976 [Hausarbeit fachwissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien: Standort: Kirchenkreisarchiv Göttingen].
- SCHUMACHER, HANSHEINER (HG.): Burschenschaft Holzmindä, Göttingen. Beiträge zu ihrer Geschichte 1860–1985, Göttingen 1985.
- SCHUMANN, DIRK/LENA ELISA FREITAG: Abschlussbericht zum Projekt ‚Ehrungen der Universität Göttingen (Ehrenbürger und -doktoren) in der NS-Zeit und der Umgang mit ihnen nach 1945 (Auszug), Göttingen 2015.
- SCHWAN, ALEXANDER: Geschichtstheologische Konstitution und Dekonstruktion der Politik. Friedrich Gogarten und Rudolf Bultmann, Berlin/New York 1976.
- SCHWARZ, JÜRGEN: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Republik (Ordo Politicus 12), Berlin 1971.
- SCHWENNSEN, TRISTAN/LUDWIG, HARTMUT: Fritz Leiser, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 206–207.
- SCHWÖBEL, GERLIND: Hildegard Schaefer (1902–1984), in: Inge Mager (Hg.): Frauenprofile des Luthertums. Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts (Die Lutherische Kirche. Geschichte und Gestalten 22), Gütersloh 2005, S. 507–513.
- SEIER, HELLMUT: Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsminderiums, in: VfZG 2/1964, S. 105–146.
- DERS.: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat, in: Klaus Malettke (Hg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft, Göttingen 1984.

- DERS.: Nationalsozialistisches Wissenschaftsverständnis und Hochschulpolitik, in: Siegele-Wenschkewitz/Stuchlick (Hg.): Hochschule, S. 5–22.
- SEIM, JÜRGEN: Hans Joachim Iwand. Eine Biografie, Gütersloh 1999.
- SIEG, ULRICH: Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus, München 2007.
- DERS.: Die Sakralisierung der Nation. Paul de Lagardes ‚Deutsche Schriften‘, in: Werner Bergmann/ders. (Hg.): Antisemitische Geschichtsbilder (Antisemitismus: Geschichte und Strukturen 5), Essen 2009.
- SIEGELE-WENSCHKIEWITZ, LEONOR: Nationalsozialismus und Kirche. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935 (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte 5), Düsseldorf 1974.
- DIES./STUCLICK, GERDA (HG.): Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte (Arnoldshainer Texte 66), Frankfurt/M 1990.
- DIES./NICOLAISEN, CARSTEN (HG.): Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus (AKZG, Reihe B: Darstellungen 8), Göttingen 1993.
- DIES.: (Hg.): Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen (Arnoldshainer Texte 85), Frankfurt (M) 1994.
- SIEGFRIED, DETLEF: Politisierungsschübe in der Bundesrepublik 1945 bis 1980, in: Klaus Fitschen u.a. (Hg.): Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 1970er Jahre (AKGZ, Reihe B: Darstellungen 52), Göttingen 2011, S. 31–50.
- SIEMENS, DANIEL: Stormtroopers. A new history of Hitler's Brownshirts, New Haven/London 2017.
- SIMONSEN, HORST: Leonhard Goppelt (1911–1973). Eine theologische Biografie. Exegese in theologischer und kirchlicher Verantwortung, Göttingen 2004.
- SIMPFENDÖRFER, WERNER: Ernst Lange. Versuch eines Porträts, Berlin 1997.
- SMEND, RUDOLF: Göttingen, in: TRE 13 (1984), S. 558–563.
- DERS.: 1887. Die Universität in Preußen, in: Möller (Hg.): Universitätsreden, S. 68–90.
- DERS.: Deutsche Alttestamentler in drei Jahrhunderten, Göttingen 1989.
- DERS.: Kurze Geschichte des Fachbereichs Theologie an der Georgia Augusta, in: Schlotter (Hg.): Geschichte, S. 46–53.
- DERS.: Eine Fakultät in kritischer Zeit. Die Göttinger Theologie zwischen 1930 und 1950, in: GJ 50 (2002), S. 149–163.
- SMID, AREND: Die Juden in Göttingen zur Zeit der Weimarer Republik [unveröffentlichte Hauptseminararbeit; Standort: Stadtarchiv Göttingen], Göttingen 1989.

- SONNE, HANS-JOACHIM: Die politische Theologie der Deutschen Christen. Einheit und Vielfalt deutschchristlichen Denkens, dargestellt anhand des Bundes für Deutsche Kirche, der Thüringer Kirchenbewegung ‚Deutsche Christen‘ und der Christlich-deutschen Bewegung (Göttinger Theologische Arbeiten 21), Göttingen 1982.
- STADT GÖTTINGEN, KULTURDEZERNAT (HG.): Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt. Texte und Materialien, Göttingen 1983.
- STADT GÖTTINGEN, KULTURDEZERNAT (HG.): Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum vom 31. März bis zum 28. Juli 1985, Göttingen 1985.
- STENGEL, FRIEDEMANN: Die Universität und ihr Name – Martin Luther. Kontexte der Verleihung 1933, in: KZG 26/2 (2013), S. 289–318.
- STICKLER, MATTHIAS: Zwischen Reich und Republik. Zur Geschichte der studentischen Verbindungen in der Weimarer Republik, in: Brandt/ders. (Hg.): Herrlichkeit, S. 85–107.
- STÖCKER, GEORG: Agrarideologie und Sozialreform im Deutschen Kaiserreich. Heinrich Sohnrey und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege 1896–1914, Göttingen 2011.
- STRECKER, GEORG: Bauer, Walter, in: TRE 5 (1980), S. 317–319.
- STRÖLE-BÜHLER, HEIKE: Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918–1933 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und Hilfswissenschaften 486), Frankfurt (M) u.a. 1991.
- STROHM, THEODOR: Konservative politische Romantik in den theologischen Frühschriften Friedrich Gogartens, Berlin 1961.
- SZABÓ, ANIKÓ: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen [nach 1945] 15), Göttingen 2000.
- THADDEN, RUDOLF VON/TRITTEL, GÜNTER (HG.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt, Göttingen 1999.
- THADDEN, WIEBKE VON: Die Stadt Göttingen unter britischer Militärverwaltung 1945–1947, in: Thadden/Trittzel (Hg.): Göttingen, S. 275–290.
- THAMER, HANS-ULRICH: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1994.
- THELDOW, LUKAS: Holz hacken und Juden ausmerzen. Paul de Lagarde und die Zerstörung der Vernunft und der deutsche Provinzialismus, in: Politikon 9 (1965), S. 22.

- THEIBEN, GERD: 40 Jahre Arbeiten zum Neuen Testament 1969–2009. Ein Werkbericht über meine Arbeiten, in: ders.: Von Jesus zur urchristlichen Zeichenwelt. ‚Neutestamentliche Grenzgänge‘ im Dialog (Novum Testamentum et Orbis Antiquus/Studien zur Umwelt des Neuen Testaments 78), Göttingen 2011.
- THIELER, KERSTIN: „[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.“ Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im ‚Dritten Reich‘ (Göttinger Bibliotheksschriften 12), 2. Erweiterte Aufl., Göttingen 2006.
- DIES.: Ohne Würde. Die Entziehung von Dokortiteln an der der Georg-August-Universität Göttingen im ‚Dritten Reich‘ und der lange Weg der Rehabilitation, in: Detlev Schmiechen-Ackermann/Hans Otte/Wolfgang Brandes (Hg.): Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 274), Göttingen 2014, S. 81–94.
- DIES.: ‚Volksgemeinschaft‘ unter Vorbehalt. Gesinnungskontrolle und politische Mobilisierung in der Herrschaftspraxis der NSDAP-Kreisleitung Göttingen (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Göttingen 29), Göttingen 2014.
- DIES.: Universitäre Personalpolitik zwischen ideologischer Verfolgung und politischer Anpassung und ihre Auswirkungen in der Nachkriegszeit, in: Präsidentin der Georg-August-Universität (Hg.): Vorsprung, S. 39–62.
- THIERFELDER, JÖRG: Ersatzveranstaltungen der Bekennenden Kirche, in: Siegel-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 291–301.
- TIEBEL, MARTIN: Geschichte des Wingolfs 1914–1932, in: Verband Alter Wingolfiten (Hg.): Geschichte, 143–184.
- DERS.: Geschichte des Wingolfs 1933–1934, in: Verband Alter Wingolfiten (Hg.): Geschichte, 185–256.
- TIETZ, CHRISTIANE: Karl Barth. Ein Leben im Widerspruch, München 2018.
- TÖLLNER, AXEL: Hans Werner Jordan, in: Ludwig/Röhm (Hg.): Evangelisch, S. 172–173.
- TOLLMEN, CORDULA: Der ‚Krieg der Geister‘ in der Provinz 1914–1919, in: GJ 41 (1993), S. 137–210.
- DIES.: Nationalsozialismus in Göttingen (1933–1943), in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 127–276.
- DIES.: Die Universität Göttingen im Kaiserreich, in: Thadden/Trittel (Hg.): Göttingen, S. 357–394.
- DIES.: 1933–1945 Entrechtung, Vertreibung und Ermordung, in: Manthey/dies.: Juden, S. 704–732.



- TORNAU, JOACHIM: Gegenrevolution von unten. Bürgerliche Sammlungsbewegungen in Braunschweig, Hannover und Göttingen 1918–1920 (Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte 16), Bielefeld 2001.
- TREIBEL, ANGELA: Volkskirche und evangelische Theologie. Die Dorfkirchenbewegung 1907–1945, Köln 2004.
- TRILLHAAS, WOLFGANG: Karl Barth in Göttingen, in: ders.: Perspektiven und Gestalten des neuzeitlichen Christentums, Göttingen 1975, S. 171–184 [Erstveröffentlichung in: Dietrich Rössler/Gottfried Voigt/Friedrich Wintzer (Hg.): Fides et communicatio (FS Martin Doerne), Göttingen 1970, S. 362–375].
- DERS.: Repräsentant und Außenseiter einer Generation. Nach dem Tode von Emanuel Hirsch, in: EvK 10 (1972), S. 601–603.
- DERS.: Der Einbruch der Dialektischen Theologie in Göttingen und Emanuel Hirsch, in: Moeller (Hg.): Theologie, S. 362–381.
- DERS.: Emanuel Hirsch in Göttingen, in: Müller (Hg.): Wahrheit, S. 37–59.
- TRITTEL, GÜNTHER: Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Thadden/ders. (Hg.): Göttingen, S. 291–356.
- TRITTEL, KATHARINA: Hermann Rein und die Flugmedizin. Erkenntnisstreben und Entgrenzung, Göttingen 2018.
- TRÖGE, JÖRG (HG.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich (Reihe Campus 1009), Frankfurt (M) 1984.
- UNIVERSITÄT TÜBINGEN (HG.): „... treu und fest hinter den Führer“. Die Anfänge des Nationalsozialismus an der Universität Tübingen 1926 bis 1934. Begleitheft zur Ausstellung des Universitätsarchivs, Tübingen 1983.
- VDST GÖTTINGEN ALTHERRENBUND (HG.): Festschrift zum 100. Stiftungsfest des VdST Göttingen, Göttingen 1984.
- VERBAND ALTER WINGOLFITEN (HG.): Geschichte des Wingolfs 1830–1994, 5. vollständig neu bearbeitete und fortgeführte Aufl., Gladbeck 1998.
- VERHEY, JEFFREY: Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.
- VOLLNHALS, CLEMENS: Entnazifizierung und Selbstreinigung im Urteil der evangelischen Kirche. Dokumente und Reflexionen, 1945–1949. München 1989.
- DERS.: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
- DERS.: Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung. Die Erblast des Nationalprotestantismus, in: Gailus/Lehmann (Hg.): Mentalitäten S. 379–432.
- DERS.: Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit. München 2009.
- DERS.: Theologie des Nationalismus. Der christlich-völkische Publizist Wilhelm Stapel, in: Gailus/ders. (Hg.): Christentum, S. 97–118.

- VOSSEN, JOHANNES: Der politische Systemwechsel von 1933 und seine Auswirkungen auf die Hochschulpolitik, in: Sabine Schleiermacher/Udo Schagen (Hg.): Wissenschaft macht Politik. Hochschule in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945 (Wissenschaft, Politik und Gesellschaft 3), Stuttgart 2009, S. 19–28.
- WAGENER, CLAUS P.: „Gott sprach: Es werde Volk, und es ward Volk.“ Zum theologischen und geistesgeschichtlichen Kontext der Deutschen Christen in ihren unterschiedlichen Strömungen, in: Peter von der Osten-Sacken (Hg.): Das missbrauchte Evangelium. Studien zu Theologie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen (Studie und Kirche und Israel, Bd. 20), Berlin 2002, S. 35–69.
- WAGNER, THOMAS: Lindblom, Johannes, in: BBKL XXVIII (2007), Sp. 1011–1028.
- WEBER, CORNELIA: Altes Testament und völkische Frage. Der biblische Volksbegriff in der alttestamentlichen Wissenschaft in der nationalsozialistischen Zeit, dargestellt am Beispiel von Johannes Hempel (Forschungen zum Alten Testament 28), Tübingen 2000.
- WEBER, WOLFGANG: Geschichte des Wingolfs 1871–1914, in: Verband Alter Wingolfiten (Hg.): Geschichte, S. 95–144.
- WEGELER, CORNELIA: „... wir sagen ab der internationalen Gelehrtenrepublik.“ Altertumswissenschaft und Nationalsozialismus. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921–1962, Wien/Köln/Weimar 1996.
- WEILING, CHRISTOPH: Die ‚Christlich-deutsche Bewegung‘. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik (AKZG, Reihe B: Darstellungen 28), Göttingen 1998.
- WEINREICH, MAX: Hitler’s professors. The part of scholarship in Germany’s crimes against jewish people; New York 1946.
- WEISBROD, BERND: Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 20), Göttingen 2002.
- DERS.: Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: ders. (Hg.): Vergangenheitspolitik, S. 11–38.
- DERS.: Das Moratorium der Mandarine. Zur Selbstentnazifizierung der Wissenschaften in der Nachkriegszeit, in: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 2: Leitbegriffe – Deutungsmuster – Paradigmenkämpfe. Erfahrungen und Transformationen im Exil (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 211), Göttingen 2004, S. 259–279.

- DERS.: „Ein Vorsprung der uns tief verpflichtet“. Die Wiedereröffnung der Universität im WS 1945/1946, in: Präsidentin der Georg-August-Universität (Hg.): Vorsprung, S. 21–38.
- WENDEBOURG, DOROTHEA: So viele Luthers ... Die Reformationsjubiläen des 19. und 20. Jahrhunderts, Leipzig 2017.
- WESSELING, KLAUS-GÜNTER: Spitta, Friedrich, BBKL X (1995), Sp. 1024–1031.
- DERS.: Stange, Carl, in: BBKL X (1995), Sp. 1154–1159.
- DERS.: Wobbermin, Ernst Gustav Georg, in: BBKL XIII (1998), Sp. 1455–1462.
- DERS.: Fascher, Erich, in: BBKL XXXV (2014), Sp. 412–417.
- WEITTE, WOLFRAM: Seiner Zeit voraus. Martin Niemöllers Friedensinitiativen (1945–1955), in: Detlef Bald/ders. (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945–1955 (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 17), Essen 2010, S. 227–244.
- WETTIG, KLAUS: Spurensuche und Fundstücke. Göttinger Geschichten, Göttingen 2007.
- WIEBEL, ARNOLD: Rudolf Hermann (1887–1962). Biografische Skizzen zu seiner Lebensarbeit (Unio und Confessio 21), Bielefeld 1998.
- DERS.: Rudolf Hermann – Erich Seeberg. Briefwechsel 1920–1945 (Greifswalder Theologische Forschungen 7), Frankfurt (M) 2003.
- DERS.: Rudolf Hermann. Aufsätze – Tagebücher – Briefe (Arbeiten zur Historischen und Systematischen Theologie 14), Berlin 2009.
- WIEBEN, MATTHIAS: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich. Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus (Kieler Werkstücke, Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte 10), Frankfurt (M) u.a. 1994.
- WIEFEL, WOLFGANG: Von Strack zu Jeremias. Der Anteil der neutestamentlichen Wissenschaft an der Vorgeschichte der evangelischen Judaistik, in: Nowak/Raulét (Hg.): Protestantismus, S. 98–127.
- WIEGMANN, TORSTEN-WILHELM: Hermann Dörries, ein Göttinger Theologe als Lehrer und Forscher in der Zeit des Nationalsozialismus, in: JGNSKG 91 (1993), S. 121–150.
- WIESING, URBAN U.A. (HG.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus (Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 73), Stuttgart 2010.
- WILDT, MICHAEL: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.
- WILHELM, PETER: Die Synagogengemeinde der Stadt Göttingen, Rosdorf und Geismar 1850–1942 (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen 11), Göttingen 1978.

- WILKE, MATTHIAS: Emanuel Hirsch (1888–1972). „Jene zwei Göttinger Stiftsinspektorenjahre haben die Liebe zu Göttingen für immer in mir erweckt, [...]. Aber [...]. in: Schröder/Wojtkowiak (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 187–196.
- WINKLER, HEINRICH AUGUST: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- WITTRAM, REINHARD: Die Universität und ihre Fakultäten (Göttinger Universitätsreden 39), Göttingen 1962.
- WOJTKOWIAK, HEIKO: Gemeinsames Leben und Studieren im Wandel der Zeit, in: Schröder/ders. (Hg.): Stiftsgeschichte(n), S. 19–28.
- WOLF, ERNST: Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans-Joachim Reichardt und Ernst Wolf, Köln 1966, S. 215–256.
- WOLF-DAHM, BARBARA: Mirbt, Carl, in: BBKL V (1993), Sp. 1569–1573.
- WOLFES, MATTHIAS: Protestantische Theologie und moderne Welt. Studien zur Geschichte der liberalen Theologie nach 1918; Berlin/New York 1999.
- DERS.: Birnbaum, Walter, in: BBKL XVI (1999), Sp. 129–146.
- DERS.: Lueken, Wilhelm, in: BBKL XVIII (2001), Sp. 844–851.
- DERS./STRAUSS-ALMSTAD, JEANETTE: Elbogen, Ismar, in: BBKL XIX (2001), Sp. 221–234.
- WOLGAST, EIKE: Nationalsozialistische Hochschulpolitik und die evangelisch-theologischen Fakultäten, in: Siegele-Wenschkewitz/Nicolaisen (Hg.): Fakultäten, S. 45–80.
- DERS.: Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46) (Schriften der philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 22), Heidelberg 2001.
- WORTMANN, KARL: Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917/18 (Hallische Forschungen zur neueren Geschichte. Historische Studien. Neue Folge 3). Halle/Saale 1926.
- WUNDERLICH, AXEL: Entnazifizierung der hannoverschen Landeskirche, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): Neubeginn, S. 85–104.
- DERS.: Hanns Lilje und der Umgang mit NS-Verbrechern, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.): Neubeginn, S. 187–200.
- ZAUNER, STEFAN: Mit blankem Schild aus dem Dritten Reich gekommen. Die Entnazifizierung der Universität Tübingen, in: Binder, Hans-Otto/Ulmer, Martin/Rathe, Daniela/Röck, Ute (Hg.): Vom braunen Hemd zur weißen Weste. Vom Umgang mit der Vergangenheit in Tübingen nach 1945, Tübingen 2011, S. 77–102.

- ZIEGENRÜCKER, JOACHIM: Der Studentenpfarrer, in: Ringeling/Rohrbach (Hg.): Studenten, S. 136–147.
- ZIEMANN, BENJAMIN: Martin Niemöller als völkisch-nationaler Studentenpolitiker in Münster 1919–1923, in: VfZG 67,2 (2019), S. 209–234.
- DERS.: Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition, München 2019.
- ZINN, HOLGER: Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren 1925 bis 1945 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 11), Köln 2002.
- ZIRLEWAGEN, MARC: Der Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten in der Weimarer Republik (GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft), Köln 1999.
- ZOCHER, INGO: Der Wingolf-Bund im Spannungsfeld von Theologie und Politik 1818–1935. Eine Theologenverbindung zwischen nationaler Identität und christlichem Prinzip (GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft 6), Greifswald 1996.
- ZOCHER, PETER: Edo Osterloh – vom Theologen zum Politiker. Eine Fallstudie zum Verhältnis von Theologie und Politik im 20. Jahrhundert (AKZG 48) Göttingen 2005.
- ZWANZIG, GÜNTER/SIEVERS, ERNST: Geschichte des Schwarzburgbundes, Bd. 1: Von der Gründung bis 1933, Schwarzburg 2010.
- DERS.: Die Göttinger Germania zwischen 1933 und 1950, in: Philisterium (Hg.): Germania, S. 82–175.
- ZWICKER, STEFAN: ‚Nationale Märtyrer‘: Albert Leo Schlageter und Julius Fučić. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006.

## Hilfsmittel

- AMBURGER, ERIK: Die Pastoren der evangelischen Kirchen Rußlands vom Ende des 16. Jahrhunderts bis 1937. Ein biografisches Lexikon, Erlangen/Lüneburg 1998.
- BUDDRUS, MICHAEL/FRITZLAR, SIGRID: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 16), München 2007.
- EBEL, WILHELM: Catalogus Professorum Gottingensium 1734–1962, Göttingen 1962.
- GENERALREGISTER ZU DEN JAHRGÄNGEN 1–100 DES JAHRBUCHS (ZEITSCHRIFT) DER GESELLSCHAFT FÜR NIEDERSÄCHSISCHE KIRCHENGESCHICHTE, bearb. von Regine Krumwiede, Hannover 2008.
- GEISER, STEFAN: Bibliographie zu deutschen Neutestamentlern im NS-Staat [2012], in: [http://www.hait.tu-dresden.de/ntbib/Neutestamentler\\_bib.pdf](http://www.hait.tu-dresden.de/ntbib/Neutestamentler_bib.pdf).

- HANDBUCH DER DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHEN 1918 BIS 1949, Organe – Ämter – Verbände – Personen, Bd. 1: Überregionale Einrichtungen, bearb. von Heinz Boberach, Carsten Nicolaisen und Ruth Papst (AKZG, Reihe A: Quellen 18), Göttingen 2010; Bd. 2: Landes- und Provinzialkirchen, bearb. von Karl-Heinz Fix, Carsten Nicolaisen und Ruth Papst (AKZG, Reihe A: Quellen 20), Göttingen 2017.
- HEID, STEFAN/DENNERT, MARTIN (HG.): Personenlexikon zur christlichen Archäologie. Forscher und Persönlichkeiten vom 16. bis zum 21. Jahrhundert, 2 Bd., Regensburg 2012.
- HERLEMANN, BEATRIX: Biografisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen 222), Hannover 2004.
- KAEMLING, WERNER: Atlas zur Geschichte Niedersachsens, 3. überarbeitete und erweiterte Aufl., Braunschweig 1987.
- KLEE, ERNST: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt (M) 2003.
- KRAHNKE, HOLGER: Die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 1751–2001 (= Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Philologisch-Historische Klasse. Folge 3, Bd. 246 = Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Mathematisch-Physikalische Klasse. Folge 3, Bd. 50), Göttingen 2001.
- KRAUSHAAR, WOLFGANG: Die Protest-Chronik. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, 4 Bände, Hamburg 1996.
- PERSONENLEXIKON ZUM DEUTSCHEN PROTESTANTISMUS 1919–1949, zusammengestellt und bearbeitet von Hannelore Braun und Gertraud Grünzinger (AKZG, Reihe A: Quellen, Bd. 12), Göttingen 2006.
- SCHLOTTER, HANS-GÜNTHER (HG.): Die Geschichte der Verfassung und der Fachbereiche der Georg-August-Universität zu Göttingen (Göttinger Universitätsschriften, Serie A: Schriften 16), Göttingen 1994.
- WITTERN, RENATE (HG.): Die Professoren und Dozenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen 1743–1960, Teil 1: Theologische Fakultät und Juristische Fakultät (Erlanger Forschungen, Sonderreihe 5), Erlangen 1993.

## Abkürzungsverzeichnis

ADB	Allgemeiner Deutscher Burschenbund
AELKZ	Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung
AEV	Akademisch-Evangelische Verbindung
AGKK	Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes
AKZG	Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte
ANV/VV	Amtliches Namensverzeichnis und Verzeichnis der Vorlesungen der Georg-August-Universität zu Göttingen
AT	Altes Testament
BArch	Bundesarchiv
BBKL	Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
BG	Bekennnisgemeinschaft
BK	Bekennende Kirche
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BW	Burschenschaftliche Wege (Zeitschrift)
CdB	Christlich deutsche Bewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
CW	Die Christliche Welt (Zeitschrift)
DCSB	Deutsche Christliche Studentinnenbewegung
DCSV	Deutschchristliche Studentenvereinigung

DCVSB	Deutsche Christliche Vereinigung studierender Frauen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
DEKT	Deutscher Evangelischer Kirchentag
DC	Deutsche Christen
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
EHGW	Emanuel Hirsch, Gesammelte Werke
EKD/EKiD	Evangelische Kirche Deutschlands/in Deutschland
ELAB	Evangelisches Landeskirchenarchiv Berlin- Brandenburg
EOK	Evangelischer Oberkirchenrat
EuK	Evangelium und Kirche (Zeitschrift)
EvAKZ	Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte
EvK	Evangelische Kirche (Zeitschrift)
EvTh	Evangelische Theologie (Zeitschrift)
EZA	Evangelisches Zentralarchiv
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FS	Festschrift
GDC	Glaubensbewegung Deutsche Christen
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GJ	Göttinger Jahrbuch
GHZ	Göttinger Hochschulzeitung
GN/NST	Göttinger Nachrichten/Niedersächsische Tageszeitung (vorher: Niedersächsische Tageszeitung; Kampfblatt für den Nationalsozialismus)
GPM	Göttinger Predigtmeditationen
GT	Göttinger Tageblatt
GTZ	Göttinger Theologenzeitung
GVZ	Göttinger Volkszeitung
GUZ	Göttinger Universitäts-Zeitung [ab 1949 Deutsche Universitäts-Zeitung], Göttingen 1945ff.
GZ	Göttinger Zeitung
HBSZ	Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte
JB	Jungreformatorische Bewegung
JK	Junge Kirche
KABL. Hannover	Kirchliches Amtsblatt für die ev.-luth. Landeskirche Hannover
KBGA	Karl-Barth-Gesamtausgabe
KG	Kirchengeschichte
KJB	Kirchliches Jahrbuch



KK	Kirchenkreis
KKA	Kirchenkreisarchiv
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kur.	Kuratorium
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte (Zeitschrift)
LG	Landgericht
LKA	Landeskirchenamt
LKAB	Landeskirchenarchiv Bremen
LKAH	Landeskirchenarchiv Hannover
LKAK	Landeskirchliches Archiv der Nordkirche, Standort Kiel
LKAS	Landeskirchliches Archiv der Nordkirche, Standort Schwerin
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
NDB	Neue Deutsche Biografie
NDC	Nationalkirchliche Einung Deutsche Christen
Nds.	Niedersachsen
NLA HA	Niedersächsisches Landesarchiv, Standort Hannover
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei
NSDDB	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSHZ	Niedersächsische Hochschulzeitung
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
SUB	Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek (Göttingen)
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NSJBLG	Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte
NT	Neues Testament
OKR	Oberkirchenrat
PA	Personalakten
PC	Positives Christentum. Wochenblatt für alle christlichen Aufbaukräfte im Dritten Reich
PD	Privatdozent
PNB	Pfarrernotbund
PT	Praktische Theologie
Ref. Theol.	Reformierte Theologie
REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RMkA	Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten
RDC	Reichsbewegung Deutsche Christen
RFSS	Reichsführer der SS

RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart (Handwörterbuch)
RKA	Reichskirchenausschuss
RSF	Reichsstudentenführung
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SA	Sachakten (im Zusammenhang mit dem UAG)
SB	Schwarzburgbund bzw. Die Schwarzburg (Zeitschrift)
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SD	Sicherheitsdienst (des Reichsführer SS)
Sekr.	Sekretariat
SiPo	Sicherheitspolizei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
ST	Systematische Theologie
ThBl.	Theologische Blätter
ThLZ	Theologische Literaturzeitung
TRE	Theologische Realenzyklopädie
UAG	Universitätsarchiv Göttingen
UAM	Universitätsarchiv Münster
VAW	Verband Alter Wingolfiten
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
V&R	Vandenhoeck & Ruprecht
WB	Wingolfsblätter
ZAV	Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft
ZGNSKG	Zeitschrift der Gesellschaft für Niedersächsische Kirchen Geschichte
ZKG	Zeitschrift für Kirchengeschichte
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
ZSTh	Zeitschrift für Systematische Theologie

## Zitatnachweisungen

### **Zitatnachweisung ‚Deckblatt‘ Weimarer Republik:**

Emanuel Hirsch: Eintrag ins Stiftbuch, August 1930, in: Theologisches Stift; Kurt Tucholsky, Eindrücke von einer Reise, in Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 175–179, hier S. 178; Karl Barth an Eduard Thurneysen am 24.9.1924, in: KBW V., Bd. 2, S. 269–274, hier S. 274; Hugo Rönck: Wir eroberten der Bewegung die Hochschule, in: GHZ 1937 (Jubiläums- und Sondernummer 200 Jahre Universität Göttingen 1737–1937), S. 28–31, hier S. 30; Hermann Dörries, Die Kirchen und das Dritte Reich, in: Klotz (Hg.): Kirche II, S. 38–46, hier S. 45.

### **Zitatnachweisung ‚Deckblatt‘ Nationalsozialismus:**

Osterloh an Bultmann am 12.12.1933. Zitiert nach Zocher: Osterloh, S. 33. Peter Zocher, Edo Osterloh – vom Theologen zum Politiker. Eine Fallstudie zum Verhältnis von Theologie und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 33; Hirsch: Rede an die ‚deutschen Volksgenossinnen, deutsche Volksgenossen‘ [vom 11.11.1933], abgedruckt in: Nationalsozialistischer Lehrerbund Deutschland/Sachsen (Hg.): Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, Dresden 1934, S. 15–17, hier S. 17; Vollständiger Eintrag Hans von Campenhausens Eintrag ins Stiftbuch, undatiert, in: Theologisches Stift; Hirsch an Rektor am

16.6.1934. UAG, Rektorat; Nr. 3202; Wolfgang Scherffig am 30.11.1938. Zitiert in: ders.: Junge Theologen im ‚Dritten Reich‘, Bd. 3: Keiner blieb ohne Schuld (1938–1945), Neukirchen-Vluyn 1994, S. 135.

### **Zitatnachweisung ‚Deckblatt‘ Nachkriegszeit:**

Gogarten an Georg Schniewind am 11. September 1945, in: Handschriftenabteilung der NSSUB, Cod. Ms. F. Gogarten, 400:678 A, Nr. 22,1; Hans Joachim Iwand an Ernst Burdach, Ende 1945. Zitiert in Seim: Iwand, S. 307; Landesbischof a.D. Hans-Heinrich Harms am 16. März über einen Besuch bei Hirsch anno 1950, zitiert nach Tim Florian-Meyer: Emanuel Hirsch, in: GTZ: Theologie, S. 124–138, hier S. 136; Hans-Heinrich Harms an den Kirchenausschuss der Bremischen Landeskirche am 31.7.1951. LKAB, B 631/11/1; Rudolf Smend anlässlich der 1000-Jahrfeier der Stadt Göttingen, Juli 1953, zitiert in Szabó: Vertreibung, S. 515; Rudolf Smend, 1987, in: Kurze Geschichte des Fachbereichs Theologie in der Georgia Augusta, in: Georgia August 46/47 (1987), S. 5–9, hier S. 8.

# Register

Es war nicht in jedem Fall möglich, den Vornamen zu ermitteln.

## A

Abbt, Thomas  
474  
Achelis, Johan Daniel  
173f., 368  
Adenauer, Konrad  
481, 511, 534  
Ahrens, Hellmuth  
268  
Altenburg, Otto  
126, 436f.  
Althaus, Paul  
(der Ältere)  
58  
Althaus, Paul  
14, 79f., 84, 98, 111,  
147, 177, 184, 189,  
224f., 372, 559  
Althoff, Friedrich  
35  
Alvis, Ernest  
439f.  
Alwast, Jendris  
73, 410, 528  
Andresen, Dieter  
497  
Angell, Normann  
37  
Arndt, Ernst Moritz  
66, 75, 156, 363, 500

Assel, Heinrich  
17, 74, 78, 210, 375,  
378, 528

Asmussen, Hans  
291, 299, 475

Auhagen, Otto  
100, 120

Avenriep, Ernst-August  
405

## B

Bähr, Hans Walter  
405

Baethge, Heinz  
128

Baier, Johannes  
257

Bammel, Erich  
245, 304

Barfeld, MdL  
20, 24

Barth, Karl  
VII, 10, 13, 17–21, 25,  
40, 57, 63–65, 69–71,  
77, 81, 92, 104, 111,  
113, 172f., 177, 209,  
214, 220, 232, 322,  
359–362, 364, 368,  
371–373, 430, 444,  
446, 453f., 459, 462,  
467, 473–477, 496,  
499, 509, 525, 531,  
534, 536, 553

Barth, Ulrich  
73

Bartels, Friedrich  
291

Bauer, Fritz  
437

Bauer, Walter  
10, 17, 19, 61, 69–71,  
90, 143, 151, 169,  
176–178, 180f., 194f.,

224, 228, 230, 241,  
243, 312, 324, 333f.,  
336, 441, 443, 447–  
449, 452, 454f., 525,  
533, 542

Baumgärtel, Friedrich  
13, 17, 188–190, 194f.,  
200, 216, 253, 255f.,  
324, 331–333, 337,  
400, 402, 443, 543,  
558

Baumgarten, Eduard  
81, 430

Báky, Josef von  
423

Bea, Augustin  
327

Becker, Carl Heinrich  
12, 41f., 46, 47f., 124,  
129, 165

Begrich, Joachim  
327, 330

Bell, George  
459

Behm, Heinrich  
335

Behm, Johannes  
39, 42, 54, 61, 69f., 89,  
98, 134, 143f., 170,  
175, 191, 193–197,  
200f., 228, 233, 237,  
265, 272, 316, 318,  
333, 335f., 525, 543

Behne, Wilhelm  
263f.

Bendokat, Bruno  
291

Benfey, Bruno  
115, 134, 229, 293,  
474, 504

Benz, Ernst  
272, 362

- |  |   |  |
|--|---|--|
| Bergmann, Ernst<br>209, 346  | Bismarck, Otto von<br>36, 69, 500   | Bornkamm, Günther<br>443, 480, 483f., 488,<br>496, 501, 534, 554,<br>560 |
| Bergmann, Helmut<br>99   | Bizer, Ernst<br>85  | Botzenhart, Erich<br>57, 421   |
| Berkhof, Hendrik<br>473f.  | Blänkner, Manfred<br>44   | Brandi, Karl<br>36, 44   |
| Bernhard, Georg<br>50  | Blaschke, Olaf<br>4   | Brauer, Alfred<br>202, 274   |
| Bernstein, Felix<br>145  | Blobel, Paul<br>468   | Braun, Otto<br>35, 38f., 542   |
| Bertholet, Alfred<br>61–63, 69, 77, 326,<br>543  | Blanke, Fritz<br>475, 497   | Brennecke, Hanns<br>Christof<br>343                                      |
| Bethmann Hollweg,<br>Theodor von<br>37, 71   | Blume, Werner<br>185, 189, 203, 310,<br>421                               | Breit, Thomas<br>291   |
| Beveridge, William<br>Henry<br>503f.   | Bockelmann, Paul<br>450   | Brink, Lothar ter<br>268   |
| Beyer, Hermann<br>Wolfgang<br>17, 62, 105, 216, 219,<br>560  | Bode, Edmund<br>271, 290, 293–299,<br>529                                 | Brunstäd, Friedrich<br>105, 119, 372                                     |
| Bialoblocki, Samuel<br>531   | Bodelschwingh,<br>Friedrich von<br>209f., 215, 222, 325,<br>443, 453, 462 | Brunner, Emil<br>359, 361f., 475   |
| Bidgrain, Susann<br>115  | Bohatec, Josef<br>124   | Brunotte, Heinz<br>444, 458, 461f.                                       |
| Binder, Julius<br>40–42, 233   | Bojunga, Helmut<br>401, 445   | Bruns, Günter<br>285   |
| Bird, Geoffey<br>421, 428, 453   | Bonhoeffer, Dietrich<br>194, 332f., 436, 506                              | Bruns, Johannes<br>85  |
| Birnbaum, Walter<br>7, 10, 17, 165, 175,<br>178–184, 191, 193–<br>197, 202, 235–239,<br>242–245, 256, 283–<br>288, 316, 318, 320,<br>328, 339f., 353, 388–<br>391, 400, 402, 412,<br>443, 445–451, 458,<br>466f., 478, 485, 499f.,<br>514, 525f., 532f., 535,<br>544 | Bonus, Arthur<br>545  | Busch, Eberhard<br>15, 565   |
|  | Bonwetsch, Nathanael<br>62, 67, 101, 109, 111,<br>544                     | Busch, Johannes<br>291   |
|  | Bormann, Martin<br>164, 306, 397  | Bublitz, Ernst<br>85   |
|  | Born, Max<br>36, 433  | Büchsel, Karl<br>447   |
|  | Bornhausen, Karl<br>368   | Bülow, Bernhard<br>Wilhelm von<br>153                                    |

- Bülow, Vicco von  
10, 170, 318f., 392,  
463
- Buff, Walter  
83
- Bultmann, Rudolf  
14, 65, 117, 139, 149f.,  
227, 368f., 372f., 443,  
497, 507, 526, 529,  
641
- Burdach, Ernst  
417
- Bussche, Axel von dem  
426, 437f.
- C**
- Calvin, Johannes  
394, 396
- Caspari, Wilhelm  
175
- Chamberlain, Houston  
Stewart  
56, 288, 384
- Campenhausen, Axel  
Freiherr von  
60
- Campenhausen, Hans  
Erich Freiherr von  
10, 62, 68, 95, 125,  
139, 144, 149, 172,  
194, 196, 198f., 201,  
231, 268, 270, 274f.,  
298, 315–317, 412,  
444, 479, 493, 534,  
560
- Classen, Walther  
85
- Claudius, Matthias  
500
- Cölle, Georg  
245, 288, 302
- Cohen, Erich  
480, 495, 499, 504
- Cohrs, Alexander  
100
- Cramer, Carl  
369
- Creydt, Rudolf  
436, 496, 506
- Crome, Hans  
264
- Cruse, Ulrich  
202, 204, 274f.
- D**
- Dähnhardt, Heinz  
117f.
- Dahms, Hans-Joachim  
12
- Damaschke, Adolf  
500
- Darmstädter, Paul  
41
- Daube, David  
329, 516
- Daus, Ernst  
284f., 292
- Defner, Gerhard  
275, 285
- Degeller, Werner  
202f., 205
- Dehn, Günther  
25, 81f., 114, 125, 132,  
522
- Deißmann, Adolf  
80, 195, 335
- Delekat, Friedrich  
486f.
- Delbrück, Hans  
37, 66
- Dempf, Alois  
366, 474
- Denker, Paul  
107
- Depuhl, Alfred  
85, 285
- Detten, Hermann von  
181
- Devaranne, Theodor  
85
- Dibelius, Martin  
81
- Diesel, Eugen  
120
- Dietrich, Ernst Ludwig  
362
- Digre, Olaf  
452
- Döhl, Wilhelm  
458
- Doehring, Bruno  
335
- Dörries, Hermann  
10, 13, 17, 29, 62, 67,  
81f., 85, 87–89, 149,  
154–160, 169f., 176–  
178, 182f., 186, 193–  
196, 199, 203, 205,  
208, 228, 231, 233,  
238, 241, 243, 246,  
256, 312f., 317, 319f.,  
323f., 339–349, 386,  
402–406, 412, 441f.,  
444, 448f., 451–457,  
459, 463, 466f., 469–  
471, 473, 479f., 485–  
488, 493, 506, 514,  
522, 525f., 531, 533–  
536, 545
- Dohm, Hermann  
Gottlieb  
320
- Dohna, Lothar Graf  
von  
426
- Dosse, Fritz  
178

- Douglas-Smith, Aubrey  
504
- Drexler, Hans  
421, 466
- Drückhammer  
21
- Duensing, Friedrich  
291, 299f., 308
- Dürer, Albrecht  
500
- Duhm, Andreas  
85
- Duhm, Bernhard  
555
- Duhm, Hans  
61, 63, 65, 69, 89, 98,  
143, 173f., 189, 191,  
193, 195, 197f., 222,  
265, 463, 555
- Duken, Johann  
369
- Dungs, Heinz  
385
- E**
- Ebel, Wilhelm  
541f., 558f., 565
- Ebert, Heinz  
306
- Eckart von Hochheim  
(Meister Eckart)  
335, 343, 346f.
- Ehrenfeuchter,  
Friedrich  
98
- Ehrhard, Rudolf  
261
- Eichmann, Adolf  
12
- Eidem, Erling  
151–154, 354f.
- Eichhorn, Wilhelm  
247
- Eisenberg, Günther  
403
- Eisenhuth, Heinz Erich  
272, 363
- Eißfeldt, Otto  
190
- Elbogen, Ismar  
128f., 524
- Elert, Werner  
184f., 224f., 369, 372
- Ellwein, Thomas  
393
- Emmerich, Kurt  
18, 459f., 534, 565
- Emmerich, Moritz  
460
- Engelhard, Klaus  
497
- Engelke, Friedrich  
292
- Entz, Gustav  
307, 402
- Ericksen, Robert  
14f., 74, 341
- Erzberger, Matthias  
69, 71, 77
- F**
- Fascher, Erich  
64, 81, 132, 561
- Fehsenfeld, Paul  
99f., 265, 288, 292
- Feickert, Andreas  
167, 296
- Fell, Robert  
345
- Feltkamp, Hans  
472f., 492f., 507
- Fendt, Leonard  
172, 183f., 242f., 525
- Fezer, Karl  
149, 172, 215, 219,  
247, 370, 469, 475,  
497
- Fichte, Johann Gottlieb  
17, 66, 68, 74, 105,  
107, 335, 527, 285
- Fiebig, Paul  
85, 272
- Fiedler, Georg  
178f., 197, 218, 386,  
525
- Fischer, Helmuth  
261
- Fischer, Martin  
255, 282, 290f., 298,  
398, 406
- Fleisch, Paul  
243, 307, 444
- Flex, Walter  
499
- Flidner, Theodor  
349
- Fock, Gorch  
500
- Fogelquist, Torsten  
163
- Forsthoff, Ernst  
366
- Franck, James  
144, 426, 433
- Frantzen, Anton  
474
- Fratzcher, Arnold  
507, 497, 508
- Freitag, Lena Elisa  
320
- Frerich  
238, 247, 298



- Frese, Walter  
269, 271, 288f., 499
- Freundenberg, Matthias  
277
- Friedmann, Gerda  
228
- Fritsch, Theodor  
67
- Fuchs, Emil  
85
- G**
- Gade, August  
141
- Galling, Kurt  
174, 190, 486, 493,  
514
- Garrelts, Heinrich  
344
- Gauger, Joseph  
68
- Gercke, Achim  
51
- Geismar, Eduard  
14, 152
- Gemeinhardt, Peter  
1, 17, 208, 348, 470
- Gensch, Rudolf  
271, 287f., 391, 406,  
500
- Georg II. August  
35
- Gerhardt, Martin  
10, 17, 185–188, 193–  
196, 204f., 243, 253,  
318, 320, 323, 339,  
349–351, 421, 443–  
445, 452–454, 463,  
466, 478, 525, 533,  
535f., 545
- Gerhardt, Paul  
500
- Gerstenmaier, Eugen  
335, 508
- Girgensohn, Herbert  
497
- Glawatz  
269f.
- Göppert, Friedrich  
45
- Goering, Timothy  
195, 366, 373, 472,  
481
- Göring, Hermann  
173, 391
- Goethe, Johann  
Wolfgang von  
474
- Goetze, Helmuth  
228
- Gogarten, Margarete  
373
- Gogarten, Friedrich  
10, 13f., 16f., 20, 84,  
146, 148, 169, 172–  
175, 177, 184, 189,  
194–196, 210, 214,  
228f., 235f., 241f.,  
247f., 253, 269f., 277,  
300, 319f., 322, 324,  
351, 364–375, 401f.,  
417, 426, 447, 452,  
454f., 461, 463–465,  
471–476, 479–481,  
497, 504, 525, 528,  
533f., 545
- Goldmann  
141
- Goldschmidt, Dietrich  
431, 433, 435, 438,  
481
- Gollwitzer, Helmuth  
299, 380
- Goppelt, Leonard  
460, 557
- Gottschald, Karl Adolf  
274
- Gottschalk von Orbais  
(Gottschalk der Sachse)  
343, 345, 348
- Grabert, Herbert  
85, 451
- Graf, Friedrich Wilhelm  
57, 71, 354, 364, 366,  
368, 373, 464
- Greeven, Heinrich  
175f.
- Greiffenhagen, Gustav  
360
- Greiser, Artur  
394
- Greßmann, Hugo  
326
- Grimm, Hans  
26, 39, 56, 83, 273f.,  
299f., 530
- Grimme, Adolf  
81, 448, 479
- Grone, Hermann  
285
- Grundmann, Walter  
114, 272, 286f., 336,  
359, 363, 385, 409
- Gumbel, Emil Julius  
132
- Gunkel, Hermann  
55
- H**
- Haase, Ludwig  
34
- Habben, E.  
292
- Haenchen, Ernst  
174, 385

- Hagemann, Eberhard  
457
- Hahn, Gerhard  
218, 241
- Halfmann, Wilhelm  
4
- Hamburger, Harald  
433
- Hampe, Johannes  
Christof  
494f., 504
- Harbsmeier, Götz  
481, 277
- Harlan, Veit  
450, 510, 536
- Harnack, Adolf von  
15, 55, 324, 382
- Harms, Hans-Heinrich  
10, 270, 275, 312, 393,  
405, 417, 442, 446,  
458, 460, 487f., 508,  
535, 565, 642
- Hauer, Wilhelm  
209, 281, 293, 343
- Haupt, Joachim  
129
- Heckel, Theodor  
152–154, 226, 256,  
327
- Hees, Gottlob  
246
- Heger  
238f.
- Heger, Adolf  
385
- Heidegger, Martin  
162
- Heiler, Friedrich  
85, 95, 531
- Heim, Karl  
282
- Heinemann, Gustav  
509
- Heinzelmann, Gerhard  
85
- Held, Heinrich  
499, 503
- Helwig  
238f.
- Hempel, Johannes  
17, 25, 61, 69, 85–87,  
89, 105, 117, 143,  
151–154, 156, 165,  
169f., 172, 174f.,  
180f., 184, 188–191,  
194–197, 222f., 237,  
241, 252–256, 267,  
271–273, 283, 316,  
323–329, 331, 351,  
411, 513–517, 522,  
526, 536, 546
- Henneberger, Otto  
85
- Heppe, Otto  
77, 102
- Herlyn, Karl-Ewald  
452
- Hermann, Rudolf  
17, 62, 98, 177, 184
- Hermelink, Heinrich  
531
- Herms, Eilert  
378
- Herrmann, Gertrud  
85, 565
- Herrmann, Volker  
10, 188
- Herrmann, Wilhelm  
55
- Hertzberg, Hans  
Wilhelm  
174, 299
- Heß, Rudolf  
164, 166, 168, 397
- Hesse, Hermann  
Klugkist  
458
- Heubner, Wolfgang  
45, 47, 431
- Heyken, Rudolf  
95
- Heussi, Karl  
470
- Hillmann, Heinrich  
197, 237, 247
- Hilpert, David  
45
- Hilscher, Horst  
468
- Himmler, Heinrich  
164, 201, 240, 305
- Hindenburg, Paul von  
37, 39–41, 47, 104,  
212, 287, 500
- Hirsch, Emanuel<sup>2065</sup>
- Hirsch, Rose  
215, 225
- Hitler, Adolf  
35, 39, 45, 69, 71, 79,  
82–84, 86, 130, 133,  
139, 141–145, 148,  
152, 154, 159f., 164,  
167, 180, 189, 194,  
214, 218, 244, 272,  
283, 292, 300, 313,  
350f., 358, 361, 366f.,  
375, 390, 392, 434,  
437f., 453f., 461, 463,  
468, 486, 522, 524,  
531

---

<sup>2065</sup> Im Register nicht berücksichtigt ist Emanuel Hirsch. Eine gesonderte Ausweisung scheint aufgrund der hohen Anzahl an Treffern nicht zielführend.

- Hoegner, Wilhelm  
436
- Hoeniger, Thomas  
261
- Hövels, Otto  
276
- Hoff, Walter  
145f., 149, 219
- Hoffmann, Georg  
100, 121, 158, 182,  
199f., 231, 237, 246,  
298, 316f., 360, 460,  
562
- Hohenstein, Richard  
292
- Holl, Karl  
57, 176, 211, 473
- Hollweg, Walter  
457f.
- Holst, Erich von  
430f.
- Holsten, Walter  
442
- Hopf, Constantin  
141
- Hoppe, Theodor  
62, 64, 542, 562
- Hoßbach, Gerhard  
33
- Hossenfelder, Joachim  
209, 215, 370, 544
- Hromádka, Josef  
377
- Hubatsch, Walther  
351
- Huber, Ernst Rudolf  
366
- Hüffmeier, Heinrich  
265
- Hupfeld, Renatus  
354
- Hymnen, Johannes  
392
- I**
- Irlle, Günther  
27
- Iwand, Hans-Joachim  
298, 390, 417, 437,  
442–444, 449, 457,  
461, 468, 472–475,  
477–484, 487f., 493,  
496f., 500–502, 506,  
509, 534f., 538, 547
- J**
- Jacobi, Gerhard  
458
- Jacobshagen, Paul  
197
- Jäger, August  
179, 196
- Jahn, Friedrich Ludwig  
474
- Jahr, Hans  
141
- Jannasch, Wilhelm  
485
- Janssen, Erwin  
274
- Jehle, Mari  
320
- Jensen, Paul  
45
- Jeremias, Gerd  
489
- Jeremias, Joachim  
13f., 17, 175–177,  
183f., 187f., 194f.,  
200, 203f., 224, 229,  
231, 235, 241–243,  
245f., 249, 256, 270,  
277, 299f., 303, 312,
- 319f., 333, 336–340,  
398, 400, 402, 404,  
441, 444, 448f., 452,  
454, 460f., 480, 483f.,  
493, 496f., 528, 533,  
547
- Johnsen, Helmuth  
243
- Jordan, Hans Werner  
228, 547
- Jülicher, Adolf  
342
- Jung, Bruno Karl  
August  
155
- Jung, Edgar  
120, 122f., 131
- Junginger, Horst  
482
- K**
- Kaehler, August  
430
- Kaehler, Ilse  
458
- Kafka, Franz  
373
- Kaftan, Theodor  
360
- Kahrstedt, Ulrich  
41
- Kamke, Erich  
484
- Kamlah, Theodor  
155, 173
- Kapp, Wolfgang  
44f.
- Karl (der Große,  
Kaiser)  
343, 345
- Karlström, Niels  
153

- |  |   |  |
|--|---|--|
| Kattenbusch,<br>Ferdinand<br>85  | Klostermann, Erich<br>62  | Koopmann, Otto<br>174  |
| Kauffeld<br>100  | Klotz, Leopold<br>85  | Kracke, Benno<br>309   |
| Kaufmann, Thomas<br>186, 198   | Klügel, Eberhard<br>14, 180, 237f., 249,<br>271, 290, 298f., 300,<br>449, 481 | Kraus, Hans-Joachim<br>15, 548   |
| Käsemann, Ernst<br>485, 514  | Klünker, Wolf-Ulrich<br>363   | Krause, Reinold<br>150, 160, 195, 209,<br>230  |
| Kees, Hermann<br>42  | Knevels, Wilhelm<br>272   | Kreul, Hellmut<br>305  |
| Kerrl, Hanns<br>160, 181f., 200, 233f.,<br>243f., 361, 375, 391,<br>393f., 563 | Knoke, Christian<br>496   | Kristensen, Bjarne<br>487  |
| Kertz, Gustav<br>458   | Knoke, Karl<br>62, 98, 233  | Kristensen, William<br>Brede<br>487  |
| Kettler, Ernst<br>290  | Knolle, Theodor<br>178  | Kroll, August Wilhelm<br>285   |
| Kierkegaard, Sören<br>401  | Koch, Karl [Wingolf]<br>101, 104, 108, 122                                    | Kropatschek, Hans<br>146–149, 196, 274,<br>279   |
| Kimm, Minna<br>300   | Koch, Karl [Präses]<br>232  | Krüger, Gerhard<br>145   |
| Kittel, Gerhard<br>14, 482, 484, 486   | Koch, Rudolf<br>500   | Krumwiede, Hans<br>Walter<br>15f., 57, 66, 87, 159,<br>172, 176, 224, 325,<br>329, 395 |
| Kittel, Helmuth<br>62, 172, 175f., 189,<br>200, 219, 272, 371,<br>393, 562     | Köberle, Adolf<br>177, 184  | Krusewitz, Helmut<br>285   |
| Kittel, Rudolf<br>327  | Ködderitz, Gerhard<br>155f., 160, 516   | Kühnhold, Heinrich<br>107  |
| Klaer<br>117   | Ködderitz, Walter<br>299  | Künneht, Walter<br>85, 219, 299  |
| Kläpper<br>298   | Köhler, Wilhelm<br>141  | Küster, Konrad<br>106  |
| Kleen<br>52  | Koehn, Ruth<br>494f.  | Kuhn, Karl Georg<br>473, 482–489, 500,<br>536, 555                                     |
| Klein, Gertrud<br>310f.  | Koellreutter, Otto<br>369   | Kunze, Gerhard<br>123, 299   |
| Klingelhöffer, Otto<br>276   | Koepp, Wilhelm<br>272   |  |
|  | Kohlmeyer, Ernst<br>187   |  |
|  | Kolfhaus, Wilhelm<br>458  |  |

- Kupisch, Walter  
150
- Kuschke, Arnulf  
563
- L**
- Laasch, Theodor  
178, 299
- Lagarde, Paul de  
56f., 66, 107, 169, 324
- Lang, Helmut  
141
- Lange, Ernst  
495, 504
- Langenohl, Wilhelm  
174, 392, 458, 461
- Langner, Erwin  
375
- Lammers, Heinrich  
266
- Latte, Kurt  
429
- Lauterbacher,  
Hartmann  
169
- Leffler, Siegfried  
126, 466
- Lehmann, Franz  
45
- Leibholz, Gerhard  
194
- Leibholz-Bonhoeffer,  
Sabine  
194
- Leo, Paul  
228
- Leonhardt, Hellmuth  
261, 458
- Lesser  
458
- Lessing, Eckart  
321f.
- Lessing, Theodor  
47–49, 132
- Leube, Hans  
444
- Lingemann, Heinrich  
21
- Leutheuser, Julius  
126, 197
- Leymann, Wilhelm  
285, 313
- Liedtke, Hans-Georg  
202, 204f., 254, 269,  
271, 323, 349, 406
- Lietzmann, Hans  
62, 79f., 83, 170, 177,  
184–187, 189, 191,  
198, 201, 209, 215,  
231, 246, 268, 283,  
334, 377, 382, 384
- Liesche, Richard  
387
- Lilje, Hanns  
10, 96, 118, 125, 281,  
298, 453, 455f., 466,  
468, 481, 494, 496f.,  
506
- Lindblom, Johannes  
320
- Litterscheid, Wolfgang  
483
- Lobe, Matthias  
73
- Loewenich, Walther  
von  
10, 77, 444
- Lohmeyer, Ernst  
368
- Lohse, Eduard  
10, 15, 425, 434, 493,  
507
- Lortz, Josef  
496
- Lortzing  
134
- Ludendorff, Erich  
37, 65, 68, 71, 261
- Lüdemann, Gerd  
56
- Lueder, Wilhelm  
155, 237, 239
- Lühmann, Heinz  
141
- Lueken, Wilhelm  
265
- Lüpke, Hans von  
72, 85, 117, 134, 222,  
316, 566
- Lüpsen, Focko  
104
- Lütgert, Wilhelm  
183
- Lüth, Erich  
504
- Luther, Martin  
17, 87, 105, 128, 148,  
150f., 153, 155–159,  
177, 185, 198, 202,  
213, 218, 225, 272,  
291, 299, 311, 316f.,  
326, 328f., 335, 342,  
345f., 350, 353–355,  
358, 362, 378, 380,  
401, 437, 473, 500,  
509, 516, 527
- M**
- Mackensen, August von  
500
- Maerker, Georg Ludwig  
45
- Mager, Inge  
15, 179, 320
- Mahner, Wilhelm  
21

- Mahrenholz, Christhard  
64, 95f., 101, 181, 193,  
201f., 233, 238, 241f.,  
386, 459, 498, 553
- Mahrenholz, Hans  
Christhard  
424, 498, 509
- Mallinckrodt, Herr von  
509
- Marahrens, August  
4, 14, 117, 123f., 154,  
180, 183f., 195, 197,  
199, 207, 210, 218,  
232f., 238, 240, 241–  
245, 249, 270, 281,  
291, 297, 299, 301,  
302, 304, 319, 355,  
356, 389, 391f., 403,  
413, 442, 444, 466,  
468, 479, 497, 527,  
531
- Marcks, Erich  
41
- Marshall, Barbara  
38
- Mattiat, Eugen  
9, 105f., 134f., 146f.,  
165, 174–178, 180f.,  
184–186, 191, 195,  
197, 200–202, 207f.,  
214, 216, 236, 238,  
243, 267, 275, 348,  
421, 449, 452
- Mattiat, Gudo  
207
- Maximilian I  
157
- Meinecke, Friedrich  
461
- Meinhardt, Günther  
12, 14
- Meinhold, Peter  
198
- Meiser, Hans  
4, 292, 325
- Mendelsohn, Moses  
228, 346
- Meyberg, Fritz  
267
- Meyer, Arnold Oskar  
41
- Meyer, Dietgard  
504
- Meyer, Hans Günther  
531
- Meyer, Johannes  
17, 55f., 59, 62f., 66f.,  
89, 109, 143, 170, 172,  
175, 177f., 194f., 218,  
230, 235, 241, 252,  
317, 389f., 455, 542,  
548
- Meyer, Wilhelm  
202, 282, 292, 320,  
353, 359f., 363
- Meyer-Erlach, Wolf  
286
- Michael, Horst  
366
- Michel, Otto  
486
- Mielke, Fred  
431
- Mikosch, Hans  
225, 356
- Mirbt, Carl  
33, 62f., 65–68, 101,  
111, 118, 384, 548
- Mirgeler, Olaf  
376
- Mitscherlich, Alexander  
431
- Möhlenbrink, Kurt  
174, 189f., 200, 274,  
324, 330f., 459, 558
- Moeller, Bernd  
15, 446
- Moeller van den Bruck,  
Arthur  
131
- Moldaenke, Günther  
188
- Molland, Einar  
209
- Morgenstern, Julian  
326, 516
- Mosheim, Johann  
Lorenz von  
15
- Mühlen, Karl-Heinz zur  
366
- Müller, Eberhard  
446, 505, 517
- Müller, Hanfried  
506
- Müller, Hans Rudolf  
496
- Müller, Hermann  
[Reichskanzler]  
71
- Müller, Hermann  
[Student]  
292, 298
- Müller, Karl  
342
- Müller, Kurt  
454, 467
- Müller, Ludwig  
7, 145–147, 151, 154,  
173, 179, 185, 196f.,  
200f., 209f., 214–216,  
219, 222, 230, 237,  
282, 289, 336, 339,  
370, 391, 546
- Müller, Otto Eduard  
313, 455
- Münchmeyer, Ludwig  
154

- Müntzer, Thomas  
515
- Muhs, Hermann  
160, 169, 234
- Mulert, Hermann  
85
- Mumm, Bernhard  
493, 496, 503
- Mumm, Reinhard  
85
- Mussolini, Benito  
277
- N**
- Nauck, Joachim  
507
- Nechuta, Alfred  
42
- Nelius  
238, 269, 270
- Nelson, Leonhard  
22, 38
- Nicolaisen, Carsten  
16, 383
- Niebergall, Friedrich  
85
- Niekisch, Ernst  
131
- Niemöller, Martin  
18, 151, 281, 299,  
433–437, 439, 456,  
461f., 466, 472, 478,  
483, 496, 509, 523,  
537
- Niemöller, Wilhelm  
13
- Niesel, Wilhelm  
25, 92
- Neumann, Friedrich  
139, 154f., 158, 164,  
169f., 172, 174f.,  
183f., 207, 216, 220f.,  
233, 239, 248, 256,  
327, 341, 421, 450,  
456, 466
- Neurath, Konstantin  
von  
391
- Noakes, Jeremy  
54, 130
- Nobiling, Friedrich  
146, 254, 269
- Nobiling, Siegfried  
224, 85
- Nohl, Herman  
430
- Noth, Martin  
190
- Nowak, Kurt  
71
- Nygren, Anders  
474
- O**
- Obenaus, Herbert  
510, 461
- Oboth  
254
- Oelke, Harry  
111, 322
- Ohly, Emil  
153
- Ohst, Martin  
80
- Opitz, Hans-Georg  
184–187, 191, 324,  
525
- Osterloh, Edo  
139, 146–150, 158,  
196, 254, 269, 483,  
529, 641
- P**
- Palmer, Otto  
267
- Papen, Franz von  
71, 83
- Paulo, Heinz  
288, 499
- Peineke, Rudolf  
268
- Perdy, Hilmar Walter  
273, 281
- Peschke, Eberhard  
186, 201
- Peter, Friedrich  
85
- Petersmann, Werner  
385
- Peterson, Erik  
17, 62, 65, 68f., 95,  
113, 361, 563
- Perels, Joachim  
468
- Piper, Gero  
26
- Piper, Otto  
10, 18–26, 47, 62, 71,  
81, 105, 122, 131–133,  
172, 523, 556
- Plath, Helmut  
264
- Plitschke, Hans  
57, 401
- Post, Hinrich  
269, 285
- Prznwara, Erich S.J  
117
- Preisker, Herbert  
176, 191, 198, 363,  
558
- Proskauer, Walter  
20–22

Puschner, Uwe  
56

## R

Rad, Gerhard von  
174, 190, 327, 443,  
475, 480f., 496, 534,  
549

Rade, Martin  
20f., 23, 25, 55, 65, 85,  
125, 531

Rahlfs, Alfred  
56, 61, 69, 89, 143,  
169, 174f., 194f., 200,  
324f., 330, 525, 549

Rahaus  
269

Rahn, Felix  
241

Raiser, Ludwig  
422, 449, 484, 501,  
509

Rath, Klaus-Wilhelm  
451, 421

Rathenau, Walther  
34, 70, 77, 358, 439

Ratschow, Carl Heinz  
199, 201–203, 274,  
320, 460, 499, 564

Rebel, Hans-Hermann  
456

Redeker, Martin  
178, 267, 320, 360f.,  
363, 525,

Refer, Karl  
385, 472

Rein, Adolf  
162

Rein, Hermann  
425f., 431f., 428, 437

Remer, Otto  
437

Rendtorff, Heinrich  
79, 291

Rendtorff, Trutz  
321f.

Rengstorff, Heinrich  
175f.

Richter, Werner  
62, 174

Riechelmann, Fritz  
263, 270

Riege, Adolf  
64

Ritschl, Albrecht  
14, 55, 107

Ritter, Karl  
85, 103, 287

Rittig, Gisbert  
501

Robinson, Theodore  
327

Rodenhauer, Robert  
101, 103, 105, 263,  
265f.

Rönck, Hugo  
18, 29, 34, 50, 52, 54,  
125–130, 133, 524,  
641

Roeder, Dietrich  
202, 254

Rohde, Paul  
64

Roosch, Heinz  
167

Rosemann, Heinz  
Rudolf  
500

Rosenberg, Alfred  
85, 169, 209, 263, 265,  
311, 346f., 350, 367,  
379, 453, 474

Rosenboom, Friedrich  
285

Rost, Leonard  
190, 452

Roth, Erich  
202, 204, 320, 459,  
499, 556

Rudnitzky, Naphtali  
85

Rückert, Hanns  
176, 370f., 375

Runge, Carl  
45

Runte, Heinrich  
229, 474

Rump, Friedrich  
85

Rust, Bernhard  
163, 215, 230, 243,  
306, 336, 339, 353,  
525

## S

Sachsse, Carl  
95

Salinger, Elisabeth  
26

Sauckel, Fritz  
129

Sauerbruch, Ferdinand  
431

Schabau, Carl  
85

Schaeder, Erich  
439

Schaeder, Hans  
Heinrich  
497

Schaeder, Hildegard  
439f.

Schäfer, Dietrich  
29, 41



- Schäfer, Erich  
460
- Schaff  
458
- Schaller, Berndt  
482
- Schanke  
497, 506
- Schatzmeister  
287, 500
- Scheel, Gustav Adolf  
168, 283, 290
- Schemm, Hans  
516
- Schenkel, Gotthilf  
85
- Scherffig, Wolfgang  
139, 304, 319, 642
- Schiller, Friedrich  
474
- Schirach, Baldur von  
52, 129, 305
- Schlageter, Albert Leo  
21
- Schlatter, Adolf  
248, 310f.
- Schlegel, Friedrich  
474
- Schleicher, Kurt  
71
- Schleiermacher,  
Friedrich  
15, 68, 151, 316, 358f.,  
363
- Schlemmer, Hans  
359
- Schlingensiepen,  
Hermann  
256
- Schlink, Edmund  
300, 443
- Schlössl, Ina  
85
- Schlüter, Leonard  
510, 536,
- Schlunck, Rudolf  
92
- Schmidt, Erich  
458
- Schmidt, Kurt Dietrich  
17, 62, 68, 95, 172,  
349, 404, 444, 564
- Schmidt, Friedrich  
Wilhelm  
363
- Schmidt, Hans  
171, 174, 189, 204,  
216, 308, 398, 400
- Schmidt, Karl Ludwig  
80–82
- Schmidt, Walter  
85
- Schmitt, Carl  
366
- Schmitz, Elisabeth  
504
- Schmökel, Hartmut  
449
- Schnath, Georg  
32
- Schneemelcher,  
Wilhelm  
460, 509, 556
- Schneider, Carl  
272, 504
- Schnelle, Friedrich  
181, 197, 241, 275,  
283
- Schniewind, Georg  
370, 417, 642
- Schniewind, Julius  
369, 426, 552
- Schniewind, Paul-  
Werner  
426
- Schöffel, Simon  
354, 458
- Schöffler, Herbert  
425, 428f.
- Schönerer, Georg Ritter  
von  
350
- Schöttler, Hans  
384
- Scholder, Klaus  
155, 364
- Schomerus, Hans  
178
- Schrader, Ingeborg  
3, 202, 204
- Schramm, Ehrengard  
426
- Schreiber,  
Chrysostomus  
494
- Schreiner, Helmuth  
119
- Schröck-Vietor, Walter  
509
- Schröder, Martin  
56
- Schroeder, Wolfgang  
180
- Schroth, Hansgeorg  
298
- Schubotz, Hermann  
153
- Schubring, Wilhelm  
85
- Schürer, Emil  
324
- Schürmann, Arthur  
162, 189, 207, 305f.,

- 341, 411, 421, 456,  
463, 466
- Schütte, Hans-Walter  
14
- Schumann, Dirk  
13, 72, 320
- Schumann, Friedrich  
Karl  
184f., 372, 525
- Schumilin, Ivan  
508
- Schuster, Hermann  
63f, 90, 98, 193, 202,  
228, 231, 264, 317,  
324, 459, 461, 554
- Schuster, Otto  
400
- Schultz, Walther  
201, 374, 376f., 380,  
388f., 392
- Schultze, Johannes  
265
- Schultze, Siegfried  
285
- Schultzen, Wilhelm  
202, 204
- Schulz, Fritz  
45
- Schulz, Hans-Heinrich  
103
- Schwannecke, Otto  
228
- Schwafert, Hans  
141
- Schwarz, Hermann  
346, 398
- Schweiger, Robert  
252
- Schweitzer, Albert  
119
- Schwekendiek,  
Friedrich  
142, 165, 221, 268
- Schwertfeger, Bernhard  
39
- Seeberg, Erich  
170, 179, 185f., 188,  
191, 194f., 220, 233,  
361–363
- Seeberg, Reinhold  
37, 351
- Seebrandt  
24
- Seeliger, Rolf  
489
- Seesemann, Heinrich  
64, 200–203, 269, 320,  
335, 460, 532
- Seier, Helmuth  
142, 162
- Sellin, Ernst  
272
- Seraphim, Hans-Jürgen  
508
- Siegfried, Detlef  
509
- Siegmund-Schultze,  
Friedrich  
115, 119
- Simon, Hermann  
37
- Simon, Walter  
120
- Six, Franz  
468
- Sمند, Rudolf [Jurist]  
11f., 36, 417, 420,  
428–430, 433, 443,  
445, 457–459, 461
- Sمند, Rudolf  
[Theologe, der ältere]  
58
- Sمند, Rudolf  
[Theologe]  
61, 446, 479, 496
- Soden, Hans von  
224, 298f., 526, 337,  
342, 531
- Söderblom, Nathan  
326
- Söhlmann, Fritz  
347f.
- Sohnrey, Heinrich  
72
- Sommer, Otto  
287
- Sommerlath, Ernst  
177, 299
- Spahn, Martin  
366
- Spitta, Friedrich  
61f., 111, 549
- Spindeler, Alois  
464
- Spranger, Eduard  
486
- Sprondel, Eberhard  
494
- Stäbel, Otto  
146
- Stählin, Wilhelm  
103, 119, 204, 501
- Stalin, Josef  
405, 474
- Stamm, Johann Jacob  
442
- Stange, Carl  
10, 17, 19f., 57f., 62,  
64f., 71, 89, 95, 98,  
111, 142f., 151, 153f.,  
159, 170, 172, 175,  
177f., 182, 184, 194f.,  
202, 224f., 230, 234f.,  
238, 241, 265, 324,

- 337, 351–357, 455,  
525, 550
- Stange, Erich  
351
- Stange, Luise  
354
- Stapel, Henning  
204, 275
- Stapel, Wilhelm  
10, 33, 49, 73, 84, 100,  
104, 131, 204, 214,  
220, 300, 366, 370,  
375, 378, 452
- Staritz, Katharina  
531
- Steck, Karl Gerhard  
499
- Steenblock, Otto-  
Herbert  
285
- Stegmann, Heinrich  
285
- Steinmetz, Max  
515
- Stengel, Friedemann  
81
- Stephan, Horst  
85
- Stich, Rudolf  
45
- Stisser, Karl  
118
- Stisser, Karl Adolf  
295
- Stisser, Johannes  
268
- Stoecker, Adolf  
86, 202, 357, 516
- Stöhr, Franz  
129
- Stöhr, Hermann  
114
- Stoevesandt, Karl  
496
- Stoll, Christian  
243, 380
- Stoltzenburg, Arnold  
187, 196
- Strasser, Ernst  
62, 95, 109
- Strathmann, Hermann  
85, 333
- Streisand, Rosemarie  
506
- Stresemann, Gustav  
33
- Stuke, Johannes  
312
- Stumpfenhausen,  
Wilhelm  
249
- Süßbach, Willy  
261
- Szabó, Anikó  
423, 431, 642
- T**
- Thadden, Elisabeth  
531
- Thadden-Trieglaff,  
Reinold von  
115, 281, 291
- Thamer, Hans-Ulrich  
35
- Theißen, Gerd  
488f.
- Thiersch, Hermann  
327
- Thielicke, Helmuth  
300, 374, 388f., 432,  
444
- Thilo, Hans-Joachim  
409
- Thurneysen, Eduard  
29, 65, 77, 91, 228,  
641
- Tibbe, Johannes  
405
- Tiebel, Martin  
108, 265
- Tilemann, Heinrich  
265
- Tillich, Paul  
77f., 85, 102, 215, 374
- Tiling, Magdalene von  
366, 369
- Titius, Arthur  
10, 45, 62, 66f., 85, 94,  
324, 360, 362f. 550
- Toller, Ernst  
29, 37
- Tollmien, Cordula  
12
- Torm, Frederik  
355
- Tornau, Joachim  
33
- Traub, Gottfried  
33
- Treitschke, Heinrich  
von  
29, 156, 349
- Trillhaas, Wolfgang  
10, 57, 62, 66, 71, 73,  
97, 402, 421, 436, 438,  
443f., 446f., 450, 452–  
454, 459, 461, 466,  
473, 475, 479f., 491f.,  
496, 510, 528, 534,  
551, 565
- Troeltsch, Ernst  
447
- Tucholsky, Kurt  
29

- | U  | W   |   |
|--|---|---|
| Ubbelohde, Eduard<br>100   | Wagenmann, Julius<br>186, 191, 198, 272,<br>319, 361, 559   | Wehler, Hans-Ulrich<br>4  |
| Uexkull, Jacob Johann<br>von<br>366                                | Wagenmann, Julius<br>August<br>186  | Wehrung, Georg<br>363   |
| Ungnad, Walter von<br>344  | Wagenmann, Karl<br>186  | Weidemann, Heinz<br>16, 95, 97, 178, 253–<br>255, 265, 271, 287,<br>288, 326, 384, 385,<br>387, 391, 472, 525 |
| Unruh, Fritz von<br>438  | Wagner, Gerhard<br>168, 296   | Weidner, Adolf<br>254, 273f., 285, 340,<br>341  |
| Urban, Erich<br>488, 500   | Waldeyer-Hartz, Hugo<br>von<br>44   | Weinel, Heinrich<br>85  |
| V  | Wallach, Otto<br>36   | Weinreich, Max<br>487   |
| Valentiner, Justus<br>Theodor<br>47, 72, 201, 207                  | Walton<br>501, 503  | Weiß, Konrad<br>362   |
| Valentiner [Vorsitzende<br>des Göttinger Frauen-<br>bundes]<br>255 | Wasmuth, Heinz<br>246f., 297, 299, 530  | Weizsäcker, Carl<br>Friedrich von<br>426, 497, 501  |
| Vischer, Wilhelm<br>333  | Weber, Max<br>474   | Weizsäcker, Richard<br>von<br>426   |
| Visser't Hooft, Adolf<br>505                                       | Weber, Otto<br>10, 13, 16f., 154, 170–<br>174, 182f., 185, 187f.,<br>190, 193–202, 204,<br>239, 245, 249, 257,<br>261, 269, 271, 275,<br>307, 309, 315, 317–<br>319, 331, 363, 391–<br>396, 398, 400–404,<br>410, 420, 428, 441,<br>444, 454f., 457f., 461–<br>463, 466, 478–480,<br>492, 496, 498, 500,<br>509, 515, 525f., 528,<br>534f., 551 | Wellhausen, Julius<br>57  |
| Vogel, Hermann<br>221, 506   | Weber, Werner<br>450  | Wende, Erich<br>449   |
| Vogeler, Heinrich<br>41, 47  | Wedde, Herbert<br>202, 205, 254   | Wendland, Heinz-<br>Dietrich<br>83, 118, 134  |
| Vogelsang, Erich<br>185, 525                                       | Wegner, Arthur<br>366   | Wendland, Johannes<br>363   |
| Volkman-Schluck,<br>Karlheinz<br>437                               |   | Went, Walter<br>252   |
| Vollrath, Wilhelm<br>185, 231, 558                                 |   | Werdermann, Hermann<br>272  |
|  |   | Wichern, Johann<br>Hinrich<br>86, 179, 284, 335, 544  |
|  |   | Wiebe, Franz<br>178, 243  |

- Wiebe, Willi  
202–205
- Wiefel, Wolfgang  
337
- Wiegel, Heinrich  
141
- Wieneke, Friedrich  
85, 146f., 219, 309
- Wiesenfeldt, Hans  
93, 100, 105, 115,  
118–126, 246, 523
- Wiesner, Werner  
147–150, 273, 300,  
459f., 483, 485–487,  
496, 500, 557
- Wilhelm I  
500
- Wilhelm II  
71
- Wilkens, Erich  
245, 291, 308
- Wilmanns, Gerda  
435, 496
- Willrich, Hugo  
33, 253
- Wilson, Woodrow  
66
- Windaus, Adolf  
36, 45
- Winkler, Ludwig  
362
- Wischmann, Adolf  
10, 220, 229, 247–249,  
261, 275, 291, 294,  
298–304, 310–313,  
403–406, 408, 425,  
436, 446, 455, 466,  
474f., 493–500, 502,  
506f., 517, 527, 530f.,  
533, 537
- Witte, Karl  
100, 118
- Wittfogel, Karl August  
120
- Wittig, Joseph  
85
- Wittram, Ernst  
498
- Wobbermin, Georg  
10, 16f., 25, 58, 62f.,  
70, 72, 89, 111, 117,  
143f., 147, 151, 154,  
169f., 183–185, 191,  
193–197, 199f., 202,  
215, 220–223, 226f.,  
240f., 246, 282, 315f.,  
319f., 322, 324, 351,  
353, 357–363, 525,  
552, 562
- Wohlgemuth, Ari Juda  
516
- Wolf, Ernst  
10, 291, 298, 433, 437,  
442–444, 452, 471,  
473–475, 479–481,  
493, 497, 502, 506,  
509, 516, 534f., 538,  
552
- Wolfes, Matthias  
357, 360
- Wolff, Heinz  
155, 163, 168, 174,  
220f.
- Wolff, Otto  
21
- Wolgast, Eike  
428f., 524
- Wolters, Wilfried  
228, 299
- Wünsch, Georg  
81, 272, 531
- Wulle, Ernst  
33
- Wurm, Theophil  
260, 292, 389, 392
- Z**
- Zarncke, Lilly  
85
- Zeising  
100
- Zeppelin, Ferdinand  
Graf von  
500
- Ziegler, Konrad  
448
- Zierold, Kurt  
444
- Zimmerli, Walther  
64, 202, 253f., 449
- Zsigmondy, Richard  
36
- Zwitzers  
100



„Unsere Theologische Fakultät ist wirklich und wahrhaftig die einzige Theologische Fakultät, aus der sich bei entschlossenem Neubauwillen des Ministeriums wirklich etwas Großes und Wirksames im Sinne des neuen Staates machen lässt. Wir allein haben dazu hinreichende Ansätze im vorhandenen Bestande.“

Dekan Emanuel Hirsch an Rektor Friedrich Neumann am 16. Juni 1934

Auf breiter Quellenbasis setzt sich Hansjörg Buss mit der Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinander. Untersucht werden Bedeutung und Einfluss der neuen theologischen Ansätze der Zwischenkriegszeit sowie der gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen auf institutionelles Handeln, Forschung, Lehre, Verwaltung und Publizistik, wobei erstmals auch die Lage der Studierendenschaft in den Blick genommen wird.

Gezeigt wird, dass die Fakultät zu keiner Zeit ein positives Verhältnis zur Weimarer Republik fand. Während der nationalsozialistischen Diktatur engten der ‚Kirchenkampf‘ und weltanschaulicher Konkurrenzdruck durch den NS-Staat ihre Spielräume ein. Pläne zur Schaffung einer deutschchristlichen Vorzeigefakultät zerschlugen sich, Hoffnungen und Desillusionierungen, staatspolitische Loyalität und kirchenpolitische Gegensätze, akademische Kontinuität und institutioneller Existenzkampf bestimmten ihren weiteren Weg. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 leitete eine weitaus größere Zäsur ein: Die personelle Neuaufstellung war mit einer theologischen Neuausrichtung verbunden, die die Fakultät nachhaltig prägte.